



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

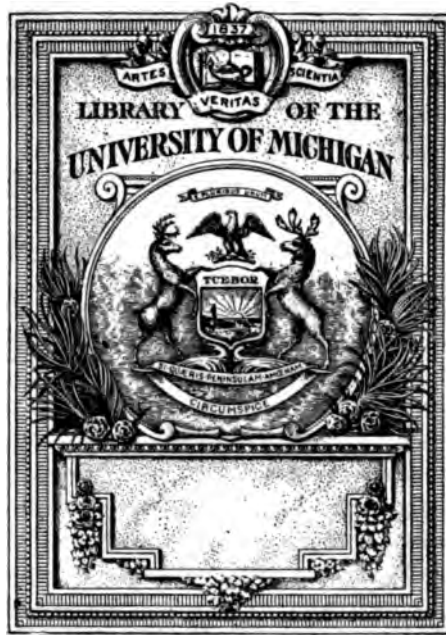
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

B 1,074,439



Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Sechshundfünfzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1895.

10

Inhaltsverzeichniss.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vergl. Bd. 54.)

1892.	Juni	20.	Deutsches Reich und Uruguay. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Orientalischen Republik Uruguay	10429.
	„	Juli	23. Deutsches Reich und Kolumbien. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Kolumbien	10373.
	„	Aug. 21./9.	Deutsches Reich und Serbien. Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Serbien	10371.
1893.	„	8.	Deutsches Reich und Spanien. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Spanien.	10369.
	„	Oct. 3.	Frankreich und Siam. Vertrag	10399.
	„	„ 21.	Deutsches Reich und Rumänien. Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien	10370.
	„	Nov. 23.	Deutsches Reich. Aus der dem Deutschen Reichstage bei der Einbringung der Verträge mit Serbien, Spanien und Rumänien vorgelegten Denkschrift	10372.
1894.	März	20.	Deutsches Reich und Russland. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Russland. (Nebst Denkschrift)	10428.

Handels-Verträge, siehe: Bündnisse, Conventionen etc.

Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam (1893).

1889.	April	3.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Frankreich schlägt die Neutralisation Siams vor	10430.
	„	Aug. 27.	— Der engl. Minister des Auswärtigen an den französ. Botschafter. Die Grenzen Siams	10431.
1892.	Febr.	16.	— Minister des Auswärtigen an die indische Regierung. Frankreich will die engl. und französ. Machtsphäre durch den Mekong begrenzen	10432.
	„	April 5.	— Indische Regierung an das Auswärtige Amt. Frankreich soll seine Vorschläge näher auseinandersetzen.	10433.
	„	Mai 10.	— Minister des Auswärtigen an die engl. Botschaft in Paris. Frankreich wiederholt seine Vorschläge	10434.
	„	„ 14.	— Auswärtiges Amt an die Indische Regierung. Frankreich hat seine Vorschläge präzisirt	10435.
	„	„ 27.	— Indische Regierung an das Auswärtige Amt. Ablehnung der französischen Vorschläge	10436.
	„	Oct. 26.	— Minister des Auswärtigen an den engl. Botschafter in Paris. Frankreich kommt auf seinen Vorschlag zurück	10437.
	„	Dec. 23.	— Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Die Abgrenzung der Interessensphären	10438.
1893.	Febr.	22.	Frankreich. Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Das englisch-siamesische Abkommen widerspricht der Erklärung Salisburys und Roseberys, dass Englands Einfluss den Mekong nicht überschreiten werde	10439.
	„	März 8.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Frankreich behauptet, die Ostseite des Mekong gehöre nicht zu Siam	10440.

IV Sachregister: Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam (1893).

1893.	April	3.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den franz. Botschafter in London. Ablehnung des französischen Vorschlages über die Begrenzung der Interessensphären	10441.
"	"	12.	— Minister des Auswärtigen an den engl. Gesandten in Bangkok. England kann nicht zwischen Frankreich und Siam interveniren	10442.
"	"	13.	— Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Frankreichs Forderungen an Siam	10443.
"	"	14.	— Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siams Vorschläge	10444.
"	"	24.	— Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Frankreich besteht auf seinen Forderungen	10445.
"	"	24.	— Der Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Bangkok. Siam soll vorsichtig vorgehen	10446.
"	"	30.	Frankreich. Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Die Erklärungen Roseberys über die Begrenzung der Interessensphären widersprechen denen Salisburys	10447.
"	Mai	12.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an die französische Botschaft in London. Die Unterhandlungen zwischen Waddington und Salisbury über die Abgrenzung der Interessensphären	10448.
"	"	16.	— Botschafter in Paris an den englischen Minister des Auswärtigen. Zusammenstoss zwischen Franzosen und Siamesen	10449.
"	Juni	4.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam soll den Bruch mit Frankreich vermeiden	10450.
"	"	6.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siam will den Kapitän Thoreux ausliefern	10467.
"	"	17.	— Botschafter in Paris an den englischen Minister des Auswärtigen. Ermordung Grosgurins durch Siamesen	10451.
"	"	19.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siam will Genugthuung für die Ermordung Grosgurins geben	10452.
"	"	19.	— Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Die französischen Forderungen	10453.
"	"	19.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. England hofft, nicht in den französisch-siamesischen Konflikt verwickelt zu werden	10454.
"	"	19.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen	10455.
"	"	27.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Offizieller franz. Bericht über den Tod Grosgurins	10456.
"	"	28.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Frankreich will die Unabhängigkeit und Neutralität Siams nicht gefährden	10457.
"	"	29.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Englische Matrosen in Siam	10458.
"	"	29.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Dasselbe	10459.
"	"	29.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Bewegungen der französischen Flotte	10460.
"	"	30.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem franz. Minister des Auswärtigen	10461.
"	"	30.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Englische Matrosen in Siam	10462.
"	"	30.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich verlangt von Siam nur Abstellung von drei Beschwerden	10464.
"	Juli	1.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. England hat Siam nicht zum Widerstande ermuthigt.	10463.

1893.	Juli	3.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Unterredung mit dem franz. Geschäftsträger.	10465.
"	"	5.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Dem französischen Minister ist mitgetheilt, dass England Siam nie ermuthigt hat	10466.
"	"	8.	Frankreich. M. Develle, Minister des Auswärtigen, an M. le Myre de Vilers, französ. Bevollmächtigten in Siam. Die französischen Forderungen	10374.
"	"	8.	— M. Develle an M. Pavie, franz. Gesandten in Bangkok. Verstärkung des französ. Geschwaders	10375.
"	"	9.	— M. Pavie an M. Develle. Geschwader fremder Mächte in Siam	10376.
"	"	11.	Grossbritannien. Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Frankreich will zwei weitere Kriegsschiffe in die siamesischen Gewässer schicken	10468.
"	"	11.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Verhandlung mit Siam	10377.
"	"	12.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. England glaubt nicht an ein feindliches Vorgehen Frankreichs	10469.
"	"	13.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem franz. Minister des Auswärtigen	10170.
"	"	13.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Dasselbe	10471.
"	"	13.	Frankreich. M. Develle an M. Pavie. Verhandlung mit Siam	10378.
"	"	13.	— M. Pavie an M. Develle. Siam weist die französ. Forderungen ab	10379.
"	"	13.	— M. Pavie an M. Develle. Angriff auf die franz. Schiffe	10380.
"	"	14.	— M. Develle an M. Pavie. Protest	10381.
"	"	14.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Fordert Aufklärung über das Vorgehen zweier französischer Kriegsschiffe	10472.
"	"	14.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die franz. Schiffe haben die Instructionen nicht erhalten	10473.
"	"	14.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Note an den französ. Minister des Auswärtigen über die Haltung der französ. Schiffe in Siam	10474.
"	"	15.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Plünderung eines Schiffes	10382.
"	"	15.	Grossbritannien. Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die französische Regierung hat seit dem 13. keine Nachricht aus Siam	10475.
"	"	17.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Erklärung der Regierung im Parlament	10476.
"	"	17.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich fordert die Abtretung des linken Mekongufers	10477.
"	"	17.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Misshandlung eines französischen Offiziers	10383.
"	"	17.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam bittet um die Vermittlung Englands	10478.
"	"	17.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet den Schriftwechsel zwischen Frankreich und Siam	10519.
"	"	18.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Die siamesische Regierung hätte den Angriff vermeiden können	10384.
"	"	19.	— M. Develle an M. Pavie. Französisches Ultimatum	10385.
"	"	19.	Grossbritannien. Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die französischen Forderungen	10479.
"	"	20.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Wünscht nähere Bestimmung der ersten französischen Forderung	10480.
"	"	20.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die nähere Bestimmung ist noch nicht möglich	10481.

VI Sachregister: Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam (1893.)

1893.	Juli	20.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den engl. Botschafter in Paris. Er soll nach Paris zurückkehren	10482.
"	"	20.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen	10483.
"	"	20.	Frankreich. M. Develle an M. Pavie. Mittheilung der Abreise von Myre de Vilers	10386.
"	"	21.	Grossbritannien. Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Nähere Bezeichnung der ersten franz. Forderung	10484.
"	"	21.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Kriegerische Nachrichten aus Bangkok	10485.
"	"	22.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Siam lehnt das Ultimatum ab	10387.
"	"	22.	— M. Develle an M. Pavie. Frankreich besteht auf seinen Forderungen	10388.
"	"	23.	— M. Develle an M. Pavie. Die niederländische Regierung soll den Schutz der französischen Interessen übernehmen	10389.
"	"	23.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Die Interpretation des Ultimatus muss mit den franz. Erklärungen übereinstimmen	10486.
"	"	23.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Antwort Siams auf das franz. Ultimatum	10487.
"	"	23.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Der französische Gesandte will Bangkok verlassen	10488.
"	"	23.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem franz. Minister des Auswärtigen	10489.
"	"	25.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger	10490.
"	"	25.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen über die Haltung Englands	10491.
"	"	26.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich schlägt einen Bufferstaat am linken Mekongufer vor	10492.
"	"	26.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Ubersendet den Schriftwechsel zwischen Frankreich und Siam	10525.
"	"	26.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Abreise des französischen Gesandten	10390.
"	"	27.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Kann er ankündigen, dass Frankreich einen Bufferstaat errichten will?	10493.
"	"	27.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Ankündigung des Bufferstaates	10494.
"	"	27.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Austausch von Noten über den Bufferstaat ist wünschenswerth	10495.
"	"	27.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Fordert Erklärung über die Blockade der siamesischen Küste	10496.
"	"	27.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam soll die französ. Bedingungen annehmen	10497.
"	"	27.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat, Battambang und Angkor	10498.
"	"	28.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die Blockade soll eine friedliche sein	10499.
"	"	28.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die Blockade soll am 31. beginnen	10500.
"	"	28.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. England sieht die Blockade als eine kriegerische an	10501.
"	"	28.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. England besteht auf der Errichtung des Bufferstaates	10502.

1893.	Juli	28.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Mittheilung einer Note an den französischen Minister wegen des Anfangs der Blockade	10503.
"	"	29.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Siam hat die französischen Bedingungen angenommen	10504.
"	"	29.	Frankreich. M. Develle an M. Pavie, durch Vermittlung des niederländischen Generalkonsuls in Bangkok. Siam giebt nach	10391.
"	"	29.	Siam. Der Gesandte Siams in Paris an den Minister des Auswärtigen. Annahme der französischen Vorschläge	10392.
"	"	29.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über Battambang und Angkor	10508.
"	"	30.	Frankreich. M. Develle an Prinz Vadhana, Gesandten Siams in Paris. Antwort auf 10392	10393.
"	"	30.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über die Aufhebung der Blockade	10509.
"	"	31.	Siam. Die siamesische Gesandtschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen	10505.
"	"	31.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterzeichnung eines Protokolls über die Errichtung einer neutralen Zone	10506.
"	"	31.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam soll die französischen Garantieforderungen bewilligen	10507.
"	"	31.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Annahme des Ultimatum durch Siam. Protokoll über den Bufferstaat	10510.
"	August	1.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siam hat die von Frankreich verlangten Garantien bewilligt	10511.
"	"	1.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Nimmt die sofortige Aufhebung der Blockade an	10512.
"	"	1.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat	10513.
"	"	1.	Frankreich. M. Develle an M. Le Myre de Vilers, durch Vermittlung des französischen Konsuls in Singapore. Instruction zu den Friedensverhandlungen	10394.
"	"	1.	— M. Develle an M. Pavie, durch Vermittlung des niederländischen General-Konsuls in Bangkok. Dasselbe	10395.
"	"	2.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Billigt das Verfahren des Botschafters	10514.
"	"	4.	Frankreich. Französ. Botschaft in London an den engl. Minister des Auswärtigen. Aufhebung der Blockade	10515.
"	"	4.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Ubersendet eine vom französischen Minister des Auswärtigen erhaltene Note über den Anfang der Blockade	10516.
"	"	5.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Bemerkungen über seine Unterredung mit Waddington	10517.
"	"	5.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die Unterhandlungen über die neutrale Zone sind zu verschieben	10518.
"	"	6.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Offizielle Annahme des Ultimatum durch Siam	10396.
"	"	21.	Grossbritannien. Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Frankreich weisst jede Intervention ab	10520.
"	"	21.	— Derselbe an denselben. Besetzung von Chantaboon	10521.
"	"	23.	— Derselbe an denselben. Fortgang der Verhandlungen zwischen Siam und Frankreich	10522.

VIII Sachregister: Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam (1893.)

1893.	August	24.	Grossbritannien. Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Französ. Vertragsentwurf	10523.
"	"	25.	— Derselbe an denselben. Der französische Unterhändler ändert seine Haltung	10524.
"	Sept.	1.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Erkundigung nach dem Vertragstext	10526.
"	"	1.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die Sprache der engl. Presse erregt Aufsehen in Paris	10527.
"	"	2.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Summarische Darstellung der Ereignisse	10528.
"	"	2.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Text des Vertrages zwischen Siam und Frankreich.	10529.
"	"	5.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Antwort auf Nr. 10527	10530.
"	"	5.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Grundlose Beschwerden des französischen Unterhändlers	10531.
"	"	7.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Die Verhandlungen in Bangkok. Differenz zwischen dem Ultimatum und den Forderungen le Myres	10532.
"	"	7.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Der französische Minister will die Unterhandlung über den Bufferstaat verschieben	10533.
"	"	9.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Die Verhandlungen über den Bufferstaat sind zu beschleunigen	10534.
"	"	13.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger in London über die Verhandlung in Bangkok.	10535.
"	"	14.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Der französische Minister erklärt le Myres Eröffnungen für Vorschläge, nicht für Forderungen	10536.
"	"	15.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam soll die Verpflichtungen peinlich erfüllen.	10537.
"	"	25.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Fortgang der Verhandlungen	10538.
"	"	28.	— Derselbe an Denselben. Neuer französischer Vertragsentwurf	10539.
"	"	29.	— Derselbe an Denselben. Einwände Siams gegen den Entwurf	10540.
"	"	30.	— Derselbe an Denselben. Modifikation des französischen Entwurfes	10541.
"	Oct.	1.	Frankreich. M. le Myre de Vilers M. Develle	10397.
"	"	2.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Vertrag zwischen Frankreich und Siam	10542.
"	"	2.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Erläuterungen zur Konvention zwischen Frankreich und Siam	10543.
"	"	3.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Besprechung mit dem französischen Minister über Chantaboon und den Bufferstaat	10544.
"	"	3.	Frankreich und Siam. Vertrag zwischen Frankreich und Siam	10399.
"	"	5.	Frankreich. M. Le Myre de Vilers an M. Develle. Bericht über eine Audienz beim Könige von Siam	10398.
"	"	25.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Verhandlung mit dem französischen Geschäftsträger über den Bufferstaat	10545.
"	"	27.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Langsamer Fortschritt der Verhandlungen	10546.
"	"	31.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Verhandlung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat	10547.
"	Nov.	9.	— Derselbe an denselben. Räumung von Chantaboon.	10548.

1893.	Nov.	11.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Befriedigender Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich	10550.
"	"	14.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Der Botschafter soll mit dem französischen Minister über den Bufferstaat verhandeln	10549.
"	"	20.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Ubersendet zwei Protokolle über den Bufferstaat	10552.
"	"	21.	— Derselbe an Denselben. Verhandlung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat	10553.
"	"	26.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. China soll an dem Abkommen über den Bufferstaat theilnehmen	10551.
"	Dec.	1.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Übersendet die unterzeichneten Protokolle über den Bufferstaat und den Notenwechsel mit dem französischen Minister	10554.
"	"	7.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Genehmigung der Abkommen über den Bufferstaat	10555.
"	"	8.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Kommission zur Abgrenzung des Bufferstaates muss bald zusammentreten	10556.
"	"	9.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Note an den französischen Minister über die Bufferstaatskommission	10557.
"	"	11.	— Derselbe an Denselben. Antwort des französischen Ministers	10558.
"	"	16.	China. Chinesische Botschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen. China wünscht an der Errichtung des Bufferstaates theilzunehmen	10559.
"	"	20.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Beginn der Arbeiten der Bufferstaatskommission	10560.
"	"	22.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Dasselbe	10561.
1894.	Jan.	18.	— Derselbe an Denselben. Verhandlungen zwischen Frankreich und Siam über einen Handelsvertrag	10562.
"	Febr.	2.	— Minister des Auswärtigen an die chinesische Botschaft in London. Antwort auf Nr. 10559	10563.
"	"	23.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Prozess der Mörder Grosgurins	10564.
"	März	17.	— Derselbe an Denselben. Dasselbe	10565.
"	April	25.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Räumung von Chantaboon	10566.

Die Neufundländer Fischereifrage. (Vergl. Bd. 54.)

1891.	März	22.	Frankreich. Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Einbringung des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 11. März seitens der englischen Regierung	10400.
"	April	15.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Text des Gesetzes	10401.
"	"	23.	— Botschafter in London an das franz. auswärtige Amt. Die Neufundländer Delegation im engl. Oberhause	10402.
"	"	28.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Verhandlung über das Gesetz im Oberhause	10403.
"	Mai	12.	— Derselbe an dasselbe. Annahme des Gesetzes im Oberhause	10404.
"	"	28.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Die Durchführung des Schiedsspruches ist zu sichern, unabhängig von den Verhandlungen zwischen Colonie und Mutterland	10405.
"	"	29.	— Vice-Consul in Neufundland an das französische auswärtige Amt. Gesetz, beschlossen von der Legislatur Neufundlands	10406.

1891.	Mai	29.	Frankreich. Botschafter in London an das franz. auswärtige Amt. Stellungnahme der französischen Regierung . . .	10407.
"	"	30.	— Derselbe an Dasselbe. Resolution des Unterhauses	10408.
"	Juni	2.	— Derselbe an Dasselbe. Antwort des englischen Premiers auf das Schreiben des französischen Botschafters vom 28. Mai. (Nr. 10407 Anlage.) . . .	10409.
"	"	3.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Entgegnung der französischen Regierung auf das vorige	10410.
"	"	8.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand . . .	10411.
"	"	11.	— Derselbe an Dasselbe. Mündliche Verhandlung mit dem englischen Premier über denselben Gegenstand	10412.
"	"	20.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Verletzungen des Modus vivendi in Neufundland . . .	10413.
"	"	22.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand, Englische Erklärung . . .	10414.
"	"	23.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Die englische Regierung allein wird verantwortlich gemacht für die Durchführung der Verträge und Abkommen.	10415.
"	"	24.	— Botschafter in London an das auswärtige Amt. Englische Ansicht zur Sache . . .	10416.
"	"	28.	— Derselbe an Dasselbe. Erklärung der englischen Regierung . . .	10417.
"	"	29.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Französische Antwort auf das vorige . . .	10418.
"	Juli	16.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Mündliche Verhandlung mit dem englischen Premier zur Sache . . .	10419.
1892.	Febr.	5.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Wiederaufnahme der Verhandlung betreffend den Schiedsspruch . . .	10420.
"	"	18.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand . . .	10421.
"	April	5.	— Derselbe an Dasselbe. Erneuerung des modus vivendi	10422.
"	Mai	17.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Ausführung des Abkommens vom 11. März 1891. . .	10423.
"	"	20.	— Botschafter in London an das auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand . . .	10424.
"	"	20.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Gesetzesvorschlag für die Legislatur von Neufundland	10425.
"	"	29.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Vertagung der Sache . . .	10426.

Der Robbenfang im Behringsmeere. (Vgl. Bd. 52.)

1890.	Dec.	17.	Vereinigte Staaten. Der Staatssecretär an den englischen Gesandten. Antwort auf die engl. Note vom 2. August	10362.
1891.	Febr.	21.	Grossbritannien. Auswärtiges Amt an den englischen Vertreter in Washington. Antwort auf das Vorige. Englische Bedingungen für ein Schiedsgericht . . .	10363.
"	Mai	4.	Vereinigte Staaten. Der Staatssecretär an den englischen Gesandten. Vorschläge über einen modus vivendi . . .	10364.
"	Juni	11.	Grossbritannien. Gesetz v. 11. Juni 1891, betr. den Robbenfang im Behringsmeere. 54. Vict. Ch. 19. Chapter 19	10365.
1892.	Febr.	29.	Grossbritannien und Vereinigte Staaten. Vertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten über Einsetzung eines Schiedsgerichts . . .	10366.
"	April	18.	Grossbritannien. Convention zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten über einen modus vivendi im Behringsmeer . . .	10367.
1893.	August	16.	Grossbritannien und Vereinigte Staaten. Urtheil des Schiedsgerichts über den Robbenfang im Behringsmeere	10368.

Der Robbenfang im Behringsmeere*).

Nr. 10362. **VEREINIGTE STAATEN.** — Der Staatssecretär an den englischen Gesandten. Antwort auf die englische Note vom 2. August (Staatsarchiv Nr. 10132.)

Department of State, Washington, December 17, 1890.

Sir, || Your note of the 12th August, which I acknowledged on the 1st September, inclosed a copy of a despatch from the Marquis of Salisbury, dated the 2nd August, in reply to my note of the 30th June. || The consideration advanced by his Lordship have received the careful attention of the President, and I am instructed to insist upon the correctness and validity of the position which has been earnestly advocated by the Government of the United States in defence of American rights in the Behring's Sea. || Legal and diplomatic questions, apparently complicated, are often found, after prolonged discussion, to depend on the settlement of a single point. Such, in the judgment of the President, is the position in which the United States and Great Britain find themselves in the pending controversy touching the true construction of the Russo-American and Anglo-Russian Treaties of 1824 and 1825. Great Britain contends, that the phrase "Pacific Ocean," as used in the Treaties, was intended to include, and does include, the body of water which is now known as the Behring's Sea. The United States contends, that the Behring's Sea was not mentioned, or even referred to, in either Treaty, and was in no sense included in the phrase "Pacific Ocean." If Great Britain can maintain her position, that the Behring's Sea at the time of the Treaties with Russia of 1824 and 1825 was included in the Pacific Ocean, the Government of the United States has no well-grounded complaint against her. If, on the other hand, this Government can prove beyond all doubt, that the Behring's Sea, at the date of the Treaties, was understood by the three Signatory Powers to be a separate body of water, and was not included in the phrase "Pacific Ocean," then the American case against Great Britain is com-

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

*) Vgl. Bd. 52 Nr. 10132 bis Nr. 10188. Die nachfolgenden Documente sind entnommen den englischen Blaubüchern, United States Nr. 1 und 2 (1891), Nr. 2 (1892) und anderen Parlamentspapieren.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 18:0

plete and undeniable. || The dispute prominently involves the meaning of the phrase "north-west coast," or "north-west coast of America." Lord Salisbury assumes, that the "north-west coast" has but one meaning, and that it includes the whole coast stretching northward to the Behring's Straits. The contention of this Government is, that by long prescription the "north-west coast" means the coast of the Pacific Ocean, south of the Alaskan Peninsula, or south of the 60th parallel of north latitude; or, to define it still more accurately, the coast, from the northern border of the Spanish possessions, ceded to the United States in 1819, to the point where the Spanish claims met the claims of Russia, viz., from 42° to 60° north latitude. The Russian authorities for a long time assumed, that 59° 30' was the exact point of latitude; but subsequent adjustments fixed it at 60°. The phrase "northwest coast," or "north-west coast of America," has been well known and widely recognized in popular usage in England and America from the date of the first trading to that coast, about 1784*. So absolute has been this prescription, that the distinguished historian Hubert Howe Bancroft has written an accurate history of the north-west coast, which at different times, during a period of seventy-five years, was the scene of important contests between at least four Great Powers. To render the understanding explicit, Mr. Bancroft has illustrated the north-west coast by a carefully prepared Map. The Map will be found to include precisely the area which has been steadily maintained by this Government in the pending discussion.

The phrase "north-west coast of America" has not infrequently been used simply as the synonym of the "north-west coast"; but it has also been used in another sense as including the American coast of the Russian possessions as far northward as the Straits of Behring. Confusion has sometimes arisen in the use of the phrase "north-west coast of America"; but the true meaning can always be determined by reference to the context. || The Treaty between the United States and Russia was concluded on the 17th April, 1824, and that between Great Britain and Russia was concluded on the 28th February, 1825. The full and accurate text of both Treaties will be found in Inclosure (A). The Treaty between the United States and Russia is first in the order of time; but I shall consider both Treaties together. I quote the first Articles of each Treaty, for, to all intents and purposes, they are identical in meaning, though differing somewhat in phrase.

The 1st Article in the American Treaty is as follows:—

"Article I. It is agreed, that, in any part of the Great Ocean, commonly called the Pacific Ocean or the South Sea, the respective citizens or subjects of the High Contracting Powers shall be neither disturbed nor restrained,

* The same designation obtained in Europe. As early as 1803, in a Map published by the Geographic Institute at Weimar, the coast from Columbia River (49°) to Cape Elizabeth (60°) is designated as the "Nord West Küste."

either in navigation or in fishing, or in the power of resorting to the coasts, upon points which may not already have been occupied, for the purpose of trading with the natives, saving always the restrictions and conditions determined by the following Articles." Nr. 10862.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

The 1st Article in the British Treaty is as follows:—

"Article I. It is agreed, that the respective subjects of the High Contracting Parties shall not be troubled or molested, in any part of the ocean, commonly called the Pacific Ocean, either in navigating the same, in fishing therein, or in landing at such parts of the coast as shall not have been already occupied, in order to trade with the natives, under the restrictions specified in the following Articles."

Lord Salisbury contends, that—

"The Russian Government had no idea of any distinction between Behring's Sea and the Pacific Ocean, which latter they considered as reaching southward from Behring's Straits. Nor throughout the whole of the subsequent correspondence is there any reference whatever on either side to any distinctive name for Behring's Sea, or any intimation that it could be considered otherwise than as forming an integral part of the Pacific Ocean."

The Government of the United States cordially agrees with Lord Salisbury's statement, that throughout the whole correspondence connected with the formation of the Treaties there was no reference whatever by either side to any distinctive name for Behring's Sea, and for the very simple reason which I have already indicated, that the negotiation had no reference whatever to the Behring's Sea, but was entirely confined to a "strip of land" on the north-west coast and the waters of the Pacific Ocean adjacent thereto. For future reference I call special attention to the phrase "strip of land." || I venture to remind Lord Salisbury of the fact that Behring's Sea was, at the time referred to, the recognized name in some quarters, and so appeared on many authentic Maps several years before the Treaties were negotiated. But, as I mentioned in my note of the 30th June, the same sea had been presented as a body of water separate from the Pacific Ocean for a long period prior to 1825. Many names had been applied to it; but the one most frequently used and most widely recognized was the Sea of Kamschatka. English statesmen of the period when the Treaties were negotiated had complete knowledge of all the geographical points involved. They knew, that on the Map published in 1784 to illustrate the voyages of the most eminent English navigator of the eighteenth century the "Sea of Kamschatka" appeared in absolute contradistinction to the "Great South Sea" or the Pacific Ocean. And the Map, as shown by the words on its margin, was "prepared by Lieutenant Henry Roberts under the immediate inspection of Capitain Cook." Twenty years before Capitain Cook's Maps appeared, the "London Magazine" contained a Map on which the Sea of Kamschatka was conspicuously engraved. At a still earlier date—even as far back as 1732—Gvosdef, Surveyor of the Russian

Nr. 10862.
Vereinigtes
Staaten.
17. Dec. 1890.

expedition of Shestakoff in 1730 (who, even before Behring, sighted the land of the American continent), published the sea as bearing the name of Kamschatka. Muller, who was Historian and Geographer of the second expedition of Behring in 1741, designated it as the Sea of Kamschatka in his Map published in 1761. || I inclose a list of a large proportion of the most authentic Maps published during the ninety years prior to 1825 in Great Britain, in the United States, the Netherlands, France, Spain, Germany and Russia—in all 105 Maps—on every one of which the body of water now known as Behring's Sea was plainly distinguished by a name separate from the Pacific Ocean. On the great majority it is named the Sea of Kamschatka, a few use the name of Behring, while several other designations are used. The whole number, aggregating, as they did, the opinion of a large part of the civilized world, distinguished the sea, no matter under what name, as altogether separate from the Pacific Ocean. (See Inclosure B.) || Is it possible, that with this great cloud of witnesses before the eyes of Mr. Adams and Mr. George Canning, attesting the existence of the Sea of Kamschatka, they would simply include it in the phrase "Pacific Ocean," and make no allusion whatever to it as a separate sea, when it was known by almost every educated man in Europe and America to have been so designated numberless times? Is it possible, that Mr. Canning and Mr. Adams, both educated in the common law, could believe that they were acquiring for the United States and Great Britain the enormous rights inherent in the Sea of Kamschatka without the slightest reference to that sea, or without any description of its metes and bounds, when neither of them would have paid for a village house lot unless the deed for it should recite every fact and feature necessary for the identification of the lot against any other piece of ground on the surface of the globe? When we contemplate the minute particularity, the tedious verbiage, the duplications and the reduplications employed to secure unmistakable plainness in framing Treaties, it is impossible to conceive that a fact of this great magnitude could have been omitted from the instructions written by Mr. Adams and Mr. G. Canning as Secretaries for Foreign Affairs in their respective countries—impossible that such a fact could have escaped the notice of Mr. Middleton and Count Nesselrode, of Mr. Stratford Canning and M. Poletica, who were the negotiators of the two Treaties. It is impossible, that, in the Anglo-Russian Treaty, Count Nesselrode, Mr. Stratford Canning and M. Poletica could have taken sixteen lines to recite the titles and honours they had received from their respective Sovereigns, and not even suggest the insertion of one line, or even word, to secure so valuable a grant to England as the full freedom of the Behring's Sea.

There is another argument of great weight against the assumption of Lord Salisbury that the phrase "Pacific Ocean," as used in the 1st Article of both the American and British Treaties, was intended to include the waters

of the Behring's Sea. It is true, that, by the Treaties with the United States and Great Britain, Russia practically withdrew the operation of the Ukase of 1821 from the waters of the north-west coast on the Pacific Ocean; but the proof is conclusive, that it was left in full force over the waters of the Behring's Sea. Lord Salisbury cannot have ascertained the value of the Behring's Sea to Russia when he assumed that, in the Treaties of 1824 and 1825, the Imperial Government had, by mere inclusion in another phrase, with apparent carelessness, thrown open all the resources and all the wealth of those waters to the citizens of the United States and to the subjects of Great Britain.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1860.

Lord Salisbury has, perhaps, not thought it worth while to make any examination of the money value of Alaska and the waters of the Behring's Sea at the time the Treaties were negotiated and in the succeeding years. The first period of the Russian-American Company's operations had closed before the Ukase of 1821 was issued. Its affairs were kept secret for a long time, but are now accurately known. The money advanced for the capital stock of the Company at its opening in 1799 amounted to 1,238,746 roubles. The gross sales of furs and skins by the Company at Kodiak and Canton from that date up to 1820 amounted to 20,024,698 roubles. The net profit was 7,685,000 roubles for the twenty-one years—over 620 per cent. for the whole period, or nearly 30 per cent. per annum. || Reviewing these facts, Bancroft, in his "History of Alaska," a standard work of exhaustive research, says:— || "We find this powerful monopoly firmly established in the favour of the Imperial Government, many Nobles of high rank and several members of the Royal Family being among the shareholders."

And yet Lord Salisbury evidently supposes, that a large amount of wealth was carelessly thrown away by the Royal Family, the Nobles, the courtiers the capitalists and the speculators of St. Petersburg in a phrase which merged the Behring's Sea in the Pacific Ocean. That it was not thrown away is shown by the transactions of the Company for the next twenty years. || The second period of the Russian-American Company began in 1821 and ended in 1841. Within that time the gross revenues of the Company exceeded 61,000,000 roubles. Besides paying all expenses and all taxes, the Company largely increased the original capital, and divided 8,500,000 roubles among the shareholders. These dividends and the increase of the stock showed a profit on the original capital of 55 per cent. per annum for the whole twenty years—a great increase over the first period. It must not be forgotten, that, during sixteen of these twenty years of constantly increasing profits, the Treaties which, according to Lord Salisbury, gave to Great Britain and the United States equal rights with Russia in the Behring's Sea, were in full force. || The proceedings which took place when the second period of the Russian-American Company was at an end are thus described in Bancroft's "History of Alaska":—

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

“ ‘In the variety and extent of its operations,’ declare the members of the Imperial Council, ‘no other Company can compare with it. In addition to a commercial and industrial monopoly, the Government has invested it with a portion of its own powers in governing the vast and distant territory over which it now holds control. A change in this system would now be of doubtful benefit. To open our ports to all hunters promiscuously would be a death-blow to the fur trade, while the Government, having transferred to the Company the control of the Colonies, could not now resume it without great expense and trouble, and would have to create new financial resources for such a purpose.’”

The Imperial Council, it will be seen, did not hesitate to call the Russian-American Company a monopoly, which it could not have been if Lord Salisbury's construction of the Treaty was correct. Nor did the Council feel any doubt that to open the ports of the Behring's Sea “to all hunters promiscuously would be a death-blow to the fur trade.”

Bancroft says further:—

. . . “This opinion of the Imperial Council, together with a Charter defining the privileges and duties of the Company, was delivered to the Czar, and received his signature on the 11th October, 1844. The new Charter did not differ in its main features from that of 1821, though the boundary was of course, changed in accordance with the English and American Treaties. None of the Company's rights were curtailed, and the additional privileges were granted of trading with certain ports in China and of shipping tea direct from China to St. Petersburgh.”

The Russian-American Company was thus chartered for a third period of twenty years, and at the end of the time it was found that the gross receipts amounted to 75,770,000 roubles, a minor part of it from the tea trade. The expenses of administration were very large. The shareholders received dividends to the amount of 10,210,000 roubles—about 900 per cent. for the whole period, or 45 per cent. per annum on the original capital. At the time the third period closed, in 1862, the Russian Government saw an opportunity to sell Alaska, and refused to continue the Charter of the Company. Agents of the United States had initiated negotiations for the transfer of Alaska as early as 1859. The Company continued, practically, however, to exercise its monopoly until 1867, when Alaska was sold by Russia to the United States. The enormous profits of the Russian American Company in the fur trade of the Behring's Sea continued under the Russian flag for more than forty years after the Treaties of 1824 and 1825 had been concluded. And yet Lord Salisbury contends, that during this long period of exceptional profits from the fur trade Great Britain and the United States had as good a right as Russia to take part in these highly lucrative ventures. || American and English ships in goodly numbers during this whole period annually visited and traded on the north-west coast on the Pacific Ocean. And yet, of

all these vessels of the United States and Great Britain, not one ever sought to disturb the fur fisheries of the Behring's Sea or along its coasts, either of the continent or of the islands. So far as known, it is believed, that neither American nor English ships ever attempted to take one fur-seal at the Pribyloff Islands or in the open waters of the Behring's Sea during that period. The 100-mile limit was for the preservation of all these fur animals, and this limit was observed for that purpose by all the maritime nations that sent vessels to the Behring waters. || Can any one believe it to be possible that the maritime, adventurous, gain-loving people of the United States and of Great Britain could have had such an inviting field open to them forty years and yet not one ship of either nation enter the Behring's Sea to compete with the Russian-American Company for the inordinate profits which had flowed so steadily and for so long a period into their treasury from the fur trade? The fact that the ships of both nations refrained, during that long period, from taking a single fur-seal inside the shores of that sea is a presumption of their lack of right and their recognized disability so strong that, independently of all other arguments, it requires the most authentic and convincing evidence to rebut it. That English ships did not enter the Behring's Sea to take part in the catching of seals is not all that can be said. Her acquiescence in Russia's power over the seal fisheries was so complete, that during the forty years of Russia's supremacy in the Behring's Sea (that followed the Treaties of 1824-25) it is not believed that Great Britain even made a protest, verbal or written, against what Bancroft describes at the "Russian monopoly." || A certain degree of confusion and disorganization in the form of the government that had existed in Alaska was the inevitable accompaniment of the transfer of sovereignty to the United States. The American title was not made complete until the money, specified as the price in the Treaty, had been appropriated by Congress and paid to the Russian Minister by the Executive Department of the Government of the United States. This was effected in the latter half of the year 1868. The acquired sovereignty of Alaska carried with it by Treaty "all the rights, franchises and privileges" which had belonged to Russia. A little more than a year after the acquisition, the United States transferred certain rights to the Alaska Commercial Company over the seal fisheries of Behring's Sea for a period of twenty years. Russia had given the same rights (besides rights of still larger scope) to the Russian-American Company for three periods of twenty years each, without a protest from the British Government, without a single interference from British ships. For these reasons this Government again insists, that Great Britain and the United States recognized, respected and obeyed the authority of Russia in the Behring's Sea; and did it for more than forty years after the Treaties with Russia were negotiated. It still remains for England to explain why she persistently violates the same rights when transferred to the ownership of the United States.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Nr. 10862.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

The IInd Article of the American Treaty is as follows: —

“Article II. With a view of preventing the rights of navigation and of fishing exercised upon the Great Ocean by the citizens and subjects of the High Contracting Powers from becoming the pretext for an illicit trade, it is agreed that the citizens of the United States shall not resort to any point where there is a Russian establishment, without the permission of the Governor or Commander; and that, reciprocally, the subjects of Russia shall not resort, without permission, to any establishment of the United States upon the north-west coast.”

The IInd Article of the British Treaty is a follows: —

“Article II. In order to prevent the right of navigation and fishing, exercised upon the ocean by the subjects of the High Contracting Parties, from becoming the pretext for an illicit commerce, it is agreed that the subjects of His Britannic Majesty shall not land at any place where there may be a Russian establishment, without the permission of the Governor or Commandant; and, on the other hand, the Russian subjects shall not land, without permission, at any British establishment on the north-west coast.”

In the IInd Articles of the Treaties it is recognized that both the United States and Great Britain have establishments on the “north-west coast,” and, as neither country ever claimed any territory north of the 60th parallel of latitude, we necessarily have the meaning of the north-west coast significantly defined in exact accordance with the American contention.

An argument, altogether historical in its character, is of great and, I think, conclusive force touching this question. It will be remembered that the Treaty of the 20th October, 1818, between the United States and Great Britain, comprised a variety of topics, among others, in Article III, the following: —

“It is agreed that any country that may be claimed by either party on the north-west coast of America, westward of the Stony Mountains, shall, together with its harbours, bays, and creeks, and the navigation of all rivers within the same, be free and open, for the term of ten years from the date of the signature of the present Convention, to the vessels, citizens, and subjects of the two Powers; it being understood that this Agreement is not to be construed to the prejudice of any claim which either of the two High Contracting Parties may have to any part of the said country, nor shall it be taken to affect the claims of any other Power or State to any part of the said country, the only object of the High Contracting Parties, in that respect, being to prevent disputes and differences amongst themselves.”

While this Article placed upon a common basis for ten years the rights of Great Britain and America on the north-west coast, it made no adjustment of the claims of Russia on the north, or of Spain on the south, which are referred to in the Article as “any other Power or State.” Russia had claimed down to latitude 55° under the Ukase of 1799. Spain had claimed in-

definitely northward from the 42nd parallel of latitude. But all the Spanish claims had been transferred to the United States by the Treaty of 1819, and Russia had been so quiet until the Ukase of 1821 that no conflict was feared. But after that Ukase a settlement, either permanent or temporary, was imperatively demanded. || The proposition made by Mr. Adams which I now quote shows, I think, beyond all doubt, that the dispute was wholly touching the north-west coast on the Pacific Ocean. I make the following quotation from Mr. Adam's instruction to Mr. Middleton, our Minister at St. Petersburg, on the 22th July, 1823:—

Nr. 10342.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

“By the Treaty of the 22nd February, 1819, with Spain, the United States acquired all the rights of Spain north of latitude 42°; and by the IIIrd Article of the Convention between the United States and Great Britain of the 20th October, 1818, it was agreed that any country that might be claimed by either party on the north-west coast of America, westward of the Stony Mountains, should, together with its harbours, bays, and creeks, and the navigation of all rivers within the same, be free and open, for the term of ten years from that date, to the vessels, citizens, and subjects of the two Powers, without prejudice to the claims of either party or of any other State.

“You are authorized to propose an Article of the same import for a term of ten years from the signature of a Joint Convention between the United States, Great Britain, and Russia.”

Instructions of the same purport were sent by the same mail to Mr. Rush, our Minister at London, in order that the proposition should be completely understood by each of the three Powers. The confident presumption was that this proposition would, as a temporary settlement, be acceptable to all parties. But before there was time for full consideration of the proposition, either by Russia or Great Britain, President Monroe, in December 1823, proclaimed his famous doctrine of excluding future European Colonies from this continent. Its effect on all European nations holding unsettled or disputed claims to territory was to create a desire for prompt settlement so that each Power could be assured of its own, without the trouble or cost of further defending it. Great Britain was already entangled with the United States on the southern side of her claims on the north-west coast. That Agreement she must adhere to, but she was wholly unwilling to postpone a definite understanding with Russia as to the northern limit of her claims on the north-west coast. Hence a permanent Treaty was desired, and in both Treaties the “ten-year” feature was recognized—in the VIIth Article of the British Treaty and in the IVth Article of the American Treaty. But neither in correspondence nor in the personal conferences that brought about the Agreement was there a single hint that the settlement was to include anything else whatever than the north-west coast on the Pacific-Ocean, south of the 60th parallel of north latitude.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Fortunately, however, it is not necessary for the United States to rely on this suggestive definition of the north-west coast, or upon the historical facts above given. It is easy to prove from other sources that in the Treaty between the United States and Russia the coast referred to was that which I have defined as the "north-west coast" on the Pacific Ocean south of 60° north latitude, or, as the Russians for a long time believed it, 59° 30'. We have in the Department of State the originals of the Protocols between our Minister at St. Petersburg, Mr. Henry Middleton, and Count Nesselrode, of Russia, who negotiated the Treaty of 1824. I quote, as I have quoted in my note of the 30th June, a Memorandum submitted to Count Nesselrode by Mr. Middleton as part of the 4th Protocol: —

"Now, it is clear, according to the facts established, that neither Russia nor any other European Power has the right of dominion upon the Continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude. || "Still less has she the dominion of the adjacent maritime territory, or of the sea which washes these coasts, a dominion which is only accessory to the territorial dominion. || "Therefore, she has not the right of exclusion or of admission on these coasts, nor in these seas, which are free seas. || "The right of navigating all the free seas belongs, by natural law, to every independent nation, and even constitutes an essential part of this independence. || "The United States have exercised navigation in the seas, and commerce upon the coasts above mentioned, from the time of their independence; and they have a perfect right to this navigation and to this commerce, and they can only be deprived of it by their own act or by a Convention."

Mr. Middleton declares that Russia had not the right of dominion "upon the Continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude." Still less has she the dominion of "the adjacent maritime territory or the sea which washes these coasts." He further declares that Russia had not the "right of exclusion or of admission on these coasts, nor in these seas, which are free seas" — that is, the coast and seas between the 40th and 60th degrees of north latitude on the body of the continent.

The following remark of Mr. Middleton deserves special attention: —

"The right of navigating all the free seas belongs, by natural law, to every independent nation, and even constitutes an essential part of this independence."

This earnest protest by Mr. Middleton, it will be noted, was against the Ukas of Alexander which proposed to extend Russian sovereignty over the Pacific Ocean as far south as the 51st degree of latitude, at which point, as Mr. Adams reminded the Russian Minister, that ocean is 4,000 miles wide. It is also to be specially noted that Mr. Middleton's double reference to "the free seas" would have no meaning whatever if he did not recognize that freedom on certain seas had been restricted. He could not have used the phrase if he had regarded all seas in that region as "free seas."

In answer to my former reference to these facts (in my note of the 30th June) Lord Salisbury makes this plea: —

“Mr. Blaine states that when Mr. Middleton declared that Russia had no right of exclusion on the coasts of America between the 50th and 60th degrees of north latitude, nor in the seas which washed those coasts, he intended to make a distinction between Behring’s Sea and the Pacific Ocean. But on reference to a Map it will be seen that the 60th degree of north latitude strikes straight across Behring’s Sea, leaving by far the larger and more important part of it to the south; so that I confess it appears to me that by no conceivable construction of his words can Mr. Middleton be supposed to have excepted that sea from those which he declared to be free.”

If his Lordship had examined his Map somewhat more closely, he would have found my statement literally correct. When Mr. Middleton referred to “the Continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude,” it was impossible that he could have referred to the coast of Behring’s Sea, for the very simple reason that the 50th degree of latitude is altogether south of the Behring’s Sea”. The fact that the 60th parallel “strikes straight across the Behring’s Sea” has no more pertinence to this discussion than if his Lordship had remarked that the same parallel passes through the Sea of Okhotsk, which lies to the west of Behring’s Sea, just as the arm of the North Pacific lies to the east of it. Mr. Middleton was denying Russia’s dominion upon a continuous line of coast upon the continent between two specified points and over the waters washing that coast. There is such a continuous line of coast between the 50th and 60th degrees on the Pacific Ocean; but there is no such line of coast on the Behring’s Sea, even if you measure from the southernmost island of the Aleutian chain. In a word, the argument of Lord Salisbury on this point is based upon a geographical impossibility.

But, if there could be any doubt left as to what coast and to what waters Mr. Middleton referred, an analysis of the last paragraph of the 4th Protocol will dispel that doubt. When Mr. Middleton declared that “the United States have exercised navigation in the seas, and commerce upon the coasts above mentioned, from the time of their independence,” he makes the same declaration that had been previously made by Mr. Adams. That declaration could only refer to the north-west coast as I have described it, or as Mr. Middleton phrases it, “the Continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude.”

Even his Lordship would not dispute the fact that it was upon this coast and in the waters washing it that the United States and Great Britain had exercised free navigation and commerce continuously since 1784. By no possibility could that navigation and commerce have been in the Behring’s Sea. Mr. Middleton, a close student of history, and experienced in diplomacy, could not have declared that the United States had “exercised navigation” in

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.

17. Dec. 1890.

Nr. 10862. the Behring's Sea, and "commerce upon its coasts," from the time of their
 Vereinigte independence. As a matter of history, there was no trade and no navigation
 Staaten. (except the navigation of explorers) by the United States and Great Britain
 17. Dec. 1890. in the Behring's Sea in 1784, or even at the time these Treaties were nego-
 tiated. Captain Cook's voyage of exploration and discovery through the waters
 of that sea was completed at the close of the year 1778, and his "Voyage
 to the Pacific Ocean" was not published in London until five years after his
 death, which occurred at the Sandwich Islands on the 14th February, 1779.
 The Pribyloff Islands were first discovered, one in 1786 and the other in
 1787. Seals were taken there for a few years afterwards by the Lebedef
 Company of Russia, subsequently consolidated into the Russian-American
 Company; but the taking of seals on those islands was then discontinued by
 the Russians until 1803, when it was resumed by the Russian-American
 Company.

At the time these Treaties were negotiated there was only one Settle-
 ment, and that of Russians, on the shores of the Behring's Sea, and the only
 trading vessels which had entered that sea were the vessels of the Russian
 Fur Company. Exploring expeditions had, of course entered. It is evident,
 therefore, without further statement, that neither the vessels of the United
 States nor of Great Britain nor of any other Power than Russia had traded
 on the shores of Behring's Sea prior to the negotiations of these Treaties.
 No more convincing proof could be adduced that these Treaties had reference,
 solely to the waters and coasts of the continent south of the Alaskan Penin-
 sula—simply the "Pacific Ocean" and the "north-west coast" named in the
 Treaties.

The IIIrd Article of the British Treaty, as printed in the British State
 Papers, is as follows:—

"The line of demarcation between the possessions of the High Con-
 tracting Parties upon the coast of the continent and the islands of America
 to the north-west shall be drawn in the manner following:—

„Commencing from the southernmost point of the island called Prince of
 Wales Island, which point lies in the parallel of 54° 40' north latitude, and
 between the 131st and the 133rd degree of west longitude (meridian of
 Greenwich), the said line shall ascend to the north along the channel called
 Portland Channel, as far as the point of the continent where it strikes the
 56th degree of north latitude; from this last-mentioned point the line of de-
 marcation shall follow the summit of the mountains situated parallel to the
 coast, as far as the point of intersection of the 141st degree of west longi-
 tude (of the same meridian); and, finally, from the said point of intersection
 the said meridian line of the 141st degree, in its prolongation as far as the
 Frozen Ocean, shall form the limit between the Russian and the British
 possessions on the Continent of America to the north-west."

It will be observed that this Article explicitly delimits the boundary between British America and the Russian possessions. This delimitation is in minute detail from $54^{\circ} 40'$ to the northern terminus of the coast known as the north-west coast. When the boundary-line reaches that point (opposite 60° north latitude) where it intersects the 141st degree of west longitude, all particularity of description ceases. From that point it is projected directly northward for 600 or 700 miles without any reference to coast-line, without any reference to points of discovery or occupation (for there were none in that interior country), but simply on a longitudinal line as far north as the Frozen or Arctic Ocean.

Nr. 10862.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

What more striking interpretation of the Treaty could there be than this boundary-line itself? It could not be clearer if the British negotiators had been recorded as saying to the Russian negotiators:—

“Here is the north-west coast to which we have disputed your claims— from the 51st to the 60th degree of north latitude. We will not, in any event, admit your right south of $54^{\circ} 40'$. From $54^{\circ} 40'$ to the point of junction with the 141st degree of west longitude we will agree to your possession of the coast. That will cover the dispute between us. As to the body of the continent above the point of intersection, at the 141st degree of longitude, we know nothing, nor do you. It is a vast unexplored wilderness. We have no Settlements there, and you have none. We have, therefore, no conflicting interests with your Government. The simplest division of that territory is to accept the prolongation of the 141st degree of longitude to the Arctic Ocean as the boundary. East of it the territory shall be British, West of it the territory shall be Russian.”

And it was so finally settled.

Article IV of the Anglo-Russian Treaty is as follows:—

“With reference to the line of demarcation laid down in the preceding Article it is understood:

“1. That the island called Prince of Wales Island shall belong wholly to Russia.

“2. That wherever the summit of the mountains which extend in a direction parallel to the coast, from the 56th degree of north latitude to the point of intersection of the 141st degree of west longitude, shall prove to be at the distance of more than 10 marine leagues from the ocean, the limit between the British possessions and the line of coast which is to belong to Russia, as above mentioned, shall be formed by ‘a line parallel to the windings of the coast, and which shall never exceed the distance of 10 marine leagues therefrom.’”

The evident design of this Article was to make certain and definite the boundary-line along the line of coast, should there be any doubt as to that line as laid down in Article III. It provided that the boundary-line, following the windings of the coast, should never be more than 10 marine leagues therefrom.

Nr. 10862.
 Vereinigte
 Staaten.
 17. Dec. 1890.

The Vth Article of the Treaty between Great Britain and Russia reads thus:—

“It is, moreover, agreed that no establishment shall be formed by either of the two Parties within the limits assigned by the two preceding Articles to the possessions of the other. Consequently, British subjects shall not form any establishment either upon the coast or upon the border of the continent comprised within the limits of the Russian possessions, as designated in the two preceding Articles; and, in like manner, no establishment shall be formed by Russian subjects beyond the said limits.”

The plain meaning of this Article is that neither Party shall make Settlements within the limits assigned by the IIIrd and IVth Articles to the possession of the other. Consequently, the IIIrd and IVth Articles are of supreme importance as making the actual delimitations between the two countries, and forbidding each to form any establishments within the limits of the other.

The VIth Article of Russia's Treaty with Great Britain is as follows:—

“It is understood that the subjects of His Britannic Majesty, from whatever quarter they may arrive, whether from the ocean or from the interior of the continent, shall for ever enjoy the right of navigating freely, and without any hindrance whatever, all the rivers and streams which, in their course toward the Pacific Ocean, may cross the line of demarcation upon the line of coast described in Article III of the present Convention.”

The meaning of this Article is not obscure. The subjects of Great Britain, whether arriving from the interior of the continent or from the ocean, shall enjoy the right of navigating freely all the rivers and streams which, in their course to the Pacific Ocean, may cross the line of demarcation upon the line of coast described in Article III. As is plainly apparent, the coast referred to in Article III is the coast south of the point of junction already described. Nothing is clearer than the reason for this provision. A strip of land, at no point wider than 10 marine leagues, running along the Pacific Ocean from 54° 40' to 60° (320 miles by geographical line, by the windings of the coast three times that distance), was assigned to Russia by the IIIrd Article. Directly to the east of this strip of land—or, as might be said, behind it—lay the British possessions. To shut out the inhabitants of the British possessions from the sea by this strip of land, would have been not only unreasonable, but intolerable to Great Britain. Russia promptly conceded the privilege, and gave to Great Britain. The right of navigating all rivers crossing that strip of land from 54° 40' to the point of intersection with the 141st degree of longitude. Without this concession the Treaty could not have been made. It do not understand that Lord Salisbury dissents from this obvious construction of the VIth Article, for in his despatch he says that the Article has a “restricted bearing,” and refers only to “the line of coast described in Article III” (the italics are his own), and the only line of coast described in Article III is the coast from 54° 40' to 60°.

There is no description of the coast above that point stretching along the Behring's Sea from latitude 60° to the Straits of Behring.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.

17. Dec. 1860.

The VIIth Article of the Anglo-Russian Treaty, whose provisions have led to the principal contention between the United States and Great Britain, is as follows:—

“It is also understood that for the space of ten years from the signature of the present Convention the vessels of the two Powers, or those belonging to their respective subjects, shall mutually be at liberty to frequent, without any hindrance whatever, all the inland seas, the gulfs, havens, and creeks on the coast mentioned in Article III, for the purposes of fishing and of trading with the natives.”

In the judgment of the President the meaning of this Article is altogether plain and clear. It provides that for the space of ten years the vessels of the two Powers should mutually be at liberty to frequent all the inland seas, &c., “on the coast mentioned in Article III, for the purpose of fishing and trading with the natives.” Following out the line of my argument and the language of the Article, I have already maintained that this privilege could only refer to the coast from 54° 40' to the point of intersection with the 141st degree of west longitude; that, therefore, British subjects were not granted the right of frequenting the Behring's Sea.

Denying this construction, Lord Salisbury says:—

“I must further dissent from Mr. Blaine's interpretation of Article VII of the latter Treaty (British). That Article gives to the vessels of the two Powers ‘liberty to frequent all the inland seas, gulfs, havens, and creeks on the coast mentioned in Article III, for the purpose of fishing and of trading with the natives.’ The expression ‘coast mentioned in Article III’ can only refer to the first words of the Article, ‘the line of demarcation between the possessions of the High Contracting Parties upon the coast of the continent and the islands of America to the north-west shall be drawn,’ &c., that is to say, it included all the possessions of the two Powers on the north-west coast of America. For there would have been no sense whatever in stipulating that Russian vessels should have freedom of access to the small portion of coast which, by a later part of the Article, is to belong to Russia. And, as bearing on this point, it will be noticed that Article VI, which has a more restricted bearing, speaks only of ‘the subjects of His Britannic Majesty’ and of ‘the line of coast described in Article III.’”

It is curious to note the embarrassing intricacies of his Lordship's language and the erroneous assumption upon which his argument is based. He admits that the privileges granted in the VIth Article to the subjects of Great Britain are limited to “the coast described in Article III of the Treaty.” But when he reaches the VIIth Article, where the privileges granted are limited to “the coast mentioned in Article III of the Treaty,” his Lordship maintains that the two references do not mean the same coast at all. The coast de-

Nr. 10862.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

scribed in Article III and the coast mentioned in Article III are, therefore, in his Lordship's judgment, entirely different. The "coast described in Article III" is limited, he admits, by the intersection of the boundary-line with the 141st degree of longitude, but the "coast mentioned in Article III" stretches to the Straits of Behring.

The IIIrd Article is, indeed, a very plain one, and its meaning cannot be obscured. Observe that the "line of demarcation" is between the possessions of both parties on the coast of the continent. Great Britain had no possessions on the coast-line above the point of junction with the 141st degree, nor had she any Settlements above 60° north latitude. South of 60° north latitude was the only place where Great Britain had possessions on the coast-line. North of that point her territory had no connection whatever with the coast either of the Pacific Ocean or the Behring's Sea. It is thus evident the only coast referred to in Article III was this strip of land south of 60° or 59° 30'.

The preamble closes by saying that the line of demarcation between the possessions on the coast "shall be drawn in the manner following," viz.: From Prince of Wales Island, in 54° 40', along Portland Channel and the summit of the mountains parallel to the coast as far as their intersection with the 141st degree of longitude. After having described this line of demarcation between the possessions of both parties on the coast, the remaining sentence of the Article shows that, "finally, from the said point of intersection, the said meridian-line . . . shall form the limit between the Russian and British possessions on the Continent of America." South of the point of intersection the Article describes a line of demarcation between possessions on the coast; north of that point of intersection the Article designates a meridian-line as the limit between possessions on the continent. The argument of Lord Salisbury appears to this Government not only to contradict the obvious meaning of the VIIth and IIIrd Articles, but to destroy their logical connection with the other Articles. In fact, Lord Salisbury's attempt to make two coasts out of the one coast referred to in the IIIrd Article is not only out of harmony with the plain provisions of the Anglo-Russian Treaty, but is inconsistent with the preceding part of his own argument.

These five Articles in the British Treaty (the IIIrd, IVth, Vth, VIth, and VIIth) are expressed with an exactness of meaning which no argument can change or pervert. In a later part of my note I shall be able, I think, to explain why the Russian Government elaborated the Treaty with Great Britain with greater precision and at greater length than was employed in framing the Treaty with the United States. It will be remembered that between the two Treaties there was an interval of more than ten months—the Treaty with the United States being negotiated in April 1824, and that with Great Britain in February 1825. During that interval something occurred which made Russia

more careful and more exacting in her negotiations with Great Britain than she had been with the United States. What was it?

It is only necessary to quote the IIIrd and IVth Articles of the American Treaty to prove that less attention was given to their consideration than was given to the formation of the British Treaty with Russia. The two Articles in the American Treaty are as follows:—

“Article III. It is, moreover, agreed that hereafter there shall not be formed by the citizens of the United States, or under the authority of the said States, any establishment upon the north-west coast of America, nor in any of the islands adjacent, to the north of 54° 40' of north latitude; and that, in the same manner, there shall be none formed by Russian subjects, or under the authority of Russia, south of the same parallel.

“Article IV. It is, nevertheless, understood that during a term of ten years, counting from the signature of the present Convention, the ships of both Powers, or which belong to their citizens or subjects respectively, may reciprocally frequent, without any hindrance whatever, the interior seas, gulfs, harbours, and creeks upon the coast mentioned in the preceding Article, for the purpose of fishing and trading with the natives of the country.”

It will be noted that in the British Treaty four Articles, with critical expression of terms, take the place of the IIIrd and IVth Articles of the American Treaty, which were evidently drafted with an absence of the caution on the part of Russia which marked the work of the Russian Plenipotentiaries in the British negotiation.

From some cause, not fully explained, great uneasiness was felt in certain Russian circles, and especially among the members of the Russian-American Company, when the Treaty between Russia and the United States was made public. The facts leading to the uneasiness were not accurately known, and from that cause they were exaggerated. The Russians who were to be affected by the Treaty were in doubt as to the possible extent implied by the phrase “north-west coast of America,” as referred to in the IIIrd and IVth Articles. The phrase, as I have before said, was used in two senses, and they feared it might have such a construction as would carry the American privilege to the Straits of Behring. They feared, moreover, that the uncertainty of the coast referred to in Article III might, by construction adverse to Russia, include the Behring's Sea among the seas and gulfs mentioned in Article IV. If that construction should prevail, not only the American coast, but the coast of Siberia and the Aleutian coasts, might also be thrown open to the ingress of American fishermen. So great and genuine was their fright that they were able to induce the Russian Government to demand a fresh discussion of the Treaty before they would consent to exchange ratifications.

It is easy, therefore, to discern the facts which caused the difference in precision between the American and British Treaties with Russia, and which

Nr. 10962. at the same time give conclusive force to the argument steadily maintained
 Vereinigte by the Government of the United States. These facts have thus far only
 Staaten. been hinted at, and I have the right to presume that they have not yet
 17. Dec. 1890. fallen under the observation of Lord Salisbury. The President hopes that
 after the facts are presented the American contention will no longer be
 denied or resisted by Her Majesty's Government.

Nearly eight months after the Russo-American Treaty was negotiated, and before the exchange of ratifications had yet taken place, there was a remarkable interview between Secretary Adams and the Russian Minister. I quote from Mr. Adam's diary, the 6th December, 1824:—

"6th, Monday. — Baron Tuyl, the Russian Minister, wrote me a note requesting an immediate interview, in consequence of instructions received yesterday from his Court. He came, and, after intimating that he was under some embarrassment in executing his instructions, said that the Russian-American Company, upon learning the purport of the North-West Coast Convention concluded last June by Mr. Middleton, were extremely dissatisfied ('a jetée de hauts cris'), and, by means of their influence, had prevailed upon his Government to send him these instructions upon two points. One was that he should deliver, upon the exchange of the ratifications of the Convention, an explanatory note purporting that the Russian Government did not understand that the Convention would give liberty to the citizens of the United States to trade on the coast of Siberia and the Aleutian Islands. The other was to propose a modification of the Convention, by which our vessels should be prohibited from trading on the north-west coast north of latitude 57°. With regard to the former of these points he left with me a Minute in writing."

With this preliminary statement Baron Tuyl, in accordance with instructions from his Government, submitted to Mr. Adams the following note:—

"Explanatory Note from Russia.

"Explanatory note to be presented to the Government of the United States at the time of the exchange of ratifications, with a view to removing with more certainty all occasion for future discussions; by means of which note it will be seen that the Aleutian Islands, the coasts of Siberia, and the Russian possessions in general on the north-west coast of America to 59° 30' of north latitude are positively excepted from the liberty of hunting, fishing, and commerce stipulated in favour of citizens of the United States for ten years.

"This seems to be only a natural consequence of the stipulations agreed upon, for the coasts of Siberia are washed by the Sea of Okhotsk, the Sea of Kamschatka, and the Icy Sea, and not by the South Sea mentioned in the 1st Article of the Convention of the 5th (17th) April, 1824. The Aleutian Islands are also washed by the Sea of Kamschatka, of Northern Ocean.

“It is not the intention of Russia to impede the free navigation of the Pacific Ocean. She would be satisfied with causing to be recognized, as well understood and placed beyond all manner of doubt, the principle that beyond 59° 30' no foreign vessel can approach her coasts and her islands, nor fish or hunt within the distance of 2 marine leagues. This will not prevent the reception of foreign vessels which have been damaged or beaten by storm.”

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

The course pursued by Mr. Adams, after the Russian note had been submitted to him, is fully told in his diary, from which I again quote:—

“I told Baron Tuyl that we should be disposed to do every thing to accommodate the views of his Government that was in our power, but that a modification of the Convention could be made no otherwise than by a new Convention, and that the construction of the Convention as concluded belonged to other Departments of the Government, for which the Executive had no authority to stipulate. . . . I added that the Convention would be submitted immediately to the Senate; that if anything affecting its construction, or, still more, modifying its meaning, were to be presented on the part of the Russian Government before or at the exchange of the ratifications, it must be laid before the Senate, and could have no other possible effect than of starting doubts, and, perhaps, hesitation, in that body, and of favouring the views of those, if such there were, who might wish to defeat the ratification itself of the Convention. . . . If, therefore, he would permit me to suggest to him what I thought would be his best course, it would be to wait for the exchange of the ratifications, and make it purely and simply; that afterwards, if the instructions of his Government were imperative, he might present the note, to which I now informed him what would be, in substance, my answer. It necessarily could not be otherwise. But, if his instructions left it discretionary with him, he would do still better to inform his Government of the state of things here, of the purport of our conference, and of what my answer must be if he should present the note. I believed his Court would then deem it best that he should not present the note at all. Their apprehension had been excited by an interest not very friendly to the good understanding between the United States and Russia. Our merchants would not go to trouble the Russians on the coast of Siberia, or north of the 57th degree of latitude, and it was wisest not to put such fancies into their heads. At least the Imperial Government might wait to see the operation of the Convention before taking any further steps, and I was confident they would hear no complaint resulting from it. If they should, then would be the time for adjusting the construction or negotiating a modification of the Convention.” . . .

The Russian Minister was deeply impressed by what Mr. Adams had said. He had not before clearly perceived the inevitable effect if he should insist on presenting the note in the form of a demand. He was not prepared

Nr. 10862. Vereinigte Staaten. 17. Dec. 1890. for so serious a result as the destruction or the indefinite postponement of the Treaty between Russia and the United States, and Mr. Adams readily convinced him that at the exchange of ratifications no modification of the Treaty could be made. The only two courses open were, first, to ratify; or second, to refuse, and annul the Treaty. Mr. Adams reports the words of the Minister in reply:—

“The Baron said that these ideas had occurred to himself; that he had made this application in pursuance of his instructions, but he was aware of the distribution of powers in our Constitution, and of the incompetency of the Executive to adjust such questions. He would therefore wait for the exchange of the ratifications without presenting his note, and reserve for future consideration whether to present it shortly afterwards or to inform his Court of what he has done and ask their further instructions upon what he shall definitely do on the subject.” . . .

As Baron Tuyl surrendered his opinions to the superior judgment of Mr. Adams, the ratifications of the Treaty were exchanged on the 11th day of January, and on the following day the Treaty was formally proclaimed. A fortnight later, on the 25th January, 1825, Baron Tuyl, following the instructions of his Government, filed his note in the Department of State. Of course, his act at that time did not affect the text of the Treaty; but it placed in the hands of the Government of the United States an unofficial note which significantly told what Russia's construction of the Treaty would be if, unhappily, any difference as to its meaning should arise between the two Governments. But Mr. Adams' friendly intimation removed all danger of dispute, for it conveyed to Russia the assurance that the Treaty, as negotiated, contained, in effect, the provisions which the Russian note was designed to supply. From that time until Alaska, with all its rights of land and water, was transferred to the United States—a period of forty-three years—no act or word on the part of either Government ever impeached the full validity of the Treaty as it was understood both by Mr. Adams and by Baron Tuyl at the time it was formally proclaimed.

While these important matters were transpiring in Washington, negotiations between Russia and England (ending in the Treaty of 1825) were in progress in St. Petersburg. The instructions to Baron Tuyl concerning the Russian-American Treaty were fully reflected in the care with which the Anglo-Russian Treaty was constructed, a fact to which I have already adverted in full. There was, indeed, a possibility that the true meaning of the Treaty with the United States might be misunderstood, and it was therefore the evident purpose of the Russian Government to make the Treaty with England so plain and so clear as to leave no room for doubt and to baffle all attempts at misconstruction. The Government of the United States finds the full advantage to it in the caution taken by Russia in 1825, and can therefore quote the Anglo-Russian Treaty, with the utmost confidence that its

meaning cannot be changed from that clear unmistakable text which, throughout all the Articles, sustains the American contention.

The "explanatory note," filed with this Government by Baron Tuyl, is so plain in its text that, after the lapse of sixty-six years, the exact meaning can neither be misapprehended nor misrepresented. It draws the distinction between the Pacific Ocean and the waters now known as the Behring's Sea so particularly and so perspicuously that no answer can be made to it. It will bear the closest analysis in every particular. "It is not the intention of Russia to impede the free navigation of the Pacific Ocean!" This frank and explicit statement shows with what entire good faith Russia had withdrawn, in both Treaties, the offensive Ukase of Alexander, so far as the Pacific Ocean was made subject to it. Another avowal is equally explicit, viz., that "the coast of Siberia, the north-west coast of America to 59° 30' of north latitude [that is, down to 59° 30', the explanatory note reckoning from north to south] and the Aleutian Islands are positively excepted from the liberty of hunting, fishing, and commerce stipulated in favour of citizens of the United States for ten years." The reason given for this exclusion is most significant in connection with the pending discussion, namely, that the coasts of Siberia are washed by the Sea of Okhotsk, the Sea of Kamschatka, and the Icy Sea, and not by the "South Sea" [Pacific Ocean] mentioned in the Ist Article of the Convention of the 5th (17th) April, 1824. The Aleutian Islands are also washed by the Sea of Kamschatka, or Northern Ocean (Northern Ocean being used in contradistinction to South Sea or Pacific Ocean). The liberty of hunting, fishing, and commerce mentioned in the Treaties was therefore confined to the coast of the Pacific Ocean south of 59° 30' both to the United States and Great Britain. It must certainly be apparent now to Lord Salisbury that Russia never intended to include the Behring's Sea in the phrase "Pacific Ocean." The American argument on that question has been signally vindicated by the official declaration of the Russian Government.

In addition to the foregoing, Russia claimed jurisdiction of 2 marine leagues from the shore in the Pacific Ocean, a point not finally insisted upon in either Treaty. The Protocols, however, show that Great Britain was willing to agree to the 2 marine leagues, but the United States was not; and, after the concession was made to the United States, Mr. G. Canning insisted upon its being made to Great Britain also.

In the interview between the American Secretary of State and the Russian Minister, in December 1824, it is worth noting that Mr. Adams believed that the application made by Baron Tuyl had its origin "in the apprehension of the Court of Russia which had been caused by an interest not very friendly tho the good understanding between the United States and Russia." I presume no one need be told that the reference here made by Mr. Adams was to the Government of Great Britain; that the obvious effort of the British

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.

17. Dec. 1890.

Nr. 10362. Vereinigte Staaten. 17. Dec. 1890. Government at that time was designed to make it certain that the United States should not have the power in the waters and on the shores of Behring's Sea which, Lord Salisbury now argues, had undoubtedly been given both to the United States and Great Britain by the Treaties.

It is to be remembered that Mr. Adams' entire argument was to quiet Baron Tuyl with the assurance that the Treaty already negotiated was, in effect, just what the Russian Government desired it to be by the incorporation of the "explanatory note" of which Baron Tuyl was the bearer. Mr. Adams was not a man to seize an advantage merely by cunning construction of language which might have two meanings. He was determined to remove the hesitation and distrust entertained for the moment by Russia. He went so far, indeed, as to give an assurance that American ships would not go above 57° north latitude (Sitka), and he did not want the text of the Treaty so changed as to mention the facts contained in the explanatory note, because, speaking of the hunters and the fishermen, it "was wisest not to put such fancies into their heads."

It is still further noticeable that Mr. Adams, in his sententious expression, spoke of the Treaty in his interview with Baron Tuyl as "the North-West Coast Convention." This closely descriptive phrase was enough to satisfy Baron Tuyl that Mr. Adams had not taken a false view of the true limits of the Treaty, and had not attempted to extend the privileges granted to the United States a single inch beyond their plain and honourable intent.

The three most confident assertions made by Lord Salisbury, and regarded by him as unanswerable, are, in his own language, the following:—

1. That England refused to admit any part of the Russian claim asserted by the Ukase of 1821 of a maritime jurisdiction and exclusive right of fishing throughout the whole extent of that claim, from Behring's Straits to the 51st parallel.

2. That the Convention of 1825 was regarded on both sides as a renunciation on the part of Russia of that claim in its entirety.

3. That, though Behring's Straits were known and specifically provided for, Behring's Sea was not known by that name, but was regarded as a part of the Pacific Ocean.

The explanatory note of the Russian Government disproves and denies in detail these three assertions of Lord Salisbury. I think they are completely disproved by the facts recited in this despatch, but the explanatory note is a specific contradiction of each one of them.

The inclosures which accompanied Lord Salisbury's despatch, and which are quoted to strengthen his arguments, seem to me to sustain, in a remarkable manner, the position of the United States. The first inclosure is a despatch from Lord Londonderry to Count Lieven, Russian Minister at London,

dated Foreign Office, the 18th January, 1822. The first paragraph of this despatch is as follows:—

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.

17. Dec. 1890.

“The Undersigned has the honour to acknowledge the note addressed to him by Baron de Nicolai of the 12th September last, covering a copy of a Ukase issued by his Imperial Master, Emperor of all the Russias, bearing date the 4th September, 1821, for various purposes therein set forth, especially connected with the territorial rights of his Crown on the north-west coast of America bordering on the Pacific Ocean, and the commerce and navigation of His Imperial Majesty’s subjects in the seas adjacent thereto.”

It is altogether apparent that this despatch is limited to the withdrawal of the provisions of the Ukase issued by the Emperor Alexander, especially connected with the territorial rights on the north-west coast bordering on the Pacific Ocean. Evidently Lord Londonderry makes no reference, direct or indirect, to the Behring’s Sea. The whole scope of his contention, as defined by himself, lies outside of the field of the present dispute between the British and American Governments. This Government heartily agrees with Lord Londonderry’s form of stating the question.

The Duke of Wellington was England’s Representative in the Congress of Verona, for which place he set out in the autumn of 1822. His instructions from Mr. G. Canning, British Secretary of Foreign Affairs, followed the precise line indicated by Lord Londonderry in the despatch above quoted. This is more plainly shown by a “Memorandum on the Russian Ukase” delivered by the Duke on the 17th October to Count Nesselrode, Russia’s Representative at Verona. The Duke was arguing against the Ukase of Alexander, as it affected British interests, and his language plainly shows that he confined himself to the “north-west coast of America bordering on the Pacific Ocean.” To establish this it is only necessary to quote the following paragraph from the Duke’s Memorandum viz.:—

“Now, we can prove that the English North-West Company and the Hudson’s Bay Company have for many years established forts and other trading places in a country called New Caledonia, situated to the west of a range of mountains called the Rocky Mountains, and extending along the shores of the Pacific Ocean from latitude 49° to latitude 60° north.”

The Duke of Wellington always went directly to the point at issue, and he was evidently not concerning himself about any subject other than the protection of the English territory south of the Alaskan Peninsula, and on the north-west coast bordering on the Pacific Ocean. England owned no territory on the coast north of the Alaskan Peninsula, and hence there was no reason for connecting the coast above the peninsula in any way with the question before the Congress. Evidently the Duke did not, in the remotest manner, connect the subject he was discussing with the waters or the shores of the Behring’s Sea.

The most significant and important of all the inclosures is No. 12, in

Nr. 10362. which Mr. Stratford Canning, the British negotiator at St. Petersburg, commu-
 Vereinigte nicated, under date of the 1st March, 1825, to Mr. G. Canning, Minister
 Staaten. of Foreign Affairs, the text of the Treaty between England and Russia.
 17. Dec. 1890. Some of Mr. Stratford Canning's statements are very important. In the second
 paragraph of his letter he makes the following statement:—

“The line of demarcation along the strip of land on the north-west coast of Amerika assigned to Russia is laid down in the Convention agreeably to your directions.” . . .

After all, then, it appears that the “strip of land,” to which we have already referred more than once, was reported by the English Plenipotentiary at St. Petersburg. This clearly and undeniably exhibits the field of controversy between Russia and England, even if we had no other proof of the fact. It was solely on the north-west coast bordering on the Pacific Ocean, and not in the Behring's Sea at all. It is the same strip of land which the United States acquired in the purchase of Alaska, and runs from 54° 40' to 60° north latitude—the same strip of land which gave to British America, lying behind it, a free access to the ocean.

Mr. Stratford Canning also communicated, in his letter of the 1st March, the following:—

“With respect to Behring's Straits, I am happy to have it in my power to assure you, on the joint authority of the Russian Plenipotentiaries, that the Emperor of Russia has no intention whatever of maintaining any exclusive claim to the navigation of those straits or of the seas to the north of them.”

This assurance from the Emperor of Russia is of that kind where the power to give or to withhold is absolute. If the Treaty of 1825 between Great Britain and Russia had conceded such rights in the Behring waters as Lord Salisbury now claims, why was Sir Stratford Canning so “happy” to “have it in his power to assure” the British Foreign Office, on “the authority of two Russian Plenipotentiaries,” that “the Emperor had no intention of maintaining an exclusive claim to the navigation of the Behring's Straits,” or of the “seas to the north of them.” The seas to the south of the straits were most significantly not included in the Imperial assurance. The English statesmen of that day had, as I have before remarked, attempted the abolition of the Ukase of Alexander only so far as it affected the coast of the Pacific Ocean from the 51st to the 60th degree of north latitude. It was left in full force on the shores of the Behring's Sea. There is no proof whatever that the Russian Emperor annulled it there. That sea, from east to west, is 1,300 miles in extent; from north to south it is 1,000 miles in extent. The whole of this great body of water, under the Ukase, was left open to the world, except a strip of 100 miles from the shore. But with these 100 miles enforced on all the coasts of the Behring's Sea it would be obviously impossible to approach the Straits of Behring, which were less than 50 miles in extreme width. If enforced strictly, the Ukase would cut off all vessels from passing

through the straits to the Arctic Ocean. If, as Lord Salisbury claims, the Ukase had been withdrawn from the entire Behring coast, as it was between the 51st and 60th degrees on the Pacific coast, what need would there have been for Mr. Stratford Canning, the English Plenipotentiary, to seek a favour from Russia in regard to passing through the straits into the Arctic Ocean, where scientific expeditions and whaling vessels desired to go? || I need not review all the inclosures, but I am sure that, properly analyzed, they will all show that the subject-matter touched only the settlement of the dispute on the north-west coast, from the 51st to the 60th degree of north latitude. In other words, they related to the contest which was finally adjusted by the establishment of the line 54° 40', which marked the boundary between Russian and English territory at the time of the Anglo-Russian Treaty, as to-day it marks the line of division between Alaska and British Columbia. But that question in no way touched the Behring's Sea; it was confined wholly to the Pacific Ocean and the north-west coast. || Lord Salisbury has deemed it proper, in his despatch, to call the attention of the Government of the United States to some elementary principles of international law touching the freedom of the seas. For our better instruction he gives sundry extracts from Wheaton and Kent—our most eminent publicists—and, for further illustration, quotes from the despatches of Secretaries Seward and Fish, all maintaining the well-known principle that a nation's jurisdiction over the sea is limited to 3 marine miles from its shore line. Commenting on these quotations, his Lordship says:—

Nr. 10862.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

“A claim of jurisdiction over the open sea which is not in accordance with the recognized principles of international law or usage may, of course, be asserted by force, but cannot be said to have any legal validity as against the vessels of other countries, except in so far as it is positively admitted in Conventional Agreements with those countries.”

The United States, having the most extended sea-coast of all the nations of the world, may be presumed to have paid serious attention to the laws and usages which define and limit maritime jurisdiction. The course of this Government has been uniformly in favour of upholding the recognized law of nations on that subject. While Lord Salisbury's admonitions are received in good part by this Government, we feel justified in asking his Lordship if the Government of Great Britain has uniformly illustrated these precepts by example, or whether she has not established at least one notable precedent which would justify us in making greater demands upon Her Majesty's Government touching the Behring's Sea than either our necessities or our desires have ever suggested? The precedent to which I refer is contained in the following narrative:—

Napoleon Bonaparte fell into the power of Great Britain on the 15th July, 1815. The disposition of the illustrious prisoner was primarily determined by a Treaty negotiated at Paris on the 2nd of the following August between Great Britain, Russia, Prussia, and Austria. By that Treaty “the

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

custody of Napoleon is specially intrusted to the British Government." The choice of the place and of the measures which could best secure the prisoner were especially reserved to His Britannic Majesty. In pursuance of this power, Napoleon was promptly sent by Great Britain to the Island of St. Helena as a prisoner for life. Six months after he reached St. Helena the British Parliament enacted a special and extraordinary Law for the purpose of making his detention more secure. It was altogether a memorable Statute, and gave to the British Governor of the Island of St. Helena remarkable powers over the property and rights of other nations. The Statute contains eight long sections, and in the 4th section assumes the power to exclude ships of any nationality, not only from landing on the island, but forbids them "to hover within 8 leagues of the coast of the island." The penalty for hovering within 8 leagues of the coast is the forfeiture of the ship to His Majesty the King of Great Britain, on trial to be had in London, and the offence to be the same as if committed in the County of Middlesex. This power was not assumed by a military commander, pleading the silence of law amid the clash of arms; nor was it conferred by the power of civil government in a crisis of public danger. It was a Parliamentary enactment in a season of profound peace that was not broken in Europe by war among the Great Powers for eight-and-thirty years thereafter. (See Inclosure C.)

The British Government thus assumed exclusive and absolute control over a considerable section of the South Atlantic Ocean, lying directly in the path of the world's commerce, near the capes which mark the southernmost points of both hemispheres, over the waters which for centuries had connected the shores of all continents, and afforded the commercial highway from and to all the ports of the world. The body of water thus controlled, in the form of a circle nearly 50 miles in diameter, was scarcely less than 2,000 square miles in extent; and whatever ship dared to tarry or hover within this area might, regardless of its nationality, be forcibly seized and summarily forfeited to the British King. || The United States had grave and special reasons for resenting this peremptory assertion of power by Great Britain. On the 3rd day of July, 1815, a fortnight after the Battle of Waterloo and twelve days before Napoleon became a prisoner of war, an important Commercial Treaty was concluded at London between the United States and Great Britain. It was the sequel to the Treaty of Ghent, which was concluded some six months before, and was remarkable, not only from the character of its provisions, but from the eminence of the American negotiators—John Quincy Adams, Henry Clay, and Albert Gallatin. Among other provisions of this Treaty relaxing the stringent colonial policy of England was one which agreed that American ships should be admitted and hospitably received at the Island of St. Helena. Before the ratifications of the Treaty were exchanged in the following November, it was determined that Napoleon should be sent to St. Helena. England thereupon declined to ratify the Treaty un-

less the United States should surrender the provision respecting that island. After that came the stringent enactment of Parliament forbidding vessels to hover within 24 miles of the island. The United States was already a great Commercial Power. She had 1,400,000 tons of shipping; more than 500 ships bearing her flag were engaged in trade around the capes. Lord Salisbury has had much to say about the liberty of the seas, but these 500 American ships were denied the liberty of the seas within a space of 50 miles wide in the South Atlantic Ocean by the express authority of Great Britain. The Act of Parliament which asserted this power over the sea was to be in force as long as Napoleon should live. Napoleon was born the same year with Wellington, and was therefore but 46 years of age when he was sent to St. Helena. His expectation of life was then as good as that of the Duke who lived until 1852. The order made in April 1816 to obstruct free navigation in a section of the South Atlantic might, therefore, have been in force for the period of thirty-six years, if not longer. It actually proved to be for five years only. Napoleon died in 1821. It is hardly conceivable that the same nation which exercised this authority in the broad Atlantic, over which, at that very time, 800,000,000 of people made their commercial exchanges, should deny the right of the United States to assume control over a limited area, for a fraction of each year, in a sea which lies far beyond the line of trade, whose silent waters were never cloven by a commercial prow, whose uninhabited shores have no port of entry, and could never be approached on a lawful errand under any other flag than that of the United States. Is this Government to understand that Lord Salisbury justifies the course of England? Is this Government to understand that Lord Salisbury maintains the right of England, at her will and pleasure, to obstruct the highway of commerce in mid-ocean, and that she will at the same time interpose objections to the United States exercising her jurisdiction beyond the 3-mile limit, in a remote and unused sea, for the sole purpose of preserving the most valuable fur-seal fishery in the world from remediless destruction? If Great Britain shall consider that the precedent set at St. Helena of obstruction to the navigable waters of the ocean is too remote for present quotation, I invite her attention to one still in existence. Even to-day, while Her Majesty's Government is aiding one of her Colonies to destroy the American seal fisheries, another Colony, with her consent, has established a pearl fishery in an area of the Indian Ocean 600 miles wide. And so complete is the assumption of power that, according to Sir George Baden-Powell, a licence-fee is collected from the vessels engaged in the pearl fisheries in the open ocean. The asserted power goes to the extent of making foreign vessels that have procured their pearls far outside the 3-mile limit pay a heavy tax when the vessels enter an Australian port to land cargoes and refit. Thus the foreign vessel is hedged in on both sides, and is bound to pay the tax under British law, because, as Sir George Baden-Powell intimates, the voyage to

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Nr. 10362. another port would probably be more expensive than the tax. I quote further
 Vereinigte from Sir George to show the extent to which British assumption of power
 Staaten. over the Ocean has gone:—
 17. Dec. 1890.

“The right to charge these dues and to exercise this control outside the 3-mile limit is based on an Act of the Federal Council of Australasia, which (Federal Council Act, 1885, sec. 15) enacts that the Council shall have legislative authority, inter alia, in respect to fisheries in Australian waters outside territorial limits. In 1889 this Council passed an Act to ‘regulate the pearl-shell and bêche-de-mer fisheries in Australian waters adjacent to the Colony of Western Australia.’ In 1888 a similar Act had been passed, dealing with the fisheries in the seas adjacent to Queensland (on the east coast).”

I am directed by the President to say that, on behalf of the United States, he is willing to adopt the text used in the Act of Parliament to exclude ships from hovering nearer to the Island of St. Helena than 8 marine leagues, or he will take the example cited by Sir George Baden-Powell, where, by permission of Her Majesty’s Government, control over a part of the ocean 600 miles wide is to-day authorized by Australian law. The President will ask the Government of Great Britain to agree to the distance of 20 marine leagues—within which no ship shall hover around the Islands of St. Paul and St. George, from the 15th May to the October of each year. This will prove an effective mode of preserving the seal fisheries for the use of the civilized world—a mode which, in view of Great Britain’s assumption of power over the open ocean, she cannot with consistency decline. Great Britain prescribed 8 leagues at St. Helena; but the obvious necessities in the Behring’s Sea will, on the basis of this precedent, justify 20 leagues for the protection of the American seal fisheries. || The United States desires only such control over a limited extent of the waters in the Behring’s Sea, for a part of each year, as will be sufficient to insure the protection of the fur-seal fisheries, already injured, possibly, to an irreparable extent by the intrusion of Canadian vessels, sailing with the encouragement of Great Britain and protected by her flag. The gravest wrong is committed when (as in many instances is the case) American citizens, refusing obedience to the laws of their own country, have gone into partnership with the British flag and engaged in the destruction of the seal fisheries which belong to the United States. So general, so notorious, and so shamelessly avowed has this practice become that last season, according to the Report of the American Consul at Victoria, when the intruders assembled at Ounalaska on the 4th July, previous to entering Behring’s Sea, the day was celebrated in a patriotic and spirited manner by the American citizens, who, at the time, were protected by the British flag in their violation of the laws of their own country. || With such agencies as these, devised by the Dominion of Canada and protected by the flag of Great Britain, American rights and interests have, within the past four years been, damaged to the extent of millions of dollars, with no corresponding gain to those who caused the loss.

From 1870 to 1890 the seal fisheries—carefully guarded and preserved—yielded 100,000 skins each year. The Canadian intrusions began in 1886, and so great has been the damage resulting from their destruction of seal life in the open sea surrounding the Pribyloff Islands, that in 1890 the Government of the United States limited the Alaska Company to 60,000 seals. But the Company was able to secure only 21,000 seals. Under the same evil influences that have been active now for five seasons the seal fisheries will soon be utterly destroyed. Great Britain has been informed, advised, warned over and over again, of the evil effects that would flow from her course of action; but, against testimony that amounts to demonstration, she has preferred to abide by personal representations from Ottawa, by Reports of Commissioners who examined nothing, and heard nothing, except the testimony of those engaged in the business against which the United States has earnestly protested. She may possibly be convinced of the damage if she will send an intelligent Commissioner to the Pribyloff Islands.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

In general answer to all these facts, Great Britain announces that she is willing to settle the dispute by arbitration. Her proposition is contained in the following paragraph, which I quote in full:

“I have to request that you will communicate a copy of this despatch, and of its inclosures, to Mr. Blaine. You will state that Her Majesty’s Government have no desire whatever to refuse to the United States any jurisdiction in Behring’s Sea which was conceded by Great Britain to Russia, and which properly accrues to the present possessors of Alaska in virtue of Treaties or the law of nations; and that, if the United States’ Government, after examination of the evidence and arguments which I have produced, still differ from them as to the legality of the recent captures in that sea, they are ready to agree that the question, with the issues that depend upon it, should be referred to impartial arbitration. You will in that case be authorized to consider, in concert with Mr. Blaine, the method of procedure to be followed.”

In his annual Message, sent to Congress on the 1st of the present month, the President, speaking in relation to the Behring’s Sea question, said:—

“The offer to submit the question to arbitration, as proposed by Her Majesty’s Government, has not been accepted, for the reason that the form of submission proposed is not thought to be calculated to assure a conclusion satisfactory to either party.”

In the judgment of the President, nothing of importance would be settled by proving that Great Britain conceded no jurisdiction to Russia over the seal fisheries of the Behring’s Sea. It might as well be proved that Russia conceded no jurisdiction to England over the River Thames. By doing nothing in each case everything is conceded. In neither case is anything asked of the other “Concession,” as used here, means simply acquiescence in the rightfulness of the title, and that is the only form of concession which Russia asked of Great Britain, or which Great Britain gave to Russia.

Nr. 10362.
Vereinigto
Staaten.
17. Dec. 1890.

The second offer of Lord Salisbury to arbitrate amounts simply to a submission of the question whether any country has a right to extend its jurisdiction more than one marine league from the shore? No one disputes that, as a rule; but the question is whether there may not be exceptions whose enforcement does not interfere with those highways of commerce which the necessities and usage of the world have marked out. Great Britain, when she desired an exception, did not stop to consider or regard the inconvenience to which the commercial world might be subjected. Her exception placed an obstacle in the highway between continents. The United States, in protecting the seal fisheries, will not interfere with a single sail of commerce on any sea of the globe.

It will mean something tangible, in the President's opinion, if Great Britain will consent to arbitrate the real questions which have been under discussion between the two Governments for the last four years. I shall endeavour to state what, in the judgment of the President, those issues are:—

1. What exclusive jurisdiction in the sea now known as the Behring's Sea, and what exclusive rights in the seal fisheries therein, did Russia assert and exercise prior and up to time of the cession of Alaska to the United States?

2. How far were these claims of jurisdiction as to the seal fisheries recognized and conceded by Great Britain?

3. Was the body of water now known as the Behring's Sea included in the phrase "Pacific Ocean," as used in the Treaty of 1825 between Great Britain and Russia; and what rights (if any) in the Behring's Sea were given or conceded to Great Britain by the said Treaty?

4. Did not all the rights of Russia as to jurisdiction, and as the seal fisheries in Behring's Sea east of the water boundary, in the Treaty between the United States and Russia of the 30th March, 1867, pass unimpaired to the United States under that Treaty?

5. What are now the rights of the United States as to the fur-seal fisheries in the waters of the Behring's Sea outside of the ordinary territorial limits, whether such rights grow out of the cession by Russia of any special rights or jurisdiction held by her in such fisheries or in the waters of Behring's Sea, or out of the ownership of the breeding islands and the habits of the seals in resorting thither and rearing their young thereon and going out from the islands for food, or out of any other fact or incident connected with the relation of those seal fisheries to the territorial possessions of the United States?

6. If the determination of the foregoing questions shall leave the subject in such a position that the concurrence of Great Britain is necessary in prescribing Regulations for the killing of the fur-seal in any part of the waters of Behring's Sea, then it shall be further determined: (1) How far, if at all, outside the ordinary territorial limits it is necessary that the United States should exercise an exclusive jurisdiction in order to protect the seal for the time living upon the islands of the United States and feeding therefrom?

(2) Whether a closed season (during which the killing of seals in the waters of Behring's Sea outside the ordinary territorial limits shall be prohibited) is necessary to save the seal fishing industry, so valuable and important to mankind, from deterioration or destruction? And, if so, (3) What months or parts of months should be included in such season, and over what waters it should extend? || The repeated assertions that the Government of the United States demands that the Behring's Sea be pronounced mare clausum are without foundation. The Government has never claimed it and never desired it. It expressly disavows it. At the same time the United States does not lack abundant authority, according to the ablest exponents of international law, for holding a small section of the Behring's Sea for the protection of the fur-seals. Controlling a comparatively restricted area of water for that one specific purpose is by no means the equivalent of declaring the sea, or any part thereof, mare clausum. Nor is it by any means so serious an obstruction as Great Britain assumed to make in the South Atlantic, nor so groundless an interference with the common law of the sea as is maintained by British authority to-day in the Indian Ocean. The President does not, however, desire the long postponement which an examination of legal authorities from Ulpian to Phillimore and Kent would involve. He finds his own views well expressed by Mr. Phelps, our late Minister to England, when, after failing to secure a just arrangement with Great Britain touching the seal fisheries, he wrote the following in his closing communication to his own Government, 12th September, 1888:—

Nr. 10862.
Vereinigto
Staaten.
17. Dec. 1890.

“Much learning has been expended upon the discussion of the abstract question of the right of mare clausum. I do not conceive it to be applicable to the present case. || “Here is a valuable fishery, and a large and, if properly managed, permanent industry, the property of the nations on whose shores it is carried on. It is proposed by the Colony of a foreign nation, in defiance of the joint remonstrance of all the countries interested, to destroy this business by the indiscriminate slaughter and extermination of the animals in question, in the open neighbouring sea, during the period of gestation, when the common dictates of humanity ought to protect them, were there no interest at all involved. And it is suggested that we are prevented from defending ourselves against such depredations because the sea at a certain distance from the coast is free. || “The same line of argument would take under its protection piracy and the Slave Trade when prosecuted in the open sea, or would justify one nation in destroying the commerce of another by placing dangerous obstructions and derelicts in the open sea near its coasts. There are many things that cannot be allowed to be done on the open sea with impunity, and against which every sea is mare clausum: and the right of self-defence as to person and property prevails there as fully as elsewhere. If the fish upon the Canadian coasts could be destroyed by scattering poison in the open sea adjacent with some small profit to those engaged in it, would Canada, upon the just principles of international law, be held defenceless in such a case?

Nr. 10962. Yet that process would be no more destructive, inhuman, and wanton than this. ¶
 Vereinigte "If precedents are wanting for a defence so necessary and so proper, it is
 Staaten. because precedents for such a course of conduct are likewise unknown. The
 17. Dec. 1890. best international law has arisen from precedents that have been established
 when the just occasion for them arose, undeterred by the discussion of abstract
 and inadequate rules."

I have, &c.

James G. Blaine.

Inclosure (A).

Convention* between the United States and Russia relative to Navigation, Fishing, and Trading in the Pacific Ocean, and to Establishments on the North-West Coast. — Concluded April 17, 1824; Ratifications exchanged at Washington, January 11, 1825; Proclaimed January 12, 1825.

In the Name of the Most Holy and Indivisible Trinity.

The President of the United States of America and His Majesty the Emperor of All the Russias, wishing to cement the bonds of amity which unite them, and to secure between them the invariable maintenance of a perfect concord, by means of the present Convention, have named as their Plenipotentiaries to this effect, to wit:

The President of the United States of America, Henry Middleton, a citizen of said States, and their Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary near His Imperial Majesty; and His Majesty the Emperor of All the Russias, his beloved and faithful Charles Robert, Count of Nesselrode, Actual Privy Counsellor, Member of the Council of State, Secretary of State directing the administration of Foreign Affairs, Actual Chamberlain, Knight of the Order of St. Alexander Nevsky, Grand Cross of the Order of St. Wladimir of the first class, Knight of that of the White Eagle of Poland, Grand Cross of the Order of St. Stephen of Hungary, Knight of the Orders of the Holy Ghost and St. Michael, and Grand Cross of the Legion of Honour of France, Knight Grand Cross of the Orders of the Black and of the Red Eagle of Prussia, of the Annunciation of Sardinia, of Charles III of Spain, of St. Ferdinand and of Merit of Naples, of the Elephant of Denmark, of the Polar Star of Sweden, of the Crown of Würtemberg, of the Guelphs of Hanover, of the Belgic Lion, of Fidelity of Baden, and of St. Constantine of Parma; and Pierre de Poletica, Actual Counsellor of State, Knight of the Order of St. Anne of the first class, and Grand Cross of the Order of St. Wladimir of the second;

Who, after having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed upon and signed the following stipulations:—

Article I.

It is agreed that, in any part of the Great Ocean, commonly called the

*) Translation from the original, which is in the French language.

Pacific Ocean or South Sea, the respective citizens or subjects of the High Contracting Powers shall be neither disturbed nor restrained, either in navigation or in fishing, or in the power of resorting to the coasts, upon points which may not already have been occupied, for the purpose of trading with the natives, saving always the restrictions and conditions determined by the following Articles.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Article II.

With a view of preventing the rights of navigation and of fishing exercised upon the Great Ocean by the citizens and subjects of the High Contracting Powers from becoming the pretext for an illicit trade, it is agreed that the citizens of the United States shall not resort to any point where there is a Russian establishment without the permission of the Governor or Commander; and that, reciprocally, the subjects of Russia shall not resort, without permission, to any establishment of the United States upon the north-west coast.

Article III.

It is moreover agreed that, hereafter, there shall not be formed by the citizens of the United States, or under the authority of the said States, any establishment upon the north-west coast of America, nor in any of the islands adjacent, to the north of 54° 40' of north latitude; and that, in the same manner, there shall be none formed by Russian subjects, or under the authority of Russia, south of the same parallel.

Article IV.

It is, nevertheless, understood that during a term of ten years, counting from the signature of the present Convention, the ships of both Powers, or which belong to their citizens or subjects respectively, may reciprocally frequent, without any hindrance whatever, the interior seas, gulfs, harbours and creeks upon the coast mentioned in the preceding Article, for the purpose of fishing and trading with the natives of the country.

Article V.

All spirituous liquors, fire-arms, other arms, powder, and munitions of war of every kind are always excepted from this same commerce permitted by the preceding Article; and the two Powers engage, reciprocally, neither to sell nor suffer them to be sold to the natives by their respective citizens and subjects, nor by any person who may be under their authority. It is likewise stipulated that this restriction shall never afford a pretext, nor be advanced in any case to authorize either search or detention of the vessels, seizure of the merchandize, or, in fine, any measures of constraint whatever towards the merchants or the crews who may carry on this commerce; the High Contracting Powers reciprocally reserving to themselves to determine upon the penalties to be incurred, and to inflict the punishments in case of the contravention of this Article by their respective citizens or subjects.

Nr. 10862.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Article VI.

When this Convention shall have been duly ratified by the President of the United States, with the advice and consent of the Senate on the one part, and on the other by His Majesty the Emperor of All the Russias, the ratifications shall be exchanged at Washington in the space of ten months from the date below, or sooner if possible.

In faith whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Convention, and thereto affixed the seals of their arms.

Done at St. Petersburg the 5th (17th) April, of the year of Grace one thousand eight hundred and twenty four.

Henry Middleton.

Le Comte Charles de Nesselrode.

Pierre de Poletica.

Convention between Great Britain and Russia. — Signed at St. Petersburg, February 16 (28), 1825; Presented to Parliament May 16, 1825.

In the Name of the Most Holy and Undivided Trinity.

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Majesty the Emperor of All the Russias, being desirous of drawing still closer the ties of good understanding and friendship which unite them, by means of an Agreement which may settle, upon the basis of reciprocal convenience, different points connected with the commerce, navigation, and fisheries of their subjects on the Pacific Ocean, as well as the limits of their respective possessions on the north-west coast of America, have named Plenipotentiaries to conclude a Convention for this purpose, that is to say:

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Stratford Canning, a Member of His said Majesty's Most Honourable Privy Council, &c.

And His Majesty the Emperor of All the Russias, the Sieur Charles Robert, Count de Nesselrode, His Imperial Majesty's Privy Councillor, a Member of the Council of the Empire, Secretary of State for the Department of Foreign Affairs, &c.; and the Sieur Pierre de Poletica, His Imperial Majesty's Councillor of State, &c.;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and signed the following Articles:—

Article I.

It is agreed that the respective subjects of the High Contracting Parties shall not be troubled or molested in any part of the ocean, commonly called the Pacific Ocean, either in navigating the same, in fishing therein, or in landing

at such parts of the coast as shall not have been already occupied, in order to trade with the natives, under the restrictions and conditions specified in the following Articles.

Nr. 10862.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Article II.

In order to prevent the right of navigating and fishing exercised upon the ocean by the subjects of the High Contracting Parties from becoming the pretext for an illicit commerce, it is agreed that the subjects of His Britannic Majesty shall not land at any place where there may be a Russian establishment, without the permission of the Governor or Commandant; and, on the other hand, that Russian subjects shall not land, without permission, at any British establishment on the north-west coast.

Article III.

The line of demarcation between the possessions of the High Contracting Parties, upon the coast of the continent and the islands of America to the north-west, shall be drawn in the manner following:—

Commencing from the southernmost point of the island called Prince of Wales Island, which point lies in the parallel of 54° 40' north latitude, and between the 131st and the 133rd degree of west longitude (meridian of Greenwich), the said line shall ascend to the north along the channel called Portland Channel, as far as the point of the continent where it strikes the 56th degree of north latitude; from this last-mentioned point the line of demarcation shall follow the summit of the mountains situated parallel to the coast, as far as the point of intersection of the 141st degree of west longitude (of the same meridian); and, finally, from the said point of intersection, the said meridian line of the 141st degree, in its prolongation as far as the Frozen Ocean, shall form the limit between the Russian and British possessions on the Continent of America to the north-west.

Article IV.

With reference to the line of demarcation laid down in the preceding Article, it is understood:—

1. That the island called Prince of Wales Island shall belong wholly to Russia.

2. That wherever the summit of the mountains which extend in a direction parallel to the coast, from the 56th degree of north latitude to the point of intersection of the 141st degree of west longitude, shall prove to be at the distance of more than 10 marine leagues from the ocean, the limit between the British possessions and the line of coast which is to belong to Russia, as above mentioned, shall be formed by a line parallel to the windings of the coast, and which shall never exceed the distance of 10 marine leagues therefrom.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Article V.

It is, moreover, agreed that no establishment shall be formed by either of the two Parties within the limits assigned by the two preceding Articles to the possessions of the other; consequently, British subjects shall not form any establishment either upon the coast or upon the border of the continent comprised within the limits of the Russian possessions, as designated in the two preceding Articles; and, in like manner, no establishment shall be formed by Russian subjects beyond the said limits.

Article VI.

It is understood that the subjects of His Britannic Majesty, from whatever quarter they may arrive, whether from the ocean or from the interior of the continent, shall for ever enjoy the right of navigating freely, and without any hindrance whatever, all the rivers and streams which, in their course towards the Pacific Ocean, may cross the line of demarcation upon the line of coast described in Article III of the present Convention.

Article VII.

It is also understood that, for the space of ten years from the signature of the present Convention, the vessels of the two Powers, or those belonging to their respective subjects, shall mutually be at liberty to frequent, without any hindrance whatever, all the inland seas, the gulfs, havens, and creeks on the coast mentioned in Article III, for the purposes of fishing and of trading with the natives.

Article VIII.

The port of Sitka, or Novo Archangelsk, shall be open to the commerce and vessels of British subjects for the space of ten years from the date of the exchange of the ratifications of the present Convention. In the event of an extension of this term of ten years being granted to any other Power, the like extension shall be granted also to Great Britain.

Article IX.

The above-mentioned liberty of commerce shall not apply to the trade in spirituous liquors, in fire-arms, or other arms gunpowder, or other warlike stores; the High Contracting Parties reciprocally engaging not to permit the above-mentioned articles to be sold or delivered, in any manner whatever, to the natives of the country.

Article X.

Every British or Russian vessel navigating the Pacific Ocean, which may be compelled by storms or by accident to take shelter in the ports of the respective Parties, shall be at liberty to refit therein, to provide itself with all necessary stores, and to put to sea again, without paying any other than port and lighthouse dues, which shall be the same as those paid by national

vessels. In case, however, the master of such vessel should be under the necessity of disposing of a part of his merchandize in order to defray his expenses, he shall conform himself to the Regulations and Tariffs of the place where he may have landed.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Article XI.

In every case of complaint on account of an infraction of the Articles of the present Convention, the civil and military authorities of the High Contracting Parties, without previously acting or taking any forcible measure, shall make an exact and circumstantial report of the matter to their respective Courts, who engage to settle the same in a friendly manner, and according to the principles of justice.

Article XII.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at London, within the space of six weeks, or sooner if possible.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at St. Petersburg the 16th (28th) day of February, in the year of our Lord One thousand eight hundred and twenty five.

Stratford Canning.
The Count de Nesselrode.
Pierre de Poletica.

Inclosure (B).

List of Maps, with Designation of Waters now known as the Behring's Sea, with Date and Place of Publication.

[In these Maps the waters south of Behring's Sea are variously designated as the Pacific Ocean, Ocean Pacifique, Stilles Meer; the Great Ocean, Grande Mer, Grosse Ocean; the Great South Sea, Gross Süd-See, Mer du Sud. And they are again further divided, and the northern part designated as North Pacific Ocean, Partie du Nord de la Mer du Sud, Partie du Nord de la Grande Mer, Grand Océan Boréal, Nördlicher Theil des Grossen Süd-Meers, Nördlicher Theil des Stillen Meers, Nördliches Stilles Meer, &c. In all the Maps, however, the Pacific Ocean, under one of these various titles, is designated separate from the sea.]

Name of Map, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
Accurate Charte von Nord Amerika, from the best sources	Sea of Anadir	—	Unknown
Map made under direction of Mikhael Gvosdef, Surveyor of the Shestakof Expedition in 1730	Kamtschatskisches Meer	St. Petersburg	1743
Mappemonde, by Lowitz	Mare Andiricum	Berlin	1746
Geographical Atlas of the Russian Empire, Alexander Vostchinine	Kamtschatka or Beaver Sea	St. Petersburg	1748

Nr. 10862. Vereinigte Staaten. 17. Dec. 1890.	Name of Maps, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
	Carte de l'Isle de Ieso, corrected to date, by Philippe Buache, Academy of Sciences, and Geographer to the King	Mer de Kamtschatka	Paris	1754
	Müllers's Map of the Discoveries by the Russians on the North-West Coast of America, prepared for the Imperial Academy of Sciences	Sea of Kamtschatka	St. Petersburg	1758
	D'Auville's Map of the Western Hemisphere	Sea of Anadir	Paris	1761
	Map of Hémisphère Septentrional, by Count Redfern, published by Royal Academy of Sciences	Mer Dormant	Berlin	1762
	Map published in the "London Magazine"	Sea of Kamtschatka	London	1764
	Map by S. Bellin, Engineer of the Royal Academy	" " "	"	1766
	Nouvelle Carte des Découvertes par les Vaisseaux Russes aux côtes inconnues de l'Amérique Septentrionale; Müller	Mer de Kamtschatka and Mer d'Anadir	Amsterdam	1766
	Jeffery's American Atlas, printed by R. Sayers and J. Bennett	Sea of Kamtschatka and Sea of Anadir	London	1768-72
	Road Map from Paris to Tobolsken	Sea of Kamtschatka	Paris	1769
	Bowle's Atlas; Map of the World	Sea of Anadir	London	1770
	Map of the Eastern part of the Russian Territory, by J. Truscott	Mare Kamtschatkiensae	St. Petersburg	1771
	Map of the New Northern Archipelago, in J. von Staehlin Storcksburg's Account of the Northern Archipelago, lately discovered by the Russians in the Seas of Kamtschatka and Anadir	Sea of Kamtschatka and Sea of Anadir	London	1774
	Samuel Dunn's Map of North America	Sea of Anadir	"	1774
	Chart of Russian Discoveries from the Map published by the Imperial Academy of St. Petersburg (Robert Sayer, printseller), published as the Act directs.	Sea of Kamtschatka	"	1775
	Jeffery's Atlas; Chart containing part of Icy Sea and adjacent Coasts of Asia and America; published in 1775, according to Act of Parliament, by Sayer and Bennett	" " "	"	1776
	Jeffery's Atlas; Chart of the Russian Discoveries, from Map published by Imperial Academy of Sciences; published by Robert Sayer, March 2, 1775.	" " "	"	1776
	Atlas, Thomas Jeffery's (Geographer to King), American; Chart containing the Coasts of California, New Albion, and the Russian discoveries to the North	" " "	"	1776
	Map in the French Encyclopædia	" " "	Paris	1777
	Schmid's Atlas	" " "	"	1777
	Jeffery's Atlas	" " "	London	1778
	Carte der Entdeckungen zwischen Siberia and Amerika to the year 1780	Kamtschatkisches Meer		1780

Name of Map, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
Map of the New Discoveries in the Eastern Ocean	Kamtschatka or Beaver Sea	St. Petersburg	1781
St. Petersburg Atlas	Sea of Kamtschatka	" "	1782
Halbkugel der Erde, by Bode	Kamtschatka Sea	Berlin	1783
Chart of the North-West Coast of America and the North-East Coast of Asia, prepared by Lieutenant Henry Roberts, under the immediate inspection of Captain Cook; published by William Faden	Sea of Kamtschatka	London	1784
Map of the Empire of Russia and Tartary, by F. L. Gulsefeld	Kamtschatkische oder Biber Meer	Nuremberg	1786
Map of Discoveries made by the Russians and by Captain Cook; Alexandre Vilbrech	Sea of Kamtschatka	St. Petersburg	1787
Dunn's Atlas; Map of the World	" " "	London	1788
D'Auville's Atlas; Map of the World, with improvements; prepared for J. Harrison, as the Act directs	" " "	"	1788
Mearns' Voyages; Chart of North-West Coast of America	" " "	"	1790
Chart of the World, exhibiting all the new discoveries to the present time, with the tracts of the most distinguished navigators from the year 1700, carefully collected from the best Charts, Maps, Voyages, &c., extant, by A. Arrowsmith, Geographer, as the Act directs	" " "	"	1790
Chart of the Great Ocean, or South Sea, conformable to the account of the voyage of discovery of the French frigates "La Boussole" and "L'Astrolabe"; La Pérouse	Sea of Kamtschatka	Paris	1791
Karted. Nordens v. Amerika; G. Forster	Kamtschatka Sea	Berlin	1791
Greenough's Map in Wilkinson's Atlas	Sea of Kamtschatka	London	1791
Map of the North-Eastern part of Siberia, the Frozen Sea, the Eastern Ocean, and North-Western Coasts of America, indicating Billing's expedition	Kamtschatka Sea	St. Petersburg	1791
Arrowsmith's Map of the World	Sea of Kamtschatka	London	1794
Charte von Amerika, F. L. Gulsefeld	Kamtschatkisches Meer	Nurnberg	1796
Atlas of Mathew Carey; Map of the World from the best authorities, and Map of Russian Empire in Europe and Asia	Sea of Kamtschatka	Philadelphia	1796
Chart of North Amerika, by J. Wilkes, "as Act directs"	" " "	London	1796
Halbkugel der Erde	" " "	Nuremberg	1797
Chart von Nord Amerika, by F. L. Gulsefeld	Kamtschatka Sea	Nurnberg	1797
C. F. Delmarche's Atlas; Mappemonde, by Robert du Vaugondy, including new Discoveries of Captain Cook	Kamtschatkisches Meer	Paris	1797
La Pérouse's Chart of the Great Ocean, or South Sea, conformably to the discoveries of the French frigates "La Boussole" and "L'Astrolabe",	" " "	London	1798

Nr. 10862.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890

Nr. 10362. Vereinigte Staaten. 17. Dec. 1890.	Name of Map, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
	published in conformity with the Decree of the French National Assembly, 1791, translated and printed by J. Johnson.			
	W. Heather's Marine Atlas . . .	Sea of Kamtschatka	London	1799
	Greenough's Atlas; Map by Vibrecht entitled "Carte de la Côte Nord-Ouest del'Amérique Septentrionale", and showing the discoveries of the Russians and Portlock and Dickson	Mer de Kamtschatka	Edinburgh	1800
	Wilkinson's General Atlas; a new Mercator's Chart drawn from the latest discoveries	Sea of Kamtschatka	London	1800
	Map of the World; Graberg . . .	Bacino di Behring	Geneva	1802
	Map Magazine, composed according to the latest observations of foreign navigators, corrected to 1802	Beaver Sea or Sea of Kamtschatka	St. Petersburg	1802
	Map of Meer von Kamtschatka, with the routes of Captain Jos. Billings and Mart. Sauer, drawn by Fred. Gotze, to accompany Report of Billings' Russian Official Visit to Aleutia and Alaska.	Meer von Kamtschatka	Weimar	1803
	Atlas des Ganzen Erdkreises, by Christian Gottlieb Reichard	Meer von Kamtschatka	"	1803
	Arrowsmith's General Atlas . . .	Sea of Kamtschatka	London	1804
	Map of Savrilia Sarytscheff's journey in the North-East Sea	" " "	Leipscic	1805
	Jedediah Morse's Map of North America	" " "	Boston	1805
	Robert Wilkinson's General Atlas; new Mercator's Chart	" " "	London	1807
	Atlas of the Russian Empire, adopted by the General Direction of Schools.	Kamtschatka or Beaver Sea	St. Petersburg	1807
	General Map of the travels of Captain Golovnin	Kamtschatka Sea	" "	1807-9
	Map in Carey's Atlas	Sea of Kamtschatka	London	1808
	Lieutenant Roberts' Chart, improved to date	" " "	"	1808
	Mappemonde in Atlas of Malte-Brun	Bassing de Behring	Paris	1809
	Dunn's Atlas	Sea of Kamtschatka	London	1810
	Karte des Grossen Oceans, usually the South Sea; Sotzmann	Kamtschatkisches Meer	Hamburg	1810
	Chart von Amerika; Streits	Sea of Kamtschatka	Weimar	1810
	Arrowsmith's Map of North America	" " "	London	1811
	Map of the World in Pinkerton's Atlas	" " "	"	1812
	Map by Lapie	" Bassin du Nord	Paris	1812
	"Carte d'Amérique, rédigée d'après celle d'Arrowsmith, en quatre planches et soumise aux observations astronomiques de M. de Humboldt"; by Champion	Bassin de Behring	"	1813
	Map of Oceania, or the Fifth Part of the World, including a portion of America and the coasts of Asia, by H. Brue	Bassin du Nord	Paris	1814
	Neele's General Atlas; Samuel and George Neele	Sea of Kamtschatka	London	1814

Name of Map, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
*Chart v. Amerika; Geogr. Institute	Meer von Kamtschatka	Weimar	1814
Map of the World, by Von Krusenstern	Meer von Kamtschatka	St. Petersburg	1815
Encyprotype de l'Amérique Septentrionale, by Brué	Bassin du Nord	Paris	1815
Smith's General Atlas	Sea of Kamtschatka	London	1815
Allgemeinewelt Charte, with Voyage of Krusenstern	" " "	"	1815
Grand Atlas Universel, edited by Desray; Mappemonde, by Goujon, Geographer	Bassin du Nord	Paris	1816
Atlas Élémentaire, by Lapie et Poirson	Bassin du Nord ou de Behring	"	1816
Amérique Septentrionale et Méridionale; Lapie	Mer de Behring ou Bassin du Nord	"	1816
Map in Thompson's Atlas	Sea of Kamtschatka	Edinburgh	1817
Fielding Lucas' Atlas	" " "	Baltimore	1817
Reichard and Von Haller's German Atlas	" " "	Weimar	1818
Map in Greenough's Atlas	" " "	Edinburgh	1818
John Pinkerton's Modern Atlas	" " "	Philadelphia	1818
Map engraved by Kirkwood and Sons	" " "	Edinburgh	1819
Chart of the Russian and English Discoveries in the North Pacific Ocean, by Captain James Burney, F.R.S.	" " "	London	1819
Carte Générale de l'Amérique; De Lamarche	Mer de Behring ou Bassin du Nord	Paris	1819
Carte de l'Amérique Septentrionale et Méridionale; Hennon	Bassin du Nord	"	1820
Chart of Alaska, by J. K. Eyries and Malte-Brun	Behring Sea	"	1821
Chart of the Arctic Ocean and North America, by Lapie	" "	Weimar	1821
Carte Générale du Globe; Brué	Mer de Behring	Paris	1821
Mappemonde; Tardieu	Mer de Behring	"	1821
Atlas of La Vigne; M. Carey	Sea of Kamtschatka	Philadelphia	1821
Atlas Universel of A. H. Brué	Mer de Behring	Paris	1822
Mappemonde; Herisson	Mer de Behring	"	1823
Map to illustrate the Voyage of Kotzebue	Sea of Kamtschatka	St. Petersburg	1823
Fielding Lucas' Atlas	" " "	Philadelphia	1823
Fielding Lucas' Atlas	" " "	Baltimore	1823
Amérique Septentrionale; Lapie	Mer de Behring	Paris	1824
Atlas Classique et Universel, by M. Lapie	Mer de Behring ou Bassin du Nord	"	1824
Anthony Finley's Atlas	Sea of Kamtschatka	Philadelphia	1824
Atlas of Buchon; Cartes des Possessions Russes	Bassin du Nord	Paris	1825
Map in Butler's Atlas	Sea of Kamtschatka	London	1825
Atlas Historique de la Sage	Mer de Behring	Paris	1829

Nr. 10362.
Vereinigto
Staaten.
17. Dec. 1890.

*) This Chart also designates the coast from Columbia River (49°) to Cape Elizabeth (60°) as the "Nord-West-Küste".

Inclosure (C).

Section 4 of "An Act for regulating the Intercourse with the Island of St. Helena during the time Napoleon Bonaparte shall be detained there, and for indemnifying Persons in the cases therein mentioned (11th April, 1816)."
Section 4. And be it further enacted, that it shall and may be lawful for

Nr. 10362. Vereinigte Staaten. 17. Dec. 1890. the Governor, or, in his absence, the Deputy Governor, of the said Island of St. Helena, by all necessary ways and means, to hinder and prevent any ship, vessel, or boat from repairing to, trading, or touching at said island, or having any communication with the same, and to hinder and prevent any person or persons from landing upon the said island from such ship, vessel, or boats, and to seize and detain all and every person and persons that shall land upon the said island from the same; and all such ships, vessels, or boats (except as above excepted) as shall repair to, or touch at, the said island, or shall be found hovering within 8 leagues of the coast thereof, and which shall or may belong, in the whole or in part, to any subject or subjects of His Majesty, or to any person or persons owing allegiance to His Majesty, shall and are hereby declared to be forfeited to His Majesty, and shall and may be seized and detained, and brought to England, and shall and may be prosecuted to condemnation by His Majesty's Attorney-General, in any of His Majesty's Courts of Record at Westminster, in such manner and form as any ship, vessel, or boat may be seized, detained, or prosecuted for any breach or violation of the Navigation or Revenue Laws of this country; and the offence for which such ship, vessel, or boat shall be proceeded against shall and may be laid and charged to have been done and committed in the County of Middlesex; and if any ship, vessel, or boat, not belonging in the whole or in part to any person or persons the subject or subjects of, or owing allegiance to, His Majesty, his heirs and successors, shall repair to, or trade or touch at, the said Island of St. Helena, or shall be found hovering within 8 leagues of the coast thereof, and shall not depart from the said island or the coast thereof when and so soon as the master or other person having the charge and command thereof shall be ordered so to do by the Governor or Lieutenant-Governor of the said island for the time being, or by the Commander of His Majesty's naval or military force stationed at or off the said island for the time being (unless in case of unavoidable necessity or distress of weather), such ship or vessel shall be deemed forfeited, and shall and may be seized and detained and prosecuted, in the same manner as is herein before enacted as to ships, vessels, or boats of or belonging to any subject or subjects of His Majesty.

Nr. 10363. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den englischen Vertreter in Washington. Antwort auf das Vorige. Englische Bedingungen für ein Schiedsgericht.

Foreign Office, February 21, 1891.

Nr. 10363.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1891.

The Marquis of Salisbury to Sir J. Pauncefote.

Sir, The despatch of Mr. Blaine, under date of the 17th December, has been carefully considered by Her Majesty's Government. The effect of the discussion which has been carried on between the two Governments has been

materially to narrow the area of controversy. It is now quite clear that the advisers of the President do not claim Behring's Sea as a *mare clausum*, and indeed that they repudiate that contention in express terms. Nor do they rely, as a justification for the seizure of British ships in the open sea, upon the contention that the interests of the seal fisheries give to the United States' Government any right for that purpose which, according to international law, it would not otherwise possess. Whatever importance they attach to the preservation of the fur-seal species,—and they justly look on it as an object deserving the most serious solicitude,—they do not conceive that it confers upon any Maritime Power rights over the open ocean which that Power could not assert on other grounds. || The claim of the United States to prevent the exercise of the seal fishery by other nations in Behring's Sea rests now exclusively upon the interest which by purchase they possess in a Ukase issued by the Emperor Alexander I. in the year 1821, which prohibits foreign vessels from approaching within 100 Italian miles of the coasts and islands then belonging to Russia in Behring's Sea. It is not, as I understand, contended that the Russian Government, at the time of the issue of this Ukase, possessed any inherent right to enforce such a prohibition, or acquired by the act of issuing it any claims over the open sea beyond the territorial limit of 3 miles, which they would not otherwise have possessed. But it is said that this prohibition, worthless in itself, acquired validity and force against the British Government because that Government can be shown to have accepted its provisions. The Ukase was a mere usurpation; but it is said that it was converted into a valid international law, as against the British Government, by the admission of that Government itself. || I am not concerned to dispute the contention that an invalid claim may, as against another Government, acquire a validity which in its inception it did not possess, if it is formally or effectively accepted by that Government. But the vital question for decision is whether any other Government, and especially whether the Government of Great Britain, has ever accepted the claim put forward in this Ukase. Our contention is, that not only can it not be shown that the Government of Great Britain, at any time since 1821, has admitted the soundness of the pretension put forward by that Ukase, but that it can be shown that it has categorically denied it on more than one occasion. On the 18th January, 1822, four months after the issue of the Ukase, Lord Londonderry, then British Foreign Secretary, wrote in the following terms to Count Lieven, the Russian Ambassador, in London:—

“Upon the subject of this Ukase generally, and especially upon the two main principles of claim laid down therein, viz., an exclusive sovereignty alleged to belong to Russia over the territories therein described, as also the exclusive right of navigating and trading within the maritime limits therein set forth, His Britannic Majesty must be understood as hereby reserving all his rights, not being prepared to admit that the intercourse which is allowed

Nr. 10863.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1891.

Nr. 10363. on the face of this instrument to have hitherto subsisted on those coasts and
 Gross- in those seas can be deemed to be illicit; or that the ships of friendly Powers,
 britannien. even supposing an unqualified sovereignty was proved to appertain to the
 21. Febr. 1891. Imperial Crown, in these vast and very imperfectly occupied territories, could
 by the acknowledged law of nations, be excluded from navigating within the
 distance of 100 Italian miles, as therein laid down, from the coast."

On the 17th October in the same year the Duke of Wellington, Ambassador at Verona, addressed to Count Nesselrode a note containing the following words:—

"Objecting, as we do, to this claim of exclusive sovereignty on the part of Russia, I might save myself the trouble of discussing the particular mode of its exercise as set forth in this Ukase. But we object to the sovereignty proposed to be exercised under this Ukase not less than we do to the claim of it. We cannot admit the right of any Power possessing the sovereignty of a country to exclude the vessels of others from the seas on its coasts to the distance of 100 Italian miles.."

Again, on the 28th November, 1822, the Duke of Wellington addressed a note to Count Lieven containing the following words:—

"The second ground on which we object to the Ukase is that His Imperial Majesty thereby excludes from a certain considerable extent of the open sea vessels of other nations. We contend that the assumption of this power is contrary to the law of nations; and we cannot find a negotiation upon a paper in which it is again broadly asserted. We contend that no Power whatever can exclude another from the use of the open sea; a Power can exclude itself from the navigation of a certain coast, sea, &c., by its own act or engagement, but it cannot by right be excluded by another. This we consider as the law of nations; and we cannot negotiate upon a paper in which a right is asserted inconsistent with this principle."

It is evident, therefore, that so far as diplomatic representation went, the King's Government of that date took every step which it was in their power to take, in order to make it clear to the Russian Government that Great Britain did not accept the claim to exclude her subjects for 100 miles distance from the coast, which had been put forward in the Ukase of 1821. Mr. Blaine does not deal with these protests, which appear to Her Majesty's Government to be in themselves amply sufficient to decide the question, whether Great Britain did or did not acquiesce in the Russian claim put forward by the Ukase. He confines himself mainly, in the despatch under consideration, to the consideration of the Treaties which were subsequently made between Great Britain and Russia and America and Russia in the year 1825; and especially of that between Russia and Great Britain. This Treaty, of which the text is printed at the close of Mr. Blaine's despatch, does not contain a word to signify the acquiescence of Great Britain in the claim recently put forward by Russia to control the waters of the sea for 100 miles

from her coast. There is no stipulation upon which this interpretation can be imposed by any process of construction whatsoever. But there is a provision having in our judgment a totally opposite tendency, which indeed to negative the extravagant claim that had recently been made on the part of Russia; and it is upon this provision that the main part of Mr. Blaine's argument, as I understand it, is founded. The stipulation to which I refer is contained in the Ist Article, and runs as follows:—

Nr. 10363,
Gross-
britannien.
21. Febr. 1891.

“Article I. It is agreed that the respective subjects of the High Contracting Parties shall not be troubled or molested in any part of the ocean, commonly called the Pacific Ocean, either in navigating the same, in fishing therein, or in landing at such parts of the coast as shall not have been already occupied, in order to trade with the natives, under the restrictions and conditions specified in the following Articles.”

I understand Mr. Blaine's argument to be that if Great Britain had intended to protest against the claim of Russia to exclude ships for 100 miles from her coasts in Behring's Sea, she would have taken this opportunity of doing so; but that in confining herself to stipulations in favour of full liberty of navigation and fishing in any part of the ocean, commonly called the Pacific Ocean, she, by implication, renounced any claim that could arise out of the same set of circumstances in regard to any sea that was not part of the Pacific Ocean. And then Mr. Blaine goes on to contend that the phrase “Pacific Ocean” did not and does not include Behring's Sea. || Even if this latter contention were correct, I should earnestly demur to the conclusion that our inherent rights to free passage and free fishing over a vast extent of ocean could be effectively renounced by mere reticence or omission. The right is one of which we could not be deprived unless we consented to abandon it, and that consent could not be sufficiently inferred from our negotiators having omitted to mention the subject upon one particular occasion. || But I am not prepared to admit the justice of Mr. Blaine's contention that the words “Pacific Ocean” did not include Behring's Sea. I believe that in common parlance, then and now, Behring's Sea was and is part of the Pacific Ocean; and that the latter words were used in order to give the fullest and widest scope possible to the claim which the British negotiators were solemnly recording of a right freely to navigate and fish in every part of it, and throughout its entire extent. In proof of the argument that the words “Pacific Ocean” do not include Behring's Sea, Mr. Blaine adduces a long list of Maps in which a designation distinct from that of “Pacific Ocean” is given to Behring's Sea; either “Behring's Sea,” or “Sea of Kamschatka” or the “Sea of Anadir.” The argument will hardly have any force unless it is applicable with equal truth to all the other oceans of the world. But no one will dispute that the Bay of Biscay forms part of the Atlantic Ocean, or that the Gulf of Lyons forms part of the Mediterranean Sea; and yet in most Maps it will be found that to those portions of the larger sea a separate designation has been given.

Nr. 10863. The question whether by the words "Pacific Ocean" the negotiators meant to
 Gross- include or to exclude Behring's Sea depends upon which locution was esteemed
 britannien. to be the correct usage at the time. The date is not a distant one, and
 21. Febr. 1891. there is no ground for suggesting that the usage has changed since the
 Anglo-Russian Treaty of 1825 was signed. The determination of this point
 will be most satisfactorily ascertained by consulting the ordinary books of
 reference. I append to this despatch a list of some thirty works of this class,
 of various dates from 1795 downwards, and printed in various countries,
 which combine to show that, in customary parlance, the words "Pacific Ocean"
 do include Behring's Sea. || If, then, in ordinary language, the Pacific Ocean
 is used as a phrase including the whole sea from Behring's Straits to the
 Antarctic Circle, it follows that the 1st Article of the Treaty of 1825 did
 secure to Great Britain in the fullest manner the freedom of navigation and
 fishing in Behring's Sea. In that case no inference, however indirect or
 circuitous, can be drawn from any omission in the language of that instrument
 to show that Great Britain acquiesced in the usurpation which the Ukase of 1821 had
 attempted. The other documents which I have quoted sufficiently establish that she
 only did not acquiesce in it, but repudiated it more than once in plain and
 unequivocal terms; and as the claim made by the Ukase has no strength or
 validity except what it might derive from the assent of any Power whom it
 might affect, it results that Russia has never acquired by the Ukase any
 right to curtail the natural liberty of Her Majesty's subjects to navigate or
 fish in these seas anywhere outside territorial waters. And what Russia did
 not herself possess she was not able to transmit to the United States. || Her
 Majesty's Government have, in view of these considerations, no doubt whatever
 that British subjects enjoy the same rights in Behring's Sea which belong to
 them in every other portion of the open ocean; but it is, nevertheless, a matter
 of sincere satisfaction that the President is willing to refer to arbitration
 what he conceives to be the matters which have been under discussion between
 the two Governments for the last four years. In regard to the questions as
 they are proposed by Mr. Blaine, I should say that as to the first and second,
 no objection will be offered by Her Majesty's Government. They are as follows:—

"1. What exclusive jurisdiction in the sea now known as the Behring's
 Sea, and what exclusive rights in the seal fisheries therein, did Russia assert
 and exercise prior and up to the time of the cession of Alaska to the
 United States?"

"2. How far were these claims of jurisdiction as to the seal fisheries
 recognized and conceded by Great Britain?"

The third question is expressed in the following terms: "Was the body
 of water now known as the Behring's Sea included in the phrase 'Pacific
 Ocean,' as used in the Treaty of 1825 between Great Britain and Russia;
 and what rights (if any) in the Behring's Sea were given or conceded to
 Great Britain by the said Treaty?"

Her Majesty's Government would have no objection to referring to arbitration the first part of that question, if it should be thought desirable to do so; but they would give that consent with the reservation that they do not admit that the decision of it can conclude the larger questions which the Arbitrator would have to determine. To the latter part of No. 3 it would be their duty to take exception:—

“What rights, if any, in the Behring's Sea were given or conceded to Great Britain by the said Treaty?”

Great Britain has never suggested that any rights were given to her or conceded to her by the said Treaty. All that was done was to recognize her natural right of free navigation and fishing in that as in all other parts of the Pacific Ocean. Russia did not give those rights to Great Britain, because they were never hers to give away.

“4. Did not all the rights of Russia as to jurisdiction and as to the seal fisheries in Behring's Sea east of the water boundary in the Treaty between the United States and Russia of the 30th March, 1867, pass unimpaired to the United States under that Treaty?”

This fourth question is hardly worth referring to an Arbitrator, as Great Britain would be prepared to accept it without dispute.

The fifth proposed question runs as follows:—

“5. What are now the rights of the United States as to the fur-seal fisheries in the waters of the Behring's Sea outside of the ordinary territorial limits, whether such rights grow out of the cession by Russia of any special rights or jurisdiction held by her in such fisheries or in the waters of Behring's Sea, or out of the ownership of the breeding islands, and the habits of the seals in resorting thither and rearing their young thereon, and going out from the islands for food, or out of any other fact or incident connected with the relation of those seal fisheries to the territorial possessions of the United States?”

The first clause, “What are now the rights of the United States as to the fur-seal fisheries in the waters of the Behring's Sea outside of the ordinary territorial limits?” is a question which would be very properly referred to the decision of an Arbitrator. But the subsequent clause, which assumes that such rights could have grown out of the ownership of the breeding islands, and the habits of the seals in resorting thereto, involves an assumption as to the prescriptions of international law at the present time to which Her Majesty's Government are not prepared to accede. The sixth question, which deals with the issues that will arise in case the controversy should be decided in favour of Great Britain, would perhaps more fitly form the substance of a separate reference. Her Majesty's Government have no objection to refer the general question of a close time to arbitration, or to ascertain by that means how far the enactment of such a provision is necessary for the preservation of the seal species; but any such reference ought not to contain words

Nr. 10863. appearing to attribute special and abnormal rights in the matter to the
 Gross- United States. || There is one omission in these questions which I have no
 britanni- doubt the Government of the President will be very glad to repair; and that
 en. 21. Febr. 1891. is the reference to the Arbitrator of the question, what damages are due to
 the persons who have been injured, in case it shall be determined by him
 that the action of the United States in seizing British vessels has been
 without warrant in international law. Subject to these reservations, Her
 Majesty's Government will have great satisfaction in joining with the Govern-
 ment of the United States in seeking by means of arbitration an adjustment
 of the international questions which have so long formed a matter of controversy
 between the two Governments. || I have to request that you will read this
 despatch to Mr. Blaine, and leave a copy of it with him should he desire it.

I am, &c. Salisbury.

Appendix.

Kamschatka Sea, is a large branch of the Oriental or North Pacific Ocean.

Beering's Straits, which is the passage from the North Pacific Ocean to the Arctic Sea. (*Malham, John. "Naval Gazetteer," 1795.*)

Beering's Island. An island in the Pacific Ocean. [Behring's Island is in Behring's Sea.]

Kamschatka. Bounded east and south by Pacific. (*Brookes, R. "General Gazetteer". 1802.*)

Kamtschatka. Bounded on the north by the country of the Koriacs, on the east and south by the North Pacific Ocean, and on the west by the Sea of Okotsk. (*Montefiore. "Commercial Dictionary." 1803.*)

Beering's Island. In the North Pacific Ocean. (*"Geographical Dictionary." London 1804.*)

Beering's Island. An island in the North Pacific Ocean.

Kamtchatka. River, which runs into the North Pacific Ocean.

Kamtchatka. Peninsula, bounded on the east and south by the North Pacific Ocean. (*Cruttwell, C. "New Universal Gazetteer." 1808.*)

Islands in the Eastern or Great Pacific Ocean: Bhering's Isle. (*Mangnall, R. "Compendium of Geogrophy." 1815.*)

Stilles Meer. Vom 5 nördl. Br. an bis zur Beringsstrasse aufwärts stets heftige Stürme, [Behring's Strait is at the northern extremity of Behring's Sea.] (*Galletti, J. G. A. "Geographisches Wörterbuch." Pesth, 1822.*)

Behring's Island. An island in the North Pacific Ocean. (*"Edinburgh Gazetteer," Edition 1822, vol. i, p. 432.*)

Beering's Island. In the North Pacific Ocean. (*"General Gazetteer." London, 1823.*)

Beering's Island. In the Pacific. (*"New London Universal Gazetteer." 1826.*)

Mer Pacifique. Il s'étend du nord au sud depuis le Cercle Polaire Arctique, c'est-à-dire, depuis le Détroit de Behring, qui le fait communiquer à l'Océan Glacial Austral. (*"Dictionnaire Géographique Universel, 1828."*)

Nr. 10363.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1891.

Stilles Meer. Vom 30 südlicher Breite bis zum 5 nördlicher Breite verdient es durch seine Heiterkeit und Stille den namen des Stillen Meers; von da an bis zur Beringsstrasse ist es heftigen Stürmen unterworfen. (*Seitz, Dr. J. C. "Geographisches-Statistisches Handwörterbuch." Halberstadt, 1829.*)

Beerling's Island. In the North Pacific Ocean. (*"Penny National Library: Geography and Gazetteer." 1830.*)

Bhering's Strait connects the Frozen Ocean with the Pacific. (*Arrowsmith.*)

The Anadir flows into the Pacific Ocean. (*"Grammar of Modern Geography." 1832.*)

The principal gulfs of Asiatic Russia are: the Gulf of Anadir, near Bhering's Strait; the Sea of Penjina, and the gulf of Okhotsk, between Kamtchatka and the mainland of Russia—all three in the Pacific Ocean.

L'Océan Pacifique Boréal s'étend depuis le Détroit de Behring jusqu'au tropique de Cancer. (*"Précis de la Géographie Universelle," par Malte-Brun, vol. II, p. 181, Édition 1835.*)

Le Détroit de Behring. A commencer par ce détroit, le Grand Océan (ou Océan Pacifique) forme la limite orientale de l'Asie. (*Ditto, vol. VIII, p. 4.*)

Behring (Détroit célèbre). Il joint l'Océan Glacial Arctique au Grand Océan. (*Langlois. "Dictionnaire de Géographie." 1838.*)

The Pacific Ocean. Its boundary-line is pretty well determined by the adjacent continents, which approach one another towards the north, and at Behring's Strait which separates them, are only about 36 miles apart. This strait may be considered as closing the Pacific on the north. (*"Penny Cyclopaedia," 1840.*)

Behring (Détroit de) à l'extrémité nord-est de l'Asie, sépare ce Continent de l'Amérique et l'Océan Glacial Arctique de l'Océan Pacifique.

Behring (Mer de), partie de l'Océan Pacifique. (*"Dictionnaire Universel d'Histoire et de Géographie," par M. N. Bouillet. Paris, 1842.*)

Behring (Détroit de). Canal de l'océan . . . unissant les eaux de l'Océan Pacifique à celles de l'Océan Arctique. (*"Dictionnaire Géographique et Statistique," par Adrien Guibert. Paris, 1850.*)

Pacific Ocean. Between longitude 70° west and 110° east, that is for a space of over 180°—it covers the greater part of the earth's surface, from Behring's Straits to the Polar Circle, that separates it from the Antarctic Ocean. (*"The New American Cyclopaedia," edited by George Ripley and Charles A. Dana. New York, 1851.*)

Behring (Détroit de). Canal du Grand Océan unissant les eaux de l'Océan Pacifique à celles de l'Océan Glacial Arctique. (*"Grand Dictionnaire de Géographie Universelle," par M. Bescherelle Aîné. 4 vols. 1855.*)

Behring's Sea, sometimes called the Sea of Kamtchatka, is that portion

Nr. 10863. of the North Pacific Ocean lying between the Aleutian Islands and Behring's
Groen- Strait. "*Imperial Gazetteer*," 1855.)
britannien.
21. Febr. 1891.

Behring's Island. An island in the North Pacific Ocean. (*Fullartons "Gazetteer of the World."* 1856.)

Behring's Strait, which connects the Pacific with the Arctic Ocean, is formed by the approach of the Continents of America and Asia. ("*Cyclopaedia of Geography*," by *Charles Knight*. 1856.)

Pacific Ocean. Its extreme southern limit is the Antarctic Circle, from which it stretches northward through 132 degrees of latitude to Behring's Strait, which separates it from the Arctic Ocean. (*McCulloch's "Geographical Dictionary*," edited by *F. Martin*. 1866.)

Bering (Déroit de). Canal ou bras de mer unissant les eaux de l'Océan Glacial Arctique à celles de l'Océan Pacifique. ("*Grand Dictionnaire Universel*," par *M. Pierre Labousse*. Paris, 1867.)

Behring's Strait. The narrow sea between the north-east part of Asia and the north-west part of North America, connecting the North Pacific with the Arctic Ocean. ("*Encyclopaedia Britannica*," 1875.)

Behring (Déroit de). Passage qui unit l'Océan Glacial Arctique au Grand Océan. (*St.-Martin. "Nouveau Dictionnaire de Géographie Universelle."* Paris, 1879.)

Behring Sea, or Sea of Kamchatka, is that part of the North Pacific Ocean between the Aleutian Islands in latitude 55° north and Behring Strait in latitude 66° north, by which latter it communicates with the Arctic Ocean. (*Lippincott's "Gazetteer of the World."* Philadelphia, 1880.)

Behring, or Bhering. A strait, sea, island and bay, North Pacific Ocean. (*Bryce and Johnston, Cyclopaedia of Geography.* London and Glasgow, 1880.)

Bering's Meer. Der nordöstlichste Teil des Stillen Ocean's. (*Brockhaus' "Conversations-Lexicon"* Leipzig, 1882.)

Beringsstrasse. Meerenge das nordöstlichste Eismeer mit dem Stillen Ocean verbindend. (*Ritter's "Geographisch-Statistisches Lexicon."* Leipzig, 1883.)

Behring's Sea. North-east part of the Pacific between Asia and America. ("*Pocket Encyclopaedia.*" Sampson Low. 1888.)

Behring Strait connects the Pacific with the Arctic Ocean.

Behring Sea. A part of the Pacific Ocean, commonly known as the Sea of Kamchatka. (*Chamber's "Encyclopaedia"*, 1888.)

Behring's Strait, connecting the North Pacific with the Arctic Ocean.

Behring's Sea, sometimes called the Sea of Kamchatka, is that portion of the North Pacific Ocean lying between the Aleutian Islands and Behring's Strait. (*Blakie's "Modern Cyclopaedia"*, 1889. Edition.)

In support of his argument that the term "Pacific Ocean" was not understood at the time as including Behring's Sea, Mr. Blaine has quoted a note which, it appears, was presented by the Russian Minister at Washington after

the ratification of the Treaty of the 5th (17th) April, 1824, between the United States and Russia.

In this note Baron Tuyl stated that "the Aleutian Islands, the coasts of Siberia, and the Russian possessions in general on the north-west coast of America to 59° 30' of north latitude were positively excepted from the liberty of hunting, fishing, and commerce stipulated in favour of United States' citizens for ten years." The rights alluded to could not be those contained in the 1st Article of the Treaty, which is unlimited in duration, but those of frequenting the interior seas, harbours, and creeks conferred by Article IV.

Baron Tuyl grounded this construction of the Treaty on the argument that "the coasts of Siberia are washed by the Sea of Okhotsk, the Sea of Kamschatka, and the Icy Sea, and not by the South Sea mentioned in the 1st Article of the Convention," and that "the Aleutian Islands were also washed by the Sea of Kamschatka or Northern Ocean."

He added that "it was not the intention of Russia to impede the free navigation of the Pacific Ocean, and that she would be satisfied with causing to be recognized, as well understood and placed beyond all manner of doubt, the principle that beyond 59° 30' no vessel could approach her coasts and islands, nor fish or hunt within the distance of 2 marine leagues."*

Mr. Adams, on being shown the draft of the note, stated to Baron Tuyl that, if it were presented, he should return an answer to the effect that "the construction of Treaties depending here upon the Judiciary Tribunals, the Executive Government, even if disposed to acquiesce in that of the Russian Government, as announced by him (Baron Tuyl), could not be [? make it] binding upon the Courts or upon this nation." He went on to say that it would be much better not to present the note, as the United States' merchants would not go to trouble the Russians on the coast of Siberia or north of the 57th degree of latitude, and it was wisest not to put such fancies into their heads.

The incident, therefore, shows nothing material to the present issue except that the Russian Minister attempted in a note, which has hitherto been kept secret, to argue that Behring's Sea was not a part of the South Sea (a term which is not employed in the British Treaty), and that Mr. Adams stated that, even if the United States' Government were disposed to acquiesce in this view, they could not bind the nation or the Courts to it.

On the other hand, the Regulations of 1881, under which the American schooners "Eliza" and "Henrietta" were seized by the Russian authorities, are headed:—

* It does not appear, however, that the proposed limit of 2 leagues was observed or enforced, for in 1868 the Russian Minister for Foreign Affairs, explaining the treatment of the American sealer "Java" in the Sea of Okhotsk, writes:—

"Considering that foreign sealers are forbidden by the laws in force to fish in the Russian gulfs and bays at a distance less than 3 miles from the shore." (M. Westmann to Mr. Clay, 31st July, 1868, Ex. Doc. No. 106, 50th Congress, 2nd Session, 253.)

- Nr. 10368. "Notice of Order relative to Commerce on Russian Pacific Coast:—
Gross- "Without a special permit or licence from the Governor-General of Eastern
britannien. Siberia, foreign vessels are not allowed to carry on trading, hunting, fishing,
21. Febr. 1891. &c., on the Russian coasts or islands in the Okhotsk and Behring's Seas, or
on the north-eastern coast of Asia, or within their sea boundary-line."
(Memorandum in Mr. Lothrop's despatch to Mr. Bayard of the 7th March,
1882. Exec. Doc. No. 106, 50th Congress, 2nd Session, p. 271.)
M. de Giers, in his subsequent note of the 8th May, 1882, speaks of
these Regulations as "a notice published by our Consul at Yokohama relative
to fishing, hunting, and to trade in the Russian waters of the Pacific." (Ibid.,
p. 262.)
Mr. Frelinghuysen also speaks of the matter as "touching the Pacific
coast fisheries." (Ibid., p. 258.)

Nr. 10364. VEREINIGTE STAATEN. — Der Staatssecretär an den
englischen Gesandten. Vorschläge über einen modus
vivendi.

Washington, May 4, 1891.

- Nr. 10364. Sir, During the month of March last, a few days after the adjournment
Vereinigte of Congress, acting under the instructions of the President, I proposed to you
St-aten. that a modus vivendi be agreed upon touching the seal fisheries pending the
4. Mai 1891. result of arbitration of the question at issue between the two Governments.
The President's first proposal which I submitted to you was that no Canadian
sealer should be allowed to come within a certain number of miles of the
Pribyloff Islands. || It was, however, the conclusion of the President, after
reading Lord Salisbury's despatch of the 21st February, that this modus
vivendi might possibly provoke conflict in the Behring's Sea, and to avoid
that result, he instructed me to propose that sealing, both on land and sea,
should be suspended by both nations during the progress of arbitration, or
during the season of 1891. On both occasions it was a conversational ex-
change of views, the first at my office at the State Department, the second
at my residence. || The President was so desirous of a prompt response from
Lord Salisbury to his second proposition, that I ventured to suggest that you
request an answer by cable if practicable. Especially was the President
anxious to receive an answer, which he trusted would be favourable, before
he should set out on his tour to the Pacific States. He left Washington on
the night of the 13th April without having heard a word from your Government.
It was then a full month after he had instructed me to open negotiations on
the question, and the only probable inference was that Lord Salisbury would
not agree to his proposal. || The silence of Lord Salisbury implied, as seemed
not improbable, that he would not restrain the Canadian sealers from entering
Behring's Sea, and as all intelligence from British Columbia showed that the

sealers were getting ready to sail in large numbers, the President found that he could not with justice prevent the lessees from taking seals on the Pribyloff Islands. The President therefore instructed the Secretary of the Treasury, who has official charge of the subject, to issue to the lessees the privilege of killing on the Pribyloff Islands the coming season the maximum number of 60,000 seals, subject, however, to the absolute discretion and power of an agent appointed by the Secretary of the Treasury to limit the killing to as small a number as the condition of the herd might, in his opinion, demand.

On the 22nd April, eight days after the President had left Washington, you notified me when I was absent from the capital that Lord Salisbury was ready to agree that all sealing should be suspended pending the result of arbitration. || On the 23rd April I telegraphed Lord Salisbury's proposition to the President. || He replied on the 25th April, expressing great satisfaction at Lord Salisbury's message, but instructing me to inform you that "some seals must be killed by the natives for food;" that "the lessees are bound under their lease from the Government to feed and care for the natives, making it necessary to send a ship to the Pribyloff Islands at their expense;" and that for this service—a very expensive one—the "lessees should find their compensation in taking a moderate number of seals under the lease." The President expressed his belief that this allowance would be readily agreed to by Lord Salisbury, because the necessity is absolute. || You will remember that when I communicated this proposition from the President to you on the evening of Monday, the 27th April, you did not agree to the President's suggestion. On the contrary, you expressed yourself as confident that Lord Salisbury would not accept it; that, in your judgment, the killing of seals must be cut off absolutely on the land and in the water; and that it could not be stopped on either unless stopped on both. || The narrative of facts which I have now given, absolutely necessary for clearly understanding the position of this Government, brings me to a further statement which I am directed by the President to submit. The President refuses to believe that Lord Salisbury could possibly maintain the position you have taken when his Lordship is placed in full possession of the facts, which I shall now submit to you somewhat in detail. || When the privilege of killing seals on the Islands of St. George and St. Paul in Behring's Sea was leased to the North American Company for a certain sum per skin to be paid to the Government, other duties of an onerous, costly, and responsible character were imposed upon the Company. || Under their lease, the Company is obliged "to furnish to the inhabitants of the Islands of St. George and St. Paul annually such quantity or number of dried salmon, and such quantity of salt and such number of salt barrels for preserving their necessary supply of meat, as the Secretary of the Treasury shall from time to time determine." || The Company is further obliged to "furnish to the inhabitants of these islands 80 tons of coal annually, and a sufficient number of comfortable dwellings in which said natives may

Nr. 10364.
Vereingte
Staaten.
4. Mai 1891.

Nr. 10364.
Vereinigte
Staaten.
4. Mai 1891.

reside, and shall keep such dwellings in proper repair." || The Company is further obliged "to provide and keep in repair such suitable school houses as may be necessary, and shall establish and maintain during eight months of each year proper schools for the education of the children on said islands, the same to be taught by competent teachers, who shall be paid by the Company a fair compensation, all to the satisfaction of the Secretary of the Treasury." || The Company is further obliged to "maintain a suitable house for religious worship, and will also provide a competent physician, or physicians, and necessary and proper medicines and medical supplies." || The Company is still further obliged "to provide the necessaries of life for the widows and orphans, aged and infirm inhabitants of said islands, who are unable to provide for themselves." || And it is finally provided that "all the foregoing agreements shall be done and performed by the Company free of all costs and charges to the said native inhabitants of said islands, or to the United States." || And it is made still further the duty of the Company "to employ the native inhabitants of said islands to perform such labour upon the islands as they are fitted to perform, and to pay therefor a fair and just compensation, such as may be fixed by the Secretary of the Treasury." And also the Company "agrees to contribute as far as in its power all reasonable efforts to secure the comfort, health, education, and promote the morals and civilization of said native inhabitants." || In short, then, the means of living, the facilities for education, the care of health, the religious teaching, the training of the young, and the comfort of the old, in a community of over 300 persons, are all imposed upon the Company as its solemn duty by specific Articles of the lease. I inclose you a copy of Census of 1890, giving every name of the 303 persons, old and young, male and female, who constitute the whole community of the Pribyloff Islands.

The duties thus imposed upon the Company must be discharged annually with punctuality and exactness. The comfort, possibly the safety, of all these human beings, peculiarly helpless when left to themselves, is dependent upon the Company under the lease, and the lessees are paid therefor by the Government in the seal-skins which the Company receive for the service. If the Company shall, as you say Lord Salisbury requests, be deprived of all privilege of taking seals, they certainly could not be compelled to minister to the wants of these 300 inhabitants for an entire year. If these islanders are to be left to charity, the North American Company is under no greater obligation to extend it to them than are other citizens of the United States. It evidently requires a considerable sum of money to furnish all the supplies named in the lease—supplies which must be carried 4,000 miles on a specially chartered steamer. If the lessees are not to be allowed payment in any form for the amount necessary to support these 300 people on the islands, they will naturally decline to expend it. || No appropriation of money has been made by Congress for the purpose, and the President cannot leave these,

worthy and innocent people to the hazard of starvation even to secure any form of Agreement with Lord Salisbury touching seal life. Seal life may be valuable, but the first duty of the Government of the United States in this matter is to protect human life. || In this exigency, the President instructs me to propose to Lord Salisbury that he concede to the North American Company the right to take a sufficient number of seals, and no more than sufficient, to recompense them for their outlay in taking care of the natives, and that, in the phrase of the President, all "commercial killing of seals be prohibited pending the result of arbitration." || The Secretary of the Treasury has a right to fix the number necessary to the end desired. After full consideration, he has limited the number to 7,500 to be killed by the Company to repay them for the outlay demanded for the support of the 300 people on the Pribyloff Islands. || He further directs that no females be killed, and that thus the productive capacity of the herd shall not in the slightest degree be impaired. || This point being fixed and agreed to, the proposed Arrangement between the two countries would be as follows:—

The Government of the United States limits the number of seals to be killed on the islands for purposes just described to 7,500. || The Government of the United States guarantees that no seals shall be killed in the open waters of Behring's Sea by any person on any vessel sailing under the American flag, or by any American citizen sailing under any other flag. || The Government of Great Britain guarantees that no seals shall be killed in the open waters of Behring's Sea by any person on any vessel sailing under the British flag, and that no British subject shall engage in killing seals for the time agreed upon on any vessels sailing under any other flag. || These prohibitions shall continue until the 1st day of May, 1892, within which time the Arbitrators shall render final award or awards to both Governments. || These several propositions are submitted for the consideration of Lord Salisbury. The President believes that they are calculated to produce a result at once fair and honourable to both Governments, and thus lead to the permanent adjustment of a controversy which has already been left too long at issue.

I have, &c.

J. G. Blaine.

Nr. 10365. GROSSBRITANNIEN. — Gesetz v. 11. Juni 1891, betr. den Robbenfang im Behringsmeere. 54. Vict. Ch. 19.

Chapter 19.

An Act to enable Her Majesty, by Order in Council, to make Special Provision for prohibiting the Catching of Seals in Behring's Sea by Her Majesty's Subjects during the Period named in the Order. (11th June 1891.)

Be it enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, as follows:

Nr. 10364.
Vereinigte
Staaten.
4. Mai 1891.

Nr. 10 65.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

No. 10865.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

1.—(1.) Her Majesty the Queen may, by Order in Council, prohibit the catching of seals by British ships in Behring's Sea, or such part thereof as is defined by the said Order, during the period limited by the Order.

(2.) While an Order in Council under this Act is in force—

(a.) A person belonging to a British ship shall not kill, or take, or hunt, or attempt to kill or take, any seal within Behring's Sea during the period limited by the Order; and

(b.) A British ship shall not, nor shall any of the equipment or crew thereof, be used or employed in such killing, taking, hunting, or attempt.

(3.) If there is any contravention of this Act, any person committing, procuring, aiding, or abetting such contravention shall be guilty of a misdemeanor within the meaning of the Merchant Shipping Act, 1854, and the ship and her equipment, and everything on board thereof shall be forfeited to Her Majesty as if an offence had been committed under section one hundred and three of the said Act, and the provisions of sections one hundred and three and one hundred and four, and Part Ten of the said Act (which are set out in the Schedule to this Act) shall apply as if they were herein re-enacted, and in terms made applicable to an offence and forfeiture under this Act.

(4.) Any commissioned officer on full pay in the naval service of Her Majesty shall have power, during the period limited by the Order, to stop and examine any British ship in Behring's Sea, and to detain her, or any portion of her equipment, or any of her crew, if in his judgment the ship is being or is preparing to be used or employed in contravention of this section.

(5.) If a British ship is found within Behring's Sea having on board thereof fishing or shooting implements or seal skins or bodies of seals, it shall lie on the owner or master of such ship to prove that the ship was not used or employed in contravention of this Act.

2.—(1.) Her Majesty the Queen in Council may make, revoke, and alter Orders for the purposes of this Act, and every such Order shall be forthwith laid before both Houses of Parliament and published in the London Gazette.

(2.) Any such Order may contain any limitations, conditions, qualifications, and exceptions which appear to Her Majesty in Council expedient for carrying into effect the object of this Act.

3.—(1.) This Act shall apply to the animal known as the fur seal, and to any marine animal specified in that behalf by an Order in Council under this Act, and the expression "seal" in this Act shall be construed accordingly.

(2.) The expression "Behring's Sea" in this Act means the seas known as Behring's Sea within the limits described in an Order under this Act.

(3.) The expression "equipment" in this Act includes any boat, tackle, fishing or shooting instruments, and other things belonging to the ship.

(4.) This Act may be cited as the Seal Fishery (Behring's Sea) Act, 1891.

Schedule.

Enactments of Merchant Shipping act (17 & 18 Vict. c. 104.) Applied.

No. 10865.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Section 103.

And in order, that the above provisions as to forfeitures may be carried into effect, it shall be lawful for any commissioned officer on full pay in the military or naval service of Her Majesty, or any British officer of Customs, or any British Consular officer, to seize and detain any ship which has, either wholly or as to any share therein, become subject to forfeiture as aforesaid, and to bring her for adjudication before the High Court of Admiralty in England or Ireland, or any court having Admiralty jurisdiction in Her Majesty's dominions; and such court may thereupon make such order in the case as it may think fit, and may award to the officer bringing in the same for adjudication such portion of the proceeds of the sale of any forfeited ship or share as it may think right.

Section 104.

No such officer as aforesaid shall be responsible, either civilly or criminally, to any person whomsoever, in respect of the seizure or detention of any ship, that has been seized or detained by him in pursuance of the provisions herein contained, notwithstanding that such ship is not brought in for adjudication, or, if so brought in, is declared not to be liable to forfeiture, if it is shown to the satisfaction of the judge or court before whom any trial relating to such ship or such seizure or detention is held, that there were reasonable grounds for such seizure or detention; but if no such grounds are shown, such judge or court may award payment of costs and damages to any party aggrieved, and make such other order in the premises as it thinks just.

Part X.—Legal Procedure.

Application.

Section 517.

The Tenth Part of this Act shall in all cases, where no particular country is mentioned, apply to the whole of Her Majesty's dominions.

Legal Procedure (General).

Section 518.

In all places within Her Majesty's dominions, except Scotland, the offences herein-after mentioned shall be punished and penalties recovered in manner following; (that is to say)

(1.) Every offence by this Act declared to be a misdemeanor shall be punishable by fine or imprisonment with or without hard labour, and the court

No. 10365. before which such offence is tried may in England make the same allowances
 Gross- and order payment of the same costs and expenses as if such misdemeanor
 britannien. had been enumerated in the Act passed in the seventh year of His late Majesty
 11. Juni 1891. King George the Fourth, chapter sixty-four, or any other Act, that may be
 passed for the like purpose, and may in any other part of Her Majesty's
 dominions make such allowances and order payment of such costs and expenses
 (if any) as are payable or allowable upon the trial of any misdemeanor under
 any existing Act or Ordinance or as may be payable or allowable under any
 Act or law for the time being in force therein:

(2.) Every offence declared by this Act to be a misdemeanor shall also be deemed to be an offence hereby made punishable by imprisonment for any period not exceeding six months, with or without hard labour, or by a penalty not exceeding one hundred pounds, and may be prosecuted accordingly in a summary manner, instead of being prosecuted as a misdemeanor:

(3.) Every offence hereby made punishable by imprisonment for any period not exceeding six months, with or without hard labour, or by any penalty not exceeding one hundred pounds, shall in England and Ireland be prosecuted summarily before any two or more justices, as to England in the manner directed by the Act of the eleventh and twelfth years of the reign of Her Majesty Queen Victoria, chapter forty-three, and as to Ireland in the manner directed by the Act of the fourteenth and fifteenth years of the reign of Her Majesty Queen Victoria, chapter ninety-three, or in such other manner as may be directed by any Act or Acts, that may be passed for like purposes: And all provisions contained in the said Acts shall be applicable to such prosecutions in the same manner as if the offences in respect of which the same are instituted were hereby stated to be offences in respect of which two or more justices have power to convict summarily or to make a summary order:

(4.) In all cases of summary convictions in England, where the sum adjudged to be paid exceeds five pounds, or the period of imprisonment adjudged exceeds one month, any person who thinks himself aggrieved by such conviction may appeal to the next court of general or quarter sessions.

(5.) All offences under this Act shall in any British possession be punishable in any court or by any justice of the peace or magistrate in which or by whom offences of a like character are ordinarily punishable, or in such other manner, or by such other courts, justices, or magistrates, as may from time to time be determined by any Act or Ordinance duly made in such possession in such manner as Acts and Ordinances in such possession are required to be made in order to have the force of law.

Section 519.

Any stipendiary magistrate shall have full power to do alone whatever two justices of the peace are by this Act authorised to do.

Section 520.

For the purpose of giving jurisdiction under this Act, every offence shall be deemed to have been committed, and every cause of complaint to have arisen, either in the place in which the same actually was committed or arose, or in any place in which the offender or person complained against may be.

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Section 521.

In all cases where any district within which any court or justice of the peace or other magistrate has jurisdiction, either under this Act or under any other Act or at common law, for any purpose whatever, is situate on the coast of any sea, or abutting on or projecting into any bay, channel, lake, river, or other navigable water, every such court, justice of the peace, or magistrate shall have jurisdiction over any ship or boat being on or lying or passing off such coast, or being in or near such bay, channel, lake, river, or navigable water as aforesaid, and over all persons on board such ship or boat or for the time being belonging thereto, in the same manner as if such ship, boat, or persons were within the limits of the original jurisdiction of such court, justice, or magistrate.

Section 522.

Service of any summons or other matter in any legal proceeding under this Act shall be good service, if made personally on the person to be served, or at his last place of abode, or if made by leaving such summons for him on board any ship to which he may belong with the person being or appearing to be in command or charge of such ship.

Section 523.

In all cases where any court, justice or justices of the peace, or other magistrate, has or have power to make an order directing payment to be made of any seaman's wages, penalties, or other sums of money, then, if the party so directed to pay the same is the master or owner of a ship, and the same is not paid at the time and in manner prescribed in the order, the court, justice or justices, or other magistrate, who made the order, may, in addition to any other powers they or he may have for the purpose of compelling payment, direct the amount remaining unpaid to be levied by distress or pouncing and sale of the said ship, her tackle, furniture, and apparel.

Section 524.

Any court justice, or magistrate imposing any penalty under this Act, for which no specific application is herein provided, may, if it or he thinks fit, direct the whole or any part thereof to be applied in compensating any person for any wrong or damage which he may have sustained by the act or default in respect of which such penalty is imposed, or to be applied in or towards payment of the expenses of the proceedings; and, subject to such

No. 10865. Gross-
britannien.
11. Juni 1891. directions or specific application as aforesaid, all penalties recovered in the United Kingdom shall be paid into the receipt of Her Majesty's Exchequer in such manner as the Treasury may direct, and shall be carried to and form part of the Consolidated Fund of the United Kingdom; and all penalties recovered in any British possession shall be paid over into the public treasury of such possession, and form part of the public revenue thereof.

Section 525.

The time for instituting summary proceedings under this Act shall be limited as follows; (that is to say,)

(1.) No conviction for any offence shall be made under this Act in any summary proceeding instituted in the United Kingdom, unless such proceeding is commenced within six months after the commission of the offence; or, if both or either of the parties to such proceeding happen during such time to be out of the United Kingdom, unless the same is commenced within two months after they both first happen to arrive or to be at one time within the same:

(2.) No conviction for any offence shall be made under this Act in any proceeding instituted in any British possession, unless such proceeding is commenced within six months after the commission of the offence; or if both or either of the parties to the proceeding happen during such time not to be within the jurisdiction of any court capable of dealing with the case, unless the same is commenced within two months after they both first happen to arrive or to be at one time within such jurisdiction:

(3.) No order for the payment of money shall be made under this Act in any summary proceeding instituted in the United Kingdom, unless such proceeding is commenced within six months after the cause of complaint arises; or, if both or either of the parties happen during such time to be out of the United Kingdom, unless the same is commenced within six months after they both first happen to arrive or to be at one time within the same:

(4.) No order for the payment of money shall be made under this Act in any summary proceeding instituted in any British possession, unless such proceeding is commenced within six months after the cause of complaint arises; or, if both or either of the parties to the proceeding happen during such time not to be within the jurisdiction of any court capable of dealing with the case, unless the same is commenced within six months after they both first happen to arrive or be at one time within such jurisdiction:

And no provision contained in any other Act or Acts, Ordinance or Ordinances, for limiting the time within which summary proceedings may be instituted shall affect any summary proceeding under this Act.

Section 526.

Any document required by this Act to be executed in the presence of or to be attested by any witness or witnesses, may be proved by the evidence of

any person who is able to bear witness to the requisite facts, without calling the attesting witness or witnesses or any of them.

No. 10865.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Section 527.

Whenever any injury has, in any part of the world, been caused to any property belonging to Her Majesty or to any of Her Majesty's subjects by any foreign ship, if at any time thereafter such ship is found in any port or river of the United Kingdom or within three miles of the coast thereof, it shall be lawful for the judge of any court of record in the United Kingdom, or for the judge of the High Court of Admiralty, or in Scotland the Court of Session, or the sheriff of the county within whose jurisdiction such ship may be, upon its being shown to him by any person applying summarily, that such injury was probably caused by the misconduct or want of skill of the master or mariners of such ship, to issue an order directed to any officer of Customs or other officer named by such judge, requiring him to detain such ship until such time as the owner, master, or consignee thereof has made satisfaction in respect of such injury, or has given security, to be approved by the judge, to abide the event of any action, suit, or other legal proceeding, that, may be instituted in respect of such injury, and to pay all costs and damages that may be awarded thereon; and any officer of Customs or other officer to whom such order is directed shall detain such ship accordingly.

Section 528.

In any case where it appears, that before any application can be made under the foregoing section such foreign ship will have departed beyond the limits therein mentioned, it shall be lawful for any commissioned officer on full pay in the military or naval service of Her Majesty, or any British officer of Customs, or any British consular officer, to detain such ship until such time as will allow such application to be made and the result thereof to be communicated to him; and no such officer shall be liable for any costs or damages in respect of such detention unless the same is proved to have been made without reasonable grounds.

Section 529.

In any action, suit, or other proceeding in relation to such injury, the person so giving security as aforesaid shall be made defendant or defender, and shall be stated to be the owner of the ship, that has occasioned such damage; and the production of the order of the judge made in relation to such security shall be conclusive evidence of the liability of such defendant or defender to such action, suit, or other proceeding.

No. 10366.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Legal Procedure (Scotland).

Section 530.

In Scotland every offence which by this Act is described as a felony or misdemeanor may be prosecuted by indictment or criminal letters at the instance of Her Majesty's Advocate before the High Court of Justiciary, or by criminal libel at the instance of the procurator fiscal of the county before the sheriff, and shall be punishable with fine and with imprisonment, with or without hard labour in default of payment, or with imprisonment, with or without hard labour, or with both, as the court may think fit, or in the case of felony with penal servitude, where the court is competent thereto; and such court may also, if it think fit, order payment by the offender of the costs and expenses of the prosecution.

Section 531.

In Scotland, all prosecutions, complaints, actions, or proceedings under this Act, other than prosecutions for felonies or misdemeanors, may be brought in a summary form before the sheriff of the county, or before any two justices of the peace of the county or burgh where the cause of such prosecution or action arises, or where the offender or defender may be for the time, and when of a criminal nature or for penalties, at the instance of the procurator fiscal of court, or at the instance of any party aggrieved, with concurrence of the procurator fiscal of court; and the court may, if it think fit, order payment by the offender or defender of the costs of the prosecution or action.

Section 532.

In Scotland, all prosecutions, complaints, actions, or other proceedings under this Act may be brought either in a written or printed form, or partly written and partly printed, and where such proceedings are brought in a summary form it shall not be necessary in the complaint to recite or set forth the clause or clauses of the Act on which such proceeding is founded, but it shall be sufficient to specify or refer to such clause or clauses, and to set forth shortly the cause of complaint or action, and the remedy sought; and when such complaint or action is brought in whole or in part for the enforcement of a pecuniary debt or demand, the complaint may contain a prayer for warrant to arrest upon the dependence.

Section 533.

In Scotland, on any complaint or other proceeding brought in a summary form under this Act being presented to the sheriff clerk or clerk of the peace, he shall grant warrant to cite the defender to appear personally before the said sheriff or justices of the peace on a day fixed, and at the same time shall appoint a copy of the same to be delivered to him by a sheriff officer or constable, as the case may be, along with the citation; and such deliverance

shall also contain a warrant for citing witnesses and havers to compear at the same time and place to give evidence and produce such writs as may be specified in their citation; and where such warrant has been prayed for in the complaint or other proceeding, the deliverance of the sheriff clerk or clerk of the peace shall also contain warrant to arrest upon the dependence in common form: Provided always, that where the apprehension of any party, with or without a warrant, is authorised by this Act, such party may be detained in custody until he can be brought at the earliest opportunity before any two justices, or the sheriff who may have jurisdiction in the place, to be dealt with as this Act directs, and no citation or induciæ shall in such case be necessary.

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Section 534.

When it becomes necessary to execute such arrestment on the dependence against goods or effects of the defender within Scotland, but not locally situated within the jurisdiction of the sheriff or justices of the peace by whom the warrant to arrest has been granted, it shall be competent to carry the warrant into execution on its being indorsed by the sheriff clerk or clerk of the peace of the county or burgh respectively within which such warrant comes to be executed.

Section 535.

In all proceedings under this Act in Scotland the sheriff or justices of the peace shall have the same power of compelling attendance of witnesses and havers as in cases falling under their ordinary jurisdiction.

Section 536.

The whole procedure in cases brought in a summary form before the sheriff or justices of the peace in Scotland shall be conducted vivâ voce, without written pleadings, and without taking down the evidence in writing, and no record shall be kept of the proceedings other than the complaint, and the sentence or decree pronounced thereon.

Section 537.

It shall be in the power of the sheriff or justices of the peace in Scotland to adjourn the proceedings from time to time to any day or days to be fixed by them, in the event of absence of witnesses or of any other cause which shall appear to them to render such adjournment necessary.

Section 538.

In Scotland all sentences and decrees to be pronounced by the sheriff or justices of the peace upon such summary complaints shall be in writing; and where there is a decree for payment of any sum or sums of money against a defender, such decree shall contain warrant for arrestment; poinding, and imprisonment in default of payment, such arrestment, poinding, or imprison-

No. 10365.
Gross-
britannien.
1. Juni 1891.

ment to be carried into effect by sheriffs officers or constables, as the case may be, in the same manner as in cases arising under the ordinary jurisdiction in the sheriff or justices: Provided always, that nothing herein contained shall be taken or construed to repeal or affect an Act of the fifth and sixth years of William the Fourth, intituled "An Act for abolishing, in Scotland, imprisonment for civil debts of small amount."

Section 539.

In all summary complaints and proceedings for recovery of any penalty or sum of money in Scotland, if a defender who has been duly cited shall not appear at the time and place required by the citation, he shall be held as confessed, and sentence or decree shall be pronounced against him in terms of the complaint, with such costs and expenses as to the court shall seem fit: Provided always, that he shall be entitled to obtain himself reponed against any such decree at any time before the same be fully implemented, by lodging with the clerk of court a reponing note, and consigning in his hands the sum decerned for, and the costs which had been awarded by the court, and on the same day delivering or transmitting through the post to the pursuer or his agent a copy of such reponing note; and a certificate by the clerk of court of such note having been lodged shall operate as a sist of diligence till the cause shall have been reheard and finally disposed of, which shall be on the next sitting of the court, or on any day to which the court shall then adjourn it.

Section 540.

In all summary complaints or other proceedings not brought for the recovery of any penalty or sum of money in Scotland, if a defender, being duly cited, shall fail to appear, the sheriff or justices may grant warrant to apprehend and bring him before the court.

Section 541.

In all cases where sentences or decrees of the sheriff or justices require to be enforced within Scotland, but beyond the jurisdiction of the sheriff or justices by whom such sentences or decrees have been pronounced, it shall be competent to carry the same into execution upon the same being indorsed by the sheriff clerk or clerk of the peace of the county or burgh within which such execution is to take place.

Section 542.

No order, decree, or sentence pronounced by any sheriff or justice of the peace in Scotland under the authority of this Act shall be quashed or vacated for any misnomer, informality, or defect of form; and all orders, decrees, and sentences so pronounced shall be final and conclusive, and not subject to suspension, advocacy, reduction, or to any form of review or stay of execu-

tion, except on the ground of corruption or malice on the part of the sheriff or justices, in which case the suspension, advocacy, or reduction must be brought within fourteen days of the date of the order, decree, or sentence complained of: Provided always, that no stay of execution shall be competent to the effect of preventing immediate execution of such order, decree, or sentence.

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Section 543.

Such of the general provisions with respect to jurisdiction, procedure and penalties contained in this Act as are not inconsistent with the special rules herein-before laid down for the conduct of legal proceedings and the recovery of penalties in Scotland, shall, so far as the same are applicable, extend to such last-mentioned proceedings and penalties: Provided always, that nothing in this Act contained shall be held in any way to annul or restrict the common law of Scotland with regard to the prosecution or punishment of offences at the instance or by the direction of the Lord Advocate, or the rights of owners or creditors in regard to enforcing a judicial sale of any ship and tackle, or to give to the High Court of Admiralty of England any jurisdiction in respect of salvage in Scotland which it has not heretofore had or exercised.

Nr. 10366. Vertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten über Einsetzung eines Schiedsgerichts vom 29. Februar 1892.

(Ratifications exchanged at London, May 7, 1892.)

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the United States of America, being desirous to provide for an amicable settlement of the questions which have arisen between their respective Governments concerning the jurisdictional rights of the United States in the waters of Behring's Sea, and concerning also the preservation of the fur-seal in or habitually resorting to the said sea, and the rights of the citizens and subjects of either country as regards the taking of fur-seal in or habitually resorting to the said waters, have resolved to submit to arbitration the questions involved, and to the end of concluding a Convention for that purpose have appointed as their respective Plenipotentiaries:

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Sir Julian Pauncefote, G.C.M.G., K.C.B., Her Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the United States; and the President of the United States of America, James G. Blaine, Secretary of State of the United States;

Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, which were found to be in due and proper form, have agreed to and concluded the following Articles:—

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
20. Febr. 1892.

Article I.

The questions which have arisen between the Government of Her Britannic Majesty and the Government of the United States concerning the jurisdictional rights of the United States in the waters of Behring's Sea, and concerning also the preservation of the fur-seal in or habitually resorting to the said sea, and the rights of the citizens and subjects of either country as regards the taking of fur-seal in or habitually resorting to the said waters, shall be submitted to a Tribunal of Arbitration, to be composed of seven Arbitrators, who shall be appointed in the following manner, that is to say: two shall be named by Her Britannic Majesty; two shall be named by the President of the United States; his Excellency the President of the French Republic shall be jointly requested by the High Contracting Parties to name one; His Majesty the King of Italy shall be so requested to name one! and His Majesty the King of Sweden and Norway shall be so requested to name one. The seven Arbitrators to be so named shall be jurists of distinguished reputation in their respective countries; and the selecting Powers shall be requested to choose, if possible, jurists who are acquainted with the English language. || In case of the death, absence, or incapacity to serve of any or either of the said Arbitrators, or in the event of any or either of the said Arbitrators omitting or declining or ceasing to act as such, Her Britannic Majesty, or the President of the United States, or his Excellency the President of the French Republic, or His Majesty the King of Italy, or His Majesty the King of Sweden and Norway, as the case may be, shall name, or shall be requested to name forthwith, another person to act as Arbitrator in the place and stead of the Arbitrator originally named by such head of a State.

And in the event of the refusal or omission for two months after receipt of the joint request from the High Contracting Parties of his Excellency the President of the French Republic, or His Majesty the King of Italy, or His Majesty the King of Sweden and Norway, to name an Arbitrator, either to fill the original appointment or to fill a vacancy as above provided, then in such case the appointment shall be made or the vacancy shall be filled in such manner as the High Contracting Parties shall agree.

Article II.

The Arbitrators shall meet at Paris within twenty days after the delivery of the counter-cases mentioned in Article IV, and shall proceed impartially and carefully to examine and decide the questions, that have been or shall be laid before them as herein provided on the part of the Governments of Her Britannic Majesty and the United States respectively. All questions considered by the Tribunal, including the final decision, shall be determined by a majority of all the Arbitrators. || Each of the High Contracting Parties shall also name one person to attend the Tribunal as its Agent to represent it generally in all matters connected with the arbitration.

Article III.

The printed Case of each of the two parties, accompanied by the documents, the official correspondence, and other evidence on which each relies, shall be delivered in duplicate to each of the Arbitrators and to the Agent of the other party as soon as may be after appointment of the members of the Tribunal, but within a period not exceeding four months from the date of the exchange of the ratifications of this Treaty.

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

Article IV.

Within three months after the delivery on both sides of the printed case, either party may, in like manner, deliver in duplicate to each of the said Arbitrators, and to the Agent of the other party, a counter-case, and additional documents, correspondence, and evidence, in reply to the case, documents, correspondence, and evidence so presented by the other party. || If, however, in consequence of the distance of the place from which the evidence to be presented is to be procured, either party shall, within thirty days after the receipt by its Agent of the case of the other party, give notice to the other party, that it requires additional time for the delivery of such counter-case, documents, correspondence, and evidence, such additional time so indicated, but not exceeding sixty days beyond the three months in this Article provided, shall be allowed. || If in the case submitted to the Arbitrators either party shall have specified or alluded to any Report or document in its own exclusive possession, without annexing a copy, such party shall be bound, if the other party thinks proper to apply for it, to furnish that party with a copy thereof; and either party may call upon the other, through the Arbitrators, to produce the originals or certified copies of any papers adduced as evidence, giving in each instance notice thereof within thirty days after delivery of the Case; and the original or copy so requested shall be delivered as soon as may be, and within a period not exceeding forty days after receipt of notice.

Article V.

It shall be the duty of the Agent of each party, within one month after the expiration of the time limited for the delivery of the counter-case on both sides, to deliver in duplicate to each of the said Arbitrators and to the Agent of the other party a printed argument showing the points and referring to the evidence upon which his Government relies, and either party may also support the same before the Arbitrators by oral argument of Counsel; and the Arbitrators may, if they desire further elucidation with regard to any point, require a written or printed statement or argument, or oral argument by Counsel, upon it; but in such case the other party shall be entitled to reply either orally or in writing, as the case may be.

No. 10866.
England und
Vereinigete
Staaten.
29. Febr. 1892.

Article VI.

In deciding the matters submitted to the Arbitrators, it is agreed that the following five points shall be submitted to them, in order that their award shall embrace a distinct decision upon each of said five points, to wit:—

1. What exclusive jurisdiction in the sea now known as the Behring's Sea, and what exclusive rights in the seal fisheries therein, did Russia assert and exercise prior and up to the time of the cession of Alaska to the United States?

2. How far were these claims of jurisdiction as to the seal fisheries recognized and conceded by Great Britain?

3. Was the body of water now known as the Behring's Sea included in the phrase "Pacific Ocean," as used in the Treaty of 1825 between Great Britain and Russia; and what rights, if any, in the Behring's Sea, were held and exclusively exercised by Russia after said Treaty?

4. Did not all the rights of Russia as to jurisdiction and as to the seal fisheries in Behring's Sea east of the water boundary, in the Treaty between the United States and Russia of the 30th March, 1867, pass unimpaired to the United States under that Treaty?

5. Has the United States any right, and, if so, what right, of protection or property in the fur-seals frequenting the islands of the United States in Behring Sea when such seals are found outside the ordinary 3-mile limit?

Article VII.

If the determination of the foregoing questions as to the exclusive jurisdiction of the United States shall leave the subject in such position that the concurrence of Great Britain is necessary to the establishment of Regulations for the proper protection and preservation of the fur-seal in, or habitually resorting to, the Behring Sea, the Arbitrators shall then determine what concurrent Regulations outside the jurisdictional limits of the respective Governments are necessary, and over what waters such Regulations should extend, and to aid them in that determination, the Report of a Joint Commission, to be appointed by the respective Governments, shall be laid before them, with such other evidence as either Government may submit. || The High Contracting Parties furthermore agree to co-operate in securing the adhesion of other Powers to such Regulations.

Article VIII.

The High Contracting Parties having found themselves unable to agree upon a reference which shall include the question of the liability of each for the injuries alleged to have been sustained by the other, or by its citizens, in connection with the claims presented and urged by it; and, being solicitous that this subordinate question should not interrupt or longer delay the submission and determination of the main questions, do agree that either may

submit to the Arbitrators any question of fact involved in said claims, and ask for a finding thereon, the question of the liability of either Government upon the facts found to be the subject of further negotiation.

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

Article IX.

The High Contracting Parties having agreed to appoint two Commissioners on the part of each Government to make the joint investigation and Report contemplated in the preceding Article VII, and to include the terms of the said Agreement in the present Convention, to the end that the joint and several Reports and recommendations of said Commissioners may be in due form submitted to the Arbitrators, should the contingency therefor arise, the said Agreement is accordingly herein included as follows:

Each Government shall appoint two Commissioners to investigate, conjointly with the Commissioners of the other Government, all the facts having relation to seal-life in Behring's Sea, and the measures necessary for its proper protection and preservation. || The four Commissioners shall, so far as they may be able to agree, make a joint Report to each of the two Governments, and shall also report, either jointly or severally, to each Government on any points upon which they may be unable to agree. || These Reports shall not be made public until they shall be submitted to the Arbitrators, or it shall appear that the contingency of their being used by the Arbitrators cannot arise.

Article X.

Each Government shall pay the expenses of its members of the Joint Commission in the investigation referred to in the preceding Article.

Article XI.

The decision of the Tribunal shall, if possible, be made within three months from the close of the argument on both sides.

It shall be made in writing and dated, and shall be signed by the Arbitrators who may assent to it. || The decision shall be in duplicate, one copy whereof shall be delivered to the Agent of Great Britain for his Government, the other copy shall be delivered to the Agent of the United States for his Government.

Article XII.

Each Government shall pay its own Agent, and provide for the proper remuneration of the Counsel employed by it and of the Arbitrators appointed by it, and for the expense of preparing and submitting its case to the Tribunal. All other expenses connected with the arbitration shall be defrayed by the two Governments in equal moieties.

Article XIII.

The Arbitrators shall keep an accurate record of their proceedings, and may appoint and employ the necessary officers to assist them.

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

Article XIV.

The High Contracting Parties engage to consider the result of the proceedings of the Tribunal of Arbitration as a full, perfect, and final settlement of all the questions referred to the Arbitrators.

Article XV.

The present Treaty shall be duly ratified by Her Britannic Majesty and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and the ratifications shall be exchanged either at Washington or at London within six months from the date hereof, or earlier if possible.

In faith whereof, we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Treaty, and have hereunto affixed our seals.

Done in duplicate, at Washington, the 29th day of February, 1892.

Julian Pauncefote.

James G. Blaine.

Nr. 10367. GROSSBRITANNIEN. Convention zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten über einen Modus Vivendi im Behringsmeer. 18. April 1892.

[Ratifications exchanged at London, May 7, 1892.]

No. 10367.
Gross-
britannien.
18. April 1892.

Whereas, by a Convention concluded between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the United States of America on the 29th day of February, 1892, the High Contracting Parties have agreed to submit to arbitration, as therein stated, the questions which have arisen between them concerning the jurisdictional rights of the United States in the waters of Behring's Sea, and concerning also the preservation of the fur-seal in, or habitually resorting to, the said sea, and the rights of the subjects and citizens of either country as regards the taking of fur-seal in, or habitually resorting to, the said waters; and whereas the High Contracting Parties, having differed as to what restrictive regulations for seal hunting are necessary during the pendency of such arbitration, have agreed to adjust such difference in manner hereinafter mentioned, and without prejudice to the rights of either party:

The said High Contracting Parties have appointed as their Plenipotentiaries to conclude a Convention for this purpose, that is to say:—

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Sir Julian Pauncefote, Knight Grand Cross of the most distinguished Order of St. Michael and St. George, Knight Commander of the most honorable Order of the Bath, and Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Her Britannic Majesty to the United States;

And the President of the United States of America, James G. Blaine, Secretary of State of the United States;

Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found in good and dne form, have agreed upon and concluded the following Articles:—

No. 10367.
Gross-
britannien.
18. April 1892.

Article I.

Her Majesty's Government will prohibit, during the pendency of the arbitration, seal killing in that part of Behrings's Sea lying eastward of the line of demarcation described in Article I of the Treaty of 1867 between the United States and Russia, and will promptly use its best efforts to insure the observance of this prohibiton by British subjects and vessels.

Article II.

The United States' Government will prohibit seal killing for the same period in the same part of Behring's Sea, and on the shores and islands thereof, the property of the United States (in excess of 7,500 to be taken on the islands for the subsistence and care of the natives), and will promptly use its best efforts to insure the observance of this prohibition by United States' citizens and vessels.

Article III.

Every vessel or person offending against this prohibition in the said waters of Behring's Sea, outside of the ordinary territorial limits of the United States, may be seized and detained by the naval or other duly commissioned officers of either of the High Contracting Parties, but they shall be handed over as soon as practicable to the authorities of the nation to which they respectively belong, who shall alone have jurisdiction to try the offence and impose the penalties for the same. The witnesses and proofs necessary to establish the offence shall also be sent with them.

Article IV.

In order to facilitate such proper inquiries as Her Majesty's Government may desire to make, with a view to the presentation of the case and arguments of that Government before the Arbitrators, it is agreed that suitable persons designated by Great Britain will be permitted at any time, upon application, to visit or remain upon the seal islands, during the sealing season, for that purpose.

Article V.

If the result of the arbitration be to affirm the right of British sealers to take seals in Behring's Sea within the bounds claimed by the United States, under its purchase from Russia, then compensation shall be made by the United States to Great Britain (for the use of her subjects) for abstaining from the exercise of that right during the pendency of the arbitration upon the basis of such a regulated and limited catch or catches as in the opinion

Nr. 10367. of the Arbitrators might have been taken without an undue diminution of the
 Gross- seal herds; and on the other hand, if the result of the arbitration shall be
 britannien. to deny the right of British sealers to take seals within the said waters, then
 18. April 1892. compensation shall be made by Great Britain to the United States (for itself,
 its citizens, and lessees) for this agreement to limit the island catch to
 7,500 a season, upon the basis of the difference between this number and
 such larger catch as in the opinion of the Arbitrators might have been taken
 without an undue diminution of the seal herds. || The amount awarded, if
 any, in either case, shall be such as under all the circumstances is just and
 equitable, and shall be promptly paid.

Article VI.

This Convention may be denounced by either of the High Contracting Parties at any time after 31st day of October, 1893, on giving to the other party two months' notice of its termination, and at the expiration of such notice the Convention shall cease to be in force.

Article VII.

The present Convention shall be duly ratified by Her Britannic Majesty and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and the ratifications shall be exchanged, either at London or at Washington, as early as possible. || In faith whereof, we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Convention, and have hereunto affixed our seals.

Done in duplicate, at Washington, the 18th day of April, 1892.

Julian Pauncefote.
 James G. Blaine

Nr. 10368. **ENGLAND UND VEREINIGTE STAATEN.** Urtheil des Schiedsgerichts über den Robbenfang im Behringsmeere.*)

Mr. Tupper to the Earl of Rosebery. — (Received August 16.)

My Lord,

Paris, August 5, 1893.

Nr 10368.
 England und
 Vereinigte
 Staaten.
 16. Aug. 1893.

I have the honour to transmit to your Lordship the decision of the Behring Sea Tribunal of Arbitrators, which has been delivered to me this day in accordance with Article XI of the Treaty of the 29th February, 1892.

I have, &c.

Charles H. Tupper.

*) Entnommen den „Papers by Command“ (United States Nr. 10, 1893).

Inclosure 1.

Sentence du Tribunal d'Arbitrage constitué en vertu du Traité conclu à Washington, le 29 Février, 1892, entre les États-Unis d'Amérique et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande.

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

Attendu que, par un Traité entre les États-Unis d'Amérique et la Grande-Bretagne, signé à Washington le 29 Février, 1892, et dont les ratifications par les Gouvernements des deux pays ont été échangées à Londres le 7 Mai, 1892, il a été, entre autres stipulations, convenu et réglé que les différends qui avaient surgi entre le Gouvernement des États-Unis d'Amérique et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, au sujet des droits de juridiction des États-Unis dans les eaux de la Mer de Behring, et aussi relativement à la préservation des phoques à fourrure habitant ou fréquentant ladite mer et aux droits des citoyens et des sujets des deux pays en ce qui concerne la capture des phoques à fourrure se trouvant dans les dites eaux ou les fréquentant, seraient soumis à un Tribunal d'Arbitrage composé de sept Arbitres, qui seraient nommés de la manière suivante, savoir: deux Arbitres seraient désignés par le Président des États-Unis; deux Arbitres seraient désignés par Sa Majesté Britannique; son Excellence le Président de la République Française serait prié, d'un commun accord, par les Hautes Parties Contractantes de désigner un Arbitre; Sa Majesté le Roi d'Italie serait prié de la même manière de désigner un Arbitre; Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège serait prié de la même manière de désigner un Arbitre: les sept Arbitres ainsi nommés devant être des jurisconsultes d'une réputation distinguée dans leurs pays respectifs, et les Puissances auxquelles leur désignation serait remise devant être priées de choisir, autant que possible, des jurisconsultes sachant la langue Anglaise;

Et attendu qu'il a été pareillement convenu, par l'Article II du dit Traité, que les Arbitres se réuniraient à Paris dans les vingt jours qui suivraient la remise des Contre-Mémoires mentionnés à l'Article IV, qu'ils examineraient et décideraient avec impartialité et soin les questions qui leur étaient ou qui leur seraient soumises dans les conditions prévues par ledit Traité, de la part des Gouvernements des États-Unis et de Sa Majesté Britannique respectivement, et que toutes les questions examinées par le Tribunal, y compris la sentence finale, seraient décidées par les Arbitres à la majorité absolue des voix;

Et attendu que, par l'Article VI du dit Traité; il a été pareillement convenu ce qui suit:—

“En vue de la décision des questions soumises aux Arbitres, il est entendu que les cinq points suivants leur seront soumis, afin que leur sentence comprenne un décision distincte sur chacun desdits cinq points, savoir:—

“1. Quelle juridiction exclusive dans la mer aujourd'hui connue sous le nom de Mer de Behring et quels droits exclusifs sur les pêcheries de phoques

Nr. 10368. dans cette mer la Russie a-t-elle affirmés et exercés avant et jusqu'à l'époque
 England und de la cession de l'Alaska aux États-Unis?
 Vereinigte
 Staaten.

16. Aug. 1893. "2. Jusqu'à quel point la revendication de ces droits de juridiction en ce
 qui concerne les pêcheries de phoques a-t-elle été reconnue et concédée par
 la Grande-Bretagne?

"3. L'espace de mer aujourd'hui connu sous le nom de Mer de Behring
 était-il compris dans l'expression 'Océan Pacifique', telle qu'elle a été employée
 dans le texte du Traité conclu en 1825 entre la Grande-Bretagne et la Russie,
 et quels droits, si droits il y avait, la Russie a-t-elle possédés et exclusivement
 exercés dans la Mer de Behring, après ledit Traité?

"4. Tous les droits de la Russie, en ce qui concerne la juridiction et en
 ce qui concerne les pêcheries de phoques, dans la partie de la Mer de Beh-
 ring qui s'étend à l'est de la limite maritime déterminée par le Traité du
 30 Mars, 1867, entre les États-Unis et la Russie, ne sont-ils pas intégrale-
 ment passés aux États-Unis en vertu de ce même Traité?

"5. Les États-Unis ont-ils quelque droit, et, en cas d'affirmative, quel
 droit ont-ils, soit à la protection, soit à la propriété des phoques à fourrure
 qui fréquentent les îles appartenant aux États-Unis dans la Mer de Behring,
 quand ces phoques se trouvent en dehors de la limite ordinaire de 3 milles?"

Et attendu que, par l'Article VII dudit Traité, il a été pareillement con-
 venu ce qui suit:—

"Si la décision des questions qui précèdent, en ce qui concerne la juri-
 diction exclusive des États-Unis, laisse les choses en tel état que le concours
 de la Grande-Bretagne soit nécessaire pour l'établissement de Règlements en
 vue de la protection et de la préservation convenables des phoques à fourrure
 habitant ou fréquentant la Mer de Behring, les Arbitres auront à déterminer
 quels Règlements communs sont nécessaires, en dehors des limites de la juri-
 diction des Gouvernements respectifs, et sur quelles eaux ces Règlements
 devraient s'appliquer

"Les Hautes Parties Contractantes s'engagent en outre à unir leurs efforts
 pour obtenir l'adhésion d'autres Puissances à ces Règlements;"

Et attendu que, par l'Article VIII dudit Traité, après avoir exposé que
 les Hautes Parties Contractantes n'avaient pu s'entendre sur une formule qui
 comprit la question des responsabilités à la charge de l'une d'elles, à raison
 des préjudices allégués avoir été causés à l'autre, ou aux citoyens de l'autre,
 à l'occasion des réclamations présentées et soutenues par ladite partie, et
 qu'elles "désiraient que cette question secondaire ne suspendît ou ne retardât
 pas plus longtemps la production et la décision des questions principales," les
 Hautes Parties Contractantes sont convenues que "chacune d'elles pourrait
 soumettre aux Arbitres toute question de fait impliquée dans lesdites récla-
 mations et demander une décision à cet égard, après quoi la question de la
 responsabilité de chacun des deux Gouvernements à raison des faits établis
 serait matière à négociations ultérieures;"

Et attendu que le Président des États-Unis d'Amérique a désigné l'Honorable John M. Harlan, Juge de la Cour Suprême des États-Unis, et l'Honorable John T. Morgan, Sénateur des États-Unis, pour être deux desdits Arbitres; que Sa Majesté Britannique a désigné le Très Honorable Lord Hannen et l'Honorable Sir John Thompson, Ministre de la Justice et Attorney-Général pour le Canada, pour être deux desdits Arbitres; que son Excellence le Président de la République Française a désigné le Baron Alphonse de Courcel, Sénateur, Ambassadeur de France, pour être un desdits Arbitres; que Sa Majesté le Roi d'Italie a désigné le Marquis Emilio Visconti Venosta, ancien Ministre des Affaires Etrangères et Sénateur du Royaume d'Italie, pour être un desdits Arbitres; et que Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège a désigné M. Gregers Gram, Ministre d'État, pour être un desdits Arbitres;

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

Et attendu que nous susnommés, Arbitres désignés et investis de la manière qui vient d'être relatée, ayant accepté de prendre la charge de cet Arbitrage, et nous étant dûment réunis à Paris, avons procédé avec impartialité et soin à l'examen et à la décision de toutes les questions qui ont été soumises à nous, Arbitres susnommés, en vertu du dit Traité, ou à nous présentées, au nom des Gouvernements des États-Unis et de Sa Majesté Britannique respectivement, de la manière prévue par ledit Traité;

Nous Arbitres susnommés, ayant examiné avec impartialité et soin lesdites questions, décidons et prononçons de même, sur lesdites questions, par notre présente sentence, de la manière qui suit, à savoir:—

En ce qui concerne les cinq points mentionnés dans l'Article VI et sur chacun desquels notre jugement doit comprendre une décision distincte, nous décidons et prononçons ce qui suit:—

Sur le premier de cinq points susdits, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, le Juge Harlan, Lord Hannen, Sir John Thompson, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, constituant la majorité des Arbitrés, décidons et prononçons ce qui suit:

Par l'Ukase de 1821 la Russie a revendiqué des droits de juridiction, dans la mer connue aujourd'hui sous le nom de Mer de Behring, jusqu'à la distance de 100 milles Italiens au large des côtes et fles lui appartenant; mais, au cours de négociations qui ont abouti à la conclusion des Traités de 1824 avec les États-Unis et de 1825 avec la Grande-Bretagne, elle a admis que sa juridiction dans ladite mer serait limitée à une portée de canon de la côte; et il apparaît que, depuis cette époque jusqu'à l'époque de la cession de l'Alaska aux États Unis, elle n'a jamais affirmé en fait ni exercé aucune juridiction exclusive dans la Mer de Behring, ni aucun droit exclusif sur les pêcheries de phoques à fourrure dans ladite mer, au delà des limites ordinaires des eaux territoriales.

Sur le second des cinq points susdits, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, le Juge Harlan, Lord Hannen, Sir John Thompson, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, constituant la majorité des

Nr. 10368. Arbitres, décidons et prononçons que la Grande-Bretagne, n'a reconnu ni
 England und concédé à la Russie aucun droit à une juridiction exclusive sur les pêcheries
 Vereinigte de phoques dans la Mer de Behring, en dehors des eaux territoriales ordi-
 Staaten. naires.
 16. Aug. 1893.

Sur le troisième des cinq points susdits, et quant à la partie dudit troisième point où nous est soumise la question de savoir si l'espace de mer aujourd'hui connu sous le nom de Mer de Behring était compris dans l'expression "Océan Pacifique" telle qu'elle a été employée dans le texte du Traité de 1825 entre la Grande-Bretagne et la Russie, nous, Arbitres susnommés, décidons et prononçons à l'unanimité que l'espace de mer aujourd'hui connu sous le nom de Mer de Behring était compris dans l'expression "Océan Pacifique" telle qu'elle a été employée dans ledit Traité.

Et quant à la partie dudit troisième point d'après laquelle nous avons à décider quels droits, si droits il y avait, la Russie a possédés et exclusivement exercés après ledit Traité de 1825, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, le Juge Harlan, Lord Hannen, Sir John Thompson, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, constituant la majorité des Arbitres, décidons et prononçons que la Russie n'a possédé ni exercé, après le Traité de 1825, aucun droit exclusif de juridiction dans la Mer de Behring ni aucun droit exclusif sur les pêcheries de phoques dans cette mer, au delà de la limite ordinaire des eaux territoriales.

Sur le quatrième des cinq points susdits, nous, Arbitres susnommés, décidons et prononçons à l'unanimité que tous les droits de la Russie, en ce qui concerne la juridiction et en ce qui concerne les pêcheries de phoques, dans la partie de la Mer de Behring qui s'étend à l'est de la limite maritime déterminée par le Traité du 30 Mars, 1867, entre les États-Unis et la Russie, sont intégralement passés aux États-Unis en vertu de ce même Traité.

Sur le cinquième des cinq points susdits, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, Lord Hannen, Sir John Thompson, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, constituant la majorité des Arbitres, décidons et prononçons que les États-Unis n'ont aucun droit de protection ou de propriété sur les phoques à fourrure qui fréquentent les îles appartenant aux États-Unis dans la Mer de Behring, quand ces phoques se trouvent en dehors de la limite ordinaire de 3 milles.

Et attendu que les décisions ci-dessus relatées, sur les questions concernant la juridiction exclusive des États-Unis mentionnées dans l'Article VI, laissent les choses en état tel que le concours de la Grande-Bretagne est nécessaire pour l'établissement de Règlements en vue de la protection et de la préservation convenables des phoques à fourrure habitant ou fréquentant la Mer de Behring, le Tribunal ayant décidé à la majorité absolue des voix sur chacun des Articles des Règlements qui suivent, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, Lord Hannen, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, donnant notre assentiment à l'ensemble des Articles des Règlements qui

suivent, et constituant la majorité absolue des Arbitres, décidons et prononçons, d'après le mode prescrit par le Traité, que les Règlements communs qui suivent, applicables en dehors des limites de la juridiction des Gouvernements respectifs, sont nécessaires, et qu'ils doivent s'étendre sur les eaux ci-après déterminées;—

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

Article 1. Les Gouvernements des États-Unis et de la Grande-Bretagne interdiront à leurs citoyens et sujets respectifs de tuer, prendre ou poursuivre, en tout temps et de quelque manière que ce soit, les animaux communément appelés phoques à fourrure, dans une zone de 60 milles autour des Iles Pribbyloff, en y comprenant les eaux territoriales.

Le milles mentionnés dans le paragraphe précédent sont des milles géographiques de 60 au degré de latitude.

Article 2. Les deux Gouvernements interdiront à leurs citoyens et sujets respectifs de tuer, prendre ou poursuivre les phoques à fourrure, de quelque manière que ce soit, pendant la saison s'étendant chaque année du 1^{er} Mai au 31 Juillet inclusivement, sur la haute mer, dans la partie de l'Océan Pacifique, en y comprenant la Mer de Behring, qui est sise au nord du 35^e degré de latitude nord, et à l'est du 180^e degré de longitude de Greenwich jusqu'à sa rencontre avec la limite maritime décrite dans l'Article 1^{er} du Traité de 1867 entre les États-Unis et la Russie, et ensuite à l'est de cette ligne jusqu'au Détroit de Behring.

Article 3. Pendant la période de temps et dans les eaux où la pêche des phoques à fourrure demeurera permise, les navires à voiles seront seuls admis à l'exercer ou à s'associer aux opérations de cette pêche. Ils auront cependant la faculté de se faire assister par des pirogues ou autres embarcations non pontées, mues par des pagaies, des rames ou des voiles, du genre de celles qui sont communément employées comme bateaux de pêche.

Article 4. Tout navire à voiles autorisé à se livrer à la pêche des phoques à fourrure devra être muni d'une licence spéciale délivrée à cet effet par son Gouvernement et devra porter un pavillon distinctif qui sera déterminé par ledit Gouvernement.

Article 5. Les patrons des navires engagés dans la pêche des phoques à fourrure devront mentionner exactement sur leurs livres de bord la date et le lieu de chaque opération de pêche des phoques à fourrure, ainsi que le nombre et le sexe des phoques capturés chaque jour. Ces mentions devront être communiquées par chacun des deux Gouvernements à l'autre à la fin de chaque saison de pêche.

Article 6. L'emploi des filets, des armes à feu et des explosifs sera interdit dans la pêche des phoques à fourrure. Cette restriction ne s'appliquera pas aux fusils de chasse, quand cette pêche sera pratiquée en dehors de la Mer de Behring et pendant la saison où elle pourra être légitimement exercée.

Article 7. Les deux Gouvernements prendront des mesures en vue de

Nr. 10368. contrôler l'aptitude des hommes autorisés à exercer la pêche des phoques à
 England und fourrure; ces hommes devront être reconnus aptes à manier avec une habileté
 Vereinigte suffisante les armes au moyen desquelles cette pêche pourra être faite.
 Staaten.
 16. Aug. 1893.

Article 8. Les Règlements contenus dans les précédents Articles ne s'appliqueront pas aux Indiens habitant sur les côtes du territoire des États-Unis ou de la Grande-Bretagne et pratiquant la pêche des phoques à fourrure dans des pirogues ou embarcations non pontées, non transportées par d'autres navires, ni employées à l'usage de ceux-ci, mues exclusivement à l'aide de pagaies, d'avirons ou de voiles, et manœuvrées chacune par cinq personnes au plus, de la manière jusqu'à présent usitée par les Indiens; pourvu que ceux-ci ne soient pas engagés au service d'autres personnes, et qu'alors qu'ils chassent ainsi dans des pirogues ou embarcations non pontées, ils ne poursuivent pas les phoques à fourrure, en dehors des eaux territoriales, en vertu d'engagements contractés pour la livraison des peaux à une personne quelconque.

Cette exception n'aura pas pour effet de porter atteinte à la législation nationale de l'un ou de l'autre des deux pays; elle ne s'étendra pas aux eaux de la Mer de Behring, ni aux eaux des passes Aléoutiennes.

Aucune des dispositions qui précèdent n'a pour objet de s'opposer à ce que les Indiens soient employés, comme chasseurs ou à tout autre titre, ainsi qu'ils l'ont été jusqu'à présent, sur des navires se livrant à la poursuite des phoques à fourrure.

Article 9. Les Règlements communs établis par les Articles précédents, en vue de la protection et de la préservation des phoques à fourrure, demeureront en vigueur jusqu'à ce qu'ils aient été en tout ou partie abolis ou modifiés par un accord entre les Gouvernements des États-Unis et de la Grande-Bretagne.

Lesdits Règlements communs seront soumis tous les cinq ans à un nouvel examen, pour que les deux Gouvernements intéressés se trouvent en mesure d'apprécier, à la lumière de l'expérience acquise, s'il y a lieu d'y apporter quelque modification.

Et attendu que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a soumis au Tribunal d'Arbitrage, par application de l'Article VIII dudit Traité, certaines questions de fait impliquées dans les réclamations dont il est fait mention audit Article VIII, et a soumis également à nous, formant ledit Tribunal, un exposé des faits dans les termes suivants:—

“Conclusions de fait proposées par l'Agent de la Grande-Bretagne, acceptées par l'Agent des États-Unis, qui en admet l'exactitude, et soumises à l'examen du Tribunal d'Arbitrage.

“1. Que les diverses visites et saisies de navires ou de marchandises et les diverses arrestations de patrons et d'équipages, mentionnées dans l'Annexe au Mémoire Britannique (pages 1 à 60 inclusivement), ont été faites par autorité du Gouvernement des États-Unis; les questions se rapportant à la valeur

desdits navires ou de leur contenu, ensemble ou séparément, et la question de savoir si les navires désignés dans l'Annexe au Mémoire Britannique, ou certains d'entre eux, étaient, en totalité ou en partie, la propriété de citoyens des États-Unis, ont été retirées et non pas été l'objet de l'examen du Tribunal, sous cette réserve que les États-Unis gardent le droit de soulever ces questions ou quelque'une d'entre elles, s'ils le jugent à propos, dans toute négociation ultérieure pouvant engager la responsabilité du Gouvernement des États-Unis, en ce qui touche le payement des sommes mentionnées dans l'Annexe au Mémoire Britannique.

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

"2. Que les susdites saisies, sauf en ce qui concerne le 'Pathfinder,' saisi à Neah Bay, ont été effectuées dans la Mer de Behring, aux distances de la côte mentionnées au Tableau ci-annexé, sous la lettre (C).

"3. Que lesdites visites et saisies de navires ont été faites par des navires armés pour le service public des États-Unis, dont les Commandants avaient reçu, toutes les fois qu'elles ont eu lieu, du Pouvoir Exécutif du Gouvernement des États-Unis, des instructions dont un exemplaire est reproduit en copie ci-après, Annexe (A), les autres exemplaires desdites instructions étant conformes à ce modèle sur les points essentiels; que, dans toutes les occasions où des poursuites entamées devant les Cours de District des États-Unis ont été suivies de condamnations, ces poursuites ont débuté par le dépôt d'un acte d'accusation, dont un modèle est annexé ci-dessous, Annexe (B), les actes d'accusation déposés dans les autres procédures étant, en tous points essentiels, semblables à ce modèle; que les actes ou délits, allégués comme motifs de ces visites et saisies, ont été accomplis ou commis dans la Mer de Behring, aux distances de la côte déjà indiquées; que, dans tous les cas où une condamnation a été prononcée, excepté ceux où les navires ont été relâchés après condamnation, la saisie a été approuvée par le Gouvernement des États-Unis, et que, dans les cas où les navires ont été relâchés, la saisie avait été opérée par autorité du Gouvernement des États-Unis; que les amendes et emprisonnements susdits ont été prononcés à raison d'infractions aux lois nationales des États-Unis— infractions toutes commises dans la Mer de Behring, aux distances de la côte déjà indiquées.

"4. Que les différents ordres mentionnés dans l'Annexe ci-jointe sous la lettre (C) enjoignant à certains navires de quitter la Mer de Behring, ou de ne pas y entrer, ont été donnés par des navires armés pour le service public des États-Unis, dont les Commandants avaient toutes les fois qu'ils ont donné ces ordres, des instructions conformes à celles mentionnées si-dessus sous le No. 3, et que les navires qui ont reçu ces injonctions étaient occupés à la chasse des phoques ou faisaient route pour entreprendre cette chasse; et que cette façon de procéder a été sanctionnée par le Gouvernement des États-Unis.

"5. Que les Cours de District des États-Unis, devant lesquelles des poursuites ont été entamées ou suivies pour obtenir des condamnations contre les

Nr. 10868. navires saisis, dont il est fait mention dans l'Annexe au Mémoire de la Grande-
 England und Bretagne (pages 1 à 60 inclusivement), avaient tous droits de juridiction et
 Vereinigte pouvoirs appartenant au Cour d'Amirauté, y compris la juridiction de Tri-
 Staaten. bunaux de Prises, mais que, dans chaque cas particulier, la sentence prononcée
 16. Aug. 1893. par la Cour s'appuyait sur les causes mentionnées dans l'acte d'accusation.

"Annexe (A).

"(Traduction.)" Département du Trésor, Cabinet du Secrétaire, Washington,
 "Monsieur, "21 Avril, 1886.

"Comme suite à une lettre du Département, en date de ce jour, vous enjoignant de vous diriger avec le vapeur du Service des Douanes 'Bear', placé sous votre commandement, vers les îles aux phoques, vous êtes par les présentes investi de tous les pouvoirs nécessaires pour assurer l'exécution de la Loi dont les termes sont contenus dans la Section 1956 des Statuts Révisés des États-Unis, et ordre vous est donné de saisir tout navire et d'arrêter et livrer aux autorités compétentes tout individu ou toutes personnes que vous trouveriez agissant en violation de la Loi susmentionnée, après qu'un avertissement suffisant leur aura été donné.

"Vous saisirez également tous spiritueux et armes à feu que l'on chercherait à introduire dans le pays sans une permission en règle, en exécution de la Section 1955 des Statuts Révisés et de la Proclamation du Président en date du 4 Février, 1870.

"Respectueusement à vous.

"C. S. Fairchild,
 "Secrétaire par intérim.

"Au Capitaine M. A. Healy,

"Commandant le vapeur du Service des Douanes 'Bear',
 "à San Francisco (Californie).

"Annexe (B).

"Devant la Cour de District des États-Unis pour le District d'Alaska.

"Session (Special Term) d'Août 1886.

"(Traduction.)

"A l'Honorable Lafayette Dawson, Juge de ladite Cour de District.

"Le réquisitoire à fin d'information par lequel M. D. Ball, Attorney des États-Unis pour le District d'Alaska, poursuivant au nom des États-Unis et présent ici devant la Cour, en sa personne, comme Représentant des États-Unis et en leur nom, contre la goélette 'Thornton,' ses agrès, appareils, embarcations, cargaison et matériel, et contre toutes personnes intervenant comme ayant des intérêts engagés dans ce navire, en poursuite à fin de confiscation, présente les allégations et déclarations suivantes:

“Que Charles A. Abbey, officier du Service des Douanes Maritimes des États-Unis, chargé d’une mission spéciale dans les eaux du District d’Alaska, antérieurement au présent jour, à savoir le 1^{er} Août, 1886, dans les limites du territoire d’Alaska et dans ses canx, et dans les limites du district civil et judiciaire d’Alaska, à savoir dans l’étendue des eaux de cette partie de la Mer de Behring qui appartient audit district, dans des eaux navigables pour des navires venant de la haute mer et jaugeant 10 tonneaux ou au-dessus, a saisi le vaisseau ou navire communément dénommé goélette, le ‘Thornton’, ses agrès, appareils, embarcations, cargaison et matériel, lesquels étaient la propriété d’une ou de plusieurs personnes inconnues dudit attorney, et les a confisqués au profit des États-Unis pour les causes ci-après:

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

“Que ledit navire ou goélette a été trouvé se livrant à la destruction des phoques à fourrure, dans les limites du territoire d’Alaska et de ses eaux, en violation des dispositions de la Section 1956 des Statuts Révisés des États-Unis;

“Et ledit attorney déclare que toutes les propositions ci-dessus énoncées et chacune d’elles sont et étaient vraies, et qu’elles tombent sous la juridiction maritime et d’amirauté de cette Cour, et que, pour cette raison, et en exécution des Statuts des États-Unis établis et édictés pour de tels cas, le navire ou la goélette mentionnée et décrite ci-dessus, jaugeant plus de 20 tonneaux, ses agrès, appareils, embarcations, cargaison et matériel ont été et sont confisqués au profit des États-Unis, et que ladite goélette se trouve maintenant dans le district susdit.

“Ce pourquoi ledit demande que l’honorable Cour de Justice procède et avise comme d’usage en cette affaire, et que toutes personnes ayant un intérêt dans ladite goélette ou navire soient citées par voie d’assignation générale ou spéciale, afin de répondre aux propositions susénoncées, et que, à la suite de la procédure à ce nécessaire, ledit navire ou goélette, ses agrès, appareils, embarcations, cargaison et matériel soient condamnés pour ladite cause ou tout autre qu’il apparaîtrait juste, par arrêt formel et décret de cette honorable Cour, et confisqués au profit desdits États-Unis, selon la forme des Statuts desdits États-Unis, établis et édictés pour de tels cas.

“M. D. Ball,

“Attorney des États-Unis pour le district d’Alaska.

Annexe (C).

“La Table ci-dessous contient les noms des navires Britanniques employés à la chasse des phoques qui ont été saisis ou avertis par les croiseurs du Service des Douanes des États-Unis, de 1886 à 1890 et la distance approximative de la terre où ces saisies ont eu lieu. Ces distances sont indiquées, en ce qui concerne les navires ‘Carolena’, ‘Thornton’, et ‘Onward’, d’après le témoignage du Commandant Abbey, de la Marine des États-Unis (voir 50^e Con-

Nr. 10368. grès, 2^e Session, Sénat, Documents Exécutifs, No. 106, pp. 20, 30, et 40).
 England und Elles sont indiquées, en ce qui concerne les navires 'Anna Beck', 'W. P. Say-
 Vereinigte ward', 'Dolphin', et 'Grace', d'après le témoignage du Capitaine Shepard, de
 Staaten. la Marine du Trésor des États-Unis (Livre Bleu, États-Unis, No. 2, 1890,
 16. Aug. 1893. pp. 80—82 (voir 'Appendice au Mémoire Britannique', vol. III)''

Nom du Navire.	Date de la Saisie.	Distance approximative de Terre au moment de la Saisie.	Navire des États-Unis qui a fait la Saisie.
Carolena	1 ^{er} Août, 1886	75 milles	Corwin.
Thornton	1 ^{er} „ 1886	70 milles	Idem.
Onward	2 „ 1886	115 milles	Idem.
Favourite	2 „ 1886	Averti par le Corwin, à peu près dans la même position que "l'Onward."	
Anna Beck	2 Juillet, 1887	66 milles	Rush.
W. P. Sayward	9 „ 1887	59 milles	Idem.
Dolphin	12 „ 1887	40 milles	Idem.
Grace	17 „ 1887	96 milles	Idem.
Adolf Adams	10 Août, 1887	62 milles	Idem.
Ada	25 „ 1887	15 milles	Bear.
Triumph	4 „ 1887	Averti par le "Rush" de ne pas entrer dans la Mer de Behring	
Juanita	31 Juillet, 1889	66 milles	Rush.
Pathfinder	29 „ 1889	50 milles	Idem.
Triumph	11 „ 1889	Averti par le "Rush" d'avoir à quitter la Mer de Behring. Position au moment de l'avertissement (?)	
Black Diamond	11 „ 1889	35 milles	Idem.
Lily	6 Août, 1889	66 milles	Idem.
Ariel	30 Juillet, 1889	Averti par le "Rush" d'avoir à quitter la Mer de Behring	
Kate	13 Août, 1889	Idem.	
Minnie	15 Juillet, 1889	65 milles	Idem.
Pathfinder	27 Mars, 1890	Saisi dans la Baie de Neah*)	Corwin.

Et attendu que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a demandé à nous, Arbitres susnommés, de décider sur lesdites questions de fait, telles qu'elles résultent de l'exposé susmentionné; que l'Agent et les Conseils du Gouvernement des États-Unis ont, en notre présence et s'adressant à nous, déclaré que ledit exposé des faits était confirmé par les dépositions des témoins, et qu'ils s'étaient mis d'accord avec l'Agent et les Conseils de Sa Majesté Britannique pour s'en remettre à nos Arbitres de dire et prononcer véritable, en tant que nous le jugerions à propos, ledit exposé des faits.

Nous, Arbitres susnommés, disons et prononçons à l'unanimité que lesdits faits, tels qu'ils se trouvent dans ledit exposé, sont véritables.

Et attendu que toutes et chacune des questions qui ont été examinées par le Tribunal ont été décidées à la majorité absolue des voix,

Nous, le Baron de Courcel, Lord Hannen, le Juge Harlan, Sir John Thompson, le Sénateur Morgan, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, étant entendu que les Arbitres qui se sont trouvés en minorité sur

*) La Baie de Neah est située dans l'Etat de Washington et le "Pathfinder" y a été saisi du chef de délits commis par lui dans la mer de Behring l'année précédente.

certaines questions, ne retirent pas leurs votes, déclarons que le présent acte contient la décision finale et la sentence écrite du Tribunal, conformément aux prescriptions du Traité.

Nr. 10368.
England und
Vereinigtes
Staaten.
16. Aug. 1893.

Fait en double à Paris, et signé par nous, le 15^e jour d'Août de l'année 1893.

Alph. de Courcel. John M. Harlan.
John T. Morgan. Hannen.
Ino. S. D. Thompson. Visconti Venosta.
G. Gram.

Inclosure 2.

Déclarations faites par le Tribunal d'Arbitrage et présentées aux Gouvernements des États-Unis et de la Grande-Bretagne pour être prises en considération par ces Gouvernements.

1. Les Arbitres déclarent que les Règlements communs tels qu'ils sont établis par le Tribunal d'Arbitrage, en vertu de l'Article VII du Traité du 29 Février, 1892, n'étant applicables que sur la haute mer, devront, dans leur pensée, être complétés par d'autres Règlements applicables dans les limites de la souveraineté de chacune des deux Puissances intéressées et qui devront être fixés par elles d'un commun accord.

2. Vu l'état critique auquel il paraît constant que la race des phoques à fourrure se trouve actuellement réduite par suite de circonstances incomplètement éclaircies, les Arbitres croient devoir recommander aux deux Gouvernements de se concerter en vue d'interdire toute destruction des phoques à fourrure, tant sur terre que sur mer, pendant une période de deux ou trois ans, ou d'une année au moins, sauf telles exceptions que les deux Gouvernements pourraient trouver à propos d'admettre.

Si cette mesure donnait de bons résultats, elle pourrait être appliquée de nouveau, à certains intervalles, suivant les circonstances.

3. Les Arbitres déclarent en outre que, dans leur pensée, l'exécution des Règlements établis par le Tribunal d'Arbitrage devra être assurée par un ensemble de stipulations et de mesures qu'il appartiendra aux deux Puissances d'arrêter, et que le Tribunal doit s'en remettre en conséquence à ces deux Puissances pour rendre effectifs les Règlements établis par lui.

Fait et signé à Paris, le 15 Août, 1893.

Alph. de Courcel. John M. Harlan. John T. Morgan.
J'approuve les Déclarations 1 et 3.

Hannen.

J'approuve les Déclarations 1 et 3.

Ino. S. D. Thompson. Visconti Venosta. G. Gram.

Handels-Verträge.

Nr. 10369. DEUTSCHES REICH und SPANIEN. Handels- und
Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich
und Spanien.*) 8. August 1893.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, und Ihre Majestät die Königin von Spanien, im Namen Ihres Erhabenen Sohnes, Seiner Majestät des Königs Don Alfonso XIII., von dem Wunsche geleitet, die zwischen beiden Ländern bestehenden Bande der Freundschaft enger zu schliessen und die Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern und zu vermehren, haben beschlossen, zu diesem Behufe einen Vertrag abzuschliessen und zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath und ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Ihrer Majestät der Königin Regentin von Spanien, Joseph von Radowitz, und

Ihre Majestät die Königin Regentin von Spanien, || Allerhöchstihren Staatsminister, Don Segismundo Moret y Prendergast,
welche, nach Austausch Ihrer in guter und gehöriger Form befindlichen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

Artikel 1.

Zwischen den vertragschliessenden Theilen soll volle und gänzliche Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen. Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in dem Gebiete des anderen Theiles, soweit nicht der gegenwärtige Vertrag Ausnahmen festsetzt, in Bezug auf Handel, Schiffahrt und Gewerbebetrieb dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern zustehen oder zustehen werden, und keinen anderen oder lästigeren, allgemeinen oder örtlichen Ab-

*) Von den Cortes bis zum Moment der Drucklegung noch nicht angenommen. — Ueber die Editionsgrundsätze vgl. Bd. LII Nr. 10201 Anmerkung.

gaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Inländer unterworfen sind oder unterworfen sein werden.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Artikel 2.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in dem Gebiete des anderen in gleichem Masse wie die Inländer befugt sein, in alle Häfen und Flüsse mit ihren Fahrzeugen und Ladungen einzulaufen, zu reisen, sich aufzuhalten und sich niederzulassen, Handel und Gewerbe im Grossen wie im Kleinen zu betreiben, Häuser, Magazine und Läden zu miethen oder zu besitzen, Waaren oder Gelder zur See oder zu Lande zu versenden und sowohl vom Inlande wie vom Auslande in Konsignation zu nehmen, alles dieses nur gegen Zahlung derjenigen Abgaben, welche gesetzlich von den Inländern gegenwärtig oder künftig erhoben werden, sie sollen daselbst kaufen und verkaufen können, unmittelbar oder durch Vermittelung einer von ihnen gewählten Mittelsperson, und die Preise der Güter, Effekten, Waaren und sonstigen Gegenstände, sowohl der eingeführten wie der inländischen bestimmen können, sei es, dass sie solche im Inlande verkaufen oder ausführen, jedoch unter Beobachtung der im Lande bestehenden Gesetze und Verordnungen; sie können ihre Geschäftsangelegenheiten besorgen, den Zollämtern ihre Deklarationen einreichen, sowohl in ihrem eigenen Namen als auch an ihrer Stelle durch jeden Dritten, je nachdem sie es für angemessen befinden und nur gegen die zwischen ihnen verabredete Vergütung.

Artikel 3.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles gleich den Inländern berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu erwerben, zu besitzen und darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen, sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben. Auch sollen sie in keinem der gedachten Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen als die Inländer.

Die freie Ausübung ihrer Religion wird ihnen gegenseitig nach Massgabe der Landesgesetze gewährt werden.

Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte und in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände zu bedienen.

Artikel 4.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach Massgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Ge-

Nr. 10869. biete des anderen Theiles diejenigen Rechte auszuüben befugt sein, welche
 Deutsches den gleichartigen Gesellschaften irgend eines anderen Landes zustehen.
 Reich und
 Spanien.
 8. Aug. 1893.

Artikel 5.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimathlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetrieb berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Waarenkäufe zu machen oder Bestellungen auch unter Mitführung von Mustern zu suchen. Solange solche Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende oder Handlungsreisende, welche in Spanien angesessen sind und in Deutschland für Rechnung eines spanischen Hauses reisen, von der Zahlung einer Gewerbe- oder Einkommensteuer befreit sind, soll auf Grund der Gegenseitigkeit dasselbe stattfinden bei Kaufleuten, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden oder Handlungsreisenden, welche in Deutschland angesessen sind und in Spanien für Rechnung eines deutschen Hauses reisen. || Ueberdies wird jedes in dieser Hinsicht von dem einen der vertragschliessenden Theile einem dritten Staate gemachte Zugeständniss auch dem anderen Theile eingeräumt werden.

Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen. || Die Ausfertigung der Gewerbelegitimationskarte soll nach dem in der Anlage A enthaltenen Muster erfolgen. || Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen und welche Vorschriften bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten sind. || Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den vorbezeichneten Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangs-abgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft wieder ausgeführt werden und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist. || Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrages der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden. || Dem freien Verkehr der Reisenden wird kein Hinderniss in den Weg gelegt, und die auf die Reisedokumente bezüglichen administrativen Förmlichkeiten beim Eintritte in das Gebiet der vertragschliessenden Theile, wie beim Austritte aus demselben, werden auf die unumgänglichen Anforderungen der öffentlichen Sicherheit beschränkt werden.

Artikel 6.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, admini-

strativer oder munizipaler Art, von jedem persönlichen Dienste im Landheere, in der Marine, in der Land- und Seewehr und in der Nationalmiliz, von allen Lasten, Zwangsanleihen, militärischen Requisitionen und Leistungen, wie sie auch heissen mögen, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, frei sein, jedoch unbeschadet der Verpflichtung zur Quartierleistung und zu sonstigen Naturalleistungen für die bewaffnete Macht, soweit sie den Inländern als Eigenthümern oder Miethern von Immobilien obliegt. Ihr Eigenthum soll keinem Sequester unterworfen, ihre Schiffe, Ladungen, Waaren, Effekten sollen nicht zurückgehalten werden zu irgend welchem öffentlichen Gebrauche ohne vorgängige Bewilligung einer auf gerechten und billigen Grundlagen unter den betheiligten Parteien festgesetzten Entschädigung.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Artikel 7.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch auf alle diejenigen Nationen Anwendung fände, bei welchen die gleichen Voraussetzungen zutreffen.

Artikel 8.

Die in dem Tarif der Anlage B bezeichneten spanischen Boden- und Gewerbeerzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif und die darin enthaltenen Bestimmungen festgestellten Zollsätzen zugelassen, welche alle Zollaufschläge in sich schliessen. Auch sollen diese, sowie die in dem Verzeichniss der Anlage C aufgeführten spanischen Boden- und Gewerbeerzeugnisse bei ihrer Einfuhr in Deutschland weder anderen noch höheren Zöllen unterworfen werden als die gleichartigen Erzeugnisse irgend eines anderen Landes. || Die in dem Tarif der Anlage D bezeichneten deutschen Boden- und Gewerbeerzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Spanien zu den durch diesen Tarif und die darin enthaltenen Bestimmungen festgestellten Zollsätzen zugelassen, welche alle Zollaufschläge in sich schliessen. Auch sollen diese sowie die in dem Verzeichniss der Anlage E aufgeführten deutschen Boden- und Gewerbeerzeugnisse bei ihrer Einfuhr in Spanien weder anderen noch höheren Zöllen unterworfen werden als die gleichartigen Erzeugnisse irgend eines anderen Landes.

Artikel 9.

Bei der Ausfuhr nach Spanien wird in Deutschland und bei der Ausfuhr nach Deutschland wird in Spanien kein anderer oder höherer Ausfuhrzoll erhoben, als bei der Ausfuhr derselben Gegenstände nach irgend einem anderen Lande.

Artikel 10.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, bei der Einfuhr von Waaren und zum Nachweise der einheimischen Erzeugung oder

Nr. 10369. Fabrikation die Vorlegung von Ursprungszeugnissen zu fordern. Die Zeugnisse
 Deutsches können in Deutschland in deutscher und französischer Sprache und in Spanien
 Reich und in spanischer und französischer Sprache nach Massgabe des in der Anlage F
 Spanien. enthaltenen Musters abgefasst werden.
 8. Aug. 1893.

Artikel 11.

Die deutschen Erzeugnisse können durch das spanische Zollgebiet und umgekehrt die spanischen Erzeugnisse durch das deutsche Zollgebiet, sofern sie nicht zum Verbrauch deklariert werden, in Gemässheit der für den Transitverkehr gegenwärtig oder künftig stehenden Vorschriften frei durchgeführt werden. || Dieselben Erzeugnisse können im Gebiet der vertragschliessenden Theile auf Handelsniederlagen gebracht und, wenn sie nicht innerhalb der von der Zollverwaltung festgesetzten Frist zum Verbrauch deklariert worden sind, wieder ausgeführt werden, ohne irgend welchen anderen Abgaben als den Niederlagegebühren unterworfen zu werden. Um jedoch an dieser Begünstigung theilzunehmen, müssen die Waaren von dem Versendungsorte nach einem Orte im Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles gesandt werden, wo vorschriftsmässig eingerichtete Handelsniederlagen bestehen, und es müssen sich die Absender oder beteiligten Geschäftsleute den für diese Niederlagen geltenden internen Bestimmungen unterwerfen.

Artikel 12.

Falls einer der vertragschliessenden Theile irgend einem dritten Staate Begünstigungen oder Befreiungen hinsichtlich der Sicherstellung oder der Erhebung der Zölle, oder hinsichtlich der Durchfuhr, der zollamtlichen Niederlagen oder der örtlichen Abgaben bewilligen sollte, so wird der andere vertragschliessende Theil ohne Weiteres die gleichen Zugeständnisse geniessen. || Die vorausgehenden Bestimmungen beziehen sich nicht auf die Begünstigungen, welche von Spanien an Portugal gegenwärtig zugestanden sind oder künftig zugestanden werden könnten, sofern dieselben nicht auch einem anderen Staate gewährt werden.

Artikel 13.

Die Bestimmungen der Artikel 7, 8 und 9 finden auf die von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht im grenznachbarlichen Verkehr eingeräumten Begünstigungen keine Anwendung.

Artikel 14.

Innere Abgaben, welche in dem einen der vertragschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates selbst oder für Rechnung von Provinzen, Kommunen oder Korporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauche eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen oder künftig ruhen möchten, dürfen Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes. ||

Keiner der beiden vertragschliessenden Theile wird Gegenstände, welche im eigenen Gebiet nicht erzeugt werden und welche in den Tarifen und Verzeichnissen zu gegenwärtigem Verträge begriffen sind, unter dem Vorwande der inneren Besteuerung mit neuen oder erhöhten Abgaben bei der Einfuhr belegen. || Wenn einer der vertragschliessenden Theile es nöthig findet, auf einen in den Tarifen und Verzeichnissen zu gegenwärtigem Verträge begriffenen Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation eine neue innere Steuer oder Accisegebühr oder einen Gebührenzuschlag zu legen, so soll der gleichartige ausländische Gegenstand sofort mit einem gleichen Zolle oder Zollzuschlage bei der Einfuhr belegt werden können.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Artikel 15.

Waaren nicht deutschen Ursprungs, welche aus Deutschland sei es zu Land oder zur See in Spanien eingeführt werden, sollen dort weder anderen noch höheren Zollzuschlägen unterworfen werden, als Waaren gleicher Art, welche über irgend ein anderes europäisches Land auf indirektem Wege in Spanien eingeführt werden.

Artikel 16.

Als deutsche oder spanische Schiffe sollen alle diejenigen angesehen werden, welche nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als deutsche oder nach den spanischen Gesetzen als spanische Schiffe anzuerkennen sind. || Die beiderseitigen Schiffsmessbriefe finden nach Massgabe der zwischen den vertragschliessenden Theilen getroffenen besonderen Vereinbarungen Anerkennung.

Artikel 17.

Die Schiffe eines der vertragschliessenden Theile, welche mit Ballast oder beladen in die Häfen des anderen Theiles einlaufen oder dieselben verlassen, werden daselbst, welcher auch immer der Ort ihres Auslaufens oder ihrer Bestimmung sein möge, in jeder Hinsicht auf demselben Fusse wie die einheimischen Schiffe behandelt werden. Sowohl bei ihrem Einlaufen, wie während ihres Aufenthaltes und bei ihrem Auslaufen werden sie keine anderen oder höheren Leuchtturm-, Lootsen-, Tonnen-, Hafen-, Remorquirungs-, Quarantäne- oder sonstige auf dem Schiffskörper lastende, wie immer benannte Gebühren, dieselben mögen im Namen und zu Gunsten des Staates, der öffentlichen Beamten, der Gemeinden oder was immer für Korporationen erhoben werden, zu entrichten haben, als diejenigen, zu welchen die einheimischen Schiffe daselbst verpflichtet sind oder sein werden.

In Bezug auf die Aufstellung, die Beladung und die Löschung der Schiffe in den Häfen, Rheden, Plätzen und Bassins, sowie überhaupt in Ansehung aller Förmlichkeiten und sonstiger Bestimmungen, denen die Handelsfahrzeuge, ihre Mannschaften und ihre Ladung unterworfen werden können, ist man über-

Nr. 1086^v.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

eingekommen, dass den eigenen Schiffen des einen der vertragschliessenden Theile kein Vorrecht und keine Begünstigung zugestanden werden soll, welche nicht gleichmässig den Schiffen des anderen zukommen, indem es der bestimmte Wille der vertragschliessenden Theile ist, dass auch in dieser Hinsicht ihre Schiffe auf dem Fusse einer vollständigen Gleichheit behandelt werden sollen.

Artikel 18.

Was die Küstenschifffahrt betrifft, so soll jeder der vertragschliessenden Theile alle Rechte und Begünstigungen, welche der andere Theil in dieser Hinsicht irgend einer dritten Nation eingeräumt hat oder einräumen wird, insoweit für seine Schiffe in Anspruch nehmen können, als er den Schiffen des anderen Theiles für sein Gebiet dieselben Rechte und Begünstigungen zugesteht. || Es sollen die Schiffe jedes der vertragschliessenden Theile, welche in einen der Häfen des anderen Theiles einlaufen, um daselbst ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, wenn sie sich den Gesetzen und Verordnungen des Landes fügen, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Theil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen, ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Artikel 19.

Von Tonnengeldern und Expeditionsgebühren sollen in den Häfen eines jeden der vertragschliessenden Theile völlig befreit sein: || 1. die Schiffe, welche von irgend einem anderen Orte mit Ballast ein- und damit wieder auslaufen; || 2. die Schiffe, welche aus einem Hafen oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über die schon erfolgte Zahlung jener Abgaben ausweisen können: || 3. die Schiffe, welche freiwillig oder nothgedrungen mit Ladung nach einem Hafen kommen und denselben wieder verlassen, ohne irgend welches Handelsgeschäft vorgenommen zu haben. || Im Falle des durch Noth veranlassten Einlaufens sollen das Löschen und Wiedereinladen der Waaren behufs Ausbesserung des Schiffs, die Ueberladung auf ein anderes Schiff im Falle der Unbrauchbarkeit des ersten, die zur Wiederverproviantirung der Schiffsmannschaft nothwendigen Aufwendungen und der Verkauf der beschädigten Waaren, wenn die Zollverwaltung hierzu die Genehmigung erteilt hat, als Handelsgeschäfte nicht angesehen werden.

Artikel 20.

Die Kriegsschiffe der vertragschliessenden Theile sollen in den beiderseitigen Häfen dieselben Begünstigungen geniessen, wie die Kriegsschiffe irgend eines anderen Landes.

Artikel 21.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden ohne Ausnahme auf alle mit dem Deutschen Reich gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Gebiete Anwendung.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Artikel 22.

Da die überseeischen Provinzen und Besitzungen Spaniens einer besonderen Gesetzgebung unterliegen, so finden die vorstehenden Bestimmungen dieses Vertrages auf sie nur insoweit Anwendung, als die besondere Gesetzgebung dies gestattet. Die deutschen Reichsangehörigen sollen daselbst in jeder Hinsicht dieselben Rechte, Privilegien, Befreiungen, Begünstigungen und Ausnahmen genießen, welche den Angehörigen irgend einer anderen Nation bereits bewilligt werden. || Die vertragschliessenden Theile behalten sich vor, über die Regelung der Verkehrsverhältnisse zwischen dem Deutschen Reich und den spanischen überseeischen Provinzen und Besitzungen besondere Vereinbarung zu treffen.

Artikel 23.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und es sollen die Ratifikations-Urkunden so bald als möglich in Madrid ausgetauscht werden. Derselbe soll alsbald nach Austausch der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 1903 in Kraft bleiben. Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieses Zeitraums seine Absicht, die Wirkung des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben wird, soll derselbe bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab in Geltung bleiben, wo der eine der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Madrid, den 8. August 1893.

von Radowitz. S. Moret.

Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage stattgehabten Unterzeichnung des Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Spanien haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Bemerkungen, Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt:

Zu Artikel 5.

Durch die Verabredungen in diesem Artikel geschieht den Gesetzen und Verordnungen kein Eintrag, welche in jedem der beiden Länder hinsichtlich des Gewerbebetriebes im Umherziehen bestehen und auf alle Ausländer Anwen-

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

dung finden. || Unter den gleichen Bedingungen wie für Muster, die von Handlungsreisenden eingebracht werden, wird die Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben auch für diejenigen Waaren zugestanden, welche sonst als Muster aus Deutschland nach Spanien oder aus Spanien nach Deutschland eingebracht werden.

Zusätze zu Artikel 8 und 9 sind Tarifbestimmungen.

Zu Artikel 10.

Die Kosten für die Legalisierung der Ursprungszeugnisse dürfen einschliesslich etwaiger Stempel- oder sonstiger Steuer spanischerseits den Betrag von 5 Peseten und deutscherseits den Betrag von 4 Mark nicht übersteigen. Jedes in dieser Hinsicht seitens des einen der vertragschliessenden Theile einem dritten Staate gemachte Zugeständniss soll ohne Weiteres auch dem anderen vertragschliessenden Theile zu gute kommen. Doch soll, insolange der eine der vertragschliessenden Theile dem anderen gegenüber irgend welche Legalisationsgebühr, Stempel- oder sonstige Steuer für die Ursprungszeugnisse erhebt, der letztere ohne Rücksicht auf die vorstehende Bestimmung berechtigt sein, auch seinerseits dem anderen Theile gegenüber eine Abgabe in gleicher Höhe zu erheben.

Zu Artikel 13.

Der grenznachbarliche Verkehr umfasst den nachbarlichen Verkehr der Grenzörter, welche nicht weiter als 15 Kilometer von der Grenze entfernt gelegen sind.

Zu den Artikeln 16, 17, 18 und 19.

Diese Bestimmungen finden auf die Regelung des Fischereibetriebes in den territorialen Gewässern der beiden vertragschliessenden Theile keine Anwendung.

Zu Artikel 18.

Der spanische Bevollmächtigte erklärt, dass die Küstenschiffahrt in Spanien im Allgemeinen den Schiffen der spanischen Handelsmarine vorbehalten ist. Der deutsche Bevollmächtigte nimmt diese Erklärung an und erklärt seinerseits, dass, solange deutsche Schiffe in Spanien nicht zur Küstenschiffahrt zugelassen werden, auch spanische Schiffe auf Zulassung zur Küstenschiffahrt in Deutschland keinen Anspruch haben. Der spanische Bevollmächtigte nimmt diese Erklärung an.

Hinsichtlich der Bestimmungen über Anwendung der Zolltarife in den Gebieten der beiden vertragschliessenden Theile, wird keiner derselben die Boden- und Gewerbeserzeugnisse des anderen ungünstiger behandeln, wie die irgend eines anderen Landes.

Die Bevollmächtigten sind endlich darüber einverstanden, dass hinsichtlich der Bezeichnung der Waaren und deren Verpackung, der Fabrik- und Handelsmarken, der Muster und Modelle, sowie der Erfindungspatente die sämtlichen im Artikel 7 des deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883 und im Schlussprotokoll hierzu enthaltenen Bestimmungen einstweilen wieder in Kraft treten und bis zur anderweitigen Regelung des Gegenstandes, die von den vertragschliessenden Theilen in Aussicht genommen ist, in Kraft bleiben sollen.

Nr. 10360.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Das gegenwärtige Protokoll soll zugleich mit dem Vertrage den vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden, und im Falle der Ratifikation des letzteren sollen auch die in dem ersteren enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratifikation als genehmigt angesehen werden.

So geschehen zu Madrid, den 8. August, in doppelter Ausfertigung.

von Radowitz. S. Moret.

Erklärung.

Le traité signé entre l'Allemagne et l'Espagne ce 8 Août 1893, sera soumis, le plus tôt possible, à l'approbation des Parlements respectifs des deux Pays et les ratifications seront échangées, au plus tard, le 31 Décembre 1893.

Madrid, le 8 Août 1893.

von Radowitz. S. Moret.

Nr. 10370. DEUTSCHES REICH und RUMAENIEN. Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien. (Uebersetzung.)

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und Seine Majestät der König von Rumänien andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rumänien durch den Abschluss eines neuen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrags zu fördern, haben zu diesem Zwecke Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt:

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:
Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herrn Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein, und

Seine Majestät der König von Rumänien: || Allerhöchstihren ausser-

Nr. 10370. ordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem
Deutsches Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Gregor J. Ghika,
Reich und welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form be-
Rumänien. fundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Zwischen beiden Ländern soll vollständige Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen, die Angehörigen der vertragschliessenden Theile sollen hinsichtlich ihres Handels und ihres Gewerbes in den Häfen, Städten und an anderen Orten des betreffenden Landes, sei es, dass sie sich daselbst niederlassen, sei es, dass sie sich zeitweilig dort aufhalten, keinen anderen oder höheren Steuern, Abgaben, Auflagen oder Gewerbegebühren unterworfen werden, als denjenigen, welche von den Inländern erhoben werden; die Vorrechte, Befreiungen und andere Vergünstigungen, welche die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile in Bezug auf Handel und Gewerbe geniessen, sollen auch den Angehörigen des anderen Theils zustehen. || Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf Apotheker, Handels- und Börsenmakler, Hausirer und andere Personen, welche ein im Umherziehen ausgeübtes Gewerbe betreiben; diese Gewerbetreibenden sollen ebenso behandelt werden, wie die Angehörigen des meistbegünstigten Staates, welche dasselbe Gewerbe betreiben.

Artikel 2.

Bezüglich des Rechts, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Eigenthum zu erwerben, zu besitzen oder zu veräussern, sollen die Deutschen in Rumänien und die Rumänen in Deutschland die Rechte der Angehörigen des meistbegünstigten Staats geniessen, ohne anderen oder höheren Abgaben, Auflagen oder Lasten, unter welcher Benennung es auch sei, zu unterliegen, als jenen, welche von den Inländern gegenwärtig oder künftig erhoben werden. | Ebenso sollen sie den Erlös aus dem Verkaufe ihres Eigenthums und ihr Vermögen überhaupt frei ausführen können, ohne zur Entrichtung anderer oder höherer Abgaben verpflichtet zu sein, als derjenigen, welche die Inländer unter gleichen Verhältnissen zu entrichten haben würden.

Artikel 3.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch Vorlegung einer von den Behörden des Heimathlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Handels- und Gewerbebetrieb berechtigt sind und die gesetzlichen Steuern und Abgaben entrichten, sollen befugt sein, persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theils bei Kaufleuten oder in offenen Verkaufsstellen oder bei solchen Personen, welche die Waaren produziren, Waareneinkäufe zu machen. Sie sollen ferner befugt sein, bei Kaufleuten oder anderen Personen,

in deren Gewerbebetrieb Waaren der angebotenen Art Verwendung finden, Bestellungen, auch unter Mitführung von Mustern, aufzusuchen. Weder im einen noch im andern Falle sollen sie hierfür eine besondere Abgabe entrichten müssen. || Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Die Ausfertigung der Gewerbelegitimationskarten soll nach dem in der Anlage A enthaltenen Muster erfolgen. || Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen, und welche Vorschriften von den Reisenden bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten sind.

Die obigen Bestimmungen finden keine Anwendung auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen, einschliesslich des Hausierhandels und des Aufsuchens von Bestellungen bei Personen, welche nicht Handel oder Gewerbe treiben. || Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den Handlungsreisenden eingeführt werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft wieder ausgeführt werden, und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel steht. || Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Hinterlegung des Betrages der bezüglichlichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche sich in das Gebiet des anderen zum Besuche der Messen und Märkte begeben, um dort ihren Handel zu betreiben oder dasselbst ihre Erzeugnisse abzusetzen, werden wechselseitig wie die Inländer behandelt und keinen anderen oder höheren als den von letzteren erhobenen Abgaben unterworfen werden.

Artikel 4.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen im Gebiete des anderen von jedem Militärdienst und von der militärischen Leistung, sowie von allen ausserordentlichen Anforderungen, welche in Folge aussergewöhnlicher Umstände gestellt werden, befreit sein.

Ausgenommen hiervon sind jedoch die an irgend eine Art des Besitzes unbeweglichen Vermögens geknüpften Lasten, sowie die militärischen Leistungen und Anforderungen, zu welchen alle Inländer als Eigenthümer, Pächter oder Miether unbeweglicher Güter herangezogen werden können. || Auch sollen sie von jedem zwangsweisen Amtsdienste in der Rechtspflege, Staats- oder Gemeindeverwaltung befreit sein.

Artikel 5.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, welches nicht gleichzeitig auf alle anderen Nationen

Nr. 10370. oder doch auf alle diejenigen zur Anwendung gebracht wird, welche sich in denselben Verhältnissen befinden. || Unter aussergewöhnlichen Umständen kann jedoch ohne Rücksicht auf die vorhergehende Bestimmung die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsbedürfnissen verboten werden.

Deutsches Reich und Rumänien.

Artikel 6.

Bezüglich des Betrages, der Sicherstellung und der Erhebung der Ein- und Ausfuhrzölle, sowie in Bezug auf die Durchfuhr, die Wiederausfuhr, die zollamtliche Niederlage, die örtlichen Gebühren und die Zollformalitäten verpflichtet sich jeder der beiden vertragschliessenden Theile, den anderen bei der Ein- oder Ausfuhr der Boden- und Gewerbserzeugnisse der beiden Länder an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht oder jeder Herabsetzung in den Tarifen theilnehmen zu lassen, welche er einer dritten Macht gewährt haben sollte. Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne weiteres den Boden- und Gewerbserzeugnissen des anderen vertragschliessenden Theils zustatten kommen. || Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung: 1. auf die Begünstigungen, welche angrenzenden Staaten zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb einer Grenzzone bis zu 10 Kilometer Breite gegenwärtig gewährt werden sollten, und || 2. auf die einem vertragschliessenden Theile durch die Bestimmungen einer schon abgeschlossenen oder etwa künftighin abzuschliessenden Zolleinigung auferlegten Verbindlichkeiten.

Artikel 7.

Die rumänischen Boden- und Gewerbserzeugnisse, welche nach Deutschland eingeführt werden, und die deutschen Boden- und Gewerbserzeugnisse, welche nach Rumänien eingeführt werden, sollen, mögen sie zum Verbrauch, zur zollamtlichen Niederlage, zur Wiederausfuhr oder zur Durchfuhr bestimmt sein, derselben Behandlung unterliegen und keinen höheren oder anderen Zöllen unterworfen werden, als es in dieser Hinsicht die Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation sind. || Im Uebrigen sollen von den in der Anlage B zu dem gegenwärtigen Vertrage aufgeführten rumänischen Boden- und Gewerbserzeugnissen bei ihrer Einfuhr in Deutschland und von den in der Anlage C zu dem gegenwärtigen Vertrage aufgeführten deutschen Boden- und Gewerbserzeugnissen bei ihrer Einfuhr in Rumänien keine anderen oder höheren als die in diesen Anlagen festgesetzten Eingangszölle erhoben werden.

Artikel 8.

Bei der Ausfuhr nach Rumänien dürfen in Deutschland und bei der Ausfuhr nach Deutschland dürfen in Rumänien weder andere noch höhere Ausgangsabgaben erhoben werden, als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung am meisten begünstigten Lande. Auch jede sonst von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht in Beziehung auf die Ausfuhr

zugestandene Begünstigung wird gleichzeitig und ohne Bedingung dem anderen zu Theil werden.

Artikel 9.

Die Waaren aller Art, welche von einem der beiden Gebiete kommen oder dahin gehen, sollen wechselseitig in dem anderen Gebiete von jeder Durchfuhrabgabe frei sein, sei es, dass sie unmittelbar durchgeführt werden, sei es, dass sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden müssen.

Artikel 10.

Von jedem der vertragschliessenden Theile können Ursprungszeugnisse in dem Fall gefordert werden, dass er verschiedene Zölle je nach dem Ursprunge der Waaren festgesetzt hat.

Artikel 11.

Nachstehende Gegenstände sollen beiderseits völlig zollfrei zur Ein- und Ausfuhr zugelassen werden, sofern die Identität der aus- und wiedereingeführten Gegenstände ausser Zweifel ist: || a) alle Waare (Nahrungsmittel ausgenommen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile auf Messen und Märkten im Gebiete des anderen gesendet werden, oder welche, ohne diese Bestimmung zu haben, in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Theiles gebracht werden, um dort in zollamtliche Niederlagen oder Lager eingelagert zu werden, unter der Bedingung, dass alle diese Waaren binnen einer im voraus bestimmten Frist wieder ausgeführt werden; || b) Gegenstände, welche bestimmt sind, ausgebessert zu werden, vorausgesetzt, dass ihre wesentliche Natur und ihre Benennung im Handel die gleichen bleiben und ohne dass wesentliche, einem Einfuhrzoll unterliegende neue Theile zu denselben hinzugefügt werden; || c) leere Fässer, zur Verpackung dienende Säcke u. s. w., welche aus dem Gebiet des einen der vertragschliessenden Theile eingeführt werden, um gefüllt mit Oel, Getreide und dergleichen im Gebiet des anderen Theiles eingekauften Erzeugnissen wieder ausgeführt zu werden, oder welche, nachdem sie gefüllt ausgeführt worden sind, wieder zur Einfuhr gelangen.

Artikel 12.

Wird innerhalb des Gebietes eines der vertragschliessenden Theile im ganzen Lande oder in einem beschränkten Umkreise, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung einer Gemeinde oder Korporation, von der Hervorbringung, der Herstellung oder dem Verbrauch eines Artikels eine innere Abgabe erhoben, so darf der gleiche Artikel, wenn er aus dem Gebiete des anderen Theiles eingeführt wird, in diesem Lande oder diesem Umkreise nur mit einer gleichen und mit keiner höheren oder lästigeren Abgabe belegt werden. || Keinerlei Abgaben dürfen erhoben werden, falls in diesem Lande oder in diesem Umkreise Artikel derselben Art. nicht erzeugt oder hergestellt werden, oder, wenn sie auch daselbst erzeugt oder hergestellt werden, nicht von denselben Abgaben getroffen sind.

Gleichwohl dürfen ausnahmsweise in den Städten oder anderen engeren

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Bezirken Accisegebühren für den Verbrauch von Getränken und Esswaaren, von Futterstoffen, Brennstoffen, auch wenn diese zur Beleuchtung dienen sollen, Seifen, sowie von Baumaterialien (mit Ausnahme von schmiede- oder gusseisernen Balken, Säulen, Röhren, Platten und anderen ähnlichen Gegenständen) erhoben werden, auch wenn diese Artikel in dem Erhebungsbezirk der Accise nicht erzeugt oder hergestellt werden. Es bleibt hierbei stets vorausgesetzt, dass die im Inlande erzeugten oder hergestellten Kategorien der vorerwähnten Artikel, wenn sie in dem Erhebungsbezirk der Accise zum Verbrauch gestellt werden oder zur Einfuhr gelangen, von denselben Accisegebühren wie die fremden Erzeugnisse getroffen werden. || Boden- und Gewerbszeugnisse des einen Landes, welche in das Gebiet des andern eingeführt werden und zur zollamtlichen Niederlegung oder zur Durchfuhr bestimmt sind, unterliegen keiner inneren Abgabe.

Artikel 13.

Die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Rumänien und die rumänischen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Deutschland völlig auf dem Fusse der inländischen Schiffe und Ladungen behandelt werden, gleichviel, von wo die Schiffe ausgelaufen oder wohin sie bestimmt sind, und gleichviel, woher die Ladungen stammen oder wohin sie bestimmt sind. || Jedes Vorrecht und jede Befreiung, welche in dieser Beziehung von einem der vertragsschliessenden Theile einer dritten Macht eingeräumt werden sollte, soll gleichzeitig und bedingungslos auch dem andern Theile zustehen. || Von den vorstehenden Bestimmungen wird jedoch eine Ausnahme gemacht in Betreff derjenigen besonderen Begünstigungen, welche den Erzeugnissen des inländischen Fischfangs in dem einen oder dem anderen Lande jetzt oder in Zukunft gewährt werden sollten.

Artikel 14.

Die Nationalität der Schiffe soll beiderseits nach den jedem Lande eigenthümlichen Gesetzen und Verordnungen auf Grund der durch die zuständigen Behörden den Kapitänen, Schiffseignern oder Schiffern ausgestellten Urkunden und Patente anerkannt werden.

Artikel 15.

Die deutschen Schiffe, welche nach einem rumänischen Hafen, und umgekehrt die rumänischen Schiffe, welche nach einem deutschen Hafen kommen, um daselbst nur ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, sollen, vorausgesetzt, dass sie sich nach den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Staates richten, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Theil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Artikel 16.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Von Tonnengeldern und Abfertigungsgebühren sollen in den Häfen eines jeden der beiden Länder völlig befreit sein: || 1. die Schiffe, welche von irgend einem Orte mit Ballast ein- und damit wieder auslaufen; || 2. die Schiffe, welche aus einem Hafen des einen der beiden Länder nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über die in einem anderen Hafen desselben Landes bereits erfolgte Zahlung jener Abgaben ausweisen können; || 3. die Schiffe, welche freiwillig oder nothgedrungen mit Ladung nach einem Hafen kommen und denselben wieder verlassen, ohne irgend welches Handelsgeschäft vorgenommen zu haben. || Im Falle des durch Noth veranlassten Einlaufes sollen das Löschen und Wiedereinladen der Waaren behufs Ausbesserung des Schiffes, das Ueberladen auf ein anderes Schiff im Falle der Seeuntüchtigkeit des ersten, die zur erneuten Verproviantirung der Schiffsmannschaft nothwendigen Aufwendungen und der Verkauf der beschädigten Waaren, wenn die Zollverwaltung hierzu die Genehmigung erteilt hat, als Handelsgeschäfte nicht angesehen werden.

Artikel 17.

Im Falle des Strandens oder des Schiffbruchs eines Schiffes eines der vertragschliessenden Theile an den Küsten des anderen sollen Schiff und Ladung dieselben Begünstigungen und Befreiungen geniessen, welche die Gesetzgebung jedes der betreffenden Länder den eigenen Schiffen in gleicher Lage bewilligt. Es soll jederlei Hülfe und Beistand dem Führer und der Mannschaft sowohl für ihre Person, wie für das Schiff und dessen Ladung geleistet werden. Die auf die Rettung bezüglichen Massregeln sollen den Landesgesetzen gemäss getroffen werden. Es soll jedoch den betreffenden Konsuln und Konsularagenten gestattet sein, im Falle Schiffe, welche an der Küste gestrandet sind oder Schiffbruch gelitten haben, ausgebessert, neu verproviantirt oder verkauft werden, die hierauf bezüglichen Geschäfte zu überwachen. Alles was von dem Schiffe und dessen Ladung gerettet worden ist, oder, im Falle des Verkaufs, der für diese Gegenstände erzielte Erlös soll den Eigenthümern oder deren Vertretern zurückgegeben werden, und es sollen für die Rettung keine höheren Kosten bezahlt werden, als diejenigen, zu welchen die Inländer im gleichen Falle verpflichtet sein würden. || Die vertragschliessenden Theile kommen ausserdem dahin überein, dass die geborgenen Waaren keiner Zollabgabe unterliegen sollen, es sei denn, dass sie in den inländischen Verbrauch übergehen.

Artikel 18.

Hinsichtlich der Abgaben und sonstigen ähnlichen Gebühren, welche in den Häfen, Bassins, Docks, Rheden und Buchten der vertragschliessenden Länder als Entgelt erhoben werden, und in jeder anderen Beziehung sollen die deutschen Schiffe und Waaren in Rumänien und die rumänischen Schiffe und Waaren in Deutschland ebenso behandelt werden, wie die inländischen Schiffe und Waaren und diejenigen, welche der meistbegünstigten Nation angehören.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Artikel 19.

Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich auch auf die mit einem der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Gebiete.

Artikel 20.

Der gegenwärtige Vertrag soll am 1. Januar 1894 in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 1903 in Geltung bleiben. || Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Ablauf des letzteren Termins seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben sollte, soll dieser in Geltung bleiben bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird. || Die beiden vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, später im Wege gemeinsamer Verständigung an diesem Vertrage Abänderungen vorzunehmen, welche dem Geist und den Grundlagen desselben entsprechend befunden werden möchten, und deren Zweckmässigkeit durch die Erfahrung dargethan sein sollte.

Artikel 21.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin sobald als möglich ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. || So geschehen zu Berlin in doppelter Ausfertigung, den 21. Oktober 1893.

Freiherr von Marschall.

Gr. J. Ghika.

(Uebersetzung.)

Schlussprotokoll.

Im Begriff, zur Unterzeichnung des zu Berlin am heutigen Tage abgeschlossenen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrages zwischen Deutschland und Rumänien zu schreiten, sind die Unterzeichneten über folgende Punkte übereingekommen:

Zu Artikel 1 des Vertrages.

Es besteht Einverständniss darüber, dass in jedem der beiden Länder den besonderen, die Polizei und die öffentliche Sicherheit betreffenden, auf alle Fremden anwendbaren Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften durch die Bestimmungen des ersten Absatzes des Artikels 1 kein Eintrag geschieht.

Des Weiteren lässt der vorgenannte Absatz diejenigen, gegenwärtig in Rumänien in Kraft befindlichen gesetzlichen Bestimmungen unberührt, durch welche den Inländern das Recht zum Grunderwerb und zum Schankgewerbe in den ländlichen Gemeinden vorbehalten wird, oder welche die Niederlassung der Fremden in diesen Gemeinden an besondere Bedingungen knüpfen.

Zu Artikel 4.

Man ist darüber einig, dass die deutschen Reichsangehörigen in Rumänien als Miether von unbeweglichen Sachen von der Einquartierung befreit sind, nicht aber von den sonstigen militärischen Leistungen und Anforderungen, zu denen die Inländer in dieser nämlichen Eigenschaft herangezogen werden können.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Zu Artikel 7.

Tarifbestimmungen.

Zu Artikel 18.

Keine besondere Abgabe, welche es auch immer sei, darf von den auf dem Wasserwege nach Rumänien eingeführten deutschen Waaren erhoben werden, indem diese, nachdem sie den Eingangszoll entrichtet haben, keinem Zollzuschlag mehr unterliegen. || Gleichwohl dürfen diejenigen Abgaben, welche zu dem alleinigen Zweck eingeführt worden sind, um die Häfen zu verbessern und die Ausführung gewisser, zur Erleichterung des Ein- und Ausladens der Waaren bestimmten, öffentlichen Arbeiten zu fördern, als besonderer Zollzuschlag sowohl von den Schiffen als von den Waaren unter Beobachtung der mit Bezug hierauf veröffentlichten Gesetze und besonderen Vorschriften erhoben werden. || Die auf dem Landwege in Rumänien eingehenden Waaren bleiben von jedem Zollzuschlage befreit.

Zu Artikel 13—18.

Den Schiffahrtsgesellschaften und den Eigenthümern der deutschen Schiffe welche einen regelmässigen Frachtdienst versehen, soll es gestattet sein, in den Hafenbezirken die für ihre Buchhaltereien, Werkstätten und Lager nöthigen Grundstücke zu miethen, und zwar auch staatliche gegen einen angemessenen Preis, sofern der Staat ihrer nicht zu anderen Zwecken bedarf. Es besteht Einverständniss darüber, dass die gedachten Lager, sobald sie den gesetzlichen Anforderungen entsprechen, als zollamtliche Niederlagen gelten sollen. || Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation, auf Grund der blossen Thatsache des Austausches der Ratifikationen zu dem Vertrage, auf den es sich bezieht, als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten soll, aufgenommen und dasselbe mit ihren Unterschriften versehen.

So geschehen zu Berlin, den 21. Oktober 1893.

(Uebersetzung.)

Protokoll.

Im Begriff, zur Unterzeichnung des unter dem heutigen Datum zwischen Deutschland und Rumänien abgeschlossenen Handelsvertrages zu schreiten, kommen die, hierzu gebührend ermächtigten Unterzeichneten dahin überein, dass bei der Anwendung der Artikel 279 und 278 des rumänischen Tarifes die nachstehende Erläuterung als Regel dienen soll:

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

1. Nach Artikel 279 werden verzollt die Gewebe aus Abfällen mit 12 oder weniger Fäden Einschlag auf den Quadratcentimeter; || 2. Nach Artikel 278 werden verzollt die Gewebe, auch diejenigen aus Abfällen, mit mehr als 12 Fäden Einschlag auf den Quadratcentimeter; || 3. Nach Artikel 278 wird verzollt jeder bedruckte Stoff, selbst wenn er weniger als 12 Fäden Einschlag auf den Quadratcentimeter enthält. || Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation, auf Grund der blossen Thatsache des Austausches der Ratifikationen zu dem Vertrage, auf den es sich bezieht, als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten soll, aufgenommen und dasselbe mit ihren Unterschriften versehen.

So geschehen zu Berlin, den 21. Oktober 1893.

Freiherr von Marschall.

Gr. J. Ghika.

(Uebersetzung.)

Rumänische Gesandtschaft in Deutschland.

Berlin, den 3./15. Oktober 1893.

Herr Baron,

Bevor zur Unterzeichnung des zwischen Rumänien und Deutschland vereinbarten Handelsvertrages geschritten wird, bin ich verpflichtet, Euere Excellenz zu bitten, von zwei Punkten Kenntniss zu nehmen, welche ich unterlassen habe im Laufe der Verhandlungen hervorzuheben. || Erstens wird den in Absatz 2 des ersten Artikels aufgeführten Ausnahmen noch die fernere hinzuzufügen sein, dass die Ausübung des Gewerbes als Tabackverschleisser den rumänischen Staatsangehörigen vorbehalten wird, indem dieser Gewerbebetrieb in Gemässheit der Bestimmungen des Tabackmonopolgesetzes die rumänische Staatsangehörigkeit und die Ertheilung eines Konzessionspatentes seitens der zuständigen Behörde zur Voraussetzung hat. || Was zweitens die Bemerkungen des Schlussprotokolls zu Artikel 1 anlangt, so verlangt das Gesetz über die Organisation der Dobrudscha für die Niederlassung eines Ausländers in irgend einem Orte des rumänischen Gebietes auf dem rechten Donauufer die vorhergehende Erlaubniss der höheren rumänischen Verwaltungsorgane. || Indem ich ausserdem auf die während der Verhandlungen gegenseitig erfolgten Aussprachen und Darlegungen Bezug nehme, bin ich noch beauftragt, hinsichtlich der Niederlassungsfrage von Neuem hervorzuheben, dass, da die allgemeinen Festsetzungen des Vertrags nur die physischen und nicht die juristischen Personen im Auge haben, Einverständniss darüber obwaltet, es solle die Gewährung der Erlaubniss zur Niederlassung und die Kontrolle über den Geschäftsbetrieb von Gesellschaften kommerzieller, industrieller oder finanzieller Natur, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile gegründet sind, im Gebiete des anderen Theiles den Bestimmungen der betreffenden Gesetze vorbehalten bleiben. || Ebenso herrscht in dieser Hinsicht Einverständniss darüber, dass ein jedes

Zugeständniss, welches einer der vertragschliessenden Theile in Zukunft einer dritten Macht gewährt, vom anderen Theile zu seinen Gunsten unter der Bedingung der Gegenseitigkeit wird in Anspruch genommen werden können.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Genehmigen Sie, Herr Baron, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Gr. J. Ghika.

Seiner Excellenz Herrn Freiherrn

Marschall von Bieberstein,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts
etc. etc. etc.

(Uebersetzung.)

Berlin, den 16. Oktober 1893.

Herr Minister,

Indem ich Ihnen den Empfang Ihres an mich gerichteten, auf den zwischen Deutschland und Rumänien vereinbarten Handelsvertrag bezüglichen Schreibens vom gestrigen Tage bestätige, beeile ich mich, im Namen meiner Regierung von den in dem gedachten Schreiben gemachten Vorbehalten Akt zu nehmen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Freiherr von Marschall.

An Herrn Gr. J. Ghika,
etc. etc. etc.

Nr. 10371. DEUTSCHES REICH und SERBIEN. Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Serbien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, und die Regentschaft des Königreichs Serbien im Namen Seiner Majestät des Königs von Serbien, von dem gleichen Wunsche beseelt, die zwischen den beiderseitigen Gebieten bestehenden Handelsbeziehungen zu erleichtern und auszudehnen, haben beschlossen, zu diesem Zweck einen neuen Vertrag abzuschliessen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Generaladjutanten und General der Kavallerie, Seine Durchlaucht den Prinzen Heinrich VII., Reuss, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc., und Apostolischen König von Ungarn,

die Regentschaft des Königreichs Serbien: || G. S. Simics, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Serbiens bei Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc., und Apostolischen König

Nr. 10371. von Ungarn, welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger
Deutsches Form befundenen Vollmachten, den nachstehenden Handels- und Zollvertrag
Reich und vereinbart und abgeschlossen haben:
Serbien.

Artikel I.

Zwischen den Gebieten der beiden vertragschliessenden Theile soll volle Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen. || Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen dieselben Rechte, Begünstigungen und Befreiungen in Ansehung des Handels und Verkehrs, der Schifffahrt und des Gewerbebetriebes geniessen, welche in eben diesem Gebiete die eigenen Staatsangehörigen und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen oder geniessen werden.

Artikel II.

Demgemäss sollen die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile gegenseitig in dem Gebiete des anderen in gleichem Masse wie die Einheimischen und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation befugt sein, an beliebigem Orte sich vorübergehend aufzuhalten oder dauernd niederzulassen, Grundstücke jeder Art und Häuser zu kaufen, oder dieselben ganz oder theilweise zu miethen und zu besitzen, überhaupt bewegliche und unbewegliche Güter zu erwerben, darüber durch Rechtsgeschäfte jeder Art zu verfügen, dieselben insbesondere zu verkaufen und zu vererben, sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben; alles dies Vorstehende, ohne hierzu einer besonderen Autorisation oder Genehmigung der Landesbehörden zu bedürfen; sie sollen daselbst Handel und Gewerbe treiben, Geschäfte jeder Art selbst oder vermittelt einer von ihnen gewählten Mittelsperson, allein oder in Gesellschaften betreiben, Waaren und Personen verfrachten, Geschäftsniederlagen errichten, die Preise, Löhne und Vergütungen ihrer Waaren und Leistungen bestimmen, sowie ihre Angelegenheiten besorgen, den Zollämtern ihre Deklarationen einreichen können. || In allen diesen Beziehungen sollen andere, höhere oder lästigere Abgaben, Steuern, Gebühren oder Taxen, als die Inländer oder Angehörigen der meistbegünstigten Nation zu entrichten haben, nicht erhoben und ein Unterschied nach der Konfession nicht gemacht werden. || Soweit die beiderseitigen Angehörigen wegen Verfolgung oder Vertheidigung ihrer Rechte und Interessen sich an die Behörden und Gerichte des Landes zu wenden haben, sollen sie gleichfalls alle Rechte und Befreiungen der Inländer und der Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen. || Es ist selbstverständlich, dass hierbei die im Lande in Bezug auf Handel, Gewerbe und öffentliche Sicherheit bestehenden und auf die Inländer und Angehörigen der meistbegünstigten Nation anwendbaren Gesetze und Verordnungen zu beobachten sind. || Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach Massgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in

dem Gebiete des anderen Theiles diejenigen Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

Nr. 10871.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Artikel III.

Die Angehörigen jedes der beiden vertragschliessenden Theile werden auf dem Gebiete des anderen von jedem Militärdienste, sowohl in der regulären Armee, als in der Miliz und Nationalgarde befreit sein. Ebenso werden sie von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, administrativer oder municipaler Art, von allen militärischen Requisitionen und Leistungen, sowie von Zwangsanleihen und sonstigen Lasten, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, befreit sein; jedoch unbeschadet ihrer Verpflichtung zur Quartierleistung und zu sonstigen Naturalleistungen für die bewaffnete Macht, soweit eine solche Verpflichtung den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation obliegt. || Sie dürfen weder persönlich, noch in Bezug auf ihre beweglichen und unbeweglichen Güter zu anderen Verpflichtungen, Beschränkungen, Taxen oder Abgaben angehalten werden, als jenen, welchen die Inländer unterworfen sein werden.

Artikel IV.

Wenn Geschäftsleute des einen vertragschliessenden Theiles im Gebiete des anderen entweder selbst reisen oder ihre Kommiss, Agenten, Reisenden und sonstigen Vertreter reisen lassen zu dem Zweck, um Einkäufe zu machen oder Bestellungen zu sammeln, sei es mit oder ohne Muster, sowie überhaupt im Interesse ihrer Handels- und Industriegeschäfte, so dürfen weder diese Geschäftsleute, noch ihre erwähnten Vertreter aus diesem Anlasse einer weiteren Steuer oder Abgabe unterworfen werden, insofern durch eine nach beigeschlossenem Formular A ausgefertigte Legitimationskarte nachgewiesen wird, dass das Geschäftshaus, für dessen Rechnung die Reise vollzogen wird, in seinem Heimathlande die vom Betriebe seines Handels und Gewerbes entfallenden Steuern und Abgaben entrichtet hat. || Auf das Aufsuchen von Bestellungen bei Nichtgewerbtreibenden findet die vorstehende Bestimmung keine Anwendung; es werden indess auch in dieser Hinsicht die deutschen Handlungsreisenden in Serbien nicht ungünstiger behandelt werden als die inländischen. || Die Angehörigen der vertragschliessenden Theile werden wechselseitig wie die Inländer behandelt werden, wenn sie sich aus einem Lande in das andere zum Besuch der Märkte und Messen begeben, um dort ihren Handel zu treiben und ihre Produkte abzusetzen. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche die Spedition zwischen den verschiedenen Punkten der beiderseitigen Gebiete ausüben, oder welche sich der Schifffahrt widmen, werden auf dem Gebiete des anderen aus Anlass der Ausübung dieses Gewerbes keiner Gewerbe- oder speziellen Abgabe unterliegen.

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Artikel V.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Ein-, Aus- oder Durchfahrverbot zu hemmen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung findet.

Artikel VI.

Die in dem beiliegenden Tarife (B) bezeichneten deutschen Boden- und Industrieerzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Serbien zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen. || Die in dem beiliegenden Tarife (C) bezeichneten serbischen Boden- und Industrieerzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen. || Jeder der beiden vertragschliessenden Theile verpflichtet sich, den anderen bei der Ein- und Ausfuhr der im gegenwärtigen Verträge genannten oder nicht genannten Waaren unverzüglich und ohne Weiteres an jeder Begünstigung, jedem Vorrechte oder jeder Herabsetzung in den Eingangs- und Ausgangsabgaben theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird. || Für Waaren, welche nach ihrer Herkunft verschiedenen Zollsätzen unterliegen, können im wechselseitigen Verkehr Ursprungszeugnisse gefordert werden.

Artikel VII.

Hinsichtlich des Betrages, der Sicherstellung und der Erhebung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle, der zollamtlichen Niederlagen, der Nebengebühren, der Zollformalitäten, ferner in Bezug auf die für Rechnung des Staates, einer Gemeinde oder Korporation zur Hebung gelangenden inneren Verbrauchsabgaben und Accisegebühren jeder Art verpflichtet sich jeder der beiden vertragschliessenden Theile, den anderen an jeder Begünstigung, jedem Vorrechte und jeder Herabsetzung in den Tarifen theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht gewährt haben sollte. Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne Weiteres dem anderen vertragschliessenden Theile zu statten kommen.

Artikel VIII.

Eine zeitweilige Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben wird beiderseits für folgende Gegenstände unter der Bedingung, dass dieselben binnen einer im Voraus bestimmten Frist zurückgeführt werden, und dass deren Identität ausser Zweifel ist, zugestanden: || Waaren (mit Ausnahme von Verzehungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen vertragschliessenden Theiles in das Gebiet des anderen auf Märkte oder Messen oder auf ungewissen Verkauf ausser dem Mess- oder Marktverkehr versendet, in dem Gebiete des anderen Theiles aber nicht in den freien Verkehr gesetzt,

sondern unter Kontrolle der Zollbehörde in öffentlichen Niederlagen gelagert oder als Muster von Geschäftsreisenden eingebracht werden.

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Artikel IX.

Sowie in Deutschland rücksichtlich der Zahlungen der Zölle und Nebengebühren die gegenüber der meistbegünstigten Nation anwendbaren Bestimmungen auch für serbische Boden- und Industrieerzeugnisse gelten, so werden auch in Serbien deutsche Boden- und Industrieerzeugnisse keinen lokalen oder anderweitigen Zollzuschlägen, keinen neuen oder höheren Nebengebühren als den derzeit gegenüber der meistbegünstigten Nation bestehenden unterworfen werden, nämlich: || 1. Ladegebühr: 20 Dinarpara per 100 Kilogramm, und nur dort, wo der Dienst von den Angestellten des Zollamts besorgt wird; || 2. Waagegeld: 8 Dinarpara per 100 Kilogramm; || 3. Pflastergeld: 10 Dinarpara per 100 Kilogramm; || 4. Lagerzins: 5 Dinarpara per 100 Kilogramm und Tag; diese Taxe erhöht sich um 10 Para per 100 Kilogramm und Tag für leicht entzündbare und explodirende Waaren. || Es versteht sich, dass die vorstehenden Nebengebühren nur dann und nur insoweit erhoben werden können, als die Leistung, für welche sie bezahlt werden sollen, thatsächlich und auf Grund der Zollvorschriften oder Gesetze erfolgt. || Es bleibt übrigens vereinbart, dass jede Verminderung dieser Zuschlagsgebühren, welche den Waaren eines dritten Staates zugestanden würde, ohne Verzug auch auf die gleichartigen deutschen Boden- und Industrieerzeugnisse Anwendung finden soll.

Artikel X.

Der gegenwärtige Vertrag findet seine Anwendung auf alle mit Deutschland gegenwärtig oder künftig zollvereinten Länder oder Gebietstheile.

Artikel XI.

Der gegenwärtige Vertrag tritt vom 1. Januar 1893 ab an Stelle des Handelsvertrages vom 6. Januar 1883 und wird bis zum 31. Dezember 1903 in Geltung bleiben. || Falls keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf der bezeichneten Periode seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben wird, wird derselbe bis zum Ablauf eines Jahres, vom Tage, wo einer oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft bleiben.

Artikel XII.

Gegenwärtiger Vertrag wird ratifizirt und die Ratifikationen werden sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Wien in doppelter Ausfertigung, den 21./9. August 1892.

H. VII. P. Reuss.

G. S. Simics.

Nr. 10871.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Handels- und Zollvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Serbien haben die beiderseitigen Bevollmächtigten hinsichtlich des Vertrages die nachstehenden Vorbehalte und Erklärungen abgegeben:

Zu Artikel II.

1. Bestimmungen im Artikel II, betreffend den Antritt und die Ausübung von Gewerben, finden beiderseits keine Anwendung auf das Apotheker- und Handelsmaklergewerbe, dann das Hausirgewerbe und andere ausschliesslich im Umherwandern ausgeübte gewerbliche Verrichtungen. || 2. Die im Schlusssatz des Artikels II bezeichneten Gesellschaften (mit Inbegriff der Versicherungsgesellschaften jeder Art), welche in dem Gebiete des einen vertragenden Theiles rechtlich bestehen, werden gegen Befolgung der diesbezüglich im anderen Gebiete geltenden Gesetze und Vorschriften auch dort alle ihre Rechte, auch dasjenige der Verfolgung ihrer Rechte vor Gericht ausüben können. || Die deutschen Gesellschaften werden während der ganzen Dauer des gegenwärtigen Vertrages bezüglich ihrer Anerkennung und Zulassung in Serbien in keiner Beziehung ungünstiger behandelt werden als die serbischen Gesellschaften und die Gesellschaften jedes anderen Staates. Bei der Feststellung der Bedingungen für die Anerkennung und Zulassung der Gesellschaften in Serbien wird die Königlich serbische Regierung auf die Wünsche soviel als möglich Bedacht nehmen, welche ihr im Interesse der in Serbien Geschäfte betreibenden deutschen Gesellschaften empfohlen werden. || Bis zur Regelung dieser Materie verbleibt es bei der Bestimmung im Punkt 2 zu Artikel II des Schlussprotokolls zum Handelsvertrage vom 6. Januar 1883. || 3. Unter dem Ausdrucke „Geschäftsniederlagen“ im Artikel II werden öffentliche Lagerhäuser nicht verstanden.

Zu Artikel VI.

Tarifbestimmungen.

Zu Artikel VI und VII.

Die Königlich serbische Regierung wird keinesfalls für das aus dem freien Verkehr Serbiens nach Deutschland eingehende, aus einem in Deutschland nicht meistbegünstigten Lande stammende Getreide, sowie für dergleichen Weine die deutschen Vertragszölle beanspruchen. || Die Bestimmungen der Artikel VI und VII haben keine Anwendung zu finden: || a) auf die Begünstigungen, welche anderen unmittelbar angrenzenden Staaten zur Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs, das heisst für eine zehn Kilometer Breite nicht übersteigende Grenzzone gewährt werden;

b) auf die einem der beiden vertragschliessenden Theile durch die Be-

stimmungen einer schon abgeschlossenen oder etwa künftighin abzuschliessenden Zolleinigung auferlegten Verbindlichkeiten. || Das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation durch die blosse Thatsache der Auswechselung der Ratifikationen des Vertrages, auf welchen es sich bezieht, als gebilligt und bestätigt anzusehen ist, wurde in Wien in doppelter Ausfertigung am 21./9. August 1892 verfasst.

(L. S.) H. VII P. Reuss.

(L. S.) G. S. Simics.

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Erklärung.

In Abänderung der Bestimmung in Artikel XI des am 21./9. August 1892 zu Wien unterzeichneten Handels- und Zollvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Serbien haben die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen Folgendes vereinbart: || Die Festsetzung des Termins für das Inkrafttreten des Handels- und Zollvertrages vom 21./9. August 1892 wird der Vereinbarung der beiderseitigen Regierungen vorbehalten.

Gegenwärtige Erklärung soll zugleich mit dem Vertrage vom 21./9. August 1892 ratifizirt werden.

Geschehen zu Berlin, den 24. Juni 1893.

Freiherr von Rotenhan.

Ivan Pavlovitch.

Nr. 10372. DEUTSCHES REICH. Aus der dem Deutschen Reichstage bei der Einbringung der vorstehenden Verträge vorgelegten Denkschrift.

I. Einleitung.

Schon bei dem Abschlusse der am 1. Februar 1892 in Kraft getretenen Handels- und Zollverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz durfte von der Erwartung ausgegangen werden, dass diese Verträge zugleich den geeigneten Anknüpfungspunkt für die wünschenswerthe vertragsmässige Sicherstellung unserer Handelsbeziehungen auch zu anderen Staaten bilden würden. In diesem Sinne ist seiner Zeit mit Serbien, Spanien und Rumänien in Verhandlungen eingetreten worden, welche zum Abschlusse der nunmehr vorliegenden Verträge geführt haben. || Alle drei genannten Länder hatten im Laufe der letzten Jahre durch den Ablauf ihrer früheren, umfangreiche Tarifbestimmungen enthaltenden Verträge ihre volle Zollautonomie wiedererlangt und, von dem Bestreben geleitet, sowohl ihre finanziellen Einnahmen zu heben, als auch ihren aufstrebenden Industrien den bis dahin nicht durchweg in ausreichendem Masse zugestandenen Zollschatz gegen die Konkurrenz des wirtschaftlich vorgeschrittenen Auslandes zu gewähren, nach dem Beispiele anderer Länder, die ihnen darin vorangegangen waren, ihre verhältnissmässig niedrigen Zolltarife wesentlich erhöht. || Unter solchen Umständen

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

konnten wir diesen Ländern die Begünstigungen unseres durch die Eingangs genannten Verträge ermässigten Zolltarifs ohne entsprechende Gegenleistungen auf die Dauer nicht gewähren. || Ausser vielen anderen Vortheilen waren es Spanien gegenüber namentlich unsere ermässigten Zölle auf Wein und Südfrüchte, und Serbien sowie Rumänien gegenüber unsere ermässigten Getreidezölle, welche als geeignete Aequivalente bei der vertragsmässigen Regelung unserer Handelsbeziehungen zu diesen Ländern verwerthet werden konnten.] Thatsächlich ist es denn auch gelungen, innerhalb der durch die Schutzbedürftigkeit der einheimischen Erwerbszweige der mehrgenannten Staaten gezogenen Schranken, angemessene Vortheile für unseren Gütertausch mit denselben zu erlangen, ohne unsererseits im Wesentlichen über die in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz bereits gemachten Tarifkonzessionen hinauszugehen.

Was zunächst Serbien betrifft, so bestand eines der empfindlichsten Hemmnisse für die Entwicklung unseres Handels mit diesem Lande in der Vorzugsstellung, welche dessen Nachbarreich, Oesterreich-Ungarn, auf Grund seines früheren Vertrages unter dem Titel von Grenzbegünstigungen für eine Reihe wichtiger Industrieerzeugnisse hinsichtlich der Eingangszölle in Serbien genoss. Die Beseitigung dieser Vorzugsrechte durch die neuen Verträge Serbiens mit uns und mit Oesterreich-Ungarn darf als eine wesentliche Errungenschaft angesehen werden. Auch ausserdem enthält der Vertrag wichtige Zugeständnisse in Bezug auf den bestehenden serbischen Zolltarif. || Der neue Vertrag tritt an Stelle des im Juli 1893 ausser Kraft getretenen früheren Vertrages. Bei Ablauf des letzteren ist der deutschen Einfuhr in Serbien bis zum 31. Dezember d. J. die Meistbegünstigung zugestanden worden.

Bei den Verhandlungen mit Spanien ist das Bestreben in erster Linie darauf gerichtet gewesen, dem deutschen Sprit das für unsere Landwirthschaft wichtige spanische Absatzgebiet wieder zu eröffnen. Alle auf die Erreichung dieses Zieles gerichteten Anträge und Vorschläge sind aufs Sorgfältigste geprüft worden und haben bei den Verhandlungen volle Vertretung gefunden, wie überhaupt Alles aufgeboten worden ist, um eine befriedigende Lösung dieser Frage herbeizuführen. Leider sind alle Bemühungen an der Wucht der entgegenstehenden thatsächlichen Verhältnisse gescheitert. || Die Aufnahmefähigkeit des spanischen Marktes für den deutschen Sprit, welche um die Mitte der achtziger Jahre ihren Höhepunkt erreichte und um so wichtiger für uns war, als Spanien nicht nur ein ausgedehntes, sondern auch nahezu das einzige ausländische Absatzgebiet für deutschen Sprit bildete, hatte ihren Grund fast ausschliesslich in der, einen erheblichen Spritverbrauch bedingenden Ausfuhr stark alkoholisirter spanischer Weine nach Frankreich. Diese Ausfuhr wiederum wurde durch den in Folge der Reblausverwüstungen in steigendem Masse hervorgetretenen Bedarf Frankreichs an ausländischen Weinen bedingt und durch den in dem früheren französisch-spanischen Handelsvertrag vom Jahre 1882 festgelegten niedrigen französischen Einfuhrzoll für Weine bis

zu einem hohen Alkoholgehalt begünstigt. || Schon um die Mitte der achtziger Jahre machte Frankreich Anstrengungen, der Konkurrenz entgegenzutreten, welche die gewaltige Einfuhr der stark alkoholisirten spanischen Weine der französischen Brantweinproduktion bereitete. Dies blieb nicht ohne Rückwirkung auf die deutsche Spritausfuhr nach Spanien, da dieses Land, um seine Weinausfuhr nach Frankreich nicht zu gefährden, seither anfang, der Spriteinfuhr aus dem Auslande Hindernisse in den Weg zu legen. Doch war es damals noch möglich, der deutschen Spritausfuhr auf Grund der bestehenden Verträge einen Theil ihres Absatzes nach Spanien zu erhalten. Als aber im Jahre 1892 der spanisch-französische Handelsvertrag sein Ende erreichte, säumte Frankreich nicht, seinen Weinzoll zu erhöhen und gleichzeitig die Alkoholgrenze für Wein wesentlich herabzusetzen. Durch diese Massregel sah Spanien seine Weinausfuhr nach Frankreich, welche im Jahre 1890 die Ziffer von nahezu 8 Millionen Hektoliter im Werth von 240 Millionen Franken erreicht hatte, mit einem Schlage etwa auf die Hälfte reduziert, und gleichzeitig war der Alkoholisirung des noch zur Ausfuhr dorthin gelangenden Weines der Boden entzogen. Soweit Spanien darnach überhaupt noch einen Bedarf an Brantwein besass, musste es darauf Bedacht nehmen, seinen sonst werthlosen Ueberschuss an Wein zur Deckung dieses Bedarfs zu verwerthen. Die Fabrikation von Weinsprit hat daher in Spanien einen sehr grossen Aufschwung genommen. An diesen Thatsachen scheitern alle Bemühungen, dem deutschen Sprit das verloren gegangene Absatzgebiet in Spanien wiederzugewinnen.

Mussten demzufolge alle hierauf gerichteten Bestrebungen als unbedingt aussichtslos erkannt werden, so hätte es den Boden realer Handelspolitik verlassen heissen, hätte man um der verlorenen Sache unserer Brantwein-Interessenten willen, so bedauerlich dieser Verlust namentlich auch vom Standpunkte unserer landwirthschaftlichen Interessen aus erscheinen musste, die Gesamt-Interessen aller übrigen an dem Güteraustausch mit Spanien beteiligten deutschen Erwerbszweige aufs Spiel setzen wollen. Denn während die deutsche Spritausfuhr nach Spanien im Gesamtteigenhandel in dem letzten, dem Ablauf der Verträge vorausgegangenen Jahre nur noch einen Werth von etwa 8 Millionen Mark darstellte und, nach Ansicht der Interessenten selbst, in Zukunft im besten Falle nur einen kleinen Bruchtheil dieses Werthes wieder zu erreichen vermöchte, hat die Ausfuhr aller übrigen Waaren aus dem deutschen Zollgebiete nach Spanien im gedachten Jahre ausweislich der deutschen Statistik einen Werth von nahezu 41 Millionen Mark erreicht. || Soweit sich eine Handhabe hierfür bot, ist mit allem Nachdruck darauf hingewirkt worden, unserer Landwirthschaft wenigstens einigen Ersatz für den verlorenen Spritabsatz durch Ermässigung der spanischen Minimalzölle für wichtige landwirthschaftliche Artikel zu verschaffen. Besonders darf in dieser Beziehung die Wiederherstellung des früheren Zollsatzes für Satzmehl (Kartoffelmehl) zum Gewerbegebrauch hervorgehoben werden, ein Artikel, der in den

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

letzten Jahren reichlichen Absatz nach Spanien gefunden hat. Auch ausserdem enthält der vorliegende Vertrag zahlreiche und nicht unwesentliche Herabsetzungen des spanischen Minimaltarifs und sichert für die Vertragsdauer allen für unsere Ausfuhr nach Spanien in Betracht kommenden Artikeln die Gleichstellung mit den übrigen Ländern. || In der Zwischenzeit seit Ablauf des früheren deutsch-spanischen Handelsvertrages ist der deutsche Handelsverkehr mit Spanien durch mehrfache Provisorien interimistisch geregelt worden, zuletzt mit Gültigkeit bis zum Schlusse d. J. auf der Basis, dass die deutsche Einfuhr in Spanien den Zollsätzen des zur Zeit auf alle übrigen Vertragsländer Spaniens zur Anwendung gelangenden spanischen Minimaltarifs und die spanische Einfuhr in Deutschland, mit Ausnahme des Weines, den deutschen Vertragszöllen unterliegt.

Was endlich Rumänien betrifft, so hatte die deutsche Ausfuhr nach diesem Lande im letzten Dezennium einen bedeutenden Aufschwung genommen und es war ihr gelungen, auf dem rumänischen Markte die erste Stelle zu gewinnen. || Bis zum Jahre 1886 war der rumänische Zolltarif durch den österreichisch-rumänischen Handelsvertrag auf der Basis eines 7prozentigen Werthzolles in seinem ganzen Umfange gebunden. Auch nach Ablauf dieses Vertrages blieb die deutsche Ausfuhr dorthin noch durch den deutsch-rumänischen Handelsvertrag, sowie durch einzelne andere Verträge Rumäniens für eine Reihe wichtiger Artikel geschützt, woraus Deutschland um so mehr Vortheil zu ziehen in der Lage war, als es zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn zum Zollkriege kam. Als sodann im Jahre 1891 sämtliche Tarifverträge Rumäniens ausser Kraft traten und die dortige Regierung zum Schutze der eigenen Industrie einen Generaltarif einfuhrte, wurden die Bedingungen für den deutschen Absatz nach diesem Lande allerdings ungünstiger, zumal zu jener Zeit auch die Konkurrenz Oesterreich-Ungarns auf dem rumänischen Markte in Folge der Beendigung des Zollkrieges zwischen beiden Ländern sich wieder fühlbar machte. || Unter diesen Umständen konnte der im Februar 1892 in Kraft getretene deutsche Vertragstarif, welcher namentlich in den ermässigten Getreidezöllen für Rumänien erhebliche Vortheile enthält, Rumänien nicht ohne Weiteres zugestanden werden. Immerhin zeigte es sich bald, dass auch unter der Herrschaft des neuen rumänischen Zolltarifs der rumänische Markt für die deutsche Ausfuhr noch von erheblicher Bedeutung blieb und die deutsche Industrie auf die Pflege ununterbrochener Handelsbeziehungen zu demselben besonderen Werth legte. Als daher die rumänische Regierung nach einiger Zeit ihre Geneigtheit kundgab, einen neuen Vertrag zu schliessen, und die Verhandlungen soweit vorgeschritten waren, dass sie einen befriedigenden Ausgang erhoffen lassen konnten, schien es im Juli v. J. angezeigt, Rumänien gegen Bindung seines Generaltarifs die ermässigten deutschen Getreidezölle interimistisch zuzugestehen, ein modus vivendi, welcher, da sich die Verhandlungen noch längere Zeit hinauszogen, wiederholt, zuletzt mit Gültigkeit bis zum Schlusse dieses Jahres verlängert worden ist. || Durch den nunmehr vorliegenden

definitiven Vertrag werden dem deutschen Ausfuhrhandel nach Rumänien auf längere Zeit die wünschenswerthe Stabilität und volle Meistbegünstigung gesichert und durch die rumänischerseits zugestandenen Ermässigungen des rumänischen Tarifs Erleichterungen für verschiedene Industriezweige gewährt. || Im Ganzen genommen wird durch die vorliegenden Verträge der deutschen Erwerbsthätigkeit ein ausländisches Absatzgebiet von weit über 100 Millionen Mark auf längere Zeit und mit der Aussicht auf fernere gedeihliche Entwicklung erhalten.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

II. Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Spanien.

Der am 12. Juli 1893 zwischen dem Reich und Spanien abgeschlossene, durch Vertrag vom 10. Mai 1885 in einigen Theilen abgeänderte und durch Abkommen vom 28. August 1886 verlängerte Handels- und Schiffahrtsvertrag ist seitens der Königlich Spanischen Regierung innerhalb der vertragsmässigen Frist gekündigt worden und am 2. Februar 1892 ausser Wirksamkeit getreten. Behufs Erneuerung des Vertragsverhältnisses wurde nach längeren Vorverhandlungen im November 1892 in Madrid zwischen dem Reich und Spanien in Unterhandlungen eingetreten, deren Ergebniss der vorliegende, am 8. August 1893 unterzeichnete Handels- und Schiffahrtsvertrag bildet.

1. Vertragstext.

Dem Vertrage ist der Text des abgelaufenen deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883 zu Grunde gelegt.

Die Artikel 1 bis 4 entsprechen den gleichen Artikeln des früheren Vertrages. Sie halten an dem Zugeständniss der Freiheit des Handels und der Schiffahrt zwischen den beiderseitigen Gebieten fest und ebenso an der Gleichstellung der Angehörigen des anderen Landes mit den Inländern in Bezug auf Handel, Verkehr, Schiffahrt und Gewerbebetrieb, soweit der Vertrag nicht Ausnahmen enthält. Sie sichern ferner die Gleichstellung mit den Inländern auch hinsichtlich des Niederlassungsrechtes, der Vermögensrechte und der Rechtsverfolgung und gewähren den beiderseitigen Aktien- etc. Gesellschaften dieselben Rechte wie den gleichartigen Gesellschaften irgend eines anderen Landes.

Artikel 5 nebst Anlage A regelt die Rechte und Befugnisse der Handlungsreisenden. Die neuen Bestimmungen beruhen im Wesentlichen auf der gleichen Grundlage wie die betreffenden Bestimmungen in den Verträgen des Reiches mit anderen Staaten. Den beiderseitigen Handlungsreisenden ist die Befugnis zur Ausübung ihres Geschäftes in dem anderen Lande, unter Gleichstellung mit den Handlungsreisenden anderer Staaten, gestattet. Die Mitführung von Waaren ist wie in anderen Verträgen untersagt und nur die Mitführung von Waarenmustern gestattet. Den deutschen Handlungsreisenden ist die Steuerfreiheit in Spanien zugesichert, so lange dieselbe den spanischen Handlungsreisenden in Deutschland gewährt wird.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

Die Muster der Handlungsreisenden sollen unter Beding der Wiederausfuhr und unter entsprechenden Kontrollmaassregeln beiderseits zollfrei zugelassen werden.

Wegen Gewährung der Zollfreiheit für Mustersendungen, welche nicht durch Handlungsreisende persönlich eingeführt werden, ist eine Bestimmung in das Schlussprotokoll aufgenommen worden. Dasselbst ist ferner zur Vermeidung von Missverständnissen ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass die in dem Artikel 5 enthaltenen Verabredungen, abgesehen von der Gleichstellung mit anderen Ländern, auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen keine Anwendung finden.

Artikel 6 entspricht im Wesentlichen dem gleichen Artikel des früheren Vertrages und enthält die Befreiung der beiderseitigen Angehörigen von persönlichen Dienstleistungen und von Abgaben zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände mit den herkömmlichen Ausnahmen. Eine Abweichung von den früheren Bestimmungen besteht lediglich darin, dass die Ausnahme, wonach die Angehörigen des anderen Theiles hinsichtlich gewisser militärischer Leistungen den Inländern gleichgestellt sein sollen, auf die betreffenden Leistungen beschränkt sind, welche dem Inländer als Eigentümer oder Miether von Immobilien obliegen.

Artikel 7 knüpft, entsprechend dem Artikel 8 des früheren Vertrages, die Zulässigkeit von Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten an die Voraussetzung der Ausdehnung solcher Verbote auf alle anderen Nationen, auf welche die gleichen Voraussetzungen zutreffen.

Artikel 8 nebst den dazu gehörigen Anlagen B, C, D und E und den Schlussprotokollbestimmungen zu diesem Artikel tritt an Stelle des Artikel 9 des früheren Vertrages und der dazu gehörigen Schlussprotokollbestimmungen und bezieht sich auf die neu vereinbarten Vertragstarife, deren Inhalt an anderer Stelle näher beleuchtet ist. Abweichend von dem früheren Verträge ist an Stelle der allgemeinen Meistbegünstigung die Gleichstellung der Boden- und Industrie-Erzeugnisse des einen Landes bei der Einfuhr in das andere mit den übrigen Ländern hinsichtlich der Einfuhrzölle gegenseitig nur insoweit gewährt worden, als beiderseitig ein thatsächliches Interesse hierfür vorhanden ist. In dieser Hinsicht ergänzen sich die Listen der Anlagen B und C und bezw. der Anlagen D und E insofern, als die beiden ersteren zusammen alle diejenigen spanischen Boden- und Industrie-Erzeugnisse enthalten, welche bei der Einfuhr in Deutschland weder anderen noch höheren Zöllen unterworfen werden dürfen als die gleichartigen Erzeugnisse irgend eines anderen Landes, während die gleiche Behandlung hinsichtlich der Einfuhrzölle allen in den Anlagen D und E aufgeführten deutschen Boden- und Industrie-Erzeugnissen bei der Einfuhr in Spanien gewährleistet ist. Ergänzend ist im viertletzten Absatze des Schlussprotokolles ausdrücklich vereinbart worden, dass gegenseitig die Boden- und Gewerbs-Erzeugnisse auch hinsichtlich der Bestimmungen über Anwendung der Zolltarife nicht ungünstiger behandelt werden sollen, wie die

irgend eines anderen Landes. Deutscherseits wäre es vorgezogen worden, das Prinzip der allgemeinen Meistbegünstigung auch hinsichtlich der Einfuhrzölle aufrecht zu erhalten. Alle hierauf gerichteten Bestrebungen sind aber an dem Widerstande Spaniens gescheitert. Da die Anlagen D und E alle diejenigen Artikel enthalten, welche für den deutschen Handelsverkehr nach Spanien überhaupt von Bedeutung sind, so dürfte die getroffene Vereinbarung im Erfolg der allgemeinen Meistbegünstigung nahe kommen.

Artikel 9 sichert in Hinsicht auf die Ausfuhrzölle die Gleichstellung mit allen anderen Ländern und entspricht dem Artikel 11 des früheren Vertrages. In einer Schlussprotokollbestimmung zu diesem Artikel hat Spanien den bestehenden spanischen Ausfuhrzoll auf Kork in Platten oder Tafeln gebunden und die Aufhebung des bestehenden Ausfuhrzolles für nicht silberhaltigen Bleiglanz in bedingter Weise in Aussicht gestellt.

Artikel 10 enthält ebenso wie Artikel 12 des früheren Vertrages die beiderseitige Berechtigung, bei der Einfuhr von Waaren zum Nachweise der einheimischen Erzeugung oder Fabrikation Ursprungszeugnisse zu fordern. Durch das für die letzteren in der Anlage F vereinbarte Formular ist Vorsorge getroffen, dass in denselben nur der deutsche bzw. spanische Ursprung der Waare im Allgemeinen bescheinigt werden muss, ohne dass der Name und Wohnort des Produzenten oder Fabrikanten der Waare genannt zu werden braucht. Schwer ist es in unseren an dem Geschäft mit Spanien beteiligten Kreisen empfunden worden, dass spanischerseits zur Zeit die Ausstellung der Ursprungszeugnisse ausschliesslich in spanischer oder französischer Sprache, andernfalls aber die Beibringung einer beglaubigten spanischen Uebersetzung gefordert wird. Die in dieser Hinsicht getroffene Vereinbarung ist geeignet, entsprechende Abhilfe zu schaffen.

Durch eine zu diesem Artikel gehörige Schlussprotokollbestimmung sind die eventuell für Legalisirung von Ursprungszeugnissen zu erhebenden Kosten limitirt und in diesem Punkte die Gleichbehandlung mit dritten Staaten, bedingt durch die Gewährung der Gegenseitigkeit, gesichert.

Artikel 11 setzt die Freiheit des Transitverkehrs fest, ebenso, in Anlehnung an Artikel 13 des früheren Vertrages, die Freiheit der auf Handelsniederlagen gebrachten Waaren im Falle der Wiederausfuhr unter entsprechenden Kontrollen. In Spanien bestehen staatliche Zollniederlagen nicht, sondern nur an wenigen Plätzen vom Staate genehmigte Handelsniederlagen. Demgemäss war auch bereits im früheren Verträge von spanischer Seite im Schlussprotokoll ein entsprechender Vorbehalt gemacht worden.

Artikel 12 sichert wie Artikel 14 des früheren Vertrages, jedoch unter Ausscheidung der durch die Artikel 8 und 9 geregelten Bestimmungen über die Ein- und Ausfuhrzölle, die gegenseitige Meistbegünstigung hinsichtlich aller mit der Sicherstellung oder der Erhebung der Zölle, mit der Durchfuhr, den zollamtlichen Niederlagen oder den örtlichen Abgaben verbundenen Maassnahmen.

Nr. 10872.
Deutsches
Reich.

Die Portugal in diesem Artikel eingeräumte Sonderstellung findet ihre Erklärung in dem durch die geographische Lage Spaniens und Portugals bedingten engen wirtschaftlichen Zusammenhänge beider Länder. Bei der Art des Güteraustausches zwischen denselben, welcher sich auf beiden Seiten in der Hauptsache auf Artikel beschränkt, an denen Deutschland nicht wesentlich interessirt ist, steht eine Beeinträchtigung deutscher Interessen hieraus nicht zu befürchten.

Artikel 13 enthält den herkömmlichen Vorbehalt für etwaige Bevorzugungen des grenznachbarlichen Verkehrs, welche letztere im Schlussprotokoll auf den nachbarlichen Verkehr der Grenzörter, die nicht weiter als 15 km von der Grenze entfernt gelegen sind, fixirt ist.

Artikel 14 behandelt etwas eingehender als der Artikel 15 des früheren Vertrages die Frage der Belastung der aus dem anderen Vertragslande eingeführten Waaren mit inneren Abgaben. Der Wortlaut ist dem Artikel 8 des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages entlehnt.

Artikel 15 bestimmt, dass die deutsche Einfuhr in Spanien keiner höheren surtaxe d'entrepot unterworfen werden darf, als diejenige anderer europäischer Länder. Eine analoge Bestimmung findet sich in dem neuen Handelsvertrage Spaniens mit Schweden und Norwegen. Es schien angezeigt, die Aufnahme einer gleichen Bestimmung auch in unseren Vertrag zu bewirken.

Artikel 16 bis 20 nebst den zugehörigen Bestimmungen des Schlussprotokolls regeln in gleicher Weise, wie dies in dem früheren Vertrage geschehen, die beiderseitigen Schifffahrtsbeziehungen, und zwar im Allgemeinen nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung beider Flaggen und bezüglich der Küstenschifffahrt nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung, bedingt durch die Gewährung der Gegenseitigkeit. Der autonomen Gesetzgebung vorbehalten ist die Regelung des Fischereibetriebes in den territorialen Gewässern der beiden vertragschliessenden Theile. Die in dem früheren Vertrage erwähnte Vereinbarung vom Jahre 1879 über die gegenseitige Anerkennung der Schiffsmessbriefe ist inzwischen durch anderweitige Abmachungen ersetzt worden. Durch die in den vorliegenden Vertrag aufgenommene allgemeine Fassung (Artikel 16 Absatz 2) sind die gegenseitigen Interessen gewahrt.

Artikel 21 entspricht der in den neueren Verträgen enthaltenen Form für die Erstreckung des Vertrages auf die mit einem der vertragschliessenden Theile zollgeceinten Länder und Gebiete.

Artikel 22 enthält die Anwendung der Vertragsbestimmungen auf die spanischen überseeischen Provinzen, soweit die besondere Gesetzgebung dieser Gebiete es gestattet, und sichert den deutschen Reichsangehörigen daselbst die gleichen Rechte mit den Angehörigen aller anderen Nationen. Dagegen ist die Regelung der Verkehrsverhältnisse zwischen dem Deutschen Reiche und den spanischen überseeischen Provinzen und Besitzungen besonderer Vereinbarung vorbehalten. Deutscherseits wäre es erwünscht gewesen, auch den Waarenverkehr mit diesen Gebieten gleichzeitig auf eine dauernde vertrags-

mässige Grundlage zu stellen. Die einer Verständigung hierüber zur Zeit entgegenstehenden Schwierigkeiten haben es zweckmässig erscheinen lassen, die Verhandlungen über diesen Gegenstand vorläufig auszuschneiden. Es darf erwartet werden, dass es gelingen wird, auch den Waarenverkehr mit den fraglichen Gebieten auf einer für uns annehmbaren Basis vertraglich zu regeln.

Artikel 23 sieht für den Vertrag dieselbe Dauer vor, welche für die Verträge des Reichs mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz vereinbart ist.

Im Laufe der Verhandlungen war eine Verständigung mit Spanien dahin erzielt worden, die gegenseitige Gewährung des Marken-, Muster- und Patentschutzes ausserhalb des Handelsvertrages durch ein besonderes, ausführlicheres Uebereinkommen zu regeln, in ähnlicher Weise, wie dies in neuerer Zeit auch gegenüber anderen Ländern, insbesondere gegenüber Oesterreich-Ungarn und Italien geschehen ist. Da es nicht möglich war, dieses Sonderabkommen gleichzeitig zum Abschluss zu bringen, ist durch eine Bestimmung des Schlussprotokolls zum vorliegenden Vertrage der diese Materie betreffende Artikel 7 des früheren Vertrages nebst den in dessen Schlussprotokoll enthaltenen Bestimmungen einstweilen wieder in Kraft gesetzt worden, wodurch den Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles im Gebiete des anderen in Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder deren Verpackung, sowie bezüglich der Fabrik- und Handelsmarken, der Muster und Modelle und der Erfindungspatente mit gewissen Einschränkungen derselbe Schutz gewährt wird, welchen die eigenen Angehörigen geniessen.

2. Zölle bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet.

Die zolltarifrischen Zugeständnisse Deutschlands an Spanien sind im Tarif B und im Verzeichniss C des Vertrages aufgeführt. Tarif B enthält diejenigen Artikel, für welche deutscherseits die Bindung oder Ermässigung der Eingangszölle zugestanden und daneben die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigung gewährt wird. Für die im Verzeichniss C aufgeführten Artikel ist Spanien nur die Meistbegünstigung zugesichert. Die allgemeine Meistbegünstigung auf dem Gebiete des Zolltarifs ist spanischerseits weder bewilligt noch gefordert worden. Durch das Verzeichniss C wird die deutsche Autonomie hinsichtlich der darin bezeichneten Artikel in keiner Weise beschränkt; dieselben sind aber zum Theil Gegenstand von Tarifkonzessionen in den neuen Verträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz und insoweit der freien Verfügung Deutschlands entzogen.

Die im Tarif B Spanien zugestandenen Zollermässigungen decken sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl mit dem bestehenden deutschen Vertragstarif, welcher den spanischen Boden- und Industrieerzeugnissen auf Grund der Gesetze vom 30. Januar und 24. November 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 300,301 und 1039) und vom 23. März d. J. (Reichs-Gesetzbl. S. 96) schon seither eingeräumt worden ist; und zwar bis zum 1. Juli d. Js. ohne Einschränkung,

Nr. 10372. späterhin aber mit Ausschluss der auf die Zollbegünstigung von Wein Bezug
Deutsches habenden Bestimmungen.
Reich.

Ueber den bestehenden deutschen Vertragstarif hinaus gehen folgende Zugeständnisse:

Herabsetzung des tarifmässigen Zolls

1. für grobe Korkwaaren von 10 auf 5 Mark;
2. für Korkstopfen, Korksohlen und Korksechnitzereien von 30 auf 10 Mark;
3. für Saffran von 50 auf 40 Mark;
4. für ausgezählte frische Apfelsinen, Citronen, Limonen, Pommeranzen, Granaten, Datteln und Mandeln von 2 Mark auf 0,80 Mark für 100 Stück.

Abgesehen von der Ziffer 4 waren die gleichen Zollsätze auch im deutsch-spanischen Handelsvertrage vom Jahre 1883 und im Zusatzvertrage vom Jahre 1885 festgesetzt; für ausgezählte frische Südfrüchte hatte Deutschland damals den niedrigeren Satz von 65 Pfg. eingeräumt. Seit 1. Februar 1892 sind für alle diese Artikel die Sätze des allgemeinen Zolltarifs wieder in Geltung.

Zugeständnisse, welche weder in den früheren Verträgen gewährt waren, noch im bestehenden deutschen Vertragstarif enthalten sind, wurden Spanien nicht bewilligt. Andererseits befindet sich unter den im Tarif B des neuen Vertrags aufgeführten Artikeln ausser den vorstehend unter 1 bis 4 genannten auch noch eine Reihe anderer, für welche Spanien bereits in den Jahren 1883 und 1885 theils dieselben, theils etwas geringere Zollerlässigungen erhalten hatte. Behufs Erleichterung der Vergleichung der Sätze des Tarifs B mit jenen des allgemeinen deutschen Zolltarifs, des deutschen Vertragstarifs und der deutsch-spanischen Verträge von 1883 und 1885 sind in der nachfolgenden Uebersicht für die in Betracht kommenden Artikel die verschiedenen Zollsätze einander gegenüber gestellt.

Folgen tarifarische Bestimmungen.

III. Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag mit Rumänien.

Die zwischen Deutschland und Rumänien bestehende Handelskonvention vom 14. November 1877 (Reichs-Gesetzbl. S. 199) nebst der Nachtragskonvention vom 1. März 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 213) ist seitens der Königlich Rumänischen Regierung im Juni 1890 gekündigt worden, sodass die beiden Verträge nach Massgabe der bezüglichen Vertragsbestimmungen (Artikel 25 der Konvention von 1877 und Artikel 4 der Nachtragskonvention) am 10. Juli 1891, dem Endtermin aller übrigen Tarifverträge Rumäniens, abliefen. Die wegen Abschlusses eines neuen Vertrages zwischen beiden Regierungen angeknüpften Verhandlungen haben zu dem vorliegenden, am 21. Oktober d. J. gezeichneten Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrage geführt.

1. Vertragstext.

Die Bestimmungen des neuen Vertrages lehnen sich im Allgemeinen an diejenigen der Konvention vom 14. November 1877 an.

Artikel 1 stellt in etwas abweichender Fassung den Grundsatz der Gleichstellung der Angehörigen des fremden Staates mit den Einheimischen in Bezug auf Handel und Gewerbebetrieb fest. || Bezüglich der Apotheker, Hausirer, und Handelsmakler ist in Absatz 2, nach Analogie der neueren deutschen Verträge, lediglich die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigung vereinbart. || Nach den Bestimmungen des Schlussprotokolls zu Artikel 1 besteht Einverständnis darüber, dass die polizeilichen und sicherheitspolizeilichen Vorschriften jedes Landes durch den Grundsatz des Artikels 1 nicht berührt werden. Ferner ist durch das Schlussprotokoll festgestellt, dass für die Niederlassung, den Grunderwerb und das Schankgewerbe der Fremden in den ländlichen Gemeinden Rumäniens, die bestehenden rumänischen Gesetze unberührt bleiben. || Für das Dobrudscha-Gebiet, in welchem bezüglich der Niederlassung Ausnahmenvorschriften gelten, ist durch die dem Verträge beigefügte rumänische Note vom 15. Oktober d. J. ein Vorbehalt insofern gemacht worden, als rumänischerseits nur allgemein die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigung zugesagt ist. || Einen fernerer Vorbehalt enthält die gedachte Note in Betreff des Tabacksdebts. || Endlich ist in jener Note vorgesehen, dass die Gesellschaften kommerzieller, industrieller oder finanzieller Natur, welche in dem Gebiete des einen vertragschliessenden Theiles ihren Sitz haben, bezüglich der Erlaubniss zur Niederlassung und bezüglich der Kontrolle ihres Geschäftsbetriebes im Gebiete des anderen Theiles den dort geltenden Gesetzen unterstehen. Begünstigungen, die einer der vertragschliessenden Theile in dieser Hinsicht einer dritten Macht gewährt, kommen auch der anderen vertragschliessenden Partei zu Gute unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

Artikel 2 sichert in Betreff des Erwerbs und der Veräusserung von Eigenthum den beiderseitigen Angehörigen die Meistbegünstigung mit der Maassgabe zu, dass hierbei eine Belastung durch Abgaben nicht in höherem Grade stattfinden darf als bezüglich der Einheimischen. Hinsichtlich des Grunderwerbs in den ländlichen Gemeinden Rumäniens ist auf die Bestimmungen des Schlussprotokolls zu Artikel 1 zu verweisen.

Artikel 3 betrifft die Behandlung der Handlungsreisenden und die Ausstellung von Gewerbe-Legitimationskarten für diese sowie die Zollfreiheit der Waarenmuster. Der Artikel schliesst sich an die analogen Bestimmungen der neueren deutschen Verträge an (vergl. Anlage A des Vertrages).

Artikel 4 stellt die Befreiung der Fremden von militärischen und anderen öffentlichen Leistungen fest. Zu bemerken ist, dass die deutschen Reichsangehörigen in Rumänien zur Einquartierungslast nur als Eigenthümer oder Pächter, nicht aber als Miether herangezogen werden dürfen (vergl. Schlussprotokoll zu Artikel 4). Im Uebrigen sind die Deutschen in Rumänien bezüglich ihrer Grundstücke zur Leistung aller Grundlasten pflichtig, einschliesslich der militärischen, gerade so wie die Einheimischen.

Artikel 5 regelt die Zulässigkeit von gegenseitigen Verkehrsbe-

Nr. 10872.
Deutsches
Reich.

schränkungen. Solche Beschränkungen sollen nur insoweit gestattet sein, als sie gleichzeitig auch auf alle anderen Nationen Anwendung finden, auf welche die gleichen Voraussetzungen zutreffen. || Der Handel mit Kriegsbedürfnissen unterliegt lediglich der autonomen Gesetzgebung.

Artikel 6 sichert den beiderseitigen Boden- und Gewerbeserzeugnissen generell die Meistbegünstigung für Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr zu. Begünstigungen, welche einem dritten Staate entweder auf Grund einer Zolleinigung oder für den örtlichen Verkehr einer Grenzzone eingeräumt werden, können jedoch von den Vertragsstaaten auf Grund der Meistbegünstigung nicht in Anspruch genommen werden.

Artikel 7, welcher aus den Artikeln 7 und 8 der früheren Konvention hervorgegangen ist, spricht den Grundsatz der Meistbegünstigung aus in Betreff der Einfuhrzölle für die beiderseitigen Boden- und Gewerbeserzeugnisse und setzt für die in den Anlagen B und C aufgeführten Waaren die daselbst angegebenen Zollsätze fest.

Artikel 8 wendet den Grundsatz der Meistbegünstigung auf die Ausfuhr von Waaren von dem einen Vertragsstaate nach dem Gebiet des anderen an.

Artikel 9 stipulirt die gegenseitige Durchfuhrfreiheit in der Fassung des früheren Vertrages.

Artikel 10 erkennt ausdrücklich die Berechtigung beider Theile zur Forderung von Ursprungszeugnissen für den Fall an, dass je nach dem Ursprunge der Waaren verschieden hohe Zölle erhoben werden.

Artikel 11. Der zollfreie Verkehr von Waaren, welche zur Wiederausfuhr oder zur Reparatur bestimmt sind, oder von Gegenständen, welche zur Verpackung dienen, ist durch Artikel 11 nach Analogie der Bestimmungen in Artikel 12 des früheren Vertrages sowie der neueren deutschen Verträge festgesetzt.

Artikel 12 regelt die Octroipflicht der Einfuhrwaaren. Es ist der Grundsatz an die Spitze gestellt, dass Einfuhrwaare in keinem Falle einer höheren Belastung unterliegt, als die einheimischen Erzeugnisse und ferner, dass Einfuhrwaare nicht mit inneren Abgaben belastet werden darf, wenn nicht gleichartige Waaren im Inlande bzw. in dem betreffenden Steuerbezirke erzeugt werden. Von dem zweiten Grundsatz ist eine Ausnahme bezüglich der Erhebung von Gemeinde-Accisen nur für Getränke, Esswaaren, Futter-, Beleuchtungs- und Brennstoffe, Seifen und Baumaterialien (eiserne ausgeschlossen) vorgesehen.

Artikel 13—17 regeln die Rechte der beiderseitigen Schiffe im Wesentlichen nach Analogie der Artikel 17—21 des früheren Vertrags auf der Basis der Gleichstellung der fremden Flagge mit der einheimischen.

Artikel 18 bestimmt, dass die Schiffe und Waaren jedes der vertragsschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen Theiles keinen höheren Abgaben und Gebühren unterliegen sollen, als die einheimischen Schiffe und Waaren und diejenigen der meistbegünstigten Nation. || An derartigen Abgaben

dürfen in Rumänien in Gemässheit der Schlussprotokoll-Bestimmungen nur solche erhoben werden, welche gesetzlich zur Verbesserung der Häfen und zur Ausführung von Dock- etc. Einrichtungen dienen sollen. || Die auf dem Landwege eingehenden Waaren bleiben von jedem Zollzuschlage befreit. || Nach dem Schlussprotokoll ist den regelmässigen Schifffahrtslinien das Recht vorbehalten, in den Hafenbezirken die nöthigen Etablissements zu miethen und daselbst zollamtliche Niederlassungen einzurichten.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

Artikel 19 erstreckt die Geltung des Vertrages auf die mit den Vertragsländern in Zollunion stehenden Gebiete.

Artikel 20 setzt die Dauer des Vertrages und die Kündigungs-Modalitäten nach Analogie der neueren deutschen Handelsverträge fest.

IV. Handels- und Zollvertrag mit Serbien.

Der am 6. Januar 1883 zwischen dem Reich und Serbien abgeschlossene Handelsvertrag ist seitens der Königlich serbischen Regierung innerhalb der im Artikel XIII des Vertrages vorgesehenen Frist gekündigt worden und ist demzufolge am 25. Juni 1893 ausser Wirksamkeit getreten. Behufs Erneuerung des Vertragsverhältnisses haben im vorigen Jahre zu Wien, im Anschlusse an die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien, Unterhandlungen zwischen dem Reich und Serbien stattgefunden, deren Ergebniss der vorliegende, am 21. August 1892 unterzeichnete Handels- und Zollvertrag bildet.

1. Vertragstext.

Der Text des neuen Vertrages stimmt im Allgemeinen mit demjenigen des Vertrages von 1883 überein:

Artikel I enthält unverändert das Zugeständniss der Freiheit des Handels und der Schifffahrt zwischen den beiderseitigen Gebieten und die Gleichstellung der Angehörigen des anderen Landes mit den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation in Bezug auf Handel, Verkehr, Schifffahrt und Gewerbebetrieb.

Artikel II, gleichlautend mit Artikel II des bisherigen Vertrages, sichert die Gleichstellung mit den Inländern und die Meistbegünstigung auch für das Gebiet des Niederlassungsrechts, der Vermögensrechte und der Rechtsverfolgung und gewährt den beiderseitigen Aktien- etc. Gesellschaften die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigung. || Von den bisherigen Schlussprotokollbestimmungen zu Artikel II ist Punkt 1, wonach bezüglich des Apotheker- und Handelsmaklergewerbes und der Wandergewerbe nicht Gleichstellung mit den Nationalen, sondern nur Meistbegünstigung eingeräumt wird, sowie Punkt 3 unverändert übernommen worden. Als Punkt 2 ist vereinbart, dass die Aktien- etc. Gesellschaften, einschliesslich der Versicherungsgesellschaften, welche in dem Gebiete des einen Theiles zu Recht bestehen, im Gebiete des anderen Theiles gegen Befolgung der dortigen Gesetze ihre Rechte ausüben,

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

und dass in Serbien die deutschen Gesellschaften nicht nur gleich denjenigen der meistbegünstigten Nation, sondern auch gleich den einheimischen anzuerkennen und zuzulassen sind. Auch sollen bei der gesetzlichen Regelung des Gegenstandes in Serbien deutsche Wünsche thunlichst berücksichtigt werden. Bis zu dieser Regelung soll es beim bisherigen Zustande verbleiben. Diese Verabredungen schliessen sich denjenigen an, welche zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien in diesem Punkte getroffen sind.

Artikel III regelt, wie in dem bisherigen Verträge, die wechselseitige Befreiung der Angehörigen des anderen Landes vom Militärdienste, zwangsweisen Amtsdiensten, Einquartierungen und ähnlichen Lasten.

In Artikel IV sind die Bestimmungen über die Steuerfreiheit der in dem Gebiete des anderen Theiles bereits besteuerten Geschäftsreisenden, über die Gleichstellung der Angehörigen des anderen Landes mit den Inländern beim Besuche von Märkten und Messen und über die Steuerfreiheit der Spediteure und Schifffahrttreibenden aus dem bisherigen Verträge übernommen. Eingeschaltet ist nach Analogie der Bestimmung im Artikel IX des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages der Zusatz, dass die Vorschriften über die Behandlung der Geschäftsreisenden auf das Aufsuchen von Bestellungen bei Nichtgewerbtreibenden keine Anwendung finden, jedoch mit dem Vorbehalt, dass in Serbien die deutschen Geschäftsreisenden jedenfalls die gleichen Rechte wie die inländischen geniessen sollen.

Artikel V, betreffend die Zulässigkeit von Ein-, Aus- oder Durchfuhrverboten ist unverändert geblieben. Vermöge der Meistbegünstigung wird dem deutschen Handel die Bestimmung im Schlussprotokoll zu Artikel V des neuen Handelsvertrags zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu gute kommen, wonach in Serbien ausser den bestehenden Monopolen nur solche auf Petroleum, Cigarettenpapier, Zündhölzchen und Sprit aus mehlhaltigen Stoffen oder Melasse eingeführt werden dürfen.

Der Artikel VI des bisherigen Vertrages, welcher das Verbot von Ausfuhrprämien enthielt, ist in Wegfall gekommen. Der neue Artikel VI betrifft die beiderseitigen Vertragstarife, deren Begründung weiter unten gegeben wird, die gegenseitige Meistbegünstigung der beiderseitigen Waaren, sowie die Zulässigkeit von Ursprungszeugnissen.

Artikel VII, entsprechend dem früheren Artikel VIII, wiederholt den Grundsatz der Meistbegünstigung in Bezug auf die Eingangs- und Ausgangs-abgaben, die Zollbehandlung, sowie hinsichtlich der inneren Verbrauchsabgaben und Akzisegebühren.

Die zu Artikel VI und beziehungsweise zu den Artikeln VI und VII im Schlussprotokoll vereinbarten Bestimmungen sind zum Theil schon in dem Schlussprotokoll des bisherigen Vertrages enthalten, so die Bestimmungen über die Zollfreiheit der Reiseeffekten und Musterkarten und der Vorbehalt besonderer Vergünstigungen für zollgeeinte Gebiete und für den Grenzverkehr; jedoch ist die Zulässigkeit von Vergünstigungen für den Grenzverkehr

abweichend von dem bisherigen Verträge, auf den kleinen Grenzverkehr, d. h. auf eine zehn Kilometer Breite nicht übersteigende Grenzzone beschränkt worden. Von den neu aufgenommenen Bestimmungen ist zu erwähnen der bereits in anderen Verträgen enthaltene Vorbehalt, dass die deutschen Vertragszölle nur für serbisches, beziehungsweise aus meistbegünstigten Ländern kommendes Getreide und für dergleichen Weine beansprucht werden können. || Hinsichtlich der in Serbien zur Hebung gelangenden inneren Verbrauchssteuern und Akzisegebühren genügt, wie in dem Verträge von 1883, so auch in dem neuen Verträge die Meistbegünstigung, da der Gegenstand in dem neuen Handelsverträge zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien wiederum eine eingehende Regelung gefunden hat.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

Artikel VIII, betreffend die zeitweilige Zollbefreiung wieder zur Ausfuhr gelangender Waaren, und Artikel IX, betreffend die Zoll-Nebengebühren, sind aus dem bisherigen Verträge übernommen.

Bestimmungen über den Marken- und Musterschutz, wie im Artikel XI des Verträge von 1883, sind im neuen Verträge nicht enthalten, weil der Gegenstand durch das gleichzeitig abgeschlossene besondere Abkommen geregelt ist.

Artikel X entspricht dem Artikel XII des früheren Verträge.

Artikel XI sieht für den Vertrag die gleiche Dauer vor, welche für die Verträge des Reichs mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz vereinbart ist. Der ursprünglich auf den 1. Januar 1893 festgesetzte Termin für das Inkrafttreten des Verträge ist durch die Erklärung vom 24. Juni d. J. der Vereinbarung der Regierungen vorbehalten worden. Die Vereinbarung über die Dauer des Verträge entspricht derjenigen in dem neuen Verträge zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Nr. 10373. DEUTSCHES REICH UND KOLUMBIEN. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Kolumbien.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen etc., im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und Seine Excellenz der Herr Präsident des Freistaates Kolumbien andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und zu befestigen, sind übereingekommen, einen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag abzuschliessen.

Zu diesem Zweck haben die vertragschliessenden Theile Bevollmächtigte ernannt, und zwar:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Ministerresidenten bei dem Freistaate Kolumbien Herrn
Karl Konrad Friedrich Lueder,
und

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Seine Excellenz der Herr Präsident des Freistaates von Kolumbien:
den Unterstaatssekretär, beauftragt mit der Leitung des Ministeriums
der auswärtigen Angelegenheiten des Freistaates Kolumbien, Herrn
Marco Fidel Suárez,

welche nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Voll-
machten sich über nachstehende Artikel geeinigt haben:

Artikel 1.

Zwischen dem Deutschen Reich einerseits und dem Freistaate Kolumbien
andererseits sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen soll für immer
Friede und Freundschaft bestehen.

Artikel 2.

Der Handel zwischen den beiderseitigen Ländern soll vollständige Frei-
heit geniessen.

Die Angehörigen der beiden vertragschliessenden Theile dürfen frei und
in aller Sicherheit mit ihren Schiffen und Ladungen in alle diejenigen Plätze,
Häfen und Flüsse Deutschlands und Kolumbiens einlaufen, welche für die
Schifffahrt und den Handel irgend einer anderen Nation geöffnet sind und ge-
öffnet sein werden.

Die vorstehende Bestimmung soll sich nicht auch auf die Küstenfracht-
fahrt beziehen, das heisst auf das Recht, Güter in einem Seehafen eines der
vertragschliessenden Theile zu laden und nach einem anderen Seehafen des-
selben Theiles zu befördern und daselbst auszuladen.

Jeder der vertragschliessenden Theile soll jedoch Anspruch auf alle
Rechte und Begünstigungen, welche der andere Theil hinsichtlich der Küsten-
frachtfahrt irgend einer dritten Nation eingeräumt hat oder einräumen wird,
für seine Schiffe insoweit haben, als er den Fahrzeugen des anderen Theiles
für sein Gebiet dieselben Rechte und Begünstigungen zugesteht.

Artikel 3.

Die Angehörigen beider vertragschliessenden Theile dürfen wechselseitig
mit voller Freiheit jeden Theil der betreffenden Gebiete betreten, daselbst
ihren Wohnsitz nehmen, reisen, Gross- und Kleinhandel treiben, Grundstücke,
Lagerräume und Läden kaufen, miethen und innehaben, Waaren und edle
Metalle versenden, Konsignationen aus dem Inlande wie aus fremden Ländern
annehmen, ohne dass sie in irgend einem Falle anderen allgemeinen oder ört-
lichen Leistungen, Auflagen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unter-
worfen werden dürfen als solchen, welche den Inländern und den Angehörigen
der meistbegünstigten Nation auferlegt sind oder auferlegt werden.

Es soll ihnen vollkommen freistehen, ihre Geschäfte persönlich zu führen,
bei den Zollbehörden ihre Erklärungen selbst abzugeben oder sich hierbei
nach Belieben von anderen Personen unterstützen oder vertreten zu lassen.
Dasselbe gilt für den Kauf und Verkauf von Gegenständen aller Art, sowie

für das Laden, Löschen und Abfertigen von Schiffen. Sie sind ferner berechtigt, ihrerseits Aufträge jeder Art auszuführen, welche ihnen von Landesleuten, Fremden oder Inländern anvertraut werden. In allen diesen Beziehungen sollen sie keinen anderen Abgaben oder Auflagen als solchen unterliegen, welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder sein werden.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Dieselben Begünstigungen sollen sie bei allen ihren Käufen und Verkäufen hinsichtlich der Feststellung des Preises jeder Art von Gegenständen geniessen, mögen diese eingeführt oder zur Ausfuhr bestimmt sein.

Es versteht sich jedoch, dass sie in allen diesen Fällen nach den Gesetzen und Verordnungen des Landes sich zu richten haben.

Artikel 4.

Den Deutschen soll in Kolumbien und den Kolumbianern soll in Deutschland vollständiger und immerwährender Schutz ihrer Personen und ihres Eigenthums zu Theil werden; sie sollen freien Zutritt zu allen Gerichten behufs Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zweck dürfen sie unter allen Umständen sich der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigte oder Beistände bedienen. Auch sollen sie die Befugnis haben, in jedem Prozessverfahren, bei welchem sie betheiligt sind, den Zeugenvernehmungen und Verhandlungen, sowie den Beschlüssen und Urtheilsprüchen der Gerichte beizuwohnen, sofern nach den Gesetzen des betreffenden Landes die Oeffentlichkeit dieser Handlungen zugelassen ist. Sie werden im Uebrigen hinsichtlich des Prozessverfahrens die nämlichen Rechte wie die Inländer geniessen und denselben gesetzlichen Ordnungen und Bedingungen wie diese unterworfen sein.

Artikel 5.

Die Angehörigen des einen Theiles sollen im Gebiet des anderen sowohl von allen persönlichen Diensten im Heere oder in der Marine, in der Landwehr oder in der Nationalgarde, als auch von der Verpflichtung, politische, richterliche und Verwaltungsämter zu übernehmen, befreit sein. Sie dürfen dagegen nicht in die politischen Angelegenheiten und inneren Streitigkeiten des Landes, in welchem sie sich aufhalten, eingreifen, und die kolumbische Regierung behält sich mit Rücksicht hierauf die Befugnis vor, Deutsche, welche freiwillig eine Empörung unterstützen, in Bezug auf die gesetzliche Verantwortlichkeit für ihr Verhalten wie die Inländer zu behandeln.

Artikel 6.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, nach Massgabe ihrer Gesetze Personen auszuweisen beziehungsweise nicht zuzulassen, welche auf Grund ihres übeln Vorlebens oder ihres Verhaltens für schädlich anzusehen sind.

Nr. 10378.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Artikel 7.

Die Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles sollen im Gebiete des anderen von ausserordentlichen Kriegskontributionen, erzwungenen Anleihen, militärischen und politischen Dienstleistungen jeglicher Art befreit sein. Auch dürfen ihre Schiffe, Ladungen, Waaren und andere Gegenstände für militärische Unternehmungen oder sonstige Zwecke irgend welcher Art aussergerichtlich weder mit Beschlag belegt noch zurückbehalten werden. Im Falle der Unvermeidlichkeit einer solchen Massregel ist ihnen eine gerechte Entschädigung zu gewähren, und zwar soll diese Entschädigung, falls die Massregel in Friedenszeiten erfolgt, vorab mit ihnen vereinbart werden. Ueberdies sind sie in allen Fällen rücksichtlich ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens keinen anderen Lasten, Abgaben und Auflagen zu unterwerfen, als denen, welche die Inländer und Angehörigen der meistbegünstigten Nation zu entrichten haben.

Artikel 8.

Die Deutschen, welche sich in Kolumbien, und die Kolumbianer, welche sich in Deutschland aufhalten, geniessen vollständige Kultus- und Gewissensfreiheit, und es werden die betreffenden Regierungen nicht zugeben, dass sie wegen ihres religiösen Glaubens belästigt oder in der Ausübung ihres Gottesdienstes gestört werden, welchen sie in Privathäusern, Kapellen, Kirchen oder an sonstigen für gottesdienstliche Zwecke bestimmten Orten unter Beobachtung der kirchlichen Schicklichkeit und der den Sitten und Gebräuchen des Landes gebührenden Achtung abhalten.

Auch sollen die Deutschen in Kolumbien und die Kolumbianer in Deutschland die Befugniss haben, ihre Landsleute, welche mit Tod abgehen, an angemessenen Orten, welche sie selbst im Einverständniss mit der Ortsobrigkeit bestimmen und einrichten, oder an jedem anderen Begräbnissorte, welchen die Hinterbliebenen oder Bekannten des Verstorbenen wählen mögen, zu bestatten, und es sollen die nach den kirchlichen Gebräuchen ihrer Konfession begangenen Begräbnissfeierlichkeiten in keiner Weise gestört noch die Gräber aus irgend welchem Grunde beschädigt oder zerstört werden.

Artikel 9.

Die Angehörigen eines der beiden vertragschliessenden Theile sollen das Recht haben, in dem Gebiete des anderen Theiles jede Art beweglichen und unbeweglichen Vermögens zu erwerben und zu besitzen, dasselbe mit aller den Inländern zustehenden Freiheit auszubenten und darüber nach ihrem Belieben durch Verkauf, Schenkung, Tausch, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen. Desgleichen können die Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles, welchen in dem Gebiete des anderen eine Erbschaft zufällt, unbehindert diejenigen Erbtheile, welche ihnen kraft Gesetzes oder vermöge letzten Willens zugefallen sind, erwerben und darüber nach Belieben verfügen, un-

beschadet der Entrichtung aller derjenigen Abgaben, welche von den Landesangehörigen in gleichen Fällen zu tragen sind.

Nr. 10878.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Von dem Vermögen, welches aus irgend welchem Rechtsgrunde von einem Deutschen in Kolumbien oder von einem Kolumbianer in Deutschland erworben ist, dürfen, wenn es ausser Landes geführt wird, weder Abschoss oder Nachsteuer (gabella hereditaria, census emigrationis) noch sonstige Abgaben erhoben werden, welchen die Angehörigen des Landes nicht unterworfen sind oder sein werden.

Artikel 10.

Wenn unglücklicherweise der Frieden zwischen den beiden vertragsschliessenden Theilen gestört werden sollte, so wird, um die Uebel des Krieges zu vermindern, den Angehörigen des einen Theiles, welche in dem Gebiete des anderen sich befinden und daselbst Handel oder irgend ein anderes Gewerbe betreiben, gestattet sein, dort zu bleiben und ihre Geschäfte fortzuführen, solange sie sich keiner Verletzung der Landesgesetze schuldig machen oder sonst lästig fallen.

Im Falle eines Krieges oder eines Zerwürfnisses zwischen beiden Ländern soll das Eigenthum der Angehörigen des einen der vertragsschliessenden Theile, welcher Art es auch sei, in dem Gebiete des anderen Theiles einer Beschlagnahme, Sequestration oder irgend welchen anderen Lasten und Auflagen als denjenigen, welche den Inländern auferlegt sind, nicht unterworfen werden.

Ebenso dürfen während der Unterbrechung des Friedens die von Privatpersonen geschuldeten Beträge, Staatspapiere, Bankantheile, Aktien und was denselben gleichkommt, zum Schaden der betreffenden Angehörigen und zum Vortheile des Landes, in welchem sie sich befinden, nicht mit Beschlag belegt, sequestrirt oder eingezogen werden.

Artikel 11.

Die deutschen Kaufleute in Kolumbien und die kolumbischen Kaufleute in Deutschland werden bei ihrem Handel alle Rechte und Zollbefreiungen geniessen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden. Demgemäss sollen in Deutschland auf die Gegenstände kolumbischer Herkunft und in Kolumbien auf die Gegenstände deutscher Herkunft keine anderen oder höheren Eingangsabgaben gelegt werden, als diejenigen, denen die nämlichen Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder sein werden. Derselbe Grundsatz soll für die Ausfuhr und Durchfuhr gelten.

Kein Verbot und keine Beschränkung der Einfuhr oder Ausfuhr irgend eines Gegenstandes soll in dem gegenseitigen Handelsverkehr der beiden Länder Anwendung finden, wenn eine solche Massregel sich nicht gleichmässig auf alle anderen Nationen erstreckt. Auch sollen die Förmlichkeiten bei der zollamtlichen Behandlung der eingeführten oder ausgeführten Waaren keine anderen als diejenigen sein, welche für alle anderen Nationen in Anwendung kommen.

Nr. 10378.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Artikel 12.

Die deutschen Schiffe, welche in kolumbischen, und die kolumbischen Schiffe, welche in deutschen Häfen ankommen oder dieselben verlassen, sollen keinen anderen oder höheren Abgaben an Tonnengeldern, Leuchtfeuer-, Hafen-, Lootsen-, Quarantäne- und anderen den Schiffskörper treffenden Gebühren als denjenigen unterworfen sein, welchen die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden.

Die Tonnengelder und andere Abgaben, welche im Verhältniss zur Tragfähigkeit der Schiffe erhoben werden, sind in Kolumbien von deutschen Schiffen nach Massgabe der deutschen Messbriefe zu berechnen und umgekehrt.

Artikel 13.

Gegenstände aller Art, welche in die Häfen des einen der beiden Länder unter der Flagge des anderen eingeführt werden, welchen Ursprungs dieselben auch seien und aus welchem Lande auch die Einfuhr erfolgen möge, sollen keine anderen oder höheren Abgaben entrichten und keinen anderen Lasten unterworfen sein, als wenn sie unter der Nationalflagge eingeführt würden. Desgleichen sollen Gegenstände aller Art, welche aus einem der beiden Länder unter der Flagge des anderen, nach welchem Lande es auch sein möge, ausgeführt werden, keinen anderen Abgaben oder Förmlichkeiten unterliegen, als wenn sie unter der Nationalflagge ausgeführt würden.

Artikel 14.

Die deutschen Schiffe in Kolumbien und die kolumbischen Fahrzeuge in Deutschland dürfen einen Theil ihrer aus dem Auslande kommenden Ladung in dem einen Hafen und den Rest dieser Ladung in einem oder mehreren anderen Häfen desselben Landes löschen. Nicht minder dürfen sie ihre Rückfracht in verschiedenen Häfen des gedachten Landes einnehmen, ohne in jedem Hafen andere oder höhere Abgaben zu entrichten als diejenigen, welche unter ähnlichen Umständen die Schiffe des eigenen Landes zu entrichten haben. Bezüglich der Küstenfrachtfahrt sollen die Bestimmungen des zweiten Artikels dieses Vertrages massgebend sein.

Artikel 15.

Die den Angehörigen des einen der beiden vertragschliessenden Theile gehörenden Schiffe, welche an den Küsten des anderen Schiffbruch leiden oder stranden, oder welche in Folge von Seenoth oder erlittener Haverie in die Häfen des andern Theiles einlaufen oder dessen Küsten berühren, sind keinerlei Schifffahrtsabgaben irgend welcher Art oder Bezeichnung als solchen unterworfen, welchen in ähnlichen Umständen die Nationalschiffe und die Schiffe der meistbegünstigten Nation unterliegen oder unterliegen werden.

Ausserdem ist es ihnen gestattet, auf andere Schiffe überzuladen, sowie ihre ganze Ladung oder einen Theil derselben am Lande und in Lagerräumen

unterzubringen, ohne dafür andere Gebühren zu entrichten als die Entlöschungskosten und die auf die Miethe öffentlicher Lagerräume sowie den Gebrauch öffentlicher Schiffswerfte bezüglichen Ausgaben, vorausgesetzt, dass die Waaren nicht für den inländischen Verbrauch bestimmt sind. Zu diesem Zweck sowie zur Beschaffung von Lebensmitteln und zur Befriedigung aller Bedürfnisse für die Beschleunigung der Reise soll ihnen Erleichterung und Schutz jeder Art zu Theil werden.

Nr. 10873.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Artikel 16.

Sollten Schiffe von Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles an den Küsten des anderen Schiffbruch leiden oder stranden, so werden die Ortsbehörden es sich angelegen sein lassen, alle nöthigen Rettungsmassregeln zu ergreifen und den Konsularbeamten des betreffenden Bezirks oder, in Ermangelung eines solchen, den dem Orte des Unfalls zunächst wohnenden Konsularbeamten von dem Unfälle zu benachrichtigen.

Für die Thätigkeit der Ortsbehörden sollen in allen diesen Fällen keinerlei Kosten ausser solchen erhoben werden, welche durch die Rettungsmassregeln und durch die Erhaltung der geborgenen Gegenstände veranlasst sind.

Artikel 17.

Ein jeder der vertragschliessenden Theile wird als Schiffe des anderen Theiles diejenigen Fahrzeuge ansehen und behandeln, welche unter der Flagge dieses Theiles fahren und mit solchen Schiffspapieren und Urkunden versehen sind, wie sie die Gesetze des letzteren behufs Nachweisung der Nationalität erfordern.

Artikel 18.

Die Dampfschiffe jedes der vertragschliessenden Theile, welche eine periodische Verbindung zwischen den beiden Ländern unterhalten, sollen bei dem Einlaufen, der Abfertigung und dem Auslaufen dieselben Erleichterungen wie die Dampfschiffe der meistbegünstigten Nation geniessen.

Artikel 19.

Den Kriegsschiffen eines jeden der vertragschliessenden Theile wird es freistehen, sicher und ungehindert in alle Häfen, Flüsse und Plätze des anderen Theiles einzulaufen, wo das Einlaufen den Kriegsschiffen der meistbegünstigten Nation erlaubt ist oder in Zukunft erlaubt werden sollte, und sie sollen daselbst gleich jenen behandelt werden.

Artikel 20.

Die vertragschliessenden Theile sind übereingekommen, den Gesandten, Ministern und öffentlichen Agenten gegenseitig dieselben Vorrechte, Begünstigungen und Freiheiten einzuräumen, welche diejenigen der meistbegünstigten Nation geniessen oder in Zukunft geniessen werden.

Auch sind sie, geleitet von dem Wunsche, jeden Anlass zur Trübung ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu vermeiden, dahin übereingekommen, dass ihre diplomatischen Vertreter aus Anlass der Rechtsansprüche oder Beschwerden von Privatpersonen nicht in Angelegenheiten eingreifen sollen, welche dem Bereiche der bürgerlichen oder Strafrechtspflege oder Entscheidung im Ver-

Nr. 10373. Deutsches Reich und Kolumbien. waltungswege angehören, es sei denn, dass es sich um Rechtsverweigerung, um ungewöhnliche oder ungesetzliche Rechtsverzögerung oder um Nichtvollstreckung eines rechtskräftigen Urtheils handelt, oder endlich, dass nach Erschöpfung der gesetzlichen Rechtsmittel eine klare Verletzung der zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen bestehenden Verträge oder der von den gesitteten Nationen allgemein anerkannten Bestimmungen des Völkerrechts oder des internationalen Privatrechts vorliegen sollte.

Unter den vertragschliessenden Theilen besteht ferner darüber Einverständnis, dass die deutsche Regierung mit Ausnahme der Fälle, in welchen ein Verschulden oder ein Mangel an schuldiger Sorgfalt seitens der Behörden Kolumbiens oder ihrer Organe vorliegt, die kolumbische Regierung nicht verantwortlich machen wird für Schäden, Bedrückungen oder Erpressungen, welche die Angehörigen des deutschen Reichs in dem Gebiete Kolumbiens bei Empörungen oder Bürgerkriegen seitens Aufständischer zu erleiden haben sollten, oder welche ihnen durch wilde, der Regierung ungehorsame Stämme zugefügt werden.

Artikel 21.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich vor, eine Vereinbarung über die Befugnisse und Pflichten ihrer beiderseitigen Konsularbeamten abzuschliessen. Sie sind übereingekommen, sich bis zum Inkrafttreten einer solchen Vereinbarung wechselseitig in Konsularangelegenheiten die der meistbegünstigten Nation eingeräumten und in Zukunft einzuräumenden Rechte und Begünstigungen zu gewähren. Auch sollen bis dahin die Konsularbeamten des einen vertragschliessenden Theiles, falls ein Angehöriger des letzteren in dem Gebiete des anderen Theiles stirbt, ohne daselbst Erben oder Testamentsvollstrecker zu hinterlassen, die Befugnisse haben, den beweglichen Nachlass in amtliche Verwahrung zu nehmen und zu verwalten. Der betreffende Konsularbeamte hat sich in einem solchen Falle an die zuständige Ortsbehörde zu wenden, damit dieselbe bei Anlegung amtlicher Siegel und bei Aufnahme eines Verzeichnisses des beweglichen Vermögens mitwirken kann.

Der Konsularbeamte soll nach Aufnahme des Verzeichnisses dieses Vermögens in seinem Gewahrsam behalten und verwalten, in seinem Bezirk den Todesfall veröffentlichen, diejenigen Gegenstände, welche dem Verstorbenen ausgesetzt sind, bedeutendere Kosten durch die Aufbewahrung verursachen, leicht abhanden kommen können oder behufs Bezahlung von Schulden des Verstorbenen verkauft werden müssen, veräussern und über die anderen nach Massgabe der Weisungen seiner Regierung verfügen.

Er darf jedoch weder die Gegenstände noch ihren Reinerlös den Erben eher ausantworten, als bis allen Verpflichtungen, welche vom Verstorbenen im Lande des Ablebens übernommen wurden, Genüge geleistet ist, oder bis zwölf Monate, von der erwähnten konsularischen Veröffentlichung an gerechnet, verflossen sind, ohne dass irgend ein Anspruch wider den Nachlass geltend gemacht wurde.

Streitigkeiten, welche aus Ansprüchen wider den Nachlass entstehen mögen, sollen nach den Gesetzen des Gebietes, in welchem der Todesfall stattfand, entschieden werden. Nr. 10873.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Wenn am Orte des Ablebens kein Konsularbeamter des vertragschliessenden Theiles, welchem der Verstorbene angehörte, sich befindet, so hat die zuständige Ortsbehörde nach den Gesetzen ihres Landes zu handeln; sobald aber die Auslieferung des beweglichen Vermögens seitens des betreffenden Konsularbeamten nachgesucht ist, soll dasselbe gegen Empfangsbescheinigung entweder ihm selbst oder einer von ihm unter seiner Verantwortlichkeit zu dem fraglichen Zweck bezeichneten Persönlichkeit ausgeliefert werden.

Artikel 22.

Die beiden vertragschliessenden Theile sind übereingekommen, sich gegenseitig in Angelegenheiten des Handels, der See- und Binnenschifffahrt, sowie des Schutzes ihrer Angehörigen dieselben Rechte und Vortheile einzuräumen, welche sie der meistbegünstigten Nation zugestanden haben oder in Zukunft zugestehen sollten.

Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Theile unmittelbar angrenzenden Staaten zur Erleichterung des Verkehrs in den Grenzonen gewährt hat oder gewähren sollte, dürfen von dem anderen Theile nicht in Anspruch genommen werden, so lange diese Begünstigungen auch allen übrigen nicht angrenzenden Staaten vorenthalten bleiben.

Artikel 23.

Ueber die gegenseitige Auslieferung von Verurtheilten und Angeschuldigten, sowie über die Erledigung von Requisitionen in Strafsachen wird zwischen den vertragschliessenden Theilen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung sollen dem ersuchenden Theile, gegenüber dem ersuchten Theile, dieselben Rechte und Begünstigungen, welche von dem letzteren der meistbegünstigten Nation mit Bezug auf die Auslieferung von Verurtheilten und Angeschuldigten, sowie in Betreff der Erledigung von Requisitionen in Strafsachen eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden sollten, insoweit zustehen, als seitens des ersuchenden Theiles bei Stellung des Antrages für gleichartige Fälle die Gegenseitigkeit dem ersuchten Theile zugesichert wird.

Artikel 24.

Sollte einer der vertragschliessenden Theile der Meinung sein, dass eine Bestimmung des gegenwärtigen Vertrages zu seinem Nachtheile verletzt sei, so wird er alsbald eine mit dem Verlangen der Abhülfe und mit den nöthigen Urkunden und Belägen zur Begründung seiner Beschwerde versehene Auseinandersetzung der Thatsachen dem anderen Theile zugehen lassen, und er wird weder zu einer Massnahme der Wiedervergeltung schreiten, noch Feindseligkeiten begehen, es sei denn, dass die verlangte Genugthuung verweigert oder willkürlich verzögert wird.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Artikel 25.

Der vorliegende Vertrag erstreckt sich auf die mit einem der vertragsschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollvereinten Länder oder Landestheile.

Artikel 26.

Dieser Vertrag soll ratifizirt und es sollen die Ratifikations-Urkunden in Bogotá sobald als möglich ausgetauscht werden.

Der Vertrag soll drei Monate nach dem Tage des Austauschens der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und vom Tage des Inkrafttretens ab zehn Jahre in Geltung bleiben; wenn keiner der vertragsschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine ausdrückliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, soll derselbe für ein weiteres Jahr Geltung behalten und so fort bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung erfolgt sein wird.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Bogotá in zwei Urschriften am dreiundzwanzigsten Juli des Jahres eintausend achthundert und zweiundneunzig.

Lueder.

Marco F. Suárez.

Bogotá, den 23. Juli 1892.

Der unterzeichnete Kaiserlich deutsche Minister-Resident beehrt sich, Seiner Excellenz Herrn Marco F. Suárez, Unterstaatssekretär, beauftragt mit der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten des Freistaates Kolumbien, die nachstehende Mittheilung zu machen:

Mit Bezug auf Artikel 20 Absatz 3 des Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertrages, welcher heute zwischen dem deutschen Reiche und dem Freistaate Kolumbien vereinbart worden ist, herrscht unter den vertragsschliessenden Theilen darüber Einverständnis, dass die kolumbische Regierung, falls sie in Zukunft Schäden einem Nicht-Deutschen ersetzen sollte, welche in Kolumbien von Aufständischen oder wilden Stämmen verursacht sind, obgleich ein Verschulden oder ein Mangel schuldiger Sorgfalt seitens der kolumbischen Behörden oder ihrer Organe nicht vorliegt, die gleiche Entschädigung Deutschen zu gewähren hat, welche sich in ähnlicher Lage befinden.

Der Unterzeichnete benutzt diesen Anlass, um Seiner Excellenz die Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung zu erneuern.

(gez.) Lueder.

Seiner Excellenz Herrn

Marco F. Suárez,

Unterstaatssekretär, beauftragt mit der Leitung des Ministeriums
der auswärtigen Angelegenheiten des Freistaates Kolumbien
etc. etc. etc.

(Uebersetzung.)

Nr. 10378.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Der unterzeichnete Unterstaatssekretär, beauftragt mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, hat die Ehre, Seiner Excellenz Herrn C. Lueder, Minister-Residenten des deutschen Reichs, folgende Mittheilung zu machen:

Mit Bezug auf Artikel 20 Absatz 3 des Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertrages, welcher heute zwischen dem deutschen Reiche und dem Freistaate Kolumbien vereinbart worden ist, herrscht unter den vertragsschliessenden Theilen darüber Einverständnis, dass die kolumbische Regierung, falls sie in Zukunft Schäden einem Nicht-Deutschen ersetzen sollte, welche in Kolumbien von Aufständischen oder wilden Stämmen verursacht sind, obgleich ein Verschulden oder ein Mangel schuldiger Sorgfalt seitens der kolumbischen Behörden oder ihrer Organe nicht vorliegt, — die gleiche Entschädigung Deutschen zu gewähren hat, welche sich in ähnlicher Lage befinden.

Der Unterzeichnete benutzt diese Gelegenheit, um Seiner Excellenz Herrn Lueder den Ausdruck seiner höchsten und vorzüglichsten Hochachtung zu wiederholen.

gez. Marco F. Suárez.

Bogotá, den 23. Juli 1892.

Seiner Excellenz Herrn C. Lueder,
Minister-Residenten des deutschen Reichs.

Denkschrift.

Mit dem Freistaate Kolumbien, früher Neu-Granada, haben die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck unter dem 3. Juni 1854 einen Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertrag abgeschlossen, dessen Ratifikation im Jahre 1857 erfolgte. Wenngleich das im Artikel 25 dieses Vertrages den übrigen Staaten des damaligen Deutschen Bundes vorbehaltene Beitrittsrecht formell niemals ausgeübt worden ist, so wurde doch deutscherseits stets versucht, der kolumbischen Regierung gegenüber den Grundsatz zu vertreten, dass der Geltungsbereich des Vertrages sich thatsächlich auf ganz Deutschland erstrecke.

Diese Auffassung begegnete indess bei der kolumbischen Regierung theoretischen Zweifeln, welche der kolumbische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, nach wiederholter Erörterung der Frage, in einer an den Kongress gerichteten Denkschrift vom 31. Juli 1890 in die Erklärung zusammenfasste, es sei zwar aus Rücksichten („conveniencia“) die Gültigkeit des hanseatisch-neugranadinischen Vertrages „nicht zu verkennen“; der Vertrag bleibe aber selbstverständlich auf die Städte, welche ihn unterzeichneten, beschränkt und sei in keiner Weise auf das gesammte deutsche Reich auszudehnen.

Die ablehnende Haltung, welche die kolumbische Regierung von Anfang an seit Bildung des früheren Norddeutschen Bundes gegen die rechtliche Geltung des hanseatisch-neugranadinischen Vertrages und gegen dessen An-

Nr. 10873.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

wendung auf das deutsche Reich einnahm, veranlasste bereits im Jahre 1883 die Aufnahme einer Anregung des hiesigen kolumbischen Vertreters wegen Abschlusses eines Handels-Vertrages und einer Konsular-Konvention zwischen dem Reiche und Kolumbien. Die zu dem Zwecke eingeleiteten Verhandlungen gelangten jedoch durch die Abberufung des kolumbischen Vertreters zum Stillstand und konnten in Bogotá in Folge der damals dort herrschenden unsicheren Zustände eine Zeit lang nicht fortgesetzt werden. Im Jahre 1886 erst war es dem deutschen Vertreter in Kolumbien wieder möglich, auf die Frage des Vertragsabschlusses zurückzukommen; die mit Unterbrechungen zwei Jahre hindurch fortgeführten Unterhandlungen verliefen indessen gleichfalls ergebnislos, weil die kolumbische Regierung schliesslich erklärte, sie wolle, bevor sie sich überhaupt zum Abschluss von Handels- und Schiffahrtsverträgen verständete, zuvor die Frage prüfen, ob solche Verträge auf Grundlage der Meistbegünstigung oder gebundener Zolltarife zu vereinbaren seien.

Die Verhandlungen ruhten hierauf; erst im Jahre 1891 gelang es, die Vertragsfrage erneut in Fluss zu bringen, nachdem unser Handelsverkehr mit Kolumbien bis dahin stetig zugenommen hatte und beiderseits das Bedürfniss einer festen vertragsmässigen Regelung unserer wirthschaftlichen Beziehungen mehr und mehr fühlbar geworden war.

Ziffermässig gestaltete sich der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Kolumbien in den letzten Jahren wie folgt:

Die Ausfuhr Deutschlands nach Kolumbien betrug im Jahresausserhandel im Jahre 1889: 3 823 000 ₰ und im Jahre 1890: 4 761 000 ₰; die Einfuhr Deutschlands von Kolumbien belief sich im Jahre 1889 auf: 5 101 000 ₰ und im Jahre 1890 auf: 8 890 000 ₰; Hauptausfuhrartikel von Deutschland nach Kolumbien sind Wollen- und Baumwollenwaaren, Eisenwaaren und Bier; Haupteinfuhrartikel von Kolumbien nach Deutschland Tabakblätter, Rohkaffee und Steinnüsse.

Das Ergebniss der mit der Regierung des Freistaates geführten letzten Verhandlungen, denen der Kaiserliche Ministerresident auftragsgemäss die Handelsverträge des Reichs mit San Domingo und bezw. Ecuador zu Grunde gelegt hat, bildet der vorliegende, zu Bogotá am 23. Juli 1892 unterzeichnete Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag, welcher die Zustimmung des kolumbischen Kongresses bereits gefunden hat.

Während Artikel 13 des Vertrages mit den Hansestädten die Meistbegünstigung nur in beschränkter Form enthält, sichert Artikel 22 des neuen Vertrages dem deutschen Handel und der deutschen Schiffahrt diesen Vortheil unbedingt zu. Die grosse Bedeutung dieser Erweiterung der Meistbegünstigung bedarf bei der gegenwärtigen handelspolitischen Lage Amerikas keiner näheren Darlegung.

Dem Verträge hat im Wesentlichen der zwischen dem Reiche und der dominikanischen Republik am 30. Januar 1885 (Reichs-Gesetzblatt 1886 Seite 3) abgeschlossene Vertrag zum Vorbilde gedient. Zu den Abweichungen von dem

letzteren ist — abgesehen von solchen Aenderungen, die lediglich redaktionelle Verbesserungen bezwecken — im Einzelnen Folgendes zu bemerken:

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Die Artikel 4, 5 und 7, welche in veränderter Fassung den Inhalt der Artikel 6 bis 8 des deutsch-dominikanischen Vertrages wiedergeben, sichern den beiderseitigen Staatsangehörigen volle Reziprozität hinsichtlich des Rechtsschutzes. Die Bestimmung des zweiten Absatzes im Artikel 5 entspricht allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts und schliesst sich ausserdem dem Artikel 12 des kolumbischen Fremdengesetzes vom 26. November 1888 an, wonach Ausländer, welche sich an einem Aufruhr beteiligen, wie Kolumbianer behandelt werden sollen.

Der die Ausweisung übelbeleumundeter Individuen betreffende Artikel 6 ist dem Artikel III des Vertrages zwischen dem Reiche und Ecuador vom 28. März 1887 (Reichs-Gesetzblatt 1888 Seite 136) nachgebildet.

Artikel 20 entspricht dem Artikel 18 des deutsch-mexikanischen Vertrages vom 5. Dezember 1882 (Reichs-Gesetzblatt 1883 Seite 247). Analoge Vereinbarungen, wie sie die Absätze 2 und 3 dieses Artikels enthalten, hat die französische Regierung unter Hinweis auf den mit dem vorbezeichneten Artikel des deutsch-mexikanischen Vertrages wesentlich übereinstimmenden Artikel 11 des französisch-mexikanischen Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertrages vom 27. November 1886 in einem besonderen Notenaustausch, welcher den Abschluss der französisch-kolumbischen Konvention vom 30. Mai 1892 begleitete, getroffen. Ferner haben in dem am 27. September v. Js. abgeschlossenen italienisch-kolumbischen Handelsvertrage sachlich gleiche Bestimmungen Aufnahme gefunden, wie sich denn überhaupt der italienische Vertrag dem vorliegenden Abkommen aufs engste anschliesst. Uebrigens entsprechen die in dem Artikel entwickelten Grundsätze dem vom auswärtigen Amt seit einer Reihe von Jahren in zahlreichen Einzelfällen vertretenen Standpunkt, zu dem auch die grossbritannische Regierung auf Grund der Gutachten der englischen Kronjuristen sich mehrfach bekannt hat. Um indessen jede Möglichkeit zu beseitigen, dass bei Ersatz von Rebellenschäden etc. Angehörige einer dritten Nation vor Reichsangehörigen bevorzugt werden könnten, sind zwischen dem kaiserlichen Ministerresidenten in Bogotá und der kolumbischen Regierung die beifolgenden Noten ausgetauscht worden, wonach die kolumbische Regierung, falls sie in Zukunft einem Nichtdeutschen Schäden ersetzen sollte, welche in Kolumbien von Aufständischen oder wilden Stämmen verursacht sind, obgleich ein Verschulden oder ein Mangel schuldiger Sorgfalt seitens der kolumbischen Behörden und ihrer Organe nicht vorliegt, die gleiche Entschädigung Deutschen zu gewähren hat, die sich in ähnlicher Lage befinden.

Artikel 21 spricht den Grundsatz aus, dass bis zum Abschluss einer Konsular-Konvention die beiderseitigen Konsuln die Rechte der Konsuln der meistbegünstigten Nation geniessen sollen. Insbesondere ist ihnen die im hanseatisch-neugranadinischen Vertrage nicht berührte Befugnis der freien Verwahrung und Verwaltung der Nachlässe von solchen ihrer Landsleute bei-

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

gelegt worden, welche im Konsulatsbezirk versterben, ohne in dem Lande, wo der Sterbefall stattfindet, Erben oder Testamentsvollstrecker zu hinterlassen. Der Artikel 21 ersetzt die ausführlichen Vorschriften im Artikel 20 bis 28 des deutsch-dominikanischen Vertrages. Wenn es im Absatz 3 des Artikels heisst, dass Streitigkeiten, welche aus Ansprüchen wider den Nachlass entstehen, nach den Gesetzen des Gebietes, in welchem der Todesfall stattfand, entschieden werden sollen, so ist deutscherseits dabei von der Auffassung ausgegangen worden, dass unter dieser Vorschrift die Gesetze des letzten Wohnorts des Erblassers zu verstehen sind.

Artikel 22 enthält die allgemeine Zusicherung der unbedingten gegenseitigen Meistbegünstigung mit alleiniger Ausnahme der den Nachbarstaaten gewährten Erleichterungen im Grenzverkehr. Neben diesem Artikel, sowie dem die Meistbegünstigung in Bezug auf Handel und Zölle speziell behandelnden Artikel 11 erschien die Aufnahme einer, dem Artikel 4 des deutsch-dominikanischen Vertrages entsprechenden Vorschrift entbehrlich.

Artikel 23 bestimmt, dass bis zum Abschluss eines Auslieferungsvertrages die vertragschliessenden Theile sich in Auslieferungssachen, unter Voraussetzung der Reziprozität bei gleichartigen Fällen, gegenseitig auf dem Meistbegünstigungsfusse behandeln.

Eine Bestimmung über den künftigen Abschluss einer Vereinbarung wegen gegenseitigen Muster- und Markenschutzes, wie im Artikel 5 des deutsch-dominikanischen Vertrages, ist fortgelassen worden, weil zu einer derartigen Abmachung ein Bedürfniss nicht vorhanden war.

Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam 1893*).

Nr. 10374. **FRANKREICH.** — M. Develle, Minister des Auswärtigen, an M. le Myre de Vilers, französischen Bevollmächtigten in Siam. Die französischen Forderungen.

Nr. 10374.
Frankreich.
8. Juli 1893.

Paris, le 8 juillet 1893.

En présence des derniers événements survenus dans la vallée du Mékong et de l'attitude prise à notre égard par le Gouvernement siamois, le Gouvernement de la République a pensé qu'il y aurait intérêt à profiter du voyage que vous vous proposez de faire à Saïgon, pour vous confier le soin de poursuivre, s'il est possible, le règlement amiable des questions actuellement pendantes. || Il a, en conséquence, après en avoir conféré avec vous, décidé de vous envoyer à cet effet à Bangkok, en mission extraordinaire, et vous trouverez sous ce pli les lettres qui vous accréditent auprès du Roi de Siam avec les pouvoirs les plus étendus. || Des ordres vont être donnés pour qu'un bâtiment de guerre vous attende à Singapore, d'où il vous conduira immédiatement à Bangkok. || Comme vous le savez, nos revendications à l'égard du Siam sont de deux sortes. D'une part, nous avons mis le Gouvernement siamois en demeure de retirer les postes qu'il avait établis sur la rive gauche du Mékong au mépris des droits du Cambodge et de l'Annam. D'autre part, nous avons demandé satisfaction pour l'insulte faite à notre drapeau à Tong-Xieng-Kham, pour les mauvais traitements et l'expulsion dont deux de nos compatriotes, MM. Esquilat et Champenois, ont été l'objet l'année dernière à Outhène, pour les vexations infligées à un autre Français, M. Baraton, pour l'enlèvement par surprise du capitaine Thoreux, enfin pour l'assassinat par le mandarin siamois de Kammoun de l'inspecteur Groscurin, suivi du massacre d'un certain nombre de nos miliciens. Les démarches pressantes faites à ce sujet par notre Représentant au Siam sont demeurées jusqu'à présent sans effet, et nous n'avons pu obtenir de la cour de Bangkok que des réponses dilatoires. || Vous aurez

*) Die nachfolgenden Dokumente sind entnommen dem französischen Gelbbuche „Affaires de Siam“ 1893.

Nr. 10374.
Frankreich.
8. Juli 1893.

donc à réclamer du Gouvernement siamois: 1. la reconnaissance de nos revendications territoriales sur la rive gauche du Mékong; 2. les réparations dues pour les incidents que je viens de rappeler, ainsi que le payement d'une indemnité. || Au cas, où le Gouvernement siamois se refuserait à faire droit à ces diverses demandes, vous devriez, à l'expiration du délai que vous auriez fixé, amener le pavillon et quitter Bangkok avec le personnel du Consulat général et les navires de guerre français qui se trouveraient dans le port. Vous aviseriez immédiatement le Commandant de la division navale qui procéderait sans retard à la notification et à l'établissement du blocus. || Je m'empresse, d'ailleurs, d'ajouter que le Gouvernement conserve l'espoir qu'il ne sera pas nécessaire de recourir à des mesures de coercition, et qu'il compte sur votre tact et votre fermeté pour amener la Cour de Bangkok à donner satisfaction à nos légitimes revendications. || Il n'est jamais, vous le savez, entré dans notre pensée de porter atteinte à l'indépendance du Siam. Vous pourrez, si vous le jugez utile, vous expliquer nettement à cet égard avec la Cour de Bangkok et vous attacher à dissiper les craintes qu'elle aurait pu concevoir sur nos intentions. J'appelle, d'ailleurs, votre attention sur l'intérêt qui s'attache à ce que, dans les pourparlers que vous aurez à suivre à Bangkok, vous vous refusiez catégoriquement à entrer en rapport avec d'autres personnes que le Roi ou ses Ministres et repoussiez l'intervention des conseillers étrangers. || Je vous serais reconnaissant de me tenir très exactement au courant, par le télégraphe, de la marche des pourparlers.

J. Develle.

Nr. 10375.
Frankreich.
8. Juli 1893.

Nr. 10375. FRANKREICH. — M. Develle an M. Pavie, französischen Gesandten in Bangkok. Verstärkung des französischen Geschwaders.

Paris, le 8 juillet 1893.

Le Gouvernement anglais ayant résolu d'envoyer plusieurs bâtiments de guerre à Bangkok, en vue de protéger ses nationaux, nous avons décidé de renforcer nos forces navales. Veuillez annoncer au Gouvernement siamois l'arrivée de navires qui rejoindront le Lutin, en précisant qu'il s'agit exclusivement d'une mesure identique aux dispositions dont l'Angleterre et d'autres pays ont pris l'initiative. Il est, d'ailleurs, entendu qu'on ne devra engager aucune hostilité sans qu'il nous en ait été référé, sauf le cas où nos bâtiments seraient attaqués et forcés ainsi de répondre au feu de l'ennemi.

J. Develle.

Nr. 10376. FRANKREICH. — M. Pavie an M. Develle. Geschwader fremder Mächte in Siam. Nr. 10376.
Frankreich.
9. Juli 1893.

Bangkok, le 9 juillet 1893.

Un bâtiment de guerre hollandais vient d'arriver à Bangkok. On annonce qu'une nouvelle canonnière anglaise a mouillé à Kosichan, ce qui porte à trois le nombre des bâtiments britanniques dans les eaux siamoises. Un quatrième est attendu à Paknam. Le Ministre d'Allemagne a demandé à la station navale de Chine d'envoyer à Bangkok une canonnière, qui arrivera le 10.

Pavie.

Nr. 10377. FRANKREICH. — M. Pavie an M. Develle. Verhandlung mit Siam. Nr. 10377.
Frankreich.
11. Juli 1893.

Bangkok, le 11 juillet 1893.

Je viens de recevoir la réponse du Ministre des Affaires étrangères à la communication que je lui ai adressée conformément à vos instructions du 8 de ce mois. Cette réponse porte que le Gouvernement siamois n'a pas reçu du Gouvernement anglais notification de l'intention d'envoyer dans le Ménam un autre bâtiment que la canonnière qui s'y trouve actuellement dans les mêmes conditions que le Lutin; il conclut des termes de notre déclaration que la France n'insistera pas pour envoyer un second navire dans le Ménam, aussi longtemps qu'une autre Puissance n'en aura pas plus d'un. || Je viens de faire connaître au prince Devawongse qu'en attendant votre réponse j'insiste pour que, conformément au traité, l'Inconstant, qui est attendu le 13, mouille à Paknam.

Pavie.

Nr. 10378. FRANKREICH. — M. Develle an M. Pavie. Dasselbe. Nr. 10378.
Frankreich.
13. Juli 1893.

Paris, le 13 juillet 1893.

J'ai reçu du Ministre de Siam une communication semblable à celle dont vous me rendez compte par votre dépêche du 11 de ce mois. Le prince Vadhana a ajouté qu'il croyait devoir prévenir le Gouvernement français que des torpilles avaient été immergées dans la passe. || Veuillez déclarer au prince Devawongse que nous n'admettons à aucun degré les prétentions du Siam et que nous nous réservons d'user à notre convenance des droits formels que nous tenons de l'article 15 du traité de 1856. || Faites prévenir la division navale que le Gouvernement français a décidé qu'aucun navire ne doit franchir la barre pour le moment. Tant qu'aucune autre puissance n'aura pas plus d'un bateau dans la rivière, nous ne changerons rien à la situation. || Avisez, en outre, l'amiral Humann que vous avez expressément réservé auprès du Gouvernement siamois les droits que nous tenons de l'article 15 du traité de 1856.

J. Develle.

Nr. 10379.
Frankreich.
13. Juli 1893.

Nr. 10379. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Siam weist die französischen Forderungen ab.

Bangkok, le 13 juillet 1893.
(Expédié à 10 h. 30 du matin.)

Le Gouvernement siamois persiste dans son refus et déclare que, dans les circonstances présentes, il ne peut consentir à ce que chaque puissance ait plus d'un bateau dans la rivière.

Pavie.

Nr. 10380.
Frankreich.
13. Juli 1893.

Nr. 10380. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Angriff auf die französischen Schiffe.

Bangkok, le 13 juillet 1893.
(Expédié à 10 h. 15 du soir.)

Au moment, où ils passaient la barre, l'Inconstant et la Comète ont été attaqués par les forts siamois. Après le dixième coup de canon, ils ont riposté et forcé la passe. Ils ont mouillé devant la Légation de France à Bangkok. Un de nos marins a été tué, deux ont été blessés.

Pavie.

Nr. 10381.
Frankreich.
14. Juli 1893.

Nr. 10381. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie. Protest.

Paris, le 14 juillet 1893.

Veillez provoquer immédiatement les explications du Ministre des Affaires étrangères sur les faits relatés dans votre dépêche en date d'hier soir. Le Gouvernement siamois était prévenu de nos intentions pacifiques et il ne pouvait ignorer que nous avons envoyé des instructions à l'amiral Humann pour que nos navires s'arrêtassent à la barre. J'en avais avisé le prince Vadhana. Il y a, dans ces conditions, un véritable guet-apens qui ne peut être justifié. Protestez avec la plus grande énergie en déclinant la responsabilité des conséquences éventuelles de l'initiative assumée par le Gouvernement siamois. || Les navires devront rester mouillés devant Bangkok. Toutefois, ils ne recommenceront le feu que s'ils sont attaqués ou sous le coup de menaces.

J. Develle.

Nr. 10382.
Frankreich.
15. Juli 1893.

Nr. 10382. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Plünderung eines Schiffes.

Bangkok, le 15 juillet 1893.

Le J.-B.-Say, vapeur des messageries maritimes de Cochinchine, passait la barre le 13, en même temps que nos bâtiments. Un projectile siamois

l'obligea à s'échouer. La réparation ayant été faite dans la nuit, il allait monter le 14, lorsque des Siamois vinrent s'en emparer, ouvrirent les prises d'eau, pillèrent le bateau, s'emparèrent des lettres confiées par l'amiral au capitaine, firent l'équipage prisonnier et, finalement, vinrent le déposer cette nuit devant l'hôtel de la Légation à Bangkok.

Nr. 10382.
Frankreich.
15. Juli 1893.

Pavie.

Nr. 10383. FRANKREICH. — M. Pavie an M. Develle. Misshandlung eines französischen Offiziers.

Nr. 10383.
Frankreich.
17. Juli 1893.

Bangkok, le 17 juillet 1893.

J'avais prié le commandant du Forfait, d'accord avec le Ministre des Affaires étrangères, de venir à Bangkok. Il remarqua, en passant en canot à vapeur devant le J.-B.-Say, que le pavillon français était hissé au grand mât, au-dessous du pavillon siamois; il fit amener les deux pavillons et continua sa route. Un peu après, il fut rejoint par une chaloupe portant un officier européen et une quinzaine d'hommes armés, fut arrêté, insulté et menacé d'être fusillé. Grâce à son sang-froid, il se dégagea de cette agression. J'ai protesté énergiquement auprès du Gouvernement siamois.

Pavie.

Nr. 10384. FRANKREICH. — M. Pavie an M. Develle. Die siamesische Regierung hätte den Angriff verhindern können.

Nr. 10384.
Frankreich.
18. Juli 1893.

Bangkok, le 18 juillet 1893.

Il résulte de la déclaration que vient de me faire le Ministre des Affaires étrangères que le télégramme du Ministre de Siam à Paris était arrivé à 11 heures du matin le 13 juillet. Le Gouvernement siamois avait donc le temps nécessaire pour empêcher l'attaque, qui a commencé à 6 h. 6 m. du soir; en effet Bangkok est relié par le télégraphe à Paknam et par le téléphone aux forts de la pointe ouest.

Pavie.

Nr. 10385. FRANKREICH. — M. Develle an M. Pavie. Französisches Ultimatum.

Nr. 10385.
Frankreich.
19. Juli 1893.

Paris, le 19 juillet 1893.

Nous sommes aujourd'hui en mesure d'apprécier la gravité des récents incidents et les responsabilités nouvelles qui sont venues s'ajouter à celles que le Gouvernement siamois avait déjà encourues vis-à-vis de nous. Nous étions en droit de penser que la Cour de Bangkok serait la première à se rendre

Nr. 10385.
Frankreich.
19. Juli 1893.

compte de cette situation. Vos dernières dépêches indiquent au contraire que l'on persiste au Siam dans l'attitude dilatoire opposée jusqu'ici à nos légitimes revendications et que nous ne saurions tolérer plus longtemps. || Veuillez vous rendre immédiatement auprès du prince Devawongse. Vous lui signalerez une dernière fois les conséquences auxquelles son Gouvernement — dont nous n'entendons, d'ailleurs, à aucun degré menacer l'indépendance, — s'exposerait en ne nous accordant pas immédiatement satisfaction. Enfin, vous lui remettrez une communication ainsi conçue: || „Le Gouvernement français exige: || 1° La reconnaissance formelle par le Siam des droits de l'Empire d'Annam et du Royaume du Cambodge sur la rive gauche du Mékong, et sur ses îles; || 2° L'évacuation des postes siamois établis sur la rive gauche du Mékong, dans un délai qui ne pourra excéder un mois; || 3° Les satisfactions que comportent les incidents de Tong-Xieng-Kham et de Kam-Mon et les agressions dont nos navires et nos marins ont été l'objet dans la rivière du Ménam; || 4° Le châtement des coupables et les réparations pécuniaires dues aux familles des victimes; || 5° Une indemnité de deux millions de francs pour les divers dommages causés à nos nationaux; || 6° Le dépôt immédiat d'une somme de trois millions de francs en piastres pour garantir ces réparations pécuniaires et ces indemnités, ou, à défaut, la remise à titre de gage de la perception des fermes et revenus des provinces de Battambang et de Siem-Real. || Le Gouvernement siamois devra faire connaître dans un délai de quarante-huit heures s'il accepte ces conditions. Dans ce cas, l'accord sera constaté par un échange de lettres entre le Prince Devawongse et le Ministre de France. || A défaut de réponse, ou en cas de refus, à l'expiration dudit délai, le Ministre de France quittera Bangkok et se retirera à bord du Forfait. || Le blocus sera immédiatement déclaré sur les côtes du Siam. || Si dans le trajet de Bangkok à la barre un acte hostile se produit contre nos canonnières, le Gouvernement siamois est avisé qu'il s'expose à des représailles immédiates.“ || Si vous n'avez pas reçu une réponse satisfaisante dans les formes expresses indiquées plus haut, à l'expiration du délai de quarante-huit heures, vous rejoindrez le Forfait avec les trois canonnières après avoir prévenu l'amiral Humann, qui reçoit de son côté les instructions nécessaires. || J'ai la confiance que votre expérience et votre dévouement vous permettront de vous acquitter de votre mission dans les conditions les plus propres à ménager tous les intérêts qui se recommandent à notre sollicitude dans les circonstances actuelles.

J. Develle.

Nr. 10386.
Frankreich.
20. Juli 1893.

Nr. 10386. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie. Mittheilung der Abreise von Myre de Vilers.

Paris, le 20 juillet 1893.

Le Gouvernement avait décidé, antérieurement aux derniers incidents du Ménam, de profiter du voyage à Saïgon de M. le Myre de Vilers, député de

la Cochinchine, pour l'envoyer en mission extraordinaire à Bangkok en vue de hâter le règlement des questions pendantes. M. le Myre de Vilers s'est embarqué le 9 de ce mois: un bâtiment de guerre devait l'attendre à Singapore et l'emmener au Siam. Je viens de l'aviser à Aden des derniers événements et de lui annoncer qu'il recevra à Singapore de nouvelles instructions. Si le Gouvernement siamois accepte les bases fixées par nous, M. le Myre de Vilers se rendra à Bangkok pour procéder à la conclusion de l'arrangement définitif. J'ai vu hier le Prince Vadhana et je lui ai fait connaître les résolutions du Gouvernement français.

J. Develle.

Nr. 10387. FRANKREICH. — M. Pavie an M. Develle. Siam lehnt das Ultimatum ab.

Nr. 10387.
Frankreich.
20. Juli 1893.

Bangkok, le 22 juillet 1893.

La réponse du Gouvernement siamois vient de me parvenir. Il ne cède la rive gauche que jusqu'au dix-huitième degré. Je lui fais connaître que sa réponse n'étant pas pleinement satisfaisante, je quitterai Bangkok le 26 juillet avec les canonnières.

Pavie.

Nr. 10388. FRANKREICH. — M. Develle an M. Pavie. Frankreich besteht auf seinen Forderungen.

Nr. 10388.
Frankreich.
22. Juli 1893.

Paris, le 22 juillet 1893.

J'ai reçu la visite du Ministre de Siam, qui m'a demandé, au nom de son Gouvernement, une prolongation du délai fixé pour l'acceptation de nos conditions; j'ai répondu négativement.

J. Develle.

Nr. 10389. FRANKREICH. — M. Develle an M. Pavie. Die niederländische Regierung soll den Schutz der französischen Interessen übernehmen.

Nr. 10389.
Frankreich.
23. Juli 1893.

Paris, le 23 juillet 1893.

La réponse du Gouvernement siamois ne nous donnant pas satisfaction, j'approuve les dispositions que vous avez prises en vue de quitter Bangkok. J'avise le Gouvernement néerlandais des motifs qui nous mettent dans la nécessité de recourir aux bons offices de son représentant à Bangkok, en lui demandant d'autoriser celui-ci par le télégraphe à se charger de la protection des intérêts français au Siam.

J. Develle.

Nr. 10390.
Frankreich.
26. Juli 1893.

Nr. 10390. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Abreise des französischen Gesandten.

Paknam, le 26 juillet 1893.

Nous avons mouillé hier ici après avoir quitté Bangkok à 3 heures. Nous avons été salués par tous les pavillons consulaires. Le départ a eu lieu sans incident; nous passons la barre ce soir à 5 heures.

Pavie.

Nr. 10391.
Frankreich.
20. Juli 1893.

Nr. 10391. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie, durch Vermittlung des niederländischen Generalkonsuls in Bangkok. Siam giebt nach.

Paris, le 29 juillet 1893.

Le Ministre de Siam est venu m'annoncer ce matin que son Gouvernement acceptait sans réserves les conditions de l'ultimatum. J'ai réservé ma réponse jusqu'à ce que j'aie pu en entretenir le Conseil des Ministres.

J. Develle.

Nr. 10392.
Siam.
29. Juli 1893.

Nr. 10392. **SIAM.** — Der Gesandte Siams in Paris an den Minister des Auswärtigen. Annahmeder französischen Vorschläge.

Paris, le 29 juillet 1893.

Mon Auguste Souverain, S. M. le Roi de Siam, ayant, avec de sincères regrets, constaté que la réponse faite par son Gouvernement à la Note comminatoire du 20 juillet dernier et aux conditions à lui imposées par celle-ci fut considérée comme ne donnant pas toutes les satisfactions que le Gouvernement de la République réclamait, j'ai été chargé par mon Gouvernement de porter à la connaissance de Votre Excellence que S. M. le Roi de Siam, inspiré par les meilleurs sentiments d'amitié pour la France, acceptait, sans réserve, les réclamations du Gouvernement de la République. || Je viens confirmer, par les présentes, ce que j'ai eu l'honneur de communiquer verbalement à Votre Excellence au cours de l'entrevue qu'Elle a bien voulu m'accorder ce matin, et je viens préciser, autant que possible, les motifs qui avaient amené S. M. le Roi à accepter définitivement les conditions de la France. C'était: || 1° Pour apaiser et mettre fin à l'excitation, de jour en jour grandissante, de la population de Bangkok, excitation qui menaçait la vie et la propriété des indigènes comme des étrangers; || 2° Pour le repos et le bonheur de son peuple; || 3° Pour le maintien de la paix; || 4° Pour sauvegarder les intérêts du commerce; || 5° Pour renouveler les relations diplomatiques à Bangkok entre le Siam et la France, relations interrompues d'une façon

regrettable; || 6° Pour reprendre les traditions d'un amical et cordial voisinage, et dans l'intérêt des deux nations. || Je me félicite d'avoir l'honneur de porter ce qui précède à la connaissance de Votre Excellence, et je ne doute point que le Gouvernement de la République, pour mettre, de son côté, fin au différend qui s'est élevé entre le Siam et la France, ne donne les contre-ordres nécessaires en ce qui concerne le blocus que la flotte française, actuellement dans le golfe de Siam, se préparait à établir.

Vadhana.

Nr. 10393. **FRANKREICH.** — M. Develle an Prinz Vadhana, Gesandten Siams in Paris. Antwort auf das Vorige. Nr. 10393.
Frankreich.
29. Juli 1893.

Paris, le 30 juillet 1893.

(Note.)

Le retard apporté par le Gouvernement siamois à accepter l'ultimatum, qui lui a été remis par le Ministre-Résident de France à Bangkok le 20 juillet, autorisait le Gouvernement de la République française à en aggraver les conditions. || Désireux de donner une nouvelle preuve des sentiments de modération qui l'ont constamment inspiré, le Gouvernement français se contentera, comme garantie indispensable de l'exécution pratique des clauses de l'ultimatum, d'occuper la rivière et le port de Chantaboun jusqu'à la complète et pacifique évacuation des postes établis par les Siamois sur la rive gauche du Mékong. || D'autre part, en vue de garantir les bonnes relations heureusement rétablies entre la France et le Siam et de prévenir tout conflit dans la région du Grand-Lac et du Mékong, le Gouvernement siamois s'engagera à n'entretenir désormais aucune force militaire à Battambang et à Siem-Reap ainsi que dans les localités situées dans un rayon de 25 kilomètres sur la rive droite du Mékong à partir des frontières du Cambodge. Il y maintiendra seulement le personnel de police nécessaire pour assurer l'ordre. En outre, il s'abstiendra d'entretenir ou de faire circuler des navires et embarcations armés sur les eaux du Grand-Lac et sur celles du Mékong. || Le Gouvernement français se réserve d'établir des consulats à M-Nan et à Khorat. || L'acceptation par le Siam de ces garanties permettra au Gouvernement français de lever immédiatement le blocus.

Nr. 10394. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Le Myre de Vilers, durch Vermittlung des französischen Konsuls in Singapore. Instruction zu den Friedensverhandlungen. Nr. 10394.
Frankreich.
1. Aug. 1893.

Paris, le 1^{er} août 1893.

Le Siam vient d'accepter les conditions de notre ultimatum et de souscrire aux garanties complémentaires que nous avons dû lui demander. Je vous

Nr. 10394. Frankreich.
1. Aug. 1893. prie de vous rendre directement à Bangkok sur un de nos bâtiments qui ira incessamment se mettre à votre disposition. L'arrangement que vous aurez à soumettre au Gouvernement siamois devra naturellement reproduire les différentes clauses dont le principe a été accepté par lui. Il vous appartiendra d'y introduire les dispositions qui vous paraîtraient de nature à garantir les bonnes relations heureusement rétablies entre nous et le Siam et à prévenir toute difficulté pour l'avenir.

J. Develle.

Nr. 10395. Frankreich.
1. Aug. 1893. **Nr. 10395. FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie, durch Vermittlung des niederländischen General-Konsuls in Bangkok. Dasselbe.

Paris, le 1^{er} août 1893.

J'ai reçu ce matin le Prince Vadhana, qui est venu m'annoncer que le Gouvernement siamois souscrivait aux garanties réclamées par la note du 30 juillet. Le Prince Devawongse vous fera part à vous-même de l'acceptation du Gouvernement siamois. Dès que vous aurez échangé avec le Prince Devawongse les communications écrites constatant l'acceptation formelle de l'ultimatum et des garanties complémentaires, vous en donnerez avis à l'amiral Humann, qui lèvera alors le blocus et occupera simultanément la rivière de Chantaboun. Prenez toutes les précautions nécessaires d'accord avec les autorités siamoises pour que cette opération ne donne lieu à aucun incident. || Je vous autorise à vous réinstaller à Bangkok. M. Le Myre de Vilers y arrivera incessamment. || La solution de notre conflit avec le Siam a été accueillie en France avec satisfaction. || J'ai apprécié l'utilité de votre concours dans ces circonstances et je tiens à vous en exprimer mes remerciements.

J. Develle.

Nr. 10396. Frankreich.
6. Aug. 1893. **Nr. 10396. FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Offizielle Annahme des Ultimatums durch Siam.

Bangkok, le 6 août 1893.

Kosichan, le 6 août 1893.

Le Ministre des Affaires étrangères vient de me faire parvenir la lettre dont il m'avait annoncé l'envoi et qui est ainsi conçue: || "J'ai l'honneur de confirmer formellement l'acceptation par le Gouvernement de Sa Majesté de l'Ultimatum du 20 juillet et des garanties complémentaires contenues dans la Note de Paris du 30 juillet." || Un haut fonctionnaire est arrivé pour m'accompagner à Bangkok, et aussi un envoyé qui doit se rendre à Chantaboun avec le Lutin.

Pavie.

Nr. 10397. FRANKREICH. — M. Le Myre de Vilers an M. Develle. Nr. 10397.
Frankreich.
1. Oct. 1893.
Bangkok, le 1^{er} octobre 1893.

Le Traité et la Convention sont signés. Je vous envoie par lettre le texte des instruments.

Le Myre de Vilers.

Nr. 10398. FRANKREICH. — M. Le Myre de Vilers an M. Develle. Nr. 10398.
Frankreich.
5. Oct. 1893.
Bericht über eine Audienz beim Könige von Siam.
Bangkok, le 5 octobre 1893.

Je vous serais reconnaissant de faire parvenir à M. le Président de la République le télégramme suivant: || "Au cours de l'audience de congé que le Roi m'a accordée à son palais de Bangpoin, Sa Majesté m'a chargé de vous exprimer ses sentiments d'amitié et de vous assurer que son Gouvernement exécuterait scrupuleusement le Traité. Sa Majesté m'a répété plusieurs fois que les intérêts de son Royaume exigeaient impérieusement une entente cordiale avec la France, et qu'Elle apporterait tous ses soins à la maintenir."

Le Myre de Vilers.

Nr. 10399. FRANKREICH und SIAM. — Vertrag zwischen Frankreich und Siam. Nr. 10399.
Frankreich
und Siam.

Le Président de la République française et Sa Majesté le Roi de Siam, voulant mettre un terme aux contestations survenues dans ces derniers temps entre les deux États et consolider les relations d'amitié qui existent depuis des siècles entre la France et le Siam, ont nommé pour leurs plénipotentiaires: || Le Président de la République française, || M. Charles-Marie Le Myre de Vilers, Grand-Officier de la Légion d'Honneur et de l'Éléphant Blanc, Ministre plénipotentiaire de première classe, député, || Et Sa Majesté le Roi de Siam, || Son Altesse Royale le Prince Devawongse Varoprakar, Chevalier de l'Ordre de Maha Chakrkri, Grand-Officier de la Légion d'Honneur, etc., Ministre des Affaires étrangères, || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs et les avoir reconnus en due et bonne forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Le Gouvernement siamois renonce à toute prétention sur l'ensemble des territoires de la rive gauche du Mékong et sur les îles du fleuve.

Article II.

Le Gouvernement siamois s'interdit d'entretenir ou de faire circuler des embarcations ou des bâtiments armés sur les eaux du Grand-Lac, du Mékong et de leurs affluents situés dans les limites visées à l'article suivant.

Nr. 10899.
Frankreich
und Siam.

Article III.

Le Gouvernement siamois ne construira aucun poste fortifié ou établissement militaire dans les provinces de Battambang et de Siem-Reap et dans un rayon de vingt-cinq kilomètres sur la rive droite du Mékong.

Article IV.

Dans les zones visées par l'article III, la police sera exercée selon l'usage, par les autorités locales, avec les contingents strictement nécessaires. Il n'y sera entretenu aucune force armée régulière ou irrégulière.

Article V.

Le Gouvernement siamois s'engage à ouvrir, dans un délai de six mois, des négociations avec le Gouvernement français en vue du règlement du régime douanier et commercial des territoires visés à l'article III et de la revision du traité de 1856. Jusqu'à la conclusion de cet accord, il ne sera pas établi de droit de douane dans la zone visée à l'article III. La réciprocité continuera à être accordée par le Gouvernement français aux produits de ladite zone.

Article VI.

Le développement de la navigation du Mékong pouvant rendre nécessaires sur la rive droite certains travaux ou l'établissement de relais de batellerie et de dépôts de bois et de charbon, le Gouvernement siamois s'engage à donner, sur la demande du Gouvernement français, toutes les facilités nécessaires à cet effet.

Article VII.

Les Citoyens, sujets ou ressortissants français pourront librement circuler et commercer dans les territoires visés à l'article III, munis d'une passe délivrée par les autorités françaises. La réciprocité sera accordée aux habitants desdites zones.

Article VIII.

Le Gouvernement français se réserve d'établir des Consuls où il le jugera convenable dans l'intérêt de ses ressortissants, et notamment à Korat et à Muang-Nan.

Article IX.

En cas de difficultés d'interprétation, le Texte français fera seul foi.

Article X.

Le présent traité devra être ratifié dans un délai de quatre mois à partir du jour de la signature. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs sus-nommés ont signé le présent Traité en duplicata et y ont apposé leurs cachets.

Fait au Palais de Vallabha, à Bangkok, le 3 octobre 1893.

Le Myre de Vilers.

Devawongse-Varoprakar.

Convention.

Nr. 10399.
Frankreich
und Siam.

Les Plénipotentiaires ont arrêté dans la présente Convention les différentes mesures et les dispositions qu'entraîne l'exécution du Traité de paix signé en ce jour et de l'Ultimatum accepté le 5 août dernier.

Article I.

Les derniers postes militaires siamois de la rive gauche du Mékong devront être évacués dans le délai maximum d'un mois à partir du 5 septembre.

Article II.

Toutes les fortifications de la zone visée à l'article III du Traité en date de ce jour devront être rasées.

Article III.

Les auteurs des attentats de Tong-Xieng-Kham et de Kammoun seront jugés par les autorités siamoises; un représentant de la France assistera au jugement et veillera à l'exécution des peines prononcées. Le Gouvernement français se réserve le droit d'apprécier si les condamnations sont suffisantes, et, le cas échéant, de réclamer un nouveau jugement devant un tribunal mixte dont il fixera la composition.

Article IV.

Le Gouvernement siamois devra remettre à la disposition du Ministre de France à Bangkok ou aux autorités françaises de la frontière tous les sujets français, annamites, laotiens de la rive gauche et les Cambodgiens détenus à un titre quelconque; il ne mettra aucun obstacle au retour sur la rive gauche des anciens habitants de cette région.

Article V.

Le Bam-Bien de Tong-Xieng-Kham et sa suite seront amenés par un délégué du Ministre des Affaires étrangères à la Légation de France, ainsi que les armes et le pavillon français saisis par les autorités siamoises.

Article VI.

Le Gouvernement français continuera à occuper Chantaboun jusqu'à l'exécution des stipulations de la présente Convention et notamment jusqu'à complète évacuation et pacification tant de la rive gauche que des zones visées à l'article III du Traité en date de ce jour. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait double au Palais de Vallabha, à Bangkok, le 3 octobre 1893.

Le Myre de Vilers.

Devawongse-Varoprakar.

Die Neufundländer Fischereifrage*).

Nr. 10400.
Frankreich.
23. März 1891.

Nr. 10400. FRANKREICH. — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Einbringung des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 11. März seitens der englischen Regierung.

Londres, le 22 mars 1891.

Les négociations étant terminées au sujet de Terre-Neuve, le Gouvernement anglais se préoccupe à présent de préparer l'exécution des arrangements intervenus. || Lord Salisbury a pris le parti de s'adresser directement au Parlement impérial et de lui demander de donner aux commandants des forces navales anglaises les pouvoirs que leur conteste le Parlement de Saint-Jean. || Il a commencé par faire présenter le projet de loi à la Chambre des Lords, où il n'a pas soulevé d'opposition en première lecture. Lord Knutsford, Ministre des Colonies, s'était chargé, le 19, de cette présentation, et Lord Kimberley, du parti libéral, avait répondu à ses déclarations très catégoriques par l'expression d'une confiance dont Lord Salisbury s'est empressé de prendre acte dans un discours. || A la Chambre des Communes, deux députés libéraux, Sir J.-P. Hennessy et M. S. Hill, ont demandé: || 1° S'il était vrai qu'on eût négligé de consulter la Colonie sur le projet de loi; || 2° Si on attendrait les délégués du Parlement de Saint-Jean, qui demandent à être entendus. || Sir J. Fergusson a répondu à la première question que le Gouvernement de Terre-Neuve, ayant déjà manifesté d'avance son opposition, on n'avait pas cru devoir le consulter et, quant à la seconde, M. W.-H. Smith, premier Lord de la Trésorerie, a déclaré que la question était d'une importance si grave qu'il demandait, avant d'y répondre, à se consulter avec ses collègues, et il a remis sa réponse à lundi. || Hier, j'ai interrogé Lord Salisbury à ce sujet. Il m'a dit que le Gouvernement s'attendait à la démarche de la législature de Terre-Neuve et qu'il donnerait le temps aux délégués d'arriver à Londres et de faire

*) Die nachfolgenden Dokumente 10400—10427 sind entnommen dem französischen Gelbbuche „Affaires de Terre-Neuve“ 1892.

valoir leurs griefs; mais il est résolu à passer outre ensuite et il espère que le bill sera voté pour la fin d'avril. Lord Salisbury tient absolument à ce que l'arrangement relatif à l'arbitrage soit fidèlement exécuté, et, dans un précédent entretien, il m'a dit qu'il en ferait une question de cabinet.

Nr. 10400.
Frankreich.
32. März 1891.

Waddington.

Nr. 10401. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Text des Gesetzes.

Nr. 10401.
Frankreich.
15. April 1891.

Londres, le 15 avril 1891.

Lord Kimberley a demandé hier à la Chambre des Lords quand le Gouvernement se proposait de procéder à la seconde lecture du bill relatif à l'arbitrage de Terre-Neuve et au renouvellement du *modus vivendi*; il a exprimé en même temps le regret qu'éprouveraient les Délégués en arrivant ce soir ou demain matin à Londres de n'y pas trouver le Premier Ministre. Lord Knutsford, en annonçant pour lundi le commencement de la discussion et en déposant le texte ci-joint du bill, a profité de l'occasion pour faire savoir que les Délégués seraient admis à présenter eux-mêmes devant le Parlement leurs objections.

d'Estournelles de Constant.

Annexe à la Dépêche du Baron d'Estournelles de Constant à M. Ribot, en date du 15 avril 1891.

A Bill Intituled

an Act to revive certain sections of an Act of the fifth year of the reign of King George the Fourth, chapter fifty-one, for the purpose of carrying into effect engagements with France respecting Fisheries in Newfoundland.

Whereas divers engagements beginning in the year one thousand seven hundred and thirteen have been entered into between Great Britain and France respecting the Newfoundland fisheries: || And whereas for the purpose of carrying into effect such engagements (in this Act referred to as the Newfoundland fishery engagements) the Act of 1824 mentioned in the Schedule to this Act enacted the sections set out in that schedule: || And whereas a legislature known as the General Assembly was duly constituted in and for Newfoundland, in the year one thousand eight hundred and thirty-two; || And whereas in view of the powers so vested in the Legislature of Newfoundland, the Act of 1824, which was a temporary Act, was continued for a limited time only, and was allowed to expire on the thirty-first day of December one thousand eight hundred and thirty-four; but the Legislature of Newfoundland

Nr. 10401.
Frankreich.
15 April 1891.

have made no provision of a similar character: || And whereas since the expiration of the Act of 1824, the officers of Her Majesty's ships have continued as before to carry into effect under Her Majesty's orders and instructions the Newfoundland fishery engagements, and recently, in consequence of the absence of legislative provision, doubts have arisen as to the powers of the said officers for that purpose: || And whereas differences have arisen between the United Kingdom and France with respect to the Newfoundland fishery engagements, and negotiations are in progress with a view to arrange such differences, by referring the questions in dispute to arbitration, and pending the completion of such negotiations temporary arrangements may from time to time be necessary, and it is expedient to remove the above doubts, and revive the enactments set out in the Schedule to this Act, and apply the same to any temporary arrangements that may be made as aforesaid, and to any permanent arrangement with respect to such differences: || Be it therefore enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, as follows: || 1. — (1). The enactments set out in the Schedule to this Act shall be revived and have full effect, and the treaty or treaties therein named shall include not only the Newfoundland fishery engagements but also any temporary arrangement made with France either before or after the passing of this Act for adjusting the differences arising out of those engagements. || (2). If any permanent arrangement is made between the United Kingdom and France with respect to the differences which have arisen upon the Newfoundland fishery engagements, it shall be lawful for Her Majesty, by Order in Council, to direct that the enactments hereby revived shall apply, and the same shall apply accordingly as if such permanent arrangement were a treaty mentioned in the said enactments: || (3.) Provided that before such Order is made, the draft thereof shall have been communicated to the Government of Newfoundland, and lain on the table of both Houses of the Imperial Parliament for not less than one month. 2. Where Her Majesty the Queen in Council is satisfied, that by any law made before or after the passing of this Act by the Legislature of Newfoundland, sufficient provision is made for carrying into effect under Her Majesty's orders and instructions the Newfoundland fishery engagements, or any such arrangement as above in this Act mentioned, it shall be lawful for Her Majesty in Council to suspend the operation of this Act, or any part thereof, so long as such law continues in force and no longer, and to direct that such law or any part thereof shall have effect with or without modifications and alterations as if it were part of this Act, and any Order in Council so made shall have full effect. || 3. This Act may be cited as the Newfoundland Fisheries Act, 1891.

Schedule.

Enactments of Act of 1824 applied.

Nr. 10401.
Frankreich.
15. April 1891.

5 Geo. 4. c. 51., intituled. "An Act to repeal several laws relating to the fisheries carried on upon the Banks and Shores of Newfoundland, and to make provision for the better conduct of the said Fisheries for five years, and from thence to the end of the then next session of Parliament."

Section XII.

It shall and may be lawful for His Majesty, His Heirs and Successors, by advice of His or their Council, from Time to Time to give such Orders and Instructions to the Governor of Newfoundland, or to any Officer or Officers on that Station, as He or they shall deem proper and necessary to fulfil the purposes of any Treaty or Treaties now in force between His Majesty and any Foreign State or Power; and in case it shall be necessary to that end to give Orders and Instructions to the Governor, or other Officer or Officers aforesaid, to remove or cause to be removed any Stages, Flakes, Train vats, or other Works whatever, for the Purpose of carrying on the Fishery, erected by His Majesty's Subjects on that Part of the Coast of Newfoundland which lies between Cape Saint John passing to the North, and descending to the Western Coast of the said Island to the Place called Cape Raye, and also all Ships, Vessels and Boats belonging to His Majesty's Subjects which shall be found within the Limits aforesaid; and also, in case of Refusal to depart from within the Limits aforesaid, to compel any of His Majesty's Subjects to depart from thence; any Law, Custom, or Usage to the contrary notwithstanding.

Section XIII.

If any Person or Persons shall refuse, upon Requisition made by the Governor, or any Officer or Officers acting under him in pursuance of His Majesty's Orders or Instructions as aforesaid, to depart from within the Limits aforesaid, or otherwise to conform to such Requisitions and Directions as such Governor or other Officer as aforesaid shall make or give for the Purposes aforesaid, every such Person or Persons so refusing or otherwise offending against the same, shall forfeit the Sum of fifty Pounds sterling Money: Provided always, that every such Suit or Prosecution, if the same is commenced in Newfoundland, shall be commenced within One Year, and if commenced in any of His Majesty's Courts of Record at Westminster, within Two Years from the Time of the Commission of such Offence.

Nr. 10402. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Die Neufundländer Delegation im englischen Oberhause. Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

Londres, 23 avril 1891.

Les délégués de Terre-Neuve ont été admis tantôt, sur la proposition de Lord Dunraven à la barre de la Chambre des Lords. Le premier Ministre

No. 10402. de la Colonie, Sir W. Whiteway, a lu un long plaidoyer contenant l'histoire
 Frankreich. de la question et les objections de la Colonie tant à l'adoption du „Bill
 23 April 1891. Knutsford“, qu'à l'application de l'arrangement anglo-français. La conclusion
 de ce document est que le Gouvernement de Terre-Neuve consentirait à accepter
 et à assurer lui-même le renouvellement et l'exécution du *modus vivendi*, mais
 à la condition que l'arbitrage fût général et non pas limité. || La Chambre des
 Lords, sur la proposition de Lord Knutsford, a décidé d'ajourner la discussion
 à lundi prochain. Votre Excellence trouvera ci-joint le texte du memorandum
 lu par Sir W. Whiteway.

Waddington.

Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot, en date du 23 avril 1891.

Mémoire lu à la Chambre des Lords, le 23 avril 1892,
 par Sir William Whiteway.

May it please your Lordships,

On behalf of the Legislature of Newfoundland, I beg to express deep
 gratitude for the great privilege which has been conceded to its Delegates by
 your Lordships in permitting us to appear at the Bar of this most noble and
 august assembly, to express the Legislature's objections to the Bill entitled
 "An Act to revive certain Sections of an Act of the Fifth Year of the reign
 of George IV., chap. 51, for the purpose of carrying into effect engagements
 with France respecting Fisheries in Newfoundland." || I shall express those ob-
 jections as concisely as possible. || It will not be necessary to tire your Lord-
 ships by reading those portions of the treaties and declarations which refer
 to Newfoundland, with all of which you are already familiar; and I will there-
 fore content myself with saying that the 13th article of the Treaty of Utrecht
 (1713) was revived by the 5th article of the Treaty of Paris (1763), and
 that the Treaty of Versailles (1783) again restored the fishery rights of the
 French to their position under the Treaty of Utrecht. The Treaty of Paris
 (1814) restored matters to the status they were in 1792, under the Treaty
 of Versailles, and in 1815 the third Treaty of Paris confirmed the treaty
 made in the previous year. Your Lordships attention is particularly drawn to
 the 6th article of the Treaty of Paris (1763), to the 4th article of the
 Treaty of Versailles (1783) and to the declarations which accompanied the
 latter treaty.

History of Legislation.

A brief history of the legislation in connection with the Treaties and
 Declarations will be found instructive and significant when the arguments
 which I shall venture to adduce come to be considered. || It is a remarkable
 fact that for 75 years—from 1713 to 1788—no legislation seems to have
 taken place with reference to the execution of the Treaties of Utrecht, Paris,

or Versailles. The first Act upon the subject was passed in July, 1788—five years after the Treaty of Versailles was signed. It first set forth the engagements made by the treaties and declarations accompanying the Treaty of Versailles, and then enacted as follows:

Nr. 10408.
Frankreich.
23. April 1891.

Section I.

“It shall and may be lawful for his Majesty, his heirs and successors, by advice of Council, from time to time to give such orders and instructions to the Governor of Newfoundland, or to any officer or officers on that station, as he or they shall deem proper and necessary to fulfil the purposes of the definitive treaty and declaration aforesaid; and, if it shall be necessary to that end, to give orders and instructions to the Governor, or other officer aforesaid, to remove or cause to be removed any stages, flakes, train vats, or other works whatever, for the purpose of carrying on fishery, erected by his Majesty’s subjects on that part of the coast of Newfoundland which lies between Cape St. John passing to the north, and descending by the western coast of the said island to the place called Cape Raye, and also all ships, vessels and boats belonging to his Majesty’s subjects which shall be found within the limits aforesaid; and also, in case of refusal to depart from within the limits aforesaid, to compel any of his Majesty’s subjects to depart from thence; any law, custom, or usage to the contrary notwithstanding.”

Section II.

“And be it further enacted by the authority aforesaid, That if any person or persons shall refuse, upon requisition made by the Governor, or any officer or officers acting under him, in pursuance of his Majesty’s orders or instructions as aforesaid, to depart from within the limits aforesaid, or otherwise to conform to such requisitions and directions as such Governor or other officer as aforesaid shall make or give for the purposes aforesaid, every such persons so refusing or otherwise offending against the same, shall forfeit the sum of two hundred pounds, to be recovered in the Court of Session or Court of Vice-Admiralty in the said Island of Newfoundland, or by bill, plaint, or information in any of his Majesty’s Courts of Record at Westminster; one moiety of such penalty to belong to his Majesty, his heirs and successors, and the other moiety to such person or persons as shall sue or prosecute for the same: provided always that every such suit or prosecution, if the same is commenced in Newfoundland, shall be commenced within three months, and if commenced in any of his Majesty’s Courts of Record at Westminster, within twelve months from the time of the commission of such offence.”

War terminated the Treaty of Versailles; and though the Treaty of Paris (1814) restored to France “the colonies, fisheries and factories of every kind which were possessed by France on the 1st January, 1792,” it does not appear to have been considered, that this treaty revived the Act above quoted,

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

for in 1824 an Act intituled, "An Act to repeal several Laws relating to the Fisheries carried on upon the Banks and Shores of Newfoundland, and to make provision for the better conduct of the Fisheries for Five Years, and from thence to the end of the then next Session of Parliament", contened two sections—12 and 13—which were almost literally the same as those above quoted; and these two sections it is proposed to re-enact by the Bill now before your Lordships. || An Act was passed in 1829 to continue the Act 5 Geo. IV., chap. 51, last referred to, until the 31st December, 1832; and in 1832 the Act 5 Geo. IV., chap. 51, was further extended until 1834, "and no longer". In 1832 a Legislature was granted to Newfoundland, its first assembling taking place in 1833; and Parliament did not in 1834 further continue in force the law enacted in 1824, leaving to the Legislature of the Colony the task of passing laws and enforcing regulations the carry out the treaties and declarations. || The Legislature of the Colony did not, however, assume this duty, nor does it appear by the records that its attention was ever called to the matter. The fact remains, however, that in 1834 the last Act of Parliament in this connection expired by virtue of one of its own provisions, and that from that year until the present time, no legal authority has existed for the enforcement of her Majesty's instructions to naval commanders upon the coast of Newfoundland. It is now proposed to re-enact the provisions of the Act 5 Geo. IV., chap. 51, and to give them an application in a manner never before suggested. || The Act now before your right honourable House contains the following clauses:

[Le mémoire lu par Sir W. Whiteway reproduit ici les paragraphes 1, 2 et 3 du projet de loi de lord Knutsford, insérés plus haut, page 152.]

Objections.

Having thus briefly stated the provisions of the treaties and declarations, and the history of the legislation connected therewith, we humbly beg to solicit your attention to the objections which the Colony entertains to the Bill now proposed.

First. — We object to the passage of the Bill now before your Lordships, because it was introduced into Parliament before the Government, the Legislature, or the people of Newfoundland had an opportunity to accept or oppose it, or to suggest its amendment; which is opposed to the principles of responsible government granted to the Colony, and in direct opposition, as we conceive, to the assurance given to the Colony in 1857, when the Right Honourable the Secretary of State sent the following despatch to the Government of Newfoundland announcing the abandonment of a proposed Convention with France:

Downing street, 26th march 1857.

"Sir, — When her Majesty's Government entered into the Convention with that of France, they did so in the hope of bringing to a satisfactory

arrangement the many complicated and difficult questions which have arisen between the two countries on the subject of the Newfoundland fisheries. But they did so with the full intention of adhering to two principles which have guided them, and will continue to guide them namely, that the rights at present enjoyed by the community of Newfoundland are not to be ceded or exchanged without their assent; and that the constitutional mode of submitting measures for that assent is by laying them before the Colonial Legislature. || For this reason they pursued the same form of proceeding which had been before pursued in the case of the Reciprocity Convention with the United States, and which was in that case adopted and acted upon by the Newfoundland Legislature. It was in perfect uniformity with the same precedent, that it appeared necessary in the present instance to add a condition respecting Parliamentary enactment, in order that, if necessary, any existing obstacles to the arrangement in the series of Imperial Statutes might be subsequently removed. || The proposals contained in the Convention having been now unequivocally refused by the Colony, they will, of course, fall to the ground. And you are authorised to give such assurance as you may think proper that the consent of the community of Newfoundland is regarded by her Majesty's Government as the essential preliminary to any modification of their territorial or maritime rights."

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

H. Labouchère.

To Governor Darling, etc., etc., Newfoundland.

Neither the present Act nor any other specific Act has ever been submitted to the Colonial Government or Legislature for definite acceptance, rejection, or amendment. Information that this Act would be introduced was not given to the Government of the Colony till the 17th day of March last, nor to the Legislature till the 18th day of the same month, though the British Government determined in the middle of January to procure its enactment, and transmitted a despatch to Governor O'Brien on the 19th of that month giving information in regard to this Bill, which must have been received by him before the middle of February, but was not submitted to the Government of the Colony until the date above mentioned. Knowledge of the introduction of the Act into Parliament on the 19th day of March last was first received by the Government and Legislature of the Colony on the same day by means of telegrams from private persons, and repeated applications by the Legislature to the British Government for a copy of the text of the Bill failed to procure it prior to our departure from the Colony. If this Bill had before its introduction been submitted to the Government and Legislature of the Colony, with an intimation of the British Government's intention to procure its enactment by Parliament, such arrangements might have been made as would have prevented the present unpleasant condition of affairs. || We respectfully submit, that the power of legislation on all matter concerning

No. 10403.
Frankreich.
23. April 1891.

the territory within the jurisdiction of the Colony is vested in the Local Legislature, subject, of course, to her Majesty's assent; and although we do not pretend to contend, that power to legislate for the Colony does not reside in the Imperial Parliament, we most humbly urge that it is a power which should not be exercised before the Local Legislature has most clearly and distinctly refused to enact laws adequately meeting the necessities of the case, and then only in cases of extreme emergency. || By Clause 1, "any temporary arrangement made with France either before or after the passing of this Act" is enforceable as though it were a treaty; and by Clause 2, "any permanent arrangement" with France "with respect to the differences which have arisen upon the Newfoundland fishery engagements" are also enforceable as though they were treaties. To us it appears, that these provisions are intended to legalise the modus vivendi made with France in 1890, as well as its renewal this year, and therefore that it is retroactive legislation, calculated to injuriously affect suitors claiming damages for losses sustained in 1890 in consequence of the operation of that modus vivendi; and we submit, that this is an interference with a right of the subject which ought not to be permitted. But a far more serious danger, and a far greater infringement of constitutional right, than this, appears to be contemplated by the provisions legalising future arrangements. As we interpret the Act, the Government would have power, were it enacted, to cede to France the most valued rights of the Colony, without the Colony's consent, and in spite, indeed, of its most earnest protests. Nay, more, the Imperial Parliament itself seems by the terms of the Bill to be virtually deprived of a constitutional check which it has exercised at all times. || It is proposed by the Bill that when any permanent arrangement with France has been made, it shall be lawful for her Majesty to enforce it by Order in Council; and although it is provided, that such Order must be „communicated to the Government of Newfoundland, and lain on the table of both Houses of the Imperial Parliament for not less than one month", no effective means of protest, and no power of rejection, is secured to the Colony, while the mere omission of the Imperial Parliament to express its disapproval of the Order in Council would for ever fasten upon the Colony the burden of any arrangement which might be made. || The Legislature of the Colony is appalled at the danger with which it is thus menaced. Arrangements proposed in the past have caused it to fear undue concession of the rights of the Colony to France, and it is feared that it is now intended to impose upon the Colony an arrangement to which it would not willingly consent. Whether this be the intention or not, the Bill now before your Lordships evidently confers power to do so, and is, therefore, a menace to that right of prior consent promised to the Colony by the British Government in 1857. || The people of the island may at any moment find themselves hampered by arrangements which may prove ruinous to their interests, without any opportunity to prevent them; and we beg further to remind your Lordships, that Conventions

were made in 1857, and in 1884—1885, which provided for concessions to the French, which, if carried out, would have been attended with disastrous results to the fishing interests of the Colony. What has occurred may occur again, and the Bill now before your Lordships provides the opportunity of making such arrangements permanent. It is indeed provided, that the Legislature of the Colony may enact legislation to take the place of the present Bill; but this Bill is not to be suspended until the Local Legislature confers upon her Majesty in Council the precise powers she would have under this Bill, and this provision is therefore but an illusory concession, meaning only that the burden of an Act of this Parliament can only be removed by enacting a similar Act in the Colonial Legislature. || In referring to the arrangement of 1884—1885, the Right Honourable the First Lord of the Treasury has publicly stated, that it was at first accepted by the Government and Legislature of Newfoundland, and afterwards rejected. In this the right honourable gentleman was misinformed. The Government of the Colony refused at the outset to do more than submit the arrangement to the Legislature after certain amendments were made, and the Legislature was not consulted in any manner at that time. Before the proposed amendments were agreed to, a new Administration had come into office; and in the session of 1886 the concluded arrangement was first submitted to the Legislature, which referred it to a Joint Select Committee of both Houses, which considered the matter for two sessions, and ultimately the arrangement was unanimously rejected. We may be allowed, in reply to a statement that the Colonial Legislature acted unreasonably in rejecting the Convention, to call attention to a very significant fact. Sir George William des Voeux, now Governor of Hong Kong, was sent to Newfoundland to induce the Legislature to adopt the Convention. Within a few months of his arrival he expressed his views on the subject, in a despatch to the Colonial Office, in the following forcible language: || “Now that I fully comprehend the present position of the Colony, it is to me no longer a matter of wonder that the Legislature has hitherto failed to ratify the proposed (arrangement) with France; indeed, I can scarcely conceive it possible, that this arrangement will ever be accepted so long as the bait clause remains in it, and no security is taken that the export bounties will not be maintained in their present footing. || For though all the other articles have the appearance of concession on the part of the French, and some are no doubt substantial concessions, they are all immeasurably outweighed by the single concession required on the part of this Colony. For if there were granted to the French an inalienable right to procure bait here, the future, not only of the coast where they already have fishing rights, but of the whole Colony, would practically be placed within the control of their Government.”

Second. — We object to this Act because it is modelled after an Act passed at a period when the Colony had no Legislature of its own, and when there was but a small population upon the coast directly affected, whereas

Nr. 10402.
Frankreich.
22. April 1891.

Nr. 10402.
Frankreich.
29. April 1861.

the Colony has had a Legislature for over half a century, and the treaty shore is now settled from end to end. The Colony was granted a Legislature in 1832, and settlement upon the treaty shore has been permitted by the British Government for many years past. With their consent grants of land, subject to French treaty rights, have been given, and the land has been settled upon and improved; with their consent representation in the Legislature has been granted to the settlers, magistrates and customs officers have been appointed upon the coast; telegraphic, steam and mail communication have been established, taxes are collected, and public money expended. In face of this great alteration in the whole condition of affairs it should be impossible to reenact a law first made over a century ago, and which would make it possible for naval officers to render valueless every iota of property on the land or in the waters of the treaty shore — the property not alone of the thousands who dwell there, but also of the other thousands who annually visit and fish there — for no provision of any kind is made in the proposed Act for compensating persons whose property may be in any way affected; and under this Bill power would be vested in the Governor of Newfoundland, or any officer on the station, on his mere volition, arbitrarily to remove a British subject and his property from the treaty coast, and to leave him absolutely divested of any redress or compensation whatever. || In the face of these facts, we submit it would be a terrible injustice to British subjects to give the power to naval officers which is contemplated and given by this Bill. || Should this Bill become law, it must necessarily have the effect of preventing capital being invested for the development of the minerals, of agricultural and lumbering resources, on one half of the island of Newfoundland. This part must ever remain a wilderness, for with the possibility of establishments being removed at any moment, on the mere volition of one man, persons will not be found to risk their capital in so uncertain and precarious a venture. || If this Bill becomes law, and British people can be removed from British soil at the will of a naval officer, we humbly submit, that, so far as this part of the island is concerned, the sovereignty of the island is a mere myth, a name without value, whilst the possession of an easement by the French to catch and dry fish on the strand vests in them all that is of value.

Third. — We object to the Act now before your Lordships because it is to be used to enforce regulations to carry out treaties the interpretation of which is disputed, and which regulations have hitherto been framed in a manner making them oppressive and unjust to British subjects. British statesmen have declared, that under the treaties the French have only a right to fish in the waters along the treaty shore in common with British subjects; but, acting, under regulations and orders similar to those which this Act seeks to legalise, British naval officers have prevented our fishermen from exercising common rights with the French, have driven our boats out of the harbours of shelter along the shore, and have otherwise acted as though British sub-

jects had no rights at all upon the treaty shore which were not inferior to those possessed by the French. Thus British statesmen have practically invited our people to do those acts for which British officers have punished them, and thus it will be in the future until the meaning of the treaties is definitely decided. We ought not to be subjected to burdens at once odious and uncertain.

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

Fourth. — We object to this Bill because, utterly ignoring the Municipal Courts, it commits the enforcement of the treaties and regulations to the care and supreme control of naval officers not learned in the law, unskilled in legal procedure, and not trained in a manner qualifying them to adjudicate upon abstruse questions affecting the peace of the Empire upon the one hand, and the rights of individuals upon the other. The sovereignty of the island of Newfoundland is in her Majesty, and the right of fishing and drying fish on the coast was conceded to the French merely as an easement. To the enjoyment of this easement they are entitled, and for any interruption or injury they may allege to have sustained, appeal for redress should be made by them to the judicial tribunals of the sovereign of the soil in the first place. || We therefore most earnestly urge, that her Majesty's ordinary Courts of justice in Newfoundland are the tribunals which should adjudicate upon questions arising between British and French fishermen. From any judgment a final appeal would lie to her Majesty and the Privy Council. In no case should naval officers be permitted to try causes arising as aforesaid, since Courts of justice already exist in the Colony for the purpose, and if it be deemed impossible for the ordinary Courts to enforce the law in such a manner as to adequately insure justice to the French, special Courts could and should be provided.

Fifth. — We object to this Bill because it is intended to aid in the enforcement of a modus vivendi — || (a) Both made and renewed without the Colony's consent; || (b) Renewed after a positive pledge, that it was "for one year only"; || (c) Renewed without providing for the operation of factories erected, completed, or made ready for operation in consequence of the pledge, that the original modus vivendi was "for one year only"; || (d) Renewed without providing for the compensation of those who relied upon this pledge. ||

Sixth. — We object to the Bill because it provides for the enforcement of the award of an Arbitration Commission definitively empowered to deal with one issue only, and that an issue against the separate submission of which the Colony has again and again protested. The Colony is ready and willing to submit to unconditional arbitration all the questions arising under the treaties and declarations, asking only that no single question shall be decided until a decision has been arrived at as to all other points at issue, and that the award shall then be enforceable as a whole. According to the terms of the agreement for arbitration recently entered into, no questions can

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

be submitted except those which affect the fishery upon the French treaty shore, and these only as they may be agreed upon from time to time. This totally excludes from the purview of this arbitration one most important question which the Colony desires to have decided (that, namely, which refers to the French occupation and use of the islands of St. Pierre and Miquelon), and makes it possible for either of the high contracting parties to withhold any of those questions affecting even the fisheries themselves which such party may deem it inexpedient in its own interests to have decided. Either party at any time after the settlement of the lobster question, or whenever dissatisfied with a decision upon any particular point, may withdraw from further arbitration; and such a result may occur at a time most embarrassing to the other side. While, therefore, the Colony perceives, that under the present arrangement it will be impossible to have all questions decided, it has no assurance that upon certain issues adverse decisions may not be arrived at, with no compensating advantages from decisions in its favour upon other points. While, therefore, it would welcome arbitration upon every question at issue, it deprecates in the most earnest manner a piecemeal settlement. It has been publicly stated by the Right Hon. the First Lord of the Treasury, that the terms of the arbitration agreement were made known to the Government of the Colony before they were finally agreed to. This, we regret to say, is not the case. On the 7th of March last, the Right Hon. the Secretary of State for the Colonies informed the Governor, that arbitration would shortly take place on the lobster fishery question, and the Government of the Colony promptly telegraphed a protest against any arbitration which did not include all the questions arising under the treaties and declarations. Seven days afterwards — on the 16th of March last, that is — the Right Hon. Secretary of State telegraphed, that an agreement for arbitration had been signed five days before, and then first made known its terms.

Seventh. — We object to this Bill because, while it permits the removal of property from the treaty coasts, it makes no provision for the compensation of those who may suffer loss thereby, and thus makes the title to property extremely precarious. The effect which this Bill will have in retarding the development of the Colony's resources has been already dwelt upon; but we cannot too strongly urge the duty of protecting private rights; and if the settlers upon the French treaty coasts are to be liable at all times to removal by naval officers, they ought at least to be assured compensation. If the few are to be sacrificed for the good of the many, the many should compensate them, and to this compensation they should, we submit, be entitled by the terms of any Bill which may be enacted by Parliament. || We are not unaware or unappreciative of the difficulties with which her Majesty's Government have to grapple, and we are sincerely desirous of aiding in their solution. Actuated with this spirit, we have approached the Government with proposals calculated, we sincerely believe, to give all necessary power to

execute the treaties, declarations and agreements with France according to their true intent and meaning. Those proposals are as follows:

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

First. — (a) The Newfoundland Legislature to pass immediately an Act authorising the execution for this year of the modus vivendi, the award of the Arbitration Commission regarding the lobster question, and the treaties and declarations under instructions from her Majesty in Council; || (b) The further progress of the Bill now before Parliament to be deferred until the passing of the above Act, and the Bill then to be withdrawn; || (c) The terms of an Act to empower Courts and provide for regulations to enforce the treaties and declarations to be discussed and arranged with the Delegates now in this city as rapidly as possible, and to be enacted by the Legislature of the Colony as soon as agreed upon.

Second. — (a) The present arbitration agreement not to be allowed to operate further than the lobster question without the prior consent of the Colony, and in this case the Colony to be represented upon the Commission. || (b) The Colony desires an agreement for an unconditional arbitration on all points that either party can raise under the treaties and declarations; and if this be arranged between Great Britain and France, Newfoundland will ask to be represented upon such arbitration, and will pass an Act to carry out the award. || We regret, that up to the present moment these propositions have not been accepted, nor any hope been held out that they will be. The temporary legislation which we have proposed to procure the enactment of would be immediately adopted by the Legislature of the Colony, and present needs thereby amply met. The details of a permanent and thoroughly satisfactory measure could be arranged and enacted without delay by the Legislature of the Colony. The adoption of our proposals would at once cause excitement to subside, and would induce peace under conditions which make coercion by war-ships extremely difficult, if not impossible. If the Bill now before your Lordships becomes law, its provisions will have to be enforced upon a resentful people; but if our propositions are adopted, every good object which the present Bill can have in view will be easily and pleasantly attained, and without injury to the proper pride of a people who, though few in number, are as much entitled to consideration as the inhabitants of the proudest portion of the British Empire. No good can possibly come from coercing, or threatening to coerce, a people willing to do their whole duty; and to enact the Bill now before your Lordships, in face of the propositions made by us, would be a needless indignity to a loyal people. || In humbly praying that the Bill now before your Lordships may not be read a second time, we feel confident that we are consulting the best interests of Newfoundland and of the Empire. Its enactment will leave a rankling wound in the hearts of the Colonists, and establish a precedent that must ever give a feeling of insecurity to every self-governing Colony. In offering, on behalf of the Colonial Legislature, to enact laws adequately providing for the honourable fulfilment

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

of obligations of an exceedingly odious kind, we are animated by a spirit of patriotism and devotion to the Empire; and we most respectfully submit, that persistence in the passage of the present Bill would under the circumstances be but a poor return for that faith in Parliament which animated the Legislature when sending us to the Bar of this House. || In conclusion, I may add that the time at our disposal has not enabled us to prepare such a full and complete statement of our case as we wished to lay before you, and we had hoped that the time for making this statement would have been extended; but we have to express our gratitude for the patient hearing which you have afforded us, and we are confident that the defects in our case will be supplied by your Lordships, as we are aware of the deep interest which you take in, and your knowledge of, the subject under consideration. We therefore leave the matter with your Lordships, in perfect confidence that you will mete out to the Colony we represent that justice which is traditional of this most noble House.

Nr. 10403.
Frankreich.
28. April 1891.

Nr. 10403. FRANKREICH. — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Verhandlung über das Gesetz im Oberhause.

Londres, le 28 avril 1891.

La discussion du bill présenté par Lord Knutsford était hier à l'ordre du jour de la Chambre des Lords. La seconde lecture a été votée à la suite d'un long débat. Du côté du Gouvernement, le Marquis de Salisbury et Lord Knutsford, Secrétaire d'État pour les Colonies, ont pris la parole et, du côté de l'opposition, trois anciens Ministres du parti libéral, Lord Kimberley, le Duc d'Argyll et Lord Herschell. Lord Knutsford a ouvert le débat en rappelant les points principaux sur lesquels ont porté les négociations du Gouvernement Impérial avec la Colonie de Terre-Neuve et avec les Délégués, lorsque ceux-ci sont venus précédemment en Angleterre. Le Secrétaire d'État pour les Colonies s'est appliqué à démontrer que rien n'avait été caché des négociations avec le Gouvernement de la République, non plus que des conséquences qu'entraînerait l'opposition éventuelle de la Colonie aux arrangements intervenus entre la France et l'Angleterre. || Lord Salisbury, ainsi que l'avait déjà fait Lord Knutsford, a protesté, dans un discours, de son désir de ne pas blesser sans un motif impérieux les sentiments des colonies anglaises. Il a pris, au nom du Gouvernement, l'engagement d'abroger plus tard la loi dont il demande la seconde lecture, au cas où le Parlement de Terre-Neuve prendrait des mesures qui rendraient superflues les dispositions du bill actuel. Et pour donner au Parlement colonial le temps de satisfaire à cette condition, Lord Salisbury a annoncé que le Gouvernement ne saisirait pas la Chambre des Communes de ce bill avant les vacances de la Pentecôte, c'est-à-dire avant le 21 mai. Quant à la question de procédure, la raison qui a

déterminé Lord Salisbury à présenter sans retard ce bill à la Chambre des Lords est que, s'il avait commencé par le soumettre à la législature de Terre-Neuve, il n'aurait pu connaître sa décision que trop tard pour prendre les dispositions que nécessite la campagne de pêche de cette année. Pour ces motifs, Lord Salisbury refuse de suspendre ou d'abandonner, ainsi que le lui demandait l'opposition, la seconde lecture du bill. Il ne met pas en doute la sincérité des promesses faites par les Délégués; mais, quand on a affaire à une assemblée parlementaire, il faut toujours, a-t-il dit, compter avec l'imprévu. || Il faut noter que Lord Salisbury ne repousse pas une autre concession réclamée par les Délégués et consent, ce qui serait fort grave, à transférer aux tribunaux de la Colonie une partie de la juridiction exercée jusqu'à présent par des officiers de marine. Lord Salisbury a paru admettre le principe de cette réforme, non sans stipuler que cette question devrait faire l'objet d'un examen ultérieur. || Comme les orateurs n'avaient parlé jusque là que des susceptibilités de Terre-Neuve, Lord Salisbury n'a pas cru pouvoir passer sous silence celles que cette question avait éveillées en France et a rappelé à quel point le Gouvernement de la République s'était montré jaloux, au cours des négociations, de n'accepter qu'un arbitrage limité.

Waddington.

Nr. 10404. FRANKREICH. — Derselbe an dasselbe. Annahme des Gesetzes im Oberhause. Nr. 10404. Frankreich. 12. Mai 1891.

Londres, le 12 Mai 1891.

Le bill sur Terre-Neuve, présenté au Parlement, a été voté à la Chambre des Lords dans la séance d'hier en troisième lecture. Ce vote a été précédé d'un débat auquel, parmi les membres de l'opposition, Lord Kimberley et Lord Herschell ont pris part.

Waddington.

Nr. 10405. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Die Durchführung des Schiedspruches ist zu sichern, unabhängig von den Verhandlungen zwischen Colonie und Mutterland. Nr. 10405. Frankreich. 28. Mai 1891.

Paris, le 28 mai 1891.

Nous n'avons pas à nous occuper de ce qui se passe entre la Colonie de Terre-Neuve et la Métropole; mais nous sommes fondés à espérer que le Gouvernement anglais se munira des pouvoirs nécessaires pour faire exécuter la décision des arbitres. Or si l'on se borne à faire voter par le Parlement colonial une loi provisoire, devant prendre fin en 1893, il est clair que nous ne serons assurés de rien après cette échéance. || D'autre part, nous ne pouvons accepter, qu'à aucun moment le Gouvernement anglais se désintéresse de

Nr. 10405. l'exécution des traités, en remettant aux tribunaux de Terre-Neuve le jugement
 Frankreich. des contestations auxquelles ces traités peuvent donner lieu. Les tribunaux
 28. Mai 1891. anglais ne sont pas compétents pour appliquer un acte international. || Veuillez
 faire les réserves nécessaires. Ribot.

Nr. 10406. **Nr. 10406. FRANKREICH.** — Vice-Consul in Neufundland an das
 Frankreich. französische auswärtige Amt. Gesetz, beschlossen
 29. Mai 1891. von der Legislatur Neufundlands.

Saint-Jean, le 29 mai 1891.

La législature de Terre-Neuve a voté, le 26 de ce mois, à titre temporaire (trois saisons de pêche), le bill dit coercitif. || Votre Excellence trouvera ci-joint le texte de la loi en question. Riballier des Isles.

Annexe à la Dépêche de M. Riballier des Isles à M. Ribot,
 en date du 29 mai 1891.

An Act for the purpose of carrying into effect engagements with France
 respecting Fisheries in Newfoundland.

Whereas, by Treaties and Declarations entered into and exchanged between the Kings of Great Britain and France certain engagements were made and declared relative to Newfoundland and the Island of St. Pierre and Miquelon and in relation to the Fisheries on a part of the coast of Newfoundland — which Treaties and Declarations are as follows:

(Folgt der Text der Verträge über Neufundland, s. Nr. 10086.)

And whereas differences have arisen between Her Majesty the Queen and the Government of the Republic of France respecting the rights of the citizens of the Republic of France as to the catching and canning of Lobsters on the said portion of the coast of Newfoundland and the erection of factories or buildings for that purpose, and an agreement has been made between the High Contracting Parties for the submission to arbitration of the said differences, which agreement is as follows:

(Folgt der Text des Abkommens vom 11. März 1891, s. Nr. 10133.)

And whereas the said High Contracting Parties have agreed to extend for the fishery season of 1891 the modus vivendi agreed to in 1890, which was as follows:

(S. Nr. 10123.)

Be it therefore enacted by the Governor, the Legislative Council and House of Assembly, in Legislative Session convened: || (1) In case Her Majesty, Her Heirs and Successors, by advice of Her or their Council, shall give orders or instructions to the Governor of Newfoundland, or to any officer or

officers on that station, which She or They deem necessary and proper to fulfil the purposes of the said Treaties, Declarations and Agreements, and to that end shall give orders and instructions to the Governor or officer or officers aforesaid to remove or cause to be removed any stages, flakes, train vats or other works whatever for the purpose of carrying on the Fishery erected by Her Majesty's subjects on that part of the coast of Newfoundland which lies between Cape Saint John's passing to the North descending to the Western Coast of the said Island to the place called Cape Raye, and also all ships, vessels and boats belonging to Her Majesty's subjects which shall be found within the limits aforesaid; and also, in case of refusal to depart from within the limits aforesaid, to compel any of Her Majesty's subjects to depart from thence; any law, custom, or usage to the contrary notwithstanding; any such orders or instructions as aforesaid shall be lawful, and no action, suit or other proceeding shall be brought or maintained in respect of the same || (2) In case Her Majesty, Her Heirs and Successors, by advice of Her or their Council, shall give orders or instructions to the said Governor, or officer or officers, which She or They deem necessary for the purpose of carrying out or enforcing the said modus vivendi during the fishery season of 1891 or any continuation thereof pending the arbitration aforesaid, and for the purpose of giving effect to the decision in said arbitration, any acts done by the said Governor or officer or officers in pursuance of such orders or instructions shall be lawful, and no action suit or other proceeding shall be maintained in respect of the same. || (3) If any person shall refuse, upon requisition made by the said Governor or officers lawfully acting in pursuance of such orders or instructions as aforesaid, to conform to such requisition and directions as the said Governor or officers shall lawfully make or give for the purposes aforesaid, such person so offending shall forfeit the sum of Two Hundred Dollars: Provided always, that every such suit or prosecution shall be commenced within one year from the commission of such offence." (4) This Act may be cited as the "Newfoundland French Treaties Act", and shall continue in force only until the end of 1893, and no longer.

Nr. 10406.
Frankreich.
29. Mai 1891.

Nr. 10407. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Stellungnahme der französischen Regierung.

Nr. 10407.
Frankreich.
29. Mai 1891.

Londres, le 29 mai 1891.

J'ai fait part sans délai et par écrit au Premier Ministre de vos observations sur le bill terre-neuvien limité à trois ans, et je lui ai envoyé à cet effet la lettre dont vous trouverez ci-joint copie. || Je vous transmets en outre, pour ordre, le texte d'une importante lettre adressée aux délégués de Terre-Neuve, au nom de Lord Knutsford, par sir R. G. W. Herbert.

Waddington.

Nr. 10407.
Frankreich.
29. Mai 1891.

I^{re} Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 29 mai 1891.

M. Waddington, Ambassadeur de la République française à Londres,
au Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'Etat aux
Affaires étrangères.

Londres, le 28 mai 1891.

Suivant le désir que Votre Seigneurie m'en a exprimé hier, j'ai fait savoir à M. le Ministre des Affaires étrangères que le Parlement de Terre-Neuve avait décidé d'adopter un bill conforme à celui que proposait le Gouvernement de Sa Majesté, mais dont les effets ne s'étendraient pas au delà de trois années. J'ai ajouté que le Gouvernement de Sa Majesté était disposé à accepter cette solution. J'ai prié en même temps M. Ribot de me mettre à même de vous faire part le plus tôt possible des observations que lui suggérerait cette communication. || M. le Ministre des Affaires étrangères vient de confirmer entièrement l'impression que je n'avais pas dissimulée hier à Votre Seigneurie et pense comme moi que la question ne nous concerne pas et regarde exclusivement le Gouvernement britannique. Nous ne pouvons que nous borner à demander que les mesures soient prises du côté du Gouvernement anglais, comme elles le seront du nôtre, pour assurer d'une façon permanente l'exécution des décisions arbitrales. Or, puisque vous avez bien voulu nous demander notre sentiment, il est clair qu'une loi provisoire, devant prendre fin en 1893, n'assurera rien après cette échéance. Et je ne vois pas comment, en présence d'une pareille incertitude, nous pourrions procéder à l'échange des ratifications de notre arrangement. || Votre Seigneurie m'a laissé entendre, il est vrai, qu'on pourrait, d'ici à la fin de 1893, procéder à l'organisation de tribunaux, dont l'action serait substituée à celle des officiers de la marine anglaise, mais, sans entrer dans l'examen de cette question, je dois vous faire observer que le jugement des contestations auxquelles peut donner lieu l'exécution d'un acte international n'est de la compétence ni des tribunaux anglais, ni des tribunaux coloniaux. || Je ne puis donc que renouveler auprès de Votre Seigneurie les réserves que je lui ai exprimées hier et appeler son attention sur l'impossibilité où nous serions de ratifier définitivement la Convention d'arbitrage si le Gouvernement anglais ne prévoit les moyens d'en assurer l'exécution que d'une façon momentanée. Waddington.

II^{re} Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 29 mai 1891.

Downing street, May 8 1891.

Gentlemen, I am directed by the Secretary of State for the Colonies to acknowledge the receipt of your letter of the 6th inst., from which, and especially from its concluding paragraph, his Lordship fears, that he must

conclude that you are not yet prepared to procure the passing by the Colonial Legislature of such an Act as would relieve her Majesty's Government from the necessity of proceeding further with the Imperial Bill after it has passed the House of Lords. || As you are aware, that her Majesty's Government had formally undertaken to give full effect, not for one year only, but absolutely, to all the decisions of the Arbitrators concerning the lobster fishery, and further, that it was necessary to make effective and not merely temporary provisions for the due execution of the existing Treaties and Declarations, Her Majesty's Government did not hesitate to accept the words "for this year" in the first proposal in the speech at the Bar of the House of Lords as applying only to the *modus vivendi* for 1891, to which their application would naturally be limited, as this alone of the three matters which have to be provided for is of a temporary character; and they still fail to perceive how those words could properly be used in connection with the permanent obligations of the Colony and of this country to France. || It will hardly be suggested, that the French Government could be informed that Her Majesty's Government, having undertaken to give full effect to the arbitration, and having unexpectedly found their powers of carrying out the Treaties and Declarations imperfect, had decided that provision for the performance of their obligations should be made for the current year only, after which the present difficulties might recur. || In one respect only (putting aside the *modus vivendi* of 1891) could any part of the proposed Colonial legislation be considered temporary; that is to say, Her Majesty's Government were willing to agree that, if the necessary powers to carry out the award of the Arbitrators and the Treaties and Declarations were now secured in a Colonial Act, the question as to the respective jurisdiction of the Courts and Naval Officers should be considered at an early date, and, if the terms of another Bill could be agreed upon, some provisions of the Colonial Act might hereafter be amended by further legislation. In this sense, and in this sense only, Her Majesty's Government were willing that the legislation should be of a temporary nature. || It is to be regretted, that there should have been a misapprehension as to the nature and intention of your proposals; but, however such misapprehension may have arisen, Lord Knutsford would have thought that there could have been no misapprehension as to the meaning of the language in which Her Majesty's Government expressed their practical acceptance of the first proposal. The words were: — "If by that time" (i. e., the Second Reading of the Bill in the House of Commons after Whitsuntide) "the Colonial Legislature has passed an Act which, in the opinion of Her Majesty's Government, sufficiently secures the observance and execution — first, of the *modus vivendi* for 1891; secondly of the decision of the Arbitrators upon the lobster question, and thirdly, of the Treaties and Declarations, — Her Majesty's Government will not go forward with this Bill. "No temporary Act could be held sufficient to secure the two last objects. || Until the question

Nr. 10407.
Frankreich.
29. Mai 1891.

Nr. 10407.
Frankreich.
20. Mai 1891.

whether there is to be such Colonial legislation as Her Majesty's Government can accept has been disposed of, Lord Knutsford does not think that there would be advantage in further discussing the other points referred to in your letter, which have, moreover, been substantially dealt with in the correspondence and debates. || His Lordship trusts, that he has clearly explained in what respects it is important that the legislation now urgently required should be permanent in form, though subject to revision or appeal whenever an altered condition of affairs may render that course possible; and he trusts, that you will yet be able to recommend to the Colonial Legislature the enactment of such a measure as may enable Her Majesty's Government, having regard to the obligations of which they cannot divest themselves, to withdraw the Bill which they introduced.

Robert G. W. Herbert.

To the Newfoundland Delegates.

Nr. 10408.
Frankreich.
30. Mai 1891.

Nr. 10408. **FRANKREICH.** — Derselbe an Dasselbe. Resolution des Unterhauses.

Londres, 30 mai 1891.

Voici le texte de la résolution votée hier par la Chambre: || "La Chambre, ayant été informée qu'un acte satisfaisant a été voté par la Législature de Terre-Neuve, se déclare prête à soutenir le Gouvernement dans toutes les mesures nécessaires pour assurer l'exécution des traités et arrangements conclus avec le Gouvernement de la France, et ne passe pas, quant à présent, à la seconde lecture du bill." || Cette résolution a été votée à l'unanimité. || Hier, j'avais communiqué par écrit à Lord Salisbury les observations que vous connaissez; aujourd'hui, je lui ai rappelé verbalement, en me référant à mes déclarations précédentes, que nous n'avions ni avis à émettre, ni conseil à donner sur une question d'ordre intérieur concernant uniquement le Gouvernement anglais et la procédure du Parlement britannique, mais que nous ne pouvions rester indifférents à l'effet que la marche suivie par le Gouvernement de S. M. la Reine pouvait avoir sur l'exécution de l'Arrangement conclu entre les deux pays. || Lord Salisbury m'a expliqué, que, dans un conseil tenu hier, le Cabinet avait décidé d'accepter la proposition des Délégués, mais d'insister en même temps pour le vote en seconde lecture du bill du Gouvernement. Cette procédure a été l'objet de vives attaques à la Chambre, non seulement de la part de l'opposition, mais aussi de plusieurs Députés conservateurs. C'est alors que M. Smith, qui représente le Gouvernement à la Chambre, a accepté la résolution proposée par M. Bryce. J'ai demandé à Lord Salisbury quelle était la portée véritable de la résolution votée par la Chambre. Il m'a répondu qu'elle engageait le parti libéral aussi bien que le parti conservateur, à l'exécution de l'Arrangement du 11 mars et qu'elle constituait l'approbation de cet Arrangement. Je l'ai alors prié de me remettre une déclaration écrite

sur ce point, ce qu'il m'a promis de faire. Je lui ai dit qu'une déclaration explicite était d'autant plus nécessaire qu'en France chacun se pose la question: qu'arrivera-t-il après 1893? Lord Salisbury m'a répondu que le Ministère et le Parlement anglais, quels qu'ils fussent, à cette époque, seraient dans l'obligation d'assurer l'exécution des actes internationaux, tout aussi bien que maintenant. Il m'a ensuite donné quelques éclaircissements sur le projet d'instituer un tribunal à Terre-Neuve pour juger les contestations relatives à l'interprétation des traités, et je lui ai rappelé que l'autorité d'un pareil tribunal ne pourrait être reconnue par la France. Il m'a répondu qu'il ne s'agissait pas, dans sa pensée, d'un tribunal, mais plutôt d'un commissaire civil (legal commissioner) connaissant le droit, nommé par la Reine, et qui serait embarqué à bord du navire monté par le commandant de la station anglaise; ce commissaire exercerait à peu près les fonctions actuellement confiées aux officiers anglais; les gens de Terre-Neuve, qui réclament si vivement contre l'autorité des officiers de marine, accepteraient sans doute l'institution d'un commissaire civil. Lord Salisbury a ajouté qu'il me donnait ces renseignements à titre provisoire et comme représentant ses idées personnelles, puisque la question n'avait pas encore été examinée.

Waddington.

Nr. 10408.
Frankreich.
30. Mai 1891.

Nr. 10409. FRANKREICH. — Derselbe an Dasselbe. Derselbe Gegenstand.

Londres, 30 mai 1891.

Nr. 10409.
Frankreich.
30. Mai 1891.

Lord Salisbury a saisi une occasion de s'exprimer publiquement sur la portée du vote de l'amendement Bryce. Il a déclaré à la Chambre des Lords qu'il considérait ce vote comme engageant la Chambre à soutenir l'arrangement franco-anglais et à aider le Gouvernement de la Reine dans l'exécution de toutes ses obligations conventionnelles avec la France. || Lord Salisbury a, en même temps, réservé soigneusement notre appréciation du vote en question; il a toutefois répété que la Chambre des Communes s'était engagée à soutenir toute mesure législative qu'il pourrait être nécessaire d'adopter suivant l'attitude du Parlement de Terre-Neuve. Il a ajouté que, de deux choses l'une, ou le Gouvernement anglais se mettrait d'accord avec le Parlement colonial pour rendre permanent soit le bill provisoire, soit un acte analogue satisfaisant pour nous, ou bien il ne pourrait pas arriver à cet accord, et c'est alors que l'engagement pris avant-hier par la Chambre des Communes produirait son effet.

Waddington.

Nr. 10410. FRANKREICH. — Derselbe an Dasselbe. Antwort des englischen Premiers auf das Schreiben des französischen Botschafters vom 28. Mai. (Nr. 10407 Anlage.)

Londres, le 2 juin 1891.

Nr. 10410.
Frankreich.
2. Juni 1891.

Lord Salisbury m'a fait parvenir hier soir la réponse que j'attendais. J'ai l'honneur de vous en adresser ci-joint une copie. || Le Premier Ministre

Nr. 10410.
Frankreich.
2. Juni 1891.

y déclare que la substitution au bill impérial d'un acte temporaire du Parlement de Terre-Neuve ne devrait pas être un motif pour le Gouvernement de la République de ne pas ratifier l'Arrangement du 11 mars, et il estime que nous n'avons pas à nous préoccuper des mesures que prendra le Gouvernement britannique pour nous garantir l'exécution de ce qu'il considère comme "un engagement d'honneur" pris par le Parlement anglais vis-à-vis de la France.

Waddington.

Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en Date du 2 juin 1891.

Le Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, à M. Waddington, Ambassadeur de la République française, à Londres.

Foreign Office, June 1, 1891.

I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of the 28th ultimo, which reached me late on that evening. On the previous day, I had mentioned to you, that the Newfoundland legislature had passed an act enforcing the award to be delivered by the arbitrators in the lobster questions, which was in its terms satisfactory to Her Majesty's Government. We regretted, that it was made terminable in december 1893; but, as the interval thus secured would give full time for any Imperial legislation that might become necessary if the act was not renewed by the colony, we were disposed to accept their proposals for the present. We should, I said, probably carry the bill before Parliament to a second reading, but not press it any further, unless same new conditions arose. I was careful in mentioning these circumstances to observe, that I was not asking Your Excellency for an opinion, but had informed you of them as soon as they had been brought to my knowledge in as much as they originated with the recent convention between Great Britain and France; and I wished to give you the opportunity of making any observations upon them that seemed to you desirable. I understood you to reply, that the matter was one which did not concern France, for she looked to Great Britain for a fulfilment of her engagements, without caring to examine the process by which this result was arrived at; and in that view I entirely concur. You promised, however, to convey to me any observations which M. Ribot might make to you on the matter. || The note which I have now the honour to acknowledge was, therefore, so far a surprise to me that it appears to treat these circumstances as matters which are of such interest and concern to France that the French Government contemplated making them the ground for refusing to ratify the convention. This estimate of the position which has been created for the two countries by the circumstances now under review, I am unable to accept. || I prefer what I understood to be

your Excellency's earlier view, that France was concerned only with the result, not with the measures of internal policy by which the result was accomplished. It is no matter of interest to France whether we secure the execution of the engagements we have signed by one statute of permanent operation or by an infinite series of statutes annually renewed. Much of our most important legislative business is done in the latter way. Many of our taxes, most of our expenditures, the very existence of our army and navy, and the whole of the jurisprudence by which military and naval discipline is maintained, the most important part of our electoral system, — all these things depend entirely upon annual legislation. If, therefore we elected to execute any engagement with France in the same manner, we should only be treating them as we treat many of our most vital interests. || But it is unnecessary to dwell further upon this point, as the situation has been considerably modified by the events which took place on the same evening as that on which Your Excellency's letter was written. The House of commons, in lieu of proceeding to the second reading of the bill, has passed a resolution which must set at rest any doubt that may have occurred to M. Ribot's mind as to the intention of Parliament. It is to the following effect: "This House having been informed, that a satisfactory act has now passed the legislature of Newfoundland and declaring its readiness to support the Government, in taking all measures necessary for carrying out the treaty obligations of this country and the arrangements for arbitration made with de Government of France in this matter, does not now proceed to the second reading of the bill." || The above resolution was moved by a statesman belonging to the party in opposition and was accepted unanimously by the House. It distinctly pledges the House of Commons to make the requisite provision for fulfilling the engagements accepted by this country under the recent convention, and therefore pledges it to concur in Imperial legislation for that purpose if, in the year 1893, by any fault of the colony, Imperial legislation shall have become necessary. The engagement, indeed, constitutes a more solid security than would be furnished by a permanent act if it had been passed. An act, however permanent in its scopes, can be repealed as easily as it can be passed; but a resolution pledging to any third party the future action of the house of Commons, is an engagement of honour, which is certain to be observed and which, in fact, has never been disregarded. The views of the House of Lords upon the same matter are sufficiently recorded in the passage of the bill to which reference has been made. || I trust, that the French Government will concur with that of Her Majesty in the opinion that Parliament has approved of the convention, and has given full security for its execution; and that, as soon as it shall have been approved of by the Chamber in France, no reason will remain for any further postponement of the proceedings which are to be instituted before the arbitrators.

Nr. 10410.
Frankreich.
2. Juni 1891.

Salisbury.

Nr. 10411.
Frankreich,
3. Juni 1891.

Nr. 10411. **FRANKREICH.** — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Entgegnung der französischen Regierung auf das vorige.

Paris, le 3 juin 1891.

Par votre dépêche en date d'hier vous m'avez transmis une lettre que lord Salisbury vous a adressée le 1er de ce mois en vue de préciser la signification des derniers incidents parlementaires auxquels a donné lieu la discussion du projet de loi anglais concernant Terre-Neuve. J'ai examiné avec attention cette importante communication et je m'empresse de vous faire part des observations qu'elle m'a paru comporter. || Comme le sait le Gouvernement de la Reine, nous avons le plus sincère désir de ne pas soulever de difficultés dans une affaire déjà si compliquée et qui ne peut être résolue que si on l'aborde dans un esprit mutuel de conciliation. Persuadés que les sentiments du Cabinet de Londres sont sur ce point pareils aux nôtres, nous ne doutons pas que le Gouvernement de Sa Majesté et le Parlement anglais n'aient l'intention bien arrêtée d'exécuter les engagements internationaux intervenus entre les deux pays. La résolution votée par la Chambre des Communes dans sa séance du 29 mai est à cet égard très significative; cette haute assemblée s'étant déclarée "prête à soutenir le Gouvernement dans toutes les mesures nécessaires pour assurer l'exécution des traités et arrangements conclus avec le Gouvernement français", nous nous rendons compte de la portée d'une telle déclaration et il ne serait certainement pas conforme à notre intérêt de chercher à l'affaiblir. || Mais nous ne pouvons perdre de vue, d'autre part, que le Gouvernement anglais s'est reconnu sans moyens légaux de faire exécuter ces traités à Terre-Neuve, et qu'il a en conséquence saisi le Parlement d'un bill qu'il considérait comme absolument nécessaire. "Lord Salisbury, m'écriviez-vous, le 22 mars dernier, a pris le parti de s'adresser directement au Parlement Impérial et de lui demander de donner aux commandants des forces navales anglaises les pouvoirs que leur refuse le Parlement de Saint-Jean." Et plus loin: "Lord Salisbury tient absolument à ce que l'arrangement relatif à l'arbitrage soit fidèlement exécuté et, dans un précédent entretien, il m'a dit qu'il en ferait une question de cabinet." Dans ses déclarations devant la Chambre des Lords, le 27 avril, le Premier Ministre de la Reine n'a pas été moins affirmatif. Il a recommandé de la manière la plus pressante la deuxième lecture du bill, et un des motifs qu'il a invoqués est celui-ci: "La France exigera que nous mettions à exécution l'arrêt, quel qu'il soit, que rendront les arbitres." Le Ministre des Colonies s'est placé au même point de vue dans une lettre adressée en son nom par sir G. W. Herbert au Premier Ministre de Terre-Neuve le 8 mai. Les termes en sont on ne peut plus précis. Ce document porte que le Gouvernement de la Reine "s'est engagé expressément à assurer la parfaite exécution, non pas pendant une année, mais d'une façon absolue, des décisions des arbitres", et qu'un acte temporaire n'y saurait suffire. || Ainsi, le Gouvernement anglais a reconnu lui-même qu'une

loi temporaire était insuffisante pour assurer l'exécution de ses engagements. Il n'en pouvait être autrement. N'y a-t-il pas, en effet, contradiction à soumettre certaines difficultés à des arbitres et à déclarer en même temps dans un acte législatif que la décision de ces arbitres ne sera exécutée que pendant un laps de deux ou trois ans? || Dans la lettre précitée de lord Salisbury, le Principal Secrétaire d'État de la Reine invoque, à l'appui de la manière de voir qu'il croit devoir soutenir aujourd'hui, l'exemple d'autres cas de très considérable importance dans lesquels le Gouvernement de la Reine procède par bills successifs et annuels. Il cite les lois de finances, les lois militaires, etc. Mais il est impossible de ne pas remarquer que ces exemples confirment plutôt qu'ils ne détruisent notre argumentation. C'est précisément pour assurer le maintien de sa prérogative, pour être en mesure de refuser éventuellement les levées d'hommes et les perceptions d'impôts, que le Parlement procède par votes annuels dans les affaires de cet ordre. Lorsqu'il s'agit, au contraire, d'une obligation résultant d'un traité ou d'une sentence arbitrale, l'exécution ne peut être remise en question périodiquement, et nous ne pouvons que partager sur ce point l'opinion que le Gouvernement de la Reine exprimait naguère. || Le Gouvernement de la République était donc autorisé par les déclarations du Gouvernement anglais et par le texte même de l'arrangement conclu, à dire au Sénat, comme il l'a fait, que les Ministres de la Reine avaient pris l'engagement d'assurer l'exécution permanente de l'arbitrage. || C'est sur cette affirmation que le projet a été voté. Nous nous trouverions en présence d'une grave difficulté, si nous devions communiquer aux Chambres la récente décision du Gouvernement britannique de se contenter d'un acte temporaire dont il reconnaissait lui-même, naguère, l'insuffisance absolue. || Il y a d'ailleurs, dans cette affaire, plus qu'une question de procédure. Les Délégués de Terre-Neuve n'ont jamais dissimulé que, s'ils entendaient se borner au vote d'un acte temporaire, c'est qu'ils comptaient se mettre d'accord avec le Gouvernement métropolitain pour créer des tribunaux locaux qui seraient à l'avenir chargés de trancher les contestations relatives aux pêcheries. D'après les dépêches parvenues à Saint-Jean, le Gouvernement anglais aurait pris l'engagement d'entrer dans cette voie. || Il nous est impossible de croire que le Gouvernement de la Reine soit véritablement résolu à accueillir les prétentions formulées dans ce sens par la colonie. Ainsi que le disait Lord Salisbury lui-même à la Chambre des Lords, dans la séance du 27 avril, on ne saurait admettre qu'une Cour de justice pût "interpréter les traités d'après ses propres lumières". "Si l'on devait en venir là, disait-il, toute l'œuvre des arbitres tomberait et l'on se trouverait en face des mêmes difficultés qu'auparavant". Nous sommes absolument de cet avis. L'exécution des engagements internationaux est placée sous la garantie des gouvernements intéressés et non de tribunaux quels qu'ils soient. Dans le cas de Terre-Neuve, les Gouvernements français et anglais ont cherché sincèrement à trouver des bases d'entente et à éviter les conflits. Ils y sont heureusement parvenus jusqu'ici et il y a

Nr. 10411.
Frankreich.
3. Juni 1891.

Nr. 10411.
Frankreich.
8. Juni 1891.

tout lieu d'espérer qu'ils y réussiraient de même dans l'avenir. Lorsqu'ils se sont trouvés, sur la question des homarderies, en présence de difficultés qui ne pouvaient être résolues par un accord direct entre les deux pays, ils sont convenus de recourir à un arbitrage comme au seul moyen de mettre un terme au différend. Les motifs invoqués par les Délégués de Terre-Neuve contre le principe d'une loi permanente, ne sauraient être admis, et il est nécessaire de dissiper toute équivoque sur un point si important. Nous avons en effet le plus grand intérêt à être renseignés sur l'exécution des traités après 1893. Le Gouvernement anglais, en présentant son bill, nous avait donné à ce sujet des garanties qui se trouvent aujourd'hui mises en question et nous ne pouvons accepter la perspective de nous trouver dans deux ans en face de nouvelles difficultés plus graves peut-être que celles dont nous voulons sortir. || Si nous avons accepté volontiers les ouvertures que le Cabinet de Londres nous a faites en vue d'un arbitrage, c'était dans l'espérance d'arriver à brève échéance à un règlement durable et à une situation bien définie. Ces intentions ne se trouvent point remplies. Nous en éprouvons un profond regret. Il nous semble, quant à nous, que si les colons de Terre-Neuve acceptent sans arrière-pensée l'arbitrage, ils n'ont aucun prétexte pour se refuser aux demandes du Gouvernement métropolitain. S'ils ont une arrière-pensée, le Gouvernement anglais tiendra, nous en sommes persuadés, à couper court à des revendications contraires aux engagements internationaux et qui ne peuvent que prolonger, de part et d'autre, un état pénible de trouble et d'incertitude. || Dans les circonstances où nous nous trouvons, fort différentes assurément de celles que nous croyions pouvoir espérer, nous ne nous départirons point, le Gouvernement anglais peut en être certain, des dispositions conciliantes, dont nous n'avons cessé de nous montrer animés dans tout le cours de la négociation. Nous ne nous refuserons pas à laisser à la Colonie et au Parlement tout le temps dont ils peuvent avoir besoin et à retarder l'arbitrage dans la mesure qui paraîtra nécessaire au Gouvernement anglais pour arriver à une entente complète sur les moyens d'assurer l'exécution permanente des arrangements intervenus entre les deux Cabinets. || Je vous serai reconnaissant de remettre le plus tôt possible à Lord Salisbury une note conçue dans le sens de la présente dépêche et de lui demander un entretien dans lequel vous voudrez bien en développer et en appuyer les conclusions,

Ribot.

Nr. 10412.
Frankreich.
8. Juni 1891.

Nr. 10412. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand.

Londres, le 8 juin 1891.

J'ai l'honneur de vous faire connaître que j'ai adressé, à la date d'hier, à Lord Salisbury une note en réponse à sa lettre du 1^{er} de ce mois. || Cette note est rédigée dans le sens que me traçaient vos instructions du 3 juin.

Waddington.

Nr. 10413. **FRANKREICH.** — Derselbe an Dasselbe. Mündliche Verhandlung mit dem englischen Premier über denselben Gegenstand.

Nr. 10413.
Frankreich.
11. Juni 1891.

Londres, le 11 juin 1891.

Je suis allé hier demander à Lord Salisbury sa réponse à ma lettre du 7 juin. Une discussion assez longue s'est engagée entre nous; Lord Salisbury a d'abord repris la thèse exposée dans sa lettre du 1^{er} juin, à savoir que tant que le Gouvernement anglais se faisait fort d'exécuter ses engagements, nous n'avions pas à nous inquiéter des moyens qu'il jugerait à propos d'employer. Je lui ai répondu que, s'il voulait bien relire ma lettre du 7, il verrait que là n'était pas la question que j'avais soulevée, mais bien de savoir si la résolution votée par la Chambre des communes donnait au Gouvernement anglais seul les moyens permanents de faire exécuter les Traités et l'Arrangement du 11 mars. "Êtes-vous, lui ai-je dit, en mesure de nous donner des assurances formelles à cet égard?" || La question ainsi nettement posée, je l'ai entretenu des tribunaux qu'il s'agirait d'instituer à Terre-Neuve, comme il l'avait déclaré dans son discours à la Chambre des Lords et comme les journaux l'annonçaient quotidiennement. || A ce propos, je lui ai rappelé qu'il m'avait parlé non de tribunaux, mais d'un commissaire juriconsulte qui accompagnerait le commodore anglais. Je lui ai dit que nul ne pouvait ignorer quel sens la Colonie attachait à l'institution de ces tribunaux et qu'elle entendait que toutes les contestations relatives aux pêcheries leur seraient déferées au lieu d'être tranchées par les commandants de la Station navale ou par la voie diplomatique. || "C'est précisément, ai-je dit à Lord Salisbury, ce que nous ne pouvons accepter; si vous établissez ces tribunaux, vous vous désaisissez en leur faveur de tout ou partie de la puissance souveraine que vous avez exercée jusqu'à ce jour dans une question internationale. || Entendez-vous, le cas échéant, nous opposer leurs jugements et abriter votre responsabilité sous leurs décisions? || Ce système serait la négation du droit international, tel qu'il a été pratiqué jusqu'ici et introduirait un principe nouveau qui rendrait fort difficile l'exécution des traités. Voilà pourquoi nous ne voulons avoir affaire qu'au Gouvernement anglais seul." || Lord Salisbury, tout en reconnaissant ce qu'il y avait de vrai dans mes observations, m'a répondu que la procédure pour les extraditions fournissait un précédent, puisque la justice de chaque pays statuait sur l'extradition de criminels qui lui étaient étrangers. Je lui ai fait remarquer qu'il n'y avait aucune analogie entre les deux cas: les arrangements pour l'extradition réciproque des criminels sont bilatéraux, ils ont été sanctionnés après de longues et délicates négociations; ici, au contraire, il s'agirait d'imposer à une des parties des juges qu'elle repousse. || Lord Salisbury alors est revenu à son idée d'un commissaire (legal commissioner) chargé d'accompagner le commodore anglais et de l'éclairer de ses conseils. Je lui ai répondu que, si le Gouvernement anglais désirait placer auprès du commandant de son escadre un conseil judiciaire, c'était son affaire, mais que j'étais obligé de

Nr. 10413. ramener Sa Seigneurie à la question fondamentale, c'est-à-dire: "Traitions-nous
 Frankreich. avec un Gouvernement à qui le Parlement garantit les moyens permanents de
 11. Juni 1891. faire exécuter les engagements qu'il a conclus, et pouvez-vous me faire une
 déclaration à cet égard?" || Lord Salisbury a différé sa réponse; il tient à
 consulter le Chancelier et les conseils légaux de la Couronne. || La conver-
 sation s'est terminée par une nouvelle affirmation, de ma part, de la position
 nette que nous avons prise. "Nous ne voulons avoir affaire qu'au Gouverne-
 ment anglais seul, muni de pouvoirs permanents." Waddington.

Nr. 10414. **FRANKREICH.** — Auswärtiges Amt an den Bot-
 schafter in London. Verletzungen des Modus vivendi
 in Neufundland.
 20. Juni 1891.

Paris, le 20 juin 1891.

Le Ministre de la Marine vient de me faire savoir que plus de trente
 nouvelles homarderies anglaises fonctionnent entre Saint-Georges et Sainte-
 Marguerite, contrairement aux dispositions du modus vivendi. La Division
 navale britannique n'est pas intervenue et, d'ailleurs, n'a pas paru jusqu'ici
 à la côte ouest. || Veuillez signaler, sans retard, à Lord Salisbury ces violations
 des arrangements existants et lui demander de réitérer d'urgence au Comman-
 dant de la station anglaise ses instructions pour l'application du modus vivendi.
 Il est inadmissible que les habitants de Terre-Neuve puissent méconnaître
 aussi ouvertement les obligations qui les lient. Nous ne pouvons, de notre
 côté, et vous le ferez amicalement observer, que renouveler au Commandant
 Fournier la recommandation de tenir la main à ce que le modus vivendi,
 consenti par les deux pays, soit exactement observé. Ribot.

Nr. 10415. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das
 französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand.
 Englische Erklärung.
 22. Juni 1891.

Londres, le 22 juin 1891.

Je me suis empressé de faire à Lord Salisbury la communication que
 comportaient vos instructions d'avant-hier. Le Ministre était à Hatfield; il
 m'a fait savoir par Sir Th. Sanderson que le Gouvernement anglais n'avait
 pas jugé possible d'envoyer ses bâtiments sur la côte de Terre-Neuve aussi
 longtemps que ses officiers n'auraient pas de pouvoirs légaux pour faire exé-
 cuter le modus vivendi; mais que, depuis plusieurs jours (depuis le vote du
 Parlement de Terre-Neuve), ces officiers avaient reçu pour instructions de se
 mettre en route. Sir B. Walker a été autorisé par le télégraphe à se ren-
 contrer avec le Commandant français à l'époque que fixera ce dernier. Des
 instructions détaillées seront envoyées au Commandant des forces navales
 anglaises, après le Conseil des Ministres qui doit se réunir demain matin. ||

J'ai prié Lord Salisbury de m'indiquer un rendez-vous pour après-demain. Je crois savoir qu'il interprète notre volonté de n'avoir affaire qu'au Gouvernement anglais seul, comme un refus de reconnaître toute autre autorité que celle de la marine anglaise. Je tiendrais à avoir, s'il est possible, demain soir, votre sentiment à ce sujet, pour le cas où, par exemple, le Ministre me demanderait mon avis sur la nomination d'un commissaire spécial, non pas local, mais anglais, devant résider à bord d'un des navires de la station britannique.

Waddington.

Nr. 10416. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Die englische Regierung allein wird verantwortlich gemacht für die Durchführung der Verträge und Abkommen.

Nr. 10416.
Frankreich.
23. Juni 1891.

Paris, le 23 juin 1891.

J'ai examiné attentivement la question que vous me posez dans la dernière partie de votre communication d'hier. Nous tenons à ce que le Gouvernement anglais, responsable vis-à-vis de nous de l'exécution des Traités, n'abandonne ni à des tribunaux ni à un commissaire, qui ne relèverait pas directement de lui, le soin d'assurer l'application des actes internationaux relatifs aux pêcheries de Terre-Neuve. Ce qui se passe en ce moment même démontre la nécessité d'une intervention effective et concertée des représentants des deux Gouvernements pour empêcher que les dispositions les plus formelles et les plus claires du modus vivendi ne deviennent lettre morte. Vous vous souvenez que Lord Salisbury a reconnu lui-même que le Gouvernement anglais avait contracté vis-à-vis de nous une obligation personnelle dont il ne peut se décharger sur personne. || Nous ne pourrions toutefois nous opposer à ce que le Commandant de la station anglaise fût assisté d'un commissaire spécial ayant pour mission de l'éclairer de ses avis, s'il était bien entendu que ce commissaire ne sera pas investi d'une autorité propre, mais d'une simple délégation du Gouvernement, et que, par conséquent, ce dernier ne pourra pas se retrancher derrière les avis de son délégué pour décliner les responsabilités qui lui incombent. || Je vous autorise à vous exprimer dans ce sens au cours de l'entretien que vous devez avoir avec Lord Salisbury.

Ribot.

Nr. 10417. FRANKREICH. — Botschafter in London an das auswärtige Amt. Englische Ansicht zur Sache.

Nr. 10417.
Frankreich.
24. Juni 1891.

Londres, le 24 juin 1891.

Lord Salisbury, avec qui je viens d'avoir un entretien au sujet de Terre-Neuve, m'a fait connaître la conclusion à laquelle il était arrivé, après avoir consulté le Chancelier et les conseillers de la Couronne: lorsque le Gouverne-

Nr. 10417.
Frankreich.
21. Juni 1891.

ment anglais, m'a-t-il dit, déclare à un Gouvernement étranger qu'il a les pouvoirs nécessaires pour exécuter une convention, ce Gouvernement étranger n'a pas le droit de discuter les moyens d'exécution; une discussion de ce genre aurait des inconvénients de toutes sortes et amoindrirait l'autorité du Pouvoir central. || "Cela dit, a-t-il ajouté, je suis prêt à vous donner officieusement des détails sur l'arrangement que nous sommes à la veille de conclure avec les Délégués de la Colonie et qui deviendra exécutoire après que la sentence arbitrale aura été rendue. || Un des griefs des habitants de Terre-Neuve était que leurs propriétés pourraient être saisies et même détruites par la seule autorité d'un officier de marine, ce qui est contraire à la loi anglaise telle qu'elle est appliquée partout ailleurs. Pour y remédier, nous proposons d'instituer un ou deux juges ou commissaires légaux nommés par la Couronne, sans l'autorisation desquels les officiers de marine ne pourront saisir ou faire démolir une propriété appartenant à un sujet britannique. Il y aura appel de leur décision devant le Conseil privé de la Reine à Londres." — "Cette procédure, lui dis-je, occasionnera de grandes lenteurs; il est, en outre, bien entendu qu'elle ne pourra s'appliquer qu'aux sujets-anglais. Qu'arrivera-t-il donc lorsqu'un citoyen français sera en cause? Nous ne pouvons reconnaître des juges de Terre-Neuve". — "Là où un Français sera en cause, m'a-t-il répondu, il n'y aura rien de changé, ce me semble: ou bien l'accord s'établira entre les deux commandants, ou bien il faudra avoir recours à la voie diplomatique. Il est certain, d'ailleurs, que, lorsque les arbitres auront rendu leur sentence, beaucoup de difficultés actuelles disparaîtront. Telle est mon opinion personnelle; mais je ne voudrais pas m'engager sur les questions délicates de droit qui peuvent surgir et qui pourront nécessiter une intervention diplomatique." || J'ai alors rappelé à Lord Salisbury ma lettre du 7 juin et notre entretien du 11 et je lui ai dit: "Pouvez-vous me donner une réponse précise à la question que je vous ai posée dans ma lettre du 7 juin? Pouvez-vous nous déclarer officiellement que vous avez des pouvoirs complets et permanents pour faire exécuter les traités avec la France et l'Arrangement du 11 mars? Pouvez-vous nous garantir que nous n'aurons affaire qu'au Gouvernement anglais seul?" Il m'a répondu qu'il croyait pouvoir m'écrire une lettre qui nous donnerait satisfaction sur ce point. || Lord Salisbury m'a confirmé que, pour l'exécution du modus vivendi, les instructions nécessaires avaient été expédiées au Commandant de la station navale anglaise. Waddington.

Nr. 10418.
Frankreich.
28. Juni 1891.

Nr. 10418. **FRANKREICH.** — Derselbe an dasselbe. Erklärung der englischen Regierung.

Londres, le 28 juin 1891.

Je m'empresse de vous communiquer ci-joint, en copie, la réponse que vient de m'adresser Lord Salisbury au sujet de l'exécution de l'Arrangement du 11 mars.

Waddington.

Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 28 Juin 1891.

Nr. 10418.
Frankf. Jah.
28. Juni 1891.

Le Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, à M. Waddington, Ambassadeur de la République française à Londres.

Foreign Office, June 26, 1891.

Since I received your Excellency's letter of the 7th inst^t, I have had the opportunity on two occasions of conferring with you upon it, and am replying to it now in the light of the further observations which were made to me by your Excellency in those two conversations.

I understand, that some of the communications which took place between Her Majesty's Government and the Ministers of Newfoundland, and some observations which were made upon this matter in the house of Commons, have left upon the mind of M. Ribot some apprehensions that Her Majesty's Government were either not able or not willing to fulfil the engagement, into which they have entered, that they will execute the award of the arbitrators appointed under the convention of the 11th of March. I will not enter into any discussion of the details which have attracted M. Ribot's observation, nor of the precise methods by which Her Majesty's Government propose to perform the duty which they have formally accepted. I abstain from doing so lest upon some other occasion, and under other circumstances, the precedent which would thus be set should be misinterpreted, and it might be thought, that Her Majesty's Government had recognised the right of a foreign Power to criticise or take exception to the municipal arrangements by means of which they proposed to fulfil their international obligations. Any such admission on their part would, of course, be impossible; and, therefore, I think it better to avoid any formal explanation to your Excellency of the legislative or executive measures which the Convention of the 11th of March may render necessary.

But I have great pleasure in assuring you, that M. Ribot's apprehensions, derived from the reports of what has taken place in this country, lest Her Majesty's Government should not have the power or the will to fulfil the solemn promise which they have given to execute the award, are absolutely without foundation. There is no danger, that in this matter any obstacle will prevent a scrupulous observance on their part of the promises by which they are bound, or that they will devolve upon any other persons or authority whatever the responsibility of vindicating their good faith.

Salisbury.

Nr. 10419.
Frankreich.
29. Juni 1891.

Nr. 10419. **FRANKREICH.** — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Französische Antwort auf das vorige.

Paris, le 29 juin 1891.

J'ai reçu la dépêche en date du 28 de ce mois, par laquelle vous m'avez transmis la réponse de Lord Salisbury à votre communication du 7 juin au sujet de l'exécution de la sentence arbitrale destinée à régler certaines difficultés pendantes à Terre-Neuve. || Dans votre communication précitée, vous demandiez à Sa Seigneurie de nous faire connaître comment devait être interprétée la résolution adoptée récemment par la Chambre des Communes et acceptée par le Gouvernement de la Reine. Devions-nous y voir pour le Parlement Impérial un engagement de voter à défaut du Parlement colonial un bill identique en ses effets à celui dont l'avait saisi Lord Knutsford, c'est-à-dire de donner au Gouvernement anglais seul les moyens permanents de faire exécuter les traités avec la France et l'arrangement du 11 mars dernier? Vous ajoutiez que nous ne pouvions reconnaître aux autorités ou aux tribunaux de Terre-Neuve le droit de se mêler d'affaires internationales, et que nous attendions du Gouvernement anglais seul l'exécution des accords conclus avec lui. || Dans sa réponse, Lord Salisbury exprime l'opinion qu'à la suite de certains incidents parlementaires survenus à Londres et des communications auxquelles ils ont donné lieu, j'aurais éprouvé des doutes quant à la capacité ou à la volonté du Gouvernement de la Reine d'exécuter la décision des arbitres. Il fournit, en réponse, les assurances les plus formelles et les plus positives. || Je me permettrai d'observer que rien dans mes paroles n'a jamais pu donner lieu de croire que j'eusse aucun doute sur la ferme et loyale intention du Cabinet de Londres d'exécuter les engagements pris vis-à-vis de nous. Je le déclare de la façon la plus expresse, avec le vif désir, qu'une telle méprise sur mes véritables sentiments ne puisse ni se prolonger ni se renouveler. || Si j'ai demandé amicalement des éclaircissements sur la signification de la procédure suivie et qui me paraît nous mettre en face de garanties d'exécution limitées à trois campagnes seulement, c'est d'abord parce que le Gouvernement de la Reine avait reconnu par des déclarations publiques et qu'il m'est impossible d'ignorer, que dans son propre sentiment un acte temporaire ne saurait être considéré comme satisfaisant. Ainsi que je vous le rappelais récemment, la lettre adressée au Premier Ministre de Terre-Neuve par Sir G. W. Herbert, parlant au nom de Lord Knutsford, porte "que le Gouvernement de la Reine s'est engagé expressément à assurer la parfaite exécution, non pas pendant une année, mais d'une façon absolue des décisions des Arbitres", et qu'un acte temporaire n'y saurait suffire. || D'un autre côté, les Délégués de Terre-Neuve ont pu, comme vous le savez, écrire que le Gouvernement anglais avait promis de substituer, du jour où un acte permanent serait voté par la colonie, la juridiction de magistrats anglais à celle des deux Gouvernements qui a suffi jusqu'ici à éviter les conflits et à assurer

le respect des traités. Ces assertions ne pouvaient que causer chez nous de l'appréhension, et le Gouvernement de la République aurait manqué de prévoyance en ne provoquant pas des explications sur un point si important; nous étions, ce me semble, d'autant plus fondés à le faire, que les prétentions émises par les Délégués étaient, dans cette affaire encore, en contradiction avec les déclarations publiques du Cabinet de Londres. Lord Salisbury avait dit, en effet, dans son discours du 27 avril à la Chambre des Lords, qu'il était inadmissible qu'une "Cour de justice pût interpréter les traités d'après ses propres lumières". Au cas, continuait-il, où l'on en viendrait là "toute l'œuvre des arbitres tomberait, et l'on se trouverait en face des mêmes difficultés qu'auparavant". || La phrase finale de la lettre de Lord Salisbury, que vous venez de me transmettre, semble se rapporter à ce même ordre d'idées; mais je serais heureux d'être assuré que j'en comprends exactement la portée. Je ne peux concevoir par suite de quel malentendu fort regrettable le Gouvernement de la Reine a pu croire utile d'affirmer à nos yeux une bonne foi dont nous n'avons jamais douté, et de déclarer qu'il ne laisserait à aucune autorité ou personne quelconque le soin de l'établir. || Jamais la discussion n'a touché un point semblable, par la raison qu'il n'y a jamais eu de question à ce sujet. Ce qui était en question et ce sur quoi, en prévision des prochains débats parlementaires, des éclaircissements nous eussent été précieux, était le point de savoir si, dans l'avenir comme dans le passé, nous nous trouverions en face du Gouvernement anglais seul et sans l'interposition de magistrats auxquels, pas plus dans notre opinion que dans l'opinion exprimée à la Chambre des Lords par le marquis de Salisbury, il ne saurait appartenir d'interpréter et d'appliquer des arrangements internationaux. C'est sur cette question essentielle que nous demandions une réponse qui ne pût laisser de doute. || Lord Salisbury voudra bien reconnaître, j'en suis assuré, qu'il était difficile, en présence de données mal concordantes et dans une affaire aussi grave, de ne pas élucider ce point. Il reconnaîtra aussi l'empressement que nous avons mis à recommander aux Chambres françaises d'approuver l'arrangement intervenu entre nous et qui a déjà reçu la sanction du Sénat. Mais le vote imprévu du Parlement anglais a causé, il n'y a pas à se le dissimuler, certaines inquiétudes dans notre pays, en raison des interprétations diverses auxquelles il se prêtait. || Dans les circonstances présentes, il est impossible de ne pas constater que le projet en ce moment soumis à la Chambre des Députés se heurterait à des objections que, faute de déclarations précises sur les points sus-mentionnés, le Gouvernement français aurait peine à réfuter complètement. Nous espérons que Lord Salisbury se rendra compte des sentiments qui ont inspiré notre attitude et sur la nature desquels aucun doute, je crois, n'est possible, et qu'il voudra bien nous mettre en mesure de lever des difficultés dont nous avons, autant que lui, le désir de dégager les relations des deux pays.

Ribot.

Nr. 10420.
Frankreich.
16. Juli 1891.

Nr. 10420. FRANKREICH. — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Mündliche Verhandlung mit dem englischen Premier zur Sache.

Londres, le 16 juillet 1891.

Au cours de l'entretien que j'ai eu hier avec Lord Salisbury, je lui ai signalé, dans sa dernière note, ce malentendu qu'il importait d'écarter, à savoir que jamais nous n'avions suspecté la bonne foi du Gouvernement anglais et que nos doutes portaient seulement sur le pouvoir qu'aurait le Gouvernement de Sa Majesté, à la suite de l'abandon du bill Knutsford, d'exécuter d'une façon permanente l'arrangement du 11 mars. Je lui ai exposé que ces doutes n'avaient pas été entièrement dissipés par sa dernière communication. Je lui ai ensuite demandé quand il pourrait me faire connaître le texte du bill dont il était convenu avec les Délégués de Terre-Neuve. Il m'a répondu que les Délégués avaient refusé d'accepter le texte proposé par le Colonial Office, que l'accord n'était pas fait, et que peut-être, en fin de compte, il serait obligé de revenir devant le Parlement anglais pour demander des pleins pouvoirs. Je lui ai parlé des difficultés que susciterait l'intervention des commissaires-jurisconsultes ou des tribunaux à Terre-Neuve, je lui ai dit que, en dehors des questions de principe dont je lui avais signalé déjà la gravité, la procédure nouvelle était fort obscure et pouvait amener à propos de chaque incident des lenteurs infinies, puisqu'il y avait droit d'appel devant le Conseil privé de la Reine. A cela, il m'a répondu que, dans sa pensée, il devait toujours y avoir exécution provisoire et que l'appel ne pouvait porter que sur des questions de dommages-intérêts. Je lui ai ensuite expliqué la difficulté où vous vous trouveriez, puisqu'on ne manquerait pas de vous opposer ses propres paroles à la Chambre des Lords, celles de Lord Knutsford et celles du Sous-Secrétaire d'État aux Colonies, Sir G. W. Herbert, qui toutes condamnaient formellement la voie dans laquelle le Gouvernement anglais est lui-même entré depuis alors. || Il m'a demandé quand nos Chambres se séparaient. Je lui ai répondu que la prorogation aurait lieu dans quelques jours et qu'il ne serait possible de reprendre, s'il y avait lieu, la question de l'approbation de l'arrangement du 11 mars, déjà votée par le Sénat, qu'à la session d'octobre.

Waddington.

Nr. 10421.
Frankreich.
5. Febr. 1892.

Nr. 10421. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Wiederaufnahme der Verhandlung betreffend den Schiedsspruch.

Paris, le 5 février 1892.

Vous m'avez, lors de votre dernier séjour à Paris, signalé verbalement l'intérêt qu'il y aurait à reprendre, ou plutôt à continuer, avec Lord Salisbury, la négociation relative à l'arbitrage de Terre-Neuve. Après un mûr

examen des observations que vous m'avez soumises, il m'a paru qu'il y avait lieu en effet de poursuivre les pourparlers engagés l'année dernière et qui étaient assez avancés au moment où a pris fin la session du Parlement anglais. Je ne crois pas nécessaire de vous adresser à ce sujet de nouvelles instructions, vous ayant déjà fait connaître dans de nombreuses dépêches, auxquelles il me suffit de me référer, la manière dont j'envisage la question et la solution que j'entrevois aux difficultés survenues. || Je vous serai obligé de vous inspirer desdites instructions pour entretenir le Premier Ministre de la Reine de la question qui nous occupe. Je suis convaincu que Lord Salisbury sera sensible à la force des raisons que vous ferez valoir à l'appui de notre manière de voir, et nous mettra en mesure de soumettre à la Chambre le projet de loi concernant l'arbitrage déjà voté par le Sénat.

Ribot.

Nr. 10422. FRANKREICH. — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand.

Nr. 10422.
Frankreich.
18. Febr. 1892.

Londres, le 18 février 1892.

J'ai parlé à Lord Salisbury de l'opportunité de reprendre nos pourparlers relativement à l'arbitrage pour les affaires de Terre-Neuve. Il m'a répondu qu'il était prêt, mais que, le Parlement de l'île devant se réunir le 25, il conviendrait d'attendre que celui-ci eût statué sur le bill que le Gouvernement local doit lui soumettre, et dont le texte a été arrêté d'accord avec le Gouvernement de la Métropole.

Waddington.

Nr. 10423. FRANKREICH. — Derselbe an dasselbe. Erneuerung des modus vivendi.

Nr. 10423.
Frankreich.
5. April 1892.

Londres, le 5 avril 1892.

Ainsi que je vous l'ai télégraphié hier, j'ai constaté par écrit, au nom du Gouvernement de la République, le renouvellement pur et simple, pour l'année 1892, du modus vivendi de 1890 concernant la pêche et la préparation du homard à Terre-Neuve || J'ai l'honneur de vous transmettre, ci-jointe, la lettre que Lord Salisbury m'a adressée à ce sujet, ainsi que la réponse par laquelle j'ai constaté l'accord intervenu entre les deux Gouvernements.

Waddington.

1^{re} Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 5 avril 1892.

Le Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, à M. Waddington, Ambassadeur de la République française, à Londres.

Foreign Office, April 4, 1892.

In pursuance of verbal communications which have passed between your Excellency and me, I have the honour to propose, that the modus vivendi of

Nr. 10423.
Frankreich.
5. April 1892.

1890 relative to the catching and preparation of lobsters, which was renewed purely and simply for the fishery season of the last year, should again be renewed in the same manner for the fishery season of the present year. I should esteem it a favour if your Excellency would notify to me the consent of your Government to this arrangement, if accepted by them, in which case Her Majesty's Government will consider the exchange of notes as an agreement between the two Governments and will give the necessary directions to carry it into execution on behalf of Great Britain.

Salisbury.

II^e Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 5 avril 1892.

M. Waddington, Ambassadeur de la République française, à Londres,
au Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'État pour les
Affaires étrangères.

Londres, le 4 avril 1892.

J'ai reçu la lettre en date de ce jour par laquelle Votre Seigneurie veut bien me proposer de renouveler purement et simplement pour l'année 1892, ainsi que cela a été fait l'année dernière, le *modus vivendi* de 1890 relatif à la pêche et à la préparation du homard à Terre-Neuve. || Je m'empresse de faire savoir à Votre Seigneurie que mon Gouvernement consent au renouvellement de cette convention et j'accepte, en son nom, de considérer le présent échange de notes comme une constatation officielle de l'accord des deux Gouvernements à ce sujet.

Waddington.

Nr. 10424.
Frankreich.
17. Mai 1892.

Nr. 10424. **FRANKREICH.** — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Ausführung des Abkommens vom 11. März 1891.

Paris, le 17 mai 1892.

Vous avez bien voulu me faire savoir, le 18 février dernier, que, conformément à mes instructions, vous aviez entretenu Lord Salisbury de l'opportunité de reprendre les pourparlers relatifs à l'arbitrage pour les affaires de Terre-Neuve. || Le Premier Ministre de la Reine vous a répondu que, la Législature de l'île devant se réunir le 25 du même mois, il jugeait préférable d'attendre qu'elle eût statué sur le bill que le Gouvernement local lui soumettrait à propos de ces affaires et dont les termes avaient été arrêtés d'accord avec le Gouvernement de la Métropole. || Je n'ai pas encore sous les yeux le texte de ce projet de loi, qui paraît n'être venu que tout récemment en discussion. Si les renseignements publiés par la presse sont exacts, nous aurions de sérieux motifs de nous plaindre de ce qu'on y eût introduit certaines dispositions que Lord Salisbury considérait d'abord, comme nous-mêmes, inaccep-

tables. || Vous vous souvenez, en effet, que nous avons toujours protesté contre toute innovation devant avoir pour résultat de transférer à des cours de justice, Nr. 10424. Frankreich. 17. Mai 1892. quelles qu'elles fussent, le pouvoir de connaître de l'application des Traités. Nos vues à ce sujet, conformes aux règles du droit international, sont consignées dans de nombreuses dépêches, où je rappelle incidemment les déclarations concordantes faites par Lord Salisbury devant la Chambre des Lords. || En raison des démarches que vous n'avez pas manqué de faire pour bien préciser ce point, nous étions fondés à croire qu'il ne pouvait devenir l'objet d'aucun malentendu. Les informations auxquelles je faisais allusion plus haut donnent néanmoins lieu de craindre que le Gouvernement de la Reine n'ait approuvé le dépôt d'un projet de loi conférant à une commission judiciaire des pouvoirs pour l'application des Traités. || Il paraît toutefois que le bill dont il s'agit aurait été rejeté par la Législature malgré les efforts du Premier Ministre local. || Nous nous trouvons donc, après un délai de près d'un an, exactement au point où nous étions lorsque est intervenu le vote de la Chambre des Communes (29 mai 1891) déclarant que le Parlement était prêt à soutenir le Gouvernement dans toutes les mesures nécessaires pour assurer l'exécution des traités et arrangements intervenus avec le Gouvernement de la France. Je n'ai pas à insister sur le caractère regrettable de ces retards, alors que les arbitres sont déjà désignés et qu'un règlement définitif eût pu intervenir dès cette année si une procédure différente avait été suivie. L'événement ne justifie que trop le souhait que nous avons exprimé de voir le Parlement britannique voter lui-même et sans attendre, la loi permanente que les déclarations du Gouvernement de la Reine avaient annoncée. || Quoi qu'il en soit, le Gouvernement anglais ne peut que reconnaître avec nous que trop de retards sont déjà intervenus et je ne doute pas qu'il ne recherche les moyens d'assurer la mise à exécution des arrangements du 11 mars 1891 en obtenant de la Chambre des Communes le vote du bill qui est resté en suspens. || Dans le cas, où, comme je l'espère, la réponse de Lord Salisbury serait satisfaisante, je m'empresserais de demander à la Chambre d'approuver l'arrangement du 11 mars auquel, comme vous le savez, le Sénat a déjà adhéré.

Ribot.

Nr. 10425. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand. Nr. 10425. Frankreich. 20. Mai 1892.

Londres, le 20 mai 1892.

Au reçu de votre lettre du 17, j'ai demandé à Lord Salisbury de présenter de nouveau au Parlement le bill qui avait été voté l'année dernière à la Chambre des Lords. || Lord Salisbury m'a répondu qu'il était prêt à le représenter s'il voyait la moindre chance de le faire passer, la fin de la session étant nécessairement très chargée. || J'ai fait remarquer que le vote du

Nr. 10425. **Parlement de Terre-Neuve rendait au Gouvernement anglais sa liberté d'action.**
 Frankreich. J'ai rappelé que le Gouvernement de la République avait toujours déclaré
 20. Mai 1892. qu'il ne pourrait accepter de soumettre à des tribunaux anglais l'interprétation
 d'un traité qui est essentiellement du ressort diplomatique, ainsi qu'il l'avait
 reconnu lui-même à la Chambre des Lords. || Lord Salisbury m'a répondu
 qu'il allait en parler à ses collègues de la Chambre des Communes, et examiner s'il y a quelque possibilité de faire passer le bill d'ici à la fin de la session.

Waddington.

Nr. 10426. **FRANKREICH.** — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Gesetzesvorschlag für die Legislatur von Neufundland.

Paris, le 20 mai 1892.

Je viens de recevoir le texte du bill qui a été soumis à l'approbation de la législature de Terre-Neuve relativement à la question des pêcheries et qui, d'ailleurs, a été rejeté depuis, ainsi que je vous l'ai fait savoir. || J'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint ce document. || Je crois devoir vous signaler que, comme je le craignais, les termes de cet acte législatif ne concordent pas avec les conditions dans lesquelles il convient que les traités et arrangements existant entre la France et l'Angleterre soient exécutés.

Ribot.

Annexe à la Dépêche de M. Ribot à M. Waddington,
 en date du 20 mai 1892.

Projet de loi soumis au Parlement de Terre-Neuve.

[Après un préambule rappelant les actes internationaux qui régissent la matière, viennent les considérants et le dispositif ci-après.]

And whereas it is expedient, that permanent arrangements should be made, both for the legal enforcement of the provisions of the French treaties and of the arbitration award, and also for the decision of questions which may from time to time arise under those provisions upon the treaty coast and waters. || Be it therefore enacted by the Governor and Legislative Council and House of Assembly in Legislative Session convened as follows:

1. — (1) Her Majesty the Queen may from time to time, by instrument under Her Royal Sign Manual and Signet, appoint Judicial Commissioners for the treaty coast and waters, and every Commissioner so appointed shall receive from the Governor a commission for the purposes of this Act.

(2) There shall be a superior Court of record, called the Judicial Commission Court, and the said Judicial Commissioners shall be judges of that Court.

2. — (1) "Where a naval officer holding the instructions of Her Majesty the

Queen given through the Commissioners of the Admiralty for fulfilling the French treaties and arbitration award thinks it necessary to take any action against any person or their property for the purpose of carrying into effect or enforcing the said treaties or award, or of maintaining peace and good order among the persons engaged in the fisheries on treaty coast and waters, he shall bring the matter before the Judicial Commission Court, and before taking any action obtain a judgment of the court directing such action.”

(2) Any person aggrieved by any act of a naval officer holding such instructions as aforesaid may bring the matter before the Judicial Commission Court. || (3) The Judicial Commission Court shall try every case in a summary manner, and decide it in accordance with the French treaties and arbitration award, and give such judgment as appears necessary for carrying into effect the decision so as to secure the due observance of the said treaties and award. || 3. — (1) A judgment of the Court may impose a fine, not exceeding five hundred dollars, grant an injunction mandatory or otherwise, award damages or costs, direct a sale, and give any other order or direction which appears to the Court necessary, for carrying into full effect the judgment of the Court, or for the execution of the French treaties or arbitration award. || (2) A judgment of the Judicial Commission Court shall have full effect and be executed, whether on land or at sea by any naval officer, or by any civil officer who executes the judgment of the Supreme Court, or of a stipendiary magistrate. || 4. — (1) Subject to any rules from time to time made by Her Majesty the Queen, and countersigned by one of Her Majesty’s Principal Secretaries of State. || (a) Sittings of the Judicial Commission Court shall be held at such times and places, and either by one or more of the Commissioners as occasion appears to require, and that either simultaneously or at different times, and at certain fixed places; or at different places where a Commissioner may be, and either on board ship or on land; and || (b) The jurisdiction of the Court may be exercised by one Commissioner; and || (c) The Court may, where it deems it expedient, summon any persons having local knowledge and experience to sit with the Court as assessors; and || (d) The Court may from time to time appoint such officers as appear to the Court necessary, and remove such officers. || 5. — (1) There shall not, save as hereinafter mentioned, be any appeal from any judgment of the Judicial Committee Court in any case connected with the French treaties or arbitration award, nor shall the Court be liable in any such case to be restrained or interfered with in the exercise of their jurisdiction under this Act, whether by a prohibition, mandamus, certiorari, or otherwise; and any judgment, or other proceeding of the Court, shall not be deemed void by reason only of any formal defect; || (2) Provided, that: || (a) Nothing in this Act shall impair the right of appeal to Her Majesty the Queen in Council in accordance with such regulations as Her Majesty in Council may make; and || (b) If any party to a case determined by one Judicial Commissioner requires the case to be reheard before

Nr. 10426.
Frankreich.
30. Mai 1872.

Nr. 10426.
Frankreich.
20. Mai 1892.

a Court composed of more than one Commissioner the case shall be so reheard. || (3) Provided further, that an appeal or rehearing under subsection (2) of this section shall not operate as a stay of execution. || 6. — (1) The Judicial Commission Court shall, for the purposes of this Act, have the same jurisdiction and power of summoning and enforcing the attendance of parties and witnesses, of administering an oath, of protecting and enforcing respect for the Court, enforcing their judgment or summons, and otherwise, as the Supreme Court, or (as the case requires) any stipendiary magistrate.

(2) A naval officer shall have power with a view to any proceeding in the Judicial Commission Court, to take and bring before the Court any person, or vessel or boat or any tackle, equipment, or nets, and for that purpose, and for the purpose of the execution of any judgment of the Court, shall have the authority and be entitled to the immunities given by law to any sheriff, bailiff, tipstaff, constable, or officer executing a warrant or judgment of the Supreme Court, or (as the case requires) as any stipendiary magistrate. || 7. — (1) The Judicial Commission Court may, from time to time with the approval of Her Majesty the Queen, signified under the hand of one of Her Majesty's Principal Secretaries of State, make, revoke, and vary rules regulating the procedure, payment of assessors, practice, fees and costs, in waters under this Act, and providing for the reception of depositions in evidence, and such rules shall be published in the Royal Gazette, and while in force shall be binding as if enacted in this Act. || (2) All such fees, and also all fines imposed by the Court, shall be paid, accounted for, and applied as directed by the rules, and subject to any such direction shall be applied in aid of the expenses of the Court and the officers thereof, and so far as not required for that purpose shall be applied as part of the revenue of Newfoundland. || 8. — (1) Nothing in this Act shall apply to any matter arising otherwise than in relation to the French treaties and arbitration award. || (2) The jurisdiction and powers conferred by this Act shall be in addition to and not in derogation of any jurisdiction and powers of Her Majesty the Queen, or officers acting under Her orders, or of the Governor or any court magistrate, or officer of Newfoundland. || 9. In this Act, unless the context otherwise requires. || The expression "Naval Officer" means any officer, commissioned and in full pay, of one of Her Majesty's ships. || The expression "judgment" includes a decree or order. || The expression "French treaties" means the engagements between Great Britain and France recited in this Act, and includes any future agreement for a continuation (pending the arbitration) of the modus vivendi of 1890. || The expression "arbitration award" means any award made in pursuance of the arbitration agreement recited in this Act. || The expression "treaty coast and waters" means such portion of the coast of Newfoundland as is mentioned in the above-recited treaty of Versailles of the third day of September one thousand seven hundred and eighty-three, and such of the waters adjoining that portion of the coast as are within Her Majesty's juris-

diction. || Words importing the masculine gender shall include females, and words in the singular shall include the plural, and words in the plural shall include the singular. || 10. — The Newfoundland French Treaties Act of 1891 is hereby repealed. || 11. — This Act shall come into operation on such a day as may be notified by the Governor by proclamation, and may be cited as the "Fishery Treaties Act, 1892".

Nr. 10427. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Vertagung der Sache.

Nr. 10426.
Frankreich.
20. Mai 1892.

Nr. 10427.
Frankreich.
29. Mai 1892.

Londres, le 29 mai 1892.

J'ai entretenu Lord Salisbury et M. Balfour, leader de la Chambre des Communes, du bill à présenter au Parlement pour l'exécution de l'arbitrage à Terre-Neuve. Ils m'ont déclaré que, informations prises, ils ne croyaient pas possible de faire passer le bill relatif à Terre-Neuve pendant le peu de temps que la session durera encore. Nous restons donc purement et simplement, comme il y a un an, sur le terrain du modus vivendi.

Waddington.

Handels-Verträge.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nr. 10428. **DEUTSCHES REICH und RUSSLAND.** — Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Russland*). 20. März 1894.

(Uebersetzung.)

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches einerseits, und Seine Majestät der Kaiser von Russland andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland zu fördern, haben beschlossen, einen Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen den beiden Ländern abzuschliessen und zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Reichskanzler, Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Preussen, Herrn Leo Grafen von Caprivi, || und || Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Hamburg, Herrn Max Freiherrn von Thielmann, || und ||

Seine Majestät der Kaiser von Russland: || Allerhöchstihren Generaladjutanten, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Grafen Paul Schuwalow, || und || Allerhöchstihren Wirklichen Staatsrath, Vicedirektor des Departements für Handel und Manufakturen im Finanzministerium, Basil Timiriasew,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die Angehörigen eines der beiden vertragschliessenden Theile, welche sich in dem Gebiete des anderen Theiles niedergelassen haben oder sich dort vorübergehend aufhalten, sollen dort im Handels- und Gewerbebetriebe die nämlichen Rechte geniessen und keinen höheren oder anderen Abgaben unter-

*) Vgl. Nr. 10201 (Bd. 52, S. 309). Anm. d. Red.

worfen werden, als die Inländer. Sie sollen in dem Gebiete des anderen Theiles in jeder Hinsicht dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen haben wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes. || Es herrscht jedoch darüber Einverständniss, dass durch die vorstehenden Bestimmungen die besonderen Gesetze, Erlasse und Verordnungen auf dem Gebiete des Handels, der Gewerbe und der Polizei nicht berührt werden, welche in jedem der beiden vertragschliessenden Länder gelten oder gelten werden und auf alle Ausländer Anwendung finden.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Artikel 2.

Die Angehörigen jedes der beiden vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu erwerben und zu besitzen, soweit dieses Recht nach den Landesgesetzen Angehörigen irgend einer fremden Nation jetzt oder künftig zusteht. Sie sollen berechtigt sein, darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, Eheschliessung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen, sowie Vermögen durch Erbschaften zu erwerben und zwar unter denselben Bedingungen, welche jetzt oder künftig für die Angehörigen irgend einer anderen fremden Nation bestehen, ohne in einem der genannten Fälle unter irgend einer Bezeichnung anderen oder höheren Abgaben, Steuern oder Auflagen unterworfen zu sein, als die Inländer. || Ebenso sollen sie den Erlös aus dem Verkaufe ihres Eigenthums und ihr Vermögen überhaupt unter Beobachtung der Landesgesetze frei ausführen können, ohne als Ausländer zur Entrichtung anderer oder höherer Abgaben verpflichtet zu sein, als die Inländer unter gleichen Verhältnissen zu entrichten haben würden. || Sie sollen unter Beobachtung der Landesgesetze freien Zutritt zu den Gerichten haben, um als Kläger oder Beklagte aufzutreten, und sollen in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Sachwalter und Vertreter jeder Art zu bedienen.

Artikel 3.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen zu Gerichts-, Administrativ- oder Munizipaldiensten mit Ausnahme der Vormundschaft nicht verpflichtet sein; ebenso bleiben sie frei von jedem persönlichen Dienste im Landheere, in der Marine, in der Reserve der Land- und Seemacht und in der Nationalmiliz, sowie von allen Lasten, Zwangsanleihen, militärischen Requisitionen und Leistungen jeder Art, welche im Kriegsfall oder in Folge von aussergewöhnlichen Umständen auferlegt werden; ausgenommen sind die aus irgend welchem Rechtstitel mit dem Besitze eines Grundstücks verbundenen Lasten sowie die Verpflichtung zur Quartierleistung und zu sonstigen besonderen Leistungen für die bewaffnete Macht, die den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation als Eigenthümern, Pächtern oder Miethern von Immobilien obliegen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Artikel 4.

Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in einem der beiden Länder nach den bestehenden Gesetzen rechtsgültig errichtet worden sind und dort ihren Sitz haben, sollen in dem anderen Lande als gesetzlich bestehend anerkannt werden und dort namentlich das Recht haben, vor Gericht als Kläger oder als Beklagte Prozesse zu führen. || Es herrscht jedoch darüber Einverständniss, dass durch die vorstehende Bestimmung die Frage nicht berührt wird, ob derartige in einem der beiden Länder errichtete Gesellschaften in dem anderen Lande zum Handels- und Gewerbebetriebe zugelassen werden sollen oder nicht. Diese Frage bleibt, wie bisher, den in dem betreffenden Lande bestehenden oder noch einzuführenden Bestimmungen vorbehalten. || In jedem Falle sollen die gedachten Gesellschaften in dem anderen Lande dieselben Rechte geniessen, welche den gleichartigen Gesellschaften irgend eines Landes zustehen oder zugestanden werden sollten.

Artikel 5.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhr- oder Ausfuhrverbote zu hemmen, auch die freie Durchfuhr zu gestatten, soweit es sich nicht um Wege handelt, die der Durchfuhr verschlossen sind oder sein werden. || Ausnahmen sind nur für solche Erzeugnisse zulässig, welche auf dem Gebiete eines der vertragschliessenden Theile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, sowie auch für gewisse Erzeugnisse, für die aus Rücksichten auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei und die öffentliche Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen ausserordentliche Verbotsmassregeln ergehen könnten.

Artikel 6.

Die russischen Boden- und Gewerbserzeugnisse, welche in Deutschland, und die deutschen Boden- und Gewerbserzeugnisse, welche in Russland eingeführt werden, sollen dort, sie mögen zum Verbrauch, zur Lagerung, zur Wiederausfuhr oder zur Durchfuhr bestimmt sein, der nämlichen Behandlung unterliegen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Erzeugnisse des in dieser Beziehung meistbegünstigten Landes. Insbesondere wird jede Begünstigung, jede Befreiung und jede Ermässigung der in dem Generaltarife oder in den Vertragstarifen enthaltenen Eingangszölle, welche einer der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht dauernd oder zeitweise zugesteht, ohne weiteres und bedingungslos auf die Boden- und Gewerbserzeugnisse des anderen ausgedehnt werden.

Artikel 7.

Die in dem beiliegenden Tarif A bezeichneten deutschen Boden- und Gewerbserzeugnisse sollen bei ihrer Einfuhr in Russland und die in dem beiliegenden Tarif B bezeichneten russischen Boden- und Gewerbserzeugnisse

sollen bei ihrer Einfuhr in Deutschland keinen anderen oder höheren Eingangszöllen unterliegen, als den in diesen Anlagen festgesetzten. || Wenn einer der vertragschliessenden Theile auf einen in Anlage A oder Anlage B des gegenwärtigen Vertrags angeführten Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation zum Vortheil der Staatskasse eine neue innere Steuer oder Accise oder einen Zuschlag zu einer solchen inneren Steuer oder Accise legen sollte, so kann der gleichartige Gegenstand bei der Einfuhr mit einer gleichen oder entsprechenden Abgabe belegt werden, vorausgesetzt, dass diese Abgabe für die Provenienzen aller Länder gleich ist.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Artikel 8.

Innere Abgaben, welche in dem Gebiete eines der vertragschliessenden Theile für Rechnung des Staates, der Gemeinden oder der Korporationen auf der Hervorbringung, der Bearbeitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses ruhen oder ruhen werden, dürfen für Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder lästiger sein als für die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Artikel 9.

Bei der Ausfuhr von Waaren aus einem der beiden Länder nach dem anderen dürfen keine anderen oder höheren Ausgangsabgaben erhoben werden als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung meistbegünstigten Lande. Auch jede sonst von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht für die Ausfuhr zugestandene Begünstigung wird ohne weiteres und bedingungslos dem anderen zu Theil werden.

Artikel 10.

Die Waaren aller Art, welche durch das Gebiet eines der beiden Theile auf einem dem Transithandel geöffneten Wege durchgeführt werden, sollen wechselseitig von jeder Durchfuhrabgabe frei sein, sei es, dass sie unmittelbar durchgeführt werden, sei es, dass sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden.

Artikel 11.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages berühren nicht: || 1. die Begünstigungen, welche anderen angrenzenden Staaten zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb einer Grenzzone bis zu fünfzehn Kilometer Breite gegenwärtig gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden sollten, || 2. die von Deutschland auf Grund der bestehenden Zolleinigung dem Grossherzogthum Luxemburg und den österreichischen Gemeinden Jungholz und Mittelberg zugestandenen Begünstigungen, auf welche Gebietstheile im Uebrigen die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages Anwendung finden, || 3. die Begünstigungen, welche für die Einfuhr oder Ausfuhr den Bewohnern des Gouvernements Archangel sowie für die nördlichen und östlichen Küsten des

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

asiatischen Russlands (Sibirien) gegenwärtig gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden sollten. || Es wird ausserdem der Vorbehalt gemacht, dass die Bestimmungen der Artikel 6, 9 und 10 des gegenwärtigen Vertrages weder auf die besonderen Abmachungen des Vertrages zwischen Russland und Schweden und Norwegen vom ^{26. April}/_{15. Mai} 1838 noch auf diejenigen Vereinbarungen Anwendung finden sollen, welche die Handelsbeziehungen mit den angrenzenden Staaten und Ländern Asiens regeln oder regeln werden. Auf diese Abmachungen darf in keinem Falle Bezug genommen werden, um die Handels- und Schifffahrtsverhältnisse, wie sie zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen durch den gegenwärtigen Vertrag begründet worden sind, abzuändern.

Artikel 12.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimathlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetriebe berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch die in ihren Diensten stehenden Reisenden in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Waareneinkäufe zu machen oder Bestellungen, auch unter Mitführung von Mustern, zu suchen. Die gedachten Kaufleute, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden oder Handlungsreisenden sollen wechselseitig in den beiden Ländern hinsichtlich der Pässe und der den Handelsbetrieb treffenden Abgaben wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation behandelt werden.

Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen. Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den vorbezeichneten Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben unter der Voraussetzung zugestanden, dass diese Gegenstände, falls sie nicht verkauft worden sind, binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist wieder ausgeführt werden und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist, wobei es gleichgültig sein soll, über welches Zollamt die Gegenstände ausgeführt werden. Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrages der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden. || Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen, nach welchem Muster diese Karten ausgefertigt werden, und welche Vorschriften die Reisenden bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten haben. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche sich in das Gebiet des anderen zum Besuche der Messen und Märkte begeben, um dort Handel zu treiben oder ihre Erzeugnisse feilzuhalten, werden wechselseitig wie die Inländer behandelt und keinen höheren Abgaben als diese unterworfen werden.

Artikel 13.

Die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Russland und die russischen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Deutschland ganz wie die inländischen Schiffe und Ladungen behandelt werden, gleichviel, von wo die Schiffe ausgelaufen oder wohin sie bestimmt sind, und woher die Ladungen stammen oder wohin sie bestimmt sind. || Jedes Vorrecht und jede Befreiung, welche in dieser Beziehung von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht eingeräumt werden sollte, soll ohne weiteres und bedingungslos auch dem anderen Theile zustehen. || Von den vorstehenden Bestimmungen wird jedoch eine Ausnahme gemacht || a) in Betreff derjenigen besonderen Begünstigungen, welche dem inländischen Fischfang und dessen Erzeugnissen in dem einen oder dem anderen Lande jetzt oder in Zukunft gewährt werden sollten, || b) in Betreff der jetzt oder künftig der nationalen Kauffahrteiflotte gewährten Begünstigungen. || Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden keine Anwendung auf die Küstenschifffahrt, welche nach wie vor durch die in jedem der beiden Länder jetzt oder künftig in Kraft stehenden Gesetze geregelt wird. Immerhin soll es den deutschen und den russischen Schiffen freistehen, aus einem Hafen des einen der beiden vertragschliessenden Länder nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes zu fahren, sei es, um dort die aus dem Auslande mitgebrachte Ladung ganz oder theilweise zu löschen, oder um eine nach dem Auslande bestimmte Ladung einzunehmen oder zu ergänzen.

Nr. 10423.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Artikel 14.

Die Nationalität der Schiffe soll beiderseits nach den jedem Lande eigenthümlichen Gesetzen und Verordnungen auf Grund der an Bord befindlichen, durch die zuständigen Behörden ausgestellten Urkunden und Patente anerkannt werden. || Die von dem einen der vertragschliessenden Theile ausgestellten Schiffsmessbriefe werden nach Massgabe der zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen getroffenen oder zu treffenden besonderen Vereinbarungen von dem anderen Theile anerkannt werden.

Artikel 15.

Die deutschen Schiffe, welche nach einem russischen Hafen, und umgekehrt die russischen Schiffe, welche nach einem deutschen Hafen kommen, nur um dort ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, sollen, vorausgesetzt, dass sie sich nach den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Staates richten, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen Theil ihrer Ladung irgend welche Gefälle zu bezahlen ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
30. März 1894.

Artikel 16.

Von Tonnengeldern und Abfertigungsgebühren sollen in den Häfen eines jeden der beiden Länder völlig befreit sein: || 1. die Schiffe, welche von irgend einem Orte mit Ballast ein- und damit wieder auslaufen; || 2. die Schiffe, welche aus einem Hafen des einen der beiden Länder nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über die in einem anderen Hafen desselben Landes bereits erfolgte Zahlung jener Abgaben ausweisen können; || 3. die Schiffe, welche freiwillig oder nothgedrungen mit Ladung nach einem Hafen kommen und ihn, ohne irgendwie Handel betrieben zu haben, wieder verlassen. || Diese Befreiung wird nicht gewährt für Leuchthurm-, Lootsen-, Remorquirungs-, Quarantäne- und sonstige auf dem Schiffskörper lastende Abgaben, welche für dem Verkehr dienende Leistungen und Vorkchrungen in gleichem Masse von den inländischen und von den Schiffen der meistbegünstigten Nation zu entrichten sind. || Ist das Einlaufen durch Noth veranlasst worden, so gelten nicht als Ausübung des Handelsbetriebes das zur Ausbesserung des Schiffes erfolgte Löschen und Wiedereinladen der Waaren, das Ueberladen auf ein anderes Schiff im Falle der Seeuntüchtigkeit des ersten, die zur Verproviantirung der Schiffsmannschaft nothwendigen Aufwendungen und der Verkauf der beschädigten Waaren mit Genchmigung der Zollverwaltung.

Artikel 17.

Wenn ein Schiff eines der vertragschliessenden Theile an den Küsten des anderen Theiles strandet oder Schiffbruch leidet, sollen Schiff und Ladung dieselben Begünstigungen und Befreiungen geniessen, welche die Gesetzgebung des betreffenden Landes den eigenen Schiffen in gleicher Lage bewilligt. Es soll jederlei Hülfe und Beistand dem Führer und der Mannschaft sowohl für ihre Personen, wie für Schiff und Ladung geleistet werden. || Die vertragschliessenden Theile kommen ausserdem überein, dass die geborgenen Waaren keiner Zollabgabe unterliegen sollen, es sei denn, dass sie in den inländischen Verbrauch übergehen.

Artikel 18.

Die Benutzung der Chausseen und sonstigen Strassen, Kanäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lootsenwesens, der Krahne und Waageanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern und dergleichen mehr, soll, insoweit die Anlagen oder Anstalten für den öffentlichen Verkehr und den Handel im Allgemeinen bestimmt sind, gleichviel, ob sie vom Staate oder mit staatlicher Genehmigung von Privatpersonen verwaltet werden, den Angehörigen des anderen vertragschliessenden Theiles unter gleichen Bedingungen und gegen Zahlung gleicher Gebühren wie den Angehörigen des eigenen Staates gestattet werden. || Solche Gebühren dürfen, vorbehaltlich der beim Seebeleuchtungs- und Seelootsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen, nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen oder Anstalten erhoben werden.

Artikel 19.

Die beiden vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, ihre Eisenbahntransporttarife nach eigenem Ermessen zu bestimmen. || Jedoch soll weder hinsichtlich der Beförderungspreise noch hinsichtlich der Zeit und der Art der Abfertigung zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschliessenden Theile ein Unterschied gemacht werden. Insbesondere sollen für die von Russland nach einer deutschen Station oder durch Deutschland beförderten Gütertransporte auf den deutschen Bahnen keine höheren Tarife angewendet werden, als für gleichartige deutsche oder ausländische Erzeugnisse in derselben Richtung und auf derselben Verkehrsstrecke erhoben werden. Das Gleiche soll auf den russischen Bahnen für Gütersendungen aus Deutschland gelten, welche nach einer russischen Station oder durch Russland befördert werden. || Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen sollen nur zulässig sein, soweit es sich um Transporte zu ermässigten Preisen für öffentliche oder milde Zwecke handelt.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland,
20. März 1894.

Artikel 20.

Der gegenwärtige Vertrag soll am 20./8. März 1894 oder womöglich früher in Kraft treten und bis zum 31./18. Dezember 1903 in Geltung bleiben. || Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Eintritt des letzten Termins seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgibt, soll dieser in Geltung bleiben bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, wo der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn kündigt.

Artikel 21.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen in Berlin sobald als möglich ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen haben ihn die beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt.

So geschehen zu Berlin, den $\frac{10. \text{Februar}}{29. \text{Januar}}$ 1894.

(Uebersetzung.)

Schlussprotokoll.

Im Begriff, zur Unterzeichnung des zu Berlin am heutigen Tage abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Deutschland und Russland zu schreiten, sind die Unterzeichneten über folgende Punkte übereingekommen:

Erster Theil.

Zum Vertragstext.

Zu Artikel 1 und 12.

Im Passwesen werden die Angehörigen beider Theile wie die der meistbegünstigten Nation behandelt werden.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu den Artikeln 5, 6, 7, 9 und 10.

Im Hinblick darauf, dass zur Zeit in Russland gewisse Waaren bei der Einfuhr über die Landgrenze höheren Zollsätzen unterliegen als bei der Einfuhr über die Ostsee, besteht Einverständnis darüber, dass vom Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages die Zölle bei der Einfuhr über die Landgrenze auf die Sätze der Zölle bei der Einfuhr über die Ostsee ermässigt werden sollen, und dass kein neuer, die Einfuhr über die Ostsee, das Schwarze und das Asow'sche Meer (mit Ausnahme der kaukasischen Küste) begünstigender Unterscheidungszoll eingeführt werden darf. || Die deutsche Regierung verpflichtet sich ihrerseits, an keiner Grenze des deutschen Reiches andere oder günstigere Zölle einzuführen als an der russischen Grenze. Eine Ausnahme wird jedoch gemacht für Salz, gesägte Blöcke und grobe Steinmetzarbeiten sowie für rohe Schieferplatten (Nr. 25t, 33d und 33e des deutschen Zolltarifs), für welche Waaren Deutschland sich vorbehält, die gegenwärtig bestehenden Unterschiede zwischen Seezöllen und Landzöllen aufrechtzuhalten.

Zu Artikel 6, 7 und 11.

Die Boden- und Gewerbserzeugnisse einer dritten Macht, welche durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile durchgeführt werden, sollen bei ihrem Eingang in das Gebiet des anderen Theiles keinen anderen oder höheren Zöllen unterworfen werden, als wenn sie direkt aus dem Ursprungslande eingeführt worden wären.

Zu den Artikeln 6 bis 9.

Die Kaiserlich russische Regierung erklärt sich bereit, bei Zollzahlungen deutsche Goldmünzen durch die Zollämter annehmen zu lassen und zwar 1000 Mark Gold als Gegenwerth von 308 Rubel Gold.

Zu Artikel 6 und 7.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, bei der Einfuhr von Waaren zum Nachweise der einheimischen Erzeugung oder Bearbeitung die Vorlegung von Ursprungszeugnissen zu fordern. Es wird seitens der beiden Theile Fürsorge getroffen werden, dass die verlangten Zeugnisse den Handel möglichst wenig beengen.

Zu Artikel 13.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich eine besondere Vereinbarung über die Ausübung der Schifffahrt auf dem Niemen, der Weichsel und der Warthe vor.

Zu Artikel 19.

Die vertragschliessenden Theile werden einander im Eisenbahntarifwesen, insbesondere durch Herstellung direkter Frachttarife, thunlichst unterstützen. Namentlich sollen solche direkte Frachttarife nach den deutschen Häfen Danzig (Neufahrwasser), Königsberg (Pillau) und Memel zur Vermittelung sowohl

der Ausfuhr aus als der Einfuhr nach Russland den Bedürfnissen des Handels entsprechend eingeführt werden. || Zugleich sollen die Frachtsätze für die im russischen Eisenbahntarif zum Getreide gerechneten Artikel sowie für Flachs und Hanf von den russischen Aufgabestationen bis zu den oben erwähnten Häfen nach denjenigen Bestimmungen gebildet und unter die am Transport beteiligten deutschen und russischen Bahnen vertheilt werden, welche für die nach den Häfen Liban und Riga führenden russischen Eisenbahnen jetzt in Kraft sind oder in Kraft treten werden. Die ausser den Frachtsätzen erhobenen Zuschläge (Nebengebühren) sollen in gleicher Weise gebildet und der Betrag derselben nach den russischen Vorschriften unter die beteiligten Linien vertheilt werden, wobei man darüber einverstanden ist, dass nur eine einzige Grenzgebühr, die den russischen und den deutschen, zur Grenze führenden Bahnen zu gleichen Theilen zufällt, erhoben werden darf. || Diese Verpflichtung bezieht sich nur auf die beiderseitigen Staatsbahnen; doch werden die beiden Regierungen dahin zu wirken suchen, dass die Privatbahnen bei der Tarifbildung und Frachtvertheilung auf ihren Linien die gleichen Grundsätze anwenden. Sollten sich jedoch trotzdem die am Verkehr in einer der bezeichneten Richtungen beteiligten Privatbahnen diesen Grundsätzen der Tarifbildung und Vertheilung nicht unterwerfen, so sollen diese Grundsätze auch für die Staatsbahnen der vertragschliessenden Theile nicht mehr bindend sein. || Die zur Zeit bestehenden besonderen Bestimmungen zur Regelung des Wettbewerbes zwischen Königsberg und Danzig bleiben in Kraft.

Nr. 1042^a.
Deutsches
Reich und
Russland.
30. März 1894.

Zu Artikel 20.

Der zwischen beiden vertragschliessenden Theilen bestehende Konsularvertrag vom $\frac{8. \text{Dezember}}{29. \text{November}}$ 1874 soll nicht früher als gleichzeitig mit dem gegenwärtigen Verträge gekündigt werden können.

Zweiter Theil.

Zum russischen Vertragstarif.

Zu Artikel 5 Absatz 3.

Die Bezeichnung: Getrocknete Cichoric, begreift jede durch irgend welches Verfahren getrocknete Cichorie in sich.

Zu Artikel 55.

Die grossen Häute werden nach den in Artikel 55 Absatz 3 festgesetzten Zollsätzen auch dann verzollt, wenn sie mit künstlich eingepressten Narben versehen sind.

Zu Artikel 72 Absatz 2.

Chamottemörtel (Fugenmörtel oder feuerfester Cement), das heisst eine Mischung von rohem und gebranntem feuerfestem Thon, das Ganze zerrieben, wird nach Artikel 72 Absatz 2 verzollt.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Kussland.
20. März 1894.

Zu Artikel 79 Absatz 1.

Die in Absatz 1 dieses Artikels festgesetzten Einfuhrzölle für Stein-, Torf- und Holzkohle sowie für Torf, über die westliche Landgrenze eingeführt, können vom 1. Januar 1898 (alten Stils) an erhöht werden, falls nur die Höhe der Zölle für die westliche Landgrenze und für die Ostseehäfen dieselbe bleibt.

Zu Artikel 112.

Unter der Bezeichnung: nicht besonders genannte chemische und pharmazeutische Produkte, sind diejenigen Produkte dieser Art zu verstehen, welche im russischen allgemeinen Zolltarif vom 11. Juni 1891 nicht besonders genannt sind.

Zu Artikel 131.

Die in dem Artikel 131 aufgeführten Zölle treffen in gleicher Weise Bleiweiss und Zinkweiss, wenn sie mit anderen Stoffen vermischt sind, welche keinen höheren Zöllen unterliegen als Bleiweiss.

Zu Artikel 140 und 142.

Eisen und Stahl in Blättern und Tafeln, wie sie in den Absätzen 3 und 4 der Artikel 140 und 142 aufgeführt sind, unterliegen den dort festgesetzten Zollgebühren ohne Rücksicht auf die Form, in der die Blätter und Tafeln zugeschnitten sind.

Zu Artikel 141.

Die im russischen Zolltarif aufgeführten gewöhnlichen oder nicht kostbaren Metalle begreifen alle Metalle mit Ausnahme von Gold, Silber und Platin in sich. Aluminium gilt als gewöhnliches Metall, ausgenommen die Fälle, in denen es in den russischen Tarifartikeln mit höheren Zollsätzen besonders aufgeführt ist.

Zu Artikel 141, 147, 154, 155, 156 und 163.

Eisen, Stahl und Zink (sowie die Fabrikate daraus), welche durch irgend ein Verfahren (auf galvanischem Wege, durch Umguss, durch ein Walzverfahren oder anderswie) einen Ueberzug von gewöhnlichem Metall erhalten haben, werden ohne Zuschlag nach den für Eisen, Stahl und Zink und die Fabrikate daraus festgesetzten Zollsätzen verzollt, vorausgesetzt, dass der Metallüberzug im Gesamtgewicht jedes einzelnen Artikels nicht übersteigt: bei den in Artikel 141, 147, 154, 155 und 156 aufgeführten Waaren 25%, und bei den in Artikel 163 aufgeführten Waaren 10%.

Zu Artikel 150.

Die in Absatz 1 dieses Artikels festgesetzte Zollgebühr ist auf gusseiserne, mit Theer oder Asphalt überzogene Röhren anzuwenden, welche nicht auf irgend eine Weise bearbeitet sind, es sei denn, dass die Bearbeitung in dem Ausmerzen der Spuren besteht, welche nach Beseitigung der Gussnähte, Angüsse oder Gusszapfen am Metall zurückbleiben.

Zu Artikel 152.

Eiserne und stählerne Mannesmannröhren, auch mit Asphalt und Faserstoffen (gewöhnlichen und im rohen Zustand) überzogen, werden nach diesem Artikel verzollt.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu Artikel 153.

Alle eisernen und stählernen Bau- und Möbelbeschläge werden nach den betreffenden Absätzen des Artikels 153 verzollt, falls sie nicht in Artikeln des russischen Tarifs mit höheren Zollsätzen besonders aufgeführt sind. Vernickelung genügt für sich allein nicht, um Gegenstände dieser Art höher zu verzollen.

Zu Artikel 154 Absatz 1.

Geschirr aus emailirtem, lackirtem und mit Farbe überzogenem Eisenblech wird nach Absatz 1 dieses Artikels verzollt, auch wenn die Ränder und Henkel mit einer anderen Farbe als die übrige Fläche überzogen sind.

Zu Artikel 155 Absatz 2.

Als elektrische Kabel gelten die metallischen Leitungen, welche mit Isolirstoffen (Kautschuk, Guttapercha, vegetabilischen oder animalischen Faserstoffen, Papier, alle diese Stoffe auch imprägnirt) überzogen und ausserdem mit einer gemeinschaftlichen Schutzhülle aus Hanf oder anderem Faserstoff in Verbindung mit Metall (Blei, Eisen, Stahl etc.) versehen sind. Dieser Metallüberzug kann ausserdem sogar mit getheertem Band oder Garn von Hanf, Jute etc. umwickelt sein.

Zu Artikel 156 Absatz 2 b.

Nach diesem Absatz wird auch verzollt verzinnter oder verzinkter Draht, überzogen mit Faserstoffen oder Guttapercha. Was in Absatz 1a und 2b von Guttapercha gesagt ist, findet auch auf Kautschuk Anwendung.

Zu Artikel 158.

Tischmesser und -Gabeln mit Stielen aus gewöhnlichen Materialien werden nach Absatz 1 dieses Artikels verzollt.

Zu Artikel 160.

Unter diesen Artikel fallen alle grossen Gabeln jeder Art, wie z. B. Gabeln zum Ausnehmen von Zuckerrüben, Mistgabeln u. s. w.

Zu Artikel 161.

Holztheile von Werkzeugen werden, falls sie getrennt von den Metalltheilen eingeführt werden, nach den betreffenden Absätzen des Artikels 61 verzollt.

Zu Artikel 167 Absatz 2.

Als dynamo-elektrische Maschinen gelten die Maschinen und Apparate || 1. zur Umwandlung von Kraft in Elektrizität oder umgekehrt; || 2. zur Umwandlung eines elektrischen Stromes höherer Spannung in einen solchen niedrigerer Spannung oder umgekehrt (Transformatoren; || 3. zur Umwandlung

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

eines konstanten elektrischen Stromes in einen wechselnden oder einen verschiedenartigen (Drehstrom) und umgekehrt. || Ebenso werden nach diesem Absatz verzollt Trockenbagger, Feuerleitern aus Metall und aller Art elektrische Akkumulatoren, sowie deren Zubehör.

Zu Artikel 169.

Ebenso wie die Apparate zur elektrischen Beleuchtung und deren Zubehör werden nach diesem Artikel auch verzollt die Zubehörstücke zu Signalapparaten und zu Apparaten für die Ueberleitung der Triebkraft, einschliesslich der Stromunterbrecher, Ausschaltungen, Vertauscher u. s. w.

Zu Artikel 177 Absatz 3.

Bei Kragen, Manschetten und Vorhemden aus Papier ist eine durch Pressung hervorgebrachte Nachahmung von Nähten nicht als Naht anzusehen.

Zu Artikel 183, Anmerkung.

Nach dieser Anmerkung werden auch die Selfactorscile verzollt.

Zu Artikel 186.

Geblichte Wolle wird wie nicht gefärbte verzollt.

Zu Artikel 191.

Jute- und Leinwandsäcke, welche zur Ausfuhr von russischem Getreide aller Art gedient haben, sind bei der Wiedereinfuhr zollfrei.

Zu Artikel 192 Absatz 3.

Tischtücher, Servietten und Handtücher werden nach Absatz 3 dieses Artikels verzollt, auch wenn sie mit einfachem, höchstens $\frac{1}{2}$ Zoll breitem Saum und einer Franse verziert sind, welche nicht an das Gewebe angenäht ist, sondern lediglich aus der Verlängerung der Webefäden besteht.

Zu Artikel 202.

Treibriemen aus Kameelhaar und Presstücher und -Säcke werden nach diesem Artikel verzollt.

Zu Artikel 205.

Nach den entsprechenden Absätzen dieses Artikels werden verzollt Strick- und Posamentierwaaren, Hand- oder Maschinenarbeit, regulär oder geschnitten, auch wenn geraut oder plüschartig, mit oder ohne Nähterei. Strickwaaren aus Baumwolle, Leinwand oder Wolle können, ohne deshalb höher verzollt zu werden, einen Besatz haben, wenn darin nur keine Seide enthalten ist. Kleidungsstücke aus Strickwaaren aller Art fallen unter Artikel 205. || Strick- und Posamentierwaaren, aus Seide, Halbseide und mit Seide vermischt, werden folgendermassen verzollt: als Seidenfabrikate oder -Arbeiten gelten diejenigen, bei denen 50 bis 100% der Oberfläche, Vorderseite und Rückseite zusammen genommen, mit Seide bedeckt sind; als Halbseidenfabrikate diejenigen, bei denen 20 bis 50% der bezeichneten Oberfläche, und als mit Seide vermischte

Fabrikate diejenigen, bei denen weniger als 20% der Oberfläche mit Seide bedeckt sind.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.

Zu Artikel 212.

Bei der Verzollung nach diesem Artikel werden auch die Karten, auf denen die Knöpfe befestigt sind, mitgewogen.

20. März 1894.

Zu Artikel 216.

Auch die Schiefertafeln mit gewöhnlichen Holzrahmen, liniert oder unliniert, fallen unter Anmerkung 2 dieses Artikels.

Zu Artikel 218.

Muster von Geweben und Fabrikaten aller Art, welche nicht das Aussehen und die Natur von Waaren haben, fallen unter diesen Artikel, auch wenn sie auf Karten befestigt und diese geheftet oder gebunden sind.

Zu Artikel 220b.

Bei der Verzollung von Dynamitpatronen ist nur das Gewicht ihrer eigenen Verpackung mitzurechnen.

Dritter Theil.

Zum deutschen Vertragstarif.

Zu Nr. 29a.

Petroleum und die übrigen raffinierten Mineralöle, die Beleuchtungszwecken dienen und anderswo nicht genannt sind, können nach Wahl des Importeurs entweder nach dem Gewicht verzollt werden, wobei 100 Kilogramm als Einheit gelten, oder nach dem Rauminhalt, wobei 125 Liter, bei einer Temperatur von 15 Grad des hunderttheiligen Thermometers, 100 Kilogrammen gleichkommen sollen.

Vierter Theil.

Zu den Zoll-Reglements u. s. w.

§ 1.

Um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Reichen an der Landgrenze zu erleichtern, wird die Kaiserlich russische Regierung einige Zollämter in Aemter höherer Ordnung umwandeln und neue derartige Zollämter an Punkten, wo solche bisher nicht bestanden, einrichten, unter der Voraussetzung, dass die gegenüberliegenden deutschen Zollämter mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet werden; es sollen nämlich: || a) die Zollämter zweiter Klasse in Praszka und Herby sowie diejenigen dritter Klasse in Krottingen und Slupce in Zollämter erster Klasse, || b) die Nebenzollämter in Modrzejewo und Petrikau und der Uebergangspunkt in Osiek in Zollämter dritter Klasse, || c) die Uebergangspunkte in Wilczyn, Gniazdow, Gola, Czeladz, Sluziew (Rosno), Podlenka und Tworki in Nebenzollämter umgewandelt, und || d) in

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Karw und Zakrzewo Nebenzollämter und in Groszciencyk, Rakowka, Upi-
damisch, Bakalarzewo und Czarnewka Uebergangspunkte errichtet werden, ||
e) das an die Stelle des bisherigen Uebergangspunktes tretende Nebenzollamt
in Wilczyn wird die Abfertigungsbefugniß für Salz erhalten, || f) der Ueber-
gangspunkt in Degutzky wird die Abfertigungsbefugniß für deutsches Getreide
erhalten, welches zur Vermahlung in der auf russischem Gebiete liegenden
Wassermühle eingeht, und ebenso für das Mehl, das daraus gewonnen wird
und ausgeht.

§ 2.

Die Befugniß zur Abfertigung von deutschen Gütern im Transit durch
Russland soll den russischen Zollämtern erster Klasse, welche deutschen
Hauptzollämtern gegenüberliegen, ertheilt werden, nämlich: || Tauroggen gegen-
über Tilsit, || Wirballen gegenüber Eydtkuhnen, || Grajewo gegenüber Prostken, ||
Alexandrowo gegenüber Thorn, || Neschawa gegenüber Thorn, Sczypiorno
gegenüber Skalmierzyce, || unter der Bedingung, dass auf diese Transitabfer-
tigungen die russischen Bestimmungen Anwendung finden, welche für Land-
und Flusstransporte dieser Art nach vorausgegangener Sanktion veröffentlicht
werden sollen. || Es wird andererseits vorausgesetzt, dass die Befugniß zur
Abfertigung von russischen Gütern im Transit durch Deutschland den vor-
bezeichneten deutschen Zollämtern verbleiben wird.

§ 3.

Die Befugniß zur Ueberweisung von Waaren unter Zollkontrolle an andere
Aemter wird beiderseits auf alle Zollämter erster Klasse, welche keine Eisen-
bahnverbindung mit den Lagerämtern haben, ausgedehnt werden. Doch ist
dabei Bedingung, dass solche Sendungen den einschlägigen Gesetzen und Vor-
schriften unterworfen bleiben.

§ 4.

Die Befugniß zur Rücksendung nicht verzollter Waaren nach dem Aus-
land wird — unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit für die deutschen Zoll-
ämter —, abgesehen von den Aemtern an Eisenbahnlinien oder in Hafent-
plätzen, noch folgenden russischen Zollämtern erster Klasse gegeben werden: ||
Tauroggen, || Georgenburg, || Neschawa, || Sczypiorno, || Werschewo.

§ 5.

Es besteht beiderseitiges Einverständniß, dass die Zollämter der beiden
Länder an allen Tagen des Jahres geöffnet bleiben, mit Ausnahme der Sonn-
tage und der nachbezeichneten Festtage:

A. In Russland.

I. Feste des Kaiserlichen Hauses: Die Geburts- und Namenstage Ihrer
Kaiserlichen Majestäten und Seiner Kaiserlichen Hoheit des Grossfürsten-
Thronfolgers, die Jahrestage der Thronbesteigung und der Krönung.

II. Bewegliche Feste: Freitag und Sonnabend der Karnevalswoche,

Gründonnerstag, Charfreitag und Charsamstag, Ostermontag und Osterdienstag, der Himmelfahrtstag, Pfingstmontag.

III. Unbewegliche Feste: || 1. Januar (Neujahr) || 6. Januar (Heilige drei Könige) || 2. Februar (Lichtmess) || 25. März (Mariä Verkündigung) || 9. Mai (Skt. Nikolaus) || 29. Juni (Skt. Peter und Paul) || 6. August (Verklärung) || 15. August (Himmelfahrt) || 29. August (Enthauptung Johannis des Täufers) || 8. September (Mariä Geburt) || 14. September (Kreuzerhöhung) || 26. September (Johannis) || 1. Oktober (Schutz der Heiligen Jungfrau) || 22. Oktober (Unsere Liebe Frau von Kasan) || 21. November (Mariä Opfer) || 6. Dezember (Skt. Nikolaus) || 25., 26. und 27. Dezember (Weihnachten).

Nr. 10426.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

IV. Im Königreich Polen und einigen Grenz-Gouvernements, wo der grössere Theil der Bevölkerung katholisch ist, ruht die Arbeit auch während der ersten Tage der grossen Feste des römisch-katholischen Kalenders, ebenso zu Frohnleichnam und an Aller Heiligen.

B. In Deutschland.

Der Neujahrstag, der Buss- und Bettag — der Mittwoch vor dem letzten Sonntag im November —, Charfreitag, Himmelfahrt, Ostermontag und Pfingstmontag, die beiden Weihnachtsfeiertage und der Geburtstag Seiner Majestät des deutschen Kaisers, Königs von Preussen.

§ 6.

Die Dienststunden sollen in den Zollämtern der beiden Länder angeschlagen werden. || Die Dienststunden für die Revision der Reisepässe und der Legitimationskarten sollen für jeden Bezirk und jeden Grenzpunkt nach besonderer Vereinbarung zwischen den betreffenden Behörden der beiden Länder festgesetzt werden. Es sollen hierbei auf beiden Seiten die gleichen Stunden eingeführt, den örtlichen Bedürfnissen Rechnung getragen und bei den Zollämtern dritter Klasse, den Nebenzollämtern und den Uebergangspunkten eine Unterbrechung des Dienstes für die Mahlzeiten der Beamten gewährt werden.

§ 7.

Zollpflichtige Waaren, welche von Personen eingeführt werden, die sich im Besitze einer ordnungsmässigen Legitimation zur Ueberschreitung der Grenze befinden, sollen auf beiden Seiten mündlich deklariert werden können, und zwar auf allen Zollämtern innerhalb ihrer Zuständigkeit, vorausgesetzt, dass diese Waaren nicht zu Handelszwecken eingeführt werden, und dass die Gesamtheit der zu erhebenden Zollgebühren nicht übersteigt: || drei Rubel Gold für die Einfuhr nach Russland, und || neun Mark für die Einfuhr nach Deutschland. || Auf Grund dieser Ermächtigung sollen die Uebergangspunkte das Recht haben, Mundvorräthe (mit Ausnahme von Branntwein und anderen geistigen Getränken) sowie auch Erzeugnisse, die ausschliesslich zum Hausgebrauch bestimmt sind, zollamtlich abzufertigen.

Nr. 10423.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

§ 8.

Der Mundvorrath der Arbeiter, welche täglich die Grenze überschreiten, soll zollfrei sein, ausgenommen Branntwein und andere geistige Getränke, Thee, Zucker und Wein; jede Person darf nicht mehr als den Bedarf eines Tages mit sich führen.

§ 9.

Die zollamtliche Durchsuchung der Passagiere der Memeldampfer soll beiderseits an Bord des Dampfers stattfinden unter der Bedingung, dass das Gepäck der Reisenden schon vorher an Bord des Schiffes, auf Deck oder an einer anderen zu bestimmenden Stelle, zusammengestellt ist.

§ 10.

An den russischen Landzollstellen soll die Vorzeigung des Frachtbriefes durch den Frachtführer der Zolldeklaration gleichgeachtet werden, wenn in einem der Frachtbriefe die ganze Ladung aufgeführt, das heisst die Zahl der Frachtbriefe und der die ganze Ladung bildenden Stücke vermerkt ist.

§ 11.

In Wagen nach Russland eingeführte Steinkohle soll dort nach dem auf den Frachtbriefen angegebenen Gewicht verzollt werden unter der Voraussetzung, dass dem Frachtbriefe der Wägeschein der Gruben beiliegt.

§ 12.

Blumen und lebende Pflanzen, frische Früchte und frische Fische, sowie alle einem raschen Verderbe ausgesetzten Waaren sollen beiderseits, vorbehaltlich Fälle höherer Gewalt, binnen 24 Stunden, vom Einbringen der Waaren in die Zolllager an gerechnet, verzollt werden.

§ 13.

Von eingeführten Waaren soll Lagergeld durch die russischen Zollämter nur für die Tage der wirklichen Lagerung in den Zolllagern, vom Tage des Beginns der Zollrevision an gerechnet, erhoben werden.

Jedoch soll die Zeit, während welcher die Lagerung gebührenfrei ist, begrenzt sein durch die an dem betreffenden Zollamt für die Deklaration von eingeführten Waaren gewährte Frist, d. h. 5 bis 14 Tage.

§ 14.

Die Kaiserlich russische Regierung verpflichtet sich, die Bestimmungen der Artikel 15 und 16 der Berner Konvention vom 14. Oktober 1890, welche das Verfügungsrecht des Absenders über seine Sendungen regeln, während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages in keiner Weise zu ändern.

§ 15.

Das in Russland gegenwärtig bestehende System der Strafen für unzutreffende Deklarationen von eingeführten Waaren soll einer Revision unterzogen und vereinfacht werden. || Die Strafen für unabsichtliche Verstöße

sollen ermässigt und die Zuständigkeit der Zollämter hinsichtlich der Milde-
rung und des Erlasses von Strafen erweitert werden. Bis zu dieser Reform,
welche der Genehmigung der gesetzgebenden Gewalt unterbreitet werden
muss, glaubt die Kaiserlich russische Regierung unter Berücksichtigung der
von der Kaiserlich deutschen Regierung ausgesprochenen Wünsche vorläufige
Massnahmen dahin treffen zu können, dass die sogenannten Accidentien, die
bisher in den meisten Fällen in Höhe von 10 Prozent erhoben wurden, auf
den Satz von 5 Prozent für alle Fälle einer unvollständigen Deklaration er-
mässigt werden.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

§ 16.

Das Recht der Reklamation gegen Entscheidungen der russischen Zoll-
behörden, die sich sowohl auf Strafen wegen einer unzutreffenden oder
falschen Deklaration, als auf die Tarif-Klassifizierung der Waaren beziehen,
soll dem Absender der Waare in gleicher Weise wie dem Deklaranten zu-
stehen. || Eingaben dieser Art dürfen von dem Absender in deutscher Sprache
abgefasst werden.

§ 17.

Die Reklamationsfrist in den im § 16 bezeichneten Angelegenheiten wird
für den Absender wie für den Deklaranten auf drei Wochen festgesetzt
werden, von dem Tage an gerechnet, wo die Entscheidung dem Deklaranten
mitgetheilt worden ist.

Was die Entscheidungen über die Tarifrung von Waaren anlangt, so
werden innerhalb dieser Frist Vorstellungen des Absenders nur dann zuge-
lassen werden, wenn die streitigen Waaren die Zolllager noch nicht verlassen
haben.

§ 18.

Die deutschen Konsuln in Russland und die russischen Konsuln in
Deutschland sollen berechtigt sein, die ersteren mit dem russischen Zolldepar-
tement, die letzteren mit den Vorständen der deutschen Zollbehörden (Pro-
vinzial-Steuerdirektor u. s. w.) wegen der vor diesen Behörden schwebenden
Zollreklamationen unmittelbar zu verkehren.

§ 19.

Falls Schaffner, Maschinisten und sonstige Eisenbahnbedienstete eines der
beiden vertragschliessenden Theile überführt werden, in den Zügen Schmuggel-
waaren in das Gebiet des anderen Theiles eingeführt zu haben, so sollen sie
auf Ansuchen der zuständigen Zollbehörden des Rechtes, Bahnzüge nach der
Grenze zu begleiten, verlustig gehen.

§ 20.

Alle Quarantäne- und veterinärpolizeilichen Massregeln, nämlich die Be-
schlüsse wegen Schliessung oder Oeffnung der Grenze für irgend eine Waaren-
gattung oder wegen Abänderungen der einschlägigen örtlichen Verordnungen
u. s. w., sollen, sobald sie erlassen sind, wechselseitig von jedem der beiden

Nr. 10423.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

vertragschliessenden Theile dem andern mitgetheilt werden. || Die Einzelheiten dieser Frage werden auf diplomatischem Wege geregelt werden.

§ 21.

Die Quarantäne-Massregeln gegen die Einschleppung epidemischer Krankheiten sollen beiderseits auf alle die Grenze überschreitenden Reisenden, je nach der grösseren oder geringeren Ansteckungsgefahr, ohne Unterschied der Nationalität angewandt werden.

§ 22.

Es wird beiderseits der Wiederaufnahme von Reisenden, die wegen mangelhafter Reisepässe oder wegen Nichtzahlung von Zollgebühren zurückgewiesen werden, kein Hinderniss entgegengestellt werden; unter den bezeichneten Umständen sollen beiderseits selbst fremde Staatsangehörige wieder aufgenommen werden, zumal in den Fällen, wo sie noch nicht in das Innere des Landes gelangt sind. Die auf beiden Seiten zuständigen Behörden werden sich über die zu ergreifenden Massregeln verständigen. || Mit einem russischen Auswanderungsscheine versehene jüdische Auswanderer russischer Abkunft und andere, welche von den deutschen Behörden nach Russland zurückgesandt werden, müssen von den russischen Grenzbehörden zugelassen werden, vorausgesetzt, dass sich diese Personen in Deutschland nicht länger als einen Monat aufgehalten haben, von dem Tage an gerechnet, wo sie über die deutsch-russische Grenze gegangen sind.

§ 23.

Die Grenzbehörden jedes der beiden vertragschliessenden Theile sollen gehalten sein, passlose Landstreicher und andere Personen dieser Art, welche in das Gebiet des anderen Theiles, dessen Angehörige sie sind, wieder aufgenommen werden sollen, ausschliesslich nach denjenigen Grenzpunkten führen zu lassen, wo eine Abfertigung für Reisende stattfindet.

Das gegenwärtige Protokoll, welches einen wesentlichen Theil des Vertrages, auf den es sich bezieht, bilden wird, soll ohne besondere Ratifikation mit der blossen Thatsache des Austausches der Ratifikationen zum Vertrage selbst als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten. || Zu Urkund dessen haben es die Bevollmächtigten mit ihren Unterschriften versehen.

So geschehen zu Berlin, den $\frac{10. \text{Februar}}{29. \text{Januar}}$ 1894.

(Uebersetzung.)

Berlin, den $\frac{29. \text{Januar}}{10. \text{Februar}}$ 1894.

Herr Baron,

Im Laufe des Meinungs-austausches, welcher der Berliner Konferenz über einen Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Russland und Deutschland vorherging, konnte die Kaiserlich russische Regierung, bei welcher der Ent-

schluss feststand, den Zolltarif des Grossfürstenthums Finland dem Zolltarif des Reiches gleichzustellen, die Erklärung abgeben, dass es ihre Absicht sei, nur schrittweise mit der Erhöhung des ersteren dieser Tarife vorzugehen, sodass der finländische Tarif erst gegen Ende des Jahres 1905 endgültig mit dem russischen gleichgestellt werden sollte. || Indem die Kaiserlich russische Regierung gegenwärtig diesen Entschluss bestätigt, hegt sie den Wunsch, alle Unsicherheit auf diesem Gebiete als bedenklich für die Entwicklung der auswärtigen Handelsbeziehungen auszuschliessen und glaubt schon jetzt die hauptsächlichsten Zeitpunkte für die schrittweise Erhöhung des finländischen Tarifes festsetzen zu sollen. || Die Kaiserlich russische Regierung erklärt zu diesem Behuf, dass es nicht in ihrer Absicht liegt, mit dieser Erhöhung vor dem 19./31. Dezember des Jahres 1898 zu beginnen; von diesem Zeitpunkt ab wird der finländische Tarif um 50 % derjenigen Unterschiede erhöht werden können, welche zwischen den Sätzen des russischen und des finländischen Tarifes alsdann bestehen werden; nach dem 15./31. Dezember 1901 wird eine neue Erhöhung um 25 % der genannten Unterschiede eintreten können; vom 18./31. Dezember 1903 ab behält die Kaiserlich russische Regierung sich volle und unbeschränkte Freiheit vor hinsichtlich der endgültigen Gleichstellung des Zolltarifes des Grossfürstenthums Finland mit dem Zolltarif des Reiches. || Immerhin beschränken die vorstehenden Abmachungen, welche die Art der schrittweisen Erhöhung des finländischen Tarifes regeln, die zuständigen Behörden des Grossfürstenthums Finland nicht in ihrem Rechte, in dem genannten Tarif theilweise Aenderungen einzuführen, sofern solche in örtlichen Bedürfnissen des Handels und der Industrie ihre Begründung finden. || Es ist dabei wohlverstanden, dass die Wirkung des Handels- und Schiffahrtsvertrages, welcher am ^{29. Januar}_{10. Februar} 1894 zwischen Russland und Deutschland abgeschlossen worden ist, nebst den Bestimmungen im ersten Theile des Schlussprotokolls, welches einen integrierenden Theil des Vertrages bildet, sich auf das Grossfürstenthum Finland in Allem erstreckt, was darauf anwendbar ist, und besonders in Betreff der in den Artikeln 6, 9 und 13 enthaltenen Abmachungen.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

An Seine Excellenz

Herrn Freiherrn von Marschall.

etc. etc. etc.

(Uebersetzung.)

Berlin, den 10. Februar 1894.

Herr Botschafter,

Euere Excellenz haben durch das gefällige Schreiben vom heutigen Tage mir von den nachstehenden Modalitäten Kenntniss gegeben, welche Ihre Re-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

gierung zum Zwecke der Gleichstellung des Zolltarifs des Grossfürstenthums Finland mit dem russischen Tarife festgesetzt hat. || Ihrem Schreiben zufolge beabsichtigt die russische Regierung mit der Erhöhung des finnischen Tarifs nicht vor dem 19./31. Dezember des Jahres 1898 vorzugehen. Die Kaiserlich russische Regierung behält sich vor, den genannten Tarif nach diesem Termine um 50 % derjenigen Unterschiede zu erhöhen, welche zwischen den Sätzen des russischen und des finländischen Tarifs alsdann bestehen werden, und nach dem 18./31. Dezember 1901 eine neue Erhöhung um 25 % der genannten Unterschiede eintreten zu lassen. || Unbeschadet der vorstehenden Abmachungen behält die Kaiserlich russische Regierung vom 18./31. Dezember 1903 ab sich volle und unbeschränkte Freiheit vor hinsichtlich der endgültigen Gleichstellung des Zolltarifs des Grossfürstenthums Finland mit dem Zolltarife des russischen Reiches; auch glaubt sie den zuständigen Behörden des Grossfürstenthums Finland das Recht wahren zu sollen, in dem genannten Tarife theilweise Aenderungen einzuführen, sofern solche in örtlichen Bedürfnissen des Handels und der Industrie ihre Begründung finden. || Im Uebrigen ist die Kaiserlich russische Regierung, wie das Schreiben Euerer Excellenz feststellt, damit einverstanden, dass die Wirkung des Handels- und Schifffahrts-Vertrages, welcher am ^{29. Januar}/_{10. Februar} 1894 zwischen Deutschland und Russland abgeschlossen worden ist, nebst den Bestimmungen im ersten Theile des Schlussprotokolls, welches einen integrirenden Theil des Vertrages bildet, sich auf das Grossfürstenthum Finland in Allem erstreckt, was darauf anwendbar ist, und besonders in Betreff der in den Artikeln 6, 9 und 13 enthaltenen Abmachungen. || Ich beeile mich, im Namen meiner Regierung von den in Ihrem gedachten Schreiben enthaltenen Erklärungen Akt zu nehmen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

An Seine Excellenz den Kaiserlich russischen Botschafter
Herrn Grafen Schuwalow.
etc. etc. etc.

Aus der dem deutschen Reichstage bei Einbringung des russischen Handelsvertrages vorgelegten Denkschrift.

I. Einleitung.

Bei dem Abschlusse der Handels- und Zollverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz im Jahre 1891 sind die verbündeten Regierungen von der Ueberzeugung geleitet gewesen, dass diese Verträge geeignet sein würden, nicht allein die Handelsbeziehungen des Reiches zu den Vertragsstaaten zu erweitern und vor den aus dem Ablauf der europäischen Tarifverträge am 1. Februar 1892 drohenden Schädigungen zu bewahren, sondern auch den Ausgangspunkt für die vertragsmässige Sicherstellung der

Handelsbeziehungen zu anderen Staaten zu bilden. || Diese Erwartung hat sich inzwischen insoweit erfüllt, als es möglich geworden ist, auf der Grundlage der Gewährung des deutschen Vertragstarifes die Handelsbeziehungen des Reiches zu Spanien, Rumänien und Serbien zu regeln. || Das einzige grosse europäische Land, zu welchem Deutschland noch in keinem vertragsmässigen Verhältnisse stand, war Russland. Seit Jahrzehnten hatte sich Russland in der Zollpolitik volle Tarifautonomie gewahrt und, abgesehen von einigen, den selbständigen Tarif des Grossfürstenthums Finland betreffenden Verträgen, Tarifverträge mit andern Staaten nicht geschlossen. Die autonome russische Zollgesetzgebung hatte daher freie Bahn, als sie begann durch fortgesetzte Zollerhöhungen den russischen Absatzmarkt gegen die Erzeugnisse der fremden Industrie mehr und mehr abzuschliessen. In Folge dessen war die Waarenausfuhr Deutschlands nach Russland einschliesslich Finlands, welche sich 1880 noch auf 215 Millionen Mark beziffert hatte, im Jahre 1887 bereits auf 124 Millionen Mark zurückgegangen. Zwar belebte sie sich während der nächsten Jahre in Folge des höheren Rubelkurses; indess gab dieser Umstand zu neuen Zollerhöhungen Anlass, welche einen weiteren Rückschritt des deutschen Absatzes bewirkten. Erst mit dem im Jahre 1891 in Kraft getretenen, hochschutzzöllnerischen neuen Tarife schienen die zollpolitischen Massregeln zu einem gewissen Abschlusse gelangt zu sein. Für die Jahre 1891 und 1892 weist die Statistik bezüglich der deutschen Ausfuhr nach Russland Ziffern von 145 und 129 Millionen Mark nach. || Unter diesen Umständen war es eine bedeutungsvolle Wendung in der russischen Zollpolitik, als die Kaiserlich russische Regierung mit Rücksicht auf die neuere Handelspolitik Deutschlands sich bereit erklärte, auf die weitere Durchführung des Prinzips der autonomen Zollgesetzgebung zu verzichten, und den Wunsch zu erkennen gab, mit Deutschland über einen in Anlehnung an die anderen deutschen Handelsverträge auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigung abzuschliessenden Tarifvertrag sich zu verständigen.

Die damals eingeleiteten Vorbesprechungen haben, wie bekannt, zu einer Verständigung über eine Vertragsbasis nicht alsbald geführt. Nachdem dann Russland seinen kurz vorher neu geschaffenen Maximaltarif vom 1. August v. J. ab auf die deutsche Einfuhr angewendet hat, wurde deutscherseits als Gegenmassregel die russische Einfuhr nach Deutschland mit dem im deutschen Zolltarifgesetz vom 15. Juli 1879 (§ 6) vorgesehenen Zollzuschlage von 50 Proz. belegt. Hierauf antwortete Russland mit einem 50prozentigen Zuschlage zu den Sätzen seines Maximaltarifes und Erhöhung der Kronslastengelder für deutsche Schiffe von 10 Kopeken auf 1 Rubel für die Last (= 2 Tonnen). Diese Massregeln, von denen die zolltarifarischen demnächst beiderseits auch auf Finland erstreckt wurden, sind bisher noch in Kraft. Gleichwohl wurden die nur auf kurze Zeit unterbrochenen Verhandlungen wiederaufgenommen durch Einleitung eines erneuten Meinungsaustausches über die beiderseits aufzustellenden Forderungen. || Was Russland als Gegenleistung für die seinerseits

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nr. 1042P.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

zu machenden Zugeständnisse von Deutschland verlangte, war im Wesentlichen die Gewährung der Meistbegünstigung für die russischen Bodenerzeugnisse. Nachdem in den letzten Jahren nach und nach alle an der Getreideeinfuhr nach Deutschland beteiligten Länder die zunächst an Oesterreich-Ungarn zugestandenen Zollermässigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse durch Verträge, beziehungsweise durch Meistbegünstigung erlangt hatten, war Russland als der einzige Staat übrig geblieben, der hinsichtlich seiner Getreideausfuhr an dem deutschen Vertragstarife nicht Theil nahm, sondern auf die Zollsätze des autonomen deutschen Tarifes angewiesen blieb. || Bei der Prüfung des russischen Vorschlages kam es darauf an, ein klares Bild darüber zu gewinnen, wie die Gewährung der Meistbegünstigung an die Bodenerzeugnisse Russlands auf unsere Volkswirtschaft wirken würde. || Gegenwärtig wird die Differenzirung des russischen Getreides deutscherseits durch Anwendung des Systems der Ursprungszeugnisse und Beobachtung des russischen Getreideverkehrs nach den anderen europäischen Ländern erfolgreich durchgeführt. Dem russischen Getreide bleibt, wenn es nicht die deutschen Kampfzölle entrichtet, der Eingang nach Deutschland verwehrt, ohne dass es auf dem Umwege über meistbegünstigte Länder unter fremder Flagge über die deutsche Grenze zu dringen vermag. Wenn nun auch diese differentielle Behandlung des russischen Getreides zur Zeit sichergestellt ist, so ist es doch in hohem Masse zweifelhaft, ob sich dieselbe auf längere Zeit mit dem gleichen Erfolge würde durchführen lassen, namentlich im Falle einer Ausdehnung des Müllereigewerbes in den meistbegünstigten Nachbarländern. Aber selbst wenn sich zolltechnisch eine differentielle Behandlung Russlands andauernd sollte ermöglichen lassen, so würde doch der deutschen Landwirtschaft daraus kein Nutzen erwachsen, weil die Annahme, dass das Fernhalten des russischen Getreides den Preis der deutschen Bodenerzeugnisse günstig zu beeinflussen geeignet sei, nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zutrifft. || Die russische Getreideausfuhr ist bezüglich der von ihr zu erzielenden Preise lediglich abhängig von der jeweiligen Lage des Weltmarktes und der Preisbildung für die Welthandelsartikel der Getreidebörse, einschliesslich des Roggens. Die grossen russischen Ausfuhrplätze folgen daher in ihren Preisnotirungen den Börsenpreisen der Welthandelsplätze, in erster Linie Londons, dergestalt, dass die Notirungen der russischen Getreidebörsen an den Ausfuhrhäfen, in Kreditrubeln zum Tageskurse ausgedrückt, den gleichzeitigen Londoner Notirungen in Gold, nach Abzug von Fracht und Spesen, entsprechen. Russland vermag also sein Getreide im Auslande nur zu den Weltmarktpreisen zu verkaufen; die Getreideausfuhr Russlands nach Deutschland steht daher unter der vollen Einwirkung der Preisbildung auf dem Weltmarkte. Der Antheil Russlands an der Getreideversorgung Deutschlands hatte in den letzten Jahren, besonders nach der guten Ernte Mittel- und Südrusslands im Jahre 1888, erheblich zugenommen. Seit dem Jahre 1892 aber haben sich diese Verhältnisse wesentlich verschoben. Als hauptsächlichster Faktor, und zwar von dauernder Bedeutung, wirkte zu

dieser Verschiebung die erwiesene Steigerung der Leistungsfähigkeit der übrigen Getreideproduktionsländer. Die hier in Betracht kommenden Staaten — es sind vor Allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Argentinien, die Balkanstaaten und Rumänien — haben seit den letzten Jahren eine stetig wachsende Energie in der Aufnahme des Wettbewerbes mit Russland auf dem Weltgetreidemarkte bethätigt. Dazu kam ferner, dass die Missernten in Russland zu Beginn der neunziger Jahre zu Ausfuhrverboten führten, welche die russische Bethheiligung an der Versorgung des europäischen Getreidebedarfs gerade in dem Zeitpunkte lahmlegten, wo die Leistungsfähigkeit und Ausfuhrthätigkeit jener anderen Länder einen nachhaltigen Aufschwung genommen hatte. Als Russland sich vom Platze zurückzog und seine Getreideausfuhr einstellte, traten sofort jene Konkurrenzländer an seine Stelle und nahmen den Antheil Russlands auf ihre Schultern. Die Folge war, dass trotz des Versiegens der russischen Bezugsquelle sich auf dem Weltmarkte ein Mangel an Brotfrucht nicht fühlbar machte. Diese Vorgänge vollzogen sich ohne erhebliche Störungen; sie haben den Beweis geliefert, dass der Weltgetreidemarkt nunmehr auch ohne das Hinzutreten Russlands in der Lage ist, den Getreidebedarf der europäischen Länder, insbesondere auch Deutschlands, zu decken. Als dann Russland seine Getreideausfuhr wieder freigab, war seine Konkurrenz auf dem Weltmarkte wesentlich geschwächt, da es überall dem Wettbewerbe jener Länder begegnete, die sich in der Zwischenzeit eine feste Position bei ihren Abnehmern geschaffen hatten. Noch unzweideutiger aber trat die gedachte Verschiebung der Getreidebezugsquellen während des deutsch-russischen Zollkrieges hervor, der das russische Getreide behinderte, auf dem deutschen Markte den Wettbewerb wiederaufzunehmen. Diese Einschränkung war von um so grösserem Einfluss, als Russland im Jahre 1893 über eine gute Ernte zu verfügen hatte und nunmehr gezwungen war, für die Ueberschüsse an Weizen und Roggen neue Absatzgebiete zu niedrigeren Preisen aufzusuchen. In der durch die Unzugänglichkeit des hauptsächlichsten Absatzgebietes für das russische Getreide hervorgerufenen Minderwerthigkeit des letzteren auf dem Weltmarkt ist eine der Ursachen zu erblicken für den Preisrückgang der Brotfrüchte, welcher gegenwärtig die Landwirthschaft aller Getreideproduktionsländer bedrückt. Wollte unter solchen Umständen Deutschland die Bodenerzeugnisse Russlands andauernd differentiell behandeln, so würde die deutsche Landwirthschaft einen Nutzen davon nicht ziehen; denn der deutsche Markt würde dann statt mit russischem Getreide, mit amerikanischer, rumänischer und anderer deutscherseits meistbegünstigter Waare versorgt werden, und zwar zu den Weltmarktpreisen, die durch das anderweit Absatz suchende russische Getreide fortgesetzt beeinflusst werden.

In Deutschland konnte sich diese Versorgung mit nichtrussischem Getreide um so glatter vollziehen, als die deutschen Ernten der letzten beiden Jahre gut ausgefallen waren, so dass der Bedarf an ausländischem Getreide erheblich geringer war als in den Vorjahren. Wie sehr aber die Leistungs-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nr. 10428. Deutsches Reich und Russland. 20. März 1894. Fähigkeit der Getreideproduktionsländer in der Fähigkeit zur Versorgung des deutschen Marktes an Stelle Russlands während der letzten Jahre zugenommen hat, ergibt sich aus den folgenden Zahlen der deutschen Reichsstatistik. Es gingen nach Deutschland ein:

an Weizen

aus den Vereinigten Staaten:

1890.....	519 884	Doppelzentner	=	7,7	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	1 435 391	"	=	15,8	" " "
1892.....	6 302 130	"	=	48,6	" " "
1893.....	3 149 282	"	=	44,7	" " "

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1891.....	35 993	Doppelzentner	=	0,99	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	737 508	"	=	5,69	" " "
1893.....	213 825	"	=	3,04	" " "

aus Rumänien:

1891.....	428 529	Doppelzentner	=	4,73	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	917 850	"	=	7,08	" " "
1893.....	1 435 778	"	=	20,41	" " "

aus Argentinien:

1891.....	123 968	Doppelzentner	=	1,36	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	661 697	"	=	5,10	" " "
1893.....	1 513 961	"	=	21,52	" " "

an Roggen

aus den Vereinigten Staaten:

1890.....	209 244	Doppelzentner	=	2,3	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	643 271	"	=	7,7	" " "
1892.....	1 361 291	"	=	24,8	" " "
1893.....	181 949	"	=	7,9	" " "

aus Rumänien:

1888.....	66 674	Doppelzentner	=	1,02	Proz. der Gesamteinfuhr,
1889.....	319 817	"	=	3,01	" " "
1891.....	232 996	"	=	2,76	" " "
1892.....	286 176	"	=	4,88	" " "
1893.....	527 400	"	=	23,17	" " "

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1891.....	330 955	Doppelzentner	=	3,9	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	1 135 411	"	=	20,6	" " "
1893.....	383 432	"	=	16,8	" " "

aus Serbien:

1891.....	19 796	Doppelzentner	=	0,23	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	93 525	"	=	1,7	" " "

an **Gerste**

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1891.

aus den Vereinigten Staaten:

1890.....	12 175 Doppelzentner	=	0,16	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	122 409	"	= 1,68	" " "
1892.....	102 936	"	= 1,76	" " "

aus Rumänien:

1890.....	475 998 Doppelzentner	=	6,4	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	526 084	"	= 7,2	" " "
1892.....	773 035	"	= 13,2	" " "
1893.....	2 027 244	"	= 23,8	" " "

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1891.....	41 036 Doppelzentner	=	0,56	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	183 481	"	= 3,14	" " "
1893.....	145 873	"	= 1,72	" " "

an **Hafer**

aus den Vereinigten Staaten:

1891.....	88 Doppelzentner	=	0,007	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	52 443	"	= 6,07	" " "
1893.....	424 087	"	= 17,45	" " "

aus Rumänien:

1891.....	210 Doppelzentner	=	0,02	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	63 133	"	= 7,2	" " "
1893.....	876 026	"	= 36,06	" " "

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1891.....	98 Doppelzentner	=	0,008	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	64 952	"	= 7,39	" " "
1893.....	133 995	"	= 5,51	" " "

an **Mais**

aus den Vereinigten Staaten:

1888.....	109 334 Doppelzentner	=	11,6	Proz. der Gesamteinfuhr,
1889.....	1 632 256	"	= 51,8	" " "
1890.....	3 665 982	"	= 65,2	" " "
1891.....	1 162 602	"	= 28,4	" " "
1892.....	4 476 036	"	= 62,7	" " "
1893.....	2 680 658	"	= 35,2	" " "

aus Rumänien:

1889.....	247 448 Doppelzentner	=	7,8	Proz. der Gesamteinfuhr,
1890.....	476 664	"	= 8,4	" " "
1891.....	606 102	"	= 14,8	" " "

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
30. März 1894.

1892. 620 915 Doppelzentner = 8,6 Proz. der Gesamteinfuhr,
1893. 3 487 933 „ = 45,8 „ „ „

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1890. 56 365 Doppelzentner = 1,00 Proz. der Gesamteinfuhr,
1891. 39 945 „ = 0,98 „ „ „
1892. 219 742 „ = 3,06 „ „ „
1893. 670 188 „ = 8,80 „ „ „

aus Argentinien:

1890. 167 016 Doppelzentner = 2,97 Proz. der Gesamteinfuhr,
1891. 153 764 „ = 3,76 „ „ „
1892. 501 406 „ = 6,99 „ „ „
1893. 132 764 „ = 1,74 „ „ „

Im Ganzen führte Deutschland ein in den fünf Hauptgetreidearten an

	Weizen	Roggen	Gerste	Mais	Hafer
	Doppelzentner	Doppelzentner	Doppelzentner	Doppelzentner	Doppelzentner
1891. . .	9 053 317	8 426 541	7 255 193	4 083 266	1 198 835
1892. . .	12 962 126	5 485 991	5 832 966	7 173 102	878 368
1893. . .	7 034 530	2 275 779	8 517 404	7 610 793	2 429 460

zusammen in den fünf Hauptgetreidearten in den Jahren:

1891 30 017 152 Doppelzentner,
1892 32 332 553 „
1893 27 867 966 „

davon aus Russland:

1891 16 315 000 Doppelzentner,
1892 5 925 000 „
1893 3 878 000 „

Diese Zahlen beweisen einerseits den grossen Aufschwung in der Ausfuhrthätigkeit der meistbegünstigten Länder, nachdem das deutsche Absatzgebiet für Russland verschlossen war; andererseits legen diese Zahlen die Fähigkeit jener Länder dar, sich dem Bedarf des deutschen Absatzgebietes anzupassen. Ferner zeigen diese Ziffern, dass in Folge der guten Ernten Deutschlands im Jahre 1892 und 1893 eine starke Abnahme der deutschen Getreideeinfuhr trotz der Ermässigung der deutschen Eingangszölle eingetreten ist. Der Rückgang in den Einfuhrmengen würde noch erheblicher sein, wenn nicht die Fehlerte Deutschlands in Futterstoffen im Jahre 1893 stärkere Zufuhren in gewissen Getreidearten bedingt hätte. || Wenn nun, wie die vorstehenden ziffermässigen Angaben darthun, die Einfuhr Deutschlands in den wichtigsten, unter den Vertragstarif fallenden Artikeln, in welchen, ausser Russland, noch eine Reihe anderer Länder lieferungsfähig ist, von diesen in grösstem Umfange gedeckt wird, so hat schon gegenwärtig, vor Einräumung der Meistbegünstigung an Russland, die deutsche Landwirtschaft gegenüber dem aus-

ländischen Wettbewerb nur mit dem Zollschatze des deutschen Vertragstarifes zu rechnen, und die Sätze des letzteren sind schon jetzt auch für die thatsächlichen Zolleinnahmen des Reiches in der Hauptsache massgebend. ||

Nr. 10423.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Die in dieser Hinsicht hervorgetretenen Bedenken gegen eine Einräumung des deutschen Vertragstarifes an Russland können daher als zutreffend nicht erachtet werden. Ergiebt sich aus den vorstehenden Darlegungen zugleich, dass die Gewährung der Meistbegünstigung für die russischen Bodenerzeugnisse ohne Schädigung der deutschen Landwirthschaft erfolgen kann, so sprachen andererseits die Interessen der Industrie, des Handels und der Schifffahrt Deutschlands in zwingender Weise dafür, die russischerseits angebotene Verständigung auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigung und der Ermässigung des russischen Zolltarifes nicht abzulehnen. Die russischerseits bei Beginn der Vorbesprechungen für die Vertragsverhandlungen vertretene Auffassung, dass Russland die Vorenthaltung von Tariferlässigungen, für welche letzteren es eine genügende Gegenleistung nicht bot, als eine zur Beschwerde berechtigende Unbilligkeit ansehen müsste, konnte zwar deutscherseits nicht getheilt werden. Dagegen liess sich die Anschauung nicht abweisen, dass Russland auf den Mitgenuss jener Vortheile werden dürfen, wenn es sich zu analogen Gegenleistungen, wie die uns von anderen Vertragsstaaten gewährten, bereit finde. Eine prinzipielle Ablehnung des russischen Vertragsvorschlages würde nicht nur einen Verzicht auf die von der Industrie, dem Handel und der Schifffahrt dringend gewünschte Besserung und Sicherstellung unserer Handelsbeziehungen zu Russland, sondern eine Fortsetzung und voraussichtlich eine Verschärfung der im Sommer 1893 von beiden Seiten getroffenen Zollmassnahmen — und zwar, wie oben dargelegt, ohne Vortheil für die deutsche Landwirthschaft — bedeutet haben. || Ein Rückblick auf den Stand der Handelsbeziehungen Deutschlands zum russischen Reiche während der letzten Jahre ergiebt, welche Interessen für Deutschland auf dem Spiele standen, wenn der zwischen beiden Ländern entfesselte Zollkrieg zu einem dauernden Zustande wurde. || Was zunächst die Bedeutung des russischen Marktes für die deutsche Ausfuhr anlangt, so hatten sich die Absatzverhältnisse in Russland während des letzten Jahrzehnts zum Nachtheile Deutschlands fortgesetzt verschlechtert. Unter dem Schutze systematisch erhöhter Eingangszölle hatte im russischen Reiche die einheimische Industrie sich schnell entwickelt, besonders auf dem Gebiete des Eisens und der Gewebe. Mit dem Emporblühen dieser Industrie verlor der deutsche Absatz stetig an Boden in Russland. Wenn auch für eine Reihe von Gegenständen der deutschen Ausfuhr, wie gewisse Arten von Chemikalien, Maschinen und Instrumenten, welche die junge russische Industrie entweder noch gar nicht oder nicht in der genügenden Menge und Beschaffenheit oder nicht zu den sachentsprechenden Preisen herzustellen vermag, die deutschen Interessen noch nicht unmittelbar bedroht erschienen, so war doch zu befürchten, dass mit dem Erstarken der russischen Industrien auch der Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Russland weiter Schritt halten werde.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Schon um nur das bisher von der deutschen Industrie noch behauptete Gebiet zu halten, war eine Sicherung desselben durch Bindung der in Frage kommenden Positionen des russischen Tarifes im hohen Grade wünschenswerth. Viel gewichtiger aber war die Aussicht, welche die Eröffnung der jetzt abgeschlossenen Handelsvertragsverhandlungen bot, durch Erreichung von Zollermässigungen für hervorragende Artikel der deutschen Ausfuhr den bereits verlorenen Markt wiederzugewinnen und für andere eine weitere Ausdehnung des deutschen Absatzes anzubahnen. Andererseits hatte gegenüber diesen Erwartungen, welche sich an ein günstiges Ergebniss der Verhandlungen knüpften, der Verlauf des Zollkrieges im vergangenen Jahre gezeigt, dass Deutschland in Gefahr stand, eine ansehnliche Zahl von Artikeln, die es früher nach Russland geliefert, an andere Länder zu verlieren. Bestellungen, die sonst nach Deutschland gingen, und zwar in wichtigen Gegenständen der deutschen Industrie, richteten sich jetzt nach anderen Staaten, aus deren Gebiete der russische Abnehmer die Waare zu geringeren Zollsätzen beziehen konnte. || In der nebenstehenden Tabellè sind den Zahlen für die wichtigsten Artikel der deutschen Ausfuhr nach Russland für die Jahre 1892 und 1893 diejenigen Zahlen gegenübergestellt, welche den Einfluss des Zollkrieges auf die Gestaltung jener Ausfuhr veranschaulichen*).

Ebenso wie die deutsche Waarenausfuhr nach Russland litt auch unter dem Zollkriege der deutsche Handel, welcher sich bis dahin lebhaft an der Vermittelung der russischen Ausfuhr und an der Versorgung Russlands mit fremden Erzeugnissen betheiligt hatte. Beispielsweise gingen, wie die Tabelle ausweist, an Rohbaumwolle von Deutschland nach Russland

1892	34 194	Doppelzentner
1893	17 865	„

Am schwersten aber wurden durch den Zollkrieg betroffen die deutschen Rhedereien, welche bisher einen regen Verkehr von den deutschen Ost- und Nordseeplätzen nach Russland und Finland unterhalten hatten und jetzt durch die russischerseits verfügte Erhöhung der Schiffsabgaben von diesem Verkehr ferngehalten wurden. || Angesichts dieser Sachlage haben der Handel und die Industrie Deutschlands auf das Nachdrücklichste bekundet, dass sie das allergrösste Gewicht darauf legen, von den Fesseln, die der von Russland hervorgerufene Zollkrieg ihnen angelegt, so schnell wie irgend möglich wieder befreit zu werden. || Unter Berücksichtigung der vorstehenden Momente ist nach pflichtmässiger, unter dem Beirath berufener Vertreter der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels erfolgter Abwägung der für und wider sprechenden Momente in die Verhandlungen mit Russland eingetreten und unter ständiger dankenswerther Mitwirkung jener Vertrauenspersonen der vorliegende Handels- und Schifffahrtsvertrag vereinbart worden, durch welchen Russland auf der Basis gegenseitiger Meistbegünstigung für den deutscherseits gewährten Ver-

*) Diese Anlage ist hier fortgelassen. D. Red.

tragstarif nicht blos die inzwischen anderen Staaten eingeräumten Tarifiermässigungen, sondern erheblich weitergehende, von den Interessenten als werthvoll erkannte Vergünstigungen zugestelt. Die Dauer des Vertrages ist auf zehn Jahre bemessen, wodurch für unsere Verkehrsbeziehungen mit Russland die nothwendige Stabilität geschaffen wird.

Nr. 1042^a.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

II. Vertragstext.

Die Bestimmungen des Vertrages lehnen sich im Allgemeinen an die Systematik der neuen deutschen Handelsverträge an, zum Theil jedoch unter Berücksichtigung derjenigen Verträge, welche Russland früher mit anderen Staaten abgeschlossen hat.

Artikel 1 enthält den Grundsatz der Gleichstellung der Angehörigen des fremden Staates mit den Einheimischen in Bezug auf Handel und Gewerbebetrieb, unter Zusicherung der Meistbegünstigung und mit der Massgabe, dass die Landesgesetze auf die Fremden Anwendung finden sollen. || Hierzu ist in dem Schlussprotokoll die Meistbegünstigung noch ausdrücklich hinsichtlich des Passwesens ausbedungen.

Artikel 2 sichert in Betreff des Erwerbs und der Veräusserung beweglichen und unbeweglichen Eigenthums den beiderseitigen Angehörigen die Meistbegünstigung und stellt bezüglich der Abgabepflichtigkeit bei Eigenthumsübergang jeder Art die Ausländer den Einheimischen gleich. || Eine solche Gleichstellung mit den Inländern sieht der Artikel auch vor hinsichtlich des Auftretens der Angehörigen des fremden Staates vor Gericht.

Artikel 3 setzt die Befreiung der Fremden von militärischen und anderen öffentlichen Leistungen fest; in letzterem Punkte ist nur eine Ausnahme gemacht bezüglich der Verpflichtung zur Annahme einer Vormundschaft. Zur Leistung der Grundlasten, einschliesslich der militärischen, können die beiderseitigen Angehörigen, sowohl als Pächter bez. Miether wie als Eigenthümer, geradeso wie die Inländer oder die Angehörigen der meistbegünstigten Nation herangezogen werden.

Artikel 4 bestimmt, dass Aktiengesellschaften ebenso wie andere kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile gesetzmässig begründet sind und dort ihren Sitz haben, in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles als zu Recht bestehend anerkannt werden. Auch wird ihnen in letzterem Gebiete die Befugniss des Auftretens vor Gericht zuerkannt, während die Frage der Zulassung zum Gewerbebetriebe von den gesetzlichen Bestimmungen des Landes abhängig bleibt, in welchem die Zweigniederlassung begründet werden soll, aber unter ausdrücklicher Wahrung der Meistbegünstigung. Durch Aufnahme dieser Bestimmungen ist der Inhalt des Abkommens zwischen Deutschland und

Nr. 10428. **Russland über die Zulassung der Aktiengesellschaften vom 30./18. Juli 1885,**
 Deutsches Reich und
 Russland.
 20. März 1894.

Durch Artikel 5 verpflichten sich die vertragschliessenden Theile, von **Ausfuhr- und Einfuhrverboten im Allgemeinen Abstand zu nehmen, sowie den Transitverkehr auf den demselben geöffneten Wegen zuzulassen.** Nur für Artikel, welche Gegenstand eines Staatsmonopols bilden, sind Ausnahmen von diesen Bestimmungen zulässig; desgleichen im Interesse der Gesundheits- und der Veterinärpolizei, ferner der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen. Nach der Fassung des Artikels haben die vertragschliessenden Theile freie Hand, namentlich im Falle von Epidemien, Viehseuchen oder bei eintretender Gefahr der Einschleppung von Schädlingen entsprechende Schutzmassregeln zu treffen.

Artikel 6 sichert den beiderseitigen Boden- und Gewerbezeugnissen generell die Meistbegünstigung zu hinsichtlich der Zollbehandlung einschliesslich des Verkehrs in zollamtlichen Niederlagen und des Wiederausfuhr- und Transitverkehrs. || Hierzu enthält das Schlussprotokoll die Verpflichtung russischerseits, dass mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrages die bestehenden Unterscheidungszölle für gewisse Waaren (es handelt sich dabei um Kohle, Koks, Baumwolle, Roh-Eisen) bei der Einfuhr über die Landgrenze bez. die baltischen Häfen Russlands fallen und künftighin derartige Unterscheidungszölle auf der deutschen Grenze Russlands für die Vertragsdauer ausgeschlossen sein sollen. || Deutscherseits wird in dem Schlussprotokoll die Verpflichtung übernommen, unbeschadet der Aufrechterhaltung der geringfügigen, bestehenden Unterscheidungszölle für den Land- bez. Seeweg, an der russischen Grenze keine höheren Eingangszölle zu erheben wie an den übrigen Grenzen.

Die beiderseitigen zolltarifarischen Zugeständnisse sind in den Anlagen A und B zu Artikel 7 enthalten, welche durch den zweiten und dritten Theil des Schlussprotokolls erläutert und ergänzt werden. || Der Text des Artikels 7 setzt asserdem unter Wahrung der Meistbegünstigung fest, dass neue innere Abgaben des Staates in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile, so weit sie sich auf die in den Anlagen A und B angegebenen Waaren beziehen, von den entsprechenden, aus dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles kommenden Waaren nur in gleicher Weise und Höhe wie von den gleichartigen inländischen Waaren erhoben werden dürfen.

Im Uebrigen ist bezüglich aller inneren Staats- und Gemeindeabgaben durch Artikel 8 ausbedungen, dass die Waaren des einen vertragschliessenden Theiles unter keinen Umständen in dem Gebiete des anderen Theiles schwerer belastet werden dürfen, als die einheimischen.

Der Artikel 9 setzt in Betreff der Zölle bei der Ausfuhr nach dem Gebiete des anderen Landes und für alle Ausfuhrleichterungen die Meistbegünstigung fest.

Durchfuhrabgaben sind durch Artikel 10 ausgeschlossen. Bezüglich der Durchfuhr enthält das Schlussprotokoll (zu Art. 6, 7 und 11) die Bestimmung,

dass Erzeugnisse eines dritten Landes, wenn sie auf dem Wege über das Gebiet des einen vertragschliessenden Theiles in das Gebiet des anderen eingeführt werden, in letzterem keinen höheren Abgaben unterworfen werden können, als wenn sie unmittelbar aus ihrem Ursprungslande dorthin eingeführt worden wären. || Das Recht, Ursprungszeugnisse bei der Einfuhr der im Gebiete des anderen Landes erzeugten Waaren zu fordern, ist durch das Schlussprotokoll sichergestellt.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nach Artikel 11 werden die bestehenden oder künftig zu gewährenden besonderen Erleichterungen im Grenzverkehr innerhalb einer Zone von 15 km an andere Nachbarstaaten durch die Bestimmungen des Vertrages nicht berührt. Dasselbe gilt bezüglich der Vergünstigungen, die Deutschland den mit ihm zollgeeinten Gebieten und die Russland den Bewohnern des Gouvernements Archangel und Sibiriens bezüglich der Ein- und Ausfuhr gewährt. In letzterer Beziehung hat Russland bereits in dem Vertrage mit England vom 12. Januar 1859, Separat-Artikel II Nr. 2, und in den Verträgen mit Frankreich vom 14 bez. 24. Juni 1857, Separat-Artikel II Nr. 2, und vom 1. April 1874 (ebenda) eine entsprechende Abmachung getroffen. Ferner ist auch in Artikel 11 vereinbart, dass bezüglich des durch Vertrag zwischen Russland und Schweden vom $\frac{26. \text{April}}{8. \text{Mai}}$ 1838 geregelten besonderen Verkehrs im schwedisch-russischen Grenzgebiet, ebenso wie bezüglich des russisch-asiatischen Verkehrs Russland nicht verpflichtet ist, die entsprechenden Erleichterungen Deutschland zuzugestehen.

Artikel 12 regelt die Rechte und Befugnisse der Handlungsreisenden und gestattet denselben die Ausübung ihres Geschäfts in dem anderen Lande, und zwar, was das Passwesen und die Gebührenzahlung anlangt, auf dem Fusse der Meistbegünstigung. Die Mitführung von Waaren ist, wie auch in anderen Verträgen, untersagt, dagegen die Mitführung von Mustern gestattet. Letztere sollen unter dem Beding der Wiederausfuhr innerhalb einer bestimmten Frist und unter Sicherheitsleistung beiderseits zollfrei ein- und wieder herausgelassen werden. Die Handlungsreisenden weisen sich in dem anderen Lande, unbeschadet der bestehenden Passpflicht, über ihren Beruf durch Gewerbe-Legitimationskarten aus, hinsichtlich deren die Regierungen beider vertragschliessenden Theile sich gegenseitig die vorgeschriebenen Formulare und die anderen bezüglichlichen Bestimmungen mittheilen werden.

Artikel 13 bis 17 regeln die Rechte der beiderseitigen Schiffe und zwar im Allgemeinen auf der Basis der Gleichstellung der fremden Flagge mit der einheimischen und unter Wahrung der Meistbegünstigung. Für die Küstenschiffahrt sollen die Landesgesetze massgebend sein. || Auch die Fischerei ist von der Gleichstellung mit der einheimischen ausgeschlossen.

Der Artikel 18 sichert den beiderseitigen Angehörigen im Gebiete des anderen Landes das Recht der Benutzung der dort näher bezeichneten öffent-

Nr. 10428. lichen Verkehrswege und Verkehrsanstalten unter Gleichstellung mit den
Deutsches Inländern.
Reich und

Russland. Bezüglich der Schifffahrtsverhältnisse auf der Weichsel, dem Niemen und
20. März 1894. der Warthe behält das Schlussprotokoll zu Artikel 13 ein späteres Sonder-
abkommen vor.

Im Eisenbahnverkehr ist nach Artikel 19 beiden Reichen die unbeschränkte Freiheit zur Ausgestaltung der Tarife vorbehalten. Die bestehenden Tarife müssen indessen auf die Angehörigen beider Reiche gleichmässig angewendet werden; daher können auch im Güterverkehr Frachtsätze, welche für einheimische (oder aus dritten Staaten kommende) Waaren auf einer Eisenbahnstrecke festgesetzt sind, den gleichartigen Provenienzen des anderen Staates bei ihrer Beförderung auf derselben Eisenbahnstrecke in derselben Verkehrsrichtung nicht vorenthalten werden. || Diese Bestimmungen entsprechen den in den Handelsverträgen Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn und mit Belgien getroffenen Abreden.

Die Bestimmung des Schlussprotokolls zu Artikel 19 bezweckt insbesondere den deutschen Ostseehäfen Danzig, Königsberg und Memel die Theilnahme an der überseeischen Vermittelung des Verkehrs nach und von Russland zu wahren; es ist daher die weitere Ausbildung direkter Eisenbahntarife zwischen diesen Häfen und russischen Plätzen nach dem hervortretenden Bedürfniss in Aussicht genommen. Hierbei sollen auf den im Staatsbesitz befindlichen Eisenbahnen die Frachtsätze für Getreideartikel, sowie für Hanf und Flachs der russischen Ausfuhr bis zu den genannten Häfen durchgerechnet und gleichmässig vertheilt werden, und zwar nach denselben Grundsätzen, wie dieselben für den russischen Eisenbahnverkehr nach Libau und Riga jeweilig massgebend sind.

Artikel 20 setzt die Dauer des Vertrages fest und regelt die Kündigungsmodalitäten. Der vorgesehene Ablauftermin deckt sich mit denjenigen der übrigen neuerdings abgeschlossenen Handelsverträge Deutschlands. Durch das Schlussprotokoll zu Artikel 20 wird der Konsularvertrag mit Russland vom 8. Dezember 1874, welcher gegenwärtig jederzeit kündbar ist, für die Vertragsdauer sichergestellt.
26. November

III.

A. Zölle bei der Einfuhr nach Russland.

Den russischerseits in der Anlage A des Vertrages zugestandenen Zollermässigungen und Bindungen liegt zu Grunde der allgemeine russische Zolltarif für den europäischen Handel vom 11./23. Juni 1891 ohne die am 1. August 1893 Deutschland gegenüber in Wirksamkeit getretenen Zuschläge für die Boden- und Industrieerzeugnisse derjenigen Länder, welche der russischen Einfuhr die Meistbegünstigung nicht gewähren. Von den 218 Positionen, ungerchnet die Zahl der Unterabtheilungen, in welche viele Artikel des rus-

sischen Zolltarifs zerfallen, sind die Zollsätze von 71 theils ermässigt, theils gebunden. Ferner hat Deutschland kraft seines vertragsmässigen Meistbegünstigungsrechtes auf die Zollermässigungen für 15 weitere Positionen, bez. Unterabtheilungen von solchen Anspruch, welche im französisch-russischen Handelsabkommen vom 5./17. Juni 1893 festgesetzt und in den vorliegenden Vertragstarif nicht übernommen sind. Auch im Schlussprotokoll sind werthvolle tarifrische Begünstigungen vereinbart. Die bezüglichen Bestimmungen enthalten zwar nicht unmittelbar eine Herabsetzung von Zollsätzen, besitzen aber gleichwohl eine erhebliche materielle Bedeutung, welche bei den in Betracht kommenden Artikeln des Näheren dargelegt ist. || Behufs Erleichterung der Vergleichung der Sätze des neuen russischen Konventionaltarifs mit den Sätzen des autonomen Tarifs von 1891 sind in der beigefügten Nachweisung die vereinbarten Zollbefreiungen und -Ermässigungen unter Gegenüberstellung mit den autonomen Sätzen übersichtlich aufgeführt. Dabei sind auch die Sätze der russischen Zolltarife von 1882 und 1885 sowie des französisch-russischen Abkommens von 1893, sodann die Werthe der deutschen Ausfuhr nach Russland in den Jahren 1882 bis einschliesslich 1892, auf Grund der amtlichen deutschen Statistik, für die Jahre 1889 bis 1892 in schrägen Ziffern unter der Zeile auch auf Grund der amtlichen russischen Statistik angegeben*).

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Im Uebrigen ist zu den russischen Tarifzugeständnissen Folgendes zu bemerken:

Die deutsche Ausfuhr von Kartoffelmehl und Stärke nach Russland ist bis zu der im Jahre 1882 für die letztere eingetretenen Zollerhöhung auf 1,40 Rubel, welche im Jahre 1891 auch auf Kartoffelmehl ausgedehnt wurde, nicht ohne Bedeutung gewesen. Die Jahre 1889 und 1890 weisen noch Ausfuhrziffern von 2206, bez. 2590 Doppelzentner auf. Wenn diese Ziffern in den Vorjahren kleiner waren, so hängt dies damit zusammen, dass die über Hamburg auf den russischen Markt gebrachten Mengen vor dem hamburgischen Zollanschluss nicht als Ausfuhr nach Russland zur Anschreibung gelangt sind. Für Kartoffelmehl wurde der Satz von 60 Kopeken des Zolltarifs von 1882 erzielt, welcher den im Jahre 1877 gültig gewesenen Zollsatz nur um 5 Kopeken übersteigt. Für Stärke und Dextrin bleibt der vereinbarte Satz von 1,15 Rubel hinter jenem von 1,20 Rubel des Zolltarifs von 1885 zurück. Einer weitergehenden Ermässigung des Stärkezolls stand im Wege, dass das Rohmaterial der Reisstärke mit 70 Kopeken das Pud belegt und eine zolltechnische Unterscheidung zwischen Reisstärke und anderer Stärke in Russland nicht thunlich ist. || Bei der in Packeten, Schachteln und anderen kleinen Aufmachungen eingehenden Stärke, wohl ausschliesslich Reisstärke, für welche ein Zollsatz von 1,30 Rubel festgesetzt ist, handelt es sich, wie russischerseits geltend gemacht wurde, um eine Waare, für deren Marktgängigkeit der Name und Ruf des Fabrikanten massgebend und die höhere Zollbelastung ohne Einfluss sei. Zum

*) Diese Anlage ist hier fortgelassen. D. Red.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Satz von 1,40, bez. 1,75 Rubel wurden in den Jahren 1891 und 1892 3120 und 734 Doppelzentner Reisstärke nach Russland ausgeführt; es darf von der Ermässigung dieser Sätze auf 1,15, bez. 1,30 Rubel eine beträchtliche Steigerung des Absatzes nach Russland erwartet werden.

Durch den Zolltarif vom 1. Juli 1882 sind gewöhnliches Gemüse, Zwiebeln und Knoblauch, welche bis dahin zollfrei waren, mit einem Zoll von 10 Kopeken für 1 Pud belegt worden; der Zolltarif vom Jahre 1885 brachte eine Erhöhung auf 12 Kopeken gleich 2,38 M. für 100 kg. Durch die Wiederherstellung der Zollfreiheit ist dem vom Verbands der Handelsgärtner Deutschlands ausgesprochenen Wunsche, der Ausfuhr der Erzeugnisse des deutschen Gartenbaues nach Russland die möglichste Förderung angedeihen zu lassen, in wichtigen Beziehungen Rechnung getragen. Diese Ausfuhr hat nach der russischen Statistik in den Jahren 1889/1892 einen Werth von 199 000, 100 000, 31 000, 26 749 Rubel gehabt. || Gedarrte Cichorie wird seit 1. Juli 1891 mit 75 Kopeken das Pud verzollt, während sie früher mit bez. 40, 50 und 60 Kopeken zollpflichtig war. Die ehemals bedeutende Ausfuhr von gedarrter Cichorie nach Russland ist in Folge der Zollerhöhungen stark zurückgegangen; dieselbe betrug im Jahre 1880 25 981, 1886 noch 21 844, 1892 nur mehr 1449 Doppelzentner. Bei dem im Vertrag festgesetzten Satz von 40 Kopeken, welcher 1882 bestanden hat, dürfte wieder ein lohnendes Geschäft möglich sein. Durch die Schlussprotokollbestimmung zu Position 5 Ziffer 3 ist die Klassifikation von gedarrter Cichorie unter diese Ziffer gesichert.

Von den unter diese Position mit einem Zollsatz von 1,20 Rubel fallenden Früchten und Beeren kommen für den deutschen Export nur frische Früchte in Betracht. Der Zoll betrug vor 1882 nur 50 Kopeken, wurde dann auf 1 Rubel und im Jahre 1885 auf 1,20 Rubel erhöht. Diese Zollerhöhungen haben den früher blühenden Obstexport Deutschlands nach Russland stark beeinträchtigt, wodurch insbesondere die kleinen Besitzer empfindlich geschädigt wurden. Nach Lage der Verhältnisse beschränkt sich die Ausfuhr nach Russland auf feineres Tafelobst, welches einen Zollsatz von 60 Kopeken, wie er jetzt festgesetzt ist, zu tragen vermag. Es hat übrigens auch bei dem Zollsatz von 1,20 Rubel noch eine beträchtliche Ausfuhr von deutschem Obst stattgefunden.

Der Ertrag einer vollen Hopfenernte in Deutschland beziffert sich auf rund 350 000, der eigene Bedarf dagegen durchschnittlich nur auf rund 160 000 Doppelzentner. Auch bei einer Mittelernthe, als welche diejenige des Jahres 1892 mit einem Ergebniss von rund 245 000 Doppelzentner zu bezeichnen ist, übersteigt die Produktion den Bedarf bei weitem. Abgesehen von den seltenen Jahren, in welchen, wie im Vorjahre, mit einem auf 128 000 Doppelzentner geschätzten Ernteertrag die Produktion den Inlandsverbrauch eben deckt oder gar dahinter zurückbleibt, ist Deutschland auf den Export von Hopfen in mehr oder weniger erheblichem Umfang angewiesen.

In früheren Jahren hat auch Russland nennenswerthe Mengen deutscher Hopfen aufgenommen. In Folge der 1887 eingetretenen Erhöhung des russischen Hopfenzolles von 1,45 auf 10 Rubel das Pud, wozu für die Zeit vom 16. August 1890 bis 1. Juli 1891 sogar noch ein 20prozentiger Zuschlag kam, hat jedoch die Ausfuhr sehr nachgelassen. Dieselbe betrug:

Nr. 10438.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

1880... 11 396 Doppelzentner	1887... 5 753 Doppelzentner
1881... 10 478 „	1888... 5 562 „
1882... 8 261 „	1889... 8 457 „
1883... 12 325 „	1890... 7 310 „
1884... 11 650 „	1891... 4 064 „
1885... 10 248 „	1892... 2 837 „
1886... 12 264 „	1893... 1 058 „

Deutschland hat demnach ein grosses Interesse an der Herabsetzung des russischen Hopfenzolles. Daher darf die 65prozentige Ermässigung des bestehenden Zolls von 10 auf 3,50 Rubel als ein werthvolles Zugeständniss bezeichnet werden, da Russland, dessen Hopfenproduktion überwiegend aus minderwerthiger Waare besteht, für die besseren deutschen Hopfen bei einem Satz von 3,50 Rubel aufnahmefähig ist. Die russische Hopfenproduktion hat ungeachtet des ihr gewährten ausserordentlichen Zollschutzes noch keine sehr grossen Fortschritte gemacht. Das Ergebniss der 1892er Ernte waren 21 000 Doppelzentner bei gleich hoher Schätzung, und jenes der guten vorjährigen Ernte wird schätzungsweise auf 30 000 Doppelzentner angegeben. Das Grossherzogthum Baden produzirte im Jahre 1892 dieselbe Hopfenmenge wie Russland.

Die Ausfuhr von Borstenfabrikaten und Pinseln aus Deutschland nach Russland ist eine ziemlich bedeutende; der durchschnittliche Werth der Ausfuhr wird von den Interessenten auf 350 000 bis 400 000 Mark für das Jahr, also beträchtlich höher geschätzt, als derselbe in der Statistik angegeben ist. Schon die in den Jahren 1882 und 1885 erfolgten russischen Zollerhöhungen haben auf die in Bayern und Württemberg bestehende und tausende von Arbeitern beschäftigende Industrie nachtheilig eingewirkt; insbesondere aber hat die im Jahre 1891 eingetretene Zollerhöhung von 2,44 auf 3 Rubel einen so starken Rückgang des Exportes zur Folge gehabt, dass die Industrie den völligen Verlust des russischen Absatzgebietes befürchtet. Dieselbe hat den dringenden Wunsch nach Wiederherstellung des vor 1885 bestandenen Zollsatzes von 2,44 Rubel ausgesprochen, zu welchem noch ein lohnender Absatz möglich war. Durch die Vereinbarung des Satzes von 2,50 Rubel ist diesem Wunsche nahezu entsprochen.

Die russische Industrie der hier in Frage stehenden feinen Lederarten (Ziffer 2 und 4) hat ungeachtet des ihr in steigendem Mass gewährten hohen Zollschutzes bisher nicht den erwarteten Aufschwung genommen. Den russischen Bedarf an diesen Lederarten deckt fast ausschliesslich das Ausland, und ist

Nr. 10422.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

hieran Deutschland hervorragend betheiligt. Die hohe Zollbelastung und die dadurch bewirkte Vertheuerung übt aber auf die Verwendung der Waare und damit auch auf den Absatz nach Russland einen nachtheiligen Einfluss. Der erzielte Zollerlass für Leder der Ziffer 2 von 15 auf 12 Rubel und für Leder der Ziffer 4 von 8,50 auf 6,80 Rubel — im französisch-russischen Abkommen sind die Sätze auf 12,75 und 7,22 Rubel festgesetzt — bedeutet für die diese Leder verarbeitenden russischen Gewerbszweige eine wesentliche Entlastung, von der ein erhöhter Verbrauch erhofft werden darf. Ferner sind ungenähte Maschinentreibriemen, lederne Pickers für Webstühle und kleine runde Treibriemen durch Versetzung aus der Position 57 Ziffer 6 mit dem Satz von 20 Kopeken das Pfund, gleich 8 Rubel das Pud, in die Ziffer 3 der Position 55 mit dem Satz von 6 Rubel das Pud im Zoll um 2 Rubel ermässigt. Die Bestimmung der in den Vertragstarif aufgenommenen Anmerkung 1, dass Abfälle und Stücke (Ab- und Ausschnitte) von bearbeiteten Häuten, falls dieselben nicht zu Schuhwerk oder anderen kleinen Fabrikaten zugeschnitten sind, den für die ganzen Häute festgesetzten Zollsätzen unterliegen, bezieht sich allgemein auf den Artikel 55 und bezweckt, die Behandlung solcher Abschnitte als Lederfabrikate nach Artikel 57 zu verhindern. || Durch die Schlussprotokollbestimmung zur Position 55 soll die Gleichstellung des mit nachgepressten Narben versehenen Leders des Absatzes 3 mit dem unter den Absatz 2 fallenden Leder mit eingepressten Mustern ausgeschlossen werden.

Bisamfelle und Rothfuchswammen sind früher in sehr grossen Mengen von Deutschland nach Russland ausgeführt worden. In Folge der hohen Zollbelastung, welche 50 bis 100 Prozent vom Werth beträgt, ist in dem Absatz dieser billigen Rauchwaaren nach Russland eine starke Minderung eingetreten, welche in dem Rückgang des Werthes der deutschen Gesamtausfuhr von Rauchwaaren nach Russland von rund $9\frac{1}{2}$ Millionen Mark im Jahre 1882 auf rund $3\frac{1}{2}$ Millionen im Jahre 1892 seinen Ausdruck findet. Die Erweiterung des russischen Absatzes liegt nicht nur im Interesse des Handels, sondern auch der Pelz-Veredelungsindustrie und Zurichterei in Leipzig, woselbst Bisam- und Rothfuchsfelle, letztere meist deutscher Herkunft, in grossen Posten auf den Markt gebracht und der Bearbeitung unterworfen werden. Die vereinbarten Zollermässigungen von 18 auf 6,60, beziehungsweise 12 Rubel sind daher von besonderer Wichtigkeit.

Hier wurden über die von Frankreich erlangten Zollermässigungen von 2 auf 1,70 Rubel das Pfund für Fussbekleidung für Damen aus Chevreau, sowie von 3 auf 2,55 Rubel das Pfund für lederne Handschuhe aller Art, von welcher die erstere Mangels eines deutschen Exportinteresses in den vorliegenden Vertragstarif nicht übernommen ist, werthvolle Zugeständnisse erreicht. Für die in Ziffer 3 neben den Handschuhen genannten Fabrikate aus Sämisch- und Glacéleder, Saffian und Pergament ist die Zollgebühr allgemein auf 2 Rubel herabgesetzt und für Schreibbücher und Portefeuilles aus diesen Lederarten noch weiter auf 70 Kopeken ermässigt. Ferner ist bestimmt, dass

bei den Lederfabrikaten der Ziffer 5, wohin Reisekoffer, Reisesäcke, Reise- und Jagdtaschen, Schreibbücher und Portefeuilles, sowie nicht besonders benannte Lederfabrikate aller Art gehören, eine Verzierung von Seide und Halbseide zulässig ist. Durch Sitzungsprotokoll ist ausdrücklich festgestellt worden, dass diese Ausstattung, je nach Art der Fabrikate, eine äussere oder innere sein kann. Durch diese Zollerleichterungen wird den Wünschen der Industrie feiner Lederwaaren entsprochen.

Mr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
30. März 1894.

Bei der noch immer ansehnlichen Ausfuhr von Holzfabrikaten der unter die nebenbezeichneten Tarifpositionen fallenden Art sind die erreichten Zollabschläge von 21, 10 und 25 Prozent nicht ohne Werth. Mit Beschränkung auf vergoldete Rahmen und Leisten hätte eine etwas grössere Herabsetzung des Zollsatzes für die Ziffer 3 durchgesetzt werden können; es erschien indessen vortheilhafter, den im französisch-russischen Vertrag für derartige Rahmen und Leisten festgesetzten Zollsatz von 4,50 Rubel, welcher den Zollsatz vom Jahre 1882 nur um 35 Kopeken übersteigt, unter Ausdehnung auf die ganze Position anzunehmen. || Die im allgemeinen russischen Zolltarif von der Verzollung zum Satz der Ziffer 3 von 6 Rubel, nunmehr 4,50 Rubel, ausgenommene hölzerne Schnitzarbeit ist solche mit Verzierungen aus Kupfer, Kupferlegirungen und anderen Materialien, mit Inkrustationen oder Einlagen aus Holz (ausser Parketin), Kupfer, Stahl, Perlmutter, Elfenbein, Schildpatt und dergleichen.

Der Zollsatz für Zuckerrübensamen von 10 Kopeken das Pud ist mit Rücksicht auf die sehr grosse deutsche Ausfuhr derartigen Samens nach Russland gebunden.

Der bestehende Zoll von 10 Kopeken das Pud belastet 1 Fass Cement, welches etwa ein Gewicht von 180 kg und einen Werth von 5 \mathcal{M} hat, mit einer Zollabgabe von 3,57 \mathcal{M} . Gleichwohl findet noch immer deutscher Cement in grossen, wenn auch je nach der Gestaltung der Bauhätigkeit schwankenden Mengen in Russland Absatz. || Der Cementverbrauch ist in Russland in beständiger Zunahme begriffen, welcher die dortige Produktion nicht zu genügen vermag; auch wird der deutsche Cement für gewisse Verwendungszwecke dem russischen Produkt vorgezogen. || Die russische Cementeinfuhr hat betragen:

	Im Ganzen:	Davon aus Deutschland:
1888	804 000 Pud,	215 000 Pud,
1889	891 000 „	466 000 „
1890	1 200 000 „	484 000 „
1891	996 000 „	360 000 „
1892	2 493 000 „	1 525 000 „

Die im Jahre 1882 erfolgte Zollerhöhung von 3 auf 7 Kopeken hatte dem Absatz des deutschen Cements nach Russland keinen Eintrag gethan; zu diesem Zollsatz hat nach der deutschen Statistik im Jahre 1883 die grösste je erreichte Cementausfuhr im Werthe von 1 643 000 \mathcal{M} stattgefunden. Erst die durch den Zolltarif von 1885 eingeführte Zollerhöhung um weitere 2 Kopeken (66 Pfennig für das Fass von 180 kg) hatte eine beträchtliche Schmälerung

Nr. 10428. des Absatzes dauernd zur Folge. || In der französisch-russischen Konvention
Deutsches ist der Zollsatz von 10 Kopeken für Cement aller Benennungen auf 9 Kopeken
Reich und herabgesetzt; im vorliegenden Vertrag ist der Satz unter Ausdehnung auf
Russland. Ziegel, Fliesen und Röhren aus Cement auf 8 Kopeken ermässigt.
20. März 1894.

Weder aus der deutschen noch aus der russischen Statistik ist Menge oder Werth der Ausfuhr von Bernstein, für welchen eine Zollermässigung von 3 auf 2,10 Rubel erzielt wurde, nach Russland zu ersehen, da die Position noch eine Reihe anderer Gegenstände enthält, nämlich Gagat, Perlmutter, Schildpatt, Meerscham, Elfenbein, Mammuthsknochen, Celluloid, Email, Glasur und Mosaik. Die Gesamtposition hatte noch im Jahre 1890 für Deutschland einen Exportwerth von fast $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Die Ausnahme von der Zollermässigung bezieht sich auf unverarbeiteten geschmolzenen Bernstein, welcher nach Position 87 Ziffer 1 mit 40 Kopeken das Pud zollpflichtig ist.

Die Schlussprotokollbestimmung, dass Chamottemörtel, d. i. eine Mischung von rohem und gebranntem feuerfestem Thon, unter der im Artikel 72, Absatz 2 aufgeführten „Chamottemasse in jeder Form“ (Zollsatz 4 Kopeken) begriffen ist, entspricht einem Antrag des Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland und bezweckt, der vielfach vorgekommenen Behandlung des Chamottemörtels als hydraulischer Mörtel zum Satz von 10 Kopeken der Position 65 Ziffer 4 vorzubeugen.

Hier wurden neben einer allgemeinen Ermässigung der Zollsätze von 30 auf 25, beziehungsweise von 75 auf 60 Kopeken noch werthvolle besondere Vortheile für wichtige deutsche Exportartikel erreicht. Diese Vortheile bestehen in einer weiteren Ermässigung der Zollsätze für einfarbige Boden- und Wandbekleidungsplatten aus Thon und für einfarbige glatte Ofenkacheln und hervorspringende Theile von Kachelöfen (Bekrönungen und dergl.) auf 20, sowie für buntfarbige dergleichen Platten und Ofenkacheln und hervorspringende Theile von Ofenkacheln auf 50 Kopeken, ferner in der Bestimmung, dass die ermässigten Zollsätze auch dann Anwendung finden, wenn die fraglichen Platten, Ofenkacheln etc. glasirt oder mit eingepressten Reliefverzierungen versehen sind. Dem bisher zur Anwendung gebrachten Zollsatz der Nr. 74 Ziffer 3 von 1,50 Rubel unterliegen diese Gegenstände künftig nur, wenn sie vergoldet oder mit aus freier Hand gearbeiteten Ornamenten versehen sind. Als ein nennenswerthes Zugeständniss ist auch die Ausdehnung des Zollsatzes von 20 Kopeken auf Mineralwasserkrüge aus Steingut, auch glasirt, zu bezeichnen. Ferner wurden Boden- und Wandbekleidungsplatten aus Thon, Kacheln und hervorspringende Theile (Bekrönungen und dergl.) von Kachelöfen, vergoldet oder mit Skulptur, welche bisher dem Satze von 3,75 Rubel der Position 75 Ziffer 3 unterlagen, in die Position 74 Ziffer 3 zum Satze von 1,50 Rubel eingestellt. || Die Bedeutung der vorstehend erörterten russischen Zugeständnisse kann nicht nach der seitherigen deutschen Ausfuhr nach Russland beurtheilt werden, welche in Folge der ungünstigen Zollklassifikation der fraglichen Artikel vielfach unterbunden war.

Der Zollsatz für die unter Nr. 75 Ziffer 2 fallenden Fayencewaaren mit einfarbigen Mustern etc. ist in der französisch-russischen Handelskonvention von 1,40 auf 1,26 Rubel herabgesetzt und ist jetzt auf 1,25 Rubel abgerundet worden. Dieser Satz bleibt um 5 Kopeken hinter jenem vom Jahre 1885 zurück; der Zollsatz von 3,75 Rubel für bemaltes vergoldetes Fayence der Ziffer 3 wurde dagegen auf den Satz von 3,30 Rubel des Zollltarifs von 1885 gebracht. Die deutsche Ausfuhr von Waaren der Nr. 75 Ziffer 2 und 3 ist von keiner besonderen Bedeutung, war aber auch zur Zeit der niedrigeren Zollsätze des Tarifs von 1892 keine erheblich grössere.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Der Zollsatz für Majolika jeder Art, auch mit modellirten Verzierungen, ist von 5,30 auf 3,30 Rubel ermässigt, und Majolika ist nunmehr demselben Satz unterworfen wie die bemalte etc. Fayence, welcher sie auch dem Werthe nach annähernd gleichsteht. Im französisch-russischen Abkommen ist für Majolika, auch mit Modellirverzierungen (Wortlaut des Tarifs), ein Satz von 3,97 Rubel festgesetzt. Die deutsche Fassung entspricht der Herstellungsweise der Majoliken und sichert eine zutreffende Verzollung. Von der sehr beträchtlichen Zollermässigung darf eine Vergrößerung des Absatzes von Majolika nach Russland erwartet werden.

Die Zollermässigungen für geblasene Waaren aus weissem und halbweissem Glas und Krystall, ungeschliffen etc., der Ziffer 2, von 4 auf 3,20 Rubel und für Waaren aus weissem Glas und Krystall, geschliffen etc., der Ziffer 3, von 6 auf 4,80 Rubel beruhen auf einem russischen Angebote, welches mit Rücksicht darauf angenommen wurde, dass immerhin eine, wenn auch kleine deutsche Ausfuhr von Waaren der fraglichen Art nach Russland besteht. || Der bisher nach Nr. 215 behandelte Christbaumschmuck aus Glas ist jetzt nach Ziffer 5 dem Zollsatz von 10 Rubel unterstellt, zu welchem Satz, wie die Interessenten erklären, ein lohnender Export nach Russland möglich sei. Es ist dies ein günstiger Erfolg für die Nürnberger Industrie.

Durch die Herabsetzung der Zollsätze für Stein- etc. Kohlen und Koks beim Eingang über die westliche Landgrenze Russlands von 2 auf 1, bez. von 3 auf $1\frac{1}{2}$ Kopeken wird die zu Gunsten der Einfuhr über die baltischen Häfen bestehende differenzielle Zollbehandlung beseitigt, welche der auf die Landeinfuhr angewiesenen schlesischen Steinkohlen- und Koksindustrie berechtigten Anlass zu lebhaften Klagen gegeben hat. Stein- etc. Kohlen sowohl wie Koks gingen bis zum Jahre 1885 in Russland zollfrei ein; damals wurde für Steinkohlen und Koks bei der Einfuhr über die westliche Landgrenze ein Satz von $1\frac{1}{2}$ Kopeken, bei der Einfuhr über die baltischen Häfen ein solcher von $\frac{1}{2}$ Kopeken festgesetzt; der Zollltarif von 1891 brachte für Stein- etc. Kohlen eine Zollerhöhung auf 2, bez. 1 Kopeken und für Koks auf 3, bez. $1\frac{1}{2}$ Kopeken. Während deutscher Koks ungeachtet der Zollmassnahmen in steigenden Mengen nach Russland ausgeführt wird, ist in der Ausfuhr von Steinkohlen alsbald nach der russischerseits verfügbaren Zollbelastung eine stetige und erhebliche Abnahme eingetreten und der Ausfuhrwerth von 3 Millionen

Nr. 10428,
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

auf 1 Million Mark gesunken. Der Minderabsatz von Kohlen ist auch durch die starke Entwicklung der Kohlegewinnung in Russisch-Polen veranlasst. Die deutsche Ausfuhr nach Russland beschränkt sich jetzt auf Qualitätskohlen, welche in den polnischen Kohlenbecken nicht vorkommen. Die polnische Kohle ist auch im Allgemeinen von geringerer Güte als die oberschlesische, so dass es in Folge der 50prozentigen Zollermässigung vielleicht möglich sein wird, für die letztere einen erweiterten Absatz, insbesondere bei der benachbarten polnischen Eisenindustrie zu finden. Russland hat sich übrigens im Schlussprotokoll die Erhöhung des Kohlenzolls vom Jahre 1898 an vorbehalten; dieselbe muss jedoch für die westliche Landgrenze und die baltischen Häfen gleichmässig erfolgen.

Die beträchtliche Ausfuhr von gemahlenem Schwerspath und Witherit aus Deutschland nach Russland war keinen starken Schwankungen unterworfen, da die Steigerung des Zolls von 50 Kopeken im Jahre 1877 auf 55 Kopeken im Jahre 1882 und auf 60 Kopeken im Jahre 1891 keine übermässige war. Der Vertrag stellt den im Jahre 1877 eingeführten Zollsatz wieder her. Von minderer Wichtigkeit ist die Zollermässigung von 1 Rubel auf 80 Kopeken für künstliches schwefelsaures und kohlen-saures Baryum, welches auch nur in geringen Mengen nach Russland geht.

Der für Salze der Chromsäure vereinbarte Zollsatz von 2,15 Rubel ist um 5 Kopeken geringer als der Satz des Jahres 1882, zu dem noch eine grössere Ausfuhr nach Russland stattgefunden hat.

Für die im Zoll von 6 auf 5 Rubel ermässigte Gerbsäure besteht ein erhebliches deutsches Exportinteresse. Die Gesamtausfuhr betrug im Jahre 1892 6045 Doppelzentner, davon gingen nach Russland 1560 Doppelzentner; der durchschnittliche Ausfuhrwerth wird mit 260 ₰ für 100 kg angegeben.

Die deutsche Ausfuhr von Kupfervitriol nach Russland wurde durch die im Jahre 1891 erfolgte Erhöhung des Zolls von 60 Kopeken auf 1 Rubel stark zurückgedrängt; der vereinbarte Satz von 80 Kopeken ist zwar noch um 20 Kopeken höher als der Satz des Zolltarifs von 1885, bringt aber der deutschen Industrie eine Erleichterung für ihren Absatz nach Russland. Bei einer Gesamtausfuhr von 21 438 Doppelzentnern Kupfervitriol sind im Jahre 1892 3788 Doppelzentner im Werth von 29 ₰ für 100 kg nach Russland gegangen; die Gesamtausfuhr von Zinkvitriol, das nur einen Wert von 12 ₰ hat, betrug 3097 Doppelzentner, wovon nach Russland eine Ausfuhr nicht nachgewiesen ist. Chlorzink ist in der Statistik nicht besonders angeschrieben.

Der Zoll für Brechweinstein ist durch den Tarif von 1891 von 2,40 auf 4 Rubel erhöht, ohne dass dadurch die deutsche Ausfuhr nach Russland zurückgegangen wäre. Im Jahre 1888 wurden insgesamt 2744 und im Jahre 1892 4188 Doppelzentner ausgeführt, davon 675, bez. 735 Doppelzentner nach Russland. Das fragliche Präparat hat einen Werth von etwa 190 ₰ für 100 kg und findet insbesondere als Beize für Anilinfarben in der Färberei und Zeugdruckerei Verwendung. Der Vertragszollsatz beträgt 3 Rubel.

Die Zollermässigung von 2,40 auf 1,50 Rubel für chemische und pharmazeutische Produkte, im Tarif anderweit nicht genannt, gehört zu den wichtigeren Errungenschaften des Vertrages. Unter die Position fallen zahlreiche und bedeutende deutsche Exportartikel, deren Ausfuhrwerth in den Jahren 1890 und 1891 5 Millionen Mark überstieg. Der im Jahre 1892 ohne eine inzwischen erfolgte Zollerhöhung eingetretene Rückgang auf 3,7 Millionen ist wohl auf vorübergehende ungünstige Verhältnisse in Russland zurückzuführen. In der russisch-französischen Konvention ist der Satz für die Position 112 auf 1,80 Rubel festgesetzt. || Im Schlussprotokoll ist bestimmt, dass alle diejenigen chemischen und pharmazeutischen Produkte unter Nr. 112 klassifiziert werden, welche im russischen Zolltarif vom 11. Juni 1891 nicht besonders genannt sind.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Die im Jahre 1891 erfolgte Erhöhung des Zollsatzes für Kreide und Talk von 6 auf 15 Kopeken hat einen bedeutenden Rückgang der Ausfuhr von gemahlener und geschlemmter Kreide nach Russland im Gefolge gehabt. Im Jahre 1888 wurden noch 13 221 Doppelzentner gemahlene und 21 264 Doppelzentner geschlemmte Kreide, im Jahre 1892 aber nur mehr 267, beziehungsweise 7046 Doppelzentner ausgeführt. Die Ausfuhr von Talk, welcher unter einer Sammelnummer angeschrieben wird, ist nicht festzustellen. Bei dem geringen Werth der Kreide und der gewöhnlichen Sorten von Talk ist der Zollabschlag von 3 Kopeken für die Hebung der Ausfuhr von Bedeutung.

Für Bleiweiss und Zinkweiss besteht in Deutschland ein grosses Exportinteresse. Im Jahre 1892 betrug die Gesamtausfuhr von Bleiweiss 137 117 Doppelzentner (Werth 31 \mathcal{M}) und von Zinkweiss einschliesslich Zinksulfidweiss (Lithopon) 105 948 Doppelzentner (Werth 36 \mathcal{M}), wovon 4047, bez. 7413 Doppelzentner nach Russland gingen. Durch die Herabsetzung des Zolls von 60 auf 50 Kopeken wird für Blei- und Zinkweiss der im Jahre 1877 bestandene Zollsatz wiederhergestellt. Lithoponweiss, welches als Ersatz für Zinkweiss dient und aus einer Mischung von Schwerspath und Schwefelzink besteht, wird jetzt nach Position 137 mit 3 Rubel für 1 Pud verzollt. Die tarifarische Gleichstellung des Lithoponweiss mit dem Zinkweiss ist durch die Schlussprotokollbestimmung zu Position 131 gesichert, wonach Mischungen von Bleiweiss oder Zinkweiss mit anderen nicht höher tarifirten Stoffen nach Artikel 131 zu behandeln sind. Dadurch wird einem dringenden Wunsche der deutschen Industrie Rechnung getragen.

Die Zollermässigung für Bleimennige (Bleioxydate) von 40 auf 35 Kopeken steht im Zusammenhang mit der Herabsetzung des Zolls für Bleiweiss. Die deutsche Gesamtausfuhr von Bleimennige, das einen Werth von 29 \mathcal{M} für 100 kg hat, betrug in den Jahren 1888 und 1892 55 914 und 54 358 Doppelzentner, davon 2047 und 2655 nach Russland. Die deutsche Bleiproduktenindustrie (Bleiweiss etc.) ist darauf angewiesen, drei Viertel ihrer Erzeugnisse auszuführen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1891.

Russland war bisher der bedeutendste Abnehmer deutscher Kupferfarben, obwohl durch die im Jahre 1891 erfolgte Zollerhöhung von 2,20, bez. für Grünspan von 3,30 auf 4 Rubel die Ausfuhr stark beeinträchtigt wurde. Während noch im Jahre 1888 bei einer Gesamtausfuhr von 2875 Doppelzentner der Absatz nach Russland 754 Doppelzentner betragen hat, ging im Jahre 1892 die Gesamtausfuhr nach Russland auf 362 Doppelzentner zurück. Der durchschnittliche Werth von Kupferfarben wird auf 125 \mathcal{M} geschätzt. Bei der Zollbemessung für Kupferfarben und besonders für Grünspan kommt der russische Kupferzoll von 2,50 Rubel für 1 Pud in Betracht. Der russische Zoll für Grünspan war bis zum Jahre 1891 um 0,50 bis 1,10 Rubel höher als für andere Kupferfarben.

Von den unter diesen Artikel fallenden Farbstoffen etc. sind vorzugsweise Alizarin sowie Anilin- und andere Theerfarbstoffe für den deutschen Export von hervorragender Wichtigkeit. An der Gesamtweltproduktion von Alizarin ist Deutschland mit 90 Prozent und an jenen von Anilin- etc. Farbstoffen mit 75 Prozent theilhaft; in den Rest von 10 und 25 Prozent theilen sich England, die Schweiz und Frankreich. Die führende Stellung Deutschlands in der Produktion kommt bei der Ausfuhr dieser Farbstoffe zum entsprechenden Ausdruck. Im Jahre 1892 hat eine Ausfuhr von 76 770 Doppelzentner Alizarin, davon 4 268 Doppelzentner nach Russland, und von 170 251 Doppelzentner Anilin- etc. Farbstoffe, davon 5 159 Doppelzentner nach Russland stattgefunden. Der Gesamtausfuhrwerth ist in der Statistik unter Zugrundelegung eines Durchschnittswerthes von 155 bez. 490 \mathcal{M} für 100 kg beim Alizarin mit 11 899 000 \mathcal{M} (russischer Antheil 662 000 \mathcal{M}) und bei den Anilin- etc. Farbstoffen mit 52 553 000 \mathcal{M} (russischer Antheil 2 528 000 \mathcal{M}) angegeben. Der Durchschnittswerth für Alizarin von 155 \mathcal{M} dürfte indessen bei der russischen Ausfuhrquote zu niedrig bemessen sein, da derselbe sich wohl auf die in Deutschland üblichen Konzentrationen in Teigform mit 20 Prozent Trockengehalt bezieht, während die Ausfuhr von Alizarin nach Russland wegen des bestehenden hohen Gewichtszolls (337,30 \mathcal{M} für 180 kg) in Pulverform, also in fünffacher Konzentration (100 Prozent) erfolgt. Die im Jahre 1892 nach Russland ausgeführte Alizarinmenge repräsentirt daher thatsächlich einen Werth von 3 331 000 \mathcal{M} . Auch für Anilin- etc. Farbstoffe wird der Durchschnittswerth von 490 \mathcal{M} für die nach Russland ausgeführte Menge mit Rücksicht darauf nicht als zutreffend erachtet werden können, dass wegen der Zollbelastung nur höherwerthige Qualitäten dahin zur Ausfuhr kommen. Der durchschnittliche Werth dieser Exportquote darf um 33 Prozent höher auf 654 \mathcal{M} für 100 kg und der Gesamtwerth auf 3 370 660 \mathcal{M} geschätzt werden. || In Russland hat die Theerfarbenindustrie erst in Folge der ausserordentlich erhöhten Zölle Fuss gefasst. Im Jahre 1882 wurde der Zoll von 4,40 auf 15 Rubel und im Jahre 1890 auf 18 Rubel erhöht; der Zolltarif von 1891 ermässigte den letzteren Satz um 1 Rubel, und der vorliegende Vertrag bringt eine weitere Ermässigung von 3 Rubel. Die russische Industrie besteht nur

aus kleineren Betrieben, welche sich, abgesehen von zweien, in deutschen Händen befinden, und beschränkt sich theils auf die in Umwandlung des in Pulverform bezogenen Alizarins in die gebräuchliche Teigform, theils auf die Fabrikation billiger Anilinfarbstoffe aus den von auswärts bezogenen Zwischenprodukten (Anilinöl, Naphtol, Naphtylamin, Benzidin etc.), welche nur zum Satz von 2,40 Rubel (jetzt 1,50) der Position 112 zollpflichtig sind. Darin liegt auch die Erklärung des in den letzten Jahren erheblich gesteigerten deutschen Absatzes dieser Zwischenprodukte nach Russland, wogegen andererseits die deutsche Ausfuhr der fertigen Anilin- etc. Farbstoffe eine Abnahme erfahren hat. Durch die Herabsetzung des Zolls für die fertigen Farbstoffe auf 14 Rubel und für die Zwischenprodukte auf 1,50 Rubel wird der deutschen Theerfarbenindustrie die Mitbewerbung mit den in Russland weit geringeren Zollsätzen unterliegenden vegetabilischen Farbstoffen erleichtert. || Die auf Substrate (meist gemahlener Thon) niedergeschlagenen Theerfarbstoffe (Körperfarben) wurden bisher vielfach mit dem hohen Zoll von 17 Rubel für Theerfarben belegt, obwohl dieselben viel geringwerthiger sind. Durch den Vertragstarif ist nunmehr bestimmt, dass unter Verwendung von Theerfarben hergestellte Farben und Farblacke, auch mit Oel angemacht, dem Zollsatz von 3 Rubel der Nr. 137 unterliegen, wenn darin nicht mehr als 10 Prozent Theer-Farbstoffe enthalten sind; es handelt sich hierbei fast ausschliesslich um Druckfarben.

Der Zollsatz von 5 Rubel für Miniaturfarben etc. wurde unter Aufführung der Farben in Porzellan-(Fayence-)Näpfchen, in Tuben und in Zinnhülsen, ferner der flüssigen chinesischen Tusche in Fläschchen, gebunden. Seit 1877 ist nur eine Erhöhung um 60 Kopeken eingetreten.

Die Herabsetzung des Zolls von 35 auf 30 Kopeken beseitigt die differentielle Behandlung des über die westliche Landgrenze nach Russland eingehenden Roheisens gegenüber der Seezufuhr, wodurch das oberschlesische Roheisen benachtheiligt wurde. Eine weitergehende Zollermässigung konnte mit Rücksicht darauf nicht in Frage kommen, dass nach gesetzlicher Bestimmung die Zollgebühr für Roheisen bis zum 1. Januar 1898 keiner Herabsetzung unterliegt. Eine solche würde auch in weit höherem Masse der englischen Hochofenindustrie zu gute kommen als der deutschen. Die letztere wird in erster Linie auf die gleichmässige Behandlung ihrer Erzeugnisse mit denen der übrigen in Russland in Mitbewerbung tretenden Länder Werth zu legen haben; ihr Interesse an einer Ermässigung des russischen Roheisenzolls dürfte nur ein beschränktes sein. Ungeachtet der ausserordentlichen Höhe dieses, 100 Prozent vom Werth betragenden Zolls gelangen dennoch sehr grosse, wenn auch schwankende Mengen Roheisen zur Zufuhr nach Russland; so im Jahre 1891 aus England 563 580 Doppelzentner, aus Deutschland 53 640 Doppelzentner, im Jahre 1892 aus England 632 580 Doppelzentner, aus Deutschland 54 420 Doppelzentner, im Jahre 1893 (bis 30. November) aus England 1 288 710 Doppelzentner, aus Deutschland 53 600 Doppelzentner. Die Erzeugungsbedingungen für Roheisen sind in Russland nur in wenigen Bezirken (im Donetzgebirge, im südwestlichen

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Polen, am Ural und im Kaukasus), woselbst sich Kohlen und Erze beisammen finden, günstige. An anderen Orten müssen entweder Kohlen oder Erze für weite Strecken transportirt werden, wodurch die Herstellungskosten sich sehr erhöhen. Andererseits liegen die Walzwerke, Giessereien etc. in den Ostseeprovinzen, in Petersburg und im mittleren Russland von den Hauptproduktionsstätten des Roheisens weit entfernt, so dass der Transport desselben zu den gedachten Betriebsstätten theuer zu stehen kommt. Diese Umstände und theilweise auch die bessere Qualität ermöglichen dem ausländischen Roheisen die Mitbewerbung mit dem hochgeschützten russischen Produkt, wenn auch in erheblich verminderterem Umfang als vordem, da die Produktion in Russland beträchtlich — von 535 000 Tonnen im Jahre 1875 auf 984 000 Tonnen im Jahre 1892 — gestiegen ist. Die durch die Produktionsverhältnisse und das Zollsystem bedingten hohen Eisenpreise verhindern eine ausgedehnte Verwendung von Eisen; dieselbe beträgt jährlich nur 8 bis 9 kg auf den Kopf der Bevölkerung gegen 74 bis 75 kg in Deutschland.

Bei Beurtheilung der russischen Zugeständnisse für Band- und Sortireisen und -Stahl, Schienen, Façoneisen und -Stahl, sowie für Bleche der Positionen 140 und 142 ist in Berücksichtigung zu ziehen, dass der Roheisenzoll 30 Kopeken beträgt und dass dieser Zoll für die Bemessung der Zölle der Eisen- und Stahlfabrikate bestimmend ist. Die deutsche Ausfuhr von Fabrikaten der gedachten Art nach Russland ist in Folge der verschiedenen Zollerhöhungen allerdings beträchtlich zurückgegangen, aber immer noch von sehr erheblicher Bedeutung. Nach der russischen Statistik hat die Einfuhr aus Deutschland betragen von:

	1888	1889	1890	1891	1892
	Pud	Pud	Pud	Pud	Pud
Band- etc. Eisen $\left\{ \begin{array}{l} 140,1 \\ 142,1 \end{array} \right\}$ und Stahl . . .	1 434 000	1 741 000	1 798 000	1 535 000	1 311 539
Schienen $\left\{ \begin{array}{l} 140,2 \\ 142,2 \end{array} \right\}$	9 000	21 000	47 000	50 000	—
Bleche $\left\{ \begin{array}{l} 140,3-4 \\ 142,3-4 \end{array} \right\}$	513 000	698 000	346 000	503 000	518 219.

Diese Ziffern stehen indessen mit den bezüglichen Angaben der deutschen Statistik nicht im Einklang. Nach der letzteren stellt sich die Ausfuhr bei den einschlägigen Artikeln folgendermassen, wobei noch die Ziffern der Jahre 1880, 1884, 1892 und 1893 (bis 30. November) beigelegt sind:

	1880	1884	1889	1891	1892	1893 (11 Monate)
	Doppelzentner		Doppelzentner		Doppelzentner	
Eck- und Winkeleisen	10 890	12 160	48 740	56 930	45 960	85 120
Stabeisen	534 310	241 820	328 510	242 080	215 540	296 870
Eisenbahnschienen . . .	203 240	5 210	5 150	16 500	11 610	10 880
Luppeneisen, Ingots	390	13 140	4 140	310	1 240	—
Bleche und Platten	146 220	129 820	138 260	77 440	60 730	121 780.

Deutschland ist an der Versorgung des russischen Marktes mit Eck-, Winkel- und Stabeisen, Blechen und Platten in erster Linie und erheblich stärker betheilig als England; letztercs hat ausgeführt:

Nr. 10423.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

	1891	1892	1893 (11 Monate)
	Doppelzentner	Doppelzentner	Doppelzentner
Eck-, Winkel- und Stabeisen	16 530	24 790	24 140
Bleche und Platten	42 490	32 420	57 300.

Die vereinbarten Zollermässigungen gewähren dem deutschen Eisen beträchtliche Erleichterungen, welche nicht nur die Erhaltung des seitherigen Absatzes sichern, sondern voraussichtlich auch eine ansehnliche Steigerung desselben im Gefolge haben werden. || Als ein werthvolles Zugeständnis ist auch die Schlussprotokollbestimmung zu bezeichnen, nach welcher Eisen- und Stahlbleche und Platten auch dann unter die Positionen 140 und 142 fallen, wenn dieselben rund, schräg oder sonst in einer anderen Form geschnitten sind.

Diese Position umfasst Weissblech und anderes veredeltes Blech. Bezüglich des ersteren ist Deutschland nur in sehr beschränkter Weise exportfähig; dagegen ist für die anderen veredelten Bleche die erreichte Zollermässigung in Verbindung mit den Bestimmungen des Schlussprotokolls zum Artikel 141 von Bedeutung. Hiernach gelten, abgesehen von Gold, Silber und Platina, alle anderen Metalle im Sinne des russischen Zolltarifs als ordinäre, und unterliegt Blech der Verzollung zum Satz des Artikels 141 auch dann, wenn dasselbe, sei es auf galvanischem Wege oder durch Umguss, durch ein Walzverfahren oder irgend ein anderes Verfahren einen Ueberzug aus ordinärem Metall oder Legirungen solcher Metalle erhalten hat, falls derselbe 25 Prozent des Gewichtes des überzogenen Bleches nicht übersteigt.

Zinnfolie unterliegt dem Satze von 20 Kopeken das Pfund = 8 Rubel das Pud der Position 165. Die Einstellung von Zinnfolie im Gewicht von nicht mehr als 1 Solotnik auf 25 Quadratzoll englisch in die Position 144 Ziffer 3 bedeutet daher für die fragliche Zinnfolie eine Zollermässigung von 6 Rubel.

Gegenüber einem Zollsatz von 10 Kopeken für Rohblei war der Zollsatz von 30 Kopeken für gewalztes Blei in Rollen, Blättern, Draht und Röhren zu hoch bemessen. Durch die Herabsetzung des Satzes auf 25 Kopeken ist der Zollsatz für das Auswalzen auf 3 \mathcal{M} für 100 kg reduziert. Im Jahre 1892 wurden 37 220 Doppelzentner Rohblei und nur 5551 Doppelzentner gewalztes Blei nach Russland ausgeführt.

Die deutsche Ausfuhr von Rohzink nach Russland hat im Jahre 1890 eine sehr bedeutende Steigerung, nämlich von 7185 Doppelzentnern im Vorjahre auf 25 762 Doppelzentner erfahren, welche in den beiden folgenden Jahren mit einer Ausfuhrmenge von 40 623 und 39 283 Doppelzentnern sich fortsetzte und im Jahre 1892, wohl in Folge der inzwischen eingetretenen

Nr. 10428. Zollerhöhung, wieder eine rückläufige Bewegung auf 36 737 Doppelzentner
 Deutsches machte. Der vereinbarte Zollsatz von 45 Kopeken war bereits in den Jahren
 Reich und 1885 bis 1891 in Geltung und hat für den Aufschwung der deutschen Aus-
 Russland. fuhr kein Hinderniss gebildet. Behufs Beseitigung einer Unsicherheit in der
 20. März 1894. Zollbehandlung wurde Zinkasche in die Position 147 Ziffer 1 eingestellt. Die
 deutsche Ausfuhr von Zinkblech nach Russland war nur in den Jahren 1880,
 1881, 1889 und 1890 von grösserer Bedeutung. Die Zolltarife von 1885
 und 1891 hatten zwischen den Sätzen von Rohzink und Zinkblech eine Diffe-
 renz von 40 und 50 Kopeken gelassen; diese Differenz wird durch den
 Vertrag auf 35 Kopeken ermässigt. Im französisch-russischen Abkommen sind
 die Zollsätze auf 45 und 90 Kopeken festgesetzt.

Von den Vertretern der Industrie wurde geltend gemacht, dass zu den
 früheren Eingangszöllen für Goldwaaren etc. ein bedeutender und lohnender
 Absatz aus Deutschland nach Russland stattgefunden habe. So oft die Zölle
 auf Goldwaaren erhöht worden seien, habe der Export einen Ausfall erlitten
 und betrage jetzt nur noch den vierten Theil des früheren Absatzes, reprä-
 sentire aber immer noch einen Werth von 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Der hohe
 russische Gewichtszoll stehe der Einfuhr um so mehr im Wege, als in Russ-
 land überwiegend Nachfrage nach schweren Goldwaaren bestehe. Im Zolltarif
 von 1877 waren Goldwaaren mit 33 Rubel das Pfund belegt, in den Zoll-
 tarifen von 1882 und 1885 mit 36,30 und 43,45 Rubel, während im Zolltarif
 von 1891 ein Satz von 44 Rubel festgesetzt ist. Der Vertragszollsatz von
 35,20 Rubel bleibt hinter dem Satz des Tarifs von 1882 zurück.

Die hierher gehörigen Fabrikate aus Kupfer und Kupferlegirungen waren
 noch im Zolltarif von 1885 in einer Position vereinigt und mit einem Zoll
 von 4 Rubel belegt. Der Zolltarif von 1891 brachte unter Erhöhung des
 Kupferzolls von 1,50 auf 2,50 Rubel die Unterscheidung in Kupferwaaren ohne
 und mit Verzierungen sowie eine Zollerhöhung auf 4,80 Rubel für die ersteren
 und auf 16 Rubel für die letzteren. Die sehr ansehnliche deutsche Ausfuhr
 derartiger Fabrikate nach Russland ist in Folge dieser Zollerhöhung nicht
 unbeträchtlich zurückgegangen, wie die der deutschen Statistik entnommenen
 Ziffern ergeben:

1889	5052 Doppelzentner
1890	6202 „
1891	5698 „
1892	5468 „

Die deutsche Gesamtausfuhr hat in diesen Jahren betragen bez. 50 366,
 53 058, 51 363 Doppelzentner. Der Vertragssatz für die Position 1 ist zwar
 noch um 32 Kopeken höher als der Satz des Tarifs von 1885, aber gleich-
 wohl für die deutsche Kupferindustrie günstiger, weil die Differenz zwischen
 Rohkupfer- und Fabrikatzoll auf 1,82 Rubel vermindert ist, während sie
 früher 2,50 Rubel betragen hat. Dagegen ist es nicht gelungen, für die Po-
 sition 2 ein den früheren Satz von 4 Rubel annähernd wiederherstellendes

Zugeständniss zu erreichen. Immerhin ist der vereinbarte Satz von 13,60 Rubel geringer als jener von 14,40 Rubel des französisch-russischen Abkommens, und ausserdem ist für Löffel und Gabeln aus Britanniametall mit gepressten Verzierungen, welche bisher nach dem Satz von 16 Rubel verzollt worden sind, die Behandlung nach Position 1 zum Satz von 4,32 Rubel gesichert und dadurch einem dringenden Wunsche der heimischen Britanniametallindustrie Rechnung getragen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Wegen der verschiedenartigen Anschreibung der Eisenfabrikate in der deutschen und russischen Statistik ist bei den meisten einschlägigen Positionen des russischen Zolltarifs eine Vergleichung mit der deutschen Statistik nicht möglich. Im Allgemeinen ist die Ausfuhr deutscher Eisenfabrikate nach Russland in der Zeit von 1880 bis 1892 dem Werthe nach auf die Hälfte zurückgegangen. Dieselbe hat ohne Einrechnung einerseits des Roheisens und andererseits der Lokomotiven, Lokomobilen, Maschinen und Eisenbahnfahrzeuge betragen:

1880	42 002 000 <i>ℳ</i> .
1884	21 278 000 „
1889	22 506 000 „
1890	18 439 426 „
1891	15 674 283 „
1892	12 652 100 „

Der Rückgang ist hauptsächlich veranlasst durch Minderausfuhr von Eisendraht und von groben Eisenwaaren der Positionen 6e, 2 α , β und γ des deutschen Tarifs. Bei den letzteren beruht der Ausfall überwiegend auf einer geringeren Bewerthung der Waare, während das Quantum der ausgeführten Eisenwaaren besonders in den letzten Jahren kein erhebliches Minus aufweist. Beispielsweise ist in der Statistik der Werth der Ausfuhrmenge des Jahres 1881 von 87 361 Doppelzentner mit 12 817 000 *ℳ*, und jener der Ausfuhrmenge des Jahres 1889 von 88 816 Doppelzentner mit nur 8 325 000 *ℳ* angegeben. Dagegen ist die Ausfuhr von Eisendraht, welche noch im Jahre 1882 235 760 Doppelzentner im Werthe von 5 422 000 *ℳ* betragen hat, auch quantitativ auf ein Minimum (1892 3 924 Doppelzentner im Werthe von 49 050 *ℳ*) zurückgegangen. Die russische Drahtindustrie ist der Art erstarkt, dass eine Einfuhr von ausländischem Draht in grösserem Umfange auch bei weitgehenden Zollermässigungen ausgeschlossen erscheint. Ferner hat die deutsche Ausfuhr von Eisenbahnschienen nach Russland nahezu vollständig aufgehört, und jene von Stabeisen und Eisenblech ist fast auf die Hälfte gesunken. Eine Steigerung haben nur Eck- und Winkelleisen sowie feine Eisenwaaren erfahren.

Im Einzelnen ist Folgendes zu bemerken:

Die gusseisernen Abgüsse ohne Bearbeitung der Position 150 Ziffer 1, für welche über den im französisch-russischen Abkommen festgesetzten Satz von 68 Kopeken hinaus eine Ermässigung auf 60 Kopeken — d. i. der Satz

Nr. 10438.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

des Tarifs von 1885 — erreicht wurde, sind nach der russischen Statistik nur im geringen Umfang Gegenstand der Ausfuhr von Deutschland nach Russland; dieselbe bezifferte sich in den Jahren 1888/92 auf 28 000, 42 000, 28 000, 28 000, 34 242 Pud. Die unter die gedachte Position fallenden gusseisernen Röhren sollen nach der Schlussprotokollbestimmung zur Position 150 dem Satz von 60 Kopeken auch dann unterliegen, wenn sie einen Ueberzug von Theer oder Asphalt haben, oder wenn die Angüsse, Gussnähte und Gusszapfen beseitigt und geglättet sind. Auf derartige Röhren findet jetzt tarifmässig der höhere Satz von 1,70 Rubel der Position 150,3 Anwendung. || Für die Positionen 150 Ziffer 3, 151, 152, 153 Ziffer 1, 167 Ziffer 2 und 168 Ziffer 2 besteht im Tarif vom Jahre 1891 der Satz von 1,70 Rubel, welcher bei 150 Ziffer 3, 153 Ziffer 1 und 167 Ziffer 2 durch das französisch-russische Abkommen auf 1,53 Rubel ermässigt ist. Im vorliegenden Vertrag ist die Zollgebühr für die sämtlichen genannten Positionen auf 1,40 Rubel festgesetzt; ein weitergehendes Zugeständniss wurde russischerseits mit Bezug auf den Roheisenzoll und unter dem Hinweis darauf abgelehnt, dass eine gleichmässige Zollbehandlung der Eisen- und Stahlfabrikate der vorerwähnten Positionen mit den eisernen Maschinen (Art. 167, 2) wegen der Schwierigkeit der Unterscheidung nicht zu umgehen sei.

Nach der russischen Statistik sind von den in Betracht kommenden Eisen- und Stahlfabrikaten in den Jahren 1888/92 folgende Mengen nach Russland ausgeführt worden: || Position 150, Ziffer 3. Bearbeitete, polirte etc. Gusseisenfabrikate 50 000, 73 000, 45 000, 32 479 Pud. || Position 151. Geschmiedete etc. unbearbeitete Eisenfabrikate 37 987, 50 571, 59 000, 28 706 Pud. || Position 152. Eisen- und Stahl-Kesselarbeiten etc. 109 000, 126 000, 99 000, 64 879 Pud. || Position 153, 1. Eisen- und Stahlfabrikate, bearbeitete etc., über 5 Pfund, 76 000, 64 000, 69 000, 60 829 Pud. || Position 167, 2. Eiserne Maschinen etc. 70 610 Pud im Jahre 1891 und 559 847 Pud im Jahre 1892. || Position 168, 2. Waagen und Waagentheile 2198 Pud im Jahre 1891 und 4255 im Jahre 1892; die Mengen für 1888/90 waren bei den Positionen 167, 2 und 168, 2 nicht zu ermitteln. || Zu Position 152 ist die für Mannesmannröhren vereinbarte Bestimmung zu erwähnen, wonach dieselben dieser Position auch dann unterliegen, wenn sie mit Asphalt unter Zusatz von gewöhnlichen, rohen Faserstoffen überzogen sind.

Hierher gehören Eisen- und Stahlfabrikate, bearbeitete, polirte etc., mit einem Gewicht im Stück von 5 Pfund oder weniger. Der tarifmässige Satz von 2,70 Rubel ist durch das französisch-russische Abkommen auf 2,43 und durch den vorliegenden Vertrag auf 2,20 Rubel, den Satz des Tarifs von 1882, herabgesetzt worden. In der russischen Statistik ist die Einfuhr dieser Fabrikate aus Deutschland für die Jahre 1888/92 mit 24 000, 29 000, 33 000, 28 000, 22 828 Pud angegeben. Die bisherige Unsicherheit in der Zollbehandlung der Bau- und Möbelbeschläge aus Eisen, welche vielfach nach Position 153, 3 oder nach anderen Positionen mit höheren Sätzen verzollt wurden,

gab Veranlassung, im Schlussprotokoll die Bestimmung zu treffen, dass derartige Beschläge, auch vernickelt, dem Satz der Ziffer 2 unterliegen, sofern dieselben nicht in anderen Positionen mit höheren Zollsätzen namentlich aufgeführt sind.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Unter diese Position, für welche der bestehende Zollsatz von 3 auf 2,25 Rubel, um 25 Kopeken unter den Satz des Zolltarifs von 1877 herabgesetzt ist, fallen Blechfabrikate jeder Art sowie lackirte, emaillirte, verzinkte etc. Fabrikate aus Eisenblech. Nach der russischen Statistik beziffert sich die Einfuhr aus Deutschland in den Jahren 1888/92 auf 13 000, 18 000, 19 000, 22 000, 21 928 Pud. Im Schlussprotokoll ist zu Position 154,1 die Bestimmung getroffen, dass bei emaillirtem, lackirtem und mit Farbe überzogenem Geschirr die Herstellung der Ränder und Henkel in einer von der Farbe des Grundes verschiedenen Farbe als eine Verzierung, welche die Behandlung nach Absatz 2 der Position 154 zur Folge hätte, nicht anzusehen sei. Die Schlussprotokollbestimmungen wegen des Begriffes des ordinären Metalls, der Herstellungsweise und der zulässigen Stärke von 25 Prozent eines Ueberzugs von ordinärem Metall beziehen sich auch auf Blechfabrikate.

Der geltende Zolltarif belegt in der Position 155 Absatz 2a Telegraphenkabel jeder Art mit 4 Rubel das Pud. Im Vertragstarif ist dieser Satz für elektrische Kabel aller Art auf 2 Rubel herabgesetzt. Darunter sind nach dem Schlussprotokoll zu verstehen metallene Leitungen, mit isolirenden Stoffen (Kautschuk, Guttapercha, vegetabilischen oder thierischen Faserstoffen, auch imprägnirt) überzogen und ausserdem mit einer Schutzhülle aus Hanf oder einem anderen Faserstoff und aus Metall (Blei, Eisen, Stahl etc.) versehen, welche überdies mit Band oder Gespinnst aus Hanf, Jute etc. umwickelt sein kann. Ausser diesem Zugeständniss wurde eine Verminderung des Zollzuschlags für verzinneten, verzinkten und mit anderen gewöhnlichen Metallen überzogenen Draht aller Art von 50 auf 25 Prozent erreicht. Die Schlussprotokollbestimmungen bezüglich des Begriffes der ordinären Metalle, der Herstellungsweise und der zulässigen Stärke von 25 Prozent eines Ueberzugs aus solchen Metallen finden auch auf überzogenen Draht Anwendung.

Im Uebrigen wurden die Zollsätze der Position 155 gebunden.

Hier sind folgende Zugeständnisse erreicht:

Die Zollgebühr für den bisher tarifmässig nach Ziffer 2b zum Satz von 9 Rubel zollpflichtigen Draht aus Stahl und Eisen, auch verzinnt oder verzinkt, überzogen mit Textilstoffen, Guttapercha oder Kautschuk, ist durch Einstellung dieses Drahtes in die Ziffer 1a auf 3,20 Rubel herabgesetzt. || In Ziffer 1b ist der Satz von 4,40 Rubel für Kratzen und Kratzenbeschläge über den im französisch-russischen Abkommen festgesetzten Satz von 3,52 Rubel auf 3,20 Rubel ermässigt. || In Ziffer 2b ist der Satz von 9 Rubel für Kupferdraht von Nr. 29 nach Birminghamer Kaliber und darunter, mit faserigen Materialien, Guttapercha oder Kautschuk überzogen, auf 7,50 Rubel ermässigt. || Ferner ist die Anmerkung gebunden, welche bestimmt, dass der mit Seide,

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

auch mit Beimengung von anderen faserigen Materialien überzogene Draht einem Zuschlag von 20 Prozent unterliegt. Nach der Schlussprotokollbestimmung zur Position 156 Absatz 2b können die in 3b genannten isolirten Kupfer- etc. Drähte auch verzinkt oder verzinnt sein. Ferner gelten für den überzogenen Draht die Schlussprotokollbestimmungen bezüglich des Begriffs der ordinären Metalle, der Herstellungsweise und Stärke von 25 Prozent des Metallüberzugs. || Für die in Ziffer 3 genannten Drahtnägeln etc. hat das französisch-russische Zollabkommen den tarifmässigen Satz von 2,70 Rubel auf 2,43 Rubel ermässigt; diese Erleichterung kommt Deutschland auf dem Wege der Meistbegünstigung zu gute. || In der russischen Statistik für 1892 ist die Einfuhr von Kratzenbeschlügen aus Deutschland mit 514 000 Rubel bewerthet; nach der deutschen Statistik hat Russland in den Jahren 1889/92 674, 744, 529, 522 Doppelzentner Kratzenbeschlüge im Durchschnittswerth von 600 \mathcal{M} für 100 kg aus Deutschland bezogen, d. i. etwa der dritte Theil der deutschen Gesamtausfuhr. Die im Jahre 1891 erfolgte Erhöhung der Zollgebühr von 2,75 auf 4,40 Rubel hat die Ausfuhr stark eingeschränkt. Der deutsche Absatz isolirter Drähte für elektrische Zwecke nach Russland kann weder nach der russischen noch nach der deutschen Statistik annähernd genau angegeben werden.

Für die hierher gehörigen Messerwaaren, Scheeren, Pincetten, Messerklingen und Gabeln ohne Stiele wurde eine 15prozentige Zollermässigung von 16 auf 13,60 Rubel zugestanden; ferner ist im Schlussprotokoll bestimmt, dass Tischmesser und -Gabeln mit Stielen aus ordinären Materialien dem gleichen Satz unterliegen. Durch die letztere Bestimmung wird an der Vereinbarung wegen Behandlung der Gabeln aus Britanniametall nach Position 149¹ nichts geändert. Der Satz von 13,60 Rubel ist nur um 40 Kopeken höher als jener des Tarifs von 1882. Die russische Statistik giebt den Werth der Einfuhr aus Deutschland in den Jahren 1889/92 mit 21 000, 32 000, 23 000, 67 677 Rubel an.

Diese beiden Positionen sind von hervorragender Wichtigkeit für die deutsche Kleineisenindustrie, welche ungeachtet der 1885 und 1891 erfolgten Zollerhöhungen noch einen bedeutenden Absatz nach Russland aufrechterhalten hat. Nach der russischen Statistik wurden in den Jahren 1888/92 aus Deutschland eingeführt: 59 000, 91 000 (Werth 812 000 Rubel), 61 000 (Werth 520 000 Rubel), 77 000 (Werth 607 000 Rubel), 58 939 (Werth 471 336 Rubel) Pud Sensen, Sicheln, Häckselmesser, Spaten, Schaufeln, Heugabeln etc. und 120 000, 154 000 (Werth 1 445 000 Rubel), 131 000 (Werth 1 259 000 Rubel), 120 000 (Werth 1 004 000 Rubel), 99 619 (Werth 985 585 Rubel) Pud Handwerkszeuge. Der Satz von 1,40 Rubel des geltenden Zolltarifs ist für beide Positionen im russisch-französischen Abkommen auf 1,19 Rubel herabgesetzt; deutscherseits konnte noch eine Ermässigung um 9 Kopeken auf 1,10 Rubel erreicht werden, welcher Satz um 10 Kopeken niedriger ist als jener von 1,20 Rubel des Zolltarifs von 1885. Durch die

Schlussprotokollbestimmung zu Position 160 ist die tarifarische Gleichstellung der Rüben-, Dünger- und ähnlichen Gabeln mit den Heugabeln gesichert, und zu Position 161 ist bestimmt, dass Holztheile von Werkzeugen, welche ohne Metallbestandtheile eingeführt werden, den Sätzen für Holzwaaren (Position 61) unterliegen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

An der Herabsetzung des Zollsatzes dieser Position von 4,80 auf 4,32 Rubel hat insbesondere die in Deutschland hochentwickelte Lampenindustrie ein wesentliches Interesse. Der Export von Lampen und Theilen von solchen aus Zinkguss mit Kupferüberzug war schon bisher von Bedeutung und erfährt durch die 10prozentige Zollermässigung immerhin eine ins Gewicht fallende Erleichterung. Die Schlussprotokollbestimmung bezüglich der Herstellungsweise eines Ueberzugs von Metall gilt auch für die Zinn- und Zinkwaaren der Position 163 mit der Massgabe, dass bei denselben der Ueberzug nicht mehr als 10 Prozent des Gewichts der Waare betragen darf, während bei den übrigen in Betracht kommenden Positionen als Gewichts-antheil des Metallüberzuges 25 Prozent zulässig sind.

Für die deutsche Maschinenindustrie ist das russische Absatzgebiet noch immer von hervorragender Bedeutung, wengleich die verschiedenen Zoll-erhöhungen eine wesentliche Minderung der Ausfuhr, insbesondere von schwer ins Gewicht fallenden und dabei ohne besonderen Arbeitsaufwand herzustellenden Maschinen, zur Folge gehabt haben. || Die deutsche Ausfuhr von Lokomotiven und Lokomobilen sowie Maschinen der Positionen 15 b 1, bez. 15 b 2 α bis γ unseres Zolltarifs nach Russland hat sich in den Jahren 1880 bis 1892 der Menge und dem Werthe nach folgendermaassen gestaltet:

Lokomotiven und Lokomobilen		Maschinen u. Maschinentheile		
(Position 15 b 1)		(Position 15 b 2 α bis γ)		
Menge	Werth	Menge	Werth	
à 100 kg	„	à 100 kg	„	
1880	39 846	4 048 000	194 131	12 338 000
1881	1 683	168 000	134 584	8 738 000
1882	8 333	833 000	146 587	10 127 000
1883	3 496	343 000	151 056	9 971 000
1884	8 317	791 000	107 695	6 792 000
1885	6 076	547 000	86 099	5 478 000
1886	1 847	161 000	92 904	5 500 000
1887	1 810	157 000	73 296	4 525 000
1888	1 973	181 000	81 641	5 067 000
1889	2 567	270 000	113 792	7 956 000
1890	2 394	263 340	126 092	8 989 800
1891	1 553	170 830	122 443	8 656 700
1892	1 324	150 936	119 085	7 630 154

Ferner sind in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November 1893 2660 Doppelzentner Lokomotiven und Lokomobilen sowie 119 550 Doppel-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
30. März 1891.

zentner Maschinen und Maschinentheile nach Russland gegangen. In der russischen Statistik ist der Werth der deutschen Einfuhr von Maschinen und Apparaten des Artikels 167 (einschliesslich Lokomotiven und Lokomobilen) in den Jahren 1889/92 auf 8 726 000, 9 056 000, 7 834 000, 9 845 631 Rubel angegeben. || Das wichtigste der für die deutsche Maschinenindustrie erreichten Zugeständnisse ist die Herabsetzung des Zolls auf dynamo-elektrische Maschinen jeder Art von 4,80 auf 1,40 Rubel durch Versetzung derselben aus der Ziffer 1 in die Ziffer 2 der Position 167. Dieses Zugeständniss ist von besonderem Werth mit Rücksicht auf die grosse Zukunft der Elektrizität und die hervorragende Entwicklung und Leistungsfähigkeit der heimischen elektrotechnischen Industrie. Die gedachten Maschinen sind in Ziffer 1 des geltenden Zolltarifs mit demselben Zollsatz belegt, wie die Maschinen und Apparate ganz oder überwiegend aus Kupfer oder dessen Legirungen. Für die letzteren ist eine Ermässigung der Zollgebühr wie für die Kupferwaaren der Position 149¹ um 10 Prozent auf 4,32 Rubel zugestanden. Russischerseits wird zur Vermeidung von Schwierigkeiten bei der Zollabfertigung ein gleicher Zollsatz für beide Arten von Kupferfabrikaten für erforderlich erachtet und ein weiteres Entgegenkommen wegen des bestehenden Rohkupferzolls von 2,50 Rubel für unthunlich bezeichnet. Im Uebrigen darf auf die Bemerkungen zur Position 149¹ Bezug genommen werden. || Der Schwerpunkt der Maschinenzölle liegt in der Position 167², welche für die bei weitem grössere Menge der nach Russland gehenden Maschinen massgebend ist und durch die Einstellung der dynamo-elektrischen Maschinen noch eine erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Als solche sind nach der Schlussprotokollbestimmung zu 167² Maschinen und Apparate zu verstehen, welche dienen zur Umwandlung || a) von Kraft in Elektrizität oder umgekehrt, || b) eines elektrischen Stroms von höherer Spannung in einen solchen von niedrigerer Spannung oder umgekehrt (Transformatoren), || c) eines Gleichstroms in einen Wechselstrom oder Drehstrom und umgekehrt. || Dasselbst ist ferner bestimmt, dass Trockenbagger, Feuerleitern aus Metall und elektrische Akkumulatoren aller Art nebst Zubehör der Behandlung nach Position 167² unterliegen. || Der tarifmässige Satz von 1,70 Rubel ist im französisch-russischen Abkommen auf 1,58 und im vorliegenden Vertrag auf 1,40 Rubel herabgesetzt, ein Satz, welcher auch für die Positionen 150 Ziffer 3, 151, 152, 153 Ziffer 1 und 168 Ziffer 2 vereinbart ist. || Für Ziffer 3 (Lokomotiven etc.) wurde von Russland eine Zollermässigung von 2 auf 1,80 Rubel zugestanden. || Der tarifmässige Zoll von 70 Kopeken für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte der Ziffer 4 wurde bereits durch das französisch-russische Abkommen auf 52 Kopeken herabgesetzt; im vorliegenden Vertrag ist der Zollsatz in Folge des russischen Angebots auf 50 Kopeken abgerundet. Die im Jahre 1885 erfolgte Einführung eines Zolls von 50 Kopeken hat den Absatz nicht erheblich vermindert; denn die russische Statistik giebt noch für das Jahr 1889 den Werth der deutschen Einfuhr mit 1 353 000 Rubel an; dagegen ist nach der in den Jahren 1890 und 1891

eingetretenen Erhöhung der Zollgebühr um je 20 Prozent der Ausfuhrwerth auf 1 102 000, bez. 789 000 Rubel zurückgegangen. Die Ursache der Minderansfuhr im letztgedachten Jahr ist zum Theil auch auf die schlechte Ernte in weiten Gebieten des russischen Reichs und die dadurch geschwächte Kaufkraft der russischen Landwirthschaft zurückzuführen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Die deutsche Ausfuhr von Waagen war bisher ohne Bedeutung, wohl in Folge der hohen Zollbelastung, welche durch den vorliegenden Vertrag eine ansehnliche Verminderung von 4 und 1,70 auf 3 und 1,40 Rubel erfahren hat.

Im französisch-russischen Abkommen ist die Zollgebühr für den ganzen Artikel von 8 auf 6,80 Rubel herabgesetzt. Dieser Satz steht Deutschland auf Grund des Meistbegünstigungsrechts zu und ist im Allgemeinen ausreichend zur Sicherung des bisherigen guten Absatzes der unter die Position 169 fallenden Gegenstände der Feinmechanik, Optik u. s. w. Deutscherseits wurde noch eine weitere Zollerlässigung auf 6 Rubel erreicht für Apparate nebst Zubehör für elektrische Beleuchtung aus gestanztem oder gedrücktem, auch gebeiztem oder lackirtem, jedoch nicht polirtem Metall in Verbindung mit ordinären Materialien wie Porzellan, Glas, Holz. Dazu ist im Schlussprotokoll bestimmt, dass Zubehörtheile zu Signalapparaten und zu Apparaten für die Ueberleitung der Triebkraft, einschliesslich der Stromunterbrecher, Ausschaltungen, Kumulatoren u. s. w. den gleichen Zollsatz entrichten.

Für Uhrmacherwaaren wurden wichtige Zugeständnisse erreicht, die insbesondere der auf dem Schwarzwalde betriebenen Fabrikation von Uhrwerken nach amerikanischem System sehr wesentliche Erleichterungen gewähren. || Zur Zeit unterliegen Uhrwerke zu Wand-, Reise-, Kamin- und Tischuhren, ohne Gehäuse oder getrennt von Gehäuse eingeführt, einem Stückzoll von 1 Rubel und ausserdem einem Gewichtszoll von 75 Kopeken das Pfund; der letztere ist im Vertrag auf 50 Kopeken herabgesetzt. || Ferner unterliegen Wand-, Kamin-, Reise- und Tischuhren mit vom Gehäuse ohne Hülfe eines Instruments untrennbaren Uhrwerken der Gewichtszollung nach dem Material des Gehäuses und ausserdem einem Stückzoll von 2,50 Rubel; im Vertrag ist der Stückzollsatz auf 1,50 Rubel ermässigt. || Dagegen wird vertragsmässig von Uhrwerken nach amerikanischem System, welche ohne Gehäuse oder getrennt vom Gehäuse eingehen, unter Ausschluss der Erhebung eines Gewichtszolls lediglich ein auf 60 Kopeken ermässigt Stückzoll und von Wand- etc. Uhren mit einem Werk nach amerikanischem System, wenn dasselbe ohne Hülfe eines Instrumentes nicht vom Gehäuse getrennt werden kann, neben dem nach Massgabe des Materials des Gehäuses treffenden Gewichtszoll der bezeichnete ermässigte Stückzoll von 60 Kopeken erhoben. Unter Uhrwerken nach amerikanischem System werden solche mit gegossenen oder gestanzten, auch gebeizten und lackirten Gestellen und Rädern, sowie mit nicht geschnittenen Hohltrieben verstanden. || Die Fabrikation von Uhren nach amerikanischem System, bez. derartiger Uhrwerke, wird auf dem Schwarzwald an Stelle der nur mehr wenig beliebten eigentlichen Schwarzwälderuhren, welche

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

nach Position 171 Ziffer 4 des russischen Zolltarifs mit 40 Kopeken das Stück zollpflichtig sind, in ausserordentlich grossem Umfang betrieben. Diese Industrie, welche sich auch mit der Herstellung der sogenannten Massivuhren, für welche ebenfalls Zollerleichterungen, wenn auch in geringerem Umfange, vereinbart sind, befasst und für einen grossen Theil ihrer Produktion auf den Export angewiesen ist, beschäftigt etwa 25 000 Personen. || Ausser den vorstehend erörterten Zollerleichterungen für Uhren und Uhrwerke ist auch für nicht zusammengestellte Uhrwerktheile jeder Art (Ziffer 6) eine Herabsetzung des tarifmässigen Zolls von 75 Kopeken auf 50 Kopeken russischerseits angeboten und von uns angenommen worden.

Abgesehen von den transportablen Orgeln, Fisharmonikas, Positiven und Harfen, deren Ausfuhr nach Russland nicht von Bedeutung ist, haben die Zollsätze für musikalische Instrumente aller Art eine beträchtliche, bei der wichtigsten Klasse, den kleinen Instrumenten, auf 50 Prozent sich belaufende Herabsetzung erfahren, nämlich für Flügel und nicht transportable Orgeln (Ziffer 1) von 132 auf 112 Rubel das Stück, für Pianinos (Ziffer 2) von 80 auf 64 Rubel das Stück und für alle anderen musikalischen Instrumente (Ziffer 4), die vorgenannten ausgenommen, von 20 auf 10 Kopeken das Pfund. Unter den letzteren Satz fallen auch die separat eingeführten Zubehörtheile von musikalischen Instrumenten, mit Ausnahme der metallenen Saiten- und der Klavierstifte, welche nach Position 155, bez. 156 Ziffer 3 zollpflichtig sind. Die Zollgebühr für Pianinos war schon durch das französisch-russische Abkommen auf 64 Rubel festgesetzt; dasselbe Abkommen enthält auch eine Ermässigung des Zollsatzes der Ziffer 4 von 20 auf 16 Kopeken. Der Vertragssatz für Pianinos ist um 2 Rubel niedriger als der Satz des Zolltarifs von 1882, und jener für nicht besonders benannte musikalische Instrumente und für Zubehörtheile bleibt sogar hinter dem Satz von 1868 zurück, welcher 15 Kopeken Kreditvaluta betragen hat. Der Werth der nach Russland ausgeführten musikalischen Instrumente und Zubehörtheile ist in der deutschen Statistik für die Jahre 1889/92 mit 1284 000, 1831 000, 1714 000, 1453 000 \mathcal{M} und in der russischen Statistik für die Jahre 1889/92 mit bez. 772 000, 819 000, 864 000, 646 975 Rubel angegeben.

Hier wurde in erster Linie für Kragen, Manschetten und Vorhemden aus Papier mit weissem oder bedrucktem baumwollenem Stoff, auf einer oder beiden Seiten überzogen, ohne Näharbeit, welche nach dem geltenden Zolltarif als baumwollene Leibwäsche zum Satz der Position 209 Ziffer 1 von 1,80 Rubel das Pfund gleich 72 Rubel das Pud zollpflichtig sind, durch Einstellung in die Position 177 Ziffer 3 mit dem Satz von 2,40 Rubel das Pud eine sehr werthvolle Zollerleichterung erreicht, welche der bisher vom russischen Markt ausgeschlossenen Waare ein weites und lohnendes Absatzgebiet eröffnen wird. Zu dem in die fragliche Bestimmung des Vertragstarifs aufgenommenen Ausdruck „ohne Spur von Näharbeit“ ist zu bemerken, dass unter einer „Spur von Nähterei“ nach der in das Schlussprotokoll aufgenommenen Erläuterung eine

die Naht nachahmende Prägung nicht zu verstehen ist. An den in Rede stehenden Kragen, Manschetten und Vorhemden befindet sich thatsächlich keinerlei Näharbeit; der Zeugstoff wird auf das Papier lediglich aufgeklebt. || Für geleimtes, weisses und in der Masse gefärbtes Papier ohne Verzierungen, feine Kartons und Pappen, Papierspulen, mit Zeugstoffen unterklebtes Papier, Kalquir- und Kopirleinwand der Ziffer 4 wurde der geltende Zollsatz von 4 Rubel auf den Satz des Tarifs von 1882 von 3,30 Rubel, welcher nur um 30 Kopeken höher ist als der Satz des Tarifs von 1877, herabgesetzt, ferner für Luxuspapier, Buntpapier, Cigarettenpapier, verarbeitetes Papier, künstliche Blumen aus Papier u. s. w. der Ziffer 6 eine weitere Herabsetzung des schon im französisch-russischen Abkommen von 10,60 auf 9,54 Rubel ermässigten Satzes auf 8,75 Rubel erzielt, welcher Satz in der Hauptsache demjenigen des Tarifs von 1882 entspricht. Endlich hat Russland für Oeldruckbilder und Chromolithographien der Ziffer 7 eine werthvolle Zollermässigung von 8 auf 5 Rubel zugestanden. || Die deutsche Ausfuhr von Papier und Papierwaaren ist in Folge der russischen Zollmassnahmen seit 1887 wesentlich zurückgegangen, aber noch immer von Bedeutung; der Werth derselben war nach der deutschen Statistik in den Jahren 1889/92 1 573 000, 1 732 000, 1 497 000, 1 369 000 *M*, nach der russischen Statistik in denselben Jahren 888 000, 761 000, 800 000, 648 811 Rubel; vor 1881 hat der Ausfuhrwerth 2 bis 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark betragen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Der Werth der deutschen Ausfuhr von Noten, Karten und Plänen, für welche russischerseits eine Zollermässigung von 4 auf 3,20 Rubel zugestanden wurde, ist in der russischen Statistik für die Jahre 1889/91 mit 123 000, 115 000, 105 000 Rubel angegeben.

Bisher bestand zu Ungunsten der Einfuhr über die Landgrenze eine Mehrbelastung der rohen Baumwolle um 15 Kopeken das Pud. Diese ist durch die Vereinbarung beseitigt, so dass während der Dauer des Vertrages die Zollgebühr für die Einfuhr zu Land und zur See gleichheitlich bemessen sein wird; dies ist wichtig für den bremischen Handel wie für die preussischen Eisenbahnen.

Die folgende Nachweisung ergibt die Gestaltung der deutschen Ausfuhr von Baumwollen-, Leinen-, Seiden- und Wollenwaaren aller Art nach Russland in den Jahren 1880, 1884, 1889/92 der Menge und dem Werthe nach. Es ist daraus zu ersehen, welche grosse Bedeutung das russische Absatzgebiet für die deutsche Textilindustrie früher gehabt hat, und auf welchen Umfang der Absatz in Folge der russischen Zollmassnahmen jetzt beschränkt ist.

In einzelnen Positionen ist Folgendes zu bemerken:

Durch die im Schlussprotokoll erfolgte Verweisung der Selfaktorseele unter die Position 183 wird der seitherigen Behandlung derselben zu höheren Zollsätzen als Posamentenwaaren vorgebeugt.

Unter den Gegenständen des deutschen Exportes nach Russland haben Kammzug und Kammgarn während einer Reihe von Jahren einen der ersten

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
30. März 1894.

Plätze eingenommen. Der frühere ungemein grosse Absatz der deutschen Wollkämmereien und Kammgarnspinnereien nach Russland hat aber seit 1890 und 1891 in Folge der in den Jahren 1889 und 1891 eingetretenen Zoll-erhöhungen einen starken Rückschlag erfahren. Die Ausfuhr von Kammzug hat im Jahre 1890 mit einem Werthe von 9 294 006 \mathcal{M} ihren Höhepunkt erreicht und fiel in den Jahren 1891 und 1892 auf 4 093 000 \mathcal{M} und 2 927 000 \mathcal{M} ; der Werth des ausgeführten Kammgarns, welcher in den Jahren 1882, 1885 und 1886 je zwischen 10 und 11 Millionen Mark und auch noch in den Jahren 1888 und 1889 gegen 10 und 8 Millionen betragen hat, sank in den Jahren 1890/92 auf 5 512 000, 3 850 000, 2 246 000 \mathcal{M} .||

Es darf angenommen werden, dass der deutsche Absatz von Wollgarn nach Russland ausschliesslich in Kammgarn besteht, da Russland Streichgarne kaum einführt. Die russische Kammgarnindustrie, welche etwa 200 000 Spindeln gegen 1 600 000 in Deutschland im Betriebe hat, vermag auch bei angestrengtester Arbeit den Bedarf der russischen Weberei nicht zu decken. Die deutschen Interessenten erhoffen deshalb von einer Ermässigung des Zollsatzes eine erhebliche Belebung der Ausfuhr deutschen Kammgarns nach Russland.

Waarengattung.	1880	1884	1889	1890	1891	1892	1880	1884	1889	1890	1891	1892
	Mengen in 100 kg netto						Werth in 1 000 Mark					
1. Baumwollenwaaren der Pos. 2b bis 2d nebst Anm. 1 bis 3.....	24186	5471	5262	4893	4929	3662	9048	3726	2744	2642	2370	1538
2. Leinenwaaren der Pos. 22a bis 22k nebst der 1. Anm. zu f und g...	4798	2059	1763	2341	2361	1897	1696	544	423	437	436	314
3. Seidenwaaren der Pos. 30b bis f nebst allen Anmerkungen.....	2442	2655	1118	889	822	583	11050	10165	4382	3430	3092	1990
4. Wollenwaaren der Pos. b bis 41 d 8.....	24675	23769	34763	34543	22705	15629	18877	15336	20398	19438	11997	7670

Russland hat folgende Sätze zugestanden: || Für einfaches Kammgarn ungefärbt 8,50 Rubel (geltender Satz 9, 1882er Satz 7,50 Rubel), || für einfaches Kammgarn gefärbt 9,80 Rubel (geltender Satz 10,50 1882er Satz 9 Rubel), || für gezwirntes Kammgarn ungefärbt 9,80 Rubel (geltender Satz 10,50 1882er Satz 7,50 Rubel), || für gezwirntes Kammgarn gefärbt 11,40 Rubel (geltender Satz 12 1882er Satz 9 Rubel). || Die bestehenden Zollsätze für gekämmte Wolle, ungefärbt oder gefärbt, von 5,50 und 7 Rubel wurden um je 1 Rubel gekürzt und dadurch auf den Stand des Tarifs von 1889 zurückgebracht. Hierbei kommt in Betracht, dass der Zoll für rohe Wolle und für gefärbte Wolle,

welcher im Tarif von 1882 auf 1 und 2 Rubel festgesetzt war, seit 1889 2, bez. 3 Rubel beträgt. || Durch die Schlussprotokollbestimmung zur Position 186 ist gebleichte Wolle, welche bisher vielfach zu den höheren Sätzen für gefärbte Wolle verzollt wurde, der ungefärbten Wolle gleichgestellt.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nach der Anmerkung 2 zu den Positionen 187 und 188 ist bei baumwollenen Geweben jeder Art, Tüchern, Servietten, Tischtüchern und dergleichen eine unbedeutende Beimischung von Seide mit der Massgabe zugelassen, dass auf derartige Gewebe, auch wenn sie ungefärbt etc. sind, der Zollsatz von 1,45 Rubel der Position 188 Ziffer 4 Anwendung findet. Eine andere als unbedeutende Beimischung von Seide hat die Behandlung der Gewebe als halbseidene zum Satz von 3 Rubel der Position 197 zur Folge. Diese Bestimmung wurde durch den Vertrag dahin erweitert, dass die gedachten Gewebe, auch wenn sie mit eingewebten seidnen Mustern und Streifen versehen sind, nur einen Zuschlag von 50 Prozent zu den Sätzen der Positionen 187 Ziffer 2 und 3, bez. 188 Ziffer 2 und 3 zu entrichten haben, und, falls sie in 1 Pfund Gewicht mehr als 16 Quadrat-Arschin enthalten, nur mit den Sätzen von 1,35, bez. 1,45 Rubel der Position 187 Ziffer 4, bez. 188 Ziffer 4 ohne Zuschlag belegt werden.

Durch die Schlussprotokollbestimmung zur Position 191, wonach Leinen und Jutesäcke, welche zur Ausfuhr von Cerealien aller Art aus Russland gedient haben, bei der Wiedereinfuhr zollfrei zu belassen sind, wird einem alten und dringenden Wunsch des deutschen Getreidehandels entsprochen.

Durch die jetzigen Zollsätze sind in Verbindung mit der Zollklassifikation die hierher gehörigen Erzeugnisse der deutschen Leinen- und Jute-Industrie vom russischen Markt fast ausgeschlossen. Von den im Verträge erreichten Zollermässigungen auf 40 Kopeken für Ziffer 1, 50 Kopeken für Ziffer 2 und 90 Kopeken für Ziffer 3, und den weiter vereinbarten Zollerleichterungen, durch welche die im Artikel 192 genannten Gewebe, wenn sie mit seidnen Mustern oder Streifen verziert sind, an Stelle der Behandlung als halbseidene Gewebe einem 30prozentigen Zollzuschlag unterworfen werden, und ferner die Verzollung von Tischtüchern, Servietten und Handtüchern mit Hohlsäumen oder sogenannter Ajourkante in einer Breite von nicht mehr als $\frac{1}{2}$ Zoll oder auch mit angewebten (durch die Fäden des Gewebes gebildeten) Fransen nach Ziffer 3 gesichert wird, ist wenigstens für bessere Waaren eine Steigerung des Absatzes nach Russland zu erwarten.

Für Sammete und Plütsche, Sammet- und Plütschbänder, bei welchen der Pohl aus Seide (Rohseide oder Floretseide) besteht, Kette und Schuss aber, abgesehen von einem auf beiden Seiten zulässigen seidnen oder halbseidnen Rand von höchstens $\frac{1}{2}$ Zoll englisch Breite, Seide nicht enthalten, wurde eine Herabsetzung des tarifmässigen Zolls von 7,50 auf 3 Rubel erzielt. Dieses Zugeständniss ist für die grosse deutsche Industrie halbseidener Sammete und Plütsche, welche überwiegend Waaren der gedachten Art herstellt, ausserordentlich werthvoll.

No. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Für die unter Position 199b fallenden Gewebe, ganz oder theilweise aus Kammwollgarn, ist der tarifmässige Satz von 1,50 durch das französisch-russische Abkommen auf den Satz von 1,20 Rubel für Gewebe etc. aus Streichgarn der Position 199a herabgesetzt worden. Deutschland hat für beide Positionen eine weitere Ermässigung auf 1,05 Rubel erlangt. Ferner wurde unter Bindung der Position 200, welche für bedruckte Wollgewebe etc. einen Zollzuschlag von 30 Prozent festsetzt, der Zuschlag für die Beimischung von Seide in Form von eingewebten Mustern und Streifen von 30 auf 20 Prozent herabgesetzt. || Seitens der deutschen Interessenten wird ein erheblicher Werth auf die gleichheitliche Bemessung der Zollsätze für die Kammgarn- und Streichgarngewebe gelegt, da für den Nichtfachmann die Unterscheidung zwischen den beiden Waarenkategorien vielfach nicht möglich ist. Die seitherige Festsetzung verschiedener Zollsätze hat zu Schwierigkeiten bei der Zollabfertigung und zu hohen Zollstrafen Anlass gegeben. Die deutsche Wollindustrie, welche vielleicht mehr wie jede andere heimische Industrie auf den Export angewiesen ist, liefert etwa 67 Prozent des gesammten russischen Bedarfs an Wollgarn und Wollenwaaren. Der Tarif vom 11. Juni 1891 hatte den Zollsatz für Streichgarngewebe etc. von 1,10 auf 1,20 Rubel und für Kammgarngewebe von 1,10 auf 1,50 Rubel erhöht und dadurch die Einfuhr von Wollgeweben, insbesondere der letzteren Art, stark eingeschränkt. Die deutsche Ausfuhr nach Russland ist von 3 212 000 *ℳ* Werth im Jahre 1890 auf beziehungsweise 2 912 000 und 1 809 000 *ℳ* in den Jahren 1891 und 1892 herabgegangen. Für die Ausfuhr von bedruckten Wollgeweben besteht in Deutschland nur ein untergeordnetes Interesse.

Im Schlussprotokoll sind Kameelhaartreibriemen und Presstücher auch in Sackform aus Wolle und Kameelhaaren dem Satz von 13 Kopeken der Position 202 unterstellt. Die Zollbehandlung derselben erfolgte bisher vielfach zu höheren Sätzen.

Hier sind sehr werthvolle russische Zugeständnisse zu verzeichnen, sowohl in Bezug auf die Zollsätze als die Waarenklassifikation. In erster Linie steht die Zollermässigung für gestrickte (gewirkte) baumwollene Fabrikate von 1 Rubel auf 50 Kopeken, d. i. auf die Hälfte des geltenden Satzes; auch die Zollermässigung für wollene etc. gestrickte (gewirkte) Fabrikate von 1 Rubel auf 60 Kopeken, welchem Satz auch alle anderen nicht besonders genannten gestrickten (gewirkten) Fabrikate, leinene etc. unterliegen, ist von grossem Werth. Minder wichtig sind die für seidene und halbseidene gestrickte (gewirkte) Fabrikate erzielten Zollherabsetzungen von 7,50 auf 5, bez. von 3 auf 1,90 Rubel, da es sich dabei nicht um Gegenstände eines Massenverbrauches handelt. Dagegen kommt der Zollermässigung für seidene und halbseidene Posamentierarbeiten von 3 auf 1,90 Rubel keine wesentlich geringere Bedeutung zu als jener von 1 Rubel auf 60 Kopeken für die baumwollenen, wollenen etc. Zu erwähnen ist noch die Herabsetzung des Zollzuschlags von 30 auf 20 Prozent für gestrickte (gewirkte) Fabrikate und Posamentierarbeiten

aus Baumwolle, Wolle etc., mit Verzierungen von Seide oder von geplättetem, unechtem Gold- oder Silberdraht. || Welch ungünstigen Einfluss die durch den Tarif vom 11. Juni 1891 so sehr erhöhten Zollsätze auf die deutsche Ausfuhr von Waaren der Position 205 nach Russland hatten, geht aus der starken Verminderung des Ausfuhrwerthes von 2 169 000 und 2 031 000 \mathcal{M} in den Jahren 1889 und 1890 auf 1 655 000 und 571 000 \mathcal{M} in den Jahren 1891 und 1892 hervor; die russische Statistik giebt die deutsche Einfuhr in den Jahren 1889/92 mit 1 010 000, 842 000, 690 000, 231 154 Rubel an. Im französisch-russischen Abkommen sind die Sätze für 205 Ziffer 1 b und c und 2 a und b auf 2,70 und 0,80 Rubel festgesetzt. || Ebenso werthvoll wie die Ermässigung der Zollsätze sind die übrigen Vereinbarungen zur Position 205. Hiernach sind als Wirkwaaren im Sinne der Ziffer 1 auch die aus Wirkstoffen durch Zuschneiden und Nähen gefertigten Fabrikate zu verstehen; sogenannte reguläre Fabrikate können ebenfalls mit Näharbeit versehen sein. Auch ist bestimmt, dass gestrickte (gewirkte) Kleider aller Art unter die Position 205¹ fallen. Der Umstand, dass die Fabrikate geraucht oder plüschartig sind, hat auf die Tarifierung keinen Einfluss, ebensowenig das Anbringen eines Besatzes, welcher Seide nicht enthält, an baumwollenen, leinenen und wollenen Wirkwaaren. Ferner soll die Behandlung als seidene Wirk- und Posamentierwaaren nur Platz greifen, wenn mehr als die Hälfte der Oberfläche, Vorder- und Rückseite zusammengenommen, mit Seide bedeckt ist, und als halbseiden dasjenige Fabrikat angesehen werden, bei welchem sich die Bedeckung mit Seide auf 20 bis 50 Prozent der bezeichneten Oberfläche erstreckt, während Fabrikate mit einer unter 20 Prozent zurückbleibenden Bedeckung der Oberfläche mit Seide der Verzollung als mit Seide nur verzierte Gewebe, das ist dem Zuschlag von 20 Prozent zu den Zollsätzen von 50, bez. 60 Kopeken (1 c, d und 2 b), unterliegen.

Eine Ermässigung des Zolls für die Position 206, Ziffer 1 wurde besonders von der Tüllgardenindustrie lebhaft gewünscht. Es ist jedoch bei der Rücksicht, welche die russische Regierung namentlich ihrer Baumwollindustrie in jeder Gestalt zuwendet, nicht möglich gewesen, mehr zu erreichen, als die Herabsetzung des Zolls von 1,50 Rubel auf 1,20 Rubel.

Im französisch-russischen Abkommen ist der Zollsatz der Position 207 Ziffer 1, wohin handgearbeitete Spitzen jeder Art und seidene Maschinenspitzen, seidene Stickereien und Einsätze gehören, von 7,50 auf 6,75 Rubel herabgesetzt. Die deutsche Industrie hat an dieser Zollerleichterung einiges Interesse und nimmt daran auf Grund des Deutschland zustehenden Meistbegünstigungsrechtes Theil. Für die Maschinenspitzen der Ziffer 2 hat Deutschland eine Zollermässigung von 3,50 auf 3,15 Rubel erreicht. Die früher bedeutende Ausfuhr dieser Spitzen, welche in den Zolltarifen von 1877, 1882 und 1885 mit 3; 3,30; 3,95 Rubel belastet waren, ist seit mehreren Jahren stark im Rückgange begriffen und hatte im Jahre 1892 nur noch einen Werth von 383 000 \mathcal{M} . Die gleiche Zollermässigung für die unter die Tarif-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

nummer 207,2 fallenden Stickereien zu erreichen, ist ungeachtet der hierauf gerichteten Bemühungen nicht gelungen; für die russische Regierung kam hier vorwiegend der Schutz der in Russland verbreiteten Hausindustrie (Handarbeit) in Betracht.

Die Zollermässigung für Männerkleider mit oder ohne Garnitur aus Wollenzeugen von 2 auf 1,55 Rubel steht im Zusammenhang mit der Herabsetzung des Zolls für gewebte wollene Zeugwaaren der Position 199 und 200. || Die russischerseits Frankreich zugestandene Zollermässigung für Damenhüte und anderen Kopfputz der Ziffer 7 von 18 auf 15 Rubel das Pfund kommt Deutschland auf dem Wege der Meistbegünstigung zu gute; das deutsche Interesse an dieser Zollerleichterung ist nur ein geringes.

Dasselbe ist der Fall bei der im französisch-russischen Abkommen enthaltenen Herabsetzung des Zolls für Filzhüte von 1,20 Rubel auf 90 Kopeken das Stück.

Russland hat für Regenschirme etc. aller Art, ausgenommen die mit Seidenzeug überzogenen, erhebliche Zugeständnisse gemacht. Die im Zolltarif den seidenen gleichgestellten halbseidenen Regenschirme etc., auch mit Futter und Besatz, sind im Zoll von 2,50 auf 1,50 Rubel das Stück herabgesetzt, die wollenen Regenschirme etc., auch mit Besatz, von 1 Rubel auf 60 Kopeken, und alle anderen Schirme, bezogen oder nicht bezogen, auch mit Besatz und verziertem (geschnitztem) Griff, von 1 Rubel, bez. 50 Kopeken auf 35 Kopeken. Nach dem Zolltarif von 1891 unterliegen die nicht besonders genannten Schirme, das sind alle mit Ausnahme der seidenen, halbseidenen und wollenen Schirme, falls dieselben mit Besatz oder geschnitztem (verziertem) Griff versehen sind, nicht dem Satz der Ziffer 3 von 50 Kopeken, sondern jenem von 1 Rubel der Ziffer 2. Seitens der heimischen Industrie wird auf die bei den Verhandlungen erzielte Beseitigung der Unterscheidung nach der Beschaffenheit des Griffes grosser Werth gelegt, da für baumwollene Schirme, welche vielfach mit geschnitzten Griffen hergestellt werden, das hauptsächlichste Ausfuhrinteresse besteht.

Die deutsche Ausfuhr von Knöpfen der Ziffer 1, Perlmutterknöpfe, Metallknöpfe jeder Art mit Ausnahme der goldenen etc., sowie leinene, baumwollene, wollene und seidene Knöpfe jeder Art, welche, abgesehen von dem erstgenannten, eine Zollermässigung von 80 auf 60 Kopeken das Pfund erfahren haben, ist nach der deutschen und russischen Statistik von erheblicher Bedeutung. Dagegen sind in der deutschen Statistik als Ausfuhrwerth von Perlen der Ziffer 2, woselbst neben den im Zoll von 40 auf 25 Kopeken ermässigten Porzellanperlen, noch Perlen aus Glas, Holz, Knochen u. s. w. genannt sind, nur wenige tausend Mark angegeben, während die russische Statistik für die Jahre 1889/91 einen deutschen Einfuhrwerth von 220 000, 157 000, 120 000 Rubel nachweist. Die erzielten Zollerleichterungen sind als werthvoll zu bezeichnen.

Die von Frankreich für zugerichtete Schmuckfedern, künstliche Blumen aus Zeugstoffen u. s. w. erlangte Zollermässigung von 8 auf 6,80 Rubel das Pfund brutto und jene von 4 auf 3,40 Rubel für echte und imitirte Schmuckfedern etc. im unverarbeiteten Zustand und für Bestandtheile von künstlichen Blumen kommen Deutschland auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes zu gute. Das deutsche Exportinteresse ist nicht ganz unerheblich. Als Ausfuhrwerthe für 1891 und 1892 sind in der russischen Statistik 65 030 und 71 719 Rubel angegeben.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Bezüglich der Galanterie- und Toilettesachen etc., sowie Kinderspielwaaren hat Russland die Sätze des Abkommens mit Frankreich zugestanden. In diesem Abkommen sind die Sätze für werthvolle etc. dergleichen Waaren (Ziffer 1) mit 1,80 Rubel und für ordinäre etc. dergleichen Waaren (Ziffer 2) mit 40 Kopeken das Pfund festgesetzt, gegenüber den tarifmässigen Sätzen von 2 Rubel, bez. 50 Kopeken. Dagegen wurde, wie oben bemerkt, hinsichtlich der Zollklassifikation ein neues und wichtiges Zugeständniss erreicht, welches insbesondere für die deutsche Spielwaarenindustrie von grossem Werthe ist. Diese Industrie stellt überwiegend minderwerthige Waaren her, welche, um ihnen ein besseres Ansehen zu geben, mit seidenen oder halbseidenen Zuthaten etc. ausgestattet werden. In Folge dessen hat man russischerseits diese Spielwaaren, welche ohne die fragliche Ausstattung nach Ziffer 2 zum Satz von 50 Kopeken zollpflichtig gewesen wären, dem hohen Satz von 2 Rubel unterstellt. Die Vertragsanmerkung zur Position 215 Ziffer 2 wird eine wesentliche Erleichterung bei der Verzollung von Spielwaaren in Russland herbeiführen, da dieselbe bei den unter Ziffer 2 genannten Waaren eine Ausstattung von Seide oder Halbseide zulässt. || Die deutsche Ausfuhr von Waaren der Ziffer 1 ist zwar nicht von sehr grosser Bedeutung (400 000 bis 500 000 *M* jährlich), aber im Steigen begriffen; dagegen nahm die Ausfuhr von Waaren der Ziffer 2 seit der im Jahre 1885 erfolgten Zollerhöhung von 37 auf 45 Kopeken stetig ab. Die Ausfuhrwerthe für die Jahre 1885/92 sind 2 119 000, 1 901 000, 802 000, 615 000, 394 000, 582 000, 465 000, 339 000 *M*. Die russische Statistik giebt bei Ziffer 2 beträchtlich höhere deutsche Einfuhrwerthe an, nämlich für die Jahre 1889/91 872 000, 768 000, 676 000, 679 108 Rubel.

Unter den in Position 216 genannten Schreib- etc. Materialien besteht ein erhebliches deutsches Exportinteresse nur für Blei- und Farbstifte. In dem Zollsatz dieser Position ist seit der 1885 erfolgten Erhöhung von 33 auf 40 Kopeken das Pfund keine Aenderung eingetreten. Auch hier sind in der deutschen Statistik erheblich niedrigere Ausfuhrwerke angegeben als in der russischen; so für die Jahre 1889/91 202 000, 170 000, 142 000 *M* gegen 388 000, 337 000, 278 000 Rubel. Die deutsche Bleistiftindustrie erhofft von der Zollermässigung auf 35 Kopeken eine befriedigende Entwicklung des Absatzes nach Russland. || Ausserdem wurde für liniirte und mit gewöhnlichen Holzrahmen versehene Schiefertafeln sowie für nicht überzogene Schiefergriffel,

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

welche bisher nach Position 216 verzollt worden sind, eine besondere Begünstigung durch Festsetzung eines Satzes von 90 Kopeken das Pud erzielt.

Durch die Schlussprotokollbestimmung zu dieser Position, wonach Muster von Zeugstoffen und Fabrikaten aller Art, welche nicht das Ansehen und den Charakter von Waaren haben, auch dann zollfrei sein sollen, wenn die Muster auf Kartons befestigt und die letzteren in Buchform geheftet oder gebunden sind, wird den vielfachen Klagen über die Verzollung derartiger Musterbücher abgeholfen.

Die zu dieser Position vereinbarte Bestimmung des Schlussprotokolls bezweckt, dass lediglich die Schachteln, welche die Dynamitpatronen enthalten, zum zollpflichtigen Gewicht der Waare gerechnet werden, die als äussere Umschliessung dienenden Gummieinlagen und Holzkisten dagegen nicht zur Verzollung gezogen werden.

B. Zölle bei der Ausfuhr aus Russland.

Der russische Ausfuhr-Zolltarif umfasst 7 Positionen, von denen die Nummern 1, 2, 3, 4 und 6 einige Waaren mit Zollgebühren belegen, während die Position 5 ein bedingtes Ausfuhrverbot für Eisenerze und Schlacken aus Polen enthält und die Position 7 bestimmt, dass die im Tarif nicht genannten Waaren zollfrei sind. Hiervon hat Russland die für Deutschland wichtige Bindung des Ausfuhrzolls von 30 Kopeken das Pud Lappen und Lumpen jeder Art, wollene Abschnitzel und Papierhalbmasse zugestanden.

IV. Zölle bei der Einfuhr nach Deutschland.

Im Tarif B*) des Vertrages und in dem darauf bezüglichen Theil III des Schlussprotokolls sind die deutscherseits auf dem Gebiete des Zolltarifs Russland einzuräumenden Zugeständnisse enthalten. Abgesehen von wenigen Ausnahmen handelt es sich hierbei lediglich um Bindungen von Vertragszollsätzen, welche auch ohne besondere Festlegung mit Rücksicht auf die vertragsmässig vereinbarte allgemeine Meistbegünstigung Russland nicht vorenthalten werden könnten. Die Ausnahmen beziehen sich auf die Bindung einiger autonomen Tarifpositionen, bez. Theile von solchen und auf die unter Aufrechthaltung der Autonomie des Zollsatzes bewilligte alternative Verzollung der gereinigten Mineralleuchtöle nach Gewicht oder nach Mass.

Die über den deutschen Vertragstarif hinaus Russland zugestandenen Zollbindungen sind folgende:

Tarifnummer	Zollsatz Mark
1 c.	Lumpen aller Art; Papierspäne; Makulatur, beschriebene und bedruckte; alte Fischernetze, altes Tauwerk und alte Stricke; gezupfte Charpie frei

*) Hier fortgelassen. D. Red.

Tarifnummer		Zollsatz Mark	Nr. 10428. Deutsches Reich und Russland. 20. März 1894.
7 aus a.	Asbestfaser, auch gereinigt; Asbestkitt und Asbestanstrich- masse	frei	
7 b.	Pappe und Papier aus Asbest in Bogen, Rollen oder Platten: 1. ungeformt	10	
	2. geformt, auch durchlocht	24	
8.	Nicht besonders genannte vegetabilische Spinnstoffe	frei	
aus 13 aus d.	Stuhrohr, gebeiztes oder gespaltene	3	
13 Anm. 1	Hornstäbe aus Büffel oder anderen Thierhörnern, geebnete, zu g. glatte, oder sonst zur Verwendung bereits vorgerichtete	40	
15 b 2 α.	Maschinen ganz oder überwiegend aus Holz	3	
25 n.	Kaviar und Kaviarsurrogate	150	
26 k.	Fischspeck, Fischthran	3	
26 aus 1.	Knochenfett und sonstiges Thierfett, anderweit nicht genannt	2	
36.	Pech; Harze aller Art	frei	
aus 41 d 1.	Tuchleisten	frei	
41 d 2.	Grobe unbedruckte, ungefärbte Filze	3	
41 d 6 α.	Bedruckte Wollwaaren, soweit sie nicht zu den Fussdecken gehören, im Gewicht von mehr als 200 Gramm auf den Quadratmeter Gewebefläche; ferner Posamentier- und Knopfmacherwaaren; Plüsch; Gespinnste in Verbin- dung mit Metallfäden	150	
41 d 6 β.	Bedruckte Wollwaaren, soweit sie nicht zu den Fussdecken gehören, im Gewicht von 200 Gramm oder weniger auf den Quadratmeter Gewebefläche	220	

Hierzu ist zu bemerken:

Bei der Einfuhr von Lumpen (Position 1 c) aus Russland handelt es sich überwiegend um solche aus Leinen, welche in Deutschland nicht in der für die Herstellung von besserem Schreibpapier erforderlichen Menge gewonnen werden. || In den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz und Griechenland ist die Position 7 a mit Ausnahme von Asbestfaser, Asbestkitt und Asbestanstrichmasse, wofür diese Staaten kein Exportinteresse haben, gebunden. Deutschland ist auf die Einfuhr der fraglichen Artikel angewiesen, weshalb dieselben bei der im Jahre 1885 erfolgten Aufnahme von Asbest und Asbestwaaren in den Zolltarif nicht mit einem Zoll belegt worden sind. Im Jahre 1892 betrug die Einfuhr, wobei Russland wesentlich in Betracht kommt, 8746, die Ausfuhr 962 Doppelzentner. Dagegen wird die Einfuhr von Asbest-Pappe und -Papier der Positionen 7 b 1 und 2 von der Ausfuhr bedeutend übertroffen; im Jahre 1892 stand einer Einfuhr von 74 eine Ausfuhr von 2893 Doppelzentner gegenüber. Wünsche wegen Erhöhung des Zollschatzes sind seit der durch die Tarifnovelle vom 22. Mai 1885 erfolgten Zollklassifikation dieser Waaren nicht laut geworden. Die gebundenen Zollsätze von

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
30. März 1894.

10 und 24 \mathcal{M} betragen 15 Prozent vom Werth. || Für Flachs, Hanf, Werg und andere Abfälle ist in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien die Zollfreiheit gebunden. Von den übrigen unter die Tarifnummer 8 fallenden vegetabilischen Spinnstoffen ist lediglich Jute von Bedeutung; auf die anderen nicht besonders genannten Spinnstoffe entfällt nur eine Quote von 3 Prozent der Gesamteinfuhr. || Gebeiztes etc. Stuhlrohr ist der einzige Artikel der Tarifposition 13d, welcher in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien Mangels eines Exportinteresses dieser Staaten nicht gebunden wurde. Die Einfuhr von veredeltem Stuhlrohr steht hinter der Ausfuhr weit zurück (1362 gegen 23 101 Doppelzentner im Jahre 1892), wogegen rohes Stuhlrohr, welches nach Position 13a zollfrei ist, in grossen Mengen (99 670 Doppelzentner im Jahre 1892) eingeführt wird. || Die in der Anmerkung 1 zu Position 13g aufgeführten bearbeiteten Hornstäbe aus Thierhörnern haben durch die Tarifnovelle vom 22. Mai 1885 eine Zollerhöhung von 30 auf 40 \mathcal{M} erfahren. Ein Bedürfniss für eine weitere Steigerung des Zollsatzes ist seitdem nicht mehr hervorgetreten. || Die Position 15b 2 α ist nur noch zum Theil autonom, da im Vertrag mit der Schweiz für eine Anzahl von Maschinen ganz oder überwiegend aus Holz der Zollsatz von 3 \mathcal{M} gebunden ist. Auch abgesehen davon, würde eine Zollerhöhung für Maschinen der bezeichneten Position mit Rücksicht auf die Bindung der Position 13d und die Schwierigkeit der zolltechnischen Unterscheidung von Holzwaaren dieser Position und hölzernen Maschinen, bez. Maschinentheilen nicht thunlich sein. || Der Zoll für Kaviar und Kaviar-surrogate der Position 25n ist durch die erwähnte Tarifnovelle von 100 auf 150 \mathcal{M} erhöht worden. Bei dem hervorragenden russischen Exportinteresse konnte die beantragte Bindung um so weniger abgelehnt werden, als eine weitere beträchtliche Zollerhöhung vermuthlich einen Rückgang des Konsums und daher keine Steigerung des Zollaufkommens zur Folge haben würde. || Deutschland ist in sehr grossem Umfang auf die Einfuhr von Fisch- und Robbenspeck und Fischthran (Position 26k) angewiesen. Einer Zollerhöhung stehen wichtige Interessen der diese Rohstoffe verwendenden inländischen Industrien entgegen. || Für Talg von Rindern und Schafen ist der Zollsatz von 2 \mathcal{M} im Vertrag mit Belgien gebunden. Unter diesen Umständen erscheint eine Zollerhöhung für das ebenfalls unter die Position 26l fallende minderwerthige Knochenfett und sonstiges anderweit nicht genanntes Thierfett aus wirtschaftlichen und auch aus zolltechnischen Gründen ausgeschlossen. || Aus der Tarifnummer 36 ist Asphalt (Bergtheer) und Theer in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien, bez. Griechenland gebunden. Eine Zollbelegung der bisher autonomen Artikel Pech und Harze kann nicht in Frage kommen. || Die Einfuhr sowohl als die Ausfuhr von Tuchleisten der Position 41d 1 ist ohne jeden Belang. Grobe Filze aus Rindviehhaaren werden in nicht unbedeutenden Mengen und zwar fast ausschliesslich aus Russland eingeführt (im Jahre 1892 3247 bei einer Gesamteinfuhr von 3341 Doppelzentner); die Ausfuhr ist wesentlich geringer (898 Doppelzentner im Jahre 1892). An-

träge auf Zollerhöhung für diese Filze sind seit der Tarifreform von 1879 nicht hervorgetreten. || Die Einfuhr von bedruckten wollenen Webe- und Strumpfwaren der Positionen 41 α und β und der darunter fallenden Posamentieretc. Waaren, Plüsch etc. kommt gegenüber der Ausfuhr kaum in Betracht; in der Statistik für 1892 ist erstere mit 436, letztere mit 29 502 Doppelzentner angegeben. Die Zollsätze für unbedruckte wollene Webe- etc. und Strumpfwaren sind in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien gebunden. Die Bindung der Positionen 41 α und β erscheint völlig unbedenklich. || Ausser den vorstehend erörterten Bindungen wurde Russland noch ein ferneres Tarifzugeständniss gemacht durch die im III. Theil des Schlussprotokolls zu Tarifnummer 29a enthaltene Bestimmung über die wahlweise Verzollung von gereinigtem, zu Beleuchtungszwecken geeignetem Petroleum und anderen dergleichen Mineralölen nach Gewicht oder nach Mass. Hierbei ist festgesetzt, dass 125 Liter bei einer Temperatur von 15° C. gleich 100 kg netto gerechnet werden. Der Zollsatz selbst bleibt völlig autonom. || Auf der nämlichen Grundlage beruht die Festsetzung eines Zollsatzes von 10 Franken für 100 Liter zur Beleuchtung verwendbarer gereinigter Mineralöle und Essenzen im französisch-russischen Handelsübereinkommen vom 17. Juni v. J. Nach dem Minimaltarif beträgt der Gewichtszoll für die fraglichen Leuchtöle 12,50 Franken für netto Kilogramm; gemäss autonomer Bestimmung wird aber dieser Satz nicht in Anwendung gebracht, vielmehr unterliegen die nach dem Minimaltarif zu behandelnden Mineralöle und Essenzen der gedachten Art ausschliesslich dem Masszoll von 10 Franken. Sowohl dem deutschen als dem französischen Zugeständniss liegt die Annahme zu Grunde, dass die Dichtigkeit des Leuchtöls durchschnittlich 0,800 beträgt. Dies trifft für das russische Produkt nicht zu, dessen mittlere Dichte 0,820 ist. Es ergeben daher 100 kg netto russisches Leuchtöl 122, dagegen 100 kg Leuchtöl von 0,800 Dichte 125 Liter. Bei Erhebung des Zolles nach Gewicht ist das russische Produkt gegenüber dem Leuchtöl von 0,800 Dichte um den auf 3 Liter Oel treffenden Zollbetrag im Nachtheil. Der deutsche Zoll beträgt 6 \mathcal{M} für 100 kg brutto, wozu ein 25prozentiger Zuschlag für Tara kommt, so dass 100 kg netto mit 7,50 \mathcal{M} belastet sind; 3 Liter russisches Leuchtöl wiegen durchschnittlich 2,5 (genau 2,46) kg, wofür sich ein Abgabebetrag von 19 Pfg. (genau 18,75 Pfg.) berechnet. Diese Mehrbelastung von $2\frac{1}{2}$ Prozent des tarifmässigen Zolles würde nach Inkrafttreten des Vertrages für das russische Leuchtöl in Wegfall kommen und daraus unter der Annahme einer Leuchtöleinfuhr aus Russland von 500 000 Doppelzentner jährlich — sie ist thatsächlich etwas geringer — ein Zollausfall von 75 000 \mathcal{M} sich ergeben. || In den vorliegenden Tarif B ist aus den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien der begünstigte Zollsatz von 10 \mathcal{M} für rothen Wein und Most zu rothem Wein zum Verschneiden unter Kontrolle ohne die in den Schlussprotokollen zu diesen Verträgen enthaltenen bezüglichen Bestimmungen übernommen. Hierzu ist zu bemerken, dass Inhalts eines Verhandlungsprotokolls russischerseits unter Vorbehalt des Meistbegün-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
30. März 1894.

stigungsrechts die gesetzlichen und Verwaltungs-Vorschriften, welche bezüglich des Begriffs der Verschnittweine und hinsichtlich der Kontrolle der Verwendung derselben zum Verschneiden in Deutschland zur Zeit bestehen oder künftig erlassen werden, als verbindlich anerkannt wurden.

V. Zollabfertigungsverfahren und Grenzverkehr.

(Vierter Theil des Schlussprotokolls.)

Zu den in dieser Beziehung getroffenen Vereinbarungen ist Folgendes zu bemerken:

§. 1.

Die geringe Zahl der russischen Grenzzollämter in Verbindung mit der beschränkten Abfertigungsbefugniß der unteren Zollstellen war bisher ein viel beklagtes Hemmniss für die Entwicklung des Handelsverkehrs sowohl als des kleinen grenznachbarlichen Verkehrs ausgedehnter deutscher Gebietstheile. Durch das Entgegenkommen der russischen Regierung, welche sich bereit erklärt hat, je 2 Zollämter II. und III. Klasse zu solchen I. Klasse, sowie 2 Nebenzollämter und 1 Uebergangspunkt zu Zollämtern III. Klasse zu erheben, ferner 7 Uebergangspunkte in Nebenzollämter umzuwandeln und 2 solche sowie 5 Uebergangspunkte neu zu errichten, wird dem Verkehrsbedürfniss im Wesentlichen Rechnung getragen. || Nach dem russischen Zollgesetz sind die Zollämter I. Klasse zur Zollbereinigung jeder ausländischen Waare, deren Einfuhr nicht verboten ist, mit der Massgabe befugt, dass die Verzollung binnen Jahresfrist zu erfolgen hat. Den Zollämtern II. Klasse ist die Zollbereinigung gestattet:

a) aller zollfreien Waaren; b) aller zollpflichtigen Waaren, mit Ausnahme derer, welche nach der Verzollung einer amtlichen Identifizierung unterliegen, ferner mit Ausnahme von Thee, Wein, spirituoson Getränken, rohem und gestossenem Zucker, Farben, Apothekermaterialien sowie von punzirungspflichtigen goldenen und silbernen Gegenständen. Ausserdem dürfen c) von den mit Banderolen zu versehenen Waaren über Zollämter II. Klasse eingeführt werden: raffinirter Zucker im Hut und in Stücken, Rauch- und Schnupftabak und Cigarren.

Die Zollbereinigung muss im Laufe von 2 Monaten erfolgen. Den Zollämtern III. Klasse stehen dieselben Befugnisse zu wie den Zollämtern II. Klasse, mit dem Unterschied, dass von Maschinen nur landwirthschaftliche einzuführen gestattet ist, und dass die Zollbereinigung binnen Monatsfrist zu erfolgen hat. Ueber Nebenzollämter kann jede zollfreie Waare, von zollpflichtigen Waaren jedoch nur Mehl eingeführt werden. Das zu errichtende Nebenzollamt Wilczyn wird jedoch die Befugniß zur Eingangsabfertigung von Salz erhalten. || Die Uebergangspunkte dienen zur Zeit nur dem Personenverkehr, eine Waareneinfuhr ist nicht zulässig. Nach §. 7 Absatz 2 des Schlussprotokolls Theil IV

werden indessen die Uebergangspunkte ermächtigt werden, die Verzollung von Lebensmitteln, ausgenommen Branntwein und andere Spirituosen, sowie von ausschliesslich zum häuslichen Gebrauch bestimmten Erzeugnissen vorzunehmen, wenn im einzelnen Fall der zu erhebende Zollbetrag 3 Rubel Gold nicht übersteigt und der Einbringer mit einer vorschriftsmässigen Legitimation zur Ueberschreitung der russischen Grenze versehen ist. Die Ausfuhr von Waaren russischer Provenienz ist über alle die vorgenannten Zollanstalten gestattet. || Wie oben bemerkt, sind die nach der Verzollung der amtlichen Identifizierung unterliegenden Waaren mit den angegebenen Ausnahmen von der Einfuhr über Zollämter II. und III. Klasse ausgeschlossen. Zum Schutze des legitimen Handels mit ausländischen Waaren werden in Russland solche Waaren, welche wegen der hohen auf ihnen lastenden Zollsätze zum Schmuggelverkehr Anlass geben könnten und andererseits für die Etikettirung oder Plombirung Schwierigkeiten nicht bieten, nur etikettirt oder plombirt aus den Zollämtern abgelassen. Es handelt sich dabei um die nachverzeichneten Waaren:

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Bettdecken aus Bay (grober Wolle), wollene Pferddecken, Cigarettenpapier. Baumwollene Gewebe aller Art. Baumwollene Posamentierwaaren, gestrickte und geflochtene Fabrikate, mit Ausnahme von Fitzelband und Band von weniger als $\frac{1}{4}$ Zoll Breite, sowie auch von Schnüren. Mussirende Traubenweine in Glasflaschen. Wachstaffet und Wachstuch aller Art. Nähnadeln. Kalamenka aller Art und Canevas zu Stickereien. Hutstumpen, modellirte. Lederwaaren: Fussbekleidung, Handschuhe und dergleichen, ausgenommen in zugerichteter Form, sowie auch Sattlerwaaren aller Art. Zubereitete Häute, ausgenommen die grossen Häute und diejenigen, welche für Fussbekleidung zugeschnitten sind. Spitzen. Korallen auf Schnüren. Geköperte Gewebe aus Leinen und Hanf mit eingewirkten Verzierungen. Leinene gestrickte und gewirkte Fabrikate, mit Ausnahme von Schnüren, sowie von Band und Fitzelband von weniger als ein $\frac{1}{4}$ Zoll Breite. Gewebe, Tücher und Bänder (von mehr als ein $\frac{1}{4}$ Zoll Breite) aus reiner Seide, Seidenabfällen oder Halbseide. Edelmetalle in Barren. Flitter auf Spuren. Desgleichen in Strähnen. Rauchwaaren, mit Ausnahme von zusammengenähten Fellen, die nicht mit Gewebe bezogen sind, Eichhörnchen-, Bisamratten-, Fuchs- und anderen Schwänzen, auch Arbeiten aus denselben wie Boas und dergleichen. Papiertapeten. Genähte Kleider und Wäsche, Segeltuch, Zwillich zu Matratzen und Möbeln, Teppichgewebe aus Leinen, Hanf, Jute und dergleichen; schwere Gewebe aus Leinen und Hanf, mit oder ohne Beimischung von Baumwolle. Perlmutterknöpfe. Leinewand und Battist, sowie Taschentücher aus Leinewand und Battist. Raffinadezucker in Hüten. Geistige Getränke in Behältern jeder Art, ausgenommen solchen aus Holz, sowie mussirender Cognac. Geflechte aus Stroh und Holzspähnen, ausgenommen Körbe. Rauchtobak, jeder Art, geschnitten, Schnupftobak, Cigarren, Cigaretten, Papiros, und Pachitos. Gewebe,

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

fertige Kleider aus Gummi und Fabrikate jeder Art aus Kautschuk in Verbindung mit Seide, Wolle, Leinen und Hanf, z. B. Hosenträger und Strumpfbänder. Türkische Gewebe. Chinesische Gewebe, welche über Irkutsk zollfrei eingeführt werden. Feze oder wollene türkische Kappen. Hopfen. Thee in grösseren Kisten. Seidene und halbseidene Posamentierwaaren, mit Ausnahme von Fitzelband und Band von weniger als $\frac{1}{4}$ Zoll Breite, sowie von Schnüren. Wollene Gewebe jeder Art, sowie wollene Shawls, Tücher, Gürtel, Schärpen, Filzzeuge und Teppiche. Wollene Posamentierwaaren, sowie auch gewirkte und gestrickte Waaren mit Ausnahme von Fitzelband und Band von weniger als $\frac{1}{4}$ Zoll Breite und von Schnüren. Hüte und Mützen jeder Art.

Zu § 2.

Zur Vornahme von Transitabfertigungen waren bisher nur die Hauptzollämter und die an Eisenbahnen sowie in Hafensplätzen gelegenen Zollämter I. Klasse befugt. || Diese Befugnis wird nunmehr allen russischen Zollämtern I. Klasse beigelegt, welche diesseitigen Hauptzollämtern gegenüberliegen. Für die Beförderung ausländischer Transitgüter auf den russischen Eisenbahnen sind unterm 26. Oktober 1890 zollamtliche Vorschriften erlassen worden.

Zu § 3.

Gegenwärtig sind nur die Hauptlagerzollämter und die an Eisenbahnen gelegenen Zollämter I. Klasse befugt, die Ueberweisung unter Zollkontrolle stehender Waaren auf ein anderes Zollamt vorzunehmen. Durch die getroffene Vereinbarung wird diese Befugnis auch denjenigen Zollämtern I. Klasse beigelegt, welche mit den Hauptlagerzollämtern keine Eisenbahnverbindung haben.

Zu § 4.

Nach den geltenden Bestimmungen ist die Rücksendung unverzollter Waaren ins Ausland während der Lagerfrist, das ist die für die Zollbereinigung gegebene Frist, nur den Hauptzolllagerämtern und den in Hafensplätzen oder an Eisenbahnen liegenden Zollämtern I. Klasse gestattet. Diese Befugnis wird vertragsmässig auf fünf für den Verkehr in Betracht kommende russische Zollämter I. Klasse ausgedehnt, bei welchen die fragliche Voraussetzung nicht zutrifft. || Es ist übrigens auch zulässig, verzollte Gegenstände, welche nicht im Gebrauche waren, dem Zollamt zur Rücksendung ins Ausland zu übergeben. Die Rückerstattung der Zollgebühr bedarf in diesem Falle der Genehmigung des Finanzministers.

Zu § 7.

Zur Zeit sind die russischen Zollstellen mit Ausnahme der Uebergangspunkte ermächtigt, im Verkehr der Passanten Waaren aller Art für den eigenen Gebrauch auf mündliche Anmeldung bis zu 1 Rubel Gesamtzollwerth und für solche Reisende, welche mit einem vom russischen Konsul visirten ordnungsmässigen Auslandspasse versehen sind, bis zu 3 Rubel Gold Gesamtzollwerth abzufertigen. Durch die vorliegende Vertragsbestimmung wird die

mündliche Anmeldung allen Passanten, welche sich im Besitze einer vorschriftsmässigen Legitimation (Grenz-Legitimationskarte, deutscher Pass oder Passkarte) zur Ueberschreitung der russischen Grenze befinden, bis zu einem Gesamtzollwerth von 3 Rubel Gold unter der Voraussetzung gestattet, dass die Waaren nicht zum Handel bestimmt sind. Zugleich wird den Uebergangspunkten die Ermächtigung zur Verzollung von Lebensmitteln — Branntwein und andere Spirituosen ausgenommen — und von zum häuslichen Gebrauch bestimmten Gegenständen beigelegt. || In Deutschland bedarf es nach der Bestimmung des Vereinszollgesetzes für Waaren im Zollwerth bis zu 9 *M*, gleichviel ob zum Handel bestimmt oder nicht, und für die von Reisenden mitgeführten Waaren, welche nicht zum Handel bestimmt sind, ohne Rücksicht auf den Zollwerth keiner schriftlichen Deklaration.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu § 10.

Deutscherseits ist im Interesse der Erleichterung des Verkehrs und behufs Kostenersparung der Antrag gestellt worden, dass bei den Landzollämtern durch die Vorlegung des Frachtbriefes seitens des Frachtführers die Einreichung der Zolldeklaration ersetzt wird. Die russische Regierung hat diesem Antrage mit der Massgabe zugestimmt, dass bei einer Mehrzahl von Frachtbriefen auf einem derselben die Zahl der Frachtbriefe sowie der Wagen und Kolli, aus denen die ganze Sendung besteht, zu vermerken ist.

Zu § 13.

Das russische Zollstatut bestimmt, dass die Lagergebühr für je 3 Monate erhoben wird und zwar in gleicher Höhe für die ersten 3 Monate, wie für die folgenden, wobei es gleichgültig ist, ob die Waare volle 3 Monate oder eine kürzere Frist gelagert hat. Ausser Ansatz bleibt die Gebühr nur, wenn die Waare nicht länger als 3 Tage auf dem Lager war; nur die Hälfte der dreimonatlichen Gebühr kommt in Ansatz bei einer, 1 Monat nicht überschreitenden Lagerung. Ueber diese Erhebungsweise, durch welche fast jede einem russischen Zollamt zur Verzollung vorgeführte Waare wenigstens mit der Lagergebühr für $1\frac{1}{2}$ Monat belegt wird, sind vielfach Klagen laut geworden. Die russische Regierung hat dem deutscherseits gestellten Antrage entsprechend zugestanden, dass die Lagergebühr nach Tagen der wirklichen Lagerung berechnet und erst von dem Tage an erhoben wird, an welchem die Revision beginnt. Zur letzteren wird nicht früher als 24 Stunden nach Einreichung der Deklaration geschritten, wenn nicht der Deklarant die frühere Vornahme der Revision beantragt. Die Frist für die Einreichung der Deklarationen ist bei den Landgrenzzollämtern auf 5 Tage und bei den Hafenzollämtern auf 7 Tage bemessen; in Häfen mit zwei Zollämtern, einem Vor- und einem Hauptzollamt, gilt für letzteres eine zweiwöchentliche Frist. Durch das russischerseits gemachte werthvolle Zugeständniss wird den von deutschen Interessenten hinsichtlich der Lagergebühren geäusserten Wünschen im Wesentlichen entsprochen. Zu bemerken ist, dass die frühere Unterscheidung

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

zwischen der Lagerung in den Revisionsräumen und in den eigentlichen Niederlagen nicht mehr besteht.

Zu § 14.

Von deutschen Interessenten ist die Aufnahme einer Bestimmung in den Vertrag beantragt worden, wonach der Absender oder sein bevollmächtigter Beauftragter zur Verfügung über die in der Zollniederlage befindliche Waare ohne Rücksicht darauf befugt sein soll, ob der Adressat die Annahme verweigert hat oder nicht. Das Verfügungsrecht des Waarenversenders ist in der Berner Konvention (Artikel 15 und 16) vom 14. Oktober 1890, welcher Russland beigetreten ist, geregelt. Nach der seitens der russischen Regierung im Schlussprotokoll abgegebenen Erklärung werden die fraglichen Bestimmungen der Berner Konvention in Russland während der Dauer des Handelsvertrages keine Aenderung erfahren. Auch ist bei den Verhandlungen russischerseits eine Beeinträchtigung dieser Bestimmungen durch das Zollabfertigungsverfahren für ausgeschlossen bezeichnet worden.

Zu § 15.

Auf die deutschen Anträge wegen Aufhebung, bez. Milderung der strengen Strafbestimmungen bei unvollständigen Deklarationen und anderen minder erheblichen und unabsichtlichen Verfehlungen gegen die Deklarationsvorschriften und bei unbedachten Formverletzungen u. s. w. wurde von der russischen Regierung im Schlussprotokoll zugesagt, dass die für ungenaue Zolldeklarationen bestehenden Strafbestimmungen einer Revision unterzogen würden, um dieselben zu vereinfachen. Die auf unabsichtliche Verfehlungen gesetzten Strafen sollen ermässigt und die Befugnisse der Zollämter hinsichtlich der Milderung und des Erlasses dieser Strafen erweitert werden. Abgesehen davon hat die russische Regierung eine sofort in Wirksamkeit tretende Ermässigung der für unvollständige Deklaration im Betrage von 10 Prozent der Zollgebühr zur Erhebung gelangenden Accidenzien auf 5 Prozent zugestanden. Um die Bedeutung dieses Zugeständnisses zu veranschaulichen, werden nachstehend die hauptsächlich in Betracht kommenden Fälle aufgeführt, in welchen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gemäss die Erhebung einer 10prozentigen Accidenzgebühr eintritt. Dies ist der Fall:

1. Wenn der Deklarant erklärt, er habe über Beschaffenheit und Menge der Waare noch keine Mittheilung erhalten und könne daher die entsprechenden Angaben in der Deklaration nicht machen. || 2. Wenn bei gleichzeitiger richtiger Angabe der Zeichen und fortlaufenden Nummern die Zahl der Kolli unrichtig angegeben ist. || 3. Wenn in Deklarationen, in denen die Waare nach ihrer Beschaffenheit benannt ist, die gegenübergestellten Artikel oder Unterabtheilungen des Tarifs der Waare nicht entsprechen. || 4. Wenn in der Deklaration Beschaffenheit und Menge der Waare überhaupt nicht oder nur Beschaffenheit oder Menge allein angegeben ist. || 5. Wenn eine Waare in mehreren Verpackungen eingeführt wird, von denen nur die inneren der

Tabelle über die Tara entsprechen, in der Deklaration aber das Bruttogewicht mit allen Verpackungen angegeben ist. || 6. Wenn im Falle der unrichtigen Deklaration der Art und der Menge der Waare glaubhafte Beweise von der Unabsichtlichkeit der Verfehlung beigebracht werden, so tritt an die Stelle der verwirkten Geldstrafe die Erhebung einer Accidenz, welche bei Bezeichnung einer besseren Waare als geringere, wie auch bei Deklarirung einer Waare in geringerer (8 bez. 10 Prozent übersteigender) Menge 10 Prozent beträgt und zwar ersterenfalls von dem ganzen erhobenen Zollbetrage, letzterenfalls von dem Zollbetrage, welcher für den strafbaren Gewichtsüberschuss zu erheben ist.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu §§ 16, 17 und 18.

Nach den Bestimmungen des russischen Zollstatuts ist nur der Deklarant, nicht aber der ausländische Absender einer Waare befugt, in Zolltarifungs- oder Zollstrafangelegenheiten Beschwerden zu erheben. Abgesehen davon machen es auch die kurz bemessenen Fristen dem Waarenabsender unmöglich, den Deklaranten zur rechtzeitigen Anbringung von Beschwerden in den Stand zu setzen. Der erstere hat aber, selbst wenn die Zollzahlung nicht zu seinen, sondern zu Lasten des russischen Abnehmers erfolgt, ein sehr grosses Interesse an einer den Vorschriften des Zolltarifs entsprechenden Waarentarifung, da durch die Belegung der Waaren mit zu hohen Zollsätzen der Absatz beeinträchtigt oder sogar gänzlich behindert wird. Ebenso ist der Waarenversender aus ähnlichen Gründen bei den Straffestsetzungen lebhaft interessirt, indem er in der Regel für die entrichteten Accidenzien, Zollstrafen und Zolldifferenzen regresspflichtig gemacht wird. || Mit Rücksicht darauf ist deutscherseits der Antrag gestellt worden, die Befugniss zur Erhebung von Zollreklamationen unter entsprechender Verlängerung der Beschwerdefrist auch dem Absender der Waare zu gewähren. Die russische Regierung hat sich bereit erklärt, das Beschwerderecht, welches dem Deklaranten gegen die Strafbeschlüsse der Zollbehörden wegen ungenauer oder falscher Deklaration und gegen die Entscheidungen über die Zolltarifung von Waaren zusteht, auch dem deutschen Waarenversender einzuräumen und zu dem Zweck die Frist für die Einreichung der Beschwerde auf 3 Wochen, gerechnet vom Tage der Zustellung der Entscheidung an den Deklaranten, zu erstrecken. Dabei ist die Abfassung der Eingaben in deutscher Sprache zugestanden. Ferner wurde dem auf die Zulassung eines unmittelbaren Verkehrs der deutschen Konsuln in Russland mit dem russischen Zolldepartement in derartigen Zollangelegenheiten gerichteten deutschen Anträge entsprochen. || Zur Wahrung der Zollinteressen der Versender deutscher Waaren nach Russland sind somit durch das Entgegenkommen der russischen Regierung werthvolle Kautelen geschaffen. || Soweit in den §§ 1 bis einschliesslich 18 des Schlussprotokolls Theil IV, welche von Deutschland gestellte Anträge zum Gegenstand haben, reziprok diesseitige Zugeständnisse, beziehungsweise Erklärungen enthalten sind, so handelt es sich dabei, abgesehen von der etwa in Frage kommenden Errichtung

Nr. 10488.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

und Kompetenzerweiterung einiger Zollstellen und von dem zugelassenen unmittelbaren Verkehr der russischen Konsuln mit den deutschen Zolldirektivbehörden, lediglich um Bestimmungen, welche auf gesetzlicher Grundlage oder einer Verwaltungsanordnung beruhen und schon seit vielen Jahren in Geltung sind. Die Errichtung etc. von Zollstellen und die Regelung des Verkehrs der in Deutschland funktionirenden Konsuln auswärtiger Staaten mit den Landesbehörden ist ebenfalls Verwaltungssache.

Zu § 19.

Die Vereinbarung, dass Schaffner, Lokomotivführer und andere der Einschmuggelung von Waaren in den von ihnen begleiteten Zügen überführte Eisenbahnbeamte vom Dienst bei den nach der Grenze gehenden Zügen zu entfernen sind, schafft für das betheiligte diesseitige Eisenbahnpersonal keine neue Disziplinarvorschrift, sondern entspricht den Grundsätzen der Königlich preussischen Staatseisenbahnverwaltung über Beamtendisziplin. Deutschland zieht aus der Abmachung überdies den Vortheil, dass eintretenden Falls auch das russische Eisenbahnpersonal vom Grenz-Zugdienst auszuschliessen ist.

Zu § 20.

Der vereinbarten gegenseitigen Mittheilung der in Bezug auf die Handhabung der Quarantaine und der Veterinärpolizei an der gemeinschaftlichen Grenze getroffenen autonomen Massnahmen kommt eine lediglich formelle Bedeutung zu. Die volle Freiheit in den beiderseitigen Massnahmen selbst wird dadurch nicht berührt. Auch steht die Abmachung in keinem Zusammenhang mit dem ursprünglichen russischen Antrage auf Abschluss eines Viehseuchentübereinkommens. Russland hat seinen diesbezüglichen Antrag zurückgezogen, nachdem deutscherseits gleich Anfangs erklärt worden war, dass ein Fallenlassen dieser Forderung eine der Vorbedingungen für den Eintritt in die Vertragsverhandlungen bilde.

Zu § 21.

Die gesundheitspolizeilichen Vorschriften gegen die Einschleppung ansteckender Krankheiten werden deutscherseits auf die aus Russland kommenden Reisenden schon jetzt ohne Rücksicht auf die Nationalität derselben ausschliesslich nach der Wahrscheinlichkeit ihrer Behaftung mit Ansteckungsstoffen angewendet.

Zu § 22.

Die Vereinbarungen (Abs. 1) wegen der Zurücknahme von Reisenden, welchen Mangels eines vorschriftsmässigen Passes oder der erforderlichen Mittel zur Entrichtung der Zollgebühren für die von ihnen mitgeführten Gegenstände der Zutritt in den anderen Staat verweigert wird, stehen mit der bezüglichen Praxis im Einklang. || Die von Russland eingegangene Verpflichtung (Abs. 2), die mit Urkunden über ihre Entlassung aus dem Unterthanenverbande versehenen russischen Auswanderer binnen Monatsfrist nach dem

Grenzübertritt wieder aufzunehmen, ist für Deutschland insofern von Werth, als russischerseits zur Zeit eine Verpflichtung zu einer derartigen Zurücknahme überhaupt nicht anerkannt wird.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu § 23.

Seitens der diesseitigen Behörden werden die nach Russland abzuschiebenden Landstreicher etc. schon jetzt nach Grenzpunkten dirigirt, woselbst sich eine für die Uebernahme solcher Individuen zuständige russische Behörde befindet.

VI. Die Abmachungen betreffend Finland.

Das Grossfürstenthum Finland ist bekanntlich ein mit dem russischen Reiche nicht vollständig verschmolzenes Staatswesen; es musste deshalb durch eine besondere Abmachung festgesetzt werden, dass Finland von den Wirkungen des Vertrages erfasst wird. Dies ist durch den gleichzeitig mit dem Handelsvertrage vollzogenen Notenaustausch geschehen; doch waren hierbei hinsichtlich des Zollwesens die besonderen Verhältnisse Finlands zu berücksichtigen. Dass es gelungen ist, den gegenüber dem russischen Zolltarif erheblich niedrigeren gegenwärtigen finländischen Zolltarif in seiner Gesamtheit auf fünf Jahre zu binden und für die darauf folgenden fünf Jahre eine genau vorgezeichnete, nur staffelweise Erhöhung desselben zu bedingen, darf als ein grosser Gewinn nicht allein für den Handel der deutschen Ostsee-Städte, sondern in gleich hohem Masse für die heimische Industrie bezeichnet werden; denn Finland ist im Verhältniss seiner Bevölkerungsziffer ein starker Abnehmer deutscher Erzeugnisse. || Die Freiheit, welche in den ausgetauschten Noten der finländischen Regierung hinsichtlich theilweiser Verschiebungen im Tarif in Berücksichtigung örtlicher Interessen gewahrt worden ist, kann in dieser Beschränkung für Deutschland in keiner Weise bedenklich erscheinen. Finland besitzt eine zum grösseren Theile minder bemittelte Bevölkerung und eine nur in wenigen speziellen Artikeln entwickelte Industrie; die finländische Regierung sowohl wie die Bevölkerung sind daher stets bestrebt gewesen, den Bezug der unentbehrlichen Industrieerzeugnisse aus dem Auslande möglichst billig zu gestalten und nicht durch höhere Zölle zu vertheuern. Wenn also die allgemeine Lage des russischen Reiches die gänzliche Verschmelzung der beiden Zollsysteme nach dem Jahre 1905 fordert und die staffelweisen Vorbereitungen hierzu in den Jahren 1899 bis 1903 eintreten sollen, so liegt in den obwaltenden Verhältnissen für Deutschland die völlige Gewähr dafür, dass die finländische Regierung bis zum Jahre 1898 einschliesslich keine solchen Verschiebungen innerhalb des Tarifs vornehmen wird, welche die deutsche Ausfuhr in nennenswerther Weise schädigen könnten. || Als wichtig ist noch hervorzuheben, dass mit dem ersten Theile des Schlussprotokolls zum Vertrage auch die namentlich für den Lübeckischen Handel bedeutsame Bestimmung

Nr. 10428. (siehe Schlussprotokoll zu Artikel 6, 7 und 11 des Vertrages) für Finland in
 Deutsches Kraft tritt, nach welcher Erzeugnisse fremder Länder, die durch Deutschland
 Reich und transitiren, keinem höheren Zolle unterliegen, als wenn sie unmittelbar aus
 Bussland. dem Ursprungslande eingeführt werden. Solche Begünstigungszölle für direkte
 0. März 1894. Einfuhr bestanden früher in Finland mehrfach, z. B. für Rohzucker, Kaffee,
 Wein.

**Nr. 10429. DEUTSCHES REICH und URUGUAY. — Handels- und
 Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche
 und der Orientalischen Republik Uruguay.**

Nr. 10429. Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des
 Deutsches Deutschen Reiches einerseits, und Seine Excellenz der Präsident des Frei-
 Reich und staates Uruguay andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen
 Uruguay. zwischen beiden Ländern zu erhalten und zu befestigen, haben beschlossen, zu
 20. Juni 1892. diesem Zweck einen Vertrag abzuschliessen, und haben zu Ihren Bevoll-
 mächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Aller-
 höchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister
 bei dem Freistaat Uruguay, Geheimen Legationsrath Dr. Richard
 Krauel und

Seine Excellenz der Präsident des Freistaates Uruguay: || Ihren
 Minister der auswärtigen Angelegenheiten Dr. Manuel Herrero y
 Espinosa,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form
 befundenen Vollmachten, sich über folgende Artikel geeinigt haben:

Artikel 1.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem
 Gebiete des anderen Theiles den Schutz der Regierung für ihre Person, ihr
 bewegliches und unbewegliches Vermögen, sowie für ihren sonstigen Besitz
 geniessen, und es sollen ihnen dieselben Rechte, Vortheile und Freiheiten für
 ihren Handel, ihre Industrie, ihren Geschäfts- und Gewerbebetrieb zustehen,
 wie solche den Landesangehörigen eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt
 werden. Dabei sind sie jedoch den bestehenden Gesetzen und Vorschriften
 unterworfen.

Artikel 2.

Die deutschen Schiffe und ihre Ladung in den uruguayischen Häfen und
 die uruguayischen Schiffe und ihre Ladung in den deutschen Häfen sollen in
 allen Angelegenheiten wie Schiffe der meistbegünstigten Nation und deren

Ladung behandelt werden. || Die Küstenschiffahrt bleibt von der gegenwärtigen Bestimmung ausgeschlossen und den bezüglichen Gesetzen der beiden Staaten unterworfen.

Nr. 10489.
Deutsches
Reich und
Uruguay.
30. Juni 1898.

Artikel 3.

Alle Handelsgegenstände, welche aus den Gebieten des einen der vertragschliessenden Theile in die Gebiete des anderen Theiles eingeführt werden, sollen in gleicher Weise behandelt und insbesondere nicht mit höheren Abgaben belegt werden, als die gleichartigen Handelsgegenstände der meistbegünstigten Nation. || Derselbe Grundsatz soll für die Wiederausfuhr und Durchfuhr gelten. || Für die Ausfuhr irgend welcher Handelsgegenstände von Uruguay nach Deutschland oder von Deutschland nach Uruguay sollen keine anderen noch höheren Abgaben erhoben werden, als solche für die Ausfuhr ähnlicher Gegenstände von den Angehörigen der meistbegünstigten Nation erhoben werden. || In gleicher Weise sollen hinsichtlich der Ortsabgaben, der Maklergebühren, der Zollvorschriften und -Formalitäten der von Handlungsreisenden eingeführten Muster und Modelle, sowie in allen sonstigen Handelsangelegenheiten die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile in den Gebieten des anderen Theiles dieselben Rechte geniessen, wie die Angehörigen irgend einer dritten meistbegünstigten Nation.

Artikel 4.

Die in dem gegenwärtigen Verträge enthaltenen Bestimmungen umfassen nicht die Fälle, in welchen die Regierung des Freistaates Uruguay den Bürgern oder Erzeugnissen der Vereinigten Staaten von Brasilien, der Argentinischen Republik und der Republik Paraguay in Angelegenheiten des Handels besondere Begünstigungen, Befreiungen und Privilegien gewähren sollte. Diese Begünstigungen können deutscherseits auf Grund des Rechts der meistbegünstigten Nation nicht beansprucht werden, solange sie nicht auf andere dritte Staaten ausgedehnt werden. In diesem letzten Falle sollen jene Zugeständnisse in der gleichen Form erfolgen, d. h. unentgeltlich, wenn das Zugeständniss ein unentgeltliches war, und gegen Gewährung einer Entschädigung von gleichem Werthe, wenn das Zugeständniss ein bedingtes war. Dabei versteht es sich jedoch, dass die erwähnten besonderen Vergünstigungen, Befreiungen und Privilegien keine Anwendung finden können auf Erzeugnisse, welche den deutschen Erzeugnissen gleichartig sind, und dass sie auf die Schiffahrt nicht ausgedehnt werden können.

Artikel 5.

Die diplomatischen und konsularischen Vertreter eines jeden der beiden vertragschliessenden Theile, die in den Gebieten des anderen Theiles ihren Wohnsitz haben, sollen alle Amtshandlungen ausüben können und alle Freiheiten und Vorrechte geniessen, welche den Beamten gleichen Grades der meistbegünstigten Nation bewilligt sind oder in Zukunft bewilligt werden.||

Nr. 10429.
Deutsches
Reich und
Uruguay.
20. Juni 1892.

Dabei versteht es sich jedoch, dass in Fällen, wo über einen Nachlass nicht letztwillig verfügt ist, den konsularischen Vertretern der beiden vertragschliessenden Theile keine andere Einmischung zusteht, als solche durch die Gesetze und Verordnungen der betreffenden Länder gestattet ist.

Artikel 6.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt werden und der Austausch der Ratifikations-Urkunden soll sobald als möglich in Montevideo stattfinden. || Der gegenwärtige Vertrag soll zwei Monate nach dem Tage des Austausches der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und drei Jahre, vom Tage des Inkrafttretens an gerechnet, in Wirksamkeit bleiben. || Wenn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist keiner der vertragschliessenden Theile dem anderen amtlich seine Absicht kundgibt, die Wirksamkeit des Vertrages aufhören zu lassen, so soll derselbe noch ein Jahr von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem einer der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag in doppelten, in deutscher und spanischer Sprache ausgefertigten Originalen unterzeichnet und gesiegelt.

So geschehen zu Montevideo den zwanzigsten Juni Eintausendachthundertzweiundneunzig.

(L. S.)

gez. R. Krauel.

(L. S.)

gez. Man. Herrero y Espinosa.

Denkschrift,

dem deutschen Reichstage bei Einbringung des
vorstehenden Vertrages vorgelegt.

Zwischen dem deutschen Zollverein und dem Freistaat Uruguay ist am 23. Juni 1856 ein Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit der Massgabe abgeschlossen worden, dass derselbe acht Jahre gültig sein und nach Ablauf dieser Frist im Falle nicht erfolgter Kündigung stillschweigend als von Jahr zu Jahr verlängert gelten sollte. Der Vertrag war ein sogenannter bedingter Meistbegünstigungsvertrag, da er im Artikel 3 die Bestimmung enthielt, dass Begünstigungen, welche ein Kontrahent in Handels- oder Schiffsverkehrsangelegenheiten künftig einem dritten Staate gewähren würde, dem anderen Kontrahenten unentgeltlich nur dann zu gute kommen sollten, wenn das Zugeständniss zu Gunsten des dritten Staates unentgeltlich erfolgt, dagegen unter Gewährung einer Entschädigung von möglichst gleichem Werthe, falls das Zugeständniss ein bedingtes gewesen sei.

Dieser Vertrag ist von Seiten Uruguays im Oktober 1873 gekündigt worden, nachdem der Senat und die Kammern des Freistaates aus Abneigung gegen internationale Verpflichtungen im September desselben Jahres ein Gesetz angenommen hatten, wonach die Kündigung sämmtlicher, mit fremden Mächten

abgeschlossenen Verträge nach Ablauf der für ihre Dauer vereinbarten Frist erfolgen sollte. || Auf Grund der Kündigung ist der Vertrag am 15. Oktober 1874 ausser Kraft getreten. Es gelang indessen im folgenden Jahre dem damaligen Kaiserlichen Vertreter bei dem Freistaate, den uruguayischen Minister des Auswärtigen zur Unterzeichnung eines Protokolls zu bewegen, in welchem beide Länder sich zusagten, sich bis zum Abschluss eines neuen Vertrages auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation zu behandeln. || Deutscherseits ist der Abschluss eines förmlichen Handelsvertrages lange Zeit hindurch nicht in Anregung gebracht worden, weil darauf gerichtete Bemühungen bei der in Uruguay herrschenden Strömung und wegen der häufigen Unruhen im Innern des Landes keine Aussicht auf Erfolg darboten.

Nr. 10429.
Deutsches
Reich und
Uruguay.
20. Juni 1892.

Im Verlaufe der Zeit machte sich ein Umschwung in der vertragsfeindlichen Stimmung der Republik bemerkbar. Zuerst erfolgte im Jahre 1882 die Ratifikation des bereits am 19. Juli 1870 zwischen Uruguay und Spanien abgeschlossenen Handelsvertrages, und weitere Handelsverträge kamen 1885 mit Italien und Grossbritannien zu Stande. || Da inzwischen der Handelsverkehr Deutschlands mit dem Freistaate, insbesondere der Absatz deutscher Industrieartikel dorthin, sich nicht unwesentlich gehoben und die Zahl der in Uruguay ansässigen Reichsangehörigen sich vermehrt hatte, so schien der Zeitpunkt gekommen, den Handelsbeziehungen des Reiches zu Uruguay die bisher fehlende vertragsmässige Grundlage zu geben, und es wurde der Kaiserliche Gesandte in Buenos Aires beauftragt, mit der uruguayischen Regierung das Erforderliche zu dem Zweck zu vereinbaren. Das Ergebniss der geführten Verhandlungen bildet der vorliegende, zu Montevideo am 20. Juni 1892 unterzeichnete Vertrag.

Im Einzelnen ist zu dem Vertrage Folgendes zu bemerken. || Im Artikel 1 wird den Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles im Gebiete des anderen Theiles der Schutz für ihre Person und ihr Eigenthum sowie die Gleichstellung mit den Nationalen bezüglich des Handels- und Geschäftsbetriebes zugesichert. || Nach Artikel 2, 3 und 5 soll der Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigung Anwendung finden auf den Schiffahrts- und Handelsverkehr zwischen beiden Ländern sowie auf die Befugnisse der beiderseitigen diplomatischen und konsularischen Vertreter. || Artikel 4 ist auf Wunsch der uruguayischen Regierung eingeschaltet worden und enthält eine Einschränkung der dem Reiche in Uruguay zugestandenen Meistbegünstigung in Handelssachen zu Gunsten der Staaten Brasilien, Argentinien und Paraguay. Für die Handelsbeziehungen zwischen den vertragschliessenden Theilen, insbesondere für die Ausfuhr Deutschlands nach Uruguay, sind Schwierigkeiten auf Grund dieser Bestimmung nicht zu befürchten; denn einmal ist ausdrücklich bedungen, dass die den genannten drei Ländern uruguayischerseits etwa einzuräumenden besonderen Handelsvorteile auf die Schifffahrt nicht ausgedehnt werden und sich lediglich auf solche Erzeugnisse erstrecken dürfen, welche den deutschen Provenienzen nicht gleichartig sind; und ferner bleibt das Reich von etwaigen

Nr. 10499.
Deutsches
Reich und
Uruguay.
20. Juni 1899.

solchen Vergünstigungen nur solange ausgeschlossen, als dieselben nicht auf andere Länder ausgedehnt werden. || Artikel 6 setzt die Dauer des Vertrages auf drei Jahre fest; doch soll danach der Vertrag stets ein Jahr bis nach erfolgter Kündigung seine Geltung behalten. Die verhältnissmässig kurze Frist von drei Jahren ist auf Verlangen der uruguayischen Regierung vereinbart worden, welche nach Ablauf der Handelsverträge mit Italien und Grossbritannien im Jahre 1896 in ihren handelspolitischen Entschliessungen freie Hand zu haben wünscht. || Der Vertrag hat in Uruguay bereits die Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam (1893)*.

Nr. 10430. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Frankreich schlägt die Neutralisation Siams vor.

Foreign Office, April 3, 1889.

My Lord, || The French Ambassador called upon me to-day, by appointment, to make a proposal for the neutralization of Siam. He stated, that the French Government had a twofold object in view. They wished to establish a strong independent Kingdom of Siam, with well-defined frontiers on both sides; and they desired to come to an arrangement by which a permanent barrier might be established between the possessions of Great Britain and France in the Indo-Chinese Peninsula. Such an arrangement would be advantageous to both countries, and would prevent the complications which otherwise might arise between them. || It would be necessary, in the first instance, that the frontier between Cochin China and Siam should be fixed, and Her Majesty's Government would no doubt desire a settlement of the boundaries of Burmah. || As regarded the frontier of Cochin China, the French Government did not wish to extend it to Luang Prabang, but they would propose to draw a line from a point nearly due east of that place southwards to the Mekong, and below that point to make the river the dividing line between the two countries until it entered the territory of Cambodia. They considered, that, both on the French and English side, the boundaries of Siam should be defined up to the Chinese frontier. || I said, that, while fully sympathizing with the general objects indicated by his Excellency, I was unable, without fuller particulars as to the contemplated arrangements, to express an opinion on his proposals, but that I would have the question examined, and

Nr. 10430.
England,
3. April 1889.

*) Die nachfolgenden Dokumente sind entnommen dem englischen Blaubuche "Siam, Nr. 1 (1894)." Vgl. Nr. 1074 bis Nr. 10399.

Nr. 10430. that I should be glad if he could let me have more exact details as to the
 England. proposed line of frontier between Cochin China and Siam.
 3. April 1889.

Salisbury.

Nr. 10431. ENGLAND. — Der englische Minister des Auswärtigen
 an den französischen Botschafter. — Die Grenzen
 Siams.

Foreign Office, August 27, 1889.

Nr. 10431. M. l'Ambassadeur, || I have been in communication with the India Office
 England. with regard to the proposal for the neutralization of Siam which was made
 27. Aug. 1889. to me by your Excellency on the 3rd April last. || Her Majesty's Government
 are favourably inclined to such an arrangement, by which a strong independent
 Kingdom of Siam, with well-defined frontiers, would be established. || As I
 understood your Excellency's proposal, it requires as a first step a settlement
 of the boundaries of Siam in the direction of China, Cochin China and of
 Burmah. || I have now the honour to forward to your Excellency a map which
 has been supplied to me by the India Office, and which shows the approximate
 boundaries of Siam towards the north-west and north, such as they have
 hitherto been considered to exist. The western boundary of Siam has been
 absolutely demarcated as far as the northern limit of British possessions
 previous to 1885. || On hearing from your Excellency what are the views of
 the French Government as to the limits of Siam on the east and north-east,
 I shall be happy to consider with you what is the next step that should be
 taken for the purpose of carrying your proposal into effect. || I understand
 the object which your Excellency has in view is to determine what shall be
 the definition of the words "Empire of Siam," if they should become the sub-
 ject of any agreement between the two Governments, either in the way of
 guarantees or of formal recognition for mutual guidance. || The extent of terri-
 tory claimed by Siam, and the validity of those claims, can, of course, only
 be determined in communication with the Government of Siam itself.

Salisbury.

Nr. 10432. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die indische
 Regierung. — Frankreich will die englische und fran-
 zösische Machtsphäre durch den Mekong begrenzen.

Foreign Office, February 16, 1892.

Nr. 10432. Sir, || The French Ambassador, in the course of conversation to-day,
 England. alluded to Lord Lamington's speech in the House of Lords on the moving of
 16. Feb. 1892. the Address. He said, that its terms, though they had not been referred to
 subsequently in the debate, had excited some notice in Paris, as they were
 directed against a statement made by M. Ribot to the French Chamber.
 M. Ribot had laid down that up to the Mekong French influence had been
 extended, and this claim Lord Lamington had characterized as an undue

display of French ambition. || He then said, that he had mentioned it for the purpose of making an unofficial suggestion. His Government were of opinion that in order to avoid further differences between the two Powers, it might be advantageous that each Power should bind itself to the other not to extend its influence beyond the Mekong. Neither Power had yet advanced practically to the banks of that river; but this engagement would prevent either Power suspecting the other of desiring to encroach upon what was essentially Siamese territory. I objected, that such an engagement would have the appearance of giving respectively to the French and English Governments territory which did not belong to the other of the two Powers, and was therefore not at its discretion to assign. He said, that that was not his intention. He did not propose any engagement of a positive character; he did not propose, that either Power should recognize the other as advancing as far as the banks of the Mekong; he only proposed the negative engagement, that each Power should bind itself to the other not to cross that river. I said, that the proposal was one of which it was impossible for me to judge without consulting Departments immediately concerned, and that I would communicate his suggestion to the India Office without delay.

Nr. 10432.
England.
16. Feb. 1892.

Salisbury.

Nr. 10433. ENGLAND. — Indische Regierung an das Auswärtige Amt. — Frankreich soll seine Vorschläge näher auseinandersetzen.

India Office, April 5, 1892.

(Extract.) || I am desired by Viscount Cross to state, for the information of the Marquis of Salisbury, that the Government of India observe that the proposal submitted by the French Ambassador in regard to the Mekong appears to them sure to be misinterpreted as anticipated by the Secretary of State for Foreign Affairs. || Lord Lansdowne's Government further remark, that Kyaing Chaing has not been transferred to Siam, and, if the offer of this State be declined by Siam, the Indian Government will find themselves in possession of territory on the eastern side of the Mekong River. || In these circumstances, the Viceroy of India strongly advises that for the present we should confine ourselves to an expression of our desire to respect the integrity of Siam, and of our readiness to examine the French Ambassador's proposal when it has been more fully explained.

Nr. 10433.
England.
5. April 1892.

Nr. 10434. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die englische Botschaft in Paris. — Frankreich wiederholt seine Vorschläge.

Foreign Office, May 10, 1892.

My Lord, || M. Waddington called at the Foreign Office to-day, and as-
Staatsarchiv LVI.

Nr. 10434.
England.
10. Mai 1892.

Nr. 10434. England. 10. Mai 1892. ked me again for an answer from the Indian Government with regard to his proposal respecting the Mekong River, which I described in my despatch to Mr. Egerton of the 16th February last. || His Excellency repeated the substance of his original proposal, viz., that the Upper Mekong should be a boundary across which neither the French to the westward nor the British to the southward should extend their respective spheres of influence. || M. Waddington explained, that he did not by this mean to say that the present sphere of influence either of France or Great Britain actually extends up to the Mekong at the present moment. || His proposal was not an assertion of present rights, but, as he expressed it, a prophylactic. || I promised his Excellency, that I would solicit an answer from the Government of India on the subject.

Salisbury.

Nr. 10435. ENGLAND. — Auswärtiges Amt an die indische Regierung. — Frankreich hat seine Vorschläge präzisiert.

Foreign Office, May 14, 1892.

Nr. 10435. England. 14. Mai 1892. Sir, || With reference to your letter of the 5th April last, I am directed by the Marquis of Salisbury to transmit to you, to be laid before the Secretary of State for India, a copy of a despatch to Her Majesty's Ambassador at Paris, recording a further conversation with the French Ambassador at this Court respecting his proposal that the Mekong River should form the limit of British and French influence in the districts adjacent to it. || It will be seen that M. Waddington worded his proposal somewhat more definitely on this occasion, limiting it to the Upper Mekong, and suggesting an engagement that the French should in no case extend their sphere of influence to the westward of the river, nor the British to the southward of it. || Lord Salisbury has promised to endeavour to obtain an answer from the Government of India to this proposal, and he would be glad if Viscount Cross could favour him with an opinion as to the terms of the reply. || If the proposal is still considered in any respect to be ambiguous, his Lordship will be glad to know what are the points on which a fuller or more definite statement is desired. || If the Government of India desire its rejection, Lord Salisbury will be ready to consider carefully any suggestions as to the grounds on which a refusal could be founded. || He would, however, deprecate a merely evasive answer, as likely to induce the belief that Her Majesty's Government have designs on the other side of the river, and that speedy action on the part of France is necessary to secure for her a share in the contemplated annexation.

T. H. Sanderson.

Nr. 10436. ENGLAND. — Indische Regierung an das Auswärtige Amt. — Ablehnung der französischen Vorschläge.

India Office, May 27, 1892.

Nr. 10436.
England.
27. Mai 1892.

Sir, || I am desired by Viscount Cross to acknowledge the receipt of your letter of the 14th May relative to M. Waddington's amended proposal that the Upper Mekong should form the limit of British and French influence in the districts adjacent to it, the French engaging in no case to extend their sphere of influence to the westward of the river, nor the British to the southward of it. || 2. In reply, I am desired by his Lordship to submit the following observations for the consideration of the Marquis of Salisbury: The State of Kyaing Chaing (a dependency of Kyaington, itself a feudatory of the Indian Government) lies astride of the Mekong; this State has been offered to Siam as a part of the proposals for the demarcation of the northern frontier of Siam. It is not yet known if Siam will accept the offer. If it is accepted, it is further in contemplation to negotiate with China for the delimitation of the northern frontier of Kyaing Chaing and the Siamese Province of Luang Prabang, where these frontiers abut on Kiang Hung, a State which had feudal relations with Burmah, but which the Government of India proposes to leave to China. On the other hand, if Siam declines the offer of Kyaing Chaing, that State, which is intersected by the Mekong, will continue to be under British protection. Consequently, for the present, and until the arrangements as to demarcation above alluded to are completed, the exercise of British influence cannot be restricted to the territory lying west of the Mekong. || 3. I am to observe, in this connection, that M. Waddington's proposal in regard to the south of the Mekong seems to be made without reference to the course of the river at the point where our interests at present lie. We might advance to the east of it, but not, from our present position, to the south of it. || 4. Adhesion to the engagement suggested by the French Ambassador would, it is believed, prove an embarrassment to Her Majesty's Government, inasmuch as it would interpose difficulties in promoting the demarcation between Siam and China of the Trans-Mekong tracts above specified, while it appears to imply that France, which is still at a considerable distance from the Upper Mekong, might advance in that direction from Tonquin without being exposed to any remonstrance from Her Majesty's Government in consequence of the acceptance of the engagement now proposed. The engagement would thus seem to fetter the action of Her Majesty's Government in certain contingencies, while it would tend to facilitate the progress of the French westwards from Tonquin whenever they may determine to advance their borders. || 5. In these circumstances, I am desired to state that Lord Cross sees no advantage, from an Indian point of view, in acceding to the proposal made by M. Waddington, inasmuch as British influence does extend up to the Mekong by reason of the Kyaington State having placed itself under British protection.

Horace Walpole.

Nr. 10437. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Frankreich kommt auf seinen Vorschlag zurück.

Foreign Office, October 26, 1892.

Nr. 10437,
England.
26. Okt. 1892.

My Lord, || The question of the delimitation of French and British spheres of influence in Indo-Chinese territories was raised by the French Ambassador during an interview which I had with his Excellency this afternoon. He told me, that he had suggested to Lord Salisbury that the limit between the two spheres should be the Mekong River. Lord Salisbury was inclined to agree to this proposal, but had referred it to the India Office for observations. This was six months ago, and since then nothing further had passed on the subject. || I informed M. Waddington, that the matter had not been brought to my notice, but that I would lose no time in making inquiries at the India Office.

Rosebery.

Nr. 10438. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Die Abgrenzung der Interessensphären.

Foreign Office, December 23, 1892.

Nr. 10438.
England.
23. Dec. 1892.

M. l'Ambassadeur, || I have been in communication with Her Majesty's Secretary of State for India on the proposal which your Excellency made to me in conversation on the 26th October last for a definition of the British and French spheres of influence in the districts adjacent to the Upper Mekong River. The view of your Government, as I understand it, is that the two Powers should bind themselves to one another not to extend their influence beyond that river. || In reply, I am able to inform your Excellency that Her Majesty's Government have recently come to an arrangement with that of Siam with regard to the frontier between Burmah and Siam. As a part of this settlement, Great Britain has proposed that Siam should exercise exclusive jurisdiction over the State of Kyaing Chaing which lies on both sides of the Mekong, and over which the State of Kyaington once had rights. This offer has been accepted by the Siamese Government. || The State of Kyaington itself, which has accepted British protection, extends up to the Mekong only in one portion of its frontier, and in this part of its course the river will form the boundary between the British Protectorate and the Siamese dominions. But nowhere will the British possessions or Protectorate under the recent arrangement extend beyond the River Mekong. || Her Majesty's Government are also engaged in discussing with China a delimitation of the frontier between that country and Burmah. The proposals made by Her Majesty's Government involve a transfer to China, on certain conditions, of the rights over the Province of Kiang Hung, which Great Britain has acquired in virtue of the annexation of Burmah. || A joint British and Siamese Commission is at

the present moment engaged in marking the frontier agreed upon between the two countries. If a settlement of the frontier with China on the proposed terms is arrived at, Her Majesty's Government further contemplate offering their assistance to Siam for the demarcation of the northern frontier of the Province of Kyaing Chaing, which will be in immediate contiguity to the Chinese dominions, and they think it would be to the general advantage that the demarcation should be continued with similar assistance along the northern frontier of the Siamese Province of Luang Prabang so far as it abuts on Chinese territory. || The above explanations of the intentions of Her Majesty's Government will, I trust, be entirely satisfactory to your Government; but Her Majesty's Government doubt whether, under present circumstances, a specific engagement between France and Great Britain of the nature suggested by your Excellency would be advisable. || It would be open to misconstruction, and would, in their opinion, be more likely to excite alarm and suspicion on the part of Siam, than to reassure her as to the intention of the two Powers to respect her integrity.

Nr. 10438.
England.
23. Dec. 1892.

Rosebery.

Nr. 10439. FRANKREICH.—Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Das englisch-siamesische Abkommen widerspricht der Erklärung Salisburys und Roseberys, dass Englands Einfluss den Mekong nicht überschreiten werde.

Londres, le 22 Février, 1893. (February 23.*)

M. le Comte, || Le 26 Octobre dernier, j'ai eu l'honneur de vous rappeler les pourparlers engagés par moi avec votre prédécesseur en vue d'établir un accord touchant la situation respective de la France et de l'Angleterre en Indo-Chine, et j'ai demandé à votre Seigneurie de vouloir bien me confirmer les dispositions qu'avait témoignées à ce sujet M. le Marquis de Salisbury et qui ont toujours été favorables à l'idée de limiter la zone d'influence de nos deux pays dans cette partie du monde. || Le 23 Décembre suivant, vous avez bien voulu m'adresser par écrit votre réponse et me déclarer que, nulle part, les possessions ou le Protectorat de la Grande-Bretagne ne s'étendraient au delà du Mékong. || Je suis chargé par mon Gouvernement de prendre acte de cette déclaration et je n'aurais qu'à en remercier votre Seigneurie, puisque la limite que vous voulez bien assigner à l'extension à venir de l'autorité Anglaise en Indo-Chine est celle-là même que nous nous étions spontanément déclarés prêts à reconnaître et que votre prédécesseur a accepté. Mais votre Seigneurie ajoute à ces assurances des indications qui, permettez-moi de vous le dire, nous ont causé la plus vive surprise. || En effet, vous voulez bien me faire savoir qu'après avoir suivi avec nous les pourparlers dont j'ai fait men-

Nr. 10439.
Frankreich.
22. Feb. 1893

*) Die in Klammern gesetzten Daten geben das Datum des Empfanges an. Anm. der Red.

Nr. 10439.
Frankreich.
22. Feb. 1893.

tion, c'est avec le Siam que le Gouvernement Britannique a conclu un arrangement dont vous me faites connaître les points principaux. Cet arrangement, dont nous n'avions reçu aucune notification et que nous ignorions, attribuerait non seulement à l'influence Anglaise les territoires situés sur la rive droite du Haut Mékong, mais il porterait même atteinte à notre influence sur la rive gauche où nous avons pourtant expressément et à diverses reprises déclaré que l'action d'aucune Puissance Européenne ne devait, suivant nous, s'exercer en dehors de la nôtre. || Ces indications me paraissent être en contradiction: 1. Avec les déclarations de votre prédécesseur, qui m'a répété plusieurs fois, quand, au cours de ces dernières années, nous avons discuté cette affaire, que l'Angleterre était encore loin d'atteindre au Mékong et par conséquent m'a donné implicitement l'assurance que la question ne pouvait pas se trouver préjugée au cours même de nos pourparlers. || 2. Avec les déclarations qu'a bien voulu me faire votre Seigneurie elle-même, dans sa communication précitée. En effet, si l'Angleterre déclare borner à la rive droite du Mékong ses prétentions, elle ne peut en même temps, semble-t-il, se disposer à exercer son influence ou son intervention sur la rive gauche. C'est pourtant ce qui se produirait si le Gouvernement de Sa Majesté la Reine donnait suite aux projets dont m'entretient votre Seigneurie et d'après lesquels il songerait à offrir son assistance au Siam pour le réglément d'une question de délimitation entre cet État et l'Empire Chinois, à l'est du Mékong.

Ce résultat serait en opposition absolue avec les préoccupations qui avaient engagé le Gouvernement de Sa Majesté la Reine et celui de la République dans des pourparlers dont nous étions fondés à considérer le principe comme hors de toute contestation et dont le but était précisément d'écartier à l'avance et d'un commun accord, par un arrangement précis, toute possibilité d'un conflit d'influence entre nos deux pays dans ces régions. Pour ce qui nous concerne, notre préoccupation dès l'origine, il n'est pas inutile de le rappeler en ce moment, a été, en outre, de sauvegarder l'indépendance et la neutralité du Siam. C'est dans cette vue que nous avons proposé d'abord de réserver à cet État des contrées s'étendant au sud de la frontière Chinoise, entre la Salouen et le Mékong d'une part, entre le Nam Hou et le Mékong d'autre part, notre renonciation à toute influence sur les territoires situés à l'ouest du Nam Hou ayant pour contre partie la renonciation de l'Angleterre aux territoires situés à l'est de la Salouen. Nous avons plus tard, dans un but de simplification et pour hâter, dans l'intérêt commun, une solution, nous avons proposé de substituer à nos propositions premières un projet par lequel les deux pays auraient borné leur sphère d'influence au Mékong, mais les deux pays également. Lord Salisbury de son côté m'a déclaré plusieurs fois qu'il était personnellement favorable à cette proposition. Quant à nos dispositions et à notre manière de voir concernant la garantie des intérêts du Siam, nous ne les avons modifiées en rien. || Les offres d'assistance que ferait à cette Puissance le Gouvernement Britannique auraient donc incontestablement le carac-

tère d'une immixtion que nous étions d'accord pour prévenir et qui motiverait par conséquent une protestation formelle de notre part. || Aussi je veux espérer, M. le Comte, que vous voudrez bien me mettre en mesure d'adresser à mon Gouvernement les éclaircissements qui lui sont nécessaires sur ce point et, en même temps, que vous verrez comme moi tout avantage à reprendre le plus tôt possible les pourparlers commencés entre votre prédécesseur et moi et à les conclure par un accord définitif. Ces négociations ne sauraient, pensons-nous, être interprétées comme impliquant un danger pour le Siam; car elles ont toujours eu à nos yeux et devront conserver pour base la nécessité d'assurer l'indépendance de cet État.

Waddington.

Nr. 10440. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Frankreich behauptet, die Ostseite des Mekong gehöre nicht zu Siam.

Foreign Office, March 8, 1893.

My Lord, || M. Waddington spoke to me to-day on the subject of the Mekong River and the boundaries of Siam. I pointed out to his Excellency that there seemed to be one initial difficulty. || It was that the Mekong appeared to run through Siam, and that we could hardly say that one part of Siam was under British influence and another part under French. || M. Waddington rejoined, that his Government did not admit that any part of Siam lay on the left bank of the Mekong, but regarded the country lying on that side as belonging to Annam. || I could not conceal my surprise at this communication.

Rosebery.

Nr. 10441. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. — Ablehnung des französischen Vorschlages über die Begrenzung der Interessensphären.

Foreign Office, April 3, 1893.

M. l'Ambassadeur, || The note which your Excellency did me the honour to address to me on the 22nd February, with regard to respective spheres of influence of Great Britain and France in the vicinity of the Upper Mekong River, has received the careful attention of Her Majesty's Government. || I must be allowed, in the first place, to correct what appears to be a misapprehension of the tenour of my note of the 23rd December, though it may perhaps be only an inaccuracy of expression. || I did not in that note "declare," as your Excellency says, "that nowhere would the possessions of the Protectorate of Great Britain extend beyond the Mekong." || What I stated was that, under the recent arrangement between Great Britain and Siam, the Mekong would

Nr. 10441.
England.
3. April 1893.

in a part of its course form the boundary between a British Protectorate and the Siamese dominions, but that nowhere would the British possessions or Protectorate under that arrangement extend beyond that river. || In this paragraph of my note I was therefore only dealing with the arrangement concluded between Great Britain and Siam. || In the next paragraph of the note I stated, that Her Majesty's Government were proposing to transfer to China, on certain conditions, the rights over the Province of Kiang Hung, which Great Britain has acquired in virtue of the annexation of Burmah. || There can be no doubt as to the existence of these rights any more than of the rights formerly possessed by Kyangton over the State of Kyaing Chaing, and although Her Majesty's Government are willing to cede them to China on certain conditions, as they have already agreed to cede Kyaing Chaing to Siam, they cannot consent to their being ignored or denied pending the conclusion of an arrangement. If these arrangements with China and Siam be effected the British possessions or Protectorate will, as a matter of fact, here as elsewhere not extend beyond the Mekong. || In ceding to Siam territory to the east of the Mekong, and the eastern portion of which is surrounded by other Siamese possessions, Her Majesty's Government are retrenching the area of the British Protectorate; but it is obvious that if Siam should at any time abandon the district of Kiang Chaing, the rights of the British Crown in regard to the whole of that district, whether lying to the east or the west of the Mekong, would revive. || In any case, Her Majesty's Government cannot consider that any other Government could have any sufficient ground for objecting to the participation of Great Britain in the demarcation of the frontier between Kiang Hung and Kyaing Chaing. || Nor do they think, that such objection could be taken to her affording assistance for the further demarcation of the frontier between districts in the sole possession of China and Siam, if this were desired by the two Powers principally concerned. || But as regards this latter point, I did not go further in my note of the 23rd December than to express a belief that assistance of this description would be to the general advantage. Her Majesty's Government have reason to believe, that the participation of a third Power in the demarcation of the boundaries between countries in the sole possession of China and Siam would be unpalatable to the Chinese Government, and they do not, therefore, intend to make any proposal on the subject. || I have not found in the archives of this Department any record of the assurances which your Excellency states, that you received from Lord Salisbury that he was personally favourable to the proposal that Great Britain and France should declare that their respective spheres of influence should be limited by the Mekong River. I presume, however, that these statements were simply informal expressions of a prima facie and purely personal opinion, for I find in his Lordship's despatch to Her Majesty's Minister at Paris, recording the conversation which he had had with you on the 16th February, 1892, and in which you first brought the proposal forward, the following observation: "I

said that the proposal was one of which it was impossible for me to judge without consulting Departments immediately concerned, and that I would communicate his suggestion to the India Office without delay." || Nor have I been able to find any official record of the previous proposal of the French Government now mentioned by you, to reserve to Siam countries extending to the south of the Chinese frontier, between the Salween and Mekong on one side and between the Nam Oo and Mekong on the other. || I find a record of a conversation between your Excellency and Lord Salisbury on the 3rd April, 1889, in which you made unofficially a proposal for the neutralization of Siam, and stated the desire of the French Government to establish that country as a strong independent kingdom, with well-defined frontiers on both sides, by which a permanent barrier might be established between the possessions of Great Britain and France in the Indo-Chinese Peninsula.

Nr. 10441.
England.
3. April 1893.

Your Excellency went on to say: || "It would be necessary, in the first instance, that the frontier between Cochin China and Siam should be fixed, and Her Majesty's Government would no doubt desire a settlement of the boundaries of Burmah. || As regarded the frontier of Cochin China, the French Government did not wish to extend it to Luang Prabang, but they would propose to draw a line from a point nearly due east of that place southward to the Mekong, and below that point to make the river the dividing-line between the two countries until it entered the territory of Cambodia. They considered that, both on the French and English side, the boundaries of Siam should be defined up to the Chinese frontier." || Lord Salisbury adds: || "I said that, while fully sympathizing with the general objects indicated by his Excellency, I was unable, without fuller particulars as to the contemplated arrangements, to express an opinion on his proposals, but that I would have the question examined, and that I should be glad if he could let me have more exact details as to the proposed line of frontier between Cochin China and Siam."

On the 27th August following, Lord Salisbury addressed to your Excellency a note, in which he stated that Her Majesty's Government were favourably inclined to such an arrangement as you had proposed, by which a strong independent Kingdom of Siam with well-defined frontiers will be established. He forwarded a Map showing the approximate boundaries of Siam towards the north-west and north, such as they had hitherto been considered by Her Majesty's Government to exist, and stated that, on hearing from you what were the views of the French Government as to the limits of Siam on the east and north-east, he should be happy to consider with you what step should next be taken for carrying your proposal into effect. He added, that the extent of territory claimed by Siam and the validity of those claims could, of course, only be determined in communication with the Government of Siam itself. || No answer has been received to this note, and Her Majesty's Government have never been placed in possession of the views of the French Government as to the limits of Siam on the east and north-east. They are only aware

Nr. 10441.
England.
3. April 1893.

from the tenour of your Excellency's communication of the 3rd April, 1889, above referred to, that the French Government did not claim to extend the frontier of Cochin China so far as the Mekong, in the neighbourhood of Luang Prabang, and that they further considered that the boundaries of Siam did extend up to the Chinese frontier, and should be defined up to it. || Her Majesty's Government have not attempted to express an opinion, or to enter into any discussion on the question of the proper frontier of Siam towards the French possessions. But they do not consider it admissible, and they scarcely conceive that the French Government can wish to propose, that the two Governments should assume exclusive spheres of influence in territory which actually belongs or which may hereafter be assigned to Siam, and that their respective interests in the independence and integrity of that kingdom should be divided by the Mekong River. Such an arrangement has, as far as I am aware, no precedent in international practice, and seems at variance with the principle of the national independence of Siam, which both Governments wish to preserve. || As regards territories outside of Siam, Great Britain, as I have already explained, has acquired certain rights to the east of the Mekong in virtue of her annexation of Burmah and her Protectorate of Kyangton. Some of those rights Her Majesty's Government have arranged to cede to Siam, and the others they are proposing to cede on certain conditions to China. They have frankly explained their intentions to the French Government, who will see that they are not of a nature to give rise to uneasiness or jealousy on the part of France. But until these arrangements are completed, and they are furnished with some more definite explanations of the views of the French Government with regard to the frontiers of Siam on the east and north-east, it does not seem to them that there is a sufficiently clear basis for a formal engagement between the two Governments with regard to their respective interests and spheres of influence in these regions.

Rosebery.

Nr. 10442. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Bangkok. — England kann nicht zwischen Frankreich und Siam interveniren.

Foreign Office, April 12, 1893.

Nr. 10442.
England.
12. April 1893.

Sir, || I received on the 7th instant a pressing request for an interview from the Siamese Minister. || As I was unfortunately unable to receive the Minister, Mr. Verney, the English Secretary of the Siamese Legation, called in the course of the afternoon, and communicated a telegram from the Siamese Minister for Foreign Affairs, of which the following is the substance:— || The modus vivendi proposed by Siam has been refused by France, who insists upon the withdrawal of the Siamese military and official posts east of the Mekong. In their place Annamite posts will be set up, and the French claims will be pushed forward as far as possible. || The Siamese Government are

unable to grant the terms asked, but will be ready to submit the matter to international arbitration. || The French gun-boat now at Bangkok evidently intends to remain there, and another gun-boat now on the way is expected to arrive on the 8th instant. || Although friendly intentions towards Siam are professed, there is every appearance of forcing unacceptable terms upon the Siamese Government by menaces. Negotiations between the two parties are still pending, but the Siamese Government are determined to resist to the utmost. || The present state of affairs is much more serious than was anticipated, and the Siamese Government are anxious lest excitement should be caused by the presence of French gun-boats at Bangkok and in the centre of trade, and thus injure the interests of all nations concerned. || The Siamese Minister was instructed to see me at once, and ascertain the attitude of Her Majesty's Government. || Mr. Verney called again on the 10th instant, and repeated the Minister's request for an interview. He stated, that a fresh telegram had been received from the Siamese Government to the effect that it was urgent that a protest against the proceedings of the French should at once be presented. || My answer to these communications was to the effect that I regretted sincerely to hear that the relations between France and Siam had assumed so unsatisfactory an aspect, but that I doubted whether the intervention of Her Majesty's Government would tend to improve matters. Arbitration could, of course, only be resorted to if both parties agreed to accept it. It was equally a matter of experience that mediation was rarely, if ever, successful unless both parties desired it, and that an unsuccessful attempt at mediation tended only to embitter the dispute. The Minister must be aware of the unfounded allegations in the French press, that the British Government had, for purposes of their own, been encouraging the Siamese Government to assume an aggressive attitude towards France. These statements and suspicions, however groundless, made it unlikely that representations by Her Majesty's Government on behalf of Siam would tend to allay any irritation which might exist on the part of the French Government. || I thought, therefore, that it would be more prudent if the Siamese Minister refrained from asking for an official interview, which was sure to be noticed in the press, and confined himself to informal communications through Mr. Verney. As regards the protest mentioned in the telegram, it seemed to me that it must be to the French Government that it was to be presented. In the event of its being disregarded, the Siamese Government had still the alternative of appealing generally to all the friendly Powers with whom Siam is in diplomatic relations; but before taking so serious a step they would, I thought, do wisely to warn the French Government of their intention. || I have suggested, that it would be desirable that I should be made acquainted with the exact nature of the French demands, of which we have at present only the vaguest intimation, and a knowledge of which is essential to the proper consideration of the matter.

Nr. 10442.
England.
12. April 1893.

Rosebery.

Nr. 10443. ENGLAND. — Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Frankreichs Forderungen an Siam.

Bangkok, April 13, 1893. (April 13.)

Nr. 10443.
England.
13. April 1893. (Telegraphic.) || I have received your Lordship's telegram of the 12th instant. || The French demands up to the present time are as follows:—||
1. The immediate evacuation by the Siamese of all the posts established since 1888 on assumed Annamite territory. || 2. The immediate release of a Siamese subject who was put into prison by the Siamese Government in 1890 for having raised the French flag on assumed Annamite territory. || 3. The payment to certain French traders of heavy compensation on account of losses which they allege they have sustained owing to the action of Siamese officials in the provinces in the interior. Still, I am inclined to believe that the recent seizures effected by the French on the Lower Mekong will allow them to remain satisfied for the present.

Nr. 10444. ENGLAND. — Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Siam's Vorschläge.

Bangkok, April 14, 1893. (14. April.)

Nr. 10444.
England.
14. April 1893. (Telegraphic.) || I have the honour to report, in continuation of my preceding telegram on the questions at issue between France and Siam, that the Siamese continue to maintain their original proposals, viz.:— || 1. The provisional neutralization of the belt of territory within which the frontier common to both countries will be determined. || 2. Actual occupation, modified by such prior rights as may be proved by either one party or the other, shall constitute the basis of possession. || 3. A reference to international arbitration of all questions which it shall be found cannot be possibly settled otherwise. || The French gun-boat sent to Bangkok in the first instance still remains here.

Nr. 10445. ENGLAND. — Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich besteht auf seinen Forderungen.

Bangkok, April 24, 1893. (April 24.)

Nr. 10445.
England.
24. April 1893. (Telegraphic.) || I have the honour to state to your Lordship, that the Siamese Government have been informed by the French Minister that his Government decline to entertain proposed arbitration or to remove their gun-boat from Bangkok before the Siamese comply with their demands. || The Siamese Government are disposed to invite the United States' Government to mediate between them and the French Government.

Nr. 10446. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Bangkok. — Siam soll vorsichtig vorgehen.

Foreign Office, April 24, 1893.

(Telegraphic.) || Referring to your telegram of this day's date respecting the relations between France and Siam, you should take an opportunity of urging prudence on the Siamese Government, and should impress upon them the necessity of abstaining from any action whereby a rupture with France might be precipitated.

Nr. 10446.
England.
24. April 1893.

Nr. 10447. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Die Erklärungen Roseberys über die Begrenzung der Interessensphären widersprechen denen Salisburys.

Londres, le 30 Avril, 1893. (May 3.)

M. le Comte, || Il appartiendra à mon successeur de continuer avec votre Seigneurie les négociations relatives aux sphères respectives d'influence de la France et de l'Angleterre; mais, avant de quitter cette Ambassade, il est de mon devoir de vous signaler quelques inexactitudes qui se sont glissées dans votre dépêche du 3 Avril dernier. || Votre Seigneurie m'écrit qu'elle n'a pas trouvé dans les archives de son Département la trace de la proposition que j'avais faite à Lord Salisbury de réserver au Siam les territoires au sud de la frontière Chinoise entre la Salouen et le Mékong, d'un côté, et entre le Mékong et le Nam Hou de l'autre. Cette proposition a été faite au cours d'un long entretien que j'ai eu avec Lord Salisbury le 4 Avril, 1889, entretien que j'ai consigné par écrit en sortant du Foreign Office en ces termes: — || "Comme vous êtes maîtres de l'embouchure de la Salouen, nous proposons que ce fleuve, qui constitue déjà sur une partie de son cours la frontière entre vous et le Siam, le soit dans toute son étendue vers le nord. D'autre part, comme la France est maîtresse des bouches du Mékong, nous proposons pour frontière orientale du Siam le cours de ce fleuve depuis la limite du Cambodge jusqu'à un point à déterminer en aval de Luang Prabang. Cette ville, avec un territoire à déterminer, ferait partie du Siam, et la frontière suivrait ensuite le cours du Nam Hou vers le nord jusqu'à sa rencontre avec la frontière Chinoise." || C'était donc un très grand territoire que nous nous proposons à cette époque de confier au Siam, territoire alors occupé par une foule de tribus plus ou moins barbares et indépendantes; je l'indiquai à Lord Salisbury sur une Carte du Foreign Office qui était déployée devant nous. || Ces premiers pourparlers n'ayant pas abouti, la négociation ne fut sérieusement reprise que le 16 Février, 1892, et alors je proposai pour la première fois formellement à Lord Salisbury de prendre pour limite de nos zones respectives d'influence le cours même du Mékong qui coupe en deux le territoire qu'il était question d'attribuer d'une façon générale au Siam. || Lord Salisbury me

Nr. 10447.
Frankreich.
30. April 1893.

Nr. 10447.
Frankreich.
30. April 1893. répondit que l'idée méritait un examen sérieux, et qu'il en parlerait à son collègue des Indes. || Le 11 Mai, 1892, j'eus une nouvelle conversation avec votre prédécesseur sur le même sujet. Il me dit alors qu'il était personnellement favorable à l'adoption de la ligne du Mékong, mais qu'il n'avait pas encore reçu le rapport du Ministre des Indes, et il a ajouté: — || "Comme nous sommes encore fort loin du Mékong, mon collègue des Indes ne regarde pas probablement la question comme bien urgente." || Vous trouverez, sans doute, dans les archives du Foreign Office les notes de Lord Salisbury sur ce dernier entretien. || Depuis lors je n'ai plus eu occasion de reprendre le sujet avec lui en détail; mais plusieurs fois il m'exprima incidemment une opinion favorable à la proposition que j'avais faite. Waddington.

Nr. 10448. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die französische Botschaft in London. — Die Unterhandlungen zwischen Waddington und Salisbury über die Abgrenzung der Interessensphären.

Foreign Office, May 12, 1893.

Nr. 10448.
England.
12. Mai 1893. M. le Chargé d'Affaires, || I have the honour to acknowledge the receipt of the note addressed to me by M. Waddington on the 30th ultimo respecting certain communications which had passed between his Excellency and my predecessor on the respective spheres of influence of Great Britain and France in the neighbourhood of the Mekong, and which his Excellency considers to be incorrectly described in my note of the 3rd of that month. || M. Waddington refers in the first place to a conversation which took place between him and Lord Salisbury on the 4th April, 1889, and in the course of which he states that he proposed that the Salween should form the frontier between the British possessions and Siam throughout its course to the north, while the Mekong should form the eastern frontier of Siam from the limits of Cambodia up to a point to be fixed below Luang Prabang, that that place with a certain amount of territory to be determined should belong to Siam, and that the frontier should then follow the course of the Nam Ou northwards up to the Chinese frontier. || I transmit to you herewith a copy of a despatch from Lord Salisbury to the Earl of Lytton, which appears to be a record of this conversation, but which is dated the 3rd April, 1889, and states that the interview had taken place on that afternoon. The terms of M. Waddington's proposal are given somewhat differently, but there is nothing in Lord Salisbury's description of it which conflicts with M. Waddington's statement, and I have only to thank his Excellency for supplying some further particulars which Lord Salisbury omitted to record. || Of the conversation to which his Excellency next refers, and which took place on the 16th February, 1892, I find a record in a despatch to Mr. Egerton of that date, of which I also inclose a copy. Lord Salisbury appears to have understood, that the proposal

made to him on that occasion was put forward unofficially, and not formally, and he states that he spoke of it as one of which it was impossible for him to judge without consulting Departments immediately concerned. || Of the conversation which M. Waddington describes as having taken place on the 11th May, 1892, a record exists in a despatch to the Marquis of Dufferin, dated the previous day, as you will see by the inclosed copy of this despatch. Lord Salisbury does not mention, that he offered any opinion on the proposal. M. Waddington states, that Lord Salisbury on this and other occasions expressed himself as personally favourable to it; but I understand that Lord Salisbury does not himself recollect having said more than that an arrangement on the subject between the two Powers was desirable. In any case it would be very natural, that his Lordship should have thought it unnecessary to place on official record an observation of this nature which could have no ground or binding effect, as he had made it clearly understood that a decision could only be taken after the views of the Secretary of State for India had been received and considered. || I think it will be clear from the above that, with the exception of a slight and unimportant discrepancy as to the exact days on which two of the conversations took place, the account of them given in Lord Salisbury's despatches and in my note of the 3rd ultimo substantially agrees with that given by M. Waddington, although certain details were wanting which I am obliged to his Excellency for supplying.

Rosebery.

Nr. 10449. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den englischen Minister des Auswärtigen. — Zusammenstoss zwischen Frauzosen und Siamesen.

Paris, May 16, 1893. (May 16.)

(Telegraphic.) || News from the Mekong has just been received by the Siamese Government that many Annamite soldiers and some French officers have been killed in a fight which took place on the Mekong on the 3rd instant. Loss on the Siamese side inconsiderable. || French officer in command, Captain Thoreux, a prisoner, but well treated. || The French Minister for Foreign Affairs had received no confirmation of this late last night. Report emanates from a Bangkok telegram to Siamese Legation here.

Nr. 10449.
England.
16. Mai 1893.

Nr. 10450. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam soll den Bruch mit Frankreich vermeiden.

Foreign Office, June 4, 1893.

(Telegraphic.) || Private information has reached me from Paris to the effect that the Siamese have refused the demands made on them by the French Government, and that it is probable that the Siamese Minister in Paris will

Nr. 10450.
England.
4. Juni 1893.

Nr. 10450.
England.
4. Juni 1893. demand his passports. || You should urge the Siamese Government, if any opportunity occurs, to consider how extremely important it is to avoid a breach of friendly relations between the two countries. || The Siamese Government can surely have no grounds for refusing the demand made by France that they should use their best endeavours to obtain the liberation of the French officer who was taken prisoner, if it be true, as they assert, that the encounter occurred in territory over which they claim that their authority extends, and was in opposition to their wishes and instructions.

Nr. 10451. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den englischen Minister des Auswärtigen. — Ermordung Grosgurins durch Siamesen.

Paris, June 17, 1893, 12.50 P.M. (June 17, 3 P.M.)

Nr. 10451.
England.
17. Juni 1893. (Telegraphic.) || Following appeared in this morning's press from the Governor-General of French Indo-China: —

“Do-Son, 15 Juin, 6.20 soir.

Je vous signale une trahison dont s'est rendu coupable le Mandarin Siamois qui occupait le poste de Cam-Mon. Sur l'injonction du Résident Luce il avait remis ses fusils et regagnait le Mékong, reconduit par l'Inspecteur de la Milice Grosgurin, qui le protégeait contre la vengeance des habitants, s'en remettant aux deux Gouvernements du soin de régler la question. Arrivés à King Kien l'Inspecteur Grosgurin étant tombé malade, le Mandarin a fait venir d'Houtène, sur la rive droite du Mékong, une bande de Siamois armés qui ont cerné la maison de l'Inspecteur et massacré les quatorze miliciens de son escorte. Lui-même d'un coup de revolver a assassiné dans son lit l'Inspecteur qui y était cloué par la maladie.”

Nr. 10452. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Siam will Genugthuung für die Ermordung Grosgurins geben.

Bangkok, June 19, 1893. (June 19).

Nr. 10452.
England.
19. Juni 1893. (Telegraphic.) || With reference to the reported massacre of M. Grosgurin, a French officer, with fourteen Annamites at Kammuen, M. Pavie now demands satisfaction from the Siamese Government. || The latter are willing to make reparation if the French account of the incident is confirmed; but it rests solely upon the statements of three Annamites who are said to have escaped and the particulars which they give are improbable in many respects. It is impossible to get any news of what really happened in less than a fortnight.

Nr. 10453. ENGLAND. — Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Die französischen Forderungen.

Bangkok, June 19, 1893. (June 19.)

(Telegraphic.) || The proposal of the Siamese Government to send a Special Mission to Paris has been refused by the French Government, who insist that certain personal claims at Bangkok should first be settled. The Siamese Government have replied, that they do not wish to ask for any favour, but merely to obtain a conciliatory solution of all points of dispute between the two countries. They cannot separate these.

Nr. 10453.
England.
19. Juni 1893.

Nr. 10454. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — England hofft, nicht in den französisch-siamesischen Konflikt verwickelt zu werden.

Foreign Office, June 19, 1893.

My Lord, || The French Chargé d'Affaires informed me to-day, that he had written to his Government, pointing out the conciliatory nature of my reply to Lord Lamington's question in the House of Lords respecting Siam. || I observed, in reply, that I had held aloof most carefully from any contact with the question. I appreciated the difficulties which the French Government had to meet, and, bearing them in mind, would certainly consider as confidential the assurance that we should be informed were any new movement of the French fleet intended. All this showed the friendly disposition I desired to evince, for Her Majesty's Government hoped not to be drawn into the question at all. But, of course, our interests in that region were great, and I might, against my will, be obliged to intervene.

Nr. 10454.
England.
19. Juni 1893.

Rosebery.

Nr. 10455. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, June 19, 1893. (June 20.)

My Lord, || During the course of a visit I paid to M. Develle to-day, I touched upon the subject of the occupation of the Island of Samit, reported in the French press. He said, that the island belonged to Cambodia, though from an observation he subsequently made, he seemed to admit that this might be a point open to discussion. He again repeated his assurance, that there was no intention of sending the French fleet to Bangkok. It had been ordered to concentrate off Saigon, in view of late events in Siam, and espe-

Nr. 10455.
England.
19. Juni 1893.

Nr. 10455.
England.
19. Juni 1893.

cially of the recent murder of a French official by the Siamese. The French Government intended to insist upon reparation for that outrage, as well as upon satisfaction in reference to their other subjects of complaint. Under similar circumstances the English Government would not have hesitated for a moment to display equal energy. If, however, the required reparation were refused, it would be necessary to consider what further steps remained to be taken; but even in this contingency I did not understand his Excellency to imply that an advance upon Bangkok was in his mind. || I had already received, through Mr. Phipps, an assurance from the French Foreign Office authorities that any further movements of the French fleet would be communicated to this Embassy or to London.

Dufferin and Ava.

Nr. 10456. **ENGLAND.** — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Offizieller französischer Bericht über den Tod Grosgurins.

Paris, June 27, 1893. (June 28.)

Nr. 10456.
England.
27. Juni 1893.

My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship the text of a telegram, published this day, from the Governor-General of French Indo-China respecting the recent murder of Inspector Grosgurin and his escort in Siam.

E. C. H. Phipps.

Inclosure. Newspaper Extract.

M. Delcassé vient de recevoir de M. de Lanessan le télégramme suivant, qui confirme la trahison de Kenkiec, et fait connaître les circonstances dans lesquelles elle s'est produite: —

“Haiphong, le 25 Juin, 1893.

“Le Résident Luce vient d'arriver. Il m'a confirmé tous les renseignements et toutes les appréciations que je vous avais télégraphiés d'après lui relativement à l'assassinat de l'Inspecteur Grosgurin et au massacre de son escorte. Voici comment les faits se sont passés: — || En abandonnant son poste de Cammon, le Mandarin Siamois remit à M. Luce une lettre où il disait en substance: — || ‘Puisque je suis obligé de quitter ce poste, je vous le remets ainsi que tout son territoire, et, plus tard, nos deux Gouvernements décideront, d'après les cartes, à qui doit appartenir le pays.’ || M. Luce fit réunir lui-même les éléphants nécessaires pour transporter le Mandarin Siamois et ses bagages, et annonça à ce dernier qu'il lui donnerait une escorte de vingt hommes, commandée par l'Inspecteur Grosgurin, pour le protéger contre la vengeance des habitants, dont il était détesté. || Pendant les deux premiers jours de la route, la conduite du Mandarin Siamois fut convenable, mais l'In-

specteur Groscurin ayant été obligé de s'arrêter et de s'aliter, en proie à un accès pernicieux très grave, le Mandarin commença à menacer les habitants de représailles, et écrivit ensuite au Gouverneur Siamois d'Houtène, sur la rive droite du Mékong, le pressant de venir avec tout son monde à Kenkiec pour le délivrer. || Quelque temps après, l'Inspecteur Groscurin étant toujours malade dans une paillette Laotienne, une troupe de 200 Siamois armés arriva d'Houtène. Le Mandarin Siamois, suivi de trois officiers de cette troupe, demanda à Groscurin un entretien. Les miliciens de l'escorte voulurent prendre leurs armes; mais Groscurin le leur défendit, disant que les Siamois venaient non pour se battre, mais pour s'entretenir avec lui. || Cependant, à peine entré, et après avoir adressé quelques mots à Groscurin, le Mandarin, dirigeant son revolver sur ce dernier, le tua d'un coup à la tête. || En entendant le coup de revolver, ce qui était sans doute le signal convenu, les Siamois se jetèrent sur les armes des miliciens, et en assassinèrent dix-sept, les trois autres, ayant pu s'échapper et regagner le poste Français, à Cammon, où ils ont rapporté ces détails, qui concordent pleinement d'ailleurs, avec le récit fait par les habitants." Nr. 10456.
England.
27. Juni 1893.

Nr. 10457. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Frankreich will die Unabhängigkeit und Neutralität Siams nicht gefährden.

Foreign Office, June 28, 1893.

Sir, || In reply to an inquiry which I addressed to him, the French Chargé d'Affaires informed me to-day, that he had no recent news from Siam. || I observed, that we were naturally interested in the affairs of that country, as being those of a neighbouring kingdom in which we had large interests. The Siamese were unable to tell us what were the demands of the French Government and what were the wrongs the French Government alleged. Therefore, though I did not wish to mix myself up with the affair at this stage, I was naturally anxious to have some information. || M. d'Estournelles said he thought ample assurances had been given by M. Develle to Lord Dufferin, and that it had always been stated that there was no idea of any attack on the neutrality or independence of the Kingdom of Siam. || He then dwelt at some length — but speaking, as he said, personally — on the attempts that had been made by the French Government to come to an understanding with Her Majesty's Government for the establishment of the Upper Mekong as the dividing line between British and French interests. On this point our discussion was purely academic; but I took occasion to repeat, that we had not intervened between France and Siam, hoping that matters would not proceed so far as to demand our intervention in any shape or form. Nr. 10457.
England.
28. Juni 1893.

Rosebery.

Nr. 10458. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Englische Matrosen in Siam.

Paris, June 29, 1893. (June 29.)

Nr. 10458.
England.
29. Juni 1893. (Telegraphic.) || M. Develle, whilst making casual reference to a report that British sailors were instructing the Siamese in torpedo practice, repeated the assurances which he had already given, that no active steps will be taken at Bangkok without previous information being given to Her Majesty's Government. || He also expressed his satisfaction at the language employed by your Lordship yesterday in the House of Lords.

Nr. 10459. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Dasselbe.

Foreign Office, June 29, 1893.

Nr. 10459.
England.
29. Juni 1893. (Telegraphic.) || I will make inquiry as to the report mentioned by M. Develle, and referred to in your telegram of to-day, that instruction in torpedo practice is being given to the Siamese by British sailors. || No information has reached me that anything of the sort is being done; but it is possible that there may be some British subjects employed in the Siamese navy.

Nr. 10460. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Bewegungen der französischen Flotte.

Foreign Office, June 29, 1893.

Nr. 10460.
England.
29. Juni 1893. (Telegraphic.) || Lord Dufferin's despatch of 19th instant. || It might be well that you should remind the French Foreign Office of M. Develle's promise that we should be informed beforehand of any further movements of the French squadron which has been ordered to Saigon. According to the newspapers the fleet are advancing in the direction of Bangkok.

Nr. 10461. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, June 30, 1893. (June 30.)

Nr. 10461.
England.
30. Juni 1893. (Telegraphic.) || M. Develle informs me, that no notice should be taken of apparent "communications" in the press on Siamese matters. None such have been authorized by him. || France, his Excellency declares solemnly, has no intention of interfering with Siamese integrity, but release of Captain Thoreux, which was promised five weeks ago, must be obtained, as also redress for two separate acts of abuse. || M. Develle fears lest Siamese may be encouraged in their resistance to French claims by the language used by Sir Edward Grey yesterday in the House of Commons.

Nr. 10462. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Englische Matrosen in Siam.

Foreign Office, June 30, 1893.

(Telegraphic.) || Your telegram of yesterday. || I have received a telegram from Captain Jones stating, that report referred to in your telegram of yesterday as to English sailors instructing Siamese in torpedo practice is wholly without foundation.

Nr. 10462.
England.
30. Juni 1893.

Nr. 10463. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — England hat Siam nicht zum Widerstande ermuthigt.

Foreign Office, July 1, 1893.

(Telegraphic.) || With reference to your telegram of yesterday, I have to state to you, that no encouragement whatever has been given by Her Majesty's Government to the Siamese to offer resistance to the French troops. For some time past I have had no personal communication with the Siamese Legation in London; but Her Majesty's Minister at Bangkok has received strict injunctions to advise the Siamese Government to arrange their differences with the French in a friendly manner. || Her Majesty's Government would indeed be glad to contribute, as far as lies in their power, to the attainment of such a result. || But in view of the possibility that on the approach of the French fleet a rising of the native population at Bangkok may occur, causing danger to life and property, it is necessary that some of Her Majesty's ships should be on the spot for the protection of British commercial interests, which are dominant at that place. || I have had much pleasure in taking note of the pacific assurances you have received from the French Minister for Foreign Affairs.

Nr. 10463.
England.
1. Juli 1893.

Nr. 10464. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich verlangt von Siam nur Abstellung von drei Beschwerden.

Paris, June 30, 1893. (July 3.)

(Extract.) || M. Develle this evening expressed to me his apprehensions lest the language used by the Under-Secretary of State for Foreign Affairs in the House of Commons yesterday should encourage the Siamese Government in their attitude of resistance to the legitimate demands of France. || His Excellency said he could give me a solemn assurance, that the French Government had no idea of interfering with the integrity of the Siamese Empire. But France had three grievances which must be redressed. || About six months ago the property, valued at about 80,000 fr., of a French merchant had been seized and sold. A French factory had also been destroyed, and finally Cap-

Nr. 10464.
England.
30. Juni 1893.

Nr. 10464.
England.
30. Juni 1893.

tain Thoreux had been captured by the Siamese, and had not been given up, in spite of repeated promises made during the last five weeks. There was also the murder of M. Groscurin, committed by a Siamese Mandarin, for which his Government must be held responsible. || Only a few days ago his Excellency had told the Siamese Representative that, if the fresh promises were broken and these grievances were not redressed, the French Minister would be withdrawn from Bangkok, when Prince Vadhana would receive his passports. || As yet the French Government, animated by feelings of longanimity, had effected but one operation, and that a pacific one. All the Siamese posts on the left bank of the Mekong had been removed without collision, and the removal of the last of these posts had been necessary in order to prevent Tonquin being cut off from Annam. France had also taken possession of Samit, and when an attempt had been made on the part of the Siamese to interfere, they had been driven off. But if Captain Thoreux were not given up, and any further attempts made to temporize, France would have to get redress by arms. || His Excellency could not help regretting the announcement made by Sir Edward Grey of the arrival of a second, and perhaps of a third, British ship, as tending possibly to encourage Siam in its recalcitrant attitude. M. Develle finally observed, apparently still referring to Sir E. Grey's speech, that no communications which had appeared in the press had been authorized by him; he objected to such a mode of conveying the intentions of the Government, and he hoped that no attention would be paid to them.

Nr. 10465. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger.

Foreign Office, July 3, 1893.

Nr. 10465.
England.
3. Juli 1893.

Sir, || I received a visit to-day from the French Chargé d'Affaires, who called to furnish me with a spontaneous explanation from M. Develle respecting the course of affairs in Siam. He said, with some strength of language, that for the last ten years France had been suffering a series of paltry wrongs and encroachments on the part of Siam, which she had hitherto been too much occupied by the difficulty of organizing her administration in Tonkin to resent. Of late, however, she had thought it necessary to do so, as well as to assert her right to the left bank of the Mekong. The Siamese had resisted these proceedings, had fired on the French troops, and had also captured a French officer, whom they had promised to deliver up, though they had not done so. || I asked if it were not the fact that Captain Thoreux was coming from the Mekong by land, and whether it did not take a long time to make the journey. || M. d'Estournelles said, that was the fact, and that this prolonged journey was a further aggravation. In any case, the Siamese had shown backwardness and tardiness in offering satisfaction for this outrage,

and the French Government could wait no longer. He then went on to complain of the language of Sir E. Grey in the House of Commons, as tending to give an impression in Siam and in France that Great Britain was giving her support to the Siamese. || This view I at once contested, stating that I did not think Sir E. Grey's words could be so interpreted. The dispatch of British ships to Siam was rendered necessary by the fact that our merchants loudly demanded protection, not against France, but against a native rising which they feared was imminent. Complaints had been already made that I was too supine in the matter, but if a rising were to take place, and British life and property were to be injured, I should be very seriously and justifiably attacked. || I reminded M. d'Estournelles, that the official map published in France showed that the places recently invaded by the French were in Siamese territory. But I had always sedulously kept aloof, and I authorized him to tell M. Develle, that from the very inception of this business I had never seen the Siamese Minister or any one connected with him. On the other hand, through Sir T. Sanderson and through Her Majesty's Minister at Bangkok, I had inculcated the desirability of coming to a prompt understanding and peaceful settlement with France, which should include all pending difficulties, and settle the frontier question on a permanent basis. Further, with regard to the ships sent to Bangkok, I gave him full authority to assure M. Develle, that they were dispatched with the single object of protecting British life and property. || M. d'Estournelles, who had made some observations in reply to my first remarks, thanked me for the latter part of this communication.

Rosebery.

Nr. 10466. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Dem französischen Minister ist mitgetheilt, dass England Siam nie ermuthigt hat.

Paris, July 5, 1893. (July 6.)

My Lord, || I have the honour to inclose copy of a note which I addressed to the French Minister for Foreign Affairs, conveying the substance of your Lordship's telegram of the 1st instant, relative to the attitude of Her Majesty's Government in the Siamese question. || I thought it useful at the same time, in accordance with the suggestion previously made by your Lordship, to place officially on record M. Develle's assurances in regard to any movements of the fleet towards Bangkok. || I take this opportunity of pointing out, that M. Develle, in his conversation with me on the 30th ultimo, made a declaration that the French Government had no intention of interfering with the integrity of the Siamese Empire.

E. C. H. Phipps.

Nr. 10465.
England.
3. Juli 1893.

Nr. 10466.
England.
5. Juli 1893.

Nr. 10466. Inclosure. Englische Botschaft an den französischen Minister des Auswärtigen.
England.
5. Juli 1893.

Paris, July 1, 1893.

M. le Ministre, || I did not fail to communicate to Lord Rosebery the observations which your Excellency made to me during the course of our interview yesterday relative to the questions at issue between the French Government and that of Siam. || His Lordship, whilst taking note with pleasure of the pacific assurances thus conveyed by your Excellency, states to me, that the Siamese Government are undoubtedly not encouraged by that of Her Majesty in the attitude of resistance to which your Excellency made reference. Whilst Lord Rosebery has not been for some time past in personal communication with the Siamese Legation in London, Her Majesty's Minister in Bangkok has received strict orders to recommend there the conclusion of a friendly arrangement with the French Government, and Her Majesty's Government would gladly take any steps in their power to contribute to such a result. But in view of the possibility, to which your Excellency also was fully alive, of a native rising at Bangkok, caused by the rumoured approach of the French fleet, and to the dangers which might result therefrom to life and property, it appears to Her Majesty's Government necessary to have ships to protect the British commercial interests which there are dominant. || I may add, that I have not omitted also to convey to Her Majesty's Government the various assurances given by your Excellency that any further movements of the French fleet will be intimated to them.

E. C. H. Phipps.

Nr. 10467. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siam will den Kapitän Thoreux ausliefern.

Bangkok, June 6, 1893. (July 10.)

Nr. 10467. (Extract.) || I inclose herewith a copy of the note verbale tendered to the French Minister here on the 2nd instant by the Siamese Minister for Foreign Affairs, on the matter of the rendition of the French prisoner, Captain Thoreux. || It has been decided to surrender this officer to the French Minister at Bangkok, and he will be brought here as soon as possible from Bassac, on the Mekong, where he is now detained.

Inclosure. Note Verbale.

M. Pavie asks from the Government of His Majesty the King the release of Captain Thoreux. His demand is based on the fact that, as it was telegraphed to him by his Government, the Siamese Government had expressed regret for the capture of Captain Thoreux. || Prince Devawongse answers, that the fact of the regrets expressed in the before-mentioned sense of an apology must rest on a misunderstanding on which he had already the opportunity to give explanations in a preceding interview. As for the release of Captain Thoreux, His Majesty's Government would be quite prepared to give a fa-

vourable answer if it is asked as an act of courtesy and of good-will towards a Power with which they desire to remain on peaceful terms; but they cannot admit, even indirectly, that, in capturing Captain Thoreux when in command of an aggressive and hostile expedition they acted wrongly, or would act wrongly, in doing the same in similar circumstances. || In compliance with a demand of M. Lanessan, M. Pavie remarks, that the French did not capture any Siamese. || Prince Devawongse replies, that he is not yet sure if this is the case or not, but that the main question is, if the capture of Captain Thoreux is, or is not, legitimized by an act of war, which, in any case, he hopes may not be followed by others.

Foreign Office, Bangkok, June 2, 1893.

Nr. 10468. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich will zwei weitere Kriegsschiffe in die siamesischen Gewässer schicken.

Bangkok, July 11, 1893. (July 11.)

(Telegraphic.) || A communication has been addressed to the Siamese Government by M. Pavie on behalf of the French Government, in which he states that it has been decided to send two more French gun-boats to Siamese waters for the protection of French subjects during the present state of uncertainty. The reason given is that Her Majesty's Government have ordered several ships to proceed for this object, and that the French Government are only following the example initiated by other Powers. M. Pavie states, that these vessels can arrive off the bar at the mouth of the river on the 13th instant, and the French Admiral asks that arrangements may be made for supplying them with pilots, and that they may be permitted to proceed to Bangkok according to what he considers to be a right under the Treaties. || The answer of the Siamese Government is to the effect, that they have received no notice that Her Majesty's Government intend to send ships to Bangkok or to any other point on the Menam besides Her Majesty's ship "Swift", which now lies off the British Legation, just as the French gun-boat "Lutin" is anchored near the French Legation. They suppose, that as the French Government wish to act similarly with Great Britain and the other Powers, they will not send any more ships up the river. They observe, that the initiative was certainly taken by the French Government, and that this was done on the 14th March in the most menacing manner. If the French gun-boat were to be withdrawn even now, tranquillity and confidence would be restored. They protest against the claim, that any foreign Power can, as a matter of absolute right, send as many ships as it thinks fit to Bangkok. Siam would thereby be deprived of her natural right to protect herself, and if she were to accept such an interpretation of the Treaties she would thereby abdicate her right to maintain her own independence.

Nr. 10467.
England.
6. Juni 1893.

Nr. 10468.
England.
11. Juli 1893.

Nr. 10469. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — England glaubt nicht an ein feindliches Vorgehen Frankreichs.

Foreign Office, July 12, 1893.

Nr. 10469.
England.
12. Juli 1893.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Government have been informed from Bangkok of a rumour, that the French Admiral threatens to enter the river by force. We place no belief in this report, as we have absolute confidence in the assurances which have been given to us by M. Develle. It is said, however, that the Admiral's action is based upon the fact that three of Her Majesty's ships are to remain in the Menam. It may be well, therefore, that, when you communicate to the French Government the statements above referred to, you should mention that the two additional ships, which have recently been ordered to proceed to Siamese waters for the protection of British subjects, will not cross the bar of the river, and that Her Majesty's ship "Swift" will alone remain off Bangkok, where she has been lying for some weeks. Such rumours as I have above referred to must necessarily tend to produce the very agitation which it is desired to guard against, and we cannot but regret that they should arise.

Nr. 10470. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, July 13, 1893. (July 13.)

Nr. 10470.
England.
13. Juli 1893.

(Telegraphic.) || By the 15th Article of the Treaty of 1856, French ships are allowed to advance as far as Paknam, and from thence, the Siamese Government having been previously warned, they may proceed to Bangkok; but I am informed by M. Develle, that the ships already sent will remain outside the bar, and that the intention of sending others to Bangkok has been abandoned in consequence of my last night's communication. Moderation is thus shown. || I am reporting fully by bag to-night; but I am sure, from the language used by the Minister for Foreign Affairs, the principal grievance is the retention of Captain Thoreux. French may be obliged to proceed to extreme measures unless this officer is at once handed over. || Such action on the part of the Siamese would have a calming effect here.

Nr. 10471. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Dasselbe.

Paris, July 13, 1893. (July 14.)

Nr. 10471.
England.
13. Juli 1893.

My Lord, || On receipt of your Lordship's telegram of yesterday I at once addressed a private communication to M. Develle on the subject of the proposed action attributed to the French Admiral in Siamese waters, and I called upon his Excellency by appointment this afternoon, in accordance with a desire which I had expressed. M. Develle stated that, under the circumstances ex-

plained by me, it had been decided that such French ships as would be sent would remain outside the bar, leaving only the "Lutin", as at present, off Bangkok; but in doing this he added, that the French Government were exhibiting a continuance of the moderation which they had already evidenced. The XVth Article of the Franco-Siamese Treaty of 1856 was explicit, and allowed French ships to penetrate into the river as far as Paknam, and, after previous warning to the Siamese Government, to proceed to Bangkok. The intentions of the French Government had been founded on rumours, similarly current at Bangkok, as to the immediate arrival of British ships, rumours which were corroborated by Sir E. Grey's language. || I said, that the intentions of Her Majesty's Government had been based upon the necessity of protecting our commercial interests in Bangkok, where, as his Excellency was aware, we absorbed three-quarters of the trade. As I understood, we did not enter into the merits of such grievances as France might have against Siam; but it was obvious that, if a powerful nation which had litigious international questions with a weak Power were to make an imposing naval demonstration within its territory, the latter would be deprived of all power of defending itself. || M. Develle replied, that the patience and moderation of the French Government proved that this consideration was not lost sight of, but Captain Thoreux was not yet given up, and if in a few days that were not achieved, France would have to take further measures. I reminded his Excellency, that your Lordship had expressed a desire to smooth down, in any manner possible, pending differences, and asked whether that was the principal point to which he attached importance. || M. Develle said, that it was now admitted by the Siamese that M. Groscurin was murdered in cold blood, and in his bed, and the only point was how far such act had been the result of any attack by Annamite soldiers. As to Captain Thoreux' being given up, French dignity did not permit of asking for the intervention of any foreign Power in order to secure this legitimate demand, which, if not acceded to, would have to be enforced.

Nr. 10471.
England.
13. Juli 1893.

Nr. 10472. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Fordert Aufklärung über das Vorgehen zweier französischer Kriegsschiffe.

Foreign Office, July 14, 1893.

(Telegraphic.) || I have received your telegram of last evening, reporting that M. Develle had abandoned the intention of sending additional ships of war to Bangkok. But at the same time that your telegram arrived conveying his assurances I received one from Her Majesty's Minister at Bangkok stating that the French ships had passed the bar and ascended the Menam. || I do not doubt the good faith of M. Develle himself, but I also believe that the French Government are drifting into a position of extreme gravity owing to the action of their officers, which appears to be uncontrolled and irrespon-

Nr. 10472.
England.
14. Juli 1893.

Nr. 10472.
England.
14. Juli 1893. sible. || Already material injury has been done to British trade, and this last movement on the part of the French ships has seriously increased the probability of a rising, which would imperil the lives and property of all foreign residents. || You should impress on M. Develle the difficult position in which Her Majesty's Government are placed as to giving such an explanation of the facts as may neither arouse indignation in this country nor cause offence in France, either of which contingencies might imperil the maintenance of our friendly relations. || Questions will certainly be asked in one or both Houses of Parliament this afternoon, and I trust that M. Develle will supply me with the means of replying to them.

Nr. 10473. **ENGLAND.** — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die französischen Schiffe haben die Instructionen nicht erhalten.

Paris, July 14, 1893. (July 14.)

Nr. 10473.
England.
14. Juli 1893. (Telegraphic.) || With reference to your Lordship's telegram of to-day, M. Develle, at the review this afternoon, explained recent events as follows: — || Three days ago orders were dispatched to Admiral Humann, under the circumstances then existing, to send additional ships to Bangkok, not to attempt to force the passage of the river, but to enter a protest should admission be refused. || On the 12th the orders given were to remain outside the bar. || Apparently the modified orders had not been received; but the Siamese, instead of protesting, opened fire on the ships, in violation of the Treaty of 1856. || Upon his Excellency expressing his annoyance at this misunderstanding, I therefore inquired whether the additional ships would be withdrawn. || His Excellency replied, that he was too incompletely informed as to circumstances to be able to reply, but that he would see me the following morning; that the whole affair must, however, now be brought to a conclusion. || His Excellency will see me to-morrow.

Nr. 10474. **ENGLAND.** — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Note an den französischen Minister des Auswärtigen über die Haltung der französischen Schiffe in Siam.

Paris, July 14, 1893. (July 15.)

Nr. 10474.
England.
14. Juli 1893. My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship copy of a note which I addressed to M. Develle this morning, confirming in an official form the communication which I had addressed to his Excellency on the evening of the 12th instant on receipt of your Lordship's telegram of the 12th instant on the subject of the proposed action of the French Admiral in Siamese waters.

E. C. H. Phipps.

Inclosure.

Paris, July 14, 1893.

Nr. 10474.
England.
14. Juli 1893.

M. le Ministre, || In confirmation of the private communication which I addressed to your Excellency on the evening of the 12th instant, I have the honour to inform your Excellency that, according to advices received by Her Majesty's Government from the British Minister at Bangkok, a rumour was current there that the French Admiral threatened to force an entrance into the Menam River. || Her Majesty's Government feeling absolute confidence in the assurances conveyed by your Excellency, did not place credence in that report. Nevertheless, as the proposed action attributed to the French Admiral was stated to be based on the fact that three of Her Majesty's ships were remaining in the River Menam, Her Majesty's Government had instructed me to state, that the additional ships intended for the protection of British subjects had been intended to remain outside the bar, whilst the "Swift" would remain in the river, where it had been for some weeks past. || I added, that Her Majesty's Government regretted the rumour to which I have referred as tending to produce that agitation against which Her Majesty's Government was desirous to guard.

E. C. H. Phipps.

Nr. 10475. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die französische Regierung hat seit dem 13. keine Nachricht aus Siam.

Paris, July 15, 1893. (July 15.)

(Telegraphic.) || M. Develle, whom I have just left, is afraid that telegrams have been intercepted, as since he received the actual report of what occurred on the 13th, his Excellency has had no information telegraphed to him. || Admiral Humann, in a telegram from Saigon, talks of an ambuscade, and the Commander of French ships reports, that fire was immediately opened upon them, whereas on the other hand the Siamese Minister asserts, that a warning was given by the firing, first of blank cartridges and then of shots intentionally aimed wide. || An entry was to be attempted on the 8th, under the circumstances which then existed, and if refused permission to do so, they were to retire after protesting. Hostilities were under no circumstances to be provoked until matter had been referred home. || On the receipt of British assurances orders were issued on the evening of the 12th July that they were not to cross the bar.

Nr. 10475.
England.
15. Juli 1893.

Nr. 10476. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Erklärung der Regierung im Parlament.

Foreign Office, July 17, 1893.

(Telegraphic.) || Following statement was made in both Houses of Parliament this afternoon: — || "In order to consider justly and dispassionately the

Nr. 10476.
England.
17. Juli 1893.

Nr. 10476.
England,
17. Juli 1893.

present position of affairs between France and Siam, it is necessary to keep distinct several questions which, from the course of events, have become intermingled. But it is right to premise, that perhaps the main difficulty in forming any conclusion on those questions lies in obtaining clear and definite information; and in the absence of such information Her Majesty's Government are not prepared to offer any decided opinion as to the merits of the various points at issue. || "There are, first of all, certain claims by the French Government for compensation for losses suffered by some French merchants and travellers in consequence of the action of Siamese officials. These are not of large amount; but the French Government appear to have laid stress on these being satisfied as a preliminary to negotiations on more important matters; while the Siamese Government have made difficulties and objections which have not yet been withdrawn. || "There is, secondly, the question of the frontier between France and Siam in or adjacent in the Mekong Valley. This is a question of a complicated character on which Her Majesty's Government have not sufficient information to pronounce a definite opinion, and in which — provided it be kept within certain limits and does not assume such proportions as to affect the independence and integrity of the Siamese Kingdom — Great Britain is not directly interested. || "There is, thirdly, the question of the capture of a French officer, Captain Thoreux, and the alleged murder of another, with some Annamite soldiers. It is reported in the papers this morning, that Captain Thoreux, whose liberation was promised by the Siamese Government some time ago, has now been actually conveyed into French territory and surrendered. In regard to the other incident, the facts are contested, and it is not known what the demands of the French Government may be. || "Fourthly, there is the forcible ascent of the Menam by two French gun-vessels against the opposition of the Siamese authorities. In regard to this act, we are not at present in possession of all the facts, the information received by Her Majesty's Government being little, if at all, more than that which has appeared in the public press. But there is reason to believe, that it was contrary to the directions of the French Government, and to the expressed wish of the French Representative at Bangkok. It is absolutely necessary to await more detailed information before an opinion can be pronounced on the merits of the question. Our last advices from Paris, however, state, that the French Commanders positively assert that they were subjected to an unprovoked fire in the exercise of their undoubted right to ascend as far as Paknam. || "Fifthly, there is a question of the protection of British subjects and property and those of other European Powers at Bangkok. Her Majesty's Government have for some time past been making provision for this; they are assured by the naval authorities that the arrangements are complete, and the force sufficient. Should more ships be required they will be immediately available. || "Finally, there is the question of the integrity and independence of Siam. Her Majesty's Government are fully sensible, that this is a subject of grave im-

portance to the British, and more especially to the British Indian, Empire. But the French Government declare themselves to be not less anxious than ourselves to maintain and respect that independence and integrity. || "Her Majesty's Government are fully alive to their responsibilities in this matter, and they will not lose any opportunity which may present itself of facilitating a satisfactory solution."

Nr. 10476.
England.
17. Juli 1893.

Nr. 10477. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich fordert die Abtretung des linken Mekongufers.

Paris, July 17, 1893. (July 17.)

(Telegraphic.) || Following is M. Develle's full statement of facts and intentions: — || The original declarations of the French Government were to the effect that an attack on Bangkok was not contemplated. Should such necessity be forced upon it, information would, in view of important commercial interests and large number of subjects, be in due time conveyed to Her Majesty's Government in order that necessary protective measures should be adopted. || Subsequently declarations of a similar nature were exchanged to the effect that the forces on the spot should not be increased. || The additional French ships, under orders to proceed as far as is allowed by Treaty of 1856, left Saigon on the 10th; but it was understood that, as above indicated, in consequence of arrangements subsequently made with Siamese Government, which were communicated to Her Majesty's Government, that, pending receipt of instructions, French ships should wait at bar. || They were subjected to unprovoked fire at bar, where they had intended to remain; they returned fire after they had received two discharges. Fire was then opened upon them by Siamese fleet and by island, and in consequence they proceeded to Bangkok without stopping at Paknam. || French Government had so little contemplated undertaking hostilities that they had dispatched M. Le Myre de Vilers on the 8th from Paris. His instructions were to come to a settlement with the Siamese Government of the grievances at issue, involving the cession of the left bank of the Mekong and pecuniary compensations necessary. || As regards the future, an undertaking cannot be given by the French Government that they will withdraw ships which have just been exposed to an unprovoked attack. If placed in similar circumstances Her Majesty's Government would not act otherwise. Making exception for their demand for the cession of the left bank of the Mekong, French Government declare, that they do not intend to interfere with the integrity of the Siamese Kingdom. || French demands for indemnity will, of course, be increased by the destruction of the "Say." A considerable interruption in telegraphic communications has occurred, and the information to hand is for the most part incomplete. It is even unknown whether the positive orders given to the French naval officers were disobeyed in any respect.

Nr. 10477.
England.
17. Juli 1893.

Nr. 10478. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam bittet um die Vermittlung Englands.

Foreign Office, July 17, 1893.

Nr. 10478.
England.
17. Juli 1893.

(Extract.) || The Siamese Minister sent to me on the 15th instant a message requesting that I would see him in the course of the day. || I thought it better, however, as on previous occasions during the present discussions between France and Siam, that either he or the English Secretary of Legation should see Sir Thomas Sanderson, at all events in the first instance, and I so informed him. || He called, accordingly, in the course of the afternoon, accompanied by the English Secretary, Mr. Verney, and by an interpreter. || He said, that his object was to appeal to Her Majesty's Government to use their good offices with that of France in order to obtain for Siam less severe treatment than she had recently experienced, and moderate terms of arrangement. || Sir T. Sanderson stated, that he would of course report to me the request for the good offices of Her Majesty's Government, but that they must themselves feel that the recent encounter between the Siamese batteries and the French gun-boats at the mouth of the Menam would render an arrangement much more difficult, and would indispose the French to listen to conciliatory advice on the part of a third Power. || The Siamese Minister begged, that it might be remembered that the encounter on the Mekong had taken place against the wishes of the Siamese Government, who were greatly embarrassed by the difficulties of communication with their officers. The same difficulty might have been the cause of the encounter at Paknam, as the Siamese Government had apparently relied on the assurance of the French Minister that the gun-boats would not attempt to ascend the Menam. But he was not in possession of any details. || He strongly urged, that in the interests of the whole foreign community at Bangkok and elsewhere in Siam, and of the large commercial interests involved, it was most expedient that a speedy settlement of the differences with France should be obtained. || Sir T. Sanderson again promised, that he would at once lay before me the request for the good offices of Her Majesty's Government. || I am not, however, of opinion, that under present circumstances it would be of any avail for Her Majesty's Government to offer those good offices, as they are only desired by one side in the quarrel, and would be resented by the other.

Nr. 10479. **ENGLAND.** — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die französischen Forderungen. — Vgl. Nr. 10385.

Paris, July 19, 1893. (July 19.)

Nr. 10479.
England.
19. Juli 1893.

(Telegraphic.) || The demands which are now to be immediately addressed by telegraph to Siam are as follows: — || 1. Whole of left bank of River Mekong to be ceded. || 2. In settlement of all claims, including compensation

to sufferers from the firing on the 13th July, and for the destruction and plunder of "Say", &c., 3,000,000 fr. to be paid as an indemnity. || 3. Officers responsible for the French ships being attacked and Grosgrin's murderers to be punished. Nr. 10479.
England.
19. Juli 1893.

The moderation of the demands of the French Government (which does not desire to disturb existing conditions in Siam, nor seek for territorial aggrandizement) is due to a wish to terminate the affair with rapidity. || Siamese Government are given forty-eight hours within which to comply, at the expiration of which delay, in event of non-compliance, French ships will leave Bangkok and a blockade of the Menam will be established. || Instant payment will not be pressed for, and on a pledge of the Battambang fisheries on the Grand Lac, or some such security being given, a month or more delay will be probably granted.

Nr. 10480. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Wünscht nähere Bestimmung der ersten französischen Forderung.

Foreign Office, July 20, 1893.

(Telegraphic.) || Your telegram of yesterday, containing the terms of the French ultimatum to Siam, has been received. || The first Article is ambiguous, unless some definition is given as to the extent to which the left bank of the Mekong is being claimed by the French, and I should be glad if you could obtain information from M. Develle on this point. Nr. 10480.
England.
20. Juli 1893.

Nr. 10481. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die nähere Bestimmung ist noch nicht möglich.

Paris, July 20, 1893. (July 20.)

(Telegraphic.) || The ultimatum addressed to the Siamese Government was sent last night at 7 P. M. || The Minister of Foreign Affairs was unable to define how far northwards the cession of the left bank of the Mekong would extend. That river is simply regarded as the proper natural frontier, as regards Siam, of French possessions; but the question is one open for discussion with Her Majesty's Government as far as British rights are concerned. || Whilst his Excellency's language was most conciliatory, he said he could not positively take engagements on a geographical question with which at the moment he was not conversant. || On examining the map with me, he was unable to specify how far from Xieng Khong other rights would be interfered with; but he will consult the Colonial Office. Nr. 10481.
England.
20. Juli 1893.

Nr. 10482. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Er soll nach Paris zurückkehren.

Foreign Office, July 20, 1893.

Nr. 10482.
England.
20. Juli 1893.

My Lord, || In view of recent events in Siam, and the ultimatum which has been presented by the French Government to the Court of Bangkok, it appears desirable, that you should without delay return to Paris to exchange views with the French Ministry regarding certain points in that ultimatum, which appear to require elucidation. || We do not conceive, that any part of that document calls for comment on the part of Her Majesty's Government, except that which relates to territorial concessions. The only information we have as to that Article imports that the French require, that the left bank of the Mekong shall be ceded to France. With regard to this two considerations arise. Firstly, we cannot doubt, that the term "left bank" is far too comprehensive in its scope. It cannot of course apply to any districts east of the Mekong River, which the Siamese Government have no power to cede, whether from rights of sovereignty, suzerainty, or reversion possessed by other Powers. And secondly, we are confident, that the expression "left bank of the Mekong" is used subject to the assurances repeatedly given by the French Government that they would respect the independence and integrity of the Kingdom of Siam. It is clear, that any provinces which indisputably form part of that Monarchy could not properly be made the subject of any such demands by the French Government. || On these points, therefore, it would be well, that you should have a full and friendly discussion with the Minister for Foreign Affairs, laying stress upon the limits which the considerations I have described appear to impose on the territorial rearrangement indicated by the ultimatum. || In this interchange of views your Excellency will not lose sight of the extreme importance in the interests of both countries of preserving a considerable belt of territory under the control of an independent kingdom between the French and British frontiers. || In requesting your Excellency to return to Paris for this purpose, I am not moved by any wish to supersede Mr. C. Phipps, to whose active services during an arduous and difficult period I have pleasure in testifying, but I have felt that, in a situation of delicacy like the present, your Lordship's authority as Ambassador, as well as your thorough knowledge of this subject from having occupied the high post of Viceroy of India at the time of the annexation of Burmah, should be made available. || From telegrams which have been recently communicated to me by the Siamese Minister here, I gather that his Government would be disposed to accept any advice that may be offered by Her Majesty's Government at this juncture. Should the question of territory be satisfactorily and definitely settled, Her Majesty's Government would be prepared to press generally on the Court of Bangkok the expediency of prompt compliance with the French demands.

Rosebery.

Nr. 10483. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen.

Bangkok, Juli 20, 1893. (July 21.)

Er theilt das französische Ultimatum mit; vgl. Nr. 10385.

Nr. 10483.
England.
20. Juli 1893.

Nr. 10484. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Nähere Bezeichnung der ersten französischen Forderung.

Paris, July 21, 1893. (July 21.)

(Telegraphic.) || First article of ultimatum is formally explained by Minister of Foreign Affairs as follows: — || Siam has been called upon by the French Government to recognize Annamite and Cambodian rights on the left bank of the Mekong, the islands included. Such demand being addressed to the Siamese alone. || Whenever desired, however, French Government is prepared to resume discussions commenced in 1892 and in February of this year, with Her Majesty's Government respecting the rights of Great Britain, and any questions concerning a neutral zone which may interest the two nations. || Rights of third parties will be scrupulously respected by France.

Nr. 10494.
England.
21. Juli 1893.

Nr. 10485. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Kriegerische Nachrichten aus Bangkok.

Foreign Office, July 21, 1893.

(Telegraphic.) || The Borneo Company have received the following telegrams from their representative at Bangkok: — || "Prospects bad. Siamese Government continue obstinate. I have reason to expect fighting." || You may expect fighting unless British Government will use their influence to prevent. Our opinion is, that this is the only chance to avoid it."

Nr. 10485.
England.
21. Juli 1893.

Her Majesty's Minister at Bangkok has been instructed to dissuade the Siamese Government from any rash action pending negotiation as to the limits of the territorial cession demanded by France.

Nr. 10486. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Die Interpretation des Ultimatus muss mit den französischen Erklärungen übereinstimmen.

Foreign Office, July 23, 1893.

(Telegraphic.) || I have received your Excellency's telegram of the 22nd instant*), reporting the substance of your conversation with M. Develle on the Franco-Siamese crisis. The impression I have derived from it on the whole is favourable; but the line now taken by the French in saying that they will only claim territory actually in the possession of Siam offers a strange com-

Nr. 10486.
England.
23. Juli 1893.

*) Siehe Nr. 10490.

Nr. 10486.
England.
23. Juli 1893. mentary on their promises to us that they would respect the integrity of Siam. || The line of argument taken by your Excellency appears to me excellent throughout, especially where you warned M. Develle against listening to experts, who are frequently ready to risk embroiling the whole world for the possession of a worthless morass. Modifications cannot, it is true, now be made in the ultimatum, which has been published in the newspapers. It is, however, necessarily subject to the declarations previously made by the French Government as to the preservation of the independence of Siam, the maintenance of which no less affects their honour than does the maintenance of the ultimatum. These declarations are looked on by Her Majesty's Government as forming the authoritative and precedent materials for the interpretation to be placed on the terms of the ultimatum.

Nr. 10487. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Antwort Siams auf das französische Ultimatum.

Bangkok, July 23, 1893. (July 23, 5 P. M.)

Nr. 10487.
England.
23. Juli 1893. (Telegraphic.) || The following is the reply returned by Siam to the French ultimatum: — || 1. The King of Siam declares, that no explicit definition has as yet ever been made to the Siamese Government as to what constitutes the rights of Cambodia and Annam on the Mekong. But as His Majesty is anxious at once to secure peace and security for his people, he agrees to cede to France the country lying to the south of the 18th parallel of latitude and to the east of the Mekong. || 2. The withdrawal of all Siamese posts within the above-mentioned territory to take place forthwith. || 3. The loss of life which has occurred in the recent actions between the French and the Siamese forces is regretted by the King, and the satisfaction required by France will be given in accordance with ordinary justice and the independence of Siam which the French Government affect to respect. || 4. Those found guilty of illegal aggression will receive condign punishment, and the sufferers will receive due reparation. || 5. The King agrees to pay the indemnity demanded on account of the claims advanced by French subjects, although the justice of many of them has been denied by the Siamese. His Majesty, however, suggests, that a Joint Commission should first investigate these claims. || 6. The sum of 3,000,000 fr. required as guarantee will be deposited, concurrently with the exchange of notes between the Representatives of France and Siam. After the equitable adjustment of all reasonable claims, the King trusts that French justice will restore to Siam any sum which may remain over. || This compliance with the demands of France will, the King trusts, be looked upon as a proof of his sincere desire to live with the French Republic on terms of friendship.

Nr. 10488. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Der französische Gesandte will Bangkok verlassen.

Bangkok, July 23, 1893. (July 23.)

(Telegraphic.) || As the Siamese reply to the French ultimatum refuses the concession of a considerable portion of the left bank of the River Mekong, the French Minister has notified to the Siamese Government, that he will leave Bangkok on the 26th instant. The French gun-boats leave immediately, and the protection of French subjects and interests will be confided to the care of the Dutch Representative.

Nr. 10488.
England.
23. Juli 1893.

Nr. 10489. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, July 23, 1893. (July 24.)

(Extract.) || I now proceed to report to your Lordship the substance of the conversation I had yesterday with M. Develle on the affairs of Siam. I had informed his Excellency early in the morning of my arrival in Paris, and he had appointed 6 o'clock in the afternoon for our interview. Perhaps this late hour was named in order to give time for the arrival of the Siamese reply to the French ultimatum before M. Develle saw me; but it had not reached his hands when I presented myself at the Foreign Office. || After a short preliminary conversation, I informed M. Develle, that I had been sent with instructions to enter upon a friendly interchange of ideas with him in reference to the Siamese question, and more especially with regard to the interpretation which the French Government intended to place upon the first Article of their ultimatum, namely the demand, that Siam should recognize "the left bank of the Mekong" as the western boundary of the French possessions in Indo-China. I then communicated to his Excellency in very exact and careful language the entire substance of your Lordship's instructions to me as contained in your despatch of the 20th July, and I insisted at some length on the various considerations which had induced your Lordship to suppose, that in using the term "the left bank of the Mekong" his Excellency could not have intended to claim for France the immense tracts of Siamese territory extending not to the east, and abutting upon Annam, but to the northwards of the Upper Mekong, and conterminous with China, not to mention the districts lying beyond which had been incorporated with Her Majesty's Empire of India after the conquest of Burmah. || M. Develle replied, that as it was with Siam, and with Siam alone, that France was dealing, there could be no question of her laying claim to any territory outside the Kingdom of Siam, no matter how situated, and he incidentally gave me the further assurance, that there was no truth in the report, that his Government had any

Nr. 10489.
England.
23. Juli 1893.

Nr. 10489.
England.
23. Juli 1893.

intention of taking possessions of the Siamese Provinces of Battambang and Angkor. || I then produced a map which I had brought with me, and, pointing out the way in which the Mekong makes a sudden bend just above the 18th parallel of latitude to the southward and westward, and the subsequent bend in the same direction at the 20th parallel, I asked M. Develle whether the extensive territories at these points between the Mekong and the actual French boundary depicted upon the existing French maps, comprising the Principality of Luang Prabang and other districts, were also claimed by France as lying on "the left bank of the Mekong". M. Develle said, that they were intended to be included under that definition, and that France claimed a right to Luang Prabang and the adjacent countries as being ancient and historic dependencies of Annam; and that furthermore she had always insisted, that her territorial sovereignty extended all along the left bank of the Mekong. I ventured to express my extreme surprise at this latter statement, and I called M. Develle's attention to the fact, that on several occasions M. Waddington, in his communications with the Marquis of Salisbury, had, in the most explicit terms, repudiated any such pretensions on behalf of his Government. || On the 3rd April, 1889, in reference to a proposal for the neutralization of Siam, M. Waddington had observed, that it would be necessary in the first instance, that the frontiers between Cochin China and Siam should be fixed. "As regarded the frontier of Cochin China, the French Government did not wish to extend it to Luang Prabang, but they would propose to draw a line from a point nearly due east of that place southwards to the Mekong, and below that point to make the river the dividing line between the two countries until it entered the territory of Cambodia." Again, on the 16th February, 1892, M. Waddington told Lord Salisbury, "that he did not propose, that either Power should recognize the other as advancing as far as the banks of the Mekong, but only the negative engagement, that they should not cross the river." On the 10th May of the same year M. Waddington observed to Lord Salisbury, "that he did not contend, that the present sphere of influence either of France or of Great Britain should be extended up to the Mekong. His proposal was not the assertion of present rights, but merely as a prophylactic." I further remarked, that, even if France had persistently advanced such a claim as M. Develle had supposed, which certainly she had not done through any authoritative channel, a claim by no means proved a right, and that many claims advanced both by nations and by individuals had been found on examination to be unsubstantial and unjust. || I then recurred to the proposed absorption by France of Luang Prabang and the adjacent districts, an area comprising nearly 100,000 square miles, which had been universally recognized for years past as integral parts of the Siamese Kingdom, and I recalled M. Develle's attention to that part of your Lordship's instructions in which you desire me to insist on the incompatibility of the confiscation by France of so considerable a proportion of the Kingdom of Siam with M. Develle's and the French Go-

vernment's previous assurances, that they had no intention to allow their disputes with Siam on the Lower Mekong to entail any measures which would jeopardize her integrity or her independence. How could these professions, I asked, which I knew had been made in perfect sincerity, be reconciled with the slicing off of what amounted to nearly a third of the kingdom? || M. Develle listened to me with his usual courtesy and attention, and it was impossible not to feel, that he was giving a very anxious consideration to my arguments. He seemed particularly struck with what I had told him about M. Waddington's communications to Lord Salisbury on the subject. || I then proceeded to touch upon another aspect of the question. I said, that our two Governments were pretty well agreed upon one very important point, namely, that it was desirable, that France and England should not become limitrophe in Asia, and that Siam as an independent State should be left as a buffer between them. Again referring to the map, I pointed out, that were France to take possession of the left bank of the Upper Mekong, it would bring her into direct contiguity with Burmah, in consequence of the two rapid bends which the Northern Mekong takes to the westward, and that the approach of a great military Power like France to a frontier at present lying naked to attack could not be regarded by us with indifference, even if the previous considerations I had submitted to him were for the moment to be left out of account. And in this connection I called M. Develle's attention to the fact, that in our recent cession to Siam of a Shan State which had hitherto been subject to Burmah, we had expressly stipulated, that it should never be allowed to pass under the jurisdiction of another Power, and that, consequently, we ourselves possessed a reversionary interest in this portion of Siamese territory "which was situated on the left bank of the Mekong." || Although there are some further considerations which it may be desirable to submit to M. Develle, I thought, that I had said enough for the present, and I therefore concluded by impressing upon him in as earnest terms as I could command the extreme gravity which the situation might assume were the French demands to be pressed upon Siam beyond what was just and reasonable, and in conformity with the legitimate interests of other Powers. Was it worth while, I asked, for the sake of a violent acquisition of territory to which France herself must know she had no legal right, to risk such grave complications as must inevitably arise were the claim to the left bank of the Mekong to be interpreted in an unrestricted and literal sense? But I said, that, if I rightly understood the terms of the first Article of the ultimatum as verbally communicated to Mr. Phipps (for we had never received a copy of it), it had itself contained some sort of qualification in a geographical reference to Cambodia and Annam. In any event, M. Develle could not have failed to understand, that, although at the outset of the dispute the English Government had considered the misunderstanding between France and her Siamese neighbour in regard to obscure questions of delimitation on the Lower Mekong as beyond

Nr. 10489.
England.
23. Juli 1893.

Nr. 10489.
England.
23. Juli 1893.

their purview, the situation was entirely changed when the expanding claims of the French Government jeopardized the integrity of the entire Kingdom of Siam, brought France nearly half-way down to Bangkok, and into actual juxtaposition with ourselves and Burmah. Such a transformation of the French pretensions was undoubtedly calculated to excite alarm in England, and the most serious apprehensions in the mind of Her Majesty's Government. || After again listening with the most courteous attention to this further exposition of our views, M. Develle observed, that the terms of the first Article of his ultimatum having been published to the world, and all France being acquainted with them, he could not now alter them, especially under manifest pressure from us. Public opinion in France was equally excited. The Siamese had been guilty of various outrages, and had committed considerable wrongs on French subjects. They had fired upon French ships of war, and we must not be surprised at France pursuing a line of conduct which England herself would have adopted in similar circumstances. But he himself was quite ready to recognize the force of my observations in regard to the necessity of leaving a "buffer" between the Asiatic possessions of France and England, and thus leave a door open for future negotiations. I thought it prudent to ask his Excellency to give me an assurance, that an acceptance on the part of the Siamese of the first Article of the ultimatum should not militate against a settlement of this part of the question in the sense desired by us. He was good enough formally to promise, that it should not, inasmuch as it referred to a different order of idea, and was a matter of joint interests to Great Britain and to France. In any event, he added, he must consult his experts. This observation filled me, I confess, with considerable misgivings. Of course I could raise no objection to such a course, but in as courteous a manner as was possible I ventured to observe, that subordinates in a public office were often fanatically anxious about special points, and were prone to sacrifice the larger interests of their country in pursuit of their own narrower preoccupations, and that it was his Excellency who was responsible for the peace of Europe and the world, about which these experts generally cared but little. Before taking my leave I asked M. Develle what course he proposed to pursue in the event of the Siamese rejecting his ultimatum. He said, that in that case the French Representative would embark on board one of the Government ships now anchored before Bangkok, and that the French squadron would then retire outside the mouth of the Menam, with the view, as I understood, of instituting a blockade. On this I observed, that such a blockade would be like riding another man's horse with one's own spurs; that it would greatly injure German and English interests (it is stated, that the trade of England with Siam amounts to more than 2,500,000 l., or 80 per cent. of the whole tonnage), while it would not in the least touch French commerce. For this result M. Develle said there was no help. It was merely an accident of the situation. || Our conversation lasted an hour and a-half, and I need not say,

that it was conducted on either side in the most courteous and friendly spirit, as persons talk who are equally desirous of finding a solution to a difficulty, and are aware, that their failing to do so might entail serious consequences.

Nr. 10480.
England.
23. Juli 1893.

Nr. 10490. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger.

Foreign Office, July 25, 1893.

My Lord, || The French Chargé d'Affaires called upon me this morning at my request, as he had sent me at a very late hour last night a notice, that his Government intended to declare a blockade of the Menam River. M. d'Estournelles explained, that it was not an official notification, but only a communication of the intention of the French Government to establish a blockade. || This, I said, imposed upon me the duty of making two inquiries. The first was, what arrangements would be made for giving notice to neutral commerce in the port of Bangkok? And, secondly, what facilities would be given for victualling our ships of war lying off the city for the protection of British subjects and property? || M. d'Estournelles took note of my inquiries, and then fell into more general conversation on the aspects of the present situation in Siam. He was convinced the questions at issue could be settled between M. Develle and myself without difficulty; but he did not disguise, that his correspondence with Paris disclosed a state of opinion in France of a most alarming character. Every one in France was convinced, to speak frankly, that the British ships had been ordered to Bangkok to encourage Siam in her resistance, and that our Minister there, with or without authority, had given advice to the Siamese Government in that direction. || I answered, that I could not admit either statement; that the universal demand of the mercantile community made it impossible for me not to send ships to Bangkok for the protection of British life and property, and that, as a matter of fact, I had offered to keep our ships outside the bar. With regard to Captain Jones, I had repeatedly telegraphed, cautioning him against the slightest interference with Siamese affairs, except in the direction of my own advice, which was to come to terms with France as quickly as possible, and he solemnly assured me, that he had literally obeyed my injunctions. Our policy, I continued, had all along been to rely on French promises, and I regretted to say that, no doubt under the force of circumstances, these had not been fulfilled. What I saw was, that we were moving fast towards a most dangerous and critical position. There was, however, one point in this controversy respecting which our interests were clear and definite. We could not have a conterminous frontier with France in Burmah. That would involve vast expenditure on both sides, and lines of armed posts garrisoned by European troops. || M. d'Estournelles appeared to agree, and brought forward a series of personal sugges-

Nr. 10490.
England.
25. Juli 1893.

Nr. 10490.
England.
25. Juli 1893.

tions, to the following effect: — || 1. There should be a reciprocal engagement by France and England not to cross the Upper Mekong. || 2. In order to avoid contact, it might be agreed, that the British posts should remain to the west of the water-parting between the Salween and the Mekong, and the French posts to the east of the water-parting between the Nam Ou and the Mekong. The populations situated between the Salween and the Nam Ou to remain in statu quo. || 3. As regards Luang Prabang, the French claim would not be advanced beyond the left bank of the Mekong. || I thanked M. d'Estournelles for the suggestions which, I said, might possibly form a basis for negotiation. But I could in no way pledge myself with regard to them. In any case, you were intrusted with the conduct of the negotiation, and if the proposals recommended themselves to M. Develle, it would be advisable for him to mention them to your Excellency.

Rosebery.

Nr. 10491. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen über die Haltung Englands.

Paris, July 25, 1893. (July 27.)

Nr. 10491.
England.
25. Juli 1893.

My Lord, || At my interview with M. Develle on Saturday afternoon I took the opportunity of a reference he made to his speech in the Chamber on the Siamese question on the 18th July to call his attention to the fact that he had described me as having formally announced to him, "on behalf of Her Majesty's Government," that England had no intention of intervening in the delimitation dispute which had then begun between the Siamese and the French in the neighbourhood of the Mekong River. As a matter of fact, I had never been instructed by Her Majesty's Government to make any communication to him on that subject, nor had I done so in their name; but I certainly did remember mentioning during the course of a very casual conversation that, as far as I could judge, the English Foreign Office was inclined to consider the delimitation squabble on the Lower Mekong, in its then phase, as beyond our purview. The remark was made in order to emphasize the predominance of our interests on the Upper Mekong. The matter, I added, was now of no practical importance, and I merely alluded to it in the interests of historical accuracy.

Dufferin and Ava.

Nr. 10492. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich schlägt einen Bufferstaat am linken Mekongufer vor.

Paris, July 26, 1893. (July 27.)

Nr. 10492.
England.
26. Juli 1893.

(Extract.) || I have now to report the result of my second interview with M. Develle. || The conversation began on M. Develle's part with a very bitter diatribe against the form in which the reply to the French ultimatum had

been drawn by the Siamese. I observed, in reply, that the Siamese were not well versed in the refined language of European diplomacy, and that practically they had acquiesced in all the demands of France, except in respect of a portion of the 1st Article. M. Develle did not exactly deny this, but complained, amongst other things, of their insisting, that whatever part of the money exacted was left over after satisfying the claims of individual Frenchmen should be handed back, to which I answered that, after all, the person who pocketed the cash might very well overlook a little ill-humour upon the part of the person who had to pay up. || We then proceeded to renew our discussion on the main question, during the course of which we went over a good deal of the ground which we had covered at our interview on Saturday, M. Develle still maintaining his two previous theses: first, that Luang Prabang was an actual dependency of Annam; and, secondly, that France ab antiquo had vindicated her right to the left bank of the Mekong. Upon my part, I urged, that to adduce Annam's historical claim to Luang Prabang was a dangerous line of argument, for we might on almost equally tangible grounds demand the retrocession of Normandy, Gascony and Guienne. M. Develle knew as well as I did, that in every French Annuaire, in every French map, in every French Geographical Gazetteer, Luang Prabang, until a year ago, had been described as an integral part of Siam. It was true, that within the last twelve months a mysterious revolution had occurred in the minds of French geographical authorities; but as an honest man he must be as convinced as I was, that the district in question was and had been for nearly a century *bonâ fide* Siamese territory, and that it could not be confiscated by France without a flagrant infringement of the formal assurances he had given us not to impair the integrity of Siam. As for the pretension advanced by France ab antiquo to the left bank of the Mekong, such a supposition was not only contradicted by M. Waddington's express declarations on the subject, but by the further fact, that under the Franco-Siamese Convention of 1886 the French had claimed the right of sending a Vice-Consul to Luang Prabang. This in itself was an absolute proof, that the locality belonged to Siam. M. Develle objected, that the Convention in question had been refused ratification by the French Chambers. That, I said, did not in any degree affect my contention. The draft Convention distinctly showed in what light Luang Prabang was at that time regarded by the French Government. || M. Develle then proceeded to reinforce his previous arguments by various other considerations, amongst them, that the tribes on the western borders of Tonquin had been lately giving a good deal of trouble, and that it was necessary therefore, that they should be subjected to French authority, and he endeavoured to minimize the character of the contemplated annexation. || At his point M. Develle put up the shutters on this compartment by saying, that, the ultimatum having once been published to France and to Siam, it was impossible for the Government, in the excited state of public opinion, to withdraw or modify it. || After expressing my great

Nr. 10492.
England.
26. Juli 1893.

Nr. 10492.
England.
26. Juli 1893.

regret at so untoward an intimation in regard to the ultimatum, which I could not help thinking had been launched somewhat "à la légère", I suggested to M. Develle, that we should proceed to a discussion of the further aspect of the question, namely, as it affected English interests apart from those of Siam, and I again reminded him, that it was quite out of the question, that we should accept an arrangement which made France conterminous with our Indian Empire. France herself had always advocated the policy of introducing an independent State as a "buffer" between the two countries, and it was evident, that it was for the advantage of both France and England, that a neutral territory should intervene between them. To this M. Develle cordially assented. He said, that he fully recognized our right to intervene in the Franco-Siamese question on these grounds, and that he was most anxious to consult our wishes and interests in the matter, whether as regarded our predilection in favour of the "buffer" principle, or our desire for facilities for trade with China in that neighbourhood. I then asked him whether he had in his own mind considered the width of the area which should be left between our respective frontiers, and as we bent over the map together I pointed out the Nam U, which flows into the Mekong a little to the west of Luang Prabang, as affording a suitable line of demarcation, if we were driven to a solution on this basis, and our views in regard to Luang Prabang were to be ignored. His Excellency did not seem to be averse to this suggestion, though he subsequently said he would prefer to substitute its western watershed for the river itself, on the understanding, that a parallel line should demarcate the Burmese frontier between the Salween and the Mekong. On this I told him, that, to the best of my belief, such a line already existed. In right of Burmah the jurisdiction of England had been extended over the Shan Province of Kyaing Chaing, which lay on both sides of the Mekong; but, with the view of consulting French susceptibilities, and in order to avoid the appearance of advancing too far eastwards, we ourselves had already re-enforced the "buffer" principle by handing this province over to Siam, and retiring to a considerable distance westwards from the Mekong. || I further reminded him, that Sir Edward Grey would be expected to give some account in the House of Commons to-morrow of the stage at which our negotiations had arrived. I recognized the difficulty there would be, if the French Government were to modify the position it had assumed. What, therefore, I would propose was this: that Sir Edward Grey should be authorized to announce, that the French Foreign Office was perfectly prepared, in consultation with your Lordship, to constitute a wide territory, independent both of England and of France, which should remain as a permanent "buffer" between the two countries.

Nr. 10493. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Kann er ankündigen, dass Frankreich einen Bufferstaat errichten will?

Foreign Office, July 27, 1893.

(Telegraphic.) || May I understand from your Excellency's despatch of the 26th instant, that Her Majesty's Government are authorized to make a statement in Parliament that, although France is unable to introduce any alteration into the first Article of the ultimatum, she recognizes the necessity for the maintenance of a neutral territory between the French possessions and those of Her Majesty's Government in the extreme east? I consider, that the line of the Nam U mentioned in your despatch would be the proper eastern frontier of the intervening territory.

Nr. 10493.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10494. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Ankündigung des Bufferstaates.

Paris, July 27, 1893. (July 27.)

(Telegraphic.) || The terms in which the announcement should be made are as follows: — || Reports received from Lord Dufferin are to the effect, that the French Government would be willing, in accordance with the views it has always expressed in favour of the constitution of an independent territory between the French and Indian Empires, to negotiate with Her Majesty's Government as to the limits of the region in question. || No discussion of this phase of the question can, however, be entertained by the French Government until France shall have received, or shall be assured of receiving, the satisfaction from Siam to which she considers herself entitled, as set forth in her ultimatum.

Nr. 10494.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10495. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Austausch von Noten über den Bufferstaat ist wünschenswerth.

Foreign Office, July 27, 1893.

(Telegraphic.) || I have received your despatch of yesterday, recording the substance of your conversation on that day with M. Develle on the Franco-Siamese question. || It seems very desirable if possible to obtain an exchange of notes recording the agreement of the two Governments on the principle of maintaining a zone of neutral and independent territory between their respective possessions.

Nr. 10495.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10496. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Fordert Erklärung über die Blockade der siamesischen Küste.

Foreign Office, July 27, 1893.

^{96.}
^{nd.}
1893. (Telegraphic.) || I have repeated to you in my previous telegram of this evening a message from Her Majesty's Minister at Bangkok reporting the notification by the Commander of the French forces in Siamese waters of a blockade of the Siamese coast from the 26th instant. || It has caused me the greatest surprise, and I have to request, that your Excellency will at once ask M. Develle for explanations as to its meaning. || Practically, the blockade is solely directed against British commerce. Already the subject is attracting the liveliest attention in this country, and there can be no doubt, that it will provoke still more notice than it has even yet done. || As it appears from Captain Jones' telegram, that the blockade was proclaimed on the 26th instant, Her Majesty's Government have a right to demand, that they shall be furnished with the most precise details as to its character. || No declaration of war between France and Siam having been made, such unusual proceedings on the part of the French authorities cannot fail to raise international questions of a serious character.

Nr. 10497. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam soll die französischen Bedingungen annehmen.

Foreign Office, July 27, 1893.

^{Nr. 10497.}
^{England.}
27. Juli 1893. (Telegraphic.) || The nature of the advice which I have given to the Siamese Government has been constant and consistent in the sense, that they should come to terms with the French quickly. It is impossible for Her Majesty's Government now to change this view, or, indeed, to intervene with advice at this juncture. || The result of the inquiries that I have been able to make at Paris shows, that the tendency of the demands of the French is to increase, and rapidly so, if the Siamese continue to resist the conditions laid down in the ultimatum. || I am unable to see, under these circumstances, what Siam can hope to gain from maintaining her refusal to accept those conditions, nor what better course remains for her than to accept the French terms at once and unconditionally. || The engagements entered into by the Siamese Government with Her Majesty's Government in regard to Kyaing Chaing need not deter the Siamese Government from this course. The question as to the future status of that province must be discussed directly between Her Majesty's Government and that of France.

Nr. 10498. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat, Battambang und Angkor.

Paris, July 27, 1893. (July 28.)

(Extract.) || In accordance with a previous agreement with M. Develle, I repaired this morning to the French Foreign Office in order to concert the exact form in which the announcement of the willingness of the French Government to constitute a stretch of independent territory between the English and French possessions in Asia should be communicated to the House of Commons, and I have since transmitted this authorized version of the French declaration to your Lordship by telegraph. || We then reverted for a few moments to the subject of the neutral territory to be constituted, and having in my possession a map prepared by Captain Wisely in 1888, and therefore drawn up without any reference whatever to the questions upon which we were engaged, I pointed out to his Excellency, that the eastern limit of our Burmese Shan States was nearly conterminous with the 102nd degree of east longitude, and approached within a few miles of the Nam U, the river which I had suggested yesterday as a convenient western boundary of the independent State in question, should Her Majesty's Government consent to treat on that basis. On this M. Develle produced a map of his own, and showed, that the limit of this very Burmese State followed the crest of the range of mountains for which he had subsequently declared his preference as a boundary, it being the watershed of the Nam U. I further showed him on the same map, that the boundary of Burmah, according to his own French maps, extended much further east, as far as the 103 $\frac{1}{2}$ degree, or nearly 100 miles closer to the Tonquin frontier than the line with which we had contented ourselves, so that by assigning the Shan State in question to Siam we had voluntarily retired nearly 300 miles further west than we need have done, with the view of avoiding umbrage to France by a too close approach to her Indo-Chinese possessions. || I then reverted to a different branch of the subject, namely, the 6th Article of the ultimatum as telegraphed by Captain Jones to your Lordship on the 20th July. The Article runs as follows: "Immediate deposit of 3,000,000 fr. in dollars as guarantee for the claims mentioned in Articles Nos. 4 and 5, or in default of this guarantee the right to farm the taxes of Battambang and Siamrep," or, in other words, as M. Develle explained, to impound the revenues derived from the fisheries on the Great Lake. In reference to this Article I said I would be glad to have some further explanations, and those explanations were all the more necessary in view of a book I had recently read by M. Lanessan, the present Governor-General of Indo-China, who had advocated the violation of the Treaty of 1867 (a Treaty by which France had expressly recognized the right of Siam to both these provinces), and their annexation to France. The independence and integrity of Siam was, I said, a matter of

Nr. 10498.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10498.
England.
27. Juli 1893.

the last moment to us as her immediate neighbour, and M. Develle had been good enough to recognize this fact by voluntarily telling me at the very outset of our first interview, that France had no designs upon any portion of these territories. But, with the declarations of so important a person as M. Lanessan astring us in the face, it was desirable, if we were to get these pending questions settled in an amicable manner, that we should receive some assurance in writing that, under cover of collecting these fishery revenues, no attempt would be made to obtain an indirect hold either on Battambang or on Angkor. || On this M. Develle, instead of giving me the positive and satisfactory assurance which I had expected, entered upon a long disquisition as to the views and intentions of his Government in reference to the point I had mooted. He again referred very bitterly to the form, in which the Siamese reply to his ultimatum had been couched, and complained that the Siamese should have desired a Commission for the examination of the claims of the French "victims," and should have further made some proposals in regard to the disposal of whatever sum might remain over after these claims had been satisfied. Such disrespectful hesitations and suggested modifications were intolerable when preferred by so insignificant a State to so great a Power as the Republic, and would fully justify France in now taking whatever military or other measures she might deem expedient. But surely, I said, the indemnities to the French claimants being fixed unreservedly at 2,000,000 fr., there is a possibility that the additional 1,000,000 fr. may more than cover the indemnities demanded under Article 4 for the "families of victims;" and to express a hope, that the surplus, if any, may be restored to the Siamese Government can only be regarded as a very justifiable and natural request. In any event it cannot be quoted as tantamount to a refusal to pay the money, since it implies the very contrary. Moreover, as the Siamese Government would have a perfect right to the surplus of the deposit—for the term "deposit" in itself implies the possibility of a residue—it is not unnatural, that the Siamese should desire some kind of fair and impartial inquiry as to the grounds on which the families of the victims in question found their demands. The expression of such a wish cannot be quoted against them as a crime, or indeed as in any way qualifying the assent they have already given to pay the money, especially as they expressly state, that it is a suggestion, and not a condition. What you have said to them is this: We consider we have certain claims against you, which certainly amount to 2,000,000 fr., and may amount to 3,000,000 fr.; therefore hand us over 3,000,000 fr., not as a payment, but as a deposit. The Siamese reply: Here are the 3,000,000 fr.; but as you yourselves imply, that this sum may more than cover the amount to be eventually demanded from us, we hope, that the surplus will be returned, and we are naturally curious as to the grounds upon which that section of the claims which you yourselves admit to be indeterminate are founded. M. Develle answered, Yes, but besides this there is the refusal of the 1st Article. || I have

reported this part of our conversation in some detail because it appeared to me, that M. Develle was anxious to found a right to a free hand in Battambang and Angkor on the strength of what he denounced as the irritating suggestions in Siam's reply. Before, however, this part of the question was dropped, M. Develle did give me a positive assurance, that, if the ultimatum pure and simple was accepted, including the 1st Article, the threats he had used of further military measures would of necessity fall to the ground.

Nr. 10498.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10499. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die Blockade soll eine friedliche sein.

Paris, July 28, 1893. (July 28.)

(Telegraphic.) || I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's telegram of yesterday's date. In accordance with the terms laid down therein I will at once address a note to M. Develle with reference to the blockade. || His Excellency informed me yesterday, that the blockade was "un blocus pacifique," and that its enforcement would date from the 31st instant, as I already informed your Lordship.

Nr. 10499.
England.
28. Juli 1893.

Nr. 10500. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die Blockade soll am 31. beginnen.

Paris, July 28, 1893. (July 28.)

(Telegraphic.) || A Secretary, who has been sent from the Quai d'Orsay expressly, explains, that the true date for the commencement of the blockade is, as stated to me yesterday by the Minister for Foreign Affairs, the 31st. Some telegraphic blunder must have caused the discrepancy in the dates as reported from Paris and from Siam. || Full details of the nature and extent of the blockade will be furnished in a note which is to be addressed to me immediately.

Nr. 10500.
England.
28. Juli 1893.

Nr. 10501. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — England sieht die Blockade als eine kriegerische an.

Foreign Office, July 28, 1893.

(Telegraphic.) || Notice has been received from the French Consul by the Governor of Singapore, that the French cruiser "Papin" is expected at that port. In view of the announcement of the intended blockade of the Siamese coast the Governor asks for instructions for his guidance. || If it is proposed, under the so-called "pacific blockade," that neutral vessels shall be treated as liable to capture and condemnation, Her Majesty's Government cannot do otherwise than look upon such a blockade, when formally notified, as constituting a state of belligerency. || At neutrals, their duty in such circumstances would

Nr. 10501.
England.
28. Juli 1893.

Nr. 10501.
England.
28. Juli 1893. seem to impose upon them the necessity of placing the customary restrictions on the facilities to be afforded to French ships of war which may visit British ports, especially such ports as are in the immediate vicinity of that part of the Siamese coast blockaded by the French squadron.

Nr. 10502. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — England besteht auf der Errichtung des Bufferstaates.

Foreign Office, July 28, 1893.

Nr. 10502.
England.
28. Juli 1893. My Lord, || Your Excellency is aware, that Her Majesty's Government have carefully refrained from intervening in the dispute between France and Siam, and that, in reply to communications from the Siamese Government, they have consistently pointed out the necessity of coming to terms with France as speedily as possible. But from the most recent intelligence there is some reason to fear, that the demands upon Siam may tend to increase considerably should further delay take place in accepting the conditions of the French ultimatum, while the Siamese are absolutely without any effective means of resistance. To refuse the French ultimatum would be to play into the hands of the more fanatical advocates of colonial expansion at any price, who, both in Paris and at Saigon, denounce these terms as inadequate, and would gladly find an excuse for further exaction. I have therefore dispatched a telegram to Her Majesty's Minister at Bangkok, of which I transmit a copy herewith, making known our view that no better course remains open to Siam than immediate and unconditional compliance with the French demands. || Whatever may be the decision of the Siamese Government, your Excellency should make it clear to M. Develle that Her Majesty's Government adhere firmly to their views as to the absolute necessity of maintaining a neutral territory between the British and French possessions in the peninsula. The eastern boundary of this territory should, in their opinion, be the River Nam U or its watershed, and in that case the western boundary might be framed to include the Province of Kyaing Chaing. It seems to Her Majesty's Government matter for consideration whether this neutral zone should not be placed under the jurisdiction of China in view of her claims over adjoining districts, as well as of her power to assert her authority. | Details must, of course, be left to subsequent negotiation; but, in order to avoid the possibility of future misunderstanding, Her Majesty's Government deem it essential that there should be an exchange of notes or a signed Agreement, as suggested in my telegram of yesterday's date, declaring the necessity of a neutral zone.

Rosebery.

Nr. 10503. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Mittheilung einer Note an den französischen Minister wegen des Anfangs der Blockade.

Paris, July 28, 1893. (July 29.)

My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship Nr. 10503. England. 28. Juli 1893. copy of a note which, in obedience to instructions, I have this day addressed to the French Government, pointing out the discrepancy in the date of the proclamation of the blockade of the Siamese coast as given by M. Develle and Her Majesty's Representative at Bangkok.

Dufferin and Ava.

Inclosure.

Paris, July 28, 1893.

M. le Ministre. || Lord Rosebery has received a telegram from the British Representative in Siam, informing him, that the French Commander has notified that the blockade began on the 26th July at 5 P.M., and includes all ports between Chulai and Lem Krabang. Three days are allowed to friendly vessels to leave. || Yesterday, in accordance with the communication your Excellency was good enough to make to me, I telegraphed to Lord Rosebery that the blockade was a pacific blockade, and that it would begin on the 31st. || Her Majesty's Minister for Foreign Affairs has expressed to me his astonishment to the discrepancy between the news forwarded to him from Bangkok and the statement which I myself have communicated on your Excellency's authority. || I am further instructed to observe, that this blockade, which is practically directed against British commerce alone, is already attracting the liveliest attention in Great Britain, and is sure to provoke more. As the blockade was proclaimed on the 26th instant, we are entitled to demand the most precise details as to its character, inasmuch as these strange proceedings without any declaration of war raise a serious international question.

Dufferin and Ava.

Nr. 10504. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Siam hat die französischen Bedingungen angenommen.

Foreign Office, July 29, 1893.

(Telegraphic.) || With reference to Captain Jones' telegram of yesterday Nr. 10504. England. 29. Juli 1893. evening, reporting, that the Siamese had accepted the terms of the French ultimatum unreservedly, I request, that your Excellency will ascertain from M. Develle whether he proposes, under these circumstances, that the blockade of the Siamese coasts shall be maintained.

Nr. 10505. SIAM. — Die siamesische Gesandtschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen.

Paris, 31 Juli, 1893.

Nr. 10505.
Siam.
31. Juli 1893.

Mittheilung von Nr. 10392.

Nr. 10506. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterzeichnung eines Protokolls über die Errichtung einer neutralen Zone.

Paris, July 31, 1893, 11:45 A.M. (July 31.)

Nr. 10506.
England.
31. Juli 1893.

(Telegraphic.) || I have this morning signed a Protocol with French Minister for Foreign Affairs under which the establishment of a neutral zone between the possessions of England and France is agreed upon, the limits of which are to be settled by subsequent negotiations. || I have signed ad referendum.

Nr. 10507. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam soll die französischen Garantieforderungen bewilligen.

Foreign Office, July 31, 1893.

Nr. 10507.
England.
31. Juli 1893.

Sir, || I received this afternoon from the Siamese Legation in London the substance of a telegram transmitted from the Siamese Minister in Paris. It was to the following effect: — || "The result of the French Cabinet Council is, that the French, by way of giving proofs of moderation towards Siam, will be satisfied by the following guarantees for the fulfilment of the Agreement between France and Siam: --- || 1. The occupation of the town and river of Chantaboon until the complete and pacific evacuation of all positions on the left bank of the Mekong. || "2. Siam not to maintain any military force at Battambang and Siamrep, or within 25 kilom. of the Mekong River. Only police force and stores allowed within this zone." || In reply to this communication, I have caused the Marquis Maha Yotha to be informed, that, as the Siamese Government have accepted the French conditions, they would, in my opinion, be very unwise to refuse or make difficulties about the guarantees demanded.

Rosebery.

Nr. 10508. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über Battambang und Angkor.

Paris, July 29, 1893. (August 1.)

Nr. 10508.
England.
29. Juli 1893.

(Extract.) || This morning I waited upon M. Develle by appointment at 11 o'clock. | The conversation opened by M. Develle alluding to the Provinces of Battambang and Angkor, and suggesting some arrangement by which they might be handed over to France in exchange for a portion of the Siamese

territory in the north, recently surrendered under the terms of the ultimatum. I at once said, that I must decline to continue any discussion in the direction indicated. Any transaction of the kind would be not only a serious invasion of the integrity of Siam, but would equally destroy her independence in view of the proximity of those provinces to Bangkok. M. Develle deprecated what he evidently considered an unduly harsh remonstrance; but I persisted in opposing this attempt to create a new Siamese question totally distinct from those actually under discussion, and I added, that, although his proposal had come upon me as a surprise, and I had not of course any instructions from your Lordship, he might take it for granted, that the absolute refusal which I now expressed to listen to any such ideas as those which he had mooted represented the views of my Government. || I then asked M. Develle whether, now that the Siamese had accepted the French ultimatum, the blockade would be at once raised. He said, that a Council was to be held at Marly that day, and that he would see me again at 6 o'clock and acquaint me with the results of the decisions arrived at. || When, however, I returned at the hour named, his Excellency informed me, that no Council had been held, in consequence of the impossibility of getting together a quorum of Ministers at so short a notice.

Nr. 10508.
England.
29. Juli 1893.

Nr. 10509. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über die Aufhebung der Blockade.

Paris, July 30, 1893. (August 1.)

(Extract.) || In accordance with the arrangement made yesterday with M. Develle, I waited upon him this afternoon at 6 o'clock; but as he did not arrive till somewhat later, I thought it better to postpone our conversation upon the neutral zone until to-morrow. || I asked his Excellency, however, what the Ministry had decided in reference to the blockade. M. Develle said, that, provided the Siamese acquiesced in certain arrangements which were required to secure the satisfactory fulfilment of the conditions of the ultimatum, the blockade would be at once raised. I then inquired what these arrangements were. He said, that, in the first place, they did not concern any points outside of the four corners of the ultimatum, by which I understood that they did not raise any questions in regard to Battambang and Angkor, but that they referred to such a detail as that the Siamese, who had no gun-boat upon the Mekong at present, should undertake not to place one on that river, and as to the mode in which the Siamese posts were to be withdrawn within the months assigned for that purpose.

Nr. 10509.
England.
30. Juli 1893.

Nr. 10510. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Annahme des Ultimatums durch Siam. — Protokoll über den Bufferstaat.

Paris, July 31, 1893. August 1.

Nr. 10510.
England.
31. Jul. 1893.

Extract. This morning I waited upon M. Develle by appointment, and it having been officially announced in the newspapers, that the Siamese reply to the ultimatum had been accepted in a friendly spirit by the French Government, I permitted myself to congratulate M. Develle. We then turned to the question of a neutral zone, which, I said, ought not to present any serious difficulties in view of what had already passed between us. M. Develle began the discussion this morning by asking whether it would be possible to record at once our agreement to constitute a neutral zone between our respective possessions, and to defer its delimitation for the present. I said, that, if he remembered, I myself had suggested such a course; and I added, that I would be quite willing to adopt the words "sacrifices and concessions" on condition, that by these words I was understood to mean the surrender of our own Trans-Mekong Shan State. I now beg to subjoin the terms of the Protocol, which we at once proceeded to sign: — "With a view of obviating the difficulties which might arise from a direct contact between them, the two Powers are agreed to recognize the necessity of constituting, by means of mutual sacrifices and concessions, a neutral zone between their possessions. The limits of this neutral zone shall be subsequently determined.

Jules Develle.

Dufferin and Ava.

July 31, 1893."

We had also agreed to introduce a paragraph to the effect, that neither Power should cross the Mekong; but on my observing, that such an engagement could not hold good in respect of our Trans-Mekong Province if the negotiation should fall through, this Article was erased. I also took the further precaution of informing M. Develle, that I only signed the Agreement ad referendum.

Nr. 10511. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Siam hat die von Frankreich verlangten Garantien bewilligt.

Bangkok, August 1, 1893. (August 1.)

Nr. 10511.
England.
1. Aug. 1893.

(Telegraphic.) The French ultimatum contains the following additional terms: — 1. Occupation of river and port of Chantaboon pending evacuation by Siam of left bank of Mekong. || 2. No Siamese troops to be permitted within 25 kilom. of the Mekong. || 3. No Siamese armed vessels to be stationed on Toulesap Lake. || 4. Right to establish Consulates at Nan and Korat reserved by France. || The above additional terms are accepted by Siamese Government.

Nr. 10512. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Nimmt die sofortige Aufhebung der Blockade an.

Foreign Office, August 1, 1893.

(Telegraphic.) || You will have learned from Captain Jones' telegram of this morning, which has been repeated to you, that the additional conditions of the French Government have been accepted by Siam. || Under these circumstances, I assume there can be no doubt, that the blockade, which causes considerable irritation here as being mainly directed against British commerce, and which M. Develle assured your Excellency yesterday would be withdrawn forthwith, will now be raised without further delay.

Nr. 10512.
England.
1. Aug. 1893.

Nr. 10513. ENGLAND. — Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat.

Paris, August 1, 1893. (August 2.)

My Lord, || I called upon M. Develle this morning for the purpose of asking what were his wishes in regard to the publication either of the Protocol itself or of its general purport. He replied, that once the supplementary conditions recently communicated to the Siamese Government were accepted there would be no objection to the publication of our Agreement. || I then inquired his Excellency's views in regard to another matter. The Siamese had now surrendered all the left bank of the Mekong up to our Trans-Mekong Burmese frontier to the French; but under our Protocol the stretch of territory lying, roughly speaking, between Luang Prabang and the point where the Mekong resumes a northerly course, was, in accordance with our previous conversation, to form the "buffer". From this region, according to the terms of the ultimatum, the Siamese troops, police and authorities were to retire within a month. What administration was to replace them? This, I said, was a question which very much interested us from every point of view, for it would be very inconvenient, that that part of the world should be allowed to fall into anarchy, should our negotiations be prolonged. || M. Develle replied, that, of course, the French had not yet considered at what moment they would send either troops or civil servants to so great a distance, and he implied, that things for the present would be allowed to remain pretty much as they are. The country was sparsely inhabited, he said, and he did not anticipate any disturbances.

Nr. 10513.
England.
1. Aug. 1893

Dufferin and Ava.

Nr. 10514. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Billigt das Verfahren des Botschafters.

Foreign Office, August 2, 1893.

Nr. 10514.
England.
 2. Aug. 1893. My Lord, || I received yesterday morning your Excellency's despatch of the 31st ultimo, reporting what had passed at your interview in the morning with M. Develle in regard to the question of establishing a neutral zone between the British and French possessions in the region of the Upper Mekong. || I have to state, that Her Majesty's Government entirely approve your language on this occasion, and the terms of the Protocol which was then signed by your Excellency and M. Develle for carrying this arrangement into effect. || I should be glad, however, to receive from your Excellency a further expression of opinion on the point whether it is better to postpone the discussion of the detailed frontiers or not.

Rosebery.

Nr. 10515. FRANKREICH. — Französische Botschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Aufhebung der Blockade.

Londres, le 4 Août, 1893. (August 4.)

Nr. 10515.
Frankreich.
 4. Aug. 1893. M. le Comte, || Je m'empresse de faire savoir à votre Seigneurie, conformément aux instructions de M. le Ministre des Affaires Étrangères, que le Gouvernement Siamois ayant accepté sans restrictions ni réserves les conditions de l'ultimatum que le Gouvernement de la République avait dû lui adresser le 20 Juillet et ayant adhéré en outre aux demandes de garantie formulées dans la note de M. Develle, en date du 30, des ordres viennent d'être envoyés pour qu'il soit procédé à la levée du blocus concurremment avec l'occupation du port de Chantaboon qui doit nous être remis et être détenu par nous jusqu'à l'exécution complète des clauses de l'ultimatum. || M. Pavie a été autorisé à rentrer à Bangkok.

d'Estournelles de Constant.

Nr. 10516. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet eine vom französischen Minister des Auswärtigen erhaltene Note über den Anfang der Blockade.

Paris, August 4, 1893. (August 5.)

Nr. 10516.
England.
 4. Aug. 1893. My Lord, || With reference to my despatch of the 28th ultimo, I have the honour to transmit herewith to your Lordship copy of a note which I have received from the French Minister for Foreign Affairs in which his Excellency points out, that the discrepancy in the dates given at Bangkok and Paris for the commencement of the blockade can only be attributed to an error in the

interpretation of the orders given by the Minister of Marine. || In reply to my suggestion, that the notification of a blockade without any declaration of war might raise a serious question of international law, M. Develle cites various instances of alleged pacific blockades in support of the French action in the present instance.

Nr. 10516.
England.

4. Aug. 1893.

Doufferin and Ava.

Inclosure.

Paris, le 3 Août, 1893.

M. l'Ambassadeur, || En me faisant connaître, par sa lettre du 28 Juillet dernier, que le Secrétaire d'État des Affaires Étrangères de Sa Majesté avait reçu, du Représentant Britannique à Bangkok, un télégramme l'avisant, qu'aux termes d'une notification du Commandant Français, le blocus des côtes Siamoisées avait commencé le 26 Juillet à 5 heures du soir, votre Excellence a fait observer que l'information dont il s'agit ne concordait pas avec les déclarations que j'avais eu l'occasion de lui faire au sujet de l'établissement du blocus. || Ainsi que votre Excellence en a été informée verbalement le même jour, cet incident ne peut être attribué qu'à une erreur d'interprétation des ordres donnés par le Ministre de la Marine, et des instructions destinées à faire disparaître ce malentendu ont été envoyées, sans retard, par le télégraphe, au Commandant du "Forfait." || Par la même communication, votre Excellence signale à mon attention l'impression causée en Angleterre par l'établissement du blocus, en exprimant le désir d'obtenir des renseignements plus précis sur le caractère de cette mesure, dont l'application, sans aucune déclaration de guerre, soulève une importante question de droit international. || Bien que, en raison de la levée prochaine du blocus, la question n'ait plus d'intérêt pratique, je crois devoir faire remarquer à votre Excellence que la mesure dont il s'agit constitue, en réalité, un moyen de contrainte auquel un État est fondé à recourir, sans rompre la paix, pour rappeler une autre Puissance à l'observation de ses devoirs internationaux. La France, l'Angleterre et la Russie y ont eu, une première fois, recours en 1827, pendant l'insurrection de la Grèce. Divers autres blocus pacifiques ont eu lieu depuis lors. On peut citer notamment le blocus du Tage par la France en 1831; celui des côtes de la Nouvelle-Grenade par l'Angleterre en 1836; celui des ports du Mexique par la France en 1838; en 1838 et 1840, en 1845 et 1848, ceux de Buenos-Ayres par la France seule d'abord, et ensuite par la France et l'Angleterre. Enfin, pour prendre un exemple plus récent, le Commandant des Forces Navales Britanniques au Cap de Bonne-Espérance et à la Côte Occidentale d'Afrique a, en 1876, dans des circonstances offrant une grande analogie avec la situation actuelle, établi sur la côte du Dahomey un blocus dont la durée s'est prolongée pendant plusieurs mois. La France, à son tour, à l'occasion des difficultés survenues avec la Chine, en 1884, a recouru au blocus pacifique des côtes de Chine, et le Gouvernement Britannique, à cette époque, tout en formulant des réserves

Nr. 10516.
England.
4. Aug. 1893. sur les effets que pouvait entraîner la mesure dont il s'agit au regard des Puissances tierces et de leurs ressortissants, n'a pas contesté, en principe, le droit réclamé par le Gouvernement Français.

Jules Develle.

Nr. 10517. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Bemerkungen über seine Unterredungen mit Waddington.

Foreign Office, August 5, 1893.

Nr. 10517.
England.
5. Aug. 1893. My Lord, || I have received your Excellency's despatch of the 25th ultimo, relative to the statement made in M. Develle's speech in the Chamber that you had formally announced to him, on behalf of Her Majesty's Government, that Great Britain had no intention of intervening in the frontier question which had arisen between France and Siam. || I am glad, that your Excellency should have taken an opportunity of explaining to M. Develle that this was a misapprehension of what had been said by you. || I noticed in the same speech a statement, that as early as the 9th March I had spontaneously informed M. Waddington that I had received a visit from the Siamese Minister, who complained of the encroachments of France on the Mekong, but that I had replied, that the matter did not concern me. || I find on reference to my notes a record of a conversation with M. Waddington at this Office on the previous day, which is no doubt that alluded to. An account of it is also given in my despatch to your Excellency of the same day. But in neither is there any allusion to any statement of the kind. || As M. Waddington reported the fact in a despatch, I have no doubt, that some observation on the subject was made by me. The question between France and Siam, as far as I was aware of it at the time, was one merely of conflicting claims to portions of territory inhabited by wild tribes, and lying to the east of the middle course of the Mekong. I did not consider, that in its then position it was one in which Her Majesty's Government were called upon to intervene, and I probably made some observation to that effect, with the object of showing that there was no foundation for the rumours current in the French press that Her Majesty's Government were inciting the Siamese Government to oppose the French contentions. || But that my remarks did not go beyond this is to my mind sufficiently demonstrated by the fact that I made no record of them either in my private notes or in the official despatch giving an account of the conversation. || I have no doubt, that I expressed myself to your Excellency in the same sense. It is not necessary to observe, that the French pretensions as since revealed had not at that time been advanced in any practical shape, but I certainly had it in my mind that the Siamese should be recommended to abstain from a resistance on which the French might ground larger claims than they as yet had sought to assert. || The report of M. Develle's speech given in the "Times" of the 19th July, which describes me as calling upon M. Waddington for the purpose

•••••
•••••
•••••

of making a communication on the subject, is of course entirely inaccurate, but I notice, that no such statement is made in the verbatim record of the speech published in the "Journal Officiel." To make this difference perfectly clear I subjoin both passages: what M. Develle really said, and what he was represented in the English press to have said.

Nr. 10517.
England.
5. Aug. 1893.

The "Times" version is as follows: — || "As long ago as the 9th March Lord Rosebery came spontaneously to say to M. Waddington, that the night before he had received a visit from the Siamese Minister in London, complaining of the encroachments of the French on the Mekong, and that he told him he had nothing to do with the affair." || The actual words were the following: — || "Dès le 9 Mars dernier Lord Rosebery a spontanément déclaré à M. Waddington qu'il avait reçu la veille la visite du Ministre de Siam à Londres, qui se plaignait des empiétements de la France sur le Mékong, et qu'il lui avait répondu qu'il n'avait pas à s'occuper de cette affaire."

Rosebery.

Nr. 10518. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. -- Die Unterhandlungen über die neutrale Zone sind zu verschieben.

Paris, August 5, 1893. (August 7.)

(Extract.) In reply to the question addressed to me in the last paragraph of your Lordship's despatch of the 2nd August as to whether it is better to postpone the discussion of the detailed frontiers or not, I have to state that in my opinion the French Government would absolutely refuse to renew negotiations at present, or until after the elections. || The President has left Paris, and M. Develle will be leaving to-morrow. Under these circumstances I do not think it would be desirable to press them on the point; nor do I think that the delay will militate against a satisfactory settlement.

Nr. 10518.
England.
5. Aug. 1893.

Nr. 10519. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Ubersendet den Schriftwechsel zwischen Frankreich und Siam, dessen Inhalt in Nr. 10375 bis Nr. 10379 angegeben ist.

Bangkok, 17. Juli 1893. (21. August.)

Nr. 10519.
England.
17. Juli 1893.

Nr. 10520. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Frankreich weist jede Intervention ab.

Bangkok, August 21, 1893, 7:10 P. M. (August 21, 9:30 P. M.)

(Telegraphic.) || The King of Siam gave audience yesterday to the French Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary. The usual complimentary formalities were exchanged. In the correspondence which took place previous

Nr. 10520.
England.
21. Aug. 1893.

Nr. 10520.
England.
21. Aug. 1893. to the interview the French Envoy asserted, that his instructions compelled him to refuse all intervention of any foreign adviser, and forbade him to discuss matters whit any but the King or His Majesty's Minister.

Nr. 10521. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Besetzung von Chantaboon.

Bangkok, August 21, 1893, 9:50 P. M. (August 21, 11 P. M.)

Nr. 10521.
England.
21. Aug. 1893. (Telegraphic.) || Apparently the French Minister here spoke on his own authority when he asserted, that French troops would not occupy the town of Chantaboon. Intelligence has just arrived of its military occupation. Orders to this effect were given from the Governor-General of Cochin China. All knowledge of this preceeding is denied by the French Plenipotentiary.

Nr. 10522. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Fortgang der Verhandlungen zwischen Siam und Frankreich.

Bangkok, August 23, 1893. (August 23.)

Nr. 10522.
England.
23. Aug. 1893. (Telegraphic.) || M. le Myre de Vilers' negotiations are proceeding smoothly, and I have not heard of any difficulties arising. The only question on which some misunderstanding may have occurred was with regard to the occupation of the town of Chantaboon by Annamite troops; but this was soon settled. Her Majesty's ship "Linnet" was ordered to Hong Kong on the 16th instant. I do not expect, that another gun-boat will be sent to replace her, and at present there seems no need for the presence of a British man-of-war.

Nr. 10523. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Französischer Vertragsentwurf.

Bangkok, August 24, 1893, 2:50 P. M. August 24, 6:30 P. M.)

Nr. 10523.
England.
21. Aug. 1893. (Telegraphic.) || At the first meeting of the Plenipotentiaries of France and Siam Articles were proposed for the new Treaty of Peace and Friendship, of which the following is the tenour: — 1. Government of Siam recognize rights of sovereignty of Annam and Cambodia over the islands in the Mekong and all the territories on left bank of the river. 2. Police of the Mekong River and of Great Lake belongs to French Government, and on these waterways the Siamese Government renounces the right to keep any armed boats or vessels. 3. No fortified post or military establishment shall be constructed by the Siamese Government within a radius of 25 kilom. on the right bank of the River Mekong or in the Provinces of Angkor and Battambang; within these limits all such will be destroyed. 4. Nothing as regards the actual native administration will be changed in these reserved zones. The local authorities there will maintain no regular or irregular force, but the police will be under their direction. 5. In the zones above specified no customs will be established, nor will any taxes be levied on imports or exports. 6. On the

right bank of the Mekong the French Government may construct depôts of wood and coal, and any works necessary to navigation. || 7, 8 and 9. These relate to Consular and passport matters, and were not read. || 10. Those under French protection and French subjects registered in Consulate are all under French jurisdiction. || 11. French text will be alone valid. || These Articles are all, it will be noticed, in excess of terms accepted in the ultimatum.

Nr. 10523.
England.
24. Aug. 1893.

Nr. 10524. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Der französische Unterhändler ändert seine Haltung.

Bangkok, August 25, 1893. (August 25, 10:30 A. M.)

(Telegraphic.) || In the conference this morning the French Plenipotentiary altogether changed his former manner. He insisted on acceptance in principle of all the additional conditions referred to in my telegram of the 24th instant, and hinted, that otherwise matters might change for the worse, as France has now four war-ships in the Gulf of Siam. A few more advantages for French colonials, he added, would be asked for, in return for which France would grant two favours, which were not, however, specified. The expulsion of all "Danish mercenaries" from Siam as also required.

Nr. 10524.
England.
25. Aug. 1893.

Nr. 10525. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Ubersendet den Schriftwechsel zwischen Frankreich und Siam, dessen Inhalt in Nr. 10587 bis 10590 angegeben ist.

Bangkok, 25. Juli. (25. August.)

Nr. 10525.
England.
25. Juli 1893.

Nr. 10526. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Erkundigung nach dem Vertragstext.

Foreign Office, September 1, 1893.

(Telegraphic.) I should be glad, if you could obtain the exact text of the Articles relating to Battambang and Angkor and the rest of the reserved zone, and send it to me by telegraph.

Nr. 10526.
England.
1. Sept. 1893.

Nr. 10527. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die Sprache der englischen Presse erregt Aufsehen in Paris.

Paris, September 1, 1893. (September 2.)

My Lord, || The language of the English press, as well as that employed in the House of Commons, in regard to the so-called French encroachments during the Siamese negotiations has frequently been referred to in the course of my conversations with official personages in Paris, and I may sum up the language which has been held to me in responsible quarters as follows: || It is felt, that what they designate as the persistent attacks levelled against France

Nr. 10527.
England.
1. Sept. 1893.

Nr. 10527.
England.
1. Sept. 1893.

in England are the cause of considerable embarrassment to the French Government. Disposed as the latter might be to disavow publicly the intentions attributed to them, they would inevitably be accused, were they to do so, of truckling to the pressure of England. France, it is maintained, was honestly desirous simply to revert to amicable relations with Siam as soon as the terms accepted by that country were executed. But if M. le Myre de Vilers, who had the habit of dealing with Orientals, were to await the good pleasure of the Siamese with his hands crossed, the object in view would be remote in its attainment, and he doubtless, at his discretion, may have used language which might be interpreted as threatening, in order to hasten the conclusion of his mission. In fulfilling his instructions to make a Commercial Treaty, he had proposed certain mutual concessions in regard to customs duties and importations between Battambang and Angkor and Cambodia. He had at once been accused of wishing to lay hands on the provinces. In order to improve the navigation of the Mekong, he had asked for the permission to extend to the right bank such works as might be necessary on the left bank, as well as to establish wood and coal depôts. That, again, was distorted into a desire to lay hands on the provinces, when the very fact of the request having been made showed their respect for the right bank. A strong pressure had been exercised in France on the Government to obtain, after the refusal of the ultimatum, the retrocession of those provinces (regarded as legitimately belonging to Cambodia); but M. Develle, bearing in mind the declarations which he had made in regard to the independence and integrity of Siam, had firmly rejected all such influence brought to bear on him, and respected a Treaty which had undoubtedly been drawn up without full "connaissance de cause." I have been assured, that not one word is known at the French Foreign Office of the alleged erection of earthworks at Chantaboon; and the presence there of a French force one-tenth the number of that of the Siamese forbade any covert intentions such as were attributed to the French. An explanation of the desire to shelter the French force in a barrack had already been given to me. As to the assertions relative to French projects regarding the Kra Canal, I am told, that no mention of that canal or of such aims had ever been made in any correspondence, private or official, in the French Foreign Office. As to the general question, it is not concealed that, had the circumstances and details now at hand been brought earlier to the notice of the French Government, demands of a less moderate nature would have been made. The report of the Commander of the "J. B. Say" it is said proves how unprovoked had been the action of the Siamese on the occasion of the French ships entering the Menam. ¶ By a distinct arrangement made with M. Pavie, a Siamese officer was to have been sent to stop the passage of the French ships up the river. That arrangement had not been kept, and the ships arriving with their original orders from the Admiral at Saigon to advance to Bangkok had no notice of the modification of those orders which had been issued in consequence

of an understanding with Her Majesty's Government, but were received by a fire of artillery. Would British officers, it is asked, have acted under such circumstances otherwise than the French naval officers had acted? Her Majesty's Government, it is believed, would have ordered much stronger measures of retaliation. No demand had been made for the dismissal of the Danish officers, but it is understood that the Danish Government intends to withdraw those who are under its control, and who are not mere adventurers, such as often make their way to Oriental countries. Their presence, in view of the Report of the Commandant of the "J. B. Say," and of their action at the mouth of the Menam, is regarded as a danger to the good relations of France and Siam. A high official almost emotionally repudiated to me the accusations of bad faith which had been levelled at France, both in the English press and in the House of Commons, stating that when a member used a such an expression as "now that France has annexed Siam," it was difficult to inculcate moderation on the French press. || It has been pointed out to me, that the press has shown excessive forbearance both in the Aigues Mortes controversy and in the recent development of the Siamese question, if a comparison were drawn with its Italian and English compeers, and that the French Government could, however, only feel that the exaggerations of the English press on the Siamese question were due to its being, in many cases, dragged into the service of the Opposition, in order to make an attack on Mr. Gladstone's Government for its imputed impotence and inertness in the face of France, a most unjustifiable accusation, as the correspondence of Her Majesty's Embassy and the French Government must unquestionably prove. || I have invariably said that no one could read the reports of the language held by the official Representatives of Her Majesty's Government in Parliament without being convinced of its guarded character, and how little it became the echo of ungrounded statements, but I could not conceal my fears lest M. le Myre de Vilers would prove to be either exceeding his instructions, or to be executing them unjustifiably.

E. C. H. Phipps.

Nr. 10528. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Summarische Darstellung der Ereignisse.

Foreign Office, September 2, 1893.

My Lord, || The difference between France and Siam, which had at one time assumed so threatening an aspect, has happily been brought to a peaceful settlement. It was one in the later and more serious phases of which Great Britain could not be otherwise than greatly concerned, on account of her preponderant commercial intercourse with Siam, of her friendly relations with that kingdom, her desire to preserve its independence, and in view of the expediency, in the interests both of France and Great Britain, of maintaining a neutral territory between the British and French possessions in those regions.

Nr. 10527.
England.
1. Sept. 1893.

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

The French Government have shown themselves equally alive to the importance of this last consideration, and your Excellency has been able to come to an agreement with the French Minister for Foreign Affairs as to the general principle of an arrangement for securing the object in view; and I do not doubt, that on your return to Paris you will find M. Develle ready to negotiate with you the details of that arrangement. ¶ It will be useful, that I should preface the instructions which I have to give you on the subject with a brief summary of the course of events and of the position of Her Majesty's Government in regard to them. ¶ As long ago as the 3rd April, 1889, the French Ambassador made to my predecessor a proposal for the neutralization of Siam. The conversation is thus recorded by Lord Salisbury in a despatch to the late Earl of Lytton, then Her Majesty's Ambassador at Paris: — (folgt Nr. 10430.)

M. Waddington's account of the proposal made by him gives it in somewhat different terms; but the substance of the proposal is the same. His Excellency says in a letter to me, dated the 30th April last: — (folgt Nr. 10448 *Cette proposition a été faite bis déployée devant nous.*)

The proposal was the subject of prolonged consultation with the Secretary of State for India, and eventually Lord Salisbury returned to M. Waddington, on the 27th August, the following answer: — (folgt Nr. 10431.)

To this communication no answer was ever received; the subject was for the time dropped by the French Government, and it was not until the 16th February, 1892, that it was revived by M. Waddington, who made on that occasion an entirely new proposal. ¶ His Excellency said, that his Government were of opinion that, in order to avoid further differences between the two Powers, it might be advantageous that each Power should bind itself to the other not to extend its influence beyond the Mekong. Neither Power had yet advanced practically to the banks of that river, but this engagement would prevent either Power suspecting the other of desiring to encroach upon what was essentially Siamese territory. ¶ Lord Salisbury objected, that such an engagement would have the appearance of giving respectively to the French and English Governments territory which did not belong to the other of the two Powers, and was therefore not at its discretion to assign. M. Waddington replied, that that was not his intention. He did not propose any engagement of a positive character; he did not propose, that either Power should recognize the other as advancing as far as the banks of the Mekong; he only proposed the negative engagement, that each Power should bind itself to the other not to cross that river. ¶ M. Waddington repeated this proposal on the 10th May following, explaining he did not mean to say that the present sphere of influence either of France or Great Britain actually extended up to the Mekong at that moment, that his proposal was not an assertion of present rights, but, as he expressed it, a prophylactic. ¶ Lord Salisbury consulted the Secretary of State for India on the subject, but no reply was given to M. Waddington before the late Government quitted office. ¶ His Excellency consequently re-

curred to the subject in conversation with me, and I explained the position and views of Her Majesty's Government in a note dated the 23rd December last. || In that note, and in a subsequent one of the 3rd April, I stated, that in virtue of the annexation of Burmah, and of the establishment of a British Protectorate over the State of Kyaington, Her Majesty's Government had acquired rights in certain districts to the east of the Mekong, notably in Kiang Hung and over Kyaing Chaing, which latter district lies on both sides of the Mekong. That they proposed to make over to China their rights in the former State as part of a general settlement of the frontier between Burmah and China, and that it was further their intention to cede Kyaing Chaing to Siam as part of the frontier settlement with that country; although, if Siam were at any time to abandon the district, the rights of the British Crown to the whole of it, whether lying to the east or west of the Mekong, would revive. I pointed out, that under these arrangements the possessions or Protectorate of Great Britain would nowhere extend to the east of the Mekong, but I stated that such a specific engagement as M. Waddington had suggested would be open to misconstruction, and likely to cause suspicion and arouse claims on the part of Siam. || M. Waddington replied to my note of the 23rd December in one dated the 22nd February, in which he asked for explanations on certain points, and expressed a hope that I should see the expediency of speedily resuming the negotiations and bringing them to a definitive agreement, adding that they could not, in the opinion of the French Government, be regarded as implying a danger for Siam, as they had always and should, in their opinion, continue to be based on the necessity of assuring the independence of that State. || In my reply of the 3rd April I observed: — (folgt Nr. 10441: "Her Majesty's Government have never been his influence in these regions".)

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

The negotiation has not been pursued further by the French Government, but throughout the course of their recent discussions with Siam they have constantly asserted their intention to respect the integrity and independence of that kingdom. I may mention in illustration of this fact the statement made to me by the French Chargé d'Affaires on the 28th June, and recorded in my despatch of that date, that he thought that ample assurances had been given by M. Develle to your Excellency, and that it had always been stated that there was no idea of any attack on the integrity and independence of the Kingdom of Siam. On the 30th June, only two days later, Mr. Phipps furnished to me, in his despatch, a report of a conversation with M. Develle, which commenced as follows: — "His Excellency said he could give me a solemn assurance, that the French Government had no idea of interfering with the integrity of the Siamese Empire." || Her Majesty's Government had, therefore, every assurance that France, equally with Great Britain, was desirous of avoiding actual contact between the possessions of the two countries in these regions; that she was resolved to maintain and respect the integrity and independence of Siam, and that her territorial claims would not be so pushed

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

as to trench upon that independence and integrity. || It must be admitted, that the exact limits of the territorial rights and jurisdiction of Siam are vague and indeterminate; but it was at least certain, that the State of Luang Prabang had for a period of over seventy years acknowledged Siamese suzerainty, and that it had for some years been practically under the control of a Siamese Commissioner. The French Government had, moreover, themselves acknowledged the sovereignty of Siam at Luang Prabang by the signature of the Convention of the 7th May, 1886, which provides for the appointment of a French Vice-Consul there, and by the request which they subsequently addressed to the Siamese Government to grant an *exequatur* to the officer so appointed. It is further an undoubted fact, that the country to the west of the Nam U up to latitude 22° has for some time been in Siamese possession, that the Siamese military posts extend along the course of that river up to that latitude, and that the Siamese Province of Maung Nam reaches some 60 miles to the north of the Mekong, where that river runs westerly from the town of Luang Prabang. || There was therefore to the east of the British possessions, where they approach or touch the Upper Mekong, a broad tract of territory generally admitted by French as well as by other explorers and travellers to belong to Siam. Moreover, on the French official map of Indo-China, published by the Ministry of War in 1886, there is a distinct frontier-line drawn considerably to the east of the Nam U, and described as "the frontier of Annam according to the Annamite maps;" while the country to the west of this line is stated to belong to States under the suzerainty of Burmah and Siam. || Under these circumstances, Her Majesty's Government were justified in considering that the disputes which had arisen between France and Siam, and which were understood to relate to the territory lying to the east of the Mekong and south of Luang Prabang, did not directly concern them, and that they were not called upon to express any opinion on the question, the merits of which it was very difficult to ascertain. I have no doubt, that I may have incidentally stated both to your Excellency and to M. Waddington that we did not desire to intervene in any local frontier dispute on the Lower Mekong, though, as your Excellency has pointed out in your despatch of the 25th July, and as I have explained in my despatch to you of the 5th ultimo, no such categorical statements of our being altogether unconcerned in the question were made either by you or me as might be inferred from M. Develle's language in the French Chamber. It is clear, indeed, that in a certain sense Her Majesty's Government could not be otherwise than concerned, for it was important to Great Britain that the question should be restricted within its actual limits, and should not be allowed to assume proportions that should affect our commerce or the essential independence and integrity of Siam. But action on our part was rightly and properly limited to endeavouring, by friendly advice, to facilitate a settlement, and to prevent any step on the part of Siam which might tend to bring matters into an acute phase. || Her Majesty's Go-

vernement neglected no opportunity of using their influence in this direction. ¶ As French public opinion seemed much excited on the subject, and inclined to attribute to British instigation and support the opposition offered by Siam to the French demands, I avoided having any personal interviews with the Siamese Minister, which might have tended to give colour to these suspicions and to increase existing irritation. But in all written communications with him, in the messages which have been conveyed through Sir P. Currie and Sir T. Sanderson to the Siamese Legation, and in the instructions addressed to Her Majesty's Minister at Bangkok, I never failed to inculcate the importance for Siam of coming to a speedy settlement, of exercising great caution, and of avoiding anything which could give occasion for a rupture. Advice to this effect was given on the 24th April by Sir P. Currie to Mr. Verney, the English Secretary of the Siamese Legation, and Captain Jones was at the same time instructed to use language to the same effect. ¶ Again, on the 4th June, after the capture of a French officer, Captain Thoreux, on the Mekong, I telegraphed to Captain Jones to urge on the Siamese Government, if he had the opportunity, to consider how extremely important it was to avoid a breach of friendly relations, and to represent that they could have no grounds for refusing to use their best endeavours for the liberation of Captain Thoreux if the encounter had taken place, as I understood them to state, in opposition to their wishes and instructions, and on territory over which they claimed to exercise authority. ¶ On the 23rd June Mr. Verney, having intimated that the French Government refused to proceed with the discussion of the territorial question until the claims for compensation on account of injuries suffered by some French traders and travellers at the hands of the Siamese authorities had been disposed of, it was suggested to him that, in order to facilitate the progress of the negotiations, the Siamese Government would do well at once to deposit the full amount of these claims with some bank or neutral person pending a discussion of the details. ¶ On the 5th July, as the French Government were complaining of the delay in the liberation of Captain Thoreux Sir T. Sanderson wrote again to Mr. Verney by my desire, urging that it should be effected at the earliest possible moment.

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

Of the incident which brought matters to their recent critical condition, and led to the presentation of the French ultimatum, I can only say, that it appears to have been principally, if not wholly, due to an unfortunate misunderstanding, and that the act of the French gun-boats in forcing their way up the Menam River to Bangkok was, as I believe, contrary to the orders of the French Government, as it certainly was inconsistent with their language to Her Majesty's Government. ¶ On the 17th June your Excellency reported having received an assurance from the French Government, that the statement in the newspapers of the dispatch of the French fleet to Bangkok was not correct, that it would be concentrated near Cochin China, and if any further action was necessary, in consequence of the recent murder of a French sub-

Nr. 10526.
England.
2. Sept. 1893.

ject, Her Majesty's Government would be informed. || In your despatch of the 19th June you stated, that M. Develle had again repeated the assurance that there was no intention of sending the French fleet to Bangkok. You added, that you had already received through Mr. Phipps an assurance from the French Foreign Office authorities that any further movements of the French fleet would be communicated to Her Majesty's Embassy, or to London. || On the 29th June the French Minister for Foreign Affairs, after expressing satisfaction at my language in the House of Lords, repeated once more that no active steps would be taken at Bangkok without previous warning. || In the note which Mr. Phipps addressed to his Excellency on the 1st July, and of which a copy was inclosed in his despatch of the 5th, he wrote as follows: — "I may add, that I have not omitted also to convey to Her Majesty's Government the various assurances given by your Excellency that any further movements of the French fleet will be intimated to them." || No exception whatever was taken to this formal record of the assurances received; no intimation of any kind had been received by Her Majesty's Government of an intended movement of the French fleet, or any portion of it; they were justified in supposing that it was still under orders to remain concentrated in the waters of Cochin China, and that no fresh steps of an active nature at Bangkok had been decided upon. | When, on the 11th July, a report was received from Her Majesty's Minister at Bangkok, that the French Admiral was determined to send additional vessels of war to that capital, and to force the entrance of the river against the resistance of the Siamese, I must admit that, relying on the reiterated assurances of M. Develle, I did not believe that such a measure was seriously contemplated, or was at all events imminent. || As it was said, however, that the French Admiral based his action on the ground that additional English gun-boats were being sent to lie off Bangkok, I instructed Mr. Phipps to explain to M. Develle that the two vessels which had recently been sent for the protection of British life and property in case of disorder would remain at the entrance of the river, and that only the one which had for some weeks been lying off Bangkok would continue there. But I thought it only courteous to M. Develle to accompany this explanation with a statement that Her Majesty's Government felt absolute confidence in his assurances, and gave no credence to the report of an intention to force the entrance of the river. || I received from Mr. Phipps, late on the evening of the 13th July, a telegram stating that, in consequence of my communication, M. Develle had abandoned the intention of sending additional ships to Bangkok, and that the vessels sent would remain outside the bar at the entrance of the Menam. But simultaneously with this message arrived, to my extreme surprise, another one from Her Majesty's Minister at Bangkok, reporting that the vessels in question had passed the defences at the bar, and were at that moment anchored opposite the French Legation. || Of the encounter which took place between the gun-boats and the Siamese forts on their passage up the

river, and which seems to have been the determining cause of the French ultimatum, the accounts from different sources are conflicting. It has been stated, that the French vessels were subjected to an unprovoked fire while taking up their anchorage outside the bar. This, however, can scarcely be the case, for the anchorage outside the bar is out of range of the fort at the entrance to the river. ¶ From the reports since received from Her Majesty's Minister at Bangkok, and from the Commander of Her Majesty's ship "Pallas", which was stationed outside the bar, it appears that the Commanders of the French gun-boats were informed by the latter on their arrival that they might expect a message from the French Minister at Bangkok outside the river. It was believed by the Commander of the "Pallas" (though I understand that the French Government state that this is a mistake), that they actually received a messenger from the Minister with an intimation of the arrangement made with the Siamese Government that they should remain outside. They were certainly warned by a Siamese officer, that their passage up the river would be opposed. Nevertheless, on the approach of evening, and under cover of a thunder-storm, they proceeded, by the help of a pilot obtained from a French merchant-steamer engaged in local traffic, to pass the obstacles which the Siamese had placed at the mouth of the river inside the bar, and it was then that, after two blank shots had been fired, the cannonade began, to which they at once replied. ¶ It is, however, unnecessary, that I should discuss this incident or pronounce any opinion upon it. I have only detailed the previous circumstances with the object of showing that, in this and in other stages of the matter, the course of Her Majesty's Government has been based upon a loyal belief in the reiterated and solemn assurances of the French Government, and guided by an anxious desire to avoid taking any part in the dispute, but to prevent, as far as lay in their power, any action on either side which might bring about a crisis. ¶ Those efforts had, unfortunately, been unavailing, and the immediate result was the presentation by the French Government of an ultimatum containing demands of a very different nature from any which had previously been made. ¶ The first of these demands could not but be considered as affecting British interests in a high degree. It was thus expressed: "The recognition of the rights of the Empire of Annam and of the Kingdom of Cambodia over the left bank of the Mekong and over the islands." The words are not explicit; but the statements of M. Develle left no doubt that they were intended to imply the cession of all territory in Siamese possession on the left bank of the river. This interpretation was confirmed by the refusal of the French Government to accept as satisfactory the reply of the Siamese Government offering to recognize as Annamite and Cambodian territory all the country to the east of the Mekong southwards of the 18th parallel of north latitude. ¶ Her Majesty's Government found themselves, therefore, suddenly and without any previous warning brought face to face with a peremptory claim by France for a vast tract of territory, including

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

Nr. 10526.
England.
2. Sept. 1893.

the town and one-half of the district of Luang Prabang (which has been admittedly for many years under Siamese jurisdiction, and over which it has not hitherto been contended that Annam had any rights beyond some of tribute now for more than half-a-century non-existent), comprising also a considerable portion of the Siamese Province of Muang Nan, and bringing the French possessions into immediate contact with the British Protectorate of Kyaington and with the neighbouring State of Kyaing Chaing, which Her Majesty's Government had ceded to Siam, but which would thus be cut off from the rest of the Siamese possessions, and over which the rights of Great Britain would naturally revive upon its abandonment by the Siamese Government. ¶ I pass over the question whether such a demand is altogether consistent with that respect for the integrity of Siam which had formed the basis of the communications between the two Governments. It is sufficient to consider its practical effect. ¶ The policy which hitherto has recommended itself for obvious reasons to both the British and French Governments has been that of keeping a considerable tract of territory under the jurisdiction of some native and neutral State between the limits of their respective possessions. But the French demand, if carried into effect to its full extent, would have brought the British and French frontiers into actual contact for an extent of at least 80 miles. In order to preserve the peace of the border it would be necessary to make arrangements for regularly garrisoning the frontier districts, and for bringing them under direct administrative control. A heavy charge which has hitherto been avoided would be thrown upon the finances of the British-Indian Empire, and both countries would have been constantly exposed to the occurrence of petty and irritating discussions from such incidents as must necessarily arise between the wild and uncivilized tribes which inhabit these regions. ¶ On the other hand, if the Siamese Government should persist in their refusal to make concessions beyond those offered in their reply to the French ultimatum, a blockade of the Siamese coast was at once to ensue. This measure, although nominally directed against Siam, would probably have had but little effect on the mass of the population. The food supplies of the valley of the Menam are more than adequate for the wants of the inhabitants, the annual export of rice from Bangkok averaging a yearly value of 1,000,000 L., and with such commodities as furnish the staple articles of import they can very well dispense for a prolonged period. ¶ But on British shipping visiting Bangkok, which, during the year 1892, amounted to 87 per cent. of the whole carrying trade of that port, and on British imports, which amounted in the same year to 97 per cent. of the whole, the effect could not be otherwise than serious. It was further to be anticipated, that the stoppage of the supply of rice to the British Colonial Settlements in the Malayan Peninsula and at Hong Kong might be productive of serious inconvenience and distress. ¶ It was under these circumstances that Her Majesty's Government thought it expedient that your Excellency should at once return to Paris, in order to discuss with

M. Develle the means of avoiding contingencies which could not be otherwise than detrimental to the friendly relations between the two countries. I am happy to bear testimony to the moderate and conciliatory disposition which has been shown by that statesman, and which has resulted in an agreement for the establishment of a neutral zone between the British and French possessions on the Upper Mekong. || Her Majesty's Government, while refusing to give advice under circumstances for which they were in no way responsible, did not conceal from the Government of Siam their opinion that further resistance to the French demands was useless, and could only tend to bring on Siam greater losses and misfortunes. The latter, wisely recognizing the necessities of the situation, accepted the conditions laid down in the French ultimatum, and some supplementary ones which the French Government subsequently imposed. The blockade which the French Government had notified as to take place on the 31st July, but which the French Naval Commander, from misapprehension of the telegraphic instructions sent to him, had twice proclaimed as commencing first on the 26th, and then on the 29th, was consequently, after some delay, due, doubtless, to the same cause, formally and definitively abandoned; and it may be hoped, that the negotiations opened at Bangkok for the conclusion of a Definitive Convention may be speedily brought to a satisfactory issue. || There seems no reason why the discussions between your Excellency and M. Develle, which it was thought well to suspend until after the French elections, should not now be resumed; with the view of putting into definite and exact shape the agreement as to the neutral zone.

Rosebery.

Nr. 10529. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Text des Vertrages zwischen Siam und Frankreich.

Bangkok, September 2, 1893, 7:30 P.M. (September 3, 9-15 A.M.)

(Telegraphic.) || I Send, in compliance with the instructions contained in your Lordship's telegram of yesterday, the exact text of Articles III, IV, V, VII and VIII of the Treaty proposed to Siam by the French Plenipotentiary, as well as the text of Articles IX, XI and XIII, which have not been previously communicated to your Lordship by telegraph. || Article III. The Siamese Government will not construct any fortified post or military establishment in the Provinces of Angkor and Battambang, nor within a radius of 25 kilom. from the right bank of the Mekong. Those already existing within these limits will be demolished. || Article IV. In the reserved zones nothing will be changed as regards the existing native administration; the police will be undertaken by the local authorities, and no military force, regular or irregular, will be maintained there. || Article V. No Customs posts will be created; no taxes will be levied on importation or exportation within the zones reserved as above

Nr. 10529.
England.
2. Sept. 1893.

Nr. 10529.
England.
2. Sept. 1893.

Nr. 10529.
England.
2. Sept. 1893. mentioned. || Article VII. French citizens, subjects and those under French protection may freely circulate within the reserved territories with a passport delivered by French authorities, and reciprocity will be accorded to the inhabitants of the said zone. || Article VIII. Within this said zone French Government reserves the right of establishing Agencies wherever it may see fit in the interests of its subjects or those under its protection. The Siamese Government will concede gratuitously the necessary ground for the establishment of the said Agencies. || Article IX. French Government reserves the right of establishing Consulates at Nan and Korat. || Article XI. Plenipotentiaries by a special Convention will regulate the measures of execution of the said Treaty. || Article XIII. The present Treaty should be ratified within a delay of four months, counting from the day of signature.

Nr. 10530. ENGLAND. -- Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Antwort auf Nr. 10527.

Foreign Office, September 5, 1893.

Nr. 10530.
England.
5. Sept. 1893. My Lord, || I have read with much interest Mr. Phipps' despatch of the 1st instant, giving an account of conversations he has had with various official personages on the Siamese question. || I note with much satisfaction the moderate and conciliatory tone of their remarks, and their strenuous contradiction of some of the reports that have been current as to the nature of the demands now being made by France upon Siam. || I think it however right to observe, that, upon some of the recent incidents, they seem to be imperfectly and even incorrectly informed, and the account given to Mr. Phipps of the entry of French gun-boats into the Menam differs essentially from that which Her Majesty's Government have received from their officers on the spot. || It seems clear from the reports of Her Majesty's Minister at Bangkok and of the Captain of Her Majesty's ship "Pallas," copies of which are inclosed herewith, that not only did the latter officer inform the Commanders of the "Inconstant" and "Comète," on their arrival off the bar, that they might expect a message from M. Pavie outside the river, but that they were duly warned by a Siamese officer that their entry would be opposed, and that about 5 P.M. a Siamese steam-launch arrived with a French officer, sent by M. Pavie, to communicate the arrangement come to with the Siamese Government. It was after they had been visited by this launch, and she had returned, that the gun-boats proceeded to the entrance of the river. It further appears, from the narrative of the master of the trading steamer "J. B. Say," published in the "Temps" (and inclosed in Mr. Phipps' despatch of the 29th ultimo), that on the vessels approaching the Siamese forts, which are situated within the mouth of the river, the latter fired two blank shots to warn them not to approach, which the vessels only answered by hoisting French ensigns at every mast-head, and continuing their course. However ill-advised and useless the resistance of the Siamese may have been, the responsibility for what followed rests

primarily with the French officers, who so acted in flagrant opposition to the engagement made by the Representative of their Government, and who I observe have been publicly noted for promotion in recognition of their conduct. || It must be acknowledged, that Her Majesty's Government have carefully avoided any action or language which could give ground for reproach or offence on the part of France. Over the English press Her Majesty's Government have no control, and it has naturally been the object of the Opposition in the House of Commons to represent in the strongest colours the risk and injury to British interests that will result from what is taking place. At the same time, it is impossible to disguise the fact, that a very bad impression has been created in this country by the course pursued by France towards a weak and defenceless Government; all the more so, as that course has, to all appearance, been principally dictated by M. de Lanessan, the present Governor of French Indo-China, and as it is in exact fulfilment of the programme of undisguised aggression and encroachment laid down in his published work on French colonial policy. It cannot be matter of surprise, that these coincidences should strike even a superficial observer, and that, under the circumstances, the constant increase of the French claims, the ultimatum, the supplementary guarantees, and now the reports of fresh demands and of ships summoned to support them by menace, should cause here deep suspicion and resentment. || That M. Develle should have resisted the pressure brought to bear on him in favour of tearing up the Treaty between France and Siam of 1867 is a proof of international good faith on his part which Her Majesty's Government gladly recognize, but which they would be sorry to consider exceptional. They hope they are justified in believing that the same feeling will prevent his countenancing any attempts on the part of the French Special Envoy to insist on conditions which would be in practical contravention of the stipulations of that Treaty.

Rosebery.

Nr. 10531. ENGLAND. - Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswartigen. -- Grundlose Beschwerden des französischen Unterhändlers.

Bangkok, September 5, 1893. (September 6.)

(Telegraphic.) The Siamese Government are accused by M. le Myre de Vilers of being slow to carry out the conditions of the French ultimatum. The instances which he refers to are, however, unreasonable. The indemnity has already been paid, and every effort is made to fulfil promptly the obligations which have been undertaken.

Nr. 10530.
England.
5. Sept. 1893.

Nr. 10531.
England.
5. Sept. 1893.

Nr. 10532. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Die Verhandlungen in Bangkok. — Differenz zwischen dem Ultimatum und den Forderungen le Myres.

Foreign Office, September 7, 1893.

Nr. 10532.
Englan-1.
7. Sept. 1893.

My Lord, ¶ The accounts which are received from various sources of the negotiations now proceeding between the French Special Envoy, M. le Myre de Vilers, and the Siamese Government, are of a nature to cause some disquietude. ¶ Some of the reports which have been published in the press are no doubt exaggerated, and some altogether devoid of foundation. But those which have been received by telegraph from Her Majesty's Minister at Bangkok, the correctness of which there can be no reason for doubting, show that the tone of the Envoy has on occasions been threatening, and that the stipulations of the Treaty which he is proposing for the acceptance of the Siamese Government not only considerably exceed the terms of the ultimatum and of the supplementary guarantees assented to by Siam, but are calculated to materially impinge on that independence and integrity of the Siamese kingdom which the French Government have so explicitly pledged themselves to respect. ¶ The inclosed comparison of these with the abstract of the draft Treaty received from Bangkok, and the account of other demands made by the Envoy, sufficiently establish this fact. ¶ It will be desirable, that your Excellency should speak to M. Develle on this subject with perfect frankness. Her Majesty's Government have no wish to thwart any legitimate extension of French influence or commerce in those regions. But they are bound to watch over the British commercial interests already established, and they cannot ignore the weighty considerations which render the maintenance of Siam as an independent kingdom without further reduction of her territories a matter of serious importance to Great Britain. Her rights to the provinces which remain to the west of the Mekong are indisputable, and could not be infringed without serious, perhaps fatal, injury to her integrity and independence. ¶ On this latter ground, Her Majesty's Government see strong objections to any proposals which would give to France a permanent hold over the port of Chantaboon, or the Provinces of Battambang and Angkor, and, indeed, to any further territorial acquisitions by France at the expense of Siam, such as would practically result from the establishment of depôts, or from special engagements as to the administration of the country on the right bank of the Mekong. It now appears, that the condition that no military force shall be maintained by Siam within a distance of 25 kilom. of the Mekong is interpreted by the French Government as meaning that along the whole course of that river, where it forms, or will in future form, the frontier of Siam, a zone of 25 kilom. is to be kept clear of all military forces even for purposes of police, and that within that zone all fortified posts even of a purely defensive nature are to be destroyed. The stipulation may be

described as affecting a territory of not less than 8,000 square miles, which will thus be subtracted from the full exercise of Siamese sovereignty, and as throwing open the Siamese frontier for a distance of over 500 miles on the north and east. Even without attempting to supplement this by further provisions, as M. le Myre de Vilers now apparently proposes to do, it is sufficiently clear that the proposal is a grave blow at that integrity and independence of the Siamese kingdom which the French Government have so often and so specifically promised to respect. || Whatever facilities may be required on the right bank for the navigation of the river, as, for instance, stores of coal or sites for the construction of locks, could very easily be provided for by stipulations for the lease of land at spots to be determined upon by mutual agreement, so as to leave intact the Siamese rights of sovereignty. But even then it would seem a better arrangement, and one less open to suspicion, that the French Government should adhere strictly to the line laid down in their own ultimatum. || I have every reason to believe, that the report that M. le Myre de Vilers has asked, or has been instructed to ask, for a concession to a French Company for cutting a canal through the Kra Peninsula, is incorrect. Any measures or projects of this kind affecting the Siamese possessions in the Malay Peninsula, lying as these do between the Straits Settlements and the British-Indian possessions in Tenasserim, would seriously concern Great Britain, and Her Majesty's Government have a right to claim that they shall not be intrusted to the nationals of a third Power without their participation and consent. || I equally believe, that the report is unfounded, that the French Envoy has demanded the exclusive grant to French citizens of all concessions for public improvements, &c., in the Provinces of Battambang and Angkor. Such a stipulation would be in obvious contravention of the stipulation of Article X of the Treaty between Great Britain and Siam of 1855, which prescribes, that "the British Government and its subjects will be allowed free and equal participation in any privileges that they have been, or may hereafter be, granted by the Siamese Government to the Government or subjects of any other nation." || It may, therefore, be unnecessary for your Excellency to do more than make a passing allusion to these two points, as matters in regard to which any claim, such as that which has been reported in the press, would at once call forth an emphatic protest from us. || On the other hand, Her Majesty's Government cannot regard the demand, which M. le Myre de Vilers has apparently made, for the dismissal of the foreign officers employed in the Siamese service, and the condition laid down by him that the King's Belgian Adviser, M. Rolin Jacquemins, shall be altogether excluded from the negotiations, as otherwise than straining to the utmost point the independence of Siam, with respect to which the French Government have, as I have already said, given such explicit pledges. || You will remind M. Davelle, that Her Majesty's Government, having informed that of Siam that in their opinion the best course would be to accept the French

Nr. 10532.
England.
7. Sept. 1893.

Nr. 10592.
England.
7. Sept. 1893.

ultimatum, and having afterwards recommended the concession of the supplementary guarantees, which were characterized by M. Develle, in a spirit of large and liberal definition, as not raising any points outside of the four corners of the ultimatum, feel bound to promote to the best of their ability the fair execution of the agreement arrived at, and its being kept, for all practical purposes, within the limits originally laid down. They have, as M. Develle knows, abstained from interference in the dispute between France and Siam except where British interests were concerned, as, for instance, in the maintenance of a neutral zone between the British and French possessions in the neighbourhood of the Upper Mekong. But, as I have stated above, and as has been publicly announced in Parliament, they regard the independence and integrity of Siam as a British interest of high importance, and the attitude of reserve which they have observed has been largely due to the repeated assurances of the French Government that those were objects in which they were equally interested, and which they were equally determined to respect. The foreign trade of Siam is at present almost entirely in British hands, and we could not preserve an attitude of benevolence or neutrality towards any attempt to impose restrictions on it with the view of diverting it into other channels. To fair competition Her Majesty's Government make, and can make, no objection; but in the event of attempts of the nature referred to, even if they were themselves disposed to be inactive (which they are not), the feeling of the commercial community in this country would at once compel a different attitude. There have not been wanting during the last few weeks manifestations of strong feeling on this point, which, if the reports that have been prevalent were confirmed, would soon be irresistible. † On this account, and in view of the irritation to which the question has given rise in both countries, I would wish your Excellency to impress upon M. Develle the importance for both Governments of bringing to a speedy settlement the negotiations proceeding at Bangkok, and those which you are conducting with him. If the question should continue much longer in its present phase, the effect on the relations between the two countries cannot be otherwise than most unfortunate. M. Develle's language has hitherto been so moderate and friendly, that I cannot but hope that you will find him equally desirous of bringing matters to a speedy and satisfactory issue. Rosebery.

Inclosure.

Terms of French Ultimatum, and of additional Guarantees.

Recognition of the rights of Cambodia and Annam to left bank of River Mekong and the islands. The Siamese shall evacuate within one month's time any posts which are there held by them. ‡ No Siamese armed vessels to be stationed on Tonlé Sap Lake. || No military force shall be maintained by Siam at Battambang and Siamrath, or within a distance of 25 kilometres of the Mekong. Within this zone the Siamese shall be allowed to have only

police forces and stores. || Right to establish Consulates at Nan and Korat reserved by France.

Nr. 10532.
England.
7. Sept. 1893.

French demands on Siam, as made by M. le Myre de Villers.

1. Government of Siam recognize rights of sovereignty of Annam and Cambodia over the islands in the Mekong, and all the territories on the left bank of the river. || 2. Police of the Mekong River and of Great Lake belongs to French Government, and on these waterways the Siamese Government renounces the right to keep any armed boats or vessels. || 3. The Siamese Government will not construct any fortified post or military establishment in the Provinces of Angkor and Battambang, nor within a radius of 25 kilometres from the right bank of the Mekong. Those already existing within these limits will be demolished. || 4. In the reserved zones nothing will be changed as regards the existing native administration; the police will be undertaken by the local authorities, and no military force, regular or irregular, will be maintained there. || 5. No Customs posts will be created; no tax will be levied on importation or exportation within the zones reserved as above mentioned. || 6. On the right bank of the Mekong the French Government may construct depôts of wood and coal, and any works necessary to navigation. || 7. French citizens, subjects and those under French protection may freely circulate within the reserved territories with a passport delivered by French authorities; and reciprocity will be accorded to the inhabitants of the said zone. || 8. Within this said zone, French Government reserves the right of establishing Agencies wherever it may see fit in the interests of its subjects, or those under its protection. The Siamese Government will concede gratuitously the necessary ground for the establishment of the said Agencies. || 9. French Government reserves the right of establishing Consulates at Nan and Korat. || 10. Those under French protection and French subjects registered in Consulate are all under French jurisdiction. || 11. Plenipotentiaries by a special Convention will regulate the measures of execution of the said Treaty. || 12. The French text alone will be valid. || 13. The present Treaty should be ratified within a delay of four months, counting from the day of signature.

M. le Myre de Villers added, that a few more advantages for French Colonials would be asked for, in return for which France would grant two favours, which were not, however, specified. The expulsion of all "Danish mercenaries" from Siam was also required.

Nr. 10533. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Der französische Minister will die Unterhandlung über den Bufferstaat verschieben.

Paris, September 7, 1893. (September 8.)

My Lord. || Yesterday morning was the first opportunity I have had of seeing M. Develle since my arrival, his Excellency having been absent from Paris. || After congratulating his Excellency on his recent election, I informed

Nr. 10533.
England.
7. Sept. 1893.

Nr. 10533.
England.
7. Sept. 1893.

him that I had been instructed by your Lordship to renew our negotiations in relation to the independent territory to be erected between our respective Indo-Chinese possessions, and, consequently, that I had come to place myself at his disposal for that purpose. ¶ M. Develle did not seem to be quite prepared for this announcement, and said that he could hardly undertake to discuss that branch of the question until after all matters connected with the recent dispute between France and Siam had been wound up, adding that the Siamese seemed inclined to delay the fulfilment of their obligations, even the Island of Khone not having been yet evacuated. ¶ Upon my observing, that the two questions were quite independent the one of the other, he further remarked that he was still destitute of all the local information he wished to have before the region referred to was delimited. In short, he showed a strong desire to postpone entering at the present moment upon the discussion of the "buffer" State, in spite of my reminding him that it would be soon necessary for Her Majesty's Government to present to Parliament a Siamese Blue Book, in which, of course, your Lordship would be anxious to include the terms finally arrived at in relation to the various matters which had already been discussed between us. ¶ The conversation then reverted to the mission of M. le Myre de Vilers, and the negotiations that were going on at Bangkok between the French and Siamese Representatives. ¶ In reference to these M. Develle remarked, with surprise and regret, on the excitement exhibited, both in the English press and in the English Parliament, in regard to the Franco-Siamese dispute. Public opinion in France had long since considered the whole question as terminated, and was preoccupied by other matters; but the language of the English newspapers and of the English Representatives might produce a recrudescence of violent articles in the French press, which was a result to be deplored. ¶ I said, that undoubtedly public opinion had been very much attracted of late to what was passing in Bangkok, and especially to the fact that the French Representatives had had the appearance of presenting three ultimatums. To use the language of the grammarians, the Siamese Government were now in the possession of an ultimatum, a penultimatum and an ante-penultimatum. In fact, the word "ultimatum" had completely lost its meaning, for each new one seemed to procreate a successor. On this, M. Develle exclaimed that M. le Myre de Vilers' conditions were in no sense an ultimatum; that they were merely proposals to be examined, such as was the case in every negotiation. ¶ I said I was glad to hear that, for some of M. le Myre de Vilers' demands seemed to be altogether outside and in excess of the terms of the ultimatum. For instance, clause No. 5 seemed to have the appearance of incorporating the provinces of Battambang and Angkor with Cambodia in a kind of "Zollverein," which would be an arrangement quite incompatible with the maintenance of the independence and integrity of Siam, in respect to which his Excellency had given Her Majesty's Government so many assurances. ¶ With regard to the desire of the French to obtain a grant of certain lands on the

right bank of the Mekong, M. Develle said that it was not territory that was sought, but merely small plots for the deposit of coal, and to facilitate whatever works might be necessary to improve the navigation of the river. || Before taking my leave, I asked M. Develle what his views were regard to the final disposal of the independent territory we were proposing to erect. He said, that he was inclined to persevere in his previous suggestion, that it might, under certain eventualities, be handed over to China.

Nr. 10533.
England.
7. Sept. 1893.

Dufferin and Ava.

Nr. 10534. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Die Verhandlungen über den Bufferstaat sind zu beschleunigen.

Foreign Office, September 9, 1893.

(Telegraphic.) || The present seems an extremely opportune moment for M. Develle and your Excellency to come to a settlement on the main features and, indeed, the details of the arrangement respecting the neutral territory to be interposed between the British and French possessions in the vicinity of the Upper Mekong. It is an opportunity of which a clear-sighted statesman will see the expediency of seizing. A settlement will be made difficult on both sides of the Channel by discussions in the press if the question is postponed. || With reference to the new demands put forward by France, the treatment of the two Provinces of Battambang and Angkor as separate and distinct from the other portions of the Siamese Kingdom, seems to us inadmissible. Nor, as far as I am able to judge, is there any justification for an attempt to constitute a new boundary of Siam, which would practically be the effect of extending along the whole length of the Mekong a reserved zone of 25 kilom.

Nr. 10534.
England.
9. Sept. 1893

Nr. 10535. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger in London über die Verhandlung in Bangkok.

Foreign Office, September 13, 1893.

(Extract.) || The French Chargé d'Affaires paid me a visit to-day, as he had received several confidential letters from M. Develle with reference to the Franco-Siamese negotiations, which it was stated his Excellency was anxious to bring to a conclusion. || I said, that I was rejoiced to hear this, for it coincided with my own view. But how, I asked, was I to forward matters which were entirely in M. Develle's hands and not in mine? || M. d'Estournelles replied, that the Siamese were unreasonable and constantly interposed difficulties. He thought that, if I made it quite clear that Her Majesty's Government preserved their neutral attitude, it would greatly accelerate the settlement of the affair. || In answer to this observation I spoke to M. d'Estournelles with earnest-

Nr. 10535.
England.
13. Sept. 1893.

ness and emphasis. I told him I had never changed the neutral attitude I had endeavoured to preserve. I had indeed exceeded it by pressing on the Siamese the acceptance not merely of the first ultimatum, but also of the second. It was, however, impossible for me to press on them the third, which M. le Myre de Vilers had now produced at Bangkok. I could not help also remarking that the French Plenipotentiary had taken an unprecedented course in refusing to meet M. Jacquemyns, who, though he was a foreigner, had been for some time in the service of the Siamese Government. If Siamese independence was to be respected by placing a veto on the persons whom that Government thought fit to employ, there would be little left of it. Indeed, I thought the French Government had committed a mistake in their own interests in thus discarding an intelligent European as an channel of communication. || M. d'Estournelles, in reply, reiterated the wish, which he knew to be that of M. Develle, that the question should soon be settled, and with this I repeated my cordial concurrence. But it lay with him and not with me. The opportunity, I continued, was propitious. As I had telegraphed to your Excellency on Saturday last, it was now the obvious task of a real statesman in the position of M. Develle to finish the business immediately, before the meeting of the Chamber and before the recess of our Parliament, while public attention was not specially directed to it. Soon, for lack of other material, the newspapers in England, and perhaps in France, would begin once more to dilate on the question, and a polemical feeling would be awakened on both sides of the Channel. But instead of an attempt to close the controversy, your Excellency was told by M. Develle, that now was not the time to settle the new limits of the neutral State, and that this point should be adjourned until the French Plenipotentiary had obtained all that he desired of Siam. || In my opinion a greater mistake could not be made, or one more likely to injuriously affect the relations of the two countries. The Siamese desired to fulfil every term of the first and second ultimatums, and, as I had said before, I could not ask them to accept the third. || M. d'Estournelles promised to reflect on what I had said, and to communicate his impressions to M. Develle.

Nr. 10536. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Der französische Minister erklärt le Myres Eröffnungen für Vorschläge, nicht für Forderungen.

Paris, September 14, 1893. (September 15.)

Nr. 10536.
England.
1. Sept. 1893.

(Extrakt.) || I waited yesterday upon M. Develle, and having spoken to him at length in accordance with the tenour of your Lordship's despatch of the 7th instant, I proceeded to call his attention to the anxiety felt in England in regard to what appeared to be an entirely new series of demands recently presented by M. le Myre de Vilers to the Siamese Government, demands

which were undoubtedly in excess of, and outside, both the ultimatum and the "supplementary guarantees." I also remarked on an expression which was more than once repeated in M. le Myre de Vilers' paper, and which seemed to carry with it both an ambiguous and a sinister meaning, namely, the term "reserved districts." In regard to these districts, which appeared to comprise the Provinces of Battambang and Angkor and a zone 16 miles broad, and extending along the right bank of the Mekong up to the Chinese frontier, and including, therefore, many thousands of square miles, certain restrictions seemed to be imposed on the exercise of Siam's sovereign rights and the freedom of her executive action, for it was claimed that within this territory nothing could be changed as regards the existing native administration. In other words, were this clause to be agreed to, it would imply the erection of an imperium in imperio, which Siam would be precluded from reorganizing in such a manner as might be found advisable, and might eventually result in the complete emancipation of the local authorities from the control of the Government at Bangkok. Now, there was nothing in either the ultimatum or the additional guarantees which authorized exceptional treatment to be applied to this extensive region. The frontier of Siam acknowledged by France was the right bank of the Mekong, and though it was true her military cantonments were relegated to a certain distance from the river, it did not follow that Siam's sovereign rights on the one side of this military line differed in the slightest degree from her rights on the other. M. le Myre de Vilers' repeated allusions to the "reserved districts," and to the separate régime he seemed anxious to impose upon them, had the appearance of an endeavour to push the political frontier of Siam a considerable distance inland from the river bank and outside of the Provinces of Battambang and Angkor, and to place the intermediate territory, including the above-mentioned provinces, under a special system indirectly guaranteed by France. Such an arrangement, I observed was quite incompatible with the maintenance of Siam's integrity and independence, even according to the French definition of those terms, in regard to the preservation of which his Excellency had already given us so many assurances. || I then touched upon several other points in the list of M. le Myre de Vilers' proposals; but to these I need not more particularly refer, the important part of our conversation consisting in M. Develle's reply, which I now proceed to record. || M. Develle, who had listened to me, as he always does, with the greatest patience and courtesy, said as soon as I had finished: || "What Her Majesty's Government desires, as I understand, is the speedy termination of the negotiations now being conducted at Bangkok, and of those which we have in hand in Paris in reference to the constitution of a buffer territory. Well, the French Government is equally anxious to arrive at the same result in both directions. Nor are we in any degree responsible for the delays which have occurred. They arise from the inconceivable hesitation of the Siamese Government to fulfil their engagements and to carry out the arrangements set

Nr. 10536.
England.
14. Sept. 1893.

Nr. 10536.
England.
14. Sept. 1893.

forth in the ultimatum and in the paper of supplementary guarantees. Up to the present moment all that they have done has been to pay up the 3,000,000 fr. The evacuation of the territory upon the left or French side of the Mekong has not so much as commenced. Even the Island of Khone remains in the occupation of Siamese troops, and the Mandarin in command denies, that he has received any orders to move. The negotiations at Bangkok are at a standstill on account of the continued illness of the Siamese Prime Minister" (about the genuineness of which M. Develle seemed to have some doubts). "As to the occupation of Chantaboon by the French forces, you can assure Lord Rosebery that we are most desirous of leaving the place at the earliest opportunity. Our soldiers will not remain a day after the Siamese have fulfilled their engagements. With regard to the document submitted by M. le Myre de Vilers to the Siamese Government, what it contained were not demands, but proposals, to be discussed, to be accepted, modified, according to the views and interests of the contracting parties." || As to the expression the "reserved districts," it was, M. Develle admitted, an ill-chosen phrase, and would be changed. He could assure me, however, that there was no *arrière-pensée* in the mind of the French Government to arrive at a settlement outside of what had already been defined in the ultimatum and its supplement. He desired no better than to adhere to every assurance he had given me. He was actuated by the most loyal and straightforward intentions, and any misgivings in regard to his attitude, if such were entertained, were entirely unfounded. Of course, if the Siamese persistently and obstinately refused to evacuate the left bank of the Mekong, France would have to resort to force to compel them to do so, but, provided they honestly fulfilled their part of the bargain, he would as honestly carry out his. The negotiations at Bangkok ought not to take more than a week, or at most a fortnight, and immediately they were concluded he would be at my disposal to delimitate the buffer territory.

Nr. 10537. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam soll die Verpflichtungen peinlich erfüllen.

Foreign Office, September 15, 1893, 4:45 P. M.

Nr. 10537.
England.
15. Sept. 1893.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Ambassador at Paris is informed by M. Develle, that no steps have been taken by the Siamese Government towards the fulfilment of the terms of the French ultimatum and supplementary guarantees beyond the payment of the money indemnity; that they have not even commenced the evacuation of the territory on the left side of the Mekong, and that the Siamese officer who is stationed on the Island of Khone asserts that he has received no orders for the withdrawal of his troops. || I should be glad to hear from you the exact position of matters in these respects. || It is of the greatest importance, that Siam should use her best efforts to carry out the engagements she has entered into with France with scrupulous punctuality.

Nr. 10538. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Fortgang der Verhandlungen.

Bangkok, September 25, 1893. (September 28.)

(Telegraphic.) || I have received your Lordship's telegram of the 15th instant by post from Saigon. All the conditions of the ultimatum have been complied with on the part of the Siamese. The left bank of the Mekong has practically been completely evacuated, and the statements of M. de Lanessan to the contrary have proved without foundation. In spite of all endeavours, heavy rains have delayed the withdrawal of a few distant posts. Articles 3 and 4 are the only clauses which are unsettled. The Siamese are willing to execute them in accordance with international law and custom, and have vainly asked the views of M. de Vilers on the question. Additional French troops have recently been sent to Chantaboon.

Nr. 10538.
England.
25. Sept. 1893.

Nr. 10539. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Neuer französischer Vertragsentwurf.

Bangkok, September 28, 1893. (September 29.)

(Telegraphic.) || The French Minister has now submitted a fresh draft Treaty, to the following effect: — || Article I. The Siamese Government are to renounce all their claims to the left bank of the Mekong and to the islands in the river. || Article II. The Siamese Government agree not to maintain any armed vessels on the Toulé Sap, or the River Mekong, or upon their tributary streams situated in the reserved territories. || Article III. No fortified post or military establishment shall be constructed in the Provinces of Battambang and Siamrep, or within 25 kilom. of the right bank of the Mekong. || Article IV. The police of the reserved zone shall be administered as usual by the local authorities with a force not exceeding what is strictly necessary. No military force, regular or irregular, shall be maintained there. || Article V. No custom-houses shall be established there, nor shall any tax be levied on imports or exports in the reserved zone; and reciprocally the produce of these districts shall pay no taxes in Cochin China or in Cambodia. || Article VI. The Siamese Government, at the request of the French Government, shall give all the necessary facilities for establishing on the banks of the Mekong workshops and depôts of fuel which the development of the navigation may render necessary. || Article VII. French citizens, subjects and protected subjects may travel freely and trade in the reserved territory, furnished with passports from the French authorities which will be reciprocally granted to the inhabitants of the said zone. || Article VIII. The French Government may establish Agencies within the said zone, wherever these may be found expedient in the interests of French subjects. The Siamese Government shall grant gratuitously the land required for their installation. || Article IX. The French Government reserve the right to establish Consulates at Nan and Korat. || Article X. Every

Nr. 10539.
England.
28. Sept. 1893.

Nr. 10539. one who is registered in the French Consulate-General shall be under French
 England. jurisdiction. || Article XI. The French text of the present Treaty shall alone
 28.Sept.1893. be valid. || Article XII. The Treaty shall be ratified within four months from
 the date of signature.

Nr. 10540. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Einwände
 Siams gegen den Entwurf.

Bangkok, September 29, 1893. (September 29.)

Nr. 10540. (Telegraphic.) || The Siamese Government raise the following objections to
 England. the terms of the draft Treaty, as given in my telegram of yesterday: — ||
 29.Sept.1893. Article I differs materially from the corresponding Article of the French ultimatum. || Article III. The same regulations should be observed on the left bank of the Mekong by the French authorities. || Article V. Only the products of the reserved zone are to be granted reciprocity, and Annam is altogether excluded from the sphere in which the concession is made. || Article VI. This demand is considered to be too extensive. || Article VII. Only the inhabitants of the reserved zone are to enjoy reciprocity. || Article VIII is regarded as inadmissible.

Nr. 10541. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Modifikation
 des französischen Entwurfes.

Bangkok, September 30, 1893. (September 30.)

Nr. 10541. (Telegraphic.) || My telegrams of 28th and 29th instant. || M. le Myre de
 England. Vilers has still further modified his proposals, and has withdrawn those to
 30.Sept.1893. which the Siamese chiefly objected. This third form of Treaty will very probably be accepted. But he has now submitted the draft of a Convention, of which the following is the substance, and which is based upon the terms of the original French ultimatum: — || 1. All the Siamese military posts must be evacuated within one month from the 5th September at the latest. || 2. All fortifications in the reserved zone must be demolished at once. || 3. The authors of the crimes at Tong Chieng Kham and at Kammuon will be judged by the Siamese authorities in the presence of a French Representative. The latter will watch over the execution of the sentences passed. The French Government reserves to itself the right of judging whether the punishments awarded are sufficient. If these are not deemed sufficient, they may demand a fresh trial before a Mixed Tribunal, the composition of which they will themselves determine. || 4. The Siamese Government will deliver to the French Minister at Bangkok or to the French authorities on the frontier all French subjects, Annamites, Cambodians, or Laotians of the left bank of the Mekong who are detained under any pretext. They will throw no obstacle in the way of the return to the left bank of former inhabitants. || 5. The Bangbien of Tong Chieng Kham and his suite will be taken by a delegate of the Siamese Mi-

nister for Foreign Affairs to the French Legation, with the arms and the French flag which were seized by the Siamese authorities. || 6. The French Government will continue to occupy Chantaboon until the execution of the stipulations of the present Convention, and particularly until the complete evacuation and pacification of the left bank of the Mekong and the islands and the reserved zone. || The provisions of the foregoing Convention are so much in excess of the terms of the ultimatum that the Siamese Government find it impossible to accept them. The French Envoy, however, announces that he will leave Bangkok immediately, whether the Convention is signed or not.

Nr. 10641.
England.
30. Sept. 1893.

Nr. 10542. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Vertrag zwischen Frankreich und Siam.

Paris, October 2, 1893. (October 3.)

My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship the text, as published in the 6 o'clock edition of the "Temps" of this evening, of the Franco-Siamese Treaty and Convention signed at Bangkok on the 1st instant.

Nr. 10642.
England.
2. Okt. 1893.

Dufferin and Ava.

(Folgt Nr. 10399.)

Nr. 10543. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Erläuterungen zur Konvention zwischen Frankreich und Siam.

Bangkok, October 2, 1893. (Received October 3.)

(Telegraphic.) || The following is the substance of the procès-verbal which explains the terms of the new Convention: — || With regard to Article I, the Siamese Plenipotentiary fears, that the furthest outposts cannot be evacuated by the 5th of this month. The French Plenipotentiary replies, that, as the obstacles are insurmountable, the Siamese Government have only to ask for an extension of the time, stating the names of the places, and the date by which the posts can be withdrawn, the necessary authority will at once be granted in cases where good cause is shown for an extension. || The Siamese Plenipotentiary inquires whether Article II necessitates the destruction of old city walls and fortifications which are now obsolete and useless. The French Plenipotentiary replies, that the Article only refers to military works which are capable of defence. || With regard to Article III, the Siamese Plenipotentiary asks where the Court of Appeal will sit. The answer is, that it will be at Bangkok. The expression "Mixed" is defined as meaning "Franco-Siamese". The Siamese Plenipotentiary remarks, that, by this arrangement, the Siamese will be withdrawn from their natural Judges. The French Plenipotentiary's

Nr. 10643.
England.
2. Okt. 1893.

Nr. 10543.
England.
2. Okt. 1893.

answer is, that foreign jurisdiction is already recognized in Siam, and that Mixed Courts already exist: the arrangement would therefore be no innovation. || The Siamese Plenipotentiary states, that the Bangbien has already returned to French territory. Under these circumstances it is impossible for the Siamese to conduct him to the French Legation. The French Plenipotentiary replies, that, of course, if the man has already crossed the frontier, the clause is withdrawn, and it will only be necessary to name in a special note the place where he left Siamese territory, in order that his presence may be ascertained. This principle applies also to the other persons who are referred to in Article V. || In reply to the request of the Siamese Plenipotentiary for an explanation of the term "pacification" in Article VI, the French Plenipotentiary states, that this reservation is made by his Government in order to provide against the possibility of trouble or rebellion being encouraged by the Siamese. The Siamese Plenipotentiary fears, that by this means a pretext will always be found for pretending that pacification has not been effected, and that the Siamese are stirring up trouble. The French Plenipotentiary says, that the Treaty and the Convention are made in good faith, and that the work of the Plenipotentiaries must be governed by this principle, otherwise negotiation is useless. || The Siamese Plenipotentiary then asks whether he can count upon the evacuation of Chantaboon as soon as the withdrawal of the Siamese troops has been completed. The French Plenipotentiary returns a negative answer, adding that it is necessary that the French Government should first feel assured that the conditions of the ultimatum will be scrupulously observed by Siam. The Siamese Plenipotentiary wishes to be informed by what means the French Plenipotentiary can guarantee the sincerity of his Government in bringing about the evacuation of Chantaboon. The latter replies, that his Government have no intention of retaining possession of that place, that it is their interest to hasten the evacuation on account of the heavy expenditure which it involves, and that, in any case, this must always be a question of good faith.

Nr. 10544. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Besprechung mit dem französischen Minister über Chantaboon und den Bufferstaat.

Paris, October 3, 1893. (October 7.)

Nr. 10544.
England.
3. Okt. 1893.

My Lord, || I called upon M. Devèlle this morning. His Excellency began at once remarking with regret upon the unfavourable view taken by the English newspapers of the Siamese Treaty, and the Convention appended to it. I told him, that I had received no instructions to communicate any opinion from your Lordship, and that there was no necessity that I should trouble him with observations of my own on the subject. The only circumstance which perhaps called for remark was the continued occupation of Chantaboon. His Excellency had been good enough to assure me, that the French Government

earnestly desired to withdraw their troops from that place; but the Convention seemed to imply a more prolonged stay. || M. Develle said, that I need be under no apprehension on that head. Chantaboon was a most inconvenient station for troops, and the French Government desired no better than to evacuate the place. It was true the small garrison had been slightly increased of late; but that was at the instance of the military authorities, who stated that this precaution was necessary in the presence of the large number of Siamese troops in the neighbourhood. He could not, of course, ignore these representations. Under the Convention the Siamese troops were to remove to the stipulated distance to the west of the Mekong within a month. Within a month, therefore, Chantaboon would be evacuated. || I then informed him, that my main purpose in waiting upon him was to ascertain if he was ready to take up the thread of the negotiations in regard to the "buffer" State, which had been suspended at the beginning of August. He said, that he was; and then he proceeded to suggest that the details of the business should be left to a couple of gentlemen whom he would nominate, and to two Secretaries of this Embassy. He himself, he said, was extremely busy, and it would be a convenience to him if this arrangement could be adopted. I observed, that such elaborate machinery seemed quite unnecessary, for the whole matter might be concluded in half-an-hour's conversation between himself and me. To this, however, M. Develle demurred, on the ground that in arranging delimitations it was necessary to attend to very minute particulars.

Nr. 10644.
England.
s. Okt. 1893.

Dufferin and Ava.

Nr. 10545. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Verhandlung mit dem französischen Geschäftsträger über den Bufferstaat.

Foreign Office, October 25, 1893.

My Lord, || The French Chargé d'Affaires spoke to me to-day in a somewhat desponding manner about the buffer State negotiations in Paris. He said, that by retaining the cis-Mekong part of Kyaing Chaing, and assigning the other part to the buffer State, we should be remaining on the Mekong ourselves while keeping France away. I told him, that as Kyaing Chaing was a State under our suzerainty, we were, in giving up the trans-Mekong part, making a considerable concession, and, in retaining the cis-Mekong portion, only retaining what we already possessed. Moreover, I said, we were thus acting in uniformity with M. Waddington's proposition of making the Mekong the limits of our respective spheres of influence. || On the other hand, France was giving nothing, because she had not yet arrived at the territory which she professed to be willing to cede. It was true, that we had agreed in principle to give Kyaing Chaing to Siam, but when the French attacked Siam the Treaty to that effect had not even been drafted much less signed, and, even had it been signed, the province could not have been ceded to any other

Nr. 10545.
England.
25. Okt. 1893.

Nr. 10545.
England.
25. Okt. 1893. Power without our consent. If, therefore, the negotiations for the buffer State failed, we should retain Kyaing Chaing, and secure our position on both sides of the Mekong in that region. || M.d'Estournelles, after stating to me that he had understood (though he admitted that it had never been definitely expressed) that both parties were to withdraw from the Upper Mekong, said that after much reflection he had thought of a method by which matters might be arranged. It was that both parties should withdraw their military posts to 50 kilom. from the Mekong on both sides, making a neutral zone of at least 100 kilom., and that a Commission should then be appointed to arrange from a geographical and economic point of view the exact limits of this proposed zone. I replied, that, before considering any proposition of the kind, I should like to know what passed at the conference which was to be held at Paris to-day, for until I knew that I could not tell how the question precisely stood.

Rosebery.

Nr. 10546. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Langsamer Fortschritt der Verhandlungen.

Foreign Office, October 27, 1893.

Nr. 10546.
England.
27. Okt. 1893. (Extract.) || Mr. Austin Lee, Secretary of Legation in Her Majesty's Embassy, arrived this morning, bringing reports of the discussions which have taken place between Mr. Phipps and him on the one side, and M. Jusserand and M. Revoil on behalf of the French Government, with regard to the neutral State to be established between the British and French possessions in the neighbourhood of the Upper Mekong. || I regret to notice, that those discussions have resulted in but little satisfactory progress towards a settlement. || The main question involved in the negotiation is, as is stated in the Protocol of the 31st July, 1893, the necessity of constituting a neutral zone between the possessions of Great Britain and France. || It appears to Her Majesty's Government that it is of little use to endeavour to patch together, in a somewhat narrow and grudging spirit, a small neutral State on the Upper Mekong, unless the whole object and end of the arrangement be borne in mind, and steps be taken to properly confirm and secure the integrity and independence of Siam, which have been so freely recognized by both Governments, and without which any settlement must necessarily be illusory and incomplete. Her Majesty's Government believe, that it would be to the advantage of both countries to enter into a joint guarantee of the dominions of Siam as these have been left by the acceptance of the recent French ultimatum and subsequent conditions. If the French Government are prepared to enter promptly into such a guarantee, that is to say, to make a complete and not a partial arrangement, Her Majesty's Government would feel justified in dealing with the question of the northern neutral zone in a liberal spirit, so as to satisfy

public opinion in France, and thus facilitate the position of the French Government. But the question should be approached in a large and statesmanlike temper, and not be allowed to degenerate into petty squabbles over a few square miles of mountainous territory sparsely inhabited by nomad tribes, where one party is certainly not in possession, and over which neither party has as yet exercised any very regular control. || Should these negotiations, however, unfortunately fail, and should the French Government be unable to accept the above proposal (which is offered in the most conciliatory spirit), the British Government would have to take such measures as they might consider necessary for their own protection. These it is not necessary more particularly to define. But they would, at any rate, be compelled to maintain and strengthen their hold over the State of Kyaing Chaing on both sides of the Mekong, and over Kyaing Ton, which also extends for a certain distance along the left side of that river, in such manner as they might deem fitting, and, indeed, to assume a proper control of the river itself where it passes through their territories. They would also take into immediate consideration the measures necessary to preserve an independent State between the main body of the British dominions and those of France. This is a provision which they have always believed to be in accordance with the views, as it certainly is with the declarations, of the French Government, and one which they deem to be absolutely necessary for peaceful and good relations between the two countries. || Your Excellency will take the earliest opportunity of speaking to M. Develle in this sense, and, as this is a matter which appears specially to interest the French Colonial Office, it might be well to suggest that you should have a conference with the representative of that as well as of the Foreign Department.

Nr. 10546.
England.
27. Okt. 1893.

Nr. 10547. **ENGLAND.** — Rotschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Verhandlung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat.

Paris, October 31, 1893. (November 1.)

(Extract.) || Yesterday I waited upon M. Develle, and during the course of a long conversation I submitted to him, in accordance with the instructions contained in your Lordship's despatch of the 27th instant, the various considerations to which my report of our negotiations in reference to Siam had given rise in your Lordship's mind; and I especially impressed upon his Excellency the obvious advantages which would accrue both to France and England if the independence and integrity of Siam were to be guaranteed by the Powers interested in the future welfare of that kingdom. || It is unnecessary for me to trouble your Lordship in detail with what I said, though I went very fully into the undesirable consequences which would inevitably ensue if we failed to come to an amicable agreement in respect to Siamese affairs, a

Nr. 10547.
England.
31. Okt. 1893.

Nr. 10547.
England.
31. Okt. 1893. result which I scarcely thought possible, in view of the obvious utility as well as the reasonable nature of the arrangements which we had suggested. || M. Develle listened to me during the whole time with great attention, and when I had finished he informed me, that there was to be a meeting of the Council this morning; that he would acquaint the Ministers with the exact tenour of the communication I had made to him, and that he would give me the reply of the French Government in the course of the same day. || Accordingly, in obedience to an intimation that he wished to see me at 4 o'clock this afternoon, I again repaired to the French Foreign Office. || M. Develle received me with great cordiality. He told me he had fully explained your Lordship's views to his colleagues and to the Chief of the State, and that he had been authorized by them to inform me that they would not be unwilling, under certain circumstances, to give a favourable reception to your proposal. They fully recognized the friendly feelings by which England was actuated towards France in this matter, and they desired to reciprocate those feelings to the utmost.

Nr. 10548. **ENGLAND.** — Derselbe an denselben. — Räumung von Chantaboon.

Paris, November 9, 1893. (November 10.)

Nr. 10548.
England.
9. Nov. 1893. (Extract.) || Having learnt on good authority, that all the Siamese troops were removed from the left bank of the Mekong, I brought this fact to the notice of M. Develle yesterday, and again pressed him both in regard to the evacuation of Chantaboon and the immediate resumption of our conversation on the question of the guarantee. || In reply, his Excellency said, that he would at once telegraph to M. Pavie, the French Agent at Bangkok, with the view, if possible, of fixing a date for the evacuation of Chantaboon, which he said without doubt would be very prompt.

Nr. 10549. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Der Botschafter soll mit dem französischen Minister über den Bufferstaat verhandeln.

Foreign Office, November 14, 1893.

Nr. 10549.
England.
14. Nov. 1893. My Lord, || I have given my careful attention to the various reports given by Mr. Phipps of the interviews between the British and French Delegates who have been attempting to fix the limits of a neutral zone between French and British possessions in the Indo-Chinese Peninsula, and I am compelled to come to the conclusion that these negotiations have led to little or no result. They have degenerated, not, I think, by the fault of our Representatives, into somewhat petty polemics, and I am of opinion that it is better that your Excellency should personally come to the point with M. Develle. You should

propose, therefore, an interview with him, in which each, if necessary, might be accompanied by some assessor or expert, and you should then attempt to lay down in a broad and statesmanlike spirit the lines of a national Agreement, which should secure the interests, and not injure the susceptibilities, of either party. || With that object you should suggest, that the neutral State be composed of Kyaing Chaing (on both sides of the Mekong), and of the portion of Muang Nan to the north of that river, being bounded on the east by Luang Prabang, and on the west by the Mekong and the frontier between Kyaing Ton and Kyaing Chaing; that a Commission be appointed to ascertain the real frontier between Muang Nan and Luang Prabang, and to suggest any rectification of it which would make the neutral State more complete for its purpose, leaving, however, always a minimum breadth of 50 miles; finally, that in the event of the above being agreed to, Great Britain should engage to preserve inviolable the right of free navigation and transit on the Mekong where it is contiguous to the British dominions. || We shall in this way make a contribution of incomparably greater importance to the neutral State than any France will afford. And let me here dismiss the contention of acre for acre, which is not merely unworthy of two great States, but is obviously irrational in itself. Acre for acre is a sufficiently sound basis if the two acres are of equal value; but no one, I presume, would exchange an acre as Charing Cross for an acre in the Highlands, or an acre in the Champs-Élysées for an acre in Morocco. What would be given by the French under the proposed arrangement would be a wild, mountainous and practically unexplored country, over which their rights, such as they are, have only recently been extended, and which they have never visited, much less exercised in it the slightest authority. On the other hand, we should give Kyaing Chaing, a recognized State with a recognized capital. We should also give up villages undoubtedly belonging to Kyaing Ton, and we should abandon the complete control of the Mekong, which for some distance is exclusively ours. Less than the extent I have mentioned would not fulfil the purpose in view, nor would it satisfy the Chinese, who have a substantial interest in this question, and who would not improbably decline to undertake the control of a mere strip of territory between our two Empires. || I doubt if any French statesman—or any Frenchman—who takes the trouble to understand the subject will hastily reject any such proposition. Should you, however, find, contrary to my expectations, that the French Government are blind to serious advantages, and are prepared rather to take up the line assumed by their subordinates, it would be well, I think, for your Excellency to state that in our recent interviews you found me of opinion that, if a substantial State was not to be created, but one which would satisfy neither the Chinese nor ourselves, it would be better to abandon the idea of a neutral intermediate State, and content ourselves with maintaining, and actively asserting, our control over the territories already ours. We should then have the control of the Mekong from the south-eastern limits of Kyaing Ton up to the north

Nr. 10649
England.
14. Nov. 1893

Nr. 10549.
England.
14. Nov. 1893. of Kyaing Chaing, and we should also have to consider whether we should not preserve those undoubted rights over Kyaing Hung which otherwise we are disposed to cede to China in connection with the Burmah-Chinese frontier negotiations. || I need hardly say I should be glad to have from you as soon as may be possible an account of what passes at this interview, together with a reference for further instructions.

Rosebery.

Nr. 10550. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Befriedigender Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich.

Paris, November 11, 1893. (November 22.)

Nr. 10550.
England.
11. Nov. 1893. My Lord, || I have just had a very satisfactory interview with M. Develle. He was good enough again to give me the most positive assurances in regard to the policy of France in Indo-China, and he was most anxious that you should be convinced of the perfect loyalty with which he was acting. He said that the differences between France and Siam were now on the point of being closed. Siam was rapidly fulfilling her Treaty obligations; the left bank of the Mekong, he believed, was already evacuated, and the only matter which really remained unsettled was the punishment of the murderers of M. Groscurin. According to the promise made to me at a previous interview, he had telegraphed to the French Representative at Bangkok to impress upon the Siamese Government the necessity of hastening the trial in order that an early date might be fixed for the evacuation of Chantaboon. There was not the slightest intention of retaining the French troops at that place, and the moment the Siamese Government should have fulfilled its present engagements they would be withdrawn. || His Excellency then went on to speak of the desire of Her Majesty's Government for the placing of Siam under mutual guarantee. He considered, that such an arrangement would be most advantageous. It would be the surest way of avoiding in the future all chances of conflict or misunderstanding. "In short," he added, "I desire to renew the assurances I have already given you that the moment the Franco-Siamese Treaty is executed, I shall be quite ready to consult with you on the exact terms in which a reciprocal engagement to that effect may be most conveniently embodied." || The foregoing is but a short résumé of what passed between me and his Excellency; but your Lordship may consider it as an absolutely exact and almost literal reproduction of M. Develle's promises in regard to the proximate evacuation of Chantaboon, and the eventual neutralization of the Kingdom of Siam.

Dufferin and Ava.

Nr. 10551. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — China soll an dem Abkommen über den Bufferstaat theilnehmen.

Foreign Office, November 26, 1893.

My Lord, || I have received your Excellency's telegram*) nforming me of the two draft Protocols proposed by the French Government with regard to the constitution of a buffer State between the British and French possessions in the neighbourhood of the Upper Mekong. || Your Excellency should endeavour to obtain a modification providing for the participation of China in the delimitation of the neutral State. But if this should be objected to by the French Government you are authorized to sign the Protocols as they stand.

Rosebery.

Nr. 10551.
England.
26. Nov. 1893.

Nr. 10552. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet zwei Protokolle über den Bufferstaat. (Inhalt war telegraphirt.)

Paris, November 20, 1893. (December 2.)

My Lord, || I have the honour to transmit two Protocols, which the French Government have asked me to submit to your Lordship, in reference to the constitution of a buffer State between the possessions of Her Majesty and of the Republic in Indo-China. They are the result of the discussions between the French and English Commissioners and between M. Develle and myself. The first Protocol is to be signed by the Commissioners, and the second by the Minister and me. || In the first, the Commissioners recommend the appointment of a Commission of local experts to verify on the spot the leading geographical and political characteristics of the territory which it is proposed to deal with. || In the second, M. Develle and I accept the foregoing suggestion, and further agree to a breadth of 50 miles from east to west as the leading principle to be adhered to in the constitution of the buffer State; at the same time, that the experts are to examine how the political boundaries of the neighbouring provinces can be best rendered conformable to this desideratum. || The documents in question have only this moment reached my hand; consequently, I have had no time to examine their wording with any minuteness, having only heard them read out in M. Develle's room; but I send them at once to your Lordship by the bag which is just closing, having told M. Develle that I could do no more than promise to submit them to your Lordship's consideration, accompanied by the opinion that, at all events, they seemed to me to contain the germs of an agreement.

Dufferin and Ava. ||

Nr. 10552.
England.
20. Nov. 1893.

*) Vgl. Nr. 10552.

Nr. 10552.
England.
20. Nov. 1893.

Inclosure 1.

Les Soussignés, désignés par leurs Gouvernements respectifs pour examiner de quelle manière pourrait être constituée, au moyen de contributions réciproques, une zone intermédiaire entre les possessions Françaises et Anglaises dans la région du Haut-Mékong; || S'étant trouvés arrêtés, aux cours de leurs travaux, par la difficulté de déterminer, d'après des données certaines, les limites et la configuration géographique des diverses provinces situées dans cette région, || Ont reconnu, d'un commun accord, que, pour établir dans des conditions géographiques normales, et sans occasionner de morcellement, une zone d'une étendue suffisante, il conviendrait de faire procéder à une enquête sur place par des agents techniques des deux pays.

Inclosure 2.

Les Soussignées, ayant pris connaissance du Protocole en date du || signé par les Commissaires Français et Anglais, et y ayant donné leur approbation, ont reconnu, d'un commun accord, que les agents techniques désignés pour se rendre sur le Haut-Mékong ne devront pas perdre de vue les points suivants: — || 1. L'examen géographique auquel ils auront à se livrer, portera sur le cours du Mékong, depuis son entrée dans le Xieng-Kheng jusqu'à son entrée dans le Luang-Prabang; sur les limites de la Province de Xieng-Kheng, et sur celles de la partie de Nan au nord du fleuve. || 2. La largeur que les deux Puissances Contractantes se proposent de donner à la zone intermédiaire entre les possessions Françaises et Anglaises, est, dans la mesure où la configuration géographique et politique du pays le permettra, de 80 kilom. de marche, environ. Les agents techniques devront noter soigneusement quelles limites géographiques et politiques atteindraient le mieux ce but. || 3. Il est entendu que la navigation, le transit, et les moyens de communication seront libres de toute entrave dans la zone ainsi constituée, chacune des Parties Contractantes s'engageant à ne rechercher aucun avantage, qui ne soit également assuré à l'autre.

Nr. 10553. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Verhandlung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat.

Paris, November 21, 1893. (December 2.)

Nr. 10553.
England.
21. Nov. 1893.

(Extract.) || Immediately upon my return from London I waited upon M. Develle at his Excellency's own request, and in accordance with the instructions contained in your Lordship's despatch of the 14th instant in relation to the configuration of the proposed buffer State, I gave him to understand that, in the opinion of Her Majesty's Government, there was little advantage in allowing our Commissioners to continue the purposeless wrangle in which they had become involved, not, as your Lordship considered, through the fault of our Representatives. The principle put forward by Messrs. Jusserand and Revoil that the French contribution to the buffer State should correspond

exactly acre for acre to the Province of Kyaing Chaing was altogether unreasonable. Kyaing Chaing was an organized State, with a capital of its own, and a more or less civilized population, whereas the territory which France proposed to cede consisted of the barren flanks of high mountains, frequented by a few nomad families, and, if M. Pavie's Map was to be our guide, with scarcely a village from one end of it to the other. Moreover, I added, the French Commissioners were always calling upon us to show our title to Kyaing Chaing, which was an inadmissible demand. To continue the negotiations under these conditions was evidently a waste of time. We had proposed the buffer State in the interests of both countries, for it was evident that, if our boundaries were contiguous any fussy or ill-conditioned frontier officer, whether French or English, would have it in his power to magnify every petty incident into a grave international question, which would be transferred to Europe, and thus grow into a cause of exacerbation between the two Governments, whereas, if a country like China were in the occupation of the intermediate territory, neither England nor France would ever hear a word of any little troubles of the sort, which would be settled to the satisfaction of every one concerned, according to the customs of the country. But unless France would agree to a reasonable and statesmanlike plan, Her Majesty's Government would infinitely prefer the status quo. It is true, in that event, we should be compelled to assert our domination over Kyaing Chaing and on both sides of the Mekong in a more active and effective manner than had hitherto been found necessary, for our position in India was such that anything approaching to disputed jurisdiction along our frontier could not be tolerated. Under these circumstances, it was evident that our present conversation was of a somewhat critical nature. In the opinion of your Lordship, such a narrow tongue of land as was suggested by the French Commissioners would be useless for the purpose we had in view; nor could we decently ask China to take charge of so inconveniently shaped an appendage. The breadth of the desired zone should be at least 50 miles. An area short of this would be in manifest contradiction both to the letter and to the spirit of our original Protocol. || M. Develle replied, that he entirely recognized, and had always done so, the utility of a neutral zone between the Indian possessions of Her Majesty and those of France in Indo-China. The contemplated arrangement would undoubtedly be advantageous to both countries; nor did he dispute the desirability of interposing such a breadth of neutral territory as your Lordship had recommended. But in endeavouring to reach this result the French Government was precluded by many considerations from dismembering Luang Prabang. The integrity of Luang Prabang was as valid and reasonable a cause of solicitude to France as the integrity of Kyaing Ton was to us; nor would the French Chambers or French public opinion tolerate its disintegration. He thought, however, in the first place, that when the Commission of Experts examined the question on the spot, it would be found that the necessary area could be obtained without

Nr. 10588.
England.
21. Nov. 1893.

Nr 10553.
England.
21. Nov. 1893.

seriously infringing the boundary of that province. Its western frontier was at present uncertain, and there probably would be no difficulty in delimitating it in such a manner as to secure the result we both desired, namely, a substantial buffer. He then said, that he would explain his views to the French Commissioners, and he suggested that the Commission should meet the next day. I replied, that your Lordship considered that the best chance of reaching an understanding was by dispensing with the Commission; but if his Excellency thought their meeting once more would be productive of good, I was quite ready to consent, upon the understanding that, if our Representatives could not come to a final understanding, they should adjourn to M. Develle's room, and that he and I should ourselves endeavour to cut the Gordian knot. In this mode of proceeding M. Develle was good enough to acquiesce. || On the evening of the next day but one I waited upon M. Develle, when he again assured me that he was most anxious to come to such a settlement as would satisfy our requirements, Shortly afterwards the four Commissioners entered the room, and, after some further debate, M. Revoil retired, and eventually brought back to us two Protocols—one of which he proposed should be signed by the four Commissioners—the gist of which was a recommendation that a local Commission of Surveyors should conduct the geographical examination of the districts out of which it was proposed the buffer State should be constructed, and the other a Protocol, to be signed by M. Develle and myself, in which it was laid down as a leading principle that the buffer State should contain a width of 50 miles, accompanied by a recommendation that the experts should examine how far the existing local lines of political demarcation were adaptable to this principle. || It being then very near post time, I had no opportunity of considering these proposals except in a very cursory manner; but on the face of them they appeared to me a great improvement upon what had been previously suggested. The acre for acre principle had been abandoned, and a buffer State of at least 50 miles broad was indicated as the chief desideratum. No question was raised as to our rights in Kyaing Chaing; and Kyaing Ton, except so far as its trans-Mekong villages are concerned, was recognized as lying outside of the territory it is proposed to neutralize. | I told M. Develle, after the proposed Protocols had been read, that I should not object to forward them the same night to your Lordship for consideration, but that, there not being time to examine their exact wording, I could not myself say more than that they appeared to me to contain the germs of a possible agreement. In fact, the documents did not reach me last night till just in time for the post, and I was therefore obliged to send them on to your Lordship under a simple coverer, without further examination, and unaccompanied by any comments. || I cannot conclude this despatch without expressing to your Lordship my sense of obligation to Mr. Phipps and Mr. Lee for the patience, tact and ability with which they conducted their discussions with the French Commissioners, who, they tell me, on their side, evinced per-

fect politeness. Mr. Phipps' painstaking Reports of the proceedings will already have conveyed to your Lordship's mind an idea of the intricate character of their debates.

Nr. 10553.
England.
21. Nov. 1893.

Nr. 10554. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Übersendet die unterzeichneten Protokolle über den Bufferstaat und den Notenwechsel mit dem französischen Minister.

Paris, December 1, 1893. (December 4.)

My Lord, || I have the honour to transmit to your Lordship herewith the original of the Protocol signed by the Representatives of this Embassy and of the French Foreign Office, to whom was delegated the task of determining the configuration of the neutral zone which, in accordance with the terms of the Protocol of the 25th November, signed by M. Develle and myself, is to be constituted between Her Majesty's and the French Republic's possessions in Indo-China. As your Lordship will observe, the Protocol in question recommends that a Technical Commission should be appointed with the view of ascertaining the geographical and political features of the area it is intended to neutralize. || I also inclose a second Protocol, signed by M. Develle and myself, which lays down as the leading principle of the proposed delimitation that the territory in question should comprise a breadth of not less than 50 miles between its eastern and western boundaries, accompanied by a recommendation that the Technical Commission should examine how the existing geographical and political characteristics of this region can be most conveniently harmonized with the foregoing desideratum. The Protocol also contains a reciprocal engagement precluding either Power from seeking to obtain exclusive advantages to the detriment of the other within the State to be thus constituted. || I also append two notes which have been exchanged between M. Develle and myself, in which an assurance is conveyed that neither England nor France has any intention of seeking to monopolize the rights of transit, whether by land or by water, through the province of Kyaing Hung.

Nr. 10554.
England.)
1. Dec. 1893.

Dufferin and Ava.

Inclosure 1.

Les Soussignés, désignés par leurs Gouvernements respectifs pour examiner de quelle manière pourrait être constituée, au moyen de contributions réciproques, une zone intermédiaire entre les possessions Françaises et Anglaises dans la région du Haut-Mékong;

S'étant trouvés arrêtés, au cours de leurs travaux, par la difficulté de déterminer, d'après des données certaines, les limites et la configuration géographique des diverses provinces situées dans cette région;

Ont reconnu, d'un commun accord, que, pour établir, dans des conditions géographiques normales et sans occasionner de morcellement, une zone d'une

Nr. 10554. étendue suffisante, il conviendrait de faire procéder à une enquête sur place,
 England. par des Agents Techniques des deux pays.
 1. Dec. 1893. Fait à Paris, le 25 Novembre, 1893.

Jusserand.
 Paul Revoil.
 E. C. H. Phipps.
 H. Austin Lee.

Inclosure 2.

Les Soussignés, ayant pris connaissance du Protocole en date de ce jour signé par les Commissaires Français et Anglais, et y ayant donné leur approbation, ont reconnu, d'un commun accord, que les Agents Techniques désignés pour se rendre sur le Haut-Mékong ne devront pas perdre de vue les points suivants: —

1. L'examen géographique, auquel ils devront se livrer, portera sur le cours du Mékong, depuis son entrée dans le Kieng-Kheng jusqu'à son entrée dans le Luang-Prabang; sur les limites de la Province de Kieng-Kheng, et sur celles de la partie de Nan au nord du fleuve.

2. La largeur que les deux Puissances Contractantes se proposent de donner à la zone intermédiaire entre les possessions Françaises et Anglaises est, dans la mesure où la configuration géographique et politique du pays le permettra de 80 kilom. de marche, environ. Les Agents Techniques devront noter soigneusement quelles limites géographiques et politiques atteindraient le mieux ce but.

3. Il est entendu que la navigation, le transit et les moyens de communication seront libres de toute entrave dans la zone ainsi constituée, chacune des Parties Contractantes s'engageant à ne rechercher aucun avantage qui ne soit également assuré à l'autre.

Fait à Paris, le 25 Novembre 1893.

Jules Develle.
 Dufferin and Ava.

Inclosure 3.

Der englische Botschafter in Paris an den französischen Minister
 des Auswärtigen.

Paris, December 1, 1893.

My dear M. Develle, || In answer to the question that you were good enough to address to me on Tuesday, with reference to the rumour that we had come to an agreement with China concerning the State of Kyaing Hung, I beg to inform you that at present no such Treaty has been signed, and that we have no intention of seeking to obtain any monopoly, either for railways, Steam-boat Companies, or any other mode of transit or communication, to the detriment of any similar French commercial undertakings. It is under-

stood, that in the above respects the field is left as open to French as to English enterprise. || In acknowledging the receipt of this note, perhaps you will kindly intimate the willingness of the French Government to accede to a reciprocal engagement.

Nr. 10554.
England.
1. Dec. 1893.

Dufferin and Ava.

Inclosure 4.

Der französische Minister des Auswärtigen an den englischen
Botschafter in Paris.

Paris, le 1^{er} Décembre, 1893.

Cher Lord Dufferin, || Vous avez bien voulu me faire savoir, par votre lettre de ce jour, qu'aucun Traité n'a été signé, jusqu'ici, entre la Grande-Bretagne et la Chine, au sujet de l'État de Kieng Hung, et que l'Angleterre n'a nullement l'intention de chercher à obtenir aucun monopole, soit pour les chemins-de-fer ou Compagnies de Navigation, soit pour toute autre mode de transit ou communication, au détriment d'entreprises commerciales Françaises de même ordre. Il est entendu que le champ devra demeurer libre, à cet égard, pour les entreprises Françaises et Anglaises. Je m'empresse de vous accuser réception de cette communication, dont je prends acte bien volontiers. Réciproquement et conformément à votre demande, j'ai l'honneur de vous faire savoir que la délimitation des possessions Françaises, du côté de Kieng Hung, n'a pas encore été faite, mais que, dans les négociations que le Gouvernement de la République aura à suivre, à ce sujet, avec le Gouvernement Chinois, il compte se guider d'après les principes mêmes que vous avez bien voulu énoncer dans votre lettre de ce jour, et auxquels je ne peux qu'adhérer sans réserve.

J. Develle.

Nr. 10555. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Genehmigung der Abkommen über den Bufferstaat.

Foreign Office, December 7, 1893.

My Lord, || I have received and laid before the Queen your Excellency's despatches of the 20th and 21st ultimo, giving an account of your negotiations with regard to the neutral State to be constituted between the British and French possessions in the vicinity of the Upper Mekong. I have also received and laid before Her Majesty your Excellency's despatch of the 1st instant, forwarding copies of the Protocols signed and of the notes exchanged between your Excellency and M. Develle on this question. || I have pleasure in conveying to your Excellency the entire approval of Her Majesty's Government, and their satisfaction at the arrangement which you have concluded. || The object of the two Governments has been to remove, as far as possible, all risk of irritating questions and subjects of dispute arising on their frontiers in these regions. The settlement which is sketched out in the Protocol signed

Nr. 10555.
England.
7. Dec. 1893.

Nr. 10555.
England.
7. Dec. 1893. by you and M. Develle seems well calculated to secure that end. Her Majesty's Government feel, that this result is largely due to the ability with which you have carried on the negotiations, and to the statesmanlike and conciliatory disposition in which M. Develle has treated the matter. || I note with much pleasure your favourable mention of the manner in which Mr. Phipps and Mr. Lee have conducted the discussions in the Commission charged to examine the subject, and I request you to convey to them the expression of my approval.

Rosebery.

Nr. 10556. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Kommission zur Abgrenzung des Bufferstaates muss bald zusammentreten.

Foreign Office, December 8, 1893.

Nr. 10556.
England.
8. Dec. 1893. (Telegraphic.) || Experts inform me that, if the Joint Commission for the examination of the limits of the buffer State does not start immediately and terminate its labours before the month of May, it will be necessary to wait until November next. || As soon as the French Government are ready, Her Majesty's Government would be prepared to send Mr. Scott, now Her Majesty's Chargé d'Affaires at Bangkok, as their Commissioner.

Nr. 10557. **ENGLAND.** — Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. — Note an den französischen Minister über die Bufferstaatskommission.

Paris, December 9, 1893. (December 11.)

Nr. 10557.
England.
9. Dec. 1893. My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship copy of a note which I have addressed to M. Casimir-Perier, French Minister for Foreign Affairs, in accordance with the terms of your Lordship's telegram of the 8th instant, urging upon his Excellency the importance of the early appointment of a French Delegate to examine with Mr. Scott, British Commissioner, and Her Majesty's Chargé d'Affaires at Bangkok, the neutral State to be constituted between the British and French possessions in Indo-China.

Dufferin and Ava.

Inclosure.

Der englische Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, December 9, 1893.

M. le Président du Conseil, || According to information received by Her Majesty's Government from experts acquainted with the local conditions, it appears that unless the Commissioners appointed to examine the proposed neutral State, to be formed in accordance with the terms of the Protocol signed by your predecessor and myself on the 25th ultimo, are ready to start at once

and to complete their work before the month of May of next year, it will be necessary to delay the examination until the following month of November. I have therefore been instructed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to inform your Excellency, that Her Majesty's Government are prepared to send forthwith Mr. Scott, Her Majesty's Chargé d'Affairs at Bangkok, to act as British Delegate on the proposed Commission, and I trust that your Excellency will be in a position to inform me, that the Government of the French Republic are prepared on their side to appoint at once a Delegate in order that no delay may take place in carrying out the terms of the Agreement come to between the two Governments. I may mention, that M. Develle himself suggested that no time should be lost in the matter, and I accordingly wrote in that sense to Lord Rosebery.

Nr. 10557.
England.
9. Dec. 1893.

Dufferin and Ava.

Nr. 10558. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Antwort des französischen Ministers.

Paris, December 11, 1893. (December 12.)

My Lord, || With reference to my despatch of the 9th instant, I have the honour to transmit herewith to your Lordship copy of a note which I have received from M. Casimir-Perier, in which his Excellency states that he hopes shortly to be in a position to reply to my inquiry as to the appointment of a French Delegate on the Commission to examine into the proposed buffer State.

Nr. 10558.
England.
11. Dec. 1893.

Dufferin and Ava.

Inclosure.

Der französische Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris.

Paris, le 9 Décembre, 1893.

M. l'Ambassadeur, || J'ai l'honneur d'accuser réception à votre Excellence de sa communication de ce jour relative à la composition de la Commission Technique qui doit se rendre sur le Haut-Mékong. || J'en ai immédiatement fait part à M. le Sous-Secrétaire d'État des Colonies que j'avais, d'ailleurs, entretenu déjà de la question. || J'espère être incessamment en mesure de répondre à la demande dont vous avez bien voulu me saisir.

Casimir-Perier.

Nr. 10559. CHINA. — Chinesische Botschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — China wünscht an der Errichtung des Bufferstaates theilzunehmen.

Chinese Legation, December 16, 1893. (December 19.)

My Lord, || I am instructed by the Tsung-li Yamén to inform your Lordship, that the Imperial Government, being extremely desirous of maintaining the independence and the territorial integrity of the Kingdom of Siam, have

Nr. 10559.
China.
16. Dec. 1893.

Nr. 10659.
China.
16. Dec. 1893. learned with the most lively satisfaction that such was also the wish of the Governments of England and France; and, further, that they would be prepared to join them in any measures they may be pleased to take with the view of securing these objects. || As regards the buffer State which it is proposed to establish between the British and the French possessions on the Upper Mekong, and which your Lordship has been good enough to say Her Majesty's Government are desirous of placing under the sovereignty of China, I have the honour to state that in the event of its being of sufficient breadth, and the conditions attached to its acceptance free from any which, in the opinion of the Imperial Government, would be prejudicial to Chinese interests, they would be prepared to accept it if formally offered them. || As the buffer State will, on its northern side at least, necessarily be conterminous with Kiang Hung — the southern limit of which has never been clearly defined — the Imperial Government think that, apart from the question of its control, China ought to be represented on any Commission which may be appointed to delimitate it; and that reasons of expediency would seem to recommend the adoption of the Nam-U as its eastern boundary. || Until it emerges from Meung-U, one of the territorial divisions of Kiang Hung, the Nam-U is altogether a Chinese river, and, for some distance lower down, the right bank of it still belongs to China; so, were the Nam-U taken for the eastern limit of the buffer State, and the latter given to China, the difficult task of delimitating the frontier between it and Kiang Hung would be much simplified, should a delimitation still be deemed indispensable.

Sieh.

Nr. 10560. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Beginn der Arbeiten der Bufferstaatskommission.

Foreign Office, December 20, 1893.

Nr. 10560.
England.
20. Dec. 1893. My Lord, || It has been represented to me, that climatic reasons will prevent the Technical Commission, charged with the delimitation of the neutral zone between the English and French possessions in the Indo-Chinese Peninsula, from usefully commencing its labours before the autumn of next year. || I should be glad if your Excellency would ascertain the views of the French Government in this matter.

Rosebery.

Nr. 10561. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Dasselbe.

Paris, December 22, 1893. (December 23.)

Nr. 10561.
England.
22. Dec. 1893. My Lord, || M. Jusserand, who has been acting as French Commissioner during the negotiations here for the constitution of a neutral zone between

the British and French possessions in the Indo-Chinese Peninsula, has informed Mr. Phipps, that for climatic reasons the French Government is of opinion that the Technical Commission agreed upon could not conveniently commence its labours until the autumn of next year. || As the delay thus proposed appears also to be in accordance with your Lordship's views, I have caused M. Jusserand to be informed that Her Majesty's Government agree to the opinion thus expressed by the French Government. || An understanding has been arrived at with M. Jusserand, on behalf of the French Government, that a date will be fixed for the assembly of the Technical Commission early next autumn.

Nr. 10561.
England.
22. Dec. 1893.

Dufferin and Ava.

Nr. 10562. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Verhandlungen zwischen Frankreich und Siam über einen Handelsvertrag.

Paris, January 18, 1894. (January 19.)

My Lord, || I have the honour to inform your Lordship, that Prince Svasti, who had only just arrived in Paris, had an interview the day before yesterday with M. Casimir-Perier, the President of the Council, by special appointment, with reference to the opening of negotiations in Paris for the conclusion of the new Commercial Treaty provided for in the Franco-Siamese Treaty of the 3rd October. || I am informed, that Prince Svasti was well received by M. Casimir-Perier, who did not appear at all opposed to the idea, and who stated that he hoped, after consultation with his colleagues, to be able to give him a definite answer in three or four days. || M. Casimir-Perier observed at the same time, that he did not apprehend that there would be any conditions in the proposals to be submitted for the new Treaty of such a nature as to prevent the conclusion of a prompt and satisfactory arrangement.

Nr. 10562.
England.
18. Jan. 1894.

Dufferin and Ava.

Nr. 10563. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an die chinesische Botschaft in London. — Antwort auf Nr. 10559.

Foreign Office, February 2, 1894.

M. le Ministre, || I duly received, and have given careful attention to, the note which you did me the honour to address to me on the 16th December, expressing the interest taken by your Government in the maintenance of the independence and territorial integrity of Siam, and their readiness to join in any measure which the Governments of Great Britain and France may take with the view of securing these objects. || Her Majesty's Government have received this statement with much satisfaction, and have taken due note of the views and intentions of the Government of China in this respect. || They also take note of the views of your Government with regard to the neutral

Nr. 10563.
England.
2. Febr. 1894.

Nr. 10563.
England.
2. Febr. 1894. State which it is intended to establish between the British and French pos- sessions on the Upper Mekong. They believe, however, that it will be more judicious to defer bringing forward any definite proposals on these subjects until the conditions agreed to by Siam in the recent Convention between that country and France have been completely executed. This will probably be the case at no very distant date, as the only condition remaining unfulfilled appears to be that relating to the trial of the persons charged with the murder of M. Groscurin, and arrangements are now being made for the trial. That chapter will then, it is to be hoped, have been closed.

Rosebery.

Nr. 10564. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Prozess der Mörder Groscurins.

Bangkok, February 23, 1894. (February 23.)

Nr. 10564.
England.
28. Febr. 1894. (Telegraphic.) || I have the honour to state, that the 24th instant is the date fixed for the commencement of the sitting of the Siamese Court for the trial of the alleged murderers of Groscurin. Discussion as to the method of procedure and other minor matters have caused much delay. British counsel have been engaged on behalf of the accused, and an offer has been made by the Siamese Government to afford a similar advantage, at their own expense, to the prosecutor. Beyond one sworn deposition and one statement, there is no evidence for the prosecution, and no witnesses have arrived here. The appearance in court of witnesses for the prosecution, together with the production of all evidence relating to the case, which is demanded by the counsel for the defence, is ridiculed by the French as a wanton waste of time. No order on this demand has as yet been made by the Siamese presiding Judge. Either great delay will, I fear, be incurred, or the trial will end in failure.

Nr. 10565. ENGLAND. Derselbe an Denselben. — Dasselbe.

Bangkok, March 17, 1894. (March 18.)

Nr. 10565.
England.
17. März 1894. (Telegraphic.) || Groscurin case. I have the honour to report, that the accused in this case has been acquitted. The re-trial of the case at Saigon is being urgently pressed by the French Representative here.

Nr. 10566. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Bot- schafter in Paris. — Räumung von Chantaboon.

Foreign Office, April 25, 1894.

Nr. 10566.
England.
25. April 1894. My Lord, || M. d'Estournelles, at an interview with me to-day, informed me, that he was desired by M. Casimir-Perier to call my attention to the statements of Lord Rosebery and Sir E. Grey, that the French Government had promised that Chantaboon should be evacuated as soon as the final Judgment

had been given in the Groscurin case. || There appeared to M. Casimir-Perier to be some misunderstanding on their part, as the evacuation of that place was dependent on the fulfilment of all the stipulations of the Convention, in accordance with Article VI of that instrument. || I said, that I took note of this communication, and would examine what had passed on the subject between the British and French Governments. I would remark, however, that, according to the information we had received, the Siamese Government had already fulfilled all its obligations under the Convention, and nothing, therefore, remained except to dispose finally of the Groscurin case.

Nr. 10566.
England.
23. April 1894.

Kimberley.

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Siebenundfünfzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1896.

I. Inhaltsverzeichniss.

Aktenstücke zur Geschichte des Ursprungs des Krieges von 1870. (Vgl. Bd. XIX, XX, XXI u. XXVI.)

1870.	März-Juli.	Hohenzollern. Mittheilungen über die spanische Thronfrage	10769.
	„ Juni 30.	Frankreich. Bericht des Generals Lebrun an den Kaiser über seine Verhandlungen mit Kaiser Franz Joseph und Erzherzog Albrecht über einen Feldzugsplan gegen Preussen	10757.
	„ „ „	Oesterreich-Ungarn. Bemerkungen des Erzherzogs Albrecht über den Feldzug gegen Preussen	10758.
	„ Juli 9.	Frankreich. Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. Unterredung mit Herrn v. Werther	10761.
	„ „ „	— Derselbe an denselben. Der König von Preussen will nicht die Initiative in der Thronfrage ergreifen	10762.
	„ „ 10.	— Graf Benedetti an den Herzog v. Gramont. Unterredung mit Herrn v. Werther	10763.
	„ „ „	— Graf Benedetti an den Herzog v. Gramont. Unterredung mit dem König	10764.
	„ „ 11.	Oesterreich. Graf Beust an Fürst Metternich. Missbilligt Gramonts Auftreten gegen Preussen und rath zum Frieden	10760.
	„ „ „	Frankreich. Graf Benedetti an den Herzog v. Gramont. König Wilhelm weigert sich, den Prinzen Leopold zum Rücktritt von der Kandidatur zu bewegen	10765.
	„ „ 12.	— Napoleon an den Herzog v. Gramont. Instruktionen zur Verhandlung mit Preussen	10766.
	„ „ 13.	— Graf Benedetti an den Herzog v. Gramont. Erwartet, vom König zur Audienz berufen zu werden	10767.
	„ „ 15.	— Kaiser Napoleon an den Herzog v. Gramont. Ueber die Rückberufung der französischen Brigade aus Civita-Vecchia	10770.
	„ „ 17.	Italien. König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. Ueber die Haltung Oesterreichs und die römische Frage	10771.
	„ „ „	Frankreich. Herzog v. Gramont an den Grafen Beust. Haltung der deutschen Mittelstaaten und Oesterreichs	10772.
	„ „ 21.	Italien. König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. Die römische Frage	10773.
	„ „ „	— König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. Aufrechterhaltung der Septemberkonvention	10774.
	„ „ 24.	Oesterreich. Fürst Metternich an den Herzog v. Gramont. Haltung Russlands. Oesterreichs Rüstungen	10775.
	„ „ „	Frankreich. Kaiser Napoleon an den Herzog v. Gramont. Die römische Frage	10776.
	„ „ 26.	Italien. König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. Oesterreich schlägt einen österreichisch-italienischen Neutralitätsvertrag vor	10777.

IV Sachregister: Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc.

1870.	Juli 27.	Frankreich. Herzog v. Gramont an den franz. Botschafter in London. Verhältniss Preussens zu Frankreich seit 1865	10768.
"	" 28.	Oesterreich. Fürst Metternich an den Herzog v. Gramont. Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien	10778.
"	" 29.	Italien. Visconti Venosta an Nigra. Aufrechterhaltung der Septemberkonvention	10779.
"	" 30.	Frankreich. Herzog v. Gramont an La Tour d'Auvergne. Räumung des Kirchenstaats angekündigt	10780.
1874.	April 28.	Oesterreich. Beust an Andrassy. Bericht über Oesterreichs Haltung im Jahre 1870	10759.
1878.	" 20.	— Herr v. Vitzthum an den Herzog v. Gramont. Die Idee eines Kongresses 1870	10781.
"	" 21.	Frankreich. Der Herzog v. Gramont an einen Ungenannten. Bei Ausbruch des Krieges hatten sich Frankreich, Oesterreich und Italien geeinigt, aber den Vertrag noch nicht unterzeichnet	10783.
		— Herzog v. Gramont an Herrn v. Vitzthum. Die Kongressidee stammt von Gramont	10782.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc.

1882.	Juni 28.	Grossbritannien und Frankreich. Grenzregulirung der beiderseitigen Besitzungen im Norden von Sierra Leone	10673.
1885.	Febr. 5.	Frankreich und die internationale Kongogesellschaft. Abkommen über die Begrenzung ihrer Besitzungen	10595.
1887.	März 23.	Frankreich und Almamy Samadu. Frankreich übernimmt das Protektorat über die Staaten Almamy Samadu's	10683.
"	April 29.	Frankreich und der Kongostaat. Protokoll über die Abgrenzung ihrer Besitzungen in der Region des Ubanghi	10598.
1889.	Febr. 21.	Frankreich und Almamy Samadu. Bestätigung und Erweiterung des Vertrages vom 23. März 1887	10684.
1890.	Juli 2.	Grossbritannien und Spanien. Vertrag zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels	10719.
"	" 24.	Grossbritannien und Südafrikanische Republik. Abkommen über das Swaziland	10696.
"	Aug. 5.	Grossbritannien und Frankreich. Es soll eine Kommission zur Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen eingesetzt werden	10674.
"	" 20.	England und Portugal. Vertrag über die afrikanischen Besitzungen	10620.
"	Nov. 14.	Grossbritannien und Portugal. Modus vivendi	10644.
1891.	April 14.	Grossbritannien, Frankreich, Spanien, Schweiz, Tunis. Abkommen zum Schutze des industriellen Eigenthums	10720.
"	Mai 2.	Grossbritannien und Belgien. Erklärung zur Vermeidung von Konflikten in der Nordseefischerei	10721.
"	" 28.	Grossbritannien und Portugal. Vertrag über die Besitzungen in Ostafrika	10663.
"	Juni 11.	— — Unterzeichnung des Vertrages	10664.
"	" 26.	Grossbritannien und Frankreich. Abgrenzung ihrer Interessensphären im Nigerdistrikt	10675.
1892.	April 13.	Deutsches Reich und die Schweiz. Abkommen, betr. den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz nebst Zusatzprotokoll und erläuternder Denkschrift	10718.
1893.	April 4.	Grossbritannien und Frankreich. Erneuerung des modus vivendi in der Neufundländer Fischereifrage	10743.
"	" 14.	Deutsches Reich und Grossbritannien. Abkommen über die Festsetzung der Grenze zwischen dem Kammerun- und dem Oelflussgebiet	10668.
"	Juni 5.	Portugal und Grossbritannien. Modus vivendi als Ergänzung des Vertrages vom 11. Juni 1891	10666.
"	Juli 12.	Grossbritannien und Frankreich. Abgrenzung ihrer Besitzungen an der Goldküste	10685.

1893.	Juli 25.	Deutsches Reich und Grossbritannien. Grenzregulirung in Ostafrika	10669.
„	Sept. 30.	Grossbritannien und Südafrikan. Republik. Verlängerung der Konvention vom 24. Juli 1890	10708. 10709.
„	Nov. 8.	— — Vertrag über das Swaziland	10698. 10710.
„	„ 15.	Deutsches Reich und Grossbritannien. Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in den vom Golf von Guinea nach dem Innern sich erstreckenden Gebieten	10670.
1894.	Febr. 24.	— — Abkommen über ein gemeinsames Zollsystem für die östlich des Voltaflusses belegenen britischen und die deutschen Besitzungen an der Gold- und Sklavenküste	10671.
„	März 1.	Grossbritannien und China. Vertrag über das Burmah-Thibetgebiet	10711.
„	„ 15.	Deutsches Reich und Frankreich. Abkommen, betr. die Abgrenzung des Schutzgebietes von Kamerun und der Kolonie des franz. Kongo, sowie über die Festsetzung der deutschen und französischen Interessensphäre im Gebiete des Tschadses	10619.
„	Mai 5.	England und Italien. Abgrenzung ihrer Einflussphären in Ostafrika	10618.
„	„ 12.	Grossbritannien und der Kongostaat. Vertrag über die Abgrenzung ihrer Interessensphären	10569.
„	Juni 23.	— — Aufhebung des Artikels III des Abkommens vom 12. Mai 1894	10586.
„	Juli 16.	Grossbritannien und Japan. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Grossbritannien und Japan	10712.
„	„ „	Grossbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den japanischen Gesandten in London. Verlangt Erläuterung des Artikels II	10713.
„	„ „	Japan. Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Gibt die Erläuterung	10714.
„	„ „	— Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Erläuterung zu Artikel XXI	10715.
„	Aug. 14.	Frankreich und der Kongostaat. Vertrag über die Abgrenzung ihrer Besitzungen und die Schlichtung anderer Fragen	10603.
„	Dez. 20.	Grossbritannien und Japan. Die Frist zum Abschluss einer Zusatzkommission soll um 6 Monate verlängert werden	10716. 10717.
1895.	Jan. 11.	Kongostaat. Der Staatssekretär des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Brüssel. Grenzen des neutralen Kongostaates	10609.
„	„ 21.	Grossbritannien und Frankreich. Abgrenzung ihrer Besitzungen nördlich und östlich von Sierra Leone	10636.
„	Febr. 5.	Frankreich und Belgien. Arrangement portant règlement du droit de préférence de la France sur les territoires de l'Etat du Congo	10614.
„	„ „	— — Erklärung über die Abgrenzung der französischen und belgischen Besitzungen im Stanley-Pool	10615.
„	März 30.	China und Japan. Waffenstillstand	10790.
„	April 23.	— — Friedensvertrag	10799.

Die Friedensverhandlungen zwischen China und Japan.

1895.	März 19.	Japan. Der japanische Bevollmächtigte an den chinesischen Bevollmächtigten. Zeigt seine Ernennung an	10784.
„	„ „	China. Der chinesische Bevollmächtigte an den japanischen. Zeigt seine Ernennung und Ankunft an	10785.
„	„ 20.	— Vorschlag eines Waffenstillstandes	10786.
„	„ 21.	Japan. Japan stellt Bedingungen für den Waffenstillstand	10787.
„	„ 24.	China. Ablehnung der japanischen Bedingungen	10788.
„	„ 28.	Japan. Bewilligung einer bedingungslosen Waffenruhe	10789.

VI Sachregister: Katholische Kirche. — Die Neufundländer Fischereifrage.

1895.	März 30.	Ohina und Japan. Waffenstillstand	10790.
"	April 1.	Japan. Erster Entwurf eines Friedensvertrages	10791.
"	" 5.	Ohina. Entgegnung auf das vorige	10792.
"	" 6.	Japan. China soll seinen Vorschlag formuliren	10793.
"	" 9.	Ohina. Gegenentwurf eines Friedensvertrages	10794.
"	" 10.	Japan. Antwort auf den Gegenentwurf	10795.
"	" 11.	— Ultimatum	10796.
"	" 12.	Ohina. Letzter Protest	10797.
"	" 13.	Japan. Antwort auf das vorige	10798.
"	" 23.	Ohina und Japan. Friedensvertrag	10799.

Katholische Kirche.

1894.	Juni 20.	Rom. Apostolisches Sendschreiben an alle Fürsten und Völker der Erde	10567.
-------	----------	--	--------

Die Neufundländer Fischereifrage. (Vergl. Bd. LII, LIV, LVI.)

1891.	Juni 4.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. Frankreich verlangt dauernde Garantien für die Ausführung der Verträge	10722.
"	" 7.	Frankreich. Der Botschafter in London an das englische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand	10723.
"	" 8.	Grossbritannien. Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Die englische Regierung wird keine Kabinettsfrage aus der Neufundlandangelegenheit machen	10724.
"	" 10.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Botschafter über die Ausführung des Schiedsspruches	10725.
"	Juli 15.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Frankreich zweifelt, dass England seine Verpflichtungen erfüllen kann	10726.
1892.	März 19.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Will die französische Regierung den modus vivendi erneuern?	10727.
"	Mai 17.	— Kolonialamt an das Auswärtige Amt. Ablehnung des Vertragsentwurfs durch die Legislatur in Neufundland	10728.
"	" "	— Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Die Gesetzgebung von Neufundland beschliesst die Verlängerung des Provisoriums	10729.
"	" 24.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Botschafter über die Ausführung des Schiedsgerichts	10730.
"	" 25.	— Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. Unterredung mit Ribot über denselben Gegenstand	10731.
"	" 31.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Derselbe Gegenstand. Frankreich hat nicht das Recht, die englischen Maassregeln zu kritisiren	10732.
1893.	Febr. 7.	— Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Fordert Bericht über die Anschauung der neufundländischen Regierung	10733.
"	" 14.	— Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Antwort auf das Vorige	10734.
"	" 16.	— Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Beschleunigung der gesetzlichen Maassnahmen ist wünschenswerth	10735.
"	" 27.	— Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Antwort auf das Vorige	10736.
"	" "	— Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Ubersendet den Entwurf einer Note an den französischen Botschafter	10737.
"	März 2.	— Kolonialamt an das Auswärtige Amt. Billigt den Entwurf	10738.
"	" 9.	— Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Beschluss der neufundländischen Kommission über das Schiedsgericht und den modus vivendi	10739.

1893.	März 13.	Grossbritannien. Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Annahme des Kommissionsbeschlusses	10740.
"	" "	— Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Uebersendet den Bericht über die Verhandlungen des Parlaments in Neufundland . .	10741.
"	April 4.	Frankreich. Botschafter in London an das englische auswärtige Amt. Frankreich stimmt der Erneuerung des modus vivendi für 1893 zu	10743.
"	" 6.	Grossbritannien. Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Der französische Botschafter hat eine Note über die Erneuerung des modus vivendi überreicht	10742.
"	" 15.	— Kolonialamt an das Auswärtige Amt. Bemerkungen über den neufundländischen Beschluss und Waddingtons Depesche	10744.
"	" 19.	— Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Unterhandlungen über ein allgemeines Abkommen sind vorläufig unmöglich	10745.
"	" "	— Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Antwort auf Nr. 10744; stimmt dem Kolonialamt zu	10746.
"	" "	— Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Antwort auf Nr. 10743	10747.
"	" 26.	— Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Die neufundländische Regierung will das Provisorium um 1 Jahr verlängern	10748.
"	" 27.	— Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Verlangt Verlängerung um zwei Jahre	10749.
"	Mai 2.	— Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Die Verlängerungsbill soll eingebracht werden	10750.
"	" "	— Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Bemerkungen über die neufundländischen Beschlüsse	10751.
"	" 6.	— Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Antwort auf Nr. 10750	10752.
"	" 16.	— Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Beschluss der Kommission über die Verlängerung	10753.
"	" 19.	— Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Antwort auf das Vorige	10754.
"	" "	— Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Uebersicht über die Verhandlungen; Nothwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich	10755.
"	" 23.	— Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Annahme der Verlängerung	10756.

Verträge und Verhandlungen über Afrika. Der englisch-kongolesische Vertrag vom 12. Mai 1894.

1894.	Mai 12.	Grossbritannien und der Kongostaat. Vertrag über die Abgrenzung ihrer Interessensphären	10569.
"	" "	Grossbritannien. Der englische Bevollmächtigte an den des Kongostaates. Die Rechte der Türkei und Aegyptens werden durch den Vertrag nicht berührt	10570.
"	" "	Kongostaat. Der Bevollmächtigte des Kongostaates an den englischen. Dasselbe	10571.
"	" "	— Der Bevollmächtigte des Kongostaates an den englischen. Erlaubniss zur Werbung im Kongostaate	10572.
"	" "	Grossbritannien. Der englische Bevollmächtigte an den des Kongostaates. Erlaubniss zu Werbungen im englischen Westafrika	10573.
"	" 23.	— Minister des Auswärtigen an Mr. Hardinge. Begründung des Vertrages mit dem Kongostaate	10568.

1894.	Mai	29.	Kongostaat. Der Staatssekretär an den deutschen Gesandten in Brüssel. Begrenzung des deutschen Gebietes	10574.
„	Juni	1.	Deutschland. Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Staatssekretär des Kongostaates. Deutschland erwartet eine amtliche Mittheilung über die Ausführung des Vertrages vom 12. Mai und behält sich seine Ansprüche vor	10575.
„	„	„	— Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London. Mittheilung des Schriftwechsels	10576.
„	„	3.	— Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Mittheilung des deutschen Protestes	10577.
„	„	6.	— Der Botschafter in London an den Reichskanzler. Ubersendet eine Note des englischen Ministers des Auswärtigen. England billigt die Meinung der deutschen Regierung	10580.
„	„	7.	— Gesandter in Brüssel an den Reichskanzler. Mittheilung einer Note des Staatssekretärs des Kongostaates an den deutschen Staatssekretär	10578.
„	„	9.	— Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Ubersendet die Antwort auf die Note des Staatssekretärs des Kongostaates	10579.
„	„	11.	— Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Protest gegen Artikel III des Abkommens vom 12. Mai 1894	10581.
„	„	16.	Kongostaat. Der Staatssekretär an den deutschen Gesandten in Brüssel. Der Kongostaat hat die Aufhebung des Artikels III vorgeschlagen	10583.
„	„	17.	Deutschland. Der Gesandte in Brüssel an das Auswärtige Amt	10582.
„	„	„	England. Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Ubersendet den Vorschlag des Kongostaates, den Artikel III aufzuheben	10584.
„	„	21.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. England stimmt der Aufhebung des Artikels III zu	10585.
„	„	22.	— Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Ubersendet die Erklärung, durch die der Artikel III aufgehoben wird	10586.
„	„	25.	Kongostaat. Der Staatssekretär an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen. Theilt die Aufhebung des Artikels III mit	10587.
„	„	26.	England. Der Minister des Auswärtigen an den deutschen Botschafter in London. Theilt die Aufhebung des Artikels III mit	10588.
„	Juli	1.	Deutschland. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Der deutsche Protest ist erledigt	10589.
„	„	2.	England. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Rückblick auf die Verhandlungen über den Vertrag vom 12. Mai	10590.
„	„	5.	Deutschland. Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Bemerkungen zu der englischen Note vom 2. Juli	10591.

Frankreich und der Kongostaat 1884—95.

1884.	April	23.	Kongogesellschaft. Die internationale Kongogesellschaft an den französischen Minister des Auswärtigen. Bei Landabtretungen seitens der Gesellschaft hat Frankreich das Vorzugsrecht	10592.
„	„	24.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an die internationale Kongogesellschaft. Antwort auf das Vorige. Frankreich erkennt die Rechte der Gesellschaft an	10593.

1884.	Mai	31.	Frankreich. Rundschreiben des Ministers des Auswärtigen an die Missionen. Erklärung über das Abkommen mit der Kongogesellschaft	10594.
1885.	Febr.	5.	Frankreich und die internationale Kongogesellschaft. Abkommen über die Begrenzung ihrer Besitzungen	10595.
1887.	April	22.	Kongostaat. Der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten an den französischen Gesandten in Brüssel. Das französische Vorzugsrecht ist Belgien gegenüber ungültig	10596.
"	"	29.	Frankreich. Der Gesandte in Brüssel an den Leiter der auswärtigen Angelegenheiten des Kongostaates. Bestätigt den Empfang des Vorigen	10597.
"	"	"	Frankreich und der Kongostaat. Protokoll über die Abgrenzung ihrer Besitzungen in der Region des Ubanghi	10598.
1890.	Juli	12.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Der Kongostaat kann seine Besitzungen an Belgien nur mit Wahrung des französischen Vorzugsrechtes abtreten	10599.
"	"	17.	— Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Hat dem Baron Lamermont die Forderung Frankreichs vorgetragen	10600.
"	"	30.	— Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Ubersendet den Bericht der belgischen Kammerverhandlungen über den Vertrag zwischen Belgien und dem Kongostaate	10601.
"	Aug.	21.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Bemerkungen zu den belgischen Beschlüssen	10602.
1894.	"	14.	Frankreich und der Kongostaat. Vertrag über die Abgrenzung ihrer Besitzungen und Schlichtung anderer Fragen	10603.
1895.	Jan.	5.	Frankreich. Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Gerücht von der bevorstehenden Annexion des Kongostaates durch Belgien	10604.
"	"	6.	— Der französische Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Graf Merode bestätigt die Absicht Belgiens, den Kongostaat zu annektiren	10605.
"	"	9.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Frankreich verlangt Garantien für den Fall der Annexion	10606.
"	"	"	— Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Graf Merode	10607.
"	"	10.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Unterredung mit Baron Anethan. Frankreich hält alle seine Ansprüche aufrecht	10608.
"	"	11.	Kongostaat. Der Staatssekretär des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Brüssel. Grenzen des neutralen Kongostaates	10609.
"	"	"	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Belgien ist zu Verhandlungen über das französische Vorzugsrecht bereit	10610.
"	"	13.	Belgien. Der Gesandte in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Die Annexion widerspricht den Verträgen nicht	10611.
"	"	15.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den belgischen Gesandten in Paris. Bestätigt den Empfang des Vorigen	10612.
"	Febr.	5.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Abschluss eines Vertrages mit Belgien	10613.
"	"	"	Frankreich und Belgien. Arrangement portant réglemant du droit de préférence de la France sur les territoires de l'État du Congo	10614.
"	"	"	— Erklärung über die Abgrenzung der französischen und belgischen Besitzungen in Stanley-Pool	10615.

X Sachregister: Verhandlungen zwischen England und Portugal.

1895.	Febr. 5.	Belgien. Der Gesandte in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Einsetzung einer gemischten Kommission zur Grenzbestimmung im Gebiete des Manyanga und Niadi-Quillou	10616.
„	„ 6.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den belgischen Gesandten in Paris. Antwort auf das Vorige	10617.
1894.	Mai 5.	England und Italien. Abgrenzung ihrer Einflusssphären in Ostafrika	10618.
„	März 15.	Deutschland und Frankreich. Abkommen vom 15. März 1894, betr. die Abgrenzung des Schutzgebietes von Kamerun und der Kolonie des französischen Kongo sowie über die Festsetzung der deutschen und französischen Interessensphäre im Gebiete des Tschadsees	10619.

Verhandlungen zwischen England und Portugal.

1890.	Aug. 20.	England. Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Gesandten in London. Verlangt eine Zusage über die Eisenbahn am Zambesi	10621.
„	„ 22.	Portugal. Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Gibt die verlangte Versicherung	10622.
„	„ 23.	England. Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Opposition in Portugal gegen das Abkommen	10623.
„	„ 25.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Ubersendet einen am 20. August mit dem portugiesischen Gesandten abgeschlossenen Vertrag	10620.
„	Sept. 2.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Opposition in Portugal gegen das Abkommen	10624.
„	„ 11.	— Derselbe an denselben. Unterredung mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen	10625.
„	„ 13.	— Derselbe an denselben. Ubersendet eine Note an den portugiesischen Minister	10626.
„	„ 16.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Bericht über die Cortesverhandlungen über die Convention	10628.
„	„ 18.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Unterredung mit dem portugiesischen Gesandten über Modifikationen des Vertrages	10627.
„	„ „	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Ministerkrise in Portugal	10630.
„	„ 21.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Die Ratifikation der Konvention darf nicht aufgeschoben werden	10629.
„	„ 26.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Billigt die Note an den portugiesischen Minister vom 13. September 1890	10631.
„	Okt. 6.	— Derselbe an denselben. Wenn die Convention nicht in dieser Session der Cortes ratifiziert wird, fühlt sich England nicht mehr dadurch gebunden	10632.
„	„ „	— Der Gesandte in Portugal an den Minister des Auswärtigen. Hat der portugiesischen Regierung die englische Ansicht mitgeteilt	10633.
„	„ 7.	— Derselbe an denselben. Ubersendet eine an die portugiesische Regierung gerichtete Note	10634.
„	„ 14.	— Derselbe an denselben. Unterredung mit dem neuen portugiesischen Minister des Auswärtigen	10635.
„	„ 20.	— Derselbe an denselben. Schluss der Cortessession	10636.
„	„ „	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Die Convention bindet die beiden Mächte nicht mehr	10637.
„	„ „	— Derselbe an denselben. Unterredung mit dem portugiesischen Geschäftsträger über neue Verhandlungen	10638.

1890.	Okt. 22.	England. Derselbe an denselben. Billigt die Mittheilungen an die portugiesische Regierung vom 7. Okt.	10639.
"	" 27.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen über den modus vivendi . .	10641.
"	" 28.	Portugal. Der portugiesische Geschäftsträger in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Vorschläge für einen modus vivendi	10640.
"	Nov. 4.	England. Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Geschäftsträger in London. England nimmt die ersten drei Punkte des modus vivendi an	10642.
"	" 7.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Portugal ist befriedigt über die Annahme des modus vivendi	10643.
"	" 14.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Uebersendet den modus vivendi, der sechs Monate in Kraft bleiben soll	10644.
"	" 19.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Portugal schlägt neue Verhandlungen in Lissabon über ein definitives Abkommen vor . . .	10645.
"	" 21.	— Derselbe an denselben. Uebersendet zwei portugiesische Dekrete	10646.
"	" 27.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. England ist zu neuen Verhandlungen bereit	10647.
"	Dez. 6.	— Derselbe an denselben. England wird keinen Vertrag unterzeichnen, der nicht von den Cortes angenommen ist	10648.
1891.	Jan. 7.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Verhandlungen mit Portugal über ein neues Abkommen	10649.
"	" 18.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet die portugiesischen Vorschläge für ein neues Abkommen	10650.
"	" 22.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Ueber die englischen Bedingungen der Unterzeichnung des Vertrages	10651.
"	Febr. 4.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Unterredung mit dem portugiesischen Gesandten	10652.
"	" 18.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Unterredungen mit dem portugiesischen Gesandten. Lage von Gungunhana und andere Fragen	10653.
"	" 24.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Aeusserungen des portugiesischen Ministers über die Grenzbestimmung und Gungunhana	10654.
"	März 1.	— Derselbe an denselben. Uebersendet einen Notewechsel mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen	10655.
"	" 11.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Bemerkungen zu der portugiesischen Note vom 28. Februar	10656.
"	" 12.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet eine portugiesische Denkschrift über Gungunhana	10657.
"	" 30.	— Derselbe an denselben. Uebersendet eine portugiesische Note über die Grenzen am Zambesi. Antwort auf Salisburys Bemerkungen	10658.
"	April 3.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Uebersendet die englischen Vorschläge zum Abkommen mit Portugal	10659.
"	" 11.	— Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Der Artikel III des modus vivendi soll möglichst schnell ausgeführt werden	10660.

XII Sachregister: Verträge zwischen Deutschl. u. Grossbrit., Grossbrit. u. Frankr.

1891.	April 17.	England. Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Portugal wünscht den baldigen Abschluss eines Vertrages mit England	10661.
„	Mai 14.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Verlängerung des modus vivendi auf einen Monat	10662.
„	„ 28.	— Derselbe an denselben. Uebersendet den Text des Vertrages mit Portugal. Der Gesandte erhält Vollmacht, ihn zu unterzeichnen	10663.
„	Juni 11.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Der Vertrag mit Portugal ist unterzeichnet. Uebersendet die gewechselten Noten . .	10664.
„	Juli 3.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Ratifikation des Vertrages mit Portugal	10665.
1893.	Mai 31.	— Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Gesandten. Vorschlag eines modus vivendi als Ergänzung zu dem englisch-portugiesischen Verträge .	10666.
„	Juni 5.	Portugal. Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Nimmt den modus vivendi an	10667.

Verträge zwischen Deutschland und Grossbritannien.

1893.	April 14.	Deutschland und Grossbritannien. Abkommen über die Festsetzung der Grenze zwischen dem Kamerun- und dem Oelfluss-Gebiet	10668.
„	Juli 25.	— — Grenzregulirung in Ostafrika	10669.
„	Nov. 15.	— — Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in den vom Golf von Guinea nach dem Innern sich erstreckenden Gebieten vom 15. November 1893	10670.
1894.	Febr. 24.	— — Abkommen über ein gemeinsames Zollsystem für die östlich des Voltaflusses belegenen britischen und die deutschen Besitzungen an der Gold- und Sklavenküste	10671.

Verhandlungen und Verträge zwischen Grossbritannien und Frankreich.

1882.	Juni 28.	Grossbritannien und Frankreich. Grenzregulirung der beiderseitigen Besitzungen im Norden von Sierra Leone .	10673.
1888.	Febr. 2.	Frankreich. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Vorschläge zur Abgrenzung der englischen und französischen Besitzungen an der Somaliküste	10693.
„	„ 9.	England. Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Die englische Regierung nimmt die Vorschläge an	10694.
„	„ „	Grossbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Unterredung mit dem türkischen Botschafter	10695.
1890.	Aug. 5.	Grossbritannien und Frankreich. Es soll eine Kommission zur Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen eingesetzt werden	10674.
1891.	Juni 26.	— — Abgrenzung ihrer Interessensphären im Nigerdistrikt	10675.
„	Okt. 26.	Frankreich. Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Frankreich hat das Protektorat über das Land zwischen Lahou und Cavally übernommen	10676.
„	Dez. 10.	Grossbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Antwort auf das vorige	10677.
„	„ „	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Stimmt die französische Annexion mit dem Verträge vom 10. August 1889 überein?	10678.

1891.	Dez. 30.	Frankreich. Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Frankreich hat neue Verträge mit afrikanischen Häuptlingen abgeschlossen	10679.
1892.	Jan. 6.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über das französische Protektorat	10680.
"	März 30.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Giebt eine Uebersicht über die englisch-französischen Beziehungen in Westafrika	10672.
"	April 28.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Mittheilung über das französische Zollsystem zwischen Assinien und Lahou	10681.
1893.	Juli 12.	Grossbritannien und Frankreich. Abgrenzung ihrer Besitzungen an der Goldküste	10685.
1895.	Jan. 21.	— — Abgrenzung ihrer Besitzungen nördlich und östlich von Sierra Leone	10686.
"	" 22.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Zusatzerklärung über Liberia	10687.
"	" "	Grossbritannien. Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Die englische Regierung nimmt die Zusätze an	10688.
"	" "	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Vorschläge zur Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den englischen und französischen Besitzungen	10689.
"	" "	Grossbritannien. Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Die englische Regierung nimmt die Vorschläge an	10690.
"	" "	— Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Erklärung über die Ausführung des Artikels I des Abkommens vom 21. Januar . .	10691.
"	Febr. 4.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Die französische Regierung stimmt der Erklärung zu	10692.
1890.	Juni 16.	— Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Uebersendet zwei Verträge mit Almamy Samadu	10682.
1887.	März 23.	Frankreich und Almamy Samadu. Frankreich übernimmt das Protektorat über die Staaten Almamy Samadu's	10683.
1889.	Febr. 21.	— Bestätigung und Erweiterung des vorigen Vertrages	10684.

Verhandlungen und Verträge zwischen Grossbritannien und der Südafrikanischen Republik über das Swaziland.

1890.	Juli 20.	Grossbritannien und Südafrikanische Republik. Abkommen über das Swaziland	10696.
1893.	Juni 7.	Südafrikanische Republik. Beschluss des Volksraths über die Verhandlungen mit England	10699.
"	" 8.	Grossbritannien und Südafrikanische Republik. Vertragsentwurf	10698.
"	" 10.	Grossbritannien. Der englische Gouverneur in Kapstadt an den Staatssekretär der Kolonien. Mittheilungen über die Verhandlungen mit der Südafrikanischen Republik	10697.
"	Juli 21.	— Der englische Gouverneur an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Interpretation einiger Artikel in dem Vertragsentwürfe	10700.
"	Aug. 17.	— Derselbe an denselben. Dasselbe	10701.
"	" "	Südafrikanische Republik. Das Staatssekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das vorige	10702.
"	" 22.	Grossbritannien. Der Gouverneur an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Antwort auf das vorige	10703.

XIV Sachregister: Verhandl. u. Verträge zwisch. Grossbritannien u. d. Südafrik. Republik.

1893.	Sept. 15.	Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Die britische Regierung will die Konvention auf 7 Jahre abschliessen	10704.
"	" 20.	Südafrikanische Republik. Das Staatssekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Ablehnung des englischen Vorschlags	10705.
"	" 25.	Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Widerlegung der Bedenken der Südafrikan. Regierung .	10706.
"	" 27.	Südafrikanische Republik. Das Staatssekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das vorige	10707.
"	" 30.	Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Verlängerung der Konvention	10708.
"	Okt. 6.	Südafrikanische Republik. Der Staatssekretär an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Verlängerung der Konvention bis zum 30. Juni 1894	10709.
"	Nov. 8.	Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Minister der Kolonien. Meldet die Unterzeichnung der Konvention	10710.

Katholische Kirche.

Nr. 10567. ROM. — Apostolisches Sendschreiben an alle Fürsten
und Völker der Erde. 20. Juni 1894.

„Principibus populisque universis Leo PP. XIII. salutem et pacem in domino.“ Nr. 10567.]
Rom.

Praeclara gratulationis publicae testimonia, quae toto superiore anno, ob 20. Juni 1894. memoriam primordiorum episcopatus Nostri, undique accepimus, quaeque proximo tempore insignis Hispanorum pietas cumulavit, hunc imprimis attulere Nobis laetitiae fructum, quod in illa similitudine concordiaeque voluntatum eluxit Ecclesiae unitas, eiusque cum Pontifice maximo mira coniunctio. Videbatur per eos dies orbis catholicus, quasi rerum ceterarum cepisset oblivio, in aedibus Vaticanis obtutum oculorum animique cogationem defixisse. Principum legationes, peregrinorum frequentia, plenae amoris epistolae, caerimoniae sanctissimae id aperte significabant, in obsequio Apostolicae Sedis cor unum esse omnium catholicorum et animam unam. Quae res hoc etiam accidit iucundior et gratior, quia cum consiliis coeptisque Nostris admodum congruens. Siquidem gnari temporum et memores officii, in omni pontificatus Nostri cursu, hoc constanter spectavimus, atque hoc, quantum docendo agendoque potuimus, conati sumus, colligare Nobiscum arctius omnes gentes omnesque populos, atque in conspicuo ponere vim pontificatus romani, salutarem in omnes partes. Maximas igitur et agimus et habemus gratias primum quidem benignitati divinae, cuius munere beneficioque id aetatis attigimus incolumes: deinde viris principibus, episcopis, clero, privatisque universis, quotquot multiplici testificatione pietatis et obsequii dedere operam, ut personam ac dignitatem Nostram honore, Nosque privatim opportuno solatio afficerent. || Quamquam ad plenum solidumque solatium multum sane defuit. Nam inter ipsas popularis laetitiae studique significationes observabatur animo multitudo ingens, in illo gestientium catholicorum consensu aliena, partim quod evangelicae sapientiae est omnino expers, partim quod, licet christiano initiata nomini, a fide catholica dissidet. Qua re graviter commovebamur, commovemur: neque enim fas est sine intimo doloris sensu cogitationem intendere in tantam generis humani partem longe a Nobis, velut itinere devio, digredientem. — Iamvero, cum Dei

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

omnipotentis vices in terris geramus, qui vult omnes homines salvos fieri et ad agnitionem veritatis venire, cumque Nos et sera aetas et amara curarum ad humanum urgeant exitum, visum est redemptoris magistrique nostri Iesu Christi in eo imitari exemplum, quod proxime ad caelestia rediturus summis precibus a Deo Patre flagitavit, ut alumni sectatoresque sui et mente et animo unum fierent: Rogo . . . ut omnes unum sint, sicut tu Pater in me et ego in te, ut et ipsi in nobis unum sint¹. Quae quidem precatio obsecratioque divina quoniam non eos tantum complectitur, qui tunc in Iesum Christum crederent, sed etiam quotquot credituri reliquo tempore essent, idcirco dat illa Nobis causam non ineptam aperiendi fidenter vota Nostra, conandique, quoad possumus, ut homines, nullo generis locorumve discrimine, ad fidei divinae unitatem vocentur atque incitentur universi. || Urgente propositum caritate, quae illuc accurrit celerius, ubi opitulandi necessitas maior, primum quidem provolat animus ad gentes omnium miserrimas, quae Evangelii lumen vel nullo modo acceperunt, vel acceptum, incuria seu longinquitate, restinxerunt: proptereaque Deum ignorant, et in summo errore versantur. Quoniam salus omnis a Iesu Christo proficiscitur, nec enim aliud nomen est sub caelo datum hominibus, in quo nos oporteat salvos fieri², votorum Nostrorum hoc est maximum, posse sacrosancto Iesu nomine cunctas terrarum plagas celeriter imbui atque compleri. Qua in re munus efficere sibi demandatum a Deo Ecclesia quidem nullo tempore praetermisit. Quid enim undeviginti saecula laboravit, quid egit studio constantiaque maiore, quam ut ad veritatem atque instituta christiana gentes adduceret? Hodieque frequenter maria transmittunt, ad ultima loca progressuri, ex auctoritate Nostra praecones Evangelii: quotidieque a Deo contendimus, ut multiplicare benigne velit sacrorum administratos, dignos munere apostolico, qui scilicet commoda sua et incolunitatem et vitam ipsam, si res postulaverit, pro Christi regno amplificando non dubitent devovere. || Tu vero propera, humani generis servator et parens Iesu Christe: exequi ne differas quod olim te dixisti facturum, ut, cum exaltatus esses a terra, omnia traheres ad te ipsum. Ergo illabere aliquando, atque ostende te multitudini infinitae, beneficiorum maximorum, quae cruore tuo peperisti mortalibus, adhuc experti: excita sedentes in tenebris et umbra mortis, ut radiis illustrati sapientiae virtutisque tuae, in te et per te sint consummati in unum. || Cuius quidem unitatis sacramentum cogitantibus, occurrit Nobis universitas populorum, quos ab erroribus diuturnis ad evangelicam sapientiam divina pietas iamdiu traduxit. Nihil profecto ad recordationem iucundius, neque ad laudem providentissimi numinis praeclarius veterum memoria temporum, cum fides divinitus accepta patrimonium commune atque individuum vulgo habebatur: cum exultas humanitate gentes, locis, ingenio, moribus dissitas, licet aliis de rebus saepe dissiderent, dimicarent, nihilominus in eo, quod ad religionem pertinet, fides christiana universas

¹ Io. 17, 20. 21.

² Act. 4, 12.

coniugabat. Ad huius recordationem memoriae, nimis aegre fert animus, quod ^{Nr. 10567.} ^{Rom.} ^{20. Juni 1894.} successu aetatum, suspicionibus inimicitisque commotis, magnas ac florentes nationes de sinu Ecclesiae romanae male auspicata tempora abstraxerint. Utcumque sit, Nos quidem gratia confisi misericordiaeque omnipotentis Dei, qui novit unus opitulandi maturitates, et cuius in potestate est eo, quo vult, voluntates hominum flectere, ad eas ipsas nationes adiicimus animum, eademque caritate paterna hortamur atque obsecramus, ut redire, compositis dissidiis, velint ad unitatem. || Ac primo peramanter respicimus ad Orientem, unde in orbem universum initio profecta salus. Videlicet expectatio desiderii Nostri iucundam spem inchoare iubet, non longe abfore ut redeant, unde discessere, fide avita gloriaque vetere illustres, Ecclesiae orientales. Eo vel magis quod non ingenti discrimine seiunguntur: imo, si pauca excipias, sic cetera consentimus, ut in ipsis catholici nominis vindiciis non raro ex doctrina, ex more, ex ritibus, quibus orientales utuntur, testimonia atque argumenta promamus, Praecipuum dissidii caput: de romani Pontificis primatu. Verum respiciant ad initia, videant quid maiores senserint sui, quid proxima originibus aetas tradiderit. Inde enimvero illud Christi divinum testimonium, Tu es Petrus, et super hanc petram aedificabo Ecclesiam meam, luculenter extat de romanis pontificibus comprobatum. Atque in Pontificum numero lectos ex Oriente ipso non paucos prisca vidit aetas, imprimisque Anacletum, Evaristum, Anicetum, Eleutherium, Zosimum, Agathonem: quorum plerisque contigit, ut universae christianae reipublicae administrationem sapienter sancteque gestam, profuso etiam sanguine consecrarent. — Plane liquet quo tempore, qua causa, quibus auctoribus infelix excitata discordia. Ante illud tempus, quo tempore homo separavit quod Deus coniunxerat, sanctum erat apud omnes christiani orbis gentes Sedis Apostolicae nomen, romanoque Pontifici, ut beati Petri successoris legitimo, ob eamque rem Iesu Christi in terris vicario, Oriens pariter atque Occidens consentientibus sententiis sine ulla dubitatione parebant. Hanc ob causam, si respiciatur ad initia dissidii, Photius ipse oratores de rebus suis Romam destinandos curavit: Nicolaus vero I. Pontifex maximus Constantinopolim legatos suos, nullo contra dicente, ab Urbe misit, ut Ignatii Patriarchae causam diligenter investigarent, et Sedi Apostolicae plenis ac veracibus referrent indiciis: ita ut tota rei gestae historia primatum romanae Sedis, quacum dissensus tum erumpebat, aperte confirmet. — Denique in Conciliis magnis tum Lugdunensi II., tum Florentino, supremam romanorum pontificum potestatem nemo ignorat, facili consensione et una omnes voce, latinos graecosque, ut dogma sanxisset. || Ista quidem ob hanc rem consulto revocavimus, quia ad reconciliandam pacem velut incitamenta sunt: eo vel magis, quod hoc tempore perspicere in orientalibus videmur multo mitiorem erga catholicos animum, imo propensionem quamdam benevolentis voluntatis. Id nominatim non multo ante apparuit, cum scilicet nostris, pietatis causa in Orientem advectis, egregia humanitatis amicitiaeque praestita officia vidimus. — Itaque os Nostrum patet ad vos, quotquot estis, graeco aliove orientali

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

ritu, Ecclesiae catholicae discordes. Magnopere velimus, reputet unusquisque apud se illam Bessarionis ad patres vestros plenam amoris gravitatisque orationem: Quae nobis relinquatur apud Deum responsio, quare a fratribus divisi fuerimus, quos ut uniret et ad unum ovile redigeret, ipse descendit de caelo, incarnatus et crucifixus est? quae nostra defensio erit apud posteros nostros? non patiamur haec, Patres optimi: non habeamus hanc sententiam, non ita male nobis consulamus et nostris. — Quae sint postulata Nostra, probe per se ipsa et coram Deo perpendite. Nulla quidem humana re, sed caritate divina communisque salutis studio permoti, reconciliationem coniunctionemque cum Ecclesia romana suademus: coniunctionem intelligimus plenam ac perfectam: talis enim esse nullo modo potest ea, quae nihil amplius inducat, quam certam aliquam dogmatum credendorum concordiam fraternaeque caritatis commutationem. Vera coniunctio inter christianos est, quam auctor Ecclesiae Iesus Christus instituit voluitque, in fidei et regiminis unitate consistens. Neque est cur dubitetis, quidquam propterea vel Nos vel successores Nostros de iure vestro, de patriarchalibus privilegiis, de rituali cuiusque Ecclesiae consuetudine detracturos. Quippe hoc etiam fuit, idemque est perpetuo futurum in consilio disciplinaque Apostolicae Sedis positum, propriis cuiusque populi originibus moribusque ex aequo et bono non parce tribuere. — At vero redintegrata nobiscum communione, mirum profecto quanta Ecclesiis vestris dignitas quantum decus, divino munere, accedet. Sic igitur vestram ipsorum supplicationem Deus perbenigne audiat: Fac cessent schismata ecclesiarum*), atque: Congrega dispersos et reduc errantes, et coniunge sanctae tuae catholicae et apostolicae Ecclesiae**): sic ad illam restituamini unam sanctamque fidem, quam ultima vetustas nobis perinde vobisque constantissime tradidit; quam patres ac maiores vestri inviolate servarunt: quam ipsam splendore virtutum, magnitudine ingenii, excellentia doctrinae certatim illustravere Athanasius, Basilius, Gregorius Nazianzenus, Ioannes Chrysostomus, uterque Cyrillus, aliique magni complures, quorum gloria ad Orientem atque Occidentem, tamquam communis hereditas aequae pertinet. || Vosque nominatim compellare hoc loco liceat, Slavorum gentes universae, quarum claritudinem nominis multa rerum gestarum monumenta testantur. Nostis quam egregie de Slavis meruerint sancti in fide patres Cyrillus et Methodius, quorum memoriam Nosmetipsi honore debito augendam aliquot ante annis curavimus. Eorum virtute et laboribus parta plerisque e genere vestro populis humanitas et salus. Quo factum, ut Slavoniam inter et romanos pontifices pulcherrima vicissitudo hinc beneficiorum, illinc fidelissimae pietatis diu extiterit. Quod si maiores vestros misera temporum calamitas magnam partem a professione romana alienavit, considerate quanti sit redire ad unitatem. Vos quoque Ecclesia pergat ad suum revocare complexum, salutis,

*) Παῖσον τὰ σχίσματα τῶν ἐκκλησιῶν (In liturg. S. Basilii).

***) Τοῖς ἐσκορπισμένοις ἐπισυνάγαγε, τοὺς πεπλανημένους ἐπανάγαγε, καὶ συναφὸν τῇ ἀγίᾳ σου καθολικῇ καὶ ἀποστολικῇ Ἐκκλησίᾳ (In liturg. S. Basilii).

prosperitatis, magnitudinis praesidium multiplex praebitura. || Caritate non minore ad populos respicimus, quos, recentiore memoria, insolita quaedam rerum temporumque conversio ab Ecclesia romana seiunxit. Variis exactorum temporum casibus oblivione dimissis, cogitationem supra humana omnia erigant, animoque veritatis et salutis unice cupido, reputent apud se constitutam a Christo Ecclesiam. Quaecum si velint congregationes conferre suas, et quo loco in illis religio sit aestimare, facile dabunt, se quidem multis maximisque in rebus, primordiorum oblitos, ad nova errore vario defluxisse; neque diffitebuntur, ex eo velut patrimonio veritatis, quod novarum rerum auctores secum in secessionem avexerant, nullam fere formulam fidei certam atque auctoritate praeditam apud ipsos superesse. Immo vero illuc iam deventum, ut multi non vereantur fundamentum ipsum convellere, in quo religio tota et spes omnis mortalium unice nititur, quod est divina Iesu Christi Servatoris natura. Pariter, quos antea novi veterisque Testamenti libros affirmabant divino afflatu conscriptos, iis nunc talem abnegant auctoritatem: quod sane, data cuilibet potestate interpretandi sensu iudicioque suo, omnino consequi erat necesse. — Hinc sua cuiusque conscientia, sola dux et norma vitae, qualibet alia reiecta agendi regula: hinc pugnantes inter se opiniones et sectae multiplices, eademque persaepe in naturalismi aut rationalismi placita abeuntes. Quocirca, desperato sententiarum consensu, iam coniunctionem praedicant et commendant fraternae caritatis. Atque id sane vere: quandoquidem caritate mutua coniuncti esse universi debemus. Id enim maxime Iesus Christus praecepit, atque hanc voluit esse sectatorum suorum notam, diligere inter se. Verum qui potest copulare animos perfecta caritas, si concordēs mentes non effecerit fides? — His de causis complures eorum, de quibus loquimur, sano iudicio, veritatisque studiosi, certam salutis viam in Ecclesia catholica quaesivere, cum plane intelligerent nequaquam se posse cum Iesu Christo tamquam capite esse coniunctos, cuius non adhaerescerent corpori, quod est Ecclesia: nec sinceram Christi fidem adipisci, cuius magisterium legitimum, Petro et successoribus traditum, repudiarent. Ii videlicet in Ecclesia romana expressam verae Ecclesiae speciem atque imaginem dispexere, inditis ab auctore Deo notis plane conspicuam: ideoque in ipsis numerantur multi, acri iudicio subtilique ad antiquitatem excutiendam ingenio, qui Ecclesiae romanae ab Apostolis continuationem, dogmatum integritatem, disciplinae constantiam scriptis egregiis illustrarint. Igitur horum virorum proposito exemplo, compellat vos plus animus quam oratio, fratres nostri, qui tria iam saecula nobiscum de fide christiana dissidetis, itemque vos, quotcumque deinceps quavis de causa seorsum a nobis abiistis. Occurramus omnes in unitatem fidei et agnitionis filii Dei*). Ad hanc unitatem, quae nullo tempore Ecclesiae catholicae defuit, nec potest ulla ratione deesse, sinite ut vos invitemus, dextramque peramanter porrigamus. Vos Ecclesia, communis parens, iamdiu revocat ad se, vos catholici universi

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

*) Eph. 4, 13.

Nr. 10567.
Rom.
21. Juni 1894.

fraterno desiderio expectant, ut sancte nobiscum colatis Deum, unius Evangelii, unius fidei, unius spei professione in caritate perfecta coniuncti. || Ad plenum optatissimae unitatis concentum, reliquum est ut ad eos, quotquot toto orbe sunt, transgrediatur oratio, quorum in salute diu evigilant curae cogitationesque Nostrae: catholicos intelligimus, quos romanae professio fidei uti obedientes facit Apostolicae Sedi, ita tenet cum Iesu Christo coniunctos. Non ii quidem ad veram sanctamque unitatem cohortandi, quippe cuius iam sunt, divina bonitate, compotes: monendi tamen ne, ingravantibus undique periculis, summum Dei beneficium socordia atque ignavia corrumpant. — Huius rei gratia, quae Nosmetipsi gentibus catholicis vel universis vel singulis alias documenta dedimus, ex iis cogitandi agendique normam opportune sumant: illudque imprimis velut summam sibi legem statuant, magisterio auctoritatisque Ecclesiae non anguste, non diffidenter, sed toto animo et perlibente voluntate omnibus in rebus esse parendum. — Qua in re animum advertant, illud quam valde sit unitati christianae perniciosum, quod germanam formam notionemque Ecclesiae variis opinionum error passim obscuravit, delevit. Ea quippe, Dei conditoris voluntate ac iussu, societas est genere suo perfecta; cuius officium ac munus est imbuere praeceptis institutisque evangelicis genus humanum, tuendaque integritate morum et christianarum exercitatione virtutum ad eam, quae unicuique hominum proposita in caelis est, felicitatem adducere. Quoniamque societas est, uti diximus, perfecta, idcirco vim habet virtutemque vitae, non extrinsecus haustam, sed consilio divino et suapte natura insitam: eademque de causa nativam habet legum ferendarum potestatem, in iisque ferendis rectum est eam subesse nemini: itemque aliis in rebus, quae sint iuris sui, oportet esse liberam. Quae tamen libertas non est eiusmodi, ut ullum det aemulationi invidiaeque locum: non enim potentiam consecatur Ecclesia, neque ulla cupiditate sua impellitur, sed hoc vult, hoc expetit unice, tueri in hominibus officia virtutum, et hac ratione, hac via, sempiternae eorum saluti consulere. Ideoque facilitatem indulgentiamque maternam adhibere solet: immo etiam non raro contingit, ut plura temporibus civitatum tribuens, uti iure suo abstineat: quod sane pacta ipsa abunde testantur cum imperiis saepe conventa. — Nihil magis ab ea alienum, quam rapere ad se quicquam de iure imperii: sed vicissim vereatur imperium necesse est iura Ecclesiae, caveatque ne ullam ex iis partem ad se traducat. — Nunc vero, si res et facta spectentur, cuiusmodi est temporum cursus? Ecclesiam videlicet suspectam habere, fastidire, odisse, invidiose criminari, nimis multi consuevere: quodque multo gravius, id agunt omni ope et contentione, ut ditioni gubernatorum civitatis faciant servientem. Hinc sua ipsi et erepta bona, et deducta in angustum libertas: hinc alumnorum sacri ordinis circumiecta difficultatibus institutio: perlatae in Clerum singulari severitate leges: dissolutae, prohibitae, optima christiani nominis praesidia, religiosorum sodalitates: brevi, regalistarum praecepta atque acta acerbius renovata. Hoc quidem est vim afferre sanctissimis Ecclesiae iuribus: quod maxima gignit civitatibus mala, propterea quod cum divinis consiliis

aperte pugnat. Princeps enim atque opifex mundi Deus, qui hominum congregationi et civilem et sacram potestatem providentissime praeponit, distinctas quidem permanere eas voluit, at vero seiunctas esse et configere vetuit. Quin immo cum Dei ipsius voluntas, tum commune societatis humanae bonum omnino postulat, ut potestas civilis in regendo gubernandoque cum ecclesiastica conveniat. Hinc sua et propria sunt imperio iura atque officia, sua item Ecclesiae: sed alterum cum altera concordiae vincolo colligatum esse necesse est. — Ita sane futurum, ut Ecclesiae imperiique necessitudines mutuae ab illa sese expediant perturbatione, quae nunc est, non uno nomine improvida, bonisque omnibus permolesta: pariterque impetrabitur, ut non permixtis, neque dissociatis utriusque rationibus, reddant cives quae sunt Caesaris, Caesari, quae sunt Dei, Deo. || Simili modo magnum unitati discrimen ab ea hominum secta impendit, quae Massonica nominatur, cuius funesta vis nationes praesertim catholicas iamdiu premit. Turbulentorum temporum nacta favorem, viribusque et opibus et successu insolescens, dominatum suum firmiter constabilire, latiusque propagare summa ope contendit. Iamque ex latebra et insidiis in lucem erupit civitatum, atque in hac Urbe ipsa, catholici nominis principe, quasi Dei numen lacessitura consedit. Quod vero calamitosissimum est, ubicumque vestigium posuit, ibi in omnes sese ordines in omniaque instituta reipublicae infert, si tandem summam arbitriumque obtineat. Calamitosissimum id quidem: eius enim manifesta est quum opinionum pravitas tum consiliorum nequitia. Per speciem vindicandi iuris humani civilisque societatis instaurandae, christianum nomen hostiliter petit: traditam a Deo doctrinam repudiat: officia pietatis, divina sacramenta, tales res augustiores, tamquam superstitiosa vituperat: de matrimonio, de familia, de adolescentium institutione, de privata omni et publica disciplina, christianam formam detrahare nititur, omnemque humanae et divinae potestatis reverentiam ex animo evellere populorum. Praecipit vero colendam homini esse naturam, atque huius unius principis aestimari ac dirigi veritatem, honestatem, iustitiam oportere. Quo pacto, uti perspicuum est, compellitur homo ad mores fere vitaeque consuetudinem ethnicorum, eamque multiplicatis illecebris vitiosorem. — Hac de re, quamquam alias a Nobis gravissimeque est dictum, Apostolica tamen vigilantia adducimur in idem ut insistamus, etiam atque etiam monentes, in tam praesenti periculo nullas esse cautiones tantas, quin suscipiendae sint maiores. Clemens prohibeat Deus nefaria consilia: sentiat tamen atque intelligat populus christianus, indignissimum sectae iugum excutiendum aliquando esse: excutiantque enixius, qui durius premuntur, Itali et Galli. Quibus armis, qua ratione id rectius possint, iam Nos ipsi demonstravimus: neque victoria incerta eo fidentibus duce, cuius perstat divina vox: Ego vici mundum*). || Utroque depulso periculo, restitutisque ad fidei unitatem imperiis et civitatibus, mirum quam efficax medicina malorum et quanta bonorum copia manaret. Praecipua libet attingere. || Pertinet primum

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

*) Io. 16, 33.

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

ad dignitatem ac munera Ecclesiae: quae quidem receptura esset honoris gradum debitum, atque iter suum et invidia vacuum et libertate munitum pergeret, administra evangelicae veritatis et gratiae; idque singulari cum salute civitatum. Ea enim cum magistra sit et dux hominum generi a Deo data, conferre operam potest praecipue accommodatam maximis temporum conversionibus in commune bonum temperandis, caussis vel impeditissimis opportune dirimendis, recto iustoque, quae firmissima sunt fundamenta reipublicae, provehendo. || Praeclara deinde coniunctionis inter nationes accessio fieret, desideranda maxime hoc tempore, ad taetra bellorum discrimina praecavenda. — Ante oculos habemus Europae tempora. Multos iam annos plus specie in pace vivitur, quam re. Insidentibus suspicionibus mutuis, singulae fere gentes pergunt certatim instruere sese apparatu bellico. Improvida adolescentium aetas procul parentum consilio magisterioque in pericula truditur vitae militaris: validissima pubes ab agrorum cultura, a studiis optimis, a mercaturis, ab artificiiis ad arma traducitur. Hinc exhausta magnis sumptibus aeraria, attritae civitatum opes, afflicta fortuna privatorum: iamque ea, quae nunc est, veluti procincta pax diutius ferri non potest. Civilis hominum coniunctionis talemne esse natura statum? Atqui hinc evadere et pacem, veri nominis adipisci, nisi Iesu Christi beneficio, non possumus. Etenim ad ambitionem, ad appetentiam alieni, ad aemulationem cohibendam, quae sunt maximae bellorum faces, christiana virtute imprimisque iustitia, nihil est aptius: cuius ipsius virtutis munere tum iura gentium et religiones foederum integra esse possunt, tum germanitatis vincula firmiter permanere, eo persuaso: Iustitia elevat gentem*). || Pariter domi suppetet inde praesidium salutis publicae multo certius ac validius, quam quod leges et arma praebent. Siquidem nemo non videt, ingravescere quotidie pericula incolumitatis et tranquillitatis publicae, cum seditiosorum sectae, quod crebra testatur facinorum atrocitas, in eversiones conspirent atque excidia civitatum. Scilicet magna contentione agitur ea duplex caussa, quam socialem, quam politicam appellant. Utraque sane gravissima: atque utrique sapienter iusteque dirimendae, quamvis laudabilia studia, temperamenta, experimenta sint in medio consulta, tamen nihil aliud tam opportunum fuerit, quam si passim animi ad conscientiam regulamque officii ex interiore fidei christianae principio informentur. — De sociali caussa in hanc sententiam a Nobis non multo ante, data opera, tractatum est, sumptis ab Evangelio, itemque a naturali ratione principiis. — De caussa politica, libertatis cum potestate conciliandae gratia, quas multi notione confundunt et re intemperanter distrahunt, ex christiana philosophia vis derivari potest perutilis. Nam hoc posito et omnium assensu approbato, quaecumque demum sit forma reipublicae, auctoritatem esse a Deo, continuo ratio perspicit, legitimum esse in aliis ius imperandi, consentaneum in aliis officium parendi, neque id dignitati contrarium, quia Deo verius quam homini paretur: a Deo autem iudicium durissimum iis qui praesunt denuntiatum

*) Prov. 14, 34.

est, nisi personam eius recte iusteque gesserint. Libertas vero singulorum nemini potest esse suspecta et invisae, quia nocens nemini, in iis quae vera sunt, quae recta, quae cum publica tranquillitate coniuncta, versabitur. — Denique si illud spectetur, quid possit populorum ac principum parens et conciliatrix Ecclesia, ad utrosque iuvandos auctoritate consilioque suo nata, tum maxime apparebit, quantum salutis communis intersit ut gentes universae inducant animum de fide christiana sentire, idem profiteri. || Ista quidem cogitantes ac toto animo concupiscentes, longe intuemur qualis esset rerum ordo in terris futurus, nec quidquam novimus consequentium bonorum contemplatione iucundius. Fingi vix animo potest, quantus ubique gentium repente foret ad omnem excellentiam prosperitatemque cursus, constituta tranquillitate et otio, incitatis ad incrementa litteris, conditis insuper auctisque christiano more, secundum praescripta Nostra, agricolarum, opificum, industriorum consociationibus, quarum ope et vorax reprimatur usura et utilium laborum campus dilatetur. || Quorum vis beneficiorum, humanarum atque excultarum gentium nequaquam circumscripta finibus, longe lateque, velut abundantissimus amnis, deflueret. Illud enim est considerandum, quod initio diximus, gentes multitudine infinitas plura iam saecula et aetates praestolari, a quo lumen veritatis humanitatisque accipiant. Certe, quod pertinet ad sempiternam populorum salutem, aeternae mentis consilia longissime sunt ab hominum intelligentia remota: nihilominus si per varias terrarum plagas tam est adhuc infelix superstitio diffusa, id non minima ex parte vitio dandum subortis de religione dissidiis. Nam, quantum valet mortalis ratio ex rerum eventis existimare, hoc plane videtur Europae munus assignatum a Deo, ut christianam gentium humanitatem ad omnes terras sensim perferat. Cuius tanti operis initia progressusque, superiorum actatum parta laboribus, ad laeta incrementa properabant, cum repente discordia saeculo XVI. deflagavit. Discerpto disputationibus dissidiisque nomine christiano, extenuatis Europae per contentiones et bella viribus, funestam temporum vim sacrae expeditiones sensere. Insidentibus discordiae caussis, quid mirum si tam magna pars mortalium moribus inhumanis et vesanis ritibus implicata tenetur? Omnes igitur pari studio demus operam ut concordia vetus, communis boni caussa, restituatur. Eiusmodi reconciliandae concordiae, pariterque beneficiis christianae sapientiae late propagandis, opportuna maxime fluunt tempora, propterea quod humanae fraternitatis sensa numquam altius in animos pervasere, neque ulla aetate visus homo sui similes, noscendi opitulandique caussa, studiosius anquirere. Immensos terrarum marisque tractus celeritate incredibili currus et navigia transvehuntur; quae saepe egregios usus afferunt, non ad commercia tantummodo curiositatemque ingeniosorum, sed etiam ad verbum Dei ab ortu solis ad occasum late disseminandum. || Non sumus nescii, quam diuturni laboriosique negotii sit rerum ordo, quem restitutum optamus: nec fortasse decrunt, qui Nos arbitrentur nimiae indulgere spei, atque optanda magis, quam expectanda quaerere. Sed Nos quidem spem omnem ac plane fiduciam collocamus in humani generis Ser-

Nr. 10567.

Rom.

20. Juni 1894.

Nr. 0567.
Rom.
20. Juni 1894. vatore Iesu Christo, probe memores, quae olim et quanta per stultitiam Crucis et praedicationis eius patrata sint, huius mundi obstupescente et confusa sapientia. — Principes vero et rectores civitatum nominatim rogamus, velint pro civili prudentia sua et fideli populorum cura consilia Nostra ex veritate aestimare, velint auctoritate et gratia fovere. Quaesitorum fructuum si vel pars provenierit, non id minimi fuerit beneficii loco in tanta rerum omnium inclinatione, quando impatientia praesentium temporum cum formidine iungitur futurorum. || Extrema saeculi superioris fessam cladibus trepidamque perturbationibus Europam reliquere. Haec, quae ad exitum properat aetas, quidni, versa vice, humano generi hereditate transmittat auspicia concordiae cum spe maximorum bonorum, quae unitate fidei christianae continentur? || Adsit optatis votisque Nostris dives in misericordia Deus, cuius in potestate tempora sunt et momenta, benignissimeque implere maturet divinum illud Iesu Christi promissum, fiet unum ovile et unus pastor*). || Datum Romae apud S. Petrum die XX. Junii anno MDCCCXCIV., Pontificatus Nostri decimoseptimo.

Leo PP. XIII.

„Papst Leo XIII. Allen Fürsten und Völkern der Erde Gruss und Frieden im Herrn.“

Die glänzenden Kundgebungen und öffentlichen Glückwünsche, die Uns im ganzen verfloßenen Jahre anlässlich der Gedenkfeier Unserer Bischofsweihe von allen Seiten zu Theil geworden, und die kürzlich in der frommen Begeisterung der Spanier ihren Höhepunkt erreichten, bereiteten Uns vor allem den Trost, zu sehen, wie in der Eintracht und Einmüthigkeit des Willens so vieler die Einheit der Kirche und ihre wundersame Verbindung mit dem Heiligen Stuhle hervorleuchtete. In jenen Tagen schien es, die ganze katholische Welt habe gleichsam alles andere vergessen und den Blick ihrer Augen und die Gedanken ihrer Seele nur auf den Vatican gerichtet. Die Gesandtschaften der Fürsten, die zahlreichen Pilgerzüge, so viele Briefe von Liebe überströmend, die hochfeierlichen kirchlichen Feste, alles dieses brachte den einen Gedanken zum klaren Ausdruck: In der Verehrung des Apostolischen Stuhles sind alle Katholiken ein Herz und eine Seele. Und diese Erscheinung war Uns noch um so angenehmer und wohlthuender, als sie so ganz und gar mit Unseren Absichten und bisherigen Bemühungen übereinstimmte. Denn vertraut mit den Bedürfnissen der Zeit und eingedenk Unseres Amtes, haben Wir während der ganzen Dauer Unseres Pontificates dieses beständig im Auge gehabt, darauf immer nach Kräften durch Wort und That hingearbeitet: alle Völker, alle Nationen enger mit Uns zu verbinden und auf jede Weise den heilsamen Einfluss des römischen Pontificates in helles Licht zu setzen.

*) Io. 10, 16.

Darum sprechen Wir auch Unseren tiefgefühlten Dank an erster Stelle dem Nr. 10587.¹¹
Rom.
20. Juni 1894. gütigen Gott aus, durch dessen Huld und Gnade Wir in guter Gesundheit dieses Alter erreicht haben, sodann allen Fürsten, Bischöfen, Priestern und einzelnen Gläubigen, welche es sich in mannigfacher Kundgebung ihrer Liebe und Ergebenheit angelegen sein liessen, Uns in Unserer Würde Ehre zu erweisen und Uns persönlich willkommenen Trost zu bereiten. || Aber freilich, dass Unser Trost voll und ganz gewesen wäre, daran fehlte noch gar vieles. Denn mitten unter den allgemeinen Kundgebungen der Liebe und der Freude schwebte immer die ungeheuere Menge derjenigen vor Unserer Seele, welche dem einmüthigen Jubel der Katholiken fern standen, weil ihnen entweder das Licht des Evangeliums noch nicht aufgegangen, oder weil sie, obgleich Christen, doch dem katholischen Glauben entfremdet sind. Dieser Umstand ging und geht Uns sehr zu Herzen. Denn wie sollte Uns nicht der Gedanke tief betrüben, dass ein so grosser Theil der Menschheit wie auf Irrwegen fern von Uns wandelt? — Allein Gott will, dass alle Menschen selig werden und zur Erkenntniss der Wahrheit gelangen. Und da Wir Stellvertreter des allmächtigen Gottes hier auf Erden sind und Uns andererseits das hohe und sorgenbeugte Alter mahnt, dass das Ende der Zeitlichkeit für Uns unaufhaltsam herannahe, so haben Wir geglaubt, das Beispiel unseres Erlösers und Lehrmeisters Jesus Christus nachahmen zu sollen, der kurz vor seiner Rückkehr in den Himmel in heissem Gebete vom ewigen Vater erflehte, dass seine Anhänger und Jünger eines Sinnes, eines Herzens seien: „Ich bitte, ... dass alle eins seien, wie du Vater in mir bist und ich in dir bin, damit auch sie in uns eins seien“*). Da aber dieses so inbrünstige Gebet des Gottmenschen nicht bloss jene einschloss, welche damals an Jesus Christus glaubten, sondern auch alle jene, die in Zukunft an ihn glauben würden, so gibt Uns dasselbe einen passenden Anlass, vertrauensvoll Unsere Wünsche darzulegen und nach besten Kräften dahin zu wirken, dass alle Menschen, welchem Lande und welcher Nation sie auch angehören, zur Einheit des göttlichen Glaubens berufen und mächtig angezogen werden. || Da die Liebe Uns in Unserem Vorhaben drängt: die Liebe, welche sich dorthin zuerst wendet, wo die Hilfsbedürftigkeit am grössten, so eilen Unsere Gedanken zuerst zu den unglücklichsten aller Völker, zu jenen nämlich, welchen das Licht des Evangeliums entweder niemals aufging oder später durch eigene Fahrlässigkeit oder unglückliche Zeitverhältnisse wieder erlosch, die daher, aller Erkenntniss Gottes bar, im grössten Irrthum befangen sind. Weil nun alles Heil von Jesus Christus kommt und kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben ist, durch den wir selig werden sollen**), so haben Wir keinen sehnlicheren Wunsch, als dass dieser hochheilige Name Jesus recht bald in allen heidnischen Ländern bekannt und anerkannt werde. In dieser Hinsicht hat

*) Joh. 17, 20. 21.

**) Apg. 4, 12.

Nr. 10567. ^{Rom.} 20. Juni 1894. übrigens die Kirche das ihr von Gott anvertraute Amt allezeit gewissenhaft zu erfüllen gesucht. Denn was verfolgte, was betrieb sie in neunzehnhundert Jahren mit mehr Eifer und Ausdauer, als die Heiden zur Wahrheit zu führen und zur Annahme des christlichen Gesetzes zu bewegen? Auch in unseren Tagen durchschiffen oftmals die Boten des Evangeliums die Meere, um kraft apostolischer Sendung in die entlegensten Theile der Erde vorzudringen, und täglich flehen Wir zu Gott, dass er in seiner Barmherzigkeit die Zahl der Priester mehren wolle, welche des apostolischen Amtes würdig sind: der Priester nämlich, welche entschlossen sind, ihre Bequemlichkeiten, ihre Gesundheit, ja selbst ihr Leben, wenn es nothwendig ist, für die Ausbreitung des Reiches Jesu Christi hochherzig hinzugeben. || Du aber, Erlöser und Vater des menschlichen Geschlechtes, Jesus Christus, eile und säume nicht, das zu vollbringen, was du einst zu thun verheissen hast, indem du sagtest, du würdest, wenn du von der Erde erhöht wärest, alles an dich ziehen. Steige also endlich herab in die Herzen und zeige dich all den Unzähligen, die noch bis zur Stunde der grössten Wohlthaten beraubt sind, welche du mit deinem Blute der Menschheit erworben hast. Wecke sie auf, die schlafbefangen in der Finsterniss und im Schatten des Todes sitzen, damit sie, erleuchtet durch die Strahlen deiner alles durchdringenden Weisheit, in dir und durch dich vollendet seien in der Einheit. || Indem Wir bei dem Gedanken an diese geheimnissvolle Einheit verweilen, begegnen Uns ferner die Völker alle, welche die Erbarmung Gottes schon längst vom alten Irrwahn zur Weisheit des Evangeliums herübergeleitet. In der That, es gibt nichts Angenehmeres für die Erinnerung, nichts Geeigneteres für die Lobeserhebung der göttlichen Vorsehung, als das Andenken an die alten Zeiten, wo noch alle den Glauben, der uns vom Himmel gebracht, als ein unantastbares Gemeingut betrachteten; wo sämmtliche Culturvölker, so verschieden nach Wohnort, Anlage und Charakter, mochten sie auch öfters über andere Dinge uneins sein und streiten, gleichwohl, wenn es sich um die Religion handelte, alle eins und durch das Band des christlichen Glaubens aufs innigste verbunden waren. Um so schmerzlicher wird die Seele berührt, wenn sie wahrnehmen muss, wie später unglückliche Zeiten grosse und blühende Nationen durch Misstrauen und Feindseligkeiten von der römischen Kirche losgerissen haben. Im Vertrauen auf die Gnade und Barmherzigkeit des allmächtigen Gottes, der allein die gelegene Zeit und Stunde seiner Erbarmungen weiss, der es in seiner Macht hat, den Willen der Menschen zu lenken, wohin er will, wenden Wir Uns an eben diese Nationen und ermahnen und beschwören sie mit väterlicher Liebe, doch allen Zwist und Hader abzulegen und zur Einheit des Glaubens zurückzukehren. || Zu allererst lenken Wir Unseren Blick mit inniger Liebe auf das Morgenland, von dem zu Anfang das Heil ausgegangen und sich über den ganzen Erdkreis verbreitet hat. Unsere glühende Sehnsucht nämlich flösst Uns die süsse Hoffnung ein, dass die Zeit nicht mehr fern sei, wo die morgenländischen Kirchen, so gefeiert wegen ihres angeerbten Glaubens

und ihres alten Ruhmes, wieder aufsuchen, was sie verlassen haben. Trennt uns ja doch auch nicht eine unendliche Kluft, wissen wir uns ja sogar, wenn wir von einigem wenigen absehen, so vollkommen eins mit ihnen, dass wir selbst bei der Vertheidigung des katholischen Dogmas nicht selten aus der Lehre, aus den Riten und Gebräuchen, wie sie bei den Morgenländern üblich sind, Zeugnisse und Beweise entnehmen. Den wesentlichen Streitpunkt bildet der Primat des römischen Papstes. Aber Wir möchten sie ersuchen, auf die Anfänge ihrer Kirchen zurückzuschauen, zu sehen, was ihre Vorfahren gedacht und geglaubt, was die Zeit, welche sich unmittelbar an die ersten Anfänge anschloss, überliefert hat. Denn daraus wird sich klar ergeben, dass sich das Zeugniß des Gottmenschen Jesus Christus: Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen, in den römischen Päpsten bewahrheitet hat. Auch hat das christliche Alterthum unter den Päpsten nicht wenige gesehen, die dem Morgenlande selbst angehörten: unter anderen einen Anakletus, Evaristus, Anicetus, Eleutherius, Zosimus, Agatho. Die meisten von ihnen hatten sogar das Glück, ihren Apostolat, nachdem sie die allgemeinchristliche Kirche in aller Heiligkeit und Weisheit regiert hatten, mit dem Blute zu besiegeln. — Man weiss auch ganz genau, zu welcher Zeit, aus welchen Gründen, durch welche Urheber der unselige Zwiespalt heraufbeschworen wurde. Vor jener Zeit, wo der Mensch noch nicht getrennt, was Gott verbunden, war der Name des Apostolischen Stuhles bei allen Völkern der christlichen Welt heilig und hoch in Ehren, und Morgenland wie Abendland gehorchten einmüthig ohne Sträuben dem römischen Papste als dem rechtmässigen Nachfolger des hl. Petrus und demgemäss als dem Stellvertreter Jesu Christi auf Erden. Darum auch säumte, wenn wir auf den Ursprung des Zwiespaltes zurückgehen, selbst Photius nicht, Vertreter nach Rom zu schicken, die ihn vertheidigen sollten, und hinwiederum sandte Papst Nikolaus I. seine Legaten von Rom nach Konstantinopel, ohne dass irgend ein Widerspruch erhoben worden wäre. Und zu welchem Zwecke? „Damit sie sorgfältig die Sache des Patriarchen Ignatius studirten und dann den Apostolischen Stuhl vollständig und wahrheitsgemäss vom Sachverhalte unterrichten könnten.“ So ist denn die ganze Geschichte dieses Vorganges eine augenfällige Bestätigung des römischen Primates, von welchem man eben damals anfang sich loszusagen. — Endlich sind, wie Jedermann weiss, in zwei allgemeinen Concilien, in dem zweiten von Lyon und in dem von Florenz, alle, Lateiner wie Griechen, ohne Mühe eins geworden und haben die Lehre von der obersten Regierungsgewalt der römischen Päpste als Dogma aufgestellt. || Wir machen absichtlich auf diese Einzelheiten aufmerksam, weil dieselben eine Einladung zum Frieden und zur Versöhnung enthalten, um so mehr, da Wir beobachtet haben, wie sich die Morgenländer in unseren Tagen viel versöhnlicher gegen die Katholiken zeigen, ja sogar ein gewisses Entgegenkommen und Wohlwollen an den Tag legen. Dieses trat kürzlich zu Unserer grossen Freude noch besonders hervor, indem die Unserigen, welche zu einem frommen Zwecke im Oriente

Nr. 10567.
Rom.

20. Juni 1894.

Nr. 10567
Rom.
20. Juni 1894.

zusammengekommen waren, mit der ausgesuchtesten Zuverlässigkeit und Herzlichkeit aufgenommen wurden. — Daher richten Wir Unsere Worte an Euch alle, die Ihr, gleichviel ob Ihr dem griechischen oder einem anderen morgenländischen Ritus angehört, von der katholischen Kirche getrennt seid. Es wäre Unser sehulichster Wunsch, ein jeder von Euch möchte bei sich die so eindringlichen und liebevollen Worte erwägen, die einst Bessarion an Euere Väter richtete: „Was werden wir Gott antworten, wenn er uns fragt, weshalb wir uns von unseren Brüdern getrennt haben, wir, die zu vereinigen und dem einen Schafstall zuzuführen er selbst vom Himmel herabgestiegen, Mensch geworden und am Kreuze gestorben ist? Wie werden wir uns vor unseren Nachkommen rechtfertigen können? Nein, ehrwürdige Väter, dulden wir eine solche Schmach nicht! Lassen wir eine solche Gesinnung nicht in uns aufkommen! Erweisen wir uns und den Unserigen nicht diesen üblen Dienst!“ — Erwäget aufmerksam, was Wir fordern, und erwäget es im Angesichte Gottes. Nicht geleitet von irdischen Interessen, sondern einzig gedrängt von der göttlichen Liebe und dem Verlangen, dass alle selig werden, reden Wir der Aussöhnung und Vereinigung mit der römischen Kirche das Wort: Wir meinen jedoch eine vollkommene, rückhaltslose Vereinigung. Das kann aber nicht jene sein, die nur in einer gewissen Gemeinschaft von Glaubenslehren und in einer gewissen gegenseitigen brüderlichen Liebe besteht. Die wahre Vereinigung unter den Christgläubigen ist die vom Stifter der Kirche Jesus Christus angeordnete und gewollte: jene nämlich, welche in der Einheit des Glaubens und in der Einheit der Leitung besteht. Auch habt Ihr keinen Grund zur Besorgnis, Wir oder Unsere Nachfolger möchten Euere Rechte und die Privilegien Eurer Patriarchen schmälern und die Riten und Gebräuche der einzelnen Kirchen beschränken. Denn auch das war von jeher Grundsatz und Gepflogenheit des Apostolischen Stuhles und wird es für alle Zukunft sein, der eigenthümlichen Entwicklung und den besonderen Gewohnheiten jedes einzelnen Volkes gebührende Rechnung zu tragen ohne alle Engherzigkeit. — Wenn Ihr dagegen wieder mit uns in Gemeinschaft getreten seid, werden Euere Kirchen unter dem göttlichen Beistande wunderbar an Glanz und Ansehen gewinnen. So wolle denn Gott Euer eigenes Gebet gnädig erhören: „Verleihe, dass die Trennung der Kirchen aufhöre“*), und: „Samme die Zerstreuten, führe die Irrenden zurück und vereinige sie mit deiner heiligen, katholischen und apostolischen Kirche“**). So lasset also wiederum jenen einen heiligen Glauben in Euch erstehen, welchen das graue Alterthum Euch wie uns beharrlich überliefert, welchen Euere Väter und Vorfahren unverletzt bewahrt, welchen auch Männer wie Athanasius, Basilius, Gregor von Nazianz, Johannes Chrysostomus, die beiden Cyrillus und so viele andere durch ihre

*) Παῖσον τὰ σχίσματα τῶν ἐκκλησιῶν (vgl. die Liturgie des hl. Basilius).

***) Τοὺς ἐσκορπισμένους ἐπισυνάγαγε, τοὺς πεπλανημένους ἐπανάγαγε καὶ σύναψον τῇ ἀγίᾳ σου καθολικῇ καὶ ἀποστολικῇ Ἐκκλησίᾳ (Lit. des hl. Basilius).

unvergleichlichen Tugenden, durch ihr glänzendes Talent, durch ihre gediegene Lehre in heiligem Wetteifer verklärt haben: Männer, deren Ruhm in aller Wahrheit das Morgenland und das Abendland wie ein gemeinsam ererbtes Gut ihren eigenen nennen können. || Hier möchten Wir Uns noch in besonderer Weise an Euch wenden, Ihr slawischen Völker alle, von deren Ruhme uns die Geschichtswerke so Mannigfaches erzählen. Ihr wisset, was die Slawen den hl. Cyrillus und Methodius verdanken, diesen Vätern Eueres Glaubens, deren Andenken Wir selbst vor einigen Jahren mit neuem Glanze umgaben. Sie sind es, die durch ihre Tugend und ihre Arbeiten den meisten Völkern Eueres Stammes die Wohlthaten der allgemeinen Bildung und der Erlösung zugänglich gemacht. So geschah es, dass zwischen den Slawen und den römischen Päpsten lange Zeit die schönste Gegenseitigkeit bestand: von Wohlthaten auf der einen, von treuester Hingebung auf der anderen Seite. Wenn nun eine unglückselige Zeit Euere Väter zum grossen Theile dem römischen Glauben, den sie einst bekannten, entfremdet hat, so bedenket wohl, welchen Segen es Euch bringen wird, wenn Ihr zur Einheit des Glaubens zurückkehret. Auch Euch ruft die Kirche unablässig in ihre Arme zurück, um Euch mancherlei Hilfsmittel zu bieten zur Förderung Eueres Heiles, Euerer irdischen Wohlfahrt und Euerer Grösse. || Mit nicht geringerer Liebe weilt Unser Blick bei jenen Völkern, welche in neuerer Zeit eine ganz ungewöhnliche Umwälzung aller Zustände und Verhältnisse von der römischen Kirche getrennt hat. Mögen sie die verschiedenen Wechselfälle vergangener Zeiten vergessen, ihren Blick über alles Irdische erheben und, einzig von dem Wunsche beseelt, die Wahrheit und mit ihr das Heil zu finden, die von Jesus Christus gegründete Kirche bei sich betrachten. Wenn sie ihre Religionsgesellschaften mit der Kirche vergleichen und erwägen wollen, wie es in denselben mit der Religion bestellt ist, so werden sie leicht einräumen, dass sie, des alten Glaubens uneingedenk, sich durch mannigfachen Irrthum in vielen und hochwichtigen Stücken zu Neuerungen haben hinreissen lassen. Ebenso wenig werden sie leugnen, dass ihnen von dem Erbtheil der Wahrheit, welches die Urheber der Neuerungen bei ihrer Lossagung von der Kirche mit sich genommen, kaum eine sichere und verbürgte Glaubensformel übrig geblieben ist. Ja, so weit ist es schon gekommen, dass viele sich nicht entblöden, das Fundament selbst, auf welchem die ganze Religion und alle Hoffnung der Menschenkinder ruht, und welches kein anderes ist als die göttliche Natur des Erlösers Jesus Christus, dieses Fundament anzugreifen. Ebenso sprechen sie den Büchern des Alten und Neuen Testaments, welche sie ehemals als vom Heiligen Geiste inspirirt annahmen, nunmehr alles göttliche Ansehen ab. Freilich, dahin musste es unbedingt kommen, nachdem einmal einem jeden das Recht zugestanden war, die Schrift nach eigenem Gutdünken und Ermessen zu erklären. — Daher auch die Erscheinung, dass unter Zurückweisung jeder anderen Lebensregel das Gewissen des Einzelnen als alleinige Norm, als einzige Richtschnur ihrer Handlungen aufgestellt wird. Daher die vielen sich einander widersprechenden

Nr. 10507.
Rom.
30. Juni 1894.

Meinungen und Secten, die schliesslich in erklärten Naturalismus und Rationalismus ausarten. Aus diesem Grunde verzweifeln sie an einer Einigung in den Lehrmeinungen und predigen und empfehlen nur noch eine Vereinigung, deren Band die brüderliche Liebe ist. An diesem letzteren nun thun sie allerdings gut; denn wir alle müssen durch gegenseitige Liebe miteinander verbunden sein. Hat ja doch auch Jesus Christus dieses vor allem anderen anbefohlen und gewollt, dass eben diese gegenseitige Liebe das Kennzeichen seiner Jünger sei. Aber wie kann die vollkommene Liebe die Gemüther verbinden, wenn die Geister nicht durch den Glauben geeinigt sind? — Aus diesen Gründen haben viele der Männer, von denen Wir hier reden, ihrem gesunden Urtheile und ihrer Liebe zur Wahrheit folgend, den sicheren Weg des Heiles in der katholischen Kirche gesucht. Denn es war ihnen klar, sie könnten nicht mit Jesus Christus als dem Haupte vereinigt sein, wenn sie nicht mit seinem geheimnissvollen Leibe, welcher die Kirche ist, verbunden wären, noch die unverfälschte Lehre Christi empfangen, wenn sie das rechtmässige Lehramt, das dem Petrus und seinen Nachfolgern übertragen ist, zurückwiesen. Sie gewahrten nämlich, wie in der römischen Kirche die wahre Kirche zum vollkommenen Ausdruck gebracht ist, die sich durch die ihr vom göttlichen Stifter verliehenen Merkmale allen kenntlich macht. Darum finden sich auch unter ihnen viele Männer von scharfsinnigem Urtheile und gediegenen Alterthumskenntnissen, welche in bedeutsamen Schriften die Fortdauer der Kirche von der Zeit der Apostel her, die Unveränderlichkeit der Dogmen und ihre sich selbst stets gleichbleibende Verfassung auf das klarste nachgewiesen haben. Angesichts dieses herrlichen Beispieles so vieler Männer redet viel mehr Unser Herz als Unser Mund zu Euch, theuerste Brüder, die Ihr nun schon dreihundert Jahre von uns im Glauben getrennt seid, und zu Euch, die Ihr Euch in der Folge aus irgend einem Grunde von uns losgesagt: „Finden wir uns alle zusammen in der Einheit des Glaubens und der Erkenntniss des Sohnes Gottes“*). Zu dieser Einheit, welche zu keiner Zeit der katholischen Kirche gefehlt hat noch irgendwie fehlen kann, möchten Wir Euch einladen, indem Wir Euch in Liebe die Rechte entgegenstrecken. Euch ruft die gemeinsame Mutter, die Kirche, schon längst zu sich zurück; Euch erwarten mit Sehnsucht alle Euere katholischen Brüder, damit Ihr Gott mit uns in Heiligkeit dienet, in vollkommener Liebe mit uns vereint durch das Bekenntniss eines Evangeliums, eines Glaubens, einer Hoffnung. || Um die heissersehnte Einheit zur harmonischen Vollendung zu führen, wenden Wir Uns nun auch an alle diejenigen, soviele ihrer auf dem weiten Erdenrunde sind, deren Heil längst der Gegenstand Unserer wachsamten Sorgen und Gedanken ist: Wir meinen die Katholiken, welche durch das Bekenntniss des römischen Glaubens dem Apostolischen Stuhle untergeben und dadurch mit Christus vereinigt sind. Sie brauchen nicht erst zur wahren und heiligen Einheit aufgemuntert zu

*) Eph. 4, 13.

werden, da sie derselben schon durch Gottes Gnade angehören, müssen aber ermahnt werden, nicht zuzulassen, dass bei den allerorts wachsenden Gefahren das höchste Gnadengeschenk Gottes durch Trägheit und Fahrlässigkeit Schaden leide. — Mögen sie zu dem Ende aus den Wahrheiten, die Wir den katholischen Nationen einzeln und insgesamt eingeschärft, ihre Richtschnur im Denken und Handeln entnehmen. Mögen sie sich vor allem dieses zum leitenden Grundsatz machen: dem Lehramte und der Autorität der Kirche müsse in allem nicht engherzig und misstrauisch, sondern mit ganzer Seele und liebender Hingabe gehorcht werden. — Bei dieser Gelegenheit mögen sie ins Auge fassen, wie höchst nachtheilig es für die christliche Einheit ist, dass der Irrthum unter verschiedenen Formen von Meinungen das wahre Wesen, den wahren Begriff der Kirche vielfach verdunkelt, ja selbst zerstört hat. Nach dem Willen und nach der Anordnung ihres göttlichen Stifters nämlich soll sie eine in ihrer Art vollkommene Gesellschaft sein, deren Aufgabe und Befugniss es ist, die Menschheit in den Vorschriften und Gesetzen des Evangeliums zu unterrichten und sie durch Reinerhaltung der Sitten und durch Uebung der christlichen Tugenden derjenigen Seligkeit entgegenzuführen, die jedem Menschen im Himmel in Aussicht gestellt ist. Und weil die Kirche, wie gesagt, eine vollkommene Gesellschaft ist, deshalb hat sie ein Lebensprincip, eine Lebenskraft, die nicht von aussen kommt, sondern von innen aus ihrer eigenen Natur nach göttlicher Anordnung. Aus eben diesem Grunde hat sie auch naturgemäss die Gewalt, Gesetze zu geben, und muss in ihrer Gesetzgebung von Jedermann unabhängig sein, wie auch in allen anderen Dingen, welche zu ihrem Rechtsgebiete gehören. Diese Freiheit ist jedoch nicht von der Art, dass sie irgendwie Anlass böte zu Eifersucht und Scheelsucht. Denn die Kirche strebt nicht nach Macht, noch lässt sie sich irgendwie durch Interessen leiten. Sie will, sie sucht nur eines: nämlich die Uebung der Tugend unter den Menschen aufrechtzuerhalten und auf diese Weise, auf diesem Wege für deren ewiges Heil zu sorgen. Daher pflegt sie sich auch gefällig zu erweisen und mütterliche Nachsicht zu üben, ja oft unter Berücksichtigung besonderer staatlicher Verhältnisse auf die Ausübung eines Rechtes zu verzichten. Ein sprechender Beweis hierfür sind die Concordate, die oftmals mit Reichen und Staaten abgeschlossen worden sind. — Nichts liegt ihr ferner, als in die Rechte der staatlichen Gewalt einzugreifen; ebenso muss aber auch der Staat die Rechte der Kirche achten und sich hüten, irgend eines derselben sich aneignen zu wollen. — Aber welches sind die Zeitläufe in unseren Tagen, wenn wir die Dinge nach ihrem wahren Gehalte betrachten? Es ist fast zur Gewohnheit geworden, die Kirche mit Misstrauen anzusehen, sie stolz zu verachten, sie zu hassen und hämisch zu verleumden. Aber was noch schlimmer ist, alles wird aufgeboten und ins Werk gesetzt, um sie der Botmässigkeit der weltlichen Herrscher zu unterwerfen. Zu diesem Zwecke hat man sie ihrer Güter beraubt und ihre Freiheit aufs äusserste beschränkt, zu dem Ende auch die Seminarbildung der Geistlichen so schwierig

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

gemacht, gegen den Clerus Gesetze von unerbittlicher Strenge aufgestellt, die religiösen Genossenschaften, die doch eine Hauptstütze der Kirche sind, aufgelöst und sie aus dem Lande verwiesen, mit einem Worte: die Febronianischen Grundsätze theoretisch und praktisch, nur noch in verschärfter Form, wieder ins Leben gerufen. Das heisst nichts anderes, als den heiligsten Rechten der Kirche Gewalt anthun. Dabei bedenkt man aber nicht, dass dieses den Staaten die grössten Nachtheile bringt, eben weil es in offenem Widerspruche steht mit den göttlichen Absichten. Denn Gott, der Schöpfer und Herr des Weltalls, welcher die menschliche Gesellschaft unter die weltliche und geistliche Gewalt stellte, wollte allerdings, dass es verschiedene Gewalten gebe, jedoch keineswegs, dass sie geschieden seien und sich gegenseitig befehden. Aber nicht bloss der Wille Gottes selbst, sondern auch das Gesamtwohl der menschlichen Gesellschaft fordern schlechterdings, dass sich die weltliche Gewalt bei ihren Regierungsmassregeln in vollen Einklang setze mit der kirchlichen. Daher hat der Staat seine ihm allein eigenthümlichen Pflichten und Rechte, aber ebenso hat die Kirche die ihrigen; beide aber, Staat und Kirche, müssen durch vollkommene Eintracht miteinander verbunden sein. — Auf diese Weise werden die Beziehungen zwischen Staat und Kirche von dem gegenwärtig auf ihnen lastenden Drucke befreit, der aus mehr als einem Grunde wenig den Regeln der Klugheit entspricht und allen Gutgesinnten äusserst peinlich ist. Dann werden auch die Unterthanen, da beider Mächte Interessen nicht vermengt, nicht geschieden sind, unbehindert dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. || Eine andere grosse Gefahr droht der Einheit seitens der Secte, welche man Freimaurerei nennt, die schon lange mit unheimlicher Wucht namentlich auf den katholischen Nationen lastet. Begünstigt durch die verworrenen Zeitverhältnisse, stolz sich erhebend wegen ihrer Macht, ihrer Mittel und ihres Erfolges, bietet sie das Aeusserste auf, ihre Herrschaft zu befestigen und immer weiter auszubreiten. Aus ihren Verstecken und Schlupfwinkeln ist sie bereits mitten in den Städten an das Tageslicht gekommen, hat sogar, um gleichsam Gott herauszufordern, in dieser Stadt, dem Mittelpunkte der katholischen Welt, ihren Sitz aufgeschlagen. Und was das Traurigste bei der Sache ist: wohin immer sie den Fuss setzt, dringt sie in alle Schichten des Volkes ein, mischt sie sich in alle Einrichtungen des Staates, um schliesslich alles und jedes in ihrer Hand zu haben und von sich abhängig zu machen. Das ist eine höchst traurige Thatsache; denn die verwerflichen Grundsätze dieser Secte, ihre gottlosen Pläne sind aller Welt bekannt. Unter dem Vorwande, die allgemeinen Menschenrechte zu vertheidigen und die bürgerliche Gesellschaft zu erneuern, greift sie das Christenthum in feindseliger Weise an, verwirft die übernatürliche Offenbarung, verhöhnt die Uebungen der Frömmigkeit, die Sakramente und alles Heilige als Aberglauben. Die Ehe, die Familie, die Jugenderziehung, den privaten und öffentlichen Unterricht sucht sie des christlichen Charakters zu entkleiden und dabei alle Ehrfurcht vor menschlicher und göttlicher Autorität

aus dem Herzen der Völker zu reissen. Ferner lehrt die Secte, der Mensch müsse die Natur verehren und aus ihren Grundsätzen allein Mass und Richtschnur für alle Wahrheit, Sittlichkeit und Gerechtigkeit nehmen. Auf diese Weise muss der Mensch mehr oder weniger in heidnische Sitten und Gewohnheiten zurückfallen, die infolge der so sehr vermehrten Reizmittel unserer Zeit nur noch um so ungebundener sein werden. — Obgleich Wir über diesen Gegenstand bei anderer Gelegenheit auf das eindringendste gesprochen haben, so macht es Uns doch die Apostolische Wachsamkeit zur Pflicht, darauf zurückzukommen und wieder und wieder einzuschärfen, dass bei so grosser Gefahr keine Massregel wirksam genug ist, um eine andere noch wirksamere überflüssig zu machen. Wolle Gott gnädig das frevelhafte Beginnen verhüten! Aber das christliche Volk wisse und sei davon durchdrungen, dass das so unwürdige Joch der Secte einmal abgeschüttelt werden muss; und diejenigen mögen um so eifriger trachten, es abzuschütteln, die am empfindlichsten davon bedrückt werden: die Italiener und Franzosen. Mit welchen Waffen, auf welche Weise sie am sichersten zum Ziele kommen, haben Wir selbst schon dargethan. Auch ist der Sieg für jeden unzweifelhaft, der auf den göttlichen Führer vertraut, welcher das Wort gesprochen: „Ich habe die Welt besiegt“*). || Wenn so die zwei Gefahren beseitigt und die Reiche und Staaten wieder zur Einheit des Glaubens zurückgekehrt sind, welch' wirksames Heilmittel gegen alle Uebel, welch' wunderbarer Ueberfluss an allen Gütern wäre damit der Welt gegeben! Wir wollen die hauptsächlichsten wenigstens berühren. || Das erste geht die Würde und die Stellung der Kirche an. Sie würde nämlich alsdann den ihr gebührenden Rang der Ehre und des Vorzuges wieder einnehmen und ihren Weg als Spenderin der Wahrheit und der Gnade neidlos und mit voller Freiheit wandeln zum Segen und Heile der Völker. Denn da sie der Menschheit zur Lehrerin und Führerin von Gott gegeben ist, kann sie mehr als irgend Jemand die geeigneten Mittel und Wege an die Hand geben, um die tief eingreifenden Wandlungen der Zeit zum Besten der Gesamtheit zu lenken, um die verwickeltsten Fragen zu lösen, um Recht und Gerechtigkeit, welche ja die sichersten Stützen des Staates sind, zu heben. || Ferner würde die gegenseitige Annäherung der Nationen wesentlich gefördert werden: eine Annäherung, die in unseren Tagen mehr als je zu wünschen ist, um unheilvolle Kriege abzuwenden. — Welches die Lage Europas ist, sehen wir mit unseren Augen. Schon seit vielen Jahren haben wir vom Frieden nicht viel mehr als den Schein. Da das gegenseitige Vertrauen geschwunden und dem Argwohn Platz gemacht, sind fast alle Nationen um die Wette damit beschäftigt, sich zum Kriege zu rüsten. Die unerfahrene Jugend wird in die Gefahren des Militärlebens gestürzt, wo sie des Rathes der Eltern entbehren muss und ihrer Autorität entzogen ist. In der Blüthe und Kraft der Jahre wird die junge Männerwelt weg vom Ackerbau, von heilsamen Studien, von

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

*) Joh. 16, 33.

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

Handel und Gewerbe zu den Waffen einberufen. Daher ist auch infolge von ungeheuren Ausgaben der Staatsschatz erschöpft, der Reichtum der Länder zusammengeschmolzen, das Vermögen der Einzelnen schwer geschädigt. Wir sind bereits so weit gekommen, dass der bewaffnete Friede allgemach unerträglich geworden. Sollte ein derartiger Zustand der bürgerlichen Gesellschaft ein natürlicher sein? Und doch können wir uns desselben nicht entledigen und zu einem wahren Frieden gelangen, es sei denn durch die Gnade Jesu Christi. Denn um den Ehrgeiz, die Begierde nach fremdem Gute, den Neid — Laster, welche ja vorzugsweise die Kriegsflammen entfachen —, um diese Laster zu unterdrücken, gibt es kein wirksameres Mittel als die christliche Tugend und namentlich die Gerechtigkeit. Nur durch das Walten dieser Tugend können die Rechte der Völker und die Heiligkeit der Verträge ihre Unverletzlichkeit, nicht minder die Bande der Brüderlichkeit ihre dauernde Festigkeit erhalten, indem alle von dem einen Gedanken durchdrungen sind: „Die Gerechtigkeit erhebt die Völker“*). || Ferner würde damit, wie nach aussen so nach innen, eine Bürgschaft der öffentlichen Wohlfahrt und Ruhe geschaffen, viel sicherer und wirksamer, als Gesetze und Waffen sie bieten können. Denn wer verkennt, dass die Gefahren für die öffentliche Ruhe und Sicherheit mit jedem Tage wachsen, nachdem, wie schaurige Attentate beweisen, die Aufruhrparteien zum Umsturze und zum gänzlichen Untergange der Staaten sich das Wort gegeben. Zwei Fragen werden darum mit grosser Heftigkeit erörtert: die sociale und die politische Frage, wie man sie nennt. Beide sind ohne Zweifel von grösster Bedeutung. Für eine weise und gerechte Lösung beider sind auch aner kennenswerthe Studien, Ausgleichungsmassregeln und Versuche erörtert worden. Aber viel mehr als durch alles andere würde die Lösung beschleunigt, wenn die Menschen allgemein angeleitet würden, von innen heraus durch die Grundsätze des christlichen Glaubens ihren Sinn für Recht und Pflicht auszubilden. — Von der socialen Frage haben Wir bereits in diesem Sinne vor nicht zu langer Zeit gehandelt, indem wir die Wahrheiten des Evangeliums und der natürlichen Vernunft zu Grunde legten. — Was die politische Frage betrifft, so wird sie zu dem Zwecke erörtert, die Freiheit mit der Autorität auszusöhnen: zwei Begriffe, die sich bei vielen in der Theorie fast decken, in der Praxis dagegen oftmals nur zu weit auseinandergehen. Für ihre Lösung nun lassen sich die geeignetsten Anhaltspunkte aus der christlichen Philosophie gewinnen. Denn wenn man davon ausgeht, was alle zugeben, dass nämlich die Autorität von Gott komme, gleichviel welches die Regierungsform ist, so sieht die Vernunft sofort, dass bei den einen das Recht zu befehlen durchaus gesetzlich, bei den anderen die Pflicht zu gehorchen ganz ordnungsgemäss sei. Durch den Gehorsam wird auch keineswegs der menschlichen Würde zu nahe getreten; denn schliesslich wird doch viel mehr Gott als den Menschen der Gehorsam geleistet. Anderer-

*) Spr. 14, 34.

seits wird denjenigen, welche befehlen, von Gott das strengste Gericht angekündigt, wofern sie ihn nicht vertreten, wie sie sollen, als Förderer des Rechtes und der Gerechtigkeit. Die Freiheit der Einzelnen kann aber Niemand verhasst, Niemand verdächtig sein; denn ohne Jemand zu schaden, entfaltet sie sich nur in dem, was wahr, was recht, was in vollem Einklange mit der öffentlichen Ruhe steht. — Wenn endlich die Dienste in Betracht gezogen werden, welche die Kirche leisten kann: sie, die Mutter und Vermittlerin zwischen Fürsten und Völkern, die dazu berufen ist, beiden mit ihrem Rathe und ihrem Ansehen beizustehen, dann wird sich klar herausstellen, nichts sei für das öffentliche Wohl erspriesslicher, als dass alle Völker sich entschlossen, dasselbe innerlich im christlichen Glauben festzuhalten, dasselbe äusserlich zu bekennen. || Während Wir bei diesen Gedanken verweilen und mit ganzer Seele ihre Verwirklichung wünschen, sehen Wir in der Ferne, welch' glückliche Ordnung der Dinge dann auf Erden anheben würde, und Wir kennen nichts Angenehmeres, als die Betrachtung des Guten, das daraus erfolgt. Man kann sich kaum vorstellen, zu welcher Höhe, zu welchem Wohlstande sich überall die Völker alsbald aufschwingen würden, wenn Ruhe und Friede der Erde wiedergegeben, wenn die Wissenschaft auf alle Weise gefördert, wenn überdies nach Unserer Anweisung auf christlicher Grundlage Vereine von Landwirten, Handwerkern, Geschäftsleuten gegründet und vervielfältigt würden, mit deren Hilfe der alles verschlingende Wucher aus der Welt geschafft und heilsamen Arbeiten ein weites Feld geöffnet wäre. || Der Segen dieser Wohlthaten würde keineswegs auf die Gebiete der gesitteten und gebildeten Völker beschränkt bleiben, sondern sich wie ein hochgehender Strom nach allen Seiten verbreiten. Denn man muss bedenken, wie Wir bereits zu Anfange sagten, dass unzählige Völker schon jahrhundertlang sehnsüchtig ausschauen, wer ihnen das Licht der Wahrheit und den Segen der Gesittung bringe. Nun ist es ja wahr: In dem, was das ewige Heil der Völker betrifft, sind die Pläne der göttlichen Weisheit himmelweit entfernt von den Gedanken der Menschenkinder. Gleichwohl kann man, ohne Furcht zu irren, behaupten, wenn in so vielen Ländern der Erde der unglückliche Irrwahn immer noch so weit ausgebreitet ist, so kommt das nicht zum geringsten Theile auf Rechnung der ausgebrochenen Religionsstreitigkeiten. Denn soweit es der menschlichen Vernunft erlaubt ist, Schlüsse aus den Ereignissen der Vergangenheit zu ziehen, hat Gott Europa den Beruf gegeben, die christliche Bildung der Völker allmählich in alle Länder zu tragen. Die Anfänge und Fortschritte eines so schönen Werkes, erzielt durch die Arbeit früherer Jahrhunderte, versprachen immer herrlicher zu werden, als der religiöse Zwist im 16. Jahrhundert entbrannte. Da die Christenheit durch Hader und Streit gespalten, die Kräfte Europas durch Feindseligkeiten und Kriege aufgerieben waren, mussten die apostolischen Unternehmungen zur Bekehrung der Heiden den traurigen Rückschlag fühlen. Da nun immer noch die Ursachen der Zwietracht fortbestehen, was Wunder, dass der grösste Theil der Menschheit

Nr. 10567.
Rom.
20. Juni 1894.

noch bis zur Stunde Sklave verwilderter Sitten und wahnwitziger Gebräuche ist. Gehen wir daher alle mit gleichem Eifer ans Werk, dass die alte Eintracht zur allgemeinen Wohlfahrt wiederhergestellt werde. Unsere Zeiten sind der Wiederherstellung der Eintracht und der weiteren Verbreitung der Wohlthat des christlichen Glaubens äusserst günstig; denn niemals hat das Gefühl allgemein menschlicher Brüderlichkeit die Geister so tief bewegt, und zu keiner Zeit sah man die Menschen sich eifriger aufsuchen, um sich gegenseitig kennen zu lernen und sich zu nützen. Schiffe und Wagen durchheilen mit unglaublicher Schnelligkeit ungeheure Strecken zu Wasser und zu Lande: ein Umstand, welcher die namhaftesten Vortheile mit sich bringt nicht bloss für den Handel und die Erforschung der Länder durch die Gelehrten, sondern ebenso sehr für die Verkündigung des Evangeliums. || Wir wissen wohl, dass eine lange und mühsame Arbeit erforderlich ist, um die Ordnung der Dinge herzustellen, die Wir so sehnlich wünschen. Möglich auch, dass dem einen oder anderen Unsere Hoffnungen allzu rosig erscheinen, da sie sich auf Dinge beziehen, die viel mehr zu wünschen als zu erwarten seien. Aber Wir setzen all' Unsere Hoffnung, all' Unser Vertrauen auf den Erlöser des Menschengeschlechtes, Jesus Christus, und erimuthigen Uns in dem Gedanken, wie vieles und wie Grosses einstmals vollbracht wurde durch die Thorheit des Kreuzes und die Predigt vom Kreuze zum Staunen der Welt und zur Beschämung ihrer Weisheit. — Dann bitten und beschwören Wir ganz besonders die Fürsten und Lenker der Staaten, Unsere Rathschläge gemäss ihrer einsichtsvollen Klugheit und ihrer treuen Sorge für die Unterthanen vorurtheilsfrei in Erwägung zu ziehen und sie mit ihrem Ansehen und Wohlwollen zu unterstützen. Wenn auch nur ein kleiner Theil der erhofften Früchte eingesammelt würde, so wäre das wahrlich schon eine grosse Wohlthat inmitten des allgemeinen Niederganges, der mit dem Gefühle der unerträglichen Last der Gegenwart die Furcht vor der Zukunft verbindet. || Das Ende des vorigen Jahrhunderts liess Europa müde und erschöpft zurück von all' den erlittenen Drangsalen und in bebender Angst ob all' der Erschütterungen. Warum sollte nicht umgekehrt das gegenwärtige, schon dem Ende zueilende Jahrhundert der Menschheit als Erbe heitere Aussichten auf Einheit und Frieden mit der Hoffnung auf die höchsten Güter hinterlassen, die mit der Einheit des Glaubens gegeben sind? || Gott, der reich ist an Erbarmungen und die Zeiten und die Stunden kennt, die er in seiner Macht festgestellt, wolle Unsere Wünsche und Hoffnungen gnädig anschauen und in seiner unendlichen Güte verleihen, dass sich die Verheissung Christi bald erfülle: Es wird nur ein Schafstall und ein Hirt sein. „Fiet unum ovile et unus pastor“*). || Gegeben zu Rom bei Sanct Peter den 20. Juni des Jahres 1894, des siebzehnten Unseres Pontificates.

Leo XIII., Papst.

*) Joh. 10, 16.

Verträge und Verhandlungen über Afrika.

Der englisch-kongolesische Vertrag vom 12. Mai 1894 *).

Nr. 10568. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an Mr. Hardinge. — Begründung des Vertrages mit dem Kongo-
staate.

Foreign Office, May 23, 1894.

Sir, || When Her Majesty's Government decided upon assuming the Protectorate of Uganda, it became incumbent on them to consider the position of Great Britain as regards that part of the British sphere described in the Anglo-German Agreement as the western watershed of the Nile. It was understood, that in 1890 arrangements were made between the Administrator of the Congo Free State and the late Sir W. Mackinnon, under which the East Africa Company agreed to waive in favour of the Free State any powers which it might acquire in the territory so described as a Chartered Company administering in the British sphere with the sanction of the Crown. The documents recording whatever arrangements may have been concluded were not officially communicated to, nor sanctioned by, Her Majesty's Government, and obviously could not have validity without that sanction. The Free State Administration, however, appears to have considered that, in virtue of these arrangements, it was justified in sending exploring parties into the territory affected by them. The expeditions are believed to have travelled over a considerable portion of the territory, and it appears that their leaders made Treaties and established posts. || Her Majesty's Minister at Brussels was, from time to time, directed to point out, that, though Her Majesty's Government had no accurate information as to the destination and proceedings of these expeditions, the territory thus explored was well known to be included in the British sphere of influence. || Her Majesty's Government, in examining this situation in connection with the Protectorate of Uganda, desired, in order to put an end to all controversy as to these proceedings, to arrive at an arrangement which would be satisfactory to both parties. They could not fail to recognize the sacrifices which had been made in endeavouring to open up the country by His Majesty the King

Nr. 10568.
England.
23. Mai 1894.

*: Englisches Blaubuch Afrika Nr. 4. (1894).

Nr. 10568.
England.
23. Mai 1894.

of the Belgians, whose efforts to promote the civilization of Africa have commanded their warm sympathy. On approaching His Majesty they found him fully disposed to enter into an arrangement which, while enabling him to continue the work he had commenced, would record his recognition of the position of Great Britain in her sphere, and of such claims as Egypt, and through her Turkey, may have to the Equatorial Provinces whose administration was abandoned owing to the evacuation of the Soudan. || I inclose copy of an Agreement by which His Majesty having recognized, on behalf of the Congo State, the British sphere of influence as laid down in the Anglo-German Agreement of 1890, receives from Great Britain leases of the territory specified in the Agreement under certain conditions. || Her Majesty's Government are satisfied, that, under the Agreement, this portion of the British sphere will be administered in a spirit in full accordance with the requirements of civilization, and of the Acts of Berlin and Brussels. || The Agreement also effects certain frontier rectifications with the Congo Free State, which remove causes of possible local friction, and adds to the delimitations already concluded with Italy on the north and Germany on the south, delimitation between the British sphere and the conterminous Power on the west. || Finally, Article 3 provides for the lease to Great Britain of a port at the northern end of Lake Tanganyika. As the southern end of the Lake is within the British sphere in Central Africa, this Concession will materially facilitate communication between the two British spheres. In order to secure access to this port, the lease has been obtained of a road passing through the Free State territory, connecting Lake Albert Edward, the eastern shore of which is in the British sphere, with the leased port. The navigation of Lake Tanganyika being declared to be free by the IInd Article of the Act of Berlin of 1885, this arrangement secures to British trade uninterrupted communication, the value of which is completed by the guarantees as to freedom of transit recorded in the IVth Article of the Berlin Act, and the VIIIth Article of the Anglo-German Agreement of 1890. || A map is annexed showing the effect of the Agreement.

Kimberley.

Nr. 10569. ENGLAND und der KONGOSTAAT. — Vertrag über die Abgrenzung ihrer Interessensphären.

Mai 12, 1894.

Nr. 10569.
England
und der
Kongostaat.
12. Mai 1894.

The Undersigned, the Honourable Sir Francis Richard Plunkett, a Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, Her Britannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the King of the Belgians, on behalf of the British Government, and M. van Eetvelde, Officer of the Order of Leopold, Grand Cross of the Orders of St. Gregory the Great, of Christ of Portugal, and of the African Redemption, &c., Secretary of State of the Interior of the Independent State of the Congo, on behalf of the Government of the Independent State of the Congo, duly

authorized by their respective Governments, have agreed as follows: — || His Majesty the King of the Belgians, Sovereign of the Independent State of the Congo, having recognized the British sphere of influence, as laid down in the Anglo-German Agreement of the 1st July, 1890, Great Britain undertakes to give to His Majesty a lease of territories in the western basin of the Nile, under the conditions specified in the following Articles:—

Nr. 10569.
England
und der
Kongostaat.
12. Mai 1894.

Article I.

(a.) It is agreed, that the sphere of influence of the Independent Congo State shall be limited to the north of the German sphere in East Africa by a frontier following the 30th meridian east of Greenwich up to its intersection by the watershed between the Nile and the Congo, and thence following this watershed in a northerly and north-westerly direction. || (b) The frontier between the Independent Congo State and the British sphere to the north of the Zambesi shall follow a line running direct from the extremity of Cape Akalunga on Lake Tanganika, situated at the northernmost point of Cameron Bay at about 8° 15' south latitude, to the right bank of the River Luapula, where this river issues from Lake Moero. The line shall then be drawn directly to the entrance of the river into the lake, being, however, deflected towards the south of the lake so as to give the Island of Kilwa to Great Britain. It shall then follow the "thalweg" of the Luapula up to its issue from Lake Bangweolo. Thence it shall run southwards along the meridian of longitude of the point where the river leaves the lake to the watershed between the Congo and Zambesi, which it shall follow until it reaches the Portuguese frontier.

Article II.

Great Britain grants a lease to His Majesty King Leopold II, Sovereign of the Independent Congo State, of the territories hereinafter defined, to be by him occupied and administered on the conditions and for the period of time hereafter laid down. || The territories shall be bounded by a line starting from a point situated on the west shore of Lake Albert, immediately to the south of Mahagi, to the nearest point of the frontier defined in paragraph (a) of the preceding Article. Thence it shall follow the watershed between the Congo and the Nile up to the 25th meridian east of Greenwich, and that meridian up to its intersection by the 10th parallel north, whence it shall run along that parallel directly to a point to be determined to the north of Fashoda. Thence it shall follow the "thalweg" of the Nile southward to Lake Albert, and the western shore of Lake Albert to the point above indicated south of Mahagi. || This lease shall remain in force during the reign of His Majesty Leopold II, Sovereign of the Independent Congo State. || Nevertheless, at the expiration of His Majesty's reign, it shall remain fully in force as far as concerns all the portion of the territories above mentioned situated to the west of the 30th meridian east of Greenwich, as well as a strip of 25 kilom. in breadth, to be delimited by common consent, stretching from the watershed

Nr. 10569.
England
und der
Kongostaat.
12. Mai 1894.

between the Nile and the Congo up to the western shore of Lake Albert, and including the port of Mahagi. || This extended lease shall be continued so long as the Congo territories as an Independent State or as a Belgian Colony remain under the sovereignty of His Majesty and His Majesty's successors. || Throughout the continuance of a lease there shall be used a special flag in the leased territories.

Article III.

The Independent Congo State grants under lease to Great Britain, to be administered when occupied, under the conditions and for the period hereafter determined, a strip of territory 25 kilom. in breadth, extending from the most northerly port on Lake Tanganika, which is included in it, to the most southerly point of Lake Albert Edward. || This lease will have similar duration to that which applies to the territories to the west of the 30th meridian east of Greenwich.

Article IV.

His Majesty King Leopold II, Sovereign of the Independent Congo State, recognizes, that he neither has nor seeks to acquire any political rights in the territories ceded to him under lease in the Nile Basin other than those which are in conformity with the present Agreement. || Similarly, Great Britain recognizes, that she neither has nor seeks to acquire any political rights in the strip of territory granted to her on lease between Lake Tanganika and Lake Albert Edward other than those which are in conformity with the present Agreement.

Article V.

The Independent Congo State authorizes the construction through its territories by Great Britain, or by any Company duly authorized by the British Government, of a line of telegraph connecting the British territories in South Africa with the British sphere of influence on the Nile. The Government of the Congo State shall have facilities for connecting this line with its own telegraphic system. || This authorization shall not confer on Great Britain or any Company, person or persons, delegated to construct the telegraph line, any rights of police or administration within the territory of the Congo State.

Article VI.

In the territories under lease in this Agreement the subjects of each of the Contracting Parties shall reciprocally enjoy equal rights and immunities, and shall not be subjected to any differential treatment of any kind. || In witness whereof the Undersigned have signed the present Agreement, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done in duplicate at Brussels, this 12th day of May, 1894.

Francis Richard Plunkett.
Edm. van Eetvelde.

Nr. 10570. ENGLAND. — Der englische Bevollmächtigte an den des Kongostaates. — Die Rechte der Türkei und Aegyptens werden durch den Vertrag nicht berührt.

British Legation, Brussels, May 12, 1894.

M. le Secrétaire d'État, || The Earl of Kimberley, in authorizing me to sign the Agreement of this day's date for a lease of certain territories in the British sphere of influence in East Africa to His Majesty King Leopold II, has directed me to record the assurance that the parties to the Agreement do not ignore the claims of Turkey and Egypt in the basin of the Upper Nile.

Nr. 10570.
England.
12. Mai 1894.

F. R. Plunkett.

Nr. 10571. KONGOSTAAT. — Der Bevollmächtigte des Kongostaates an den englischen. — Dasselbe.

Brussels, May 12, 1894.

Sir, || In signing, on behalf of His Majesty Leopold II, the Agreement of this day's date, for a lease of certain territories in the British sphere of influence in East Africa, I reciprocate the assurance that the parties to the Agreement do not ignore the claims of Turkey and Egypt in the basin of the Upper Nile.

Nr. 10571.
Kongostaat.
12. Mai 1894.

Edm. van Eetvelde.

Nr. 10572. KONGOSTAAT. — Der Bevollmächtigte des Kongostaates an den englischen. — Erlaubniss zur Werbung im Kongostaate.

Bruxelles, le 12 Mai, 1894.

M. le Ministre, || Au cours des pourparlers auxquels a donné lieu la Convention de ce jour entre l'État Indépendant du Congo et la Grande-Bretagne, j'ai eu l'occasion de déclarer à votre Excellence que l'État du Congo s'engage à autoriser, le cas échéant, les recrutements de soldats que les Agents dûment commissionnés à cet effet par les autorités Britanniques désireraient effectuer dans les territoires situés entre le 30° méridien et le Lac Albert.

Nr. 10572.
Kongostaat.
12. Mai 1894.

J'ai l'honneur de confirmer cet engagement, et je saisis, &c.

Edm. van Eetvelde.

Nr. 10573. ENGLAND. — Der englische Bevollmächtigte an den des Kongostaates. — Erlaubniss zur Werbung in Englisch-Westafrika.

British Legation, Brussels, Mai 12, 1894.

M. le Secrétaire d'État, || In accordance with the wish which you have expressed, I have to convey to your Excellency the assurance, on the part of the Earl of Kimberley, that his Lordship will be ready to recommend to Her Majesty's Secretary of State for the Colonies that facilities shall be given, so far

Nr. 10573.
England.
12. Mai 1894.

Nr. 10573.
England.
12. Mai 1891. as it may be found to be practicable, for recruitment, under suitable conditions, in the British Colonies on the West Coast of Africa, to facilitate the prompt and complete occupation by His Majesty King Leopold II of the territories in the western basin of the Nile comprised in the lease contained in the Agreement of this day's date.

F. R. Plunkett.

Schriftwechsel zwischen Deutschland, England und dem Kongostaate, betreffend den Artikel III des englisch-kongolesischen Vertrages vom 12. Mai 1894*).

Nr. 10574. **KONGOSTAAT.** — Der Staatssekretär an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Begrenzung des deutschen Gebietes.

Bruxelles, le 29 Mai 1894.

Nr. 10574.
Kongostaat.
29. Mai 1894. Monsieur le Comte, || Comme suite à notre entretien de hier, j'ai l'honneur de donner à Votre Excellence l'assurance que lorsque le moment sera venu de procéder à la détermination de la bande de 25 Kilomètres donnée à bail par l'Etat Indépendant du Congo à la Grande Bretagne, entre le port le plus septentrional du Tanganika et le lac Albert Edouard, la limite orientale de cette bande sera fixée de telle façon qu'elle s'écartera au moins de 20 Kilomètres de la frontière des possessions Allemandes.

Le Secrétaire d'Etat:

Comte de Grelle Rogier.

Nr. 10575. **DEUTSCHLAND.** — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Staatssekretär des Kongostaates. — Deutschland erwartet eine amtliche Mittheilung über die Ausführung des Vertrages vom 12. Mai und behält sich seine Ansprüche vor.

Berlin, den 1. Juni 1894.

Nr. 10575.
Deutschland.
1. Juni 1894. Herr Graf, || Graf Alvensleben hat das Schreiben, welches Eure Excellenz unterm 29. v. M. an ihn gerichtet haben, zu meiner Kenntniss gebracht, und ich habe namens der Kaiserlichen Regierung davon Akt genommen, dass nach der von der Regierung des Unabhängigen Kongostaates gegebenen Zusicherung bei einer etwaigen pachtweisen Ueberlassung eines 25 km breiten Streifens zwischen dem Albert Edward-See und dem Tanganika-See an Grossbritannien die östliche Grenze dieses Streifens sich mindestens 20 km von den deutschen Besitzungen entfernt halten soll. || Im Hinblick darauf, dass nach dem Vertrage

* Die Aktenstücke sind entnommen dem „deutschen Reichs- und Königl. Preuss. Staats-Anzeiger“ 1894, Nr. 167 und dem engl. *Blaubuche Africa*. Nr. 5 (1894).

vom 8. November 1884 für die auf dem erwähnten Gebietsstreifen ruhenden Verpflichtungen die Regierung des Unabhängigen Kongostaates insoweit haftet, bis dieselben mit Zustimmung Deutschlands auf den neuen Erwerber übergegangen sind, erwartet die Kaiserliche Regierung, dass sie vor Ueberlassung des Landstreifens an Grossbritannien von der Regierung des Unabhängigen Kongostaates so rechtzeitig in Kenntniss gesetzt werden wird, dass sie ihre vertragsmässig gesicherten Rechte und sonstigen Interessen zu wahren in der Lage ist. || Die Kaiserliche Regierung wird ihre hierauf bezüglichen Ansprüche geltend machen, so bald ihr die amtliche Mittheilung von der bevorstehenden Ausführung der beabsichtigten Gebietsabtretung zugegangen sein wird. || Bis dahin behält sich die Kaiserliche Regierung die vollständige Freiheit ihrer Aktion vor.

Marschall.

Nr. 10576. DEUTSCHLAND. — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London. — Mittheilung des Schriftwechsels.

Berlin, den 1. Juni 1894.

Im Anschluss an den Erlass vom 31. v. M. beehre ich mich Eurer Excellenz beifolgend in Abschrift den Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Brüssel vom 29. Mai d. J. nebst Schreiben des Grafen de Grelle von demselben Tage zur gefälligen Kenntnissnahme zu übersenden. || Die darauf von hier aus ergangene Antwort ist ebenfalls in Abschrift ganz ergebenst beigefügt. || Eure Excellenz ersuche ich ergebenst, eine dem beifolgenden Entwurf entsprechende Note an Lord Kimberley gefälligst richten zu wollen.

Marschall.

Nr. 10577. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Mittheilung des deutschen Protestes.

London, 3. Juni 1894.

Milord, || Nachdem meine hohe Regierung aus den öffentlichen Blättern Kenntniss davon erhalten hat, dass in einem zwischen der Königlich Grossbritannischen Regierung und der Regierung des Unabhängigen Kongostaates geschlossenen Verträge eine Bestimmung vereinbart worden sei, wonach ein zwischen dem Albert Eduard-See und dem Tanganika-See belegener Landstreifen der Königlich Grossbritannischen Regierung pachtweise abgetreten werden soll, hat die Kaiserliche Regierung behufs Wahrung der ihr durch den Vertrag mit dem Kongostaate vom 8. November 1884 zugesicherten Rechte bei der Regierung dieses Staates Einspruch eingelegt und hierbei insbesondere hervorgehoben, dass die durch jenen Vertrag zwischen den deutschen Besitzungen und dem Kongostaate festgesetzten Grenzen ohne Zustimmung der Kaiserlichen

Nr. 10577. **Deutschland.** Regierung einseitig nicht abgeändert werden können. || Die Regierung des Unabhängigen Kongostaates hat die Berechtigung dieses Anspruchs anerkannt und dies in dem abschriftlich beigelegten, an den Kaiserlichen Gesandten in Brüssel gerichteten Schreiben des Grafen de Grelle vom 29. v. M. amtlich zum Ausdruck gebracht. Graf Alvensleben hat hierauf den Auftrag erhalten, mit der in Abschrift anliegenden Note das Schreiben zu beantworten. || Indem der Unterzeichnete einer Empfangsbestätigung seiner Note entgegensteht, benützt er etc.
Hatzfeldt.

Nr. 10578. **DEUTSCHLAND.** — Gesandter in Brüssel an den Reichskanzler. — Mittheilung einer Note des Staatssekretärs des Kongostaates an den deutschen Staatssekretär.

Brüssel, den 7. Juni 1894.

Nr. 10578. **Deutschland.** Mit Bezugnahme auf den hohen Erlass vom 31. v. M. beehre ich mich Eurer Excellenz beifolgend eine Note des Grafen de Grelle gehorsamst zu überreichen, welche mich derselbe gebeten hat, in vorläufiger Erwiderung auf die an ihn gerichtete Note des Herrn Staatssekretärs vom 1. d. M., betreffend den Vertrag zwischen dem Kongostaate und England, an ihre Bestimmung gelangen zu lassen.

Alvensleben.

Beilage.

Bruxelles, le 7 Juin 1894.

Monsieur le Baron, || J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence, de Sa lettre du 1^{er} de ce mois. || Je me ferai un devoir de communiquer à Votre Excellence, au moment opportun, les observations que m'aura suggérées l'examen de cette lettre. Je tiens à Lui faire connaître dès aujourd'hui le vif et sincère désir du Gouvernement de l'Etat Indépendant du Congo de donner au Gouvernement allemand toutes les satisfactions compatibles avec ses engagements internationaux et son intention de veiller à la stricte observation de la Convention du 8 Novembre 1884. || Je saisis cette occasion etc. etc.

Cte. de Grelle Rogier.

Nr. 10579. **DEUTSCHLAND.** — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. — Uebersendet die Antwort auf die Note des Staatssekretärs des Kongostaates.

Berlin, den 9. Juni 1894.

Nr. 10579. **Deutschland.** Auf den gefälligen Bericht vom 7. d. M. beehre ich mich Eure Excellenz zu ersuchen, die beifolgende, an den Grafen de Grelle-Rogier unter dem heutigen Tage gerichtete Note an ihre Adresse gelangen lassen zu wollen.

Marschall.

Beilage.

Berlin, den 9. Juni 1894.

Nr. 10579.
Deutschland.
9. Juni 1894.

Herr Graf! || Die durch Vermittelung des Herrn Grafen von Alvensleben an mich gerichtete Note Eurer Excellenz vom 7. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. || Die Kaiserliche Regierung ist nicht in der Lage, den Zeitpunkt der Beantwortung ihrer, wichtige und ernste Fragen berührenden Note vom 1. Juni d. J. lediglich dem Ermessen der Regierung des Unabhängigen Kongostaates zu überlassen. Vielmehr muss die Kaiserliche Regierung entscheidenden Werth darauf legen, dass sie von der Stellung unverzüglich unterrichtet werde, welche der Kongostaat gegenüber den in der letzterwähnten Note auseinandergesetzten Beschwerden des Deutschen Reiches einzunehmen gedenkt. || Wenn Eure Excellenz erklären, dass die Regierung des Unabhängigen Kongostaates den lebhaften und aufrichtigen Wunsch habe, der Kaiserlichen Regierung jede mit den internationalen Verpflichtungen vereinbare Genugthuung zu gewähren, so gestatte ich mir hierauf zu bemerken, dass die Kaiserliche Regierung sich die Prüfung vorbehält, ob das Abkommen vom 12. Mai d. J. mit den Pflichten der Neutralität und den sonstigen dem Deutschen Reiche gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten des Kongostaates sich in Uebereinstimmung befindet. ||

Gleichzeitig beehre ich mich Eurer Excellenz Abschrift einer Note zu übersenden, welche der Kaiserliche Botschafter in London an Lord Kimberley zu richten beauftragt ist.

Genehmigen etc.

Marschall.

Nr. 10580. DEUTSCHLAND. — Der Botschafter in London an den Reichskanzler. — Ubersendet eine Note des englischen Ministers des Auswärtigen. — England billigt die Meinung der deutschen Regierung.

London, den 6. Juni 1894.

Eurer Excellenz beehre ich mich, in der Angelegenheit, betreffend den Vertrag zwischen England und dem Kongostaate, eine Note Lord Kimberley's vom gestrigen Tage in Abschrift beifolgend gehorsamst zu überreichen. Der Minister bestätigt in derselben den Empfang der von mir in Gemässheit des hohen Erlasses vom 1. d. M. an ihn gerichteten Note und spricht sodann den Dank der Königlich Grossbritannischen Regierung für die in der gedachten Note enthaltene Mittheilung aus. Bei den dem Vertrage mit dem Kongostaate vorausgehenden Verhandlungen habe die Regierung Ihrer Majestät sich bemüht, in keiner Weise die Rechte Deutschlands, mit welchem sie so lange freundschaftliche Beziehungen in Ost-Afrika unterhalten habe, zu beeinträchtigen. || Die Königlich Grossbritannische Regierung stimme völlig mit der in meiner Note vertretenen Auffassung überein, dass die Grenze zwischen dem Deutschen

Nr. 10580.
Deutschland.
6. Juni 1894.

Nr. 10580. Schutzgebiete und dem Kongostaate nicht ohne Deutschlands Zustimmung ge-
 Deutschland. ändert werden könne. Was den von dem Kongostaate an Grossbritannien ver-
 6. Juni 1894. pachteten Landstrich betreffe, so erkenne die Regierung Ihrer Majestät voll-
 kommen an, dass die Bestimmungen des Vertrages zwischen Deutschland und
 dem Kongostaate in Kraft blieben und für diesen Landstrich auch nach dessen
 Uebergabe an Grossbritannien ihre Gültigkeit behielten.

Hatzfeldt.

Beilage.

Foreign Office June 5. 1894.

Your Excellency || I have the honour to acknowledge receipt of Your Ex-
 cellency's Note of the 3rd instant in which you are so good as to communi-
 cate copies of the Notes which have been exchanged between the Imperial
 German Government and the Government of the Independent Congo State on
 the subject of the Agreement of the 12th ultimo between that State and Her
 Majesty's Government, under which a strip of territory extending from the
 most northerly port on Lake Tanganyika to the most southerly point of Lake
 Albert Edward is leased to Great Britain. || I have to convey to Your Ex-
 cellency the thanks of Her Majesty's Government for this communication which
 affords them an opportunity of explaining that in the negotiations, which pre-
 ceded the signature of the Agreement, the position of the Congo State towards
 Germany did not escape their attention. They were careful not to interfere
 in any way with the rights of Germany, with whom they have so long had
 cordial relations in East Africa. || Her Majesty's Government fully agree in
 the view expressed in the correspondence forwarded by Your Excellency, that
 the boundary between Germany and the Congo State cannot be altered without
 the assent of Germany. || As regards the obligations attaching to the strip of
 territory leased by the Congo State to Great Britain, Her Majesty's Govern-
 ment entirely recognise, that the stipulations of the Convention between Ger-
 many and the Congo State will remain in force, and apply to that strip after
 it has been handed over to Great Britain. || I have the honour to be etc. etc.

Kimberley.

Nr. 10581. **DEUTSCHLAND.** — Der Botschafter in London an den
 englischen Minister des Auswärtigen. — Protest gegen
 Artikel III des Abkommens vom 12. Mai 1894.

London, den 11. Juni 1894.

Nr. 10581. Milord! || Eurer Excellenz gefällige Note vom 5. d. M. habe ich zur Kennt-
 niss meiner Regierung gebracht. Namens derselben nehme ich davon Akt, dass
 Deutschland. die Königlich Grossbritannische Regierung in Uebereinstimmung mit der Kaiser-
 11. Juni 1894. lichen Regierung der Ansicht ist, dass eine Aenderung der zwischen dem
 Deutschen Reiche und dem Kongostaate bestehenden Grenzen nicht ohne Zu-
 stimmung Deutschlands eintreten kann. || Eine Aenderung dieser Grenzen wird

nach Artikel III des zwischen Grossbritannien und dem Kongostaate unter dem 12. Mai d. J. abgeschlossenen Uebereinkommens von den vertragschliessenden Theilen beabsichtigt; denn die daselbst als „lease“ bezeichnete Ueberlassung eines Landstreifens kommt bei der Unbestimmtheit der Zeitdauer und ihrer unabsehbaren Ausdehnung im Effekt einer völligen Abtretung gleich. Hierdurch würden die Rechte des Deutschen Reiches beeinträchtigt werden und die vorerwähnte Abmachung seiner Zustimmung ebenso bedürfen, als wenn die Ueberlassung des Streifens durch Cession erfolgt wäre. Der Charakter dieser Ueberlassung wird dadurch nicht geändert, dass die Königlich Grossbritannische Regierung sich bezüglich dieses Landstreifens dem Deutschen Reiche gegenüber verbindlich macht, die hierüber vertragsmässig bestehenden Verpflichtungen des Kongostaates zu übernehmen. Das ist schon nach den Grundsätzen des internationalen Rechts selbstverständlich und folgt übrigens auch ausdrücklich aus dem zwischen dem Deutschen Reiche und dem Kongostaate geschlossenen Verträge vom 8. November 1884, wonach im Fall einer Cession der Erwerber in die Pflichten des Kongostaates gegenüber dem Deutschen Reiche einzutreten hat. || Hiernach ist zu den Abmachungen in Artikel III des Abkommens vom 12. Mai d. J. die Genehmigung Deutschlands erforderlich. | Diese Genehmigung wird seitens der Kaiserlichen Regierung erst ertheilt werden, nachdem ihre durch jenes Abkommen verletzten Interessen ihre volle Befriedigung erhalten haben werden. Bereits bei den Verhandlungen, welche zu dem Deutsch - Englischen Abkommen vom 1. Juli 1890 geführt haben, hat Deutschland den von seiten Grossbritanniens gestellten Wunsch auf Ueberlassung eines derartigen Streifens zurückgewiesen, weil dadurch seine politische Lage verschlechtert und seine unmittelbaren Handelsbeziehungen zum Kongostaate unterbrochen werden würden. Diese ungünstige Lage Deutschlands wird unter allen Umständen herbeigeführt, gleichgültig, ob sich der an Grossbritannien überlassene Streifen unmittelbar an der Deutschen Grenze befindet, oder sich von ihr einige Kilometer entfernt hält. Durch den Artikel III des mehrerwähnten Abkommens wird der Versuch gemacht, zur Benachtheiligung Deutschlands den im Jahre 1890 nicht erreichten Zweck zu verwirklichen. || Aus diesen Gründen hat die Kaiserliche Regierung gegen das Abkommen vom 12. Mai d. J. Einspruch eingelegt; sie wird dasselbe nicht eher anerkennen, bis ihre dadurch verletzten Rechte und Interessen volle Genugthung erfahren haben.

Hatzfeldt.

Nr. 10582. **DEUTSCHLAND.** — Der Gesandte in Brüssel an das Auswärtige Amt.

Brüssel, den 17. Juni 1894.

Telegramm. || Durch Note bestätigt Kongoregierung das nach London wegen Aufhebung von Artikel 3 gerichtete Ersuchen.

Alvensleben.

Nr. 10583. KONGOSTAAT. — Der Staatssekretär an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Der Kongostaat hat die Aufhebung des Artikels III vorgeschlagen.

Bruxelles, le 16 Juin 1894.

Nr. 10583.
Kongostaat.
16. Juni 1894. Monsieur le Comte. || J'ai l'honneur de porter à votre connaissance que, par déference pour le Govt. Impérial et à la suite des communications de V. E., nous venons de demander au Govt. Britannique de consentir au retrait de l'article III de l'arrangement anglo-congolais du 12 mai, qui donnait à bail à l'Angleterre une bande de territoire entre les lacs Tanganica et Albert Edouard.

Je saisis cette occasion etc.

Cte. de Grelle-Rogier.

Nr. 10584. ENGLAND. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet den Vorschlag des Kongostaates, den Artikel III aufzuheben.

Brussels, June 17, 1894. (Received June 18.)

Nr. 10584.
England.
17. Juni 1894. My Lord, || I have the honour to forward herewith copy of a note, which was brought to me this morning by M. van Eetvelde, in which his Excellency states that he is instructed by the King to beg I will inform your Lordship that, in view of the difficulties raised by Germany, His Majesty would be greatly obliged to Her Majesty's Government if they would consent to the withdrawal of Article III of the Agreement of the 12th May. || I said I would at once telegraph the substance of this note to your Lordship, and send you a copy by to-night's messenger.

F. R. Plunkett.

Inclosure.

Bruxelles, le 17. Juin, 1894.

M. le Ministre, || Je suis chargé par le Roi-Souverain de prier votre Excellence de vouloir bien faire connaître à son Gouvernement qu'en présence des sérieuses difficultés que nous soucite avec l'Allemagne la cession en bail d'une bande entre les Lacs Tanganyika et Albert Edouard, Sa Majesté serait reconnaissante au Gouvernement Britannique s'il voulait consentir au retrait de l'Article III de l'Arrangement du 12 Mai dernier.

Edmond van Eetvelde.

Nr. 10585. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. — England stimmt der Aufhebung des Artikels III zu.

Foreign Office, June 21, 1894.

Nr. 10585.
England.
21. Juni 1894. Sir, || Her Majesty's Government have given immediate consideration to the note from M. van Eetvelde, inclosed in your despatch of the 17th instant, and conveying a request from His Majesty the King of the Belgians, as

Sovereign of the Congo State, that in view of the objections raised by the German Government to the lease provided for in Article III of the Agreement of the 12th May, that Article may be withdrawn. || Her Majesty's Government are willing to meet the King's wishes in this respect. || The object and effect of the Article appear to them to have been greatly misunderstood at Berlin. By the provisions of Article IV, the projected lease was sedulously divested of all political significance. It could only have been used for the purpose for which it was intended, namely, to give to Great Britain the means of constructing, maintaining and protecting, at her own expense, a line of telegraph, and eventually a road, connecting her East African territories with those within her sphere of influence to the north of the Zambesi. || Such a road could not have diverted nor impeded the communications between the German East African possessions and the Congo State; and Her Majesty's Government would have been perfectly willing at any time to do all that was in their power to facilitate such communications across the strip of territory leased to them. || But the time for the construction of such a road has not yet come; and as regards the more immediate object, the construction of a telegraph line, there are provisions in Article V of the Agreement which will give facilities for its construction. || In these circumstances, while Her Majesty's Government feel that the objections which have been raised to the Article are founded on a misconception, they consent to its withdrawal rather than that it should be a cause of misunderstanding between the Contracting Parties and the German Government. || I transmit to you herewith the draft of Declaration formally recording the withdrawal of the Article, which you are authorized to sign with M. van Eetvelde.

Nr. 10585.
England.
21. Juni 1894.

Kimberley.

Nr. 10586. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet die Erklärung, durch die der Artikel III aufgehoben wird.

Brussels, June 22, 1894. (Received June 23.)

My Lord, || I have the honour to forward herewith the Declaration which I signed this morning with M. van Eetvelde, in duplicate, as directed by your Lordship's despatch of yesterday, withdrawing Article III of the Agreement of the 12th May of this year between Great Britain and the King of the Belgians, Sovereign of the Independent State of the Congo.

Nr. 10586.
England.
22. Juni 1894.

F. R. Plunkett.

Inclosure. Declaration signed on the 22nd June, 1894.

In compliance with the request made by His Majesty the King of the Belgians, Sovereign of the Independent State of the Congo, that the Government of Her Britannic Majesty will consent to the withdrawal of Article III

Nr. 10586.
England.
22. Juni 1894. of the Agreement of the 12th May, 1894, the Undersigned, duly authorized by their respective Governments, agree that the said Article be withdrawn. Done, in duplicate, at Brussels, the 22nd day of June, 1894.

F. R. Plunkett.

Edmond van Eetvelde.

Nr. 10587. KONGOSTAAT. — Der Staatssekretär an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen. — Theilt die Aufhebung des Artikels III mit.

Bruxelles, le 25 Juin 1894.

Nr. 10587.
Kongostaat.
25. Juni 1894. Monsieur le Baron, || Comme j'ai eu l'occasion d'en informer M. le Comte d'Alvensleben par ma lettre en date du 16 juin, le Gouvernement du Roi-Souverain de l'Etat Indépendant du Congo, en présence des dernières communications de Votre Excellence ainsi que de celles dont le Ministre d'Allemagne à Bruxelles s'est fait l'organe auprès de moi, et dans son désir de donner un nouveau témoignage de déférence au Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur, s'est empressé de se mettre en rapport avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique à l'effet de supprimer l'article III de l'arrangement du 12 Mai conclu entre l'Angleterre et l'Etat du Congo. || A la suite de ces pourparlers, l'article III a été abrogé à Bruxelles le 22 de ce mois. Le texte qui en fait foi a été remis à la même date à Son Excellence le Comte d'Alvensleben. Je m'empresse, Monsieur le Baron, d'en faire parvenir un double à votre Excellence, aujourd'hui que le Gouvernement Britannique a déjà porté, par écrit, à la connaissance du Gouvernement Impérial, les termes de l'accord en question. || Je saisis cette occasion etc. etc.

Cte de Grelle Rogier.

Nr. 10588. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den deutschen Botschafter in London. — Theilt die Aufhebung des Artikels III mit.

Foreign Office, June 26, 1894.

Nr. 10588.
England.
26. Juni 1894. Your Excellency, || I have had the honour to discuss with you personally the contents of the note which you addressed to me on the 11th instant, stating the objections of the German Government to Article III of the agreement, signed on the 12th May last, between Great Britain and His Majesty the King of the Belgians, as Sovereign of the Independent State of the Congo, and protesting against the agreement on that account. || Her Majesty's Government have given those objections their most careful attention, and I propose to address to Her Majesty's Ambassador at Berlin some explanations of the views and objects of Her Majesty's Government in regard to the Article, which will, I hope, enable him to satisfy your Government that there was not, and could not have been, any intention of infringing the rights or injuring the interests of Germany. || But they would greatly regret, that such a matter should

be allowed to become a cause of difference, or to impair, even for a moment, the friendly feeling happily existing between the two countries, and they are particularly anxious that no action should be taken, and no agreement entered into by them, that could in any way be deemed by the German Government to be opposed to the spirit and general tenour of their agreement with Germany of the 1st July, 1890, which was concluded in the mutual interests of the British and German possessions, and to the maintenance of which they attach the greatest value. || They have, therefore, had no hesitation in complying with the request of His Majesty the king of the Belgians, that the Article shall be withdrawn. || I have the honour to inclose herewith copy of a formal Declaration which has been signed at Brussels to that effect, and I shall be obliged if Your Excellency will at once bring it to the knowledge of your Government. || I have the honour to be etc. etc.

Kimberley.

Nr. 10589. DEUTSCHLAND. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Der deutsche Protest ist erledigt.

London, den 1. Juli 1894.

Milord, || Eurer Excellenz gefällige Note vom 26. Juni 1894 nebst Anlage habe ich mich beeilt zur Kenntniss meiner Regierung zu bringen. Dieselbe nimmt mit Genugthuung und Befriedigung davon Akt, dass es bei Abschluss des Abkommens zwischen der Königlich Grossbritannischen Regierung und der Regierung des Unabhängigen Kongostaates vom 12. Mai d. J. nicht in der Absicht der Regierung Ihrer Majestät der Königin von Grossbritannien und Irland gelegen hat, die Rechte und Interessen des Deutschen Reiches zu verletzen. || In dieser loyalen Erklärung der Königlich Grossbritannischen Regierung ist die Kaiserliche Regierung erfreut eine erneute Bürgschaft dafür zu sehen, dass die freundschaftlichen Beziehungen, welche bisher zwischen den beiden Reichen bestanden haben, auch in Zukunft fort dauern werden. || Indem die Kaiserliche Regierung von der neuen Vereinbarung zwischen der Königlich Grossbritannischen Regierung und der Regierung des Unabhängigen Kongostaates über die Aufhebung von Art. III des Abkommens vom 12. Mai 1894 gern Akt nimmt, erklärt sie auch ihrerseits ihren hiergegen erhobenen Einspruch für erledigt. || Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung etc. etc.

Nr. 10589.
Deutschland.
1. Juli 1894.

Hatzfeldt.

Nr. 10590. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. — Rückblick auf die Verhandlungen über den Vertrag vom 12. Mai.

Foreign Office, July 2, 1894.

Sir, || I have forwarded to you in my despatch No. 90 of the 13th ultimo a copy of Count Hatzfeldt's Note of the 11th ultimo, protesting against the Agreement recently concluded between Great Britain and His Majesty the

Nr. 10590.
England.
2. Juli 1894.

Nr. 10590. King of the Belgians, as Sovereign of the Independent State of the Congo. ' England. 2. Juli 1894. The protest of the German Government is based, as Your Excellency will have observed, upon their objections to Article III of the Agreement, which they consider to be an infringement of the rights of Germany, and injurious to German interests. || Her Majesty's Government had been informed by the Government of the Congo State, shortly after the publication of the Agreement, that the German Government required from them an assurance that the strip of territory to be leased to Great Britain under Article III should be at a distance of at least twenty kilometres from the German frontier. Her Majesty's Government at once and willingly acquiesced in this assurance being given. || From the correspondence inclosed in Count Hatzfeldt's note of the 3rd. ultimo, I gathered that, while the German Government made no objection to the principle of the lease, they maintained that, under the Treaty of the 8th of November, 1884, the Government of the Independent Congo State was responsible for the fulfilment of the obligations attaching to the strip of territory in question until the new occupier had, with the consent of Germany, taken over those obligations, and they required that, before the strip of land was handed over to Great Britain, they should be informed in sufficient time to enable them to secure the rights and interests guaranteed to them by Treaty. || Although the treaty of the 8th November 1884 between Germany and the Congo State stipulates in Article IV, that, in cases of cession of the actual or future territories of the Association, the obligations of the Congo State towards Germany should be binding on the new possessor, I have been unable to find in that instrument any stipulation, either expressed or implied, that the transfer of territory with the accompanying obligations is to be dependent on the consent of Germany. || It seemed to Her Majesty's Government however just and reasonable, that in regard to territory lying in such close proximity to her frontiers as that now under discussion, Germany should receive every assurance that due regard would be had to her rights and interests. I therefore at once, and spontaneously, addressed to Count Hatzfeldt my note of the 5th ultimo, in which I expressed agreement in the view that the frontier between Germany and the Congo Free State cannot be altered without the assent of Germany, and gave an explicit assurance that Her Majesty's Government recognized that all the stipulations of the Treaty between Germany and the Congo State would continue to apply to the strip of territory to be leased to Great Britain after it had been handed over to her. || I learned, however, with regret, from Count Hatzfeldt's note of the 11th ultimo, that these explanations and assurances had not satisfied the German Government. || It seems, that, in the first place, the assurance which was given at their request, that the territory to be leased should be removed to a certain distance from their frontier, did not, in their opinion, suffice to meet their objections to the lease as constituting an alteration of that frontier. || Secondly, although Her Majesty's Government declared that they acknowledged, and were ready to fulfil, all the

obligations which are stipulated in Article IV of the Treaty of the 8th November 1884, yet German Government continued to hold that their rights were infringed, and that their interests would be injuriously affected. || In regard to this latter point, Count Hatzfeldt states that in the course of the negotiations, which preceded the Treaty between Germany and Great Britain of the 1st July 1890, Germany refused to consent to the acquisition by Great Britain of a strip of territory in this situation, because it would have prejudiced the political position of Germany and have interrupted direct trade communications with the Congo State. || After careful examination of the papers relating to those negotiations, I cannot find any record that a proposal for the acquisition of a narrow strip of this kind was actually made on behalf of Great Britain, or rejected on behalf of Germany, although it may undoubtedly be inferred from the general tenour of the negotiations, and from observations made by Lord Salisbury in the House of Lords after their conclusion, that if made it would not have been accepted. || It did not, however, occur to Her Majesty's Government, or to the Government of the Congo State, that the objections of the Imperial Government to an acquisition of territory by Great Britain in full sovereignty would apply to the very different arrangement contemplated by Article III of the present Agreement. For by the IV Article, Great Britain distinctly declares that she neither has, nor seeks to acquire any political rights in the strip of territory. The right of administration, therefore, conceded to her during the period of the lease, could only be used for purposes of commerce or communication. In these, as in all other respects, the British Administration would have been subject to all the obligations of the Congo State in regard to neutrality, freedom of commerce and absence of all restrictions or burdens on transit across the strip under lease. || Such an arrangement did not appear to Her Majesty's Government to threaten either the progress or the security of the German colonial possessions. || They have thought it right to make these observations in reply to the note which Count Hatzfeldt has been instructed to address to me. || But since the German Government consider, that Article III modifies to the detriment of Germany the situation created by the Treaty of the 1st July, 1890, an instrument to which Her Majesty's Government attach the highest importance, Her Majesty's Government have had no hesitation in complying with the request addressed to them by His Majesty the King of the Belgians, Sovereign of the Congo State, that the Article should be withdrawn, and accordingly as Your Excellency is aware, they have entered into a formal undertaking to that effect with the Government of the Congo State. I have forwarded a copy of the Declaration withdrawing the Article to Count Hatzfeldt for communication to the German Government, who will, I trust, see in it a practical proof of the friendly feelings and intentions of Her Majesty's Government. || I request Your Excellency to read this despatch to Baron von Marschall, and to leave a copy of it with His Excellency if he should desire it.

Nr. 10590.
England.
2. Juli 1894.

Nr. 10590. He will understand, that it has been written, not for the purpose of controversy
 England. upon an Article which has now been removed from the Agreement, but in
 2. Juli 1894. order to clear up what appeared to be misconceptions as to the views and
 objects of Her Majesty's Government in regard to it. || I am etc. etc.

Kimberley.

Nr. 10591. **DEUTSCHLAND.** — Auswärtiges Amt an den Botschaf-
 ter in London. — Bemerkungen zu der englischen
 Note vom 2. Juli.

Berlin, den 5. Juli 1894.

Nr. 10591. Der Königlich Grossbritannische Botschafter hat mir heute den in Abschrift
 Deutschland. beifolgenden Erlass von Lord Kimberley vom 2. d. M. vorgelesen und mir auf
 5. Juli 1894. Verlangen Abschrift hiervon zurückgelassen. || Da die Königlich Grossbritannische
 Regierung, nachdem sie in bereitwilliger Weise den unseren Rechten und In-
 teressen widersprechenden Artikel III des Abkommens vom 12. Mai d. J. auf-
 gehoben hat, bei ihren Erörterungen nicht den Zweck verfolgt, die aus diesem
 Anlass entstandenen Streitfragen fort dauern zu lassen, vielmehr die Absicht
 hat, die nach ihrer Auffassung vorhanden gewesenen Missverständnisse zu be-
 seitigen, so erachtet es auch die Kaiserliche Regierung nicht mehr für angezeigt,
 ihren gegenüber dem Artikel III mehrfach zum Ausdruck gebrachten Standpunkt
 zu wiederholen. || Die Bemerkung in dem Erlass von Lord Kimberley, dass die
 Kaiserliche Regierung gleich nach dem Bekanntwerden des Abkommens von
 dem Kongostaate das Zurücktreten des verpachteten Landstreifens um 20 km
 von der Grenze gefordert habe, könnte den Anschein erwecken, als ob wir
 mit dieser freiwillig von der Regierung des Kongostaates gegebenen Zusicherung
 zufrieden gewesen seien und erst später materielle Anstände gegen den Ar-
 tikel III des Abkommens erhoben hätten. Es mag sein, dass die Kongoregierung
 die Meinung gehabt hat, durch ein derartiges Zurücktreten des an Gross-
 britannien überlassenen Streifens die von der Kaiserlichen Regierung erhobenen
 Ansprüche beseitigt zu haben. Diese Meinung wurde aber durch eine dem
 Grafen von Alvensleben aufgetragene und von ihm dem Grafen de Grelle-Rogier
 gegenüber abgegebene Erklärung sofort in ihrem ersten Keime erstickt. Der
 Kaiserliche Gesandte in Brüssel erklärte, dass die Absicht des Kongostaates,
 unmittelbar an unserer Grenze einen Landstreifen an Grossbritannien zu über-
 tragen, nach unserer Auffassung eine Verletzung der dem Deutschen Reiche gebühr-
 enden Rücksicht enthalten würde, dass vor der formellen Beseitigung dieser
 unmittelbaren Abtretung ein Verhandeln mit der Regierung des Kongostaates
 über die materielle Bedeutung des Artikels III für die Kaiserliche Regierung
 unmöglich sei und dass ihr anderen Falles nur übrig bleibe, den Vertrag vom
 12. Mai d. J. Deutschland gegenüber als nicht geschehen zu betrachten. || Dass
 die Regierung des Kongostaates dieser Auffassung bereitwillig Rechnung getragen hat,
 ergibt das weitere von ihr eingeschlagene Verfahren. || Die Kaiserliche Regie-

rung weiss es zu schätzen, wenn die Königlich Grossbritannische Regierung in dem eingangs erwähnten Erlass bestrebt ist, die Loyalität ihrer Absicht uns gegenüber zum Ausdruck zu bringen. || Angesichts dieser entgegenkommenden Haltung und der zu unserer vollkommenen Befriedigung erfolgten Aufhebung des Artikels III erübrigt es sich, auf die einzelnen Argumente von Lord Kimberley, welche noch nach einer oder der anderen Seite einer Berichtigung bedürfen würden, näher einzugehen. || Eure Excellenz ersuche ich ergebenst, diesen Erlass Lord Kimberley vorzulesen und Seiner Herrlichkeit auf einen in dieser Beziehung zu erkennen gegebenen Wunsch eine Abschrift zurückzulassen.

Rotenhan.

Frankreich und der Kongostaat. 1884—1895*).

Nr. 10592. **KONGOGESSELLSCHAFT.** — Die internationale Kongogesellschaft an den französischen Minister des Auswärtigen. — Bei Landabtretungen seitens der Gesellschaft hat Frankreich das Vorzugsrecht.

Bruxelles, le 23 avril 1884.

Monsieur le Ministre, l'Association internationale du Congo, au nom des stations et territoires libres qu'elle a fondés au Congo et dans la vallée du Niadi-Quillou, déclare formellement qu'elle ne les cédera à aucune Puissance, sous réserve des conventions particulières qui pourraient intervenir entre la France et l'Association, pour fixer les limites et les conditions de leur action respective. Toutefois, l'Association, désirant donner une nouvelle preuve de ses sentiments amicaux pour la France, s'engage à lui donner le droit de préférence, si, par des circonstances imprévues, l'Association était amenée un jour à réaliser ses possessions.

Strauch.

Nr. 10593. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an die internationale Kongogesellschaft. — Antwort auf das vorige. — Frankreich erkennt die Rechte der Gesellschaft an.

Paris, le 24 avril 1884.

Monsieur, j'ai l'honneur de vous accuser réception de la lettre, en date du 23 courant, par laquelle, en votre qualité de Président de l'Association internationale du Congo, vous me transmettez des assurances et des garanties

*) Die folgenden Aktenstücke Nr. 10592 bis 10617 sind entnommen dem französ. Gelbbuche Affaires du Congo 1884 - 1895.

Nr. 10593.
Frankreich.
24. April 1884. destinées à consolider nos rapports de cordialité et de bon voisinage dans la région du Congo. || Je prends acte avec grande satisfaction de ces déclarations et, en retour, j'ai l'honneur de vous faire savoir que le Gouvernement français prend l'engagement de respecter les stations et territoires libres de l'Association et de ne pas mettre obstacle à l'exercice de ces droits. Jules Ferry.

Nr. 10594. **FRANKREICH.** — Der französische Minister des Auswärtigen an die französischen Botschafter in Berlin, London, Wien, St. Petersburg, Madrid, Constantinopel, Bern und Rom; an die Gesandten in Kopenhagen, Stockholm, Belgrad, Bukarest, Athen, Washington, Tanager, Tokio, Teheran; an die Geschäftsträger in München, im Haag und in Peking. — Erklärung über das Abkommen mit der Kongo-Gesellschaft.

Paris, le 31 mai 1884.

Nr. 10594.
Frankreich.
31. Mai 1884. Le Président de l'Association internationale du Congo m'a adressé, le 23 avril dernier, une lettre dont j'ai l'honneur de vous envoyer, ci-joint, copie; vous trouverez également, ci-annexé, copie de la réponse que j'ai faite à sa communication. || Cette correspondance constate l'accord conclu avec nous par l'Association internationale, et aux termes duquel cette société s'engage à ne céder à aucune Puissance autre que la France les territoires et stations fondés par elle au Congo et dans la vallée du Niadi-Quillon. Nous promettons, en retour, de respecter les stations et territoires de l'Association, et de ne pas mettre obstacle à l'exercice de ses droits. || L'entente, ainsi intervenue, aura donc pour effet immédiat de faciliter les opérations du Commissaire du Gouvernement français dans l'Ouest africain. Elle garantit, pour l'avenir, l'œuvre poursuivie dans ces régions par le Gouvernement de la République contre l'intervention d'une Puissance tierce qui se substituerait à l'Association; à ce double point de vue, je n'ai pas hésité à y donner mon assentiment. J'ai tenu à vous fixer sur la nature et sur l'objet de ces arrangements; rien ne s'oppose, d'ailleurs, à ce que dans vos entretiens vous fassiez usage des indications qui précèdent. Jules Ferry.

Nr. 10595. **FRANKREICH UND DIE INTERNATIONALE KONGO-GESELLSCHAFT.** — Abkommen über die Begrenzung ihrer Besitzungen.

Nr. 10595.
Frankreich
und die
internatio-
nale Kongo-
Gesellschaft.
5. Febr. 1885. Le Gouvernement de la République française et l'Association internationale du Congo, désirant fixer d'une manière définitive les limites de leurs possessions respectives dans l'Afrique occidentale, ont muni de pleins pouvoirs à cet effet, savoir: || Le Gouvernement de la République française, M. Jules Ferry, député, Président du Conseil des ministres, Ministre des Affaires étrangères; || L'Asso-

ciation internationale du Congo, M. le Comte Paul de Borchgrave d'Altena, secrétaire de S. M. le Roi des Belges; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Nr. 10595.
Frankreich
und die
internatio-
nale Kongo-
Gesellschaft.
5. Febr. 1885.

Article premier.

L'Association internationale du Congo déclare étendre à la France les avantages qu'elle a concédés aux États-Unis d'Amérique, à l'Empire d'Allemagne, à l'Angleterre, à l'Italie, à l'Autriche-Hongrie, aux Pays-Bas et à l'Espagne, en vertu des conventions qu'elle a conclues avec ces diverses Puissances aux dates respectives des 22 avril, 8 novembre, 16, 19, 24, 29 décembre 1884 et 7 janvier 1885, et dont les textes sont annexés à la présente Convention.

Article 2.

L'Association s'engage, en outre, à ne jamais accorder d'avantages, de quelque nature qu'ils soient, aux sujets d'une autre nation, sans que ces avantages soient immédiatement étendus aux citoyens français.

Article 3.

Le Gouvernement de la République française et l'Association adoptent pour leurs frontières entre leurs possessions: || La rivière Chiloango, depuis l'Océan jusqu'à sa source la plus septentrionale; || La crête de partage des eaux du Niadi-Quillon et du Congo jusqu'au delà du méridien de Manyanga; Une ligne à déterminer et qui, suivant autant que possible une division naturelle du terrain, aboutisse entre la station de Manyanga et la cataracte de Ntombo Mataka, en un point situé sur la partie navigable du fleuve; || Le Congo jusqu'au Stanley-Pool; || La ligne médiane du Stanley-Pool; || Le Congo jusqu'en un point à déterminer en amont de la rivière Licona-Nkundja; || Une ligne à déterminer depuis ce point jusqu'au 17° degré Est de Greenwich, en suivant autant que possible la ligne de partage d'eaux du bassin de la Licona-Nkundja, qui fait partie des possessions françaises; || Le 17° degré de longitude Est de Greenwich.

Article 4.

Une commission composée de Représentants des Parties contractantes, en nombre égal des deux côtés, sera chargée d'exécuter sur le terrain le tracé de la frontière, conformément aux stipulations précédentes. || En cas de différend, le règlement en sera arrêté par des délégués à nommer par la Commission internationale du Congo.

Article 5.

Sous réserve des arrangements à intervenir entre l'Association internationale du Congo et le Portugal pour les territoires situés au sud du Chiloango, le Gouvernement de la République française est disposé à reconnaître la neutralité des possessions de l'Association internationale comprises dans les frontières indiquées sur la carte ci-jointe, sauf à discuter et à régler les conditions

Nr. 10595. de cette neutralité d'accord avec les autres Puissances représentées à la Con-
Frankreich fference de Berlin.
und die
internatio-
nale Kongo-
Gesellschaft.
5. Febr. 1885.

Article 6.

Le Gouvernement de la République française reconnaît le drapeau de l'Association internationale du Congo, drapeau bleu avec étoile d'or au centre, comme drapeau d'un Gouvernement ami. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, le 5 février 1885.

Jules Ferry.

Comte Paul de Borchgrave d'Altena.

Nr. 10596. **KONGOSTAAT.** — Der Leiter der auswärtigen An-
gelegenheiten an den französ. Gesandten in Brüssel.
— Das französische Vorzugsrecht ist Belgien gegen-
über ungiltig.

Bruxelles, le 22 avril 1887.

Nr. 10596. L'Association internationale africaine, lorsqu'elle a fait avec le Gouverne-
Kongostaat. ment de la République l'Arrangement de 1884, confirmé par la lettre du
22. April 1887. 5 février 1885, n'a pas entendu et n'a pas pu entendre qu'en cas de réali-
sation de ses possessions le droit de préférence reconnu à la France envers
toutes les autres Puissances pût être opposé à la Belgique, dont le Roi
Léopold était souverain; mais il va de soi que l'État du Congo ne pourrait
céder ces mêmes possessions à la Belgique sans lui imposer l'obligation de
reconnaître le droit de préférence de la France pour le cas où elle-même
viendrait ultérieurement à les réaliser. || Cette explication n'enlève et n'ajoute
rien aux actes rappelés ci-dessus; loin de leur être contraire, elle ne fait
qu'en constater le sens; je suis autorisé à ajouter que c'est celui qu'y a attaché
l'Auguste Fondateur de l'Association internationale africaine en les autorisant.
van Eetevelde.

Nr. 10597. **FRANKREICH.** — Der Gesandte in Brüssel an den
Leiter der auswärtigen Angelegenheiten des Kongo-
staates. — Bestätigt den Empfang des vorigen.

Bruxelles, le 29 avril 1887.

Nr. 10597. Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire, à la date du 29 avril, une lettre
Frankreich. qui a pour objet d'établir que l'Association internationale africaine, lorsqu'elle
29. April 1887. a contracté avec le Gouvernement de la République l'arrangement de 1884,
confirmé par la lettre du 5 février 1885, n'avait pas entendu qu'en cas de
réalisation de ses possessions le droit de préférence reconnu à la France
envers toutes les autres Puissances pût être opposé à la Belgique, dont le
Roi Léopold était souverain. Vous ajoutiez qu'il allait de soi, toutefois, que
l'État du Congo ne pourrait céder ces mêmes possessions à la Belgique sans

lui imposer l'obligation de reconnaître le droit de préférence de la France, ^{Nr. 10597.} pour le cas où elle voudrait, elle-même, les réaliser. || Vous faites remarquer, ^{Frankreich.} d'autre part, que cette explication n'enlève ni n'ajoute rien aux actes rappelés ^{29. April 1887.} ci-dessus; que, loin de leur être contraire, elle ne fait qu'en constater le sens, et que tel est bien celui qu'y a attaché l'Auguste Fondateur de l'Association internationale africaine en les autorisant. || En vous accusant réception de cette communication, je suis autorisé à vous dire que je prends acte, au nom du Gouvernement de la République, de l'interprétation qu'elle renferme et que vous présentez comme ayant toujours été celle que vous avez attachée à la Convention de 1884, en tant que cette interprétation n'est pas contraire aux actes internationaux préexistants.

Bourée.

Nr. 10598. FRANKREICH UND DER KONGOSTAAT. — Protokoll über die Abgrenzung ihrer Besitzungen in der Region des Ubanghi.

Le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de l'État ^{Nr. 10598.} indépendant du Congo, après s'être fait rendre compte des travaux des ^{Frankreich} Commissaires qu'ils avaient chargés d'exécuter sur le terrain, autant qu'il serait ^{und der} possible, le tracé des frontières entre leurs possessions, se sont trouvés d'accord ^{Kongostaat.} pour admettre les dispositions suivantes comme réglant définitivement l'exécution ^{29. April 1887.} des derniers paragraphes de l'article 3 de la Convention du 5 février 1885. Depuis son confluent avec le Congo, le thalweg de l'Oubanghi formera la frontière jusqu'à son intersection avec le quatrième parallèle nord. || L'État indépendant du Congo s'engage, vis-à-vis du Gouvernement de la République française, à n'exercer aucune action politique sur la rive droite de l'Oubanghi, au nord du quatrième parallèle. Le Gouvernement de la République française s'engage de son côté à n'exercer aucune action politique sur la rive gauche de l'Oubanghi au nord du même parallèle, le thalweg formant dans les deux cas la séparation. || En aucun cas, la frontière septentrionale de l'État du Congo ne descendra au-dessous du quatrième parallèle nord, limite qui lui est déjà reconnue par l'article V de la Convention du 5 février 1885. || Les deux Gouvernements sont convenus de consigner ces dispositions dans le présent Protocole. En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés, l'ont revêtu de leurs signatures et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Bruxelles, le 29 avril 1887.

L'Envoyé extraordinaire
et Ministre plénipotentiaire
de la République française à Bruxelles,

Bourée.

L'Administrateur général des Affaires
étrangères de l'État indépendant du Congo,

Edm. van Ectevelde.

Nr. 10599. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. — Der Kongostaat kann seine Besitzungen an Belgien nur mit Wahrung des französischen Vorzugsrechtes abtreten.

Paris, le 12 juillet 1890.

Nr. 10599.
Frankreich.
12. Juli 1890.

J'ai reçu la communication que vous m'avez faite des documents qui viennent d'être distribués, à Bruxelles, à la Chambre des Représentants et desquels il résulte que le Roi Léopold cède éventuellement à la Belgique et, en tous cas, lui lègue et transmet, après sa mort, tous ses droits souverains sur l'État indépendant du Congo. || Cette publication n'a pas manqué d'attirer l'attention de mon Département, qui vous avait déjà fait connaître tout le prix qu'il attachait à être exactement renseigné sur les dispositions qui paraissent devoir être prises, à bref délai, en ce qui concerne le sort de l'État indépendant. L'opinion publique s'en est également préoccupée en France, et M. Brisson m'avait annoncé, ce matin, qu'il me poserait aujourd'hui même, à ce sujet, une question qu'il a cru devoir retarder, mais qui peut se reproduire sous peu de jours. Cette question aurait eu naturellement pour objet la nature et la portée de l'échange des vues qui s'est produit en avril 1887 entre le Gouvernement du Congo et le Gouvernement de la République, au sujet de la clause des arrangements de 1884—1885 qui assurait à la France un droit de préférence sur l'État indépendant. || A cette époque, ainsi que vous vous en souvenez, le Roi des Belges nous a fait connaître par votre intermédiaire que "l'Association internationale africaine, lorsqu'elle avait contracté avec le Gouvernement de la République l'arrangement de 1884, confirmé par la lettre du 5 février 1885, n'avait pas entendu qu'en cas de réalisation de ses possessions ce droit de préférence reconnu à la France envers toutes les autres Puissances pût être opposé à la Belgique, dont le Roi Léopold était souverain". || Vous avez été alors autorisé à procéder à un échange de communications officielles avec M. van Eetevelde, administrateur général des Affaires étrangères de l'État indépendant du Congo. Celui-ci vous faisait connaître l'interprétation donnée par le Souverain du Congo à la clause relative au droit de préférence, et vous répondiez, le 22 avril 1887, à M. van Eetevelde dans les termes suivants. || "En vous accusant réception de cette communication, je suis autorisé à vous dire que je prends acte, au nom du Gouvernement de la République, de l'interprétation qu'elle renferme et que vous présentez comme ayant toujours été celle que vous avez attachée à la Convention de 1884, en tant que cette interprétation n'est pas contraire aux actes internationaux préexistants." || Depuis lors, cet échange de correspondances n'a été, de part ni d'autre, l'objet d'aucune publication. || Mais l'initiative qui vient d'être prise par le Roi Léopold nous met, de notre côté, dans la nécessité de faire connaître au Parlement français la situation, telle qu'elle résulte des documents que je viens de rappeler. Si je suis amené à m'expliquer devant les Chambres, mon intention est, bien

entendu, de me placer sur le terrain circonscrit par votre lettre du 22 avril 1887, avec les réserves qu'elle comporte. || Vous voudrez bien faire connaître exactement la situation au Roi Léopold ou à son Représentant, et, en même temps, lui rappeler que nous entendons, quoi qu'il arrive, maintenir les autres passages de communications précitées, desquels il résulte: || 1^o Que l'État du Congo ne pourra céder ses possessions à la Belgique sans lui imposer l'obligation de reconnaître le droit de préférence de la France pour le cas où elle voudrait elle-même les réaliser; || 2^o Et que l'explication en question n'enlève ni n'ajoute rien aux actes de 1884 et 1885, et que, loin de leur être contraire, elle ne fait qu'en consolider le sens. || En vous priant de faire cette démarche auprès du Roi Léopold dans le plus bref délai possible, je vous serai obligé de me tenir exactement renseigné sur ses résultats et, en général, sur l'ensemble des faits qui peuvent se produire à Bruxelles, au sujet de la cession éventuelle de l'État indépendant.

Ribot.

Nr. 10600. FRANKREICH. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. — Hat dem Baron Lambert die Forderung Frankreichs vorgetragen.

Bruxelles, le 17 juillet 1890.

Je n'ai reçu que le 14, au matin, la lettre que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'écrire à la date du 12, et par laquelle Elle me prescrivait d'entretenir les Ministres du Roi des réflexions que suggère au Gouvernement de la République la récente Convention passée entre le Gouvernement belge et l'État libre et dont communication a été donnée à la Chambre des Représentants de Belgique, le 9 de ce mois. J'ai été trop absorbé par mes multiples devoirs publics, le jour anniversaire de notre Fête nationale, pour qu'il m'ait été possible, avant le lendemain, de m'acquitter de cette démarche auprès du Baron Lambert. C'est donc avant-hier, dans la soirée, que je me suis rencontré avec le secrétaire général du Ministère des Affaires étrangères; en lui tenant le langage que vous me recommandiez, j'étais assuré que le Roi, qui se trouve actuellement à Ostende, en aurait immédiatement l'écho.

Bourée.

Nr. 10601. FRANKREICH. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet den Bericht der belgischen Kammerverhandlungen über den Vertrag zwischen Belgien und dem Kongostaate.

Bruxelles, le 30 juillet 1890.

Je m'empresse, selon le désir que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'exprimer, de lui adresser, sous ce pli, le compte rendu officiel de la séance de la Chambre des Représentants relative à la récente convention conclue entre la Belgique et l'État du Congo, et qui s'est terminée par un vote, rendu

Nr. 10601. à l'unanimité des voix moins une, approuvant cet arrangement. || La même
 Frankreich. question a été portée hier au Sénat et je ne manquerai pas de transmettre à
 30. Juli 1890. Votre Excellence le détail de cette nouvelle discussion, dès que le *Moniteur*
 belge l'aura publié. Bourée.

Nr. 10602. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an
 den Gesandten in Brüssel. — Bemerkungen zu den
 belgischen Beschlüssen.

Paris, le 21 août 1890.

Nr. 10602. J'ai pris connaissance du compte rendu in extenso de la séance de la
 Frankreich. Chambre des Représentants du 25 juillet dernier, dans laquelle a eu lieu la
 21. Aug. 1890. discussion du projet de loi portant approbation de la convention conclue entre
 l'État belge et l'État indépendant du Congo. || J'ai été heureux de constater
 que les déclarations portées à la tribune par le Ministre des finances au sujet
 des droits assurés à la France par les stipulations de 1884 et 1887 étaient,
 d'une manière générale, d'accord avec les vues que j'avais eu récemment l'oc-
 casion d'échanger sur cette question avec les Représentants du Roi. || J'ai
 remarqué, toutefois, qu'en rappelant les déclarations de 1887 et en indiquant
 que le Gouvernement de la République avait donné acte à l'État du Congo
 de son interprétation, le Chef du Cabinet a omis de parler des réserves for-
 mulées par nous à cette époque. || M. Bernaërt n'a pas fait davantage allusion
 aux observations que nous a suggérées le projet de loi soumis à la Chambre
 des Représentants, en ce qui concerne l'exercice futur du droit de préférence
 reconnu à notre pays. D'après les termes de la Déclaration de 1884, ce droit
 s'ouvrirait dans le cas où "l'Association serait amenée un jour à réaliser ses
 possessions". Cette expression "réaliser" se comprenait parfaitement quand il
 s'agissait d'une association commerciale qui ne pouvait consentir à céder ses
 droits qu'à titre onéreux; en présence du nouvel état des choses, qui résul-
 terait d'une cession au profit d'un État souverain comme la Belgique, il ne
 nous avait point paru superflu de préciser le sens du mot "réaliser", et de
 bien spécifier que toute cession qui serait faite par la Belgique de ses droits
 sur le Congo donnerait équitablement ouverture au droit de préférence de la
 France. || Ainsi que vous le savez, M. Bernaërt avait paru tout d'abord disposé
 à entrer dans ces vues, pourvu que de notre côté nous consentissions à donner
 notre adhésion explicite à l'interprétation faite en 1887 de l'engagement de
 M. Strauch par l'Administration des Affaires étrangères du Congo, au nom de
 Sa Majesté. || Mais le Président du Conseil, avant d'avoir reçu notre réponse
 à ses ouvertures, a cru devoir indiquer dans une lettre qu'il vous a adressée
 certaines considérations de politique générale qui ne lui permettaient pas de
 donner suite à ses propositions. || Au cours d'un entretien que j'ai eu moi-
 même avec le Baron Lambert, j'ai été amené à lui expliquer que nous ne
 voulions pas créer de difficultés au Gouvernement belge, mais qu'il ne dépendait

pas de nous de renoncer aux avantages qui résultent pour notre pays des déclarations de 1884 et de 1887. S'il peut entrer, en effet, dans les vues du Gouvernement de la République de ne pas se prévaloir vis-à-vis de la Belgique des termes généraux de la déclaration de 1884 et des réserves insérées dans celle de 1887, il n'en serait pas de même à l'encontre d'une autre Puissance qui viendrait à être substituée à la Belgique par un mode de cession quelconque. M. Bernaert a exactement traduit notre pensée sur ce point, en disant que "si la France voit avec satisfaction la Belgique s'installer à ses côtés sur les rives du Congo, toute modification à la souveraineté de ces territoires autre que celle réglée par la convention soumise à la Chambre des Représentants ne laisserait pas la France indifférente". || Il vous appartient de faire comprendre au Gouvernement du Roi, dans les entretiens que vous aurez, soit avec le Président du Conseil, soit avec le Ministre des Affaires étrangères, la portée des observations qui précèdent, et qui ne sont, d'ailleurs, que le résumé des communications que vous avez été chargé de faire précédemment au Gouvernement de Sa Majesté. Je n'ai pas besoin d'ajouter que vous devrez éviter avec le plus grand soin tout ce qui pourrait enlever à ces communications le caractère amical que nous avons toujours entendu leur donner.

Ribot.

Nr. 10603. FRANKREICH UND DER KONGOSTAAT. — Vertrag über die Abgrenzung ihrer Besitzungen und Schlichtung anderer Fragen.

Les soussignés, Gabriel Hanotaux, Ministre des Affaires étrangères de la République française, Officier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, etc. || Et Jacques Haussmann, Directeur des Affaires politiques et commerciales au Ministère des Colonies, Officier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, Chevalier de l'Ordre de Léopold de Belgique, etc.; || Joseph Devolder, ancien Ministre de la justice et ancien Ministre de l'Intérieur et de l'Instruction publique de S. M. le Roi des Belges, Vice-Président du Conseil supérieur de l'État indépendant du Congo, Officier de l'Ordre de Léopold de Belgique, Grand Officier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, etc., || Et le Baron Constant Goffinet, Chevalier de l'Ordre de Léopold de Belgique, Chevalier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, etc., || Plénipotentiaires de la République française et de l'État indépendant du Congo délégués à l'effet de préparer un accord relatif à la délimitation des possessions respectives des deux États et de régler les autres questions pendantes entre eux, sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier.

La frontière entre l'État indépendant du Congo et la Colonie du Congo français, après avoir suivi le thalweg de l'Oubanghi jusqu'au confluent du M'Bomou et du Ouellé, sera constituée ainsi qu'il suit: || 1^o Le thalweg du M'Bomou jusqu'à sa source; || 2^o Une ligne droite rejoignant la crête de par-

Nr. 10603. tage des eaux entre les bassins du Congo et du Nil. || A partir de ce point, la frontière de l'État indépendant est constituée par ladite crête de partage jusqu'à son intersection avec le 30° degré de longitude Est Greenwich (27° 40' Paris).
Frankreich und der Kongostaat.
14. Aug. 1894.

Article 2.

Il est entendu que la France exercera, dans des conditions qui seront déterminées par un arrangement spécial, le droit de police sur le cours du M'Bomou, avec un droit de suite sur la rive gauche. Ce droit de police ne pourra s'exercer sur la rive gauche qu'exclusivement le long de la rivière, en cas de flagrant délit, et autant que la poursuite par les agents français serait indispensable pour amener l'arrestation des auteurs d'infractions commises sur le territoire français ou sur les eaux de la rivière. || Elle aura, au besoin, un droit de passage sur la rive gauche pour assurer ses communications le long de la rivière.

Article 3.

Les postes établis par l'État indépendant au nord de la frontière stipulée par le présent arrangement seront remis aux agents accrédités par l'autorité française, au fur et à mesure que ceux-ci se présenteront sur les lieux. || Des instructions, à cet effet, seront concertées immédiatement entre les deux Gouvernements et seront adressées à leurs agents respectifs.

Article 4.

L'État indépendant s'engage à renoncer à toute occupation et à n'exercer, à l'avenir, aucune action politique d'aucune sorte à l'ouest et au nord d'une ligne ainsi déterminée: || Le 30° degré de longitude Est de Greenwich (27° 40' Paris), à partir de son intersection avec la crête de partage des eaux des bassins du Congo et du Nil, jusqu'au point où ce méridien rencontre le parallèle 5° 3', puis ce parallèle jusqu'au Nil.

Article 5.

Le présent arrangement sera ratifié, et les ratifications en seront échangées, à Paris, dans le délai de trois mois ou plus tôt, si faire se peut.

Article 6.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont dressé le présent arrangement et y ont apposé leurs signatures.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 14 août 1894.

G. Hanotaux.
J. Haussmann.
J. Devolder.
Baron C. Goffinet.

Nr. 10604. **FRANKREICH.** — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. — Gerücht von der bevorstehenden Annexion des Kongostaates durch Belgien.

Paris, le 5 janvier 1895.

Divers journaux publient des informations de Bruxelles annonçant que le Cabinet, à la suite de plusieurs délibérations sous la présidence du Roi, aurait résolu de proposer aux Chambres la cession du Congo à la Belgique. La Droite de la Chambre aurait tenu hier une réunion dans laquelle, après avoir entendu le Président du Conseil, elle se serait, en majorité, montrée favorable à cette proposition. || Vous comprenez l'intérêt que nous avons à être tenus exactement au courant des vues du Gouvernement belge sur cette question. Je ne doute pas que vous ne vous soyez mis en mesure de me renseigner à ce sujet, et je vous serai obligé de me transmettre d'urgence les indications que vous auriez été à même de vous procurer.

Nr. 10604.
Frankreich.
5. Jan. 1895.

Hanotaux.

Nr. 10605. **FRANKREICH.** — Der französische Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Graf Merode bestätigt die Absicht Belgiens, den Kongostaat zu annektiren.

Bruxelles, 6 janvier 1895.

Le Comte de Mérode, confirmant la note du Journal de Bruxelles d'hier soir, m'a dit ce matin qu'aucun pourparler n'avait encore eu lieu entre les Ministres et les membres du Parlement au sujet des affaires du Congo, mais qu'il était exact que le Cabinet en eût délibéré, jugeant qu'il convenait sans plus tarder de mettre à l'étude la question de l'annexion de l'État indépendant à la Belgique; à la suite de circonstances nouvelles et plus favorables qu'il n'avait été permis de l'espérer d'abord (telle que la défaite et la soumission des Arabes du Manyanga), il avait paru avantageux d'avancer le terme primitivement fixé pour la prise de possession prévue en 1890, et que, selon toute apparence, les Chambres seraient bientôt saisies d'un projet tendant à cette fin. || Sans entrer dans le fond du sujet, je me suis borné à présenter, à titre purement personnel, des réflexions tirées de la crainte que m'inspirait une détermination dont la soudaineté surprendrait et inquiéterait l'opinion en France. N'était-il pas à craindre que des difficultés nouvelles ne résultassent de la hâte mise ainsi à régler dès à présent des points douteux dont l'examen avait été tacitement ajourné jusqu'en 1900? || Le Comte de Mérode ne parut pas admettre la possibilité d'un malentendu de cette nature. Il estime, quant à lui, qu'à la suite de la mission du Baron Lambert à Paris, en 1890, toutes les obscurités ont été dissipées et que l'accord est devenu parfait entre les deux Gouvernements.

Nr. 10605.
Frankreich.
6. Jan. 1895.

Bourée.

Nr. 10606. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Frankreich verlangt Garantien für den Fall der Annexion.

Paris, 9 janvier 1895.

Nr. 10606.
Frankreich.
9. Jan. 1895.

Je vous serais obligé de voir, le plus tôt possible, le Comte de Mérode et de lui faire savoir combien nous désirons qu'on ne s'engage pas à Bruxelles dans une affaire aussi importante, sans tenir compte des actes et des engagements réciproques sur lesquels s'appuie le droit de préférence de la France. || Au cours des entretiens que j'ai eus dans ces derniers temps avec le Baron Goffinet, la question du droit de préférence de la France n'a jamais été abordée. L'affaire en est donc restée exactement au point où elle se trouvait en 1890. | Peut-être pourrions-nous reprendre la pensée qui a dominé les instructions à vous adressées par M. Ribot, en juillet 1890, mais à la condition que l'on nous accordât, en échange d'un assentiment dont l'importance devrait être appréciée par le Gouvernement belge, des garanties analogues à celles qui étaient réclamées par mon prédécesseur. Si, réellement, le Gouvernement du Roi est disposé, comme vous l'a dit le Comte de Mérode, à se mettre d'accord avec nous, notamment sur "la question de l'aliénation éventuelle à titre gratuit", il est évident que son intérêt est de réaliser l'accord dont il s'agit avant que la discussion ne s'engage au Parlement belge. || Je vous autorise, en tous cas, s'il y a véritablement urgence, et si vous le croyez utile, à remettre au Comte de Mérode un court aide-mémoire par lequel vous lui rappellerez que la question de droit de préférence de la France n'a nullement été abordée dans les pourparlers qui ont eu lieu entre les représentants de l'État du Congo et le Gouvernement français au sujet de la convention du 12 mai 1894 et que, d'autre part, dans la pensée du Gouvernement français, la question en est restée exactement au point où elle a été mise par les actes synallagmatiques échangés en 1885 et 1887, aucune modification n'ayant été apportée à ces actes ni en 1890, ni à aucune date ultérieure.

Hanotaux.

Nr. 10607. FRANKREICH. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Graf Merode.

Bruxelles, 9 janvier 1895.

Nr. 10607.
Frankreich.
9. Jan. 1895.

J'ai fait auprès du Comte de Mérode la démarche que vous m'avez prescrite. L'acte de cession a été signé ce matin avant mon arrivée aux Affaires étrangères par M. van Eetevelde, au nom du Congo, et le Comte de Mérode, au nom de la Belgique. || Cet acte ne sera pas déposé avant mardi sur le bureau de la Chambre. J'ai très vivement insisté pour qu'avant de le soumettre à la discussion du Parlement l'accord s'établisse avec nous sur les points restés en suspens, et dont nous avons fait ressortir l'importance en

1890. || Le Comte de Mérode s'est déclaré prêt à rechercher les bases d'une entente, tout en faisant ses réserves quant à l'extension que nous entendions donner au sens de la lettre de M. Strauch, laquelle ne visait pas "l'aliénation éventuelle à titre gratuit". Il incline aussi à penser que notre droit de préférence ne s'applique pas aux territoires acquis par le Congo au-delà des limites primitives de l'Association africaine. Cette situation étant donnée, je n'ai pas hésité à remettre au Ministre des Affaires étrangères l'aide-mémoire dont vous m'avez suggéré le sens.

Nr. 10607.
Frankreich.
9. Jan. 1895.

Bourée.

Nr. 10608. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Unterredung mit Baron Anethan. Frankreich hält alle seine Ansprüche aufrecht.

Paris, 10 janvier 1895.

J'ai vu hier le Baron d'Anethan à mon audience diplomatique. Je lui ai exposé les vues du Gouvernement français dans la question qui se pose, d'une façon si soudaine, de la reprise éventuelle du Congo par la Belgique. Je lui ai rappelé que la question n'avait nullement été réglée au cours des entretiens qui ont eu lieu, tant à Paris qu'à Bruxelles, en 1890, et que, si elle avait été visée incidemment d'un mot par M. Devolder au mois d'août dernier, j'avais simplement saisi cette occasion de déclarer que la question n'était pas réglée et que c'était là un ordre d'idées sur lequel il y aurait lieu de revenir ultérieurement. J'ai prié le Baron d'Anethan de faire part de ces observations à son Gouvernement, et je lui ai dit que je vous avais donné pour instruction de remettre dès hier, entre les mains du Comte de Mérode, un aide-mémoire destiné à bien établir la situation au point de vue diplomatique. J'ai ajouté, d'ailleurs, que j'étais prêt à entrer en pourparlers immédiats pour un règlement amiable de la difficulté. || Je vous serais obligé de vouloir bien, dès que vous aurez reçu la présente dépêche, remettre entre les mains du Comte de Mérode une nouvelle note visant particulièrement la question de droit et qui pourrait être rédigée ainsi qu'il suit: || Le Gouvernement français ayant été informé de la signature de l'acte de cession du Congo à la Belgique qui doit être très prochainement soumis à la ratification du Parlement, croit devoir formuler à ce sujet toutes les protestations et réserves résultant de la situation de droit qui lui est acquise tant par les actes synallagmatiques intervenus entre la France et l'Association internationale du Congo ou l'État indépendant, les 23—24 avril 1884 et 22—29 avril 1887, que par tous autres engagements et actes internationaux pouvant être mis en cause par la Convention entre la Belgique et l'État du Congo incluse dans le projet de loi dont il s'agit.

Nr. 10608.
Frankreich.
10. Jan. 1895.

Hanotaux.

Nr. 10609. **KONGOSTAAT.** — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Brüssel.
Grenzen des neutralen Kongostaates.

Bruxelles, le 11 janvier 1895.

Nr. 10609.
Kongostaat.
11. Jan. 1895.

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le régime de la neutralité, qui a fait l'objet de la déclaration notifiée aux Puissances par l'État indépendant du Congo, le 1^{er} août 1885, s'appliquera désormais au territoire de l'État délimité comme suit, en conséquence du Protocole du 29 avril 1887 et de l'Arrangement du 14 août 1894 conclus avec la République française, des conventions conclues le 25 mai 1891 et des déclarations signées le 24 mars 1894 avec le Gouvernement de Sa Majesté Très Fidèle et de l'Arrangement conclu le 12 mai 1894 avec le Gouvernement britannique:

Au nord:

Une droite de 950 mètres, partant d'un point sur la plage de l'océan Atlantique à 300 mètres au nord de la maison principale de la factorerie hollandaise de Lungo; point dont la latitude est de 5° 47' 14", 31 Sud, et joignant, dans la direction sud-est, l'embouchure de la petite rivière de Lungo, qui se jette dans la lagune du même nom. || Le cours de la petite rivière de Lungo jusqu'à la mare de Mallongo, les villages de Congo, N'Coude, Ilma, etc., restant à l'État indépendant du Congo; ceux de Cabo-Lombo, M'Venho, Iabe, Ganzu, Faly, Spita-Gagandjime, M'Goio, M'To, Fortalisa, Sokki, etc., au Portugal; || Le cours des rivières Venzo et Lulofe, jusqu'à la source de cette dernière sur le versant de la montagne Nime-Tchiamo, les coordonnées géographiques de cette source étant: latitude Sud, 5° 44' 19", 60; longitude Est Greenwich, 12° 17' 25", 28; || Le parallèle de cette source, jusqu'à son intersection avec le méridien du confluent de la Luculla et de la rivière appelée par les uns N'Geuze et par d'autres Culla-Calla, les coordonnées de ce confluent étant: latitude Sud, 5° 10' 49", 30; longitude Est Greenwich, 12° 32' 6", 60; || Le méridien ainsi déterminé jusqu'à sa rencontre avec la rivière Luculla; || Le cours de la Luculla jusqu'à son confluent avec le Chiloango (Ioango-Luce); || La rivière Chiloango, depuis l'embouchure du Lucullo, jusqu'à sa source la plus septentrionale; || La crête de partage des eaux du Niadi-Quileou et du Congo, jusqu'au delà du méridien de Manyanga; || Une ligne à déterminer et qui, suivant autant que possible une division naturelle du terrain, aboutisse entre la station de Manyanga et la cataracte de Ntombo-Mataka, en un point situé sur la partie navigable du fleuve*); || Le Congo, jusqu'au Stanley-Pool; || La ligne médiane du Stanley-Pool; || Le Congo, jusqu'au con-

*) Cette ligne a été déterminée partiellement ainsi qu'il suit: || Le fond du ravin dont la communication avec le Congo est située à environ 440 mètres et au sud 43° Est par rapport au mât de pavillon du poste de l'État indépendant du Congo à Manyanga; || Le prolongement de ce ravin jusqu'à sa rencontre avec le chemin allant

fluent de l'Oubanghi; || Le thalweg de l'Oubanghi, jusqu'au confluent de M'Bomou et du Oucllé; || Le thalweg du M'Bomou jusqu'à sa source; || Une ligne droite rejoignant la crête de partage des eaux entre les bassins du Congo et du Nil.

Nr. 10609.
Kongostaat.
11. Jan. 1895.

Au nord-est:

La crête de partage des eaux du Nil et du Congo, jusqu'à l'intersection de cette crête avec le 30° méridien Est de Greenwich (27° 40' Paris); || La prolongation de cette même crête de partage, jusqu'à sa seconde intersection avec le susdit 30° méridien Est de Greenwich.

A l'est:

Le 30° degré de longitude Est de Greenwich jusqu'à la hauteur du 1° 20' de la latitude Sud; || Une ligne droite menée de l'intersection du 30° degré de longitude Est avec le parallèle de 1° 20' de latitude Sud, jusqu'à l'extrémité septentrionale du lac Tanganika; || La ligne médiane du lac Tanganika; || Une ligne allant directement de l'extrémité du cap Akalunga sur le lac Tanganika, situé au point le plus septentrional de la baie de Cameron, par environ 8° 15' de latitude Sud, à la rive droite de la rivière Luapula, au point où cette rivière sort du lac Moëro; || De ce point, une ligne menée directement jusqu'à l'embouchure de la rivière Luapula dans le lac Moëro; cette ligne, toutefois, déviant vers le sud du lac, de façon à laisser l'île de Kilwa à la Grande-Bretagne, || Le thalweg de la Luapula, jusqu'au point où cette rivière sort du lac Bonguélo; || Le méridien de longitude, dans la direction du Sud, passant par ce point jusqu'à la crête de partage du Congo et du Zambèze.

Au sud:

La crête de partage du Congo et du Zambèze jusqu'à la source de celui des affluents du Kassaï qui prend naissance dans le lac Dilolo; || Le cours de cet affluent depuis sa source jusqu'à son embouchure; || Le thalweg du Kassaï, jusqu'au parallèle 7° 17' de latitude Sud; || Le parallèle 7° 17' de latitude Sud, jusqu'à son intersection avec le thalweg de la Chikapa; || Le thalweg de la rivière Chakapa, jusqu'à son intersection avec le parallèle 6° 55' de latitude Sud; || Ce chemin jusqu'à sa rencontre avec le premier ruisseau affluent de la rivière Ntimbo; || Ce ruisseau, jusqu'à son confluent avec ladite rivière Ntimbo; || Cette rivière, jusqu'à sa source la plus occidentale; || Une ligne sinueuse remontant vers le nord jusqu'au bord du plateau de Kouyanga, et suivant ensuite une ligne de partage des eaux, jusqu'à sa rencontre avec le bassin de la Louaïa, au nord et à l'ouest du village de Koumbi; || Une ligne se dirigeant sur le coude de la Louaïa près du village de Kiloumbou; || La rivière Louaïa, jusqu'au village de Kaouga. || La ligne, ainsi déterminée, laisse à l'Ouest, c'est-à-dire sur le territoire de l'Etat indépendant du Congo, les villages de N'Souso, Massangui, Usanga, Kin-Kendo et Kintombo; et à l'est, c'est-à-dire sur le territoire de la France, le groupe de Ntombo, le village de Nsomé, le marché de Manyanga, les villages de Kinsonia, Bondo, Kounyanga, le marché de Konso, les villages de Mbango, Banza-Baha, Kiloumbou et Kaanga.

Nr. 10609.
Kongostaat.
11. Jan. 1895.

tude Sud; || Le parallèle 6° 55' de latitude Sud, jusqu'à son intersection avec le thalweg de la Lovna; || Le thalweg de la Lovna, jusqu'à son intersection avec le 7° degré de latitude Sud; || Le 7° degré de latitude Sud jusqu'à son intersection avec le thalweg de la Loangué; || Le thalweg de la Loangué jusqu'au confluent de la Kangulungu ou Kama-Bomba; || Le thalweg de la Kangulungu jusqu'à son intersection avec le parallèle du confluent du Kwilu et de la Luita (7° 34' de latitude Sud approximativement); || Ce parallèle, jusqu'au confluent du Kwilu et de la Luita; || Le thalweg de la Luita, depuis la jonction de ses eaux avec le Kwilu jusqu'au 8° degré de latitude Sud; || Le 8° degré de latitude Sud, jusqu'à son intersection avec le thalweg du Kwengo; || Le thalweg du Kwengo, jusqu'à son intersection avec le parallèle 7° 55' de latitude Sud; || Le parallèle 7° 55' de latitude Sud, jusqu'au thalweg de la Lucaïa; || Le thalweg de la Lucaïa, jusqu'au 8° degré de latitude Sud; || Le 8° degré de latitude Sud, jusqu'au thalweg de la Kamanguna, rivière par laquelle les eaux de la rivière Lué entrent dans le N'Kombo; || Le thalweg de la Kamanguna et du N'Kombo, jusqu'à sa jonction avec l'Uövo; || Le thalweg de l'Uövo, jusqu'à son embouchure dans la Wamba; || Le thalweg de la Wamba, depuis l'embouchure de l'Uövo jusqu'à son intersection avec le parallèle du point de jonction entre la Komba et la Lola; || Ce parallèle, jusqu'au point de jonction de la Komba et de la Lola (8' Ouest de la Wamba, et 8° 5' 40" de latitude Sud approximativement); || Le thalweg du canal par lequel s'écoulent les eaux de la Lola, jusqu'à son intersection avec le thalweg de la Tungila; || Le thalweg de la Tungila, jusqu'à son embouchure dans le Kwango, (8° 7' 40" de latitude Sud approximativement); || Le thalweg du Kwango, jusqu'à la rencontre du parallèle passant par la résidence de Nokki; Le parallèle passant par la résidence de Nokki (latitude Sud, 5° 52' 10", 14; longitude adoptée Est de Greenwich, 13° 28' 25", 25), depuis le Kwango jusqu'à un point pris sur ce parallèle, à 2,000 mètres à l'est de la rive gauche du Congo; une droite joignant ce dernier point au point d'intersection de la rive gauche du Congo avec le parallèle passant à 100 mètres au nord de la maison principale de la factorerie de Domingos de Souza à Nokki; || Ce parallèle jusqu'à son intersection avec la ligne moyenne du chenal de navigation généralement suivi par les bâtiments de grand tirant d'eau; || Cette ligne moyenne, jusqu'à l'embouchure du fleuve Congo, ligne qui actuellement laisse à droite et comprises entre cette ligne et la rive droite du fleuve, notamment et entre autres, les fles fluviales nommées Bulambemba, Matébo et île des Princes et à gauche et comprises entre cette ligne et la rive gauche du fleuve, notamment et entre autres, les fles fluviales connues sous les noms de Bulicaco et fles de Sacran Amboca.

A l'ouest:

L'océan Atlantique, entre le point d'aboutissement à la mer de la ligne ci-dessus décrite et le point situé à 300 mètres au nord de la maison principale de la factorerie hollandaise de Lungo.

Van Ectevelde.

Nr. 10610. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Belgien ist zu Verhandlungen über das französische Vorzugsrecht bereit.

Paris, le 11 janvier 1895.

Le Baron Beyens est venu me dire, au nom du Baron d'Anethan, souffrant, que son Gouvernement était disposé à entrer immédiatement en pourparlers au sujet des conditions dans lesquelles la reprise de l'État indépendant par la Belgique peut se concilier avec notre droit de préférence.

Nr. 10610.
Frankreich.
11. Jan. 1895.

Hanotaux.

Nr. 10611. **BELGIEN.** — Der Gesandte in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Die Annexion widerspricht den Verträgen nicht.

Paris, le 13 janvier 1895.

Monsieur le Ministre, D'après une communication que M. Bourée a faite le 11 janvier à M. le Comte de Mérode Westerloo, Ministre des Affaires étrangères "le Gouvernement français ayant été informé de la signature de l'acte de cession du Congo à la Belgique, qui doit être très prochainement soumis à la ratification du Parlement, croit devoir formuler à ce sujet toutes les protestations et réserves résultant de la situation de droit qui lui est acquise, tant par les actes synallagmatiques intervenus entre lui et l'Association internationale africaine ou l'État indépendant, les 23—24 avril 1884 et 22—29 avril 1887, que par tous engagements et actes internationaux pouvant être mis en cause par la convention dont il s'agit entre la Belgique et l'État du Congo". || Le Gouvernement du Roi ne se rend pas compte des motifs de droit sur lesquels se basent les protestations et réserves du Cabinet de Paris. Mais il a la sincère et complète conviction que l'arrangement en question n'est en désaccord avec aucun des engagements pouvant résulter, soit pour l'État du Congo, soit pour la Belgique, des actes cités et de ceux auxquels il peut avoir été fait allusion. || Les obligations de l'Association internationale africaine envers la France ont passé à l'État du Congo; en passant intégralement à la Belgique, elles ne peuvent acquérir qu'une garantie de plus. || Au Gouvernement personnel du Roi souverain aura succédé le Gouvernement constitutionnel du Roi des Belges.

Nr. 10611.
Belgien.
13. Jan. 1895.

Baron d'Anethan.

Nr. 10612. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an den belgischen Gesandten in Paris. Bestätigt den Empfang des Vorigen.

Paris, le 15 janvier 1895.

Monsieur le Baron, Vous avez bien voulu, par votre lettre en date du 13 de ce mois, m'accuser réception de la note remise récemment par M. Bourée au Gouvernement du Roi relativement au projet de cession à la Belgique des

Nr. 10612.
Frankreich.
15. Jan. 1895.

Nr. 10612.
Frankreich.
15. Jan. 1895. territoires de l'État indépendant du Congo. || Bien que divers passages de la lettre susmentionnée me paraissent pouvoir soulever de la part du Gouvernement français certaines réserves ou demandes d'éclaircissement, je ne crois pas à propos, en raison des pourparlers actuellement en cours, d'entrer en discussion à ce sujet, et j'ai la confiance qu'à la suite de l'échange de vues, qui se poursuit actuellement, l'entente pourra s'établir entre les Gouvernements intéressés.

Hanotaux.

Nr. 10613. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Abschluss eines Vertrages mit Belgien.

Paris, le 5 février 1895.

Nr. 10613.
Frankreich.
5. Feb. 1895. Les pourparlers que j'avais engagés avec le Baron d'Anethan viennent d'aboutir à la signature d'un arrangement réglant et précisant le droit de préférence de la France, en cas de transfert du Congo à la Belgique. Il a été entendu que l'acte ne serait publié que dans quelques jours.

Hanotaux.

Nr. 10614. **FRANKREICH UND BELGIEN.** — Arrangement portant règlement du droit de préférence de la France sur les territoires de l'État du Congo.

Nr. 10614.
Frankreich
und Belgien.
5. Feb. 1895. Considérant qu'en vertu des lettres échangées les 23—24 avril 1884, entre M. Strauch, Président de l'Association internationale du Congo, et M. Jules Ferry, Président du Conseil et Ministre des Affaires étrangères de la République française, un droit de préférence a été assuré à la France pour le cas où l'Association serait amenée un jour à réaliser ses possessions; que ce droit de préférence a été maintenu, lorsque l'État indépendant du Congo a remplacé l'Association internationale; || Considérant qu'en vue du transfert à la Belgique des possessions de l'État indépendant du Congo, en vertu du traité de cession du 9 janvier 1895, le Gouvernement belge se trouvera substitué à l'obligation contractée sous ce rapport par le Gouvernement dudit État; Les soussignés sont convenus des dispositions suivantes qui régleront désormais le droit de préférence de la France à l'égard de la Colonie belge du Congo.

Article premier.

Le Gouvernement belge reconnaît à la France un droit de préférence sur ses possessions congolaises, en cas d'aliénation de celles-ci à titre onéreux en tout ou en partie. || Donneront également ouverture au droit de préférence de la France, et feront, par suite, l'objet d'une négociation préalable entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement belge, tout échange des territoires congolais avec une Puissance étrangère; toute location

desdits territoires, en tout ou en partie, aux mains d'un État étranger ou d'une Compagnie étrangère investie de droits de souveraineté.

Nr. 10614.
Frankreich
und Belgien.
5. Feb. 1895.

Article 2.

Le Gouvernement belge déclare qu'il ne sera jamais fait de cession à titre gratuit de tout ou partie de ces mêmes possessions.

Article 3.

Les dispositions prévues aux articles ci-dessus s'appliquent à la totalité des territoires du Congo belge. || En foi de quoi les soussignés ont dressé le présent Arrangement qu'ils ont revêtu de leur cachet. || Fait, en double exemplaire, à Paris, le 5 février 1895.

G. Hanotaux.
Baron d'Anethan.

Nr. 10615. **FRANKREICH UND BELGIEN.** — Erklärung über die Abgrenzung der französischen und belgischen Besitzungen im Stanley-Pool.

Le Gouvernement de la République française et le Gouvernement belge conviennent d'adopter pour limites de leurs possessions respectives dans le Stanley-Pool: || La ligne médiane du Stanley-Pool jusqu'au point de contact de cette ligne avec l'île de Bamou, la rive méridionale de cette île jusqu'à son extrémité orientale, ensuite la ligne médiane du Stanley-Pool. || L'île de Bamou, les eaux et les flots compris entre l'île de Bamou et la rive septentrionale du Stanley-Pool seront à la France; les eaux et les îles comprises entre l'île de Bamou et la rive méridionale du Stanley-Pool seront à la Belgique. || Il ne sera pas créé d'établissements militaires dans l'île de Bamou. En foi de quoi les soussignés ont dressé la présente déclaration, qu'ils ont revêtue de leur cachet.

Nr. 10615.
Frankreich
und Belgien.
5. Feb. 1895.

Fait, en double exemplaire, à Paris, le 5 février 1895.

G. Hanotaux.
Baron D'Anethan.

Nr. 10616. **BELGIEN.** — Der Gesandte in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. — Einsetzung einer gemischten Kommission zur Grenzbestimmung im Gebiete des Manyanga und Niadi-Quillou.

Paris, le 5 février 1895.

Monsieur le Ministre, La frontière entre l'État indépendant du Congo et le Congo français n'ayant pas été complètement délimitée dans la région de Manyanga et du Niadi-Quillou, Votre Excellence désire qu'une Commission mixte se réunisse aussitôt que possible à Paris pour compléter et rectifier, s'il

Nr. 10616.
Belgien.
5. Feb. 1895.

Nr. 10616. y a lieu, le tracé de cette frontière, d'après les documents les plus récents
Belgien.
5. Feb. 1895. recueillis par les agents des deux pays. || J'ai l'honneur de faire connaître à
Votre Excellence que mon Gouvernement est disposé à nommer des délégués
pour prendre part aux travaux de cette Commission. Baron d'Anethan.

Nr. 10617. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an
den belgischen Gesandten in Paris. — Antwort auf
das Vorige.

Paris, le 6 février 1895.

Nr. 10617. Monsieur le Baron, Par votre lettre du 5 de ce mois vous avez bien
Frankreich.
6. Feb. 1895. voulu me faire connaître qu'en vue de répondre au désir que je vous avais
exprimé, au cours de nos récents pourparlers relatifs aux affaires du Congo,
le Gouvernement belge est disposé à donner son assentiment à la constitution
d'une Commission mixte qui se réunira aussitôt que possible à Paris pour
compléter et rectifier, s'il y a lieu, d'après les documents les plus récents re-
cueillis par les agents des deux pays, le tracé de la frontière entre l'État
indépendant et le Congo français dans la région de Manyanga et du Niadi-
Quillon. || Je m'empresse de vous remercier de cette obligeante communication.

Hanotaux.

Nr. 10618. **ENGLAND UND ITALIEN.** — Abgrenzung ihrer Ein-
flusssphären in Ostafrika*).

Nr. 10618. In order to complete the delimitation of the spheres of influence of Great
England
und Italien.
5. Mai 1894. Britain and Italy in Eastern Africa, which formed the subject of the Proto-
cols signed at Rome on the 24th March and the 15th April, 1891, the Under-
signed, || Francesco Crispi, President of the Council of Ministers of His Majesty
the King of Italy, Knight of the Supreme Order of the Holy Annunciation,
Knight Grand Cross of the Orders of St. Maurice and St. Lazarus, and of
the Crown of Italy, Member of Parliament; and || Sir Francis Clare Ford,
Grand Cross of the Most Honourable Order of the Bath, Grand Cross of the
Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, a Member of
Her Majesty's Most Honourable Privy Council, and Ambassador Extraordinary
and Plenipotentiary of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of
Great Britain and Ireland, Empress of India, to His Majesty the King of
Italy; || authorized by their respective Governments, have agreed as follows: —

1. The boundary of the spheres of influence of Great Britain and of
Italy in the regions of the Gulf of Aden shall be constituted by a line which,
starting from Gildessa and running towards the 8th degree of north latitude,
skirts the north-east frontier of the territories of the Girrhi, Bertiri and Rer
Ali tribes, leaving to the right the villages of Gildessa, Darmi, Gig-giga, and

*) Engl. Blaubuch Treaty Series 17. (1894). 378 b.

Milmil. On reaching the 8th degree of north latitude the line follows that parallel as far as its intersection with the 48th degree of longitude east of Greenwich. It then runs to the intersection of the 9th degree of north latitude with the 49th degree of longitude east of Greenwich, and follows that meridian of longitude to the sea. Nr. 10618.
England
und Italien.
5. Mai 1894.

2. The two Governments engage to conform, in the regions of the British Protectorate and in those of the Ogaden, to the stipulations contained in the General Act of Berlin and in the Declaration of Brussels relative to freedom of trade, in favour as well of British and Italian subjects and protected persons as of the tribes inhabiting those territories.

3. In the port of Zeyla there shall be equality of treatment between British and Italian subjects and protected persons, in all that relates to their persons, their property and to the exercise of trade and industry.

Rome, May 5th, 1894.

Francis Clare Ford.
Francesco Crispi.

Nr. 10619. DEUTSCHLAND UND FRANKREICH. — Abkommen vom 15. März 1894, betreffend die Abgrenzung des Schutzgebietes von Kamerun und der Kolonie des französischen Kongo sowie über die Festsetzung der deutschen und französischen Interessensphäre im Gebiete des Tschadsees*).

Nachdem die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und die Regierung der Französischen Republik im Sinne eines gegenseitigen guten Einverständnisses beschlossen haben, das von ihren beiderseitigen Bevollmächtigten über die Abgrenzung des Schutzgebietes von Kamerun und der Kolonie des französischen Kongo sowie über die Festsetzung der deutschen und französischen Interessensphären im Gebiete des Tschadsees vorbereitete Abkommen in Kraft und Wirksamkeit zu setzen, haben die hierzu gehörig ermächtigten Unterzeichneten, nämlich: || der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches Freiherr v. Marschall und || der ausserordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Französischen Republik bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser Jules Herbette, || das am 4. Februar dieses Jahres aufgenommene Protokoll (nebst seinen Anlagen), dessen Wortlaut hier folgt, bestätigt. Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Protokoll

Die Unterzeichneten: || Doktor Paul Kayser, Wirklicher Geheimer Legationsrath und Dirigent der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes; || Doktor Alexander Freiherr v. Danckelman, Professor; || Jacques Haussmann, Abtheilungschef im Unterstaatssekretariat der Kolonien; || Parfait-Louis Monteil, Bataillons-

*) Deutsches Kolonialblatt (Extranummer). 16. März 1894.

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

chef der Marine-Infanterie, || bevollmächtigt von der Kaiserlich deutschen Regierung und von der Regierung der Französischen Republik, ein Abkommen vorzubereiten, welches bestimmt ist, die zwischen Deutschland und Frankreich in dem Gebiete zwischen Kamerun und dem französischen Kongo schwebenden Fragen zu regeln und die Grenzlinie der beiderseitigen Interessensphären in dem Gebiete des Tschadsees festzusetzen, haben sich über die nachstehenden Artikel geeinigt:

Artikel 1.

Die Grenzlinie zwischen dem Schutzgebiete von Kamerun und dem französischen Kongo soll von dem Schneidepunkte, wo der die bestehende Grenze bildende Breitenparallel den 15. Grad östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlicher Länge von Paris) trifft, dem genannten Längengrade bis zu seinem Zusammentreffen mit dem Ngokofusse folgen, sodann diesen Fluss bis zu dessen Schneidepunkt mit dem 2. Grade nördlicher Breite*) entlang gehen und von dort, sich ostwärts wendend, diesem Breitengrade bis zu seinem Zusammentreffen mit dem Sangafusse folgen. Sie soll dann, nordwärts gehend, auf eine Länge von 30 km dem Sanga folgen; von dem so festgestellten Punkte auf dem rechten Ufer des Sanga läuft die Grenze in gerader Richtung auf einen Punkt des Breitengrades von Bania zu, der 62 Minuten westlich von Bania liegt, und geht von hier in gerader Richtung auf einen Punkt des Breitengrades von Gasa, der 43 Minuten westlich von Gasa liegt. || Von dort soll die Grenze in gerader Linie auf Kunde zu laufen, Kunde östlich lassend mit einer Bannmeile, welche im Westen durch einen mit einem Radius von 5 km gezogenen Kreisabschnitt bestimmt wird, der im Süden von seinem Schneidepunkte mit der nach Kunde führenden Linie ausgeht und im Norden am Schneidepunkt mit dem Längengrade von Kunde endet. Dem Breitengrade dieses letztgenannten Schneidepunktes folgt die Grenze von hier nach Osten bis zum Zusammentreffen mit dem 15. Grad östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlich von Paris)**). || Die Grenzlinie soll dann dem 15. Grad östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlich Paris) bis zu seinem Zusammentreffen mit dem Breitengrade 8 Grad 30 Minuten nördlicher Breite und von da einer geraden, auf Lame zu laufenden Linie folgen, welche zur Bildung einer Bannmeile von 5 km Halbmesser für Lame westlich von diesem Punkte ausbiegt. || Die Linie von Lame wird sodann in gerader Richtung auf das linke Ufer des Mayo-Kebbi in der Höhe von Bifara***) fortgesetzt. Von ihrem Schneidepunkte mit dem linken Ufer des Mayo-Kebbi soll die Grenze den Fluss überschreiten und in gerader Richtung gegen Norden, Bifara östlich lassend, bis zum Zusammentreffen mit dem 10. Breitengrade

*) Siehe Anlage § II.

**) Siehe Anlage § III.

***) Siehe Anlage § IV.

laufen. Sie soll diesem Breitengrade bis zu seinem Schnidepunkte mit dem Shari*) und schliesslich dem Laufe des Shari bis zum Tschadsee**) folgen.

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Artikel 2.

Die deutsche Regierung und die französische Regierung verpflichten sich gegenseitig, keinerlei politische Einwirkung in den Interessensphären auszuüben, welche sie einander durch die im vorigen Artikel festgestellte Grenzlinie zuerkannt haben. Keine der beiden Mächte wird demgemäss in der der anderen Macht vorbehaltenen Interessensphäre Gebietserwerbungen machen, Verträge abschliessen, Souveränitäts- oder Protektoratsrechte annehmen oder den Einfluss der anderen Macht hindern oder anfechten.

Artikel 3.

Deutschland bezüglich der Gewässer des Benuë und seiner Zuflüsse, soweit sie in der deutschen Interessensphäre liegen, und Frankreich bezüglich desjenigen Theils des Mayo-Kebbi und der anderen Zuflüsse des Benuë, welche in der französischen Interessensphäre liegen, erkennen gegenseitig ihre Verpflichtung an, die in den Artikeln 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33 der Berliner Akte vom 26. Februar 1885 aufgeführten, auf die Freiheit der Schifffahrt und des Handels bezüglichen Bestimmungen anzuwenden und ihnen Geltung zu verschaffen, ebenso wie sie dies auch bezüglich der Vorschriften der Brüsseler Akte über die Einfuhr von Waffen und Spirituosen thun werden. || Deutschland und Frankreich sichern sich beiderseitig den Genuss dieser nämlichen Bestimmungen zu, soweit sie sich auf die Schifffahrt auf dem Shari, Logone und ihren Zuflüssen und auf die Einfuhr von Waffen und Spirituosen in die Becken dieser Gewässer beziehen.

Artikel 4.

In den beiderseitigen Interessensphären, welche in den Becken des Benuë und seiner Zuflüsse, des Shari, des Logone und ihrer Zuflüsse liegen, sowie auch in den Gebieten südlich und südöstlich vom Tschadsee sollen die Handel-treibenden und Reisenden der beiden Länder bezüglich der Benutzung der Landstrassen und anderer Verbindungswege zu Lande auf dem Fuss vollkommener Gleichheit behandelt werden. In den genannten Gebieten sollen die beiderseitigen Staatsangehörigen bezüglich der zur Ausübung und Entwicklung ihres Handels und ihrer Industrie erforderlichen Erwerbungen und Anlagen denselben Vorschriften unterworfen sein und dieselben Vergünstigungen geniessen. || Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind die Landstrassen und Verbindungswege zu Lande in den Küstenbecken von Kamerun und in den Küstenbecken des französischen Kongo, die nicht in dem in der Berliner Akte festgesetzten konventionellen Kongobecken belegen sind. || Dagegen finden die obengedachten

*) Siehe Anlage § III.

**) Siehe Anlage § V.

Nr. 10619. Bestimmungen Anwendung auf die Strasse Yola, Ngaundere, Kunde, Gasa, Deutschland und Bania und zurück, wie sie auf der diesem Protokoll beigefügten Karte vermerkt ist, sollte diese Strasse auch durch Zuflüsse der Küstenbecken durchschnitten sein. || Die Zoll- oder Steuertarife, welche etwa von einem oder dem anderen Theile aufgestellt werden, sollen hinsichtlich der Handeltreibenden beider Länder keinerlei verschiedenartige Anwendung zulassen.

Frankreich. 15. März 1894.

Artikel 5.

Zur Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll errichtet und ihre Unterschrift darunter gesetzt.

Geschehen zu Berlin in doppelter Ausfertigung am 4. Februar 1894.

Die deutschen Bevollmächtigten:

Kayser.
von Danckelman.

Die französischen Bevollmächtigten:

Haussmann.
Monteil.

Anlage.

§ I. Die von den vertragschliessenden Mächten vereinbarte Grenzlinie ihrer beiderseitigen Interessensphären, wie sie im Artikel 1 des Protokolls vom heutigen Tage beschrieben ist, soll übereinstimmen mit derjenigen Linie, welche auf der dem gegenwärtigen Protokoll beigefügten Karte eingezeichnet ist. Diese Karte ist nach den zur Zeit bekannten und von beiden Seiten anerkannten geographischen Angaben angefertigt.

§ II. Sollte sich herausstellen, dass der Ngokofluss, nachdem er den 15. Grad östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlicher Länge von Paris) getroffen hat, den 2. Grad nördlicher Breite nicht mehr schneidet, so soll die Grenze dem Ngoko auf eine Strecke von 35 km östlich von seinem Schneidepunkt mit dem 15. Grade östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlicher Länge von Paris) folgen. Von dem östlich in dieser Weise festgelegten Punkte würde sie dann in gerader Linie wieder nach dem 2. Grade nördlicher Breite gehen und zwar nach demjenigen Punkte, wo dieser Grad den Sanga schneidet.

§ III. Wenn sich auf Grund neuerer, gehörig geprüfter Beobachtungen herausstellen sollte, dass die Lage von Bania, Gasa oder Kunde irrig angenommen ist, und wenn infolge dessen die Grenze, wie sie durch das gegenwärtige Protokoll festgelegt ist, sich bezüglich eines dieser drei Punkte um mehr als 10 Bogenminuten westlich des 15. Grades östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlicher Länge von Paris) zurückschieben würde, so werden sich die beiden Regierungen ins Einvernehmen setzen, um zu einer Grenzberichtigung zu schreiten, durch welche Deutschland in dem fraglichen

Gebiete eine gleichwerthige Kompensation erhält. || Eine gleiche Berichtigung würde behufs Zubilligung einer Kompensation an Frankreich einzutreten haben, wenn sich herausstellen sollte, dass der Schnittpunkt des 10. Grades nördlicher Breite mit dem Shari die Grenze um mehr als 10 Bogenminuten östlich des auf der Karte bezeichneten Punktes verschiebt (17 Grad 10 Minuten östlicher Länge von Greenwich — 14 Grad 50 Minuten östlicher Länge von Paris).

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

§ IV. Was den Zugangspunkt zum Mayo-Kebbi betrifft, so besteht darüber Einverständniss, dass, wie auch die Lage dieses Punktes sich endgültig herausstellen wird, die Grenze die Ortschaften Bifara und Lame in der französischen Interessensphäre lässt.

§ V. Für den Fall, dass sich der Shari von Gulfey bis zu seiner Einmündung in den Tschadsee in mehrere Arme theilen sollte, würde die Grenze dem schiffbaren Hauptarme bis zur Mündung in den Tschadsee zu folgen haben, mit dem Vorbehalte, dass diese Linie als endgültige nur dann anzusehen ist, wenn der Längenunterschied zwischen dem auf diese Weise am Südufer des Tschadsee erreichten Grenzpunkte und Kuka, der Hauptstadt von Bornu, welche als fester Punkt angenommen wird, einen Grad beträgt. Sollten spätere, gehörig geprüfte Beobachtungen ergeben, dass der Längenunterschied zwischen Kuka und jener Mündung von dem soeben angegebenen nach der einen oder der anderen Seite um mehr als 5 Bogenminuten abweicht, so soll durch ein freundschaftliches Uebereinkommen dieser Theil der Grenzlinie so abgeändert werden, dass die beiden Theile bezüglich des Zuganges zum Tschadsee und bezüglich der ihnen in dieser Gegend zuerkannten Gebiete solche Vortheile erhalten, welche gleichwerthig mit denjenigen sind, die ihnen durch die Grenzlinie zugesichert sind, wie sie auf der dem gegenwärtigen Protokolle anliegenden Karte eingezeichnet ist.

§ VI. Wo der Lauf eines Stromes oder Flusses als Grenzlinie bestimmt ist, wird der Thalweg des Stromes oder Flusses als Grenze angesehen.

§ VII. Die beiden Regierungen sind damit einverstanden, dass die gedachten Linien, durch welche die Grenze in dem gegenwärtigen Protokoll festgesetzt wird, nach und nach durch Grenzlinien ersetzt werden sollen, welche sich der natürlichen Gestalt des Geländes anpassen und durch genau bestimmte Punkte festgelegt sind, wobei darauf Bedacht genommen werden soll, dass bei den zu diesem Zwecke zu treffenden Vereinbarungen keiner der beiden Theile ohne gleichwerthige Kompensation für den anderen einen Vortheil erhält.] Als Anlage zum Protokoll vom 4. Februar 1894 genehmigt.

Die deutschen Bevollmächtigten:

Kayser.
von Danckelman.

Die französischen Bevollmächtigten:

Hausmann.
Monteil.

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Das gegenwärtige Abkommen wird ratifizirt und die Ratifikationsurkunden werden in Berlin innerhalb einer Frist von längstens sechs Monaten ausgetauscht werden.

Geschehen zu Berlin, den 15. März 1884.

Freiherr v. Marschall.
Jules Herbette.

Denkschrift zum Abkommen vom 15. März 1894.

Bereits im Frühjahr 1885 hatte die Kaiserliche Regierung zum Zwecke der Erweiterung der deutschen Besitzergreifungen in den Küstengebieten von Kamerun nach Osten und Norden hin die Entsendung zweier Expeditionen ins Auge gefasst. Die eine, welche in das nördliche Kamerunhinterland eindringen sollte, war dazu ausersehen, der Flegel'schen Adamauaexpedition entgegenzugehen, während die Ostexpedition, von der Batangaküste aus, möglichst weit in das südliche Hinterland von Kamerun vordringen und den Kongo oder einen seiner damals noch fast völlig unbekanntem nördlichen Zufüsse zu erreichen bestrebt sein sollte. || Die Regierung beabsichtigte in dieser Angelegenheit, soweit es irgend angängig war, im Einverständniss mit den in Kamerun thätigen Hamburger Handelsfirmen vorzugehen, welche ihrerseits, da sie Werth darauf legten, das Handelsgebiet namentlich an der bis dahin noch nicht völlig erforschten Küste und an deren unmittelbarem Hinterlande zu erweitern, die Unterstützung der Unternehmungen nach besten Kräften zugesagt hatten. || Die Auffindung geeigneter Expeditionsleiter bereitete der Ausführung dieser Pläne von vornherein grosse Schwierigkeiten und verzögerte die auch nur theilweise Ausführung derselben bis in das Jahr 1886 hinein. Die Führung der Nordexpedition wurde, nachdem der einzige aus früherer persönlicher Anschauung mit den Verhältnissen des Sudan und der Tschadseegebiete vertraute deutsche Reisende eine Betheiligung mit dem Hinweis auf seinen den Anstrengungen eines solchen Unternehmens nicht mehr gewachsenen Gesundheitszustand abgelehnt hatte, dem von geographischen Sachverständigen empfohlenen Dr. Schwarz übergeben. || Bekanntlich kam diese Expedition nicht über den oberen Mungo hinaus und verlief trotz Aufwendung erheblicher Mittel nahezu ohne jedes Ergebniss gleichwie die Expedition Flegel's nach Adamaua selbst. Die Südexpedition musste überhaupt, da es trotz längerer Verhandlungen nicht gelang, einen geeigneten Leiter zu finden, zunächst vertagt werden, was sich um so eher rechtfertigen liess, als sie im Hinblick auf das am 24. Dezember 1885 mit der französischen Republik getroffene Abkommen, welches die Südgrenze des Schutzgebietes bis zum 15.^o östl. Gr. gegen schon damals zu befürchtende Uebergriffe sicherstellte, nicht so dringend nöthig schien, um die Gefahr zu laufen, dass ihr Schicksal einem in Afrika unerprobten Reisenden anvertraut würde. || Um die Mitte des Jahres 1885 langten die ersten Nachrichten nach

Europa, dass der englische Missionar Grenfell mit seinem Dampfer „Peace“ einen grossen nördlichen Nebenfluss des Kongo, den Ubangi, entdeckt und bis zu 4° 30' nördl. Br. befahren habe und dass durch diese Reise eine sehr bequeme Zugangsstrasse zu den Hinterländern des Kamerungebietes entdeckt sei. Die damalige „Afrikanische Gesellschaft in Deutschland“ machte in einer Eingabe vom 18. Januar 1886 an das Auswärtige Amt auf die Wichtigkeit dieser Entdeckung aufmerksam und erbat sich aus dem vom Reichstage bewilligten, damals im Reichsamt des Innern verwalteten Fonds „zur Förderung der auf Erschliessung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen“ den Betrag von 60 000 bis 70 000 Mk. zur Beschaffung eines Dampfers und Ueberführung desselben auf den Kongo, sowie die Summe von 50 000 Mk. zur Begründung einer oder mehrerer Stationen an dem Ubangi und Erwerbung des Gebietes zwischen diesem Flusse und der Küste für Deutschland. || In der ausführlichen Begründung wurde von Seiten des Vorstandes der Gesellschaft auf die Nothwendigkeit eines schnellen Handelns zur Erreichung dieses Zieles hingewiesen, weil die französische Regierung die Erwerbung dieses Gebietes durch die Gebrüder de Brazza gleichfalls in Aussicht genommen habe. Kurze Zeit vor dieser Eingabe hatte der damals von seiner Kongoreise zurückgekehrte Dr. Zintgraff unter dem 11. Dezember 1885 eine Denkschrift an das Auswärtige Amt gerichtet, in der auch er auf die grosse Wichtigkeit der Grenfell'schen Entdeckung für die Erforschung und Erwerbung des Hinterlandes von Kamerun hinwies und auf die Vortheile, welche der Besitz eines Dampfers auf diesen Gewässern für die genannten Zwecke nach sich ziehen müsse. Er erbot sich gleichzeitig, seinen Vorschlag selbst zur Ausführung zu bringen und vom Ubangi aus nach dem Küstengebiet von Kamerun eine Expedition zu unternehmen. Dr. Zintgraff verlangte ausser den Kosten der Anschaffung und der Ueberführung des Dampfers einen Betrag von 50 000 Mk. zur Ausführung seines Planes. || Lieutenant C. v. François reichte etwas später einen ähnlichen Vorschlag ein, zu dessen Durchführung er einen Kostenaufwand von insgesamt 140 000 Mk. in Anschlag brachte. Es ist zweifellos, dass alle diese von drei verschiedenen Seiten gemachten und trotzdem übereinstimmenden Pläne eine grosse Kolonialpolitik der Zukunft von der Kameruner Küste aus im Auge hatten. Andererseits ist nicht zu leugnen, dass bei Befolgung dieser Vorschläge das Recht der unmittelbaren Gegenwart zu kurz gekommen wäre. Die Theorie der Zukunft und die Praxis der Gegenwart — letztere durch die an der eben erworbenen Kolonie unmittelbar Betheiligten vertreten — standen einander gegenüber. Die Meinung derjenigen überwog, deren Handelsthätigkeit am Kamerunfluss überhaupt zu dem Erwerb des Schutzgebietes geführt hatte. Im November 1885 hatte sich die Kaiserliche Regierung in Rücksicht auf den Umstand, dass weite Strecken des Schutzgebietes Kamerun in nächster Nähe des Meeres noch unerforscht waren, schon dahin schlüssig gemacht, dass weitere Verwendungen aus dem Afrikafonds ausschliesslich für die Erforschung dieser

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Nr. 10619.
 Deutschland
 und
 Frankreich.
 15. März 1894.

Gebiete hergegeben und Forschungsreisen nach weiter im Innern belegenen völlig unbekanntem Ländern als ohne Werth für die Zwecke des Handels und für die Ausnutzung der bestehenden Kolonie nicht mehr berücksichtigt werden sollten. || Die Afrikanische Gesellschaft, welche die Pläne Dr. Zintgraff's zu den ihrigen gemacht und dieselben lebhaft unterstützt hatte, wurde mit der Begründung, dass es Absicht der Regierung sei, die für die Afrikaforschung verfügbaren Reichsmittel zunächst auf die Erforschung des noch ganz unbekanntem unmittelbaren Hinterlandes von Kamerun und Togo von der Küste aus zu verwenden, unter dem 2. März 1886 abschlägig beschieden. Der Bescheid hob noch besonders hervor, dass nach Ansicht anderweiter Sachverständiger die Erforschung des Hinterlandes von Kamerun zuvörderst am besten von der Küste aus unternommen werde. Dementsprechend wurden auch die Pläne von Dr. Zintgraff und Lieutenant v. François abgelehnt. || Der Kameruner Kolonialpolitik wurde durch diese Entscheidung eine Wendung gegeben, welche für das spätere Schicksal des Hinterlandes massgebend gewesen ist. Sie hat ihre guten Früchte insofern getragen, als der Handel einen unmittelbaren und grösseren Aufschwung erhielt, die Kolonie in kürzester Zeit ohne einen Zuschuss vom Reiche sich selbst erhalten konnte und schon fünf Jahre nach dem Erwerb durch Deutschland Einnahmen von mehr als einer halben Million aufzubringen und einen Waarenaustausch von nahezu 9 Millionen Mark herbeizuführen vermochte. Dagegen wurde jede Möglichkeit eines rechtzeitigen Eingreifens deutscher Forscher am Ubangi, die, wenn überhaupt, nur noch in jenem Abschnitt der Entdeckungsperiode des Kongobeckens ausführbar gewesen wäre, unwiederbringlich aufgegeben und die mit Hilfe von Dampfern, wie die Thatsachen später gelehrt haben, ungleich leichtere Erschliessung des Hinterlandes von Kamerun vom Kongo aus abgelehnt. Die Beweggründe der Regierung im Jahre 1886 waren durch den praktischen und unter den obwaltenden Verhältnissen mit Recht für sie in kolonialen Dingen massgebenden Sinn der Kameruner Betheiligten beeinflusst, welcher, wie bemerkt, mehr darauf gerichtet war, für die Gegenwart einen Vortheil aus dem noch unerforschten Küstengebiet zu ziehen, als für eine anscheinend weit entfernte und gänzlich ungewisse Zukunft durch unsichere, in ihrem Ausgang zweifelhafte Expeditionen Vorkehrungen für eine Erweiterung und Sicherstellung der Grenzen des Schutzgebietes zu treffen. Die Afrikanische Gesellschaft sah sich sehr bald in Folge der Entziehung der Beihilfe aus dem Afrikafonds zur Einstellung ihrer Thätigkeit und zur Auflösung veranlasst, während Dr. Zintgraff behufs Erforschung der im Kamerungebiet mündenden Flüsse Verwendung im Reichsdienste fand. || Das aus den Hamburger Firmen gebildete, der Regierung als Rathgeberin dienende sogenannte Kamerunsyndikat hatte sich, zu einer gutachtlichen Aeusserung über die zunächst in Angriff zu nehmenden Gebiete aufgefordert, für eine Reihe einstweilen nicht weiter als etwa 50 englische Meilen landeinwärts dringender Expeditionen zur planmässigen Erforschung der für Handel und Plantagenbau wichtigen Gebiete von Kamerun ausgesprochen und die

Unterstützung solcher Expeditionen seinerseits durch Ueberlassung von Waaren zum Selbstkostenpreise zugesagt. || Zu dieser „allmählichen und gründlichen Erforschung von Kamerun“ griff man im Jahre 1887 auf die Gründung einer wissenschaftlichen Station zurück, zu der noch die Afrikanische Gesellschaft unter dem 12. Mai 1886 die Anrogung gegeben und zu deren Leitung sie den nachmaligen Hauptmann Kund nach dessen Rückkehr von seiner erfolgreichen Reise im südlichen Kongobecken weiterhin in Vorschlag gebracht hatte. Die Geschieke der Kundschen Batangaexpedition sowie der auf sie bis zur Gegenwart gefolgtten zahlreichen weiteren Unternehmungen, welche die Erschliessung des Hinterlandes von Kamerun zum Zweck und zur Aufgabe hatten, sind aus den Veröffentlichungen der erstatteten Berichte im Deutschen Kolonialblatt, in den Mittheilungen aus den deutschen Schutzgebieten, sowie aus sich daran anschliessenden anderweitigen Veröffentlichungen allgemein bekannt. Es genügt und ist erforderlich, an dieser Stelle einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Reihe dieser Unternehmungen zu geben, um zu zeigen, wie sie, trotzdem durch sie Vieles für die Aufhellung der geographischen Verhältnisse des unmittelbaren Kamerun-Hinterlandes in dankenswerther Weise geschehen ist, ihr politisches Ziel, soweit es auch noch auf eine erhebliche Erweiterung des deutschen Machtgebietes gerichtet war, nicht zu verwirklichen vermochten. || Mit zäher Thatkraft gelang es der Kundschen Expedition, zum ersten Male die Schwierigkeiten zu überwinden, welche die um die alleinige Ausübung des Zwischenhandels besorgte Küstenbevölkerung und der die Küstengebiete von den Savannengebieten des inneren Hochlandes trennende Urwaldgürtel dem Vordringen der Expedition in den Weg legten. || Die Expedition vermochte in östlicher Richtung längs des Nyong bis auf etwa 12° 30' östl. Gr. vorzudringen. Aus welchen Ursachen die Expedition veranlasst wurde, den weiteren Vorstoss in der gleichen Richtung aufzugeben und mehr nach Nordosten hin in einem kurzen Marsch vorzudringen, geht aus den vorläufigen Berichten des Expeditionsführers nicht mit Deutlichkeit hervor. Die schwere Zerrüttung seiner Gesundheit gab Kund später keine Möglichkeit mehr, sich eingehend über die Gründe seiner Umkehr am oberen Nyong zu äussern. Zwar wurde bei dem beabsichtigten Vorstoss nach Adamaua der Sannaga erreicht. Die durch Missverständnisse und Mangel an Dolmetschern hier eintretenden kriegerischen Verwicklungen mit den Eingeborenen brachten indess das Vorgehen nach dieser Richtung bald zum Stillstand. Bei dem Versuche, vom Sannaga in möglichst gerader Richtung nach Kamerun zurückzukehren, brach in Gestalt des Ueberfalles der Expedition durch die Bakokos das Unglück über das anfänglich so aussichtsvolle Unternehmen herein. Die schweren Verwundungen, welche Hauptmann Kund ebenso wie sein Gefährte Lieutenant Tappenbeck bei dieser Gelegenheit erlitten, wirkten auch in der Folge lähmend auf den Weitergang der ganzen Expedition. Zwar gelang es den Anstrengungen Lieutenant Tappenbecks im Jahr 1889 durch Ausbau der Yaündestation im Binnenlande festen Fuss zu fassen; aber sein im Juli erfolgter Tod setzte seiner Thätigkeit ein

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Nr. 10619. jähres Ende, und auch das aufopfernde Eingreifen des selbst noch unter den
 Deutschland und Einflüssen des Klimas schwer leidenden Hauptmanns Kund vermochte die
 Frankreich. Lage nicht zu bessern. Schwer erkrankt musste er im Oktober 1889 nach
 15. März 1894. kurzer Anwesenheit an der Küste den Schauplatz seiner Thätigkeit für immer
 verlassen. An seine Stelle trat der jetzige Hauptmann Morgen, welcher zu-
 nächst der Yaündestation Ersatz brachte, bei seinem Rückmarsch zur Küste den
 Unterlauf des Sannaga erforschte und dann im Juni 1890 zu einer zweiten
 Expedition von der Küste aufbrach, die ihn über Yaünde und den Sannaga in
 das Herz von Adamaua nach Tibati brachte. Die eigenthümlichen Verhält-
 nisse in den mittelafrikanischen Reichen, welche es einem Reisenden nicht
 gestatten, das Bereich eines solchen Herrschers zu durchziehen, ohne zunächst
 den Wohnsitz desselben aufgesucht zu haben, wurden auch für die Morgensche
 Expedition insofern zum Verhängniss, als sie ihr nicht erlaubten, so weit als
 möglich nach Osten zu ziehen, sondern sie nach Norden über das Kriegslager
 des Tibatiherrschers nach Banyo und Ibi zum mittleren Benuë ablenkten. ||
 Auch vom nördlichen Theil des Schutzgebietes aus war während dieser im
 Süden sich abspielenden Vorgänge Dr. Zintgraff bemüht gewesen, gegen
 Adamaua vorzudringen. Schritt für Schritt war dieser Reisende in den Jahren
 1888/89 nach der Gründung der Barombi-Station gegen Nordost vorgedrungen,
 hatte im Baligebiete Fuss gefasst und war von da aus bestrebt gewesen, Ada-
 maua zu erreichen. Aber auch er wurde bei diesem Zuge nach Westen ab-
 gedrängt und erreichte den Benuë über Takum in Ibi auf unbestritten englischem
 Gebiete. Auf dem von dort über Land angetretenen Rückwege nach Baliburg
 wurden solche Ergebnisse, welche im Sinne einer Befestigung der deutschen
 Ansprüche auf Adamaua hätten verwerthet werden können, nicht erreicht.
 Von einer Ausdehnung der deutschen Interessensphäre nach Osten über den
 15.° östl. Gr. war überhaupt keine Rede mehr. Das zweite mit Aufwendung
 noch erheblicherer Mittel in der zweiten Hälfte des Jahres 1890 von
 Dr. Zintgraff im Balilande begonnene Unternehmen, von dem die Erreichung
 des Sharigebietes erhofft wurde, schlug infolge der kriegerischen Verwickelungen,
 in welche die Expedition durch den Balihäuptling hineingezogen wurde, fehl
 und endete 1893 mit der gänzlichen Aufgabe der im nördlichen Kamerun-
 gebiete ins Werk gesetzten Unternehmungen, die ihr Endziel immer auf
 Adamaua und den Tschadsee gerichtet hatten. || Die von der Morgenschen
 Adamauaexpedition heimgebrachten Nachrichten und die Meldungen über die
 Fortschritte französischer Forschungsreisenden in jenen Gebieten, welche in
 den deutschen kolonialen Kreisen als das natürliche Hinterland von Kamerun
 betrachtet wurden, drängten dazu, unverzüglich, auf die von der genannten
 Expedition erzielten Ergebnisse fussend, eine neue, möglichst starke Expedition
 in das Hinterland von Kamerun zu entsenden. Zum Führer derselben, welche
 für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich reich mit Mitteln versehen war, wurde
 der in Ostafrika bewährte Hauptmann Freiherr v. Gravenreuth ausersehen.
 Sein frühzeitiger Tod vor Buča im Kamerungebirge und die bei der Anwerbung

der für die Expedition bestimmten Träger und Soldaten begangenen schweren Missgriffe beraubten auch dieses Unternehmen der gehofften Erfolge: Der Nachfolger des Freiherrn v. Gravenreuth, der in Ostafrika bewährte Kompagnieführer in der dortigen Schutztruppe, Ramsay, vermochte mit den sehr geschwächten Mitteln der Expedition und den grösstentheils sehr wenig brauchbaren Trägern nicht über Balinga und Yaúnde vorzudringen. || Im Hinblick auf die immer näher rückende Gefahr, durch die englischen und französischen Bestrebungen das Schutzgebiet Kamerun im Nordosten von seiner Verbindung mit dem Tschadsee und dem Shari abgeschnitten zu sehen, entschloss sich die Kaiserliche Regierung, unter Aufbietung der noch übrig gebliebenen Mittel noch einen letzten Versuch zu machen, um durch die Entsendung einer neuen Expedition von Balinga nach Nordosten gegen Yola den drohenden Verlust abzuwenden. Sie beauftragte im November 1892 den Gouverneur in Kamerun, mit dem für andere Zwecke im Schutzgebiete verwendeten jetzigen Rittmeister v. Stetten wegen Uebernahme dieser neuen Expedition unter Benutzung der von den früheren Unternehmungen noch vorhandenen Vorräthe in Verbindung zu treten. Im Februar 1893 war v. Stetten bereits nach Balinga unterwegs. Er gerichth bei seinem Weitermarsch nach Nordosten auf dem Morgenschen Wege in die gleiche Zwangslage wie seine Vorgänger, den Herrscher von Tibati in seinem Kriegslager aufsuchen zu müssen, so dass er infolge dessen von dem Marsch nach Ngaundere weiter gegen Norden abgelenkt wurde. Wegen der höchst zweideutigen, ja verrätherischen Haltung des Tibati-Sultans der Expedition gegenüber konnte v. Stetten nur durch einen kühnen, das Schicksal der Expedition aufs Spiel setzenden Handstreich sich der Gewalt dieses Herrschers entziehen und Yola noch kurz vor Eintreffen der den Benuë heraufkommenden französischen Expedition des Schiffslieutenants Mizon erreichen. Sein Gesundheitszustand und die durch die Vorgänge in Tibati bewirkte wesentliche Herabminderung seiner Mittel gestatteten ihm nicht, von Yola aus weiter nach Osten vorzudringen. Er musste über den Benuë und Niger zur Küste zurückkehren. Unterwegs begegnete ihm die von dem 1892, angesichts der immer bedrohlicher sich gestaltenden Verhältnisse im Kamerunhinterlande ins Leben getretenen Deutschen Kamerunkomitée ausgerüstete v. Uechtritzsche Expedition, welche dank den Empfehlungen und Nachrichten, welche sie durch die v. Stettensche Expedition erhielt, in Yola eine freundlichere Aufnahme fand. || Mitte des Jahres 1893 war die Sachlage die, dass trotz aller im Vorstehenden kurz geschilderten Anstrengungen der Kaiserlichen Regierung, trotz Aufwendung von sehr erheblichen Beträgen und trotz der schmerzlichsten Verluste an Menschenleben keine einzige deutsche Expedition ausser der ihr für die Erforschung des unmittelbaren Hinterlandes gestellten Aufgabe die weitere auf die Vergrösserung der deutschen Interessensphäre gerichtete gelöst hatte. Im Süden war keine über 12° 30' ö. L. vorgedrungen, und auch im Norden war das seit 1886 im englischen Besitz befindliche Yola der äusserste nach Osten zu erreichte Punkt geblieben; der 15.° ö. Gr. war nicht berührt, geschweige

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

denn überschritten worden. || Von deutschen Privatunternehmern war in dieser siebenjährigen Periode, abgesehen von der in zwölfter Stunde entsandten Expedition v. Uechtritz, überhaupt nichts geschehen. Jede von der Regierung gegebene Anregung war gescheitert. Handelszüge waren zu gefahrvoll und boten nicht den entsprechenden Gewinn, der zu den Aufwendungen im Verhältniss gestanden hätte. Die in Kamerun am meisten beteiligten Hamburger Kaufleute verhielten sich aus den bereits erörterten Gründen, und ihrem von Anfang an in dieser Frage eingenommenen Standpunkt entsprechend, seit Jahren wie noch heute gegen alle auf das ferne Hinterland von Kamerun bezüglichen Pläne vollständig ablehnend. Die öffentliche Meinung im Reiche war nicht so mächtig, um, wie in ähnlichen Fällen in Frankreich nach dem Untergange der Crampelschen Expedition, unverzüglich aufs Neue weitere gleiche Unternehmungen zu Stande zu bringen. Im Gegentheil ist die Bildung der Uechtrizschen Expedition, die in richtiger Erkenntniss und in kluger Benutzung der gemachten Erfahrungen nur mit Unterstützung der Royal-Niger-Company zu einem Ergebniss gelangen konnte, in dem Schoosse der massgebenden kolonialen Kreise aus diesem Grunde auf den erheblichsten Widerstand gestossen. In diesen wollte man Unternehmungen zur Sicherung des Hinterlandes überhaupt nicht mehr machen und Geldmittel nur noch zu einer wissenschaftlich planmässigen Erforschung des Schutzgebietes selbst bewilligen. || Die von englischer Seite her drohende Ueberflügelung und Abschneidung vom Tschadsee war zwar durch das Abkommen vom 15. November 1893 beseitigt. Es muss hervorgehoben werden, dass das hierdurch für Deutschland erzielte günstige Ergebniss ausschliesslich die Frucht diplomatischer Verhandlungen war, welche die der Royal-Niger-Company durch die Expedition Mizon drohenden Gefahren zu benutzen verstanden. Denn während diese Gesellschaft Jahre lang von Station zu Station vorgedrungen war und unter Aufwendung der erheblichsten Kosten bis nach Bornu hinein festen Fuss gefasst hatte, konnte die deutsche Regierung sich weder auf Erwerbstitel irgend welcher Art, noch auf deutsche Unternehmungen berufen. Dass das mit England geschlossene Abkommen Ansprüche Frankreichs hervorrufen müsste und würde, war nicht einen Augenblick zweifelhaft. Dieser Gesichtspunkt ist oft genug in kolonialen Versammlungen wie in förmlichen Beschlüssen des Kolonialraths zum Ausdruck gelangt. Denn die Gefahr, welche von dem französischen kolonialen Unternehmungsgeist dem Hinterlande von Kamerun drohte und welche die kaiserliche Regierung seit dem Scheitern der Kundschen Expedition keinen Augenblick verkannt hatte, war im Laufe der Zeit gewachsen. Es kam hinzu, dass die den französischen Expeditionen gestellten Aufgaben sehr viel leichter gewesen sind, als es die von den Deutschen zu lösenden waren. Während die französischen Reisenden, um in das Innere zu gelangen, auf weiten Strecken sich schiffbarer Flüsse bedienen konnten, mussten vermöge der geographischen Lage des Schutzgebietes, bei dem Mangel an schiffbaren bis an den Tschadsee führenden Flüssen und mit Rücksicht darauf, dass man im Jahre 1885 den Plan, ebenfalls vom Kongo

und Ubangi aus in das östliche Hinterland von Kamerun vorzudringen, ein für alle Mal aufgegeben hatte, die deutschen Forschungsreisenden sich ihren Weg zu Lande suchen, wo sie mit den Gefahren des Klimas, wie mit den Tücken der Eingeborenen und mit den Hindernissen der tropischen Urwaldnatur gleichzeitig zu kämpfen hatten. Wo die deutschen Expeditionen mit ihren Mitteln und Kräften zu Ende waren, da konnten die französischen ihr Werk mit Menschen, die durch keinen monatelangen Landmarsch geschwächt, sondern so gut wie frisch waren, erfolgreich beginnen. Der abgesehen vom Kongo und Ubangi den Deutschen noch zugängliche Wasserweg auf dem Niger konnte angesichts des Umstandes, dass die Royal-Niger-Company vor Abschluss des Abkommens mit England am 15. November v. J. in jeder nichtenglischen Expedition einen ihr unbequemen Mitbewerber sah, den zu fördern von ihr nicht erwartet werden konnte, für Deutschland nicht verwerthet werden. Eine jede deutsche Expedition lief bei der Natur der in Betracht kommenden Verhältnisse Gefahr, zu scheitern, auch ohne dass es möglich gewesen wäre, immer ein fremdes Verschulden nachzuweisen. || Seit 1880 war am Kongo im französischen Interesse Savorgnan de Brazza thätig, dem Frankreich es verdankte, dass es am Stanley pool und Kongo unter theilweiser Ueberflügelung des Stanleyschen Unternehmens festen Fuss fassen, und dass es binnen wenigen Jahren einen ausgedehnten Zuwachs an kolonialem Gebiete zwischen seinen alten Besitzungen am Gabun und dem Kongo unter der Bezeichnung „Congo français“ aufweisen konnte. Schon im Jahre 1886 liegt Frankreich im Streit mit dem belgischen Kongounternehmen über die Begrenzung der gegenseitigen Interessensphären an der Hauptwasserader des äquatorialen Afrika, und am 29. April 1887 wird in Brüssel nach langen vergeblichen Unterhandlungen ein Protokoll zwischen dem Kongostaate und Frankreich unterzeichnet, welches in Vervollständigung eines früheren Vertrages vom 5. Februar 1885 jedenfalls das Eingreifen einer dritten Macht am Ubangi angeschlossen. || Bereits im November 1887 hat Frankreich auf dem Kongo drei Dampfer zur Verfügung, und es erfolgt die Gründung des ersten Militärpostens am Ubangi durch den Kolonialbeamten Dolisie, nachdem schon im Mai 1887 dieser Fluss zum ersten Mal von einem französischen Dampfer befahren worden war. Während des mehr als zwei Jahre langen Aufenthaltes de Brazzas in Europa (1888 bis 1890) blieben die französischen Fortschritte in diesen Gebieten gering. Mit seiner im Mai 1890 erfolgten Rückkehr nach dem Kongo wurde die Erforschung des Landes mit allen Mitteln wiederaufgenommen. Frankreich verfügte bereits in jener Zeit über einen Stab von tüchtigen Reisenden, die sich bei der Erforschung des Ogowe- und Kuilgebietes reiche Erfahrungen gesammelt hatten. Einer dieser Beamten, Cholet, unternahm im April 1890 an Bord des Dampfers „Ballay“ eine erste Erforschungsfahrt auf dem bis dahin ganz unbekanntem Sanga, die ihn bis zum Zusammenfluss des Ngoko mit dem Sanga führte. Vom 4. bis 19. Mai 1890 wurde dieser etwa 200 m breite Fluss, soweit er damals befahren werden konnte, erforscht. Die Choletsche Entdeckung und ihre Bedeutung für eine Aus-

Nr. 10619
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

dehnung des französischen Kolonialbesitzes nach Norden gegen den Tschadsee hin wurde alsbald von Frankreich richtig erkannt. Bereits im Februar 1891 sind die Beamten Fourneau und Gaillard mit zwei Dampfbooten an der weiteren Erforschung des Sanga und seiner Nebenflüsse thätig. Die Schiffbarkeit des Ngoko wird bis zu einem Punkt unter $2^{\circ} 3'$ n. Br. und $14^{\circ} 53'$ ö. L. ermittelt und der Sanga weiter nach Norden befahren. Hier wird festgestellt, dass sein Oberlauf durch zwei Flüsse, den Lekela (Mambere) und Massiepa, gebildet wird, die beide bis zu einer nördlichen Breite von etwas über $3^{\circ} 30'$ erforscht werden. An dem Zusammenfluss des Ngoko mit dem Sanga wurde ein französischer Posten gegründet, und Fourneau gelang es, über Land bis über den 5° n. Br. hinaus an die Grenzen von Adamaua vorzudringen. || Den Forschungspionieren folgten alsbald französische, belgische und holländische Kaufleute, welche in diesem Gebiete Faktoreien anlegten. Vom November 1891 an nahm de Brazza die Ausdehnung des französischen Einflusses am Sanga selbst in die Hand. An der Stelle des oberen Sanga, wo bedeutende Schnellen die Befahrbarkeit des hier Mambere genannten Stromes mit grösseren Booten unmöglich machen, wurde etwa unter 4° n. Br. der Posten Bania errichtet. Es gelang de Brazza, seinen kleinen Dampfer „Courbet“ über diese Schnellen hinwegzubringen und weiter nördlich eine zweite Station, Djambala, zu gründen. Hierauf wandte er sich der Erforschung des westlichen Sangaarmes, des Massiepa, zu. Hier war es, wo er am 4. April 1892 mit Lieutenant Mizon zusammentraf. Mizon war im Dezember 1891 von Yola nach Süden aufgebrochen, von einer kleinen Truppe von 8 Mann begleitet, und hatte, auf einem ungewöhnlich schnellen Zuge von Ngaundere aus auf der von Flegel bereits erkundeten Strasse das ganze südöstliche Adamaua durchquerend, über Kunde und Gasa den französischen Posten Djambala erreicht. || Die Mizonsche Expedition war durch Privatkreise ermöglicht worden. Seit Ende des Jahres 1890 wurde der französische Unternehmungsgeist mehr und mehr thätig, um beträchtliche Geldmittel für die Fortführung des französischen Kongogebietes bis zum Tschad und seine territoriale Vereinigung mit dem französischen Sudan zu beschaffen. Unter dem Namen „Comité de l'Afrique française“ hatte eine aus allen Ständen und Berufsarten sich zusammensetzende Gesellschaft im November 1890 sich gebildet, welche den Zweck verfolgte, alle französischen Besitzungen Nord- und Westafrikas durch Erschliessung und Erwerbung des Innern unter sich zu verbinden und den französischen Kongobesitz nördlich bis zum Tschadsee auszuweiten. Die erste Frucht dieser Bestrebungen war die Entsendung der Expedition Crampel im Jahre 1890, welche den ausgesprochenen Zweck verfolgte, von Ubangi aus in das Sharibecken und zum Tschadsee vorzudringen. Ihr folgte im Jahre 1891 mit dem gleichen Zweck in dasselbe Gebiet die Expedition Dybowski. Waren auch beide Expeditionen nicht vom Glück begünstigt und wurde die Expedition Crampel sogar vernichtet, so führten doch beide Unternehmungen eine Stärkung der französischen Stellung am Ubangi durch die von ihnen ausgehende Anlage neuer Stationen und Posten herbei. Da sich

die Dybowski'sche Expedition als nicht genügend stark für ein selbständiges Vorgehen erwies, wurde von dem Comité de l'Afrique française im August 1891 eine öffentliche Sammlung für eine neue, stark ausgerüstete Expedition eröffnet, welche den Tod Crampels rächen und sein Werk fortführen sollte. || Schon wenige Wochen später hatte das Comité für seine Pläne 130 000 Francs gesammelt*) und konnte die Expedition Maistre entsenden, welche, im März 1892 in Brazzaville am Stanley-Pool angekommen, von dort nach dem oberen Ubangi fuhr und von hier den oberen Shari erreichte. Längs dieses Flusses nach Norden ziehend, bog sie unter dem 9. Grad nördl. Br. nach Westen ab und erreichte im März 1893 Yola, auf ihrem Marsche überall Verträge mit den Eingeborenen schliessend, welche das durchzogene Gebiet Frankreich sichern sollten. Diese Verträge haben gegen Westen bis in das vom 15. Grad östl. Gr. durchschnittene Gebiet die Zustimmung des Staatsoberhauptes erhalten und waren formell wie materiell unanfechtbar. Mittlerweile blieb de Brazza, der in der Station Bania sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, nicht unthätig. Durch Anlegen neuer Stationen, wie in Gasa, und durch andauernde Entsendung kleinerer Expeditionen wurde die französische Herrschaft im ganzen Becken des oberen Sanga und seiner Quellflüsse, des Kadei oder Massiepa und des Lekela oder Mambere, befestigt; der Dampfer „Courbet“ drang auf dem letzteren Fluss bis über 5 Grad nördl. Br. vor; mit dem Sultan von Ngaundere wurden Beziehungen angeknüpft und durch die Entsendung des Beamten Ponei dorthin diese noch fester zu gestalten gesucht. || Auch Mizon erschien wenige Tage nach dem Eintreffen der v. Stettenschen Expedition von Neuem in Yola, um seine Bestrebungen im Interesse Frankreichs wiederaufzunehmen. Ihm gelang es, mit dem Emir ein Uebereinkommen zu treffen, das zwar infolge der eingetretenen Verhandlungen staatlich nicht anerkannt ist, aber auf nichts Anderes als auf einen förmlichen Schutzvertrag mit Frankreich hinauslief. || Die vorstehende kurze Aufzählung des in jahrelangem Wettstreit durch die Entsendung zahlreicher Expeditionen und Aufwendung sehr erheblicher Geldmittel auf deutscher und auf französischer Seite Erreichten lässt erkennen, dass bei Erweiterung der Einflussgebiete der Vortheil nicht auf deutscher Seite lag. Die staatliche Klugheit wie das koloniale Interesse erheischten es, darauf zu sinnen, wie durch diplomatische Verhandlungen der Schaden abgewendet werden könnte, der durch die mangelnden Ergebnisse deutscher Expeditionen und durch das Zurücktreten deutschen privaten Unternehmungsgeistes auf diesem Gebiet einerseits und durch das Vordringen französischer Expeditionen und das reichlich fliessende französische, von Staat und Privaten aufgewendete Kapital andererseits einer weiteren Ausdehnung des deutschen Einflusses schon über einen mässigen Küstengürtel hinaus drohte. || Anlässlich des Erwerbes der ostafrikanischen, zum Sultanat von Zanzibar gehörigen Küste im Jahre 1890 durch Deutschland, worin Frankreich eine Verletzung des auch von ihm unterzeichneten

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

*) Ende 1892 betrug diese Summe 257 000 Francs.

Nr. 10619. Garantievertrages vom Jahre 1862 sah, wurde französischerseits eine Abgrenzung der Gebiete von Kamerun und des Congo français auf der Grundlage des Zutrittes der beiderseitigen Gebiete zum Südufer des Tschadsees angeregt. ||
 Deutschland und Frankreich. 15. März 1894. Die Kaiserliche Regierung ging in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung auf diesen Vorschlag nicht ein, weil nach ihrer Auslegung der Zugang zum Tschad Deutschland bereits durch das Uebereinkommen vom 24. Dezember 1885 gesichert erschien und sie östlich des 15. Grades auf ein Gebiet nicht verzichten wollte, das noch von keinem Staate in Besitz genommen war und das noch der Aktion eines jeden offen stand. Bei diesem Standpunkt theilte die Kaiserliche Regierung wiederum in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung die Hoffnung, dass es den deutschen Expeditionen gelingen werde, über den 15. Grad östlich vorzudringen, und sie war zu dieser Hoffnung um so mehr berechtigt, als zu diesem Zweck um dieselbe Zeit die grosse Gravenreuthsche Expedition nach Kamerun entsandt war. Infolge dieser Ablehnung wurden die Verhandlungen über diese Frage auf beiderseitigen Wunsch hin vertagt. || Einerseits die Fortschritte der französischen Unternehmungen am Sanga und Ubangi, in einem Gebiete, das nach den Grundsätzen des kolonialen Völkerrechts ebenso wie nach allgemeiner in Deutschland und Frankreich herrschender Meinung herrenlos war und das als solches derjenigen europäischen Macht zufallen musste, welche zuerst einen entsprechenden politischen Einfluss ausüben würde, — andererseits aber der Umstand, dass die deutschen Expeditionen von der Küste nicht allzuweit in das Innere Kameruns zu gelangen vermochten, mussten im Laufe der nächsten Jahre der deutschen Regierung, wie dies auch seitens des Kolonialraths und der kolonialen Kreise wiederholt gewünscht wurde, den Gedanken nahe legen, die diplomatischen Verhandlungen mit Frankreich bei einem neuen Anerbieten nicht wieder abzulehnen. Dieselben wurden im wohlverstandenen kolonialen Interesse zur Nothwendigkeit, als es auch der v. Stettenschen Expedition nicht gelungen war, über den 15. Grad östl. Gr. hinaus vorzudringen. Die Gefahr wurde um so dringender, als bekannt wurde, dass seit Mitte 1893 zwei neue mit sehr erheblichen Mitteln ausgestattete französische Expeditionen vom Kongo her im Anzuge nach dem Tschadsee sich befänden. || Die Möglichkeit, dass unter diesen Verhältnissen noch eine Verschiebung zu Gunsten Deutschlands eintreten werde, war fast ganz verschwunden. Der für die wissenschaftliche Erforschung Afrikas ausgesetzte Fonds, an sich schon nicht genügend für die mannigfachen Zwecke, denen er zu dienen hat, reichte auch nicht im Entferntesten aus, um die Kosten einer hinreichend starken und gut ausgerüsteten wissenschaftlichen Expedition, die gleichzeitig mit politischen Aufgaben betraut werden konnte, zu decken. Bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches war, wie sich überdies aus geeigneten Erkundigungen ergab, nicht die geringste Aussicht vorhanden, dass der Reichstag die bisherige massvolle Kolonialpolitik verlassen und zu einer unbegrenzten Ausdehnung erhebliche Mittel für Expeditionen ins Hinterland von Kamerun bewilligen werde. Privatkreise hatten schon ge-

nügende Schwierigkeiten gehabt, um die Uechtritzsche Expedition auf den Weg zu bringen. Die Möglichkeit, in der kürzesten Zeit und noch im Herbst des Jahres 1893 nach Rückkehr der Stettenschen Expedition Gelder für eine zweite grosse auf dem Wege öffentlicher oder privater Sammlung zusammenzubringen, nachdem die erste unter erschwerenden Umständen zu Stande gebracht war, erschien auch den wärmsten Fürsprechern dieses Gedankens ausgeschlossen. Die Möglichkeit etwaiger Erfolge der kleinen Uechtritzschen Expedition war nicht zu bestreiten, obwohl die Geringfügigkeit ihrer Mittel gespannte Hoffnungen nicht zulässt. || Was bis jetzt von Nachrichten und Ergebnissen dieses Unternehmens vorliegt, bestätigt, dass das deutsche Kamerunkomité bei der Auswahl der Mitglieder der Expedition sehr glücklich gewesen ist. Verdankt man doch dem zweiten Theilnehmer derselben, Dr. Passarge, ausser anderweitigen werthvollen wissenschaftlichen Beobachtungen und Berichten über das Gebiet des Benuë die erste zuverlässige Ortsbestimmung von Yola, welche das Kartenbild dieses Theiles von Afrika nicht unwesentlich geändert hat und die, wie sich aus einer Mittheilung der französischen Regierung ergibt, durch die mittlerweile stattgahabte Berechnung der Mizonschen Beobachtungen in Yola ihre Bestätigung gefunden hat. Schon hat die Expedition, noch bevor sie das im Aufstande und in schweren inneren Kämpfen befindliche Baghirmi erreicht hat, den ihr von den Eingeborenen bereiteten Widerstand mit Waffengewalt niederschlagen und sich behufs Einschlagung eines andern Weges eine Zeit lang wieder zurückziehen müssen, so dass ihr Schicksal durchaus nicht gesichert erscheint. Jedenfalls aber wird nach der hoffentlich glücklichen Rückkehr der beiden Reisenden die Kaiserliche Regierung dank diesem Privatunternehmen in der Lage sein, durch die zu erwartenden weiteren Berichte und Mittheilungen der Herren v. Uechtritz und Dr. Passarge über die thatsächlichen Verhältnisse und die Hilfsquellen der nunmehr für Deutschland gesicherten Gebiete östlich vom Benuë bestens unterrichtet zu werden, um dann auf Grund dieser Nachrichten weitere Massnahmen im Interesse der Verwerthung dieser Gebiete treffen zu können. || In Erwartung etwaiger politischer Erfolge der Expedition Uechtritz aber unthätig zu bleiben, würde, wie einer ihrer Förderer selbst hervorhob, demjenigen gleichkommen, der einen sicheren, aber massvollen Vortheil aufgibt und diesem gegenüber eine unsichere und ungewisse Hoffnung auf einen grösseren Gewinn vorzieht; so handelt ein Spieler, aber kein treuer Haushalter. Auch hatten die an diesem Unternehmen beteiligten Männer und Kreise sich schon dadurch um die koloniale Sache verdient gemacht, dass man in Frankreich mit einiger Besorgniss auf diese Expedition blickte und daher mehr als bisher zu Verhandlungen und zu einem Entgegenkommen bereit erschien. Besonders aber die wirtschaftlichen Interessen des Schutzgebietes Kamerun liessen den Abschluss einer Vereinbarung mit Frankreich dringend wünschenswerth erscheinen. Mit den Expeditionen war — nach einer auch in Ostafrika gemachten Erfahrung — eine grosse Beunruhigung der eingeborenen Stämme eingetreten

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

und eine Erschütterung des Handelsverkehrs mit der Küste erfolgt. Durch ein Abkommen musste für die Gegenwart in den Bestrebungen der beiden Mächte im Kameruner Hinterland eine gewisse Beruhigung gewonnen und der von rein kolonialem Standpunkt nicht hoch genug zu schätzende Vortheil geschaffen worden, alle zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel auf die wirtschaftlichen Interessen und auf die Entwicklung der Hilfskräfte der grossen und fruchtbaren Kolonie zu verwenden. Eine wesentliche Bedingung war, unter allen Umständen nur ein solches Abkommen zu treffen, welches auch für die Zukunft die Möglichkeit wirtschaftlicher Bethätigung in den streitigen Gebieten Deutschland auf alle Fälle sicherte. || Als es bekannt geworden war, dass die Orte Gasa und Kunde, welche nach den deutschen Karten im unzweifelhaft deutschen Schutzgebiete lagen, von französischen Expeditionen besetzt worden waren, legte die Kaiserliche Regierung hiergegen in Paris Verwahrung ein und bemühte sich, schleunigst mit England zu einer Vereinbarung zu gelangen, welche die Ernstlichkeit ihrer Absicht, bis zum Tschadsee das Hinterland zu erstrecken, deutlich erkennen liess. || An diesen Protest und an die französischerseits gegen den Abschluss des Abkommens vom 15. November 1893 in Berlin und London eingelegte Verwahrung knüpften sich die am 6. Dezember 1893 zwischen deutschen und französischen Bevollmächtigten begonnenen Verhandlungen. || In dieselben trat Deutschland mit der Rechtsauffassung, welche auch von der Kaiserlichen Regierung der französischen gegenüber stets und bestimmt zum Ausdruck gebracht war, ein, dass nach dem Abkommen vom 24. Dezember 1885 sämtliche Gebiete westlich des 15.° ö. Gr. bis zum Tschadsee zur deutschen Interessensphäre gehörten, dass deshalb das Vordringen der Franzosen nach Gasa, Kunde und Ngaundere eine Vertragsverletzung in sich schliesse und es sich nur um Verständigung über die Gebiete östlich des erwähnten Längengrades handeln könnte. Dieser Standpunkt wurde nicht aufgegeben. Französischerseits war einer solchen Auslegung des Abkommens vom 24. Dezember 1885 stets widersprochen worden. Man hob hervor, dass es sich damals nur darum gehandelt habe, für die Ausbreitung der beiderseitigen Herrschaft von der Küste aus ein gewisses freies Hinterland zu erhalten, und dass man deshalb, da nur eine Demarkationslinie gezogen sei, prüfen müsse, wie weit diese Herrschaft zu begründen in der Absicht der vertragschliessenden Theile gelegen habe. In dieser Hinsicht wurde geltend gemacht, dass zur Zeit des Abschlusses des deutsch-französischen Abkommens von 1885 die alleinige Westgrenze des deutschen Schutzgebietes Kamerun nach der damaligen Uebereinkunft mit England im Nordwesten nur bis zu den Stromschnellen des Alt-Kalabar-Flusses gereicht habe. Dieses englische Abkommen gebe einen festen Anhalt zur richtigen Auslegung der deutsch-französischen Vereinbarung. Denn nach der Theorie des Hinterlandes könne das Abkommen vom Jahre 1885, welches jedem Theile ein gewisses Hinterland sichern, darüber hinaus aber Spielraum für den freien Wettbewerb lassen wollte, so weit das deutsche Einflussgebiet in Frage komme, nur so

verstanden werden, dass als Südgrenze desselben die im Verträge von 1885 festgesetzte Linie bis zum 15.° ö. Gr., im Norden aber der durch die Schnellen des Alt-Kalabar-Flusses gehende Breitenparallel (etwa der 6.° n. Br.) und im Osten der 15.° ö. Gr. gemeint sei. || Dieses wie oben gekennzeichnete Gebiet, welches auch von Frankreich unzweifelhaft als deutsche Interessensphäre betrachtet wurde, wollten französische Reisende wissentlich nie betreten haben. || Gegen die deutsche Auslegung des Vertrages, welche den 15.° ö. Gr. bis zum Tschadsee verlängerte, hat man französischerseits stets eingewandt, dass dadurch dem Abkommen von 1885 ein zu dehnbarer und daher völkerrechtlich unhaltbarer Umfang gegeben werde; denn es sei eigentlich willkürlich, wenn man den Tschadsee als äusserste deutsche Grenze ansehe, und man könne ebenso gut das deutsche Hinterland bis zum Mittelmeere oder dem sonst anerkannten Besitz einer civilisirten Macht erweitern. Unmöglich hätte eine solche Unbestimmtheit in dem Willen der vertragschliessenden Theile gelegen. Die französische Auffassung stützte sich insbesondere auch auf die thatsächlich von Frankreich in dem sogenannten freien Gebiete ausgeübte Herrschaft, während Deutschland auf eine solche für seine Auffassung nicht zu verweisen vermochte. Nach dieser französischen Auslegung lag auch in der Besetzung von Gasa und Kunde keine Verletzung des Abkommens, wie sie bisher deutscherseits auf Grund der deutschen Karten angenommen wurde und Anlass zu dem vorerwähnten Protest gegeben hatte. || Die Besetzung von Gasa wie überhaupt die Besitzergreifungen in dem Gebiete des oberen Sanga wurden mit der Vorlage von Karten gerechtfertigt, auf denen die in Besitz genommenen Gebiete östlich des 15.° ö. Gr. lagen. || Der wesentliche Theil der Originalmaterialien, welche diesen neuen Karten zu Grunde lagen, wurde geprüft, und um ganz sicher zu gehen, wurden namentlich die astronomischen Längenbestimmungen de Brazzas aus Bania, welche einen Angelpunkt der französischen Karten bildeten, zur Beurtheilung in Urschrift einem anerkannten Fachmann, dem ersten Observator an der Universitäts-Sternwarte in Leipzig Dr. Peter, übergeben, der nach sorgfältiger Prüfung das in der Anlage abgedruckte Gutachten erstattet hat, worin er die französischerseits aus diesen Beobachtungen abgeleitete geographische Länge von Bania bis auf eine ganz bedeutungslose Abweichung als richtig anerkennt. || Die grossen Unterschiede in der Lage von Gasa und dem ganzen Sangagebiete in den deutschen und französischen Karten konnten den Sachverständigen nicht überraschen. Beruhte doch die Angabe der Lage dieses Ortes, der vor den Franzosen nie von einem Weissen erreicht worden war, auf Erkundigungen, die R. Flegel 1882 bei seinem mehrmonatlichen Aufenthalt in Ngaundere von den eingeborenen Händlern eingezogen und auf einer vorläufigen, die angeführten Ergebnisse seiner Reise darstellenden Karte gelegentlich eines Vortrages in den Verhandlungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1884 veröffentlicht hatte. Dass bezüglich der Lage eines solchen, auf eine Entfernung von etwa 400 km hin erkundeten Ortes eine grosse Unsicherheit herrschen muss, ist einleuchtend, und es kann

Nr. 10610.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Nr. 10619.
 Deutschland
 und
 Frankreich.
 15. März 1894.

für einen solchen aus so unsicheren Nachrichten hervorgegangenen Irrthum Niemand verantwortlich gemacht werden. || Da das Gebiet östlich vom 15.° ö. Gr. unstreitig nach dem Wortlaut des Vertrages von 1885 ein freies war, so gab es nicht den entferntesten rechtlichen oder politischen Grund, um Frankreich aus dem Besitz von Gasa und Kunde zu weisen. || Wesentlich anders gestalteten sich die Verhältnisse im Norden des Schutzgebietes, wo französischerseits Ansprüche auf Adamaua erhoben wurden. Es fragte sich, ob es im deutschen Interesse liegen konnte, diese Ansprüche an der Hand der von französischen Reisenden, wie von dem Lieutenant Mizon geschlossenen Verträge zu prüfen und danach zu einer Entscheidung des Streites zu gelangen. Diese Frage musste schon aus dem Grunde verneint werden, weil in der Prüfung der Verträge das Falllassen des deutschen Rechtsanspruchs in Auslegung des Abkommens vom 24. Dezember 1885 enthalten gewesen wäre. || Auch erschien es politisch richtiger, die von Mizon etwa mit dem Emir von Yola geschlossenen Verträge überhaupt aus dem Spiel zu lassen. Wären die Mizonschen Verträge aus irgend einem Grunde überhaupt ohne Werth gewesen, dann hätte Deutschland in der von dem Rittmeister v. Stetten aus Adamaua zurückgebrachten Urkunde einen Titel ins Feld zu führen nicht erst nöthig gehabt. Wollte man aber jenen Verträgen irgend welche Bedeutung beimessen, dann hätte die Kaiserliche Regierung durch die Berufung auf die Stettensche Konzession nur in Verlegenheit gerathen können. Denn wenn auch das Schriftstück, welches der des Arabischen nicht kundige Rittmeister v. Stetten von dem Emir von Yola ausgehändigt erhalten hatte, als ein Beweis dafür angesehen werden konnte, dass — wenn man die Frage eines französischen Protektorats ausser Acht liess — der Emir jedenfalls nicht geneigt war, Frankreich territoriale Zugeständnisse zu machen, so war doch das v. Stettensche Schriftstück kein Rechtsakt, der sich auch nur entfernt im Sinne der deutschen Ansprüche hätte verwerthen lassen. Der Emir von Yola hat die gegen ihn andrängenden Europäer durch Urkunden wieder zu entfernen gewusst, deren Inhalt wenig Bedeutung hatte. || Es ist hier und da in der deutschen öffentlichen Meinung und vor Beginn der Verhandlungen in schärferer Tonart von der französischen Presse die Ansicht vertreten worden, dass die Frage, wie weit nach Norden die im Abkommen von 1885 mit dem 15.° ö. Gr. geschaffene Grenzlinie als gültig anzunehmen sei, einem Schiedsgerichte unterworfen werden solle. || Die Kaiserliche Regierung hätte ein Leichtes gehabt, auf einen solchen Ausweg einzugehen. Internationale, unter Grossmächten entstandene Streitfragen durch ein Schiedsgericht zum Austrag zu bringen, gilt unter allen Umständen als ehrenvoll. Wäre der Schiedsspruch zu Ungunsten Deutschlands ausgefallen, so hätte Niemand daraus der Regierung einen Vorwurf machen können. Allein dieselbe musste aus sachlichen Gründen und im wohlverstandenen kolonialen Interesse gerade einen solchen Schiedsspruch vermeiden. Wenn man die deutsch-französische Auffassung der Uebereinkunft vom 24. Dezember 1885 einer objektiven Beurtheilung unterzog, so konnte es nicht über alle Zweifel erhaben gelten,

ob ein Schiedsgericht den deutschen Rechtsstandpunkt als richtig anerkennen würde. Es lag die Gefahr vor, dass Deutschland sein Hinterland von Kamerun nicht über den 6. Grad nördl. Br. behalten würde und dass unter solchen Umständen mit dem Verlust von Adamaua und von dem Zugang zum Tschad und Shari gerechnet werden musste. Ueber den 15. Grad östl. L. war kein Deutscher seit Beginn des kolonialen Zeitalters hinausgekommen. Dieses Gebiet aber als natürliches Hinterland von Kamerun anzusehen war vielleicht bei einer gewissen Phantasie denkbar, entbehrte aber jeder thatsächlichen und rechtlichen Grundlage. Von einem Schiedsspruch konnte nicht erwartet werden, dass er Deutschland Gebiete zuweisen werde, zu deren Erwerb von deutscher Seite nichts geschehen war. Die Reisen von Barth, Overweg, Vogel, Rohlf's, Nachtigal liessen sich schon deshalb nicht im Sinne einer Geltendmachung deutscher Ansprüche auf die Länder im Süden des Tschadsees verwerthen, weil diese Reisenden jene Länder lange vor dem Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte einzig und allein in wissenschaftlichem Interesse besucht hatten. Die Verwerthung dieser Reisen im kolonialen Interesse Deutschlands ist ebenso unhaltbar, als wenn Frankreich auf Grund der zahlreichen französischen Reisenden, welche Abessinien besucht haben, oder England auf Grund der zahlreichen Expeditionen, welche es in früheren Jahren nach Deutsch-Ostafrika entsandt hat, Rechtsansprüche auf diese Gebiete erhoben haben würde. Wenn dabei soweit gegangen wird, zu behaupten, dass Wadai von Rechts wegen zu Deutschland gehört, weil es durch das deutsche Märtyrerblut Vogels geweiht sei, so ist zunächst zu bemerken, dass der in London angestellt gewesene Astronom Vogel diese Reise, von der er nicht wiederkehren sollte, im Auftrage und im Dienste der englischen Regierung unternommen hat, ebenso wie dies bei Barths bedeutendem Unternehmen fast ausschliesslich der Fall war. Es findet aber auch im Völkerrecht eine solche Behauptung keine Unterstützung. Sie enthält nur insoweit eine Wahrheit, dass Deutschland zu spät in eine Kolonialpolitik eingetreten sei und die Zeit unbenutzt habe verstreichen lassen, in welcher es die Forschungen seiner grossen Reisenden als Titel zum Erwerb der von ihnen erschlossenen Länder hätte verwerthen und sie zum Abschluss von Verträgen hätte ermächtigen können. Alle diese Reisen fallen in die vorereinheitliche Zeit, vor 1871. Wenn ferner mehrfach darauf hingewiesen worden ist, dass den Flegelschen Verträgen von Seiten der Kaiserlichen Regierung ein zu geringer Werth beigelegt und dieselben im politischen Sinne zu wenig ausgenutzt worden seien, so muss hierzu bemerkt werden, dass die von dem Reisenden R. Flegel im Niger- und Benuëgebiet abgeschlossenen Verträge Handels- und Freundschaftsbündnisse oder nur Kaufverträge über Grundstücke für die spätere Anlage von Faktoreien waren. Gerade diejenigen unter diesen Verträgen, welche bei den Verhandlungen mit Frankreich am meisten hätten in Frage kommen können, wie die von Flegel in Yola, Ngaundere, Kontsha, Tshamba u. s. w. 1882 abgeschlossenen, waren nur mündliche Abreden, über die eine schriftliche Urkunde oder ein sonst irgendwie verwerthbarer Be-

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Nr. 10619. weis leider nicht vorlag. || Nach allen Erwägungen der gesammten Sachlage konnte
 Deutschland es gar keinem Zweifel unterliegen, dass Frankreich in dem Hinterlande von
 und Kamerun uns überall zuvorgekommen war, sowohl in politischer wie in kommer-
 Frankreich. zieller Beziehung. || Die deutsche Privatthätigkeit hatte, abgesehen von der
 15. März 1894. mehrerwähnten, in letzter Stunde mit etwa 50 000 Mark ausgerüsteten ver-
 dienstvollen, aber schwachen Expedition v. Uechtritz, nichts für die Erschlies-
 sung und Erweiterung unserer Beziehungen zum Hinterlande von Kamerun ge-
 than. Die Wünsche auf eine weitere Ausdehnung der Kolonialpolitik über
 Baghirmi nach dem Centralsudan hin standen in einem schreienden Missver-
 hältniss zu den hierfür von öffentlichen und privaten Kreisen aufgewandten
 Mitteln und liessen Verwickelungen so schwerer Art erkennen, dass die Re-
 gierung bei einer Befolgung so abenteuerlicher Pläne, die für die Gegenwart
 nur kriegerrische und politische Schwierigkeiten, wirthschaftliche Vortheile
 aber kaum noch für eine in den Bereich von Erwägungen zu ziehende Zukunft
 in Aussicht stellte, die Anhänger einer massvollen Kolonialpolitik, die sie sich in
 den Ausschlag gebenden Kreisen des Reichstags mit Mühe in den letzten Jahren
 erworben hat, bald wieder verloren haben würde. || Die Gegner einer Verständi-
 gung mit Frankreich meinten: „Wir sollten bessere Zeiten abwarten.“ Auch
 die Befolgung dieses Standpunktes wäre für die Kaiserliche Regierung eine
 überaus bequeme gewesen. Sie wäre dadurch jeder Verlegenheit in der Gegen-
 wart überhoben gewesen, hätte sich auch Angriffe erspart; aber sie hätte sich
 damit nicht der Verantwortung vor der Zukunft entzogen. || Von Jahr zu Jahr
 war unsere Stellung im Kameruner Hinterlande Frankreich wie England gegen-
 über eine schlechtere geworden. Gegen die Uebergriffe Englands schützte das
 Abkommen vom 15. November 1893, gegen die Uebergriffe Frankreichs hätte
 alle Hoffnung nur auf neue und grosse Expeditionen gesetzt werden müssen,
 für deren Ausrüstung Mittel nicht mehr zu erlangen waren. Seit 1890 war
 diese Verschlechterung von Jahr zu Jahr gewachsen. Es galt jetzt in kolonialem
 Interesse, ehe es zu spät wurde, zu sichern, was von dem Hinterlande in Kamerun
 zu dessen wirthschaftlicher Ausnutzung bis in die weiteste Zukunft nöthig war,
 und es musste die Zeit benutzt werden, in der sich auch in Frankreich das
 Bedürfniss nach einer Verständigung um so mehr zeigte, als man daselbst
 nicht ohne Besorgniss auf etwaige Erfolge der Uechtritzschen Expedition
 blickte. || Nur durch diplomatische und langwierige Verhandlungen war es ge-
 lungen, England gegenüber eine Abgrenzung zu finden, die Deutschland mit
 dem grössten Theile von Adamaua auch den Zugang zum Tschadsee sicherte,
 und das gleiche Ziel mussten auch die Verhandlungen mit Frankreich an-
 streben. Da Frankreich den Mitbesitz des südlichen Tschadsee-Ufers östlich
 von der Sharimündung als *conditio sine qua non* für alle weiteren Verhand-
 lungen bezeichnete, und Deutschland, wenn es nicht eine Verwerthung des öst-
 lichen Theiles seines Schutzgebietes, wohin noch nicht einmal ein einziger
 deutscher Reisender gedrungen war, gänzlich aufgeben wollte, unter allen Um-
 ständen einen Zugang zum Sanga fordern musste, — eine Forderung, deren

Nothwendigkeit auch in kolonialen Kreisen auf das lebhafteste betont worden war —, so erhob Frankreich gleichsam als Gegenwerth den Anspruch auf einen Zugang zum Benuë. Letztere Forderung musste von vornherein zurückgewiesen werden, und man einigte sich schliesslich dahin, dass Frankreich sich mit einem territorialen Zugang zum Mayo Kebbi gegen Gewährung eines gleichen Zugangs zum Ngoko und Sanga begnügte. || Unter möglichster Wahrung des deutschen Standpunktes nach dem Abkommen von 1885 sollte die Grenzlinie im Norden des Mayo Kebbi so gegen Osten nach dem Logone und Shari gezogen werden, dass ein thunlichst grosses Stück des linken Schariufers und ein Theil von Baghirmi bis zum Schnittpunkt mit dem 17.° ö. Gr. Deutschland zufallen solle. Diese nach langen Verhandlungen erreichten Grundzüge zu einem Abkommen wurden während der durch die Weihnachtsfeiertage veranlassten Unterbrechung der Verhandlungen zur vertraulichen Kenntnissnahme einer Versammlung von Persönlichkeiten unterbreitet, welche in kolonialen Dingen besonderes Interesse und besondere Sachkunde hatten, um deren Rath und Ansichten zu hören. Nach einer eingehenden Berathung dieser Grundzüge zu einem Abkommen wurden dieselben von der Mehrheit der Anwesenden mit 11 gegen 3 Stimmen als für die Fortführung der Verhandlungen geeignet anerkannt. || Letztere konnten nach weiteren langwierigen Unterhandlungen über die Einzelheiten der Grenzführung endlich am 4. Februar durch ein Protokoll festgestellt werden, welches nach erfolgter Nachprüfung einzelner noch unsicher gelassener Punkte zu dem Abkommen vom 15. März 1893 führte. || Das nunmehr rechtskräftig gewordene neue Abkommen mit Frankreich geht zwar von dem 15. Längengrad als der in dem Abkommen von 1885 festgesetzten Grenze aus, ohne diesen Grad als etwas Unüberschreitbares betrachten zu wollen. Es überschreitet denselben zu Gunsten Deutschlands an zwei Stellen, wie es ihn ebenso zum Vortheil Frankreichs an ebenfalls zwei Stellen zurücktreten lässt. || Dabei muss hervorgehoben werden, dass in denjenigen Gebieten, die Deutschland östlich des 15.° gewinnt, bereits eine reiche französische Forschung und Thätigkeit sich entfaltet hatte, Frankreich hier thatsächlich die Ergebnisse seiner Arbeit aufgibt, während umgekehrt in denjenigen Gebieten, welche Deutschland westlich des 15.° an Frankreich überliess, weder deutsche Forschung noch deutsche Arbeit vorhanden waren. Die Uebereinkunft sichert Deutschland eine Grenze, die es ermöglicht, auf dem Ngoko und Sanga, die hier das ganze Jahr hindurch für geeignet gebaute Schiffe befahrbar erscheinen, denjenigen Theil des Hinterlandes von Kamerun zu erschliessen, welcher bisher wegen seiner grossen Entfernung von der Küste für deutsche Interessenten bis zu dem in unabsehbarer Ferne liegenden Bau einer Eisenbahn gänzlich werthlos und unausbeutbar bleiben musste. Die besonderen Abmachungen über die Freiheit der Schifffahrt auf dem Sanga und über die nach der Kongoakte bereits gegebene durch das gegenwärtige Abkommen aber erst verwertbare Bewegungsfreiheit auf der Ueberlandroute von Loango durch Französisch-Kongo nach dem Stanleyepool gewährleisteten dem deutschen Kaufmann dieselben Vor-

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1891.

theile und Rechte wie dem französischen. Das Gleiche gilt von der Freiheit des Handels und der Schifffahrt im Gebiete des Sharibeckens, in dem keine politischen Grenzen die deutschen Unternehmungen im Wettbewerb mit den französischen stören sollen. Sache der deutschen Kolonialinteressenten wird es nun sein, in Befolgung des in anderen Kolonialstaaten gegebenen Beispiels durch thatkräftiges Vorgehen in den durch den Vertrag gesicherten Gebieten den Beweis zu liefern, dass die deutsche Kolonialbewegung nicht nur auf die der Regierung anheimgegebene oder von ihr geforderte Erwerbung möglichst zahlreicher Quadratkilometer des afrikanischen Erdtheils gerichtet ist, sondern sich auch in der thatkräftigen Ausbeutung der in den erworbenen Ländergebieten verborgenen Hülfquellen zu bethätigen vermag. In Bezug auf das südöstliche Hinterland von Kamerun wird ein solches Vorgehen um so angezeigter sein, als am oberen Sanga und am Ngoko nicht nur bereits 7 Handelsfaktoreien der Société anonyme belge pour le commerce du Haut Congo, sondern auch mehrere Faktoreien der Rotterdamer Nieuwe Afrikaansche Handels Vennootschap thätig sind. Kunde und Gasa bleiben französisch; doch ist in dem Anhang zu dem Protokoll dafür Sorge getragen, dass, falls es sich durch spätere, noch genauere astronomische Ortsbestimmungen herausstellen sollte, dass Kunde oder gar Gasa, was für letzteren Punkt aber durchaus unwahrscheinlich ist, um mehr als 10 Bogenminuten (18 km) westlich vom 15.° liegen würden, diese Orte unbedingt der deutschen Interessensphäre zufallen. Bei der bekannten Schwierigkeit genauer astronomischer Längenbestimmungen innerhalb der tropischen Wildniss musste ein solcher Spielraum gelassen werden. Die westliche Einbuchtung des Grenzlaufes am Mayo Kebbi schneidet aus dem deutschen Gebiet ein Stück heraus, das durch den territorialen Gewinn am Sanga vollauf ausgeglichen wird. Der Ort Bifara bezeichnet den äussersten östlichen Punkt der Schifffahrt des Mayo Kebbi, den der englische Major Mac Donald mit einem nur 15 Zoll tief gehenden Dampfboot zu erreichen vermochte. Frankreich tritt hierdurch als Mitbewerber in den Bezirk des Niger-Benuë ein. Dieser Mitbewerb schafft jedoch für Deutschland, von dem es zur Zeit ungewiss ist, wann es in diesen Gebieten eigene Handelsinteressen, die jetzt gänzlich fehlen, zu vertreten haben wird, keine Schwierigkeit, sondern stellt vielmehr zu seinen Gunsten das wirthschaftliche Gleichgewicht schon jetzt her, welches durch das bisherige Uebergewicht nichtdeutscher Interessen gestört und auf deren Ausgleich angesichts der bisherigen Verhältnisse nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge von selbst nicht zu rechnen war. Wie in dem Abkommen mit England, so sind auch in dem Abkommen mit Frankreich die Bestimmungen der Kongo-Akte über Freiheit des Handels und der Schifffahrt auf dem Niger zum Gegenstand besonderer Vereinbarung gemacht und die Verpflichtung ausgesprochen, Sorge zu tragen, dass diese Bestimmungen auch von dritter Seite streng beobachtet werden müssen. Die Bestimmungen der Brüsseler Generalakte über Einführung von Waffen und Spirituosen haben in dem Abkommen in Bezug auf das Shari-, Logone- und, soweit es sich um

hierbei in Betracht kommende Theile des Benuégebietes handelt, eine ausdrückliche Anerkennung und Bestätigung erfahren. || Als ein territorialer Gewinn ist es zu betrachten, dass Deutschlands Besitz östlich des 15.° sich bis zum Schnittpunkt des 10.° nördl. Br. mit dem Sharilaufe erstreckt, also bis auf etwa 17° 10' östl. L. v. Gr. || Vor Allem aber ist der grösste Theil Adamaus nunmehr nach hartem Kampf Deutschland gesichert. Die Schilderungen Heinrich Barths — den man, als im Auftrage von Lord Palmerston reisend, gewiss nicht als Anhänger überschwänglich kolonialer Bestrebungen, wie sie in neuerer Zeit hervortreten, wird bezeichnen können —

Nr. 10619.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

„Sicherlich ist Adamaua eines der schönsten Länder Centralafrikas, befruchtet von einer Anzahl Gewässer und von einer mannigfaltigen Gestaltung von Berg und Thal belebt. Mit stummem Entzücken schaute ich sprachlos in das reiche Land hinein. Wie es die Natur geschaffen, ohne von der künstelnden Hand des Menschen berührt zu sein, lag diese reiche Landschaft da, ein Feld der Thätigkeit kommender Geschlechter“
— diese Worte beziehen sich nunmehr auf zum grössten Theil unzweifelhaft deutschen Kolonialbesitz. || Der territoriale Zutritt zum südlichen Tschadsee und der handelspolitische Zugang zum Centralsudan ist Deutschland auf alle Fälle gesichert, eine Thatsache, die gegenüber der Behauptung, Deutschland habe mit dem vorliegenden Abkommen jeden Zugang zum mittelafrikanischen Sudan preisgegeben, ausdrücklich hervorgehoben zu werden verdient; sie gewährt Deutschland alle wirthschaftlichen Vortheile, ohne es zu einer Theilnahme an den unerfreulichen politischen Zuständen des Sudans zu nöthigen. Französischer und englischer Besitz bilden für das deutsche Gebiet einen Schutzwall gegen den Anprall mohammedanischer Völkerstämme Mittelafrikas. Gegenüber dem bisher unsicheren, durch deutsche Expeditionen noch nicht erschlossenen Hinterlande von Kamerun hat das deutsche Schutzgebiet im Vergleich mit der Grösse, wie sie selbst bei einer Durchführung des Abkommens von 1885 im deutschen Sinne hatte erhofft werden können, noch einen erheblichen Zuwachs erhalten. Im Ganzen ist die Grösse des Schutzgebietes Kamerun nunmehr auf rund 495 000 Quadratkilometer zu schätzen, kommt also Deutschland an Flächeninhalt nahezu gleich. || Soweit dieses grosse Gebiet erforscht ist, bietet es ausreichende Hilfsquellen, um dem deutschen Unternehmungsgeist für eine unabsehbare Zukunft genügenden Spielraum zu bieten und die Grundlage für ein deutsches Eingreifen zu bilden, wenn etwaige Veränderungen in den territorialen Machtverhältnissen Afrikas eintreten sollten.

Anlage.

Zur Herleitung der geographischen Länge von Bania am mittleren Sanga sind mir drei Fascikel Originalbeobachtungen übergeben worden. Die Beobachtungen sind in der Zeit vom 4. Januar bis 14. März 1892 von Herrn de Brazza ausgeführt worden. Zwei Beobachtungsreihen bestehen aus Mond-

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894. kulminationen, die dritte aus Mondhöhen. Die eine Reihe der Mondkulminationen ist von vornherein von der Bearbeitung auszuschliessen, da sie den Vermerk „observations douteuses“ trägt. Eine genauere Durchsicht der Beobachtungen ergab, dass die beobachteten Mondkulminationen sich nicht kurzer Hand reduzieren lassen. Nördlich und südlich von der Station war je ein Signal errichtet worden, das als Mire diente. Das Azimuth dieser Miren ist unabhängig von der Beobachtung der Mondkulminationen bestimmt. Bei der Beobachtung des Mondes wurden nicht unmittelbare Beobachtungen zur Ermittlung des Azimuthes des Instrumentes angestellt, sondern dieses Azimuth immer auf die Miren bezogen. Direkte Bestimmungen der Kollimation des Instrumentes scheinen zu fehlen. Die Herleitung einer sicheren Länge aus diesen Mondbeobachtungen hätte vorher eine eingehende Diskussion der Azimuthbestimmung der Miren erfordert. Hierzu kam noch, dass über die Konstruktion des zu den Beobachtungen benutzten Gambey'schen Universalinstrumentes und über die Art der Ablesung der Niveaus nähere Angaben nicht zu erhalten waren. Eine Bearbeitung dieser Beobachtungen würde auf Schwierigkeiten gestossen sein, deren Ueberwindung zum mindesten einen erheblichen Zeitaufwand erfordert hätte, so dass auch von dieser zweiten, als gut bezeichneten Serie von Mondkulminationen abgesehen werden musste. || Die dritte Beobachtungsreihe betrifft Mondhöhen, gemessen in Verbindung mit Jupiterhöhen. Die Methode der Mondhöhen ist für niedere Breiten zur Bestimmung der Länge eine sehr zu empfehlende. Die Verhältnisse bei den hier in Frage kommenden Beobachtungen sind noch besonders günstige. Mond und Jupiter hatten einen gegenseitigen Abstand von nur wenigen Graden; ihre Durchgangszeiten durch das nämliche Almukantarat waren im ungünstigsten Falle nur um $2^m 34^s$ von einander verschieden. Es war daher möglich, Mond und Jupiter unmittelbar hintereinander bei unveränderter Einstellung des Instrumentes in Höhe zu beobachten, indem nur kleine Drehungen im Azimuth auszuführen waren. Die Instrumentalfehler und etwaige kleine Fehler in der gemessenen Höhe üben nur sehr geringen Einfluss aus. Eine Kenntniss des Uhganges ist nicht erforderlich, da die Zwischenzeit als verschwindend angesehen werden kann und jeder Beobachtungssatz ein unabhängiges Resultat liefert. Die Kleinheit der Zwischenzeit lässt es auch als sehr wahrscheinlich erscheinen, dass zwischen der Beobachtung von Mond und Jupiter keine Veränderungen in der Aufstellung des Instrumentes stattgefunden haben; ein ziffernmässiger Nachweis ist in dieser Hinsicht nicht zu führen, da in jeder Fernrohrlage das Niveau nur einmal abgelesen worden ist, häufig sogar nur das eine Ende der Blase. Da über die Art der Niveauablesung nichts bekannt ist, auch Zweifel über den anzuwendenden Werth eines Niveauthails bestehen, habe ich die Niveauablesungen nicht berücksichtigt. Die einzelnen Kreisablesungen können dadurch etwa auf $5''$ unsicher werden; diese Grösse kommt bei dem differentiellen Charakter der Beobachtungen nicht in Betracht; die einzelnen Resultate werden dadurch noch nicht um 0.1 geändert. || Das Fadenkreuz enthielt 7 vertikale und 7 horizontale Fäden; Mond und Ju-

piter wurden an den beiden äussersten und dem mittelsten Horizontalfaden beobachtet. Zur Rechnung wurde das Mittel aus diesen drei Durchgangszeiten verwendet, nachdem die Zahlen auf etwaige grobe Schreibfehler geprüft worden waren. Von Jupiter wurden Bisektionen beobachtet; Beobachtungen der einzelnen Ränder sind versucht worden, haben sich aber wahrscheinlich wegen der Kürze der Zwischenzeit als unpraktisch erwiesen. Die allerersten Beobachtungen habe ich von der Reduktion ausgeschlossen. Die Beobachtungszeiten enthalten eine grössere Anzahl von Fehlern um 10^s , bezw. 1^m ; bis auf einen Fall lassen sich die Zahlen mit Sicherheit richtig stellen. || Ich habe die Reduktion der Beobachtungen in der Weise ausgeführt, dass ich für jeden einzelnen Beobachtungssatz aus der gemessenen Jupiterzenithdistanz den Uhrstand hergeleitet und mit diesem Uhrstande aus der Mondzenithdistanz die Rectascension des Mondes berechnet habe. Jeder Satz giebt so ein selbständiges Resultat. Zu Grunde gelegt habe ich der Rechnung die Oerter des Nautical Almanac. Ausgegangen wurde von den Werthen:

$$\lambda = 1^h 2^m 53^s \text{ östlich von Greenwich}$$

$$\varphi = + 4^\circ 1' 0''.$$

Luft- und Quecksilbertemperatur wurden als gleich angenommen.

Als Endresultat ergibt sich:

$$\text{Bania } 1^h 4^m 11^s = 16^\circ 2' 45'' \text{ östlich von Greenwich.}$$

Der mittlere Fehler des Resultates beträgt:

$$\pm 4.9 = \pm 1' 14''.$$

Für den Einfluss der verschiedenen Fehlerquellen hat man den nachstehenden Ausdruck:

$$+ 2.5 d\alpha \zeta + 3.3 d\delta \zeta - 2.5 d\alpha \vartheta - 2.5 d\delta \vartheta - 0.7 d\varphi - 0.3 d\lambda + 1.8 dz.$$

Hierin ist die Einheit

für $d\alpha \zeta$ und $d\alpha \vartheta$	0.1
„ $d\delta \zeta$ „ $d\delta \vartheta$	$10''$
„ $d\varphi$	$100''$
„ $d\lambda$	1^m
„ dz	$60''$.

Im Nautical Almanac sind bei den Mondörtern die Newcombschen Korrektionsglieder berücksichtigt; direkte Bestimmungen der für die Oerter des N. A. noch erforderlichen Korrekturen liegen nicht vor, da die Greenwich Observations für 1892 noch nicht erschienen sind. Nach Beobachtungen auf dem Radcliffe Observatory vom Dezember 1891 ist indessen anzunehmen, dass in beiden Koordinaten Fehler des Mondortes von mehr als $5''$ nicht zu erwarten sind. || Nach Monthly Notices LII, Nr. 8, S. 564 betrug laut Angabe des Astronomer-Royal die Korrektur des Jupiterortes Ende 1891 $+ 0.18 - 0.1$. In Ermangelung anderweitigen Materials kann man diese Grösse auch als für den Anfang 1892 gültig ansehen. || Für die übrigen Grössen sind sehr reichlich bemessene Beträge: $d\varphi = 100''$. $d\lambda = 1^m$. $dz = 60''$.

Nr. 10019.
Deutschland
und
Frankreich.
15. März 1894.

Die Korrekturen der Jupiterörter sind das einzige sicher zu ermittelnde Fehlerelement; ihre Berücksichtigung würde die abgeleitete Länge um $-4^{\circ}.5$ ändern. Führt man $d\alpha C$, $d\delta C$, $d\varphi$, $d\lambda$ und dz mit den oben angegebenen Beträgen ein und nimmt den ungünstigsten Fall an, dass die an die berechnete Länge anzubringenden Verbesserungen alle nach derselben Seite fallen, so würde sich $12^{\circ}.9$ als Verbesserung der Länge ergeben. || In Betracht zu ziehen ist nun noch der Umstand, dass nur ein Mondrand und nur bei wachsender Zenithdistanz beobachtet ist. Es sind daher systematische Fehler, welche von individueller Auffassung der Ränder und dergleichen herrühren, nicht aus dem Resultate eliminiert. Welche Beträge diesen Fehlern im vorliegenden Falle tatsächlich zukommen, ist nicht festzustellen, da Material zur Diskussion dieses Punktes nicht vorliegt. Es ist indessen nicht sehr wahrscheinlich, dass hierdurch die Beobachtungszeiten des Mondes um $1'$ falsch aufgefasst worden sind. Nimmt man indessen, um allen Eventualitäten Rechnung zu tragen, an, ein derartiger Auffassungsfehler sei im Betrage von $2'$ vorhanden gewesen, so würde die erhaltene Länge um $51'$ falsch sein. || In Berücksichtigung aller dieser angeführten Umstände ist als sicher anzunehmen, dass die abgeleitete Länge von Bania ($1^{\circ} 4^m 11''$ östlich von Greenwich) nicht um mehr als 1^m falsch sein kann; es erscheint sogar als sehr wahrscheinlich, dass die wirkliche Unsicherheit weit unterhalb dieses Betrages liegt.

Kgl. Sternwarte Leipzig, den 18. Dezember 1893.

Dr. B. Peter,
1. Observator der Kgl. Sternwarte.

Verhandlungen zwischen England und Portugal*).

Nr. 10620. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Uebersendet einen am 20. August mit dem portugiesischen Gesandten abgeschlossenen Vertrag.

Foreign Office, August 25, 1890.

Nr. 10620.
England.
25. Aug. 1890.

Sir, || I transmit herewith a copy of a Convention between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and His Majesty the King of Portugal and the Algarves with respect to Territories in Africa, which was signed on the 20th instant.

Salisbury.

*) Engl. Blaubücher Africa Nr. 2 (1890—91), Africa Nr. 5 (1891) und Africa Nr. 7 (1891).

Inclosure. Convention between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and His Majesty the King of Portugal and the Algarves with respect to Territories in Africa. Nr. 10620.
England.
25. Aug. 1890.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c., &c., &c., and His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, &c., &c., &c., being animated with the desire to draw closer the ties of friendship which unite the two nations, and to settle by common accord certain matters relative to their respective spheres of influence in Africa, have determined to conclude a Convention to that effect, and have named as their respective Plenipotentiaries—that is to say:— || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, the Right Honourable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis of Salisbury, Earl of Salisbury, Viscount Cranborne, Baron Cecil, Peer of the United Kingdom, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, &c.; || And His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, August Cesar Barjona de Freitas, Councillor of His Majesty and of State, Peer of the Realm, Minister and Honorary Secretary of State, Grand Cross of Christ and Grand Cross of several foreign Orders, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of His Most Faithful Majesty at the Court of Her Britannic Majesty, &c.; || Who, having communicated to each other their respective full powers found in good and due form, have agreed upon the following Articles: —

Article I.

Great Britain agrees to recognize, as within the dominion of Portugal in East Africa, the territories bounded — || 1. To the north by a line which follows the course of the River Rovuma from its mouth up to the confluence of the River M'Sinje, and thence westerly along the parallel of latitude to the shore of Lake Nyassa. || 2. To the west by a line which, starting from the above-mentioned frontier on Lake Nyassa, follows the eastern shore of the lake southwards as far as the parallel of latitude 13° 30' south; thence it runs in a south-easterly direction to the eastern shore of Lake Chinta, which it follows. Thence in a direct line to the eastern shore of Lake Chilwa, or Shirwa, which it follows to its south-easternmost point; thence in a direct line to the easternmost affluent of the River Ruo, and thence follows that affluent, and, subsequently, the centre of the channel of the Ruo to its confluence with the River Shiré. From thence it runs in a direct line to a point half-way between Tété and the Kabra-bassa Rapids. || The Settlement of Zumbo, with a radius on the northern bank of 10 English miles, remains under the dominion of Portugal, but shall not, without the previous consent of Great Britain, be transferred to any other Power.

Nr. 10630.
England.
25. Aug. 1890.

Article II.

To the south of the Zambesi, the territories within the Portuguese sphere of influence are bounded by a line which, starting from a point opposite the western extremity of the 10-mile radius of Zumbo, runs directly southwards as far as the 16th parallel of south latitude, follows that parallel to its intersection with the 31st degree of east longitude (Greenwich), thence running eastward direct to the point where the River Mazoe is intersected by the 33rd degree of east longitude; it follows that degree southwards to its intersection by the 18° 30' parallel of south latitude; runs along that parallel westward to the affluent of the River Save or Sabi, which is called the River Masheke; follows that affluent, and afterwards the centre of the main channel of the Save, to the confluence of the Lunte, whence it strikes direct to the north-eastern point of the frontier of the South African Republic, and follows the eastern frontier of the Republik, and the frontier of Swaziland, to the River Maputa. || Portugal engages not to cede her territories to the south of the Zambesi to any other Power without the previous consent of Great Britain.

Article III.

Great Britain engages not to make any objection to the extension of the sphere of influence of Portugal, south of Delagoa Bay, as far as a line following the parallel of the confluence of the River Pongola with the River Maputa to the sea-coast. || Portugal engages, that the territory of which the limits are defined in this Article shall not, without the consent of Great Britain, be transferred to any other Power.

Article IV.

It is agreed, that the western line of division separating the British from the Portuguese sphere of influence in Central Africa shall follow the centre of the channel of the Upper Zambesi, starting from the Katima Rapids up to the junction with that river of the River Kabompo, and thence up the centre of the channel of the Kabompo. || The country hereby recognized as Portuguese shall not, without the consent of Great Britain, be transferred to any other Power. || It is understood on both sides, that nothing in this Article shall affect the existing rights of any other State. Subject to this reservation, Great Britain will not oppose the extension of the Portuguese sphere of influence beyond the above-mentioned limits.

Article V.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain on the north of the Zambesi, the territories extending from the line described in the preceding Article to Lake Nyassa, including the islands in that lake south of parallel 11° 30', and to the line described in Article I, with the exception of Zumbo and a radius of 10 English miles round it.

Article VI.

Nr. 10620.
England.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain to the south of the Zambesi, the territories bounded on the east and north-east by the line described in Article II.

Article VII.

All the lines of demarcation traced in Articles I to VI shall be subject to rectification by Agreement between the two Powers, in accordance with local requirements.

Article VIII.

The two Powers engage, that neither will interfere with any sphere of influence assigned to the other by Articles I to VI. One Power will not in the sphere of the other make acquisitions, conclude Treaties, or accept sovereign rights or Protectorates. || It is understood, that no Companies nor individuals subject to one Power can exercise sovereign rights in a sphere assigned to the other, except with the assent of the latter.

Article IX.

Trading and mineral Concessions, and rights to real property, held by Companies or individuals, subjects of one Power, shall, if their validity is duly established, be recognized in the sphere of the other Power. It is understood, that Concessions must be worked in accordance with local Laws and Regulations. || If a difference of opinion shall arise between the two Governments as to the validity of the Concession, or as to the equitable character or suitability of the above-mentioned local Laws and Regulations, it shall be settled by the arbitration of a juriconsult of a neutral nationality.

Article X.

In all territories in Africa belonging to or under the influence of either Power, missionaries of both countries shall have full protection. Religious toleration and freedom for all forms of divine worship and religious teaching are guaranteed.

Article XI.

The two Powers engage, that, in their respective spheres, as defined in Articles I to VI, trade shall enjoy complete freedom; the navigation of the lakes, rivers and canals, and of the ports on those waters, shall be free to both flags; and no differential treatment shall be permitted as regards transport or coasting-trade; goods, of whatever origin, shall be subject to no dues except those, not differential in their incidence, which may be levied for objects directly connected with the administration, or the suppression of the Slave Trade under the provisions of the Act of the Brussels Conference, or to meet expenditure in the interest of trade; no transit-dues shall be permitted, and no monopoly or favour in matters of trade can be granted. The sub-

Nr. 10620.
England.
25. Aug. 1890.

jects of either Power will be at liberty to settle freely in the territories within the respective spheres. || Portugal reserves her right to exclude from the operation of the free zone provisions of the Act of Berlin, and from the provisions of the preceding paragraph, her ports on the East Coast. She also reserves the right to exclude from the operation of the provisions of the preceding paragraph her ports on the West Coast. || She engages, however, not to charge transit-dues exceeding a maximum of 3 per cent on goods passing in transit inwards or outwards between the coast and the British sphere of influence, either by land or water. These dues shall in no case have a differential character, and shall not exceed the customs dues levied on the same goods at the above-mentioned ports. || It is understood, that, under the terms of this Article, there shall be freedom for the passage of subjects and goods of both Powers across the Zambesi, and through the districts adjoining the river for the purpose of such passage, along its whole course, without hindrance of any description and without payment of transit-dues. || It is further understood, that within a zone of 20 English miles on the north bank of the Zambesi Portugal shall have the right to construct roads, railways, bridges and telegraph-lines across the territories reserved to British influence on the north of the Zambesi. Both Powers shall have the same right within a zone of 10 English miles on the south of the Zambesi between Tété and the confluence of the Chobe, and within a zone of the same dimensions running from the north-east of the British sphere south of the Zambesi to the above-mentioned zone. The two Powers shall have the power, in these zones, of acquiring, on reasonable conditions, the land necessary for such objects, and shall receive all other requisite facilities. They shall also be allowed facilities for the construction on the river, between the above-named limits, of piers and landing-places for the purpose of trade or navigation. All materials for the construction of roads, railways, bridges and telegraph-lines shall be admitted free of charge. || Differences of opinion between the two Governments as to the execution of their respective obligations, incurred in accordance with the provisions of the preceding paragraph, shall be referred to the arbitration of two experts, one of whom shall be chosen on behalf of each Power, who shall select an Umpire, whose decision, in case of difference between the Arbitrators, shall be final. If the two experts cannot agree upon the choice of an Umpire, this Umpire shall be selected by a neutral Power.

Article XII.

The navigation of the Zambesi and Shiré, without excepting any of their branches and outlets, shall be entirely free for the ships of all nations.

Article XIII.

Merchant-ships of the two Powers shall in the Zambesi, its branches and outlets, have equal freedom of navigation, whether with cargo or ballast, for

the transportation of goods and passengers. In the exercise of this navigation the subjects and flags of both Powers shall be treated, in all circumstances, on a footing of perfect equality, not only for the direct navigation from the open sea to the inland ports of the Zambesi, and vice versa, but for the great and small coasting trade, and for boat trade on the course of the river. Consequently, on all the course and mouths of the Zambesi there will be no differential treatment of the subjects of the two Powers; and no exclusive privilege of navigation will be conceded by either to Companies, Corporations, or private persons. || The navigation of the Zambesi shall not be subject to any restriction or obligation based merely on the fact of navigation. It shall not be exposed to any obligation in regard to landing-station or depôt, or for breaking bulk, or for compulsory entry into port. In all the extent of the Zambesi the ships and goods in process of transit on the river shall be submitted to no transit dues, whatever their starting-place or destination. No maritime or river toll shall be levied based on the sole fact of navigation, nor any tax on goods on board of ships. There shall only be collected taxes or duties which shall be an equivalent for services rendered to navigation itself. The Tariff of these taxes or duties shall not warrant any differential treatment. || The affluents of the Zambesi shall be in all respects subject to the same rules as the river of which they are tributaries. || The roads, paths, railways, or lateral canals which may be constructed with the special object of obviating the innavigability or correcting the imperfections of the river route on certain sections of the course of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, shall be considered, in their quality of means of communication, as dependencies of this river, and as equally open to the traffic of both Powers. And, as on the river itself, so there shall be collected on these roads, railways and canals only tolls calculated on the cost of construction, maintenance and management, and on the profits due to the promoters. As regards the Tariff of these tolls, strangers and the natives of the respective territories shall be treated on a footing of perfect equality. || Portugal undertakes to apply the principles of freedom of navigation enunciated in this Article on so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. The rules which she may establish for the safety and control of navigation shall be drawn up in a way to facilitate, as far as possible, the circulation of merchant-ships. || Great Britain accepts, under the same reservations and in identical terms, the obligations undertaken in the preceding Articles in respect of so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. || Any questions arising out of the provisions of this Article shall be referred to a Joint Commission, and, in case of disagreement, to arbitration. || Another system for the administration and control of the Zambesi may be substituted for the above arrangements by common consent of the Riverain Powers. || Portugal will, on application

Nr. 10620.
England.
25. Aug. 1890.

Nr. 10620. from Great Britain, grant to a Company a lease for 100 years of 10 acres
 England. at the mouth of the Chindé, for purposes of transhipment. The ground so
 25. Aug. 1890. leased shall not in any case be fortified.

Article XIV.

In the interest of both Powers, Portugal agrees to grant absolute freedom of passage between the British sphere of influence and Pungwé Bay for merchandize of every description, and to give the necessary facilities for the improvement of the means of communication. She undertakes to construct a railway to serve this region within a period fixed by surveys which shall be completed with the least possible delay. An engineer named by the British Government shall take part in these surveys, which shall commence within a period of four months from the signature of this Convention. In case these conditions should not be precisely carried out, Portugal will grant to a Joint Company under the control of Portuguese and British Directors, and with seats in Lisbon and London, with the least possible delay, a Concession for the construction of a railway, with all requisite facilities for the acquisition of land, cutting timber and free importation and supply of materials and labour. || It is understood, that no dues shall be levied at the port of entry or exit on goods in transit exceeding the maximum of 3 per cent. under the conditions stipulated in Article XI. || It is further understood that the same provision as to goods in transit applies to the Limpopo, the Save and all other navigable rivers flowing to the coast of the Portuguese spheres in East or West Africa, with the exception of the Zambesi.

Article XV.

Great Britain and Portugal engage to facilitate telegraphic communication in their respective spheres. || The stipulations contained in Article XIV as regards the construction of a railway from Pungwé Bay to the interior shall be applicable in all respects to the construction of a telegraph-line for communication between the coast and the British sphere south of the Zambesi. Questions as to the points of departure and termination of the line, and as to other details, if not arranged by common consent, shall be submitted to the arbitration of experts under the prescribed conditions. || Portugal engages to maintain telegraphic service between the coast and the River Ruo, which shall be open to the use of the subjects of the two Powers without any differential treatment. || Great Britain and Portugal engage to give every facility for the connection of telegraphic lines constructed in their respective spheres. || Details in respect to such connection, and in respect to questions relating to the settlement of through tariffs and other charges, shall, if not settled by common consent, be referred to the arbitration of experts under the prescribed conditions.

Article XVI.

Nr. 10620.
England.

All differences not specifically mentioned in the preceding Articles which may arise between the two Governments with regard to this Convention shall be submitted to arbitration.

Article XVII.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at London as soon as possible. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention, and have affixed thereto the seal of their arms. || Done in duplicate at London, the twentieth day of August, in the year of Our Lord one thousand eight hundred and ninety.

Salisbury.

Barjona de Freitas.

Nr. 10621. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Gesandten in London. — Verlangt eine Zusage über die Eisenbahn am Zambesi.

Foreign Office, August 20, 1890.

M. le Ministre, || In view of the great importance, in the interests of British and Portuguese commerce, of an easy and economical means of transport between the sphere of influence reserved to Great Britain on the south of the Zambesi and the sea-coast, I have the honour to state that it would be satisfactory to Her Majesty's Government, if you could give me an assurance, that the traffic rates to be charged on the railway to be constructed under Article XIV of this Agreement shall not be unreasonably in excess of the proportionate rates per mile charged on other railway systems in South Africa.

Salisbury.

Nr. 10622. **PORTUGAL.** — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Gibt die verlangte Versicherung.

His Most Faithful Majesty's Legation, London,
August 22, 1890. (23. Aug.*)

(Uebersetzung.) || My Lord, || On the 20th instant I had the honour to receive a note in which your Excellency, referring to the railway mentioned in Article XIV of the Convention which has now been concluded between the Government of His Most Faithful Majesty and the Government of Her Britannic Majesty, expresses a hope, that I may be able to give an assurance that the rates chargeable on the railway in question will not be unreasonably high, or out of proportion per kilometre to the rates on other South African

*) Die eingeklammerten Zahlen geben das Datum der Ankunft an.

Nr. 10622.
Portugal.
22. Aug. 1890. railways. || I have the honour to state, in reply, that as it is stipulated that the railway is to be constructed in the interests of the two Powers, Portugal would gain nothing by fixing rates which would hinder the transit of goods and passengers, and so preclude the possibility of earning the profits expected from such an undertaking. || I have therefore no doubt that I may declare that it is the intention of the Government of His Most Faithful Majesty that the rates on the above-mentioned railway shall be moderate and on a par with those of other African railways, without prejudice to the capital employed, and to certain other circumstances which must be had in consideration.

Barjona de Freitas.

Nr. 10623. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Opposition in Portugal gegen das Abkommen.

Lisbon, August 23, 1890. (August 27.)

Nr. 10623.
England.
23. Aug. 1890. (Extract.) || The Anglo-Portuguese Convention, the bases of which were published here on the evening of the 21st, has been violently assailed by the whole of the Progressist and Republican press as involving even a deeper humiliation for Portugal than the ultimatum of the 11th January, and one paper, the "Novidades", goes so far in condemning what it calls this supreme act of spoliation, as to say that it would be better for Portugal to dispose altogether of the Province of Mozambique than to retain it under the conditions of the Convention which has just been signed. || On the other hand, the Ministerial press, and such respectable papers as the "Jornal do Comercio" and the "Economista" defend the Convention as being an honourable solution of the conflict, and, under all the circumstances, not disadvantageous to Portugal. The following concluding paragraph of a long article in this morning's issue of Senhor Serpa Pimentel's paper, the "Gazeta de Portugal," written in refutation of the criticisms of the Progressist newspapers, typifies the language used by the defenders of the settlement with England:— || "We cannot conclude without declaring, and this without fear of being contradicted in good faith, that the Convention is an honourable termination of a conflict which kept us daily in suspense and on the brink of an unpleasant quarrel; it introduces the peaceable system of arbitrations, which is one of the best conceived aspirations of modern times; it means permanent peace, and, finally, it puts an end to all the vexations to which we have hitherto been subject; and, although all aspirations have not been satisfied, a dispute has been honourably settled which placed the Portuguese nation on the border of an abyss. || This is the truth felt by every one, and these are the facts palpable to all."

Nr. 10624. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Dasselbe.

Lisbon, September 2, 1890. (September 5.)

My Lord, || The battle which has been waged continuously in the Portuguese press since the publication of the bases of the Anglo-Portuguese Convention between the Government supporters and the Opposition and Republicans has received a fresh impetus from the publication of the text itself. This appears to have rather strengthened the objections and intensified the animosity of those who denounce this Treaty as equivalent to the annihilation of Portuguese sovereignty in East Africa. || As far as I can gather, the two points which excite the loudest opposition are the obligation to construct a railway from Pungwé Bay to the British sphere of influence, as being mostly, if not entirely, for the benefit of Great Britain at the expense of Portugal, and the engagement entered into by Portugal not to cede certain territories "without the consent of Great Britain." This is interpreted as differing from and going beyond the ordinary right of pre-emption clause. The Opposition papers maintain, that it virtually establishes a British Protectorate, and that the King of Portugal ceases to be an independent Sovereign there. || The Government papers, in reply to this, refer to the IIIrd Article of the Treaty between Portugal and China of 1887, which says that "Portugal confirms, in its entirety, the 3rd Article of the Protocol of Lisbon relating to the engagement never to alienate Macao without previous agreement with China."

Nr. 10624.
England.
2. Sept. 1890.

George G. Petre.

Nr. 10625. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen.

Lisbon, September 11, 1890. (September 15.)

(Extract.) || I saw Senhor Hintze Ribeiro yesterday at the Ministry for Foreign Affairs, who said that there was nothing in the Treaty which had so irritated and offended the public mind as the wording of this "previous consent" clause, because it was interpreted as a humiliation to Portugal, and not because there was an objection to giving Great Britain a prior right to the territories in question in the event of Portugal wishing to cede them I told Senhor Hintze Ribeiro that I thought it was very unfortunate that this did not occur either to himself or the Portuguese negotiators when the terms of the Treaty were being discussed and drawn up, and that it could not possibly have occurred to Her Majesty's Government, who of course had no thought of wounding Portuguese susceptibility, but simply of preventing a future transfer injurious to the interests of Great Britain. || Neither the Minister nor the negotiator seem to have been at all prepared for the passionate opposition which this clause, or at least the wording of it, has excited. To any one unacquainted with the Portuguese it is almost unintelligible, but it is none the less real. ||

Nr. 10625.
England.
11. Sept. 1890.

Nr. 10626.
England.
11. Sept. 1890. Senhor Hintze Ribeiro did not dwell so much on the point relating to the appointment of an engineer, although he spoke of it as a condition which was likewise strongly objected to, and which he was most anxious to see withdrawn from the obstacles to the adoption of the Treaty by the Cortes.

Nr. 10626. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Ubersendet eine Note an den portugiesischen Minister.

Lisbon, September 13, 1890. (September 13.)

Nr. 10626.
England.
13. Sept. 1890. (Extract.) || I have received your Lordship's telegram of to-day, informing me of the concurrence of Her Majesty's Government in the modifications urged by Senhor Barjona de Freitas in his recent interview with your Lordship, and I have called on Senhor Hintze Ribeiro and acquainted him with the decision of Her Majesty's Government, which undoubtedly deprives the reasonable portion of the opponents of the Treaty of their strongest weapon of attack, and cannot fail to remove the scruples of wavering supporters. I look upon the ratification of the Treaty, therefore, as secured. || Senhor Hintze Ribeiro requested me to write him a few lines officially informing him of the concurrence of Her Majesty's Government in the points specified in your Lordship's telegram, and, in accordance with this request, I wrote the note of which I have the honour to inclose a copy.

Inclosure.

Lisbon, September 13, 1890.

M. le Ministre, || With reference to the verbal communications which have taken place within the last few days between the Marquis of Salisbury and Senhor Barjona de Freitas, and between your Excellency and myself, relative to certain clauses in the Anglo-Portuguese Convention which have been apparently interpreted in a sense hurtful to the susceptibilities of the Portuguese nation, I have the pleasure to inform your Excellency that Her Majesty's Government concur generally (1) in the understanding that the Province of Angola is exempt from free trade; (2) in the substitution of a preferential right in favour of Great Britain, for the clauses in which Portugal engages not to transfer certain territories to any other Power without the consent of Great Britain; and (3) in a modification of that part of Article XIV which stipulates that an engineer named by the British Government shall take part in the survey for the proposed railway from Pungwé Bay. Her Majesty's Government agree to the nomination of a neutral, instead of a British, engineer.

George G. Petre.

Nr. 10627. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Unterredung mit dem portugiesischen Gesandten über Modifikationen des Vertrages.

Foreign Office, September 18, 1890.

Sir, || The Portuguese Minister called upon me at Dieppe on the 9th instant, and informed me, that considerable feeling had been raised in Portugal by the inferences — mistaken inferences, as he thought — which had been drawn from the language of the Convention on certain points. He explained to me the modifications which his Government desired to make in the wording of the Convention upon these points in order to disarm the criticism which they might possibly meet with in Parliament, and left with me a pro memoria, which I inclose. I promised to let them have an answer through you. || The proposed modifications do not seem to me likely to affect the operation of the Convention in any important respect. I have, therefore, to reply that, in the view of Her Majesty's Government, with the exception of Article X, paragraphs 2 and 3 of Article XI, and paragraphs 2 and 3 of Article XIV, the provisions of the Convention as regards the western side of Africa do not apply to the Province of Angola, but only to the territories recognized by Great Britain in that Agreement as being within the Portuguese sphere of influence. || The limits of the Province of Angola shall be taken to be those laid down in Stieler's Atlas (Berlin, 1889). || 2. Her Majesty's Government are willing that, in place of the stipulations in the Convention, to the effect that certain territories shall not be ceded by Portugal without the consent of Great Britain, it should be provided that Great Britain shall have a preferential right of acquiring those territories on the same terms as those on which it may be proposed at any time to transfer them to any other Power. || 3. The object of Her Majesty's Government in stipulating that one of the engineers employed to make the surveys for the railway to Pungwé Bay should be nominated by them was to satisfy public opinion in England that the survey would be prompt and satisfactory. This condition might, however, be waived on the understanding, that one of the engineers would be of neutral nationality if the Portuguese Government should desire it, and that his selection should be made by mutual agreement between the two Governments, the arbitration clause being applied in the event of disagreement.

Salisbury.

Nr. 10627.
England.
18. Sept. 1890.

Nr. 10628. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Bericht über die Cortesverhandlungen über die Convention.

Lisbon, September 16, 1890. (September 20.)

My Lord, || The Cortes reassembled yesterday amidst great popular excitement, which, except for the extraordinary precautions taken by the Government and the display of military and police force, would probably have

Nr. 10628.
England.
16. Sept. 1890.

Nr. 10628.
England.
16. Sept. 1890.

led to serious disorders. As it was, there were conflicts between the police and the populace in the neighbourhood of the Cortes, in which one young man was killed, and several (eleven is the number stated) seriously hurt. Artillerymen, who mixed with the crowd, are said to have taken part against the police. || In the Chamber of Deputies, Senhor Hintze Ribeiro, amidst interruptions which at one time caused a temporary suspension of the sittings, read his Report upon the Anglo-Portuguese Convention, and introduced the Bill authorizing its ratification. || I have the honour to inclose translations of these documents*). Your Lordship will see, that the Bill states the effect of the modification and explanation of certain clauses in the Convention concurred in by Her Majesty's Government since the signature. || Senhor Hintze Ribeiro also laid a White Book which contains papers relating to the negotiations between the two Governments down to the latest date, copies of which I will endeavour to procure and forward to your Lordship as soon as possible. || A White Book, with African correspondence, ending with the fall of the late Ministry in January, was likewise published a few days ago, and shall be forwarded as soon as I have had time to analyze the contents. || The Treaty has been referred to the Joint Parliamentary Committees of Foreign Affairs, Colonies and Finance, and the Chamber adjourned until Thursday next. || It is evident, that the concessions made by Her Majesty's Government in the wording of the clauses above referred to have not produced the effect of lessening the violence of the opposition to the Treaty, nor, as far as can be judged at present, has Senhor Hintze Ribeiro's confident anticipation that they would at least remove the objections of many of the Ministerial supporters who either wavered or refused point blank to vote for the ratification been altogether verified. || It is said, that many of the Ministers shrink from facing the storm of opposition if it is persisted in by the country, and that there is a possibility of their resigning in consequence, in which case a Coalition Ministry would be formed, and the ratification of the Treaty would be indefinitely postponed. It is difficult at present to judge what degree of probability there is of this happening, but the state of affairs is uncertain. || Senhor Hintze Ribeiro himself maintains a firm and consistent attitude, and believes in the power of the Government to get the Treaty ratified. If it is rejected, it will not be owing to ignorance of the consequences to Portugal in Africa, which will, in all probability, follow from it, but to the animosity, apparently regardless of all consequences, which it has created.

George G. Petro.

Bill.

Article 1. The Treaty concluded on the 20th August last between Portugal and England, with reference to their respective spheres of influence in

*) Die Rede des portugiesischen Ministers ist hier fortgelassen.

Africa, is approved, in order that it may be ratified by the Executive Power, subject to the following declarations: — || (1.) That the commercial and fluvial régime, as laid down in the Treaty, does not apply to the ancient Portuguese Province of Angola. || (2.) That the question of transit was alone regulated by the Treaty, and therefore the right of Portugal, as far as regards the levying of import and export duties, remains wholly unfettered. || (3.) That the clause requiring the previous consent of England for the cession of the territories specified in the Treaty will be changed into a simple reservation of a right of preference in favour of England. || (4.) That the clause which provides for the appointment of an engineer by the British Government to carry out the surveys for the Pungwé Railway will be modified in the sense that an engineer of a neutral nation is to be appointed.

Art. 2. Any laws contrary thereto are revoked.

E. R. Hintze Ribeiro.

Nr. 10629. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Die Ratifikation der Konvention darf nicht aufgeschoben werden.

Foreign Office, September 21, 1890.

(Telegraphic.) || I have to request you, unofficially, to inform the Portuguese Government that, if the ratification of the Anglo-Portuguese Agreement is adjourned by the Cortes, Her Majesty's Government will regard it as equivalent to its rejection. It is impossible for Great Britain to remain bound, while Portugal is not bound by the Convention.

Nr. 10630. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Ministerkrise in Portugal.

Lisbon, September 18, 1890. (September 22.)

(Extract.) || Senhor Serpa went to Cintra yesterday and placed the resignation of the whole Cabinet in the hands of the King, by whom it was accepted. || His Majesty did not either charge Senhor Serpa to form a new Ministry nor did he send for any one, but reserved to himself, before doing so, to consult some of the leading political men. || The Ministry will announce their resignation to-day in the Cortes; but it is mere conjecture so far as to who will be their successors. It does not seem probable, as Senhor Hintze Ribeiro seemed to think yesterday, that Senhor Serpa will continue to be at the head of a new Ministry. Public opinion points rather to a Ministry composed of no very pronounced party colour, and amongst the names put forward as most acceptable in the grave crisis through which this country is passing is that of Senhor Martens Ferrão, the Ambassador to the Vatican, who is a very able and experienced man and erudite lawyer, who conducted the late

Nr. 10628.
England.
18. Sept. 1890.

Nr. 10629.
England.
21. Sept. 1890.

Nr. 10630.
England.
18. Sept. 1890.

Nr. 10630.
England.
18. Sept. 1890. negotiations with the Papal See for the settlement of the affairs connected with the ecclesiastical jurisdiction claimed by the Crown of Portugal in India. He has also been constantly consulted both by Senhor Barros Gomes and Senhor Hintze Ribeiro on African questions, and several of his Reports on the matters in dispute between us are published in the White Book, which your Lordship will shortly receive; Count de Casal Ribeiro, the Minister at Madrid, who is a member of the Council of State, is also mentioned as one who will probably be asked to join the new Ministry, and would undoubtedly give it weight. || It is difficult to say, what its policy will be with regard to England; but it is safe to predict that it will drop the Treaty, whilst at the same time it would try to keep on friendly terms with us.

Nr. 10631. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon.

Foreign Office, 26. September, 1890.

Nr. 10631.
England.
26. Sept. 1890. Billigt die Note an den portugiesischen Minister vom 13. September 1890.

Nr. 10632. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Wenn die Konvention nicht in dieser Session der Cortes ratifizirt wird, fühlt sich England nicht mehr dadurch gebunden.

Foreign Office, October 6, 1890.

Nr. 10632.
England.
6. Okt. 1890. (Telegraphic.) || As Article XVII of the Anglo-Portuguese Convention binds the parties to proceed to ratification as soon as possible, Her Majesty's Government have cause for grave complaint against the Portuguese Government, in the fact that application has not yet been made to the Cortes. || If the Portuguese Government allow the Session to close without applying for the ratification, Her Majesty's Government will not consider themselves bound by the signature of the Convention of the 20th August. || I have to request you to speak in this sense to the Portuguese Minister for Foreign Affairs.

Nr. 10633. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Portugal an den Minister des Auswärtigen. — Hat der portugiesischen Regierung die englische Ansicht mitgetheilt.

Lisbon, October 7, 1890. (October 13.)

Nr. 10633.
England.
7. Okt. 1890. My Lord, || Having learnt, that Senhor d'Ornellas, the Under-Secretary of State for Foreign Affairs, or Political Director, as he is here styled, had returned to Lisbon, I called to-day at the Foreign Office, and repeated to him the substance of your Lordship's telegram of the 6th instant, to the effect that Her Majesty's Government would not consider themselves bound by the signature of the 20th August if the Cortes are closed without the necessary authority for the ratification of the Treaty being obtained. Senhor d'Ornellas

took this down in writing, and promised to communicate it immediately to the Minister for Foreign Affairs as soon as the new Ministry was formed. There will thus be no delay in his being placed in possession of the views of Her Majesty's Government. || Senhor d'Ornellas said, that the late Government had not failed in the obligation imposed upon them by Article XVII of the Treaty, because they had lost no time in submitting the Treaty to the Cortes, and applying for the authorization to ratify it, although they had resigned almost immediately afterwards.

Nr. 10633.
England.
7. Okt. 1890.

George G. Petre.

Nr. 10634. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Uebersendet eine an die portugiesische Regierung gerichtete Note.

Lisbon, October 7, 1890. (October 13.)

My Lord, || Although I communicated the contents of your Lordship's despatch of the 18th ultimo, on the subject of the modifications in the Anglo-portuguese Convention agreed to by Her Majesty's Government, to Senhor Hintze Ribeiro privately, because it did not reach me until some time after the resignation of Senhor Serpa's Ministry, I have waited until there was an immediate prospect of a new Minister for Foreign Affairs assuming office before communicating it to the Portuguese Government in extension of my note of the 31th ultimo. || As I have now reason to believe, that General Christomo d'Abreu will be in a position to announce the formation of the new Ministry within the next day or two, I have addressed a note, of which I have the honour to inclose a copy, to the Minister for Foreign Affairs, for his information on assuming office.

Nr. 10634.
England.
7. Okt. 1890.

George G. Petre.

Inclosure.

Lisbon, October 7, 1890.

M. le Ministre, || With reference to the note which I had the honour to address to his Excellency Senhor Hintze Ribeiro on the 13th ultimo, informing the Portuguese Government, by direction of the Marquis of Salisbury, that Her Majesty's Government agreed generally to certain modifications of the Convention of the 20th August, therein specified, I received subsequently from his Lordship a despatch in which the nature and extent of the modifications are more fully stated. || In the view, therefore, of Her Majesty's Government, with the exception of Article X, paragraphs 2 and 3 of Article XI, and paragraphs 2 and 3 of Article XIV, the provisions of the Convention, as regards the western side of Africa, do not apply to the Province of Angola, but only to the territories recognized by Great Britain in that Agreement as being within the Portuguese sphere of influence. The limits of the Province of Angola should be taken to be those laid down in Stieler's Atlas (Berlin, 1889). ||

Nr. 10634.
England.
7. Okt. 1890.

2. Her Majesty's Government are willing that, in place of the stipulations in the Convention to the effect that certain territories shall not be ceded by Portugal without the consent of Great Britain, it should be provided that Great Britain shall have a preferential right of acquiring those territories on the same terms as those on which it may be proposed at any time to transfer them to any other Power. || 3. The object of Her Majesty's Government in stipulating that one of the engineers employed to make the surveys for the railway to Pungwé Bay should be nominated by them was to satisfy public opinion in England that the survey would be prompt and satisfactory. This condition, however, might be waived, on the understanding that one of the engineers would be of neutral nationality if the Portuguese Government should desire it, and that his selection should be made by mutual agreement between the two Governments, the arbitration clause being applied in the event of disagreement.

George G. Petre.

Nr. 10635. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit dem neuen portugiesischen Minister des Auswärtigen.

Lisbon, October 14, 1890, 1.45 P.M. (October 14.)

Nr. 10635.
England.
14. Okt. 1890.

(Telegraphic.) || A statement will probably be made in the Cortes tomorrow by the new Portuguese Cabinet, as I am informed by Senhor Barboza du Bocage, the Minister for Foreign Affairs, who called on me and said that the Session of the Cortes would be brought to an end on the 15th instant; it will not be adjourned to any fixed date, in order that it may be convoked in case it should be found necessary to do so. || I told his Excellency, that Her Majesty's Government would not consider themselves any longer bound by the stipulations of the Treaty of the 20th August, in the event of the Cortes being closed without approving the Treaty. || Senhor du Bocage assured me he was greatly concerned at this intimation, but he added it was a case of force majeure, and that it was a sheer impossibility for the new Cabinet to have the Treaty approved by the Cortes in its present form. The Portuguese Government hoped, that your Lordship would accede to some modifications in the Treaty, with a view to enable them to secure its ratification. || My reply to his Excellency was that it was out of my power to countenance any hope of Her Majesty's Government consenting to reopen the question of the Treaty.

Nr. 10636. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Schluss der Cortessession.

Lisbon, October 20, 1890, 11:30 A.M. (October 20.)

Nr. 10636.
England.
20. Okt. 1890.

(Telegraphic.) || On Wednesday, the 15th instant, the Session of the Cortes was closed, and in the Statement read in the Cortes by the Government, it

was declared that the Treaty would not be pressed for ratification in its present shape, but that the Portuguese Government would endeavour to get it modified. || I gather that the Portuguese Chargé d'Affaires in London has either already been or will be instructed to address a communication to your Lordship with regard to the Treaty.

Nr. 10636.
England.
20. Okt. 1890.

Nr. 10637. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Die Konvention bindet die beiden Mächte nicht mehr.

Foreign Office, October 20, 1890, 6-10 P.M.

(Telegraphic.) || If any representations are addressed to you respecting the Convention of the 20th August, you should reply that the Government of Portugal has failed to proceed to ratification in accordance with the engagement contained in the last Article, and that neither of the Signatory Powers is bound by the Convention. || No representation based on it can, therefore, be admitted by Her Majesty's Government; any territorial question or other which may arise in the course of any future negotiations which may be entered into between the two Powers will not be prejudged, either on one side or the other, by the stipulations which the Convention contains.

Nr. 10637.
England.
20. Okt. 1890.

Nr. 10638. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit dem portugiesischen Geschäftsträger über neue Verhandlungen.

Foreign Office, October 20, 1890, 6-50 P.M.

(Telegraphic.) || I have seen the Portuguese Chargé d'Affaires since I dispatched to you my telegram of to-day's date, and I have repeated its substance to him. || In reply to his inquiry whether Her Majesty's Government would be willing to open fresh negotiations at Lisbon with the view of concluding a new Treaty, I said that there was every willingness on our part to negotiate with his Government either at Lisbon or in London. || But I warned him that proposals for altering the stipulations of the Convention of August would not be confined to one side alone; that since the signature the situation of affairs was changed, and that it might prove impossible for Her Majesty's Government to consent now precisely to the same terms which they were able to accept in the signed Convention.

Nr. 10638.
England.
20. Okt. 1890.

Nr. 10639. ENGLAND. — Derselbe an Denselben.

Foreign Office, October 22, 1890.

Billigt die Mittheilungen an die portugiesische Regierung vom 7. Oktober.

Nr. 10639.
England.
22. Okt. 1890.

Nr. 10640. PORTUGAL. — Der portugiesische Geschäftsträger in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Vorschläge für einen modus vivendi.

Portuguese Legation, London, October 28, 1890. (October 31.)

Nr. 10640.
England.
28. Okt. 1890.

(Uebersetzung.) || My Lord, || With reference to the interview which I had the honour to have with your Excellency at the Foreign Office, I have to state that the Government of His Most Faithful Majesty, without inquiring into the reasons alleged by the British Government for holding the Treaty of the 20th August last as abandoned, at once accepts the declaration made by your Excellency to the effect that you are prepared to enter into negotiations for the conclusion of a new Treaty. || But as these negotiations may be protracted, and as results must depend on the sanction of Legislature, the Portuguese Government suggests, that it would be well at once to establish a modus vivendi to meet the more pressing requirements of the interests involved, and proposes the following bases, which it possesses the necessary legal authority to put into immediate execution: — || 1. To decree at once the freedom of navigation of the Zambezi and of the Shiré. || 2. To permit and to facilitate transit over the water ways of the Zambezi, the Shiré and Pungué, and also over the land ways which supply means of communication where those rivers are not navigable. || 3. To facilitate communications between the Portuguese ports on the coast and the territories included in the sphere of action of Great Britain, especially as regards the establishment of postal and telegraphic communications, and as regards the transport service. || 4. Both High Contracting Parties to maintain the territorial status quo, on the basis of the delimitation established by the Treaty of the 20th August last, during the negotiations of and until the ratification of the future Treaty.

Luiz de Soveral.

Nr. 10641. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen über den modus vivendi.

Lisbon, October 27, 1890. (November 1.)

Nr. 10641.
England.
27. Okt. 1890.

(Extract.) || I called to-day on the Minister for Foreign Affairs at his Excellency's request, and he showed me the instruction which he had telegraphed to the Portuguese Chargé d'Affaires in London to make certain proposals to your Lordship for the immediate establishment of a modus vivendi between the two countries in Africa. As I understood from his Excellency, that M. de Soveral expected to have an interview with your Lordship this afternoon, when he would of course fully explain the nature of the proposed compromise, it is unnecessary that I should do more than inform your Lordship that I have been made acquainted with it. || With reference to the proposed consent to allow the British South Africa Company to communicate with the coast at the mouth

of the Pungwé for postal purposes and for supplies, I observed to Senhor du Bocage that, although facilities of the kind mentioned would be very useful, yet that the speedy construction of a railway was of more importance, and that there was no mention of this in the proposals which M. de Soveral was instructed to make to your Lordship. || His Excellency said, that the Mozambique Mining Company, at the head of which were several solid capitalists, were about to apply to the Government for a Concession, without a guarantee, for the construction of a railway from the coast to Manica, and that this Concession would be granted. It would then he said be both easy and desirable for the two Companies themselves at once to come to an agreement respecting the direction of the line and its point of contact with the British frontier. || I also drew Senhor du Bocage's attention to the last paragraph of Article XIII of the Treaty. He said he thought, that the lease of a piece of land at the mouth of the Zambesi for transshipment purposes might be granted by the Governor-General to a British Company. He did not foresee much difficulty in that Concession following the *modus vivendi*, provided it was not made an international obligation. It was that, he said, which had caused irritation here more than the thing itself.

Nr. 10641.
England.
27. Okt. 1890.

Nr. 10642. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Geschäftsträger in London. — England nimmt die ersten drei Punkte des *modus vivendi* an.

Foreign Office, November 4, 1890.

M. le Chargé d'Affaires, || I have received your note of the 28th ultimo, stating the bases on which the Portuguese Government propose that a *modus vivendi* should be established between the two Governments in Africa pending negotiations for a new Treaty. || I have the honour to inform you in reply, that Her Majesty's Government are willing to accept the three first bases in the terms of your note, but that the fourth should, in their judgment, contain a more particular recital of the effect which the signature of this provisional agreement will have upon the future position and engagements of the signatory Powers. || I have accordingly prepared an alternative draft of the fourth basis, which I have to request you to suggest for the consideration of your Government. || I propose, that the *modus vivendi* should be concluded for a term of six months.

Salisbury.

Nr. 10642.
England.
4. Nov. 1890.

Nr. 10643. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Portugal ist befriedigt über die Annahme des *modus vivendi*.

Lisbon, November 7, 1890. (November 12.)

My Lord, || I received a note this morning from M. du Bocage, asking me to call upon him to-day, and when I went to the Foreign Office his Ex-

Nr. 10643.
England.
7. Nov. 1890.

Nr. 10643.
England.
7. Nov. 1890.

cellency showed me the decypher of a telegram which he received last night from the Portuguese Chargé d'Affaires in London, and in which M. de Soveral gives very fully the substance of a note which he had received from your Lordship in reply to the proposals which he had been instructed to make by the Portuguese Government for the establishment of a modus vivendi between the two Governments relating to African affairs pending further negotiations. The decision of Her Majesty's Government has been looked for with some anxiety, and has caused a satisfaction which there is no attempt to disguise. Senhor du Bocage told me, that as soon as the text of your Lordship's note was before him he would reply to it, and that a Royal Decree would be published to give immediate effect to what had been agreed upon. || In answer to an inquiry of mine, his Excellency said, that this Decree would not come under the head of what is called here "dictatorial," that it to say, extra constitutional, and therefore requiring a Bill of Indemnity when the Cortes met, because by the Constitution the Government had exceptional powers in respect to Colonial matters of urgency.

George G. Petre.

Nr. 10644. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Uebersendet den modus vivendi, der sechs Monate in Kraft bleiben soll.

Foreign Office, November 14, 1890.

Nr. 10644.
England.
14. Nov. 1890.

Sir, || I transmit herewith copy of an Agreement between Great Britain and Portugal, signed to-day, recording a modus vivendi respecting the spheres of the two countries in Africa, which will be in force for six months from this date.

Salisbury.

Inclosure.

The Undersigned, duly authorized to that effect by their respective Governments, have agreed as follows: — || I. The Government of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves engages to decree at once the freedom of navigation of the Zambesi and of the Shiré. || II. The Government of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves engages also to permit and to facilitate transit over the waterways of the Zambesi, the Shiré and the Pungué, and also over the land-ways which supply means of communication where those rivers are not navigable. || III. The Government of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves further engages to facilitate communications between the Portuguese ports on the coast and the territories included in the sphere of action of Great Britain, especially as regards the establishment of postal and telegraphic communications, and as regards the transport service. || IV. The Government of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the Government of

His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, engage to recognize the territorial limits indicated in the Convention of the 20th August, 1890, in so far that from the date of the present Agreement to the termination thereof neither Power will make Treaties, accept Protectorates, or exercise any act of sovereignty within the spheres of influence assigned to the other party by the said Convention. || But neither Power will thereby be held to prejudge any question whatever which may arise as to the said territorial limits in the course of the ulterior negotiations. || V. The present Agreement shall come into operation from the date of its signature, and shall remain in force for a period of six months. || Done at London, the 14th day of November, 1890.

Nr. 10644.
England.
14. Nov. 1891.

Salisbury.
Luiz de Soveral.

Nr. 10645. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Portugal schlägt neue Verhandlungen in Lissabon über ein definitives Abkommen vor.

Lisbon, November 19, 1890. (November 24.)

(Extract.) || The official copy of the modus vivendi signed by your Lordship and M. de Soveral on the 14th instant had not reached Lisbon when I saw Senhor du Bocage yesterday; but he expected to receive it this morning, and the two texts will, in that case, be published in the Official Gazette tomorrow, together with the notes exchanged between the Portuguese Representative and your Lordship, and also the Decree or Decrees giving effect to the engagements undertaken by Portugal. || Senhor du Bocage said, that he was anxious that no time should be lost unnecessarily in negotiating a permanent Convention between Great Britain and Portugal, and he begged me to inform your Lordship at once that, if you were still willing that negotiations should be opened here, in compliance with the wish already expressed by the Portuguese Government, he was prepared, on being informed by me to that effect, to communicate to me without further delay the bases which he would propose for your Lordship's consideration. || If I may judge from what fell from his Excellency, and also from my knowledge of his views and practical good sense, no effort will be spared by him to keep the Portuguese proposals as far as possible within limits which will afford a reasonable basis of discussion between the two Governments.

Nr. 10645.
England.
19. Nov. 1890.

Nr. 10646. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Uebersendet zwei portugiesische Dekrete.

Lisbon, November 21, 1890. (November 25.)

(Extract.) || The official journal of yesterday published the following documents relating to the modus vivendi: || — 1. A Decree granting the right of

Nr. 10646.
England.
21. Nov. 1890.

Nr. 10646. transit for merchandize from Pungwé to the sphere of British influence on
 England. payment of a 3 per cent. ad valorem duty. || 2. A Decree granting free navi-
 21. Nov. 1890. gation of the Zambesi and Shiré to the vessels of all nations. || I send your
 Lordship translations of the two Decrees*).

Nr. 10647. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den
 Gesandten in Lissabon. England ist zu neuen Ver-
 handlungen bereit.

Foreign Office, November 27, 1890.

Nr. 10647. (Telegraphic.) || With reference to your despatch of the 19th instant, I
 England. authorize you to receive and transmit any proposals M. du Bocage may com-
 27. Nov. 1890. municate to you with a view to negotiations being renewed.

Nr. 10648. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. England wird
 keinen Vertrag unterzeichnen, der nicht von den
 Cortes angenommen ist.

Foreign Office, December 6, 1890.

Nr. 10648. (Telegraphic.) || The Portuguese Chargé d'Affaires has been told by me
 England. more than once that, after what had taken place, I would not sign, on behalf
 6. Dec. 1890. of Her Majesty, any Treaty until it should have been ascertained by vote that
 the Cortes would ratify it. || It would be advisable, that you should repeat this
 to the Minister for Foreign Affairs.

Nr. 10649. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den
 Gesandten in Lissabon. — Verhandlungen mit Por-
 tugal über ein neues Abkommen.

Foreign Office, January 7, 1891.

Nr. 10649. (Telegraphic.) || Her Majesty's Government are not prepared, as you have
 England. been already informed, to enter into any Agreement with Portugal of a more
 7. Jan. 1891. favourable nature to her than that concluded on the 20th August. || The drift
 of events since that date will more probably render it impossible for Great
 Britain to make the concessions now which it was then possible to offer. Her
 Majesty's Government may, however, be able to assent to modifications of that
 Agreement on some points; but it must be on the understanding that Portugal
 will meet, by large concessions on her part elsewhere, any concessions which
 may be made to her by Great Britain.

Nr. 10650. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Mi-
 nister des Auswärtigen. — Uebersendet die portu-
 giesischen Vorschläge für ein neues Abkommen.

Lisbon, January 18, 1891. (January 22.)

Nr. 10650. (Extract.) || I have the honour to inclose translations of a note, with its
 England. inclosure, which I received late yesterday evening from the Minister for Foreign
 18. Jan. 1891.

*) Sind hier fortgelassen.

Affairs, transmitting the Portuguese proposals for a new Treaty. Senhor du Bocage at the same time informed me in a private letter, that the Memorandum, which is referred to in the note, and which was to have accompanied it, would not be ready until to-morrow. || The Minister's note is not simply a transmitter. Senhor du Bocage evidently desires to place on record the contention, that these proposals for a new Treaty represent only a portion of what Portugal considers to be her rights in East and Central Africa, and which she is prepared to waive partially for the sake of the future security which an amicable understanding with Great Britain will afford her.

Inclosure 1.

Lisbon, January 17, 1891.

(Uebersetzung.) Sir, || On the 20th October last the First Minister of Her Britannic Majesty, on receiving from the Portuguese Chargé d'Affaires a communication, that His Majesty's Government was unable to have the Treaty of the 20th August ratified without modifications, informed M. L. de Soveral that he considered the Treaty as abandoned, but that he was nevertheless disposed to enter into fresh negotiations for a new Treaty. || Lamentable incidents, which are too well known for it to be necessary now to refer to them, prevented me from presenting sooner the project of this new Treaty, which I now transmit to your Excellency in order that you may bring it to the knowledge of the British Government. || The project of Treaty, which you will receive with this note, does not represent the expression of the continuous ("nunca interrompidas") aspirations of the Portuguese nation, nor does this document even contain what the Government of His Most Faithful Majesty considers to be a sincere expression of justice and of right. The Government of Her Britannic Majesty must look upon it as a compromise, seemly for both nations, between British interests and the legitimate rights of Portugal. || The heavy sacrifice represented by such a compromise can only be justified by the necessity, which the Portuguese Government admits, of putting an end definitely to a long and painful conflict, and its only compensation will be the security against the return in African territories of the disputes and rivalities which in later years have done so much to disturb the traditional friendship between Portugal and Great Britain. || When once then boundaries which determine the Portuguese dominions in East and Central Africa are fixed by a solemn document, we shall possess a sure pledge that Her Majesty's Government will respect, and cause to be respected, our rights in the territories which are left to us, and that in this portion at least of our ancient colonial patrimony we may be able henceforth to diffuse peacefully civilization and progress. || Very vast territories which were and are ours are about to pass under the dominion of Great Britain, nor shall I stop now to justify their possession, as Her Britannic Majesty's Government has one more than once occasion declined to give heed to the arguments,

Nr. 10650.
England.
18. Jan. 1891.

founded on right, by which my predecessors have defended it. || I will refrain here from putting forward the titles which we have to much more than we now claim, although they are various and numerous. Some are based on remote facts, either derived from primitive conquests, or establishing a continuity of possession in the past century and in the first part of the present one; others are recent; many are perpetuated to the present time; and others find their expression in visible demonstrations, such as Portuguese flags flying in the "aringas" of vassal Chiefs, as tributes regularly paid to the Suzerain Power, and as taxes annually levied in the Crown fiefs. Some are arguments in favour of Portuguese sovereignty, others are proofs of effective and real dominion. || But it is useless to allege rights, as the Government of His Most Faithful Majesty is only endeavouring now to reconcile the extreme limit of its own sacrifices with the interests which Her Britannic Majesty's Government supports and protects. || This is the real point of view from which the First Minister of Her Britannic Majesty should appreciate the Memorandum and project of Treaty which accompany this note.

J. V. Barboza du Bocage.

Inclosure 2. Vertragsentwurf.

Article I.

(Uebersetzung.) Her Majesty the Queen of Great Britain, &c., agrees to recognize as within the dominion of His Majesty the King of Portugal in East and Southern Africa the territories bounded as follows: — || 1. By a line ascending the course of the River Rovuma from its mouth to the confluence of the River Messinge, and thence pursuing a westerly course along the parallel of latitude at which this confluence is situated, until it meets the eastern shore of Lake Nyassa. || 2. By the eastern shore of Lake Nyassa from the point where it is intersected by the parallel of latitude of the confluence of the River Messinge with the River Rovuma as far as the source of the River Shiré in Lake Nyassa itself. || 3. By a direct line starting from the source of the River Shiré in Lake Nyassa drawn to the northernmost point of the shore of Lake Chirua. || 4. By a direct line joining the northernmost point to the southernmost point of the shores of Lake Chirua. || 5. By a line starting from the southernmost point of the shore of Lake Chirua and following the crest of the Milange Mountains until it meets the source of the easternmost affluent of the River Ruo. || 6. Along the course of the easternmost affluent of the River Ruo from its source in the Milange Mountains to its mouth, and from thence along the course of the River Ruo as far as its confluence with the River Shiré. || 7. By a direct line which, starting from the right bank of the River Shiré at the point opposite to the confluence of the River Ruo, will run to the point where the 16th parallel of south latitude intersects a line dividing the waters of the Rivers Shiré and Revugo. || 8. By a line dividing the waters of the Rivers

Shiré and Revugo between parallels 16 and 15 south latitude || 9. Along the 15th parallel of south latitude between the line dividing the waters of the Rivers Shiré and Revugo and the course of the River Luia. || 10. Along the course of the River Luia from the point where it is intersected by the 15th parallel of south latitude as far as its confluence with the River Zambesi. || 11. Along the Zambesi River from the confluence of the River Luia up stream to a point situated on the left bank of the said River Zambesi, and at a distance of 10 English miles below the village of Zumbo. || 12. By an arc of a circle drawn to the north of the River Zambesi having a radius of 10 English miles, and its centre in the village of Zumbo, its extremities being below and above that village on the left bank of the same river. || 13. By an arc of the meridian 10 English miles to the west of the village of Zumbo, and comprised between the right bank of the River Zambesi and the 16th parallel of south latitude. || 14. By the 16th parallel of south latitude between the meridian which runs 10 English miles to the west of the village of Zumbo and the 31st meridian of longitude east of Greenwich. || 15. By a direct line which, starting from the point where the 31st meridian of longitude east of Greenwich intersects the 16th parallel of south latitude, will be continued to the northernmost point at which the course of the River Mazoe intersects the 33rd meridian of longitude east of Greenwich. || 16. Along the course of the River Mazoc, up stream, to its source close to the ruins of Bocuto. || 17. By a line which, starting from the source of the River Mazoc, close to the ruins of Bocuto, will be continued as far as the source of the River Macheque. || 18. Along the course of the River Macheque from its source close to the ruins of Bocuto as far as its confluence with the River Save. || 19. Along the course of the River Save from the point of affluence of the River Macheque, as far as the point of affluence of the River Lunde. || 20. By a direct line which, starting from the confluence of the River Lunde with the River Save, will be continued to the north-east point of the South African Republic. || 21. By the frontier-line which separates the Portuguese possessions and the South African Republic from the north-east point above mentioned as far as the Swaziland frontier. || 22. By the frontier-line between the Portuguese possessions and Swaziland, from the frontier of the South African Republic as far as the course of the River Maputo. || 23. Along the course of the River Maputo, down its stream, as far as its confluence with the River Pongolo. || 24. Along the course of the River Pongolo from the point of confluence of the River Maputo, up stream, until it meets the parallel of Sorduana Point. || It is expressly understood, that, whenever in this Article the course of a river is mentioned as a boundary, the dividing line corresponds to the thalweg of the respective river.

Nr. 10650.
England.
18. Jan. 1891.

Article II.

The two High Contracting Parties agree to define the limits of their respective spheres of influence in Central Africa by a new line which will follow

Nr. 10650.
England.
18. Jan. 1891.

the thalweg of the River Cambompo as far as its confluence with the River Zambesi, and will be continued along the thalweg of the last-named river as far as the rapids of Catima. || It is understood by the two High Contracting Parties, that the previously existing rights of any other Sovereign State, recognized by them as such, are not affected by this Article; and, subject to this sole reservation, Great Britain will not offer any opposition, either directly, or indirectly, to the free extension of the sphere of Portuguese influence in Western and Central Africa within the boundaries laid down in this Article.

Article III.

Each of the High Contracting Parties formally engages not to interfere, make any acquisitions, conclude Treaties, or accept any sovereign rights or recognitions of Protectorate in the territories which, in virtue of this Treaty, may be assigned to the dominions or to the sphere of influence of the other High Contracting Party. || It is expressly understood, that neither any individuals, the subjects of one of the High Contracting Parties, nor any Companies, Societies, or collective bodies deriving their nationality from the same High Contracting Party can exercise any sovereign rights within the dominions or in the sphere of influence of the other High Contracting Party as defined in this Treaty.

Article IV.

The two High Contracting Parties mutually bind themselves to respect (and to cause them to be respected) the Concessions made by one of the Parties, in a legal manner, in any territory which may, in virtue of this Treaty, be comprised in the spheres of influence or of sovereignty of the other Party, and likewise to respect (and to cause it to be respected) any private property whatsoever that may have been legally established within the aforesaid territories.

Article V.

British subjects in the territories comprised in the spheres of influence and of the sovereignty of Portugal in East and Southern Africa, as above defined, as well as Portuguese subjects in the territories assigned to Great Britain in virtue of the same Treaty, will be entitled, as regards the protection of their persons and property, the acquisition and transfer of real property, and the carrying out of their industrial pursuits, to the same treatment without any difference whatsoever, and to the same rights as the subjects of the nation holding the Sovereignty or Protectorate over the territories referred to in this Article.

Article VI.

His Most Faithful Majesty will maintain in force the Decree of the 18th November, 1890, which enforces, as regards the Rivers Zambesi and Shiré, in so far as they are under the sovereignty of Portugal or comprised

in its sphere of influence, similar principles to those laid down in the Act of Navigation of the River Niger, so long as this Act of Navigation, as well as that of the Congo, are maintained by the Signatory Powers of the General Act of the Conference of Berlin of the 26th February, 1885. || Her Britannic Majesty on her part engages to enforce a similar régime as regards the same rivers, during the same period, in so far as the rivers in question shall be under the sovereignty of Great Britain or included in her sphere of influence.

Nr. 10650.
England.
18. Jan. 1891.

Article VII.

Merchandize intended for the territories under the sovereignty of Great Britain, or comprised in her sphere of influence and adjoining the Portuguese Province of Mozambique, as well as merchandize dispatched from those territories, will be allowed a free transit through the territories of the same Portuguese province by the rivers, canals, railways, ordinary roads and bridges, on sole payment of the same transit duty leviable, under similar circumstances, upon Portuguese merchandize forwarded to the same destination, which transit duty, however, is not to exceed 3 per cent. ad valorem. || Vice versá, merchandize intended for any Portuguese territory in East and Southern Africa, or dispatched therefrom, will be entitled in transit through the territorial possessions assigned to Great Britain by this Treaty to the same facilities and treatment as British merchandize, and will pay the same transit duty, which is not to exceed 3 per cent. ad valorem. || Merchandize in transit through the territories referred to in this Article will not be liable, while in transit or on account of such transit, to the payment of any other fiscal duty or tolls, unless it be in remuneration for any service rendered beyond the aforesaid duty.

Article VIII.

The stipulations set forth in the preceding Article with reference to transit duties are to come into force three months after the date of the ratification of this Treaty, and will continue in force during fifteen years reckoning from that date; but they can be prolonged for a further period of ten years.

Article IX.

The Portuguese Government guarantee the construction, within the term of four years reckoning from the date of the ratification of this Treaty, of a railway and of a telegraph between the port of Beira and the Portuguese frontier, in order to connect Pungwé Bay with the sphere of influence of Great Britain in Mashonaland. British subjects will be allowed to make use of this railway and telegraph, as well as of the means of communication afforded by the River Pungwe, under the same conditions as those under which Portuguese subjects can make use of the said means of communication. || §. Until the completion of the railway referred to in this Article, and its being thrown open to public traffic, the Government of His Most Faithful Majesty will grant

Nr. 10650. to British subjects already settled or who may hereafter settle in **Mashonaland**
 England. all possible facilities, in accordance with the stipulations of this Treaty, for
 18. Jan. 1891. the purpose of carrying on communications and for the conveyance of their
 persons and merchandize between the aforesaid territory and the coast.

Article X.

The two High Contracting Parties formally bind themselves to submit to the arbitration of a friendly Power any doubts, differences, or questions that may arise with regard to the interpretation of the clauses of this Treaty, or derived from its execution.

Article XI.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at Lisbon as soon as possible.

Nr. 10651. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Ueber die englischen Bedingungen der Unterzeichnung des Vertrages.

Lisbon, January 22, 1891. (January 27.)

Nr. 10651. My Lord, || The publication in the Blue Book of the instruction sent to
 England. me by your Lordship on the 6th ultimo to inform the Portuguese Government,
 22. Jan. 1891. that you would sign no Treaty on behalf of the Queen until it was ascertained by a vote that it would be ratified by the Cortes, has caused another slight ebullition of wrath which has found expression in a portion of the Portuguese press. The Minister for Foreign Affairs certainly raised no objection to it in principle when I spoke to him on the subject, although I think he would rather it had not been published in the Blue Book just issued. The constitutional argument brought against it is that the Cortes cannot be asked to ratify or sanction an unsigned Treaty; but I presume it was not your Lordship's intention to ask them to do so, but simply to require that the general conditions of the Treaty should receive legislative approval in such a form as to afford a certainty of its being ratified when signed. An exactly similar course was pursued with respect to the Treaty in 1887 with China.

George G. Petre.

Nr. 10652. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Unterredung mit dem portugiesischen Gesandten.

Foreign Office, February 4, 1891.

Nr. 10652. (Telegraphic.) || I have been informed to-day by M. de Soveral, that the
 England. Portuguese Government were waiting to receive counter-proposals from Her
 4. Febr. 1891. Majesty's Government. || I informed M. de Soveral, in reply, that I would communicate with you in fuller detail in regard to the railway and other com-

mercial provisions. I said that, as regarded the territorial stipulations, there were changes which appeared essential. || It is rendered necessary by the present condition of our mining population in those regions, that our boundary-line should approximately follow the 33rd degree of east longitude up to the River Sabi, or that it should at least follow the watershed with which that meridian closely coincides. I added, that compensation in the neighbourhood of Tete might, I thought, be given in return. || This suggestion was strongly resisted by M. de Soveral, who urged that, if Mutassa were formally ceded to Great Britain by Portugal, an internal revolution would probably be the result.

Nr. 10652.
England.
4. Febr. 1891.

Nr. 10653. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Unterredungen mit dem portugiesischen Gesandten. — Lage von Gungunhana und andere Fragen.

Foreign Office, February 18, 1891.

Sir, || Since the dispatch to you of my telegram of the 4th instant I have had further interviews with M. de Soveral, but I have not received from him any intimation of the view taken by his Government of the suggestion I then made, that the line between the British and Portuguese spheres south of the Zambesi should approximately follow the 33rd meridian as far as the River Sabi, but leaving Massi-Kessi to Portugal, and that compensation for this modification should be given to Portugal in the neighbourhood of Tete. || I have thought it useless to furnish you with formal proposals for a new Treaty without some such intimation, and I am anxiously awaiting it. The compensation I have referred to might have a territorial extent equal to that portion of the plateau between the Sabi River and the 33rd meridian which is now claimed by Her Majesty's Government. || I am informed, that M. Bartissol has arrived in London, and is in communication, as representative of the Mozambique Company, with the managers of the South Africa Company. It is to be hoped, that they will come to an arrangement with regard to the railway to the coast which will be satisfactory to British interests. || A further point which will have to be settled when any new agreement is arrived at between the two Governments is the position of Gungunhana. Trustworthy reports which have been received from agents of the Company who have visited his kraal represent him as repudiating, in the most decided terms, his alleged vassalage as regards Portugal. || It is evident, that he disposes of a military force which the Portuguese colonial troops would be wholly inadequate to cope, and that, whatever line of boundary may be finally settled between the two Governments, serious difficulties would arise if any attempt is made to interfere with his independence unless backed by a numerous and well-appointed force. The course which appears to Her Majesty's Government to

Nr. 10653.
England.
18. Febr. 1891.

Nr. 10653. be the wisest in the interests of Great Britain and Portugal is that a joint
 England. guarantee of Gungunhana's independence should be entered into by the Go-
 18. Febr. 1891. vernments of both countries. If preferred, this engagement might be con-
 cluded for a limited number of years. Under such an arrangement the Char-
 tered Companies could peacefully carry on their operations without exciting the
 dangerous enmity of this powerful Chieftain. || I have informed M. de Soveral
 that, in order to meet the susceptibilities of Portugal in regard to the clauses
 of the August Convention stipulating that certain territories should not be
 alienated without the consent of Great Britain, Her Majesty's Government
 would be willing to make the engagement a mutual one, by which each country
 should give the other the right of pre-emption in specified districts. || We must
 adhere to the terms of Article X relative to the protection of missionaries,
 religious toleration and freedom of worship and religious teaching, and we
 should require that the Articles relating to trade and navigation, which are
 based on the clauses of the Berlin Act relating to the navigation of the Niger,
 shall be retained. || There are some other points, such as the lease of a piece
 of ground at the mouth of the Chinde, which need not be included in a Con-
 vention, but which must be settled at the time of its signature. || For the
 reasons given in the second paragraph of this despatch, no formal draft of
 Convention has been prepared; but the above observations will serve to guide
 you in any conversations which you may hold with the Portuguese Minister
 for Foreign Affairs in regard to future arrangements.

Salisbury.

Nr. 10654. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Mi-
 nister des Auswärtigen. — Aeusserungen des portu-
 giesischen Ministers über die Grenzbestimmung und
 Gungunhana.

Lisbon, February 24, 1891. (March 2.)

Nr. 10654. My Lord, || I had a long conversation to-day with the Minister for Foreign
 England. Affairs on the subject of your Lordship's despatch of the 18th instant, which
 24. Febr. 1891. I received this morning. || The suggestion made by your Lordship to M. de
 Soveral on the 4th instant, respecting the adoption of meridian 33 to the
 River Sabi as the boundary between the British and Portuguese spheres south
 of the Zambesi, leaving, however, Massi-Kessi to Portugal, does not appear
 to have been before Senhor du Bocage in a precise form, and, consequently,
 Senhor du Bocage seemed somewhat surprised when I told him that you were
 waiting for an intimation of the opinion of the Portuguese Government with
 reference to the suggestion before sending me in a formal shape the proposals
 of Her Majesty's Government for a new Treaty. || I explained to his Excellency
 fully, and, I believe, with sufficient clearness, the various points mentioned in
 your Lordship's despatch, and I invited an expression of his opinion upon

them. || Senhor du Bocage said, with reference to the suggested boundary, that what struck him at once was that it would deprive Portugal at one stroke of the whole of the rich auriferous region, with the exception of Massi-Kessi, stretching from latitude 18° 30' to the south of Gungunhana's kraal, which was the only auriferous district between the Sabi River and the coast of any value whatever, and was, and had been for some time past, the sphere of the Mozambique Company's mining operations and Concessions. || He did not appear to look upon any increase of territory north of the Zambesi as an acceptable equivalent or compensation for a loss on the south which would take from Portugal all that was of any real value to her. || With regard to Massi-Kessi, which it was proposed to leave in the Portuguese sphere, there was no indication, he said, as to what extent of territory would be attached to it, and therefore he was not yet in a position to express an opinion in regard to the proposal. || The suggested guarantee of the independence of Gungunhana has produced apparently, if possible, a more unfavourable impression on his Excellency than the proposal to take the 33rd meridian as the boundary. It appears, that he had already been made acquainted with the suggestion through M. de Soveral, to whom Mr. Cecil Rhodes had spoken in support of it. || Apart from Gungunhana's relations with the Crown of Portugal, which, in spite of what I have told them about the decided repudiation expressed by the Chief himself of any subjection to or dependence upon Portugal, they maintain here to be unaltered up to the present time, notwithstanding what Senhor du Bocage called the unfair attempts which have been made ever since the signature of the modus vivendi by the agents of the British South Africa Company to enlist him on their side as against Portugal, he considered that a joint guarantee of independence would be beset with difficulties. To guarantee his independence would mean to guarantee his territory, and how was that to be ascertained and determined? There were many independent Chiefs, and powerful ones, in Gazaland, who would not be at all disposed to submit to the claims of the Zulu Chief. || I can see, that the real objection, however, on the part of the Portuguese Minister to this proposed joint guarantee arises from a suspicion that the British South Africa Company is behind it, and that their object is by means of Gungunhana to oust Portugal eventually from the possession of the coast. || The other points mentioned in your Lordship's despatch did not elicit any comments on the part of the Minister for Foreign Affairs, and they are not likely, as far as I can see at present, to create difficulties. || Senhor du Bocage asked me if I would give him a memorandum of the points which I had brought under his notice verbally, as he could not be quite sure of retaining them distinctly in his recollection, and I have accordingly done so. He said he would communicate with me shortly again on the subject.

George G. Petre.

Nr. 10654.
England.
24. Febr. 1891.

Nr. 10655. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Uebersendet einen Notenwechsel mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen.

Lisbon, March 1, 1891. (March 6.)

Nr. 10655.
England.
1. März 1891. My Lord, || I have received from Senhor du Bocage a Memorandum, of which a translation is inclosed, replying to the one mentioned in my despatch of the 24th ultimo, recording the substance of my verbal communication to his Excellency on the subject of suggested bases for a new Treaty. It deals only with the question of the proposal of parallel 33 as the new boundary. || I have also the honour to inclose the copy of my Memorandum to which it refers.

George G. Petre.

Inclosure 1.

Memorandum given to Senhor du Bocage, February 24, 1891.

Lord Salisbury has been waiting for some intimation of the view taken by the Portuguese Government of the suggestion which he made to M. de Soveral on the 4th instant, that the line between the British and Portuguese sphere of influence south of the Zambesi should follow approximatively the 33rd meridian as far as the Sabi River, but leaving Massi-Kessi in the possession of Portugal, and that compensation for this should be given to Portugal in the neighbourhood of Tete; this compensation to have a territorial extent equal to that portion of the plateau between the Sabi and the 33rd meridian which is now claimed by Her Majesty's Government. || Lord Salisbury has thought it useless to furnish Her Majesty's Representative at Lisbon with formal proposals for a new Treaty without the intimation above mentioned, which he is anxiously awaiting. He hopes, that the Representative of the Mozambique Company, who is in London, will succeed in coming to an arrangement with the managers of the British South Africa Company with regard to the railway to the coast which will be satisfactory to British interests. In the view of Her Majesty's Government, another point which will have to be settled when any new agreement is arrived at between the two Governments is the position of Gungunhana. Trustworthy reports received from persons who have visited his kraal represent him as repudiating in the most decided terms his alleged vassalage as regards Portugal. He disposes of a military force with which the Portuguese colonial troops would be wholly inadequate to cope, and, whatever line of boundary may be finally settled between the two Governments, any attempt to interfere with Gungunhana's independence would give rise to serious difficulties, and would have to be backed by a numerous and well-appointed force. || Her Majesty's Government think, therefore, that the wisest course in the interest of both Great Britain and Portugal would be for a joint guarantee of Gungunhana's independence to be

entered into by the two Governments. If preferred, the engagement might be for a limited number of years, and under it the two Chartered Companies could peacefully carry on their operations without exciting Gungunhana's dangerous enmity. || In order to meet the susceptibilities of Portugal in regard to those clauses of the Treaty of August stipulating that certain territories should not be alienated without the consent of Great Britain, the British Government is willing to make the engagement mutual in regard to the right of pre-emption in specified districts. || The terms of Article X of the August Treaty will have to be adhered to, as also the Articles relating to trade and navigation, which are based on the clauses of the Berlin Act relating to the navigation of the Niger. || There are a few other points, such as the lease of a piece of ground at the mouth of the Chinde, which need not be included in the Convention, but which will have to be settled at the time it is signed. || British Legation, Lisbon, February 24, 1891.

Nr. 10655.
England.
1. März 1891.

Inclosure 2.

Memorandum received from Senhor du Bocage.

(Uebersetzung.) || The Memorandum of the 24th instant does not contain indications sufficiently explicit to enable His Majesty's Government to give at once a definite opinion in regard to certain matters to which their attention is called in that document. || This is more especially the case in regard to a suggestion made on the 4th instant by the Marquis of Salisbury to M. Luiz de Soveral, which, according to the Memorandum, consists of a proposition that longitude 33° east of Greenwich should be substituted for a portion of the boundary-line established by the Convention of the 20th August last. Such a proposal taken absolutely would tend to the abandonment by Portugal of the whole plateau, which, if not all, constitutes nearly all the auriferous region of Manica: the interpretation put upon it by Her Britannic Majesty's Government must certainly be different from this. || The British Government knows, that the whole district of Manica, even beyond the limits assigned by the Convention of the 20th August, has been always subject to the effective dominion of Portugal, with all the requisite accompaniments of permanent occupation and of regular administration, composed of a Governor, at present an officer in the army, and of other civil and military authorities; and that Government also knows, that the greater portion of that plateau is included in the Concessions of the Mozambique Company, which already owns a number of mines there in effective working and several organized stations, with good dwelling-houses and magazines, which contained furniture, utensils, arms and abundant stores, of which the agents of the British South Africa Chartered Company, when they invaded those territories in November and December last, took forcible possession. || In view of all these circumstances, and of the legitimate rights and of the important interests which they represent, it is obvious that

Nr. 10655.
England.
1. März 1891.

His Majesty's Government cannot give their assent to the suggestion made in the terms in which it appears to be put forward. || This Government, however, with the desire and hope of arriving at a solution, would not refuse to take into consideration any well-defined plan for a rectification of the boundary fixed on the 20th August, proposing a cession of a portion of territory included in it, in exchange for other territories which might give them equitable compensation, keeping in view their real value and practical utility, and not their mere equivalence in geometrical extent. || The agreement at which Her Britannic Majesty's Government hope that the two privileged Companies, the Mozambique and the British South Africa, will arrive in respect to the construction of the railway, and any other mutual interests, will certainly not fail to facilitate a conciliatory settlement between the two Governments. || The other points mentioned in the Memorandum, concerning which Lord Salisbury does not desire an immediate answer, will be considered separately by His Majesty's Government as a more favourable opportunity arises for their examination. || Lisbon, February 28, 1891.

Nr. 10656. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Bemerkungen zu der portugiesischen Note vom 28. Februar.

Foreign Office, March 11, 1891.

Nr. 10656.
England.
11. März 1891.

Sir, || I have received your despatch of the 1st instant, forwarding the reply of Senhor du Bocage to that part of your Memorandum of the 24th February which deals with the boundary of the British and Portuguese spheres of influence to the south of the Zambesi. || The statement made by the Minister, that the whole district of Manica has been "always subject to the effective dominion of Portugal, with all the requisite accompaniments of permanent occupation and of regular administration," is entirely at variance with the information received by Her Majesty's Government, which is based on the reports of persons who have visited the district in question. They found, it is true, an agent of the Mozambique Company at Massi-Kessi, and a few mining prospectors, chiefly Englishmen; but the civil and military authorities referred to in Senhor du Bocage's Memorandum as carrying on a regular Administration did not exist. || As to the alleged inclusion of the plateau in the Concessions of the Mozambique Company, I understand that the Charter of 1888, under which that Company claimed and granted mining rights, did not extend beyond the valleys of the Pungwé and Bosi Rivers, and that the mining claims which are being worked in the Mutassa district are, therefore, beyond their limits. || Her Majesty's Government cannot admit that Portugal has established any valid claim to the district included between the River Sabi and the 33rd meridian of longitude. The failure of the Cortes to ratify the Convention of the 20th August left that district open to English enterprise, and it has been occupied by British subjects who are now engaged in mining, under a Con-

cession granted by Mutassa to the agents of the South Africa Company. Her Majesty's Government have no wish, that the other persons who are working mines in virtue of Concessions obtained from the Mozambique Company should be disturbed, although their claim to carry on operations beyond the valleys of the two rivers I have named is not admitted; but Her Majesty's Government consider that the rights conferred by the Concession obtained from Mutassa cannot be disputed. || The Portuguese Government will, no doubt, recognize the importance of the maintenance of order by a competent authority among the mining population, and, consisting as it does almost entirely of men of English or Scotch extraction, it is evident that this authority can be most effectually exercised under the British flag. || It is mainly on these grounds that I have proposed, that the boundary between the two spheres of influence should approximately follow the 33rd meridian of longitude. || On the other hand, Her Majesty's Government would be prepared to agree that a portion of territory to the north of the Zambesi, where Portugal claims to have interests, which was not assigned to her by the Convention of August last, should be included in the Portuguese sphere. This portion of territory would be bounded on the east by a line starting from the point where the 34th meridian of longitude cuts the boundary of the Anglo-Portuguese spheres north of the Zambesi, as settled by the Convention of August 1890, would run thence in a north-easterly direction to a point on the 15th parallel of latitude near Mapoka, and would follow that parallel till it crosses longitude 32°, which it would follow to the Zambesi. || You are authorized to propose the above arrangements to the Portuguese Government, leaving the other questions referred to in my despatch of the 18th ultimo for further discussion.

Salisbury.

Nr. 10657. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet eine portugiesische Denkschrift über Gungunhana.

Lisbon, March 12, 1891. (March 16.)

My Lord, || I have received a note, transmitting a further Memorandum, from the Minister for Foreign Affairs, of which I have the honour to inclose translations, replying to that portion of my Memorandum of the 24th ultimo which refers to Gungunhana and his future relations with the British and Portuguese Governments. || In objecting to the suggested guarantee of Gungunhana's independence, the Portuguese Minister, as your Lordship will see, assumes as an incontestable fact that the Chief cheerfully acknowledges and accepts his position as a vassal of the Crown of Portugal, and in support of this contention his Excellency refers to the Minute of meeting, of which I transmitted a translation to your Lordship in my despatch of the 9th instant

George G. Petre.

Nr. 10656.
England.
11. März 1891.

Nr. 10657.
England.
12. März 1891.

Nr. 10657.
England.
12. März 1891.

Inclosure 1.

Senhor du Bocage to Sir G. Petre.

Foreign Department, Lisbon, March 10, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || In replying on the 28th February to the first point in the Memorandum of the 24th of that month, with respect to which the Marquis of Salisbury appeared to be anxious to ascertain the opinion of His Majesty's Government, I informed your Excellency that as regards the other points of that document, which seemed to be less pressing, I would reply as an opportunity occurred. || His Majesty's Government have thought proper not to delay their reply to the second point of the Memorandum above referred to, which treats of Gungunhana and of his future relations with the Portuguese Government. I therefore transmit herewith to your Excellency a Memorandum, with an urgent request to your Excellency to cause it to reach Lord Salisbury's hands as soon as possible.

Jozé Vicente Barboza du Bocage.

Inclosure 2.

Memorandum.

(Uebersetzung.) || In the Memorandum of the 24th February it is proposed that the two Governments interested in the matter should agree to guarantee simultaneously the independence of Gungunhana, either for ever or for a limited period of time, the two Chartered Companies peaceably carrying on their operations in the territories of that Chief. || The proposal in the Memorandum is based on three grounds, namely: — || 1. According to trustworthy reports received from persons who have visited Gungunhana, this Chief denies in the most positive terms his alleged vassalage to Portugal. || 2. Gungunhana has at his disposal forces against which the Portuguese colonial forces are not able to contend. || 3. Whatever boundary-line may be adopted, any attempt to interfere with the independence of Gungunhana would give rise to serious difficulties, which could not be overcome except by numerous and well-provided forces. || It is clear, that the value of the second and third grounds is exclusively derived from the rigorous accuracy of the first; if the latter is void of foundation, the two following ones will be so likewise. || In point of fact, it is only in case of Gungunhana either being or declaring himself independent that the alleged superiority of his forces might be a source of danger. It is certain, that the Portuguese colonial troops have not, up to the present, proved to be insufficient. It is also certain that, if at a given place or time they should show themselves to be so, there would be no difficulty — and recent facts prove, that this is no rash assertion — in dispatching from the mother country the troops that might be considered to be indispensably necessary. Under the circumstances of independence there would indeed be a justifiable cause for apprehending danger from Gungunhana's forces; but as a vassal of

the Portuguese Crown, as indeed he actually is, and as he wishes to be in future, his forces, far from being a source of danger, might become the effectual defenders of European interests in the regions which are ruled over by that powerful Chief. || With respect to the third ground, the same argument holds good entirely. It is only in case of Gungunhana refusing to acknowledge the sovereignty of Portugal over his dominions that, in the words of the Memorandum, "any attempt to interfere with his independence might give rise to serious difficulties," &c. But if Gungunhana accepts not only without reluctance, but even with joy his capacity as a vassal of the Crown of Portugal, it is clear that any act interfering with his independence would not meet with opposition in the event of its being carried into effect in the name of the Crown of which he considers himself and professes to be a vassal. || If, therefore, the inaccuracy of "the trustworthy reports of the persons who have visited Gungunhana" be proved, the groundlessness of the two reasons to which I have referred will likewise be at once established, without the necessity of any further argument. || Now it is not true that Gungunhana denies his vassalage to the King of Portugal. "The trustworthy reports" are erroneous in which he is charged with hostile sentiments or insubordination to Portugal. It is no wonder, that they are erroneous, inasmuch as they emanate from the agents of the British South Africa Company, who have never ceased to exert their earnest endeavours to extort such a declaration from him, even when such endeavours on their part were altogether prohibited as being manifestly contrary to the engagements imposed upon the Government of their own country in the *modus vivendi*. || The authentic copy of the Minute of a meeting which was held at Violante (Zefunha) on the 29th December, 1890, at the request of Gungunhana himself, will have already been brought to the knowledge of Her Britannic Majesty's Government at the date of this Memorandum. It was inclosed in the note of the 7th March addressed to Her Britannic Majesty's Representative at Lisbon. || At that meeting Gungunhana declared of his own accord, that "he as well as his people, and his grandfather Manecusse, and his father Muzila, were the faithful and submissive vassals of His Majesty the King of Portugal." The Minute alluded to is signed not only by all the Portuguese who were present, but also by a Russian subject, and even by a subject of Her Britannic Majesty. This testimony cannot be invalidated by any vague declarations to the contrary on the part of the agents of the British South Africa Company, which has kept them, as already stated, and still continues to keep in Gazaland, for the purpose of injuring Portuguese interests, in contravention of the clauses of the *modus vivendi* of the 14th November. The Chief clearly refers to their intriguing schemes in the Minute of the 29th December. || It is not easy to understand on what grounds Her Britannic Majesty's Government consider the presentation of such a proposal justifiable. It is at variance with the opinions and views of European Governments, and of all enlightened minds engaged in the consideration of African questions; in

Nr. 10657.
England.
12. März 1891.

Nr. 10657.
England.
12. März 1891.

all of them the predominant view is that of placing Africa, apportioned among different nations in virtue of International Agreements, under the immediate action of civilized nations in the interest of Africa itself and of those who are zealously labouring there; one cannot well understand why the territories of Gungunhana should, in contrast to this humane purpose, form an unnecessary and even dangerous exception. The general interests of civilization are on this point in harmony with the private interests of those who are actively engaged in Africa, and have capital invested there. They are all asking for the dominion and influence of a civilized nation both there and at other points of the great continent. Moreover, the wishes of the Chief, historical tradition and actual influence are pointing out to Portugal as the nation to which such a Protectorate ought naturally to be intrusted. || It is evident, that the South Africa Company can alone profit by such a proposal. In Manicaland it tried to rule by force, because by mere accident it was able to make use of it, although this happened at a time when the Treaty of the 20th August, the *modus vivendi*, and its own Charter prohibited all hostile interference with Portugal on its part. In Gazaland, as it is not able to make use of force, it may more successfully make use, in a disloyal contest, of schemes and intrigues such as those now employed by it. || His Majesty's Government do not for one moment entertain the slightest suspicion, that Her Britannic Majesty's Government contemplate giving their assent to the evil designs of an English Company. But it is for that very reason that such a suspicion does not and cannot enter their minds, that His Majesty's Government consider it expedient to call the attention of Her Britannic Majesty's Government to the dangers to which it is to be feared Portuguese interests would remain exposed in the event of such a proposal being approved on the part of a Company which, unscrupulous as it is, and unprovided with means of any kind, does not refrain, whenever any opportunity offers, and even when the Conventions to which their own country is a Contracting Party forbid such a course, from injuring the rights and interests of the Portuguese Crown.

Foreign Department, Lisbon, March 10, 1891.

Nr. 10658. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Uebersendet eine portugiesische Note über die Grenzen am Zambesi. Antwort auf Salisburys Bemerkungen.

Lisbon, March 30, 1891. (April 2.)

Nr. 10658.
England.
30. März 1891.

My Lord, || I have the honour to inclose translation of a note which I have received from the Minister for Foreign Affairs in reply to the note which I addressed to his Excellency by your Lordship's instructions of the 11th instant, with reference to the boundaries of the British and Portuguese spheres of influence south of the Zambesi.

George G. Petre.

Inclosure.

Senhor du Bocage to Sir H. Petre.

Nr. 10659.
England.
30. März 1891.

Foreign Department, Lisbon, March 25, 1891.

(Uebersetzung.) Your Excellency, || I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of the 16th instant, containing an analysis of my Memorandum of the 28th ultimo. || Your Excellency's note maintains the proposal—drawn up, however, in somewhat more explicit terms—which was communicated to me in your Memorandum of the 24th February, which consists in the substitution of the 33rd meridian instead of the western frontier of Manicaland, as laid down in the Treaty of the 20th August, in return for a limited territorial compensation to the north of the Zambesi. || Your Excellency bases this proposal on various allegations which I propose to examine in the order in which they were presented. || My assertion, that “the whole of the district of Manica, even beyond the limits laid down in the Convention of the 20th August, was always subject to the effective dominion of Portugal, with all the requisite accompaniments of permanent occupation and of regular administration,” is met by your Excellency with the objection that it is at variance with the information received by Her Britannic Majesty's Government from persons who have visited the district above referred to, and you add that no civil and military authorities so as to constitute a regular administration were in existence there. || It does not seem to me, that anonymous reports, possibly from a suspicious source, can so peremptorily counterbalance an assertion grounded on positive facts and on official documents of incontestable authority. || It is, indeed, an incontrovertible fact, that at the time when the South Africa Company's forces so unexpectedly invaded the district of Manica, a regular administration was established there which possessed all the essential requisites of an effective occupation. The Governor of the district and his Secretary resided at Gouveia, which is the capital, and the Superintendent of native affairs resided at Massi-Kessi, which is the seat of the Mozambique Company; there were Portuguese authorities and agents of that Company at several places in the district, as for instance at Chimoio, Sarmento, Neves Ferreira and Beira; a mining engineer exercised a supervision on the part of the State over the mining operations; a small European force and another more numerous native force, consisting of sepoy's of the “Capitão-Môr” of Manica, maintained order and secured for a great many explorers, partly British subjects and partly subjects of other nations, the free and peaceable exercise of their industrial pursuits. || I may add, for further information, that Captain Jayme Ferreira was and still is the Governor of Manica, his Secretary being Ensign Freire, who was recently taken prisoner at Massi-Kessi by the so-called police force of the South Africa Company; that João de Rezende is the Superintendent of native affairs, who was taken prisoner by the said police force on the 15th September at Mutassa's kraal, and was subsequently expelled

Nr. 10658.
England.
30. März 1891.

by them from Massi-Kessi, together with the officials and miners of the Mozambique Company; that Manuel Antonio de Souza is the "Capitão Môr" of Manica, who was treacherously invited by Mutassa to his kraal, together with Colonel Paiva d'Andrada, where they, as well as João de Rezende and the French engineer, Llamby, were all surprised and taken prisoners by the said police force; finally, Guilherme d'Albuquerque d'Orey, a mining engineer, is the fiscal engineer on the part of the Government. || This is the truth. It is not, however, to be wondered at that those whose object it has always been, since that premeditated and highly culpable invasion of Manica, to deceive the good faith of the British Government, should endeavour to conceal the truth and to gainsay it. || I shall now proceed with my reply to your Excellency's note. || With reference to the remarks made by me, that the greater part of the Manica plateau was comprised in the Concession of the Mozambique Company, and that, according to the proposed delimitation, that Company would be unjustly deprived of the best part of their Concession, your Excellency states that it is the opinion of Her Britannic Majesty's Government that the Concession from which the Company derive their rights does not extend beyond the basins of the Pungwé and Busi, and that the mining plots which are being actually worked in the Mutassa district are therefore situated beyond their limits. || With regard to this a mistake, no doubt involuntary, has been made, but which it is easy to clear up; the statement contained in the Memorandum of the 28th February is that the greater part of the plateau, which, in accordance with the proposed frontier of the 33rd meridian, would remain outside the Portuguese territory, is comprised in the Concessions of the Mozambique Company; the allegation made that the Concession of 1888 does not extend beyond the basins of the Pungwé and Busi does not contradict that assertion. The mere inspection of a Chart containing a faithful representation of the district of Manica (and I wish in this place to refer especially to the Chart published in the month of February of this year in the "Proceedings of the Royal Geographical Society") cannot fail to dispel the slightest doubt that may exist in any impartial mind as to the fact that Massi-Kessi, the seat of the Mozambique Company, as well as a large longitudinal stripe of territory comprised in that Company's Concession, are situated to the west of the 33rd meridian. || Her Britannic Majesty's Government, your Excellency continues to say, cannot admit that Portugal has any legitimate right to the territory comprised between the River Save and the 33rd meridian. Your Excellency does not say so clearly, but you appear to endeavour to justify a proposition so absolute in its nature, by merely stating that inasmuch as the Cortes failed to ratify the Treaty of the 20th August, that district would, ipso facto, remain open to English enterprise, that is to say, to a violent and premeditated spoliation by the forces of the South Africa Company. || There is a good deal to be said against so peremptory an allegation. || In no case whatever could the forces of the South Africa Company invade and occupy a territory lawfully

held and regularly occupied by Portugal, and no doubt whatever can be raised as regards such possession and occupation, inasmuch as there can be no doubt that Mutassa and the other native Chiefs of that region are vassals of the Crown of Portugal in view of the documents which cannot be contradicted, and which have already been brought under the knowledge of Lord Salisbury. I allude to Gungunhana's deed of vassalage, and more especially to the record of the meeting held at Zefunha on the 29th December last in which are recorded the declarations solemnly made by Gungunhana, which confirm, not only his intention of remaining faithful to his sworn allegiance to Portugal, but also his right of suzerainty as regards Mutassa. || Should, however, Mutassa be, which he is not, an independent Chieftain, even so, the invasion effected on the 14th September by the forces of the South Africa Company would be entirely illegal, and, as such, it would have to be annulled in all its effects: — || 1. Because it took place during the time when the Treaty of the 20th August was in force; and || 2. Because the invasion of Manica in itself, and by all the acts which followed it, involved a manifest infraction of the 22nd Article of the South Africa Company's Charter. This was admitted by Lord Salisbury in the statements which he made on the subject to the Portuguese Representative in London on the 17th December, to the effect that he would cause the forces of the South Africa Company to withdraw immediately from Massi-Kessi, and that with respect to Mutassa, he would merely wait before sending similar orders until it was ascertained whether his territory was really within the limits recognized as Portuguese in the Treaty of the 20th August, and in the *modus vivendi*. || It is positive, that the South Africa Company have not confined themselves to making use of mineral Concessions granted them, however illegally, by Mutassa; on the contrary, they have exercised sovereignty and performed administrative acts, in manifest violation of Articles 3, 4, and 22 of their Charter, not only in the territories of that Chief, but beyond them, in the territories of other Chiefs not subject to him. || This appears to be even admitted by your Excellency in endeavouring to lessen the responsibility of the Company, when you say that "I must recognize the importance of the maintenance of order by a competent authority among a numerous mining population, and consisting, as it does, almost entirely of men of English and Scotch extraction, is it evident that this authority can be most effectually exercised under the British flag." || With regard to this point, your Excellency will allow me to observe that, if the forces of the South Africa Company take upon themselves the duty of maintaining order among the mining population of Manica, it is because they succeeded by surprise and treachery in expelling those who had always maintained order there among the mining population which consisted then, as it does now, not merely of Portuguese, but of British and other foreign subjects, causing the Portuguese authority to be respected both by Europeans and natives, without any violent acts or conflicts. || I will not conclude without repeating the declaration previously made in my Memo-

Nr. 10658.
England.
30. März 1801.

Nr. 10658.
England.
30. März 1891.

randum of the 28th February, that His Majesty's Government, animated by the sincere desire of arriving at an Agreement with Her Britannic Majesty's Government honourable ("decoroso") to both countries, is willing to examine and discuss any proposal of a rectification of the frontier laid down in the Treaty of the 20th August which does not involve giving up the whole plateau of Manica, but only some more limited portion of territory, and in exchange for other territory which may serve as a fair compensation. || The rectification of the frontier of Manica, suggested to Lord Salisbury by M. de Soveral in his interview of the 19th instant, and of which I took an opportunity of informing your Excellency, may serve as a complete proof of the conciliatory disposition of this Government. || On the 17th January, more than two months ago, I had the honour to communicate to you a proposal to serve as a basis of negotiation for the new Treaty. It was submitted to Lord Salisbury for his examination, and he promised to draw up a counter-proposal which would contain the modifications which it might be considered essential to introduce in the project of His Most Faithful Majesty's Government. This counter-proposal has, however, not yet been submitted to me, although the term of the *modus vivendi* is drawing to a close. || Your Excellency will join with me in recognizing how urgently necessary it is that the whole of the clauses of the future Treaty should be at once frankly and sincerely examined and discussed, which rests entirely with Lord Salisbury. J. V. Barboza du Bocage.

Nr. 10659. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Uebersendet die englischen Vorschläge zum Abkommen mit Portugal.

Foreign Office, April 3, 1891.

Nr. 10659.
England.
3. April 1891.

Sir, || I understand, that Senhor du Bocage has expressed his anxiety to receive as soon as possible the proposals of Her Majesty's Government for a new Convention. Her Majesty's Government are equally anxious to resume the negotiations without delay. I inclose herewith a draft of a Convention which they would be prepared to accept, and which will, they earnestly hope, be acceptable to the Portuguese Government. I have to request you to communicate it to Senhor du Bocage, and to request that it may be taken into consideration with the least possible delay.

Salisbury.

Inclosure. Vertragsentwurf.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c., &c., &c., and His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, &c., &c., &c., being animated with the desire to draw closer the ties of friendship which unite the two nations, and to settle by common accord certain matters relative to their respective spheres of influence in Africa, have determined to conclude a Convention to that effect,

and have named as their respective Plenipotentiaries, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India. || And His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, || Who, having communicated to each other their respective full powers found in good and due form, have agreed upon the following Articles: —

Nr. 10659.
England.
3. April 1891.

Article I.

Great Britain agrees to recognize, as within the dominion of Portugal in East Africa, the territories bounded — || 1. To the north by a line which follows the course of the River Rovuma from its mouth up to the confluence of the River M'Sinje, and thence westerly along the parallel of latitude of the confluence of these rivers to the shore of Lake Nyassa. || 2. To the west by a line which, starting from the above-mentioned frontier on Lake Nyassa, follows the eastern shore of the lake southwards as far as the parallel of latitude $13^{\circ} 30'$ south; thence it runs in a south-easterly direction to the eastern shore of Lake Chiuta, which it follows. Thence in a direct line to the eastern shore of Lake Chilwa, or Shirwa, which it follows to its south-easternmost point; thence in a direct line to the easternmost affluent of the River Ruo, and thence follows that affluent, and, subsequently, the centre of the channel of the Ruo to its confluence with the River Shiré. From thence it runs in a direct line westwards to the point where the line of the Convention of the 20th August intersects the meridian of longitude 34° , follows that meridian to latitude 15° , which it follows to meridian 32° , and southwards along that meridian to the Zambesi. || The Settlement of Zumbo, with a radius on the northern bank of 10 English miles, remains under the dominion of Portugal.

Article II.

To the south of the Zambesi, the territories within the Portuguese sphere of influence are bounded by a line which, starting from a point opposite the western extremity of the 10-mile radius of Zumbo, runs directly southwards as far as the 16th parallel of south latitude, follows that parallel to its intersection with the 31st degree of east longitude (Greenwich), thence running eastward direct to the point where the River Mazoe is intersected by the 33rd degree of east longitude; it follows that degree southwards to its intersection by the $18^{\circ} 30'$ parallel of south latitude; thence it follows the upper part of the eastern slope of the Manica plateau southwards to the centre of the main channel of the Sabi, follows that channel to its confluence with the Lunte, whence it strikes direct to the north-eastern point of the frontier of the South African Republic, and follows the eastern frontier of the Republic, and the frontier of Swaziland, to the River Maputa. || It is understood, that in tracing the frontier along the slope of the plateau no territory west of longitude $32^{\circ} 30'$ shall be comprised in the Portuguese sphere, and no territory east of longitude 33° shall be comprised in the British sphere. The line shall,

Nr. 10650. however, if necessary, be deflected so as to leave Mutassa in the British sphere,
England.
3. April 1891. and Massi-Kessi in the Portuguese sphere.

Article III.

Great Britain engages not to make any objection to the extension of the sphere of influence of Portugal, south of Delagoa Bay, as far as a line following the parallel of the confluence of the River Pongola with the River Maputa to the sea-coast.

Article IV.

It is agreed, that the western line of division separating the British from the Portuguese sphere of influence in Central Africa shall follow the centre of the channel of the Upper Zambesi, starting from the Katima Rapids up to the point where it reaches the territory of the Barotse Kingdom. That territory shall remain within the British sphere, its limits to the westward, which will constitute the boundary between the British and Portuguese spheres of influence, being decided by a Joint Anglo-Portuguese Commission. || It is understood on both sides, that nothing in this Article shall affect the existing rights of any other State. Subject to this reservation, Great Britain will not oppose the extension of Portuguese administration outside of the limits of the Barotse country.

Article V.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain on the north of the Zambesi, the territories extending from the line to be settled by the Joint Commission mentioned in the preceding Article, to Lake Nyassa, including the islands in that lake south of parallel $11^{\circ} 30'$, and to the line described in Article I, with the exception of Zumbo and a radius of 10 English miles round it.

Article VI.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain to the south of the Zambesi, the territories bounded on the east and north-east by the line described in Article II.

Article VII.

All the lines of demarcation traced in Articles I to VI shall be subject to rectification by agreement between the two Powers, in accordance with local requirements. || The two Powers agree, that in the event of one of them proposing to part with any of the territories assigned by these Articles to their respective spheres of influence, the other shall be recognized as possessing a preferential right to the territories in question, or any portion of them, upon terms similar to those proposed.

Article VIII.

The two Powers engage that neither will interfere with any sphere of influence assigned to the other by Articles I to VI. One Power will not, in

the sphere of the other, make acquisitions, conclude Treaties, or accept sovereign rights or Protectorates. || It is understood, that no Companies nor individuals subject to one Power can exercise sovereign rights in a sphere assigned to the other, except with the assent of the latter.

Nr. 10659.
England.
3. April 1891.

Article IX.

In all territories in Africa belonging to or under the influence of either Power, missionaries of both countries shall have full protection. Religious toleration and freedom for all forms of Divine worship and religious teaching are guaranteed.

Article X.

Portugal engages not to charge transit dues on goods passing in transit outwards, from the British sphere of influence to the East Coast, and not more than 3 per cent. transit duty on goods passing in transit inwards from the East Coast to the British sphere, either by land or water. These dues shall in no case have a differential character, and shall not exceed the customs dues levied on the same goods at the above-mentioned ports. || When the total amount of the transit dues on imports shall have reached 30,000 l. the transit duty shall be reduced to $1\frac{1}{2}$ per cent. || Her Majesty's Government shall have the option, within five years from the date of the signature of this Agreement, to claim freedom of transit on payment of 1,000,000 l. to Portugal. || Coin of all descriptions shall be imported free of transit duty into the British sphere. || It is understood, that there shall be freedom for the passage of subjects and goods of both Powers across the Zambesi, and through the districts adjoining the river for the purpose of such passage, along its whole course, without hindrance of any description and without payment of transit dues. || It is further understood, that within a zone of 20 English miles on the north bank of the Zambesi each Power shall have the right to construct roads, railways, bridges and telegraph-lines across the territories reserved to the influence of the other on the north of the Zambesi. Both Powers shall have the same right within a zone of 10 English miles on the south of the Zambesi between Tété and the confluence of the Chobe, and within a zone of the same dimensions running from the north-east of the British sphere south of the Zambesi to the British sphere north of the Zambesi. The two Powers shall have the power, in these zones, of acquiring, on reasonable conditions, the land necessary for such objects, and shall receive all other requisite facilities. They shall also be allowed facilities for the construction on the river, between the above-named limits, of piers and landing-places for the purpose of trade or navigation. || All materials for the construction of roads, railways, bridges and telegraph-lines shall be admitted free of charge. || Differences of opinion between the two Governments as to the execution of their respective obligations, incurred in accordance with the provisions of the preceding paragraph, shall be referred to the arbitration of two experts, one of whom shall be chosen

Nr. 10659.
England.
3. April 1891. on behalf of each Power, who shall select an Umpire, whose decision, in case of difference between the Arbitrators, shall be final. If the two experts cannot agree upon the choice of an Umpire, this Umpire shall be selected by a neutral Power.

Article XI.

The navigation of the Zambesi and Shiré, without excepting any of their branches and outlets, shall be entirely free for the ships of all nations. || The second Article of the Agreement of the 14th November, 1890, so far as it applies to the Pungwé, shall be made perpetual, and the terms applied to the Pungwé shall apply also to the Busi, the Limpopo, the Save and their tributaries.

Article XII.

Merchant-ships of the two Powers shall in the Zambesi, its branches and outlets, have equal freedom of navigation, whether with cargo or ballast, for the transportation of goods and passengers. In the exercise of this navigation the subjects and flags of both Powers shall be treated, in all circumstances, on a footing of perfect equality, not only for the direct navigation from the open sea to the inland ports of the Zambesi, and vice versa, but for the great and small coasting trade, and for boat trade on the course of the river. Consequently, on all the course and mouths of the Zambesi there will be no differential treatment of the subjects of the two Powers, and no exclusive privilege of navigation will be conceded by either to Companies, Corporations, or private persons. || The navigation of the Zambesi shall not be subject to any restriction or obligation based merely on the fact of navigation. It shall not be exposed to any obligation in regard to landing-station or depôt, or for breaking bulk, or for compulsory entry into port. In all the extent of the Zambesi the ships and goods in process of transit on the river shall be submitted to no transit dues, whatever their starting-place or destination. No maritime or river toll shall be levied based on the sole fact of navigation, nor any tax on goods on board of ships. There shall only be collected taxes or duties which shall be an equivalent for services rendered to navigation itself. The Tariff of these taxes or duties shall not warrant any differential treatment. || The affluents of the Zambesi shall be in all respects subject to the same rules as the river of which they are tributaries. || The roads, paths, railways, or lateral canals which may be constructed with the special object of correcting the imperfections of the river route on certain sections of the course of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, shall be considered, in their quality of means of communication, as dependencies of this river, and as equally open to the traffic of both Powers. And, as on the river itself, so there shall be collected on these roads, railways and canals only tolls calculated on the cost of construction, maintenance and management, and on the profits due to the promoters. As regards the Tariff of these tolls, strangers and the natives of the respective territories shall be treated on a footing of perfect equality. || Portugal

undertakes to apply the principles of freedom of navigation enunciated in this Article on so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. The rules which she may establish for the safety and control of navigation shall be drawn up in a way to facilitate, as far as possible, the circulation of merchant-ships. || Great Britain accepts, under the same reservations, and in identical terms, the obligations undertaken in the preceding Articles in respect of so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. || Any questions arising out of the provisions of this Article shall be referred to a Joint Commission, and, in case of disagreement, to arbitration. || Another system for the administration and control of the Zambesi may be substituted for the above arrangements by common consent of the Riverain Powers.

Nr. 10659.
England.
3. April 1891.

Article XIII.

In the interest of both Powers, Portugal agrees to grant absolute freedom of passage between the British sphere of influence and Pungwé Bay for merchandize of every description, and to give the necessary facilities for the improvement of the means of communication. She undertakes to construct a railway to serve this region from the coast to the boundary between the British and Portuguese spheres of influence with the least possible delay. Should 50 miles of the railway not have been completed within twelve months from the signature of this Convention, or should the entire line not have been completed within three years, the Portuguese Government shall, on the demand of Her Majesty's Government, assign to any British Company named by the latter the right of making the line, with all requisite facilities for the acquisition of land, cutting timber, and free importation and supply of materials and labour, and such Company shall have control over the railway until the sum expended on its construction has been repaid out of the traffic receipts, which, after payment of expenses and interest on capital, shall be applied for that purpose. When the repayment is completed the line shall be transferred to the control of the Portuguese Government, subject to a previous understanding between the two Governments as to the grant of sufficient running powers to the British Government. If a difference of opinion shall arise as to the stipulations necessary to secure to Great Britain free and effective communication with the coast, they shall be settled by a neutral Arbitrator before the line is handed over. || It is understood, that no dues shall be levied at the port of entry on goods in transit exceeding the maximum of 3 per cent. under the conditions stipulated in Article X.

Article XIV.

Great Britain and Portugal engage to facilitate telegraphic communication in their respective spheres. || The stipulations contained in Article XIII, as

Nr. 10650. regards the construction of a railway from Pungwé Bay to the interior, shall
 England. be applicable in all respects to the construction of a telegraph-line for com-
 3. April 1891. munication between the coast and the British sphere south of the Zambesi.
 Questions as to the points of departure and termination of the line, and as to
 other details, if not arranged by common consent, shall be submitted to the
 arbitration of experts under the prescribed conditions. || Portugal engages to
 maintain telegraphic service between the coast and the River Ruo, which shall
 be open to the use of the subjects of the two Powers without any differential
 treatment. || Great Britain and Portugal engage to give every facility for the
 connection of telegraphic lines constructed in their respective spheres. || Details
 in respect to such connection, and in respect to questions relating to the sett-
 lement of through Tariffs and other charges, shall, if not settled by common
 consent, be referred to the arbitration of experts under the prescribed conditions.

Article XV.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be
 exchanged at London on the of . || In witness whereof the
 respective Plenipotentiaries have signed the present Convention, and have affixed
 thereto the seals of their arms. || Done in duplicate

Nr. 10660. PORTUGAL. — Der Gesandte in London an den eng-
 lischen Minister des Auswärtigen. — Der Artikel III
 des modus vivendi soll möglichst schnell ausgeführt
 werden.

Londres, le 11 Avril, 1891. (April 11.)

Nr. 10660. My Lord, || Le Gouvernement du Roi, reconnaissant combien il serait utile,
 Portugal. dans l'intérêt du commerce et de la civilisation, de faciliter autant que possible
 11. April 1891. le transit entre le littoral de l'Afrique Méridionale et la sphère d'influence de
 la Grande-Bretagne, m'a ordonné de porter à la connaissance de votre Ex-
 cellence qu'il est très désireux de rendre immédiatement effectives les dis-
 positions contenues dans l'Article 3 du modus vivendi. Cependant, comme des
 informations de différentes sources affirment que les ordres donnés par votre
 Excellence pour l'évacuation des territoires compris dans la sphère d'influence
 du Portugal n'ont pas été exécutés, il se verrait dans l'impossibilité de donner
 suite à son désir avant de demander à votre Excellence de vouloir bien lui
 donner l'assurance formelle du contraire, c'est-à-dire, qu'il ne se trouve actuel-
 lement plus d'agents de la "South Africa Company" dans le territoire assigné
 à la souveraineté Portugaise par l'Article 4 du modus vivendi.

Luiz de Soveral.

Nr. 10661. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Portugal wünscht den baldigen Abschluss eines Vertrages mit England.

Lisbon, April 17, 1891. (April 22.)

My Lord, || I have now the honour to inclose a translation of a note which I have just received from Senhor du Bocage, in which his Excellency acknowledges the receipt of my note transmitting the new draft Convention, as proposed by Her Majesty's Government, for the settlement of the Anglo-Portuguese African question. || As your Lordship will perceive from Senhor du Bocage's note, his Excellency has asked me to have a conference with him at the Foreign Office to-morrow.

Nr. 10661.
England.
17. April 1891.

George G. Petre.

Inclosure.

Senhor du Bocage to Sir G. Petre.

Foreign Department, Lisbon, April 17, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || I have received the note which your Excellency did me the honour to address to me on the 14th instant, forwarding to me a draft Convention sent by the Marquis of Salisbury to your Excellency to be delivered into my hands, and which represents the counter-proposal of Her Britannic Majesty's Government in reply to the proposal which I had the honour to communicate, on the part of His Majesty's Government, to your Excellency on the 17th of last January, with the request that you should cause the same to reach Lord Salisbury's hands. || His Majesty's Government are desirous of arriving, as soon as possible, at a final settlement upon this grave question, and feeling sure that both Her Britannic Majesty's Government and your Excellency share this wish, I have the honour, with a view to proceeding to consider, with the least delay possible, the several clauses of the counter-proposal transmitted to me by your Excellency, to invite your Excellency to a conference to-morrow, the 18th instant, at 3 P.M., in this Department of State.

J. V. Barboza du Bocage.

Nr. 10662. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Verlängerung des modus vivendi auf einen Monat.

Foreign Office, May 14, 1891.

Sir, || I have to inform you, that to-day the modus vivendi between Great Britain and Portugal of the 14th November last, which was passed originally for six months, and which consequently expired to-day, was continued for another month in order to give time for the conclusion of the Treaty and its acceptance by the Portuguese Cortes. At the same time the Articles of the

Nr. 10662.
England.
14. Mai 1891.

Nr. 10662. - new Convention were agreed upon between the Portuguese Minister and myself
England. - and were initialled, and now await the approval of Her Majesty and of the
14. Mai 1891. Portuguese Government and Cortes. || The principal territorial change is an extension of the English sphere in the neighbourhood of Manica, which is so drawn as to include the whole of the plateau of Manica, saving what may be necessary for the purpose of leaving the Settlement of Massi-Kessi to the Portuguese. As a set-off to this alteration, it has been agreed to make a large change, in favour of Portugal, of the territorial dominion upon the north bank of the Zambesi above Tete. The whole of the north bank between Tete and Zumbo, as far north as the 15th parallel of south latitude, will be recognized in this Convention as Portuguese. This arrangement will have the advantage of recognizing some historical claims which at one time did exist, though their present scope cannot be very clearly determined, as well as of providing an equivalent for the territory ceded in Manica. The exact extent of this concession northwards is not absolutely decided yet, as a discretion has been left to the Portuguese Government whether they will be satisfied to leave the boundary coincident with the 15th degree of latitude, or whether they will accept a further limited extension northward in accordance with the geographical features of the district, and in exchange for an addition to the British territory on the west bank of the Shiré. Full powers have been reserved of transit across the portion of Portuguese territory which now follows the line of the Zambesi on both its banks below the Settlement of Zumbo. In the present instrument the engagement of the modus vivendi which bound Portugal to facilitate and promote transit over the waterways of the Shiré and the Pungwé, and also over the landways which supply means of communication where those rivers are not navigable, is extended to the Limpopo, the Busi and the Save, and is made perpetual. An export duty of 3 per cent. for goods across Portuguese territory situated between the East Coast and the British sphere has been accepted, with the provision that coin and bullion of all descriptions shall be imported and exported to and from the British sphere free of transit duty. The boundary of the Barotse territory, which is recognized as British, is not defined in this Convention, as the knowledge which we possess is inadequate to enable us to draw the frontier accurately at the present time. The task of examining these details and fixing the line of our western frontier has been assigned to a Joint International Commission. || By a separate instrument it has been agreed, that the provisions of the Conference of Brussels for the exclusion of ardent spirits from parts of Africa where they have not yet been introduced shall be applied to the banks of the Zambesi and the Shiré; and arrangements have been made by which Portugal undertakes to lease, for the purpose of wharves and landing-places, a sufficient quantity of ground at the Chinde mouth of the Zambesi. || The other provisions of the Treaty of the 20th August, which was never submitted to the Cortes for ratification, have been reinserted in the present instrument. With the

es of the alternative line of frontier to the north of the Zambesi, which I have already mentioned, all points at issue between the two Governments are resolved in the accompanying stipulations; but the signature of them must be deferred until the approval of the Cortes has been obtained, so that the inconveniences of a Treaty which has been signed, but not ratified, may be avoided in the present case.

Nr. 10662.
England.
14. Mai 1891.

Salisbury.

Nr. 10663. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Ueber- sendet den Text des Vertrages mit Portugal. Der Gesandte erhält Vollmacht, ihn zu unterzeichnen.

Foreign Office, May 28, 1891.

Sir, || I transmit herewith the Convention between Great Britain and Portugal, the terms of which were finally arranged to-day with the Portuguese Minister at this Court. || You will receive full powers authorizing you to sign with the Portuguese Minister for Foreign Affairs.

Nr. 10663.
England.
28. Mai 1891.

Salisbury.

Inclosure.

Convention between Great Britain and Portugal.

Article I.

Great Britain agrees to recognize, as within the dominion of Portugal in East Africa, the territories bounded — || 1. To the north by a line which follows the course of the River Rovuma from its mouth up to the confluence of the River M'Sinje, and thence westerly along the parallel of latitude of the confluence of these rivers to the shore of Lake Nyassa. || 2. To the west by a line which, starting from the above-mentioned frontier on Lake Nyassa, follows the eastern shore of the lake southwards as far as the parallel of latitude 13° 30' south; thence it runs in a south-easterly direction to the eastern shore of Lake Chiuta, which it follows. Thence it runs in a direct line to the eastern shore of Lake Chilwa, or Shirwa, which it follows to its south-easternmost point; thence in a direct line to the easternmost affluent of the River Ruo, and thence follows that affluent, and, subsequently, the centre of the channel of the Ruo to its confluence with the River Shiré. || From the confluence of the Ruo and Shiré the boundary will follow the centre of the channel of the latter river to a point just below Chiwanga. Thence it runs due west-ward until it reaches the watershed between the Zambesi and the Shiré, and follows the watershed between those rivers, and afterwards between the former river and Lake Nyassa until it reaches parallel 14° of south latitude. From thence it runs in a south-westerly direction to the point where south latitude 15° meets the River Aroangwa or Loangwa, and follows the mid-channel of that river to its junction with the Zambesi.

Article II.

Nr. 10663.
England.
28. Mai 1891.

To the south of the Zambesi, the territories within the Portuguese sphere of influence are bounded by a line which, starting from a point opposite the mouth of the River Aroangwa or Loangwa, runs directly southwards as far as the 16th parallel of south latitude, follows that parallel to its intersection with the 31st degree of longitude east of Greenwich, thence running eastward direct to the point where the River Mazoe is intersected by the 33rd degree of longitude east of Greenwich; it follows that degree southwards to its intersection by the 18° 30' parallel of south latitude; thence it follows the upper part of the eastern slope of the Manica plateau southwards to the centre of the main channel of the Sabi, follows that channel to its confluence with the Lunte, whence it strikes direct to the north-eastern point of the frontier of the South African Republic, and follows the eastern frontier of the Republic, and the frontier of Swaziland, to the River Maputa. || It is understood, that in tracing the frontier along the slope of the plateau no territory west of longitude 32° 30' east of Greenwich shall be comprised in the Portuguese sphere, and no territory east of longitude 33° east of Greenwich shall be comprised in the British sphere. The line shall, however, if necessary, be deflected so as to leave Mutassa in the British sphere, and Massi-Kessi in the Portuguese sphere.

Article III.

Great Britain engages not to make any objection to the extension of the sphere of influence of Portugal, south of Delagoa Bay, as far as a line following the parallel of the confluence of the River Pongola with the River Maputa to the sea-coast.

Article IV.

It is agreed, that the western line of division separating the British from the Portuguese sphere of influence in Central Africa shall follow the centre of the channel of the Upper Zambesi, starting from the Katima Rapids up to the point where it reaches the territory of the Barotse Kingdom. That territory shall remain within the British sphere; its limits to the westward, which will constitute the boundary between the British and Portuguese spheres of influence, being decided by a joint Anglo-Portuguese Commission, which shall have power, in case of difference of opinion, to appoint an Umpire. || It is understood on both sides, that nothing in this Article shall affect the existing rights of any other State. Subject to this reservation, Great Britain will not oppose the extension of Portuguese administration outside of the limits of the Barotse country.

Article V.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain on the north of the Zambesi, the territories extending from the line to be settled by the Joint Commission mentioned in the preceding Article, to

Lake Nyassa, including the islands in that lake south of parallel 11° 30' south latitude, and to the territories reserved to Portugal by the line described in Article I. Nr. 10663.
England.
28. Mai 1891.

Article VI.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain to the south of the Zambesi, the territories bounded on the east and north-east by the line described in Article II.

Article VII.

All the lines of demarcation traced in Articles I to VI shall be subject to rectification by agreement between the two Powers, in accordance with local requirements. || The two Powers agree, that in the event of one of them proposing to part with any of the territories to the south of the Zambesi assigned by these Articles to their respective spheres of influence, the other shall be recognized as possessing a preferential right to the territories in question, or any portion of them, upon terms similar to those proposed.

Article VIII.

The two Powers engage, that neither will interfere with any sphere of influence assigned to the other by Articles I to VI. One Power will not, in the sphere of the other, make acquisitions, conclude Treaties, or accept sovereign rights or Protectorates. || It is understood, that no Companies nor individuals subject to one Power can exercise sovereign rights in a sphere assigned to the other, except with the assent of the latter.

Article IX.

Commercial or mineral Concessions and rights to real property possessed by Companies or individuals belonging to either Power shall, if their validity is duly proved, be recognized in the sphere of the other Power. || For deciding on the validity of mineral Concessions given by the legitimate authority within 30 miles of either side of the frontier south of the Zambesi a Tribunal of Arbitration is to be named by common agreement. || It is understood, that such Concessions must be worked according to local Regulations and Laws.

Article X.

In all territories in East and Central Africa, belonging to or under the influence of either Power, missionaries of both countries shall have full protection. Religious toleration and freedom for all forms of Divine worship and religious teaching are guaranteed.

Article XI.

The transit of goods across Portuguese territories situated between the East Coast and the British sphere shall not, for a period of twenty-five years

Nr. 10663.
 England.
 28. Mai 1891.

from the ratification of this Convention, be subjected to duties in excess of 3 per cent. for imports or for exports. These dues shall in no case have a differential character, and shall not exceed the customs dues levied on the same goods in the above-mentioned territories. || Her Majesty's Government shall have the option, within five years from the date of the signature of this Agreement, to claim freedom of transit for the remainder of the period of twenty-five years on payment of a sum capitalizing the annual duties for that period at the rate of 30,000 £. a-year. || Coin and precious metals of all descriptions shall be imported and exported to and from the British sphere free of transit duty. || It is understood, that there shall be freedom for the passage of subjects and goods of both Powers across the Zambesi, and through the districts adjoining the left bank of the river situated above the confluence of the Shiré, and those adjoining the right bank of the Zambesi situated above the confluence of the River Luenha (Ruenga), without hindrance of any description and without payment of transit dues. || It is further understood, that in the above-named districts each Power shall have the right, so far as may be reasonably required for the purpose of communication between territories under the influence of the same Power, to construct roads, railways, bridges, and telegraph lines across the district reserved to the other. The two Powers shall have the right of acquiring in these districts on reasonable conditions the land necessary for such objects, and shall receive all other requisite facilities. Portugal shall have the same rights in the British territory on the banks of the Shiré and in the British territory comprised between the Portuguese territory and the banks of Lake Nyassa. Any railway so constructed by one Power on the territory of the other shall be subject to local Regulations and Laws agreed upon between the two Governments, and, in case of differences of opinion, subject to arbitration as hereinafter mentioned. || The two Powers shall also be allowed facilities for constructing on the rivers within the above districts piers and landing-places for the purpose of trade and navigation. || Differences of opinion between the two Governments as to the execution of their respective obligations, incurred in accordance with the provisions of the preceding paragraph, shall be referred to the arbitration of two experts, one of whom shall be chosen on behalf of each Power. These experts shall select an Umpire, whose decision, in case of difference between the Arbitrators, shall be final. If the two experts cannot agree upon the choice of an Umpire, this Umpire shall be selected by a neutral Power to be named by the two Governments. || All materials for the construction of roads, railways, bridges and telegraph-lines shall be admitted free of charge.

Article XII.

The navigation of the Zambesi and Shiré, without excepting any of their branches and outlets, shall be entirely free for the ships of all nations. || The Portuguese Government engages to permit and to facilitate transit for all

persons and goods of every description over the waterways of the Zambesi, the Shiré, the Pungwe, the Busi, the Limpopo, the Sabi, and their tributaries, and also over the landways which supply means of communication where these rivers are not navigable.

Article XIII.

Merchant-ships of the two Powers shall in the Zambesi, its branches and outlets, have equal freedom of navigation, whether with cargo or ballast, for the transportation of goods and passengers. In the exercise of this navigation the subjects and flags of both Powers shall be treated, in all circumstances, on a footing of perfect equality, not only for the direct navigation from the open sea to the inland ports of the Zambesi, and vice versa, but for the great and small coasting trade, and for boat trade on the course of the river. Consequently, on all the course and mouths of the Zambesi there will be no differential treatment of the subjects of the two Powers; and no exclusive privilege of navigation will be conceded by either to Companies, Corporations, or private persons. || The navigation of the Zambesi shall not be subject to any restriction or obligation based merely on the fact of navigation. It shall not be exposed to any obligation in regard to landing-station or depôt, or for breaking bulk, or for compulsory entry into port. In all the extent of the Zambesi the ships and goods in process of transit on the river shall be submitted to no transit dues, whatever their starting-place or destination. No maritime or river toll shall be levied based on the sole fact of navigation, nor any tax on goods on board of ships. There shall only be collected taxes or duties which shall be an equivalent for services rendered to navigation itself. The Tariff of these taxes or duties shall not warrant any differential treatment. || The affluents of the Zambesi shall be in all respects subject to the same rules as the river of which they are tributaries. || The roads, paths, railways, or lateral canals which may be constructed with the special object of correcting the imperfections of the river route on certain sections of the course of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, shall be considered, in their quality of means of communication, as dependencies of this river, and as equally open to the traffic of both Powers. And, as on the river itself, so there shall be collected on these roads, railways and canals only tolls calculated on the cost of construction, maintenance and management, and on the profits due to the promoters. As regards the Tariff of these tolls, strangers and the natives of the respective territories shall be treated on a footing of perfect equality. || Portugal undertakes to apply the principles of freedom of navigation enunciated in this Article on so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. The rules which she may establish for the safety and control of navigation shall be drawn up in a way to facilitate, as far as possible, the circulation of merchant-ships. || Great Britain accepts, under the same reservations and in identical terms, the obligations undertaken in the

Nr. 10663.
England.
28. Mai 1891.

preceding Articles in respect of so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. || Any questions arising out of the provisions of this Article shall be referred to a Joint Commission, and, in case of disagreement, to arbitration. || Another system for the administration and control of the Zambesi may be substituted for the above arrangements by common consent of the Riverain Powers.

Article XIV.

In the interest of both Powers, Portugal agrees to grant absolute freedom of passage between the British sphere of influence and Pungwé Bay for all merchandize of every description, and to give the necessary facilities for the improvement of the means of communication. || The Portuguese Government agree to construct a railway between Pungwé and the British sphere. The survey of this line shall be completed within six months, and the two Governments shall agree as to the time within which the railway shall be commenced and completed. If an agreement is not arrived at, the Portuguese Government will give the construction of the railway to a Company which shall be designated by a neutral Power, to be selected by the two Governments, as being in its judgment competent to undertake the work immediately. The said Company shall have all requisite facilities for the acquisition of land, cutting timber, and free importation and supply of materials and labour. || The Portuguese Government shall either itself construct or shall procure the construction of a road from the highest navigable point of the Pungwé, or other river which may be agreed upon as more suitable for traffic, to the British sphere, and shall construct or procure the construction in Pungwé Bay and on the river of the necessary landing-places. || It is understood, that no dues shall be levied on goods in transit by the river, the road, or the railway exceeding the maximum of 3 per cent. under the conditions stipulated in Article XI.

Article XV.

Great Britain and Portugal engage to facilitate telegraphic communication in their respective spheres. || The stipulations contained in Article XIV, as regards the construction of a railway from Pungwé Bay to the interior, shall be applicable in all respects to the construction of a telegraph-line for communication between the coast and the British sphere south of the Zambesi. Questions as to the points of departure and termination of the line, and as to other details, if not arranged by common consent, shall be submitted to the arbitration of experts under the conditions prescribed in Article XI. || Portugal engages to maintain telegraphic service between the coast and the River Ruo, which service shall be open to the use of the subjects of the two Powers without any differential treatment. || Great Britain and Portugal engage to give every facility for the connection of telegraphic lines constructed in their respective spheres. || Details in respect to such connection, and in respect to

questions relating to the settlement of through tariffs and other charges, shall, if not settled by common consent, be referred to the arbitration of experts under the conditions prescribed in Article XI.

Nr. 10663.
England.
28. Mai 1891.

1. A note shall be addressed to Her Majesty's Government by the Portuguese Government, undertaking to lease for ninety-nine years to persons named by Her Majesty's Government land at the Chinde mouth of the Zambesi, to be used under Regulations for the landing, storage and transhipment of goods. Sites, price and regulations to be arranged by three Commissioners to be named one by each of the two Governments and the third by a neutral Power to be selected by them. In case of difference of opinion among the Commissioners, the decision of the majority to be final. A note shall also be addressed to the Portuguese Government by Her Majesty's Government undertaking, on the demand of the former, to lease on similar conditions and for similar purposes to persons named by the Portuguese Government land in some spot on the south-western coast of Lake Nyassa which shall be agreed upon between the two Governments as suitable for the purpose. || 2. Notes shall be exchanged between Her Majesty's Government and the Portuguese Government with regard to the traffic rates to be charged on the railway similar to those exchanged on the 20th August, 1890. || 3. Notes shall be exchanged between the two Governments, agreeing that the importation of ardent spirits to either bank of the Zambesi and Shiré by those rivers, whether in the British or Portuguese sphere, shall be interdicted, and that the authorities of the two States shall agree upon the arrangements necessary to prevent and punish infractions of this Article.

Nr. 10664. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Der Vertrag mit Portugal ist unterzeichnet. — Uebersendet die gewechselten Noten.

Lisbon, June 11, 1891. (June 16.)

(Extract.) || I have the honour to inclose the Anglo-Portuguese Treaty which was signed this day at the Foreign Ministry by Count Valbom, the Portuguese Minister for Foreign Affairs and myself, after collation with the bases initialled in London on the 28th ultimo by your Lordship and M. de Soveral. These bases having been approved, as I have already had the honour of informing you, by the Chamber of Deputies on the 8th instant, were also approved by the House of Peers yesterday evening by a very large majority. || The Law authorizing the signature and ratification of the Treaty was sanctioned by the Council of State, and signed by the King this morning. || I inclose copies also of the notes exchanged between Count Valbom and myself after we had signed the Treaty.

Nr. 10664.
England.
11. Juni 1891.

Nr. 10664.
England.
11. Juni 1891.

Inclosure 1.

Count de Valbom to Sir G. Petre.

Lisbon, June 11, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || The undersigned, His Most Faithful Majesty's Minister for Foreign Affairs, formally declares, with reference to the wish expressed by Her Britannic Majesty's Government, that he will lease for the term of ninety-nine years, to persons named by the British Government, land at the Chinde mouth of the Zambesi, to be used under special regulations, for the landing, storage and transhipment of goods. Sites, price and regulations will be arranged by three Commissioners to be named one by each of the two Governments, and the third by a neutral Power to be selected by them. || In case of difference of opinion among the Commissioners, the decision of the majority to be final. || The Portuguese Government trust, that the British Government will have no hesitation in granting, whenever an application to that effect may be addressed to it, to persons named by the Portuguese Government, land under identic conditions, and for an identic purpose, at a point on the south-west shore of Lake Nyassa, which may, by agreement between the two Governments, be deemed adequate for that object.

Count de Valbom.

Inclosure 2.

Sir G. Petre to Count de Valbom.

Lisbon, June 11, 1891.

M. le Ministre. || I am instructed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to inform your Excellency, that Her Majesty's Government, in conformity with the desire expressed by the Portuguese Government, undertake on their demand to lease for ninety-nine years to persons named by them land in some spot on the south-western coast of Lake Nyassa, to be agreed upon between the two Governments, on similar conditions and for similar purposes as the land which the Portuguese Government undertake to lease for ninety-nine years to persons named by Her Majesty's Government at the Chinde mouth of the Zambesi, to be used under regulations for the landing, storage and transhipment of goods. The sites, price and regulations to be arranged by three Commissioners, to be named one by each of the two Governments, and the third by a neutral Power to be selected by them.

George G. Petre.

Inclosure 3.

Sir G. Petre to Count de Valbom.

Lisbon, June 11, 1891.

M. le Ministre, || In view of the great importance, in the interests of British and Portuguese commerce, of an easy and economical means of trans-

port between the sphere of influence reserved to Great Britain on the south of the Zambesi and the sea-coast, I am instructed to state that it would be satisfactory to Her Majesty's Government if you could give me an assurance that the traffic rates to be charged on the railway to be constructed under Article XIV of this Convention shall not be unreasonably in excess of the proportionate rates per mile charged on other railway systems in South Africa.

Nr. 10864.
England.
11. Juni 1891.

George G. Petre.

Inclosure 4.

Count de Valbom to Sir G. Petre.

Lisbon, June 11, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || The undersigned, His Most Faithful Majesty's Minister for Foreign Affairs, formally declares, with reference to the wish expressed by the British Government, that the Tariff rates of the railway to be constructed, in compliance with Article XIV of the Treaty signed to-day, should not be excessive, that it is the intention of the Portuguese Government that the Tariff rates on the railway in question should be moderate, and on a par with those of other African railways, without prejudice to the capital employed, and to certain other circumstances which must be had in consideration.

Count de Valbom.

Inclosure 5.

Count de Valbom to Sir G. Petre.

Lisbon, June 11, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || The undersigned, His Most Faithful Majesty's Minister for Foreign Affairs, agrees, with reference to the wish expressed by Her Britannic Majesty's Government, that the importation of ardent spirits to either bank of the Zambesi and Shiré, by those rivers, whether on the Portuguese or British sphere of influence, shall be interdicted, and that the authorities of the two States shall agree upon the arrangements necessary to prevent or punish any infractions of these provisions.

Count de Valbom.

Inclosure 6.

Sir G. Petre to Count de Valbom.

Lisbon, June 11, 1891.

M. le Ministre. || With reference to the understanding between Her Britannic Majesty's Government and the Government of His Most Faithful Majesty on the subject of the importation of ardent spirits to either bank of the Zambesi and the Shiré, I have the honour to inform your Excellency, that Her Majesty's Government agree that the said importation by those rivers,

Nr. 10664.
England.
11. Juni 1891. whether in the British or Portuguese sphere, shall be interdicted, and that the authorities of the two States shall agree upon the arrangements to prevent and punish infractions of this provision.

George G. Petre.

Nr. 10665. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Ratifikation des Vertrages mit Portugal.

The Marquis of Salisbury to Mr. E. Goschen.

Nr. 10665.
England.
3. Juli 1891.

Foreign Office, July 3, 1891.

Sir, || I have to inform you, that the ratifications of the Treaty between Great Britain and Portugal of the 11th June, 1891, respecting spheres of influence in Africa, were exchanged at London this day.

Salisbury.

Nr. 10666. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Gesandten. Vorschlag eines modus vivendi als Ergänzung zu dem englisch-portugiesischen Verträge*).

Nr. 10666.
England.
31. Mai 1893.

Foreign Office, May 31, 1893.

M. le Ministre, || In compliance with the desire of the Portuguese Government, that a formal exchange of notes should take place recording the understanding come to between the two Governments in the early part of 1892 for a modus vivendi pending the delimitation of the boundaries of the British and Portuguese spheres of influence north of the Zambesi under the Treaty of the 11th June, 1891, I have the honour to submit the following draft of Articles which Her Majesty's Government trust will be found to meet the purpose: —

“Art. 1. Pending actual delimitation, all natural lines of demarcation specified in sub-head 2, Article I, of the Anglo-Portuguese Treaty of the 11th June, 1891, shall be considered for all purposes as constituting the boundaries between the British and Portuguese spheres of influence in all localities in which there can be no doubt as to their coinciding with the line described in the above-mentioned sub-head. || “The natural lines of demarcation above referred to are as follows, viz.:— || “The eastern shore of Lake Chinta. || “The eastern shore of Lake Chilwa, or Shirwa. || “The easternmost affluent of the River Ruo. || “The River Ruo below the confluence of its easternmost

*) Die beiden folgenden Aktenstücke sind dem Blaubuche Treaty Series Nr. 10. 1894 (7032) entnommen.

affluent to its junction with the River Shiré. || "The River Shiré between the point where the River Ruo flows into it and a point situated just below Chiwanga. || "The watershed between Lake Nyassa and the River Zambesi south of latitude 14° south. || "The River Aroangwa, or Loangwa, south of latitude 15° south to its junction with the River Zambesi.

Nr. 10666.
England.
31. Mai 1898.

"Art. 2. Pending the exact determination of the point where latitude 13° 30' south cuts the eastern shore of Lake Nyassa, Padimba, and Makanjira, and the shore south of those places, shall be recognized as being within the British sphere of influence; and similarly the eastern shore of the lake north of the River Lomazi, and as far as the point where it is intersected by the line described in sub-head 1, Article I, of the Treaty of the 11th June, 1891, shall be recognized as being within the Portuguese sphere of influence.

"Art. 3. Pending a definite agreement, the post erected as a boundary beacon by Mr. Johnston on the right bank of the River Shiré shall be accepted provisionally as the 'point just below Chiwanga,' mentioned in Article I of the Anglo-Portuguese Convention; and a line traced by the Portuguese authorities from that point due west to the watershed between the Shiré and the Zambesi shall be similarly accepted as a temporary boundary between the British and Portuguese spheres of influence.

"Art. 4. The Islands of Chisamulu and Lukomo, or Dikomo, and all other islands of Lake Nyassa further to the south, shall be recognized as being within the British sphere of influence.

"Art. 5. Pending the delimitation of a boundary-line as laid down in Article IV of the Treaty of the 11th June, 1891, the line formed by the course of the Zambesi from the cataracts at Katima up to its confluence with the Cabompo River, and thence by the course of the Cabompo, shall be the provisional boundary between the respective spheres of influence in that region, and the provisions of Article VIII of the Treaty above referred to shall be applicable to the territories separated by the said provisional boundary until a definitive boundary shall have been substituted in its stead.

"Art. 6. Wherever, previous to delimitation, the actual course of the boundary-line described in sub-head 2, Article I, of the Anglo-Portuguese Treaty appears to be doubtful, neither the Government of Great Britain nor that of Portugal shall make acquisitions, conclude Treaties, or accept sovereign rights in territories which after delimitation are likely to be proved to be within the sphere of influence of the other; and neither of them will recognize, nor lead to suppose that the other will recognize, any rights of whatever nature which the subjects of the one may claim to have acquired in such territories subsequently to the 11th June, 1891, either by means of Treaties with the natives, or any other title.

"Art. 7. As soon as the definitive demarcation of the boundary, or of any section of it, is completed, there shall cease, in territories which, in virtue of such demarcation, become subject to the sovereignty, protection, or influence

Nr. 10666.
England.
31. Mai 1893.

of one of the two Powers, all acts of jurisdiction or government by the officials, and all occupation by the military or police forces of the other Power or its concessionnaires; and there shall lapse, ipso facto, all Concessions, which the latter may have made to individuals, and all rights to property, usufruct, or exploration which its subjects or dependents may claim to have acquired in those territories subsequently to the 11th June 1891.

“Art. 8. Acts of occupation or jurisdiction performed by the officials or concessionnaires of one of the two Powers subsequently to the 11th June, 1891, and Concessions or proprietary rights of whatever nature which the subjects or dependents of that Power may claim to have acquired since that date in territory which, after demarcation, proves to be within the sphere of influence of the other, shall in no case be used as a motive for demanding the rectification of the boundary under the provisions of Article VII of the Anglo-Portuguese Treaty.

“Art. 9. In all questions between the military or police forces of the two Powers as to rights of occupation, passage, or jurisdiction, which may arise in consequence of the demarcation of the boundary being incomplete, the local officials of the two Powers shall try to come to an understanding, failing which the matter in dispute shall be referred for the decision of such persons as may be appointed for the purposes of this Article and by them, if necessary, to their respective Governments. || “It shall be clearly understood, that, pending such decision, no coercive measures whatsoever shall be adopted, and that should force be used, notwithstanding the provisions of this Article, by the military or police forces of either of the Powers, the Government of the other shall be entitled to demand redress.

“Art. 10. Neither in the Nyassaland, nor in the Loangwa, nor in the Barotze territories shall the modus vivendi be held as prejudging in any way the ultimate territorial rights of Great Britain or of Portugal.

“Art. 11. The modus vivendi shall continue in force till the 1st July 1896. After that date, it may be denounced by either Government with three months' notice, the work of delimitation to begin before the expiration of the three months. || “The modus vivendi shall not interfere with, or be vitiated by, any delimitation which it may be found possible, during its continuance, to carry out of any portion or portions of the frontier-line.”

I should esteem it a favour if you would notify to me the consent of your Government to these Articles, if accepted by them, and on the receipt of a communication to that effect, Her Majesty's Government will consider the said exchange of notes as an agreement between the two Governments.

Rosebery.

Nr. 10667. PORTUGAL. — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Nimmt den modus vivendi an.

Londres, le 5 Juin, 1893. June 6.

Milord, En réponse à la note que votre Excellence a bien voulu m'adresser le 31 du mois de Mai dernier, j'ai l'honneur de vous communiquer que le Gouvernement du Roi m'a autorisé à accepter les termes du modus vivendi contenu dans la susdite note.

Nr. 10667.
Portugal.
5. Juni 1893.

Luiz de Soveral.

Verträge zwischen Deutschland und Grossbritannien.

Nr. 10668. DEUTSCHLAND und GROSSBRITANNIEN. — Abkommen über die Festsetzung der Grenze zwischen dem Kamerun- und dem Oelfluss-Gebiet.*)

14. April 1893.

Die Unterzeichneten: || 1. The Honourable P. le Poer Trench, Königlich Grossbritannischer Geschäftsträger und Botschaftsrath; || 2. Der Königlich Grossbritannische Kommissar und General-Konsul des Oil Rivers Protektorats, Sir Claude Macdonald; || 3. Der Kaiserliche Wirkliche Geheime Legationsrath Dr. Kayser, Dirigent der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reichs; || 4. Der Kaiserliche Legationsrath B. von Schuckmann;

Nr. 10668.
Deutschland
und
Gross-
britannien.
14. Apr. 1893.

Haben nach Berathung verschiedener Fragen, welche die Zollinteressen der Deutschland und Grossbritannien gehörigen Gebiete am Golf von Guinea betreffen, Namens ihrer Regierungen, unbeschadet der Bestimmungen in Artikel IV, 2, des Deutsch-Englischen Abkommens vom 1. Juli 1890, sowie unbeschadet der Bestimmungen der Deutsch-Englischen Abkommen von 29. April und 7. Mai 1885, und 27. Juli und 2. August 1886, folgende Uebereinkunft getroffen:

1. Das im Artikel IV, 2 des Deutsch-Englischen Abkommens vom 1. Juli 1890 erwähnte "obere Ende des Rio del Rey Krieks wird an dem Punkte festgesetzt, wo die auf der Deutschen Admiralitätskarte von 1889—90 mit Urtufian und Ikankan bezeichneten Wasserarme am Nordwestende der westlich von Oron gelegenen Insel zusammentreffen.

2. Von diesem oberen Ende des Rio del Rey bis zum Meere, das heisst, bis zu dem auf der gedachten Karte mit West Huk bezeichneten Vorsprung soll das rechte Ufer des Rio del Rey Wasserlaufs die Grenze zwischen dem Oil Rivers Protektorate und der Kolonie von Kamerun bilden.

3. Die Deutsche Kolonialverwaltung verpflichtet sich, nicht zu gestatten, dass auf dem rechten Ufer des Rio del Rey Krieks beziehungsweise Wasserlaufs irgendwelche Handelsniederlassungen bestehen oder errichtet werden.

*) Blaubuch Treaty Series Nr. 9. 1893 (7026).

Nr. 10668. **Deutschland und Grossbritannien.** 14. Apr. 1893. Ebenso übernimmt die Verwaltung des Oil Rivers Protektorates die Verpflichtung, nicht zu erlauben, dass auf dem westlichen Ufer der Bakassey Halbinsel vom ersten Kriek unterhalb Arsibonsdorf bis zum Meere und ostwärts von diesem Ufer bis zum Rio del Rey irgend welche Handelsniederlassungen bestehen oder errichtet werden.

P. le Poer Trench.
 Claude M. Macdonald.
 Dr. Kayser.
 B. von Schuckmann.

Nr. 10669. DEUTSCHLAND und GROSSBRITANNIEN. — Grenzregulirung in Ostafrika*).

Berlin, den 25. Juli 1893.

Nr. 10669. **Deutschland und Grossbritannien.** 25. Juli 1893. Die Unterzeichneten, der Königlich Grossbritannische ausserordentliche und bevollmächtigte Botschafter Sir Edward Malet; der Königlich Grossbritannische Konsul in Zanzibar, Mr. Charles Stewart Smith; der Staatssecretär des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reichs, Wirkliche Geheime Rath, Freiherr Marschall von Bieberstein; der Kaiserliche Kommissar Dr. Carl Peters, haben Namens ihrer Regierungen in theilweiser Ausführung der Bestimmungen von Artikel I des unter dem 1. Juli, 1890, zwischen Grossbritannien und Deutschland geschlossenen Abkommens als Grenze der beiderseitigen Interessensphären in Ostafrika vom Indischen Ocean bis zur Nordseite des Kilimandscharo die nachfolgende Linie festgesetzt: —

§ 1. An der Küste soll die Grenzlinie beginnen am Hochwasserstand des Ras Jimbo, und von dort soll sie in gerader Linie bis zu dem Punkt laufen, wo 3° 40' 40" 3" südlicher Breite (nach astronomischer Bestimmung) das Ostufer des Jipe-Sees schneidet. Indess soll die Grenze an der Küste folgende Abänderung erfahren: Sie soll vom Indischen Ocean dem nördlichen Ufer des Jimbo-Creeks entlang laufen, so dass der Strand in die englische Interessensphäre fällt, bis zur östlichen Ausmündung des Ngobwe Ndogo, soll dann dem östlichen Ufer des Ngobwe folgen bis zu seinem Ende und von dort bis zu dem Punkt, wo die oben beschriebene gerade Linie zwischen Ras Jimbo und Jipe-See die Ufererhöhung von Jassini trifft, fortgeführt werden.

§ 2. Von dem im § 1 gekennzeichneten Punkt am Jipe-See soll die Grenzlinie dem Ostufer des Jipe-Sees folgen, dann um das Nordufer des Sees herumgehen, den Lumi-Fluss überschreitend, dem nördlichen Wasserstand des Rufu-Flusses, beziehentlich des Rufu-Sumpfes entlang gehen bis zu einem Punkt, welcher eine englische Meile östlich von der Deutschen Strasse liegt, die von der Marangu-Station an die Küste geht. Von hier soll sie zu der höchsten Spitze vom Dschala-Hügel gemäss der Einzeichnung in beigefügter Karte laufen. Sodann soll die Grenzlinie den Dschala-See in zwei gleiche

*) Blaubuch Treaty Series Nr. 14. 1893 (7203).

Theile schneiden. Von der Nordseite des Dschala-Sees an soll die Grenzlinie in der Entfernung von einer englischen Meile westlich von der in beiliegender Karte eingetragenen Wegeroute bis zur geographischen Breite des sogenannten Useri-Lagers laufen und von da ab in einer Entfernung von einem Kilometer südwestlich dieser auf der beigegeführten Karte bis Laitokitok laufenden Wege-
Nr. 10669.
Deutschland
und
Gross-
britannien.
28. Juli 1893.

§ 3. Betreffs der diesem Abkommen beigegeführten Karten soll die Vereinbarung des angeschlossenen Protokolls vom 8. Juli d. J. zu Kraft bestehen.

Freiherr von Marschall.

Carl Peters.

Edward B. Malet.

Charles Stewart Smith.

Protocol.

Berlin, den 8. Juli 1893.

Die beiden Endesunterzeichneten, Dr. Carl Peters, Kaiserlich Deutscher Kommissar, und Consul Charles Stewart Smith, der Königlich Grossbritannische Kommissar für die deutsch-englische Grenzregulirung in Ostafrika, vereinigen sich, für die Verhandlungen über die deutsch-englische Grenze in Ostafrika die auf Triangulationen gestützte Karte des Herrn Konsuls Smith zu Grunde zu legen mit Hinzuziehung der von Herrn Lieutenant z. S. Fromm unweit Wanga gemachten Vermessungen. || Indess sollen zukünftige Berichtigungen von Irrthümern, falls solche sich bei einer etwaigen Nachprüfung herausstellen sollten, beiderseitig vorbehalten bleiben.

Dr. Carl Peters, Kaiserlicher Kommissar.

C. S. Smith, British Commissioner.

Nr. 10670. DEUTSCHLAND und GROSSBRITANNIEN. — Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in den vom Golf von Guinea nach dem Innern sich erstreckenden Gebieten vom 15. November 1893.*)

Berlin, den 15. November 1893.

Die Unterzeichneten: || 1. der Staatssekretär des Auswärtigen Amts des Deutschen Reichs, Wirkliche Geheime Rath Freiherr von Marschall, || 2. der Königlich grossbritannische Geschäftsträger Mr. Martin Gosselin, || haben nach Berathung verschiedener Fragen, welche die Abgrenzung der Interessensphären der beiden Regierungen in den vom Golf von Guinea nach dem Innern sich erstreckenden Gebieten betreffen und deren theilweise Erledigung bereits durch
Nr. 10670.
Deutschland
und
Gross-
britannien.
15. Nov. 1893.

*) Deutsches Kolonialblatt 1. Dezember 1893.

Nr. 10670. die deutsch-englischen Abkommen vom 29. April, 7. Mai 1885, 27. Juli, Deutschland und 2. August 1886, 1. Juli 1890 und 14. April 1893 erfolgt ist, namens ihrer und Gross-Regierungen folgendes Abkommen getroffen:
britannien.
15. Nov. 1898.

Artikel 1.

Das vorerwähnte Abkommen vom Jahre 1886 hatte vereinbart, dass die Grenzlinie bis zu einem am Benuëfluss im Osten und in der unmittelbaren Nähe der Stadt Yola zu bestimmenden Punkt laufen sollte, welcher sich nach vorgenommener Untersuchung praktisch als geeignet zur Festsetzung der Grenze herausstellen würde. In Ausführung dieser Bestimmung wird dieser Punkt nunmehr, wie folgt, festgelegt: || Von dem Endpunkt der in dem Abkommen vom Jahre 1885 vereinbarten Grenzlinie, welcher am rechten Ufer des Alt-Calabar- oder Cross-Flusses ungefähr auf dem 9° 8' östlicher Länge von Greenwich belegen und auf der englischen Admiralitätskarte als „Rapids“ bezeichnet ist, folgt die Grenze einer geraden Linie, welche auf den Mittelpunkt der heutigen Stadt Yola zuläuft. Von diesem Mittelpunkt aus wird eine Richtlinie nach einem am linken Ufer des Benuëflusses gelegenen Punkt gezogen, welcher fünf Kilometer unterhalb des Mittelpunkts der Haupteinmündung des Flusses Faro liegt. Von dem letztgenannten Punkte aus soll südlich des Benuëflusses die Peripherie eines Kreises, dessen Mittelpunkt mit demjenigen der heutigen Stadt Yola zusammenfällt und dessen Radius die vorerwähnte Richtlinie bildet, beschrieben und bis dahin fortgesetzt werden, wo sie die vom Alt-Calabar- oder Cross-Fluss gezogene gerade Linie trifft. || An diesem Treffpunkt biegt die Grenze von jener geraden Linie ab und folgt der Peripherie des Kreises bis zu dem Punkt, wo dieselbe den Benuëfluss erreicht. || Dieser Punkt am Benuëfluss soll von nun an als der Punkt im Osten und in unmittelbarer Nähe der Stadt Yola betrachtet werden, dessen Festlegung in dem Abkommen vom Jahre 1886 vorbehalten war.

Artikel 2.

Die im vorhergehenden Artikel bestimmte Grenze soll nach Norden hin in folgender Weise fortgesetzt werden: || Von dem im vorigen Artikel festgelegten Punkte am linken Ufer des Benuëflusses wird eine Linie gezogen, welche den Fluss überschreitend in gerader Richtung zu dem Schnittpunkt des 13. Grades östlicher Länge von Greenwich mit dem 10. Grade nördlicher Breite läuft. Von diesem Punkte wird die Grenzlinie in gerader Richtung nach einem Punkte am Südufer des Tschadsees weitergeführt, welcher 35 Minuten östlich von dem Meridian des Mittelpunkts der Stadt Kuka belegen ist; dies entspricht der Entfernung zwischen dem Meridian von Kuka und dem 14. Grade östlicher Länge von Greenwich nach der von Kiepert in dem deutschen Kolonialatlas von 1892 veröffentlichten Karte. || Für den Fall, dass künftige Aufnahmen ergeben, dass die vorerwähnte Festlegung des Punktes der britischen Interessensphäre einen geringeren Theil des Südufers des Tschad-

sees zuweist, als die erwähnte Karte angiebt, soll zur Abhülfe des Mangels möglichst bald im Wege beiderseitiger Uebereinkunft ein neuer Endpunkt festgesetzt werden, welcher so weit als möglich mit dem gegenwärtig bezeichneten übereinstimmt. Bis eine solche Vereinbarung zu Stande gekommen ist, soll der Punkt am Südufer des Tschadsees, welcher 35 Minuten östlich des Meridians des Mittelpunktes der Stadt Kuka belegen ist, als Endpunkt gelten.

Nr. 10670.
Deutschland
und
Gross-
britannien.
15. Nov. 1893.

Artikel 3.

Bei allen Theilen der in diesem und in den voraufgegangenen Abkommen bezeichneten Grenzlinie können Berichtigungen durch Vereinbarung der beiden Mächte getroffen werden.

Artikel 4.

Die Gebiete östlich der in dem gegenwärtigen und den voraufgegangenen Abkommen bezeichneten Grenzlinie sollen in die deutsche, die Gebiete westlich der Linie sollen in die englische Interessensphäre fallen. || Dabei wird vereinbart, dass der Einfluss Deutschlands Grossbritannien gegenüber sich nicht östlich über das Flussgebiet des Schari hinaus ausdehnen soll und dass die Gebiete Darfur, Kordofan und Bahr-el-Ghazal, wie sie in der im Oktober 1891 von Justus Perthes veröffentlichten Karte verzeichnet sind, von der deutschen Interessensphäre selbst dann ausgeschlossen sein sollen, wenn sich herausstellt, dass Nebenflüsse des Schariflusses innerhalb der vorerwähnten Gebiete belegen sind.

Artikel 5.

Die beiden Mächte übernehmen hinsichtlich der erweiterten Interessensphären, wie sie in diesem Abkommen bezeichnet sind, eine gleiche Verpflichtung, wie sie in den früheren, oben erwähnten Abkommen hinsichtlich der beiderseitigen Interessensphären übernommen ist, nämlich sie kommen folgenderweise überein: || Jede der beiden Mächte wird sich jeglicher Einwirkung in der Interessensphäre der anderen enthalten, und keine Macht wird in der Interessensphäre der anderen Erwerbungen machen, Verträge schliessen, Souveränitätsrechte oder Protektorate übernehmen oder den Einfluss der anderen hindern oder streitig machen.

Artikel 6.

Grossbritannien erkennt seine Verpflichtung an, auf die seiner Souveränität oder seinem Protektorat unterliegenden Gewässer des Niger und seiner Nebenflüsse die auf die Freiheit der Schifffahrt bezüglichen Bestimmungen anzuwenden, welche in den Artikeln 26, 27, 28, 29, 30 und 33 der Generalakte der Berliner Konferenz vom 26. Februar 1885 enthalten sind. || Deutschland erkennt an, seinerseits durch den Artikel 32 derselben Akte an jene Bestimmungen für denjenigen Theil der gedachten Gewässer gebunden zu sein, welcher seiner Aufsicht unterliegt.

Freiherr von Marschall.
Martin Gosselin.

Nr. 10671. DEUTSCHLAND und GROSSBRITANNIEN. — Abkommen über ein gemeinsames Zollsystem für die östlich des Voltaflusses belegenen britischen und die deutschen Besitzungen an der Gold- und Sklavenküste *).

24. Februar 1894.

Nr. 10671. Die Regierung Ihrer Majestät der Königin von Grossbritannien und Irland, Deutschland und Kaiserin von Indien, und die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, in der Absicht, die Entwicklung des Handels in den Gebieten beider Staaten an der Gold- und Sklavenküste zu sichern, haben nachstehenden Vertrag abgeschlossen:

Artikel I.

Die östlich des Volta-Flusses belegenen britischen und die deutschen Besitzungen an der Gold- und Sklavenküste sollen ein einheitliches Zollgebiet bilden, ohne Zwischenzollgrenze, dergestalt, dass daselbst ein und dieselben Zölle erhoben werden und dass die auf einem Gebiet verzollten Waaren, ohne einer neuen Abgabe zu unterliegen, in das andere eingeführt werden können.

Artikel II.

Die Einfuhr in das gemeinschaftliche Zollgebiet unterliegt folgenden Zöllen:

1.

Gegenstand der Verzollung	Zollsatz in deutschem Gelde		Zollsatz in englischem Gelde	
	ℳ	⚡	s.	d
Gin, Brandy, Rum, Liqueure und Spirituosen oder alkoholische Flüssigkeiten jeder Art ohne Rücksicht auf den Markegrad per Liter	—	22	—	9 ³ / ₄ der old wine gallon.
Tabak, per Kilogramm	—	50	—	2 ³ / ₄ das lb.
Pulver, per Pfund	—	50	—	6
Feuerwaffen, per Stück	2	—	2	—

2. Alle übrigen Einfuhrartikel unterliegen einem Einfuhrzoll von 4 Proz. vom Werth, sofern sie nicht von der Verzollung ausdrücklich ausgenommen sind. || 3. Die in der beigefügten Anhangstabelle aufgeführten Gegenstände sind von der Verzollung ausgenommen.

Artikel III.

Die Zahlung der Zölle kann in deutschem oder englischem Gelde erfolgen. Deutsche und englische Scheidemünzen brauchen nur in Höhe bis zu 20 ℳ oder 1 l. angenommen zu werden.

Artikel IV.

Die vertragschliessenden Mächte verpflichten sich ausdrücklich, sich jeder ungerechtfertigten und willkürlichen Beeinflussung der Eingeborenen hinsichtlich der Wahl ihrer Einkaufs- und Verkaufsplätze zu enthalten, und werden Alles

*) Englisches Blaubuch Treaty Series Nr. 16. 1894 (7387).

thun, um derartige Beeinflussung durch Händler oder andere Personen zu hindern.

Artikel V.

Das neue Zollsystem tritt zu gleicher Zeit in den englischen und deutschen Gebieten in Kraft und zwar vom 1. Mai 1894 ab. Es wird für die Dauer von zwei Jahren eingeführt und soll darüber hinaus weiter in Kraft bleiben, bis einer der vertragschliessenden Theile den gegenwärtigen Vertrag löst, nachdem er 6 Monate vorher die Kündigung ausgesprochen hat. || Zu Urkund dessen haben die von Ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten den vorliegenden Vertrag unterschrieben und ihre Siegel beigesetzt, || Geschehen in doppelter Ausfertigung zu Berlin, den vierundzwanzigsten Februar 1894.

(L. S.) Freih. von Marschall.

(L. S.) Edward B. Malet.

Tabelle der von der Verzollung befreiten Gegenstände.

(Zu Artikel 2, No. 3 des Vertrages vom 24. Februar 1894.)

Anker und Ketten. Arzneien und Droguen. Blasebälge. Besen. Bettzeug. Bittere, welche nicht mit Zucker oder Zuckersurrogaten versetzt oder mit Alkohol gemischt sind. Blauer Indigo. Bücher, Zeitungen und Drucksachen. Bürsten und Kämmen. Chemikalien. Dampfboote. Drainröhren. Eisenwaaren, welche zu Kochzwecken dienen. Farben. Feuersteine. Filter. Flaggen. Frisches Fleisch. Geflügel. Geldbörsen und Taschenbücher. Geldschränke und Kassetten. Gemälde. Gemünztes, zum Umlauf zugelassenes Geld. Glaswaaren. Glocken. Grabsteine. Gummi. Handwerkszeug. Holzkohlen. Holzwaaren, ausser Baumaterial und Möbeln. Putzmacherwaaren. Quecksilber. Reisekoffer. Reisetaschen und Toilettekasten. Rind- und Schweinefleisch. Ruder. Säcke, kleine und grosse. Särge. Salz. Sämereien, Säuren. Scheabutter. Schirme. Schreibmaterialien. Segeltuch. Servirbretter. Spiegel. Spielzeug. Spiritus, der zum Genuss untauglich gemacht und nicht zum Verstärken anderer Spirituosen bestimmt ist. Stickereien. Medizinische, musikalische und wissenschaftliche Instrumente. Juwelierwaaren. Kalbaschen. Kalk. Ketten. Kleider, welche zum persönlichen Gebrauch von Reisenden bestimmt sind. Knöpfe. Kohlen. Konfekt. Korkholz. Lampen. Landwirthschaftliche und Gartengeräthe. Leere demijohns. Lichter. Maschinen für Baugewerks- und landwirthschaftlichen Betrieb. Masten. Matten. Mineralwasser. Mühlsteine. Musterkarten. Nadelarbeit, Näthereien. Oel, ausser Petroleum und Brennöl. Pech und Theer. Pferde, Maulthiere, Esel. Pferdegeschirr. Pflanzen. Photographische Apparate und Zubehör. Persennings (getheerte Leinwand). Streichhölzer. Strohwaaren. Stühle. Syrup. Talg. Uhren jeder Art. Unterrichtsmittel, welche mit Genehmigung der Behörde eingeführt werden. Velocipede. Vieh. Waagschalen. Wagen und Karren. Werg. Wichse. Ziegen und Schafe. Alle Gegenstände, welche mit Genehmigung des Gouverneurs, beziehungsweise Landeshauptmanns im öffentlichen oder dienstlichen Interesse eingeführt werden. Böttchereierzeugnisse, Tonnen, Fassdauben, Reifen, Klammern und Haken zum Böttchereibetrieb.

Nr. 10671.
Deutschland
und
Gross-
britannien.
24. Feb. 1894

Verhandlungen und Verträge zwischen Grossbritannien und Frankreich.

Nr. 10672. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Giebt eine Uebersicht über die englisch-französischen Beziehungen in Westafrika*).

Foreign Office, March 30, 1892.

Nr. 10672.
Gross-
britannien.
30. März 1892.

My Lord, || Among the questions under discussion with the French Government I have to draw your Excellency's special attention to that affecting the interests of Great Britain and France in West Africa, including the Western Soudan, which has been the subject of repeated negotiations during the tenure of the Embassy by your two immediate predecessors. || It was found convenient, in the time of Lord Lytton, to place the management of this question, involving special study and an intimate knowledge of detail, in the hands of Mr. Egerton, under his Excellency's guidance; and Sir Joseph Crowe was associated with him in treating with the officials deputed on behalf of the Government of the Republic. The experiment proved successful, and I propose, with your Excellency's concurrence, that Mr. Phipps, who has succeeded Mr. Egerton as Secretary of Embassy, should undertake the task on the same footing, having also the assistance of Sir Joseph Crowe, who has studied the local conditions, and whose large experience of British and French commercial interests enables him correctly to estimate their comparative importance. The necessary powers for negotiation will be furnished to Mr. Phipps. They will be sufficiently wide, as were those of Mr. Egerton, to cover all questions connected with delimitation. || It may be advisable that I should give your Excellency a general résumé of the situation, which may be useful to Mr. Phipps in enabling him to take up the different threads of discussion. || A glance at a map shows the relative position of the possessions of the two countries on the coast. In the north-west those of France preponderate. French possessions, including the Colony of Senegambia and the Rivières du Sud, extending northward nearly to Cape Blanco, stretch southward to the frontier of Sierra Leone, thus covering about 12 degrees of latitude — their continuity being interrupted only by the British Gambia Colony, which is confined to the districts immediately bordering on that river, and by the Portuguese possessions to the south of the Gambia. Besides the Gambia territory, Great Britain possesses only in this quarter that of Sierra Leone — a Colony to which high value is attached, but which has a coast-line inconsiderable when compared with that of France. It covers rather more than one degree of latitude. || On the Gulf of Guinea, after the intervening Republic of Liberia is passed, the relative

*) Die folgenden Aktenstücke bis Nr. 10684 sind dem Blaubuch Africa Nr. 7. 1892 (6701) entnommen.

position of the two countries is reversed. The French flag is first met, as the old Colony of Assinie has lately been extended so as to be conterminous with Liberia. But from the eastern frontier of Assinie no French coast-line is found except the small districts connected with Aghwey and Grand Popo to the west, and with Porto Novo to the east, of Dahomey; whereas Great Britain holds the thriving Colonies of the Gold Coast and Lagos, and from the borders of the latter exercises protectorate over the mouths of the Niger and the adjacent territory as far as the German Protectorate of the Cameroons. || One feature was, originally, common to all these possessions: their frontiers were open in the rear. In most cases, also, their boundaries were ill-defined where they were conterminous, owing to the want of correct surveys, to defective and disputed titles, and to conflicting tribal claims. || The colonial policy of Great Britain and France in West Africa has been widely different. France, from her basis on the Senegal coast, has pursued steadily the aim of establishing herself on the Upper Niger and its affluents. This object she has attained by a large and constant expenditure, and by a succession of military expeditions. She has overcome by arms the Almamy Ahmadoo, who ruled to the north of the river, and has connected his territories with the coast by a chain of military posts. She is now at war with the Almamy Samadu, or Samory, who lays claim to vast regions in the interior on the southern affluents of the river, extending southward to the frontiers of Liberia, eastward to the territory of his enemy Tieba, and westward to the confines of the Rivières du Sud and Sierra Leone. Great Britain, on the other hand, has adopted the policy of advance by commercial enterprise. She has not attempted to compete with the military operations of her neighbour. || If the policy enjoined by Government and Parliament twenty-five years ago had been obeyed, no addition whatever would have been made to the strips of territory then possessed by Great Britain upon the West African Coast. In 1865 a strong Committee of the House of Commons investigated the subject, and came unanimously to the following Resolution:— || “That all further extension of territory or assumption of Government, or new Treaties offering any protection to native tribes, would be inexpedient; and that the object of our policy should be to encourage in the natives the exercise of those qualities which may render it possible for us more and more to transfer to them the administration of all the Governments, with a view to our ultimate withdrawal from all, except probably Sierra Leone.” Among the members of the Committee who concurred in this Resolution were Mr. Cardwell, Mr. Chichester Fortescue, Lord Stanley, Mr. Adderley and Mr. W. E. Forster. Under the guidance of the policy thus laid down, the Imperial Government for a long period made no effort to check the advances accomplished by France, at the cost of much treasure and many lives, in the interior of the country around the head-waters of the Niger, which rises at the back of Sierra Leone; or to anticipate her in concluding Treaties of Protection with the native Chiefs. |

† Nr. 10672.
Gross-
britannien,
30. März 1892.

Nr. 10672. The Colonies of the Gambia and Sierra Leone, with limited revenues barely
 Gross- sufficing for their administrative expenditure, would have been unable to bear
 britannien. any strain in the direction of military expenditure, an the sanction of Par-
 30. März 1892. liament was not to be expected for the employment of Imperial resources
 adequate for the purpose. The punitive expedition to Ashanti of 1873, ne-
 cessary for the protection of the Gold Coast Colony, has been the sole ex-
 ception to this pacific policy. Nevertheless, as the upshot of it, the British
 Government have made substantial progress. While guarding the stability of
 the old Colonies they have added to them the whole territory of the Oil Rivers,
 where, by breaking down the restrictive system of the native middlemen, they
 have given an important impulse to trade, which is evidenced by the growing
 interest of the Chambers of Commerce; and the spirit and energy of the Royal
 Niger Company have, without the expenditure of Imperial funds, or the sacri-
 fice of the life of a single British soldier, placed under the protection of the
 Crown the whole of the Lower, a great portion of the Central, Niger, and
 its affluent, the Benué, up to Yola. The Company has concluded treaties with
 the powerful Sultan of Sokoto, and with the Sultan of Gandu, whose power
 extends over vast territories on both sides of the Niger. On the rivers an
 effective administration has been established, and security is maintained by
 patrolling steamers and police. || In 1885 the two Powers undertook engage-
 ments under the Act of Berlin as having, respectively, control over the Lower
 and Upper Niger. || As far back as 1868 frontier difficulties were developing:
 these, however, affected the coast districts alone; the two countries were not
 in contact in the remote interior. || In 1870 negotiations were opened for the
 settlement of the respective positions of the two countries in Western Africa,
 on the basis of a mutual exchange of territories, the principle being that
 French influence and authority should be confined to the north of a certain
 line, while Great Britain should have a free hand to the south of the same
 line. The negotiations were suspended by the outbreak of the Franco-German
 war, but they were renewed in 1876. Definite proposals were at that time
 formulated, by which the Gambia was to be exchanged for all posts held by
 France between the Rio Pongas and the Gaboon. This would have been a
 comprehensive and intelligible arrangement; but so strong a feeling of oppo-
 sition to any cession of British territory was manifested in Parliament, and
 by various mercantile bodies, that the Government of the day was unable to
 press the scheme. || The difficulties continued and became so acute that it was
 felt to be necessary to make an effort to compose them. Accordingly, in 1881,
 Commissioners were appointed on both sides, who met at Paris to arrange
 the questions at issue. || From that date various Agreements have been signed,
 dated the 28th June, 1882, 10th August, 1889, 5th August, 1890, and
 26th June, 1891. Copies of these are annexed.*) The correspondence with the

*) S. Nr. 9775. Bd. 50. Anm. der Red.

French Ambassador, and with the Embassy at Paris, respecting the extension westward of the Assinie frontier, is also inclosed. || The objects of the Convention of 1882, as regards demarcation, were limited. They were confined to the endeavour to settle differences within the drainage area of rivers running down to the coast to the north of Sierra Leone, by mutual concessions in regard to rival claims. The result was an arrangement, the effect of which was to insure to England the complete control of the Scarcies, and to France that of the Mellicourie, River. || The Convention was subject to ratification. This condition was not satisfied owing to the hesitation of the French Chambers, the Committee of the Chamber of Deputies being doubtful whether French interests had been adequately secured. The respective Governments, however, accepted it, after signature, as a completed arrangement, and its stipulations were thenceforth observed on both sides. By this course conflicts, which would otherwise have arisen, were, no doubt, avoided. || In 1888 it became evident, that the arrangement of 1882 was insufficient, and negotiations were commenced which resulted in the Agreement of August 1889. By this Agreement boundaries were settled, and disputed points arranged affecting the Gambia, Sierra Leone, the Gold Coast, and Lagos, the settlement being based on mutual concessions. Provision was made for the appointment of Special Commissions to trace on the spot the boundaries which had been generally defined. A similar provision contained in the 1882 Convention had not hitherto been acted on. || This Agreement made a new departure in attempting also to close, at one point, an interior frontier. The position of Sierra Leone had become precarious. The great Mussulman Chief Samadu had, in 1883, and subsequently, raided close up to its frontiers, depopulating large districts, and carrying off immense numbers of slaves. Major Festing, sent to visit him in 1888, found the ground strewn with human remains, and the country completely devastated. This Chief has for some time back been in close relation with the French, so far as such a relation can be insured by treaties. In March 1886 he placed his territories under the Protectorate of the French Government, and he renewed that engagement by further treaties in 1887 and 1889. Copies of these two later treaties, together with an extract from a note received from the French Ambassador, are annexed. His failure to observe these treaties is understood to be the cause of the war with France in which he is now engaged. Her Majesty's Government, impressed by the danger to Sierra Leone, recognized the necessity of preserving to the Colony a sufficient outwork against aggression, and, by the Agreement, it was stipulated that France, whose Treaty gave her the right to stipulate on behalf of Samadu, should acknowledge as within the British sphere the Provinces of Soulimanieh and Falaba, claimed by him as a dependency, but held by Her Majesty's Government to be independent. || In 1890 a further important step was taken as regards internal delimitation. The French Government, noting that the progress of the two countries on the Upper and Lower Niger must, if unchecked, lead to conflicting claims,

Nr. 10672.
Gross-
britannien.
30. März 1892.

Nr. 10672. suggested that a point should be agreed on beyond which neither should pass.
 Gross- This was effected by the 2nd Article of the Declaration of 1890, which also
 britannien. laid down a basis for subsequent negotiations for the demarcation of spheres
 30. März 1892. in the region which extends to the west and to the south of the Middle and
 Upper Niger. || At the same time it was clear to the two Governments that
 the Agreement of 1889 was inadequate in view of the possibility of collision
 from the activity of their agents in the interior, leading to difficulties as to
 the security of trade routes to the coast. The line of the Agreement had
 stopped, behind Sierra Leone, at the junction of the 10th degree of latitude
 with the 13th degree of longitude west of Paris. Below this lay the Pro-
 vince of Kouranko, claimed, as was Soulimanieh, by Samadu, but likewise
 declared by Her Majesty's Government to be independent. This province was,
 by the Agreement of 1891, placed within the British sphere, and the closing
 up of the interior frontier was completed. By the same Agreement a line
 was drawn inwards from the Gold Coast, separating the spheres of the action
 of the two countries up to the 9th degree of latitude, the frontier being so
 placed as to leave Gaman, with which country France had Treaty relations,
 on the French side, and to place on the British side the region connected
 with Ashanti. || Since the conclusion of this last Agreement the Boundary
 Commissions have been set to work in the Gold Coast and Sierra Leone districts.
 It will be the special duty of Mr. Phipps to make himself acquainted with the
 progress of their work, which has not, as regards Sierra Leone, advanced as satis-
 factorily as was hoped. The French Commissioner seems disposed to consider
 that the Commission may reopen questions of principle instead of pursuing
 the comparatively mechanical work of survey. Such questions could not be
 reopened without involving the reconsideration of the whole of our Agree-
 ment; and we have at present no ground for believing, that such a course
 would commend itself to the Government of the Republic. Mr. Phipps will,
 however, no doubt have an early opportunity of ascertaining their views upon
 this point. || He will also have before him a task requiring close attention
 in negotiating, in conjunction with Sir Joseph Crowe, the settlement of the
 demarcation of spheres east and west of the Niger contemplated in the Agree-
 ment of 1890. He should be ready to undertake this work as soon as his
 fellow-Commissioners shall be prepared to meet. || I should wish your Ex-
 cellency to draw his special attention to the importance of the British com-
 mercial interests involved in the various demarcation negotiations; this branch
 of the question was fully understood, and its value correctly estimated, by
 Mr. Egerton. It falls within the special province of Sir Joseph Crowe.
 Wherever, in West Africa, Great Britain has undertaken the task of deve-
 loping and civilizing the interior, French trade profits equally with that of
 this country; but the tendency of French arrangements with the natives is to
 obtain exclusive commercial privileges for French commerce. Her Majesty's
 Government have no evidence, that the trade of any of the British Colonies

has as yet suffered from diversion of trade routes in consequence of Treaty obligations with France; they are aware, that the Chiefs of the interior would not easily be compelled to abandon roads leading to favourable markets; but they cannot ignore the fact, that British merchants are apprehensive that attempts may be made to exclude them from sources of trade in territories under French influence, and they observe that these apprehensions are to some extent justified by the stipulations of the VIIIth Article of the French Treaty with Samadu of 1889. No effort should, consequently, be spared to obtain an understanding, that in territories under French, as in those under British, influence there shall be no differential treatment; and, as far as possible, to secure agreements as to Tariffs. Such an arrangement was, as your Excellency will observe, contained, as regards the settlement of Assinie, in the Agreement of 1889. A similar arrangement was also, as will be seen from section 5 of Article IV of the Agreement, contemplated in the case of Lagos and Porto Novo. It has not as yet been carried into effect; but correspondence on the subject is still going on between the two Governments.

Nr. 10672.
Gross-
britannien.
30. März 1892.

Salisbury.

Nr. 10673. GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH. — Grenzregulierung der beiderseitigen Besitzungen im Norden von Sierra Leone.

Paris, June 28, 1882.

SA Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et le Président de la République Française, désirant résoudre d'une manière satisfaisante certaines questions qui se sont élevées concernant l'étendue et les limites des territoires occupés ou revendiqués respectivement par la Grande-Bretagne et la France, dans le voisinage de Sierra-Leone, sur la Côte Occidentale d'Afrique, ont, en vue de conclure des arrangements à ce sujet, nommé pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir: || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très Honorable Richard Bickerton Pemell, Vicomte Lyons, Pair du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Chevalier Grand-Croix du Très Honorable Ordre du Bain, Chevalier Grand-Croix de l'Ordre Très Distingué de St. Michel et St. George, Membre du Très Honorable Conseil Privé de Sa Majesté Britannique, et Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa dite Majesté auprès du Gouvernement de la République Française, &c.; || Et le Président de la République Française, M. Louis-Charles de Saulces de Freycinet, Sénateur, Président du Conseil, Ministre des Affaires Étrangères, Officier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur, &c.; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Nr. 10673.
Gross-
britannien
und
Frankreich.
28. Juni 1882.

Nr. 10673.
Gross-
britannien
und
Frankreich.
28. Juni 1882.

Article I.

La ligne de démarcation entre les territoires occupés ou revendiqués respectivement par la Grande-Bretagne et la France, au nord de Sierra-Leone, sur la Côte Occidentale d'Afrique, sera tracée entre les bassins des Rivières Scarcies et Mellacorée. || La position exacte de la dite ligne de démarcation sera déterminée par une enquête faite sur les lieux par des Commissaires à nommer à cet effet dans les conditions prévues dans l'Article VII de la présente Convention. || Cependant, la dite ligne de démarcation sera tracée de façon à assurer à la Grande-Bretagne le contrôle complet des Rivières Scarcies et à la France le contrôle complet de la Rivière Mellacorée. || Le Point Mahela et le Comptoir de ce nom ainsi que la Communication par les eaux adjacentes, appartiendront à la nation, à laquelle, d'après la dite enquête, la possession en aura été reconnue nécessaire pour le contrôle des Rivières Scarcies, ou de la Rivière Mellacorée suivant le cas. S'il est constaté que la communication par eau, à Mahela, s'ouvre aussi bien sur la Rivière Mellacorée que sur la Rivière Scarcies, la dite ligne de démarcation partira sur la côte, du milieu du cours d'eau qui se jette dans la mer à Mahela, et sera continuée de manière à attribuer à la Grande-Bretagne la communication avec la Rivière Scarcies et à la France la communication avec la Rivière Mellacorée.

Article II.

L'Île de Yelboyah, et toutes les îles revendiquées ou possédées par la Grande-Bretagne sur la Côte Occidentale d'Afrique et situées au sud de la dite ligne de démarcation, jusqu'à la limite méridionale de la Colonie Britannique de Sierra-Leone, seront reconnues par la France comme appartenant à la Grande-Bretagne, et l'Île de Matacong, et toutes les îles revendiquées ou possédées par la France sur la Côte Occidentale d'Afrique, au nord de la dite ligne de démarcation jusqu'au Rio Nunez, seront reconnues par la Grande-Bretagne comme appartenant à la France, à l'exception des Îles de Los, lesquelles continueront d'appartenir à la Grande-Bretagne.

Article III.

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande s'engage à s'abstenir d'occuper aucun territoire et d'exercer ou de favoriser l'exercice de l'influence politique Britannique dans le pays compris entre la ligne de démarcation à fixer conformément à l'Article I^{er} et le Rio Nunez. || Il est bien entendu que rien dans les dispositions contenues dans le présent Article n'affectera aucun des droits que peut posséder la France sur le cours du Rio Nunez ou au nord de cette rivière.

Article IV.

Le Président de la République Française s'engage à s'abstenir d'occuper aucun territoire et d'exercer ou de favoriser l'exercice de l'influence politique

Française dans le pays compris entre la ligne de démarcation qui sera fixée conformément à l'Article I^{er} et la limite septentrionale de la République de Libéria.

Nr. 10678.
Gross-
britannien
und
Frankreich.
28. Juni 1882.

Article V.

Les sujets Britanniques dans les possessions Françaises sur la Côte Occidentale d'Afrique, et les citoyens Français dans les possessions Britanniques sur la Côte Occidentale d'Afrique, seront traités sur un pied d'égalité avec les citoyens ou les sujets de la France et de la Grande-Bretagne respectivement, en ce qui concerne la protection de la vie et des propriétés.

Article VI.

Le droit de posséder des biens immeubles dans les possessions Britanniques sur la Côte Occidentale d'Afrique, sera accordé aux citoyens Français dans les mêmes conditions où ce droit est ou pourrait être assuré par la loi aux étrangers dans le Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande. || Le droit de posséder des biens immeubles dans les possessions Françaises sur la Côte Occidentale d'Afrique sera accordé aux sujets Britanniques dans les mêmes conditions où ce droit est ou pourrait être assuré par la loi aux étrangers en France.

Article VII.

Les Commissaires chargés de déterminer, sur les lieux, la position exacte de la ligne de démarcation prévue par l'Article I^{er} de la présente Convention, seront nommés de la manière suivante, savoir: — || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande nommera deux Commissaires, et le Président de la République Française nommera deux Commissaires. Ces Commissaires se réuniront à Sierra-Leone, afin de commencer leurs travaux, dans un délai de six mois à partir de l'échange des ratifications de la présente Convention, ou plus tôt si faire se peut. || Dans le cas où il se présenterait une question quelconque, sur laquelle les dits Commissaires ne pourraient se mettre d'accord, l'affaire sera soumise à la décision des Gouvernements des deux Hautes Parties Contractantes.

Articles VIII.

La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Paris, le plus tôt possible. || En foi de quoi les Plénipotentaires respectifs ont signé les présentes en duplicata, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Lyons.
C. de Freycinet.

Nr. 10674. GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH. — Es soll eine Kommission zur Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen eingesetzt werden.

Londres, le 5 Août, 1890.

Nr. 10674. (Extrait.) || Le Soussigné, dûment autorisé par le Gouvernement de la
Gross- République Française, fait la déclaration suivante: —
britannien * * *
und *
Frankreich.
5. Aug. 1890.

2. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique reconnaît la zone d'influence de la France au sud de ses possessions Méditerranéennes, jusqu'à une ligne de Say sur le Niger, à Barruve sur le Lac Tchad, tracée de façon à comprendre dans la zone d'action de la Compagnie du Niger tout ce qui appartient équitablement (fairly) au Royaume de Sokoto; la ligne restant à déterminer par les Commissaires qui seront nommés. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'engage a nommer immédiatement deux Commissaires, qui se réuniront à Paris avec deux Commissaires nommés par le Gouvernement de la République Française, dans le but de fixer les détails de la ligne ci-dessus indiquée. Mais il est expressément entendu que quand même les travaux des Commissaires n'aboutiraient pas à une entente complète sur tous les détails de la ligne, l'accord n'en subsisterait pas moins entre les deux Gouvernements sur le tracé général ci-dessus indiqué. || Les Commissaires auront également pour mission de déterminer les zones d'influence respectives des deux pays dans la région qui s'étend à l'ouest et au sud du Moyen et du Haut Niger.

Waddington.
Salisbury.

Nr. 10675. GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH. — Abgrenzung ihrer Interessensphären im Nigerdistrikt.

Paris, le 26 Juin, 1891.

Nr. 10675. Les Soussignés, Commissaires Plénipotentiaires chargés, en exécution des
Gross- Déclarations échangées à Londres, le 5 Août, 1890, entre le Gouvernement
britannien de Sa Majesté Britannique et le Gouvernement de la République Française,
und de procéder à l'établissement de la ligne de démarcation des zones d'influence
Frankreich. respectives des deux pays dans la région qui s'étend à l'ouest et au sud du Moyen
25. Juni 1891. et du Haut Niger, sont convenues de ce qui suit: — || Les Commissaires Techniques qui seront désignés par les Gouvernements Anglais et Français, par application de l'Article II de l'arrangement du 10 Août, 1889, en vue de tracer la démarcation des zones respectives, suivront autant que possible, ainsi qu'il est indiqué au dit arrangement, la ligne du méridien 13 ouest de Paris, à partir du 10° degré de latitude en se dirigeant vers le sud. En établissant la frontière d'après la direction générale de ce méridien, ils pourront tenir compte d'un commun accord de la configurations du terrain et des circonstances

locales, et faire fléchir la ligne de démarcation soit à l'est soit à l'ouest du méridien, en prenant soin de ne pas avantager l'une des deux parties sans compensation équitable pour l'autre. Ces modifications ne seront d'ailleurs définitives qu'après ratification des deux Gouvernements. || Il est entendu que la ligne de démarcation suivra autant que possible la crête des hauteurs qui, d'après la Carte Monteil, avoisinent le cours du Niger sur la rive gauche entre le 10° degré et Tembé Counda. || Cependant au cas où la ligne de partage des eaux ne serait pas telle qu'elle figure sur la carte Monteil, les Commissaires des deux pays pourront tracer la frontière sans en tenir compte, sous la réserve expresse que les deux rives du Niger resteront dans la zone d'influence Française. || Par le terme Niger est entendu le Djalibi, ainsi que ses deux sources principales, le Fatiko et le Tembé. Dans le cas précité, la ligne-frontière à partir du 10° degré jusqu'à Tembé Counda suivra, à une distance de 10 kilom., la rive gauche, du Djalibi, du Fatiko et ensuite du Tembé jusqu'à sa source, s'il y a lieu. || Au cas où la crête des montagnes se trouverait plus rapprochée de la rive gauche du Niger la frontière suivrait la ligne de partage des eaux. || Les Commissaires Techniques qui seront nommés par les deux Gouvernements, en exécution de l'Article III de l'entente du 10 Août, 1889, recevront pour instruction de tracer la frontière d'après les indications suivantes, relevées sur la Carte Binger:— || La ligne suivrait la frontière de Nougoua sur le Tanoé, entre la Sanwi et le Broussa, l'Indenié et le Sahué, laissant le Broussa, le Aowin et le Sahué à l'Angleterre; puis la frontière couperait la route d'Annibilekrou au Cape Coast Castle, à égale distance de Debison et d'Atiebendekrou, et longerait à une distance de 10 kilom. dans l'est la route directe d'Annibilekrou à Bondoukou, par Bodomfil et Dadiasi. Elle passerait ensuite par Bonko pour atteindre la Volta à l'endroit où cette rivière est coupée par le chemin de Bandagadi à Kirhindi, et la suivrait jusqu'au 9° degré de latitude nord.

Edwin Henry Egerton.

Joseph Archer Crowe.

Gabriel Hanotaux.

Jacques Haussmann.

Nr. 10676. **FRANKREICH.** — Botschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Frankreich hat das Protektorat über das Land zwischen Lahou und Cavally übernommen.

Londres, le 26 Octobre, 1891.

M. le Marquis, || M. le Ministre des Affaires Étrangères me charge d'informer le Gouvernement de Sa Majesté la Reine qu'en vertu de divers Traités, confirmant pour la plupart des Traités antérieurs et conclus avec les Chefs des pays de la Côte d'Ivoire, toute la partie de cette côte comprise entre le Lahou et la Rivière Cavally se trouve placée sous la souveraineté ou le Pro-

Nr. 10675.
Gross-
britannien
und
Frankreich.
26. Juni 1891.

Nr. 10676.
Frankreich.
26. Oct. 1891.

Nr. 10676. tectorat de la France. || En conséquence, j'ai l'honneur de notifier à votre
Frankreich. Seigneurie, conformément aux dispositions de l'Article XXXIV de l'Acte Gé-
28. Oct. 1891. néral de la Conférence de Berlin, les Traités dont il s'agit, qui ont été rati-
fiés par Décret de M. le Président de la République du 3 Août dernier et
dont l'énumération suit: —

1. Traité conclu avec Coki, Roi des territoires du Moyen Lahou le 30 Août, 1890. || 2. Traité conclu avec Yéré, Roi de Fresco, le 31 Août, 1890.
|| 3. Traité conclu avec Akla, Roi de Grand Drowin, le 25 Octobre 1890.
|| 4. Traité conclu avec Gra, Roi du Petit Lahou, le 5 Avril, 1891. || 5. Traité
conclu avec Loffcé, Roi de Kotron, le 12 Avril, 1891. || 6. Traité conclu avec
Levis, Roi du Grand Trepon ou Trepont, le 16 Avril 1891. || 7. Traité conclu
avec Toco, Roi de Trepon, le 16 Avril 1891. || 8. Traité conclu avec les Rois
du Grand et du Petit Drowin Dateko et Bassa et Akla et Kagé, le 21 Avril,
1891. || 9. Traité conclu avec Buggery, Roi de Sassandra (Saint-André), le
22 Avril, 1891. || 10. Traité conclu avec Mani, Roi du pays situé entre la
Rivière Cavally et la Rivière San Pedro, le 24 Avril 1891. || 11. Traité conclu
avec Koungoua, Roi de San Pedro, le 27 Mai, 1891.

d'Estournelles de Constant.

Nr. 10677. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen
an den französischen Botschafter in London. — Ant-
wort auf das vorige.

Foreign Office, December 10, 1891.

Nr. 10677. M. l'Ambassadeur, || I have the honour to acknowledge the receipt of
Gross- the Note of the 26th October from Baron d'Estournelles, stating that he was
britannien. instructed by the Government of the Republic to notify to Her Majesty's
10. Dez. 1891. Government that France has assumed the sovereignty or protectorate over
that portion of the Ivory Coast lying between Lahou and the River Cavally. ||
I observe, that this notification is made in accordance with the provisions of
the XXXIVth Article of the Act of Berlin, in order to enable Her Majesty's
Government to prefer, if they should be in a position to do so, antecedent
claims on behalf of Great Britain. I have to state, that Her Majesty's Govern-
ment have no objection to offer to the notification on this ground.

Salisbury.

Nr. 10678. **GROSSBRITANNIEN.** — Minister des Auswärtigen an
den Botschafter in Paris. — Stimmt die französische
Annexion mit dem Vertrage vom 10. August 1889
überein?

Foreign Office, December 10, 1891.

Nr. 10678. Sir, || I inclose herewith copy of a note, dated the 26th October, in which
Gross- Baron d'Estournelles notified, in accordance with the XXXIVth Article of the
britannien.
10. Dez. 1891.

Berlin Act, the assumption by France of sovereignty or protectorate over the portion of the Ivory Coast lying between Lahou and the Cavally River. || Copy of my reply is also inclosed. || I should wish you to explain to M. Ribot that, as the notification was made in compliance with the Article cited above, the answer has been framed within the limits of the terms of that Article, but that Her Majesty's Government do not, in so replying, intend to prejudice the controversy respecting the territory between the San Pedro and the Cavally Rivers understood to be claimed by the Republic of Liberia, which was not a party to the Act of Berlin. || I have also to request you to state, that Her Majesty's Government would be glad to receive an explicit assurance that the territory now annexed will be subject to the engagements as to Tariff contracted in the IIIrd Article of the Anglo-French Agreement of the 10th August, 1889, as regards the French possessions on the Gold Coast.

Salisbury.

Nr. 10678.
Gross-
britannien.
10. Dez. 1891.

Nr. 10679. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Frankreich hat neue Verträge mit afrikanischen Häuptlingen geschlossen.

Londres, le 30 Décembre 1891. (December 31.)

M. le Marquis, || J'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Seigneurie que de nouveaux Traités de Protectorat ont été conclus récemment par les Représentants du Gouvernement de la République avec divers Chefs de la Côte d'Ivoire. || Je suis chargé, en conséquence, par M. le Ministre des Affaires Étrangères, de notifier au Gouvernement de Sa Majesté la Reine, conformément aux dispositions de l'Article XXXIV de l'Acte Général de la Conférence de Berlin, les Traités dont il s'agit qui ont été ratifiés par Décret de M. le Président de la République en date du 6 Septembre, 1891, et dont l'énumération suit:— || 1. Traité conclu avec Yacabi, Roi de Petit Drewin, le 25 Avril, 1891. || 2. Traité conclu avec Samé, Roi de Roctown, le 26 Avril, 1891. || 3. Traité conclu avec Traga, Roi de Victory et des villages Bokiou Douaouédé et Dezah, le 27 Avril, 1891. || 4. Traité conclu avec James ou Djemma, Roi de Victory (village de Woumery), le 27 Avril, 1891. || 5. Traité conclu avec les Chefs Wobery et Meat Bati, des villages Douaouédé et Bokiou, le 28 Avril, 1891. || 6. Traité conclu avec Blabelay, Roi du village de Cavally (rive gauche) appelé Bliérow, le 5 Mai, 1891. || 8. Traité conclu avec Hyié, Roi du Grand Basha (village de Boutlé), le 7 Mai, 1891. || 8. Traité conclu avec Boba, Roi de Wappoo, le 7 Mai, 1891. || 9. Traité conclu avec Tagui et Guié, Rois de Tahou, le 9 Mai 1891.

Nr. 10679.
Frankreich.
30. Dez. 1891.

Waddington.

Nr. 10680. GROSSBRITANNIEN. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über das französische Protektorat.

Paris, January 6, 1892. (January 8.)

Nr. 10680.
Gros-
britannien.
6. Jan. 1892. My Lord, || On receipt of your Lordship's despatch of the 10th December last I mentioned both to M. Ribot and M. Hanotaux, that Her Majesty's Government had answered the French notification of the assumption of Protectorate over the Ivory Coast between Lahou and the Cavally, within the limits of the terms of the XXXIVth Article of the Berlin Act, and without prejudging the controversy with the Republic of Liberia respecting the territory between the San Pedro and Cavally Rivers. || This they understood; but M. Hanotaux told me, that he had to refer to the Colonial Department for the assurance, asked for in your Lordship's despatch, that the territory annexed would be subject to the engagements as to Tariff at Assinie contracted in the IIIrd Article of the Anglo-French Agreement of August 1889. He assumed, as a matter of course, that there would not be two Tariffs in the French Ivory Coast establishments, and would, after reference, inform me. || He to-day told me, that he had now learnt from the Colonial Department that the whole question of Tariff for the Ivory Coast, that is to say, from Assinie to the Cavally, was not definitely settled; but where the custom-houses are established the rates are the same.

Edwin H. Egerton.

Nr. 10681. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Mittheilung über das französische Zollsystem zwischen Assinien und Lahou.

Paris, le 28 Avril, 1892.

Nr. 10681.
Frankreich.
28. Apr. 1892. Le Ministre des Affaires Étrangères n'avait pas manqué de faire part à M. le Sous-Secrétaire d'État des Colonies du désir du Gouvernement Britannique d'être exactement renseigné sur le régime douanier actuellement en vigueur dans les établissements Français situés entre Assinie et la frontière de Libéria. || Il résulte des indications transmises par M. Jamais que le Tarif fixé par le Décret 3 Septembre, 1889, est toujours appliqué entre Assinie et Grand Lahou. En ce qui concerne la région située à l'ouest de cette localité, un Arrêté du Gouverneur de la Guinée Française, en date du 8 Mars dernier, a établi des droits de consommation égaux comme quotisé aux taxes perçues entre Lahou et Assinie, et portant sur les produits similaires, originaires de la Colonie ou provenant de la fabrication locale, aussi bien que sur ceux qui y sont introduits de l'extérieur. || M. Ribot s'empresse de porter ces informations à la connaissance de son Excellence l'Ambassadeur d'Angleterre, et il saisit, &c.

Nr. 10682. FRANKREICH. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Uebersendet zwei Verträge mit Almamy Samadu.

Londres, le 16 Juin, 1890.

(Extrait.) || D'après les avis parvenus aux Commandants des postes Français de Couroussa et de Siguri, une colonne Anglaise partie de Soulemana aurait traversé le Niger à Farannah, se dirigeant vers Bissandougou, capitale des États de Samory, où elle devait arriver le 22 Mai. || Les pays de la rive droite du Niger où se trouve Bissandougou appartiennent, depuis Farannah près de la frontière Anglaise de Sierra Leono, à l'Almamy Samory qui a placé ses États sous le protectorat de la France par plusieurs Traités, en date des 5 Février et 28 Mars, 1886, et du 23. Mars, 1887, ratifiés par le Gouvernement Français, et dont le dernier a été porté à la connaissance du Gouvernement de Sa Majesté la Reine au mois de Mars 1888. Depuis lors, Samory a confirmé et précisé ses précédents engagements par une nouvelle Convention signée le 21 Février, 1889, avec M. Archinard, Commandant Supérieur du Soudan Français, et qui a été également ratifiée. Votre Seigneurie en trouvera ci-joint le texte. || Les droits de la France dans cette région se trouvent donc nettement établis, et mon Gouvernement ne saurait admettre une intervention étrangère dans ces États soumis à son protectorat.

Nr. 10682.
Frankreich.
16. Juni 1890.

Nr. 10683. FRANKREICH UND ALMAMY SAMADU. — Frankreich übernimmt das Protektorat über die Staaten Almamy Samadu's.

Bissandougou (Toron), le 23 Mars, 1887.

Entre le Gouvernement de la République Française, représenté par le Lieutenant-Colonel Gallieni et l'Almamy Samory-bin-la-Raufia, Emir-el-Mumenin.

Nr. 10683.
Frankreich
und
Almamy Sa-
madu.

Article I.

Le fleuve le Niger (Dialiba) jusqu'à Tiguiberri, la Rivière le Bafing ou Tankisso de Tiguiberri à ses sources servent de ligne de démarcation et de frontière entre les possessions Françaises dans le Soudan d'une part, et les États de l'Almamy Samory, Emir-el-Mumenin, de l'autre.

23. März 1887.

Article II.

L'Almamy Samory, Emir-el-Mumenin, se place, lui, ses héritiers qui sont dans l'ordre de primogéniture, et ses États présents et à venir sous le Protectorat de la France.

Article III.

Le commerce Français est entièrement libre et indemne de tout droit d'entrée, de sortie, de passage, ou de séjour sur les voies terrestres, fluviales, ou maritimes de l'Empire de l'Almamy Samory, &c. || Il en est de même pour le commerce des États de l'Almamy dans les limites de nos possessions Sénégalaises.

Nr. 10683.
Frankreich
und
Almamy Sa-
madu.
23. März 1887.

Article IV.

Tout Acte, Convention, ou stipulation contraire aux trois Articles ci-dessus sont et demeurent abrogés.

Article V.

La présente Convention est exécutoire du jour de sa ratification par le Gouvernement de la République Française.

Marie Étienne Peroz.

Nr. 10684. FRANKREICH UND ALMAMY SAMADU. — Bestätigung und Erweiterung des vorigen Vertrages.

Niakha, le 21 Février, 1889.

Nr. 10684.
Frankreich
und
Almamy Sa-
madu.
21. Feb. 1889.

Entre le Gouvernement de la République Française représenté par le Chef d'Escadron d'Artillerie de Marine Archinard, Commandant Supérieur du Soudan Français; || Et l'Almamy Samory-ben-Laklaufice, Emir-el-Moulmenin. || A été conclu le Traité suivant: —

Article I.

Le fleuve le Niger (Djeliba) sert de ligne de démarcation et de frontière entre les possessions Françaises dans le Soudan, d'une part, et les États de l'Almamy Samory, Emir-el-Moulmenin de l'autre.

Article II.

L'Almamy Samory, Emir-el-Moulmenin, se place, lui, ses héritiers qui vont dans l'ordre de primogéniture et ses États présents et à venir sous le Protectorat de la France.

Article III.

Les Français et l'Almamy conservent leur liberté d'action dans les rapports avec les territoires non compris dans le Traité passé avec l'une ou l'autre des parties.

Article IV.

En aucun cas les troupes de l'une des Parties Contractantes ne pourront franchir le Niger sans autorisation de l'autre partie. Les Français et l'Almamy s'engagent à empêcher toute incursion de bandes armées d'une rive sur l'autre.

Article V.

La navigation du Niger est libre.

Article VI.

L'Almamy Samory, Emir-el-Moulmenin, s'engage à donner à l'avenir à tout voyageur Français aide et protection dans toute l'étendue de son territoire. Cet engagement est réciproque de notre part pour les sujets de l'Almamy.

Article VII.

Le commerce Français est entièrement libre et indemne de tout droit d'entrée, de sortie, de passage ou de séjour sur les voies terrestres, fluviales

ou maritimes de l'Empire de Samory, Emir-el-Moulmenin. || Il en est de même pour le commerce des États de Samory dans les limites de nos possessions Sénégalaises.

Nr. 10684.
Frankreich
und
Almamy Sa-
mady.
21. Feb. 1889.

Article VIII.

L'Almamy s'engage à favoriser le commerce des caravanes venant du Haut Sénégal et à faire son possible pour que les marchandises provenant de son pays soient dirigées sur les escales Françaises.

Article IX.

Tout Traité, Acte, Clause, Convention ou stipulation antérieurs au présent Décret sont et demeurent abrogés.

Article X.

Le présent Traité est exécutoire du jour même de la signature par les deux parties; mais il ne deviendra définitif que du jour de sa ratification par le Gouvernement de la République Française.

Signature de Samory.

L. Archinard.

Signatures de—

Bonnardot, Capitaine d'Artillerie de Marine.

Tambo Ibrahim, Interprète.

Nr. 10685. **GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH.** — Abgrenzung ihrer Besitzungen an der Goldküste*).

Paris, 12 Juillet, 1893.

Les Commissaires Spéciaux, nommés par les Gouvernements de la France et de la Grande-Bretagne, en vertu de l'Article 5 de l'Arrangement du 10 Août, 1889, n'étant pas parvenus à tracer, entre les territoires respectifs des deux Puissances, sur la Côte d'Or, une ligne de démarcation conforme aux dispositions générales de l'Article 3 de cet Arrangement et aux indications du paragraphe final de l'Arrangement du 26 Juin, 1891, les Plénipotentiaires soussignés, chargés, en exécution des déclarations échangées à Londres, le 5 Août, 1890, entre le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, de délimiter les sphères d'intérêt respectif des deux pays, dans les districts sud et ouest du Moyen- et du Haut-Niger, se sont entendus pour fixer, dans les conditions ci-après énoncées, la ligne de démarcation entre les possessions Françaises et Britanniques de la Côte d'Or:—

Nr. 10685.
Gross-
britannien
und
Frankreich.
12. Juli 1893.

1. La frontière Britannique part de la côte à Newtown, à une distance de 1000 mètres à l'ouest de la maison occupée, en 1884, par les Commissaires Britanniques, puis se dirige droit vers le nord jusqu'à la lagune de Tanoë ou

*) Blaubuch Treaty Series 13. 1893. (7108.)

Nr. 10685.
Gross-
britannien
und
Frankreich.
12. Juli 1893.

Tendo, suit la rive sud de cette lagune jusqu'à l'embouchure de la Rivière Tanoe ou Tendo (des quatre fles qui se trouvent à proximité de cette embouchure, les deux qui sont au sud étant attribuées à la Grande-Bretagne, et les deux qui sont au nord, à la France). La frontière Britannique longe, à partir de cet endroit, la rive gauche de la Rivière Tanoe au Tendo jusqu'au village de Nougoua, que, vu sa situation sur la rive droite de cette rivière, l'Angleterre consent à reconnaître à la France.

2. La frontière Française part également sur la côte, de Newtown, à une distance de 1000 mètres à l'ouest de la maison occupée, en 1884, par les Commissaires Britanniques. Elle s'avance, de là, droit au nord, vers la lagune de Tanoe ou Tendo, puis, traversant cette lagune, en suit la rive nord, et les rives nord et est de la lagune Ehi, jusqu'à l'embouchure de la Rivière Tanoe ou Tendo, et suit la rive droite de cette rivière jusqu'au village de Nougoua.

3. La frontière Britannique continue à suivre la rive gauche du Tanoe ou Tendo durant 5 milles Anglais en amont de la maison qui sert actuellement de résidence au Chef de Nougoua. Elle traverse en ce point la rivière et se confond avec la frontière commune, déterminée ci-dessous. || La frontière Française suit la rive droite du Tanoe ou Tendo, également pendant 5 milles en amont de Nougoua, jusqu'au moment où elle est rejointe par la frontière Anglaise.

4. La frontière commune quitte la Rivière Tanoe et se dirige au nord vers le sommet de la colline de Terra-ferrako. De là, passant à 2 milles à l'est des villages d'Assikasso, Sankaina, Assambossoua et Akouakrou, elle court à 2 milles à l'est de la route conduisant de Souakrou à la Rivière Boi, pour atteindre cette rivière à 2 milles au sud-est de Bamianko, village qui appartient à la France. De là, elle suit le thalweg de la Rivière Boi et la ligne tracée par le Capitaine Binger (telle qu'elle est marquée sur la carte ci-annexée), laissant Edubi, avec un territoire s'étendant à 1 mille au nord de ce point, à la France, jusqu'à ce qu'elle atteigne un point situé à 16 000 mètres droit à l'est de Yaou. A partir de ce point, elle coïncide avec la ligne tracée par le Capitaine Binger (voir la carte ci-annexée), jusqu'à un point situé à 1000 mètres au sud d'Abourouferrassi, village appartenant à la France. Elle continue à se tenir ensuite à une distance de 10 kilom. à l'est de la route conduisant directement d'Annibilekrou à Bondoukou, par Bodomfil et Dadiassi, passe à mi-chemin entre Buko et Adjamrah, court à 10 kilom. à l'est de la route de Bondoukou via Sorobango, Tambi, Takhari et Banda-gadi, et atteint la Volta au point d'intersection de cette rivière et de la route de Bandagadi à Kirhindi. Elle suit alors le thalweg de la Volta jusqu'à son intersection par le 9° degré de latitude nord.

5. Il est convenu que les habitants des villages Français qui, antérieurement à la conclusion du présent Arrangement, jouissaient du droit de pêche sur la Rivière de Tanoe ou de Tendo, continueront à jouir de ce droit, en se conformant aux Règlements locaux.

6. La frontière déterminée par le présent Arrangement est inscrite sur la carte ci-annexée.

7. Dans la pensée des Parties Contractantes, le présent Arrangement complète et interprète la section 1 de l'Article 3 de l'Arrangement du 10 Août, 1889, relatif à la délimitation des possessions Britanniques et Françaises sur la Côte d'Or, et le paragraphe final de l'Arrangement du 26 Juin, 1891.

Les Commissaires Britanniques,

E. C. H. Phipps.

J. A. Crowe.

Les Commissaires Français,

Gabriel Hanotaux.

J. Haussman.

Nr. 10686. **GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH.** — Abgrenzung ihrer Besitzungen nördlich und östlich von Sierra Leone*).

Paris, 21 Janvier 1895.

Les Commissaires Spéciaux nommés par les Gouvernements de la Grande-Bretagne et de la France, en vertu de l'Article V de l'Arrangement du 10 août, 1889, n'étant pas parvenus à tracer une ligne de démarcation entre les possessions des deux Puissances, au nord et à l'est de Sierra-Leone, conforme aux dispositions générales de l'Article II du dit Arrangement, de son Annexe I et de son Annexe II (Sierra-Leone), et aux indications de l'Arrangement du 26 juin, 1891, les Plénipotentiaires Soussignés, chargés, en exécution des déclarations échangées à Londres, le 5 Août, 1890, entre le Gouvernement de Sa Majesté Britannique et le Gouvernement de la République Française, de délimiter les sphères d'intérêt respectives des deux pays, dans les régions sud et ouest du Moyen- et du Haut-Niger, se sont entendus pour fixer, dans les conditions ci-après énoncées, la ligne de démarcation des territoires susmentionnés: —

Article I.

La frontière part d'un point sur la côte de l'Atlantique au nord-ouest du village de Kiragba, déterminé par l'intersection d'un arc de cercle de 500 mètres de rayon, décrit du centre du dit village, avec la ligne des hautes eaux. || De ce point, elle se dirige vers le nord-est parallèlement au chemin de Kiragba à Roubani (Robenia), qui passe par ou près les villages Anglais de Fungala, Robant, Mengeti, Mandimo, Momotimonia, et Kongobutia, à une distance égale de 500 mètres du milieu du dit chemin, jusqu'à un point situé à égale distance du village de Kongobutia (Anglais) et du village de Diguipali (Français).

*) Die Aktenstücke Nr. 10685 — 92 sind dem Blaubuch Treaty Series 5. 1895 (7600) entnommen.

Nr. 10686. A partir de ce point elle tourne au sud-est, et coupe le chemin à angle droit, et arrivée à 500 mètres au sud-est du dit chemin, le suit parallèlement à la même distance de 500 mètres, mesurée comme ci-dessus, jusqu'à ce qu'elle atteigne un point situé au sud du village de Diguipali, d'où elle gagne en ligne droite la ligne de partage des eaux de la chaîne de collines qui commence au sud du village ruiné de Passimodia, et marque distinctement la ligne de séparation entre le bassin de la Rivière Mellacorée (Mellakori) et celui de la Grande Scarcies ou Kolenté. || La frontière suit cette ligne de partage des eaux laissant à la Grande-Bretagne les villages de N'Bogoli (Bogolo), Musaliya, Malaguia (Lukoïya), Maforé (Mufuri), Tanéné (Tarnenai), Madina (Modina), Oblenia, Oboto, Ballimir, Massini, et Gambiadi, et à la France les villages de Roubani (Robenia), N'Tugon (N'Tunga), Daragoné (Daragli), Kunia, Tombaiya, Erimakono (Herimakuno), Fonsiga (Fransiga), Talansa, Tagani (Tanganne), et Maodea, jusqu'au point le plus rapproché de la source de la Petite Mola; de là elle se dirige en ligne droite sur la dite source, suit le cours de la Petite Mola jusqu'à sa jonction avec la Mola, puis le thalweg de la Mola jusqu'à son confluent avec la Grande Scarcies ou Kolenté. || De ce point, la frontière suit la rive droite de la Grande Scarcies (Kolenté) jusqu'à un point situé à 500 mètres au sud de l'endroit où aboutit, sur la rive droite le chemin qui conduit de Ouelia (Wulia) à Ouossou (Wossu), par Lucenia. A partir de ce point, elle coupe la rivière et suit une ligne tirée au sud du chemin ci-dessus mentionné, à une distance égale de 500 mètres, mesurée du milieu du chemin, jusqu'à la rencontre d'une ligne droite déterminée à ses extrémités par les points suivants: — || 1. Un point situé en amont et à 500 mètres du coude que décrit la Rivière Kora au nord du village de Lucenia, à environ 2500 mètres de ce village et à environ 5 kilom. du confluent de la Rivière Kora avec la Grande Scarcies (Kolenté), mesurés le long de la rive. || 2. Une brèche formée dans le flanc nord-ouest de la chaîne de hauteurs qui se trouvent dans la partie est du Talla, à environ 2 milles Anglais (3200 mètres) au sud du village de Donia (Dyunia). || A partir du point où elle rencontre la ligne droite mentionnée ci-dessus, la limite suit la dite ligne, vers l'est, jusqu'au centre de la brèche susmentionnée, d'où elle gagne ensuite, par une autre ligne droite, la Rivière Kita, en un point situé en amont et à 1500 mètres, à vol d'oiseau, du centre du village de Lakhata; elle suit alors le thalweg de la Rivière Kita jusqu'à son confluent avec le Lolo. || De ce confluent, elle rejoint en ligne droite la petite Scarcies ou Kaba, en un point situé à 4 milles Anglais (6400 mètres) au sud du 10° parallèle de latitude nord; elle suit le thalweg de la Petite Scarcies jusqu'au dit parallèle, qui forme ensuite la limite jusqu'à son intersection avec la ligne de partage des eaux entre le bassin du Niger, d'une part, et les bassins de la Petite Scarcies et des autres rivières qui se jettent, vers l'ouest, dans l'Océan Atlantique d'autre part. || La frontière suit enfin la dite ligne de partage des eaux vers le sud-est, laissant Kalieri à la Grande-Bretagne et Erimakono (Herimakuna), à la France, jusqu'à

son intersection avec le parallèle de latitude qui passe par Tembikounda (Tembikunda), c'est-à-dire la source du Tembiko ou Niger.

Nr. 10686.
Gross-
britannien
und
Frankreich.
21. Jan. 1895.

Article II.

La frontière déterminée par le présent Arrangement est inscrite sur la carte ci-annexée.

Article III.

Dans la pensée des Parties Contractantes le présent Arrangement complète et interprète l'Article II de l'Arrangement du 10 août, 1889, ainsi que l'Annexe 1 et l'Annexe 2 (Sierra Leone), du dit Arrangement et l'Arrangement du 26 juin, 1891.

E. C. H. Phipps.
J. A. Crowe.
Georges Benoit.
J. Haussmann.

Anlage.

Bien que le tracé de la ligne de démarcation sur la carte annexée au présent Arrangement soit supposé être généralement exact, il ne peut être considéré comme une représentation absolument correcte de cette ligne jusqu'à ce qu'il ait été confirmé par de nouveaux levés. || Il est donc convenu que les Commissaires ou Délégués locaux des deux pays qui pourront être chargés par la suite de délimiter tout ou partie de la frontière sur le terrain, devront se baser sur la description de la frontière telle qu'elle est formulée dans l'Arrangement. Il leur sera loisible, en même temps, de modifier la dite ligne de démarcation, en vue de la déterminer avec une plus grande exactitude, et de rectifier la position des lignes de partage, des chemins, ou rivières, ainsi que des villes ou villages indiqués sur la carte susmentionnée. || Les changements ou corrections proposés d'un commun accord par les Commissaires ou Délégués seront soumis à l'approbation des Gouvernements respectifs.

Nr. 10687. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Zusatz-erklärung über Liberia.

Paris, le 22 Janvier 1895.

M. l'Ambassadeur, || Au cours des recents pourparlers relatifs à la délimitation des possessions Françaises et Britanniques au nord et à l'est de Sierra-Leone, les Commissaires des deux pays ont été amenés à examiner la situation qui résulte de l'Arrangement conclu le 8 Décembre, 1892, entre le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de la République de Libéria, en ce qui concerne la frontière est de la Colonie Britannique de Sierra-Leone, et ils sont tombés d'accord sur la déclaration suivante:—

Nr. 10687.
Frankreich.
22. Jan. 1895.

Nr. 10687.
Frankreich.
22. Jan. 1895.

“D’après l’Arrangement conclu, le 8 décembre, 1892, entre le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de la République de Libéria, la ligne-frontière entre les possessions Françaises et la République de Libéria est déterminée, au nord, par le parallèle de Tembi-Counda, jusqu’à sa rencontre, au 13° degré de longitude ouest de Paris, avec la frontière Franco-Anglaise de Sierra-Leone. || La délimitation de la frontière Franco-Anglaise de Sierra-Leone doit donc s’arrêter au parallèle de Tembi-Counda. || Toutefois, il y a lieu de rappeler qu’en vertu des notes échangées les 2 Décembre, 1891, et 4 Mars, 1892, entre M. Ribot et M. Egerton, le 13° degré de longitude ouest de Paris devait, en tout état de cause, former la limite des possessions Françaises du Soudan et de la Colonie Britannique de Sierra-Leone jusqu’au point de rencontre de ce méridien avec la frontière Anglo-Libérienne. C’est dans ces conditions que le Gouvernement Français a fait abandon au Gouvernement Libérien de certains territoires faisant partie du Soudan Français, au sud du parallèle de Tembi-Counda et à l’est du 13° degré de longitude ouest de Paris. || En conséquence, il demeure entendu que la frontière de la Colonie de Sierra-Leone, à partir du point d’intersection de la ligne de partage des eaux entre le bassin du Niger, d’une part, et le bassin des rivières qui se jettent à l’ouest dans l’Océan Atlantique, d’autre part, avec le parallèle passant par Tembi-Counda, est formée par le dit parallèle jusqu’à sa rencontre avec le 13° degré de longitude ouest de Paris, et, ensuite, par ce méridien, jusqu’à sa rencontre avec la frontière Anglo-Libérienne.”

J’ai l’honneur d’informer votre Excellence que le Gouvernement de la République est disposé à approuver les termes de cette déclaration, et je vous serais reconnaissant de vouloir bien me faire connaître si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique y donne également son assentiment.

G. Hanotaux.

Nr. 10688.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1895.

Nr. 10688. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, January 22, 1895.

Die englische Regierung nimmt die Zusätze an.

Nr. 10689. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Vorschläge zur Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den englischen und französischen Besitzungen.

Paris, le 22 Janvier 1895.

Nr. 10689.
Frankreich.
22. Jan. 1895.

M. l’Ambassadeur, || Au cours des récents pourparlers relatifs à la délimitation des possessions Françaises et Britanniques au nord et à l’est de Sierra-Leone, les Commissaires de deux pays se sont mis d’accord sur le principe des dispositions destinées à régler les relations commerciales entre

la Colonie Britannique de Sierra-Leone et les possessions Françaises avoisinantes. Il a été en même temps convenu que les conditions de cette entente feraient l'objet d'un échange de notes, immédiatement après la signature de l'Arrangement. || En conséquence, j'ai l'honneur de faire connaître à votre Excellence que le Gouvernement de la République est disposé à donner son assentiment aux dispositions ci-après: —

1. Dans les territoires dépendant de la Colonie de Sierra-Leone, d'une part, et des Colonies de la Guinée Française (y compris le Fouta Djallon) et du Soudan Français, d'autre part, les commerçants et les voyageurs des deux pays seront traités sur le pied d'une parfaite égalité en ce qui concerne l'usage des routes et autres voies de communication terrestre.

2. Les routes traversant la frontière déterminée par l'Arrangement du 21 janvier, 1895, entre la Colonie Britannique de Sierra-Leone et les Colonies Françaises voisines, seront, de part et d'autre, ouvertes au commerce, sous réserve de l'acquittement des droits et taxes qui pourraient être établis.

3. Les deux Gouvernements prennent l'engagement réciproque de ne pas établir sur la frontière terrestre déterminée par l'Arrangement du 21 janvier, 1895, entre leurs Colonies respectives, des droits, soit à l'entrée, soit à la sortie, supérieurs à ceux qui seront perçus à la frontière maritime, soit de la Colonie de Sierra-Leone, soit de la Colonie de la Guinée Française. || Les droits de sortie n'excéderont en aucun cas 7 pour cent de la valeur calculée d'après les mercuriales de chaque Colonie.

4. Pour la perception des droits ou taxes, à l'entrée ou à la sortie, des postes seront établis en des points déterminés de la frontière, de manière à ne pas détourner les caravanes des routes qu'elles auraient à suivre pour pénétrer de la Colonie de Sierra-Leone dans les Colonies Françaises voisines ou inversement.

Je serais reconnaissant à votre Excellence de vouloir bien me faire savoir si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique est disposé, de son côté, à donner son adhésion à l'accord dont il s'agit.

G. Hanotaux.

Nr. 10690. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, January 22, 1895.

Die englische Regierung nimmt die Vorschläge an.

Nr. 10690.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1895.

Nr. 10691. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. — Erklärung über die Ausführung des Artikels I des Abkommens vom 21. Januar.

Paris, January 22, 1895.

M. le Ministre, || During the course of the recent negotiations relative to the délimitation of the British and French territories and possessions situated to the north and east of Sierra Leone, the Commissioners named by the two

Nr. 10691.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1895.

Nr. 10691. Powers were led to examine the situation created to the riverain inhabitants of a certain portion of the Great Skarcies by the execution of the Agreement of the 10th August, 1889. || Although by Article I of the Agreement of the 21st January, 1895, the British frontier follows the right bank of the Great Skarcies from a point on the right bank, 500 metres south of the road leading from Wulia to Wossu, via Lusenia, to the point where that river is joined by the Little Mola, Her Majesty's Government is, nevertheless, disposed to permit the riverain inhabitants dwelling on the right bank within the above-mentioned limits to continue to use the river to the same extent as heretofore. || It is, however, understood, that the inhabitants of these villages will be subject to such Laws or Ordinances as may from time to time be promulgated by the authorities of the Colony of Sierra Leone with a view to regulating the navigation of the river or in connection with the control of its waters, due notice of the same being given by the Governor of Sierra Leone to the Governor of French Guinea.

Dufferin and Ava.

Nr. 10692. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris.

Nr. 10692.
Frankreich.
4. Febr. 1895.

Paris, le 4 Février, 1895.

Die französische Regierung stimmt der Erklärung zu.

Nr. 10693. **FRANKREICH.** — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Vorschläge zur Abgrenzung der englischen und französischen Besitzungen an der Somaliküste.*)

Londres, le 2 Février, 1888.

Nr. 10693. M. le Marquis, || Le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique étant désireux d'arriver à un accord relativement à leurs droits respectifs dans le Golfe de Tadjourah et sur la Côte Somali, j'ai eu l'honneur d'entretenir votre Seigneurie à plusieurs reprises de cette question. Après un échange amical de vues nous sommes tombés d'accord hier sur les arrangements suivants: —

Nr. 10693.
Frankreich.
2. Febr. 1888.

1. Les Protectorats exercés ou à exercer par la France et la Grande-Bretagne seront séparés par une ligne droite partant d'un point de la côte situé en face des puits d'Hadou et dirigée sur Abassouën en passant à travers les dits puits; d'Abassouën la ligne suivra le chemin des caravanes jusqu'à Bia-Kabouba, et de ce dernier point elle suivra la route des caravanes de Zeylah à Harrar, passant par Gildessa. Il est expressément convenu que l'usage des puits d'Hadou sera commun aux deux parties.

*) Die drei folgenden Aktenstücke sind dem Blaubuch France No. 1. 1894 (7389) entnommen.

2. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique reconnaît le Protectorat de la France sur les côtes du Golfe de Tadjourah, y compris le groupe des Iles Muchah et l'Îlot de Bab, situés dans le golfe, ainsi que sur les habitants, les tribus et les fractions de tribus situés à l'ouest de la ligne ci-dessus indiquée. || Le Gouvernement de la République Française reconnaît le Protectorat de la Grande-Bretagne sur la côte à l'est de la ligne ci-dessus jusqu'à Bender-Ziâdeh, ainsi que sur les habitants, les tribus et les fractions de tribus situés à l'est de la même ligne.

Nr. 10693.
Frankreich.
2. Febr. 1888.

3. Les deux Gouvernements s'interdisent d'exercer aucune action ou intervention, le Gouvernement de la République à l'est de la ligne ci-dessus, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique à l'ouest de la même ligne.

4. Les deux Gouvernements s'engagent à ne pas chercher à annexer le Harrar ou à le placer sous leur Protectorat. En prenant cet engagement, les deux Gouvernements ne renoncent pas au droit de s'opposer à ce que toute autre Puissance acquière ou s'arroge des droits quelconques sur le Harrar.

5. Il est expressément entendu que la route des caravanes de Zeylah à Harrar, passant par Gildessa, restera ouverte dans toute son étendue au commerce des deux nations ainsi que des indigènes.

6. Les deux Gouvernements s'engagent à prendre toutes les mesures nécessaires pour empêcher le Commerce des Esclaves et l'importation de la poudre et des armes dans les territoires soumis à leur autorité.

7. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'engage à traiter avec bienveillance les personnes, soit Chefs, soit membres des tribus, placées sous son Protectorat, qui avaient précédemment adopté le Protectorat Français. Réciproquement, le Gouvernement de la République prend le même engagement relativement aux personnes et aux tribus placées désormais sous son Protectorat.

En m'accusant réception de la présente note, je serais reconnaissant à votre Seigneurie si elle voulait bien constater officiellement l'accord que nous avons conclu au nom de nos Gouvernements respectifs.

Waddington.

Nr. 10694. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London.

Nr. 10694.
England.
9. Febr. 1888.

Foreign Office, February 9, 1888.

Die englische Regierung nimmt die Vorschläge an.

Nr. 10695. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. — Unterredung mit dem türkischen Botschafter.

Foreign Office, February 9, 1888.

M. l'Ambassadeur, || With reference to the note which I have this day addressed to your Excellency, accepting, on behalf of Her Majesty's Government, the arrangement agreed upon between us respecting the British and

Nr. 10695.
Gross-
britannien.
9. Febr. 1888.

Nr. 10695. French Protectorates in the Gulf of Tadjourra and on the Somali Coast, I think
 Gross- it right to remind your Excellency that I received some months ago a request
 britannien. from the Turkish Ambassador at this Court that in any understanding which
 9. Febr. 1888. might be arrived at on this subject the rights of His Imperial Majesty the
 Sultan might be respected. || I assured his Eycellency, in reply, that the
 British Government would carefully abstain in the future, as in the past, from
 any interference with the just rights of the Sultan, and that I was convinced
 that the Government of the French Republic would act in a similar spirit.
 Salisbury.

Verhandlungen und Verträge zwischen Grossbritannien und der Südafrikanischen Republik über das Swaziland.

Nr. 10696. GROSSBRITANNIEN UND SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. Abkommen über das Swaziland.*)

Cape Town, July 24, 1890.

Nr. 10696. Whereas Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain
 Gross- and Ireland, and his Honour the State President of the South African Republic,
 britannien. as representing the Government of the said Republic, have agreed that it is
 und expedient that they should enter into a Convention relative to the settlement
 Südafrikan. of the affairs of Swaziland, and with regard to other matters of importance
 Republik. connected with the affairs of South Africa; || Now, therefore, Her Majesty the
 24. Juli 1890. Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and his Honour
 the State President of the South African Republic as representing the Govern-
 ment of the said Republic, do hereby consent and agree that the following
 Articles, accepted finally by and between Her Majesty and his Honour shall,
 when duly signed, sealed and executed by Her Majesty's High Commissioner
 for South Africa on behalf of Her Majesty, and by his Honour the State
 President of the South African Republic on behalf of the Government of the
 said Republic, and when duly ratified by the Volksraad of the South African
 Republic, shall constitute and be a Convention by and between Her Majesty
 the Queen of the United Kingdom of Great Britain und Ireland and the
 South African Republic.

Article 1. The independence of the Swazis, as recognised by the Con-
 vention of London of 1884, is affirmed, and no inroad on that independence
 shall be allowed, even with the consent of the Swazi Government, without the
 consent of both Her Majesty's Government and the Government of the South
 African Republic.

Article 2. With the consent of the Swazi Government, expressed in the
 form of an organic Proclamation by the Queen Regent and Council, the powers

*) Blaubuch South Africa 1890. (6217.)

and authorities of the Provisional Government Committee, conferred by Proclamation dated the 18th december 1889, and extended by subsequent Proclamation for a further period, to be continued for an indefinite period, subject to the following alterations and additions, and to the establishment of the following constitution and machinery of Government: || (a.) Each of the three Governments, Her Majesty's Government, the Government of the South African Republic and the Swazi Government, to have power from time to time to cancel the appointment of its nominated representative in the Government Committee, and to appoint another representative in his stead. || (b.) A Government Secretary and Treasurer to be appointed by the Government Committee upon the joint nomination of Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, such officer to furnish periodical reports to Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, and to communicate officially with them by instruction from the Government Committee upon matters relating to the affairs of Swaziland. || (c.) A Chief Court to be established composed of three judicial members approved of by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, or of only one member, if Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic should deem one member sufficient, and approve such member. || (d.) Such Court to have full power and jurisdiction over all persons of European birth or extraction in Swaziland and over all questions, matters and things in which any such persons are concerned, with full power to decree against all persons execution by all forms of legal or equitable procedure, approved by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, of every order, judgment, decree or sentence made by it in the exercise of its jurisdiction. || (e.) All subordinate judicial appointments, whether of Magistrates, Justices of the Peace, or the like, and all appointments of Police Officers to be made by the Government Committee, the persons appointed to be previously approved of by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic. || (f.) The jurisdiction conferred upon such subordinate judicial officers to be such as shall be approved by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic. || (g.) The laws to be administered by all Courts of Justice to be the Roman-Dutch Law as in force in South Africa, but subject to such alterations, additions, or amendments as may be made by Proclamation of the Government Committee of any laws, rules or regulations approved of by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, without whose joint consent no law, rule or regulation shall be proclaimed by the Government Committee, or if proclaimed be binding; provided that laws enacted during the period of power of the provisional Government Committee shall continue in force until altered, amended or repealed by some law, rule, or regulation proclaimed after approval as aforesaid. || (h.) The Chief

Nr. 10696.
Gross-
britannien
und
Südafrikan.
Republik.
24. Juli 1890.

Nr. 10696. Court to undertake judicial inquiry into the validity of disputed concessions, so soon as the Swazi Government shall have framed and proclaimed a list of those concessions which it approves of; such inquiry to be conducted in accordance with such laws, rules and regulations as aforesaid. || (i.) The administrative and executive powers under such organic Proclamation as aforesaid to be vested in the Government Committee, but no powers or jurisdiction to be claimed or exercised by the Government Committee, or any judicial tribunal in respect of any question, matter, or thing in which Swazi natives alone are concerned. || (j.) All lawfully acquired rights vested in any person to be recognised by the Government Committee, and all judicial tribunals subject to such laws, rules and regulations as aforesaid. || (k.) The revenue from sources approved by the Proclamation of the 18th december 1889, to be collected by officers appointed by the Government Committee, and to be by such officers paid over to the Government Treasurer, subject to such rules and regulations as to accounts and audit as shall be approved of by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, provided that no revenue shall be derived from any source not lawfully recognised at the date of the organic Proclamation, unless and until a Proclamation establishing such source of revenue shall have been published in Swaziland by the Government Committee with the consent and approval of Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic.

Article 3. Her Majesty's Government and the Government of the South African Republic mutually guarantee, that they will enforce the due observance by the Swazi Government and the Swazis of the provisions of the organic Proclamation aforesaid, and of good and orderly government established thereunder, but no steps shall be taken, and no act be done, by either Government to compel such due observance by force without the approval of the other, which approval shall be deemed to be given if no objection to any such step or act shall be communicated to the Government giving notice of intention to take such step or do such act within two weeks from the date of such notice; provided that either of the said Governments may, upon application by the aforesaid Government Committee, interfere by force in any urgent case to compel such due observance as aforesaid; and provided that, in case of such interference being applied for, the other Government may act upon such application.

Article 4. In all the Courts of Justice in Swaziland, and in all official communications of the Government Committee, the English and Dutch languages shall have equal rights.

Article 5. Saving all existing rights, the sovereignty and ownership of the Swazi nation in respect of all land within the boundaries of Swaziland shall be recognised and respected, but no disposition of any such land, or of any right in respect of such land, and no grant or concession whereby any privileged or exclusive right is granted or conceded, or any right directly or

indirectly interfering with the powers and jurisdiction of the Government Committee shall, after the date of such organic Proclamation be recognised as of any legal validity, unless it shall be made with the approval of Her Majesty's High Commissioner and of the State President of the South African Republic.

Nr. 10696.
Gross-
britannien
und
Südafrikan.
Republik.
24. Juli 1890.

Article 6. The control and management by the Swazi Government of all affairs in which natives only are concerned shall remain unaffected by such organic Proclamation as aforesaid, and shall be regulated according to native laws and customs, save in so far as by such laws and customs any danger may arise affecting good and orderly government under the provisions of the organic Proclamation aforesaid.

Article 7. Her Majesty's Government recognises the validity of the concessions over and in respect of which the Government of the South African Republic possesses controlling power with respect to postal and telegraphic services with respect to the construction of railways in Swaziland, and the keeping of refreshment places thereon, and with respect to the making and navigation of waterways und to land surveying.

Article 8. Her Majesty further consents to the acquisition by the South African Republic, under and by virtue of a Treaty with the Queen Regent of the Swazis und her Council, of the ownership of land in Swaziland for the purpose of construction of a railway across Swaziland from the border of the South African Republic, the extent of such land to be three miles in width at the most; provided that || (a.) The sovereignty over land so acquired shall not be deemed to be acquired by the South African Republic, but such land shall in like manner with any other part of Swaziland remain under the Government and Administration of the Government Committee referred to in this Convention; and || (b.) Her Majesty shall, if occasion require, have the right of passage across such railway an land so acquired.

Article 9. Any deficiency on the revenue for the Government of Swaziland under the organic Proclamation shall, when duly certified according to the rules aforesaid as to accounting and audit, be borne in equal share annually by Her Majesty's Government and the Government of the South African Republic, and any surplus shall be carried over to the account of the next succeeding year.

Article 10. The Government of the South African Republic withdraws all claim to extend the territory of the Republic, or to enter into Treaties with any natives or native tribes to the north or north-west of the existing boundary of the Republic, and undertakes to aid and support by its favouring influence the establishment of order and government in those territories by the British South Africa Company within the limits of power and territory set forth in the Charter granted by Her Majesty to the said Company.

Article 11. Notwithstanding anything to the contrary contained in the Convention of London of 1884, Her Majesty's Government approves of the

Nr. 10696. acquisition by the Government of the South African Republic of rights under
 Gross- Treaty with the Chieftain Umbegeza and the Queen Zambili of Amatongaland,
 britannien over a strip of land not exceeding three miles in width, north of the 27th
 und parallel of South Latitude, for the construction of a railway or for other pur-
 Sudafrican. poses between the frontier of Swaziland and the sea-coast at or near Kosi
 Republik. Bai: provided that Her Majesty's Government undertakes to use its influence
 24. Juli 1890. to obtain a concession to the South African Republic of an area of ten miles
 in radius from a point to be mutually agreed upon situate on the coast of
 Amatongaland, which area of land shall be deemed to be and to form portion
 of the Territory of the South African Republic.

Article 12. Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland agrees to recognise the Sovereignty of the South African Republic in respect of || (a.) The land acquired as aforesaid by such Treaties as are in the last preceding Article contemplated with the Chieftain Umbegeza and the Queen Zambili of Amatongaland, for the purposes therein referred to; || (b.) So much land, connected with the land acquired from the said Chieftain as aforesaid for the purposes aforesaid as may be acquired for the purposes of the navigation of the Pongola River by the South African Republic by Treaty with the said Chieftain, as may not exceed in Area an extent of four miles as the crow flies in radius from some point within the territory of the said Chieftain and on the Pongola River, || and (c.) A strip of land for constructing a line of railway or other purposes, which strip of land may be acquired by a Treaty or Treaties with the Chieftains Zambaan and Umbegeza, and shall not exceed three miles in breadth, running lengthwise, either from Nyawos Hill, along the frontier of Swaziland, or from a point south of that Hill along the Pongola River to a point north of the 27th parallel of South Latitude, where such strip of land would cut across the strip of land referred to in the last preceding Article.

Article 13. If by any such Treaty as is referred to in Article 12 hereof the right of navigation of the Pongola River is conceded by the Chieftain Umbegeza to the South African Republic, Her Majesty's subjects, and all ships, vessels or other craft used in the navigation of the said river, and owned in whole or in part by any of Her Majesty's subjects, shall be entitled by such Treaty and by this Convention to the free navigation of the said river without obstruction from, and without the imposition of any duties or charges by, the Government of the South African Republic, or by any person or company holding rights protected by or derived from the said Government, other or higher than such lowest duties or charges as shall be imposed upon any person, or upon any ship, vessel, or other craft as aforesaid not owned as aforesaid by any of Her Majesty's subjects.

Article 14. In the event of the Government of the South African Republic acquiring rights by Treaty to land for the construction of either or both the lines of railway, or for other purposes as referred to in Articles 11 and 12

of this Convention, and notwithstanding the acquisition by the South African Republic of sovereignty in terms of this Convention, in respect of any land under and by virtue of any approved Treaty with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegeza, or the Queen Zambili of Amatongaland, Her Majesty reserves the right of passage across such lines of railway and all land so acquired by the South African Republic, at places to be mutually agreed upon, the further right to claim convenient facilities for crossing each of the said lines and the said land with one line of railway at the same places or others conveniently situated, and the right, at any place across either strip of land acquired under paragraph C. of Article 12, of passing troops if necessary into Swaziland in accordance with this Convention.

Nr. 10696,
Gross-
britannien
und
Südafrikan.
Republik.
24. Juli 1890.

Article 15. No treaty entered into in manner recognised by this Convention with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegeza, or the Queen Zambili of Amatongaland shall be deemed to be valid and binding until approved of by Her Majesty, in manner provided by Article IV. of the London Convention of 1884.

Article 16. The Government of the South African Republic will in no case, without the approval of Her Majesty's Government, part with the sovereignty, control, or management of Kosi Bay or the harbour works in connexion therewith, or the area of land herein-before referred to; and will not without the like approval enter into any Treaty relating to Kosi Bay or the said works or area with any Foreign Power.

Article 17. Should any dispute arise between the Government of the South African Republic and any foreign Power relative to any act, omission, or alleged default on the part of the said Government in the exercise of its sovereignty in respect of Kosi Bay or the said works or area, the said Government, for the sake of protecting the sovereignty of the South African Republic with regard to the said bay, works and area, consents to assign to Her Majesty's Government the conduct, on behalf of the Government of the South African Republic, of all diplomatic representations and negotiations with such Foreign Power relative to such dispute. Such representations to be made and negotiations to be carried on in consultation with the Government of the South African Republic.

Article 18. The provisions of Article 16 of this Convention shall be construed so as to refer not only to Kosi Bay, the harbour works in connexion therewith, and the area of land referred to in the said Article, but also to any other land the sovereignty in respect of which shall be acquired by the South African Republic in terms of this Convention under and by virtue of any Treaty entered into with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegeza, or the Queen Zambili of Amatongaland and approved of by Her Majesty as aforesaid.

Article 19. The Government of the South African Republic consents, in the event of acquisition by it of Kosi Bay as aforesaid, and of sovereign

Nr. 10696. Gross-
britannien
und
Südafrikan.
Republik.
24. Juli 1890.

rights over the area of land referred to in Article 11 and over the land referred to in Article 12, to enter with Her Majesty's Colony of the Cape of Good Hope and the Orange Free State, and with such other Colonies or Dependencies of Her Majesty as may then be parties thereto, into the then existing Customs Union Convention; provided that terms and conditions of entrance are conceded with due regard to the existing contracts and to the existing treaties recognised by Her Majesty's Government, by which the Government of the South African Republic is bound.

Article 20. Notwithstanding anything to the contrary contained in any of the preceding Articles of this Convention, and notwithstanding that any treaty entered into by the South African Republic with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegesa, or the Queen Zambili, of Amatongaland, shall have been approved of by Her Majesty in manner provided in this Convention, such approval shall be deemed to be conditional upon the entering of the South African Republic into the said Customs Union Convention, and none of the rights or powers conferred by any such treaty may be validly claimed or exercised by the Government of the South African Republic unless, within six months after the date of Her Majesty's approval in respect of the first of any such treaties entered into as aforesaid, copy whereof shall be received by Her Majesty's Government in accordance with Article 4 of the London Convention of 1884, the Government of the South African Republic shall have entered into the said Customs Union Convention upon terms and conditions agreed upon by and between the said Government and the respective Governments of the Colonies, States, or Territories then parties to the said Convention.

Article 21. If before the expiration of three years from the 8th day of August 1890, || either (a.) The Government of the South African Republic shall not have entered into such treaties as aforesaid with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegesa, and the Queen Zambili of Tongaland, or their respective successors; || or (b.) Such treaties, if entered into, shall not have been approved of by Her Majesty in manner provided in this Convention; || or (c.) Though such treaties shall have been entered into and approved of, the Government of the South African Republic shall not have entered into the Customs Union Convention in accordance with Articles 19 and 20, || each party to this Convention shall have the option, at any time before the 8th day of May 1893, of giving notice, in writing, to the other party that at the expiration of the period of three years aforesaid the force and effect of this Convention shall terminate; provided that || (1.) Such termination shall not bind Her Majesty to recognise as valid any such treaties as aforesaid, notwithstanding that the same shall have been approved of. || (2.) Such termination shall not affect the binding force and effect of Articles 10 and 24 of this Convention.

Article 22. The Government of the South African Republic agrees to admit free of any duties of Customs into the South African Republic all

articles the produce and manufacture of any State, Colony, or territory bordering on the territory of the South African Republic, into which the produce and manufactures of the South African Republic are admitted free of such duties, subject for such period as it may be a party to the Custom Union Convention to such exceptions as may be thereby prescribed.

Nr. 10696.
Gross-
britannien
und
Südafrikan.
Republik.
24. Juli 1890.

Article 23. The Government of the South African Republic undertakes to withdraw all opposition, direct or indirect, to the extension of railways from or through any of Her Majesty's Colonies in South Africa or the Orange Free State to or towards the boundaries of the South African Republic, and further to take into consideration the extension of such railways, subject to all existing rights and Treaties, from the said boundaries into the territory of the South African Republic to the townships of Johannesburg and Pretoria.

Article 24. Her Majesty's Government consent to an alteration of the boundary of the South African Republic on the East so as to include the territory known as the Little Free State within the territory of the South African Republic.

Article 25. This Convention will be ratified by the Volksraad of the South African Republic on or before the 8th day of August 1890, and in default of such ratification this Convention shall be null and void.

Henry B. Loch, High Commissioner.

S. J. P. Kruger, State President of the S. A. Republic.

D. W. J. Leyds, State Secretary.

Nr. 10697*). **GROSSBRITANNIEN.** — Der englische Gouverneur in Kapstadt an den Staatssekretär der Kolonien. — Mittheilungen über die Verhandlungen mit der Südafrikanischen Republik.

Johannesburg, South African Republic, June 10, 1893.

My Lord Marquess, || I have the honour to enclose, for your Lordship's information, a translation of a letter which I have received from the Government of the South African Republic covering the draft of a Convention relating to Swaziland which the Government and Volksraad of the South African Republic are prepared to accept. || I enclose also a translation of a resolution adopted by the Volksraad of the South African Republic in respect of the negotiations on the subject of Swaziland. || The draft Convention represents the result of four days' discussion between the State President and myself, and is also the outcome of several discussions in the Volksraad which have taken place in secret session. || The Convention is, as your Lordship will observe, confined to Swaziland; and the various questions relating to the territories of

Nr. 10697.
Gross-
britannien.
10. Juni 1893.

*) Die folgenden Aktenstücke bis Nr. 10710 sind dem Blaubuch South Africa 1893 (7212) entnommen.

Nr. 10697.
Gross-
britannien.
10. Juni 1898.

Umbegeza, of Zambaan, the Widow Mdhlaleni and Tongaland, as well as the questions relating to Railways, Railway tariffs and the free importation of South African produce are not touched. || It would have been more satisfactory to me if I had been able to attach to the draft Swaziland Convention stipulations respecting the Charlestown railway, and a general agreement on the subject of South African railway tariffs; but these questions, however important they may be in the general interest of South Africa, are not logically connected with the Swaziland question. The primary considerations to be borne in mind in dealing with the Swaziland question are the interests of the Swazi natives and of the Europeans who are either residents in Swaziland or have acquired property in that country. || Those interests have, I think, been very fully safeguarded in the draft Convention, and I beg to recommend that the draft may receive the approval of Her Majesty's Government. || I may add, that I have arranged for an extension of the existing Convention for three months, such extension to be terminable at any time with the mutual consent of the High Commissioner and the State President, and I enclose a copy of the memorandum of agreement on this point. || In reviewing the whole course of the negotiations I think I am in a position to congratulate your Lordship on the satisfactory settlement of a difficult question. The pledges made by me with the authority of your Lordship's predecessor have been fulfilled. The rights and interests of the Swazi natives have been as fully safeguarded as if the Joint Government had continued. A dispute which was a constant source of anxiety and danger to British interest in South Africa has been satisfactorily adjusted. Her Majesty's Government have been relieved of a burdensome and unprofitable expenditure, and British interests in Swaziland have been fully safeguarded and protected. || There are, moreover, stipulations in the Convention which though apparently unimportant in themselves are likely to exercise an important influence on the future of British policy in South Africa to the great benefit of Imperial and native interests. || It is with pleasure therefore I have to inform your Lordship that all these ends have been attained without any sacrifice of any interest or principle, and that even the Charlestown railway extension, though not expressly stipulated for in the Convention, has been apparently secured by the closing sentences of the resolution of the Volksraad of the South African Republic.

Henry B. Loch,
High Commissioner for South Africa.

Nr. 10698. GROSSBRITANNIEN UND SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK.

— Vertragsentwurf.

Nr. 10698.
Gross-
britannien
und
Südafr. Rep.
8. Juni 1898.

Government Office, Pretoria, June 8, 1898.

Article I. — The Convention of 1890 between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the South African Republic, with the exception of Articles 10 and 24 thereof shall, on the

8th day of august 1893 cease and determine, and the Article of this Convention shall have force and effect, but the provisions of all or any of the Articles of the said Convention of 1890 may, with the consent of Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic be continued in force for a further period, to be mutually arranged, pending the completion of the Convention or organic proclamation provided for in Article 2 of this Convention.

Nr. 10698.
Gross-
britannien
und
Südafrikan.
Republik.
8. Juni 1893.

Article II. — Her Majesty's Government agrees, notwithstanding anything to the contrary contained in Articles 2 or 12 of the Convention of London 1884, or in the Convention of 1890, that the Government of the South African Republic may enter into negotiations with the Swazie Queen Regent and Council, with a view to obtaining a Convention or an Organic Proclamation by which rights and powers of jurisdiction, protection and administration over Swazieland, without incorporation thereof into the said republic, may be conferred upon and secured to the last-mentioned Government, but no such Convention or Organic Proclamation would be entitled to recognition from Her Majesty's Government unless the said Government were satisfied: || (a.) that the Swazie Queen Regent and Council understood the nature, terms, articles and conditions thereof; || (b.) that just provision had been made for the protection of the Swazie natives with regard to the management of their own internal affairs according to their own laws und customs, including the laws and customs of inheritance and succession, in so far as the said laws and customs are not inconsistent with civilised laws and customs, or with any law in force in Swaziland made pursuant to such Convention or Organic Proclamation, and with regard to their continued use and occupation of land now in their possession, and of all grazing or agricultural rights to which they are at present entitled.

Article III. — In the event of any such Convention or Organic Proclamation as aforesaid being approved of by Her Majesty's Government, the following articles of this Convention shall be binding upon the Government of the South African Republic: —

Article IV. — All British subjects residing in Swazieland, or having in Swazieland any property, grant, privilege, or concession, or any right, title to, or interest in, any property, grant, privilege, or concession, shall be secured in the future enjoyment of all their rights and privileges of whatsoever nature or kind in like manner as burghers of the South African Republic, but shall obey the Government and conform to the laws established for Swazieland.

Article V. — Every white male who shall have been a bonâ fide resident in Swazieland (even if temporarily absent from Swazieland) on the 20th april 1893, shall become and be entitled to all the political privileges of a full burgher of the South African Republic as though he had been born in that Republic. || Provided, however: — || (a.) that every white male shall make

Nr. 10698.
Gross-
britannien
und
Südafrikan.
Republik.
8. Juni 1893.

application, in writing, to an officer to be appointed at Bremersdorp, in Swazieland, by the Government of the said Republic to have his name enrolled upon a list of persons so entitled, and upon satisfactory proof, by a true and solemn declaration of his bonâ fide residence in Swazieland on the aforesaid day, such declaration to be made within six months from the date of public notification of the appointment of such officer as aforesaid, such officer shall be bound to enrol his name on such list, and such list shall be the list of burghers of the South African Republic so admitted under this head of this Article to the privileges aforesaid; || (b.) that every white son of any person admitted to the privileges of a burgher under the preceding paragraph of this Article, which son shall have been a minor on the aforesaid date, shall be entitled to the like political privileges which he would have had if his father had been a natural-born burgher of that Republic and he himself had been born therein, provided that the right under this section shall be claimed by such minor from the Government of the South African Republic by notice in writing within twelve months from his attaining his majority; || (c.) that every person admitted as a burgher shall, while resident in Swazieland, be entitled to register his vote at any election when and where a burgher resident in some convenient district of the South African Republic adjoining Swazieland would be entitled to vote, such district to be determined by the Government of the South African Republic, and if thereafter he shall come to reside in any district of the South African Republic such person shall there be entitled to register his vote.

Article VI. — The equal rights of the Dutch and English languages in all courts of Swazieland shall be maintained. This provision shall be in force so long as the administration of Swazieland by the Government of the South African Republic continues under the provisions of the Convention or Organic Proclamation referred to in Article 2.

Article VII. — The customs duties shall not be higher in respect of any article imported into Swazieland than the duty thereon according to the tariff at present in force in the South African Republic or the tariff at present in force in the South African Customs Union, whichever is now the higher. This provision shall be in force so long as the administration of Swazieland by the Government of the South African Republic continues under the provisions of the Convention or Organic Proclamation referred to in Article 2. || No individual or individuals, corporation, or company shall have exclusive rights or privileges with regard to the imposition of, or exemption from, Customs duties on goods.

Article VIII. — The Government of the South African Republic agrees to prohibit the sale or supply of intoxicating liquor to Swazie natives in Swazieland.

Article IX. — No railway beyond the eastern boundary of Swazieland shall be constructed by the Government of the South African Republic save

under the provisions of a further contemplated Convention between Her Majesty the Queen and the South African Republic, or with the consent of Her Majesty's Government.

Nr. 10698.
Gross-
britannien
und
Südafrikan.
Republik.
8. Juni 1893.

Article X. — Articles 10 und 24 of the Convention of 1890 are here again set forth for convenience of reference: —

“Article 10. The Government of the South African Republic withdraws all claim to extent the territory of the Republic, or to enter into treaties with any natives or native tribes to the north or north-west of the existing boundary of the Republic, and undertakes to aid and support, by its favouring influence, the establishment of order and government in those territories by the British South Africa Company within the limits of power and territory set forth in the Charter granted by Her Majesty to the said Company.

“Article 24. Her Majesty's Government consent to an alteration of the boundary of the South African Republic on the east, so as to include the territory known as the Little Free State within the territory of the South African Republic.”

Article XI. — Her Majesty's Government reserves the power of exercising diplomatic representation in favour of Swazie natives or British subjects in case any provision of the Convention or Organic Proclamation referred to in Article 2 shall not be fairly and faithfully observed.

Article XII. — This Convention will be ratified by the Volksraad of the South African Republic on or before the day of 1893, and in default of such ratification this Convention shall be null and void.

Nr. 10699. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Beschluss des Volksraths über die Verhandlungen mit England.

Government Office, Pretoria, June 7, 1893.

The First Volksraad having considered the communications made by the Government and the Executive Council with reference to the course of negotiations which took place before, and which now are taking place with his Excellency the High Commissioner, taking into consideration that those negotiations did not confine themselves to Swazieland exclusively, but that from the side of the High Commissioner other matters have been included in the Swazieland affair, which have no reference to the Swazieland question, as, for instance:— || The not claiming of certain rights on or in Zambaan land, or the acquiring thereof. || The entering into of a railway tariff agreement. || The extension of the Natal line of railway from Charlestown to Johannesburg and Pretoria. || The free importation of the mutual produce of all the States and Colonies and territories of South Africa up to the Zambesi. || Considering that his Excellency the High Commissioner is willing to agree that, with reference to Swazieland, a separate Convention be concluded, but that, on the other hand, the High Commissioner claims that in that same Convention a condition or promise be attached which has no relation to Swazieland, and, secondly,

Nr. 10699.
Südafrikan.
Republik.
7. Juni 1893.

Nr. 10699.
Südafrikan.
Republik.
7. Juni 1899.

that he wishes, simultaneously with the concluding of the Convention with reference to Swazieland, a second Convention to be entered into relative to the other above-mentioned subjects or, at any rate, to arrive at a certain understanding with the Government of the South African Republic with reference thereto. || Considering that the Swazieland question is and ought to stand as a separate one. || Considering the just right of the Republic to Swazieland. || Considering the promise of Her Majesty's Government in regard to their endeavour to, as far as possible, meet the wishes of the South African Republic. || Considering that on the other side repeated proofs have been given from the side of the South African Republic of its willingness to meet the wishes and interests of Her Majesty's Government, and that the Republic has more than fully performed its obligations. || Considering the Volksraads Resolution, Article 1204, dated August 7th, 1890, by which the Convention of August 1890 was explicitly declared to be regarded as a transitory measure. || Resolves: — || 1stly. To express its deep disappointment and regret on account of the fact that Her Majesty's Government again attaches conditions to the settlement of the Swazieland question which have no relation to that question. || 2ndly. That it is impossible in any Convention intended for the settlement of the Swazieland question to treat of other subjects, or to include other conditions, or to add any promises which are outside the settlement of the Swazieland question, such as the extension of the Natal railway line or the mutual free importation of South African products. || 3rdly. That the Volksraad, as yet, wishes to confine itself to the treatment of the Swazieland question only. || 4thly. That the Volksraad agrees, that, in the Convention intended to settle the Swazieland questions, stipulations and conditions be inserted referring to matters touching Swazieland, such as the protection of British interests, protection of the Swazies, the right to voting, the import duties for Swazieland, and the language question there, and the Government be empowered, as far as possible, to meet the wishes of Her Majesty's Government on these points. || 5thly. That the Volksraad hopes, that it will be possible for the Government, in terms of this resolution, to be able to come to an agreement. || 6thly. That the Volksraad regrets, that its duty to the people of the South African Republic makes it impossible for the Raad, having regard to the interests of the South African Republic and the expressed will of the people, to act otherwise than as is expressed herein. || That the Volksraad expresses the hope, and gives the assurance from its side, that, although it may be impossible to come to a settlement at this moment, such will not interfere with the friendly relations between this Government and Her Majesty's Government, which friendly relations it will ever be the wish of the Volksraad to strengthen. The Volksraad further resolves, with reference to the Natal Railway Extension (having in view its instructions of 1892 respecting the survey thereof), still to deal with the subject in this Session with observance of the interests of the South African Republic and of Natal.

Nr. 10700. GROSSBRITANNIEN. — Der englische Gouverneur an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. — Interpretation einiger Artikel in dem Vertragsentwürfe.

Government House, Cape Town, July 21, 1893.

Sir, || I am authorised by Her Majesty's Government to sign the Convention proposed to be entered into between your Honour and myself; but, in making this communication to your Honour, to prevent any future misconception, I am directed to state that Her Majesty's Government understand the Convention to embody the unrestricted right of Her Majesty's Government to approve or dissent from any Convention or Organic Proclamation to be entered into between your Honour's Government and the Swazi Queen and Nation. || That the free assent of the Swazi Queen and Nation will constitute an essential preliminary to acceptance by Her Majesty's Government of the proposed Convention or Organic Proclamation with the Swazis. || That nothing contained in Article two is to be construed as giving validity to any law hereafter to be made which would be inconsistent with the terms and conditions of the present Convention or of the Convention or Organic Proclamation to be approved by Her Majesty's Government, and that the Convention or Organic Proclamation to be entered into between the Government of the South African Republic and the Swazi Nation cannot be altered or abrogated without the consent and approval of Her Majesty's Government. || I should be glad to learn, that your Honour accepts, on behalf of the South African Republic, this statement as correctly representing the effect of the terms of the Convention.

Nr. 10700.
Gross-
britannien.
21. Juli 1893.

Henry B. Loch.

Nr. 10701. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. — Dasselbe.

(Telegram.) || 17th August 1893. — I trust I may be allowed to remind your Honour, that nearly four weeks have elapsed since I addressed to you my despatch of the 21st ultimo, and as that despatch conveyed to your Honour the approval of Her Majesty's Government to the draft Convention which had been negotiated between your Honour and myself, and which had received the approval of the Executive and the Volksraad, I trust your Honour will not consider I am unduly pressing in expressing a wish to be informed when I may expect to receive a reply to that despatch, so that the further preliminaries in connection with signing the Convention may be proceeded with. I address to you this request in the same friendly spirit that I acknowledge with pleasure has characterised all our negotiations both at Colesburg and at Pretoria.

Nr. 10701.
Gross-
britannien.
17. Aug. 1893.

Nr. 10702. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Das Staatssekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt.
— Antwort auf das vorige.

Nr. 10702.
Südafrikan.
Republik.
17. Aug. 1893. (Telegram.) || 17th August 1893. — Your Excellency's telegram of to-day. I am instructed to say, that his Honour thanks you very much for the friendly spirit expressed therein. To-day a written reply with translation is being sent to your Excellency, the text of which for the sake of expedition of the matter I cause to follow. Begins: —

Your Excellency, || I am directed and have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's despatch, dated 21st July last, and in reply thereto to say that the Government of the South African Republic has observed to its regret that the views of Her Majesty's Government respecting the terms of the proposed Convention so diverge from those terms themselves that it cannot agree with them, and that it can consequently also not submit to them. || The Government understands from the proposed Convention that the right of Her Majesty's Government to approve or disapprove the Convention or Organic Proclamation to be entered into with the Swazi Queen Regent and her Council, in contrast to what is said by your Excellency, is indeed limited by the provisions of Article 2, (a) und (b), of the proposed Convention in so far that, if in such Convention or Organic Proclamation the above-named conditions are complied with, the acknowledgment and approval thereof by Her Majesty's Government ought to follow. || From the contents of Article 2 of the proposed Convention the Government understands, that the consent of the Swazie Queen Regent and Council to the Convention or Organic Proclamation is sufficient to obtain acknowledgment and approval of Her Majesty's Government. In the Convention moreover, "The Queen and Council" are specially mentioned, and not the "Nation". || The Government can equally little share in the opinions of Her Majesty's Government respecting the validity of the laws to be made for Swaziland by the South African Republic, and the alteration or abrogation of the Organic Proclamation or Convention with the Swazie Queen Regent and Council, as those are additional matters which are not comprised in the Convention. || This Government trusts, that Her Majesty's Government, after full consideration of the matter, will perceive the reasonableness and justness of the above representations.

Nr. 10703. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. — Antwort auf das vorige.

Government House, Cape Town, August 22, 1893.

Nr. 10703.
Gross-
britannien.
22. Aug. 1893. Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your Honour's despatch of the 17th instant. || I agree with your Honour, that the expression "Swazi Queen Regent and Council" is more correct than the word's "Swazi Queen and Nation", and I readily agree that the free assent referred to in

my despatch of the 21st July, shall be that of the Queen Regent and Council. || I regret, however, to find that on some points you appear to put a different interpretation from my own upon certain of the provisions of the draft Convention between Her Majesty's Government and the South African Republic recently drawn up at Pretoria. || I am advised, that the true legal interpretation of those provisions is not in accordance with the views expressed in your Honour's letter of the 17th instant, and I do not myself understand their meaning as you do. || But Her Majesty's Government are most anxious to avoid all possibility of future misunderstanding, and to deal in the most frank and friendly spirit with the Government of the South African Republic, and they have therefore instructed me to explain to you more in detail than I have previously done their views with respect to the points which it is desirable to make clearer than they at present appear to be. || The difficulty with regard to the Article No. 2 arises from the introduction of the words — "or with any law in force in Swaziland, made pursuant to such Convention or "Organic Proclamation." An interpretation might be put upon those words which would render it possible so to frame the Convention or Organic Proclamation as to authorise the making under it of laws inconsistent with stipulations of Article No. 2 itself. This would not be in accordance with the intentions of Her Majesty's Government, and they must therefore either reserve to themselves an unrestricted right to refuse recognition to the Convention or Organic Proclamation, if they are not satisfied with its provisions in this respect, or they must make their acceptance of the proposed Convention between themselves and the South African Republic contingent on a clear understanding that no law is to be made hereafter in Swaziland which is inconsistent with the guarantees given in that Convention to the Swazi natives. This can be effected either by the acceptance of this understanding by the South African Republic or by an amendment of the wording of Article No. 2. || With regard to the other point referred to in your Honour's letter under reply, I am directed to point out that when the proposed Convention or Organic Proclamation has received the recognition of Her Majesty's Government it will have the character of an agreement between that Government and the South African Republic and therefore cannot be altered without the consent of both Governments: if this were not so, the proposed Convention between Her Majesty's Government and the South African Republic would be illusory.

Henry B. Loch.

Nr. 10704. GROSSEBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik.
— Die britische Regierung will die Konvention auf 7 Jahre abschliessen.

(Telegram.) || 15th September 1893. — With reference to your Honour's despatch of the 7th instant, I am instructed to inform you that Her Majesty's Government highly appreciate the friendly spirit in which the Government of

Nr. 10703.
Gross-
britannien.
22. Aug. 1893.

Nr. 10704.
Gross-
britannien.
15. Sept. 1893.

Nr. 10704. the South African Republic has given the assurance that no laws to be made
Gross- for Swaziland shall be in conflict with the guarantees given to the Swazi
britannien. people. Her Majesty's Government also note with satisfaction, that the Govern-
15. Sept. 1893. ment of the South African Republic recognise that any alteration of the pro-
posed Convention or Organic Proclamation of the Swazi Queen and Council,
or any new Convention or Organic Proclamation, would be subject to the
approval of Her Majesty's Government. || The only question requiring further
elucidation is therefore whether the proposed Convention or Organic Procla-
mation may be abrogated without the consent of Her Majesty's Government. ||

Her Majesty's Government cannot admit, that there is any analogy between
the proposed Convention or Organic Proclamation and treaties such as that
with Germany mentioned by the South African Republic. || Her Majesty's Go-
vernment have no desire to maintain indefinitely a Convention or Organic
Proclamation which may, in the ordinary course of events, hereafter prove
unsuitable, even with such alterations as might be mutually agreed upon, but
they cannot agree that the Convention or Organic Proclamation made one day
with the assent of Her Majesty's Government is liable to abrogation the next
without their assent. They feel it unavoidable, that they should ask for some
assurance of its reasonable duration. || Therefore, as a condition precedent to
the signature of the Convention with Her Majesty's Government, they desire
an assurance on the part of the South African Republic that one of the terms
of the Convention with, or Organic Proclamation of, the Swazi Queen and
Council shall be the provision for its duration for a period of not less than
seven years, on the expiration of which term Her Majesty's Government will
be ready to confer with the South African Republic as to any measures which
may have then become desirable. || On receipt of the above assurance I am
empowered at once to sign the Convention.

Nr. 10705. **SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK.** — Das Staatssekre-
tariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. —
Ablehnung des englischen Vorschlags.

Nr. 10705. (Translation.) || 20. September 1893. — I am instructed to acknowledge the
Südafrikan. receipt of your telegram which was confirmed by your Excellency's letter of
Republik. the same date. This Government regrets, that it is impossible for it to accept
20. Sept. 1893. the condition that one of the terms of the Convention with, or Organic Pro-
clamation of, the Swazi Queen and Council shall be the provision for its du-
ration for a period of not less than seven years. || The Swaziland question has
already been so long pending that it is impossible for the Republic to bind
itself to wait for seven years more after expiration of which time it would
always still be uncertain what would happen to Swaziland. Moreover, the
assent of the Swazis expressed according to the terms of the Convention taken
into consideration must be final toward the Republic. It is impossible for the

Republic to assent, that there should be an opportunity afterwards to revert thereto. || The acceptance of the new condition imposed by Her Majesty's Government would, instead of making an end to the Swaziland question, create or prepare new difficulties for the future, and can therefore not be accepted by this Government, and this Government cannot do otherwise than abide by its last expressed opinion. The Government wishes again to repeat that they do not wish to act without assent of the Swazi Queen and Council. When they have agreed with them respecting a Convention or Organic Proclamation then it always still lies in the power of Her Majesty's Government to refuse its assent thereto, if it is not in accordance with the terms of the Convention with Her Majesty's Government.

Nr. 10705.
Südafrikan.
Republik.
20. Sept. 1893.

Nr. 10706. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik.
— Widerlegung der Bedenken der Südafrikanischen Regierung.

(Telegram.) || 25th September 1893. — With reference to your Honour's telegram of 20th instant, I am directed to inform you, that the South African Republic have quite misunderstood the object in my telegram of the proposal that the Convention or Organic Proclamation should stand for seven years certain. Her Majesty's Government gathered from your Honour's letter of 7th instant that you feared that Her Majesty's Government wished to make that Convention or Organic Proclamation permanent, however circumstances might alter, and it was to give a proof that Her Majesty's Government had not such an idea that Her Majesty's Government proposed the seven years' term. Far from wishing to have the question re-opened, it is the desire of Her Majesty's Government that any arrangement made now should have as durable a character as possible, and it is on this ground among others that they are unable to recognise a power in the South African Republic to abrogate that arrangement at any moment, without the assent of Her Majesty's Government. Her Majesty's Government feel confident, that the South African Republic cannot desire to deprive the new arrangement of all stability, and they must press the South African Republic to give such an assurance upon that point as will remove the last remaining obstacle to the signature of the Convention. The South African Republic may rest assured, that Her Majesty's Government will at all times be ready to consider with them in the most friendly spirit any modification of the Convention or Organic Proclamation now to be made with the Queen Regent and Council of Swaziland which experience may show to be required, and which the South African Republic may propose. Her Majesty's Government do not propose any alteration of the Convention with them.

Nr. 10706.
Gross-
britannien.
25. Sept. 1893.

Nr. 10707. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Das Staassekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das vorige.

Nr. 10707. (Telegram.) || 27th September 1893. — Your Excellency's telegram of the
Südafrikan. 25th September. The Government of the South African Republic gives the
Republik. assurance that Organic Proclamation, &c., shall not be altered or abrogated
27. Sept. 1893. without the joint assent of Her Majesty's Government and the Government of
the South African Republic, and then only at the request of the Government
of the South African Republic, whereby this Government assumes that if such
a request be found reasonable it will be acceded to. Upon receiving the
assurance of Her Majesty's Government that they accept the above under-
standing his Honour the State President will be prepared to sign the Con-
vention.

Nr. 10708. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. — Verlängerung der Konvention.

Nr. 10708. (Telegram.) || 30th September 1893. — It affords me much pleasure to in-
Gross- form your Honour, that I am instructed by Her Majesty's Government that they
britannien. accept as satisfactory the assurance of your Honour and of the Government
30. Sept. 1893. of the South African Republic, on the understanding conveyed in the telegram
of the Acting State Secretary of the 27th September, and I therefore suggest
that the text of the telegram should be embodied in a letter from your Honour
to me and I can then reply to it in a letter identical in terms. I also suggest,
to allow time for the preliminary arrangements, and for your Honour's negotia-
tions in connexion with the Organic Proclamation, that the Convention of 1890
should be prolonged to some fixed date, terminable, however, at an earlier
date on the ratification of the Organic Proclamation, and I would suggest,
therefore, to your Honour that it should be prolonged either to the 31st March
or 30th June next. I name these two dates as being convenient on account
of financial arrangements. || I am sending your Honour a further telegram with
respect to the preamble and printing of the Convention.

Nr. 10709. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Der Staatssekretär an den englischen Gouverneur in Kapstadt. — Verlängerung der Konvention bis zum 30. Juni 1894.

Government Office, Pretoria, October 6, 1893.

Nr. 10709. (Translation.) || Your Excellency, || I am directed to confirm hereby my
Südafrikan. telegram dated to-day, reading thus: — || "I am instructed to thank your
Republik. Excellency for your telegram of the 30th September, and to say that the
6. Oct. 1893. English and Dutch text of my telegram of the 27th September will, without

delay, be sent in a letter to be addressed to your Excellency. This Government further agrees with your Excellency's suggestion that in order to give it time to carry on negotiations in the matter of the Organic Proclamation to extend the Convention of 1890 to a certain date, it being, however, terminable before that time on ratification of the Organic Proclamation. The date of extension to be the 30th June next."

Nr. 10709.
Südafrikan.
Republik.
6. Oct. 1893.

C. van Boeschoten.

Nr. 10710. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Minister der Kolonien. — Meldet die Unterzeichnung der Konvention.

(Telegraphic.) || Cape Town, 8th November 1893. — Following telegram received from State Secretary this morning. Translation begins: — || "8th November. I am instructed to inform you, that the Swaziland Convention has been signed to-day by his Honour the State President, and that a copy thereof is being sent to your Excellency to-day."

Nr. 10710.
Gross-
britannien.
8. Nov. 1893.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

Nr. 10711. **GROSSBRITANNIEN UND CHINA.** — Vertrag über das
Burmah- und Thibetgebiet*).

London, March 1, 1894.

Nr. 10711.
Gross-
britannien
und China.
1. März 1894.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the Emperor of China, being sincerely desirous of consolidating the relations of friendship and good neighbourhood which happily exist between the two Empires, have resolved to conclude a Convention with the view of giving effect to Article III of the Convention relative to Burmah and Thibet, signed at Peking on the 24th July, 1886, and have appointed as their Plenipotentiaries for this purpose, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, the Right Honourable the Earl of Rosebery, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs; || And His Majesty the Emperor of China, Sieh Ta-jên, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of China at the Court of St. James', and Vice-President of the Imperial Board of Censors; || Who, having mutually communicated to each other their respective Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following Articles:—

Article I.

It is agreed, that the frontier between the two Empires, from latitude 25° 35' north, shall run as follows:— || Commencing at the high conical peak situated approximately in that latitude and in longitude 98° 14' east of Greenwich and 18° 16' west of Peking, the line will follow, as far as possible, the crest of the hills running in a south-westerly direction through Kaolang Pum and the Warong Peak, and thence run nearly midway between the villages of Wanchon and Kaolang—leaving the former to Burmah and the latter to China—on to Sabu Pum. || From Sabu Pum the frontier will run in a line slightly to the south of west through Shatrung Pum to Namienku Pum, thence it will be continued, still running in a south-westerly direction, along the crest

*) Blaubuch Treaty Series 19. 1894 (7547).

of the hills until it strikes the Tazar Kha River, the course of which it will follow from its source to its confluence with the nam Tabet or Tabak Kha, thus leaving Uka to the east and Laipong to the west. || From the confluence of the Tazar Kha River with the Tabak Kha, the frontier will ascend the latter river to its junction with the Lekra Kha, which it will follow to its source near Nkrang. From the source of the Lekra Kha, leaving Nkrang, Kukum, and Singra to the west, and Sima and Mali to the east, the line will follow the Lesa Kha from its western source to its junction with the Mali River, and thence will ascend the Mali to its source near Hpunra Shikong; thence it will run in a south-westerly direction along the Laisa Kha from its source down to the point where it falls into the Molé River near Kadon, leaving the village of Kadon to the west and that of Laisa to the east. || The line will then follow the course of the Molé in a south-easterly direction to the place where it receives the Che Yang Kha, which latter river it will follow to its source in the Alau Pum. It will then be directed along the Nampaung River from its western source down to where it enters the Taping River. This concludes the description of the first section of the frontier.

Nr. 10711.
Gross-
britannien
und China.
1. März 1894.

Article II.

The second section of the frontier, or that portion of it which extends from the Taping River to the neighbourhood of Meung Mao, will run as follows:— || Starting from the junction of the Khalong Kha with the Taping River, the frontier will follow the Khalong Kha and its western branch to its source; it will be drawn thence southward to meet the Sipaho or Lower Nanthabet at a spot immediately to the south-west of Hanton, leaving Matin to Great Britain and Loilong-ga-tong, Tiêh-pi-Kwan and Hanton to China; thence it will ascend the branch of the last-named river which has its source nearest to that of the Mantein Kha. It will thence follow the crests of the line of hills running in a south-easterly direction to the more southerly of the two places named Kadaw, which is close to the Namwan River, leaving Kadaw to China and Palen to Great Britain. It will follow the Namwan River in a south-westerly direction down to the point in about latitude $23^{\circ} 55'$, where that river takes a south-easterly course. Thence it will run in a direction somewhat west of south to Nammak River, leaving Namkhai to Great Britain. It will follow the Nammak River to the point where it bifurcates in about latitude $23^{\circ} 47'$, and will then ascend the southern branch till it reaches the crest of a high range of hills to the south of Mawsiu, in about latitude $23^{\circ} 45'$. It will follow the crest of this range (which runs slightly to the north of east) until it reaches the Shweli River at its junction with the Nammak, thus leaving to China the district of Mawsiu, the spot recently identified as Tien-ma-Kwan and the villages of Hinglon and Kongmow, lying to the north of the above-mentioned range. || It will then follow the course of the Shweli River, and where the river bifurcates, it will follow the more

Nr. 10711.
Gross-
britannien
und China.
1. März 1894.

southerly of the two branches, leaving to China the island formed by them, until it reaches a point near the eastern end of the loop which the river forms opposite to Meung Mao, as indicated in the next Article of the Convention. || The Government of China consent that the most direct of the roads between Bhamo and Namkhan, where it passes through the small portion of Chinese territory south of the Namwan, shall, while remaining entirely open to Chinese subjects and to the tribesmen subject to China, be free and open to Great Britain for travellers, commerce and administrative purposes, without any restrictions whatever. Her Britannic Majesty's Government shall have the right, after communication with the Chinese authorities, to execute any works which may be desirable for the improvement or repair of the road, and to take any measures which may be required for the protection of the traffic and the prevention of smuggling. || It is equally agreed that British troops shall be allowed to pass freely along this road. But no body of troops more than 200 in number shall be dispatched across it without the consent of the Chinese authorities, and previous notice in writing shall be given of every armed party of more than twenty men.

Article III.

The third section of the frontier will run as follows: — || It will commence from a point on the Shweli River, near to the east end of the loop formed by that river opposite to Meung Mao; thence paying due regard to the natural features and the local conditions of the country, it will trend in a south-easterly direction towards Ma-li-pa until it reaches, at a point in about longitude longitude $98^{\circ} 7'$ east of Greenwich ($18^{\circ} 23'$ west of Peking), and latitude $23^{\circ} 52'$, a conspicuous mountain range. It will follow the crests of that range through Loiaipong and Loipanglom until it reaches the Salween River, in about latitude $23^{\circ} 41'$. || This portion of the frontier from the Shweli to the Salween River shall be settled by the Boundary Commission provided for in Article VI of the present Convention, and in such a manner as to give to China at least as much territory as would be included if the frontier were drawn in a straight line from Meung Mao towards Ma-li-pa. || If it should be found that the most suitable frontier will give to China a larger amount of territory than is stated above, the compensation to be given to Great Britain on some other part of the frontier shall be matter for subsequent arrangement. || From latitude $23^{\circ} 41'$ the frontier will follow the Salween until it reaches the northern boundary of the circle of Kunlong. It will follow that boundary in an easterly direction, leaving the whole circle of Kunlong, and the ferry of that name, to Great Britain, and leaving to China the State of Kokang. || It will then follow the course of the river forming the boundary between Somu, which belongs to Great Britain, and Mêng Ting, which belongs to China. It will still continue to follow the frontier between those two districts, which is locally well known, to where it leaves the afore-

said river and ascends the hills; and will then follow the line of water-parting between the tributaries of the Salween and the Meikong Rivers, from about longitude 99° east of Greenwich (17° 30' west of Peking), and latitude 23° 20', to a point about longitude 99° 40' east of Greenwich (16° 50' west of Peking), and latitude 23°, leaving to China the Tsawbwaships of Kêng Ma, Mengtung, and Mengko. || At the last-named point of longitude and latitude the line strikes a very lofty mountain range, called Kong-Ming-Shan, which it will follow in a southerly direction to about longitude 99° 30' east of Greenwich (17° west of Peking), and latitude 22° 30', leaving to China the district of Chen-pien T'ing. Then, descending the western slope of the hills to the Namka River, it will follow the course of that river for about 10' of latitude, leaving Munglem to China, and Manglün to Great Britain. || It will then follow the boundary between Munglem and Kyaing Tong, which is locally well known, diverging from the Namka River a little to the north of latitude 22°, in a direction somewhat south of east, and generally following the crest of the hills till it strikes the Namlam River in about latitude 21° 45', and longitude 100° east of Greenwich (16° 30' west of Peking). || It will then follow the boundary between Kyaing Tong and Kiang Hung, which is generally formed by the Namlam River, with the exception of a small strip of territory belonging to Kiang Hung, which lies to the west of that river just south of the last-named parallel of latitude. On reaching the boundary of Kyaing Chaing, in about latitude 21° 27', and longitude 100° 12' east of Greenwich (16° 18' west of Peking), it will follow the boundary between that district and Kiang Hung until it reaches the Meikong River.

Nr. 10711.
Gross-
britannien
und China.
1. März 1864.

Article IV.

It is agreed, that the settlement and delimitation of that portion of the frontier which lies to the north of latitude 25° 35' north shall be reserved for a future understanding between the High Contracting Parties when the features and condition of the country are more accurately known.

Article V.

In addition to the territorial concessions in Northern Theinni, and the cession to China of the State of Kokang, which result from the frontier as above described, Her Britannic Majesty, in consideration of the abandonment of the claims advanced by China to the territory lying outside and abutting on the frontier of the Prefecture of Yung Chang and Sub-Prefecture of Teng Yüeh, agrees to renounce in favour of His Majesty the Emperor of China, and of his heirs and successors for ever, all the suzerain rights in and over the States of Munglem and Kiang Hung formerly possessed by the Kings of Ava concurrently with the Emperors of China. These and all other rights in the said States, with the titles, prerogatives, and privileges thereto pertaining, Her Majesty the Queen-Empress renounces as aforesaid, with the sole proviso

Nr. 10711. that His Majesty the Emperor of China shall not, without previously coming
 Gross- to an agreement with Her Britannic Majesty, cede either Munglem or Kiang
 britannien Hung, or any portion thereof, to any other nation.
 und China.
 1. März 1894.

Article VI.

It is agreed, that, in order to avoid any local contention, the alignments of the frontier described in the present Convention, and shewn on the maps annexed thereto, shall be verified and demarcated, and, in case of its being found defective at any point, rectified by a Joint Commission appointed by the High Contracting Parties; and that the said Commission shall meet, at a place hereafter to be determined on by the two Governments, not later than twelve months after the exchange of the ratifications of the present Convention; and shall terminate its labours in not more than three years from the date of its first meeting. || It is understood that any alterations in the alignment which the Joint Commission may find it necessary to make shall be based on the principle of equivalent compensations, having regard not only to the extent, but also to the value, of the territory involved. Further, that should the members of the Commission be unable to agree on any point, the matter of disagreement shall at once be referred to their respective Governments. || The Commission shall also endeavour to ascertain the situation of the former frontier-post of China named Hanlung Kwan. If this place can be identified, and is found to be situated in British territory, the British Government will consider whether it can, without inconvenience, be ceded to China. || If it shall be found to the south-east of Mcung Mao so as to be on the northern side of the straight line drawn from that place towards Ma-li-pa, it will in that case already belong to China.

Article VII.

It is agreed, that any posts belonging to either country which may be stationed within the territory of the other when the Commission of Delimitation shall have brought its labours to a conclusion shall, within eight months from the date of such conclusion, be withdrawn, and their places occupied by the troops of the other, mutual notice having in the meantime been given of the precise date at which the withdrawal and occupation will take place. From the date of such occupation the High Contracting Parties shall each within its own territories hold itself responsible for the maintenance of good order, and for the tranquillity of the tribes inhabiting them. || The High Contracting Parties further engage neither to construct nor to maintain within 10 English miles from the nearest point of the common frontier, measured in a straight line and horizontal projection, any fortifications or permanent camps, beyond such posts as are necessary for preserving peace and good order in the frontier districts.

Article VIII.

Nr. 10711.
Gross-
britannien
und China.
1. März 1894.

Subject to the conditions mentioned hereafter in Articles X and XI, the British Government, wishing to encourage and develop the land trade of China with Burmah as much as possible, consent, for a period of six years from the ratification of the present Convention, to allow Chinese produce and manufactures, with the exception of salt, to enter Burmah by land duty free, and to allow British manufactures and Burmese produce, with the exception of rice, to be exported to China by land free of duty. || The duties on salt and rice so imported and exported shall not be higher than those imposed on their import by sea.

Article IX.

Pending the negotiation of a more complete arrangement, and until the development of the trade shall justify the establishment of other frontier Customs stations, goods imported from Burmah into China or exported from China into Burmah shall be permitted to cross the frontier by Manwyne and by Sansi. || With a view to the development of trade between China and Burmah, the Chinese Government consent, that for six years from the ratification of the present Convention the duties levied on goods imported into China by these routes shall be those specified in the General Tariff of the Maritime Customs diminished by three-tenths, and that the duties on goods exported from China by the same route shall be those specified in the same Tariff diminished by four-tenths. || Transit passes for imports and exports shall be granted in accordance with the Rules in force at the Treaty ports. || Smuggling or the carrying of merchandize through Chinese territory by other routes than those sanctioned by the present Convention shall, if the Chinese authorities think fit, be punished by the confiscation of the merchandize concerned.

Article X.

The following articles, being munitions of war, shall neither be exported from Burmah into China, nor imported from China into Burmah, save at the requisition of the Government desiring their importation; neither shall they be sold to parties other than those who have been duly authorized by their respective Governments to purchase them: — || Cannon, shot and shell, cartridges and ammunition of all kinds, fire-arms and weapons of war of every description. Saltpetre, sulphur, brimstone, gunpowder, dynamite, gun-cotton, or other explosives.

Article XI.

The exportation from Burmah into China of salt is prohibited. || The exportation from China into Burmah of cash, rice, pulse and grains of every kind is prohibited. || The importation and exportation across the frontier of opium and spirituous liquors is prohibited, excepting in small quantities for the personal use of travellers. The amount to be permitted will be settled

Nr. 10711. under Customs Regulations. || Infractions of the conditions set forth in this and the preceding Article will be punishable by confiscation of all the goods concerned.
 Gross-
 britannien
 und China.
 1. März 1894.

Article XII.

The British Government, wishing to promote frontier trade between the two countries by encouraging mining enterprise in Yünnan and in the new territorial acquisitions of China referred to in the present Convention, consent to allow Chinese vessels carrying merchandize, ores and minerals of all kinds, and coming from or destined for China, freely to navigate the Irrawaddy on the same conditions as to dues and other matters as British vessels.

Article XIII.

It is agreed, that His Majesty the Emperor of China may appoint a Consul in Burmah, to reside at Rangoon; and that Her Britannic Majesty may appoint a Consul to reside at Manwyne; and that the Consuls of the two Governments shall each within the territories of the other enjoy the same privileges and immunities as the Consuls of the most favoured nation. || Further, that, in proportion as the commerce between Burmah and China increases, additional Consuls may be appointed by mutual agreement, to reside at such places in Burmah and Yünnan as the requirements of the trade may seem to demand. || The correspondence between the British and Chinese Consuls respectively, and the chief authority at the place where they reside, shall be conducted on terms of perfect equality.

Article XIV.

Passports, written in Chinese and English, and identical in terms to those issued to foreigners at the Treaty ports in China, shall, on the application of the proper British authorities, be issued to British merchants and others wishing to proceed to China from Burmah, by the Chinese Consul at Rangoon or by the Chinese authorities on the frontier; and Chinese subjects wishing to proceed to Burmah from China shall, on the application of any recognized Chinese official, be entitled to receive similar passports from Her Britannic Majesty's Consul at Manwyne or other convenient places in China where there may be a British Consular officer.

Article XV.

Should criminals, subjects of either country, take refuge in the territory of the other, they shall, on due requisition being made, be searched for, and, on reasonable presumption of their guilt being established, they shall be surrendered to the authorities demanding their extradition. || "Due requisition" shall be held to mean the demand of any functionary of either Government possessing a seal of office, and the demand may be addressed to the nearest frontier officer of the country in which the fugitive has taken refuge.

Article XVI.

With a view to improving the intercourse between the two countries, and placing the Chinese Consul at Rangoon in communication with the High Provincial Authorities in Yünnan, the High Contracting Parties undertake to connect the telegraphic systems of the two countries with each other as soon as the necessary arrangements can be made; the line will, however, at first only be used for the transmission of official telegrams and of general messages or and from Burmah and the Province of Yünnan.

Nr. 10711.
Gross-
britannien
und China.
1. März 1894.

Article XVII.

It is agreed, that subjects of the two Powers shall each within the territories of the other enjoy all the privileges, immunities and advantages that may have been, or may hereafter be, accorded to the subjects of any other nation.

Article XVIII.

It is agreed, that the commercial stipulations contained in the present Convention being of a special nature and the result of mutual concessions, consented to with a view to adapting them to local conditions and the peculiar necessities of the Burmah-China overland trade, the advantages accruing from them shall not be invoked by the subjects of either Power residing at other places where the two Empires are conterminous, excepting where the same conditions prevail, and then only in return for similar concessions.

Article XIX.

The arrangements with regard to trade and commerce contained in the present Convention being of a provisional and experimental character, it is agreed that should subsequent experience of their working, or a more intimate knowledge than is now possessed of the requirements of the trade, seem to require it, they may be revised at the demand of either party after a lapse of six years after the exchange of ratifications of the present Convention, or sooner should the two Governments desire it.

Article XX.

The ratification of the present Convention under the hand of Her Britannic Majesty and of His Majesty the Emperor of China shall be exchanged in London in six months from this day of signature, or sooner if possible. || The Convention shall come into force immediately after the exchange of ratifications. || In token whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Convention in four copies, two in Chinese and two in English. || Done at London this first day of March, one thousand eight hundred and ninety-four, corresponding to the 24th day of the 1st moon of the 20th year of Kuang Hsu

Rosebery.

Sieh.

Nr. 10711.
Gross-
britannien
und China.
1. März 1894.

Erklärung.

London, March 1, 1894.

On proceeding to the signature this day of the Convention between Great Britain and China, giving effect to Article III of the Convention relative to Burmah and Thibet, signed at Peking on the 24th July, 1886: || The undersigned Plenipotentiaries declare that, inasmuch as the present Convention has been concluded for the special purpose mentioned in the preamble thereof, the stipulations contained therein are applicable only to those parts of the dominions of Her Britannic Majesty and of His Majesty the Emperor of China to which the said Convention expressly relates, and are not to be construed as applicable elsewhere.

Rosebery.
Sieh.

Nr. 10712. GROSSBRITANNIEN UND JAPAN. — Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Grossbritannien und Japan *).

London, July 16, 1894.

Nr. 10712.
Gross-
britannien
und Japan.
16. Juli 1894.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the Emperor of Japan, being equally desirous of maintaining the relations of good understanding which happily exist between them, by extending and increasing the intercourse between their respective States, and being convinced that this object cannot better be accomplished than by revising the Treaties hitherto existing between the two countries, have resolved to complete such a revision, based upon principles of equity and mutual benefit, and, for that purpose, have named as their Plenipotentiaries, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, the Right Honourable John, Earl of Kimberley, Knight of the Most Noble Order of the Garter, &c., &c., Her Britannic Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs; || And His Majesty the Emperor of Japan, Viscount Aoki Siuzo, Junii, first class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, His Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of St. James; || Who, after having communicated to each other their Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles:—

Article I.

The subjects of each of the two High Contracting Parties shall have full liberty to enter, travel, or reside in any part of the dominions and possessions of the other Contracting Party, and shall enjoy full and perfect protection for their persons and property. || They shall have free and easy access to the

*) Die Aktenstücke Nr. 10712 bis 10717 entstammen den Blaubüchern Treaty Series 23. 1894 (7588) und 3. 1895 (7593).

Courts of Justice in pursuit and defence of their rights; they shall be at liberty equally with native subjects to choose and employ lawyers, advocates and representatives to pursue and defend their rights before such Courts, and in all other matters connected with the administration of justice they shall enjoy all the rights and privileges enjoyed by native subjects. || In whatever relates to rights of residence and travel; to the possession of goods and effects of any kind; to the succession to personal estate, by will or otherwise, and the disposal of property of any sort in any manner whatsoever which they may lawfully acquire, the subjects of each Contracting Party shall enjoy in the dominions and possessions of the other the same privileges, liberties and rights, and shall be subject to no higher imposts or charges in these respects than native subjects, or subjects or citizens of the most favoured nation. The subjects of each of the Contracting Parties shall enjoy in the dominions and possessions of the other entire liberty of conscience, and, subject to the Laws, Ordinances and Regulations, shall enjoy the right of private or public exercise of their worship, and also the right of burying their respective countrymen according to their religious customs, in such suitable and convenient places as may be established and maintained for that purpose. || They shall not be compelled, under any pretext whatsoever, to pay any charges or taxes other or higher than those that are, or may be, paid by native subjects, or subjects or citizens of the most favoured nation.

Nr. 10712.
Gross-
britannien
und Japan.
16. Juli 1894.

Article II.

The subjects of either of the Contracting Parties residing in the dominions and possessions of the other shall be exempted from all compulsory military service whatsoever, whether in the army, navy, National Guard, or militia, from all contributions imposed in lieu of personal service and from all forced loans or military exactions or contributions.

Article III.

There shall be reciprocal freedom of commerce and navigation between the dominions and possessions of the two High Contracting Parties. || The subjects of each of the High Contracting Parties may trade in any part of the dominions and possessions of the other by wholesale or retail in all kinds of produce, manufactures and merchandize of lawful commerce, either in person or by agents, singly, or in partnerships with foreigners or native subjects; and they may there own or hire and occupy the houses, manufactories, warehouses, shops and premises which may be necessary for them, and lease land for residential and commercial purposes, conforming themselves to the Laws, Police and Customs Regulations of the country like native subjects. || They shall have liberty freely to come with their ships and cargoes to all places, ports and rivers in the dominions and possessions of the other which are or may be opened to foreign commerce, and shall enjoy, respectively, the

Nr. 10712.
Gross-
britannien
und Japan.
16. Juli 1894.

same treatment in matters of commerce and navigation as native subjects, or subjects or citizens of the most favoured nation, without having to pay taxes, imposts, or duties, of whatever nature or under whatever denomination, levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, Corporations, or establishments of any kind, other or greater than those paid by native subjects, or subjects or citizens of the most favoured nation, subject always to the Laws, Ordinances and Regulations of each country.

Article IV.

The dwellings, manufactories, warehouses and shops of the subjects of each of the High Contracting Parties in the dominions and possessions of the other, and all premises appertaining thereto destined for purposes of residence or commerce, shall be respected. || It shall not be allowable to proceed to make a search of, or a domiciliary visit to, such dwellings and premises, or to examine or inspect books, papers, or accounts, except under the conditions and with the forms prescribed by the Laws, Ordinances and Regulations for subjects of the country.

Article V.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of Her Britannic Majesty of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, from whatever place arriving; and no other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of Her Britannic Majesty, from whatever place arriving, than on the like article produced or manufactured in any other foreign country; nor shall any prohibition be maintained or imposed on the importation of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties, into the dominions and possessions of the other, from whatever place arriving, which shall not equally extend to the importation of the like article, being the produce or manufacture of any other country. This last provision is not applicable to the sanitary and other prohibitions occasioned by the necessity of protecting the safety of persons, or of cattle, or of plants useful to agriculture.

Article VI.

No other or higher duties or charges shall be imposed in the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article to the dominions and possessions of the other than such as are, or may be, payable on the exportation of the like article to any other foreign country; nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article from the dominions and possessions of either of the two Contracting Parties to the dominions and possessions of the other which shall not equally extend to the exportation of the like article to any other country.

Article VII.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the dominions and possessions of the other exemption from all transit duties, and a perfect equality of treatment with native subjects in all that relates to warehousing, bounties, facilities and drawbacks.

Nr. 10712.
Gross-
britannien
und Japan.
16. Juli 1894.

Article VIII.

All articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan in Japanese vessels may likewise be imported into those ports in British vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Japanese vessels; and reciprocally, all articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of Her Britannic Majesty in British vessels may likewise be imported into those ports in Japanese vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in British vessels. Such reciprocal equality of treatment shall take effect without distinction, whether such articles come directly from the place of origin or from any other place. || In the same manner there shall be perfect equality of treatment in regard to exportation, so that the same export duties shall be paid and the same bounties and drawbacks allowed in the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article which is or may be legally exported therefrom, whether such exportation shall take place in Japanese or in British vessels, and whatever may be the place of destination, whether a port of either of the Contracting Parties or of any third Power.

Article IX.

No duties of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine, or other similar or corresponding duties of whatever nature or under whatever denomination, levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, Corporations, or establishments of any kind, shall be imposed in the ports of the dominions and possessions of either country upon the vessels of the other country which shall not equally and under the same conditions be imposed in the like cases on national vessels in general or vessels of the most favoured nation. Such equality of treatment shall apply reciprocally to the respective vessels, from whatever port or place they may arrive, and whatever may be their place of destination.

Article X.

In all that regards the stationing, loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbours, or rivers of the dominions and possessions of the two countries, no privilege shall be granted to national

Nr. 10712. vessels which shall not be equally granted to vessels of the other country;
 Gross- the intention of the High Contracting Parties being that in this respect also
 britannien the respective vessels shall be treated on the footing of perfect equality.
 und Japan.
 6. Juli 1894.

Article XI.

The coasting trade of both the High Contracting Parties is excepted from the provisions of the present Treaty, and shall be regulated according to the Laws, Ordinances and Regulations of Japan and of Great Britain respectively. It is, however, understood, that Japanese subjects in the dominions and possessions of Her Britannic Majesty, and British subjects in the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, shall enjoy in this respect the rights which are or may be granted under such Laws, Ordinances and Regulations to the subjects or citizens of any other country. || A Japanese vessel laden in a foreign country with cargo destined for two or more ports in the dominions and possessions of Her Britannic Majesty, and a British vessel laden in a foreign country with cargo destined for two or more ports in the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, may discharge a portion of her cargo at one port, and continue her voyage to the other port or ports of destination where foreign trade is permitted, for the purpose of landing the remainder of her original cargo there, subject always to the Laws and Custom-house Regulations of the two countries. || The Japanese Government, however, agrees to allow British vessels to continue, as heretofore, for the period of the duration of the present Treaty, to carry cargo between the existing open ports of the Empire, excepting to or from the ports of Osaka, Niigata and Ebusu-minato.

Article XII.

Any ship of war or merchant-vessel of either of the High Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by reason of any other distress, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary supplies, and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable by national vessels. In case, however, the master of a merchant-vessel should be under the necessity of disposing of a part of his cargo in order to defray the expenses, he shall be bound to conform to the Regulations and Tariffs of the place to which he may have come. || If any ship of war or merchant-vessel of one of the Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coasts of the other, the local authorities shall inform the Consul-General, Consul, Vice-Consul, or Consular Agent of the district of the occurrence, or if there be no such Consular officer, they shall inform the Consul-General, Consul, Vice-Consul, or Consular Agent of the nearest district. || All proceedings relative to the salvage of Japanese vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of Her Britannic Majesty shall take place in accordance

with the Laws, Ordinances and Regulations of Great Britain, and reciprocally, all measures of salvage relative to British vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of His Majesty the Emperor of Japan shall take place in accordance with the Laws, Ordinances and Regulations of Japan. || Such stranded or wrecked ship or vessel, and all parts thereof, and all furnitures and appurtenances belonging thereunto, and all goods and merchandize saved therefrom, including those which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners or their agents, when claimed by them. If such owners or agents are not on the spot, the same shall be delivered to the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, or Consular Agents upon being claimed by them within the period fixed by the laws of the country, and such Consular officers, owners, or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses wick would have been payable in the case of a wreck of a national vessel. || The goods and merchandize saved from the wreck shall be exempt from all the duties of the Customs unless cleared for consumption, in which case they shall pay the ordinary duties. || When a ship or vessel belonging to the subjects of one of the Contracting Parties is stranded or wrecked in the territories of the other, the respective Consul-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents shall be authorized, in case the owner or master, or other agent of the owner, is not present, to lend their official assistance in order to afford the necessary assistance to the subjects of the respective States. The same rule shall apply in case the owner, master, or other agent is present, but requires such assistance to be given.

Nr. 10712.
Gross-
britannien
und Japan.
16. Juli 1894.

Article XIII.

All vessels which, according to Japanese law, are to be deemed Japanese vessels, and all vessels which, according to British law, are to be deemed British vessels, shall, for the purposes of this Treaty, be deemed Japanese and British vessels respectively.

Article XIV.

The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents of each of the Contracting Parties, residing in the dominions and possessions of the other, shall receive from the local authorities such assistance as can by law be given to them for the recovery of deserters from the vessels of their respective countries. || It is understood, that this stipulation shall not apply to the subjects of the country where the desertion takes place.

Article XV.

The High Contracting Parties agree, that, in all that concerns commerce and navigation, any privilege, favour, or immunity which either Contracting Party has actually granted, or may hereafter grant, to the Government, ships,

Nr. 10712. subjects, or citizens of any other State, shall be extended immediately and
Gross- unconditionally to the Government, ships, subjects, or citizens of the other
britannien Contracting Party, it being their intention that the trade and navigation of
and Japan. each country shall be placed, in all respects, by the other on the footing of
16. Juli 1894. the most favoured nation.

Article XVI.

Each of the High Contracting Parties may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls and Consular Agents in all the ports, cities and places of the other, except in those where it may not be convenient to recognize such officers. || This exception, however, shall not be made in regard to one of the Contracting Parties without being made likewise in regard to every other Power. || The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls and Consular Agents may exercise all functions, and shall enjoy all privileges, exemptions and immunities which are, or may hereafter be, granted to Consular officers of the most favoured nation.

Article XVII.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the dominions and possessions of the other the same protection as native subjects in regard to patents, trade-marks and designs, upon fulfilment of the formalities prescribed by law.

Article XVIII.

Her Britannic Majesty's Government, so far as they are concerned, give their consent to the following arrangement:— || The several foreign Settlements in Japan shall be incorporated with the respective Japanese Communes, and shall thenceforth form part of the general municipal system of Japan. || The competent Japanese authorities shall thereupon assume all municipal obligations and duties in respect thereof, and the common funds and property, if any, belonging to such Settlements, shall at the same time be transferred to the said Japanese authorities. || When such incorporation takes place the existing leases in perpetuity under which property is now held in the said Settlements shall be confirmed, and no conditions whatsoever other than those contained in such existing leases shall be imposed in respect of such property. It is, however, understood, that the Consular authorities mentioned in the same are in all cases to be replaced by the Japanese authorities. || All lands which may previously have been granted by the Japanese Government free of rent for the public purposes of the said Settlements shall, subject to the right of eminent domain, be permanently reserved free of all taxes and charges for the public purposes for which they were originally set apart.

Article XIX.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable, so far as the laws permit, to all the Colonies and foreign possessions of Her Britannic

Majesty, excepting to those hereinafter named, that is to say, except to— ||
 India, The Dominion of Canada, Newfoundland, The Cape, Natal, New South
 Wales, Victoria, Queensland, Tasmania, South Australia, Western Australia,
 New Zealand. || Provided always, that the stipulations of the present Treaty
 shall be made applicable to any of the above-named Colonies or foreign pos-
 sessions on whose behalf notice to that effect shall have been given to the
 Japanese Government by Her Britannic Majesty's Representative at Tôkiô
 within two years from the date of the exchange of ratifications of the present
 Treaty.

Nr. 10712.
 Gross-
 britannien
 und Japan.
 16. Juli 1894.

Article XX.

The present Treaty shall, from the date it comes into force, be substituted in place of the Conventions respectively of the 23rd day of the 8th month of the 7th year of Kayei, corresponding to the 14th day of October, 1854, and of the 13th day of the 5th month of the 2nd year of Keiou, corresponding to the 25th day of June, 1866, the Treaty of the 18th day of the 7th month of the 5th year of Ansei, corresponding to the 26th day of August, 1858, and all Arrangements and Agreements subsidiary thereto concluded or existing between the High Contracting Parties; and from the same date such Conventions, Treaty, Arrangements and Agreements shall cease to be binding, and, in consequence, the jurisdiction then exercised by British Courts in Japan, and all the exceptional privileges, exemptions and immunities then enjoyed by British subjects as a part of or appurtenant to such jurisdiction, shall absolutely and without notice cease and determine, and thereafter all such jurisdiction shall be assumed and exercised by Japanese Courts.

Article XXI.

The present Treaty shall not take effect until at least five years after its signature. It shall come into force one year after His Imperial Japanese Majesty's Government shall have given notice to Her Britannic Majesty's Government of its wish to have the same brought into operation. Such notice may be given at any time after the expiration of four years from the date hereof. The Treaty shall remain in force for the period of twelve years from the date it goes into operation. || Either High Contracting Party shall have the right, at any time after eleven years shall have elapsed from the date this Treaty takes effect, to give notice to the other of its intention to terminate the same, and at the expiration of twelve months after such notice is given this Treaty shall wholly cease and determine.

Article XXII.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications thereof shall be exchanged at Tôkiô as soon as possible, and not later than six months from the present date. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries

Nr. 10712. have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms. || Done
 Gross- at London, in duplicate, this sixteenth day of July, in the year of our Lord
 britannica and Japan. one thousand eight hundred and ninety-four.
 16. Juli 1894.

Kimberley.

Aoki.

Protokoll.

London, July 16, 1894.

The Government of Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland and Empress of India, and the Government of His Majesty the Emperor of Japan, deeming it advisable in the interests of both countries to regulate certain special matters of mutual concern, apart from the Treaty of Commerce and Navigation signed this day, have, through their respective Plenipotentiaries, agreed upon the following stipulations: —

1. It is agreed by the Contracting Parties, that one month after the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation signed this day, the Import Tariff hereunto annexed shall, subject to the provisions of Article XXIII of the Treaty of 1858 at present subsisting between the Contracting Parties, as long as the said Treaty remains in force and thereafter, subject to the provisions of Articles V and XV of the Treaty signed this day, be applicable to the articles therein enumerated, being the growth, produce, or manufacture of the dominions and possessions of Her Britannic Majesty, upon importation into Japan. But nothing contained in this Protocol, or the Tariff hereunto annexed, shall be held to limit or qualify the right of the Japanese Government to restrict or to prohibit the importation of adulterated drugs, medicines, food, or beverages; indecent or obscene prints, paintings, books, cards, lithographic or other engravings, photographs, or any other indecent or obscene articles; articles in violation of patent, trade-mark, or copyright laws of Japan; or any other article which for sanitary reasons, or in view of public security or morals, might offer any danger. || The ad valorem duties established by the said Tariff shall, to far as may be deemed practicable, be converted into specific duties by a Supplementary Convention, which shall be concluded between the two Governments within six months from the date of this Protocol; the medium prices, as shown by the Japanese Customs Returns during the six calendar months preceding the date of the present Protocol, with the addition of the cost of insurance and transportation from the place of purchase, production, or fabrication, to the port of discharge, as well as commission, if any, shall be taken as the basis for such conversion. In the event of the Supplementary Convention not having come into force before the expiration of the period fixed for the said Tariff to take effect, ad valorem duties in conformity with the rule recited at the end of the said Tariff shall, in the meantime, be levied. || In respect of articles not enumerated in the said Tariff, the General Statutory Tariff of Japan for the

time being in force shall, from the same time, apply, subject, as aforesaid, to the provisions of Article XXIII of the Treaty of 1858 and Articles V and XV of the Treaty signed this day respectively. || From the date the Tariffs aforesaid take effect, the Import Tariff now in operation in Japan in respect of goods and merchandize imported into Japan by British subjects shall cease to be binding. || In all other respects the stipulations of the existing Treaties and Conventions shall be maintained unconditionally until the time when the Treaty of Commerce and Navigation signed this day comes into force.

Nr. 10712
Gros-
britannien
und Japan.
16. Juli 1894.

2. The Japanese Government, pending the opening of the country to British subjects, agrees to extend the existing passport system in such a manner as to allow British subjects, on the production of a certificate of recommendation from the British Representative in Tôkiô, or from any of Her Majesty's Consuls at the open ports in Japan, to obtain upon application passports available for any part of the country, and for any period not exceeding twelve months, from the Imperial Japanese Foreign Office in Tôkiô, or from the chief authorities in the Prefecture in which an open port is situated; it being understood that the existing Rules and Regulations governing British subjects who visit the interior of the Empire are to be maintained.

3. The Japanese Government undertakes, before the cessation of British Consular jurisdiction in Japan, to join the International Conventions for the Protection of Industrial Property and Copyright.

4. It is understood between the two High Contracting Parties, that, if Japan think it necessary at any time to levy an additional duty on the production or manufacture of refined sugar in Japan, an increased customs duty equivalent in amount may be levied on British refined sugar when imported into Japan, so long as such additional excise tax or inland duty continues to be raised. || Provided always that British refined sugar shall in this respect be entitled to the treatment accorded to refined sugar being the produce or manufacture of the most favoured nation.

5. The undersigned Plenipotentiaries have agreed, that this Protocol shall be submitted to the two High Contracting Parties at the same time as the Treaty of Commerce and Navigation signed this day, and that when the said Treaty is ratified the agreements contained in the Protocol shall also equally be considered as approved, without the necessity of a further formal ratification. || It is also agreed, that this Protocol shall terminate at the same time the said Treaty ceases to be binding. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at London, in duplicate, this sixteenth day of July, in the year of our Lord one thousand eight hundred and ninety-four.

Kimberley.
Aoki.

Nr. 10712.
Gross-
britannien
und Japan.
16. Juli 1894.

Anlage (Tarif).

Articles	Ad valorem Rates of Duty
	Per cent
Caoutchouk, manufactures of	10
Cement, Portland	5
Cotton—	
Yarns	8
Tissues of all sorts, plain or mixed with tissues of flax, hemp, or other fibre, including wool, the cotton, however, predominating	10
Glass, window, ordinary—	
(a.) Uncoloured and unstained	8
(b.) Coloured, stained, or ground	10
Hats, including also hats of felt	10
Indigo, dry	10
Iron and steel—	
Pig and ingot	5
Rails	5
Bar, rod, plate and sheet	7½
Tinned plates	10
Galvanized sheet	10
Pipes and tubes	10
Lead, pig, ingot and slab	5
Leather—	
Sole	15
Other kinds	10
Linen—	
Yarns	8
Tissues	10
Mercury or quicksilver	5
Milk, condensed or desiccated	5
Nails, iron	10
Oil, paraffin	10
Paint in oil	10
Paper, printing	10
Refined sugar	10
Saltpetre	5
Screws, bolts and nuts, iron	10
Silk, satins, and silk and cotton mixtures	15
Tin—	
Block, pig and slab	5
Plates	10
Wax, paraffin	5
Wire—	
Telegraph	5
Iron and steel, and small rod iron and steel not exceeding ¼ inch in diameter	10
Woollen and worsted—	
Yarns	8
Tissues of all sorts, plain or mixed with other material, the wool, how- ever, predominating	10
Yarns of all sorts, not specially provided for	10
Zinc—	
Block, pig and slab	5
Sheet	7½

Rule for calculating ad valorem Duties.

Import duties payable ad valorem under this Tariff shall be calculated on the actual cost of the articles at the place of purchase, production, or fabrication, with the addition of the cost of insurance and transportation from the place of purchase, production, or fabrication, to the port of discharge, as well as commission, if any exists.

- Nr. 10713. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den japanischen Gesandten in London. — Verlangt eine Erläuterung des Artikels II. Nr. 10713.
Gross-
britannien.
16. Juli 1894.

Foreign Office, July 16, 1894.

Sir, || With reference to Article XIX of the Treaty between Great Britain and Japan signed this day, in view of the fact that some of the British Colonies and foreign possessions enumerated in that Article might be prevented from acceding to the present Treaty by reason of their inability to accept the stipulations relating to military service contained in Article II of the said Treaty, and in order to avoid future misunderstandings, Her Majesty's Government request from the Government of Japan an assurance that any of the said British Colonies and possessions may accede to the present Treaty under the condition that, notwithstanding such accession, they shall not be bound by the stipulations of Article II.

Kimberley.

- Nr. 10714. **JAPAN.** — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Giebt die Erläuterung. Nr. 10714.
Japan.
16. Juli 1894.

London, July 16, 1894.

M. le Comte, || In reply to the note of Her Majesty's Government, referring to Article XIX of the Treaty between Great Britain and Japan signed this day, and requesting, for the reasons given in the said note, an assurance that any of the British Colonies and foreign possessions enumerated in that Article may accede to the present Treaty under the condition that, notwithstanding such accession, they shall not be bound by the stipulations of Article II, the Government of Japan hereby give the assurance desired.

Aoki.

- Nr. 10715. **JAPAN.** — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Erläuterung zu Artikel XXI. Nr. 10715.
Japan.
16. Juli 1894.

London, July 16, 1894.

The Undersigned, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Japan, in virtue of special authorization from His Imperial Japanese Majesty's Government, has the honour to announce to Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, that the Imperial Japanese Government, recognizing the advantage of having the Codes of the Empire which have already been promulgated in actual operation when the Treaty stipulations at present subsisting between the Government of Japan and that of Great Britain cease to be binding, engage not to give the notice provided for by the first paragraph of Article XXI of the Treaty of Commerce and Navigation, signed this day, until those portions of said Codes which are now in abeyance are brought into actual force.

Aoki.

Nr. 10716. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Tokio an den japanischen Minister des Auswärtigen. — Die Frist zum Abschluss einer Zusatzkonvention soll um sechs Monate verlängert werden.

Tôkiô, December 20, 1894.

Nr. 10716.
Gross-
britannien.
20. Dec. 1894. The Undersigned has the honour to inform his Excellency Viscount Mutsu, that he has received a telegram from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs stating that important papers having reference to cotton and woollen goods are on their way to him, having been dispatched by the mail which left London on the 8th instant, and directing him to arrange, if possible, for the extension of the term specified in the Protocol of the 16th July, 1894, for the signature of the Supplementary Convention, in order to give time for the consideration of these documents by the British Delegates on the Tariff Commission before the conversion of ad valorem duties into specific duties is finally determined. || The Undersigned has therefore the honour to propose to his Excellency, for the consideration and approval of the Imperial Japanese Government, that the term specified in the Protocol for the signature of the Supplementary Convention be extended for a further period of six months from the 16th January, 1895.

P. le Poer Trench.

Nr. 10717. JAPAN. — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Tokio. — Stimmt dem Vorschlage zu.

Tôkiô, December 20, 1894.

Nr. 10717.
Japan.
20. Dec. 1894. The Undersigned has the honour to acknowledge the receipt of the note of his Excellency the Honourable Mr. Trench of this date, in which his Excellency, after explaining the reasons why some additional time is necessary for the conclusion of the Supplementary Convention provided for by the Protocol of the 16th July, 1894, proposes, for the consideration of the Imperial Government, that the time specified in the Protocol for the signature of the Supplementary Convention be extended for a further period of six months from the 16th January, 1895. || The Undersigned begs to say, in reply, that the Imperial Government have no objection to the extension proposed by his Excellency, and accordingly that they now understand that the period within which the Supplementary Convention is to be concluded will not expire until the 16th July, 1895.

Mutsu.

Nr. 10718*). **DEUTSCHLAND UND DIE SCHWEIZ.** — Abkommen, betreffend den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz nebst Schlussprotokoll, Zusatzprotokoll und erläuternder Denkschrift.

Berlin, 13. April 1892.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits, von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiete des Patent-, Muster- und Markenschutzes neu zu regeln, haben zu diesem Zweck Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herrn Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein, || Der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft: || Seinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Dr. A. Roth, || welche unter Vorbehalt der beiderseitigen Ratifikation das nachstehende Uebereinkommen vereinbart und abgeschlossen haben:

Nr. 10718.
Deutschland
und
die Schweiz.
13. April 1892.

Artikel 1.

Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen in Bezug auf den Schutz von Erfindungen, von Mustern (einschliesslich der Gebrauchsmuster) und Modellen, von Handels- und Fabrikmarken, von Firmen und Namen dieselben Rechte wie die eigenen Angehörigen geniessen. Sie werden demgemäss denselben Schutz und dieselben gesetzlichen Mittel gegen jede Verletzung ihrer Rechte haben, wie die Inländer, vorausgesetzt, dass sie die Förmlichkeiten erfüllen, welche die innere Gesetzgebung eines jeden der beiden Staaten den Inländern auferlegt.

Artikel 2.

Den Angehörigen im Sinne dieser Vereinbarung sind gleichgestellt andere Personen, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile ihren Wohnsitz oder ihre Hauptniederlassung haben.

Artikel 3.

Wird eine Erfindung, ein Muster oder Modell, eine Handels- oder Fabrikmarke in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile angemeldet und binnen einer Frist von drei Monaten die Anmeldung auch in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles bewirkt, so soll diese spätere Anmeldung dieselbe Wirkung haben, als wenn sie am Tage der ersten Anmeldung geschehen wäre.

*) Reichstag, 9. Legislaturperiode, II. Session 1893/94. Nr. 86.

Nr. 10118
Deutschland
und
die Schweiz.
13. April 1892.

Artikel 4.

Die im Artikel 3 vorgesehene Frist beginnt || a) bei Mustern und Modellen, sowie bei Handels- und Fabrikmarken mit dem Zeitpunkt, in welchem die erste Anmeldung erfolgt; || b) bei Erfindungen mit dem Zeitpunkt, in welchem auf die erste Anmeldung das Patent ertheilt wird; || c) bei Gegenständen, welche in Deutschland als Gebrauchsmuster, in der Schweiz als Erfindungen angemeldet werden, mit dem Zeitpunkt der ersten Anmeldung, falls diese in Deutschland erfolgt, und mit dem Zeitpunkt, in welchem das Patent auf die erste Anmeldung ertheilt wird, falls diese in der Schweiz erfolgt. | Der Tag der Anmeldung oder der Ertheilung wird in die Frist nicht eingerechnet. || Als Tag der Ertheilung gilt in Deutschland der Tag, an welchem der Beschluss über die endgültige Ertheilung des Patenten zugestellt, in der Schweiz der Tag, an welchem das Patent in das Patentregister eingetragen worden ist.

Artikel 5.

Die Rechtsnachtheile, welche nach den Gesetzen der vertragschliessenden Theile eintreten, wenn eine Erfindung, ein Muster oder Modell, eine Handels- oder Fabrikmarke nicht innerhalb einer bestimmten Frist ausgeführt, nachgebildet oder angewendet wird, sollen auch dadurch ausgeschlossen werden, dass die Ausführung, Nachbildung oder Anwendung in dem Gebiete des anderen Theiles erfolgt. || Die Einfuhr einer in dem Gebiete des einen Theiles hergestellten Waare in das Gebiet des anderen Theiles soll in dem letzteren nachtheilige Folgen für das auf Grund einer Erfindung, eines Musters oder Modells oder einer Handels- oder Fabrikmarke gewährte Schutzrecht nicht nach sich ziehen.

Artikel 6.

Dem Inhaber einer in den Gebieten des einen Theiles eingetragenen Handels- und Fabrikmarke kann die Eintragung in den Gebieten des anderen Theiles nicht aus dem Grunde versagt werden, weil die Marke den hier geltenden Vorschriften über die Zusammensetzung und äussere Gestaltung der Marken nicht entspricht.

Artikel 7.

Angehörige des einen der vertragschliessenden Theile, welche ein Patent in dem Gebiete des anderen Theiles erlangt haben, sind in dem letzteren von jeder gesetzlichen Verpflichtung befreit, behufs Geltendmachung der aus dem Patent sich ergebenden Rechte, die nach dem Patent hergestellten Gegenstände oder deren Verpackung als patentirt zu kennzeichnen. Ist eine solche Kennzeichnung nicht erfolgt, so muss behufs Verfolgung des Nachahmers der Nachweis schuldhaften Verhaltens besonders geführt werden.

Artikel 8.

Jeder der vertragschliessenden Theile wird, soweit dies noch nicht geschehen ist, Bestimmungen gegen den Verkauf und das Feilhalten solcher

Waaren treffen, welche unrichtigerweise und in der Absicht zu täuschen als von einem im Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles belegenen Orte oder Bezirke herrührend bezeichnet sind.

Nr. 10718.
Deutschland
und
die Schweiz.
18. April 1892.

Artikel 9.

Das gegenwärtige Uebereinkommen soll ratifizirt und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden. || Das Uebereinkommen tritt mit dem Ablauf von zwei Wochen von dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden ab in Kraft und bleibt in Wirksamkeit bis zum Ablauf von sechs Monaten nach erfolgter Kündigung seitens eines der vertragschliessenden Theile. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Freiherr von Marschall.
Roth.

Schlussprotokoll.

Berlin, 13. April 1892.

Bei der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Uebereinkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Erklärungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt.

1. Zu Artikel 1.

Die Gleichstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen soll hinsichtlich des Firmenschutzes auch die Wirkung haben, dass Firmen aus dem Gebiete des einen Theiles, um einen Schutz gegen missbräuchliche Verwendung zur Waarenbezeichnung in dem Gebiete des anderen Theiles zu geniessen, hier der Hinterlegung und Eintragung als Marke nicht bedürfen.

2. Zu Artikel 3.

Angehörige des einen der vertragschliessenden Theile, welche eine Erfindung, ein Muster oder Modell, eine Handels- oder Fabrikmarke in einem dritten Staate anmelden, können auf Grund dieser Anmeldung in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Rechte aus dem vorliegenden Uebereinkommen nicht herleiten.

3. Zu Artikel 4.

Im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 kann eine Erfindung auch vor dem Zeitpunkt, in welchem auf die erste Anmeldung das Patent ertheilt wird, in dem Gebiete des anderen Theiles mit der im Artikel 3 vorgesehenen Wirkung angemeldet werden, vorausgesetzt, dass die Ertheilung des Patenten auf die erste Anmeldung nachträglich erfolgt.

Nr. 10718.
Deutschland
und
die Schweiz.
13. April 1892.

4. Zu Artikel 5.

Rechtsnachtheile, welche nach den Gesetzen der vertragschliessenden Theile bei Erfindungspatenten im Fall der Lizenzverweigerung eintreten, werden durch die Vorschriften des Artikels 5 nicht ausgeschlossen.

5. Zu Artikel 6.

Die Bestimmung im Artikel 6 Absatz 1 des Uebereinkommens bezweckt nicht, der in den Gebieten des einen Theiles eingetragenen Marke in den Gebieten des anderen Theiles auch dann einen Anspruch auf Eintragung zu gewähren, wenn hier befunden wird, dass der Inhalt der Marke gegen die Sittlichkeit oder gegen die öffentliche Ordnung verstösst, oder mit den thatsächlichen Verhältnissen in einem das Publikum irreführenden Widerspruch steht. Liegt eine dieser Voraussetzungen vor, so kann die Eintragung versagt werden. Das vorliegende Protokoll bildet einen integrierenden Bestandtheil des Uebereinkommens, auf das es sich bezieht, und ist ohne besondere Ratifikation durch die blosse Thatsache der Auswechselung der Ratifikationen dieses Uebereinkommens als von den vertragschliessenden Theilen gebilligt und bestätigt anzusehen. Dasselbe wurde in doppelter Ausfertigung zu Berlin am 13. April 1892 unterzeichnet.

Freiherr von Marschall.
Roth.

Zusatzprotokoll.

Berlin, 16. Juni 1893.

In Ergänzung zu dem zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz am 13. April 1892 abgeschlossenen Uebereinkommen über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz haben die Unterzeichneten auf Grund erhaltener Ermächtigung Folgendes vereinbart. || Die Bestimmungen des Artikels 5 des Uebereinkommens finden auf diejenigen Erfindungen nicht Anwendung, welche nach den Gesetzen eines der vertragschliessenden Theile vom Patentschutz ausgeschlossen sind. || Das vorliegende Zusatzprotokoll bildet einen integrierenden Bestandtheil des Uebereinkommens, auf das es sich bezieht, und ist ohne besondere Ratifikation durch die blosse Thatsache der Auswechselung der Ratifikationen dieses Uebereinkommens als von den vertragschliessenden Theilen gebilligt und bestätigt anzusehen. || Dasselbe wurde in doppelter Ausfertigung zu Berlin am 16. Juni 1893 unterzeichnet.

Freiherr von Marschall.
Roth.

Denkschrift*).

Die im Artikel 11 des früheren Handelsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz enthaltene Bestimmung über den Schutz von Waaren-

*) Dem Deutschen Reichstage vorgelegt. Anm. der Red.

bezeichnungen und von Fabrik- und Handelsmarken ist in den Handels- und Zollvertrag vom 10. Dezember 1891 (Reichs-Gesetzbl. 1892 S. 195) nicht übernommen. Es wurde von beiden Theilen das Bedürfniss anerkannt, den früher in der Beschränkung auf die Waarenzeichen vertragsmässig verbürgten Grundsatz, dass die Angehörigen jedes Landes in dem anderen Lande denselben Schutz geniessen sollen, wie die eigenen Staatsangehörigen, auf das gesammte Gebiet der gewerblichen Schutzrechte auszudehnen; dieser Erweiterung wegen erschien es aber zweckmässig, die Einzelheiten ausserhalb des Rahmens der allgemeinen handelspolitischen Abmachungen in einem besonderen Uebereinkommen zu regeln. Die Verhandlungen haben zu der vorliegenden Vereinbarung geführt. Dieselbe entspricht in den meisten Beziehungen, zum Theile auch dem Wortlaute nach, den mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien getroffenen Abkommen; es kann daher auf die diesen Abkommen beigegebene Begründung, welche im Allgemeinen auch für unsere Beziehungen zu der Schweiz zutrifft, Bezug genommen werden. Die wichtigste Abweichung beruht in einer Bestimmung des schweizerischen Rechts, welche den Patentschutz auf die durch Modelle darstellbaren Erfindungen beschränkt, dergestalt, dass für Neuerungen, welche ein Herstellungsverfahren zum Gegenstande haben, weder schweizer Bürger noch Angehörige anderer Staaten — auch insoweit letztere in einem Vertragsverhältniss zu der Schweiz stehen — den gesetzlichen Schutz erlangen können. Diese Bestimmung hat namentlich in den Kreisen der chemischen Grossindustrie, welche, vorwiegend auf den Schutz von Fabrikationsmethoden angewiesen, ihre in Deutschland oder in dritten Staaten patentirten Erfindungen alsbald der allgemeinen Benutzung in der Schweiz preisgegeben sieht, zur Beschwerde Anlass gegeben. Bisher haben die Versuche, auch in der Schweiz den Patentschutz auf das ganze, in den übrigen Kulturstaaten geschützte Gebiet zu erstrecken, zu einem Ergebniss nicht geführt; und auch im Rahmen des vorliegenden Abkommens ist es nicht gelungen, einen Schutz, welchen das in der Schweiz zur Zeit geltende Recht den eigenen Staatsangehörigen versagt, deutschen Gewerbetreibenden zugänglich zu machen. Wenn hiernach die Unvollständigkeit des eidgenössischen Rechtssystems bis auf Weiteres einzelnen Zweigen auch des deutschen Gewerbelebens in dem gleichen Maasse, wie bisher, fühlbar bleiben wird, so bietet dieser Umstand — so bedauerlich er vom Standpunkte unserer chemischen Grossindustrie erscheinen mag — doch keinen ausreichenden Anlass, um bis zur Abstellung jenes Mangels auch für die übrigen Zweige der Technik bei einem vertragslosen Zustande zu beharren und auf die Vortheile zu verzichten, welche die vertragsmässige Erleichterung in der Nachsuchung und Geltendmachung gewerblicher Schutzrechte erwarten lässt. Deutschland befindet sich hierbei in derselben Lage, wie andere Industriestaaten, namentlich Grossbritannien, Frankreich und Belgien, die vertragsmässig den Angehörigen der Schweiz den vollen Umfang ihres Rechtsschutzes gewährt haben, für die eigenen Angehörigen in der Schweiz aber einstweilen auf den Schutz neuer Fabrikationsmethoden verzichten müssen.

Nr. 10718.
Deutschland
und
die Schweiz.
13. April 1892.

Nr. 10718. **Wie wichtig das Abkommen gleichwohl für Deutschland ist, erhellt daraus, dass in den Jahren 1891 und 1892 von 1444, bzw. 1554 in der Schweiz ertheilten Patenten 429, bzw. 504 auf Reichsangehörige entfallen, während die Schweiz selbst mit 471, bzw. 560, das übrige Ausland zusammen mit 544 bzw. 490 Patenten betheilt ist. || Insoweit im Uebrigen Abweichungen von dem Inhalt der Abkommen mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien vorliegen, ist Folgendes zu bemerken:**

Zu Artikel 1.

Nach dem schweizerischen Markenschutzgesetz müssen ausländische Gewerbetreibende, um für den Gebrauch ihrer Firma als Waarenbezeichnung den gesetzlichen Schutz zu erlangen, die Firma als Marke hinterlegen, während schweizerische Gewerbetreibende, deren Firma in das Handelsregister eingetragen ist, von dieser Verpflichtung befreit sind. Die im Artikel 1 vereinbarte Gleichstellung der beiderseitigen Angehörigen verbürgt auch den in das deutsche Handelsregister eingetragenen Firmen in der Schweiz ohne Weiteres und unabhängig von einer besonderen Eintragung in das dortige Markenregister den Schutz gegen missbräuchliche Verwendung zur Waarenbezeichnung. Zur Vermeidung etwaiger Zweifel ist dies im Schlussprotokoll ausdrücklich ausgesprochen.

Zu Artikel 3.

In den mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien geschlossenen Abkommen sind die Wirkungen des Prioritätsrechtes, welches der in einem Vertragsstaate bewirkten Anmeldung in dem anderen Vertragsstaate eingeräumt werden soll, in zwei getrennten Absätzen, von denen der eine das Rangverhältniss konkurrierender Anmeldungen regelt, der andere den Vorbehalt der Neuheit zum Gegenstand hat, im Einzelnen festgesetzt. Dem Wortlaute nach abweichend, aber sachlich übereinstimmend, beschränkt sich der Artikel 3 des gegenwärtigen Uebereinkommens darauf, der späteren Anmeldung dieselbe Wirkung beizulegen, als wenn sie am Tage der ersten Anmeldung geschehen wäre. Dieser Fassung ist mit Rücksicht auf die schweizerische Patentgesetzgebung der Vorzug gegeben worden. || Der Vorbehalt in dem Schlussprotokoll zu Artikel 3 ist durch eine Sonderbestimmung der eidgenössischen Gesetzgebung veranlasst, der zufolge den schweizer Bürgern für diejenigen Anmeldungen, welche in einem auswärtigen, mit der Schweiz durch eine Patent- etc. Konvention verbundenen Lande zuerst erfolgt sind, ein Prioritätsrecht im Heimathsstaate zusteht. Der Grundsatz der Gleichbehandlung der deutschen und der schweizerischen Staatsangehörigen, auf diese Bestimmung angewendet, könnte zu der Auffassung führen, als ob Deutsche, welche zuerst in einem dritten Lande, etwa in Belgien, eine Patentanmeldung bewirkt haben, nunmehr berechtigt wären, auf Grund dieser Anmeldung den Anspruch auf prioritätische Rechte in der Schweiz geltend zu machen. Für Deutschland genügt es, wenn den deutschen Gewerbetreibenden für ihre zuerst im Inlande erfolgten Anmeldungen ein Vorrecht in der Schweiz gesichert wird.

Zu Artikel 4.

Nr. 10718.
Deutschland
und
die Schweiz.
13. April 1892.

Dem Beschluss über die endgültige Ertheilung eines deutschen Patentbeschlusses entspricht in der Schweiz die Eintragung des Patentbeschlusses in das Register. Der Erfinder erhält von diesem Akte Nachricht, ohne dass jedoch der Tag feststellbar wäre, an welchem die Nachricht in die Hände des Empfängers gelangt. Um bei dieser Sachlage auch für die zuerst in der Schweiz bewirkten Anmeldungen in jedem Fall einen zuverlässigen Anhaltspunkt für die Berechnung der dreimonatlichen Frist zu gewinnen, ist der Beginn derselben nach dem Schlussatz des Artikels 4 an die Eintragung des Patentbeschlusses in das Register geknüpft, während für die zuerst in Deutschland bewirkten Patentanmeldungen nach dem Vorgange der mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien getroffenen Vereinbarungen der Tag der Zustellung des Ertheilungsbeschlusses maassgebend sein soll. || Die Fristbestimmung des Artikels 4 ist ebenso wie in den entsprechenden Vereinbarungen mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien hinsichtlich der Erfindungen dahin zu verstehen, dass das durch die Anmeldung in einem Vertragsstaate begründete Vorrecht in dem anderen Staate jeder Zeit bis zu demjenigen Zeitpunkt hin geltend gemacht werden kann, zu welchem von der Patenterteilung ab drei Monate verstrichen sind. Es hat nicht in der Absicht gelegen, die Einräumung der prioritätischen Rechte von der Bedingung abhängig zu machen, dass erst nach dem Zeitpunkte der Ertheilung des Patentbeschlusses in dem einen Staate die Anmeldung in dem anderen Staate bewirkt wird. Etwaigen Zweifeln in dieser Beziehung soll die Bestimmung in dem Schlussprotokoll zu Artikel 4 vorbeugen.

Zu Artikel 5.

Nach den deutschen wie nach den schweizerischen Gesetzen kann die Säumniss in der Ausführung einer unter Schutz gestellten Neuerung den Verlust des Schutzes zur Folge haben. Diese Bestimmung ist für diejenigen Gewerbetreibenden, welche in Deutschland und in der Schweiz den Schutz nachgesucht und erlangt haben, insofern lästig, als sie es nothwendig macht, in beiden Ländern oft mit erheblichen Kosten und Weiterungen Anstalten zur Herstellung des geschützten Gegenstandes zu treffen. Es liegt daher im beiderseitigen Interesse, dass im Sinne derjenigen Vorschriften, welche unter Androhung des Rechtsverlustes die Ausführung im Inlande erfordern, die im Gebiete des einen Theiles erfolgende Ausführung auch für das Gebiet des anderen Theiles als wirksam anerkannt wird. Eine entsprechende Vereinbarung hinsichtlich der Erfindungen, Muster und Modelle findet sich in dem mit Italien abgeschlossenen Uebereinkommen. Das schweizerische Gesetz verlangt aber auch für Handels- und Fabrikmarken die Anwendung innerhalb einer bestimmten Frist. Wenn hiernach die auf die Beseitigung des Ausführungszwanges bezügliche Bestimmung des deutsch-italienischen Uebereinkommens für unsere Be-

Nr. 10718. zingungen zu der Schweiz eine Ergänzung erheischt, so erscheint auf der anderen
 Deutschland Seite eine Einschränkung geboten. Es ist bereits im Eingange der Denkschrift
 und erwähnt worden, dass in der Schweiz die nicht durch Modelle darstellbaren
 die Schweiz. Erfindungen vom Patentschutz ausgeschlossen sind. Würde der Ausführungs-
 13. April 1892. zwang auch für diese Arten von Erfindungen beseitigt, so würde der Vortheil
 den in der Schweiz ansässigen Gewerbetreibenden, welche in Deutschland auf
 solche Erfindungen Patente genommen haben, zu Gute kommen, ohne dass die
 in Deutschland ansässigen Gewerbetreibenden eines entsprechenden Vortheils
 in der Schweiz theilhaftig werden können. Dieser Ungleichmässigkeit will das
 unter dem 16. Juni 1893 vereinbarte Zusatzprotokoll vorbeugen. Findet der
 Artikel 5 des Uebereinkommens auf diejenigen Erfindungen, welche nach den
 Gesetzen eines der vertragschliessenden Theile vom Patentschutz ausgeschlossen
 sind, keine Anwendung, so bleibt uns auch für die Zukunft die Möglichkeit,
 die im Besitz eines deutschen Patentbesitzers auf Herstellungsmethoden befindlichen
 Schweizer nach Maassgabe der Vorschriften unseres Rechts zur Ausführung
 der Erfindungen in Deutschland selbst zu nöthigen. || Der Ausführungszwang
 steht mit dem Lizenzzwange nicht derart im Zusammenhange, dass mit dem
 ersteren auch der letztere im internationalen Verkehr in Wegfall kommen
 müsste. Nach dem deutschen Patentgesetz muss auch derjenige, welcher die
 geschützte Erfindung im angemessenen Umfange zur Ausführung bringt, unter
 gewissen Voraussetzungen Anderen die Erlaubniss zur Benutzung erteilen.
 Daher liegt es nicht in unserem Interesse, schweizer Bürger, welche als In-
 haber deutscher Patente von der Verpflichtung zur Ausführung ihrer Erfin-
 dung auf deutschem Gebiete befreit werden sollen, auch von dem Lizenzzwange,
 soweit die gesetzlichen Voraussetzungen desselben gegeben sein werden, zu
 entbinden. Der gleiche Gesichtspunkt trifft für die Schweiz zu. Beide Theile
 haben sich daher in dem Schlussprotokoll zu Artikel 5 die Anwendung der
 auf die Folgen der Lizenzverweigerung bezüglichen Gesetzesvorschriften vor-
 behalten.

Zu Artikel 7.

Das schweizerische Gesetz macht die Verfolgbarkeit von Patentverletzungen davon abhängig, dass jeder nach dem Patent hergestellte Gegenstand oder dessen Verpackung mit dem eidgenössischen Wappenkreuz nebst Patentnummer versehen wird. Von dieser dem ausländischen Inhaber eines schweizerischen Patentbesitzes hinderlichen Bedingung sollen deutsche Reichsangehörige befreit werden. Wer von dieser Vergünstigung Gebrauch macht, verzichtet natürlich auf die aus der Kennzeichnung der Waare sich ergebende Vermuthung und muss behufs Verfolgung des Nachahmers auf anderem Wege den Nachweis schuldhaften Verhaltens erbringen.

Nr. 10719. GROSSBRITANNIEN UND SPANIEN. — Vertrag zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels*).

Brussels, July 2, 1890.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and Her Majesty the Queen Regent of Spain, in the name of her august son, His Majesty the King Don Alfonso XIII, being mutually animated by a sincere desire to co-operate by all means in their power towards the extinction of the Trade in African Slaves, wherever that Traffic may still exist, and being convinced of the necessity of terminating the ancient Treaties now in force, and of replacing them by another more in harmony with the present state of things, and with the provisions of the General Act of the Conference of Brussels, have resolved to conclude a special Treaty to that effect, and for this purpose have named as their Plenipotentiaries, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, Lord Vivian, a Peer of the United Kingdom, Her Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the Court of the King of the Belgians; and Sir John Kirk, one of Her Majesty's Plenipotentiaries to the Conference of Brussels; || And Her Majesty the Queen Regent of Spain, Don José Gutierrez de Aguëra, her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the Court of His Majesty the King of the Belgians; || Who, having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Nr. 10719.
Gross-
britannien
und Spanien.
2. Juli 1890.

Article I.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and Her Majesty the Queen Regent of Spain, engage to prohibit all Trade in Slaves carried on either by their respective subjects or under their respective flags, or by means of capital belonging to their respective subjects, and to punish all persons engaged in such Traffic with all the severity permitted by the laws which are actually or which hereafter may come into force in the respective countries. Their Majesties further declare, that any vessel which may attempt to carry on the Slave Trade shall, by that fact alone, forfeit all right to the protection of their respective flags.

Article II.

In order more fully to attain the object of the present Treaty, the High Contracting Parties have mutually agreed to restrict all measures for the more effectual suppression of the Slave Trade to the maritime zone within which the Traffic still exists, which is limited on the one side by the shores of the Indian Ocean (including the Persian Gulf and the Red Sea), from the coast of Beloochistan to Tangalani Point (Quilimane), and on the other by a con-

*) Engl. Blaubuch Treaty Series Nr. 3. 1892 (6592).

Nr. 10719.
Gross-
britannien.
und Spanien.
2. Juli 1890.

ventional line which, after following the meridian of Tangalani to the point of intersection with the 26° of south latitude, follows that parallel, skirting the Island of Madagascar on the eastern side, at a distance of 20 miles from its eastern and northern coasts, as far as its point of intersection with the meridian of Cape Amber; from this point the limit of the zone is fixed by an oblique line which strikes the coast of Beloochistan, keeping 20 miles outside of Cape Ras-el-Had.

Article III.

The two High Contracting Parties have likewise agreed to limit the operation of the present Treaty to vessels of less than 500 tons measurement, reserving the right of revising this clause whenever experience shows the necessity of it.

Article IV.

In addition to the measures adopted by common agreement by all the Signatory Powers of the General Act of the Conference of Brussels with a view to prevent the usurpation of their respective flags, and to insure the exercise of a strict supervision over native vessels authorized to hoist their colours, as well as for the liberation of slaves, and for the early exchange of information necessary for the suppression of the Slave Trade, the two High Contracting Parties have agreed that their respective ships of war may, within the above-defined zone, and after verification of the ships' papers, search all merchant-vessels of the tonnage indicated in Article III, belonging to one or other of the High Contracting Parties, which may afford reasonable ground of suspicion that they have been engaged in the Slave Trade, or have been fitted out for that purpose, or have been engaged in the Traffic during the voyage in which the vessel may have been met by the said cruisers; and all such cruisers may detain, send, or take such suspected vessels for trial in the manner hereinafter agreed to.

Article V.

In no case shall the mutual right of search and visit be exercised over ships of war or over vessels belonging to the Governments of either of the High Contracting Parties, but their cruisers shall afford each other mutual assistance in all cases in which it may be useful that they should act in concert.

Article VI.

Whenever a merchant-vessel, sailing under the flag of one of the High Contracting Parties, shall have been detained by a cruiser of the other Power in conformity with the provisions of the present Treaty, the vessel, together with the captain, crew, cargo and any slaves that may be found on board, shall be conveyed to one or other of the places designated in this Article, and given over to the authorities appointed for this purpose by the respective Governments, in order to their being proceeded against before the competent Tribunals in the manner hereinafter specified. || All British vessels which may

be detained within the abovementioned zone by a Spanish cruiser shall be conveyed and made over for trial to the competent authorities appointed for that purpose within the said zone by the Government of Her Britannic Majesty, or shall be handed over to a British man-of-war, provided the captain is willing to take charge of the prize. || All Spanish merchant-vessels that may be detained by a British cruiser shall be conveyed and made over for trial to the Consular authority whom Her Majesty the Queen Regent of Spain may appoint in one or more of the ports of the said zone, or shall be handed over to a Spanish man-of-war, provided the captain is willing to take charge of the prize.

Nr. 10719.
Gross-
britannien
und Spanien.
2. Juli 1890.

Article VII.

Every merchant-vessel belonging to one or other of the High Contracting Parties which may have been searched and detained at sea in virtue of the provisions of the present Treaty shall be liable to condemnation on the production of evidence establishing, to the satisfaction of the national Tribunal, that the vessel has been engaged in an Act of Slave Trade in the course of the voyage during which it was detained.

Article VIII.

The authorities specified in Article VI shall proceed immediately to inquire into, and adjudicate on, the case of any vessel detained in accordance with the stipulations contained in Articles L to LIX of the General Act of the Brussels Conference; the general provisions of which Act are also applicable in all cases not specially provided for in the present Treaty.

Article IX.

The two High Contracting Parties have also agreed to insure the immediate liberation of all slaves found on board vessels detained in virtue of the foregoing stipulations.

Article X.

The present Treaty shall come into force on the same date as the General Act of the Brussels Conference, and shall remain in force during the continuance of that Act, the High Contracting Parties having agreed to abrogate their former Conventions on this subject, specially their Treaty of June 28, 1835.

Article XI.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications exchanged at Brussels at as early a date as possible. || In faith whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Treaty, and have affixed thereto their seals. || Done at Brussels this 2nd day of July, in the year of Our Lord 1890.

Vivian.

John Kirk.

José Gutierrez de Aguera.

*) Anmerkng. Ratifizirt am 23. December 1890. Red.

Nr. 10720. GROSSBRITANNIEN, FRANKREICH, SPANIEN, SCHWEIZ, TUNIS. — Abkommen zum Schutze des industriellen Eigenthums *).

Madrid, April 14, 1891.

Nr. 10720. Les soussignés Plénipotentiaires des Gouvernements des États ci-dessus
 Gross- énumérés, || Vu l'Article XV de la Convention Internationale du 20 Mars, 1883,
 britannien, pour la Protection de la Propriété Industrielle, || Ont, d'un commun accord, et
 Frankreich, sous réserve de ratification, arrêté l'Arrangement suivant:—
 Spanien,
 Schweiz,
 Tunis.
 14. April 1891.

Article I.

Tout produit portant une fausse indication de provenance, dans laquelle un des États Contractants ou un lieu situé dans l'un d'entre eux, serait, directement ou indirectement, indiqué comme pays ou comme lieu d'origine, sera saisi à l'importation dans chacun des dits États. || La saisie pourra aussi s'effectuer dans l'État où la fausse indication de provenance aura été apposée, ou dans celui où aura été introduit le produit muni de cette fausse indication. || Si la législation d'un État n'admet pas la saisie à l'importation, cette saisie sera remplacée par la prohibition d'importation. || Si la législation d'un État n'admet pas la saisie à l'intérieur, cette saisie sera remplacée par les actions et moyens qui la loi de cet État assure en pareil cas aux nationaux.

Article II.

La saisie aura lieu à la requête soit du Ministère Public, soit d'une partie intéressée, individu, ou Société, conformément à la législation intérieure de chaque État. || Les autorités ne seront pas tenues d'effectuer la saisie en cas de transit.

Article III.

Les présentes dispositions ne font pas obstacle à ce que le vendeur indique son nom ou son adresse sur les produits provenant d'un pays différent de celui de la vente, mais dans ce cas l'adresse ou le nom doit être accompagné de l'indication précise et en caractères apparents du pays ou du lieu de fabrication ou de production.

Article IV.

Les Tribunaux de chaque pays auront à décider quelles sont les appellations qui, à raison de leur caractère générique, échappent aux dispositions du présent Arrangement, les appellations régionales de provenance des produits vinicoles n'étant cependant pas comprises dans la réserve statuée par cet Article.

Article V.

Les États de l'Union pour la Protection de la Propriété Industrielle qui n'ont pas pris part au présent Arrangement seront admis à y adhérer sur

*) Engl. Blaubuch Treaty Series Nr. 13. 1892 (6818).

leur demande et dans la forme prescrite par l'Article XVI de la Convention du 20 Mars, 1883, pour la Protection de la Propriété Industrielle.

Nr. 10720.
Gross-
britannien
Frankreich,
Spanien,
Schweiz,
Tunis.
14. April 1891.

Article VI.

Le présent Arrangement sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Madrid dans le délai de six mois au plus tard. || Il entrera en vigueur un mois à partir de l'échange des ratifications, et aura la même force et durée que la Convention du 20 Mars, 1883. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires des États ci-dessus énumérés ont signé le présent Arrangement à Madrid, le 14 Avril, 1891.

*Pour le Brésil—

Luis F. D'Abreu.

Pour l'Espagne—

S. Moret.

Marqués de Aguilar.

Enrique Calleja.

Luis Mariano de Larra.

Pour la France et la Tunisie—

P. Cambon.

Pour la Grande-Bretagne—

Francis Clare Ford.

*Pour le Guatémala—

J. Carrera.

*Pour le Portugal—

Comte de Casal Ribeiro.

Pour la Suisse—

Ch. E. Lardet.

Morel.

Anmerkung. * Haben nicht ratifizirt.

Nr. 10721. GROSSBRITANNIEN UND BELGIEN. — Erklärung zur Vermeidung von Konflikten in der Nordseefischerei*).

Bruxelles, 2 Mai, 1891.

Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges, voulant faciliter la procédure pour le réglemeut des conflits entre pêcheurs Anglais et pêcheurs Belges dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales, et atténuer autant que possible les dommages qu'ils peuvent éprouver lorsque leurs appareils de pêche viennent en contact, sont convenus des dispositions suivantes: —

Nr. 10721.
Gross-
britannien
und
Belgien.
2. Mai 1891.

*) Engl. Blaubuch Treaty Series Nr. 1. 1892 (6587).

Nr. 10791.
Gross-
britannien
und
Belgien.
2. Mai 1891.

Article I.

Chaque fois qu'une plainte entraînant une réclamation du chef de dommages sera formulée par un pêcheur de l'un des deux pays contre un pêcheur de l'autre pays elle sera transmise pour enquête préliminaire — en Belgique, à une Commission composée de deux fonctionnaires, au moins, désignés par le Ministre des Chemins de Fer, Postes et Télégraphes; dans le Royaume-Uni, à une Commission composée également de deux fonctionnaires, au moins, désignés par le Board of Trade; ces fonctionnaires feront leur enquête à l'endroit où les allégations des plaignants pourront être le plus facilement vérifiées.

Article II.

Aucune plainte ne sera transmise, suivant le cas, soit au Gouvernement Britannique, soit au Gouvernement Belge, à moins: — || 1. Qu'elle ne soit reconnue fondée par la Commission; || 2. Que les pêcheurs désignés par la Commission ne s'engagent à comparaître personnellement dans le cas où ils seraient appelés à donner leur témoignage.

Article III.

Les plaintes seront accompagnées — || 1. D'un Rapport de la Commission d'Enquête; || 2. D'un certificat émanant de cette Commission et constatant l'appartenance de l'appareil de pêche perdu ou endommagé; || 3. D'un certificat dressé par un expert nommé, suivant le cas, soit par le Board of Trade, soit par le Ministre des Chemins de Fer, Postes et Télégraphes de Belgique, et portant estimation de la valeur du dommage. || Ces certificats, transmis par la voie diplomatique, feront foi jusqu'à preuve du contraire.

Article IV.

Lorsqu'un pêcheur s'embarrassera d'une façon quelconque dans l'appareil de pêche d'un autre pêcheur ou traversera cet appareil, il prendra toutes les mesures nécessaires pour réduire au minimum les dommages qui peuvent en résulter pour l'appareil ou le bateau de l'autre pêcheur.

Article V.

Dans le Royaume de Belgique, le Tribunal saisi d'une infraction à la Convention du 6 Mai, 1882, sur la pêche dans la Mer du Nord, ou à l'Article 4 de la présente Déclaration, pourra adjuger des dommages-intérêts à la requête de la partie lésée, et sur la poursuite du Ministère Public. || L'exécution des condamnations aux dommages-intérêts sera poursuivie à la requête du Ministère Public par l'Administration de l'Enregistrement, qui fera l'avance des frais, et s'en remboursera suivant les formes de droit sur les condamnés. || Dans le Royaume-Uni, le Tribunal devant lequel des poursuites sont intentées du chef des infractions ci-dessus pourra, à l'intervention du Ministère Public, sur la requête de la partie lésée, adjuger des dommages-intérêts, et le Ministère

Public recouvrera, à ses propres frais, sur les parties responsables, la somme ainsi allouée, ou la partie de cette somme qu'il sera possible de recouvrer. || Le montant des dommages-intérêts recouverts, comme il est stipulé ci-dessus, sera transmis sans frais à la partie lésée par la voie diplomatique.

Nr. 10721.
Gross-
britannien
und
Belgien.
2. Mai 1891.

Article VI.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs Législatures respectives, les mesures nécessaires pour assurer l'exécution de la présente Déclaration, et notamment pour faire punir, soit de l'emprisonnement, soit de l'amende, soit de ces deux peines, ceux qui contreviendraient à l'Article IV.

Article VII.

La présente Déclaration sera ratifiée. Les ratifications seront échangées à Bruxelles dans le plus bref délai possible.

Article VIII.

La présente Déclaration entrera en vigueur à l'époque dont conviendront ultérieurement les Hautes Parties Contractantes. || Elle restera en vigueur pendant trois ans à dater de cette époque, et dans le cas où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié douze mois avant l'expiration de la dite période de trois ans son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || En foi de quoi les soussignés, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande à Bruxelles, et Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi des Belges, ont dressé la présente Déclaration en double, et l'ont revêtue du cachet de leurs armes.

Vivian.

Le Prince de Chimay.

Protocole.

Les Soussignés se sont réunis à l'effet de procéder à l'échange des ratifications de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, et de Sa Majesté le Roi des Belges, sur la Déclaration signée, le 2 Mai, 1891, entre la Grande-Bretagne et la Belgique, en vue de faciliter la procédure pour le règlement des conflits entre pêcheurs Anglais et pêcheurs Belges dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales, et de réduire les dommages qu'ils peuvent éprouver par l'effet du contact de leurs appareils. || Ces actes ont été trouvés exacts et concordants et l'échange en a été opéré. || Les Soussignés, dûment autorisés, sont de plus convenus, de commun accord, que la Déclaration précitée sera mise en vigueur le 15 Septembre, 1891. || En foi de quoi, les Soussignés ont dressé le présent procès-verbal qu'ils ont signé et revêtu de leurs cachets.

Vivian.

Le Prince de Chimay.

Die Neufundländer Fischereifrage*).

(Vgl. Band 56, 54, 52.)

Nr. 10722. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an das auswärtige Amt. — Frankreich verlangt dauernde Garantien für die Ausführung der Verträge.

Paris, June 4, 1891. (June 5.)

Nr. 10722.
Gross-
britannien.
4. Juni 1891. (Extract.) || When I saw M. Ribot yesterday at the Quai d'Orsay, I found him in receipt of your Lordship's letter of the 1st instant to M. Waddington relative to the measures necessary to insure the execution of the arbitral decision as to the Newfoundland Lobster fisheries. || His Excellency said, that this communication did not remove (in fact, he added, it rather increased) the embarrassing uncertainties of the position in which the French Government is placed by the substitution of temporary Colonial legislation, limited to a period of three years, for the permanent Act to which Her Majesty's Government had undertaken to obtain the assent of the Imperial Parliament for enforcing the award of the Arbitrators. || So long as the French Government had a well-founded assurance, that the Government of Her Majesty possessed not only the will, but also the power, to insure the permanent enforcement of the award, it was, of course, in no wise concerned with the nature of any arrangements made for that purpose between the Imperial Government and the Government of Newfoundland. But no such assurance was to be found in the present temporary arrangement, whereby the duty of providing for the protection of French rights was practically transferred from the Imperial Government, which acknowledged them, to the Colonial Government, which denied and contested them. He warmly recognized and appreciated the scrupulous loyalty with which Her Majesty's Government had acted towards France in this matter up to the present moment; and, in illustration of it, he laid stress upon an assurance which, he said, M. Waddington had received from your Lordship, that you were prepared to make a Cabinet question of the passage through Parliament of the Bill now abandoned. || France could desire no stronger guarantee for the fulfilment of our engagements towards her than would have been furnished by that Bill, had it become law. But, instead of that Bill, she was now asked to be satisfied with a temporary Act, extorted with great difficulty, and only under the strongest possible pressure, from a Colonial Legislature notoriously reluctant to pass it, and supplemented by a Resolution of the House of Commons worded in the most general terms. If the New-

*) Die nachfolgenden Dokumente Nr. 10722 bis 10756 sind entnommen den englischen Blaubüchern „New-Foundland Fisheries“ 1891/92 und „New-Foundland“ 1893.

foundland Government was acting in good faith towards France, why did it object to a permanent measure? It could only object to such a measure because it was resolved that, so far as in it lay, nothing in the nature of French rights should have permanent protection or existence in Newfoundland. || The undisguised object of the Newfoundland Government was to evade the Treaty rights of France, and the terms of the *modus vivendi*, by every means in its power; to get rid altogether of the surveillance of the naval officers by whom these rights and terms were enforced, and to transfer the police of the fisheries entirely to the jurisdiction of the Colonial Courts. But in the impartiality of these Courts the French Government had no faith, and it could not assent to any arrangement which would have the effect of making the interpretation and enforcement of French rights dependent upon their decision. || I reminded M. Ribot that, if the Newfoundland Government failed in the fulfilment of any obligations undertaken by it, Parliament stood pledged to the adoption of whatever measure the Imperial Government might, in that case, deem necessary for their enforcement. || To this, however, his Excellency replied, that the Newfoundland Government and Parliament made no secret of the calculation on which they acted in passing the three years' Act. Before the expiration of that Act a change of Government in England might bring into power the party which had espoused the cause of the Newfoundlanders against the present Cabinet, and thereby (notwithstanding all conventional disclaimers) against France. || That party had committed itself to the view put forward by the Newfoundland Government, that the jurisdiction exercised by naval officers in Newfoundland waters is an intolerable nuisance to the Colony, and that the police of the fisheries should, as soon as possible, be made over exclusively to the Colonial Courts. || The House of Commons is pledged, it was said, to the adoption of any Imperial Act which the English Government for the time being may hereafter introduce for the fulfilment of its international obligations in Newfoundland. But who could say what sort of an Act a future English Cabinet might deem necessary or sufficient for that purpose, or what interpretation might be placed on those obligations by a Cabinet whose members had, in opposition, committed themselves to the Newfoundland view of them? || On an international question of this kind, it was impossible for the French Government to place itself in a position of which all the permanent conditions were left indefinite and dependent upon the precise terms of an Act of Parliament not in existence. || In these circumstances, therefore, he could not now attempt to obtain the assent of the French Parliament to the arbitration arrangement. Such an attempt was rendered hopeless by the action of the English Parliament, and nothing seemed left to do but to prolong the *modus vivendi*, if possible, till more substantial guarantees could be obtained for giving permanent effect to the award of the Arbitrators. || From some words addressed by your Lordship to M. Waddington, which M. Ribot quoted to me, but which do not occur in your Lordship's

Nr. 10722.
Gross-
britannien.
4. Juni 1891.

Nr. 10722. reply to the French Ambassador's note, his Excellency appeared to have
 Gros- derived an impression that her Majesty's Government had in contemplation
 britannien. some arrangement with the Newfoundland Government for doing away with
 4. Juni 1891. the surveillance of the naval authorities, and placing the police of the fisheries
 entirely under the jurisdiction of the Colonial Courts. || I cannot recall the
 exact words read to me by his Excellency from a document which I supposed
 at the time to be your Lordship's note to M. Waddington of the 1st instant,
 but I told him that they did not appear to me to bear the construction he
 put on them. Hitherto, the action often incumbent on Her Majesty's naval
 authorities in Newfoundland waters for enforcing the terms of the modus
 vivendi had been insufficiently protected by law. It was therefore necessary
 to legalize the scope of the powers exercised by them for the above-mentioned
 purpose, and whether this result was effected by Colonial or Imperial
 legislation was a matter that could not concern the French Government. ||
 M. Ribot said, that was undoubtedly the case. But the French Government
 would be seriously concerned by the transfer of judicial functions in
 reference to fishery disputes, under the modus vivendi or the arbitral award,
 from the naval authorities to the Colonial Courts, and he trusted that no
 such proposal would be entertained by Her Majesty's Government. || I
 gathered from the whole tenour of his remarks, that this is the point on
 which his mind is most exercised.

Nr. 10723*). **FRANKREICH.** — Der Botschafter in London an das
 englische auswärtige Amt. — Derselbe Gegenstand.

Londres, le 7 Juin, 1891. (8. Juin.)

Nr. 10723. M. le Marquis, || J'ai l'honneur de vous accuser réception de la lettre que
 Frankreich. votre Seigneurie a bien voulu m'écrire le 1^{er} Juin et que j'ai communiquée
 7. Juni 1891. sans retard à M. le Ministre des Affaires Étrangères. M. Ribot vient de m'in-
 viter à vous faire part des observations que la lecture de cet important do-
 cument lui a suggérées. || M. Ribot se rend parfaitement compte des difficultés
 en présence desquelles s'est trouvé le Gouvernement de Sa Majesté pour assurer
 l'exécution de l'arrangement du 11 Mars; mais il ne peut s'empêcher de re-
 gretter aussi bien que votre Seigneurie que le Bill présenté par Lord Knutsford
 et voté par la Chambre des Lords n'ait pas reçu force de loi par le vote de
 la Chambre des Communes. En effet c'est la première fois qu'en Angleterre
 on s'écarte de l'ancienne et constante pratique de confier au Gouvernement des
 pouvoirs permanents pour l'exécution des arrangements internationaux. Sans
 chercher à examiner ici l'origine première ou la portée actuelle de lois im-
 portantes telles que le "Mutiny Bill", qui sont renouvelées annuellement, je me
 bornerai à faire remarquer à votre Seigneurie que ces actes du Parlement, si
 importants qu'ils soient, sont tous d'ordre intérieur. Au contraire, il a tou-
 jours été reconnu que les Conventions internationales, souvent si difficiles à

*) Vgl. Nr. 10412 und 10410. Anm. der Red.

conclure, doivent être sanctionnées une fois pour toutes, et que les Gouvernements doivent être munis de pouvoirs permanents pour les exécuter. En effet il est de l'intérêt évident des deux pays contractants de ne pas renouveler périodiquement des débats qui peuvent soulever des questions irritantes. || M. Ribot, en présentant l'arrangement du 11 Mars à l'approbation du Sénat, avait pu affirmer l'engagement catégorique pris par les Ministres de la Reine d'assurer, d'une façon permanente, l'exécution de notre accord. Il est nécessaire qu'il puisse faire la même déclaration à la Chambre des Députés à laquelle l'arrangement est actuellement soumis. || Il est vrai que la Résolution votée à l'unanimité par la Chambre des Communes a consacré l'engagement pris par le Gouvernement de Sa Majesté vis-à-vis du Gouvernement de la République, et la haute assemblée s'est déclarée prête à soutenir le Gouvernement de Sa Majesté dans toutes les mesures nécessaires pour assurer l'exécution des Traités et des Arrangements conclus avec la France. Il va sans dire que nous apprécions à toute sa valeur une résolution conçue dans ces termes et que nous la considérons, suivant l'expression même de votre Seigneurie, comme un engagement d'honneur. Mais il n'en reste pas moins une grave question d'interprétation à résoudre et je suis persuadé qu'il est de l'intérêt des deux pays de ne point la laisser dans la vague. Cette question je l'ai déjà posée à votre Seigneurie; mais M. Ribot m'invite à la préciser: Devons-nous comprendre la Résolution votée par la Chambre des Communes et acceptée par le Gouvernement de Sa Majesté en ce sens, que le Parlement Impérial s'est engagé à voter, à défaut du Parlement Colonial, un Bill identique en ses effets à celui dont l'avait saisi Lord Knutsford, c'est-à-dire, à donner au Gouvernement Anglais seul les moyens permanents de faire exécuter les Traités avec la France et l'Arrangement du 11 Mars. || En effet, ainsi que j'ai déjà eu l'honneur de vous le faire remarquer, nous ne pouvons reconnaître aux autorités ou aux Tribunaux de Terre-Neuve le droit de se mêler d'affaires internationales. C'est avec le Gouvernement Anglais seul que nous avons traité et c'est de lui seul que nous attendons, en ce qui le touche, l'exécution de nos accords. || Je prie votre Seigneurie de me fournir sur ce point spécial les explications qui sont nécessaires à M. Ribot, afin de se mettre en mesure de demander les plus tôt possible à la Chambre des Députés l'approbation de notre Arrangement du 11 Mars.

Waddington.

Nr. 10724. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Die englische Regierung wird keine Kabinetsfrage aus der Neufundlandangelegenheit machen.

Foreign Office, June 8, 1891.

My Lord, || I have received and laid before the Queen your Excellency's despatch of the 4th instant, reporting your conversation with M. Ribot on the previous day respecting the Newfoundland Fisheries question. || M. Waddington

Nr. 10723.
Frankreich.
7. Juni 1891.

Nr. 10724.
Gross-
britannien.
8. Juni 1891.

Nr. 10724. informs me, that, as soon as he has received M. Ribot's reply to the note
 Gross- which I addressed a week ago to the Ambassador, he will come to me to
 britannien. explain the views of his Government. || Under these circumstances, I will not
 8. Juni 1891. at present reply to your Excellency's despatch. || But there is one miscon-
 ception into which M. Ribot has fallen, and which it is desirable I should
 correct without delay. He stated to your Excellency, that I had undertaken
 that Her Majesty's Government would make a Cabinet question of the Bill on
 the Newfoundland arbitration, which was introduced by Lord Knutsfort into
 the House of Lords. In this his Excellency is entirely mistaken. The only
 statement of mine which can have given rise to such a misunderstanding was
 a remark to M. Waddington, to the effect that we should look upon the
 approval of Parliament to the Convention which we were about to sign as
 indispensable to the existence of the Ministry. That approval we have received
 in the most formal manner. But I never pledged myself to attach that cha-
 racter to the passage of a particular Bill. Salisbury.

Nr. 10725. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den Bot-
 schafter in Paris. — Unterredung mit dem französi-
 schen Botschafter über die Ausführung des Schieds-
 spruches.

Foreign Office, June 10, 1891.

Nr. 10725. My Lord, || The French Ambassador called upon me to receive my answer
 Gross- to the letter of which a copy has been forwarded to your Excellency. || I stated
 britannien. to him, that it appeared to me at first sight that M. Ribot had entered upon
 10. Juni 1891. the discussion of matters which were not properly the subject of international
 controversy at all. England had undertaken to execute the Award of the
 Arbitrators. To that undertaking, in any circumstances, and under any Go-
 vernment, she was bound, and France had the fullest right to require from
 her a performance of her pledge. But France had no right to investigate
 the municipal arrangements by which the performance of that international
 duty was secured. It was for us to make what arrangements we pleased, and
 in discussing those arrangements the members of our Legislature were at
 liberty to use what language they pleased. The machinery we employed, the
 political principles we followed, the doctrines we defended or attacked among
 ourselves, were purely a question for our own discretion, with which no other
 nation had any right to interfere. One right, and one right only, France had
 acquired by the Convention, and that was a right to the substantial and honest
 performance of the Award. || M. Waddington answered me, that it was im-
 possible France could omit to take notice of the unusual procedure which
 had been followed in England, of the statements which had been made in
 both Houses of Parliament, and especially the language that had been em-
 ployed by the Opposition. They could not help deducing from it an intention
 on our part not to execute the Treaty or the Award ourselves, but to dele-

gate the performance of it to a colonial Tribunal; and then when, as would certainly happen, colonial prejudice was allowed to interfere with the full performance of the Treaty, we should take refuge behind a Tribunal, and plead our Constitutional inability to influence its decisions. He insisted, that France had to do with no Colony or Tribunal, but with us alone, and that, before they went on further with the arbitration, he had the right to receive an assurance that we concurred in that opinion. || I pointed out to his Excellency, that, waiving for the moment our right to treat as unauthorized any foreign criticism upon the conduct of our own procedure in the framing of our own laws, his reasoning was open to the objection that is confounded together two very different considerations. I could understand, without in any way justifying it, the objection which France entertained to the decision upon these claims being left to any colonial authority. I thought, that an Imperial authority would be more satisfactory. But his Excellency's words went much further than this objection. He did not merely demur to a colonial Tribunal, but to the intervention of any Tribunal at all. He appeared to require, that the somewhat rough and ready procedure which our naval officers had hitherto been instructed to pursue was the one which France was entitled permanently to insist upon. We fully admitted, that France had a right to require from us that we should fulfil the clause of the Convention engaging us to execute the Award. But we objected to the claim of the French Government to read the words, "by military law", into that engagement. What France, in fact, was requiring of us was that, for the purpose of insuring the rights of her subjects, we should maintain a permanent state of siege upon the Treaty Shore. This was a privilege which we gave to no rights of any persons in any parts of the world, and there was nothing in the Convention which justified France in claiming it.

Salisbury.

Nr. 10726. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Frankreich zweifelt, dass England seine Verpflichtungen erfüllen kann.

Foreign Office, July 15, 1891.

(Extract.) || I asked M. Waddington, how the Newfoundland arbitration stood. He replied, that France had never thrown the slightest doubt upon the good faith of the British Government, but had only doubted its power to fulfil its engagements; and he asked me for some particulars with respect to the Bill which was being discussed with the Newfoundland Government upon the subject of the appointment of Tribunals for the Treaty Shore, I replied that it was very doubtful whether any Bill would be agreed upon between Her Majesty's Government and that of Newfoundland, and that in 1893 I thought it would probably be necessary for the Government of the day to pass an Imperial Act to carry out the engagements with France. But I entirely

Nr. 10726. demurred to the right of the French Government to look behind the engagement of Her Majesty. We had the will and we had the power to execute our engagements; but the mode in which we did so was not a matter concerning which we could enter into explanations. At the same time, I pointed out to him again, as I had already observed in my letter to him, that the action of the House of Commons was in truth in fuller satisfaction of our engagements under the Convention of March than any Bill could have been. An Act when passed is always liable to be repealed; and there is nothing in its passage which makes that repeal dishonourable or unusual. But a Resolution such as that passed by the House of Commons is an honourable pledge, and from a pledge of that kind the House of Commons has never been known in its history to recede. The security to the French Government is therefore greater than if we had passed the Bill which we carried through the House of Lords.

Nr. 10727. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Will die französische Regierung den modus vivendi erneuern?

Foreign Office, March 19, 1892.

Nr. 10727. Sir, || You are aware that the arrangement for referring to arbitration the questions in dispute respecting the catching and preservation of lobsters on the Treaty Shore of Newfoundland has received in principle the approval of the British Parliament. It has also received the sanction of the French Senate, but it has not yet been brought before the Chamber of Deputies. || I understand, that the French Government are deferring any steps for the latter purpose until they have been able to satisfy themselves that adequate legal provision has been made by the Newfoundland or Imperial Legislature for carrying into effect the Arbitral award. || A measure for this purpose is about to be laid before the Newfoundland Chambers; but, in the meanwhile, the fishing season is rapidly approaching, and some provisional arrangements will again be requisite before the arbitration can be brought to an issue. || I should wish you to draw M. Ribot's attention to the matter, and to inquire whether the French Government desire that the modus vivendi of last year should be renewed for the ensuing fishing season, in which case it would be desirable that the renewal should be speedily settled and made public.

Salisbury.

Nr. 10728. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an das Auswärtige Amt — Ablehnung des Vertragsentwurfs durch die Legislatur in Neufundland.

Downing Street, May 17, 1892.

Nr. 10728. Sir, || I am directed by Lord Knutsford to transmit to you, for the information of the Marquis of Salisbury, copies of two telegrams from the Governor of Newfoundland respecting the proceedings in the Legislative

Assembly on the motion for the second reading of the Treaties Bill. || The Governor has been desired by telegraph to send home as soon as possible a full report of the debate and proceedings on the motion for the second reading.

Nr. 10728.
Gross-
britannien.
17. Mai 1892.

John Bramston.

Anlage.

Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt.

May 14, 1892.

(Telegraphic.) || Treaties Bill rejected last night by 23 to 8.

Nr. 10729. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Die Gesetzgebung von Neufundland beschliesst die Verlängerung des Provisoriums.

Received May 17, 1892.

(Telegraphic.) || 17th May 1892. — Am requested by Adress from House of Assembly to forward following for information of Her Majesty's Government:— || Whereas the Legislature of this Colony did, on the 24th day of March 1891, appoint five of its members as a delegation to proceed to England to lay before the British Parliament and people the reasons of this Colony for opposing the legislation brought forward by the Imperial Government in reference to the French Treaties question; and whereas it was resolved by this Legislature that when a majority of the said Delegates should agree to any basis of arrangement and settlement the said Delegation should recommend it to the Legislature, and that each member of the Delegation should be bound by the decision of a majority; and whereas a difference of opinion has arisen between the said Delegates, and the Legislature has had a majority and minority Report presented for its consideration; and whereas the Bill now before the House does not provide for the payment by Great Britain of compensation due to persons who may suffer by the enforcement of the Treaties, the modus vivendi, and the arbitration award, provision for which compensation was insisted upon by the Marquis of Salisbury when speaking in the House of Lords on the 29th day of May 1891, to be a condition precedent to the enactment of any permanent Act by this Legislature; and whereas the Bill now before the House is not acceptable to this House in other respects; and whereas the Legislature did, on the 30th day of May last, pass a temporary Bill to enable Her Majesty's Government to carry into effect engagements with France respecting fisheries in Newfoundland during the period of negotiations for the settlement of difficulties concerning the Treaty Shore; and whereas it is provided, that the said Act shall continue in force only until the end of 1893 and no longer; and whereas the said negotiations may occupy a longer period than at first anticipated: Be it resolved, that this House undertakes to extend

Nr. 10729.
Gross-
britannien.
17. Mai 1892.

Nr. 10729. the operations of the Act entitled "An Act for the purpose of carrying into
 Gross- effect engagements with France respecting Fisheries in Newfoundland" for a
 britannien further period of two years from the expiration thereof, so as to afford time
 17. Mai 1892. for further negotiations: Be it also resolved, that the further consideration of
 the French Treaties question be referred to a Joint Select Committee of both
 Houses with a view to aiding Her Majesty's Government in procuring a satis-
 factory solution of all existing difficulties.

Nr. 10730. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an den Bot-
 schafter in Paris. — Unterredung mit dem französische-
 n Botschafter über die Ausführung des Schieds-
 gerichts.

Foreign Office, May 24, 1892.

Nr. 10730. My Lord, || M. Waddington called my attention to the rejection by the
 Gross- Newfoundland Legislature of the Bill for establishing a jurisdiction upon the
 britannien. "Treaty Shore" for the execution of the Treaties between France and England,
 24. Mai 1892. and he urged that as the effort to obtain the requisite legislation from the
 Newfoundland Assembly had failed, we were bound to fall back now upon
 Imperial legislation. || I replied, that I could not admit that anything in the
 Arbitration Agreement of last year gave to the French Government the right
 to ask for any fresh legislation in respect to the Tribunals by which the
 Treaty rights would be carried out. They were entitled to demand that we
 should carry into execution whatever the Arbitrators should determine to be
 the sense of the Treaties between the two countries; but they had no right
 to inquire into the machinery, legislative or forensic, by which this obligation
 was to be fulfilled. At the same time, I fully admitted that some such pro-
 posal as that which we had made last year was a matter of high expediency;
 and I much regretted that the House of Commons had not been disposed to
 carry through the legislation which we proposed. I feared, that the state of
 public business was such as to make it exceedingly problematical whether
 any such legislation could be possible during the present Session. The Act,
 however, of the Newfoundland Legislature which was passed last year had
 provided for the execution of the modus vivendi up to the end of 1893, and
 therefore it would be possible next year to deal with the question of Imperial
 legislation, and no serious injury would be the consequence of deferring Par-
 liamentary action to that time. || His Excellency was nevertheless very earnest
 that if it were possible we should make an effort to pass the required Bill
 during the present Session, and I promised to ascertain from my colleagues
 in the House of Commonn whether there was any likelihood that such an effort
 would be successful.

Salisbury.

Nr. 10731. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. — Unterredung mit Ribot über denselben Gegenstand.

Paris, May 25, 1892.

My Lord, || M. Ribot complained to me to-day, in somewhat earnest terms, of the unwillingness manifested by Her Majesty's Government to apply to Newfoundland those coercive measures which were necessary to render effective the agreement to arbitrate which had been arrived at between France and England last year. He said, that M. Waddington had informed him that your Lordship had dwelt upon the difficulties of introducing into the House of Commons so important a measure as that indicated upon the eve of a dissolution, and that he did not fail to appreciate the difficulties of your Lordship's Parliamentary position. But, for all that, he considered that he and his Government had reason to complain of the manner in which the question had been handled, as well as of the unsatisfactory result which had been reached. || I remarked, that the legislation he referred to was of a very serious character, and that no Bill embodying the necessary provisions would have a chance of even reaching the preliminary stage under existing circumstances, and that your Lordship could not be expected to embark upon what would certainly be a futile and useless line of action, however anxious you might be to give effect to the arrangements contemplated by the Convention of 1891.

Nr. 10731.
Gross-
britannien.
25. Mai 1892.

Dufferin and Ava.

Nr. 10732. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Derselbe Gegenstand. Frankreich hat nicht das Recht, die englischen Maassregeln zu kritisiren.

Foreign Office, May 31, 1892.

My Lord, || M. Waddington has urged upon me once or twice the importance of procuring the enactment during the present Session of Parliament of the Newfoundland Bill which we introduced last year, and which was suspended in the hope that some satisfactory colonial legislation might be substituted for it. || Although I regret that, for causes which are sufficiently known, it was not possible to pass that Bill through the House of Commons in the year 1891, I cannot admit that the French Government have any right of complaint upon that ground. The Bill was a valuable measure, and the enactment of some such provision by the Imperial Government may very probably prove to be necessary. But the French Government have no right to require it. As I observed more than once to the French Ambassador at the time, and to your Excellency's predecessor, the French Government do not derive from the Agreement of the 11th March, 1891, any title to inquire into the administrative machinery, or the legislative provisions, by which we propose

Nr. 10732.
Gross-
britannien.
31. Mai 1892.

Nr. 10732. Gross-britannien. 31. Mai 1892. to give effect to our engagements under that Convention. We have engaged to execute the decisions of the Commission of Arbitration. If we fail to do so, the French Government will have a just and strong right to make remonstrance and to obtain redress. But until we fail in the engagement we have made, they have no right to assume that we shall not keep it, or to criticise the preparations we are making for doing so. || We are perfectly ready to go on with the Arbitration so soon as it shall be ratified by the French Chamber. If the Arbitrators should decide in our favour, we can have no difficulty in executing their decisions. If the Arbitrators shall decide against us, Her Majesty's Government will scrupulously observe the Agreement which they have signed; and the legislative arrangements, if any, necessary to enable them to do so will receive the sanction of Parliament. We should have a right to make this assumption in any case; but in the present case we can make it with increased certainty, inasmuch as an undertaking to that effect has been placed upon its journals by the House of Commons. || I do not think it is probable that any legislation on this subject can be passed during the present Session; but as there is no chance of the Arbitration being finished before the conclusion of the Session, the obligation under which we lie under the Agreement of the 11th March will not arise. Salisbury.

Nr. 10733. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Fordert Bericht über die Anschauung der neufundländischen Regierung.

Nr. 10733. Gross-britannien. 7. Febr. 1893. (Telegraphic.) || 7th February 1893. — It is necessary, that Her Majesty's Government should know, as soon as possible, intentions of your Ministers and Legislature as to permanent legislation to enable Her Majesty to carry out Treaty obligations. Telegraph reply.

Nr. 10734. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Antwort auf das Vorige.

Received February 14, 1893.

Nr. 10734. Gross-britannien. 14. Febr. 1893. (Telegraphic.) || In reply to your Lordship's telegram of 7th February, I am requested by my Ministers to transmit the following Minute of Committee of the Executive Council. Begins: — „The Treaties Bill introduced into House of Assembly by Sir W. Whiteway in the Session of 1892 was defeated by a majority of 23 to 8. Only two members of the Executive Council, Sir W. Whiteway and Mr. Harvey, supported it. My responsible advisers wish to call the attention of the Secretary of State for the Colonies to the resolutions of the 14th May last, transmitted in the telegram of the 17th May as indicating the action proposed by the House of Assembly. The Legislature meets on the 7th March. (Signed) W. V. Whiteway, in the absence of the Colonial Secretary.” — Ends.

Nr. 10735. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Beschleunigung der gesetzlichen Maassnahmen ist wünschenswerth.

(Telegraphic.) || 16th February 1893. — Referring to your telegram of 14th February permanent legislation absolutely necessary to enable arbitration to proceed. French Government would not enter on negotiations for purpose indicated by Resolutions of Legislature till after arbitration. || If Houses of Legislature will not fulfil pledges given by delegates on their behalf, Her Majesty's Government will have no alternative but to introduce Imperial legislation; consequently, we hope that your Ministers will be prepared to introduce and press on Legislature satisfactory permanent measure during next Session. Draft must be arranged with Her Majesty's Government. Telegraph reply.

Nr. 10735.
Gross-
britannien.
16. Febr. 1893.

Nr. 10736. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Antwort auf das Vorige.

Received February 27, 1893.

(Telegraphic.) || Referring to your telegram of 16th February, matter is before Select Committee, whose report will be submitted to Houses of Legislature meeting on 7th March. Till then my responsible advisers feel they cannot move.

Nr. 10736.
Gross-
britannien.
27. Febr. 1893.

Nr. 10737. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. — Uebersendet den Entwurf einer Note an den französischen Botschafter.

Foreign Office, February 27, 1893.

Sir, || I am directed by the Earl of Rosebery to request you to inform the Marquess of Ripon, that, as the result of personal communication with the French Ambassador, it has been decided that the „modus vivendi“ in Newfoundland waters should be renewed for the present season. || I am accordingly to enclose, for Lord Ripon's consideration, the draft of a note to this effect which, with his Lordship's concurrence, Lord Rosebery proposes to adress to Monsieur Waddington.

Nr. 10737.
Gross-
britannien.
27. Febr. 1893.

P. W. Currie.

Anlage.

Foreign Office, (March 4,) 1893.

M. L'Ambassadeur, || In accordance with the agreement arrived at in our conversation on the 22nd ultimo, I have the honour to state, that Her Majesty's Government are willing that the modus vivendi of 1890, relative to the catching and preparation of lobsters on the Treaty Coast of Newfound-

Nr. 10737.
Gross-
britannien
27. Febr. 1893. land, which was renewed during the fishing seasons of 1891 and 1892, should again be renewed for the fishing season of the present year. || On receiving from your Excellency formal notice that your Government desire this agreement, Her Majesty's Government will consider this exchange of notes as an agreement between the two Governments, and will give the necessary directions to carry the agreement into execution on behalf of Great Britain.

Nr. 10738. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Auswärtige Amt. — Billigt den Entwurf.

Downing Street, March 2, 1893.

Nr. 10738.
Gross-
britannien.
2. März 1893. (Extract.) || I am directed by the Marquess of Ripon to acknowledge the receipt of your letter of the 27th ultimo, respecting the renewal of the *modus vivendi* with France respecting the lobster factories in Newfoundland, and to state that his Lordship concurs in the draft note. || I am to request that a copy of the note when sent may be communicated to this Department for transmission to the Governor of Newfoundland.

Nr. 10739. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Beschluss der neufundländischen Kommission über das Schiedsgericht und den *modus vivendi*.

Received March 9, 1893.

Nr. 10739.
Gross-
britannien.
9. März 1893. (Telegraphic.) || Report of Committee presented last evening, will be discussed to-day. Prime Minister informs me, that he intends to oppose because it is not in accordance with facts stated in correspondence, and misleading, but in his belief it will be adopted. It is as follows: Houses of Legislature unwilling it should be considered there was ever any intention on their part to repudiate proposals made by Delegates. Bill rejected last year was not in accord with those proposals, and did not contain principles agreed upon by Delegates and Her Majesty's Government. In reply to your telegram of 16th February, both Houses beg to intimate their readiness, in interests of Empire, to enact legislation fulfilling proposals by Delegates, and to agree with Her Majesty's Government upon draft of measure for that purpose. They regard it as essential that such legislation should provide for Courts and compensation as proposed in Delegates' letter 1st May 1891, and referred to by Lord Salisbury in Lords, 29th May 1891. Legislature most earnestly protests against Imperial legislation for enforcement Treaties and Award of Arbitration which does not contain provision for compensation and for Courts constituted as agreed upon by Her Majesty's Government and Delegates from this Colony. Partial Arbitration now pending was agreed upon in opposition Colony's repeated protests. Legislature earnestly desires, that Arbitration should not proceed unless scope extended so as to include all questions arising

under Treaties, or at least French use of St. Pierre and Miquelon. Legislature urgently requests that, while negotiations for extension Arbitration and joint application Canada and this Colony for British Consul are pending, the Arbitration regarding lobster question shall not be proceeded with. A measure extending till end 1895 present Act for enforcing Treaties and modus vivendi will be enacted, if Her Majesty's Government desire it, pending result negotiations. Report Joint Select Committee and Address by both Houses will be forthwith sent by mail.

Nr. 10739.
Gross-
britannien.
9. März 1893.

Nr. 10740. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Government House, St. John's, March 13, 1893. (Rec. March 27, 1893.)

My Lord Marquess, || Referring to my telegram of this day's date I have the honour to forward, at the request of both Houses of Assembly, the report of their Joint Committee on the question of Treaty Shore legislation, which was adopted in the Legislative Council by a majority of five to three, and in the Lower House by seventeen to five. || I would further observe, that the intention of presenting an address to Her Majesty therein alluded to has been abandoned. I regret, that I am unable to forward copies of the debates on this matter, but, as has been already reported in previous years, they are not published till days after they take place.

Nr. 10740.
Gross-
britannien.
13. März 1893.

T. O'Brien, Lieut.-Colonel, Governor.

Nr. 10741. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Uebersendet den Bericht über die Verhandlungen des Parlaments in Neufundland.

13. März 1893. (Erhalten 27. März.)

House of Assembly of Newfoundland, || To His Excellency Sir J. Terence N. O'Brien, Lieut.-Colonel, Knight, Commander of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, Governor and Commander-in-Chief in and over the Island of Newfoundland and its Dependencies.

Nr. 10741.
Gross-
britannien.
13. März 1893.

May it please your Excellency, || The Legislative Council and the House of Assembly have adopted the accompanying report of a Joint Select Committee of both Houses of Legislature on the French Treaties question, and request that your Excellency will be pleased to cause the said report to be transmitted by mail to Her Majesty's Secretary of State for the Colonies.

E. D. Shea, President.

Geo. H. Emerson, Speaker.

Nr. 10741.
Gross-
britannien.
13. März 1893.

**Report of Joint Select Committee of both Houses of Legislature
on French Treaties Question.**

St. John's, Newfoundland, March 8, 1893.

The Joint Select Committee of both Houses upon the French Treaties question beg leave to lay before your honourable House the following preliminary report:—

(1.) They have had submitted to them for their consideration the correspondence*):— || (a.) Telegrams from the Secretary of State for the Colonies to Governor O'Brien dated February 7th, 1893. || (b.) Telegram from Governor O'Brien to Secretary of State for the Colonies dated February 14th, 1893. || (c.) Telegram from Secretary of State to Governor O'Brien dated February 16th, 1893. || (d.) Telegram from Governor O'Brien to Secretary of State for the Colonies dated February 25th, 1893.

(2.) The purport of that correspondence is as follows:— || (a.) Her Majesty's Government wish to know the intention of the Government and Legislature of this Colony as to permanent legislation to carry out Treaty obligations— (telegram, February 7th). || (b.) The Government reply, that the Bill introduced last Session was defeated by 23 to 8, and that the resolution adopted by the Assembly on May 14th, 1892, indicates the proposed action of the Assembly— (telegram, February 14th). || (c.) Her Majesty's Government consider permanent legislation absolutely necessary. French Government will not negotiate for purposes indicated by Assembly's resolution of May 14th till arbitration completed. If Legislature will not fulfil the pledges given by Delegates, Her Majesty's Government will introduce legislation into Parliament. Hope expressed, that Government of Colony will introduce and press a satisfactory permanent measure during this Session. The draft of such a Bill must be arranged with Her Majesty's Government— (telegram, February 16th). || (d.) The Government reply, that matter now before Joint Select Committee, which will report when Legislature meets. Meantime Government cannot move— (telegram, February 25th).

(3.) Your Committee find, by reference to the Minutes of both Houses, that in May 1891 the following resolution was adopted:— || "Resolved— That this Legislature will adopt such legislation as may be necessary to carry into effect the proposals made to Imperial Government and Parliament by the Delegates."

(4.) By reference to the correspondence and documents then before the Legislature, the Committee find that the Delegates made the following proposals in reference to legislation of a continuing character:— || (a.) That it should provide for the creation of a Court to adjudicate upon complaints arising in the course of the enforcement of the Treaties and the award of the proposed arbitration upon the lobster question, the Judges of which Court should be

*) Nr. 10733- 36. Red.

appointed by the Government of the Colony, with the approval of Her Majesty in Council, and from whose judgments there should be a right of appeal to the Supreme Court of this Colony, and thence to the Judicial Committee of the Privy Council. || (b.) That compensation should be provided for those persons, if any, whose property might be injured or disturbed in consequence of the enforcement of the award of the arbitration; provided it were found impossible to abandon arbitration altogether — (See letter of Delegates to Secretary of State for Colonies, dated May 1st, 1891).

Nr. 10741.
Gross-
britannien.
18. März 1893.

(5.) That the proposals made by the Delegates were understood by Her Majesty's Government to be as above set forth is proven by the language of Lord Salisbury, in the House of Lords, on Friday, May 29th, 1891, when he said: — || "The information we have received from the Delegates is, that if by that time Her Majesty's Government should be agreed upon legislation with respect to the tribunals by which the Treaties are to be enforced, and compensation due to persons who may suffer under them, then in that case the Newfoundland Legislature will give permanence to the provision which we understand they have now adopted until the end of 1893."

(6.) In further proof, that the proposals of the Delegates were understood by Her Majesty's Government to be as above set forth, we draw attention to the fact, that the first Draft Bill discussed between the Delegates and Her Majesty's Government*), contained provisions for the appointment of Judges by the Government of Newfoundland, and for an appeal to the Supreme Court and the Privy Council.

(7.) The Committee find, that the Bill introduced into the House of Assembly last Session by the request of Her Majesty's Government, and refused a second reading after a protracted debate, did not contain any provisions for the appointment of Judges by the Government of this Colony, or for the compensation of persons who might suffer damage in consequence of the award of the arbitration; that it was not therefore in accord with the proposals made by the Delegates and ratified by both Houses of the Legislature; and consequently, that the Legislature was not in any manner bound to its enactment.

(8.) The provisions of the Bill submitted to the Legislature last Session**) were an absolute departure from the basis of the Act which the Legislature understood it would be called upon to enact. The tribunal contemplated by the Delegates and the Legislature was one which would hear and determine any complaint which the aggrieved party might consider necessary to bring before the Court, for the infringement of or interference with the fishery rights of the complainant, whoever he might be. Instead of such a Court the proposed Bill only provided: — || "Where a naval officer, holding the instructions

*) Anlage. Red.

**) 10426. Annexe. Red.

Nr. 10741. of Her Majesty the Queen, given through the Commissioners of the Admiralty,
 Gross- for fulfilling the French Treaties and arbitration award, thinks it necessary
 britannien. to take any action against any persons or their property for carrying into
 13. März 1893. effect or enforcing the said Treaties or award, or of maintaining peace and
 good order among the persons engaged in the fisheries on the Treaty Coast
 and waters, he shall bring the matter before the Judicial Commission Court,
 and before taking any action obtain a judgment of the Court directing such
 action." (Section 2.) || It will be observed, that the right of complaint and
 initial procedure is restricted to the Naval Officer, and then only "when he
 thinks it necessary to take any action against any persons or their pro-
 perty, &c." The result of this would be to legalise an authority heretofore
 usurped by Naval Officers, and practically to abolish any redress to the sub-
 ject. And when, in connexion with the limited rights of the subject under
 section 2, the extraordinary and unheard-of powers conferred by sub-section 2
 of section 6 on Naval Officers are considered, your Committee are of opinion,
 that Naval Officers are, by this Act, given more absolute control than has
 hitherto been attempted to be assumed by the most arbitrary of them. || We
 view with alarm the creation of a dual authority such as is indicated by
 section 1, by which Commissioners with unknown powers are to be appointed,
 and then (sub-section 2 of section 1) constituted a Commission Court with
 powers subject only to the review of the Privy Council. But even this right
 of appeal is subject to restrictions now unknown, and to be subsequently
 defined. Your Committee see no valid reason why these appeals should not
 be governed by the ordinary rules regulating appeals to and from the Superior
 Tribunals of Her Majesty's Colonies. The refusal of Her Majesty's Govern-
 ment to assure the Delegates, that the Commissioners would be lawyers of
 training and standing, and the want of that assurance in the proposed Bill,
 indicate that these Commissioners are likely to be the Naval Officers com-
 manding cruisers in the Treaty waters.

(9.) Though the obligations of the Treaties while they continue to exist
 must be enforced, and though the conditions existing on the coasts to which
 they apply may make Special Courts seem desirable, the existence of any
 good and sufficient reason for departing from the principles and procedure
 which ordinarily govern Courts in the administration of British laws cannot
 be admitted. The Delegates stipulated, therefore, that the Judges of the
 Special Courts charged with the enforcement of the Treaties should be appointed
 in the same manner as the Judges of our Supreme Court, and that the right
 of appeal should be granted — (see Delegates' letter of May 1st, 1891). Mind-
 ful, too, of the fact that the lobster factories upon the coasts over which the
 French have rights were permitted to be erected, and to be operated, while
 British Naval Officers were professedly enforcing Treaty rights on that coast,
 under the instructions of Her Majesty's Government, and of the other fact,
 that the negotiations for arbitration upon the right to catch and pack lobsters

were commenced and concluded in opposition to the protests of this Colony, the Delegates conditioned, that provisions for the purpose of affording compensation to the owners of factories should be inserted in any measure legalising the award of the arbitrators— (see Delegates' letter of May 1st, 1891). Your Committee are of opinion, that the Legislature should never consent to any legislation which does not accord the right to appoint the Judges of the Special Courts, and provide for compensation for damages consequent upon the award, in the manner proposed by the Delegates.

Nr. 10741.
Gross-
britannien.
13. März 1893.

(10.) It is evident, that the Delegates in making their proposals, and the Legislature in pledging itself to support them, were mindful of the duty of protecting the French in the exercise of their Treaty rights in the waters and on the coasts of Newfoundland, so long as those rights continued to exist. But neither Delegates nor Legislature had any thought of abandoning or abating the demand for the abrogation of those Treaties altogether, either by purchase, exchange, or otherwise, at the earliest possible opportunity. Those Treaties have become odious, through the changed conditions of the region to which they apply, and it is, and ever must be, the patriotic aspiration of the people of this Colony to have its soil and its waters free from every foreign claim. Your Committee think, therefore, that the Legislature, when notifying Her Majesty's Government of its readiness to fulfil the proposals of the Delegates, should make it plain that, as the Treaties were made in the interests, not of this Colony, but of the Empire at large, it was for the Empire's honour and advantage, that proposals were made by the Delegates, and will be fulfilled by the Legislature, and that the Colony will expect to be rewarded in due time by the entire abrogation of the Treaties, at the expense of that Empire on whose behalf they were made and enforced.

(11) Your Committee recommend, that His Excellency the Governor be requested to transmit by wire the accompanying despatch*) to the Secretary of State for the Colonies, in reply to his telegram of February 16th, intimating that the Legislature abides by its promise to carry out the pledges of the Delegates when a Bill is agreed upon which shall contain the provisions as to Courts and compensation as stipulated by the Delegates, a draft of which Bill the Legislature is prepared to forthwith arrange with Her Majesty's Government; and protesting against Imperial legislation before such a Bill is agreed upon for submission to this Legislature as a breach of a well-understood agreement between the Delegates and Her Majesty's Government.

(12) The permanent legislation asked for is desired not alone for the purpose of enforcing the Treaties relative to that portion of Newfoundland on the coasts of which the French have certain fishery rights, but also for the enforcement of the award of an arbitration relative to the lobster question agreed upon between Her Majesty's Government and the Government of France.

*) Nr. 10739. Red.

Nr. 10741.
Gross-
britannien.
13. März 1893.

From the outset such a piecemeal arbitration has been opposed by, and on behalf of, this Colony, and the agreement between the Governments of France and Great Britain relative to it was made not only without its consent, but in despite of the well-known and frequently expressed opposition of the Legislature and Government of this Colony. The chief ground of objection has been, that no arbitration should be consented to that did not include all the questions concerning this Colony at issue between the two nations, more particularly the manner in which the French exercise and exceed their rights in the Islands of St. Pierre and Miquelon. The correspondence proves, that the Delegates frequently expressed to Her Majesty's Government the desire of the Colony for "an unconditional arbitration upon all points, that either party can raise under the Treaties and declarations", and especially urged, that the questions relating to St. Pierre and Miquelon should be included in the subjects to be passed upon by the proposed arbitration in Paris. Your Committee conceive the protest against any piecemeal arbitration to be an expression of the sentiment of the entire Legislature, and recommend, that an address to Her Majesty in Council should be adopted, praying that the proposed arbitration should not be allowed to proceed unless and until its scope is so enlarged as to make it obligatory upon the arbitrators to decide upon all questions arising under Treaty and other obligations, or at least to include the manner in which the French exercise and exceed their rights in St. Pierre and Miquelon.

(13.) St. Pierre and Miquelon have long been the centre for smuggling operations, to the detriment of this Colony and the Dominion of Canada, and the manner in which they are at present used is a menace to the good government of the adjacent countries. All requests for the appointment of a British Consul at St. Pierre have been heretofore peremptorily refused, and this colony has therefore not been able to adequately protect itself from the practices carried on with and from the aforesaid Islands. || The Committee understand, that a joint application has been made by Canada and this Colony for the appointment of a British Consul and Assistant Consul at St. Pierre, and are of opinion that Her Majesty's Government should treat the concession by the Government of France of the right to make such appointments as a condition precedent to any further progress with the proposed arbitration.

(14.) In view of all the circumstances, your Committee recommend, that the Legislature adopt an address to Her Majesty in Council drawing her attention to the fact, that the Assembly, on the 14th of May last, resolved, that it would, under certain conditions, extend until the end of 1895 the Act now legalising the enforcement of the Treaties and modus vivendi with France, and praying that Her Majesty's Ministers will not introduce into Parliament any legislation for the purpose of legalising any arbitration not including all questions at issue under the Treaties, or at least that relative to St. Pierre and Miquelon, and pledging the Legislature, in case such an extended arbi-

tration is agreed upon, to the adoption of permanent legislation, provided it includes provisions for the creation of Courts and compensation as stipulated for by the Delegates.

Nr. 10741.
Gross-
britannien.
13. März 1893.

R. Bond, Chairman. Philipp Cleary. M. Monroe.
G. T. Rendell. Geo. Skelton. Geo. H. Emerson. M. H. Carty.
A. B. Morine. J. Sinclair Tait. Frank Morris.

Anlage.

A Bill.

Entitled, &c. || (Recite the Treaties, Declarations and Agreement for Arbitration.) || Whereas it is necessary, that tribunals should be established on the Treaty Coast of Newfoundland as referred to in the said Treaties, declarations and agreement for the purpose of adjudicating upon all questions arising from time to time as between the persons fishing and curing their fish upon the said coast. || Be it enacted by the Governor, Legislative Council and House of Assembly, in Legislative Session convened: || 1. That it shall and may be lawful for the Government of Newfoundland, by and with the approval of Her Majesty, to appoint Judges, either stationary or itinerant, upon the said Treaty Coast to hold Court as occasion may require, to determine all questions arising between persons fishing and curing or drying their fish upon the said coast. || 2. That all such questions as aforesaid shall be heard and determined in a summary manner before the Court without a jury. || 3. That the said judges shall have power to make such rules as may be deemed necessary for the forms and procedure of the Court, which rules shall, after having been approved of by Her Majesty in Council and published in the "Royal Gazette", be legal and binding as if embodied herein. || 4. That the judgments, orders and decrees of the said Courts shall be executed by officials to be appointed as occasion may require by the Government of Newfoundland, subject to the approval of Her Majesty. || 5. When any party shall consider himself aggrieved by the adjudication, &c. || [Right of appeal to the Supreme Court of Newfoundland and from thence to the Privy Council.] || 6. No judgment or decree of the said Court shall be questioned for want of form. || 7. This Act shall be cited as, &c., &c.

Nr. 10742. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. — Der französische Botschafter hat eine Note über die Erneuerung des modus vivendi überreicht.

Foreign Office, April 6, 1893.

Sir, || With reference to your letter of the 2nd ultimo, I am directed by the Earl of Rosebery to transmit herewith a copy of a note from the French Ambassador agreeing on behalf of his Government to the renewal,

Nr. 10742.
Gross-
britannien.
6. April 1893.

Nr. 10743. during the ensuing fishing season, of the modus vivendi of 1890 relative to
 Gross- the catching and preparation of lobsters on the Treaty Coast of Newfound-
 britannien. land. || I am to request, that you will move the Marquess of Ripon to take
 6. April 1893. all necessary steps for carrying the terms of this arrangement into execution. ||
 Lord Rosebery would be glad also to be favoured with Lord Ripon's obser-
 vations on the latter part of Monsieur Waddington's note, in which he urges
 Her Majesty's Government to obtain the necessary powers from Parliament to
 enable them to carry into execution any award which may be given in the
 arbitration agreed upon between the two Governments.

T. H. Sanderson.

Nr. 10743. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das eng-
 lische auswärtige Amt. — Frankreich stimmt der
 Erneuerung des modus vivendi für 1893 zu.

Ambassade de France, Londres le 4 Avril 1893.

Nr. 10743. M. le Comte, || En réponse à votre lettre du 4 Mars j'ai l'honneur de
 Frankreich. vous déclarer que le Gouvernement de la République consent au renouvellement
 4. April 1893. pour l'année 1893, du "modus vivendi" de 1890, relatif à la pêche et
 à la préparation des homards sur le "French Shore" à Terre-Neuve. || A cette
 occasion, je suis chargé par mon Gouvernement d'insister auprès de votre
 Seigneurie pour qu'elle obtienne du Parlement les pouvoirs nécessaires pour
 donner suite à l'arbitrage convenu, et assurer d'avance l'exécution de la dé-
 cision des arbitres. La Chambre des Communes avait voté une résolution par
 laquelle elle s'engageait à donner au Gouvernement de Sa Majesté les moyens
 d'exécuter décisions, dans le cas où la législature de Terre-Neuve se refuserait
 à voter elle-même un bill analogue au bill présenté par Lord Knutsford et
 voté par la Chambre des Lords. Les derniers incidents qui se sont produits
 à la législature de Terre-Neuve démontrent jusqu'à l'évidence qu'il n'y a rien
 à attendre de ce côté, et que jamais elle ne consentira à passer un bill ga-
 rantissant au Gouvernement de Sa Majesté les pouvoirs que lui assurait le bill
 de Lord Knutsford. Je dois rappeler encore une fois à votre Seigneurie que
 dans une question essentiellement internationale, puisqu'il s'agit de l'interpré-
 tation et de l'exécution de traités solennels, le Gouvernement de la République
 ne peut avoir à faire qu'au Gouvernement de Sa Majesté, et ne pourrait en
 aucun cas reconnaître ni des fonctions exécutives ni des pouvoirs judiciaires
 institués par la colonie. Aussi en consentant au renouvellement du "modus
 vivendi" pour 1893, le Gouvernement de la République a la ferme espérance
 que le Gouvernement de Sa Majesté pourra bientôt mettre fin d'une façon
 satisfaisante à la situation provisoire qui existe depuis trop longtemps.

Waddington.

Nr. 10744. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das auswärtige Amt. — Bemerkungen über den neufundländischen Beschluss und Waddingtons Depesche.

Downing Street, April 15, 1893.

Sir, || With reference to your letter of the 6th instant, I am directed by the Marquess of Ripon to transmit to you, to be laid before the Earl of Rosebery, copies of two telegrams and of a despatch from the Governor of Newfoundland respecting the Report of the Joint Committee of the Colonial Legislature on the subject of the French Treaties Bill. || It is obvious from these papers, that the wish of the Colonial Legislature is to postpone any action in this matter until after the general election, and, in view of the probable opposition to an Imperial Bill in the House of Commons, Lord Ripon would propose, if Lord Rosebery concurs, to invite the Colonial Legislature to renew the temporary Act for two years; and as soon as the result of the election is known to invite the Colonial Government to settle with Her Majesty's Government the terme of permanent legislation. || I am at the same time to enclose the draft of a telegram which, if Lord Rosebery concurs, it is desirable to send off as soon as possible as the Session of the Legislature will close at an early date. || With regard to M. Waddington's note, Lord Ripon can only suggest, that he should be informed that Her Majesty's Government are equally anxious with the French Government to put an end to the present unsatisfactory position of affairs, and that they are in communication with the Colonial Government with that object.

Nr. 10744.
Gross-
britannien.
15. April 1893.

John Bramston.

Nr. 10745. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Unterhandlungen über ein allgemeines Abkommen sind vorläufig unmöglich.

(Telegraphic.) || 19th April 1893. Her Majesty's Government has received and considered the Report of the Joint Committee of the Legislature enclosed in your Despatch of 13th March. || Arbitration confined to lobster question was accepted by the Delegates, and your Ministers appointed a member of the Court. It cannot be abandoned; and negotiations for general settlement are impossible until that arbitration has been concluded. || Her Majesty's Government cannot admit the interpretation placed by the Committee on the arrangements with the Delegates as to permanent legislation, nor can they commit themselves without further discussion to the alterations desired; but they are willing to renew discussion with Colonial Government as to appointment of Judges, provided the selection remains with Her Majesty's Government, and to leave the question of an appeal to Supreme Court for further consideration. It is impossible to settle details on these and other points on which

Nr. 10745.
Gross-
britannien.
19. April 1893.

Nr. 10745. your Ministers lay stress in time for legislation in Newfoundland this Session,
 Gross- and your Ministers should therefore procure the extension of the temporary
 britannien. Act as proposed. || If this is agreed to Her Majesty's Government will post-
 19. April 1893. pone question of Imperial legislation.

Nr. 10746. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. — Antwort auf Nr. 10744; stimmt dem Kolonialamt zu.

Foreign Office, April 19, 1893.

Nr. 10746. Sir, || In reply to your letter of the 15th instant, relative to the legis-
 Gross- lation necessary to give effect to the Treaty engagements between this country
 britannien. und France respecting the fishery question on the Treaty Shore of Newfound-
 19. April 1893. land, I am directed by the Earl of Rosebery to state that he concurs in the
 course recommended by the Marquess of Ripon, and in the terms of the tele-
 gram which he proposes to address to the Governor of Newfoundland on this
 subject. || I am at the same time to enclose copy of a note which has been
 addressed to the French Ambassador in reply to his communication of the
 4th instant. || It is presumed, that Lord Ripon has communicated with the
 Lords Commissioners of the Admiralty respecting the renewal of the "modus
 vivendi" of 1890 during the approaching fishing season.

T. H. Sanderson.

Nr. 10747. GROSSBRITANNIEN. — Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. — Antwort auf Nr. 10743.

Foreign Office, April 19, 1893.

Nr. 10747. M. L'Ambassadeur, || I have the honour to acknowledge the receipt of
 Gross- your Excellency's note of the 4th instant, stating that your Government agree
 britannien. to the renewal during the ensuing fishing season of the "modus vivendi" of
 19. April 1893. 1890 relative to the catching and preparation of lobsters on the Treaty Coast
 of Newfoundland. || I have lost no time in requesting the proper Department
 of Her Majesty's Government to take steps for carrying the arrangement into
 effect. || With reference to the latter part of your Excellency's note, in which
 you urge that the necessary legislative powers should be obtained for the
 purpose of proceeding with the arbitration already agreed upon between the
 two Governments, I have to state, that Her Majesty's Government are equally
 anxious with that of France to put an end to the present unsatisfactory
 position of affairs, and that they are in communication with the Government of
 Newfoundland with that object, but that circumstances do not admit of any
 immediate progress being made.

Rosebery.

Nr. 10748. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Die neufundländische Regierung will das Provisorium um 1 Jahr verlängern.

(Telegraphic.) || 26th April 1893. I am desired by my Government to state, that they are prepared to comply with the request of Her Majesty's Government that they should re-enact the temporary Bill for one year, but that they do so without in any way departing from or prejudicing the position as set forth by the Legislature and the Government in relation to the question of the Treaty Shore. The Bill will be introduced at once.

Nr. 10748.
Gross-
britannien.
26. April 1893.

Nr. 10749. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Verlangt Verlängerung um 2 Jahre.

(Extract.) || 27th April 1893. In reply to telegram of the 25th April, Her Majesty's Government cannot accept as satisfactory an extension of the Act for one year; and in view of the concessions proposed in my telegram of the 19th instant, they must insist, that, as proposed in your telegram of the 9th ultimo and in the enclosure of your Despatch of the 13th ultimo, the temporary Act be continued to the end of the year 1895.

Nr. 10749.
Gross-
britannien.
27. April 1893.

Nr. 10750. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Die Verlängerungsbill soll eingebracht werden.

Received May 2, 1893.

(Telegraphic.) Consulted with Bond, who is introducing prolongation of temporary Act. Some difficulties expected, as some of the delegates state that, when engagement to submit to arbitration was given, promise of compensation to those affected was made by Her Majesty's Government. It is expected, that close of Legislative Assembly takes place next week.

Nr. 10750
Gross-
britannien.
2. Mai 1893.

Nr. 10751. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. — Bemerkungen über die neufundländischen Beschlüsse.

Foreign Office, May 2, 1893.

Sir, || I am directed by the Earl of Rosebery to return to you herewith the reports of the debates in the Newfoundland Legislature on the question of legislation for enforcing British Treaty obligations towards France, which were forwarded for his Lordship's consideration in your letter of the 26th ultimo*). || I am to observe that, as Lord Ripon is no doubt aware, the state-

Nr. 10751.
Gross-
britannien.
2. Mai 1893.

*) Not printed.

Nr. 10751. ments made by Mr. Monroe in the Legislative Council on the 10th of March
Gross- as to what passed in the Conferences of the Delegates with Mr. Bramston
britannien. and Sir T. Sanderson respecting the appointment and payment of the Judicial
2. Mai 1893. Commissioners are altogether incorrect. || The idea of those Commissioners
being appointed by the Colonial Government was never for one moment enter-
tained by Her Majesty's Government or by any one speaking on their behalf,
and the most that was ever admitted for consideration was that after appoint-
ment by Her Majesty's Government, a commission should be issued to them
by the Governor of the Colony.

P. W. Currie.

Nr. 10752. **GROSSBRITANNIEN.** — Staatssekretär der Kolonien
an den Gouverneur von Neufundland. — Antwort auf
Nr. 10750.

Nr. 10752. (Telegraphic.) || 6th May 1893. Referring to your telegram of 2nd May,
Gross- undertakings of Her Majesty's Government contained in my telegram of the
britannien. 19th April are dependent on the extension of temporary Act for two years
6. Mai 1893. by Newfoundland Legislature during their present Session. If this is not done
those undertakings fall to the ground.

Nr. 10753. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur von Neufundland
an den Staatssekretär der Kolonien. — Beschluss
der Kommission über die Verlängerung.

Received May 16, 1893.

Nr. 10753. (Telegraphic.) I have communicated to the Legislature your Lordship's
Gross- telegram of the 19th April, and am now requested to forward to you verbatim
britannien. the following resolution: — "The Joint Select Committee on the French
16. Mai 1893. Treaties question, referring to resolutions adopted by the Assembly in 1892,
and to the report of the Committee which was adopted this year, desire that
you should be informed that they will recommend the Legislature to pass a
Bill extending the Act for two years, provided that compensation be definitely
assured to those who will be affected by the award (of the) pending Arbi-
tration on the Lobster question. The Legislature will be prorogued this week,
and a prompt reply is necessary if the Bill is to be passed during the present
Session."

Nr. 10754. **GROSSBRITANNIEN.** — Staatssekretär der Kolonien
an den Gouverneur von Neufundland. — Antwort auf
das Vorige.

Nr. 10754. (Telegraphic.) || 19th May 1893. To prevent any misunderstanding on the
Gross- question of compensation, you should inform your Ministers, that Her Majesty's
britannien. Government are prepared to repeat the assurance made in the letter of
19. Mai 1893. 4th May 1891 § from the Colonial Office to the Delegates in the following

words: — "They will also carefully consider the question whether compensation should properly be given to those persons whose property may be disturbed by the award of the arbitrators, although they see no grounds for admitting any liability on the part of the Imperial Government to pay such compensation." || Despatch follows giving further explanations.

Nr. 10754.
Gross-
britannien.
19. Mai 1893

Nr. 10755. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Uebersicht über die Verhandlungen; Nothwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich.

Downing Street, May 19, 1893.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your telegram of the 26th of April, and your Despatch of the 13th of March, forwarding the Report of the Joint Committee of the Houses of the Legislature on the permanent Bill for carrying out the Treaty engagements with France which was agreed upon by Her Majesty's late advisers with the Delegates of the Colonial Legislature. || Her Majesty's Government observe with satisfaction the intimation in the Report that "the Legislature abides by its promise to carry out the pledges of the Delegates." This is the more satisfactory, inasmuch as the statement in the speech of Mr. Morine, one of the Delegates, on the motion for the second reading, that "the majority of the Delegates never contemplated that a permanent measure should be accepted", and the further statement of the Colonial Secretary that "the Legislature having been deceived into a promise to pass legislation, the promise given by the Delegates to Her Majesty's Government and endorsed by the Legislature could not be considered as binding", appeared to throw some doubt on the point. || As, however, both these gentlemen have signed this Report, Her Majesty's Government are willing to believe that the words quoted were used inadvertently in the heat of debate, and that they had no intention of advising the Legislature to repudiate the undertaking given on its behalf by its duly authorised Delegates. || With regard to the nature and extent of these pledges, Her Majesty's Government regret, that the Joint Committee appear to be disposed to place upon them an interpretation which the facts, as set forth in the correspondence, do not warrant. || To remove any possible misapprehension on this point, it may be convenient that I should here summarise as briefly as possible the main points in the communications which passed between the Delegates and Her Majesty's Government. || In the letter addressed by the Delegates to Lord Knutsford on 21st April 1891, and in the address delivered on the same date on behalf of the Delegates, at the Bar of the House of Lords, on the motion for the second reading of the Imperial Bill, the proposals of the Delegates were stated as follows:—

Nr. 10755.
Gross-
britannien.
19. Mai 1893

"First:— || (a.) The Newfoundland Legislature to pass immediately an Act authorising the execution for this year of the *modus vivendi*, the award

Nr. 10755. of the Arbitration Commission regarding the lobster question, and the Treaties
 (Gross- and Declarations under instructions from Her Majesty in Council. || (b.) The
 britannien. further progress of the Bill now before Parliament to be deferred until the
 19. Mai 1893. passing of the above Act and the Bill then to be withdrawn. || (c.) The terms
 of an Act to empower courts and provide for regulations to enforce the
 Treaties and Declarations to be discussed and arranged with the Delegates
 now in this city as rapidly as possible, and to be enacted by the Legis-
 lature of the Colony as soon as agreed upon."

"Second:— || (a.) The present arbitration agreement not to be allowed
 to operate further than the lobster question, without prior consent of the
 Colony, and in this case the Colony to be represented on the Commission. ||
 (b.) The Colony desires an agreement for an unconditional arbitration on all
 points that either party can raise under the Treaties and Declarations; and
 if this be arranged between Great Britain und France, Newfoundland will ask
 to be represented upon such arbitration, and will pass an Act to carry out
 the award."

In the debate, which followed, these proposals were not discussed by Her
 Majesty's then Ministers, but the Earl of Kimberley, the leader of the then
 Opposition in the House of Lords, speaking on behalf of those with whom
 he acted, said:—"I should suppose, that by special courts the Delegates mean
 special Imperial Courts which would act independently of the ordinary courts
 of the Colony." The views of Her Majesty's present advisers on this im-
 portant point are in accordance with this statement. || Again, in the letter of
 the 1st of May, which the Delegates subsequently addressed to this Depart-
 ment, they said: "(a.) If the Bill now before the Lords be not further pro-
 ceeded with and, if Her Majesty's Government admit the principle of a measure
 for the creation of courts to adjudicate upon complaints arising in the course
 of the enforcement of the Treaties and Declarations relative to French Treaty
 rights, and engage to discuss and arrange with us, as rapidly as possible, the
 terms of a Bill embodying that principle, we will with all possible speed
 procure the enactment by the Colonial Legislature of a measure giving power
 to Her Majesty in Council during the current year to enforce, in the same
 manner as heretofore, Her rules and regulations for the observance of the
 modus vivendi, the award of the arbitration, and the Treaties and Declara-
 tions with France, which temporary Act the Colonial Legislature will replace
 by a permanent measure for securing the enforcement of the Treaties under
 the Orders of the special courts referred to above, provided that, if, as the
 result of the enforcement of the awards of the arbitration, the property of
 Her Majesty's subjects is disturbed, they shall be entitled to compensation." ||
 The Delegates went on to outline the details of the permanent measure which
 they proposed, including the method of appointing the judges, the procedure,
 the right of appeal and other details. || In the same letter they also stated
 more fully their proposals with regard to the arbitration in the following

passage: — || "If it be possible to abandon arbitration upon the lobster question, we strongly urge that it be done, for we fear grave complications as its result. But if it be not possible now to withhold that question, we ask an assurance:—

(1.) That no further questions shall be submitted to the Arbitration Commission without prior consultation with the Government of the Colony. ||

(2.) That the opinion of the Colonial Government will not be disregarded in the absence of some paramount consideration involving the welfare of the Empire; and || (3.) That compensation will be given to those persons, if any, whose property may be disturbed by the award of the arbitration."

Nr. 10755.
Gross-
britannien.
19. Mai 1893.

* * *

"If the arbitration upon the lobster question is unavoidable, and Her Majesty's Government convey to us the assurance we have requested, it will be advisable for the Colony to be represented upon the arbitration, and we would advise the acceptance of the invitation already made to the Colonial Government to appoint a Delegate arbitrator from the Colony." || The reply to this letter, dated the 4th May, did not touch upon the question of the principle of the proposed legislation, but, after pointing out that the proposals were insufficient to warrant the withdrawal of the Imperial Bill, it replied to the other conditions of the Delegates as follows:— || "As regards the further proposals made in your letter, Her Majesty's Government desire me to state that the arbitration upon the sole question now to be submitted to the Commission cannot be abandoned, but they are willing to give an assurance that no further questions shall be submitted to the arbitrators without full consultation with the Colonial Government, and that the opinion of the Colonial Government will not be disregarded in the absence of pressing considerations affecting the interests of the Empire. || They will also carefully consider the question whether compensation should properly be given to those persons whose property may be disturbed by the award of the arbitrators, although they see no grounds for admitting any liability on the part of the Imperial Government to pay such compensation. || Her Majesty's Government still entertain the hope, that the Colonial Government will assent to the proposal that the Colony should be represented by a Delegate at the approaching arbitration, and they heartily join in the hope expressed by you, that the relations between France and Newfoundland may speedily be placed upon a more satisfactory basis."

Further correspondence and discussion took place with regard to the withdrawal of the Imperial Bill and the duration of the temporary Act to be passed by the Newfoundland Legislature; and finally on the 27th of May the Delegates wrote that they were prepared to recommend the Legislature, that a temporary Act should extend to the end of 1893 on condition that Her Majesty's Government would:— || (1.) "Withdraw the Bill now before the House of Commons after its second reading." || (2.) "Will also give an assurance that the terms of a permanent Bill to be passed by the Colonial Le-

Nr. 10755.
Gross-
britannien.
19. Mai 1893.

gislature, based upon the principle of the establishment of Courts Judges or Magistrates instead of under Naval Officers, for the adjudication of questions arising under the Treaties, modus vivendi, and award of the present arbitration, be forthwith discussed with the Delegates, and arranged. Such permanent Act when passed by the Colonial Legislature might at once supersede the present proposed Colonial temporary Act." || They further went on to say: "In case no such permanent Act can be arranged and passed, which we cannot conceive as probable, of course it will be competent for Parliament to pass such an Act before the end of the year 1893 as it may deem necessary for the carrying out of the Treaties, &c. || Replying upon the assurances contained in your previous correspondence with us, especially with reference to the limitation of the present arbitration to the lobster question, and compensation to be made under the modus vivendi, we are of opinion that the Newfoundland Legislature will accede to our proposition made herein."

On the following day the Delegates were able to report, that the temporary Act had been passed by the Legislature, and added: "we presume that nothing now remains to be done by us or by the Newfoundland Legislature in order to obtain from your Lordship the withdrawal of the Bill now before the House of Commons after its second reading, and that your Lordship will give such directions for the immediate arrangement with the Delegates of the terms of a permanent Act, based on the principle as mentioned in our letter of yesterday." On the same day a reply was sent, announcing that the Imperial Bill would be withdrawn, and that "Her Majesty's Government are prepared forthwith to discuss and arrange with you the terms of a permanent Bill to be passed by the Colonial Legislature upon the general principle referred to in the second paragraph of your letter of the 27th instant, and I am to add that the views of Her Majesty's Government in respect to the other points mentioned in that letter have been stated in the previous correspondence." || From these communications it is clear, that, so far as the permanent legislation with regard to the Treaties was concerned, all that the Delegates remaining in England (one of them, Mr. Morine, having left for the Colony on the 11th of May) then asked for, and all that was accepted by Her Majesty's Government, was (in the words of their letter of the 27th of May) "that the terms of a permanent Bill to be passed by the Colonial Legislature based upon the principle of the establishment of Courts under Judges or Magistrates, instead of under Naval Officers", should be discussed and arranged with them. || In connexion with this it is important to observe, that when the Legislature passed the resolution of the 9th of May, "that this Legislature will adopt such legislation as may be necessary to carry into effect the proposals made to the Imperial Government and Parliament by the Delegates", the only information it had respecting these proposals was the summary contained in the telegram sent by the Delegates on the 6th of May as follows:— || "We propose Legislature pass temporary Bill enforcing modus

arbitration award in present manner for this season, provided Imperial Bill dropped; compensation secured to possible sufferers under award, and principle admitted creating courts to discharge judicial functions now performed by Naval Officers; details to be arranged and made into permanent Bill to replace temporary Act." Nr. 10755.
Gross-
britannien.
19. Mai 1898.

As soon as the provisions of the measure came to be discussed, the Delegates were informed, that the selection of the judges must rest with Her Majesty's Government. || Sir William Whiteway stated to the Assembly in his speech on the second reading of the Bill, that the four Delegates then in this country were informed by my predecessor at his interview with them on the 6th of June, that this was a position from which Her Majesty's Government could not recede. On this point I think it well to enclose a copy of a letter received from the Foreign Office. || If the Delegates had been of opinion, that they had no power to discuss the terms of the Bill, which did not provide for the appointment of the judges by the Colony, they could of course have stated so at once, and have terminated a discussion which they would, in those circumstances, have had no authority to continue. As, however, after this frank avowal on the part of Her Majesty's Government, the negotiations were continued with the full knowledge on the part of the Delegates of the views of Her Majesty's Government on this point and without protest from any of them, that it was beyond their powers to accept this provision, the conclusion is irresistible, that they recognised that the provision, however much they may have disliked it, was not inconsistent with the pledges given by them to Her Majesty's Government, and was also within their competence to accede to. || The Delegates, as a whole, had, it must be remembered, pledged themselves to arrange with Her Majesty's Government the terms of a permanent Bill, and though it is true, that one Delegate had left England before the discussions began, and that two other Delegates left for the Colony before the negotiations were concluded, they did not leave before Her Majesty's Government had informed them of the finality of their decision on the question of the selection of the judges, and in any case, as they allowed their two remaining colleagues to continue the discussion, they bore an equal responsibility for the subsequent action of these latter; a proof, that, this important question having been settled, they were prepared to accept whatever their colleagues who remained agreed upon with Her Majesty's Government as to the other provisions of the draft measure. Your Ministers, too, though they were in constant communication with the Delegates, never questioned their power to continue and to conclude the discussion, nor, in the objections to the draft measure which were communicated on their behalf to my predecessor, did they give any hint, that they regarded any of the provisions to which exception is now taken, as so vital as to render it necessary for them to refuse their support to a measure in which those provisions were embodied. || I need not add, that if Her Majesty's Government had entertained the least

Nr. 10755. doubt as to the authority and competence of Sir William Whiteway and
 Gross- Mr. Harvey to continue the discussion on behalf of their colleagues, they
 britannien. would at once have declined to proceed. || The reasons for which Her Majesty's
 19. Mai 1893. Government felt compelled to insist on this special provision in regard to the
 appointment of the judges were explained in the letter from this Department
 to Sir W. Whiteway of the 3rd of August 1891, which was transmitted to
 you in my Despatch of the following day. As I have already pointed out,
 Her Majesty's Government's present advisers, when in opposition, expressed
 their concurrence in the views of their predecessors on this point; and, though
 they are not unwilling to meet the wishes of the Legislature so far as may
 be possible, and perhaps even to agree, that the formal appointment of the
 judges should be vested in the Colonial Government, they must retain in their
 own hands the selection of those judges who will be paid by the Imperial
 Government. || The other main objection urged to this Bill is, that no inter-
 mediate appeal to the Supreme Court from the decision of the Judicial Com-
 missioners is provided for. The reasons for this were stated in the letter of
 3rd August to Sir W. Whiteway, already referred to; but the point is one
 upon which I have no doubt an arrangement could be arrived at by further
 discussion. || The exception taken in the eighth paragraph of the Report to
 the second section of the Bill, which empowers the Naval Officers to bring
 matters before the Court, appears to overlook the terms of the Declara-
 tion of 1783, under which His Majesty undertook to take the most positive
 measures to secure the French from molestation in the exercise of their
 rights. || It cannot be fairly argued, that it is sufficient compliance with the
 terms of that promise to merely provide the courts and to leave the French
 fishermen to seek their protection when their rights are infringed, and I have
 no doubt, that on further consideration the Legislature will recognise, that the
 provision is absolutely necessary for the fulfilment of the international obli-
 gations of Her Majesty. || I need scarcely add, that, for any interference with
 the fishery or other rights of British subjects, a remedy exists in the local
 courts already established. || The further statement in this paragraph, that
 "the refusal of Her Majesty's Government to assure the Delegates, that the
 Commissioners would be lawyers of training and standing, and the want
 of that assurance in the proposed Bill, indicates, that these Commissioners
 are likely to be the Naval Officers commanding cruisers in the Treaty waters",
 is absolutely unwarranted. Her Majesty's Government can only express their
 surprise, that the Legislature should, without any grounds whatever, have made
 such an extraordinary charge against Her Majesty's Government, more especially
 after the explanations given in my predecessor's letter of the 3rd of August.¹¹
 With regard to the question of compensation, the Delegates, as will be seen
 from the passage in their letter of the 27th of May already quoted, accepted
 the assurances given by Her Majesty's Government in the letter from this
 Department of the 4th of May as satisfactory. || There never was any sugge-

stion, that a provision on this subject should be inserted in the permanent Bill, and indeed such a provision would obviously have been altogether futile, as an Act of the Newfoundland Legislature cannot impose a charge upon Imperial funds, which I understand to be the wish of the Committee. || On this point I may observe, that the statement in paragraph 9 of the Report, "that the lobster factories upon the coasts over which the French have rights were permitted to be erected and to be operative, while British Naval Officers were professedly enforcing Treaty rights on that coast under the instructions of Her Majesty's Government", would seem to imply, that such factories were erected with the knowledge and consent of Her Majesty's Government. || In answer to this it is only necessary for me to refer to my predecessor's despatch of the 23rd of December 1887, in which it was pointed out that under certain circumstances these establishments might infringe the Treaty rights of the French, and the Colonial Government were requested to obtain legislation to empower Her Majesty's Government to deal with such cases. || Her Majesty's present advisers adhere unreservedly to the declaration made by their predecessors in the Colonial Office letter of the 4th of May 1891, and accepted by the Delegates, as follows:— || "They will also carefully consider the question whether compensation should properly be given to those persons whose property may be disturbed by the award of the arbitrators although they see no grounds for admitting any liability on the part of the Imperial Government to pay such compensation."

Nr. 10755.
Gross-
britannien.
19. Mai 1893.

I must, however, point out that, as the assurance was given on the understanding, that the Colonial Legislature would pass satisfactory permanent legislation, it can be no longer considered as binding if, owing to the failure of the Colony to fulfil its part of the contract, it should become necessary to resort to Imperial legislation. || It may be desirable, moreover, in order to avoid all future misunderstanding, that Her Majesty's Government should state at once, that they could not entertain any proposals for granting compensation from Imperial funds without reserving to themselves the right of appointing an Imperial officer to assess the amount of compensation in each individual case, whose decision, as far as they are concerned, will be final. || With regard to the arbitration, the proposals of the Delegates on the subject are stated in the quotations already cited. They were informed by Her Majesty's late advisers, that the arbitration on the lobster question could not be abandoned, but that it would be restricted to that question as desired in the alternative proposal of the Delegates. That assurance was accepted by the Delegates in their letter of the 27th May as satisfactory, and also by your Ministers, who, as announced in your telegram of the 19th of June, expressed their wish to be represented on the Commission, and appointed Sir William Whiteway as their representative. || The Committee do not, I understand, repudiate the obligation to proceed with the arbitration, but their desire is that Her Majesty's Government should not now proceed with it, and should rather

Nr. 10755. negotiate for an arbitration embracing all the points at issue with regard to
 Gross- the French Treaties. || Her Majesty's Government are bound, however, by the
 britannien. engagements of their predecessors, and until those engagements have been
 19. Mai 1898. fulfilled by the completion of the arbitration already agreed to, they would
 not be in a position to propose either the complete arbitration desired by
 the Colony or a negotiation for a general settlement of the fishery question,
 even if they were not assured (as you have already been informed in my
 telegram of 16th February), that the French Government would decline to
 entertain any such proposals. || So, with regard to the question of appointing
 a Consul at St. Pierre, the Government of France have, as you are already
 aware, declined to consider this question until the arbitration has been dis-
 posed of. || The present position then is, that the arbitration agreed upon by
 the Governments of England and France, and accepted by the Government of
 Newfoundland, cannot at present proceed, as no permanent provision has been
 made for the execution of the arbitration award and the enforcement of French
 Treaty rights, and that, until that arbitration is concluded, Her Majesty's
 Government cannot make any attempt to meet the wishes of the Colony by
 negotiating, either for a complete arbitration, or a general settlement, or press
 further for permission for a British Consular Officer to reside at St. Pierre. ||
 While Her Majesty's Government are anxious to forward the wishes of the
 Colony in regard to these matters, they must guard themselves against ad-
 mitting the statement of the Committee, that "as the Treaties were made in
 the interests, not of this Colony, but of the Empire at large, it was for the
 Empire's honour and advantage that proposals were made by the Delegates,
 and will be fulfilled by the Legislature, and that the Colony will expect to
 be rewarded in due time by the entire abrogation of the Treaties at the ex-
 pense of that Empire on whose behalf they were made and enforced."

The true position of the Colony in regard to the Treaties was clearly
 stated by the present Lord Chancellor in his speech on the second reading
 of the Imperial Bill, when he pointed out, that "the rights under the Treaties
 which we are considering, whatever those rights may be, are ancient, and
 came into existence at a time when there was no inhabitant population on the
 coasts in question. These Treaty obligations were not imposed on an existing
 community, but the community which has since grown up has come into being
 subject to the existence of these Treaty rights. I think, that is beyond the possi-
 bility of question. The liability of the inhabitants of Newfoundland to the burden
 of these Treaty obligations does not depend upon any connexion of the Colony
 with the British Crown. If that link were severed, the inhabitants of New-
 foundland would be not one whit less under the Treaty obligations; those
 obligations would be in no degree less binding upon them. I think it is
 essential this should be borne in mind: that they would then find themselves
 still subject to the Treaties, face to face with the French nation insisting upon
 their performance, and they would be subject to the entire pressure of the

force existing in the French people. I am quite sure, under those circumstances, the inhabitants of Newfoundland will feel, that these ancient Treaty obligations, resting as they do upon us, bring a serious burden, attendant with manifold risks and responsibilities, and that the Government of this country is deserving of consideration at their hands in the difficult position in which they must often find themselves placed when called upon to enforce these Treaties." || It would be impossible for me to express more lucidly the nature and origin of the Treaty obligations and their bearing on the relations of Newfoundland to the Empire at large. || But Her Majesty's Government, while they think it necessary to place on record their dissent from the views expressed by the Committee on this point, fully recognise, that in the interests of the Empire as a whole no less than of Newfoundland in particular, and indeed, of peace, as removing a constant risk of friction with a friendly Power, a final settlement of the fishery question is much to be desired. They would gladly avail themselves of any favourable opening to conclude such an arrangement. But whether such a settlement be at any future time practicable or not, it certainly would not be entertained by any French Government until the present Agreement has been carried into effect. || The necessary preliminary to any such happy conclusion is, that the Colonial Legislature of Newfoundland should show, that it is prepared to fulfil the Treaty conditions which were in existence before it was itself created, and by which it is necessarily bound,—Treaty conditions which through its Delegates in 1891, and now again, by the report under consideration, it has declared itself willing to carry out by furnishing Her Majesty with the powers which are absolutely necessary for the due execution of Her International obligations. || As the session of the Legislature is so near its close and a general election is impending in the Colony, your Ministers may prefer not to resume the discussion of the permanent Bill at present; and, as I informed you in my telegram of the 19th ultimo, Her Majesty's Government, relying on the promise of the Legislature to extend the temporary Act for a further period of two years, will be prepared to postpone further action till the new Legislature has assembled, and in the meantime to refrain from introducing a measure in the Imperial Parliament conferring on Her Majesty the necessary powers. || Upon the assembly of the new Legislature it will be the duty of your Government as soon as possible to take the matter up and carry it to an issue, as required alike by honour and good faith and the best interests of the Colony.

Ripon.

Nr. 10756. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Annahme der Verlängerung.

Received May 23, 1898.

(Telegraphic.) || Extension of Temporary Act two years passed Lower House last night by majority of thirteen to five.

Nr. 10755.
Gross-
britannien.
19. Mai 1898.

Nr. 10756.
Gross-
britannien.
23. Mai 1898.

Aktenstücke zur Geschichte des Ursprungs des Krieges von 1870.

(Vgl. St.-A. Bd. 19, 20, 21. 26.)

Nr. 10757¹⁾. **FRANKREICH.** — Bericht des Generals Lebrun an den Kaiser über seine Verhandlungen mit Kaiser Franz Joseph und Erzherzog Albrecht über einen Feldzugsplan gegen Preussen²⁾.

Paris, 30. Juni, 1870.

II.

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

Première entrevue avec l'Archiduc Albert. — Objection faite par Son Altesse Impériale au plan présenté a son appréciation.

L'archiduc me reçut, pour la première fois, le 7 juin, au matin, au château de Baden, sa résidence d'été. Après avoir remis aux mains du Prince la lettre que j'étais chargé de lui porter, de la part de l'Empereur, je fus aussitôt invité par Son Altesse Impériale à lui faire part des propositions ou du plan dont il était question dans la lettre de Sa Majesté. || Après m'avoir permis de lui exposer complètement le plan qui avait été imaginé à Paris, et m'avoir entendu, avec grande attention, dans tous les développements que je croyais nécessaires de donner, l'archiduc me dit que lui et moi n'étant point des hommes politiques, nous discuterions, si je le voulais, les propositions dont il était question, au point de vue militaire seulement, au point de vue académique, pour me servir de l'expression même du Prince. || Entrant ensuite dans l'examen même de ces propositions, Son Altesse me déclara, tout en protestant de son grand respect pour les considérations qui avaient été prises pour bases du plan dont il s'agissait, qu'Elle croyait devoir loyalement y faire des objections qui lui paraissaient très fondées, „ne voulant, disait-Elle, à aucun prix, que l'Autriche s'engageât à faire et promît aujourd'hui ce qu'elle ne pourrait point tenir dans l'avenir, quand viendrait pour elle le moment de s'exécuter.“ || En premier lieu, il convenait de ne pas perdre de vue

¹⁾ Die beiden folgenden Aktenstücke sind dem Buche Lebrun, Souvenirs militaires 1866—70, Paris 1895 entnommen. Red.

²⁾ Der erste Theil des Berichts, das Itinerar des Gesandten, ist hier fortgelassen. Red.

que la France d'un côté, l'Autriche et l'Italie d'autre part, ne se trouvaient pas placées dans des conditions identiques pour mobiliser et concentrer leurs armées. || La France pouvait mobiliser très vite, plus vite que la Prusse. Il fallait, au contraire, beaucoup de temps à l'Autriche et à l'Italie pour mettre leurs troupes sur un pied tel qu'elles pussent entrer en campagne. Cela tenait à ce que la France avait un réseau de voies ferrées très développé et un gouvernement dans lequel le ministère de la guerre avait pu faire adopter certaines mesures propres à faciliter beaucoup la mobilisation des armées, entre autres, celle d'après laquelle l'Etat avait toujours chez les agriculteurs une partie considérable des chevaux et mulets dont l'artillerie et les transports militaires auraient besoin pour passer du pied de paix au pied de guerre. Rien de pareil n'avait pu être fait en Autriche et en Italie. Les voies ferrées étaient rares en Autriche et on serait condamné à y éprouver de grandes difficultés, si tout à coup on devait se trouver dans la nécessité d'acheter un très grand nombre d'animaux pour les divers services de l'armée. || La célérité avec laquelle la France pouvait appeler ses réserves, les habiller, les équiper, les armer dans les dépôts, puis les diriger sur les portions actives de l'armée, enfin concentrer les divisions et corps d'armée sur sa frontière, cette célérité était impossible à obtenir chez les autres puissances. Il suffisait de quinze jours pour l'obtenir; et le seizième jour après la mobilisation commencée en France, les corps d'armée pouvaient franchir la frontière, réunis et concentrés pour former des armées. En Prusse, il fallait quinze jours entiers pour mobiliser un corps d'armée dans sa circonscription propre, c'est-à-dire sur place; et si l'on suppose que la Prusse veuille, après avoir mobilisé tous ses corps d'armée sur place, en quinze jours, concentrer plusieurs corps d'armée sur un des points de sa frontière, il lui faudrait pour chaque grande ligne de voie ferrée convergeant de l'intérieur du royaume vers ce point de la frontière, autant de semaines qu'elle voudrait y faire arriver de corps d'armée. || En outre des quinze jours donnés à la mobilisation, pour faire venir deux corps, il faudrait y employer deux semaines, c'est-à-dire que trois corps seraient alors concentrés en quatre semaines, quatre corps en cinq semaines, et pour concentrer sur le même point de la frontière sept corps d'armée, il faudrait cinq semaines dans le cas tout à fait avantageux et exceptionnel où trois corps, venant de l'intérieur sur ce point, emploieraient une grande ligne ferrée, et trois autres corps, venant également de l'intérieur, une deuxième grande ligne ferrée; savoir: quinze jours pour la mobilisation sur place et trois semaines pour transport simultané sur deux voies distinctes. || Ces calculs pouvaient être considérés comme tout à fait exacts, assurait l'archiduc; ils étaient les résultats des expériences constatées sous ses yeux en 1866, dans les efforts, faits par l'armée prussienne pour se mobiliser et se concentrer le plus rapidement possible; c'était aussi le résultat des études qu'il avait faites plus récemment pour apprécier ce que la Prusse pourrait faire en ce moment par suite de nouveaux travaux auxquels ses officiers se sont livrés pour obtenir la plus

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

grande célérité possible dans la concentration des armées. || Au gouvernement autrichien, il fallait absolument six semaines pour mobiliser et compléter l'armée active; et, dans l'opinion de l'archiduc, il faudrait au moins le même temps, au gouvernement italien. Il suffisait d'indiquer ces différences pour que l'on pût se convaincre qu'il était absolument impossible de baser un plan de campagne concerté entre la France, l'Autriche et l'Italie sur l'idée que ces trois puissances feraient entrer dans l'Allemagne du sud simultanément, et au jour même, qui serait celui où la France serait prête, trois armées de 100,000 hommes, formées l'une par la France; la deuxième, par l'Autriche; la troisième, par l'Italie. Quelles que pussent être d'ailleurs toutes les autres conditions du plan de campagne dont il s'agissait, celle qui vient d'être indiquée ne pouvant être mise à exécution, ni par l'Autriche, ni par l'Italie, il paraissait impossible qu'on ne renoncât pas au plan lui-même. || On ne pouvait songer à envahir utilement l'Allemagne du sud qu'à la condition de s'y jeter très rapidement, comme la France seule pouvait le faire. || Dès qu'il était reconnu que l'Autriche et l'Italie étaient impuissantes à se joindre à la France avec cette condition de rapidité, il convenait de rechercher un autre plan qui fût pratique. Au surplus, ajoutait le Prince, les exemples du passé et ceux que l'on pourrait trouver dans les guerres du premier Empire, tout particulièrement, n'étaient pas faits pour que l'on songeât sans appréhensions à réunir trois armées de nationalité différente, sur un même point, pour les faire concourir vers un but commun. Il ne fallait guère compter que l'on pût mettre les trois armées sous le commandement d'un seul chef; et si les trois commandants des trois armées demeuraient indépendants l'un de l'autre, il était bien à craindre, que ces trois commandants ne pussent demeurer constamment unis de volonté et d'intelligence. || Ces objections faites, l'archiduc exposa succinctement le plan de campagne dont il avait précédemment entretenu l'Empereur à Paris. || Dans la deuxième entrevue que j'eus avec lui, le lendemain 8 juin, il le développa, mettant à l'appui de ses propositions les conditions et les calculs qu'on trouvera plus loin, quand j'aurai d'abord donné dans son ensemble, le plan proposé par l'archiduc, tel que j'ai cherché à l'indiquer fidèlement dans le chapitre qu'on va lire.

III

Plan de campagne proposé par l'archiduc Albert.

L'archiduc Albert, ayant proposé de rédiger et d'envoyer à Paris, le plan de campagne, dont il avait précédemment entretenu l'Empereur, plan qu'il croyait devoir être avantageusement substitué à celui dont on lui avait donné les bases, on se contentera d'indiquer ici l'ensemble de ce plan, sans entrer dans les détails qu'on trouvera dans le travail du Prince. Les motifs et considérations donnés à l'appui du plan seront exposés ensuite. || Les propositions de l'archiduc peuvent être résumées ainsi qu'il suit: || La France, l'Autriche et l'Italie devront se tenir prêtes pour agir de concert, avec toutes leurs forces

actives disponibles, dans une campagne de printemps. || Elles auront à mobiliser leurs armées vers la mi-mars au plus tard, afin que les premières opérations puissent commencer avec le mois d'avril. Dans le mois qui précédera la mobilisation, on prendra toutes les dispositions de préparation que l'état de paix peut permettre ou que l'on peut mettre à exécution secrètement. || L'ordre de mobiliser sera donné le même jour, chez les trois puissances coalisées. (En Danemark peut-être aussi; on le suppose, du moins.) || La France aura mobilisé ses forces actives dans un délai de quinze jours. Elle aura, à l'expiration de ce délai, ses corps d'armée organisés et disposés, concentrés sur ses frontières est et nord-est, prêts à franchir ces frontières. Les troupes seules qu'elle appellera d'Algérie, en Europe, seront encore en mer ou en marche à l'intérieur pour rejoindre les corps d'armée dont elles devront faire partie. || Dans le seizième jour qui suivra en France l'ordre de mobilisation, les armées françaises commenceront leurs opérations pour prendre l'offensive contre la Prusse. Ce jour-là, elles franchiront la frontière. Les puissances alliées, quoi qu'elles puissent faire pour mobiliser leurs armées dans le moins de temps possible, ne pourront pas, sans employer six semaines à la mobilisation et à la concentration de leurs forces actives, être prêtes à prendre elles-mêmes l'offensive. Elles seront forcées de conserver, pendant ces six semaines, vis-à-vis de la Prusse l'attitude de la neutralité; elles auront à accentuer leurs préparatifs de guerre de façon que leurs armées, pendant ces six semaines, attirent forcément l'attention de la Prusse, et obligent cette puissance à prendre vis-à-vis d'elles, avec une partie de ses forces, des mesures préventives qui suivront les premières opérations des armées françaises. || La France aura deux armées pour entreprendre et poursuivre la guerre au delà de ses frontières, savoir: || Une première armée, ou armée principale, destinée à opérer en Allemagne sur la rive droite du Rhin. || Une deuxième armée, ou armée secondaire, destinée à opérer sur la rive gauche du Rhin sur ou au delà de la Sarre, dans le Palatinat. || L'Autriche aura une grande armée destinée à se joindre à la première armée française, pour agir avec elle de concert contre la Prusse. Cette grande armée autrichienne sera concentrée sur la frontière de Bohême dans les six semaines qui suivront l'ordre de mobilisation. A l'intérieur de l'Empire, pour le maintien de l'ordre et la garde des places fortes importantes, l'Autriche emploiera des troupes de dépôt et des bataillons en formation; elle aura un corps d'observation peu considérable en Moravie, et sur la frontière de Gallicia. || La première armée française sera composée de cinq corps d'armée, comprenant seize divisions d'infanterie. || La deuxième armée française, de trois corps d'armée, comprenant neuf divisions d'infanterie. || L'armée autrichienne de Bohême élèvera progressivement ses forces à partir du jour de la mobilisation jusqu'à la dernière période de la campagne. Dans cette seconde période, elle comprendra jusqu'à 23 ou 24 divisions d'infanterie. || Il est difficile de dire aujourd'hui ce que l'Italie pourra donner des forces actives de son armée, pour les joindre aux forces actives des puissances alliées. Ou

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

compte sur une armée de 100,000 hommes, dont la moitié seulement sera concentrée à Vérone, et prête à agir par le Tyrol, et à déboucher en Bavière, pour y joindre l'armée française ou se rapprocher de cette armée à l'expiration des six semaines qui seront nécessaires à sa mobilisation et à sa concentration. || La première armée française franchira le Rhin sur plusieurs points à la fois, à Strasbourg ou sous Strasbourg et vers Neuf-Brisach. Le premier but de ses opérations sera d'aller faire sa jonction avec l'armée autrichienne de Bohême et de détacher en même temps, aussi vite que possible, les puissances de l'Allemagne du sud de la Confédération du nord et plus particulièrement de la Prusse. || Pour cela, elle marchera rapidement vers Stuttgart et de là sur Nuremberg, par où elle fera jonction avec l'armée autrichienne, soit que de Nuremberg, elle prolonge son mouvement pour se rapprocher de la frontière de Bohême, soit que l'armée autrichienne franchisse cette frontière pour venir à elle. L'archiduc calcule que la tête de l'armée française sera arrivée à Nuremberg le quarante-cinquième jour qui suivra l'ordre de mobilisation en France, le vingt-neuvième jour après qu'elle aura franchi le Rhin, en admettant bien entendu, que l'armée marchera par étapes et se servira peu ou point des voies ferrées qui existent sur une faible étendue dans le parcours qu'elle aura à suivre. || Le Prince établit qu'à dater de ce quarante-cinquième jour, il y aura depuis deux ou trois jours, pour l'armée autrichienne, possibilité de se mettre en mouvement dans la direction de Nuremberg ou de Bayreuth. || L'armée italienne aura pu, de son côté, commencer les opérations en même temps que l'armée autrichienne de Bohême, et marcher sur Munich. Si elle peut exécuter son premier mouvement en utilisant la voie ferrée de Brenner, elle sera en peu de jours à quelques journées de marche de l'armée française et en mesure de faciliter les mouvements de celle-ci. || L'idée sur laquelle l'archiduc fait reposer toutes les combinaisons du plan qu'il propose, c'est que les grandes armées françaises et autrichiennes opèreront leur jonction vers Nuremberg d'une manière très certaine au moyen du mouvement que la première fera pour se porter du Rhin sur Nuremberg, que cette jonction se fera sans que l'armée prussienne puisse contrarier son mouvement, et sans que l'armée française coure aucun risque d'être menacée sérieusement sur son flanc gauche, ou d'être forcée d'accepter une bataille; pour combattre à forces inférieures ou à forces égales. Il faut absolument que dans son mouvement, l'armée française n'ait à livrer ni à accepter une grande bataille; car un intérêt majeur veut qu'elle opère sa jonction avec l'armée autrichienne avant d'avoir été affaiblie. Une bataille, heureuse fût-elle, l'affaiblirait considérablement et ralentirait la marche infailliblement, ce qui serait un autre inconvénient contre lequel il convient de se mettre en garde. || Pour appuyer cette opinion, l'archiduc dit, qu'en raison de la célérité que la France peut apporter dans la mobilisation et la concentration de ses armées, ce en quoi la Prusse ne peut l'égaliser, cette puissance aura pu tout au plus concentrer des forces insuffisantes du côté du bas ou du haut Mein avec l'intention de les opposer à

l'armée française, au centre de l'Allemagne du sud, que déjà cette armée sera à Nuremberg. || Le Prince n'admet pas d'ailleurs que les forces bavaroises et wurtembergeoises, qui, dans les premiers moments de la lutte, se joindront à des corps d'armée prussiens venant en hâte sur le Mein, puissent en rien modifier cette appréciation de sa part. Les armées des puissances de l'Allemagne du sud seront bien moins prêtes à agir activement que celles de la Prusse, dans le moment où l'armée française franchira le Rhin et traversera le Wurtemberg. Elles seront mobilisées très lentement, et si elles se concentrent, ce sera vraisemblablement, presque certainement, pourrait-on dire, dans la place d'Ulm, où elles ne pourraient prendre qu'une attitude défensive. || C'est en s'appuyant, pense-t-il, sur un motif des plus sérieux que l'archiduc s'est déterminé pour la concentration d'une grande armée autrichienne en Bohême, et pour la jonction de cette armée avec la grande armée française dans les parages de Nuremberg. Le Prince, s'inspirant de ce que l'Empereur Napoléon a si bien fait contre la Prusse dans sa magnifique campagne de 1806, dit qu'il convient aujourd'hui, comme il convenait à l'époque rappelée, d'attaquer la Prusse par la ligne la plus courte qu'il y ait pour la frapper au coeur de ses intérêts politiques et militaires, par la ligne la plus courte qui aille des frontières de la Prusse à Berlin. || Cette ligne est celle qui part de la frontière de Bohême, et qui, passant par Dresde, conduit en onze étapes à cette capitale. Pour l'armée française qui serait à Nuremberg ou en Franconie, ce serait la ligne suivie par Napoléon en 1806 et qui, par Leipzig, convergerait avec celle qu'on vient d'indiquer, passant par Dresde. Si l'on suppose que les deux armées alliées aient fait leur jonction par Nuremberg, elles n'auront plus qu'à s'avancer en se tenant coude à coude par les deux lignes et au moment où elles seront réunies, ne formant qu'une seule armée dans les plaines de la Saxe, vers Leipzig ou Weissenfelds, où se sont jouées si souvent déjà les destinées de l'Empire et les intérêts de l'Allemagne; une première grande bataille pourra être livrée, dans laquelle les armées alliées combattront avec un nombre de baïonnettes double au moins de celui que l'armée prussienne pourra leur présenter. A partir des frontières de Bohême et du Thuringenwald, le plan des opérations des alliés ne sera autre que celui qui fut si heureusement adopté à la Prusse par Napoléon en 1806. || Dans le plan imaginé par l'archiduc, il faut admettre que dans une lutte engagée en commun par la France, l'Autriche et l'Italie contre la Prusse, cette dernière puissance ne pourra pas songer à prendre elle-même l'offensive du côté de la France, par la rive du Rhin, pour tenter une invasion qui, par la Sarre, la Moselle, la Lorraine et la Champagne, la conduirait jusqu'à Paris. Pour que la Prusse renonce à toute velléité pareille, il lui suffira de remarquer que la distance est grande de Mayence à Paris, si on la compare à celle qui sépare la frontière de Bohême de Berlin. Il faudrait d'ailleurs que la Prusse n'eût pas moins de huit corps d'armée à sa disposition pour oser s'avancer offensivement sur la Sarre. Qu'aurait-elle alors à opposer en Saxe, à l'armée autrichienne de Bohême?

r. 10357.
 anreich.
 Juni 1870.

Il est bien plus logique de penser qu'elle comprendra tout d'abord qu'une armée française secondaire sur la Sarre suffira pour ralentir sinon pour arrêter court l'armée avec laquelle elle voudrait agir sur la rive gauche du Rhin. Elle verra clairement que le moindre temps d'arrêt ou de ralentissement de ses forces sur la Sarre, tandis que sa frontière de Saxe, vis-à-vis la frontière de Bohême sera dégarnie, ce sera la signal d'un mouvement de l'armée autrichienne sur Berlin; que de Berlin, cette armée pourra, en huit jours, pousser un de ses corps jusqu'à Stettin, ce qui aurait pour résultat de mettre en sa possession un ligne très courte (Dresde-Stettin) qui coupe en deux le territoire du royaume de Prusse, laissant au nord les provinces de l'ancienne Prusse, et au sud-ouest, les provinces nouvellement acquises et moins dévouées que les premières. Pour éviter de pareils dangers, la Prusse renoncera à soutenir la guerre dans le Palatinat. || Pour les mêmes motifs, ou pour des motifs analogues, elle n'entreprendrait pas de concentrer la masse de ses forces sur le Mein, avec intention d'en user pour arrêter le mouvement de l'armée française sur Nuremberg. || Il lui faudrait pour cela sept ou huit corps d'armée sur le Mein. || Pour concentrer ces sept ou huit corps, elle aura besoin de beaucoup plus de temps qu'il n'en faudra à l'armée française pour gagner Nuremberg ainsi qu'il a été déjà dit. || L'armée prussienne concentrera donc toutes ses forces, à n'en pas douter, derrière le Thuringenwald et principalement en Saxe, faisant face aux défilés de la Thuringe et de la Bohême. || Si, contrairement à tous les calculs faits par l'archiduc pour appuyer le plan qu'il propose, il arrivait que dans son mouvement sur Nuremberg, l'armée française fût menacée sur son flanc gauche, par une armée prussienne, venant du Mein ou concentrée en Franconie, comme il est de tout intérêt pour les puissances coalisées que cette armée ne combatte pas avant d'avoir fait sa jonction avec l'armée autrichienne, afin de ne pas être affaiblie avant la jonction, elle renoncerait à poursuivre sa marche sur Nuremberg. Elle se déroberait à l'armée prussienne et elle irait franchir le Danube soit en amont soit en aval de la place d'Ulm. Dès qu'elle serait concentrée sur la rive droite du Danube, elle marcherait, par cette rive, sur Donauwerth et Ingolstad, pour aller faire sa jonction avec l'armée autrichienne à Ratisbonne. || L'armée autrichienne viendrait à sa rencontre par un corps considérable qu'elle aurait préalablement concentré à Pilsen. La jonction serait retardée de quelques jours; mais le résultat final ne serait pas moins atteint. L'armée prussienne du Mein qui aurait obligé l'armée française à s'arrêter dans sa marche, pour passer le Danube, ne pourrait s'avancer vers le centre de l'Allemagne du sud et s'approcher du Danube, en se mettant dans les traces de l'armée française; car si elle osait le faire, elle se compromettrait beaucoup en prêtant le flanc à l'armée autrichienne, et d'un autre côté, elle s'éloignerait trop des forces prussiennes déjà réunies en Saxe. Pour appuyer le mouvement de l'armée française qui aurait franchi le Danube près d'Ulm, l'armée italienne déboucherait du Tyrol et marcherait, par l'Inn ou l'Isar, pour se joindre à l'une ou l'autre des armées alliées. Son objectif

serait Munich qu'elle occuperait finalement pour contenir la Bavière et le Wurtemberg, pendant que la grande armée franco-autrichienne poursuivrait ses opérations décisives en Saxe, vers Berlin. || La 2^e armée française, sur la Sarre, n'aura rien de sérieux à entreprendre dans le Palatinat. Au commencement des opérations de la 1^{re} armée, elle prendra une vigoureuse offensive au delà de la Sarre, qu'elle franchira le jour où l'armée principale franchira elle-même le Rhin. Tout sera arrêté pour cette offensive, en vue de tromper la Prusse sur les intentions réelles de la France. Une partie des forces destinées à l'armée principale sera concentrée sur des points de la frontière choisis de telle façon, que l'ennemi puisse se persuader qu'elle appartient à l'armée de la Sarre. On cherchera, en un mot, à faire croire à l'ennemi que l'armée de la Sarre est l'armée importante de la France, et que son premier objectif, c'est Mayence et la conquête du Palatinat. On attirera ainsi sur la rive gauche du Rhin le plus de forces prussiennes possible, puis aussitôt que ce résultat sera atteint, ce qui aura lieu au moment où la grande armée française commencera à s'avancer vers la capitale du Wurtemberg, l'armée secondaire de la Sarre n'aura que faire d'agir très activement, parce que la majeure partie des forces prussiennes, venues dans le Palatinat, quitteront ce terrain pour se porter de l'autre côté du Rhin, sur le Mein ou en Saxe, où seront véritablement les plus grands dangers pour la Prusse. || Si les choses se passent, en réalité, du côté de la Sarre, comme on le suppose ici, il y aura à examiner si l'on ne pourrait pas, quand le mouvement de retraite des forces prussiennes du Palatinat sera bien connu, tirer quelques divisions de l'armée de la Sarre pour les diriger, comme renfort, sur l'armée française d'Allemagne. || Du côté des frontières maritimes de la Prusse, ou du côté des duchés, la France agira avec sa flotte, n'ayant à bord, comme corps de débarquement, que les troupes que pourront fournir les régiments d'infanterie de marine. || Ces troupes auxquelles pourront se joindre les forces du Danemark, 30 à 40,000 hommes, opéreront une diversion utile. Enfin, le plan de l'archiduc établit qu'on ne peut songer à une campagne d'automne contre la Prusse. || Le Prince est d'avis que les puissances alliées ont tout intérêt à commencer la guerre au printemps. C'est le seul moyen pour elles d'avoir à leur disposition six mois pendant lesquels leurs armées pourront conduire leurs opérations jusqu'au résultat désirable. Il faut se persuader qu'il ne suffira pas peut-être d'une seule grande bataille heureuse pour briser l'orgueil national prussien et pour obliger la Prusse à demander la paix. Après une bataille en Saxe, peut-être aura-t-on à poursuivre l'armée prussienne qui aurait pris position derrière l'Elbe, franchir ce fleuve et aller au-devant d'une nouvelle ou de nouvelles batailles. || Si on commençait la guerre à la fin de l'été le temps pourrait manquer, c'est-à-dire le temps favorable. Les journées très courtes en Prusse, parce que dès le mois d'octobre, il y faut compter dix-sept ou dix-huit heures de nuit sur vingt-quatre heures, obligeraient à diminuer la longueur des marches. || Pendant la nuit les armées alliées seraient exposées à de nombreuses surprises au

Nr. 10757. milieu de populations excitées peut-être à un haut degré et soulevées contre
 Frankreich. elles. Enfin le climat très froid, très humide de la Prusse serait pernicieux
 30. Juni 1870. pour les soldats français et autrichiens, tandis qu'il serait mieux supporté par
 les soldats prussiens.

IV.

Objections que l'on peut faire au plan de l'archiduc.

L'archiduc est convaincu que le mouvement qu'il demande à l'armée française, ce mouvement qui la porterait du Rhin jusqu'à Nuremberg, pour aller faire sa jonction avec la grande armée autrichienne de Bohême, que ce mouvement, disons-nous, ne pourra être ni menacé, ni gêné par une armée prussienne qui voudrait se concentrer sur le Mein, pour tomber sur son flanc gauche. Son opinion repose sur des calculs qu'il a faits avec soin dit-il, et qui lui ont donné la preuve que l'armée française sera à Nuremberg, bien avant le jour où l'armée prussienne pourrait réunir 7 ou 8 corps d'armée dans l'Allemagne du Sud. Il se fonde aussi pour appuyer son opinion sur ce que la Prusse, trop menacée du côté de la Bohême, ne pourra songer à concentrer 7 à 8 corps d'armée sur le Mein ou dans la Franconie, pour agir activement du côté de Stuttgart, ou de Nordlingen. || Aux calculs du Prince, on ne peut répondre que par des calculs que le dépôt de la guerre est en mesure de faire avec toute l'exacritude et tout le soin désirables, et qui démontreront si l'archiduc n'exagère point un peu le temps dont l'armée prussienne aurait rigoureusement besoin pour mobiliser et concentrer ses corps d'armée à la frontière. C'est aussi par des calculs dont il a déjà tous les éléments, que le dépôt de la guerre pourra reconnaître si, par hasard, les calculs de l'archiduc ne prêtent pas à l'armée française une célérité qu'elle ne pourrait atteindre réellement dans la mobilisation et la concentration de ses corps d'armée à la frontière. A priori, on est disposé à penser que quinze jours suffiraient pour la mobilisation et la concentration de l'armée française à la frontière, étant connus préalablement les points de concentration ainsi que les corps de troupes désignés pour former les divisions et les corps d'armée à concentrer. Par exception, seulement, il y aurait un léger retard pour les corps appelés d'Algérie à l'intérieur. Le second motif exposé par le Prince, de ce fait que la Prusse menacée du côté de la Bohême renoncerait à avoir une grande armée dans l'Allemagne du Sud, ce second motif paraît être très controversable. Il y a probabilité, mais non certitude, ainsi qu'on le dit dans le chapitre IV. L'objection la plus sérieuse que l'on puisse faire au plan de l'archiduc, c'est celle qui est relative à la situation que ferait ce plan au gouvernement de l'Empereur, le jour où la France seule déclarerait la guerre à la Prusse et l'entraînerait vigoureusement sur la rive droite du Rhin, tandis que les deux

puissances alliées se tiendraient encore pour un certain nombre de jours dans le rôle de la neutralité. || La France pourrait-elle, quelque sûr que son gouvernement pût être de la sincérité de ses alliés, agir seule pendant vingt-deux ou vingt-cinq jours, sans que l'opinion s'en émût et ne lui fût peut-être hostile? Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

V

Deuxième et troisième entretiens avec l'archiduc, les 8 et 9 juin.

Considérations données par le Prince à propos du plan dont il a entretenu l'Empereur, et qu'il propose encore aujourd'hui, comme lui paraissant réunir les conditions désirables. || Dans le deuxième entretien que j'eus avec l'archiduc Albert, à Vienne, le 8 juin, Son Altesse Impériale mit sous mes yeux le document dont Elle m'avait parlé la veille, et que je reproduis textuellement.

VI

Forces des armées belligérantes.

Il y a plusieurs manières de compter la force d'une armée; mais trois seulement donnent un résultat exact; savoir: || 1° Pour subvenir aux besoins de l'armée, les dispositions de transport, de marche et de cantonnements; le nombre d'hommes, de bêtes et de voitures; || 2° Pour apprécier la force réciproque d'après les différentes armes: le nombre d'hommes d'infanterie et de cavalerie destinés au combat, ainsi que les pièces de campagne; par exemple: 18,000 hommes, 2,000 chevaux, 42 pièces veulent dire: 18,000 fantassins, 2,000 chevaux, 42 pièces destinés au combat; || 3° L'effectif pour le combat même résulte du deuxième chiffre, quand on en déduit les manquants, les malades, les éclopés, les détachés pour une raison quelconque, enfin les portions de troupes entières, qui détachées ou de service derrière les lignes, ne peuvent pas prendre part au combat. Pour éviter tout malentendu, tous les chiffres qui suivent comprendront uniquement les hommes destinés au combat selon le numéro 2, sans y compter les troupes destinées uniquement aux garnisons, comme les landwehr, les gardes mobiles et les troupes de dépôt.

I. — Armée de la Confédération du Nord.

L'armée de la Confédération du Nord, y compris les Hessois, se compose de 368 bataillons, 304 escadrons, 1,212 pièces, soit:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
	—	—	—
	377 200	47 500	1 212
Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.	<p>Dans le courant de l'année, elle doit se renforcer de 2 régiments de cavalerie et de 12 batteries à cheval. Elle comprendra donc 368 bataillons, 312 escadrons et 1 284 pièces. (Dans les armées allemandes, le bataillon est de 1 025 hommes, le régiment de cavalerie a 4 escadrons actifs et la batterie 6 pièces.) La force totale sera donc de</p>		
	<u>377 200</u>	<u>48 750</u>	<u>1 284</u>
	<p>L'armée bavaroise compte 58 bataillons, 40 escadrons, 32 batteries, 16 escadrons, soit</p>		
	59 450	6 250	192
	<p>Le Wurtemberg, 19 bataillons, 16 escadrons, 9 batteries, soit . . .</p>		
	19 475	2 500	54
	<p>Bade, 18 bataillons, 12 escadrons, 7 batteries, soit</p>		
	<u>18 450</u>	<u>1 875</u>	<u>42</u>
	<u>97 375</u>	<u>10 625</u>	<u>288</u>
	474 575	59 375	1 572

N.-B. — Pour plus de sûreté de calcul, les troupes de Bavière et de Wurtemberg sont ajoutées au total des forces ennemies. Reste à savoir si l'action diplomatique ne les neutralisera pas avant le commencement des hostilités. Si le cas nous est favorable, il n'est pas douteux qu'elles se joindront à nous pour la deuxième partie de la campagne.

II. — Armée française.

Elle compte 344 bataillons en France, 28 en Algérie, soit 372 bataillons, 270 escadrons et 164 batteries. Le bataillon, déduction fait des fourriers, des tailleurs, cortonniers et domestiques, est de 870 hommes; le régiment de cavalerie à 5 escadrons est de 686 chevaux, le régiment à 4 escadrons de 550 chevaux. Le régiment d'artillerie montée et à cheval a 8 batteries (48 pièces). Les régiments de la Garde à 6 batteries, soit 36 pièces par régiment. Les batteries de montagne, sans valeur en Allemagne, le Tyrol excepté. Ne sont pas compris dans le calcul: Les bataillons de dépôt d'infanterie de ligne et des zouaves, ni les dépôts de la Garde impériale, des chassours à pied, du régiment étranger, des spahis, des tirailleurs indigènes, et un escadron de dépôt par régiment de cavalerie. || L'armée française peut donc compter en combattants:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
De ces chiffres, il faut déduire:	—	—	—
A. Le régiment étranger et 2 autres régiments laissés en Algérie, puis les 3 bataillons d'infanterie légère d'Afrique;	323 640	37 080	984
B. Quelques cinquièmes escadrons;			
C. Au moins 2 batteries montées laissées en Algérie;			
D. Les escadrons d'escorte pour les quartiers généraux.			
Soit en tout 16 bataillons, 14 escadrons, 2 batteries.			
L'armée d'Europe, au maximum, sera de	309 720	35 185	972

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

III. — Armée autrichienne.

L'armée autrichienne (y compris les troupes des confins, mais sans les dépôts ni les landwehr) compte 503 bataillons, 287 escadrons, 156 batteries à 8 pièces, non compris les 10 batteries de montagne, soit:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
(Le bataillon de ligne a 917 et 920 hommes; le bataillon de chasseurs a 930; l'escadron a 150 chevaux combattants; 41 états-majors de cavalerie à 9 combattants.)	461 726	43 419	1 248
De ce chiffre, il faut défalquer au début de la campagne:			
A. Les 4 ^e et 5 ^e bataillons des régiments ex-vénitiens, qui ne sont pas encore au complet, et quelques cinquièmes bataillons de régiments qui ont beaucoup souffert en 1866; puis les 4 ^e bataillons des régiments des confins restant en garnison, soit 41 bataillons.			
B. Quelques divisions d'infanterie restant dans les places et camps retranchés, soit 70 bataillons, 6 escadrons, 15 batteries.			
Nota. — En 1871, l'infanterie autrichienne disposera d'un 20 ^e bataillon de			
A reporter . . .	<u>461 726</u>	<u>43 419</u>	<u>1 248</u>

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
Report . . .	461 726	43 419	1.248

Nr. 10757. plus et laissera moins de bataillons
Frankreich.
30. Juni 1870. dans les places. En 1872, la force
atteindra 492 bataillons.

C. Il faut encore défalquer les 7 escadrons formés au moment de la mobilisation, l'augmentation en chevaux dans les autres escadrons, les détachements d'escortes et les chevaux restant aux dépôts, soit par régiment 384 chevaux. Il faut donc déduire, en somme, des chiffres indiqués ci-dessus, ce qui est représenté par 111 bataillons, 47 escadrons et 5 batteries, c'est-à-dire en combattants

101 807	16 419	120
Donc, au début de la campagne, 360 019	27 000	1 128
seulement.		

Mais après quelques semaines on aura en plus, venant des ressources dont il est question en B	64 220	1 209	120
---	--------	-------	-----

En somme, dans la 2 ^e partie de la campagne, on aura	424 239	37 269	1 248
---	---------	--------	-------

IV. — Armée italienne.

L'armée italienne compte 365 bataillons, 114 escadrons, 90 batteries; le bataillon de ligne a 650 hommes, le régiment de cavalerie a 670 chevaux. Il est peu probable que plus de la moitié pourra franchir les Alpes, le reste étant nécessaire en Italie pour maintenir l'ordre. || Le maximum à espérer est de 116 bataillons en 12 divisions; 96 escadrons en 60 batteries, soit: 136 280 hommes, 10 730 chevaux, 360 pièces, dont la moitié six semaines après le rappel général des hommes de réserve, soit donc: 68 640 hommes, 5 360 chevaux, 180 pièces.

En somme, dans les deux premiers mois de la campagne, on aura:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
Français	309 720	35 180	972
Autrichiens	360 019	27 000	1 128
Italiens	68 640	5 360	180
Total	739 279	67 540	2 280

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.	
	—	—	—	
Report . . .	739 279	67 540	2 280	Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.
Deux mois plus tard ce chiffre peut s'élever, par les renforts autri- chiens et Italiens, de	<u>132 860</u>	<u>15 620</u>	<u>300</u>	
ce qui donnerait alors	872 139	83 160	2 580	

V. — Armée danoise.

Elle compte 31 bataillons à 840 hommes combattants, 16 escadrons à 125 chevaux, 12 batteries à 6 pièces, ce qui représente:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
	—	—	—
	<u>26 040</u>	<u>2 000</u>	<u>72</u>
Total général des forces alliées pour la 1 ^{re} période de la campagne.	765 319	69 540	2 353
Et pour la 2 ^e période (y compris 3 500 hommes d'infanterie de marine de France) ces chiffres augmentés de.	<u>136 360</u>	<u>15 620</u>	<u>300</u>
Total général . . .	901 679	85 160	2 652

Temps nécessaire pour les armements.

En Prusse, on compte trois semaines pour mobiliser les corps d'armée, chacun dans son rayon, à partir du jour où les hommes sont appelés sous les drapeaux. || La réunion de plusieurs corps d'armée sur la frontière nécessite une semaine de plus par corps et par grande ligne de chemin de fer. || Le 8^e corps, par exemple, pourrait être réuni en trois semaines derrière la Sarre; après quatre semaines les 7^e et 11^e corps l'y auraient rejoint; après cinq semaines, les 10^e et 4^e. || Comme la Prusse ne pourrait entreprendre une invasion en France avec moins de huit corps, c'est-à-dire avec moins de 270 bataillons, il s'ensuit qu'un mouvement offensif au delà de la Sarre n'est redoutable que sept semaines après le rappel des hommes. || En 1866, après deux mois de préparatifs plus ou moins secrets, le rappel des hommes fut ordonné les 3 et 5 mai et pour la dernière partie de la landwehr le 12 mai. Le 16 juin, après quarante-quatre et quarante-deux jours, trois divisions de l'armée de l'Elbe entrèrent en Saxe, où on savait ne pas trouver un seul Autrichien. Du 22 au 26 juin, on dépassa la frontière autrichienne. Il y eut donc sept semaines entre le rappel et l'entrée réelle en campagne. La Hesse et Bade, bien que la dernière soit en dehors de l'Allemagne du nord, doivent être considérées comme parties intégrantes de l'armée prussienne, malgré la profonde aversion de leurs populations. Leurs troupes sont prêtes à marcher en trois semaines, celles de Bade probablement dans et autour de Rastadt. || Les armées de Bavière et de Wurtemberg, aux ordres de la Prusse, par suite de traités secrets,

Nr. 10757. seront bien plus lentes à se mobiliser. On peut compter au moins cinq se-
 Frankreich. maines pour la première et quatre pour la deuxième. Le maximum de célérité
 30. Juni 1870. avec laquelle on puisse obtenir qu'une grande armée française soit prête à
 passer la frontière de l'est, sera de trois semaines, à compter de l'ordre de
 rappel des hommes de la réserve et des chevaux mis chez les cultivateurs,
 pourvu qu'on se soit préparé secrètement et dans toutes les directions un mois
 avant ce rappel, c'est-à-dire pourvu qu'on rapproche le plus possible de leurs
 forces actuelles les troupes de la frontière et des points de ralliement de corps
 d'armée, pourvu qu'on tienne aussi tout prêts les transports dans les ports de
 l'Algérie; qu'on fasse, en même temps, de grands achats en chevaux et en
 mulets, etc., de manière qu'en définitive, l'ordre de rappel étant donné, on
 puisse, dans l'espace de quinze jours, obtenir les résultats suivants: || a) Tous
 les hommes et les chevaux rappelés seront rentrés dans les dépôts de leurs
 régiments, et après y avoir été équipés, auront rejoint ces derniers, les uns et
 les autres par le chemin de fer; || b) Transport des troupes d'Afrique par mer
 et par chemin de fer pour la France; || c) Concentration des troupes en at-
 tendant leurs renforts et marchant le plus possible par étapes au point de
 ralliement des corps d'armée. || La troisième semaine sera consacrée à con-
 centrer l'armée sur la frontière, pendant que les chemins de fer amèneront les
 retardataires, les provisions. || En Autriche, le rassemblement des troupes est
 bien plus lent, vu sa position géographique, son moindre développement en
 moyens de transports, vu aussi une organisation politique différente et enfin
 le manque d'une loi pour s'assurer les chevaux nécessaires. || Il faut six se-
 maines, après l'ordre donné pour le rappel des hommes, pour rassembler l'armée
 entière sur l'une des extrémités du vaste empire, sans compter encore quelques
 semaines de préparatifs secrets, principalement pour s'assurer des chevaux et
 pour le transport des approvisionnements. || L'Italie est tout à fait incalculable
 sous ce rapport. La faiblesse du gouvernement, le mauvais vouloir des popu-
 lations, les désarroi de l'armée et l'épuisement des finances seront autant
 d'entraves qui ne feront pas tenir ce qu'on aura promis. Un mois de pré-
 paratifs secrets (?) et quatre semaines avant que la 1^{re} division, quatre autres
 semaines avant que la 10^e division, c'est-à-dire la moitié des forces totales
 puisse être organisée à Vérone. || Le Danemark aura mobilisé ses forces en
 trois ou quatre semaines. || Aux appréciations et aux chiffres donnés par l'archi-
 duc Albert, dans le document qu'on vient de lire, chiffres qui paraissaient
 exacts en général, on devait cependant objecter, près de Son Altesse Impériale,
 que, dans le cas prévu d'une guerre en Europe, ce n'étaient point deux régi-
 ments d'infanterie de ligne, mais bien huit régiments de ligne, non compris
 le régiment étranger, qui devaient être envoyés en Algérie. || On représente
 aussi au Prince que, dans son travail, il supposait que dans la même éventualité
 l'artillerie montée laisserait deux batteries montées en Algérie, tandis qu'en
 fait il avait été arrêté qu'elle en laisserait six, avec obligation seulement, pour
 le régiment stationné en Algérie, de fournir trois batteries de montagne pour

les armées en Europe. Toutefois, ajouta-t-on, peut-être serait-il possible de modifier la décision prise et de ne laisser que 2 batteries montées à Alger, s'il était reconnu que des batteries de montagne ne fussent plus nécessaires dans une guerre en Allemagne. C'était une question secondaire à examiner. L'archiduc, répondant à ces objections, ne dissimulait pas que, dans son opinion, l'armée que l'Empereur avait l'intention de laisser en Algérie, si Sa Majesté devait soutenir une guerre en Allemagne, lui paraissait comprendre un effectif exagéré: 54 000 hommes. Dans les idées du Prince, les grands intérêts de la France, si elle devait se trouver engagée dans une lutte avec la Prusse, ses intérêts seraient, non plus du tout en Algérie, mais bien là où se joueraient les destinées de l'Empire et de la dynastie napoléonienne, aussi bien que ceux de l'Empire autrichien et de la dynastie des Hapsbourg. L'Algérie, disait le Prince, ne serait point perdue pour la France, quand bien même elle serait momentanément et vraisemblablement, mais pour quelque mois seulement, dans une situation un peu exposée, n'ayant plus pour y protéger ses établissements et ses colons que des troupes réduites au minimum possible, et les gardes organisées avec les milices. Le point essentiel, c'était de pouvoir présenter à l'ennemi redoutable, celui qu'on trouverait au delà du Rhin, toutes les forces vives des deux grandes puissances alliées. L'Empereur, victorieux en Allemagne, tout rentrerait aussitôt dans l'ordre en Algérie, à supposer que l'ordre pût être un instant menacé dans la colonie au début de la guerre en Europe. || L'archiduc, montrant sur la carte quelle était la configuration de l'Allemagne du nord, faisait remarquer que si la Prusse est vulnérable sur l'un des points de sa frontière, c'est surtout du côté de la Bohême, et c'était sur cette remarque qu'il avait, de son côté, imaginé le plan de campagne dont il avait entretenu l'Empereur à Paris. Des frontières de Bohême, d'Egra, ou même de Prague, de Pilsen jusqu'à Berlin, la distance était très courte; d'Egra ou Schlackenwerth à Berlin, 18 ou 17 étapes; de Prague à Berlin, 19 étapes; de Pilsen, par Dresde, à Berlin, 28 étapes. || L'immense faute qui avait été commise en 1866 par l'Autriche, c'est qu'elle avait concentré ses forces en Moravie, au lieu de les concentrer en Bohême; que si de la Bohême elle avait menacé elle-même la Prusse, par le côté où cette puissance est réellement exposée, c'est-à-dire par la ligne qui, partant des défilés de l'Erzgebirge et celui de l'Elbe, permet à une armée de se jeter en moins de vingt jours sur Berlin, jamais les armées prussiennes n'eussent songé à s'avancer sur Vienne. De plus on peut remarquer que le territoire de la Prusse est découpé suivant la forme d'une abeille, dont la taille Berlin, le centre politique et le cœur de la monarchie, se trouve vers le milieu de la ligne très courte qui va de la Bohême, par Dresde, jusqu'à Stettin. Une armée ennemie qui s'emparerait par cette ligne de Berlin d'abord, puis ensuite de Stettin, ce qu'elle ferait en 28 journées d'étapes en tout, aurait du même coup coupé la Prusse en deux parties, dont l'une, celle qui se trouve au sud-ouest, est composée des provinces les moins bien soumises au pouvoir central. || Dans une guerre contre

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

la Prusse, il convenait que l'Autriche ne renouvelât point la faute qu'elle avait commise en 1866, et dans une action qui serait commune à la France et à l'Autriche contre la même puissance, il était très désirable que l'on pût s'entendre pour diriger les efforts communs sur le point faible des frontières de la Prusse qu'on vient d'indiquer. || On réussirait, c'était hors de doute aux yeux de l'archiduc, pourvu qu'une armée française fortement organisée vint, après avoir franchi le Rhin à Strasbourg et à Brisack, par Stuttgart et Nordlingen, se joindre vers Nuremberg, Bayreuth, Bamberg, à une grande armée que l'Autriche aurait elle-même concentrée en Bohême. Le Prince était d'ailleurs très convaincu que ce mouvement, qu'il indiquait pour une grande armée française, serait sans aucun danger pour celle-ci; que dans sa marche sur Nuremberg, elle n'aurait jamais à courir le risque de voir apparaître sur son flanc gauche une armée prussienne capable de l'inquiéter, au moins capable d'essayer à couper ses derrières. Si l'on parvenait, ce qui était très facile aux yeux de l'archiduc, à opérer la jonction des deux armées, avant que l'une ou l'autre put être forcée à recevoir une grande bataille, le succès final était assuré; car réunies vers le haut Mein, elles n'auraient plus, dans tout le cours de la campagne, qu'à se conformer au plan qu'adopta Napoléon dans sa lutte contre la Prusse en 1806, plan qui fut couronné par de si éclatants succès, précisément parce que l'Empereur avait fait concentrer et converger toutes les forces dont il disposait, non sur un point en Bohême, puisqu'il n'avait pas l'alliance de l'Autriche pour lui, mais aussi près que possible de la Bohême, c'est-à-dire en Franconie, d'où elles pouvaient marcher sur Berlin par la ligne qui se rapproche le plus de celle qu'on a indiquée ci-dessus et partant de la Bohême. || On franchirait les passages de la Bohême et ceux de la Thuringe avec des forces écrasantes de supériorité, eu égard à celles que la Prusse pouvait présenter aux deux armées réunies. On pénétrerait en Saxe, et ce serait vraisemblablement dans les plaines de Leipzig ou de Weissenfelds que pourrait être livrée la première grande bataille décisive. On avait pour soi toutes les chances de succès possible; car en joignant, dans ce moment de la campagne, les forces italiennes aux forces franco-autrichiennes, on avait 739 008 baïonnettes à opposer à 474 000 baïonnettes prussiennes; et si l'on admet, d'une part, que l'armée italienne laissée à Munich n'ait pas suivi en Saxe les deux armées alliées, que d'autre part les contingents bavaro-wurtembergeois n'aient pas suivi non plus l'armée prussienne, on aurait à opposer 669 000 baïonnettes à 377 000 baïonnettes prussiennes. || L'archiduc Albert se montre très convaincu qu'une armée imposante par le nombre de ses baïonnettes peut, sans avoir de risques à courir du côté de ses flancs et de ses derrières, entreprendre la marche qu'il indique dans son plan de campagne pour aller se joindre à l'armée autrichienne, qu'on concentrerait en Bohême, vers Nuremberg-Bayreuth. A l'appui de son opinion, le Prince fait remarquer que quinze jours après l'ordre de mobilisation l'armée dont il s'agit peut avoir, comme il l'a écrit dans sa note rapportée ci-dessus, ses corps d'armée concentrés et prêts

à franchir le Rhin. Dans le même moment, après 15 jours donnés à la mobilisation et quelque soit la célérité apportée dans l'exécution des dispositions arrêtées à l'avance, la Prusse n'aura encore obtenu d'autres résultats que d'avoir chacun de ses corps d'armée mobilisé et concentré dans sa circonscription. Dans ce même moment encore la mobilisation et la concentration des armées autrichiennes seraient commencées depuis 15 jours. || L'Autriche et l'Italie ne seraient point prêtes encore à déclarer diplomatiquement ou de fait leur alliance offensive et défensive, ou leur action commune avec la France. La France, au contraire, serait mise dans l'obligation de déclarer la guerre à la Prusse; car le 16^e jour après la mobilisation de ses armées serait celui qu'elle devrait choisir pour franchir ses frontières et commencer ses opérations. || Mais, si au point de vue politique il y a un certain inconvénient à ce que la France commence la lutte à elle seule, on peut regarder comme certain que la Prusse ne se trompera pas sur les dispositions secrètes des deux puissances alliées. Voyant celles-ci mobiliser et concentrer leurs armées, elle n'hésitera pas à prendre vis-à-vis d'elles, au moins vis-à-vis de l'une d'elles, l'Autriche, les dispositions défensives qu'il lui serait par trop imprudent de ne pas prendre. Dès qu'elle saura d'autre part que la France, ayant une armée considérable sur la Sarre, a fait franchir le Rhin et diriger vers le centre de l'Allemagne du Sud une autre armée importante aussi, sinon plus importante que la première, elle mettra en toute hâte ses forces en mouvement, pour en faire la répartition sur le Rhin, sur le Mein et sur le bas Neckar, en Saxe et en Silésie, de telle sorte qu'aussitôt que possible, elle puisse concentrer le plus de corps d'armée possible en face des points par où elle se trouvera menacée de plus près ou le plus sérieusement. || L'archiduc est d'avis que l'armée française, destinée à entrer dans l'Allemagne du Sud pour aller faire sa jonction avec l'armée autrichienne, doit être de beaucoup supérieure en force à celle qui doit opérer sur la Sarre. Il fait reposer en grande partie, sur l'hypothèse qu'il en sera ainsi, et c'est sur cette hypothèse aussi qu'il imagine quelles seront les dispositions arrêtées par la Prusse dans la répartition de ses forces au début de la guerre sur ses frontières du Rhin, en Saxe et en Silésie. Suivant lui, la Prusse ne songera pas un seul instant à prendre elle-même l'offensive sur la rive gauche du Rhin. L'offensive qu'elle prendrait de ce côté serait désastreuse pour elle, elle l'obligerait à trop s'affaiblir du côté de la Saxe, de ce côté où la concentration de l'armée autrichienne de Bohême menacerait Berlin, bien autrement que ne pourrait menacer Verdun ou Paris une armée prussienne qui entreprendrait une invasion par la Sarre et la Moselle. || Cette armée prussienne serait faible encore, si elle tentait une pareille entreprise avec 7 ou 8 corps d'armée. Comment le reste de l'armée prussienne s'y prendrait il pour couvrir efficacement Berlin, si l'on tient compte surtout du nombre d'étapes qu'il y a du Rhin à la Sarre, de la Sarre à Paris, et celui qu'on compte de la frontière de Bohême à Berlin? L'archiduc était primitivement d'avis que l'armée française de la Sarre pouvait être composée

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

faiblement, tant il était convaincu qu'elle n'aurait pas à supporter de luttes sérieuses dans le Palatinat; que cette armée devait se borner à prendre une position défensive sur la Sarre, s'emparer tout au plus de Saarbrück, de Sarrelouis, de Neukirchen, Hombourg et peut-être Kaiserlautern, sans chercher à pousser plus loin vers Neustad ou Mayence. Le motif donné par le Prince c'est qu'il y aurait, au début de la guerre, à ménager les populations allemandes du Palatinat, de la Hesse et de la Bavière rhénane, afin de les attirer à soi et obtenir qu'elles fassent défection à la Prusse. || L'archiduc changea d'avis quand il lui fut représenté que s'il était un moyen de faciliter le mouvement de l'armée française d'Allemagne, tel qu'il le demandait, c'était de tromper la Prusse, aussitôt après la mobilisation des armées françaises, en faisant paraître d'abord le plus de forces possible sur la Sarre, et de faire prendre à ces forces, pour un certain nombre de jours, une offensive très décidée en avant de la Sarre, en les poussant si loin dans le Palatinat que l'ennemi pût être convaincu que l'armée principale française se trouvait sur la rive gauche du Rhin, marchant résolument sur Mayence. On attirerait vraisemblablement ainsi une partie plus considérable de l'armée prussienne sur le Rhin et dans le Palatinat. Quand ce résultat aurait été obtenu, il serait temps encore de prendre dans le Palatinat une attitude plutôt défensive qu'offensive, afin de diriger sur la grande armée d'Allemagne toutes les forces qui ne seraient point absolument nécessaires sur la rive gauche du Rhin. || Quoiqu'il en soit des opérations poussées plus ou moins loin dans le Palatinat par l'armée française de la Sarre, il est bien certain que l'armée prussienne, aussitôt qu'elle saura qu'une armée française considérable a franchi le Rhin se dirigeant vers Stuttgart et la Franconie, gardera très faiblement la rive gauche du Rhin, pour porter ses forces principales vers l'est, sur le Bas-Mein ou le Haut-Mein d'une part et, d'autre part, en Saxe, faisant face à la frontière de Bohême. On peut imaginer que la Prusse répartira alors ses corps d'armée de la manière suivante:

Sur le Rhin et dans le Palatinat	2 corps
Sur le Bas-Mein, entre Manheim et Wurtzbourg .	4 —
En Saxe	4 —
En Silésie	2 —
Dans les Duchés	1 —
Total	13 corps.

Ou bien encore si l'on veut pousser à l'extrême, en admettant que la Prusse comprendra qu'au moment dont il s'agit elle n'aura encore rien à redouter de l'armée autrichienne de Bohême, non plus que de celle de Silésie, elle adoptera la répartition suivante:

Sur le Rhin	2 corps
Sur le Mein	7 —
En Saxe	2 —
En Silésie	1 —
Dans les Duchés	1 —
Total	13 corps*).

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

Admettant donc que la Prusse dût répartir ainsi ses forces, l'archiduc Albert établissait, par ses calculs, que le mouvement de l'armée française, qui se portera du Rhin sur Nuremberg, ne pourra être contrarié en aucune façon par l'armée prussienne se concentrant sur le Mein. En effet, disait le Prince, pour avoir trois corps seulement réunis sur le Mein, la Prusse aura besoin de quatre semaines, savoir: deux semaines pour mobiliser chacun de ces quatre corps dans leur circonscription propre et les y concentrer, puis il faudra une semaine pour amener sur le Mein le 2^e de ces corps venu de l'intérieur de la Prusse, une autre semaine encore pour y amener le 3^e corps. Pour que la Prusse pût avoir quatre corps sur le Mein, il lui faudrait cinq semaines; pour cinq corps, six semaines; enfin pour sept corps, huit semaines, à compter du jour où l'ordre de la mobilisation aurait été donné. Si l'on supposait, d'un autre côté, que l'armée française destinée à l'Allemagne serait composée de 5 corps d'armée dont deux à quatre divisions d'infanterie, deux à trois divisions et le corps spécial de la Garde impériale formant le 5^e à deux divisions, on regardait, comme possible, que cette armée eût ses corps d'armée mobilisés et concentrés sur le Rhin, vers Strasbourg et Brissach, le 15^e jour qui suivra l'ordre de mobilisation, de manière que le Rhin pût être franchi le 16^e jour, c'est-à-dire de façon que l'on fût en état de s'emparer de la rive droite du Rhin et de jeter les ponts nécessaires sur les points de passage indiqués. || Si l'on suit alors la marche de cette armée française, qui ne s'élèvera pas à moins de 240 000 à 250 000 hommes, depuis son point de départ du Rhin jusqu'à Nuremberg, on reconnaîtra, disait l'archiduc, que dans aucune de ses journées d'étapes, elle ne sera exposée à être attaquée sur son flanc gauche par une armée prussienne venant du Mein; car cette armée prussienne sera toujours trop inférieure en forces pour oser se mesurer avec elle. Marchant toujours de manière à ce que ses 5 corps d'armée soient en mesure de se concentrer sur un même point en trois fois vingt-quatre heures, ce qui ne paraît pas difficile à obtenir, elle aura sa tête arrivée à Nuremberg le 45^e jour qui suivra celui où l'on aura donné l'ordre de mobilisation. Ce même jour, la Prusse n'aura pu réunir que cinq corps d'armée sur le Mein. Si l'on recherche enfin quelle sera la situation de chacune des deux armées française et prussienne, non plus vers le 45^e jour, mais le 25^e, par exemple, on recon-

*) Ces 13 corps sont ceux dont la Prusse peut disposer, y compris le 12^e corps que la Saxe doit fournir et le 13^e corps qui est la garde.

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

naïtra que la tête de l'armée française étant ce jour-là à hauteur de Stuttgart et occupant nécessairement avec sa cavalerie des points importants tels que Ludweibourg et Stadhaufen, sur le Neckar hall, en avant d'elle, l'armée prussienne n'aura encore que trois corps concentrés sur le Mein. || L'archiduc n'a pas tenu compte ici des contingents badois, bavarois et wurtembergeois qui, dans le premier moment des opérations de l'armée française d'Allemagne, pourraient se joindre aux forces prussiennes sur le Mein, ainsi que cela a été dit déjà par le Prince, les puissances de l'Allemagne du sud, malgré le désir (très problématique) qu'on pourrait leur prêter de vouloir tenir leurs engagements vis-à-vis de la Prusse, mobiliseront certainement leurs forces beaucoup plus lentement que la Prusse et l'Autriche, et surtout plus lentement que la France. La célérité de l'armée française les mettra, bien plus encore qu'elle ne mettra la Prusse, dans l'impossibilité de rien faire de sérieux, avant que l'armée française eût fait jonction avec l'armée autrichienne. Il est plus que probable que le contingent badois se bornera à occuper Rastadt et à se montrer autour de cette place, que les contingents wurtembergeois et bavarois se renfermeront dans Ulm. On peut même espérer que l'armée française ne se montrant pas en ennemi dans l'Allemagne du Sud, les gouvernements du Wurtemberg et de la Bavière montreront peu d'empressement à seconder la Prusse. Ils ne regretteront pas de se trouver impuissants devant l'armée française, et à coup sûr leurs armées n'iront pas se joindre aux Prussiens sur le Mein. Dans tous les cas, si l'on voulait supposer, par impossible, que les contingents de Bade, Wurtemberg et Bavière iront se joindre aux Prussiens sur le Mein, cette augmentation de forces, pour ceux-ci, ne changerait rien à ce qui a été dit ci-dessus, l'armée française arriverait toujours à opérer sa concentration vers Nuremberg, avant que l'armée prussienne eût pu se présenter avec des forces suffisantes sur son flanc gauche. L'archiduc entend bien, d'ailleurs, quand il exprime cette opinion, que dans les opérations des armées française, prussienne et autrichienne qui suivront leur mobilisation et à partir du jour où l'armée française aura franchi le Rhin, et de celui où l'armée prussienne aura concentré des corps sur le Mein, tous les mouvements de troupes seront exécutés par les voies ordinaires, par étapes et non plus par les voies ferrées. || Ces dernières auront été coupées par l'une ou l'autre des deux armées et très probablement par toutes les deux. Si d'un côté ou de l'autre, on se sert encore des chemins de fer, ce ne sera plus que sur les derrières des armées ou très accidentellement pour des fractions de troupes peu considérables que l'on porterait en avant. || Autre exemple encore: A la date du 35^e jour, qui suivra l'ordre de mobiliser, la tête de l'armée française sera arrivée à Nordlingen en trois jours, elle pourra être concentrée sur ce point. La Prusse aura, de son côté, réuni quatre corps sur le Mein, et il lui faudra trois jours au moins pour que cette armée de quatre corps puisse venir menacer le flanc gauche de l'armée française très supérieur en forces. L'armée prussienne descendra-t-elle, quoique très inférieure, vers le centre de l'Allemagne du sud

pour essayer d'arrêter l'armée française? Elle n'osera y songer; car, dès le 35^e jour, qui suivra la mobilisation ordonnée en Autriche, une armée prussienne, qui serait sur le haut Mein ou concentrée près de Nordlingen, en face de l'armée française, serait très exposée du côté de celle-ci, mais très menacée aussi du côté de l'armée autrichienne de Bohême*). || Ce serait alors pour l'Autriche et l'Italie le moment de dénoncer leur neutralité, au lieu d'attendre 42 jours après l'ordre de mobilisation pour déclarer la guerre et joindre leurs forces à celles de la France. Le feraient-elles? l'archiduc laisse espérer que l'Autriche n'hésiterait pas. || Dans le plan qu'il a imaginé, l'archiduc Albert tient peu de compte de la place d'Ulm occupée par les troupes de Wurtemberg et de Bavière. Le Prince est convaincu que ces troupes ne pourront tenir la campagne dans les environs de la place pour contrarier le mouvement de l'armée française. Il considère, en outre, que l'importance de la forteresse d'Ulm a été fort exagérée, que parmi les forts qui constituent le camp retranché de la place, les deux principaux, dont celui de Willembourg, sur la rive gauche du Danube, pourraient être très menacés et seraient probablement enlevés en peu de jours par un corps d'armée française qui s'établirait sur les hauteurs qui avoisinent ces deux forts, hauteurs qui sont à la même cote que ces forts et à la distance de 1 800 à 2 000 mètres. Rien ne semble préparé à Ulm en vue d'un armement qu'on voudrait exécuter très promptement. Les communications entre une armée prussienne du Mein et le corps wurtembergeois ou bavarois, qui serait à Ulm au début des hostilités, seraient interceptées à coup sûr par l'armée française, avant que l'armement eût pu être à demi-achevé. On pourrait objecter à l'archiduc Albert que, si l'on devait avoir et si l'on avait en effet grande confiance dans les calculs qu'il avait faits et dans les études auxquelles il s'était livré relativement au temps qu'il fallait à la Prusse pour mobiliser, concentrer et mettre ses forces en mouvement au delà de ses frontières, cette confiance toutefois ne pouvait être tellement absolue, qu'on ne vît point de danger pour une armée française qui exécuterait le grand mouvement que S. A. I. indiquait, mouvement pendant toute la durée duquel cette armée serait constamment menacée sur son flanc gauche et sur ses derrières, sur son flanc gauche, par une armée prussienne concentrée sur le Mein, et plus forte, peut-être, qu'on ne le supposait, et sur les derrières par un corps prusso-badois concentré à Rastadt. La prudence conseillait, sans aucun doute, de prêter à la Prusse plus de célérité que ne lui en concédait le Prince pour la mobilisation ou le transport de ses forces sur les points de concentration choisis par elle au début des hostilités. Dans les idées mêmes du Prince, il fallait que l'armée d'Allemagne fit sa jonction avec l'armée autrichienne de Bohême avant d'avoir eu une bataille à recevoir, d'où elle sortirait affaiblie, fût-elle même victorieuse. Il fallait dès lors être

*) Il faut remarquer que, dès le 25^e jour, un corps autrichien, dont la concentration serait presque achevée, serait à Pilsen sur Amberg.

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

très certain que, pendant le grand mouvement qu'on lui demandait, l'armée prussienne ne pourrait jamais lui présenter sur sa gauche, vers Stuttgart, cinq ou six corps, au lieu de trois qu'admettait l'archiduc; à Nordlingen, sept ou huit au lieu de quatre, entre Nordlingen et Nuremberg peut-être neuf, alors que l'armée autrichienne serait encore incapable de marcher à sa rencontre pour lui donner la main. || Dans une note spéciale, qui avait été rédigée pour exprimer un certain doute à ce sujet, il était dit que dans la difficulté où l'on se trouvait d'avoir une appréciation très exacte de ce que pourrait faire la Prusse, en égard aux études persévérantes auxquelles se sont livrés ses officiers pour obtenir la plus grande célérité possible dans la concentration des armées, il paraissait indispensable que le cas fût prévu où une armée française, marchant sur Nuremberg, après son passage du Rhin, serait arrêtée tout à coup dans son mouvement, ayant sur son flanc une armée prussienne égale, sinon supérieure en forces. On ajoutait que, dans un cas pareil, l'armée française n'aurait point à hésiter un instant. Elle devait renoncer sur-le-champ à poursuivre sur Nuremberg, éviter une grande bataille, et se dérochant à l'armée prussienne au moyen d'un mouvement tournant qui la ferait pivoter sur celui de ses corps qui serait le plus rapproché d'Ulm, passer sur la rive droite du Danube. Le passage du fleuve se ferait soit en amont soit en aval d'Ulm, suivant la situation présente de l'armée. Une fois concentrée sur la rive droite du Danube, l'armée marcherait par cette rive sur Donauwert et Ingolstadt pour aller se joindre à l'armée autrichienne. || Mais en prévision de ce mouvement, qui serait peut-être imposé à l'armée française, il était indispensable que, pendant sa concentration en Bohême, l'armée autrichienne eût, au moins, trente jours après l'ordre de mobilisation, 40 à 50 000 hommes à Pilsen, tout prêts à se porter à ce moment sur Ratisbonne pour s'y joindre à l'armée française arrivant soit à Ratisbonne, soit à Ingolstadt par la rive droite du Danube. || Il y avait à dire encore que, dans le mouvement dont il s'agit ici, l'armée française se verrait condamnée à perdre pour un certain temps, sinon pour toujours, sa ligne d'opération sur le Rhin. Un corps d'armée prussien pouvait, en se joignant aux troupes badoises, se jeter sur Rastadt sur les derrières de l'armée française et couper ses communications avec Strasbourg et même Brissach. Il est bien vrai que l'armée française ne serait pas perdue pour cela. Sa jonction avec l'armée autrichienne en éprouverait un certain retard, du fait du mouvement qu'elle aurait exécuté sous les murs d'Ulm, pour franchir le Danube, elle se ferait quelques jours plus tard et sur un autre point que celui que le Prince avait imaginé; mais les quelques jours de retard que l'on subirait devaient mettre l'Autriche en situation de jeter le voile vis-à-vis de la Prusse, au cas où elle se serait crue jusque-là forcée de garder les apparences de la neutralité, la concentration de son armée de Bohême n'étant point encore assez avancée. On devait penser que, du moment où l'armée française serait sur la rive droite du Danube, les armées alliées d'Autriche et d'Italie commenceraient leurs opérations. || L'armée italienne, ayant

le passage libre par le Tyrol autrichien, du fait de la déclaration de guerre de l'Autriche à la Prusse, marcherait aussitôt sur Munich. Maîtresse de ce point, elle dominait la Bavière, et permettait à l'armée française de se servir éventuellement de la voie ferrée du Brenner, reliée par le chemin de fer italien de Vérone, Milan, Turin, avec le Mont-Cenis, comme ligne de communication avec l'intérieur. On devait compter qu'aussitôt la jonction faite entre les armées alliées, l'armée française pourrait rétablir et assurer fortement sa ligne d'opérations sur le Rhin et par Brissach. || Aux observations et aux propositions dont il vient d'être parlé, l'archiduc, opposant les calculs qui lui avaient donné la conviction que l'armée prussienne ne pouvait rien faire pour contrarier le mouvement de l'armée française sur Nuremberg, convenait cependant que, pour mettre de leur côté, une prudence qu'il regardait, pour son propre compte, comme exagérée, il donnait son approbation complète à la combinaison qui lui était soumise. Il admettait d'autant plus volontiers cette combinaison, que si, par impossible, on devait la mettre à exécution, on dérouterait, selon lui, tous les plans de l'ennemi, par le mouvement tournant de l'armée française, se dérobant tout à coup pour passer le Danube sous les murs d'Ulm. Pendant ce mouvement, que l'armée prussienne ne pourrait contrarier, cette armée ne risquerait même pas à se mettre dans les traces de l'armée française et ne s'approcherait pas d'Ulm; car elle serait trop menacée par l'armée autrichienne de Bohême. Ses corps d'armée, surtout s'ils étaient nombreux, venus du Mein, vers Stuttgart ou le Moyen-Neckar, quitteraient l'Allemagne du sud en toute hâte, pour se porter en Saxe, sur la frontière de Bohême, et derrière les défilés de la Thuringe. Il serait presque à désirer, disait l'archiduc, que l'armée française se vît ou se crût forcée de passer le Danube, comme on l'a dit; le résultat ou l'objet principal de ses premières opérations, c'est-à-dire la jonction des armées alliées, devant en être la conséquence très assurée.

Il pouvait être intéressant d'examiner la question de savoir si, dans l'opinion de l'archiduc, il serait favorable aux puissances alliées de songer à une campagne d'automne contre la Prusse. Sur ce point, le Prince est d'avis que ce n'est qu'au printemps qu'il est possible d'entreprendre une guerre contre cette puissance. Les raisons principales sont qu'il faut prévoir le cas où la lutte se prolongerait, une grande bataille heureuse pour les alliés pouvant ne pas suffire pour abattre l'orgueil national prussien; que, dans ce cas, il serait bien désirable que l'on eût devant soi de longs mois et de longs jours pendant lesquels les armées alliées trouveraient de grandes facilités pour marcher utilement et pour suivre leurs premiers succès; qu'il convenait au contraire de redouter les jours courts de l'automne et de l'hiver, dans un pays où, peut-être, la population insurgée exposerait aux surprises de nuit; que d'ailleurs il convenait de redouter, pour les soldats des armées alliées, un climat trop froid et un sol marécageux que les soldats prussiens supporteraient beaucoup mieux qu'eux. || Dans le plan de campagne imaginé par l'archiduc, le Prince demandait

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

que la France ayant deux armées, l'une destinée à l'Allemagne et à se joindre à l'armée autrichienne, l'autre sur la rive gauche du Rhin, la première fût constituée, aussi fortement que possible; la deuxième, au contraire, se composant de ce qui serait rigoureusement nécessaire, sur la Sarre ou dans le Palatinat, Son Altesse Impériale étant d'ailleurs convaincue, pour les motifs exposés déjà, que la France n'aurait à craindre aucune agression sérieuse de ce côté du Rhin. Il était impossible de ne pas représenter à l'archiduc que la France était tenue à ne pas trop dégarnir ses frontières du nord-est et du nord; que, dans une guerre avec la Prusse, elle aurait nécessairement à observer la Belgique, à agir dans le Palatinat, et à se préoccuper aussi de la place de Luxembourg, nonobstant ce qu'on pouvait dire du traité qui l'a neutralisé récemment au grand déplaisir de la Prusse. || Afin que le Prince ne pût pas s'exagérer ce que pourrait faire la France en vue de condescendre à ses désirs, une note lui fut remise dans laquelle on présentait une composition rigoureusement possible des deux armées françaises dont il s'agissait, en utilisant toutes les forces actives disponibles de l'armée telle qu'elle existe en ce moment. || Aux observations relatives à la Belgique et à la place de Luxembourg, l'archiduc répondait, en répétant que dans un conflit engagé avec la France et l'Autriche, la Prusse ne pourrait songer à prendre l'offensive sur la rive gauche du Rhin, trop menacée qu'elle serait du côté de Berlin par l'armée de Bohême; que sa perte la plus certaine serait qu'une armée prussienne mît le pied sur le sol de la Belgique, qu'en ce qui concernait particulièrement la place de Luxembourg, la Prusse n'avait aucun intérêt à y jeter une partie de ses forces, puisqu'elle ne pouvait songer à prendre l'offensive pour envahir la France par ce côté, tandis que pour elle, ce serait s'affaiblir que d'occuper le Luxembourg avec des troupes qui, inutiles là, lui seraient si nécessaires ailleurs, du côté du Mein ou du côté de la Bohême; qu'enfin, à ce point de vue de la question, qui était relatif aux frontières de la France du côté du nord, le plan imaginé par le Prince offrait cet avantage qu'il localisait forcément la guerre, ne donnant ni à la France, ni à la Prusse, aucun prétexte ou aucune nécessité pour ne pas respecter la neutralité de la Belgique et du Luxembourg. Comme il était représenté à l'archiduc qu'on serait désireux qu'il voulût bien permettre qu'on soumit à son approbation, la rédaction du plan de campagne auquel il donnait la préférence sur celui qu'on lui avait exposé, afin de n'en rien omettre afin aussi, que l'on pût mettre à l'appui les considérations qu'il avait fait valoir, et qu'on a cherché à reproduire ci-dessus, quand le moment serait venu de les faire connaître à Paris, où, sans aucun doute, elles rencontreraient quelque opposition, l'archiduc proposa de rédiger le tout lui-même, sous peu de jours, et d'en faire l'envoi à Paris par voie sûre. || Enfin, sur la proposition qui était faite au Prince de ne pas s'en tenir à l'étude d'un seul plan de campagne, parce qu'il semblait qu'il y eût utilité à étudier plusieurs plans, il fut admis par S. A. I. que l'Autriche, proposant le plan qu'il avait imaginé, plan qu'elle considérait comme le seul qui dût ou pût être mis à exécution,

étudierait deux autres plans, afin que les officiers qui, forcément, seraient appelés à faire les études nécessaires, ne pussent savoir celui des trois plans auquel on se serait arrêté uniquement. || L'archiduc accédait d'autant mieux à cette proposition qu'il lui paraissait que des études, dont il s'agit, il ressortirait clairement que le plan qu'il avait proposé, n'exposerait à aucun danger et réunissait tous les avantages désirables.

Nr. 10757.
Frankreich.
30. Juni 1870.

VII.

Note remise à l'archiduc Albert, le 13 juin.

Forces actives de l'armée française disponibles pour une guerre en Europe.

1^o Infanterie.

Nombre des bataillons actifs	338 b ^{ons}
Nombre des divisions d'infanterie que l'on pourrait former à 13 et 12 bataillons	<u>26 1/2 d^{ons}</u>

En effet, il faut laisser en Algérie 8 régiments d'infanterie, le régiment étranger et 3 bataillons d'infanterie légère d'Afrique. Il reste alors pour composer les divisions d'infanterie en Europe, savoir:

98 régiments de ligne à 3 bataillons	294 b ^{ons}
20 bataillons de chasseurs à pied de ligne	20 —
7 régiments d'infanterie de la Garde à 3 bataillons	21 —
3 bataillons de chasseurs à pied de la Garde	3 —
Total égal en bataillons à celui indiqué ci-dessus	<u>338 b^{ons}</u>

Et fournis, savoir:

Par les régiments de ligne	314 b ^{ons}
Par la Garde impériale	<u>24 —</u>

Avec les bataillons de la ligne, on pouvait former:

20 divisions à 13 bataillons dont un bataillon de chasseurs à pied	260 b ^{ons}
4 divisions à 12 bataillons	48 —

Divisions dans lesquelles on placerait les zouaves et les tirailleurs algériens.

La Garde impériale donnerait:

Une division de grenadiers et de zouaves	11 —
Une division de voltigeurs (y compris le bataillon de chasseurs à pied)	13 —
Total, 26 divisions d'infanterie	<u>332 b^{ons}</u>

Nr. 10757. Il resterait comme disponibles encore 2 régiments non em-
 Frankreich. ployés, c'est-à-dire une brigade de 6 bataillons 6 b^{ons}
 30. Juni 1870.

Cette brigade pourrait provisoirement être considérée comme
 la brigade laissée dans les États Pontificaux 338 b^{ons}

On pourrait destiner à l'armée française (armée d'Allemagne),
 armée principale; savoir: || 4 corps d'armée formés avec l'infanterie
 de ligne. || 1 corps spécial, celui de la Garde impériale, qui se-
 rait dirigé sur l'armée aussitôt que possible, et qui pourrait être
 considéré comme une réserve de cette armée. || L'armée française
 secondaire, armée du Rhin ou armée de la Sarre, comprend
 3 corps d'armée. || Composition en infanterie, de l'armée principale,
 dit 1^{re} armée ou armée d'Allemagne:

1 ^{er} corps. — 4 divisions dont 2 à 13 bataillons et 2 à 12 bataillons	50 b ^{ons}
2 ^e corps. — Même composition que le 1 ^{er}	50 —
3 ^e corps. — 3 divisions à 13 bataillons	39 —
4 ^e corps. — Même composition que le 3 ^e	39 —
Garde impériale	24 —
Total de l'infanterie pour l'armée principale	202 b ^{ons}
	<u>155 540 b^{tes}</u>

Composition de l'armée secondaire ou 2^e armée:

5 ^e corps. — 3 divisions à 13 bataillons	39 b ^{ons}
6 ^e corps. — — —	39 —
7 ^e corps. — — —	39 —
Total de l'infanterie de la 2 ^e armée	117 b ^{ons}
	<u>90 090 b^{tes}</u>

Il reste, comme disponibles, 19 bataillons, c'est-à-dire une
 division à 13 bataillons, division qui pourra, au début de la
 guerre, recevoir une destination spéciale, plus la brigade de 6
 bataillons qui serait maintenue à Civita-Vecchia.

Répartition de la cavalerie dans les deux armées.

2^e Cavalerie.

La France peut disposer de 57 régiments de cavalerie (y
 compris les 6 régiments de cavalerie de la Garde impériale) pour
 une guerre en Europe. 3 régiments de cavalerie légère et 3 régi-
 ments de spahis seraient employés en Algérie.

Armée principale. — 1^{re} armée.

Au 1 ^{er} corps (4 divisions d'infanterie) un régiment pour chaque division d'infanterie, soit	4 rég ^{ts}	Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.
Réserve de cavalerie du 1 ^{er} corps. Une brigade à 3 régiments Le 3 ^o régiment de cette brigade donne les escortes au quartier général et aux divisions.	3 —	
Au 2 ^o corps. — Comme au premier	7 —	
Au 3 ^o corps. — Un régiment par division d'infanterie . .	3 —	
Réserve de cavalerie du corps, une brigade à 3 régiments Les régiments étant à 5 escadrons plutôt qu'à 4 ou du moins 1 ou 2 régiments à 5 escadrons pour qu'on puisse y prendre les escortes.	3 —	
Au 4 ^o corps. — Comme au 3 ^o	6 —	
Au grand quartier général de l'armée (tiré de la Garde) .	1 —	
Réserve générale de l'armée. 2 divisions à 4 régiments chacune et formant un corps de cavalerie	8 —	
Total pour la cavalerie de ligne, 34 régiments, un régiment de la Garde	35 rég ^{ts}	
5 régiments de la Garde	5 —	
Total de la cavalerie pour l'armée principale	40 rég ^{ts}	

Armée secondaire. — 2^o armée.

Au 1 ^{er} corps (3 divisions d'infanterie)	3 rég ^{ts}
Réserve du 1 ^{er} corps.	1 —
Au 2 ^o corps	4 —
Au 3 ^o corps	4 —
Au grand quartier général	1 —
Réserve générale de l'armée (une division)	4 —
Total pour la cavalerie de la 2 ^o armée	17 rég ^{ts}
Total de la 1 ^{re} armée	40 —
Total général égal au nombre de régiments disponibles en France	57 rég ^{ts}

Repartition de l'artillerie entre les deux armées.

3^o Artillerie.

Armée principale, 1^{re} armée*)

1^{er} corps. — 4 divisions d'infanterie, 12 batteries avec la brigade de cavalerie de réserve du corps. •

*) On suppose que chaque régiment monté ou à cheval pourra donner 8 batteries, ce qui reste à examiner.

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.	Une batterie qui pourra être habituellement à la réserve	23 b ^{ies}
	Réserve d'artillerie du corps	10 —
	2 ^e corps. — Comme le 1 ^{er}	23 —
	3 ^e corps. — 3 divisions d'infanterie	9 —
	Avec la brigade de cavalerie de réserve, dont la batterie sera à la réserve du corps	1 —
	Réserve d'artillerie du corps	8 —
	4 ^e corps. — Comme le 3 ^e	18 —
	Réserve générale de l'artillerie de l'armée *)	16 —
	Total de l'artillerie de la ligne de l'armée	98 b ^{ies}
	Artillerie de la Garde	12 —
	Total général de l'artillerie de la 1 ^{re} armée	110 b ^{ies}
	Soit.	660 p ^{ces}
	Artillerie de l'armée secondaire, 2 ^e armée.	
	Au 1 ^{er} corps, 3 divisions d'infanterie	9 b ^{ies}
	Réserve du 1 ^{er} corps	4 —
	Au 4 ^e corps, même composition	13 —
	Au 3 ^e corps, —	13 —
	Artillerie de la réserve de C ^{ie}	1 —
	Réserve de l'artillerie de l'armée	10 ou 9 —
	Total de l'artillerie de l'armée	48 b ^{ies}
	Ou.	288 p ^{ce}
	Total de l'artillerie de la 1 ^{re} armée	110 —
	Total de l'artillerie des deux armées	158 b ^{ies}
	Soit.	948 p ^{ces}

Les chiffres donnés dans cette note, donnent un aperçu de ce que l'on pourrait avoir de batteries en Europe, mais en admettant qu'on dût laisser 6 batteries en Algérie, et qu'on dût y prendre 3 batteries de montagne. On pourrait disposer de 948 bouches à feu, tandis que dans les projets arrêtés on ne compte pouvoir disposer que de 916 bouches à feu. On ne parle pas des mitrailleuses.

VIII.

Entrevue du général Lebrun avec l'Empereur François-Joseph, le 14 juin.

D'après les instructions qu'il avait reçues de l'Empereur François-Joseph, l'archiduc Albert me conduisit au château de Laxembourg le 14 juin, dans la soirée où je devais être présenté à Sa Majesté. || L'Empereur reçut S. A. I.

*) L'artillerie de la réserve générale de cavalerie sera de 4 batteries prises sur la réserve générale de l'artillerie de l'armée.

pendant qu'il se promenait dans les allées du parc. La présentation faite, et après quelques paroles gracieuses pour l'Empereur, l'Impératrice, le Prince impérial, Sa Majesté mit aussitôt la conversation sur l'objet de ma mission auprès de l'archiduc. || L'Empereur s'exprima textuellement dans les termes suivants: || "L'archiduc m'a rendu compte des questions qui ont été traitées entre Lui et vous. Je ne puis qu'approuver les moyens proposés pour l'exécution du plan dont il m'a parlé, au point de vue militaire. Mais je dois vous dire qu'avant tout, je veux la paix; si je fais la guerre, il faut que j'y sois forcé. Je me plais à espérer que l'Empereur Napoléon voudra bien tenir compte de ma situation personnelle politique, tant à l'intérieur qu'à l'extérieur. Si je déclarais la guerre, en même temps que lui, il n'est pas douteux, qu'exploitant de nouveau l'idée allemande, la Prusse pourrait surexciter et soulever à son profit les populations allemandes, non pas seulement chez elle et dans l'Allemagne du sud, mais aussi dans l'Empire austro-hongrois, ce qui serait très fâcheux pour mon gouvernement. || Mais si l'Empereur Napoléon, forcé d'accepter ou de déclarer la guerre, se présentait avec ses armées dans le midi de l'Allemagne, non point en ennemi, mais en libérateur, je serais forcé de mon côté de déclarer que je fais cause commune avec lui. Aux yeux de mes peuples, je ne pourrais faire autrement que de joindre mes armées aux armées françaises. Voilà ce que je vous prie de dire de ma part à l'Empereur Napoléon, j'espère qu'il verra, comme moi, ma situation politique, intérieure et extérieure." || Je répondis à l'Empereur François-Joseph qu'à mon départ de Paris, je n'avais été autorisé, en aucune façon, à parler à Vienne de la question politique dont Sa Majesté venait de parler, mais que cependant je croyais pouvoir dire que si l'Empereur m'avait envoyé près de l'archiduc, après engagement pris entre lui et S. A. I., c'est que Sa Majesté avait sans doute considéré qu'il était prudent, eu égard à la situation politique de l'Europe, de chercher à établir, dès à présent, entre les deux souverains de France et d'Austro-Hongrie, une entente qui fit que d'un côté, comme de l'autre, on n'eût pas à craindre d'être pris en flagrant délit de non-préparation, si, sans vouloir ou sans désirer la guerre, on était tout à coup forcé de l'accepter ou de la déclarer soi-même. || L'Empereur François-Joseph dit qu'il approuvait fort un pareil motif de prudence, puis il continua la conversation sur des questions étrangères au sujet dont il venait d'être question jusque-là. En me donnant congé, il m'invita à porter à Paris près de l'Empereur et de l'Impératrice, l'expression de ses sentiments de bon souvenir et de sincère amitié. || Le ton de l'Empereur François-Joseph, quelques-unes de ses paroles, suivant de près celles-ci: "Avant tout je veux la paix, pour faire la guerre, il faut que j'y sois forcé", ne m'ont laissé aucun doute, sur le sens que je devais donner à cette déclaration de Sa Majesté. L'Empereur a voulu que je comprisse bien, pour la rapporter à Paris, que s'il considérait la guerre comme possible, probable, désirable même, il fallait néanmoins que chez le peuple austro-hongrois, ainsi qu'à l'étranger, on fût convaincu ou que l'on pût dire,

Nr. 10757. qu'il voulait la paix. Il a voulu faire entendre qu'il était à désirer que si
 Frankreieh. un jour il déclarait la guerre à la Prusse, la nation austro-hongroise pût
 30. Juni 1870. croire ou dire que ce faisant, il obéissait à un devoir impérieux vis-à-vis
 d'elle et vis-à-vis de l'Allemagne du sud. || L'Empereur François-Joseph a fait
 deux fois la guerre malheureusement en 1859 et en 1866. Il n'ignore pas,
 m'a dit l'archiduc, que ses sujets s'en souviennent, et il doit penser que ceux-ci
 n'accepteraient volontiers les charges d'une troisième guerre que dans le cas
 où cette guerre paraîtrait commandée par une impérieuse nécessité.

L'aide de camp de l'Empereur,
 Signé: Lebrun.

Nr. 10758. OESTERREICH-UNGARN. — Bemerkungen des Erzherzogs Albrecht über den Feldzug gegen Preussen.

I.

Plan rédigé de la main de l'archiduc Albert. Observations relatives au projet de commencer les grandes opérations sur la rive gauche du Rhin.

Nr. 10758. Le 10 juin 1870. — Pour bien tromper l'ennemi, il faut d'abord tromper
 Oesterreich- les siens: l'armée, le pays et surtout les administrations de chemin de fer;
 Ungarn. car c'est de là que l'ennemi reçoit ses informations. || Si l'on veut arriver à
 30. Juni 1870. Stuttgart sans obstacles sérieux, il faut que l'ennemi se persuade qu'il sera
 attaqué sur la rive gauche du Rhin, qu'on veuille faire le siège de Mayence.
 Tout doit contribuer à raffermir cette hypothèse.

Le 13^e jour. — (A compter de l'ordre de rappel de la réserve), 12 divisions formant l'armée de la Sarre: 8 divisions à Thionville, Metz et à proximité de la Sarre comme si l'on s'attendait à une irruption prussienne de ce côté. || 1 division dans les places de la Meuse (celles de la Sambre ne sont pas menacées du tout). || 3 divisions échelonnées à Dieuze, Lunéville et Nancy (y compris la Garde).

Réserve.

3 divisions à Paris. || 1 division à Haguenau. || 4 divisions échelonnées à Strasbourg et Phalsbourg. || 3 divisions échelonnées de Neuf-Brisach à Belfort. || 2 divisions à Lyon. || 2 divisions en route de l'Algérie*). || Préparatifs ostensibles pour: || 1^o Rassembler l'armée du Rhin à la Lauter: 8 divisions; || 2^o La remplacer par 4 divisions venant du midi; || 3^o Concentrer l'armée de la Sarre et la réserve de Paris, 15 divisions en Basse-Lorraine, c'est-à-dire 23 divisions dirigées vers Mayence et Coblenz.

Le 14^e et le 15^e jour. — Toute communication aux frontières interceptée; la division des places de la Meuse remplacée par les dépôts, se concentre à

*) Ces emplacements d'après les données de M. le général Lebrun.

Thionville; les 8 divisions entre Metz et la Sarre se concentrent vers Forbach, marchant à pied; les 3 divisions échelonnées entre Nancy et Phalsbourg, en chemin de fer, vers Strasbourg, jusqu'à la bifurcation de la ligne sur Wissembourg*). Les trois divisions en Haute-Alsace se concentrent à Neuf-Brisach.

Nr. 10788.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Juni 1870.

Le 3^e jour au soir. — Il y a 8 divisions près de Forbach, l'avant-garde se présente devant Saarbrück et Saarlouis, et s'empare, si faire se peut, du premier. || 1 division à Thionville. || 1 en aval de Strasbourg. || De la cavalerie gardant la Lauter de Wissembourg à Lauterbourg. || 2 divisions à la bifurcation des lignes de Strasbourg et Wissembourg. || 4 divisions à Strasbourg. || 1 division, marchant à pied, a dépassé Saverne. || Des 3 divisions de Paris: 1 est arrivée à Strasbourg; || 1 en route; || 1 à Paris. || 3 divisions à Neuf-Brisach.

Dans la nuit du 15 au 16^e jour. — Les quatre divisions du midi en route, la tête à Colmar. || Passages des avant-gardes à Haguenau, Strasbourg, Neuf-Brisach. || Établissement des ponts, etc.

Le 16^e jour au soir. — L'armée de la Sarre occupe Saarbrück, l'avant-garde poussée vers Neukirch et Hombourg, la division de Thionville en marche vers la Sarre. || La division d'Haguenau a passé le Rhin, observe Rastadt. || Les 4 divisions de Strasbourg à Wildstett, Kehl, etc. || L'avant-garde occupe Appenmeyer et Offenbourg. || 3 divisions (de Nancy, etc.) à Strasbourg. || 2 divisions (de Paris) à Strasbourg. || 1 division (de Paris) en route. || 3 divisions en avant de Neuf-Brisach, l'avant-garde aux environs de Fribourg. || 1 division du midi à Neuf-Brisach. || 3 divisions (du midi) en route, leur tête à Colmar. || A partir du seizième jour, les troupes dirigées sur le Rhin forment la grande armée.

Le 17^e jour au soir. — Neukirch et Hombourg occupés par l'avant-garde. L'armée de la Sarre à Saarbrück.

Nota. — Les mouvements de cette armée dépendront uniquement de ceux de l'ennemi.

Grande armée. — Une division devant Rastadt, l'avant-garde devant Kniébis ou l'occupant. || 4 divisions au pied des collines (sur le Bergstram). || 5 divisions ont passé le Rhin et campent à Kehl, Wildstett, etc. || 1 division arrivant à Strasbourg. || 3 divisions à Fribourg, l'avant-garde dans le Höllenthal. || 1 division entre Fribourg et Vieux-Brissach, 1 division à Colmar. || 2 divisions en route du midi.

Le 18^e jour au soir. — 1 division devant Rastadt, l'avant-garde en avant de Freudenstadt, ses coureurs au delà de Horle, interceptant le chemin de fer. || 4 divisions à Kniébis. || 5 divisions à Appenmeyer, Renchen. || 1 division en avant de Kehl. || 1 division (du midi) arrivant à Strasbourg. || 2 divisions en arrière de Neustadt, occupée par l'avant-garde dont les coureurs ont intercepté le chemin de fer à Hüfingen et Donau Eschingen. || 1 division en route

*) Le débarquement et l'embarquement causeraient trop d'embarras et de perte de temps.

Nr. 10758. sur Villingen. || 1 division à Fribourg. || 1 division à Vieux-Brissach. || 1 division
Oesterreich- en route du midi
Ungarn.

30. Juni 1870.

Les jours suivants. — Ces mouvements continuent. L'avant-garde le 21 devant Stuttgart, 4 divisions l'occupent le 22, 5 autres le 23, 1 division le 24. En somme 10 divisions le 24 à Stuttgart, le corps de l'aile droite, 3 divisions à Tübingen à deux étapes de Stuttgart le 23. || Si la résistance de l'ennemi occasionnait du retard dans la marche des premiers échelons, le résultat final, 15 divisions réunies le 26, n'en serait pas altéré. || Pourront se battre près de Stuttgart:

Le 25:	13 divisions		
Le 26:	15	—	171 000 baïonnettes
Le 27:	16	—	182 000 —
Le 28:	17	—	193 000 —

Le 28^e jour. — L'avant-garde à Nordlingen, ses coureurs à Gunzenhausen, Donauwerth, Feutwang et Hall, le corps de l'aile droite masquant Ulm.

Le 35^e jour au soir. — L'avant-garde, si elle n'a pas rencontré l'ennemi à Nuremberg, aura ses coureurs à Rottemburg, Forchheim, Sulzbach; le trente-septième jour, ces derniers à Wurzbourg, Bamberg, Bayreuth, Weiden. || Le gros se concentrera à Nuremberg entre le trente-septième et le quarantième jour. || Si l'ennemi est en forces imposantes, à Ansbach ou à Nuremberg, la grande armée gagnera d'Aalen et de Nordlingen, le Danube, le passera entre Günzburg et Neubourg et marchera sur Ratisbonne. Dans le cas très invraisemblable (selon moi presque impossible), que l'ennemi eût pu rassembler plus de 100 000 baïonnettes entre Stuttgart et Carlsruhe, avant le 26, la grande armée pourra passer le Danube en amont d'Ulm et marcher par Augsburg à Ratisbonne. Dans le premier cas, elle s'y rallierait entre le trente-neuvième et le quarante-deuxième jour, dans le deuxième cas, le quarante-deuxième et le quarante-sixième jour. || Dans ce dernier cas, l'armée autrichienne aurait déjà franchi la frontière bavaroise. || Selon le dire des Prussiens, il leur faut trois semaines pour rassembler un corps d'armée tout mobilisé sur un point quelconque de sa circonscription. Admettons que les divisions fussent prêtes à marcher après quinze jours et que les chemins de fer allemands ne mettraient que deux jours pour faire partir une division entière, il s'ensuit qu'il y aura:

Le 16^e jour. — Deux divisions à peine sur la Sarre (du VIII^e corps. || La division badoise, si elle est réunie, à Rastadt et observant le Rhin. || La division wurtembergeoise, observant la Forêt-Noire. || Les deux corps bavarois en formation. || Peut-être une ou deux divisions prussiennes à Rastadt.

Le 20^e jour. — Trois corps (six divisions) à la Sarre ou à Trèves, 76 750 baïonnettes.

Le 22^e jour. — Quatre corps (huit divisions) à la Sarre ou à Trèves, 102 500 baïonnettes. || Contre lesquels sont restées dès le 15^e jour: || Neuf divisions ou 102 500 baïonnettes françaises. || Stuttgart occupé par l'armée

française. || La division wurtembergoise et deux corps prussiens se concentrent derrière le Neckar, 64 à 65 000 baïonnettes.

Nr. 10758.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Juni 1870.

Le 26^e jour. — Admettons l'arrivée d'un troisième corps prussien et d'un corps bavarois, 116 000 baïonnettes contre 171 000, et le 28^e jour contre 193 000 baïonnettes françaises. || Notez bien que les quatre corps, qui pourraient se trouver le 22^e jour derrière la Sarre, seraient en état de se tenir sur la défensive; mais que pour prendre l'offensive, il leur faudrait au moins six à huit jours de plus (compléter les transports, mobiliser et faire avancer les magasins). Ce n'est qu'après quatre semaines, qu'ils pourraient tenter une invasion de la Lorraine. || Il est incontestable que les préparatifs ostensibles pour une offensive vers Mayence; que l'agglomération d'une forte armée en Lorraine attireront l'attention des Prussiens de ce côté; que l'inattendu du commencement des opérations et la rapidité des mouvements pendant les huit premiers jours, permettront d'autant moins aux Prussiens d'y parer à temps, qu'il faut toujours des journées entières, et quelquefois même plus, pour changer complètement les dispositions données pour le transport en chemin de fer. || La combinaison des divers convois et du matériel de transport à disposition est toujours très compliquée, quand on a surtout affaire à une vingtaine d'administrations différentes. Plus qu'autrefois, chaque jour de gagné sur l'ennemi est précieux, comme tout ce qui lui impose la loi contrairement à ses projets. || Supposons, en effet, qu'après les nouvelles reçues, on s'attende à Berlin à une pointe sur Mayence, que les ordres donnés par suite, et que les transports en chemin de fer commencent à être exécutés, quand, peu de jours après, la nouvelle du passage du Rhin, sur trois points, simultanément avec celle de l'offensive sur Neutkirch et Hambourg, vient changer la situation. Ce sont trois jours perdus au moins, et les hypothèses sus-indiquées des forces allemandes qui pourraient être réunies au Neckar, ne pourront pas même se réaliser (du 16^e au 22^e jour). || C'est la certitude qu'on peut avoir alors que: 1^o Une invasion de la Lorraine ne sera plus tentée; || 2^o L'idée de défendre le Neckar, près de Stuttgart, avec une armée égale à celle de l'agresseur, quand même, adoptée d'abord, ne pourra plus être réalisée à temps. (Les mouvements en chemin de fer ordonnés le 16^e jour au soir, ne commenceront avec le transport des masses que le 18^e ou le 19^e jour); || 3^o Une pointe de Rastadt vers Fribourg pour couper les communications de l'armée française ne pourrait commencer que le 24^e jour (quatre à cinq jours pour réunir ses troupes); || Cette pointe ne toucherait à la ligne de Kehl à Freudenstadt que le 25^e ou le 26^e jour, c'est-à-dire quand l'armée aura passé avec ses convois et réserves, et la ligne de Fribourg à Huningue, pas avant le 28^d jour, opération très dangereuse, du reste; car qui garantit à l'ennemi que le gros de l'armée française faisant volte face en tombant sur sa gauche, ne le serrerait entre le Rhin et les collines? || C'est pourquoi il n'est point possible qu'on l'entreprenne avec l'énergie et les forces suffisantes; || 4^o Si les Prussiens se décident à concentrer une forte armée au delà du haut Mein, c'est-à-dire à

Nr. 10758. Ansbach et Nuremberg, ils devront en revenir dès que l'attitude de l'Autriche
 Oesterreich- et la concentration de son armée en Bohême ne leur laisseront plus de doutes
 Ungarn. sur le danger d'avoir une armée aussi forte presque sur leurs derrières. Dans
 30. Juni 1870. ce cas, du reste, l'armée française a tout le loisir de passer le Danube et de
 marcher sur Ratisbonne; || 5° Il est bien plus probable qu'abandonnant des
 plans pour l'exécution desquels le temps manquera, la Prusse réunira le plus
 de troupes possible, huit corps, 205 000 baïonnettes au maximum, soit sur le
 haut Mein même, soit derrière le Thüringer Wald, dont les défilés seraient
 fortement occupés, laissant en outre, quatre corps en Saxe, à Dresde; || En ce
 cas, rien n'entravera la réunion des alliés, dont les avant-postes se toucheront
 déjà en Egra et Weiden. Les alliés chercheront, en prenant simultanément
 l'offensive, à gagner l'aile gauche de l'ennemi; || 6° Si la Prusse, jetant le gant
 à l'Autriche, entrait après quatre semaines avec huit corps en Bohême, l'armée
 autrichienne, dont un corps se formera dès les premiers jours du rappel à
 Pilsen, tâcherait de gagner du temps, d'éviter toute bataille, et chercherait à
 s'approcher de l'armée française; || 7° Dans les deux cas prévus aux para-
 graphes 5 et 6, la Prusse cherchera à rassembler le plus de troupes possible
 à Thüringen ou en Saxe. Dès le 35° jour, elle ne pourra plus se tromper
 sur les intentions des alliés, et il est très probable qu'elle ne laissera tout
 au plus qu'un corps sur la rive gauche du Rhin. || Que faire de l'armée de la
 Sarre? Doit-elle effaroucher les esprits en Allemagne par des conquêtes là-bas
 qui ne décident de rien? || Deux ou trois divisions, peut-être moins encore,
 suffiraient pour couvrir la frontière contre les incursions des partis, le reste,
 six à sept divisions, serait à transporter en chemin de fer, à partir du 28° jour
 (si l'ennemi ne menace pas avec des forces supérieures) à Strasbourg, pour
 marcher de là de manière à former un grand échelon en arrière de l'aile
 gauche de la grande armée. || Ce mouvement couvrirait en même temps les
 derrières et empêcherait les forces que la Prusse aurait laissées au Bas-Mein
 ou derrière le Bas-Neckar d'entreprendre quelque chose de sérieux. Du cinquantième
 au cinquante-cinquième jour, cette armée, renforcée par la division laissée
 devant Rastadt, se rallierait à Wurtzbourg, ou, si les positions et les mouve-
 ments de l'ennemi l'en empêchaient, à Ansbach. || Il y aurait alors vingt-quatre
 divisions autrichiennes (quatre couvrant la frontière austro-prussienne sur la
 frontière droite de l'Elbe), en tout 650 000 baïonnettes, coopérant sur une
 largeur de seize étapes, contre douze corps*), ou 300 000 baïonnettes. || 8° Les
 opérations des alliés réunis auraient à commencer le plus promptement possible,
 entre le cinquantième et le cinquante-cinquième jour, on passerait les frontières
 de la Sarre et de la Thuringe; dix jours plus tard, la jonction pourra être
 complète dans les plaines entre Weissenfelds, Altembourg et Leipzig. || La

*) Un corps prussien contre le Schleswig, des portions des corps en Silésie, sur le Rhin et le Bas-Mein; les Allemands du midi déjà détachés de l'alliance prussienne.

bataille décisive y pourra avoir lieu immédiatement. || 9° Bien qu'il faille tout faire pour abrégier la guerre, autant que possible, il n'est pas permis d'y songer trop. || Qui sait si même une première défaite aura brisé l'armée prussienne et l'orgueil national à tel point que son gouvernement demandera de suite la paix? || Qui sait s'il n'espère encore des secours de la Russie, ou si l'armée n'a pas pu se retirer à temps derrière l'Elbe, pour y renouveler une défense opiniâtre? || Il serait trop hasardeux de compter sur la paix, après deux mois seulement de campagne; il faut tenir compte des complications possibles, qui forceraient l'Autriche à se trouver subitement, avec une grande partie de ses forces, du côté de la Prusse avant la fin de la campagne. || C'est une raison de plus pour ne rien négliger pour être aussi fort et aussi vite que possible au centre de l'Allemagne et pour se préparer à marcher sans interruption jusqu'à Berlin et Stettin.

Nr. 10758.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Juni 1870.

II.

Observations sur l'état de la composition possible des armées.

Le 13 juin 1870. — Un étranger ne peut pas se permettre un jugement sur la force et la composition des garnisons nécessaires à l'Algérie, néanmoins la réunion de toutes les forces possibles, dans une guerre d'Europe, est tellement indispensable, qu'il sera permis de revenir sur ces chiffres.

I. — 18 bataillons doivent quitter l'Algérie: 9 de zouaves, 8 de turcos (un est déjà à Paris) et un bataillon de chasseurs. On veut les remplacer, à ce qu'il parait, par 6 bataillons d'infanterie de ligne (8 régiments au lieu de 6) et par l'excédent du pied de paix au grand pied de guerre, dans ces 24 bataillons de ligne et dans les 3 dépôts de zouaves. || Si la possibilité existe, comme le gouvernement général de l'Algérie l'a affirmé, d'augmenter de beaucoup le nombre des turcos, pourquoi ne pas remplacer les 8 bataillons de cette armée (7200 hommes) par 2 bataillons (5° et 6°) par régiment, soit 6 bataillons à 8 compagnies à 1200 hommes, total égal à 7200 hommes? || En augmentant en outre les dépôts de zouaves de quelques centaines d'hommes chacun, on obtiendrait 3 régiments de ligne de moins, c'est-à-dire 5 au lieu de 8. Un quatrième pourrait en outre être épargné en réduisant les garnisons au minimum possible et en faisant faire en partie le service des places des côtes par leur garde nationale.

II. — Ne comptant pas sur la garnison de Civita-Vecchia, qui peut-être pourrait être réduite de 7 à 4 bataillons (ces derniers sur le grand pied de guerre), ce qui permettrait de laisser un régiment de ligne de plus en Algérie, on gagnerait une division de plus pour les armées actives, soit:

5 régiments de ligne et 1 régiment étranger en Algérie.
1 régiment — — — en Italie.

Nr. 10758.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Juni 1870.

Pour l'armée active:

94 régiments de ligne et 19 bataillons de chasseurs.

6 régiments de zouaves et de turcos.

100 régiments formant 25 divisions dont 19 à 13 bataillons et 6 à 12 bataillons.

soit:

319 bataillons de ligne, 24 bataillons de la Garde impériale.

343 bataillons au lieu de 338 bataillons dont 6 en Italie et à 13 à disposition,

c'est-à-dire 319 bataillons dans les armées actives; augmentation de 24 bataillons ou 21 600 baïonnettes.

III. — Ne pourrait-on pas de même laisser en Algérie les 5^e et 6^e escadrons des 4 régiments de chasseurs d'Afrique et des 3 régiments français. — Soit: 14 escadrons outre les 18 escadrons de spahis? || Si les chevaux de ces 7 régiments de cavalerie (chasseurs d'Afrique et régiments français) sont augmentés à temps et que les 5^e et 6^e escadrons soient portés jusqu'à 200 chevaux par escadrons, il n'y aurait pas de diminution de cavalerie en Algérie.

IV. — Cette augmentation des turcos et des chevaux de cavalerie en Algérie pourrait s'effectuer successivement et sans bruit durant l'hiver précédant la guerre.

V. — En ayant deux divisions d'infanterie et 3 régiments de cavalerie de plus on pourrait:

(a) Former les quatre premiers corps d'armée à égale force:

4 div. d'inf. à 13 ou 12 bat. 16 div. ou 202 bat.

Garde impériale 2 div. ou 24 bat.

18 div. ou 226 bat. ou 203 400 baïonnettes.

(b) La deuxième armée resterait à trois corps à trois divisions chacune de 13 bataillons, soit 9 divis. = 117 bataillons soit 105 300 baïonnettes.

VI. — En augmentant de 3 (de 57 à 60) le nombre des régiments de cavalerie à l'armée et en ne détachant que le 5^e escadron pour escorte, etc., etc. (en défalquant les 7 restant en Algérie, il en reste 23 à disposer, y compris ceux de la Garde), on aura 42 régiments pour la 1^{re} armée, 18 régiments pour la 2^e armée.

Première armée.

7 corps par armée	28 régiments.
6 — de la Garde	6 —
8 — de réserve de cavalerie	8 —
	<hr/>
	42 régiments.

Deuxième Armée.

4 corps par armée	12 régiments.
6 — de réserve de cavalerie	6 —
	<hr/>
	18 régiments.

VII. — Répartition de l'artillerie.

Nr. 10758.
Oesterreich-
Ungarn.
30. Juni 1870.

Première armée.

3 batteries par division d'infanterie . . .	12	batteries.	
1 batterie avec la cavalerie	1	—	
8 batteries à la réserve du corps . . .	8	—	
	$21 \times 4 =$	84 batteries.	
Cavalerie de réserve	4	bat.	}
Réserve d'armée	12	—	
Garde impériale	12	—	
		28	—
		112	batteries.

Deuxième armée.

3 batteries par division d'infanterie	}	$13 \times 3 =$	39 batteries.
4 bataillons réserve du corps			
Cavalerie de réserve		4	}
Réserve d'armée		9	
		13	—
		52	batteries.

VIII. Récapitulation.

		Bataillons	Escadrons	Batteries	Baïonnettes	Sabres	Pièces	
1 ^{re} armée	{	4 corps d'armée à	51	28	21	45 900	4 200	126
		et	50	„	„	45 000	„	„
	Soit	202	112	84	181 800	16 800	504	
	1 corps de cavalerie	„	32	4	„	4 800	24	
	Réserve d'artillerie	„	„	12	„	„	72	
	Garde impériale	24	24	12	21 600	3 600	72	
	Total	226	168	112	203 400	26 200	672	
		39	16	13	35 100	2 400	78	
2 ^e armée	{	3 corps d'armée à	117	48	39	105 300	7 200	234
		Cavalerie de réserve	„	24	4	„	3 600	24
		Réserve d'artillerie	„	„	9	„	„	54
		Total	117	72	52	105 300	10 800	312
	Total général	343	240	164	308 700	36 000	984	

Le 11 juin 1870. — Pour être sûr de la réussite, il faut localiser la guerre, empêcher la Russie d'y prendre part. Cette dernière ne terminera son grand réseau de voies ferrées qu'en 1872; maintenant elle a d'immenses difficultés à rassembler son armée mobilisée sur ses frontières, difficultés qui, en

Nr. 10758. partie, deviennent insurmontables quand le dégel a mis fin au traînage, que
 Oesterreich- les immenses boues ne sont pas encore séchées et les fleuves et canaux pas
 Ungarn. encore livrés à la navigation, c'est-à-dire du commencement d'avril jusqu'à la
 30. Juni 1870. mi-mai. || Le carême russe ne se termine qu'à la fin d'avril; tenu strictement
 par le peuple russe, celui-ci et par suite tous les semestriers se trouvent im-
 médiatement après très affaiblis, et sans forces à soutenir de grandes fatigues. ||
 Il en résulte que difficilement avant le mois de juin, une forte armée russe
 puisse se concentrer en Pologne, ou que sa flotte apparaisse dans la Baltique
 danoise. || Si les coups décisifs des alliés sont portés au mois de mai, au plus
 tard, et si la Prusse est réduite à demander la paix, l'intervention armée de
 la Russie serait évitée. Plus on avance en été, plus le danger de cette inter-
 vention augmente; en juillet, toute l'armée russe est concentrée dans ses camps
 d'instruction, et elle supporterait, mieux que toute autre, une campagne d'au-
 tomne ou d'hiver. || La Prusse, au lieu de rappeler ses conscrits en octobre,
 ne le fait, par économie, qu'en janvier. Ce contingent n'a donc pas encore
 terminé son instruction en mars, surtout dans les provinces du nord. La mo-
 bilisation de son armée, au commencement de mars, lui serait très défava-
 vorable. || En 1866, bien que se préparant de longue main à la guerre, elle
 n'a rappelé les réserves que dans les premiers jours de mai, elle n'avait ter-
 miné ses préparatifs de guerre qu'à la mi-juin. || Un autre moment défavorable
 à mobiliser pour la Prusse, serait le mois de juillet, à cause des récoltes;
 mais ce désagrément est contrebalancé par la plus grande instruction donnée
 à toute l'armée. Une campagne d'automne serait plus avantageuse pour cette
 puissance, ses soldats soutenant admirablement les rigueurs du climat. || L'Autriche
 et l'Italie, qui appellent leurs conscrits sous les armes en octobre, n'auraient
 aucun inconvénient à entrer en campagne au printemps, si ce n'est l'état moindre
 des chevaux à acheter; mais une campagne prolongée jusqu'en hiver remplirait
 les hôpitaux de leurs malades, jusqu'à réduire l'armée en état de ne pouvoir
 livrer bataille. || La France gagnerait un contingent de 90 000 hommes, à partir
 du 1^{er} juillet; mais pour pouvoir en profiter de suite, il faudrait rappeler la
 réserve en août, ce qui retarderait la réunion des alliés jusqu'à la fin de sep-
 tembre, et pourrait faire traîner la campagne jusqu'au coeur de l'hiver, ce
 qu'il faut éviter en tout cas. Outre les rigueurs excessives du climat et le
 manque d'une population dense, dans le Brandebourg et la Poméranie, il faut
 redouter les journées courtes et les nuits très longues qui retardent les marches
 et facilitent les surprises à subir dans un pays ennemi et peut-être insurgé. ||
 Que pourrait effectuer d'ailleurs la flotte française en automne? || A la fin
 d'octobre, elle quitterait le Baltique à cause des glaces et serait réduite au
 blocus des ports de la Nordsee. || Partant du principe qu'il faut éviter, pour
 les raisons susmentionnées, et qui touchent tout aussi bien l'Autriche et l'Italie,
 une campagne d'automne ou d'hiver, il ne reste plus qu'à fixer le moment le
 plus favorable, militairement parlant, pour commencer, c'est-à-dire pour appeler
 les réserves sous les drapeaux. || Ce serait pendant la première moitié de mars,

à une époque où en France les transports de grandes masses ne seraient plus entravés par la neige et le froid. Le Rhin serait franchi vers la fin de ce mois, c'est-à-dire après la fonte des neiges et le dégel des fleuves. La réunion des alliés et le commencement de leurs opérations réunies, s'effectueraient vers la fin d'avril, et la première bataille décisive pourrait avoir lieu avant la mi-mai, donc bien avant que la Russie fût en état d'intervenir matériellement. Une prolongation même de la campagne permettrait de tirer tout le parti possible de la belle saison, de faire des marches plus rapides pendant les longues journées de juin, de gagner par suite en vitesse et en vigueur dans les mouvements.

Le 16 juin 1870. — On est convenu que les trois plans de campagne suivants seront étudiés par l'état-major à Paris, savoir:

Premier projet. — Celui que le général L. a apporté de Paris. || Réunion de 350 000 hommes (234 000 baïonnettes) sur la Sarre, pour faire une pointe sur Mayence, s'emparer de la rive gauche du Rhin; enfin passer ce fleuve entre Mayence et Genersheim, avec la majeure partie de cette armée, pour chercher à donner la main aux deux autres armées alliées en Bavière. || Réunion d'une armée intermédiaire formée de l'armée italienne, de 100 000 Français (soit 66 000 baïonnettes) et de 100 000 Autrichiens venant de la haute Autriche. Ces trois contingents opéreraient leur jonction à Memmingen, et se porteraient de là sur le Danube et le Mein (Wurtzbourg). Tout le reste de l'armée autrichienne rassemblée à Olmütz et en Bohême, destiné à marcher avec la majeure partie de ses forces en Bavière, à la rencontre des armées alliées.

Deuxième Projet. — Concerté ces derniers jours à Vienne. L'armée française, profitant de la rapidité de sa mobilisation (quinze jours), après avoir trompé l'ennemi sur le véritable point d'attaque, le repousserait de la Sarre avec un tiers, passerait avec les deux autres tiers le Rhin (le 16^e jour après celui du rappel), pour atteindre au plus vite Stuttgart et de là Nuremberg (à peine six semaines après le rappel des hommes de la réserve). || En cas de grandes forces derrière le Neckar, ou aux environs de Nuremberg, elle s'effacerait à droite et passerait le Danube, dans le premier cas en amont, dans le deuxième en aval d'Ulm et marcherait sur Ratisbonne. || L'armée autrichienne se concentrerait en Bohême, un corps d'armée au moins tout d'abord à Pilsen; un autre entre Olmütz et la Bohême et y compléterait sa mobilisation, qui ne pourra être terminée avant six semaines à partir du rappel des hommes. || L'armée italienne, se concentrant à Vérone et à Udine, y attendra le moment où l'attitude de l'Autriche lui permettra de traverser ses provinces en chemin de fer pour atteindre Ratisbonne au plus vite. || Du moment que les avant-postes français et autrichiens se seront donné la main, soit entre Egra et Werden, soit entre Ratisbonne et Schwandorf (pour le cas où l'armée française aurait dû marcher sur Ratisbonne), les opérations réunies des deux grandes armées commenceront dans la direction des plaines de la Saxe, les deux armées s'entr'aidant pour se faciliter le passage de la Bavière et de la Bohême en

Nr. 10758. Saxe. || Si les Prussiens tombaient en Bohême avant que ces opérations réunies
Osterröich- n'eussent commencé, l'armée autrichienne, évitant toute bataille décisive, cher-
Ungarn. cherait à ne pas perdre le contact et la facilité de se réunir avec la grande
30. Juni 1870. armée française.

Troisième projet. — L'armée autrichienne se réunirait en Bohême et en Moravie pour commencer isolément ses opérations vers Berlin (six semaines après le rappel des hommes). L'armée française tomberait trois semaines plus tôt en Palatinat, tandis qu'une armée secondaire descendrait la vallée de la Moselle. Arrivée avec l'armée principale à Mayence, on chercherait à passer le Rhin à Manheim, après y être relevé par un corps de l'armée secondaire. || On s'avancerait, à partir de la septième semaine après le rappel, dans l'Allemagne du midi pour y donner la main à l'armée italienne et pénétrer dans la Hesse électoral ou dans la Thuringe, et de là vers l'Elbe en amont de Magdebourg. || L'armée italienne, se concentrant d'abord sur l'Inn, aurait à combattre les Bavares et à chercher à gagner Ratisbonne.

Il est bien entendu, qu'entre ces trois projets, l'Autriche ne donnerait son consentement qu'au deuxième. || C'est le seul qui utilise suffisamment les quatre semaines qui restent entre la mobilisation terminée de l'armée française et celle des Autrichiens, et qui permette d'opérer réunies dès ce moment. || Le premier projet pourrait tenter par sa simplicité, par l'audace et par l'égalité apparente des conditions imposées à chacun des alliés. Mais il exige, en outre, l'impossible de l'Autriche, c'est de dégarnir ses provinces et sa capitale pour faire une marche de flanc à gauche, tandis que l'objectif de toutes les opérations, Berlin, se trouve droit devant elle. || La marche de flanc de l'armée française, remontant le Mein, présenterait des dangers sérieux dans un moment (sixième à septième semaine depuis l'ordre de mobilisation) où la concentration des armées prussiennes serait déjà terminée. || Ce serait une perte de temps irréparable et injustifiable. L'armée du centre, formée de trois contingents égaux, serait un expédient dangereux qui certainement réussirait bien mal, et ferait naître tout d'abord la discorde et la jalousie entre les trois armées. Le commandement en serait d'ailleurs impossible pour un général de quelque nation qu'il fût. || Agissant d'après le troisième projet, il faudrait abandonner tout espoir de réunir les deux grandes armées alliées pour une bataille décisive, et par suite d'assurer d'avance la victoire et une campagne glorieuse de courte durée. || Que faire si l'armée italienne, battue en Bavière, était forcée de se retirer derrière l'Inn et même au delà? || Que dirait-on du reste en France, si l'armée française, trouvant devant elle le gros des Prussiens, ne pouvait s'avancer que lentement après le passage du Rhin, ou même si elle était forcée de le repasser, tandis que les Autrichiens auraient peut-être la chance de battre l'armée secondaire prussienne et d'entrer seuls à Berlin?

Nr. 10759. **ÖSTERREICH.** — Beust an Andrassy. — Bericht über Oesterreichs Haltung im Jahre 1870*).

Nr. 10759.
Oesterreich.
29. April 1874.

London, 28. April 1874.

Mit dem gehorsamsten Berichte vom 24. d. Mts. Nr. 40. H. hatte ich um die Erlaubniss gebeten, unter Benützung des nächsten englischen Kuriers, welcher morgen von hier abgehen wird, Euerer Excellenz eine etwas ausführlichere Darlegung mit Bezug auf die sogenannten Enthüllungen von 1870 zu unterbreiten. Die alsbald darauf telegraphisch signalisirte Interpellation des Herrn Irany veranlasste mich, die nothwendigsten Daten mit Rücksicht auf eine eventuelle Beantwortung derselben durch mein gehorsames Schreiben vom 25. d. Mts. voranzusenden, und ich unterlasse nunmehr nicht, dieselben zu vervollständigen. || Die nachstehende Aufzeichnung hat nicht den Zweck einer persönlichen Vertheidigung, nachdem eine Rechtfertigung nicht von mir erfordert worden ist und ich in keiner Weise damit den Wunsch einer publizistischen Erörterung verbinde. Allerdings ist es die Publicität, welche in mir das Bedürfniss einer retrospectiven Feststellung entstehen liess; allein wenn ich demselben in der gegenwärtigen Form Genüge zu leisten versuche, so geschieht es einerseits, um meiner eigenen Verantwortung vollständig bewusst zu werden, andererseits, um, soviel dies von mir aus möglich ist, Euerer Excellenz den vollen Einblick in einen Abschnitt österreichischer Politik zu bieten, über den sich zu äussern Hochdieselben mehr als einmal in den Fall kommen dürften. || Ich muss dabei im Voraus wegen Zweierlei um Entschuldigung bitten. Meine Ausführungen werden wegen ihrer Länge Geduld in Anspruch nehmen, und meine Person wird vielfach in den Vordergrund treten. Beides kann ich nicht vermeiden — das erstere nicht, weil nur die Vollständigkeit des Bildes eine zutreffende Ansicht desselben gewährt, und ebenso wenig das Zweite, nicht allein, weil ich in den betreffenden Episoden als handelnd erscheine, sondern auch deshalb, weil aus meiner früheren Vergangenheit irrige Voraussetzungen stammten, die nicht ganz einflusslos geblieben sind, || Nach dieser Einleitung werden Euere Excellenz hoffentlich nicht zu sehr erschrecken, wenn ich meinen historischen Rückblick nicht mit dem 1. Juli 1870, sondern mit dem 30. Oktober 1866 beginne.

Als Seine Majestät unser allernädigster Herr mich in den Allerhöchsten Dienst zu berufen geruhten, glaubte man auf meiner Seite den Wunsch und das Bestreben einer Revanche gegen Preussen voraussetzen zu müssen, namentlich deshalb, weil der damalige Graf Bismarck mich aus dem sächsischen Staatsdienst entfernt habe. Diese letztere Kombination war schon an sich eine verfehlt; denn ich hatte am Tage, wo die Nikolsburger Friedenspräliminarien unterzeichnet wurden, dem König Johann meine Entlassung als eine

*) Nr. 10759 und 10760 sind entnommen dem Buche von Graf Beust, Aus drei-
viertel-Jahrhunderten. 2. Bd. Stuttgart 1887. Red.

Nr. 10759. gebotene bezeichnet, und da Seine Majestät die Entschliessung aus Gründen
 Oesterreich. unvergesslichen Wohlwollens verzögerten, so brüskirte ich selbst zuletzt die
 28. April 1874. dringende Entscheidung, indem ich mit Genehmigung des Königs mich zur
 Leitung der in Berlin zu pflegenden Friedensverhandlungen zwischen Sachsen
 und Preussen erbot, worauf dann die Erklärung des Grafen Bismarck, mit
 mir nicht unterhandeln zu wollen, vorausgesehenerweise erfolgte. Allerdings
 hat der Letztere nach der Besetzung Dresdens einige mich persönlich be-
 treffende Maassregeln angeordnet, die vielleicht seiner nicht ganz würdig
 waren; allein wie ich überhaupt der Ranküne nicht sehr zugänglich bin, — so
 wird man insbesondere nicht wahrgenommen haben, dass ich persönlichen Gef-
 ühlen einen Einfluss auf meine politischen Aktionen je gestattet habe. || Die
 Voraussetzung des Gegentheils jedoch bestand, und so weiss ich, dass der mir
 keineswegs übelwollende Graf Mensdorff meiner Ernennung entgegengewesen
 war, weil er meine kriegerischen Rachegefühle fürchtete. In derselben Weise
 äusserte sich gegen mich Graf Belcredi in Prag. Dass ich auf des letzteren
 Entfernung hingearbeitet habe, ist, um hier gelegentlich einen vielfach ver-
 breiteten Irrthum zu berichtigen, grundlos. Die Unvereinbarkeit unserer beider-
 seitigen Stellungen ergab sich daraus, dass, nachdem wir Beide gemeinsam
 mit den ungarischen Herren Bevollmächtigten die Grundlagen des Ausgleichs
 vereinbart hatten, ich, davon ausgehend, dass wir die Verpflichtung über-
 nommen hätten, diese Grundlagen in der anderen Reichshälfte zur verfassungs-
 mässigen Annahme zu bringen, für die Einberufung des engeren Reichsraths
 nach dem Februarpatent als den dazu allein führenden Weg mich entschied,
 während Graf Belcredi, der sich durch das Septembermanifest gegen die Land-
 tage gebunden glaubte, an der Einberufung des ausserordentlichen Reichstags
 festhielt, von dem die Nichtannahme des Ausgleichs zu erwarten stand. || Was
 ich in dem mit Allerhöchster Genehmigung an die k. k. Missionen erlassenen
 Antrittscirkulare erklärte, war die Wahrheit, dass ich nämlich weder Neigungen
 noch Abneigungen aus meiner Vergangenheit in meine neue Stellung hinüber-
 nehme. Mein einziges Programm musste sein und war, den Vortheil Oester-
 reichs wahrzunehmen, wo ich ihn erkennen würde. || Dieser objectiven Auf-
 fassung gemäss wurde auch von mir gehandelt, und man fand in Berlin keine
 Veranlassung, über mich zu klagen. Ich verwendete mich dafür, dass die auf-
 gehobenen Regiments-Inhaberschaften wiederhergestellt würden, ich leitete
 sofort die Verhandlungen wegen Erneuerung des durch den Krieg aufgehobenen
 Handelsvertrages ein und wusste der Entgegnung auf die Verlautbarung der
 süddeutschen Militärverträge, welche nichts Anderes waren als eine anticipirte
 Verletzung des Prager Friedens, eine Form zu verleihen, welche der Würde
 nichts vergab, aber den freundlichen Beziehungen zu Preussen volle Rechnung
 trug. Unserer Haltung und Vermittelung in der Luxemburger Frage wurde
 in Berlin dankende Anerkennung gezollt. Was damit geerntet wurde, war
 die Pester Depesche des Baron Werther, die dadurch zu unserer Kenntniss
 kam, dass das Berliner Kabinet deren Abschriften an seine Gesandtschaften

hatte gelangen lassen, wodurch die officiële Ablegnung der Depesche jeden Werth verlor. Die Wiener Presse verlangte laut die Abberufung Baron Werther's. Ich widerrieth jeden darauf bezüglichen Schritt. || Die Frage wird vielleicht nahe gelegt, warum man auf halbem Wege stehen geblieben, ob nicht das von Frankreich noch bedrohte Preussen damals vortheilhaft zu gewinnen gewesen wäre, nachdem das siegreiche Preussen sich Oesterreich so leicht angeschlossen hat. || Ich will nicht auf die eben erwähnte Erfahrung der Werther'schen Depesche hinweisen, deren Bedeutung in gleichzeitigen Berichterstattungen des Grafen Wimpffen eher eine Verstärkung als eine Abschwächung fand; ich will vielmehr in Kürze Dasjenige resumiren, was über diese Frage in einem Vortrage gesagt wurde, den ich Seiner Majestät kurz vor dem Zusammentritt der Delegationen im Jahre 1871 unterbreitete. || Wenn der aufrichtige Wunsch und das zweifellose Bedürfniss, dem Reiche die Fortdauer des Friedens möglichst lange zu erhalten, es thunlich machten, die Erinnerungen des kaum verflossenen Jahres 1866 durch freundlichen Verkehr zu verwischen, so hätte es dagegen einer Ueberwindung sehr begreiflicher und achtungswerther Gefühle bedurft, um einen Schritt in der eben angedeuteten Richtung weiter zu thun. Zu dieser Ueberwindung würde Seine Majestät sich dann allein entschlossen haben, wenn die politische Situation und das Interesse des Reichs einen solchen Weg vorgezeichnet hätten. Allein in diesem Falle befanden wir uns ja eben nicht. Die im ersten Rothbuch enthaltene, die Mission des Grafen Tauffkirchen betreffende Depesche dürfte die damalige Lage und die daraus erwachsende Unmöglichkeit einer Verständigung ziemlich zutreffend in den Worten gekennzeichnet haben, dass wir im glücklichen Falle gemeinsamen Sieges als Beutetheil ein Exemplar des Prager Friedens zu erwarten hätten.

In der That galt es, den durch den Prager Frieden (freilich in Folge der vor Oesterreich geheim gehaltenen Militärverträge nur ostensibel) noch selbständig gebliebenen Süden von Deutschland an Preussen zu überantworten, ein Beginnen, welches damals selbst unter einem grossen Theil unserer deutschen Bevölkerung mehr als Erstaunen hervorgerufen hätte, und zwar ohne andere mögliche Gegenleistung als einen unsicheren Wechsel auf lange Sicht für den Orient, während wir die einzige Macht, die uns dort damals wirksam unterstützen konnte, nämlich Frankreich, uns zum unversöhnlichen Feinde machten. In den Akten des Ministerium des Aeusseren muss sich aus der Zeit der Luxemburger Verwickelung im Fröhjahr 1867 eine Depesche an Fürst Metternich finden, worin eine vom Herzog von Gramont mitgetheilte Depesche beantwortet wird. Letztere bot uns die Allianz unter Offerirung von Süddeutschland oder Schlesien in ziemlich gelungener Weise an. In der Erwiderung machte ich darauf aufmerksam, dass der Kaiser mit zehn Millionen deutscher Unterthanen nicht wohl eine Allianz zu dem Zwecke einer Verminderung deutschen Landes schliessen könne. Ob ich in demselben Schriftstücke dem Gedanken Ausdruck gegeben habe, den ich — der Herzog von

Nr. 10759. Gramont spielt selbst in seiner Antwort im Jahre 1873 darauf an — gegen
 Oesterreich. letzteren mehrmals entwickelt habe, ist mir nicht genau erinnerlich, wohl aber
 28. April 1874. der Gedanke selbst. Es konnte nicht unsere Aufgabe sein, Deutschland anzugreifen, aber ebensowenig unser Beruf, es zu schützen. Das Feld, wohin unsere Interessen hinwiesen und wo alle der Monarchie angehörig Stämme ohne Abneigung kämpfen konnten, war der Orient. Eine Verständigung mit Russland war zu Anfang 1867 durch eine Revision des Pariser Vertrages versucht, aber, in Folge des Mangels allen Verständnisses dafür in Paris, fehlgeschlagen, und die zu jener Zeit in Fluss gekommene panslavistische Bewegung (Moskauer Ausstellung) brachte Russland mit jedem Tage tiefer in eine Oesterreich mehr als unfreundliche Stellung. Die Situation gestaltete sich aber infolge dessen so, dass wir im Orient Russland als Gegner uns gegenüber sahen und daher trachten mussten, dort Hand in Hand mit Frankreich zu gehen. Bei der Passivität Englands konnte dies unter Umständen zu einem Konflikt zwischen Oesterreich und Frankreich gegen Russland führen, und wenn dann Preussen in den Fall kam, auf russische Seite zu treten, dann konnte ein französischer Krieg gegen Deutschland ein solcher werden, in den wir ohne alle innere Schwierigkeiten hätten eintreten können. Dies hat der Kaiser Napoleon nie begriffen und in unglaublicher Verblendung immer Russland von Preussen zu trennen gehofft. In den Korrespondenzen des Fürsten Metternich wird man diesen ihm so verderblichen rothen Faden bis in den Juli 1870 hinein fortgesponnen finden.

Die Beziehungen zu Frankreich hatten noch vor Ende 1866 durch den raschen Abschluss eines Handelsvertrages eine äusserlich sehr freundliche Gestalt gewonnen, und an den beiden Höfen hatten die beiderseitigen Botschafter die beste Stellung. Als einen ersten Versuch zu einer Allianz hat man sich gewöhnt die Salzburger Entrevue von 1867 zu betrachten, was wiederum eine unbegründete Voraussetzung war. || Das tragische Ende des Kaisers Maximilian drohte einen tiefen Riss in die Beziehungen zu Frankreich zu bringen. Ich erlaubte mir den Rath, auch hier die Politik den Gefühlen vorausgehen zu lassen und für das Verfahren des Kaisers Napoleon, indem seine Truppen Mexiko räumten, weil die Aufnahme eines Krieges mit den vereinigten Staaten für ihn eine Unmöglichkeit war, eine nicht ganz abzuweisende Entschuldigung in den Vorgängen des Jahres 1866 zu finden, wo Oesterreich selbst in ähnlicher Lage nicht anders handeln konnte, als jetzt geschah. Ich war daher entschieden dafür, dass Seine Majestät der Kaiser die beschlossene Reise zur Pariser Ausstellung nicht aufgeben; jedoch erschien es mir unerlässlich, dass es in der Gestalt eines Gegenbesuches geschehe. Fürst Metternich vermittelte den Besuch in Salzburg, und so hatte unser erhabener Monarch wenigstens die Genugthuung, der einzige europäische Souverän zu sein, der, nicht ohne zuvor den Besuch des französischen Herrschers empfangen zu haben, die Reise nach Paris unternahm. || Euer Excellenz waren bei der Salzburger Entrevue gegenwärtig und werden selbst gewiss bei der immer wiederkehrenden Schil-

derung gelächelt haben, wonach Sie gewissermaassen mich am Rockschoß halten mussten, damit ich mich nicht blindlings in die französische Allianz stürze. Ich kann ebensowenig für mich das Verdienst besonderer Vorsicht und Sprödigkeit in Anspruch nehmen; der Kaiser Napoleon und ich standen, wenigstens in den Unterredungen, die wir pflogen, uns gegenüber wie zwei Reiter, von denen jeder fürchtet, der andere werde ihm vorschlagen, über einen tiefen Graben zu setzen. Während der Kaiser ein vier Bogen langes Mémoire des Herzogs von Gramont zurückwies und, als der Letztere replirte: „Mais il faudra le conserver“, ihn mit den Worten beschied: „Non, il faut le brûler“, ging derselbe ohne Zögern auf meine Gedanken ein und billigte eine entsprechende Aufzeichnung, welche die Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers unseres Allergnädigsten Herrn fand und von der Euere Excellenz auch damals in Ihrer Wohnung „im Schiff“ Einsicht genommen haben. Darnach hatte man sich darüber geeinigt, dass, um den durch den Prager Frieden geschaffenen Status quo zu erhalten, Oesterreich nichts Besseres zu thun habe, als seine verfassungsmässigen Zustände im Geiste eines konservativen Liberalismus zu entwickeln, während Frankreich dagegen jeden Anschein einer Einmischung in die deutschen Angelegenheiten und namentlich jede Bedrohung sorgfältig vermeiden müsse. Der übrige Theil galt der damals brennenden kretensischen Frage und möglichen Eventualitäten in Rumänien. || Der Besuch in Paris war eine lange Reihe von Huldigungen für unseren erhabenen Monarchen, und wir erreichten das, was wir allein wollten, nämlich dass Frankreich, welches in der kretensischen Angelegenheit, entgegen den Salzburger Verabredungen, sich einer Kollektiv-Erklärung von Russland, Preussen und Italien angeschlossen hatte, davon wieder zurück auf unsere und Englands Seite trat. Ein an die k. k. Missionen erlassenes Circular beruhigte über mögliche Konsequenzen des Pariser Besuches.

Das Jahr 1868 brachte auf der einen Seite Verstimmungen mit Preussen und auf der anderen accentuirtere Suggestionen Frankreichs. || Zu den ersteren gehören die Affaire der hannoveranischen Pässe, in welcher das Berliner Kabinet eine offenbar rein persönliche Ungeschicklichkeit des damaligen Polizeidirektors Strobach, der den Hietzinger Hof als massgebende Autorität behandelt hatte, in sehr übelwollender Weise zu einer Staatsaktion hinaufschraubte, und dann die Verlautbarung der Usedom'schen „Stoss-ins-Herz-Depesche“, welche ich ignorirt hatte, und worüber sehr ungeschickter Weise eine interpretirende Depesche von Berlin kam, die mir Veranlassung gab, dem Baron Werther zu sagen: „Wenn ich höre, dass Sie über mich einen schlechten Propos gehalten haben, so kann ich das ignoriren; wenn Sie aber kommen, mir zu sagen, dass es in guter Absicht geschah, so ist das eine Beleidigung; denn Sie halten mich für so dumm, es zu glauben.“ Dieser Anschauung hat auch eine Depesche Ausdruck gegeben, die nicht im Rothbuch erschien, welche aber, ich weiss nicht wie, theilweise in das „Mémorial diplomatique“ ihren Weg fand. Allein das den Delegationen in Pest im November

Nr. 10759. 1868 vorgelegte Rothbuch wurde die Zielscheibe einer ganzen Batterie preussischer Pressorgane sehr ohne hinreichenden Grund, aber in solcher Weise, dass ich den Grafen Wimpffen veranlassen musste, lieber den Grafen Bismarck nicht aufzusuchen und unerquicklichen Erörterungen aus dem Wege zu gehen, als Dinge anzuhören, die er nicht hätte anhören können, welche Weisung später als Feindseligkeit ausgebetet wurde. Ich will mich bei diesem unliebsamen Zwischenfall nicht aufhalten und nur daran erinnern, dass im gegenseitigen Einverständniss im August 1869 der Krieg zwischen officiellen und officiösen Federn eingestellt wurde, worauf meine Aufwartung bei der Königin Augusta in Baden und der Besuch des Kronprinzen von Preussen in Wien, sowie der Gegenbesuch des durchlauchtigen Erzherzogs Karl Ludwig in Berlin folgte. Seitdem kam keine weitere Irrung vor. || Es war während meines Aufenthaltes in Gastein im Juli 1868, als ich von Fürst Metternich ziemlich unverständliche Andeutungen über Vorschläge des Kaisers Napoleon erhielt. Da unser Botschafter ohnedies auf dem Punkte war, sich in Urlaub nach Johannisberg zu begeben, veranlasste ich ihn zu einem Rendez-vous in Salzburg, woselbst er mir den Gedanken des Kaisers Napoleon ausführlich entwickelte, welcher im Wesentlichen dahin ging, dass wir gemeinschaftlich eine Art Interpellation an Preussen wegen der in der letzten Zeit immer mehr hervorgetretenen Versuche einer Ueberschreitung der Mainlinie richten sollten. (Möglicher Weise ist dies der Ursprung der immer wieder auftauchenden Behauptung von einem im Jahre 1870 an Preussen zu richten gewesenen „Ultimatum“ wegen Aufrechterhaltung des Prager Friedens.) Es war mir nicht schwer, in einer Aufzeichnung, die sich bei den Akten befinden muss, nachzuweisen, dass das vorgeschlagene Verfahren das beste Mittel sein würde, der Ueberschreitung der Mainlinie in Süddeutschland Anhänger zu gewinnen. Dagegen machte ich dem Kaiser Napoleon einen anderen Vorschlag. Er solle, sagte ich, in irgend einer Form Folgendes manifestiren: Er, der Kaiser Napoleon, habe den Prager Frieden, obschon dieser allen traditionellen französischen Interessen zuwider sei, aufrichtig acceptirt, ja sogar dazu mitgewirkt. Er sei jetzt im Begriff — damals lebte noch, was wichtig ist zu konstatiren, Marschall Niel —, seiner Armee eine neue und verstärkte Organisation zu geben. Es sei offenbar das Interesse und der Wunsch der Bevölkerungen, eine Herabminderung der auf sie drückenden Militärlast zu erreichen. Er seinerseits wolle gern darin das Beispiel geben, sobald nur eine befriedigende Erklärung der preussischen Regierung über die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Prager Friedens ihn dazu in den Stand setze. Mit einer solchen Kundgebung, die leicht in die vortheilhafteste diplomatische Form gekleidet werden konnte, machte sich der Kaiser Napoleon in Frankreich wie in Europa eine vortreffliche Stellung und brachte die preussische Regierung in die Alternative, entweder eine Erklärung abzugeben, die sie nicht abgeben konnte noch wollte, oder die Agitation gegen das Militärbudget heraufzubeschwören. Wie alle guten Rathschläge blieb

aber auch dieser unbeachtet, und Kaiser Napoleon hielt sich für den Klügeren, indem er meinte: „Avec le système de la Landwehr c'était faire un marché de dupe.“ Bald darauf kamen nun die ersten Anläufe zu dem Echange d'idées et de mémoires über ein französisch-österreichisch-italienisches Bündniss, der ein ganzes Jahr währte und mit den kaiserlichen Briefen vom September 1869 seinen Abschluss fand, und bei welchem Rouher auf der einen, ich auf der anderen Seite die sprechenden Personen, Fürst Metternich, Graf Vitzthum und Graf Vimercati die Zwischenträger waren, während auf besonderen Wunsch des Kaisers der Herzog von Gramont gänzlich in Unkenntniss erhalten blieb und nur im letzten Moment Marquis Lavalette und Fürst de la Tour d'Auvergne eingeweiht wurden.

Nr. 10759.
Oesterreich.
28. April 1874.

Es liegt dieser Schriftenwechsel Eurer Excellenz vor, und ich erlaube mir nur einige Anmerkungen, theils um zu sagen, warum und wie ich auf diese Verhandlungen einging und was diesseits bei denselben vorzüglich im Auge behalten wurde. || Diese Verhandlung stellte insofern von Hause aus kein namhaftes positives Resultat in Aussicht, als kein greifbares Objekt des Bündnisses existirte; allein negativ war sie von grossem Werth. Die Gefahr, die uns bei dem uns bekannten Charakter und den Uebungen des Kaisers Napoleon vorschweben musste, war eine doppelte, dass er sich auf unsere Kosten in eine Verhandlung mit Preussen einlassen, und dass er zu unserem Schaden einen Krieg mit Preussen überstürzen werde. Wie sehr die erstere Befürchtung begründet gewesen, beweist die seitdem bekannt gewordene Verhandlung wegen Belgiens, die zweite hat der Krieg von 1870 in dem stärksten Maasse verwirklicht. Die erstere Gefahr wurde durch den Brief des Kaisers Napoleon entfernt, die zweite nicht; sie wäre es aber gewesen, wenn die beabsichtigte Vereinbarung ratifizirt wurde, dass nämlich in allen Fragen gemeinsame diplomatische Aktion einzutreten habe. Es ist gewiss keine Ueberhebung, zu behaupten, dass solchenfalls wir den Krieg von 1870 zu verhindern gewusst hätten. || Es giebt vielleicht kein schlagenderes Zeugniss dafür, dass man schon 1869 an den Krieg in Frankreich dachte, als das von dem Kaiser Napoleon selbst beliebte Abbrechen jener Verhandlung und deren Abschluss durch den kaiserlichen Brief, der für den Angriff eines Krieges freie Hand liess, während durch das beabsichtigte Abkommen diese Freiheit beschränkt und gleichwohl Oesterreich die Füglichkeit der Neutralitätserklärung vorbehalten war. Fest steht aber, was ich kurz in meinem Schreiben vom 20. d. M. hervorhob, dass irgend ein Uebereinkommen ausser dem in den kaiserlichen Briefen enthaltenen Verzicht auf Unterhandlung mit dritten Mächten nicht zu Stande kam, und dass zwar der Entwurf einer von den drei Monarchen allein zu unterzeichnenden Erklärung vorgelegen hat, allein von keinem der drei Monarchen unterzeichnet worden ist. || So kam denn wie mit Blitzesschnelle der hohenzollernsche Konflikt. Vergeblich sprachen wir, gleich anderen Mächten, beschwichtigend und mässigend in Paris, Madrid und Berlin. Telegramme und Depeschen können es bezeugen, wie dringend wir in Paris vom Kriege

Nr. 10759. abriethen. Privathriefe von meiner Seite riethen vergeblich, sich jeden Schrittes
Oesterreich. gegen Preussen zu enthalten, sondern sich nur gegen den Prätendenten und
28. April 1874. die spanische Regierung zu wenden und eine Intervention Preussens abzu-
warten; vergeblich war der dringende Rath, die Renunziation des Prinzen als
diplomatischen Sieg auszunutzen. Herzog von Gramont hat nicht beweisen können
und wird nicht beweisen können, dass vor der Kriegserklärung ein Wort gesagt oder
geschrieben wurde, das Frankreich hätte berechtigen oder nur verleiten können
zu glauben, es könne auf die bewaffnete Unterstützung Oesterreichs rechnen.

Als der Krieg einmal erklärt war, dann erst sind zwar keine bindenden
Zusicherungen, wohl aber freundliche Kundgebungen nach Paris gegangen.
Die französische Regierung zu entmuthigen, konnte ihr nichts mehr helfen,
uns aber sehr viel schaden. Heute ist es leicht, darüber abzusprechen; da-
mals aber vermochte das Niemand. Ich erinnere daran, wie die preussische
Regierung selbst Sorge trug, durch die Presse auf die Wahrscheinlichkeit
anfänglicher Niederlagen aufmerksam zu machen. Die Geneigtheit des Kaisers
Napoleon zu einem möglichst raschen Friedensschluss war uns bekannt; dass
dieser auf unsere Unkosten geschlossen worden wäre — denn unter den da-
maligen Umständen wäre schon die Ueberantwortung des südlichen Deutsch-
lands eine Niederlage für Oesterreich gewesen —, ist gewiss, und welche
Worte hätte man für den österreichischen Minister gehabt, der diesen Aus-
gang nicht vorhergesehen hätte? Dass bei dem damaligen Drange der Er-
eignisse in den betreffenden Schriftstücken, theilweise infolge persönlichen
Uebereifers der Konzipienten, manches nicht genug abgewogene Wort über-
sehen wurde, darf ich nicht leugnen; aber es sind eben nur Worte, nicht Ge-
danken und Thaten, an welche der Gramont'sche Schwindel und die journa-
listische Hetze sich hängen. Ich nenne ohne Scheu das ganze Vorgehen
Gramont's Schwindel; denn was ihn allein vor Mit- und Nachwelt entschul-
digen könnte, nämlich dass er vor der Kriegserklärung eine Allianz hatte,
kann er nie behaupten und noch weniger beweisen, und die angeblich aus
den späteren Mittheilungen geschöpfte Ueberzeugung, dass er auf österreichische
bewaffnete Unterstützung rechnen durfte, zieht ihm nur den neuen Vorwurf
zu, dass er bei solchen Dispositionen es zu keiner Allianz hatte bringen
können. Genehmigen etc.

Nr. 10760. OESTERREICH. — Graf Beust an Fürst Metternich.
— Missbilligt Gramonts Auftreten gegen Preussen
und rath zum Frieden.

Vienne, le 11. Juillet 1870.

Nr. 10760. Mon cher ami! || En observant ce qui se fait autour de Vous je me de-
Oesterreich. mande si je suis devenu imbécile que cela me passe. || Je me fais cependant
11. Juli 1870. l'effet d'avoir ma tête à moi. Examinons donc les choses de sang-froid et
arrêtons-nous à deux considérations. || Parlons d'abord de notre coopération. ||
Gramont ayant à ce qu'il parait étudié notre dossier secret parle de certaines

stipulations comme si elles avaient passé de l'état de projet à l'état de traité. || Nr. 10760. Oesterreich. 11. Juli 1870.
 D'abord elles sont restées à l'état de projet et il n'y a pas de notre faute si telle est la situation. Mais lors-même qu'elles auraient force de traité, quelle singulière application on s'imagine pouvoir en faire. On était convenu — toujours à l'état de projet — de s'entendre partout et toujours sur une action diplomatique commune. Aujourd'hui sans nous consulter, sans seulement nous prévenir, sans crier gare on va hardiment en avant, pose et resout la question de guerre à propos d'une question qui ne nous regarde en aucune façon et présume comme une chose qui s'entend qu'il nous suffit d'en être informé pour que nous mettions notre armée sur le pied de guerre et réunissions un corps d'armée assez considérable pour paralyser l'armée prussienne. || Et à l'heure qu'il est on ne nous a pas seulement dit où et comment l'armée française compte opérer. || Ensuite on nous parle du bon terrain où l'on se serait placé en abordant la question de guerre dans une question qui ne saurait intéresser ni exciter la nation allemande. || J'ai été le premier à le reconnaître au début de la discussion! Mais je vois avec un profond regret qu'à Paris on fait son possible pour changer ce bon terrain en un très-mauvais terrain et qu'on va tout droit à mettre contre soi l'esprit public en Allemagne aussi bien qu'en Espagne. || Je vous l'ai déjà dit, il fallait selon moi s'attaquer à la candidature Hohenzollern mais pas à la Prusse. Et si on voulait absolument exiger du roi Guillaume qu'il renonce à la candidature du prince Léopold et qu'il l'empêche, il fallait user de tels procédés qui l'eussent mis dans son tort en cas de refus vis-à-vis de l'Europe et d'Allemagne en particulier. || Assurément l'Allemagne toute entière ne comprendra pas qu'elle doit se battre pour la Prusse voulant à toute force introniser un Prince en Espagne; mais elle défendra ses frontières si on l'attaque, et elle comprendra tout aussi peu qu'une puissance étrangère soit dans la nécessité de lui faire la guerre, parce le Roi Chef de la Confédération du Nord sous le coup de menaces refuse d'y céder et abandonne aux Cortès espagnoles de s'arranger comme elles voudront. || Il est possible que je me trompe dans mes appréciations. Peut-être réussira-t-on par la pression soutenue par les autres puissances, je ne demande pas mieux, Vous savez que nous aussi nous y apportons notre contingent. Mais si on n'y réussit pas qu'on ne nous rende pas solidaires de toutes les mauvaises chances que je signale et qu'on fait naître.

Mille amitiés Beust.

Nr. 10761*). **FRANKREICH.** — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — Unterredung mit Herrn von Werther.

Ems, le 9 juillet 1870, 1 h. 1/2 du soir.

Le Roi me fait savoir qu'il me retiendra à diner après mon audience. Nr. 10761. Frankreich. 9. Juli 1870.
 Je ne pourrai donc vous en rendre compte que dans la soirée. J'ai reçu la

*) Die folgenden Aktenstücke bis 10768 sind entnommen aus Gramont, la France et la Prusse avant la guerre. Paris 1872. Red.

Nr. 10761. visite de M. de Werther, qui m'a été évidemment envoyé pour me pressentir, ce qui explique l'heure tardive à laquelle le Roi a décidé de me recevoir. J'ai cru devoir saisir l'occasion qui m'était offerte pour indiquer exactement la résolution que nous attendons de la sagesse du Roi, et pour montrer qu'elle doit être immédiate et nette, afin de prévenir de nouveaux incidents qui pourraient aggraver l'état actuel des choses. Je me suis exprimé avec modération, en mettant ma confiance dans les sentiments personnels de Sa Majesté. M. de Werther m'a assuré qu'il n'a de son côté rien dissimulé au Roi, mais que Sa Majesté ayant été consultée par le prince de Hohenzollern, elle n'avait pas cru pouvoir mettre obstacle à son désir d'accepter la couronne d'Espagne, et qu'il lui est maintenant bien difficile, sinon impossible, de l'inviter à y renoncer. Il est donc constant maintenant que le Roi n'a rien ignoré, et qu'il a donné son assentiment. Le langage de M. de Werther me laisse fort incertain sur le succès de la mission que vous avez bien voulu me confier.

Nr. 10762. **FRANKREICH.** — Derselbe an denselben. — Der König von Preussen will nicht die Initiative in der Thronfrage ergreifen.

Ems, 9 juillet 1870, 8 h. du soir.

Nr. 10762. Le Roi m'a fait demander à l'heure qu'il m'avait indiquée. M'inspirant des considérations développées dans votre dépêche et de celles que m'a suggérées notre entretien j'ai fait appel à la Sagesse et au coeur de Sa Majesté pour la déterminer à conseiller au prince de Hohenzollern de revenir sur son acceptation. Confirmant ce que m'avait dit M. de Werther, le Roi m'a appris qu'il avait autorisé le prince Léopold à accueillir la proposition du cabinet de Madrid; mais, comme vous l'aviez prévu, il a longement insisté sur ce point, c'est qu'il avait été saisi et qu'il était intervenu comme chef de la famille, et nullement comme souverain, et que son gouvernement était resté complètement étranger à cette négociation. J'ai fait remarquer que l'opinion ne se rendrait pas compte de cette distinction, et qu'elle ne voyait dans le prince de Hohenzollern qu'un membre de la maison régnante en Prusse. Le Roi est entré dans d'autres considérations qu'il serait trop long de vous transmettre par le télégraphe, et dont je vous rendrai compte dans un rapport. Il m'a assuré d'ailleurs qu'il s'était mis en communication avec le prince Léopold et son père pour connaître exactement la manière dont ils envisagent l'émotion provoquée par cette affaire, et régler lui-même sa conduite; il a ajouté que, s'ils étaient disposés à retirer leur acceptation, il approuverait cette résolution; qu'il attendait leur réponse, et qu'il s'expliquerait plus complètement avec moi dès qu'elle lui sera parvenue. J'ai vainement cherché à savoir à quel moment Sa Majesté recevrait cette réponse; le Roi m'a seulement dit qu'il ne pouvait traiter un point si délicat par le

télégraphe, en me donnant à entendre toutefois qu'il ne saurait tarder à connaître le sentiment des princes. || Faut-il conclure le langage que m'a tenu le Roi qu'il a résolu de se conformer à nos vœux, en laissant au prince de Hohenzollern l'initiative de sa renonciation au lieu de la lui conseiller, afin d'éviter ainsi de faire personnellement une concession qui pourrait être sévèrement appréciée en Allemagne; ou bien que veut-il que gagner du temps pour prendre, avant nous, les dispositions militaires, et laisser en même temps approcher la convocation des Cortès, afin de soutenir ensuite qu'il convient d'attendre le vote de cette assemblée? En ne considérant que son attitude, et ce que j'ai recueilli dans son entourage, j'inclinerais peut-être à apprécier comme plus vraisemblable la première de ces deux hypothèses, si nous n'étions autorisés à nous montrer incrédules, ou au moins défiants. || Si la réponse du Roi eût été simplement évasive, je ne me serais pas retiré sans le constater respectueusement; mais je ne pouvais rien objecter au désir de Sa Majesté de se concerter avec les princes de Hohenzollern avant de me faire connaître sa résolution, au moment surtout où elle me donnait l'assurance qu'elle ne tarderait pas à me mettre à même de vous en instruire. || Je reçois votre dépêche en date aujourd'hui, deux heures; je m'y conformerai.

Nr. 10762.
Frankreich.
9. Juli 1870.

Nr. 10763. **FRANKREICH.** — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — Unterredung mit Herrn von Werther.

Ems, le 10 juillet 1870, 8 h. du soir.

J'avais déjà expédié mon dernier télégramme quand j'ai reçu ceux que vous m'avez adressés aujourd'hui à une heure vingt et une heure vingt-cinq. J'ai d'avance satisfait à vos ordres en vous envoyant le rapport que je vous ai annoncé, et qui arrivera demain à Paris, par la poste, avec le train de dix heures un quart du matin. Vous jugerez sans doute que ce rapport, rendant compte d'un entretien avec un souverain, ne peut être lu en entière devant la Chambre, et qu'il est préférable d'en communiquer le sens ou des extraits. Je n'ai du reste pas un mot à y retrancher, surtout en ce qui concerne la connaissance que le Roi a eue des propositions faites par le gouvernement espagnol au prince de Hohenzollern, et l'assentiment qu'il a donné à son acceptation, en lui déclarant qu'il ne croyait pas devoir y mettre obstacle. || M. de Werther vient de me faire espérer que le Roi pourrait me demander demain de reprendre notre entretien. Sa Majesté a reçu aujourd'hui des dépêches du prince Antoine de Hohenzollern; le prince Léopold n'étant pas auprès de son père, les informations parvenues à Sa Majesté sont encore incomplètes ou insuffisantes. Vous me permettrez d'ajouter qu'à mon sens, la guerre deviendrait inévitable si nous commençons ostensiblement des préparatifs militaires.

Nr. 10763.
Frankreich.
10. Juli 1870.

Nr. 10764. FRANKREICH. — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — Unterredung mit dem König.

Ems, le 10 juillet 1870, 11 h. 30 du soir,
partie du bureau télégraphique d'Ems à 11 h. 58
du soir, arrivée à Paris le lendemain 11 juillet
à 7 h. 1/2 du matin.

Nr. 10764.
Frankreich.
10. Juli 1870. Je viens de rencontrer le Roi. Sa Majesté m'a arrêté pour me dire qu'elle n'avait aucune réponse du prince Léopold, qui n'a pas encore rejoint son père. Je lui ai répondu que nous touchions au moment où le gouvernement de l'Empereur ne pourrait plus ajourner les explications qu'il doit au Chambres et au pays. Je lui ai demandé la permission de lui exposer les nécessités de notre situation. Il me recevra demain matin. J'avais, un moment auparavant, développé à M. de Werther les considérations qui nous obligent à rompre le silence et les dangers d'un si long retard; il m'a promis de rendre compte au Roi de notre entretien. || Si vous prenez la parole à la Chambre, veuillez dire, en quelques mots, que j'ai plusieurs fois signalé les démarches faites pour assurer le succès de la candidature du prince de Hohenzollern, candidature qui avait été abandonnée et à laquelle on est subitement revenue en dernier lieu. Le Constitutionnel se réunissant aux journaux de l'opposition pour m'attaquer, vous ne trouverez pas, j'espère, ma suggestion déplacée.

Nr. 10765. FRANKREICH. — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — König Wilhelm weigert sich, den Prinzen Leopold zum Rücktritt von der Kandidatur zu bewegen.

Ems, 11. Juli 1870.

Nr. 10765.
Frankreich.
11. Juli 1870. Je quitte le roi (une heure un quart de l'après-midi). Durant une audience que j'ai prolongée pendant une heure, j'ai invoqué tous les arguments imaginables pour déterminer Sa Majesté à me permettre de vous annoncer qu'elle invitera le prince de Hohenzollern à renoncer à la couronne d'Espagne, sans lui cacher cependant que je considérais ce conseil comme un ordre. Le roi s'y est refusé, me déclarant, qu'il devait laisser à son parent la plus entière liberté, après comme avant son acceptation. Restant sur le terrain, où il s'est placé, le roi a prétendu qu'il sortirait du rôle d'abstention qu'il s'est tracé depuis l'origine en déférant à la demande, et il m'a donné constamment à entendre que l'initiative de la renonciation devait venir du prince Léopold, qui a pris l'initiative de l'acceptation. J'ai combattu cette manière de voir, en représentant au roi nos nécessités intérieures. Je lui ai parlé de la défiance et de l'irritation des esprits en France, de l'obligation où nous sommes de donner publiquement des explications attendues avec impatience, des dangers nouveaux que créait chaque heure de retard, de la gloire qu'il recueillerait

personnellement en interposant son autorité pour prévenir des terribles calamités. Sa Majesté a maintenu sa résolution. Après me l'avoir plusieurs fois demandé dans le cours de l'audience, le roi, avant d'y mettre fin, m'a vivement engagé à vous télégraphier en son nom, qu'il croyait recevoir ce soir ou demain une communication du prince Léopold, qui a dû rejoindre son père à Sigmaringen, et qu'il s'empresserait de me donner une réponse définitive. Vous jugerez de l'importance qu'il faut donner à cette déclaration du roi, et de la mesure dans laquelle il peut nous convenir d'en tenir compte. || Pendant que j'insistais sur la nécessité d'adopter une prompte résolution, il a échappé au roi de me dire: „Je n'ignore pas les préparatifs qui se font à Paris, et je ne dois pas vous cacher que je prends mes précautions pour ne pas être surpris.“ Sa Majesté a cherché ensuite à atténuer la portée de ces paroles. || Je n'ai pas fait usage des informations qui vous sont parvenues de Madrid. Vous savez déjà que le roi prétend que nous sommes uniquement fondés à demander au gouvernement espagnol de revenir lui-même sur la combinaison qu'il a conçue, et Sa Majesté n'aurait pas manqué de prendre prétexte de ce que je lui aurais dit pour insister dans ce sens. || Votre dernier télégramme est daté de cette nuit, à une heure.

Nr. 10765.
Frankreich.
11. Juli 1870.

Nr. 10766. FRANKREICH. — Napoleon an den Herzog von Gramont. — Instruktionen zur Verhandlung mit Preussen.

Palais de Saint-Cloud, le 12 juillet 1870.

Mon cher duc, en réfléchissant à nos conversations d'aujourd'hui, et en relisant la dépêche du prince Antoine, je vois qu'il faut se borner à accentuer davantage la dépêche que vous avez dû envoyer à Benedetti en faisant ressortir les points suivants:

Nr. 10766.
Frankreich.
12. Juli 1870.

1. Nous avons eu affaire à la Prusse et non à l'Espagne; || 2. la dépêche du prince Antoine adressée à Prim est un document non officiel pour nous, que personne n'a été chargé en droit de nous communiquer; || 3. le prince Léopold a accepté la candidature au trône d'Espagne, et c'est le père qui renonce; || 4. il faut donc que Benedetti insiste, comme il en a ordre, pour avoir une réponse catégorique par laquelle le roi s'engagerait, pour l'avenir, à ne pas permettre au prince Léopold (qui n'est pas engagé) de suivre l'exemple de son frère, et de partir un beau jour pour l'Espagne; || 5. tant que nous n'aurons pas une communication officielle d'Ems, nous ne sommes pas censés avoir eu de réponse à nos justes demandes; || 6. tant que nous n'aurons pas cette réponse, nous continuerons nos armements; || 7. il est donc impossible de faire une communication aux chambres avant d'être mieux renseignés.

Recevez, mon cher duc, l'assurance de ma sincère amitié.

Napoléon.

Nr. 10767. FRANKREICH. — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — Erwartet, vom Könige zur Audienz berufen zu werden.

Ems, le 13 juillet, 1. h. 05 du soir.

Nr. 10767.
Frankreich.
13. Juli 1870. Je reçois à dix heures et demi et après vous avoir expédié encore mon dernier télégramme, celui que vous m'avez adressé cette nuit à 11 h. 45. J'attends que le roi me fasse demander pour me donner connaissance du message du prince Hohenzollern qui devrait arriver d'un instant à l'autre. Je profiterai de cette occasion pour insister sur ce que j'ai dit ce matin au roi et me conformer de nouveau aux ordres de l'Empereur. || On dit dans l'entourage du roi que M. de Bismarck s'étant trouvé très-fatigué en traversant Berlin, s'y est arrêté et qu'il n'arrivera pas aujourd'hui. || Veuillez, autant que possible, en m'expédiant vos télégrammes, m'accuser réception des miens.

Nr. 10768. FRANKREICH. — Herzog von Gramont an den franz. Botschafter in London. — Verhältniss Preussens zu Frankreich seit 1865.

Paris, le 27 juillet 1870.

Nr. 10768.
Frankreich.
27. Juli 1870. Monsieur le marquis, l'opinion publique à déjà fait justice de la manoeuvre de ceux qui ont livré à la publicité le prétendu projet de traité négocié à Berlin entre la Prusse et nous. Le document porte, dans sa forme même, l'empreinte de son origine et le fond ne pouvait tromper personne. Tous les hommes d'État qui ont suivi la politique européenne depuis l'avènement de M. de Bismarck au pouvoir savent de quel côté sont venues les suggestions qu'il nous attribue aujourd'hui. Je pourrais, s'il était nécessaire, retrouver dans la correspondance de mes prédécesseurs les nombreuses traces de ses efforts pour nous rallier à ses plans, en éveillant chez nous le désir d'agrandissements territoriaux. Dès l'année 1865, il essayait de diriger de ce côté la pensée de notre chargé d'affaires à Berlin, M. Lefèvre de Béhaine, en lui disant que la Prusse reconnaîtrait volontiers à la France le droit de s'étendre éventuellement partout où l'on parle français dans le monde, désignant clairement certains cantons de la Suisse aussi bien que de la Belgique. || Le gouvernement de l'Empereur est demeuré sourd à ces excitations et l'année suivante, au lendemain de la bataille de Sadowa, M. de Bismarck désirant assurer les conquêtes de la Prusse par une alliance avec nous, exprimait encore la même pensée à M. de Béhaine, qui se trouvait au quartier général à Brünn en l'absence de M. Benedetti en ce moment à Vienne. Je vous envoie ci-joint un extrait de la dépêche où ces informations sont consignées, afin que vous puissiez vous rendre compte de la spontanéité des ouvertures du ministre prussien. „Votre situation est bien simple, disait-il, il faut trouver le roi des Belges, lui dire que les inévitables agrandissements politiques et territoriaux de la Prusse vous paraissent inquiétants, qu'il n'y a guère qu'un moyen pour

vous de parer à des éventualités dangereuses et de rétablir l'équilibre dans des conditions rassurantes pour l'Europe et pour nous. Ce moyen, c'est d'unir les destinées de la Belgique aux vôtres par des liens si étroits que cette monarchie, dont l'autonomie serait d'ailleurs respectée, devienne au nord le véritable boulevard de la France, rentrée dans l'exercice de ses droits naturels.“ || M. Benedetti lui-même a reçu à plusieurs reprises, de M. de Bismarck, des ouvertures semblables. Rapportant le 26 juillet 1866, une conversation dans laquelle il avait examiné avec le président du conseil des ministres du roi Guillaume les modifications territoriales qui devaient être la conséquence de la victoire de la Prusse, notre ambassadeur écrivait: „Je n'apprendrai rien de nouveau à Votre Excellence en lui annonçant que M. de Bismarck est d'avis que nous devrions chercher un équivalent en Belgique et qu'il m'a offert de s'en entendre avec nous.“ || Le gouvernement de l'Empereur déclina encore une fois les pourparlers dans lesquels le ministre prussien cherchait à l'entraîner, et lorsqu'en présence des annexions qui s'opéraient en Allemagne au profit de la Prusse, le cabinet français parla un moment de garanties pour notre frontière, nous nous refusâmes expressément à introduire dans cet échange d'idées le nom de la Belgique. Il nous eût été facile à cette époque, si nous eussions nourri des projets semblables à ceux qu'on nous prête, d'obtenir pour les réaliser le concours de la Prusse, toute disposée à nous offrir son alliance sous la seule condition que nous ne mettrions pas obstacle à l'accomplissement des plans ambitieux qu'elle poursuivait elle-même. || Lors des négociations relatives à la forteresse Luxembourg, les mêmes insinuations ont pu nous être faites de nouveau; nous ne les avons accueillies, en tout cas, qu'avec une répugnance marquée, et quelle que soit la forme sous laquelle elles ont été produites, il est certain que l'Empereur les a catégoriquement repoussées. Je vous prie de ne laisser subsister aucun doute à cet égard dans l'esprit du gouvernement anglais, et de bien lui faire savoir que l'initiative des suggestions relatives à la Belgique appartient tout entière au cabinet de Berlin.

Nr. 10768.
Frankreich.
27. Juli 1870.

Nr. 10769. HOHENZOLLERN. — Mittheilungen über die spanische Thronfrage*).

(1. März 1870.) Aus der Heimath gehen dem Fürsten weltbewegende Nachrichten zu: Don Salazar ist wiederum vom General Prim nach Deutschland entsandt worden, diesmal aber direkt nach Berlin. Er überbringt dem Könige von Preussen, dem Erbprinzen von Hohenzollern und dem Grafen Bismarck Briefe der spanischen Regentschaft, in denen die eindringliche Bitte ausgesprochen wird, dass Erbprinz Leopold die Krone Spaniens annehmen möge. || Der Fürst und der Erbprinz von Hohenzollern sind der Ansicht, dass

Nr. 10769.
Hohen-
zollern.

*) Entnommen dem Buche: Aus dem Leben König Karls von Rumänien. 2. Bd. Stuttgart, Cotta, 1894.

Nr. 10769.
Hohen-
zollern.

das Anerbieten abzulehnen sei; besonders der Erbprinz fühlt eine fast unüberwindliche Abneigung dagegen, und auch der Fürst ist nur dann geneigt, die Sache in ernstliche Erwägung zu ziehen, wenn ein höheres Staatsinteresse es erheischen sollte. — — —

(2. März.) Fürst Karl erfährt, dass sein Bruder, der Erbprinz Leopold, sich nach Berlin begeben hat, wohin in einigen Tagen sein Vater ihm folgen wird. Dann soll die spanische Frage endgültig entschieden werden, da Don Salazar nicht länger zuwarten kann. — — || Graf Bismarck plaidirt mit grosser Wärme für die Annahme der Krone durch den Erbprinzen; er hebt in einer Denkschrift an König Wilhelm die grosse Bedeutung hervor, welche die Berufung eines Hohenzollernprinzen auf den spanischen Thron für Deutschland haben würde: politisch unschätzbar würde es sein, im Rücken Frankreichs ein freundlich gesinntes Land zu haben, und auch wirthschaftlich würde es für Deutschland wie für Spanien selbst die grössten Vortheile nach sich ziehen, wenn dieses entschieden monarchisch gesinnte Land unter einem König aus deutschem Stamme seine Hülfquellen zur Entwicklung brächte und sein Handel sich auf die Höhe höbe, die der Ausdehnung seiner hafenreichen Küsten entspräche. || Erbprinz Leopold vermag sich aber nicht über das Bedenken hinwegzusetzen, dass so viele Zweige der entthronten Königsfamilie ihre Ansprüche auf die ihm angetragene Krone noch geltend machen. || Auch König Wilhelm theilt die Auffassung seines Ministers nicht und spricht die schwersten Bedenken gegen die Annahme aus; die Entscheidung selbst überlässt er aber einzig und allein dem Erbprinzen, den er in keiner Richtung zu beeinflussen wünscht. || Der Kronprinz warnt den Erbprinzen, sich darauf zu verlassen, dass die preussische Regierung, wenn sie auch jetzt, vielleicht zur Erreichung eines bestimmten Zweckes, auf dieses Projekt einginge, ihm später ihre Unterstützung wirklich gewähren würde. —

(15. März.) In Berlin findet im Schlosse eine Berathung statt, bei welcher Graf Bismarck von Neuem mit grosser Wärme für die Annahme der spanischen Krone durch den Erbprinzen Leopold eintritt. Kronprinz Friedrich Wilhelm sieht dagegen viele Schwierigkeiten voraus und hält die Lage in Spanien für sehr unsicher.

(16. März.) Erbprinz Leopold erklärt dem Chef seines Hauses, dass er die Krone ablehnen müsse. — || Graf Bismarck besteht darauf, dass die Hohenzollern die spanische Kandidatur nicht fallen lassen dürften; so telegraphirt denn Fürst Karl Anton seinem dritten Sohne, dem Prinzen Friedrich, dass er seine italienische Reise abbrechen und nach Berlin zurückkehren solle, da nach der Ablehnung seines Bruders die Entscheidung nunmehr an ihn herantrete. —

Fürst Karl Anton berichtet seinem Sohne über die spanische Angelegenheit:
Berlin, 20. März.

Ich bin seit vierzehn Tagen in höchst wichtigen Familienangelegenheiten hier; es handelt sich um nichts geringeres, als um Annahme oder Ablehnung

der spanischen Krone für Leopold, welche, allerdings unter dem Siegel eines europäischen Staatsgeheimnisses, von der spanischen Regierung offiziell angeboten worden ist. || Diese Frage präoccupirt hier sehr. Bismarck wünscht die Annahme aus dynastischen und politischen Gründen, der König aber nur dann, wenn Leopold dem Rufe gern folgt. Am 15. war hier eine sehr interessante und wichtige Berathung unter Vorsitz des Königs, bei welcher der Kronprinz, wir beide, Bismarck, Roon, Moltke, Schleinitz, Thile und Delbrück zugegen waren. Der einstimmige Beschluss der Rathgeber lautet auf Annahme, weil dieselbe eine preussische, patriotische Pflichterfüllung sei. Aus vielen Gründen, nach schweren Kämpfen, hat Leopold abgelehnt. Da nun aber in Spanien avant tout ein katholischer Hohenzoller gewünscht wird, so habe ich Fritz im Falle seines Einverständnisses vorgeschlagen. Derselbe ist augenblicklich zwischen Nizza und Paris, und der Telegraph hat ihn nicht erreichen und auffinden können. Dies wird übrigens in Kurzem der Fall sein, und ich hoffe, dass er sich dann dazu bestimmen lassen wird. || Doch ist alles erst im Werden, und das Geheimniss muss vorläufig gewahrt bleiben. || Deiner lieben Mutter wird es einen ungeheuren Kampf kosten; allein sie wird schliesslich nicht in den Gang der Weltgeschichte eingreifen wollen. Auch dieses sind ja unbegreifliche Fügungen der Vorsehung. || Ohne die sichere Gelegenheit, von der ich heute erst erfahren habe, hätte ich es Dir nicht schreiben können. || Don Salazar, den Du auf der Weilburg gesehen hast, war mit Schreiben von Prim nach Berlin gekommen; er ist wieder zurückgereist, weil es sonst hätte bekannt werden können, dass ein spanischer Abgeordneter hier ist, der viel mit Bismarck verkehrt u. s. w. || Auch für Deine politische Stellung ist die Lösung der spanischen Frage nicht gleichgültig. — —

Nr. 10769.
Hohen-
zollern.

(1. April.) Fürst Karl Anton schreibt seinem Sohne: Dein Bruder hat so wenig Ehrgeiz, dass ich nicht mehr an die Reussite der Thronkandidatur glaube; doch ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der König will nicht befehlen, Fritz aber will ohne Befehl sich nicht dazu entschliessen.

(1. April.) Fürst Karl schreibt seinem Vater: Ich wusste schon seit längerer Zeit, dass man in Spanien von neuem die Kandidatur eines katholischen Hohenzollern ins Auge gefasst hat. Strat schrieb mir den 12. v. M.: Je crois de mon devoir de signaler à V. A. comme une chose particulièrement flatteuse, et pour V. A. et pour notre pays, que la lettre du Régent d'Espagne en réponse à la notification du mariage de V. A. m'a été remise par l'Ambassadeur d'Espagne en personne qui contrairement à tous les usages, est venu hier me faire visite lui-même . . . Cette politesse outrée n'est pas tout à fait étrangère à certains bruits qui circulent de nouveau depuis quelques semaines, et qui attribuent aux hommes qui sont actuellement les maîtres des destinées de l'Espagne, l'intention de remettre sur le tapis la question d'offrir la couronne d'Espagne au prince Léopold. || Ich hoffe noch immer, dass Leopold sein letztes Wort in der spanischen Angelegenheit nicht gesagt hat. Aus Unterredungen, die ich mit Fritz gehabt habe, und nach dem, wie ich ihn kenne, schliesse

Nr. 10769.
Hohen-
zollern.

ich mit ziemlicher Bestimmtheit darauf, dass er eine derartige Aufgabe nicht wird auf sich nehmen wollen. Der Verstand dazu würde ihm keineswegs fehlen, wohl aber Erfahrung und Menschenkenntniss. — Gut berathen, würde er gewiss dieser grossen Mission gewachsen sein. Im Falle der Annahme der spanischen Krone müssten entschieden einige Bedingungen gestellt werden.

(3. April.) Aus Berlin erfährt der Fürst, dass Graf Bismarck die Annahme der spanischen Krone durch einen Prinzen von Hohenzollern wiederholt und mit grösster Entschiedenheit für eine politische Nothwendigkeit erklärt hat. || Fürst Karl Anton hat drei Bedingungen gestellt: || 1. Zweidrittel-Dreiviertelmajorität bei der Wahl seines Sohnes durch die Cortes. || 2. Sicherheit gegen den Staatsbankrott. || 3. Vorherige Durchführung aller antiklerikale Gesetze. — || Lothar Bucher und Major v. Versen, vom preussischen Generalstabe, werden nach Spanien geschickt, um dort die Lage zu studiren. —

(22. April.) Es war abermals die einer nahen Entscheidung zutreibende spanische Frage, die mich hierhergeführt hatte. — Nachdem Leopold aus gewichtigen Gründen hatte ablehnen müssen, war die Kandidatur von Fritz ernstliche Aussicht genommen. Die Entscheidung stand bevor, denn aus Madrid drängte man; da erklärt Dein Bruder auf das Entschiedenste, dass er die Aufgabe nicht übernehmen könne! Man muss die Sache also fallen lassen, ein grosser historischer Moment für das Haus Hohenzollern ist verloren gegangen. Ein Moment, wie er noch niemals dagewesen, wohl niemals mehr wiederkehren wird! Hätte der König in der letzten Stunde befohlen, so würde Fritz gehorcht haben; da er ihm aber freie Entschliessung anheimgestellt hat, so laus seine Entscheidung auf Nichtannahme! || Hiermit wäre diese Sache abgethan und die interessanten Verhandlungen können bei den Akten ruhig schlafen bis in ferner Zukunft einmal ein Historiker die Geschichte unseres Hauses schreiben wird. —

Brief des Fürsten Karl Anton vom 26. Mai.

Neues, das Dir nicht aus den Zeitungen bekannt wäre, giebt es wenig. Bismarck ist sehr unzufrieden mit dem Fehlschlagen der spanischen Kombination. Er hat nicht Unrecht! Doch ist die Sache noch nicht vollständig aufgehoben! Sie hängt noch an einigen schwachen Fäden, die aber wie Spinnweben sind!

(Anfang Juni.) Fürst Karl erfährt, dass sein Bruder, der Erbprinz Leopold, neuerdings nicht mehr auf dem früheren rein ablehnenden Standpunkt zur spanischen Thronfrage steht, sondern sich mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, unter ganz bestimmten Bedingungen die Krone anzunehmen. I seit dem ersten Auftauchen der Frage verflossene Zeit hat den Erbprinzen gelehrt, die schwierige, kaum einen Ausweg freilassende Frage richtiger würdigen, in welche das spanische Volk durch die endgültige Beseitigung der Kandidatur Hohenzollern versetzt werden würde; er scheut vor der ungeheuren Verantwortung zurück, seine Mitwirkung einem grossen Volke zu versagen.

das nach langem Siechthum eine mannhafte Anstrengung gemacht hat, um seine nationale Kultur auf eine höhere Stufe zu heben! — Von dieser Sinnesänderung hat Fürst Karl Anton den preussischen Kronprinzen brieflich in Kenntniss gesetzt und ihm anheimgestellt, auch den Grafen Bismarck zu benachrichtigen. || Graf Bismarck hat in Folge dessen an den Fürsten von Hohenzollern ein Schreiben gerichtet, worin er darauf dringt, dass die spanische Frage wieder aufgenommen werde. Er räth dem Fürsten Karl Anton, ungesäumt auf den Erbprinzen einzuwirken, dass dieser sich aller Bedenken entschlage und im Interesse Deutschlands sich für die Annahme der spanischen Krone entscheide. || Uebrigens hat General Prim die vom Fürsten Karl Anton telegraphisch an Geheimrath Bucher übersandte Ablehnung nicht angenommen, sondern seine Hoffnungen aufrecht erhalten. || Geheimrath Bucher und Major v. Versen haben sehr zufriedenstellende Berichte über die Aussichten der Kandidatur Hohenzollern in den Cortes und im Lande zurückgebracht; man hat sie in Spanien ausserordentlich herzlich aufgenommen. — König Wilhelm meint, dass sie ihre Berichte durch die ihnen erwiesenen grossen Aufmerksamkeiten unwillkürlich hätten rosiger färben lassen, als es sonst der Fall gewesen sein würde. —

(4. Juni.) Der Erbprinz von Hohenzollern hat sich bereit erklärt, die spanische Krone anzunehmen, da ihm von der berufensten Seite vorgestellt worden ist, dass das Staatsinteresse dies erheische! — Er hat sich entschlossen, alle persönlichen Bedenken fallen zu lassen und sich der höheren Nothwendigkeit zu fügen; in diesem Sinne hat er dem König von Preussen geschrieben: er nehme die ihm angetragene Krone an, da er hoffen dürfe, seinem Vaterlande hierdurch einen grossen Dienst zu erweisen. — König Wilhelm hat ihm sogleich geantwortet, dass er mit seinem Vorhaben einverstanden sei. —

(29. Juni.) Fürst Karl kehrt nach Cotroceni zurück; hier erwarten ihn Nachrichten, die ihn in nicht geringe Erregung versetzen: die europäische Presse hat angefangen, von der Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold zu sprechen! —

Am 23. Juni ist Don Salazar nach Madrid zurückgereist, um der spanischen Regentschaft zu melden, dass Prinz Leopold von Hohenzollern bereit sei, die Krone anzunehmen. || Auch der Erbprinz persönlich hat das vom General Prim im Februar an ihn gerichtete Schreiben nunmehr im bejahenden Sinne beantwortet. || Ein Missverständniss bei der Deciffirung einer von Berlin nach Madrid geschickten Depesche, welche das Datum der Rückkehr Don Salazars mittheilte, hat zur Folge gehabt, dass die Cortes, welche versammelt bleiben sollten, um sogleich die Wahl vorzunehmen, am 24. Juni geschlossen und bis zum 31. Oktober vertagt worden sind. — So ist durch einen Zufall Alles wieder in Frage gestellt! Die Wahl wird nun erst im Spätherbst stattfinden können, und das Ausland hat vollauf Zeit, in Spanien gegen die Kandidatur Hohenzollern zu intriguiren und zu wählen! —

Nr. 10769.
Hohen-
zollern.

(5. Juli.) Der Botschafter Freiherr v. Werther ist aus Paris nach Ems zum König von Preussen abgereist. — Bismarck bittet den letzteren telegraphisch, sich eine möglichst kühle Auffassung der Lage zu wahren.

(6. Juli.) König Wilhelm schreibt dem Fürsten Karl Anton, dass er nicht begreife, warum General Prim, noch ehe die Cortes befragt seien, dem französischen Botschafter Mittheilung von der Zusage des Erbprinzen gemacht habe. — Der König hält es für möglich, dass die französische Erregung sich noch wieder lege, bedauert es aber, dass man der früher geäußerten Meinung des Fürsten von Hohenzollern, man müsse sich der Zustimmung Frankreichs versichern, keine Folge gegeben habe, weil General Prim die Geheimhaltung gewünscht und Graf Bismarck geltend gemacht habe, dass jede Nation sich ihren König wählen dürfe, ohne andere zu befragen. —

(10. Juli.) König Wilhelm sendet dem Fürsten von Hohenzollern den Oberst Strantz, damit dieser ihm zur Klarlegung der Lage von allen ausgetauschten Noten Mittheilung mache; ausserdem hat er demselben einen Brief für den Fürsten mitgegeben, worin er schreibt, dass Frankreich augenscheinlich den Krieg wolle, und dass, falls Fürst Karl Anton den Rücktritt des Erbprinzen von der spanischen Kandidatur beschliessen sollte, er, als Chef des Hauses, jetzt ebenso damit einverstanden wäre, wie er vor einigen Wochen zur Annahme sein „Einverstanden“ ausgesprochen hätte.

(12. Juli.) Der Erbprinz von Hohenzollern hat offiziell seine Kandidatur zurückgezogen, um Frankreich jeden Vorwand zum Kriege gegen Deutschland zu nehmen. Fürst Karl Anton hat heute Mittag dem spanischen Botschafter in Paris, Olozaga, den Wortlaut der Depesche, die er an den Marschall Prim gerichtet hat, telegraphisch mitgetheilt. — Der Erbprinz ist im bairischen Gebirge auf einer Fusstour und ahnt noch nicht, welche Bewegung in Europa ausgebrochen ist; so hat sein Vater für ihn handeln müssen.

Brief des Fürsten Karl Anton vom 10. August.

Deinen Strat (diplomatischer Agent in Paris) muss ich entschieden in Schutz nehmen; denn er hat sich als einen anhänglichen und treuen Diener Deiner Person und sonach auch Deiner Familie gezeigt. || Er kam nach Sigmaringen in dem Moment der höchsten Exasperation der französischen Regierung. Von ihm erfuhr ich die wahrhafte Stimmung und Absicht in Paris — er trug dazu bei, dass ich die Renunziation Leopolds vielleicht vierundzwanzig Stunden früher bekannt machte, als es ohne seinen dringenden Rath geschehen wäre. Dadurch, dass ich im richtigen Augenblick den französischen Kriegsvorwand durch die Veröffentlichung der Entsagung neutralisirt habe, ist vielleicht der preussisch-französische Krieg populär, d. h. ein deutscher Krieg geworden. Durch einige Verzögerung meinerseits hätte der Krieg eine dynastische Färbung bekommen, und ganz Süddeutschland hätte Preussen im Stich gelassen. Ich bitte daher, Strat nicht zu tadeln, sondern seiner guten Absichten wegen um so mehr zu loben, als ihm bewusst war, dass Deine Gegner

in Rumänien den Krieg herbeigewünscht haben, um Dich zu stürzen. Strat
wollte daher den Krieg à tout prix vermieden wissen; denn auch er, wie Nie-
mand in ganz Frankreich, hatte nicht die entfernteste Ahnung von der ekra-
santen Superiorität unserer Waffen.

Nr. 10769.
Hohen-
zollern.

Nr. 10770*). **FRANKREICH.** — Kaiser Napoleon an den Herzog
von Gramont. — Ueber die Rückberufung der
französischen Brigade aus Civita-Vecchia.

Palais de Saint-Cloud, 15 juillet 1870.

Mon cher duc, — La guerre qui va commencer est trop sérieuse pour
que nous ne rassemblions pas toutes nos forces. Il est donc indispensable de
rappeler la brigade de Civita-Vecchia. Mais avant de le faire, il faut avertir
et demander en même tems (sic) des garanties pour la frontière.

Nr. 10770.
Frankreich.
15. Juli 1870.

Napoléon.

Nr. 10771. **ITALIEN.** — König Viktor Emanuel an Kaiser Na-
poleon. — Ueber die Haltung Oesterreichs und die
römische Frage.

Florence, 17 juillet, 11 h. soir.

Sire, — Le retard de ma réponse à vos deux dépêches vient de ce que
j'étais en voyage pour Florence. || Je désire de tout mon coeur être agréable
à Votre Majesté, tout en cherchant le véritable intérêt de la nation italienne.

Nr. 10771.
Italien.
17. Juli 1870.

Je désirerais savoir quelles sont les dispositions de l'Autriche et s'il y
a déjà des engagements de sa part. || J'attends l'arrivée de Vimercati, pour
les détails, et j'écrirai une lettre à Votre Majesté, sur l'affaire de Rome.
Mon amitié, Sire, ne vous fera jamais défaut.

Victor-Emmanuel.

Nr. 10772. **FRANKREICH.** — Herzog von Gramont an den Grafen
Beust. — Haltung der deutschen Mittelstaaten und
Oesterreichs.

Paris, 19. Juli 1870.

Mon cher comte, le prince de La Tour d'Auvergne doit partir ce soir;
mais je crains qu'il ne mette plusieurs jours à se rendre à Vienne, attendu
qu'il sera obligé de passer par l'Italie et que sa santé chancelante l'oblige à
garder des ménagements. Ces retards me contrarient d'autant plus que la
rapidité de nos décisions est, à mon avis, un grand élément de succès dans
les circonstances présentes. || Au moment, où je vous écris, je suis encore in-
certain de ce qui se passe en Bavière; la Chambre paraît favorable à la neu-

Nr. 10772.
Frankreich.
19. Juli 1870.

*) Die folgenden Aktenstücke bis 10732 entstammen dem Archiv des Herzogs
von Gramont und sind im „Figaro“ 20. März publizirt. Red.

Nr. 10772.
Frankreich.
19. Juli 1870.

tralité; mais le comte de Bray déclare à Cadore, en le priant de me soumettre cette idée, que la Bavière ne pourrait être neutre qu'à la condition que la France et la Prusse prissent l'engagement de respecter la neutralité du Sud de l'Allemagne, Bade compris; or, ce serait pour nous, rendre toute campagne impossible, et, d'ailleurs, la Prusse, en plaçant ses troupes à Radstadt et à Mayence, a rendu cette clause impossible. || J'en conclus donc que les Etats marchent avec la Prusse, mais sans entrain et (comme nous disons en langue vulgaire) en se faisant tirer l'oreille. || Le grand-duc de Hesse nous a fait dire que si ce n'était le canon de Mayence qui l'incommode, il serait tout à notre dévotion, et qu'il n'attend que le jour où l'Empereur lui ayant rendu son indépendance, il pourra nous montrer ses sympathies. (Très confidentiel.) || Quant au Wurtemberg, vous savez comme moi que, dans ce pays, du petit au grand, on ne peut compter sur personne: leurs vrais sentiments ne se feront jour qu'après une victoire; et vous connaissez assez Varnbühler pour savoir quelle tendresse il éprouvera soudain pour le vainquer. Cette situation ne m'effraie nullement, je l'avais parfaitement pressentie et, à dire vrai, la neutralité de tous ces Etats serait, pour nous, une gêne considérable au point de vue stratégique. || Jetez, en effet, les yeux sur la carte et dites-moi par où nous pourrions attaquer la Prusse, s'il nous faut respecter la Belgique, le Luxembourg, le Palatinat, Bade, le Wurtemberg et la Bavière. Le fait considérable et avantageux consiste, pour nous, dans le peu d'entrain et d'élan que témoignent les Chambres bavaroises. || Je viens de voir le prince de Metternich qui m'a donné de bonnes paroles. J'espère que bientôt nous aurons davantage; il m'a informé que vous paraissiez disposé à accepter comme base d'entrée en matière, de concert avec l'Italie, une proposition de médiation faite en commun à la Prusse et demandant que celle-ci garantisse définitivement le statu quo territorial actuel. Je trouve certainement que cette idée est très convenable, comme base de médiation ou de Congrès; mais je ne crains qu'une chose, c'est que, pour gagner du temps, on ait l'air de l'accepter en principe, quitte à ne plus s'entendre quand on serait occupé à la discuter. Je crois donc qu'il serait nécessaire d'accentuer davantage les propositions et d'y ajouter, par exemple, la résiliation des traités militaires de 1866, avec les Etats du Sud de l'Allemagne, lesquels traités sont, après tout, contraires à l'esprit et à la lettre du traité de Prague. || Metternich a ajouté que je ne devais pas m'alarmer si dès l'abord vous commencez par poser avec quelque éclat votre neutralité, attendu que cette neutralité ne tarderait pas plus tard à se convertir en coopération. Nous armons déjà, a-t-il ajouté. Et cependant, mon cher comte, je ne dois pas vous cacher que les renseignements pleins d'autorité qui m'arrivent de Vienne aujourd'hui même établissent (en donnant à l'appui des indices que j'appellerais des preuves, si votre assertion ne les contredisait) que l'Autriche ne fait pas de préparatifs de guerre, qu'elle reste neutre dans toute l'étendue du mot et que, dans l'armée, on dit, tout en le regrettant, qu'il a été irrévocablement décidé que

l'Autriche n'agirait et ne ferait quelque chose que dans le cas où la Russie se déclarerait pour la Prusse. || Rien ne me paraîtrait plus regrettable que de voir le cabinet de Vienne dirigé par une semblable pensée; car bien loin de pousser la Russie vers la Prusse, il semble nécessaire au contraire de trouver le moyen d'assurer sa neutralité. Des rapports que j'ai reçus de Saint-Petersbourg montrent l'Empereur Alexandre indécis, plutôt porté vers le roi de Prusse, mais cependant très accessible à un ordre d'idées qui, en lui présentant quelques avantages pour la Russie, le désintéresserait dans la question. || J'en ai causé avec l'Empereur: il est d'avis que l'initiative devrait partir de Vienne, comme devant, par votre entremise, produire plus d'effet encore que par la nôtre. On pourrait proposer à la Russie trois choses: 1^o de ne pas soulever la question polonaise; 2^o en ce qui touche les principautés danubiennes, d'en régler plus tard les conditions par une entente commune à nous trois, France, Autriche-Hongrie et Italie; 3^o revision du traité de 1856, en ce qu'il a de blessant pour les intérêts et la dignité de la Russie, particulièrement dans la mer Noire. Cette dernière idée vous appartient, comme vous le savez, et vous savez aussi qu'il a fallu vaincre quelques difficultés pour la faire figurer au programme que je vous envoie. Vous pourriez dire à Saint-Petersbourg que vous êtes assuré ou que vous vous assurerez de notre assentiment à ces trois propositions et demander en échange une neutralité complète. J'observerai cependant qu'il faut absolument en garder le secret vis-à-vis de l'Angleterre, attendu que cette puissance attache beaucoup de prix au traité de 1856 qu'elle a toujours défendu avec beaucoup d'opiniâtreté. Il faudrait donc qu'elle n'apprenne son abandon qu'au moment de la paix et alors qu'elle ne pourrait y résister sans avoir l'air de compromettre la fin des hostilités. || Le prince de La Tour d'Auvergne vous développera toutes ces idées dont je ne fais ici qu'indiquer les principaux traits. J'espère qu'il rencontrera auprès de vous la bienveillance que j'y ai trouvée et, en même temps, cet esprit d'initiative et d'action que j'ai si souvent admiré, sans prévoir alors qu'un jour j'aurais à y faire un appel aussi direct. || Encore un mot sur les principautés: pour le moment, je suis d'avis que le prince Charles est encore ce qu'il y a de mieux; il nous fait de très belles promesses, nous offre sa neutralité et nous assure de ses sympathies.

Agréés . . .

Gramont.

Nr. 10773. ITALIEN. — König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. — Die römische Frage.

Florence, 21 juillet 1870, 8 h. soir.

Je fais partir, ce soir, la lettre au sujet de l'évacuation. || Que votre Majesté ne s'étonne pas des termes généraux dans lesquels elle est conçue; car pour arriver à la réalisation de nos projets, je suis obligé de ménager les susceptibilités d'un ministère ferme dans un but pacifique et que la rapidité

Nr. 10772.
Frankreich.
19. Juli 1870.

Nr. 10773.
Italien.
21. Juli 1870.

Nr. 10773. des événements m'a empêché d'amener aussi promptement que je l'aurais
 Italien. désiré à la réalisation de nos anciens projets. || Vimercati part ce soir pour
 21. Juli 1870. Vienne; Turr est attendu. || Que Votre Majesté ait confiance en moi qui suis
 et serai toujours son meilleur ami.

Victor-Emmanuel.

Nr. 10774. **ITALIEN.** — König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. — Aufrechterhaltung der Septemberkonvention.

Florenz, 21. Juli 1870.

Nr. 10774. Votre Majesté m'annonce son désir de faire exécuter la convention du
 Italien. 15 septembre, dont mon gouvernement accomplit exactement les obligations.
 21. Juli 1870. L'Italie, comptant toujours, de la part de Votre Majesté, sur la détermination
 qu'elle veut bien prendre aujourd'hui, n'a jamais dénoncé la Convention du
 15 septembre. Votre Majesté ne peut donc pas douter qu'elle ne continue à
 en remplir les clauses, confiante dans une juste réciprocité de la France, à
 en remplir les engagements.

Victor-Emmanuel.

Nr. 10775. **OESTERREICH.** — Fürst Metternich an den Herzog von Gramont. — Haltung Russlands. Oesterreichs Rüstungen.

Paris, 24. Juli 1870.

Nr. 10775. Mon cher duc, — Je crois devoir compléter les informations que je
 Oesterreich. viens de vous communiquer par des renseignements très confidentiels puisés
 24. Juli 1870. dans les lettres particulières du comte Beust. || Le chancelier croit que l'on
 se berce peut-être d'illusions à Paris en ce qui concerne la Russie. Il a, à
 cet égard, des données assez positives et se réserve d'en parler à fond avec
 le prince de La Tour d'Auvergne. Il sait de source sûre que la Russie s'est
 engagée envers la Prusse de paralyser par un déploiement de forces imposant
 l'action de l'Autriche, si celle-ci faisait mine d'unir ses armées à celles de la
 France. || Le prince de La Tour d'Auvergne était attendu avec impatience.
 Le chancelier ne peut assez dire combien il est charmé d'avoir en lui un
 ambassadeur avec lequel il a déjà entretenu de si bonnes relations personnelles
 et qui est au courant de tous nos pourparlers secrets. || A cette occasion, le
 chancelier ne dissimule pas combien ses rapports avec le chargé d'affaires
 actuel sont difficiles. M. de X... paraît à M. de Beust avoir un caractère
 assez susceptible et semble témoigner d'une aigreur regrettable. || Le comte de
 Vitzthum m'écrit que „ce serait nous demander l'impossible que de demander
 d'entrer en campagne avant le commencement de septembre. C'est une consé-
 quence de la surprise . . . || L'Empereur, l'archiduc Albert, Beust pensent
 comme vous et moi, et les paroles que l'Empereur m'a adressées n'ont pas été

discutées, parce qu'elles sont indiscutables. Soyez persuadé que le Conseil Nr. 10775.
 présidé par Sa Majesté, lundi dernier (le lendemain de mon arrivée), n'était Oesterreich.
 pas facile à diriger, et c'est le tact de notre chef qui a amené cette unani- 24. Juli 1870.
 mité avec laquelle on a résolu de faire des préparatifs d'armement, tout en
 prononçant la neutralité comme un starting point. || On a à Paris d'étranges
 illusions sur la Russie et X . . . me semble s'être laissé bernier comme un
 novice qu'il est. || Je repartirai avec Vimercati, qui arrive, pour Florence,
 pour arranger les affaires.

Mille amitiés.

Metternich.

Nr. 10776. FRANKREICH. — Kaiser Napoleon an den Herzog
 von Gramont. — Die römische Frage.

Palais de Saint-Cloud, 24 juillet 1870.

Mon cher duc, j'ai oublié de vous parler de l'affaire de Rome. Il serait Nr. 10776.
 bon d'avertir le Vatican de nos intentions. Quitte à ne donner l'ordre Frankreich.
 d'évacuation que lorsque j'aurai reçu la lettre du Roi d'Italie. || Croyez à ma 24. Juli 1870.
 sincère amitié.

Napoléon.

Nr. 10777. ITALIEN. — König Victor Emanuel an Kaiser Na-
 poleon. — Oesterreich schlägt einen österreichisch
 italienischen Neutralitätsvertrag vor.

Florence, Pitti, 26 juillet 1870.

Je m'empresse de renseigner Votre Majesté que l'Autriche nous propose Nr. 10777.
 un traité préalable de neutralité armée entre l'Autriche et l'Italie, ce qui Italien.
 faciliterait, en cas d'événement, notre concours dans cette triple alliance. || 26. Juli 1870.
 De cette manière, on dispose aussi l'opinion publique d'une manière favorable.

Victor-Emanuel.

Nr. 10778. OESTERREICH. — Fürst Metternich an den Herzog
 von Gramont. — Die Verhandlungen zwischen Oester-
 reich und Italien.

Ce 28 juillet 1870.

Mon cher duc, Beust me télégraphie: „C'est le chevalier Artom qui nous Nr. 10778.
 a suggéré l'idée de prêter nos bons offices à l'Italie dans la question romaine. || Oesterreich.
 Vimercati a réclamé également nos bons offices au nom du Roi. Il n'a ja- 28. Juli 1870.
 mais été question de l'entrée des Italiens à Rome, mais de chercher un moyen
 qui leur permette de remplir leurs engagements et d'assurer la paix à l'in-
 térieur à la veille d'une action au dehors.“ || Le chancelier ajoute qu'il m'en-
 voie une dépêche explicative par le courrier de demain. Vous voyez que
 j'avais raison lorsque je vous disais que l'affaire partait de Florence.

Mille amitiés.

Metternich.

Nr. 10779. ITALIEN. — Visconti Venosta an Nigra. — Aufrechterhaltung der Septemberkonvention.

Au ministre d'Italie à Paris. — Florence, le 29 juillet.

Nr. 10779.
Italien.
29. Juli 1870. Je vous autorise à déclarer au ministre des affaires étrangères que, dès lors que la France rentre de son côté dans l'exécution de la convention du 15 septembre, l'Italie, qui n'a pas dénoncé cette convention, en exécutera entièrement les clauses, confiante dans une juste réciprocité de la France à remplir ses engagements. Visconti Venosta.

Nr. 10780. FRANKREICH. — Herzog von Gramont an La Tour d'Auvergne. — Räumung des Kirchenstaats angekündigt.

Paris, 30. Juli 1870.

Nr. 10780.
Frankreich.
30. Juli 1870. Nous nous sommes trouvés en présence d'assertions difficiles à concilier, mais il n'y a plus lieu de rechercher davantage le mot de l'énigme (si c'en est une); l'incident est complètement terminé, en ce qui touche l'Autriche, par votre dernier télégramme et, en ce qui touche l'Italie, par la déclaration de M. Visconti Venosta que j'ai reçue hier matin et dont je vous enverrai la copie. En conséquence, nous nous trouvons de plain pied sur le terrain de la convention du 15 septembre. On ne nous demande rien de plus et nous l'exécuterons. Notre corps d'occupation évacuera les Etats pontificaux le 5 août prochain. Gramont.

Nr. 10781. OESTERREICH. — Herr v. Vitzthum an den Herzog von Gramont. — Die Idee eines Kongresses 1870.

20. April 1878.

Nr. 10781.
Oesterreich.
20. Apr. 1878. Il était de mon devoir, de vous parler de l'entretien que j'avais eu le 15, au matin, à Saint-Cloud, avec l'empereur Napoléon qui m'avait chargé de soumettre à l'Empereur, mon maître, l'idée d'un Congrès dont l'Autriche devait prendre l'initiative, afin d'empêcher la guerre, si c'était possible.

Nr. 10782. FRANKREICH. — Herzog von Gramont an Herrn von Vitzthum. — Die Kongressidee stammt von Gramont.

Nr. 10782.
Frankreich. Vous semblez ignorer, que cette idée d'un Congrès dont vous avait entretenu S. M. l'Empereur était précisément due à mon initiative, qu'elle était

de moi, que c'était moi qui l'avais proposée, développée et fait accepter la veille, 14 juillet, au Conseil des ministres. Nr. 10782.
Frankreich.

Nr. 10783. FRANKREICH. — Der Herzog von Gramont an einen Ungenannten. — Bei Ausbruch des Krieges hatten sich Frankreich, Oesterreich und Italien geeinigt, aber den Vertrag noch nicht unterzeichnet.

Folkestone, le 21. avril 1878.

Mon cher H..., || Je réponds à la question que vous me posez de la part de M. de Chandordy, savoir: „Est-il vrai qu'avant et pendant les premiers temps de la guerre de 1870 l'Autriche et l'Italie avaient, de concert avec l'empereur Napoléon, préparé entre elles un traité de neutralité armée destinée d'après les circonstances à se changer en alliance contre l'Allemagne?“ Réponse: „Oui, c'est vrai.“ || Maintenant la question est posée de telle façon que ce oui ne dit pas tout ce qu'il pourrait dire, et comme ces lignes ne vous parviendront pas par la poste, je vais ajouter quelques informations. || D'abord la neutralité armée convenue, d'accord avec l'empereur Napoléon, entre l'Autriche et l'Italie n'était pas destinée à se changer en alliance contre l'Allemagne d'après les circonstances, ce qui aurait impliqué qu'il pourrait y avoir des circonstances où la neutralité armée resterait à l'état de neutralité armée. Ensuite ce n'était pas en alliance contre l'Allemagne, mais en coopération effective avec la France contre la Prusse que devait se changer la neutralité armée. Le traité fut négocié par le prince de Metternich et le comte de Vitzthum pour l'Autriche, par le chevalier Nigra et le comte Vimercati pour l'Italie, par moi pour la France. || Nous étions précisément à discuter ce traité avec ces messieurs au ministre des affaires étrangères, quand on vint m'y chercher pour aller à la commission de la chambre des députés, et c'est pour ne pas interrompre cette conférence que je fus obligé de me faire attendre quelque temps par la commission, ce dont je m'excusai en lui disant la raison qui m'avait retenu, d'une manière vague et sans rien préciser. M. de Talhouet a parlé de ces explications dans sa déposition devant la commission d'enquête. || Il serait trop long et encore prématuré d'entrer dans de plus grands détails sur ces négociations; mais je dirai sommairement qu'elles aboutirent à un traité en trois articles qui fut, après avoir été approuvé à Vienne et Florence, porté à l'empereur à Metz par le comte Vimercati, lequel en revint avec l'approbation de l'empereur, sauf une légère modification qui fut d'ailleurs consentie par les deux autres puissances; en sorte que ce traité sur lequel on était tombé d'accord n'attendait plus pour être parfait que les signatures des contractantes, lorsque survinrent nos premières défaites. C'est là un fait positif. Si nous avions tenu campagne quelques jours de plus sans être battus, le traité était signé. Cela n'eût pas changé grand'chose à la situation, mais cela eût obligé les alliés à déchirer un traité conclu au lieu de n'avoir qu'à répudier un traité con-

Nr. 10783. venu. || Or un des articles de ce traité disait que la neutralité armée que
Frankreich. l'Autriche et l'Italie déclaraient d'un commun accord était destinée à être
21. Apr. 1878. transformée en une coopération effective de leurs forces militaires avec celles
de l'empereur Napoléon contre la Prusse. L'époque de cette coopération était
fixé d'autre part au moment qui avait été déjà indiqué pour l'entrée en cam-
pagne de l'Autriche, c'est-à-dire la première quinzaine de septembre. || Voilà,
mon cher, la vérité pure. || Sur cela je vous envoie mes amitiés.

Votre affectionné

Gramont*).

*) Der Brief ist veröffentlicht im „Figaro“ 17. April 1895. Red.

Die Friedensverhandlungen zwischen China und Japan. März-April 1895*).

Nr. 10784. **JAPAN.** — Der japanische Bevollmächtigte an den chinesischen Bevollmächtigten. Zeigt seine Ernennung an.

Shimonoseki, March 19th, 1895.

His Imperial Japanese Majesty's Minister of State for Foreign Affairs has the honour to announce to His Excellency the Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, that His Majesty the Emperor of Japan has appointed His Excellency Count Ito Hirobumi, Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paullownia, Minister President of State and the undersigned as His Plenipotentiaries to conclude with the duly authorized Plenipotentiary of China, a Treaty of Peace, and has confided to them Full Powers for that purpose.

Viscount Mutsu Munemitsu (L. S.). || His Imperial Majesty's Minister of State for Foreign Affairs.

Nr. 10784.
Japan.
19. März 1895.

Nr. 10785. **CHINA.** — Der chinesische Bevollmächtigte an den japanischen. Zeigt seine Ernennung und Ankunft an.

Shimonoseki, March 19th, 1895.

His Excellency || Vicount Mutsu Munemitsu, || His Majesty the Emperor of Japan's Minister of State for Foreign Affairs. || Excellency, || The undersigned Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China has the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of this date, wherein Your Excellency informs the undersigned of the appointment of His Excellency Count Ito Hirobumi, Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paullownia, Minister President of State, and of Your Excellency, as Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan, to conclude with the duly authorized Plenipotentiary of China a Treaty of Peace, and has confided to them Full Powers for that purpose. || The undersigned has the honour, on his part, to inform Your Excellency that he has been duly appointed by His

Nr. 10785.
China.
19. März 1895.

*) Anm. d. Red. Die nachfolgenden Aktenstücke Nr. 10784—10799 entstammen der Broschüre Documentary History of the Peace Negotiations between China and Japan. Officially revised. The Tientsin Press. 1895.

Nr. 10785.
China.
19. März 1895. Majesty the Emperor of China as His Ambassador Plenipotentiary to conclude with the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan a Treaty of Peace, and that he is clothed with Full Powers for that purpose. || The undersigned has further to advise Your Excellency of his arrival at this port in the forenoon of this day, and that he awaits the pleasure of the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan to fix an early date for a meeting in order to exchange the respective Full Powers and to enter upon negotiations with a view to the conclusion of Peace between the two nations. || The undersigned avails of this occasion to assure Your Excellency of his highest consideration.

Li Hung-chang (L. S.). || Ambassador Plenipotentiary, Senior Tutor of the Heir Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade for the Northern Ports of China, Viceroy of Chihli and Earl of the First Rank.

Nr. 10786. CHINA. — Vorschlag eines Waffenstillstandes.

Shimonoseki, March 20th, 1895.

Nr. 10786.
China.
20. März 1895. The Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China proposes, as a preliminary to the opening of negotiations for peace, that an Armistice be agreed upon and immediately put in operation for a certain period, during which time all hostile operations both on land and at sea shall be completely suspended by the armed forces of China and Japan. || The Ambassador Plenipotentiary in presenting this proposition recalls the fact that some months ago when a proposition of a similar character was submitted through the medium of the Ministers of the United States in Peking and Tokio the Japanese Government replied, that the question could be considered when negotiations between accredited Plenipotentiaries of the two Governments had been entered upon. || The Ambassador Plenipotentiary has been clothed with full powers to negotiate and sign a Treaty of lasting peace and friendship. He is animated by a sincere desire to effect the object of his high mission, and he feels that it is an important preliminary to successful negotiations that an agreement be made for an Armistice.

Nr. 10787. JAPAN. — Japan stellt Bedingungen für den Waffenstillstand.

Shimonoseki, March 21st, 1895.

Nr. 10787.
Japan.
21. März 1895. The Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan cannot regard the conclusion of an armistice as an essential prerequisite to successful negotiations for peace at this distance from the seat of all warlike operations. Nevertheless they will consent to a suspension of hostilities upon conditions that will guarantee an equality of benefit to the two Powers. || Having in view the actual military situation as well as the relative consequences of an inter-

ruption of warlike operations, the Imperial Japanese Plenipotentiaries announce as such conditions, the occupation by Japanese Troops of Taku, Tientsin and Shan-hai-kuan as well as the Fortresses and Fortifications at those places; the surrender by the Chinese Forces at these places of all arms and munitions of war; the control by the Japanese Military Authorities of the Railway between Tientsin and Shan-hai-kuan, and the payment by China of a war contribution, commensurate, in amount with the length of the armistice. || If these conditions are acceded to, the time when the armistice is to take effect, its duration, the lines of demarcation between the Japanese and Chinese armies and other details may be at once elaborated. || In view of the present answer of the Imperial Japanese Plenipotentiaries, and in order to prevent any future misunderstanding, it would seem to be important to point out that the reply made by the Imperial Government of Japan to the earlier proposition of the Chinese Government for an armistice, does not bear the exact significance attached to it by His Excellency the Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China. The words employed on the occasion by the Government of Japan were as follow: "The conditions of an armistice, in the event the Japanese Government should conclude to grant one, will be made known at the meeting of the Plenipotentiaries."

Nr. 10787.
Japan.
21. März 1895.

Nr. 10788. CHINA. — Ablehnung der japanischen Bedingungen.

Shimonoseki, March 24th, 1895.

The Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China regrets, that the conditions of armistice, as contained in the memorandum of the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan, are of such a character that it is not possible for him to accept them. || Having come to Japan to ask for peace and with a sincere desire for its attainment, he feels that the suspension of hostilities for a brief period during the negotiations, as proposed in his memorandum of the twentieth instant, would be alike honourable to and consistent with the interests of both countries. || Notwithstanding his failure to secure the acquiescence of the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan in a proposal which he regards as both reasonable in its terms and sustained by international practice, he will continue unabated his efforts to bring the negotiations to a successful issue.

Nr. 10788.
China.
24. März 1895.

Nr. 10789. JAPAN. — Bewilligung einer bedingungslosen Waffenruhe.

Memorandum from Viscount Mutsu.

Shimonoseki, March 28th, 1895.

His Imperial Majesty, in view of the deplorable occurrence of the 24th instant*), which I need scarcely assure Your Excellency occasioned His Majesty

Nr. 10789.
Japan.
28. März 1895.

*) Verwundung Li Hung Tschangs durch einen Japaner. Red.

Nr. 10789. deep grief, has commanded His Plenipotentiaries now to consent to an unconditional armistice for a definite period and within certain defined limits, which was at first denied by the Imperial Japanese Government. || My Colleague, Count Ito, as Your Excellency is aware, is now absent from Shimonoseki; but I shall be prepared, at any time which may be convenient to Your Excellency, to enter upon an examination and adjustment of the necessary details, with a view to the early conclusion of a convention of armistice.

Japan.
28. März 1895.

Nr. 10790. CHINA und JAPAN. — Waffenstillstand.

Made at Shimonoseki, March 30th, 1895.

Nr. 10790. His Majesty the Emperor of Japan, having, in view of the untoward event which temporarily interrupted the depending negotiations for peace, commanded His Plenipotentiaries to consent to a temporary armistice: || The undersigned Li Hung-chang, Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, Senior Tutor to the Heir Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade for the Northern Ports of China, Viceroys of the Province of Chihli and Earl of the First Rank; and Count Ito Hirobumi, Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paulownia, Minister President of State, and Viscount Mutsu Munemitsu, Junii, First Class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, Minister of State for Foreign Affairs, the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan, have concluded the following convention of Armistice: —

China und Japan.
30. März 1895.

Article I.

The Imperial Governments of China and Japan agree to enforce an armistice between their respective military and naval forces in the Provinces of Fêng-tien, Chihli and Shantung, subject to the provisions contained in the following articles:

Article II.

The Forces affected by this Armistice shall have the right to maintain the positions respectively occupied by them at the time hostilities are actually suspended, but they shall not under any circumstance during the existence of this Armistice advance beyond such positions.

Article III.

The two Governments engage during the existence of this Convention not to extend, perfect or advance their attacking works or to re-inforce or in anywise to strengthen, either for offensive or defensive operations, their confronting military lines. But this engagement shall not prevent either Government from making any new distribution or arrangement of troops not intended to augment or strengthen the armies now actually in the field and engaged in military operations.

Article IV.

The movement of troops, and the transportation of military supplies and all other contraband of war by sea shall be subject to the ordinary rules of war and shall consequently be liable to hostile capture.

Nr. 10790.
China und
Japan.
30. März 1895.

Article V.

This Armistice shall be enforced by the Imperial Governments of China and Japan for the period of 21 days from the date of the signature of this Convention. || In those localities occupied by the troops of the two Governments to which there is no telegraphic communication, the quickest possible means shall be employed in issuing the orders for the armistice and the respective Commanders of the two countries shall, upon the receipt of such orders, announce the fact to each other and take steps to enforce the armistice.

Article VI.

This Armistice shall terminate without notice on either side, at mid-day on the 26th day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 20th day of the 4th month of the 28th year of Meiji (April 20th, 1895). If in the meantime the depending negotiations for peace are broken off, this Armistice shall in that case terminate at the same time such negotiations cease. || Inwitness where of the Plenipotentiaries of China and Japan have hereto set their hands and affixed their seals.

Done at Shimonoseki, Japan, this 5th day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 30th day of the 3rd month of the 28th year of Meiji (March 30th, 1895).

Li Hung-chang. (L. S.) || Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, Senior Tutor of the Heir Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade for the Northern Ports of China, Viceroy of the Province of Chihli and Earl of the First Rank.

Count Ito Hirobumi. (L. S.) Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paulownia, Minister President of State, Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Japan.

Viscount Mutsu Munemitsu. (L. S.) Junii, First Class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, Minister of State for Foreign Affairs, Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Japan.

Nr. 10791. JAPAN. — Erster Entwurf eines Friedensvertrages.

Shimonoseki, April 1st, 1895.

His Majesty the Emperor of Japan and His Majesty the Emperor of China, desiring to restore the blessings of peace to their countries and subjects and to remove all cause for future complications, have named as their Plenipotentiaries for the purpose of concluding a Treaty of Peace, that is to say: || (Here insert names and titles of Plenipotentiaries.) || Who after having

Nr. 10791.
Japan.
1. Apr. 1895.

Nr. 10791.
Japan.
1. Apr. 1895. exchanged their Full Powers, which were found to be in good and proper form, have agreed to the following Articles: —

Article I.

China recognizes definitively the full and complete independence and autonomy of Corea, and in consequence the payment of tribute and the performance of ceremonies and formalities by Corea to China in derogation of such independence and autonomy, shall wolly cease for the future.

Article II.

China cedes to Japan in perpetuity and full sovereignty the following territories together with all fortifications, arsenals and public property thereon: .
(a). — The southern portion of the Province of Sheng-king within the following boundaries. || The line of demarcation begins at the mouth of the River Yalu, and ascends that stream as far as San-cha-tsu, thence it runs directly North to Yü-shu-ti-hsia; thence it runs directly West until it strikes the River Liao; it follows from thence the course of that river southward to the 41° North latitude; from thence it coincides with that parallel of latitude to the westward as far as 122° longitude East of Greenwich and from that point of intersection it follows the same meridian of longitude southward to the coast of the Bay of Liao-tung where it terminates. || This cession includes all Islands appertaining or belonging to the Province of Sheng-king situated in the eastern portion of the Bay of Liao-tung and in the northern part of the Yellow-Sea. ||
(b) — The Island of Formosa together with all Islands adjacent or belonging to the said Island of Formosa. || (c) — The Pescadores Group, that is to say all Islands lying between the 119° and 120° longitudes East of Greenwich and 23° and 24° North latitudes.

Article III.

The alignments of the frontiers described in the preceding Article and shown on the annexed map, shall be subject to verification and demarcation on the spot by a Joint Commission of Delimitation consisting of two or more Japanese and two or more Chinese Delegates to be appointed immediately after the exchange of the ratifications of this Act. In case the boundaries laid down in this Act are found to be defective at any point either on account of topography or in consideration of good administration it shall also be the duty of the Delimitation Commission to rectify the same. || The Delimitation Commission will enter upon its duties as soon as possible and will bring its labours to a conclusion within the period of one year after appointment. || The alignments laid down in this Act, shall, however, be maintained until the ratifications of the Delimitation Commission, if any are made, shall have received the approval of the Governments of Japan and China.

Article IV.

China agrees to pay to Japan as a war indemnity the sum of 300,000,000 Kuping taels. The said sum to be paid in five instalments; the first instalment

being 100,000,000 taels and the four remaining instalments being 50,000,000 each. The first instalment is to be paid within six months after the exchange of ratifications of this Act and the four remaining instalments are to be respectively paid on or before the same date of the four succeeding years. Interest at the rate of 5 per cent per annum shall begin to run on all unpaid portions of the said indemnity, from the date the first instalment falls due.

Nr. 10791.
Japan.
1. Apr. 1895.

Article V.

The inhabitants of the territories ceded to Japan who wish to take up their residence outside the ceded districts shall be at liberty to sell their real property and retire. For this purpose a period of two years from the date of the exchange of the ratifications of the present Act shall be granted. At the expiration of that period those of the inhabitants who shall not have left such territories shall, at the option of Japan, be deemed to be Japanese subjects.

Article VI.

All Treaties between Japan and China having come to an end in consequence of war, China engages immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, to appoint Plenipotentiaries to conclude with the Japanese Plenipotentiaries a Treaty of Commerce and Navigation and a convention to regulate Frontier Intercourse and Trade. The Treaties, Conventions and Regulations now subsisting between China and European Powers shall serve as a basis for the said Treaty and Convention between Japan and China. From the date of the exchange of the ratifications of this Act until the said Treaty and Convention are brought into actual operation the Japanese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall in every respect be accorded by China most favoured nation treatment. || China makes in addition the following concessions to take effect six months after the date of the present Act:—

1st.—The following cities, towns and ports, in addition to those already opened, are opened to the trade, residence, industries and manufactures of Japanese subjects, under the same conditions and with the same privileges and facilities as exist at the present open cities, towns and ports of China; || 1.—Peking. || 2.—Shashih in the Province of Hupeh. || 3.—Siangtan in the Province of Hunan. || 4.—Chung-king in the Province of Szechuen. || 5.—Wu-chow in the Province of Kwang-si. || 6.—Su-chow in the Province of Kiang-su. || 7.—Hang-chow in the Province of Chekiang. || The Japanese Government shall have the right to station Consuls at any or all the above named places:

2nd.—Steam navigation for vessels under the Japanese flag for the conveyance of passengers, and cargo shall be extended to the following places: || 1.—On the Upper Yangtsze River from Ichang to Chung-king. || 2.—On the Siang River and Lake Tung Ting from the Yangtsze River to Siangtan. || 3.—On the West River from Canton to Wu-chow. || 4.—On the Woo-sung River and the Canal from Shanghai to Su-chow and Hang-chow. || The Rules and

Nr. 10791. Regulations which now govern the navigation of the inland waters of China
Japan.
1. Apr. 1865. by foreign vessels shall, so far as applicable, be enforced in respect of the

above named routes, until new Rules and Regulations are conjointly agreed to.

3rd.—All goods imported into China by Japanese subjects, upon the payment, either at the time of entry or subsequently at the option of the importer or owner, of a commutation tax or duty of two per cent upon the original cost, shall thereafter in every part of China, be exempt from all taxes, imposts, duties, charges and exactions of whatever nature or under whatever denomination levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind. In like manner and to the same extent but without the payment of any commutation tax or duty whatever, an equal immunity from every kind of taxation shall be accorded by China in respect of all Chinese goods and produce purchased in China by Japanese subjects and declared to be for export, such immunity from taxation shall exist from the date of such declaration up to the time of actual exportation. All Chinese goods and produce intended for home consumption, when conveyed in Japanese vessels from one open port to another open port in China, shall, upon the payment of the coasting trade dues existing at this time be, in the same manner and to the same extent, exempt, during the whole process of such conveyance, from all kinds of taxation, including import and export duties. It is, however, understood, that the foregoing stipulations do not in anywise affect any arrangement for the time being in force regarding the taxation of imported Opium.

4th.—Japanese subjects purchasing goods or produce in the interior of China or transporting imported merchandise into the interior of China, shall have the right temporarily to rent or hire warehouses for the storage of the articles so purchased or transported, without the payment of any taxes or exactions whatever and without the interference of any Chinese officials.

5th.—The Kuping tael shall be taken to be the tael in which all taxes, duties and fees are payable by Japanese subjects in China and all such taxes, duties and fees may be paid in standard Japanese silver yen at their face or representative value.

6th.—Japanese subjects shall be free to engage in all kinds of manufacturing industries in China and shall be at liberty to import into China all kinds of machinery, paying only the stipulated import duties thereon. All articles manufactured by Japanese subjects in China, shall in respect of inland transit and internal taxes, duties, charges and exactions of all kinds, and also in respect of warehousing and storage facilities in the interior of China stand upon the same footing and enjoy the same privileges and exemptions as merchandise imported by Japanese subjects into China.

7th.—China engages to at once proceed under the advice of experts to remove the Woo-sung bar at the mouth of the Huang Pu River in such a manner as to maintain constantly a clear channel of at least twenty feet in

depth at low water. || In the event additional Rules and Regulations are necessary in connection with these concessions, they shall be embodied in the Treaty of Commerce and Navigation provided for by this Article. Nr. 10791.
Japan.
1. Apr. 1895.

Article VII.

Subject to the provisions of the next succeeding Article, the evacuation of China by the Armies of Japan shall be completely effected within three months after the exchange of the ratifications of the present Act.

Article VIII.

As a guarantee of the faithful performance of the stipulations of this Act, China consents to the temporary occupation by the military forces of Japan of the following places:— || Feng-tien Fu (Moukden) in the Province of Sheng-king. || Wei-hai-wei in the Province of Shantung. || Feng-tien Fu shall be evacuated by Japan upon the payment of the first two instalments of the war indemnity herein stipulated for, and Wei-hai-wei shall be evacuated upon the payment of the final instalment of said indemnity. It is however expressly understood, that no evacuation shall take place until after the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation. || All expenses connected with this temporary occupation shall be defrayed by China.

Article IX.

Immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, all prisoners of war then held shall be restored and China undertakes not to ill-treat or punish prisoners of war so restored to her by Japan. China also engages to at once release all Japanese subjects accused of being military spies or charged with any other military offences. China further engages not to punish in any manner nor to allow to be punished those Chinese subjects who have in any manner been compromised in their relations with the Japanese army during the war.

Article X.

All offensive military operations shall cease upon the exchange of the ratifications of this Act.

Article XI.

The Present Act shall be ratified by their Majesties the Emperor of Japan and the Emperor of China and the ratifications shall be exchanged at on the day of the month of the 28th year of Meiji, corresponding to || In Witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms. || Done at Shimonoseki in duplicate, this day of the month of the 28th year of Meiji, corresponding to

Nr. 10792. CHINA. — Entgegnung auf das vorige.

Shimonoseki, April 5th, 1895.

In the brief time agreed upon within which I was to make my examination and reply to the draft of Treaty proposed by Their Excellencies the Japanese Nr. 10792.
China.
5. Apr. 1895.

Nr. 10792.
China.
5. Apr. 1895.

Plenipotentiaries I have given to the important subject the most earnest study and care which it has been possible to devote to it, in view of the physical disability under which, unfortunately for my country, I am now suffering. If, therefore, this Memorandum should not be as complete as might be desired, I can only plead these causes in excuse, and trust that within a few days I shall be able to answer fully and specifically all the points desired by the Japanese Plenipotentiaries. || Without taking up every Article in detail, I have sought to group together my views under the four important questions involved in the negotiations and embraced in the draft of Treaty, namely; 1st, Corea; 2nd, Cession of Territory; 3rd, Indemnity, and 4th, Commercial Privileges.

1.—Corea.

The Chinese Government some months ago indicated its willingness to recognize the full and complete independence and guarantee the complete neutrality of Corea, and is ready to insert such a stipulation in the Treaty; but in due reciprocity, such stipulation should likewise be made by Japan. Hence the Article will require to be modified in this respect.

2.—Cession of Territory.

The preamble to the proposed draft of Treaty sets forth that the object of making it is "to remove all cause for future complications". But this Article, in place of promoting that object, contains provisions which, if insisted upon and enforced, will be the sure and fruitful source of complications which may be transmitted through many generations. || It is the duty of the Plenipotentiaries of the two Governments, and it is a part of wise statesmanship, to negotiate such a peace as will make true friends and allies of these two great nations of the Orient, who are and must remain neighbours, and who have in common so many things in their history, literature, art and commerce. Territory long held by a nation, through many centuries and dynasties, becomes a priceless heritage. Nothing will so arouse the indignation of the people in China and create in them a spirit of undying hostility and hatred, as to wrest from their country important portions of their territory. || This will be especially the case with that portion of territory described in clause (a) of this Article, because it gives Japan a foot-hold and base for military and naval operations within easy reach of and constantly threatening the capital of the Empire, and because it takes from the present dynasty of China a portion of its ancient possessions. In this clause China hears Japan saying, "I am going to be your ever-threatening and undying enemy, with my army and navy ready to pounce down upon your capital when it suits me; and I propose to humiliate your Emperor by taking from him a valuable portion of his ancestors' home." || It further means a line of fortifications along the whole co-terminous frontier; large standing armies and navies near at hand at great expence to both nations, and constant danger from frontier broils and from the lawless on both sides of the dividing line. || Japan, in inaugurating the

war, announced her object to be to secure the complete independence of Corea, and her diplomatic Ministers in Europe and America declared that it was not the purpose of their Government to wage a war of conquest. If it should be consistent with these declarations, it is entirely possible to so modify Article II, and other Articles to be specified, as to make a lasting peace and one which will in the future make the two great peoples of the East sincere friends, and thus stand as an immovable bulwark against the encroachments of hostile nations. But if a peace is to be exacted by Japan through the successful fortunes of war, which will necessarily awaken in the Chinese people a spirit of hostility and revenge, it may well be anticipated that both nations, without any bond of sympathy or interest, will fall a prey to outside enemies.

Nr. 10792.
China.
5. Apr. 1895.

3.—Indemnity.

China does not think it is just to require her to pay an indemnity for the expenses of a war in which she does not regard herself as the aggressor, and during which she has not invaded Japanese territory; hence it seems illogical for China to pay an indemnity. But in view of the fact that my Government, desiring to bring the unfortunate war to a close, so as to relieve the people from suffering, in October last promised through the American Minister to pay indemnity, and in view of the further fact that an indemnity was one of the conditions mentioned among the terms announced by Japan, on the 17th of February last, through the Minister of the United States in Peking, I am prepared to insert in the Treaty a provision for a reasonable indemnity. || In the first place, it is to be noted that Japan stated the object of the war was to secure the complete independence of Corea. On November 22nd of last year it was announced to the Foreign Governments that China was ready to acknowledge the independence of Corea; and the expenses of the war beyond that time ought not to be included in the indemnity. || In requiring an indemnity of China it should not be fixed at a sum beyond her ability to pay, as her failure to pay would be held by Japan to be a violation of the Treaty and might lead to a renewal of the war. The amount demanded is beyond the ability of China to pay under her present system of taxation. To increase the internal or domestic taxes at this time would lead to great discontent, and probably to insurrection, especially when added to the dissatisfaction of the people with the Emperor and his Government for making what they will style a humiliating and dishonourable peace. The Customs Tariff on imports and exports cannot be increased, because of treaties with Foreign Governments which require ten years' notice and the unanimous consent of the Governments concerned. || This latter source of revenue is the only available fund which can be hypothecated or pledged to bankers or capitalists in negotiating foreign loans. It is already so fully pledged for war loans that only a part of it can be made available for a loan to pay off the indemnity. From a statement prepared by the Commissioner of Maritime Customs at

Nr. 10792.
China.
5. Apr. 1895.

Shanghai, March 1st last, it appears that the Customs revenues of China were on that date pledged for the payment of war loans, in 1895, of Haikuan Taels 3,937,420; in 1896, of Hk. Taels 6,281,620; in 1897, of Hk. Taels 5,142,238; and that upon these war loans it will be necessary within twenty years to pay Hk. Taels 78,017,103 out of the Customs revenues. It is to be noted, that since March 1st the amount of these loans has been considerably increased. || The credit of the Chinese Government and its ability to negotiate a loan have been greatly injured by the war. It has been compelled to pay 7 and even $8\frac{1}{2}$ per cent interest, and the lowest rate it has obtained abroad (and that for a small sum only), was 6 per cent with a heavy discount on the face value of the bonds. It is claimed by prominent and experienced bankers, that the best rate which can be obtained at the conclusion of peace is $6\frac{1}{2}$ to 7 per cent on the full value of the bonds. || The average annual total revenue received from Chinese Customs including transit dues and opium likin, from 1890 to 1893 inclusive, amounts to Haikuan Taels 22,548,150; and of this sum it has heretofore been customary to pay over to the Provincial Authorities six tenths. If this important sum of ready cash is diverted to pay the indemnity, new taxation will have to be imposed in the Provinces and the people would complain. If a foreign loan is sought to be made to meet the indemnity asked by Japan, it would require in principal and interest, at $6\frac{1}{2}$ per cent, if redeemable in twenty years, the enormous sum of Haikuan Taels 690,000,000, an amount entirely beyond the possibility of the Chinese Government to negotiate, and beyond its ability to meet by taxation. || This will be apparent to any one at all acquainted with Chinese revenues, when it is remembered that the indemnity to Japan is not the only financial burden which has been brought upon China by the war, and which must be immediately provided for. As already mentioned, the terms of peace when made known will cause the present dynasty and the Government to become unpopular with many of the Chinese people, and local discontent and discord may be expected. Besides, there have been called into the field large numbers of raw and undisciplined troops, which with the conclusion of peace must be disbanded, and there is great danger that they will commit acts of robbery and lawlessness which will seriously tax the Government to suppress. The energies of the Government will be tried to the utmost to preserve the peace, and without peace and order it will be impossible to raise even the usual revenues. It will, therefore, become necessary, in order to preserve internal tranquillity, to organize and equip an army according to modern methods of warfare, and to rebuild the Navy which has been practically destroyed by the war. These will require large and immediate expenditures of money; but it will be impossible to raise the money for these purposes if this heavy indemnity is to be paid. The Government is contemplating various reforms and improvements in the country; but all these will be paralyzed if Japan does not largely reduce her demand. || The indemnity is termed in the draft of pro-

Proposed Treaty "a war indemnity", which it is supposed means and indemnity Nr. 10792,
China,
5. Apr. 1895.
To pay the expenses incurred by Japan in the prosecution of the war. But
If that is the case, I think the Japanese Plenipotentiaries must admit that the
sum demanded is largely in excess of that amount. It is not possible for one
not possessed of the official details to know the exact amount of the war
expenses of Japan up to the present time, but there are certain official and
public data and statements which would seem to fix the limits within which
that sum may be approximately estimated, and the Japanese Plenipotentiaries
will be able to confirm or correct it. It is understood, that there was in the
Public Treasury of Japan, at the opening of the war, about 30,000,000 yen.
How much of this sum was used for war purposes is not known to the public,
but it may be assumed that all of it was appropriated for that purpose. Soon
after the opening of hostilities a war loan of 150,000,000 yen was authorized.
According to the report in the public press of Japan, the prime Minister, His
Excellency Count Ito, made a speech in the Lower House of the Japanese
Parliament on the 20th of February last, in which after referring to the
failure of negotiations at Hiroshima early in that month, he used this language:
"From the subsequent state of the war and under the present circumstances
it is difficult to tell when peace will be restored, and it is not improbable
that the war fund may become insufficient." He thereupon asked the Parlia-
ment to authorize an additional war loan to meet the emergency of a con-
siderable prolongation of the war. || It seems fair to infer from this speech,
that the first war loan had not been exhausted and would not be unless the
war was continued for some time. The Japanese vernacular newspapers, in
referring to this speech and the action of the Parliament on the subject, stated
that "the actual need of the fund will be some time in June or July next,
and the Government is said to have submitted it to the Diet, not because the
money is in urgent need, but because the Diet is just now sitting" (see Asahi,
quoted in the Yokohama Gazette, February 23rd); and to following; "of the
first war loan there remains 50,000,000 yen to be raised, and of the
80,000,000 already floated a considerable sum has still to be paid up" (see
Kekumin, as quoted in the Japan Mail of February 23rd). In addition,
account is to be taken of some popular contributions. But if these statements
are to be accepted as approximately correct, it would seem reasonable to
believe, that the total money expenditure of Japan in the war up to the present
time does not exceed 150 million yen. || In estimating the war expenditure of
Japan, it should not be forgotten, that victory has given that country many
valuable spoils of war, such as the captured naval vessels and the large
amount of military material and supplies, which should fairly be deducted in
fixing the gross amount of the indemnity. || To charge China with interest on
the deferred payments of the indemnity is an onerous and unreasonable pro-
vision, and becomes doubly so when the enormous amount demanded is con-
sidered.

Nr. 10792.
China.
5. Apr. 1895.

4.—Commercial Privileges.

In the very brief time allowed for an examination and reply to the Treaty draft, it has not been possible to study fully the complex and detailed questions to which the commercial privileges and stipulations asked for give rise. The following must be taken as merely an expression of views, and full reservation is made to add to or correct them hereafter. It is hoped, however, that the following statement may aid the Japanese Plenipotentiaries in understanding some of the clauses to which China is disposed to agree and some respecting which modifications will be asked. || War having suspended the operation of the late Commercial Treaty, a new agreement is recognized by China as necessary and she is ready to accept the existing treaties with Foreign Powers as the basis of negotiations; it will require, however, in due reciprocity that a stipulation be added to the introductory paragraph of the Article, granting favoured nation treatment to China in Japan. || Reply is for the present reserved on the 1st and 2nd Clauses. || The 3rd Clause provides for a reduction of the transit dues on Japanese imported goods to two per cent, or a practical decrease of one half of one per cent; and it is proposed to abolish altogether the existing transit dues on goods exported. When it is remembered, that this same Treaty draft contains an Article demanding of China the payment of an indemnity beyond her present power to make, it seems most inappropriate to ask China to give up any of her existing sources of revenue. Rather ought Japan, in view of what has been stated respecting the Customs revenues, to agree to an increase of that tariff. At the same time that Japan is negotiating with Foreign Powers to secure an increase of her own tariff, it is hardly consistent to demand of China a reduction of her already low tariff. || The effect or object of the 3rd clause appears to be to exempt foreign goods from any dues or likin tax whatever after they have passed out of the hands of the importer or foreign owner. This is a subject which has been often considered with foreign diplomatic representatives at Peking, and the fairness of such a claim has never been shown. There is no Government which more jealously guards its commercial privileges than Great Britain, and her subjects engaged in the Chinese trade have often moved her Ministers to secure relief from the likin tax, but without success. Lord Elgin, who accompanied the British army to Peking and exacted from China after the occupation all the commercial privileges which he deemed just on the part of the victor, rejected the claim as now proposed and said he "did not see his way clear to further protection of imports against taxation once they have passed into the hands of a Chinese purchaser". (British Government Blue-book on Revision of Treaty of Tientsin, 1871, p. 443.) The British Board of Trade, having official supervision of foreign commerce, examined this subject at the request of the British Office of Foreign Affairs, and decided that "to insure the sale of the (imported) goods to their ultimate consumer with no enhancement of cost derived from taxation * * * * is a view which cannot

be entertained by Her Majesty's Government. There is nothing in the Treaty which appears to my Lords to justify such a sweeping demand, and in view of the internal taxation to which native goods are subject in China, it would be in their opinion both unjust and inexpedient to enforce such a demand, even if it were warranted by the terms of Treaty stipulations" (Ib. p. 347). Sir Thomas Wade, so familiar with Chinese trade, and so long the able representative of Her Majesty's interests at Peking, said the likin tax "is not in its nature more open to objection than our income tax, nor, indeed, to any extraordinary tax by which a State short of money may recruit its finances". And again, referring to the abuse to which the privilege asked for in the 3rd clause would give rise, he said, "it is hard enough on the Provincial Governments that they must give up their tolls on goods that are foreign-owned; but it will be harder still if Chinese, armed with foreigners' certificates, are to carry Chinese-owned goods toll-free from one end of the Empire to the other" (Ib. p. 444 and 447). In view of these declarations, so well founded in justice and propriety, I feel sure the Japanese Plenipotentiaries will be willing to modify their proposition so as to secure the protection of imported goods only so long as they remain in the possession of the foreign owner. This will be secured by granting to Japan favoured nation treatment, and Japan should be satisfied with that. || It may be remarked on the 4th clause, that, laying aside for the present the consideration of the justice of this claim, its prudence may be seriously questioned. To allow foreign merchants to temporarily establish themselves at great distances from the Treaty ports, beyond the protection and control of their Consuls, would seem to be inconsistent with the practice of extraterritoriality, and greatly embarrassing to the Chinese Authorities. Sir Thomas Wade, in discussing a similar proposition presented by British merchants, said, "I am decidedly against any sweeping demand with reference to it. * * * We are bound to ask nothing from her (China) except when we see our way to a fair provision for the control of the extraterritorialized foreigner". And again, "if our merchants are to congregate in any number in a Chinese town or suburb inland, I shall be much mistaken if we do not soon find the necessity of a land concession forced upon us" (Ib. pp. 435 and 449). || The 6th clause refers to the privilege of importing machinery into China to convert Chinese raw materials into manufactured goods, a question which has been much discussed with the Diplomatic corps at Peking, and which has been settled against the privileges asked for in this clause. The prohibition of foreigners from engaging in China in manufacturing industries has been one of long standing and in which Foreign Governments have acquiesced, as a prohibition which properly belongs to the sovereignty and independence of a nation. To allow foreigners to enter and establish factories for converting the natural products into manufactured goods would tend to destroy the livelihood of the Chinese and work a serious injury to native industries which it is the duty of the Government to protect. The

Nr. 10792.
China.
5. Apr. 1895.

Nr. 10792.
China.
5. Apr. 1895.

regulation is one which has been in existence for many years and one which has been adopted by other nations, and should not now be abolished. The provision inserted in the 6th clause exempting all articles manufactured by Japanese in China from all internal taxation is most objectionable and unduly discriminating. Besides, if these privileges are granted to Japanese subjects, they must necessarily be extended to all nations which have treaties with China, and the ruin of the native industries would be swift and certain. || The provisions contained in Article VIII, making the evacuation of the places named therein dependent upon the conclusion of the Treaty of Commerce provided for in Article VI, seems an unnecessary and unreasonable provision. By the terms of the latter Article Japan is at once guaranteed the most favoured nation treatment, and thereby placed on an equality in respect to commerce with all competitors. || The foregoing embraces a review of all the important and essential provisions contained in the draft of Treaty submitted for my consideration, and to which I have made a frank and as complete a reply as has been possible under the circumstances. A few Articles of minor importance or of mere detail have not been noticed, but it is believed that if an accord should happily be reached on the four questions above discussed, the Articles not treated of may be arranged in due time. || I trust I may be pardoned for saying, that I have served my country for half a century, and it may be that I am nearing the end of my days. This mission is probably the last important service I will be permitted to render my Sovereign and His subjects. It is my sincere desire and my highest ambition to reach such a conclusion of our negotiations as will bring lasting peace and friendship to the people and Governments which we represent. || We should listen to the voice of reason; we should be so controlled by the highest principles of statesmanship as to safeguard the interests and the future welfare of these two great peoples, whose destinies and happiness for many generations are now in our hands. || It matters little to Japan, in this time of her abounding prosperity and greatness and in the abundance of able men, whether she to-day receives a larger or smaller indemnity, or whether she enlarges her boundaries by the annexation of a greater or smaller portion of the territory now within the reach of her armies; but it is a matter of vast moment to her future greatness and the happiness of her people, whether or not by the negotiations now in hand her Plenipotentiaries make of the Chinese nation firm friends and allies or inveterate foes. As their representative I stand ready to join hands with Their Excellencies the Plenipotentiaries of Japan, in making such a peace as will leave no seeds of enmity to spring up and curse us in future generations, and such a peace as will bring honour to us and blessing and enduring friendship to the two great nations of the Orient.

Li Hung Chang,
Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China.

Nr. 10793. JAPAN. — China soll seinen Vorschlag formuliren.

Shimonoseki, April 6th, 1895.

At the meeting of the 1st day of the 4th month of the 28th year of Meiji (April 1st, 1895), the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan proposed, that in presenting the conditions of peace, a mode of procedure should be adopted by which the draft Treaty of Peace would be presented Article by Article and the Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China should express his acceptance or non-acceptance of the several articles one by one, thus disposing of each article in succession. || In view, however, of a desire repeatedly expressed by the Chinese Plenipotentiary that the draft Treaty might be presented to him en bloc, the Japanese Plenipotentiaries finally complying with his wishes, presented to him the draft Treaty in its entirety under an assurance that he would, within the space of four days' time, either signify his acceptance of the Treaty as a whole or indicate the particulars in which it was unacceptable. || In now examining the memorandum presented by the Chinese Plenipotentiary, the Japanese Plenipotentiaries are disappointed to find that the communication is confined to an elaborate recital of the domestic difficulties of the Empire of China coupled with a request to the Japanese Plenipotentiaries for a reconsideration of the conditions of peace. || The memorandum not only cannot be taken as a reply to the draft Treaty presented by the Japanese Plenipotentiaries, but it fails even to definitely express the wishes or desires of the Chinese Plenipotentiary. || In conclusion, reminding the Chinese Plenipotentiary that the domestic difficulties of China do not properly fall within the sphere of the present discussion and that demands arising as a consequence of war cannot be regarded as matters for negotiation in the ordinary acceptation of that term, the Japanese Plenipotentiaries beg to express their desire, that the Chinese Plenipotentiary will, without additional delay, definitively announce his acceptance or non-acceptance of the draft Treaty of Peace already presented, either en bloc or severally article by article, and in case any alterations are desired, that he will present them in concrete form.

Nr. 10793.
Japan.
6. Apr. 1895.

Nr. 10794. CHINA. — Gegenentwurf eines Friedensvertrages.

Shimonoseki, April 9th, 1895.

His Majesty the Emperor of China and His Majesty the Emperor of Japan, desiring to restore the blessings of peace to their countries, and to establish upon a solid basis relations of friendship and intercourse which shall confer reciprocal benefits upon the subjects of both, and assure the harmony and mutual confidence which should subsist between good neighbours, have named as their Plenipotentiaries for the purpose of concluding a Treaty of Peace, that is to say: || His Majesty the Emperor of China and His

Nr. 10794.
China.
9. Apr. 1895.

Nr. 10794.
China.
9. Apr. 1895. Majesty the Emperor of Japan who, after having exchanged their Full Powers, which were found to be in good and proper form, have agreed to the following Articles:—

Article I.

China and Japan recognize definitely the full and complete independence and autonomy and guarantee the complete neutrality of Corea, and it is agreed that the interference by either in the internal affairs of Corea in derogation of such autonomy, or the performance of ceremonies and formalities by Corea inconsistent with such independence, shall wholly cease for the future.

Article II.

China cedes to Japan in full sovereignty the following territories together with all towns and cities, public offices, granaries, barracks and public buildings therein. || (a) One prefecture, one sub-prefecture, and two districts in the South of the Fêng-tien Province, namely, || 1.—The district of An-tung. || 2.—The district of Kung-tien. || 3.—The prefecture of Fêng-hwang. || 4.—The Sub-prefecture of Hsiu-yen. || The boundaries of the above-mentioned prefecture, sub-prefecture and districts shall be taken in strict accordance with the Chinese official surveys. || (b).—The Pescadores group of islands, lying within the 23rd and 24th parallels of latitude and the 119th and 120th degrees of latitude East.

Article III.

(Japanese text accepted without change.)

Article IV.

China agrees to pay to Japan as a war indemnity the sum of 100,000,000 Kuping Teals. The said sum is to be paid in five instalments, the first instalment being 28,000,000 Kuping Teals, and the four remaining instalments being 18,000,000 Kuping Tael each. The first instalment is to be paid within six months after the exchange of ratifications of this Treaty, and the four remaining instalments are to be respectively paid within each of the four succeeding years which terminate six months after the exchange of ratifications of this Treaty; but China shall have the right to anticipate at her pleasure any or all of said instalments.

Article V.

The inhabitants of the territories ceded to Japan, who wish to take up their residence outside the ceded districts, shall be at full liberty to sell their real and personal property and retire, without their being subjected, on this account, to any contribution, tax, or charge whatever. For this purpose a period of two years from the date of the exchange of the ratifications of the present Treaty shall be granted. At the expiration of that period those of the inhabitants who shall not have left such territories shall be deemed Japanese subjects. || The property in the ceded territories, real and personal, owned by non-resident Chinese shall be respected by the Japanese Government, and shall enjoy the same guarantees as if belonging to Japanese subjects.

Article VI.

All Treaties between China and Japan having come to an end in consequence of war, China and Japan engage immediately upon the exchange of the ratifications of this Treaty, to appoint Plenipotentiaries to conclude a Treaty of commerce and navigation and a Convention to regulate frontier intercourse and trade. The Treaties, conventions and regulations now subsisting between China and European powers shall serve as a basis for the said Treaty and convention between China and Japan, and as regards all the open ports, navigation, taxation, storage of goods, the mode of taxation &c, Japan will be treated in the same way as the most favoured nation. From the date of the exchange of the ratifications of this Treaty until the said Treaty and Convention are brought into actual operation, the Japanese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall in every respect be accorded by China most favoured nation treatment. || And reciprocally from the date of the exchange of the ratifications of this Treaty until the said Treaty and Convention are brought into actual operation, the Chinese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall in every respect be accorded by Japan most favoured nation treatment.

Nr. 10794.
China.
9. Apr. 1895.

Article VII.

Subject to the provisions of the next succeeding Article, the evacuation of China by the armies of Japan, shall be completely effected within one month after the exchange of the ratifications of the present Treaty.

Article VIII.

As a guarantee of the faithful performance of the stipulations of this Treaty, China consents to the temporary occupation by the military forces of Japan of Wei-hai-wei in the province of Shan-tung. Upon the payment of the first two instalments of the war indemnity herein stipulated for, one half of the Japanese forces stationed there shall be withdrawn and upon the payment of the final instalment of the said indemnity, the said place shall be evacuated by the remaining Japanese forces.

Article IX.

(Japanese draft accepted without change.)

Article X.

All offensive military operations shall cease upon the signing of this Treaty by the Plenipotentiaries of both countries.

Article XI.

In order to avoid future conflict or war between China and Japan, it is agreed, that should any question hereafter arise as to the interpretation or execution of the present Treaty of Peace, or as to the negotiation, interpretation or execution of the Treaty of commerce and navigation, and the convention for frontier intercourse provided for in Article VI of this Treaty,

Nr. 10794. which cannot be adjusted by the usual method of diplomatic conference and
China. correspondence between the two Governments, they will submit such question
9. Apr. 1895. to the decision of an arbitrator to be designated by some friendly Power to
be selected by mutual accord of the two Governments, or, in case of failure
to agree as to the selection of said Power, then the President of the United
States shall be invited to designate the arbitrator; and both Governments agree
to accept, abide by and carry out in good faith the decision of said arbitrator.

Article XII.

The present Treaty shall be ratified by Their Majesties the Emperor of
China and the Emperor of Japan, and the ratifications shall be exchanged
at on the day of the month of || In witness
whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed
thereto the seal of their arms.

Nr. 10795. JAPAN. — Antwort auf den Gegenentwurf.

Shimonoseki, April 10th, 1895.

Preamble.

Nr. 10795. The Japanese Plenipotentiaries cannot consent to any amendment of the
Japan. Preamble.
10. Apr. 1895.

Article I.

The Japanese Plenipotentiaries find it necessary to adhere to this Article
as originally presented to the Chinese Plenipotentiary.

Article II.

The Japanese Plenipotentiaries find it impossible to accept the amendment
hereunder, proposed by the Chinese Plenipotentiary. They consent, however,
to modify this original demand so that it shall read as follows: || "China cedes
to Japan in perpetuity and full sovereignty the following territories together
with all fortifications, arsenals and public property thereon: || (a)—The southern
portion of the Province of Sheng-king within the following boundaries: || The
line of demarcation begins as the River Yalu and ascends that stream to
An-ping-ho-kou; from thence the line runs to Feng-huang; from thence to
Hai-chêng, and from thence to Ying-kou where it terminates. The places
above named are included in the ceded territory. || This cession also includes
all Islands appertaining or belonging to the Province of Sheng-king situated
in the eastern portion of the Bay of Liao-tung and in the northern part of
the Yellow-Sea. || (b)—The Island of Formosa together with all islands adjacent
or belonging to the said Island of Formosa. || (c)—The Pescadores Group,
that is to say, all Islands lying between the 119° and 120° longitudes east
of Greenwich and the 23° and 24° North latitudes."

Article IV.

The Japanese Plenipotentiaries cannot accede to the proposal of the
Chinese Plenipotentiary hereunder. They will, however, consent to amend their

original demand as follows: || "China agrees to pay to Japan as a war indemnity the sum of 200,000,000 Kuping Teals. The said sum to be paid in eight instalments. The first instalment of 50,000,000 Taels to be paid within six months and the second instalment of 50,000,000 Taels to be paid within twelve months after the exchange of the ratifications of this Act. The remaining sum to be paid in six equal annual instalments as follows. The first of such equal annual instalments to be paid within two years; the second within three years; the third within four years; the fourth within five years; the fifth within six years; and the sixth within seven years after the exchange of ratifications of this Act. Interest at the rate of 5 per centum per annum shall begin to run on all unpaid portions of the said indemnity from the date the first instalment falls due. China shall, however, have the right to pay by anticipation at any time any or all of said instalments."

Nr. 10795.
Japan.

10. Apr. 1895.

Article V.

The Japanese Plenipotentiaries cannot consent to the amendments proposed to this Article.

Article VI.

The Japanese Plenipotentiaries are unable to give their adhesion to the counter proposal hereunder, of the Chinese Plenipotentiary. They will, nevertheless, consent to the following modifications of the original Article: "All Treaties between Japan and China having come to an end in consequence of war, China engages, immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, to appoint Plenipotentiaries to conclude with the Japanese Plenipotentiaries a Treaty of Commerce and Navigation and a Convention to regulate frontier intercourse and trade. The Treaties, Conventions and Regulations now subsisting between China and European Powers shall serve as a basis for the said Treaty and Convention between Japan and China. From the date of the exchange of the ratifications of this Act until the said Treaty and Convention are brought into actual operation the Japanese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall in every respect be accorded by China most favoured nation treatment. China makes in addition the following concessions to take effect six months after the date of the present Act.

1st.—The following cities, towns and ports, in addition to those already opened, shall be opened to the trade, residence, industries and manufactures of Japanese subjects, under the same conditions and with the same privileges and facilities as exist at the present open cities, towns and ports of China. || 1.—Shashih in the Province of Hupeh. || 2.—Chung-king in the Province of Szechuen. || 3.—Su-chow in the Province of Kiang-su. || 4.—Hang-chow in the Province of Chekiang. || The Japanese Government shall have the right to station Consuls at any or all the above named places.

2nd.—Steam navigation for vessels under the Japanese flag for the conveyance of passengers and cargo shall be extended to the following places:—||

Nr. 10795.
Japan.
10. Apr. 1895.

1.—On the Upper Yangtze River from Ichang to Chung-king. || 2.—On the Woo-sung River and the Canal from Shanghai to Su-chow and Hang-chow. || The Rules and Regulations which now govern the navigation of the inland waters of China by foreign vessels shall, so far as applicable, be enforced in respect of the above named routes, until new Rules and Regulations are conjointly agreed to.

3rd.—Japanese subjects purchasing goods or produce in the interior of China or transporting imported merchandize into the interior of China, shall have the right temporarily to rent or hire warehouses for the storage of the articles so purchased or transported, without the payment of any taxes or exactions whatever and without the interference of any Chinese officials.

4th.—The Kuping tael shall be taken to be the tael in which all taxes, duties and fees are payable by Japanese subjects in China and all such taxes, duties and fees may be paid in standard Japanese silver yen at their face or representative value.

5th.—Japanese subjects shall be free to engage in all kinds of manufacturing industries in China, and shall be at liberty to import into China all kinds of machinery paying only the stipulated import duties thereon. || All articles manufactured by Japanese subjects in China, shall in respect of inland transit any internal taxes, duties, charges and exactions of all kinds and also in respect of warehousing and storage facilities in the interior of China, stand upon the same footing and enjoy the same privileges and exemptions as merchandize imported by Japanese subjects into China. || “In the event additional Rules and Regulations are necessary in connection with these concessions they shall be embodied in the Treaty of Commerce and Navigation provided for by this Article.”

Article VII.

The Japanese Plenipotentiaries are unable to accept the amendment hereunder.

Article VIII.

The Japanese Plenipotentiaries cannot accept the substitute proposed hereunder, but they will agree to amend the original Article as follows: || As a guarantee of the faithful performance of the stipulations of this Act China consents to the temporary occupation by the Military forces of Japan of Wei-hai-wei in the Province of Shantung. || Upon the payment of the first two instalments of the war indemnity herein stipulated for and the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation, the said place shall be evacuated by the Japanese forces, provided the Chinese Government consents to pledge under suitable and sufficient arrangements, the Customs Revenue of China as security for the payment of the principal and interest of the remaining instalments of said indemnity. In the event no such arrangements are concluded, such evacuation shall only take place upon the payment of the final instalment of said indemnity. || It is, however, expressly understood,

that no such evacuation shall take place until after the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation. || All expenses connected with the temporary occupation shall be defrayed by China." Nr. 10785.
China.
10. Apr. 1895.

Article X.

The Japanese Plenipotentiaries find it necessary to adhere to this Article as originally drafted by them.

Article XI (Now).

The proposal hereunder cannot be accepted by the Japanese Plenipotentiaries.

Nr. 10796. JAPAN. — Ultimatum.

Shimonoseki, April 11th, 1895.

His Excellency || Count Li Hung-chang, || His Imperial Chinese Majesty's Plenipotentiary. Nr. 10796.
Japan.
11. Apr. 1895.

Excellency, || I deem it advisable to confirm in writing the substance of the observations which I had the honour to verbally address to Your Excellency yesterday, in connection with the modified conditions of peace which I then presented to you. || I informed Your Excellency and I now desire to repeat, that those modified demands must be regarded as final and that a categorical reply will be expected within the space of four days from yesterday. || I acquainted Your Excellency, that the Japanese Plenipotentiaries had not failed to take into serious consideration the remarks which Your Excellency had made respecting the demands of the Imperial Japanese Government as originally formulated, and I stated that a reduction in those demands to the lowest possible point of concession had been made in consequence of those remarks in which Your Excellency had pointed out the difficulties that would confront China if the full measures of Japanese original conditions were insisted upon. || The reduction of the indemnity by one-third; the adoption of easier terms of payment; the acceptance of one place instead of two for temporary occupation; the opportunity of substituting a financial in place of a territorial guarantee; the suppression of the clause regarding commutation and other internal taxation and the withdrawal of the claim for the removal of the obstruction to navigation at the mouth of the Huang Pu River, would, I explained, relieve China of those financial embarrassments, which in Your Excellency's estimation rendered the full realization of Japan's monetary demands extremely difficult. || I also made it clear to Your Excellency's appreciation, I trust, that the same spirit of conciliation had also contributed to bring about the very large abridgment of Japan's territorial demands. || In conclusion I permit myself to repeat what I have frequently endeavoured to impress upon Your Excellency's mind, that war is progressive in its consequences as well as its operations and that it is not to be expected that conditions of peace which Japan is

Nr. 10796. now happily able to accept will be possible later on. || I renew to Your Ex-
 Japan. cellency the assurance of my distinguished consideration.
 11. Apr. 1895.

Ito Hirobumi,
 H. J. M. Plenipotary.

Nr. 10797. CHINA. — Letzter Protest.

Shimonoseki, April 12th, 1895.

Nr. 10797. His Excellency, || Count Ito Hirobumi, || Plenipotentiary of His Majesty, || The
 China. Emperor of Japan.
 12. Apr. 1895.

Excellency, || The note which your Excellency did me the honour to address to me yesterday respecting the progress and incidents attending the Peace negotiations makes it necessary, in justice to my Government and myself, that I should submit thereto a brief reply. || It is to be borne in mind that I was required to present in writing a categorical reply to the terms of peace demanded by Japan before I should be granted any conference with the Japanese Plenipotentiaries for discussing the terms of peace, and at the first conference granted me for that purpose I was met by the Japanese final proposal, as now urged by Your Excellency, before any oral discussion had taken place. Under such circumstances it can hardly be claimed that Japan's final proposal had been reached after a full opportunity had been afforded me to make known the views of my Government. || While it is gratifying to know that the enormous indemnity originally demanded has been somewhat reduced, it still remains an amount far greater than the cost of the war and constitutes a burden too heavy for China to bear, and one which would make it impossible to carry out much-desired reforms and improvements in the country. || It has not been possible for me to understand how the conditions of peace have been made much less onerous by what Your Excellency terms "the very large abridgment of Japan's territorial demands". The line of demarcation in the final proposal includes, with slight exceptions, all the territory in the Province of Sheng-king which has ever been occupied by the Japanese forces; and in addition the final proposal has demanded the cession of a rich, populous and important part of the Empire (Formosa) whereon no Japanese soldier has as yet set foot. Such a demand is not in accord with the practice of nations negotiating for peace. || While I cheerfully recognize the action of the Japanese Plenipotentiaries in abating some of their objectionable commercial demands, the final proposal still remains unprecedented and unreasonable in its terms in this regard and highly derogatory to the sovereignty of an independent nation. It requires the negotiation of a Commercial Treaty and frontier regulations under the duress of retaining Chinese territory, and refuses to submit any question of variance to the arbitration of a friendly Power. Pending the negotiation of the Commercial Treaty it demands favoured nation treatment for Japanese in China, and refuses the same guarantee or any stipulation for

Chinese in Japan. It claims the privilege for Japanese to rent warehouses and import and purchase goods and produce at any place in the interior of China away from the Treaty ports, without the interference of any official; also, that the Japanese should have the right to engage in manufacturing industries anywhere in China and without the payment of any domestic taxes on the goods manufactured and that Japanese coin be made receivable at its face value for payment of duties and taxes. || I have written the foregoing not with the view of provoking further discussion, but with the object of concisely repeating what I said to your Excellency when the final proposal was presented to me at the only conference afforded me for discussing terms of peace, and in the hope that the objections here set forth may be carefully considered by Your Excellency and that I may be informed of the result thereon at the next conference promised me by Your Excellency, at which I expect to submit the reply to the final proposal which my Emperor shall authorize me to make. || I renew to Your Excellency the assurance of my high consideration.

Li Hung-chang,

Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China.

Nr. 10798. JAPAN. — Antwort auf das vorige.

Shimonoseki, April 13th, 1895.

His Excellency || Count Li Hung-chang, || His Imperial Chinese Majesty's
Plenipotentiary.

Nr. 10798.
China.
13. Apr. 1895.

Excellency, || I have had the honour to receive Your Excellency's note of yesterday, which professes to be in reply to mine of the day previous. || The object of my communication of the 11th instant, was, by repeating in writing what I had previously verbally declared, to make Your Excellency fully alive to the actual situation. I wished Your Excellency to understand, that full consideration had been accorded to Your Excellency's representations and that the modified demands of the Imperial Government must be regarded as final, admitting only of a categorical reply. || I fear, from the note now under acknowledgment, that my purpose was misinterpreted, since Your Excellency, while disclaiming any wish to provoke a discussion, criticises the final demands of the Imperial Government, as well as the course of procedure which has been followed, and expresses the hope that Your Excellency's objections may be taken into consideration. || It only seems necessary for me to say in response to Your Excellency's note, that the demands which I handed to Your Excellency on the 10th instant, being final, are no longer open to discussion. || Demands arising as a result of war are not proposals in the ordinary sense of that word and the Japanese Plenipotentiaries by permitting the demands of the Imperial Government to be made the subject of discussion, went to the extreme limit of concession in the interest of peace, and if their spirit of conciliation has been misunderstood they have the right to disclaim all responsibility for

Nr. 10798. the consequences. || It only remains for me to add, in order to prevent future
 Japan. misunderstanding, that my refusal at this time to enter upon a new examination
 18. Apr. 1895. of Japan's demands, does not imply an acquiescence on my part, in Your Excellency's
 observations or conclusions. || I renew to Your Excellency the assurance of my
 distinguished consideration. Ito Hirobumi,
 Plenipotentiary of His Majesty, The Emperor of Japan.

Nr. 10799. **CHINA UND JAPAN.** — Friedensvertrag. Abge-
 schlossen am 23. April, Austausch der Ratifika-
 tionen in Chefoo (China) am 8. Mai 1895.

Nr. 10799. His Majesty The Emperor of China and His Majesty the Emperor of
 China and Japan. Japan, desiring to restore the blessing of peace to their countries and subjects
 23. Apr. 1895. and to remove all cause for future complications, have named as their Pleni-
 potentiaries for the purpose of concluding a Treaty of Peace, that is to say: ;
 His Majesty the Emperor of China, Li Hung-chang, Senior Tutor to the Heir
 Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade
 for the Northern Ports of China, Viceroy of the Province of Chihli and Earl
 of the First Rank; and Li Ching-fong, Ex-Minister of the Diplomatic Service,
 of the Second Official Rank; || And His Majesty the Emperor of Japan, Count
 Ito Hirobumi, Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paulownia, Minister
 President of State, and Viscount Mutsu Munemitsu, Junii, First Class of the
 Imperial Order of the Sacred Treasure, Minister of State for Foreign Affairs; ||
 Who, after having exchanged their Full Powers, which were found to be in
 good and proper form, have agreed to the following Articles.

Article I.

China recognizes definitively the full and complete independence and
 autonomy of Corea, and in consequence, the payment of tribute and the per-
 formance of ceremonies and formalities by Corea to China in derogation of
 such independence and autonomy, shall wholly cease for the future.

Article II.

China cedes to Japan in perpetuity and full Sovereignty, the following
 territories together with all fortifications, arsenals and public property
 thereon:— || (a.)—The southern portion of the Province of Fêng-Tien within
 the following boundaries: || The line of demarcation begins at the mouth of
 the River Yalu and ascends that stream to the mouth of the River An-ping;
 from thence the line runs to Fêng-Huang; from thence to Haicheng; from
 thence to Ying-kow, forming a line which describes the southern portion of
 the territory. The places above named are included in the ceded territory.
 When the line reaches the River Liao at Yingkow, it follows the course of
 that stream to its mouth where it terminates. The mid-channel of the River
 Liao shall be taken as the line of demarcation. || This cession also includes
 all islands appertaining or belonging to the Province of Fêng-Tien situated in

the eastern portion of the Bay of Liao-Tung and in the northern part of the Yellow Sea. || (b.)—The Island of Formosa together with all the islands appertaining or belonging to said Island of Formosa. || (c.)—The Pescadores Group, that is to say, all islands lying between the 119th and 120th degrees of longitude east of Greenwich and the 22rd and 24th degrees of north latitude.

Nr. 10799.
China und
Japan.
23. Apr. 1895.

Article III.

The alignments of the frontiers described in the preceding Article and shown on the annexed Map, shall be subject to the verification and demarcation on the spot, by a Joint Commission of Delimitation consisting of two or more Chinese and two or more Japanese Delegates to be appointed immediately after the exchange of the ratifications of this Act. In case the boundaries laid down in this Act are found to be defective at any point, either on account of topography or in consideration of good administration, it shall also be the duty of the Delimitation Commission to rectify the same. || The Delimitation Commission will enter upon its duties as soon as possible, and will bring its labours to a conclusion within the period of one year after appointment. || The alignments laid down in this Act, shall, however, be maintained until the ratifications of the Delimitation Commission, if any are made, shall have received the approval of the Governments of China and Japan.

Article IV.

China agrees to pay to Japan as a war indemnity, the sum of 200,000,000 Kuping Taels. The said sum to be pay in eight instalments. The first instalment of 50,000,000 Taels to be paid within six months, and the second instalment of 50,000,000 Taels to be paid within twelve months after the exchange of the ratifications of this Act. The remaining sum to be paid in six equal annual instalments as follows: The first of such equal annual instalments to be paid within two years; the second within three years; the third within four years; the fourth within five years; the fifth within six years; and the sixth within seven years, after the exchange of the ratifications of this Act. Interest at the rate of 5 per centum per annum shall begin to run on all unpaid portions of the said indemnity from the date the first instalment falls due. || China shall, however, have the right to pay by anticipation of any time any or all of said instalments. In case the whole amount of the said indemnity is paid within three years after the exchange of the ratifications of the present Act, all interest shall be waived and the interest for two years and a half or for any less period if then already paid, shall be included as a part of the principal amount of the indemnity.

Article V.

The inhabitants of the territory ceded to Japan, who wish to take up their residence outside the ceded districts, shall be at liberty to sell their real property and retire. For this purpose a period of two years from the date of the exchange of the ratifications of the present Act, shall be granted. At

Nr. 10799.
China und
Japan.
23. Apr. 1895.

the expiration of that period those of the inhabitants who shall not have left such territories shall at the option of Japan, be deemed to be Japanese subjects. || Each of the two Governments shall immediately upon the exchange of the ratifications of the present act, send one or more Commissioners to Formosa to effect a final transfer of that Province and within the space of two months after the exchange of the ratifications of this Act, such transfer shall be completed.

Article VI.

All Treaties between China and Japan having come to an end in consequence of war, China engages immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, to appoint Plenipotentiaries to conclude, with the Japanese Plenipotentiaries, a Treaty of Commerce and Navigation and a Convention to regulate Frontier Intercourse and Trade. The Treaties, Conventions and Regulations now subsisting between China and European Powers shall serve as a basis for the said Treaty and Convention between China and Japan. From the date of the exchange of the ratifications of this Act until the said Treaty and Convention are brought into actual operation, the Japanese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall, in every respect, be accorded by China most favoured nation treatment. || China makes in addition the following concessions, to take effect six months after the date of the present Act:

1st.—The following cities, towns and ports, in addition to those already opened, shall be opened to the trade, residence, industries and manufactures of Japanese subjects, under the same conditions and with the same privileges and facilities as exist at the present open cities, towns and ports of China. || 1.—Shashih in the Province of Hupeh. || 2.—Chung-king in the Province of Szechuan. || 3.—Su-chow in the Province of Kiang-Su. || 4.—Hang-chow in the Province of Chekiang. || The Japanese Government shall have the right to station Consuls at any or all of the above named places.

2nd.—Steam navigation for vessels under the Japanese flag for the conveyance of passengers and cargo, shall be extended to the following places: || 1.—On the Upper Yang-tsze River, from I-chang to Chung-king. || 2.—On the Woo-sung River and the Canal, from Shanghai to Su-chow and Hang-chow. The Rules and Regulations which now govern the navigation of the inland waters of China by foreign vessels, shall, so far as applicable, be enforced in respect of the above named routes, until new Rules and Regulations are conjointly agreed to.

3rd.—Japanese subjects purchasing goods or produce in the interior of China or transporting imported merchandise into the interior of China, shall have the right temporarily to rent or hire warehouses for the storage of the articles so purchased or transported, without the payment of any taxes or exactions whatever.

4th.—Japanese subjects shall be free to engage in all kinds of manufact-

uring industries in all the open cities, towns and ports of China, and shall be at liberty to import into China all kinds of machinery paying only the stipulated import duties thereon. || All articles manufactured by Japanese subjects in China, shall in respect of inland transit and internal taxes, duties, charges and exactions of all kinds, and also in respect of warehousing and storage facilities in the interior of China, stand upon the same footing and enjoy the same privileges and exemptions as merchandise imported by Japanese subjects into China. || In the event additional Rules and Regulations are necessary in connection with these concessions, they shall be embodied in the Treaty of Commerce and Navigation provided for by this Article.

Nr. 10790.
China und
Japan.
23. Apr. 1895.

Article VII.

Subject to the provisions of the next succeeding Article, the evacuation of China, by the armies of Japan, shall be completely effected within three months after the exchange of the ratifications of the present Act.

Article VIII.

As a guarantee of the faithful performance of the stipulations of this Act, China consents to the temporary occupation by the military forces of Japan, of Wei-hai-wei in the Province of Shantung. || Upon the payment of the first two instalments of the war indemnity herein stipulated for and the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation, the said place shall be evacuated by the Japanese forces, provided the Chinese Government consents to pledge, under suitable and sufficient arrangements, the Customs Revenue of China as security for the payment of the principal and interest of the remaining instalments of said indemnity. In the event no such arrangements are concluded, such evacuation shall only take place upon the payment of the final instalment of said indemnity. || It is, however, expressly understood, that no such evacuation shall take place until after the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation.

Article IX.

Immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, all prisoners of war then held shall be restored and China undertakes not to ill-treat or punish prisoners of war so restored to her by Japan. China also engages to at once release all Japanese subjects accused of being military spies or charged with any other military offences. China further engages not to punish in any manner, nor to allow to be punished, those Chinese subjects who have in any manner been compromised in their relations with the Japanese army during the war.

Article X.

All offensive military operations shall cease upon the exchange of the ratifications of this Act.

Article XI.

The present Act shall be ratified by their Majesties the Emperor of China and the Emperor of Japan and the ratifications shall be exchanged at

Nr. 10799.
China und
Japan.
23. Apr. 1895. Chefoo on the 14th day of the 4th month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 8th day of the 5th month of the 28th year of Meiji (May 8th, 1895). || In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms. || Done at Shimonoseki, in duplicate, this 23rd day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 17th day of the 4th month of the 28th year of Meiji (April 17th, 1895).

Li Hung-chang (L. S.), || Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, Senior Tutor of the Heir Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade for the Northern Ports of China, Viceroy of the Province of Chihli and Earl of the First Rank.

Li Ching-fong, || Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, Ex-Minister of the Diplomatic Service, of the Second Official Rank.

Count Ito Hirobumi (L. S.), || Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paullownia, Minister President of State, Plenipotentiary of his Majesty the Emperor of Japan.

Viscount Mutsu Munemitsu (L. S.), || Junii, First Class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, Minister of State for Foreign Affairs, Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Japan.

Separate Articles.

I.

The Japanese Military Forces which are, under Article VIII of the Treaty of Peace signed this day, to temporarily occupy Wei-hai-wei, shall not exceed one Brigade and from the date of the exchange of the ratifications of the said Treaty of Peace, China shall pay annually, one fourth of the amount of the expenses of such temporary occupation that is to say, at the rate of 500,000 Kuping Taels per annum.

II.

The territory temporarily occupied at Wei-hai-wei shall comprise the Island of Liu-kung and a belt of land 5 Japanese Ri wide along the entire coast line of the Bay of Wei-hai-wei. || No Chinese Troops shall be permitted to approach or occupy any places within a zone of 5 Japanese Ri wide beyond the boundaries of the occupied territory.

III.

The Civil Administration of the occupied territory shall remain in the hands of the Chinese Authorities. But such Authorities shall at all times be obliged to conform to the orders which the Commander of the Japanese Army of occupation may deem it necessary to give in the interest of the health, maintenance, safety, distribution or discipline of the Troops. || All military offences committed within the occupied territory shall be subject to the jurisdiction of the Japanese Military Authorities. || The foregoing Separate

Articles shall have the same force, value and effect as if they had been, word for word, inserted in the Treaty of Peace signed this day. || In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms. || Done at Shimonoseki, in duplicate, this 23rd day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü corresponding to the 17th day of the 4th month of the 28th year of Meiji (April 17th, 1895). || [Signatures (4) and titles, same as in Treaty.]

Nr. 10790.
China und
Japan.
23. Apr. 1895.

Convention to Prolong Armistice.

The undersigned (insert here names and titles of the two Chinese Plenipotentiaries, as in Preamble of Treaty) Plenipotentiaries of his Majesty the Emperor of China, and (insert here names and titles of two Japanese Plenipotentiaries as in preamble of Treaty) Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan, having concluded a Treaty of Peace, have, in order to provide for the peaceful exchange of the ratifications of said Treaty, agreed upon and signed the following Articles:

I.

The Convention of Armistice concluded on the 5th day of the 3rd month of the 21st year of Kuang-Hsü, corresponding to the 30th day of the 3rd month of the 28th year of Meiji, is prolonged for the period of 21 days from this date.

II.

The Armistice which is prolonged by this Convention, shall terminate, without notice on either side, at midnight on the 14th day of the 4th month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 8th day of the 5th month of the 28th year of Meiji. The rejection in the meantime, however, of the said Treaty of Peace, by either High Contracting Party, shall have the effect of at once terminating this Armistice without previous notice. || In witness whereof the Plenipotentiaries of China and Japan have hereunto set their hands and affixed their seals. || Done at Shimonoseki, this 23rd day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 17th day of the 4th month of the 28th year of Meiji (April 17th, 1895). || [Signatures (4) and titles, same as in Treaty.]

SEP 9 1919

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

UNIVERSITY OF MICHIGAN



3 9015 03657 6720

